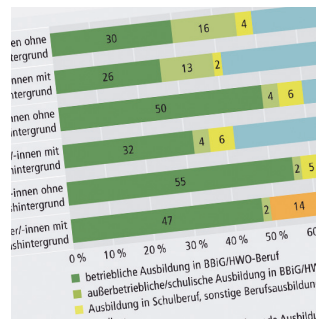
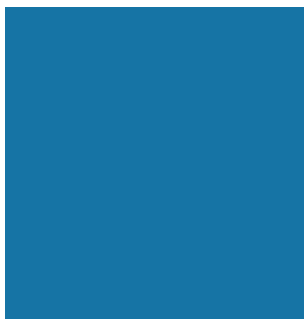
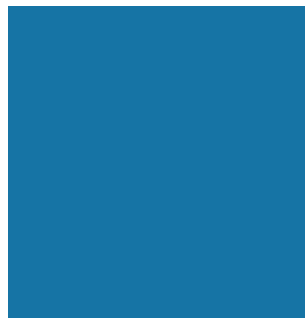
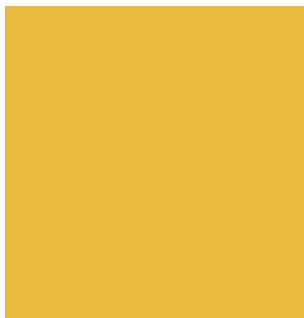
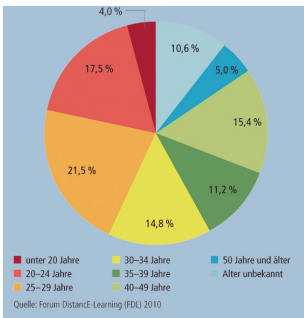


Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung



GEFÖRDELT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat die gesetzliche Aufgabe, Entwicklungen in der beruflichen Bildung zu beobachten und zum 1. April jeden Jahres der Bundesregierung hierüber einen Bericht (Berufsbildungsbericht) vorzulegen (§ 86 BBiG). Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ist verpflichtet, an der Vorbereitung des Berufsbildungsberichts mitzuwirken (§ 90 Abs. 1, 1a).

Im Frühjahr 2008 hat das BMBF beschlossen, den Berufsbildungsbericht zu reformieren und neu zu strukturieren. Bei der Neustrukturierung wurde die Empfehlung des Hauptausschusses des BIBB berücksichtigt, den Berufsbildungsbericht in einen politischen Teil, der von der Bundesregierung beraten und beschlossen wird, und einen nicht politischen Teil, für den das BIBB verantwortlich zeichnet, zu gliedern. Seit dem Jahr 2009 gibt das BIBB einen „Datenreport zum Berufsbildungsbericht [Jahr] – Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung“ heraus. Dieser stellt die zentrale Informationsquelle und Datengrundlage für den Berufsbildungsbericht des BMBF dar. Die Erstellung und Herausgabe des Datenreports wird vom BMBF finanziell gefördert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-88555-899-6

Vertriebsadresse:

Bundesinstitut für Berufsbildung
Arbeitsbereich 1.2 – Kommunikation
– Veröffentlichungen –
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn
Telefax: 02 28/1 07-29 67
E-Mail: vertrieb@bibb.de
Bestell-Nr.: 09.181

© 2011 by Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn

Herausgeber:

Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
E-Mail: zentrale@bibb.de
Internet: www.bibb.de

Redaktion: Michael Friedrich
Redaktionsassistent: Dagmar Borchardt, Petra Spilles
Lektorat: Dr. Eckart Strohmaier
Herstellung: Dipl.-Ing. Fritz Höhmann

Umschlag und Satz: Christiane Zay, Bielefeld
Druck: W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld
Verlag: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn
Printed in Germany

ISBN 978-3-88555-899-6



Mix
Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften
www.fsc.org Zert.-Nr. GFK-COC-001454
© 1996 Forest Stewardship Council

Impressum Online



Der Inhalt dieses Werkes steht unter einer Creative Commons Lizenz (Lizenztyp: Namensnennung – Keine kommerzielle Nutzung – Keine Bearbeitung – 3.0 Deutschland).

Weitere Informationen finden Sie im Internet auf unserer Creative Commons-Infoseite <http://www.bibb.de/cc-lizenz>

Diese Netzpublikation wurde bei der Deutschen Nationalbibliothek angemeldet und archiviert.

Internet: www.bibb.de/veroeffentlichungen

Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011

Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung

Vorwort



Eine kontinuierliche und auf empirische Daten gestützte Bildungsberichterstattung ist unverzichtbar, um Entwicklungsverläufe und die aktuelle Situation in der beruflichen Bildung abzubilden und darüber hinaus Hinweise auf notwendige Veränderungen und Handlungsbedarfe im Berufsbildungssystem zu erhalten. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) gibt deshalb seit dem Jahr 2009 den Datenreport zum Berufsbildungsbericht heraus, der die Datengrundlage für den Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bildet.

In diesem Jahr wird die dritte Ausgabe des Datenreports zum Berufsbildungsbericht vorgelegt: In den ersten beiden Kapiteln wird die aktuelle Situation in der beruflichen Ausbildung (Kapitel A) und der beruflichen Weiterbildung (Kapitel B) dargestellt und es werden Veränderungen im Zeitverlauf nachgezeichnet. Als Schwerpunktthema (Kapitel C) wird die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und akademischer Hochschulbildung behandelt. Kapitel D gibt einen Überblick über die Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellinitiativen und Kompetenzzentren. Im internationalen Kapitel E wird das Schwerpunktthema noch einmal aufgegriffen und die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulbildung in Deutschland im Vergleich zu anderen ausgewählten europäischen Bildungssystemen dargestellt.

Der BIBB-Datenreport wird stetig verbessert und weiterentwickelt. So wurden beispielsweise die Analysen, die auf der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder basieren, im Datenreport 2011 – aufgrund der weiterhin verbesserten Datenlage – ausgeweitet und stärker differenziert. Durch Sonderanalysen aus dem Mikrozensus wurden zudem weitere Indikatoren für die Kapitel A und B erschlossen. Auch diese Datenquelle bietet weiteres Potenzial für die Berichterstattung in der beruflichen Bildung.

Im Hinblick auf den Gesamtumfang des Bandes haben wir – wie in den Vorjahren – auf dem Internetportal www.bibb.de/datenreport zusätzliche Informationen zur Entwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland sowie im internationalen Kontext eingestellt. Dieses Internetangebot wird auch in Zukunft weiter ausgebaut.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen zum vorliegenden Datenreport. Anregungen, Anmerkungen und konstruktive Kritik nehmen wir gerne entgegen (datenreport@bibb.de).

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser
Präsident

Hinweise für Leserinnen und Leser

Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht stützt sich auf zentrale Indikatoren und Kennwerte, um Entwicklungen in der beruflichen Bildung in Deutschland darzustellen. Neben der textlichen Darstellung werden Tabellen → **Tabelle ...** und Schaubilder → **Schaubild ...** verwendet. Darüber hinausgehende und stärker differenzierte Datenwerte werden unter www.bibb.de/datenreport als Anhang im Internet → **Tabelle ... Internet** angeboten. Außerdem werden auf der Homepage des BIBB weiterführende Informationen und Daten bereitgestellt.

Ein blaues **E** innerhalb der Texte verweist auf Erläuterungen und Ergänzungen, die sich in blauen Kästen und in räumlicher Nähe zu den entsprechenden Textpassagen befinden. Hier werden beispielsweise Indikatoren und Kennwerte definiert, methodische Erläuterungen zu den verwendeten Datenquellen, Erhebungsverfahren, Stichprobengrößen gegeben und auf Besonderheiten und methodische Einschränkungen hingewiesen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
A Indikatoren zur beruflichen Ausbildung	9
Das Wichtigste in Kürze.....	9
A1 Ausbildungsmarktbilanz 2010.....	11
A1.1 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	29
A1.2 Ausbildungsvermittlung (Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit).....	46
A1.3 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung	63
A2 Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots und der Ausbildungsplatznachfrage für 2011	69
A2.1 Unterscheidung zwischen Ausbildungsplatznachfrage und Nachfragepotenzial	69
A2.2 Entwicklung des Nachfragepotenzials	71
A2.2.1 Methodische Hinweise zur Vorausberechnung.....	71
A2.2.2 Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht bzw. des Wehrrersatz-/Zivildienstes	75
A2.3 Ausbildungsangebot und -nachfrage in 2011	78
A2.3.1 Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots im Jahr 2011.....	78
A2.3.2 Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage im Jahr 2011	80
A2.4 Fazit und weiterer Ausblick	80
A3 Bildungsverhalten von Jugendlichen	82
A3.1 Berufliche Wünsche und beruflicher Verbleib von Schulabgängern und Schulabgängerinnen....	82
A3.2 Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010.....	94
A3.2.1 Merkmale und Verbleib von Altbewerbern und Altbewerberinnen	94
A3.2.2 Merkmale und Verbleib von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund.....	99
A3.2.3 Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen	103
A4 Indikatoren zur Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung	106
A4.1 Anerkannte Ausbildungsberufe.....	106
A4.1.1 Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO	106
A4.1.2 Neue und modernisierte Ausbildungsberufe	109
A4.1.3 Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen	111
A4.2 Gesamtbestand der Ausbildungsverhältnisse zum 31. Dezember	112
A4.2.1 Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen	112
A4.2.2 Auszubildende mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen	121
A4.2.3 Ausbildung im öffentlichen Dienst.....	125
A4.3 Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31.12.)	127

A4.4	Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung.....	136
A4.5	Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System	148
A4.6	Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss	155
A4.6.1	Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung unter Auszubildenden mit Neuabschluss	155
A4.6.2	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss unter den Auszubildenden mit Neuabschluss.....	160
A4.6.3	Studienberechtigte mit dualer Berufsausbildung.....	169
A4.7	Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse	173
A4.8	Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen.....	179
A4.9	Jugendliche mit Migrationshintergrund	188
A4.10	Betriebliche Ausbildungsbeteiligung	194
A4.10.1	Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahmeverhalten von Betrieben	194
A4.10.2	Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung	198
A5	Berufsbildung an beruflichen Schulen.....	202
A5.1	Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen	202
A5.2	Quantitative Entwicklung der vollqualifizierenden Berufsausbildung an Berufsfachschulen (Schuljahr 2009/2010)	206
A5.3	Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen	213
A6	Angebote für bestimmte Zielgruppen.....	216
A6.1	Regelangebote und Programme der Benachteiligtenförderung	216
A6.2	Die Entwicklung dualer Studiengänge zwischen 2004 und 2010	226
A6.3	Die Entwicklung von Zusatzqualifikationen zu dualen Ausbildungsberufen zwischen 2004 und 2010	230
A7	Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE).....	235
A7.1	Grundlagen der integrierten Ausbildungsberichterstattung	235
A7.2	Demografische Entwicklung der jungen Menschen	243
A8	Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung	245
A9	Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Bildung	250
A9.1	Entwicklung der Ausbildungsvergütungen	250
A9.2	Ausgaben der öffentlichen Hand	256
A9.3	Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung.....	260
A10	Übergang von Ausbildung in Beschäftigung	262
A10.1	Übergang an der zweiten Schwelle: Auswertung des Mikrozensus sowie der Statistik der BA ...	262
A10.1.1	Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung	262
A10.1.2	Die berufliche Situation bis zu 6 Jahre nach dem Abschluss.....	263
A10.2	Berufliche Flexibilität der am häufigsten besetzten Ausbildungsberufe	276

B	Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung	285
	Das Wichtigste in Kürze	285
B1	Beteiligungsstrukturen.....	286
B1.1	Beteiligung an beruflicher Weiterbildung	286
B1.1.1	Beteiligung der Bevölkerung an beruflicher Weiterbildung	286
B1.1.2	Beteiligung von Erwerbstätigen an beruflicher Weiterbildung	288
B1.2	Betriebliche Weiterbildung.....	298
B1.2.1	Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote.....	298
B1.2.2	Die dritte europäische Unternehmensbefragung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS3)	300
B1.3	Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen	306
B2	Weiterbildungsanbieter.....	313
B2.1	Weiterbildungsanbieter: Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2010.....	313
B2.1.1	Geschäftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wbmonitor 2010.....	313
B2.1.2	Anerkennungen und Zulassungen in der Weiterbildung	318
B2.2	Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung	327
B2.2.1	Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen	327
B2.2.2	Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen	331
B2.2.3	Weiterbildungsstatistik im Verbund	336
B2.3	Fernunterrichtsstatistik.....	339
B3	Öffentlich geförderte Weiterbildung.....	344
B3.1	SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen	344
B3.2	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	350
B3.3	Begabtenförderung berufliche Bildung.....	352
B3.4	Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses	356
B3.5	Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung	357
B4	Geregelte Fortbildungsabschlüsse	362
B4.1	Rechtsverordnungen und Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung	362
B4.2	Neuere strukturelle Entwicklungen: Weiterbildungssysteme	363
C	Schwerpunktthema: Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und akademischer Hochschulbildung – Stand und Perspektiven	367
	Vorbemerkungen.....	367
C1	Reformdiskussionen im Bildungswesen in Deutschland	367
C1.1	Bildungspolitische Reformen in den 1960er- bis 1980er-Jahren	367
C1.2	Positionen der Kultusministerkonferenz	367
C1.3	Empfehlungen des Innovationskreises Berufliche Bildung	368
C1.4	Vorschläge des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung	368

C2	Übergreifende Ansätze zur Förderung der Durchlässigkeit	370
C2.1	Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge (ANKOM).....	370
C2.2	Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung (DECVET)	372
C2.3	Deutscher Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen (DQR)	374
C3	Herausforderungen bei der Gestaltung durchlässiger Strukturen.....	376
C3.1	Unterschiede in den Lernkulturen.....	377
C3.2	Gleichwertigkeit als Voraussetzung für die Anrechnung von Kompetenzen	377
C3.3	Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen	378
C4	Ausblick	379
D	Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellinitiativen und Kompetenzzentren	381
	Das Wichtigste in Kürze	381
D1	Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung	382
D2	Neukonzeption außerschulischer Modellversuche.....	383
D3	Entwicklung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten hin zu Kompetenzzentren	385
E	Internationale Indikatoren und Benchmarks, Systemmonitoring, Mobilität.....	389
	Das Wichtigste in Kürze	389
E1	Durchlässigkeit in ausgewählten europäischen Bildungssystemen	390
E2	Mobilität.....	401
Anhang		403
	Abkürzungsverzeichnis.....	403
	Verzeichnis der Schaubilder	407
	Verzeichnis der Tabellen	410
	Verzeichnis der Tabellen und des Schaubilds zum Datenreport im Internet	418
	Literaturverzeichnis	419
	Stichwortverzeichnis.....	435

A Indikatoren zur beruflichen Ausbildung

Das Wichtigste in Kürze

Zusammenfassend sind aus den in Kapitel A dargestellten Indikatoren zur beruflichen Ausbildung vor allem folgende Ergebnisse hervorzuheben:

- Die Zahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** ist gegenüber dem Vorjahr nur leicht von rund 564.000 auf rund 560.000 zurückgegangen. Der Rückgang 2010 war dabei allein auf den Abbau öffentlich geförderter Ausbildungsverhältnisse zurückzuführen. Die Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Verträge stieg dagegen sogar geringfügig an.
- Während sich in Westdeutschland die Zahl der neuen Verträge mit 0,7 % leicht erhöhte, kam es im **Osten** zu einem sehr **deutlichen Rückgang der Verträge** um 7,4 %. Aufgrund des sich weiter fortsetzenden demografischen Rückgangs haben sich 2010 die Ausbildungschancen der Jugendlichen in West und Ost aber verbessert.
- Die Bundesagentur für Arbeit registrierte zum 30.09.2010 noch rund 84.500 **erfolglose Ausbildungsplatznachfrager**. Dies zeigt, dass nach wie vor eine erhebliche Zahl von interessierten Jugendlichen nicht in das duale System einmünden kann. Gleichzeitig wird es aber auch für viele Betriebe schwieriger, ihre **angebotenen Ausbildungsstellen** zu besetzen.
- **Prognosen des BIBB** gehen für 2011 von einem Zuwachs des Angebots an Ausbildungsplätzen um fast 40.000 Plätze aus. Voraussetzung hierfür ist allerdings ein weiterhin sehr guter Konjunkturverlauf.
- Die **Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe** hat sich in den letzten 10 Jahren kaum verändert. Im Jahr 2010 bestehen 348 Ausbildungsberufe. 45 Berufe wurden in diesem Zeitraum neu geschaffen und 163 modernisiert.
- Im Jahr 2009 befanden sich nach **den Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik** 1.571.457 Jugendliche in einer dualen Berufsausbildung. Hiervon entfielen 1.283.979 auf Westdeutsch-

land und 287.478 auf Ostdeutschland. Frauen sind hierbei mit 39,9 % unterrepräsentiert. Ein Großteil der Ausbildungsberufe ist jeweils überwiegend mit Frauen oder mit Männern besetzt. Es ist also insgesamt eine deutliche geschlechtsspezifische Segregation zu beobachten.

- Ende 2009 befanden sich nach den Berechnungen des BIBB bundesweit 165.365 Auszubildende in einer der **öffentlich geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsformen**. Dies waren insgesamt 10,5 % aller Auszubildenden.
- Die **Ausbildungsbeteiligungsquote**, also der rechnerische Anteil derjenigen in der Wohnbevölkerung, der einen Vertrag im dualen System abschließt, ist im Jahr 2009 von 64,6 % auf 61,6 % gesunken. Ausschlaggebend hierfür war der im Jahr 2009 erfolgte starke Einbruch bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen.
- Unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag zum Stichtag 31.12.2009 hatten 43,0 % einen Realschul- und 33,1 % einen Hauptschulabschluss. Trotz des vergleichsweise hohen Anteils von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss, bedeutet dies jedoch nicht, dass ihnen die **Übergänge von der Schule in die Ausbildung** problemlos gelingen würden. Vielmehr kommt es hier zu längeren Übergangszeiten.
- Untersuchungen des BIBB zur Bedeutung des **Migrationshintergrundes** für die Einmündung in Ausbildung kommen zu dem Ergebnis, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund selbst unter gleichen Voraussetzungen im Hinblick auf Schulabschluss, Schulnoten und sozialer Herkunft schlechtere Chancen auf eine Ausbildung haben.
- Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels liegt die **Übernahmequote** erfolgreicher Absolventinnen und Absolventen einer Ausbildung durch die Betriebe bei 57 %. In den neuen Ländern fallen die Übernahmequoten deutlich geringer aus als in den alten Ländern.

- Bei den **schulischen Bildungsgängen** hat sich aufgrund der demografischen Entwicklung der Rückgang des vergangenen Jahres fortgesetzt. Die Schülerzahlen gingen insgesamt um 2,2 % zurück. Der Rückgang beschränkte sich dabei aber auf die neuen Länder (-10 %). In den alten Ländern blieben die Zahlen weitgehend konstant.
- Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2008 ist die **Ungelerntenquote in der Bevölkerung** mit 14,9 % (Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen) nach wie vor sehr hoch. Für die Zukunft ergibt sich hier ein erheblicher Nachqualifizierungsbedarf.

(Günter Walden)

A1 Ausbildungsmarktbilanz 2010

Grundlagen für die Analyse des Ausbildungsstellenmarktes

Für die Analyse des Ausbildungsstellenmarktes wird auf zwei verschiedenen Datenquellen zurückgegriffen: Auf Daten aus der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September und auf die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (**vgl. Kapitel A1.1**) enthält Informationen zu all jenen Marktteilnehmern, welche ihren Ausbildungswunsch erfolgreich umsetzen konnten, unabhängig davon, ob sie bei den Beratungs- und Vermittlungsdiensten der BA, den Arbeitsgemeinschaften (ARGen) oder den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) gemeldet waren oder nicht (Ulrich u. a. 2010). Die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (**vgl. Kapitel A1.2**) gibt Auskunft zu den Merkmalen und zum Markterfolg von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und Betrieben, welche sich dazu entschlossen hatten, die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften (ARGen) oder zugelassenen kommunalen Träger (zkT) in Anspruch zu nehmen (Bundesagentur für Arbeit 2010b, Ulrich 2010).

Beide Quellen orientieren sich am selben Stichtag (30. September) und am selben Erhebungszeitraum (die dem Stichtag vorausgegangenen 12 Monate)¹. Sie werden miteinander verknüpft und sind damit eine ergiebige Informationsquelle zu jenen Jugendlichen und Ausbildungsplatzanbietern (Betriebe, Praxen, Verwaltungen, über- bzw. außerbetriebliche Bildungsträger), die

- entweder ihr Ausbildungsinteresse erfolgreich umsetzen konnten und anschließend von den Kammern und sonstigen zuständigen Stellen als neue Ausbildungsvertragspartner registriert wurden oder aber
- zumindest ihr ursprüngliches Ausbildungsinteresse gegenüber Agenturen für Arbeit, Arbeits-

gemeinschaften (ARGen) oder zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) geäußert haben – auch wenn sie ihren Ausbildungswunsch letztlich nicht umsetzen konnten oder wollten – und denen zugleich von den Beratungs- und Vermittlungsdiensten die Eignung zur Aufnahme einer dualen Berufsausbildung attestiert wurde.²

Die Eckwerte der jüngeren Ausbildungsmarktentwicklung auf Basis der beiden Datenquellen sind in den → **Tabellen A1-1 bis A1-3** aufgeführt. → **Tabelle A1-1** beschreibt die Entwicklung 2001 bis 2010 im Bundesgebiet sowie in West- und Ostdeutschland. → **Tabelle A1-2** und → **Tabelle A1-3 Internet** enthalten nach den 16 Ländern differenzierte Angaben für die beiden letzten Jahre 2010 bzw. 2009.³

Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge

Wie Spalte 1 der → **Tabelle A1-1** zu entnehmen ist, sank 2010 die Zahl der bundesweit neu ab-

¹ Wenn im Folgenden von „Jahr“ oder „Berichtsjahr“ die Rede ist, ist – sofern nicht explizit anders vermerkt – stets der Zeitraum vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des genannten Jahres gemeint.

² Unberücksichtigt bleiben somit in der Ausbildungsmarktbilanzierung jene Jugendlichen und Ausbildungsplatzanbieter, welche die Beratungs- und Vermittlungsdienste nicht kontaktierten, bei den Realisierungsbemühungen ihres Ausbildungswunsches aber scheiterten und selbst dann immer noch auf institutionelle Unterstützung verzichteten. Zu diesen Marktteilnehmern liegen lediglich aus Repräsentativbefragungen Hinweise vor. Nach den Ergebnissen einer 2010 durchgeführten Unternehmensbefragung konnten 2009 z. B. gut 13 % des Ausbildungsplatzangebots nicht besetzt werden, dies entspricht ungefähr 75.000 Vakanzen (Werner/Neumann/Erdmann 2010, S. 3). Der Umfang der 2009 bei den Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften gemeldeten und bis Ende des Berichtsjahres unbesetzten Plätze umfasste dagegen nur rund 17.300 Stellen. Demnach gab es 2009 rund 58.000 unbesetzte Plätze, die nicht in die Ausbildungsmarktbilanzierung einfließen. Aufseiten der Jugendlichen ist die Zahl der erfolglosen Marktteilnehmer, die in keinem Kontakt zu den zuständigen Stellen standen und somit auch nicht in die offizielle Marktbilanzierung einfließen, wahrscheinlich noch größer. So lassen sich für das Jahr 2010 nach den Ergebnissen der BIBB-Schulabgängerbefragung (**vgl. Kapitel A3.1**) etwa 80.000 Abgänger und Absolventen allgemeinbildender und teilqualifizierender beruflicher Schulen identifizieren, die sich nach eigenen Angaben erfolglos beworben hatten, ohne die Hilfe der Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften oder zugelassenen kommunalen Träger in Anspruch genommen zu haben. Warum die Betriebe und Jugendlichen ungeachtet ihrer erfolglosen Suche auf institutionelle Unterstützung verzichten, ist im Detail nicht klar. Ein im Rahmen des BIBB-Ausbildungsmonitors (Gericke/Krupp/Troltsch 2009) durchgeführter Vergleich von Betrieben, die die Beratungs- und Vermittlungsdienste einschalteten, mit jenen, die dies nicht taten, deutete auf Unterschiede in der Intensität der Suche hin. Demnach erfolgten die Markterkundungen bei den Betrieben ohne Kontakt zu den Beratungs- und Vermittlungsdiensten im Schnitt nicht mit derselben Intensität, wie dies bei denjenigen Betrieben der Fall war, welche die Leistungen der Beratungs- und Vermittlungsdienste in Anspruch nahmen (Ulrich u. a. 2009, S. 25 ff.). Ein vergleichbarer Unterschied deutet sich aufseiten der Jugendlichen an.

³ Die Daten für 2009 werden hier noch einmal berichtet, da sich im Laufe des Jahres 2010 Datenkorrekturen ergaben und somit die im Datenreport 2010 enthaltenen Angaben teilweise zu revidieren sind.

Tabelle A1-1: Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung 2001 bis 2010

Jahr	Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)										Verknüpfungen beider Datenquellen																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																									
	BIBB-Erhebung zum 30. September		darunter:								darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
	neu abgeschlossene Aus- bildungs- verträge	neue außerbetrieb- liche Ausbildungs- verträge	gemeldete Bewerber- stellen	Anteil der Ende September noch unbesetzten betrieblichen Bewer- bungsstellen	darunter:				Bewerber, die in eine Berufs- ausbildungsstelle einmündeten	Summe der Bewerber, die Ende September noch weiter suchten	darunter:		instituti- onell erfasste Ausbil- dungs- in- ressierte	%Anteil derer, die in eine Berufs- bildung ein- mündeten	Aus- bildungs- platz- angebot	betriebs- liches Angebot	darunter:		darunter:		gemäß der klass. Definition	gemäß der erw. Nach- frage- rechnung	gemäß der klass. Nach- frage- rechnung	Angebots-Nachfrage- Relation																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																												
					gemeldete Bewerber für Berufs- bildungs- stellen	Bewerber, die in eine Berufs- ausbildungsstelle einmündeten	Summe der Bewerber, die Ende September noch weiter suchten	mit einer Alternative zum 30.09.			ohne Alternative („Unver- sorgte“)	absolut					in %	absolut	%Anteil derer, die in eine Berufs- bildung ein- mündeten	Aus- bildungs- platz- angebot					betriebs- liches Angebot	%Anteil der un- besetzten betrieb- lichen Stellen	gemäß der klass. Definition	gemäß der erw. Definition	% Anteil der noch weiter Suchenden																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	

Abweichungen in den Summen von „Alte Länder“ und „Neue Länder und Berlin“ zum „Bundesgebiet“ können sich durch regional nicht zuordenbare Daten ergeben.
¹Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit: 2005 bis 2008 nur Meldungen der Agenturen für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften (ARfGen)

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2010; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum Abschluss des Berichtsjahres 2009/2010

Tabelle A1-2: Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2010

Land	Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Berichtsjahr 2009/2010										Verknüpfungen beider Datenquellen																				
	BIBB-Erhebung zum 30. September		Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Berichtsjahr 2009/2010										Verknüpfungen beider Datenquellen																		
	darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:		darunter:								
	neu abgeschlossene Aus- bildungs- verträge	neue außerbetriebliche Aus- bildungs- verträge	gemeldete Berufsaus- bildungs- stellen	Anteil der Ende September noch unbesetzten betrieblichen Berufs- ausbildungsstellen	absolut	in %	absolut	Bewerber die in eine Berufs- ausbildungsstelle einemündeten	Bewerber, die Ende September noch weiter suchten	absolut	in %	absolut	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %				
	absolut	absolut	absolut	absolut	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	absolut	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	absolut	absolut	absolut	Sp. 10	Sp. 11	absolut	absolut	Sp. 12	Sp. 13	Sp. 14	Sp. 15	Sp. 16	Sp. 17	Sp. 18	Sp. 19	Sp. 20	Sp. 21	Sp. 22	Sp. 23	
	74.603	2.697	3,6	66.068	2.639	4,0	68.858	32.173	46,7	11.092	16,1	10.572	520	111.288	67,0	77.242	74.545	3,5	75.123	85.695	12,9	102,8	90,1								
Baden-Württemberg	94.326	3.123	3,3	83.247	5.074	6,1	82.622	49.601	60,0	10.630	12,9	9.643	987	127.347	74,1	99.400	96.277	5,3	95.313	104.956	10,1	104,3	94,7								
Bayern	19.173	3.459	18,0	15.583	479	3,1	18.839	7.823	41,5	2.464	13,1	951	1.513	30.189	63,5	19.652	16.193	3,0	20.686	21.637	11,4	95,0	90,8								
Berlin	13.622	2.710	19,9	13.219	633	4,8	16.065	8.545	53,2	2.150	13,4	1.200	950	21.142	64,4	14.255	11.545	5,5	14.572	15.772	13,6	97,8	90,4								
Brandenburg	5.980	511	8,5	5.325	244	4,6	4.395	1.598	36,4	947	21,5	844	103	8.777	68,1	6.224	5.713	4,3	6.083	6.927	13,7	102,3	89,9								
Bremen	14.382	1.200	8,3	9.584	87	0,9	6.498	3.065	47,2	722	11,1	508	214	17.815	80,7	14.469	13.269	0,7	14.596	15.104	4,8	99,1	95,8								
Hamburg	40.234	3.588	8,9	33.807	1.587	4,7	43.020	18.019	41,9	7.057	16,4	6.317	740	65.235	61,7	41.821	38.233	4,2	40.974	47.291	14,9	102,1	88,4								
Hessen	9.879	1.714	17,3	12.145	975	8,0	9.744	6.249	64,1	771	7,9	546	225	13.374	73,9	10.854	9.140	10,7	10.104	10.650	7,2	107,4	101,9								
Meckl.- Vorpommern	58.318	1.867	3,2	49.248	1.614	3,3	66.104	27.111	41,0	12.994	19,7	11.491	1.503	97.311	59,9	59.932	58.065	2,8	59.821	71.312	18,2	100,2	84,0								
Niedersachsen	122.310	6.746	5,5	100.278	2.787	2,8	137.015	58.576	42,8	23.488	17,1	20.235	3.253	200.749	60,9	125.097	118.351	2,4	125.563	145.798	16,1	99,6	85,8								
Nord- rhein- Westfalen	28.493	1.349	4,7	24.189	843	3,5	27.099	13.625	50,3	4.136	15,3	3.627	509	41.967	67,9	29.336	27.987	3,0	29.002	32.629	12,7	101,2	89,9								
Rheinland- Pfalz	8.473	587	6,9	6.310	234	3,7	6.064	2.788	46,0	810	13,4	782	28	11.749	72,1	8.707	8.120	2,9	8.501	9.283	8,7	102,4	93,8								
Saarland	22.248	5.595	25,1	20.840	688	3,3	22.849	13.618	59,6	2.023	8,9	1.416	607	31.479	70,7	22.936	17.341	4,0	22.855	24.271	8,3	100,4	94,5								
Sachsen	14.320	3.295	23,0	13.596	326	2,4	14.370	8.970	62,4	1.539	10,7	1.227	312	19.720	72,6	14.646	11.351	2,9	14.632	15.859	9,7	100,1	92,4								
Sachsen- Anhalt	21.291	808	3,8	16.594	735	4,4	15.585	7.783	49,9	2.718	17,4	2.081	637	29.093	73,2	22.026	21.218	3,5	21.928	24.009	11,3	100,4	91,7								
Schleswig- Holstein	12.421	1.794	14,4	13.223	564	4,3	12.871	8.173	63,5	1.037	8,1	884	153	17.119	72,6	12.985	11.191	5,0	12.574	13.458	7,7	103,3	96,5								
Thüringen	468.410	22.476	4,8	394.650	15.844	4,0	457.260	214.339	46,9	74.594	16,3	66.100	8.494	711.331	65,8	484.254	461.778	3,4	476.904	543.004	13,7	101,5	89,2								
Alte Länder	91.663	18.567	20,3	88.606	3.665	4,1	94.738	53.378	56,3	9.984	10,5	6.224	3.760	133.023	68,9	95.328	76.761	4,8	95.423	101.647	9,8	99,9	93,8								
Neue Bundes- länder + Berlin	560.073	41.043	7,3	483.519	19.605	4,1	552.168	267.789	48,5	84.578	15,3	72.342	12.255	844.452	66,3	579.678	538.635	3,6	572.328	644.651	13,1	101,3	89,9								
Bundes- gebiet¹																															

¹ Abweichungen in den Summen von „Alte Länder“ und „Neue Länder und Berlin“ zum „Bundesgebiet“ können sich durch regional nicht zuordenbare Daten ergeben.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2010; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik zum Abschluss des Berichtsjahres 2009/2010

geschlossenen Ausbildungsverträge (vgl. **E** in **Kapitel A1.1**) um 4.234 bzw. 0,8 % auf nunmehr 560.073. Dies war der drittniedrigste Wert seit der Wiedervereinigung. Der Rückgang 2010 war jedoch allein auf den Abbau der neu begründeten, überwiegend öffentlich geförderten Ausbildungsverhältnisse (Spalte 2) zurückzuführen (-4.758 bzw. -10,4 %). Die Zahl der neu begründeten und (überwiegend) betrieblich finanzierten Ausbildungsverhältnisse (rechnerisch zu ermitteln als Differenz der Spalten 1 und 2) stieg bundesweit leicht um 524 bzw. 0,1 % auf 519.030.

Ungeachtet des allgemeinen Vertragsrückgangs verbesserten sich 2010 die Ausbildungschancen der Jugendlichen und waren – wie im Folgenden erläutert wird – so gut wie in keinem der vorausgegangenen Jahre des letzten Jahrzehnts. Gleichwohl gab es auch 2010 noch eine beträchtliche Zahl von Jugendlichen, die bei ihrer Ausbildungsplatzsuche erfolglos blieben.

Entwicklung der Ausbildungschancen von Jugendlichen im Spiegel der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Auf eine mögliche Verbesserung der Ausbildungschancen für die Jugendlichen hatte im Herbst 2010 bereits die Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (vgl. die Spalten 4–13 der **→ Tabelle A1-1**) hingedeutet, in der bilanziert wird, wie die bei den Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) oder zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) registrierten Ausbildungsstellenbewerber **E** bis zum 30. September verbleiben. Von den insgesamt 552.168 Ausbildungsstellenbewerbern (Spalte 7) mündeten 267.789 bzw. 48,5 % (Spalten 8 und 9) in eine Berufsausbildungsstelle ein – und damit zweieinhalb Prozentpunkte mehr als im Jahr 2009 (46,0 %). Zugleich sank die Zahl der Ausbildungsstellenbewerber, die auch noch zum Stichtag 30. September auf der Suche nach einer Berufsausbildungsstelle waren (Spalten 10 und 11). Zählten 2009 noch 92.790 zu diesem Kreis (und damit 16,7 % aller registrierten Bewerber), waren es 2010 nur noch 84.597 (15,3 %).

Entwicklung der Ausbildungschancen unter Berücksichtigung aller institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Jugendlichen

Die Inanspruchnahme der Beratungs- und Vermittlungsdienste der Agenturen für Arbeit, ARGEn und zkT ist freiwillig, und ungeachtet einer 2010 wieder gestiegenen Einschaltquote durch die Jugendlichen (vgl. **Kapitel A3.1**) werden nicht alle Marktteilnehmer erfasst. So gibt es Ausbildungsplatznachfrager **E**, die ihren Ausbildungsplatz ohne eine solche institutionelle Unterstützung finden. Ohne deren Berücksichtigung bleibt aber die Ausbildungsmarktbilanzierung unvollständig. Rechnerisch lässt sich ihr Umfang dadurch abschätzen, dass von der Gesamtzahl aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (Spalte 1) jene bei den Beratungs- und Vermittlungsdiensten gemeldeten Bewerber abgezogen werden, die in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten (Spalte 8). Nach dieser Formel ergibt sich für 2010 eine Zahl von 292.284 (= 560.073 – 267.789) Ausbildungsplatznachfragern, die bei ihrer Suche auch ohne institutionelle Unterstützung der Beratungs- und Vermittlungsdienste erfolgreich waren.



Ausbildungsstellenbewerber/-innen, Ausbildungsplatznachfrager/-innen und Ausbildungsinteressierte

Als **Ausbildungsstellenbewerber/-innen** werden jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen bezeichnet, welche die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Agenturen für Arbeit, der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und der zugelassenen kommunalen Träger (zkT) in Anspruch nehmen und deren Eignung für die von ihnen angestrebten Ausbildungsberufe geklärt ist. Die Ausbildungsstellenbewerber/-innen bilden zusammen mit den gemeldeten Berufsausbildungsstellen die zentralen Größen der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Ausbildungsplatznachfrager/-innen werden jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen genannt, die entweder einen neuen Ausbildungsvertrag abschlossen (und somit über die BIBB-Erhebung über neue Berufsausbildungsverträge zum 30. September erfasst werden) oder aber zum Kreis der Ausbildungsstellenbewerber/-innen (s. o.) zählten,

welche auch noch am 30. September ihre Ausbildungsplatzsuche fortsetzten. Erfolgreiche Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die sich für eine Alternative entschlossen (z. B. erneuter Schulbesuch, Studium, Erwerbstätigkeit, berufsvorbereitende Maßnahme) und am 30. September nicht mehr oder vorerst nicht mehr nach einer Berufsausbildungsstelle suchen, werden demnach nicht zu den Ausbildungsplatznachfragern gerechnet.

Als **Ausbildungsinteressierte** gelten alle Jugendlichen, die entweder zu den erfolgreichen Ausbildungsplatznachfragern oder aber zumindest zu den registrierten Ausbildungsstellenbewerbern zählten. Es handelt sich somit um all jene Jugendlichen, die im Laufe eines Berichtsjahres den Wunsch nach einer Ausbildung geäußert hatten und institutionell erfasst wurden, sei es über die Eintragung ihrer Ausbildungsverhältnisse bei den zuständigen Stellen oder – sofern sie erfolglos blieben – im Rahmen ihrer Registrierung bei den Agenturen für Arbeit, den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) oder den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT).

Addiert man wiederum diese Gruppe zur Gruppe der registrierten Ausbildungsstellenbewerber/-innen hinzu, ergibt sich die rechnerische Summe aller ausbildungsinteressierten und für ausbildungsfähig befundenen Jugendlichen **E**, die auf irgendeine Weise institutionell erfasst wurden – sei es über die einstellenden Betriebe, über die zuständigen Stellen oder über die Agenturen für Arbeit, ARGEn und zkT (Spalte 14). 2010 betrug ihre Zahl 844.452 (2009: 864.066). Der Anteil unter ihnen, der in eine duale Berufsausbildung einmündete (sogenannte „Einmündungsquote der Ausbildungsinteressierten“), bezifferte sich 2010 auf 66,3 %. Dies war ein Prozentpunkt mehr als im Jahr zuvor und – wie Spalte 15 zeigt – der höchste Wert, der im gesamten ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts gemessen wurde.⁴

4 Die in Spalte 15 aufgeführten Anteile werden auch als EQI bezeichnet, als Einmündungsquoten der ausbildungsinteressierten Jugendlichen. Der für 2010 ermittelte Wert von 66,3 % entspricht recht gut der sogenannten rechnerischen Einmündungsquote (REQ), bei der die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ins Verhältnis zur Zahl der Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen gesetzt wird. Die REQ lag 2010 bei 66,1 %. Die REQ wird allerdings in den kommenden Jahren infolge der doppelten Abiturientenjahrgänge zu stark verzerrt, sodass sich die EQI als Alternative anbietet. Näheres zur Aussagekraft und zur Berechnung der EQI, auch in Abgrenzung zu alternativen Berechnungswegen der Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen, findet sich bei Gericke/Uhly/Ulrich 2011.

Die Ausbildungschancen für die ausbildungsinteressierten Jugendlichen waren 2010 somit so gut wie in keinem der vorausgegangenen 9 Jahre. Dabei war das Ausbildungsplatzangebot mit insgesamt 579.678 Plätzen auf den drittniedrigsten Stand der vergangenen 10 Jahre gefallen (Spalte 16 in → **Tabelle A1-1**). Dass sich die Chancen für die Jugendlichen dennoch verbesserten, ist vor allem der demografischen Entwicklung geschuldet.

Auswirkungen der demografischen Entwicklung

Die demografische Entwicklung führte innerhalb von nur wenigen Jahren zu einem starken Rückgang der Schulabgängerzahlen → **Tabelle A1-4**. Das Potenzial, aus dem sich die ausbildungsinteressierten Jugendlichen rekrutieren, verringerte sich damit beträchtlich. Wurden 2005 bundesweit z. B. noch 939.287 Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen gezählt, waren es 2010 nach vorläufigen Schätzungen nur noch 847.726 (-91.561). Die Zahl der Abgänger und Absolventen aus teilqualifizierenden beruflichen Schulen reduzierte sich im selben Zeitraum von 409.362 auf 381.778 (-27.584). Im Lauf der letzten Jahre ging zudem die Zahl der sogenannten Altbewerber (vgl. **Kapitel A1.2**) zurück, welche die Schule bereits in früheren Jahren verlassen hatten, aber immer noch an einer Ausbildung interessiert waren. Sie lag 2010 bei 256.007 und damit um 86.053 niedriger als 2005. Die Folge der starken Rückgänge: Die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen fiel sowohl im Westen als auch im Osten Deutschlands auf den niedrigsten Stand des gesamten letzten Jahrzehnts (vgl. auch Spalte 14 in → **Tabelle A1-1**).

Dabei war der Rückgang im Osten (nahezu Halbierung gegenüber dem Wert von 2006) besonders drastisch. Der demografische Einbruch war hier so stark, dass es 2010 zu paradox anmutenden Effekten kam: Obwohl das Ausbildungsplatzangebot im Osten um 6.314 Plätze bzw. 6,2 % gegenüber dem Vorjahr sank – während es im Westen um 4.445 Plätze bzw. 0,9 % zunahm –, verbesserte sich die Marktlage für die ostdeutschen Jugendlichen stärker als für ihre westdeutschen Altersgenossen. Dies führte zugleich zu einer höheren Erfolgsquote: Von den ausbildungsinteressierten Jugendlichen mündeten im Osten

Tabelle A1-4: Entwicklung der Zahl der Schulabgänger und -absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie der Zahl der registrierten Ausbildungsstellenbewerber, welche die Schulen bereits in früheren Jahren verlassen hatten, in den Jahren 2005 bis 2010

Jahr	Abgänger und Absolventen allgemeinbildender Schulen ¹					Abgänger und Absolventen beruflicher Schulen ¹						Gemeldete Ausbildungsstellenbewerber aus früheren Schulentlassjahren ²		
	ohne Schulabschluss	mit Hauptschulabschluss	mit mittlerem Abschluss	mit Studienberechtigung	Insgesamt	schulisches Berufsvorbereitungsjahr	schulisches Berufsbildungsjahr	Berufsfachschule ³	Fachoberschule	Fachgymnasium	Insgesamt	mit Schulentlassung im Vorjahr	mit Schulentlassung im Vorjahr und früher	Insgesamt
Deutschland														
2005	78.152	231.596	393.688	235.843	939.279	74.040	39.701	190.052	69.173	36.396	409.362	156.876	185.184	342.060
2006	75.897	228.967	391.953	249.949	946.766	72.260	43.933	196.466	70.179	37.648	420.486	171.789	213.459	385.248
2007	70.494	220.636	386.457	264.542	942.129	67.721	42.531	192.335	72.470	46.952	422.009	161.856	223.022	384.878
2008	64.899	202.474	367.236	272.474	907.083	57.312	40.541	193.642	74.042	47.480	413.017	128.539	191.854	320.393
2009	58.354	183.992	354.672	273.727	870.745	50.876	40.311	186.526	68.780	48.629	395.122	115.169	141.005	256.174
2010	55.948	171.149	346.847	273.782	847.726	48.375	37.952	181.114	66.257	48.079	381.778	108.452	147.555	256.007
Westdeutschland														
2005	57.648	199.583	297.498	176.892	731.621	47.818	34.692	177.169	54.978	27.901	342.558	113.851	128.820	242.671
2006	56.071	197.525	302.789	189.715	746.100	48.407	38.629	184.305	55.640	28.843	355.824	129.048	145.885	274.933
2007	53.839	195.139	310.831	197.365	757.174	46.260	37.608	180.910	58.739	38.180	361.697	125.888	155.000	280.888
2008	50.128	181.798	310.847	207.174	749.947	39.371	36.368	183.795	60.467	38.661	358.662	101.670	140.888	242.558
2009	46.075	166.324	308.362	218.117	738.878	35.379	37.516	178.590	55.547	40.202	347.234	93.320	105.576	198.896
2010	44.300	154.729	304.542	230.056	733.627	34.619	35.901	174.297	54.836	40.874	340.527	90.486	114.082	204.568
Ostdeutschland														
2005	20.504	32.013	96.190	58.951	207.658	26.222	5.009	12.883	14.195	8.495	66.804	42.913	56.279	99.192
2006	19.826	31.442	89.164	60.234	200.666	23.853	5.304	12.161	14.539	8.805	64.662	42.642	67.493	110.135
2007	16.655	25.497	75.626	67.177	184.955	21.461	4.923	11.425	13.731	8.772	60.312	35.927	67.966	103.893
2008	14.771	20.676	56.389	65.300	157.136	17.941	4.173	9.847	13.575	8.819	54.355	26.822	50.898	77.720
2009	12.279	17.668	46.310	55.610	131.867	15.497	2.795	7.936	13.233	8.427	47.888	21.817	35.397	57.214
2010	11.648	16.420	42.305	43.726	114.099	13.756	2.051	6.818	11.421	7.206	41.251	17.937	33.427	51.364

¹ Ist-Zahlen bis 2009, Schätzung für 2010. Die Schätzung erfolgt, indem die letzten Ist-Zahlen aus 2009 mit den von der KMK erwarteten Veränderungsraten zwischen 2009 und 2010 verbunden werden.

² Ist-Zahlen, 2005 bis 2008 ohne Bewerber, die bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkt) registriert waren

³ Ohne erfolgreiche Absolventen einer vollqualifizierenden berufsfachschulischen Berufsausbildung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Kultusministerkonferenz (Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Dokumentation Nr. 182 vom Mai 2007), Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A1-1: Zusammenhang zwischen der regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarktlage 2007 und 2010 unter Ausschluss der „außerbetrieblichen“ (überwiegend öffentlich finanzierten) Ausbildungsplatzangebote



68,9 % in eine Berufsausbildungsstelle ein (2009: 67,1 %), im Westen dagegen nur 65,8 % (2009: 65,0 %; vgl. erneut Spalte 15 in → **Tabelle A1-1**).

Zusammenhang zwischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Infolge der starken demografischen Veränderungen und der sinkenden Zahl ausbildungsinteressierter Jugendlicher schwächte sich der bislang deutlich erkennbare Zusammenhang zwischen der regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarktlage stark ab → **Schaubild A1-1**. Ließen sich 2007 noch knapp 51 % der regionalen Unterschiede in den betrieblichen Ausbildungsmarktvhältnissen (hier definiert als rechnerische Zahl der betrieblichen Ausbildungs-

platzangebote⁵ je 100 Ausbildungsinteressierte) mit den allgemeinen Arbeitsmarktverhältnissen vor Ort erklären (hier definiert über die Höhe der Arbeitslosenquote), waren es 2010 nur noch rund 22 %. Wie anhand der unterschiedlichen Farbmarkierungen zu erkennen ist, ist diese Entwicklung vor allem auf die Verbesserung der Marktlage in den ostdeutschen Regionen zurückzuführen. Aufgrund des beträchtlichen Rückgangs an Jugendlichen hatten die

5 Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote wurde hier berechnet als Differenz zwischen der Zahl der Ausbildungsplatzangebote insgesamt und der bei den Agenturen für Arbeit, Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen. Die Zahl der (überwiegend) betrieblich finanzierten („betrieblichen“) Ausbildungsplatzangebote lässt sich seit 2009 zwar auch unmittelbar aus der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge herleiten, doch fehlen die Daten für 2007 und 2008. Deshalb wurde an dieser Stelle auf einen alternativen, aber über die Jahre hinweg einheitlichen Berechnungsmodus zurückgegriffen.

ostdeutschen Ausbildungsinteressierten 2010 selbst in jenen Regionen eine relativ gute Chance auf ein betriebliches Ausbildungsangebot, wo die allgemeine Arbeitslosigkeit immer noch überdurchschnittlich hoch ausfiel (vgl. **Kapitel A1.3**).

Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverhältnisse

Für die ostdeutschen Jugendlichen war es zudem von Vorteil, dass dort in Relation zur Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen immer noch mehr überwiegend öffentlich finanzierte („außerbetriebliche“) Ausbildungsplätze (vgl. **E in Kapitel A1.1**) zur Verfügung stehen – obwohl es in den letzten Jahren bereits zu einem beträchtlichen Abbau gekommen war (vgl. Spalten 2 und 14 in **→ Tabelle A1-1**). 2010 standen den 133.023 ostdeutschen Ausbildungsinteressierten noch 18.567 „außerbetriebliche“ Plätze gegenüber; dies entsprach einer Quote von 14,0 %. Die Quote im Westen betrug dagegen nur 4,6 % (bei 22.476 „außerbetrieblichen“ Plätzen und 711.331 Ausbildungsinteressierten). Die überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze führten im Osten dazu, dass die 2010 noch begrenzt erkennbaren negativen Einflüsse der regionalen Arbeitsmarktverhältnisse auf die regionalen Ausbildungsmarktverhältnisse nahezu restlos kompensiert werden konnten.⁶ Zugleich trugen sie dazu bei, dass in den ostdeutschen Regionen die Ausbildungschancen der Jugendlichen im Schnitt höher waren als in den westdeutschen Regionen **→ Schaubild A1-2**.

Jugendliche ohne Erfolg bei der Ausbildungsplatzsuche

Die Zahl der erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager, die auch noch zum Stichtag 30. September auf Ausbildungssuche waren, lag 2010 bei 84.597 (2009: 92.790). Ein Vergleich mit 2007 (130.878) zeigt, dass

sich der Umfang dieser Gruppe in den letzten 4 Jahren beträchtlich verringerte (-46.281 bzw. -35,4 %). Der Rückgang wäre rechnerisch sogar noch größer ausgefallen, hätten 2007 bereits jene Ausbildungsstellenbewerber/-innen in der Statistik berücksichtigt werden können, welche bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) registriert waren. Dies ist jedoch erst seit 2009 möglich.

Trotz des starken Rückgangs war die Gruppe der noch suchenden Ausbildungsplatznachfrager/-innen absolut, aber auch im Verhältnis zum noch unbesetzten Ausbildungsplatzangebot **E**, immer noch sehr groß: Denn die Zahl der 84.597 erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager/-innen übertraf die Zahl der 19.605 noch offenen Ausbildungsplatzangebote (Spalte 5 in **→ Tabelle A1-1**) um das Vierfache.

Unter Einschluss der jeweils erfolgreichen Ausbildungsplatznachfrager und -anbieter standen 2010 rechnerisch 89,9 Ausbildungsplatzangebote 100 Ausbildungsplatznachfragern gegenüber (West: 89,2; Ost: 93,8). Die Angebots-Nachfrage-Relation **E** (Spalte 23 in **→ Tabelle A1-1**) war somit auch 2010 noch deutlich von einem rechnerischen Ausgleich entfernt.⁷

E Verhältnis von Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage

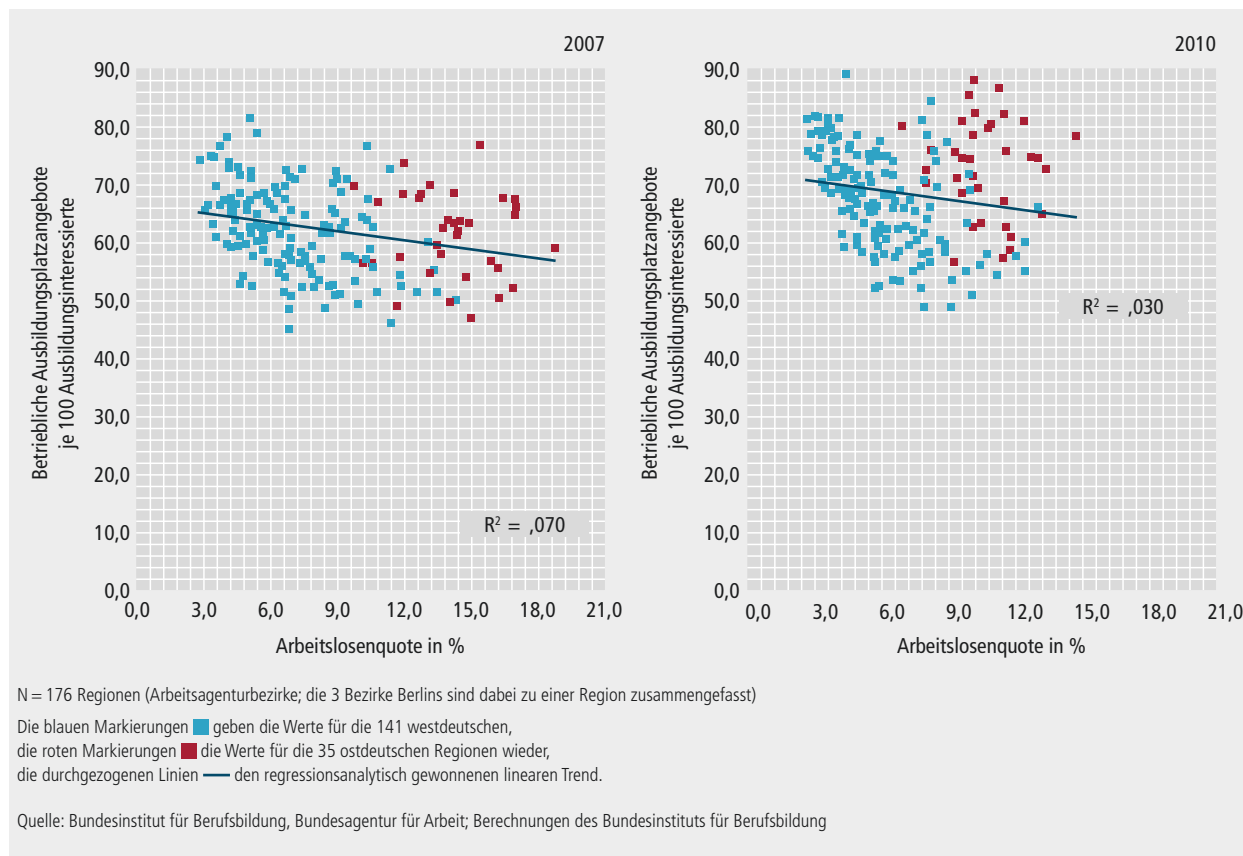
In Anlehnung an § 86 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) wird das **Ausbildungsplatzangebot** (Spalte 16 in **→ Tabelle A1-1**) als rechnerische Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (Spalte 1) zuzüglich der „Zahl der am 30. September (...) nicht besetzten (und) der BA zur Vermittlung angebotenen Ausbildungsplätze“ (Spalte 5) definiert.

Die **Ausbildungsplatznachfrage** (Spalte 20 in **→ Tabelle A1-1**) bestimmt sich spiegelbildlich als rechnerische Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge

⁶ Die gemeinsame Varianz zwischen den regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarktverhältnissen betrug 2010 im Osten ohne Berücksichtigung der außerbetrieblichen Ausbildungsplatzangebote noch 2 %, unter Einschluss der außerbetrieblichen Angebote nur noch 0,5 %. In den westdeutschen Regionen verringerte sich durch die überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätze nicht die Abhängigkeit des Ausbildungsmarktes vom Arbeitsmarkt; etwa 29 % der regionalen Unterschiede in den Ausbildungsmarktverhältnissen standen hier 2010 mit den Unterschieden in den jeweiligen Arbeitsmarktverhältnissen in Verbindung.

⁷ **→ Tabelle A1-1** enthält in Spalte 22 zu Vergleichszwecken auch Angaben zur Angebots-Nachfrage-Relation nach alter Berechnung, bei der noch suchende Ausbildungsstellenbewerber als Ausbildungsplatznachfrager unberücksichtigt bleiben, wenn sie über eine alternative Verbleibsmöglichkeit wie z. B. ein Praktikum, einen Maßnahmeplatz oder eine Arbeitsgelegenheit verfügen. Angesichts der Validitätsmängel einer solchen Nachfrageberechnung wird auf eine Interpretation dieses Indikators hier jedoch verzichtet.

Schaubild A1-2: Zusammenhang zwischen der regionalen Arbeits- und Ausbildungsmarktlage 2007 und 2010 unter Einschluss der „außerbetrieblichen“ (überwiegend öffentlich finanzierten) Ausbildungsplatzangebote



(Spalte 1) und der am 30. September „bei der BA gemeldeten Ausbildungsplätze suchenden Personen“ (Spalte 10).

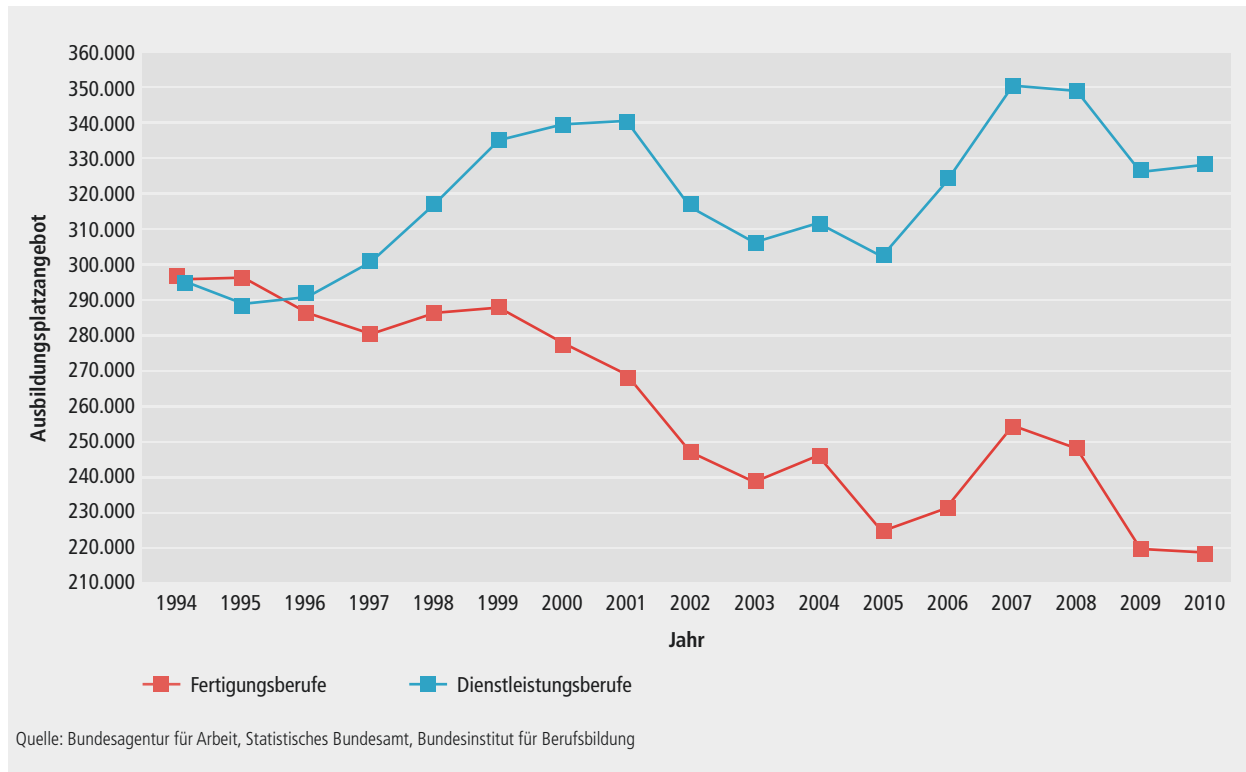
Früher wurden nach der alten Nachfragedefinition (Spalte 19) zu den suchenden Personen nur jene Bewerber/-innen gezählt, die zum 30. September ohne jegliche alternative Verbleibsmöglichkeit, wie z. B. den Beginn eines Praktikums oder einer berufsvorbereitenden Maßnahme, waren (Spalte 13 in → [Tabelle A1-1](#)). Heute werden dagegen im Rahmen der neuen, erweiterten Nachfragedefinition (Spalte 20) alle noch suchenden Bewerber/-innen hinzuge-rechnet, also auch jene, die zumindest über eine alternative Verbleibsmöglichkeit verfügten (Spalte 12).

Die **Angebots-Nachfrage-Relation** gibt wieder, wie viele Ausbildungsplatzangebote rechnerisch auf 100 Ausbildungsplatznachfrager entfallen.

Lediglich im Land Mecklenburg-Vorpommern gab es bei einer Angebots-Nachfrage-Relation von $ANR = 101,9$ rechnerisch mehr Ausbildungsplatzangebote als -nachfrager (Spalte 23 in → [Tabelle A1-2](#)). Deutlich überdurchschnittlich hohe Werte wurden darüber hinaus noch in Thüringen ($ANR = 96,5$), Hamburg ($95,8$), Bayern ($94,7$) und Sachsen ($94,5$) erzielt.⁸

⁸ Bei der Interpretation des Wertes für den Stadtstaat Hamburg ist zu beachten, dass viele Ausbildungsanfänger aus anderen Bundesländern stammen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 70 ff.). Sie werden statistisch trotz ihrer Herkunft aus anderen Ländern den hamburgischen Ausbildungsplatznachfragern zugerechnet und tragen somit ebenfalls zu dem relativ hohen ANR-Wert bei. Dies gilt auch dann, wenn die ausbildungsinteressierten hamburgischen Bewerber/-innen selbst nur zu einem durchschnittlichen Anteil in eine Berufsausbildungsstelle einmünden (vgl. Spalte 9 in → [Tabelle A1-2](#)).

Schaubild A1-3: Entwicklung des Ausbildungsangebots in den Dienstleistungs- und Fertigungsberufen
1994 bis 2010



Zu berücksichtigen ist, dass in die Berechnung der hier genannten ANR-Werte nur jene unbesetzten Ausbildungsplätze und erfolglosen Ausbildungsplatzbewerber/-innen einfließen, die den Beratungs- und Vermittlungsdiensten bekannt waren und die ihren Vermittlungswunsch bis zum Ende des Berichtsjahres aufrechterhielten. Es gibt darüber hinaus Betriebe und Jugendliche, die ihren Ausbildungswunsch nicht realisieren konnten und dennoch die Beratungs- und Vermittlungsdienste nicht in Anspruch nahmen oder ihren Vermittlungswunsch noch vor Ende des Berichtsjahres aufgaben. Schätzungen auf Basis aktueller Repräsentativbefragungen deuten darauf hin, dass es sich dabei jeweils um mehrere Zehntausend Ausbildungsplätze und mehrere Zehntausend Jugendliche handelt (siehe dazu ausführlich Fußnote 2). Dabei dürfte die Zahl der institutionell nicht erfassten erfolglosen Ausbildungsplatznachfrager („latente Nachfrage“) zurzeit noch höher liegen als der Umfang der institutionell nicht erfassten Ausbildungsplätze

(„latentes Angebot“). Würde man das latente Angebot und die latente Nachfrage zu den institutionell erfassten Angeboten und Nachfragern hinzurechnen, läge demnach die „tatsächliche“ Angebots-Nachfrage-Relation noch etwas niedriger als der hier berichtete bundesweite Wert von ANR = 89,9. Insofern war in 2010 auch unter Berücksichtigung des latenten Angebots und der latenten Nachfrage noch kein rechnerischer Ausgleich von Angebot und Nachfrage erreicht worden.

Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots in berufsstruktureller Hinsicht

Die Jugendlichen sind bei ihrer Berufswahl und Ausbildungsplatzsuche gefordert, ihre Ausbildungswünsche an das bestehende Ausbildungsplatzangebot anzupassen. Ungeachtet des insgesamt immer noch zu niedrigen Angebots kommt es vielen Jugendlichen zumindest entgegen, dass das Angebot in den letzten Jahren in wachsendem Maße

von den Berufen des tertiären Sektors bestimmt wird → **Schaubild A1-3**. Dieser Trend setzte sich auch 2010 fort. War 1994 das Verhältnis zwischen den Dienstleistungs- und Fertigungsberufen noch ausgeglichen, wurden 2010 in den Dienstleistungsberufen bereits 110.367 Ausbildungsplätze mehr angeboten als in den Fertigungsberufen. Gegenüber dem Vorjahr 2009 nahm das Angebot in den Fertigungsberufen um 0,4 % bzw. 880 Plätzen ab. In den Dienstleistungsberufen stieg 2010 das Angebot dagegen um 0,7 % bzw. 2.233 Plätze. 2010 entfielen somit 56,7 % aller Ausbildungsplatzangebote auf Berufe des tertiären Sektors.

In den Dienstleistungsberufen fiel das Ausbildungsplatzangebot selbst im Krisenjahr 2005 höher aus als 1994; dies galt sowohl für die kaufmännischen Waren- und Dienstleistungs- als auch für die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe → **Tabelle A1-5**.⁹ Gegenüber 1994 gab es 2010 in den Dienstleistungsberufen ein Plus bei den Ausbildungsplatzangeboten von 32.653 bzw. 11,0 %. Bei den Fertigungsberufen sank das Angebot dagegen relativ kontinuierlich und lag 2010 bereits um 77.823 Plätze bzw. 26,3 % niedriger als 1994. Dabei ging die Zahl der Ausbildungsplätze insbesondere in den Bauberufen zurück; ihr Umfang halbierte sich.

Ergebnisse der Nachvermittlung bis Ende Dezember 2010

Angesichts der Lücke zwischen der Zahl der am 30. September 2010 noch suchenden Ausbildungsplatznachfrager und der noch unbesetzten Ausbildungsplätze waren die Nachvermittlungsbedin-

gungen für die Agenturen für Arbeit, ARGE n und zkt relativ schwierig. Die Zahl der Jugendlichen, für die auch noch im Laufe des 4. Quartals des Kalenderjahres ein Vermittlungsauftrag (zeitweise oder dauerhaft) bestand, um in das bereits begonnene Ausbildungsjahr einzusteigen, bezifferte sich insgesamt auf 67.602 Personen (Bundesagentur für Arbeit 2010a). Darunter befanden sich 47.737 Jugendliche, die bereits im vergangenen Berichtsjahr 2009/2010 als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert waren, und 19.865, auf die dies nicht zutraf.

Zu den 47.737 Bewerbern aus dem letzten Berichtsjahr zählten

- 5.795 bzw. 2,2 % der 267.789 Bewerber/-innen, die ursprünglich in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet waren,
- 12.213 bzw. 99,7 % der 12.255 Bewerber/-innen, die am 30. September ohne Alternative auf Ausbildungsplatzsuche waren („unversorgte Bewerber“),
- 21.992 bzw. 30,4 % der 72.342 Bewerber/-innen, die am 30. September aus einer bestehenden Alternative heraus weiter nach einer Ausbildungsstelle gesucht hatten,¹⁰ sowie
- 7.737 bzw. 3,9 % der 199.782 Bewerber/-innen, die am 30. September zunächst anderweitig verblieben und zu diesem Zeitpunkt auch nicht mehr auf Ausbildungsplatzsuche waren.

In → **Tabelle A1-6** wird nun wiedergegeben, welche Ergebnisse die Nachvermittlung bis Dezember 2010 für die 67.602 Bewerber/-innen mit Interesse an einem nachträglichen Einstieg in das bereits begonnene Ausbildungsjahr erbracht hatte. Die Zahl der Bewerber/-innen, die bis Ende 2010 in die anvisierte Berufsausbildung einmündete, fiel demnach mit 5.220 bzw. 7,7 % relativ niedrig aus. 53.887 bzw. 79,7 % der Bewerber/-innen waren dagegen weiter auf Ausbildungsplatzsuche, darunter 23.912 ohne und 29.975 mit alternativer Verbleibsmöglichkeit. Die restlichen 8.495 bzw. 12,6 % Bewerber/-innen

9 Die Einteilung der Berufe in Berufsgruppen folgt an dieser Stelle der in den 1990er-Jahren üblichen Gliederung für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der BA, um Vergleichbarkeit herzustellen. Unter den Dienstleistungsberufen sind hier zusammengefasst die Berufsgruppen 66 bis 93 nach der Berufsklassifikation des Statistischen Bundesamtes (1992). Die Fertigungsberufe umfassen die Gruppen 10 bis 55. Die sonstigen Berufe außerhalb der Dienstleistungs- und Fertigungsberufe schließen die technischen Berufe (62 bis 64), die Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau (01 bis 06), Berufe im Bergbau und in der Mineralgewinnung (07 bis 08) und nicht eindeutig zuzuordnende Berufe (98 bis 99) mit ein. Die berufliche Angebotsstruktur von 1994 bis 2005 wurde unter Zuhilfenahme der Ausbildungsmarktdaten des Statistischen Bundesamtes mit Stichtag 31.12. geschätzt.

10 Die relativ niedrige Quote ist darauf zurückzuführen, dass ihre erneute Berücksichtigung im Vermittlungsjahr 2010/2011 eine aktive Rückmeldung durch die Betroffenen erforderlich machte (für die Bewerber/-innen ohne Alternative war dies nicht der Fall).

Tabelle A1-5: Entwicklung des Ausbildungsangebots von 1994 bis 2010 nach Berufsgruppen

BKZ	Berufsgruppe	Ausbildungsplatzangebot (neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zuzüglich der am 30. September gemeldeten, unbesetzten Ausbildungsstellen)																			Veränderung 2010 gegenüber 2009	
		1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	absolut	in %		
01–06	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	16.348	17.568	18.966	19.570	19.443	19.457	18.238	17.737	17.433	17.781	18.572	15.785	16.843	16.911	16.098	15.278	14.520	-758	-5,0		
07–08	Bergleute, Mineralgewinner	198	338	285	222	209	172	146	126	154	160	181	213	210	171	198	205	170	-35	-17,1		
10–11	Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	1.613	1.635	1.648	1.649	1.583	1.376	1.354	1.159	1.030	1.039	1.144	977	978	932	927	769	828	59	7,7		
12–13	Keramiker, Glasmacher	624	658	654	701	684	644	689	696	610	563	621	619	632	715	725	562	586	24	4,3		
14–15	Chemiearbeiter, Kunststoff- verarbeiter	3.072	3.468	3.701	3.980	4.437	4.354	4.509	4.631	4.346	4.591	4.690	4.509	4.804	5.396	5.384	4.333	4.693	360	8,3		
16	Papierhersteller, -verarbeiter	580	657	728	767	790	792	902	914	754	796	784	545	753	834	749	653	698	45	6,9		
17	Drucker	3.860	3.817	4.072	4.685	5.710	6.485	7.629	7.828	6.418	5.799	5.969	5.621	6.195	6.699	6.860	5.545	5.484	-61	-1,1		
18	Holzaufbereiter und verwandte Berufe	568	601	565	605	556	498	545	414	373	393	410	377	420	440	358	257	291	34	13,2		
19–30, 32	Metallberufe	106.604	107.191	105.515	104.039	107.012	105.596	103.136	103.227	96.157	94.489	94.800	86.685	90.766	101.507	100.524	86.083	84.349	-1.734	-2,0		
31	Elektriker	38.617	37.882	35.972	35.422	37.689	39.447	39.692	40.411	37.108	34.109	33.363	32.282	32.769	35.939	37.365	33.249	33.321	72	0,2		
33–37	Textil-, Bekleidungs-, Lederberufe	5.868	5.221	5.124	4.993	4.774	4.798	4.369	4.254	3.653	3.346	3.119	2.083	2.371	2.597	2.296	1.964	2.001	37	1,9		
39–43	Ernährungsberufe	30.724	29.685	31.349	32.380	33.404	34.621	34.446	33.988	32.531	32.651	33.970	31.040	32.536	33.323	30.886	28.795	28.153	-642	-2,2		
44–51	Bau- und Baunebenberufe einschl. Tischler	102.377	103.785	95.012	88.855	87.656	86.515	77.910	68.578	60.818	57.317	57.042	47.305	50.635	55.787	51.221	47.163	47.545	382	0,8		
52–55	Warenprüfer, Versandfertig- macher, Maschinisten	1.450	1.786	1.852	2.055	2.256	2.648	2.689	2.764	2.914	3.438	10.054	12.296	7.771	10.277	10.629	9.642	10.186	544	5,6		
62–64	Technische Berufe	13.880	13.739	12.757	12.321	12.270	11.795	11.022	10.867	9.807	9.540	9.483	8.516	8.857	9.586	9.943	8.817	8.472	-345	-3,9		
66–70	Waren- und Dienstleistungs- kaufleute	115.951	111.511	111.944	116.544	123.094	131.282	130.304	127.518	117.297	112.660	118.632	119.153	128.149	139.423	140.253	133.093	134.130	1.037	0,8		
71–74	Verkehrsberufe	4.960	4.709	5.965	7.248	7.360	7.330	7.745	8.299	8.149	8.961	4.640	3.964	11.566	14.680	15.322	13.690	16.133	2.443	17,8		
75–78	Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	89.104	89.282	90.835	96.510	101.151	107.946	110.387	111.299	101.207	97.936	99.794	93.752	95.498	100.997	100.430	92.028	92.476	448	0,5		
79–87	Sicherheitsberufe, künstlerische Berufe, Gesundheitsdienst-, Sozial- und Erziehungsberufe	40.265	39.814	38.228	35.862	36.368	35.951	37.971	39.610	38.770	36.675	35.405	34.439	34.197	37.097	37.412	36.047	36.585	538	1,5		
90–93	Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe, Reinigungsberufe	45.568	43.639	44.106	44.972	49.487	52.749	53.702	54.450	50.796	50.229	53.700	50.900	54.061	58.826	56.248	51.411	49.178	-2.233	-4,3		
98–99	Restliche Berufe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11.755	11.543	11.891	11.930	11.867	9.783	-2.084	-		
Insgesamt		622.234	616.988	609.274	613.381	635.933	654.454	647.383	638.771	590.328	572.474	586.374	562.816	591.554	644.028	635.758	581.451	579.582	-1.869	-0,3		
davon:		295.958	296.387	286.189	280.131	286.550	287.773	277.869	268.864	246.714	238.532	245.966	224.339	230.630	254.446	247.924	219.015	218.135	-880	-0,4		
Dienstleistungsberufe (66–93)		295.849	288.956	291.077	301.137	317.461	335.257	340.108	341.177	316.220	306.461	312.172	302.208	323.471	351.023	349.665	326.269	328.502	2.233	0,7		
Sonstige Berufe (01–09, 60–63, 98–99)		30.427	31.645	32.008	32.113	31.922	31.424	29.406	28.730	27.395	27.481	28.236	36.269	37.453	38.559	38.169	36.167	32.945	-3.222	-8,9		

Nur Ausbildung im dualen System und ohne jene unbesetzten Stellen, die für die BA regional nicht zuzuordnen sind.

Die Angebotsstruktur von 1994 bis 2005 wurde unter Zuhilfenahme der Ausbildungsmarktdaten des Statistischen Bundesamtes mit Stichtag 31.12. geschätzt. – Unter den Dienstleistungsberufen sind hier zusammengefasst die Berufsgruppen 66–93 nach der 1992er-Berufsklassifikation des Statistischen Bundesamtes. Die Fertigungsberufe umfassen die Berufsgruppen 10–55. Die sonstigen Berufe beziehen die technischen Berufe (62–64), die Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe (01–06), die Berufe im Bergbau und in der Mineralgewinnung (07–08) und nicht eindeutig zuzuordnende Berufe (98–99) mit ein.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Berufsbildung; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A1-6: Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die im vierten Quartal des Kalenderjahres 2010 zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2010 bestand

	Insgesamt	darunter:	Bereits Bewerber im Berichtsjahr 2009/2010								Kein Bewerber im letzten Berichtsjahr			
			Insgesamt	darunter:	Bewerber mit Alternative zum 30.09. des letzten Berichtsjahres				unversorgte Bewerber am 30.09. des letzten Berichtsjahres					
					bis zum 30.09. eingemündete Bewerber des letzten Berichtsjahres	andere ehemalige Bewerber des letzten Berichtsjahres	Bewerber mit Alternative zum 30.09. des letzten Berichtsjahres	Bewerber am 30.09. des letzten Berichtsjahres						
Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7								
(Sp. 2 + Sp. 7)	(Summe von Sp. 3–6)													
Deutschland														
Am 01.10.2010 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2010 erneut oder neu suchende Bewerber	67.602	100,0 %	47.737	100,0 %	5.795	100,0 %	7.737	100,0 %	21.992	100,0 %	12.213	100,0 %	19.865	100,0 %
darunter Status im Dezember 2010:														
→ eingemündete Bewerber	5.220	7,7 %	3.317	6,9 %	681	11,8 %	511	6,6 %	1.175	5,3 %	950	7,8 %	1.903	9,6 %
→ andere ehemalige Bewerber, darunter:	8.495	12,6 %	6.606	13,8 %	763	13,2 %	775	10,0 %	2.336	10,6 %	2.732	22,4 %	1.889	9,5 %
• ohne Angabe eines Verbleibs	4.306	6,4 %	3.351	7,0 %	164	2,8 %	472	6,1 %	710	3,2 %	2.005	16,4 %	955	4,8 %
→ noch weiter suchende Bewerber, darunter:	53.887	79,7 %	37.814	79,2 %	4.351	75,1 %	6.451	83,4 %	18.481	84,9 %	8.531	69,9 %	16.073	80,9 %
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	29.975	44,3 %	22.761	47,7 %	2.265	39,1 %	2.359	30,5 %	16.231	73,8 %	1.906	15,6 %	7.214	36,3 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	23.912	35,4 %	15.053	31,5 %	2.086	36,0 %	4.092	52,9 %	2.250	10,2 %	6.625	54,2 %	8.859	44,6 %
Westdeutschland														
Am 01.10.2010 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2010 erneut oder neu suchende Bewerber	55.383	100,0 %	39.559	100,0 %	4.657	100,0 %	6.151	100,0 %	20.279	100,0 %	8.472	100,0 %	15.824	100,0 %
darunter Status im Dezember 2010:														
→ eingemündete Bewerber	3.801	6,9 %	2.451	6,2 %	492	10,6 %	344	5,6 %	1.066	5,3 %	549	6,5 %	1.350	8,5 %
→ andere ehemalige Bewerber, darunter:	6.561	11,8 %	5.078	12,8 %	611	13,1 %	614	10,0 %	2.011	9,9 %	1.842	21,7 %	1.483	9,4 %
• ohne Angabe eines Verbleibs	3.215	5,8 %	2.483	6,3 %	131	2,8 %	376	6,1 %	640	3,2 %	1.336	15,8 %	732	4,6 %
→ noch weiter suchende Bewerber, darunter:	45.021	81,3 %	32.030	81,0 %	3.554	76,3 %	5.193	84,4 %	17.202	84,8 %	6.081	71,8 %	12.991	82,1 %
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	26.533	47,9 %	20.477	51,8 %	1.921	41,2 %	1.987	32,3 %	15.181	74,9 %	1.388	16,4 %	6.056	38,3 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	18.488	33,4 %	11.553	29,2 %	1.633	35,1 %	3.206	52,1 %	2.021	10,0 %	4.693	55,4 %	6.935	43,8 %
Ostdeutschland														
Am 01.10.2010 weiterhin suchende oder nach dem 01.10.2010 erneut oder neu suchende Bewerber	12.197	100,0 %	8.169	100,0 %	1.138	100,0 %	1.585	100,0 %	1.706	100,0 %	3.740	100,0 %	4.028	100,0 %
darunter Status im Dezember 2010:														
→ eingemündete Bewerber	1.418	11,6 %	866	10,6 %	189	16,6 %	167	10,5 %	109	6,4 %	401	10,7 %	552	13,7 %
→ andere ehemalige Bewerber, darunter:	1.931	15,8 %	1.527	18,7 %	152	13,4 %	161	10,2 %	324	19,0 %	890	23,8 %	404	10,0 %
• ohne Angabe eines Verbleibs	1.091	8,9 %	868	10,6 %	33	2,9 %	96	6,1 %	70	4,1 %	669	17,9 %	223	5,5 %
→ noch weiter suchende Bewerber, darunter:	8.848	72,5 %	5.776	70,7 %	797	70,0 %	1.257	79,3 %	1.273	74,6 %	2.449	65,5 %	3.072	76,3 %
• mit alternativer Verbleibsmöglichkeit	3.433	28,1 %	2.278	27,9 %	344	30,2 %	371	23,4 %	1.045	61,3 %	518	13,9 %	1.155	28,7 %
• ohne alternative Verbleibsmöglichkeit	5.415	44,4 %	3.498	42,8 %	453	39,8 %	886	55,9 %	228	13,4 %	1.931	51,6 %	1.917	47,6 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

waren alternativ (4.189) oder unbekannt verblieben (4.306) und hatten den Vermittlungsauftrag beendet.¹¹

Auch im Nachvermittlungsgeschäft waren die Ausbildungschancen der ostdeutschen Bewerber/-innen, von denen insgesamt 11,6 % in eine Berufsausbildungsstelle einmündeten (in eine ungeforderte Stelle: 8,3 %, in eine geförderte Stelle: 3,3 %), höher als die ihrer westdeutschen Altersgenossen. Von diesen waren nur 6,9 % in eine Berufsausbildungsstelle eingemündet (in eine ungeforderte Stelle: 5,3 %, in eine geförderte Stelle: 1,6 %).

Die relativ geringen Einmündungsquoten sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass eine Nachvermittlung mehrere Wochen und Monate nach Beginn eines neuen Ausbildungsjahres grundsätzlich schwierig ist. Sie sind aber auch ein weiteres Zeichen dafür, dass das Verhältnis zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage auch im Jahr 2010 nicht ausgeglichen war – ungeachtet der verbesserten Ausbildungschancen für die Jugendlichen – und dass es auch 2010 für viele Jugendliche schwierig war, einen Platz im dualen Berufsausbildungssystem zu finden.

Die Entwicklung der Marktlage aus der Perspektive der Ausbildungsplatzanbieter

Doch auch die Ausbildungsplätze anbietenden Betriebe, Praxen und Verwaltungen hatten zum Teil mit Problemen bei der Realisierung ihres Ausbildungswunsches zu kämpfen. Es gehört zu den Charakteristika eines Marktes, dass beide Seiten – Nachfrager und Anbieter – oft nicht die Möglichkeiten vorfinden, die ihren Wünschen entsprechen. Insbesondere in Ostdeutschland verschlechterten sich die Rekrutierungsmöglichkeiten von Auszubildenden. 2007 standen hier rechnerisch noch 170,2 institutionell erfasste ausbildungsinteressierte Jugendliche 100 betrieblichen oder außerbetrieblichen Angeboten

gegenüber; 2010 waren es nur noch 139,5 (West: 2007: 159,0 und 2010: 146,9). Diese Berechnung umfasst die außerbetrieblichen Ausbildungsplatzangebote. Schätzt man die Entwicklung allein für die betrieblichen Anbieter (Betrieb, Praxen, Verwaltungen) ab, so fiel die Verknappung der ausbildungsinteressierten Jugendlichen im Osten noch deutlich stärker aus. Gegenüber 2007 dürfte sich demnach die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die rechnerisch den ostdeutschen betrieblichen Angeboten gegenüberstehen, bereits um rund 36 % verringert haben (West: -7 %).¹²

Wie Spalte 18 in → **Tabelle A1-1** zeigt, blieben 2010 im Osten 4,8 % der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote ungenutzt (2009: 3,4 %). Im Westen waren es 3,6 % (2009: 3,2 %). Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern konnten mit einer Quote von 10,7 % viele betriebliche Ausbildungsplätze nicht besetzt werden (Spalte 18 in → **Tabelle A1-2**). Besonders schwierig war die Lage in der an der Ostsee gelegenen, vom Tourismus geprägten Region Stralsund (22,3 %). So blieb dort in den Berufen der Gästebetreuung – zum Beispiel Restaurantfach- oder Hotelfachleute – jede zweite von den Betrieben angebotene Lehrstelle ohne neuen Auszubildenden.

Aber auch in anderen Regionen gab es insbesondere in den Berufen der Gästebetreuung (Restaurantfachmann/-frau, Fachmann/-frau für Systemgastronomie, Fachkraft im Gastgewerbe, Hotelfachmann/-frau) nur wenig Nachfrager. Darüber hinaus hatten vor allem Berufe aus dem Nahrungsmittelhandwerk (Fleischer/-in, Bäcker/-in, Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk) Schwierigkeiten, Auszubildende zu rekrutieren. Sowohl im Westen als auch im Osten blieb mehr als jedes zehnte betriebliche Ausbildungsplatzangebot in diesen Berufen offen → **Tabelle A1-7**. Wenig Schwierigkeiten, Ausbildungsplatznachfrager zu finden, gab es dagegen in den Berufen, die auf überdurchschnittlich kreative Arbeitsinhalte hindeuten (z. B. Mediengestalter/-in Digital und Print, Fotograf/-in, Gestal-

11 Von den insgesamt 34.164 Bewerbern, die über eine den Beratungs- und Vermittlungsdiensten bekannte alternative Verbleibsmöglichkeit verfügten, befanden sich 4.931 in einer vollqualifizierenden Ausbildung (aus der sie sich für eine neue Berufsausbildungsstelle bewarben), weitere 429 in einem Studium. 6.965 besuchten eine Schule, 1.687 absolvierten ein Praktikum, 5.327 waren erwerbstätig, 657 leisteten gemeinnützige oder soziale Dienste, und 14.168 befanden sich in Fördermaßnahmen.

12 Bei dieser Berechnung wird – um über eine einheitliche Datengrundlage zu verfügen – die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze ermittelt, indem von der Gesamtzahl aller Ausbildungsangebote die Zahl der gemeldeten außerbetrieblichen (überwiegend öffentlich finanzierten) Ausbildungsstellen abgezogen wird.

Tabelle A1-7: Ausbildungsberufe mit starkem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Jahr 2010

Teil 1: Berufe mit einem hohen Nachfragerüberhang gegenüber dem offiziell registrierten betrieblichen Gesamtangebot

	Deutschland			Alte Länder			Neue Länder und Berlin		
	betriebliche Angebote insgesamt	offiziell registrierte Nachfrager	Nachfrager je 100 betriebliche Angebote	betriebliche Angebote insgesamt	offiziell registrierte Nachfrager	Nachfrager je 100 betriebliche Angebote	betriebliche Angebote insgesamt	offiziell registrierte Nachfrager	Nachfrager je 100 betriebliche Angebote
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9
• Tierpfleger/-in	624	1.352	216,7	486	1.034	212,8	138	318	230,4
• Gestalter/-in für visuelles Marketing	617	999	161,9	556	880	158,3	61	119	195,1
• Mediengestalter/-in Bild und Ton	668	1.040	155,7	516	787	152,5	152	253	166,4
• Fotograf/-in	786	1.164	148,1	713	1.041	146,0	73	123	168,5
• Zweiradmechaniker/-in	650	933	143,5	591	833	140,9	59	100	169,5
• Bürokaufmann/-frau	20.332	28.193	138,7	17.543	24.097	137,4	2.789	4.096	146,9
• Mediengestalter/-in Digital und Print	3.725	5.138	137,9	3.265	4.428	135,6	460	710	154,3
• Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	1.897	2.597	136,9	1.515	2.094	138,2	382	503	131,7
• Sport- und Fitnesskaufmann/-frau	1.982	2.671	134,8	1.678	2.277	135,7	304	394	129,6
• Veranstaltungskaufmann/-frau	1.862	2.490	133,7	1.539	2.021	131,3	323	469	145,2
• Pferdewirt/-in	740	966	130,5	565	741	131,2	175	225	128,6
• Kaufmann/-frau im Einzelhandel	29.081	37.869	130,2	24.813	32.146	129,6	4.268	5.723	134,1
Nur Berufe, in denen 2010 bundesweit mindestens 500 betriebliche Angebote registriert wurden und in denen der bundesweite Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung unter 10 % lag.									

Teil 2: Berufe mit einem hohen Anteil an unbesetzten Ausbildungsplätzen am offiziell erfassten betrieblichen Gesamtangebot

	Deutschland			Alte Länder			Neue Länder und Berlin		
	betriebliche Angebote insgesamt	darunter: unbesetzt	Anteil unbesetzter Plätze	betriebliche Angebote insgesamt	darunter: unbesetzt	Anteil unbesetzter Plätze	betriebliche Angebote insgesamt	darunter: unbesetzt	Anteil unbesetzter Plätze
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9
• Restaurantfachmann/-frau	6.319	1.168	18,5	4.400	792	18,0	1.919	376	19,6
• Fachmann/-frau für Systemgastronomie	3.115	482	15,5	2.819	448	15,9	296	34	11,5
• Fachkraft im Gastgewerbe	2.965	424	14,3	2.300	333	14,5	665	91	13,7
• Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	12.807	1.807	14,1	11.501	1.644	14,3	1.306	163	12,5
• Drogist/-in	1.197	165	13,8	1.045	148	14,2	152	17	11,2
• Fleischer/-in	2.528	336	13,3	2.120	292	13,8	408	44	10,8
• Gebäudereiniger/-in	1.611	178	11,0	1.028	112	10,9	583	66	11,3
• Bäcker/-in	4.966	541	10,9	4.364	473	10,8	602	68	11,3
• Koch/Köchin	15.016	1.591	10,6	11.608	1.158	10,0	3.408	433	12,7
• Hotelfachmann/-frau	12.740	1.126	8,8	10.248	887	8,7	2.492	239	9,6
• Klempner/-in	523	45	8,6	472	38	8,1	51	7	13,7
• Berufskraftfahrer/-in	2.660	192	7,2	2.162	175	8,1	498	17	3,4

Nur Berufe, in denen 2010 bundesweit mindestens 500 betriebliche Angebote registriert wurden.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September; Bundesagentur für Arbeit, Ausbildungsmarktstatistik; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

ter/-in für visuelles Marketing, Mediengestalter/-in Bild und Ton, Veranstaltungskaufmann/-frau), darüber hinaus in einigen kaufmännischen Berufen (z. B. Bürokaufmann/-frau, Einzelhandelskaufmann/-frau, Sport- und Fitnesskaufmann/-frau), in bestimmten gewerblich-technischen Berufen (z. B. Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in, Zweiradmechaniker/-in) sowie in den Tierpflegeberufen (Tierpfleger/-in, Pferdewirt/-in).

Die Marktungleichgewichte in den Berufen werden häufig mit bei Jugendlichen unterschiedlich beliebten Arbeitstätigkeiten in Verbindung gebracht, zum Teil auch mit der Unkenntnis über die tatsächlichen Arbeitsinhalte. Solche Aspekte spielen eine Rolle, reichen als Erklärungsgrund für das unterschiedliche Interesse bei den Jugendlichen aber nicht aus. Denn Berufe dienen für die Mitmenschen auch als „Filter, durch den hindurch eine Person wahrgenom-

Tabelle A1-8: Anteile unter den Bewerbern des Jahres 2010, die der Ansicht waren, dass der genannte Beruf ihnen zu keinem guten Image bei Bekannten verhelfen würde¹

	Bewerber insgesamt			darunter:								
				ohne oder mit Hauptschulabschluss			mit mittlerem Abschluss			studienberechtigt		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Bankkaufmann/-frau	22,8 %	26,1 %	19,5 %	39,4 %	40,4 %	38,0 %	16,8 %	18,8 %	15,1 %	9,4 %	10,6 %	8,6 %
Bäcker/-in	74,0 %	74,5 %	73,6 %	64,1 %	66,8 %	60,5 %	77,8 %	78,8 %	77,0 %	83,0 %	82,7 %	83,1 %
Bürokaufmann/-frau	23,2 %	28,1 %	18,6 %	34,2 %	39,1 %	27,5 %	17,5 %	22,2 %	13,6 %	20,1 %	18,1 %	21,3 %
Fachmann/-frau für Systemgastronomie	61,8 %	60,9 %	62,7 %	58,8 %	57,6 %	60,3 %	62,5 %	62,7 %	62,3 %	66,7 %	65,4 %	67,6 %
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	68,2 %	69,9 %	66,6 %	53,0 %	60,0 %	43,4 %	73,8 %	75,8 %	72,2 %	82,8 %	80,8 %	84,1 %
Fleischer/-in	86,8 %	81,3 %	91,9 %	81,4 %	76,3 %	88,2 %	89,0 %	84,6 %	92,7 %	91,8 %	85,4 %	95,6 %
Friseur/-in	79,2 %	89,1 %	70,0 %	71,1 %	87,1 %	50,5 %	81,6 %	90,0 %	74,3 %	88,0 %	92,1 %	85,6 %
Gebäudereiniger/-in	92,5 %	91,0 %	93,9 %	88,0 %	87,0 %	89,4 %	94,5 %	93,0 %	95,9 %	96,1 %	97,4 %	95,4 %
Gestalter/-in für visuelles Marketing	27,3 %	33,1 %	21,8 %	42,5 %	45,1 %	39,0 %	22,5 %	27,2 %	18,4 %	12,7 %	20,9 %	8,0 %
Industriemechaniker/-in	41,1 %	20,6 %	63,6 %	39,7 %	20,9 %	70,6 %	40,5 %	17,8 %	62,9 %	48,5 %	34,2 %	57,6 %
Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	41,4 %	23,5 %	60,3 %	46,3 %	30,7 %	70,2 %	38,7 %	17,8 %	59,0 %	40,1 %	22,6 %	51,6 %
Kfz-Mechatroniker/-in	47,1 %	25,1 %	71,2 %	38,0 %	18,0 %	70,6 %	49,2 %	26,5 %	71,2 %	63,2 %	47,3 %	73,2 %
Mediengestalter/-in Digital und Print	25,6 %	26,4 %	24,8 %	39,2 %	37,0 %	42,1 %	21,5 %	20,8 %	22,0 %	12,1 %	17,1 %	9,2 %
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	37,3 %	48,3 %	27,4 %	45,9 %	55,0 %	34,5 %	33,7 %	45,0 %	24,5 %	30,8 %	39,6 %	25,9 %
Restaurantfachmann/-frau	55,6 %	61,5 %	50,1 %	52,4 %	59,9 %	42,9 %	55,4 %	61,8 %	50,0 %	61,9 %	63,4 %	61,0 %
Zweiradmechaniker/-in	67,2 %	50,3 %	84,6 %	56,8 %	39,2 %	83,1 %	69,9 %	54,4 %	84,4 %	81,8 %	72,3 %	87,7 %

¹ Der genaue Wortlaut: „Damit fänden mich meine Bekannten vermutlich nicht so gut bzw. gar nicht gut“. Berücksichtigt wurden bei den Anteilsberechnungen nur Bewerber, welche eine Einschätzung abgaben (ohne „weiß nicht“ und ohne „keine Angabe“).

Die Differenz der jeweiligen Anteile zu 100 % ergeben umgekehrt die jeweiligen Quoten derer, die glauben, mit den jeweiligen Berufen von ihren Bekannten „eher gut“ oder „sehr gut“ gefunden zu werden.

Stichprobengröße (Zahl der Beurteilungen) je nach Beruf: $3.197 \leq n \leq 3.586$

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

men, beurteilt und taxiert wird“. Somit müssen sich auch die Ausbildungsstellenbewerber/-innen „mit den darin enthaltenen Identitätszumutungen auseinandersetzen“ (Gildemeister/Robert 1987, S. 73). Deshalb reflektieren Jugendliche auch das Image der Inhaber von Berufen, die sie in Betracht ziehen (Eberhard/Scholz/Ulrich 2009, S. 10). Ausbildungsberufe, die aus Sicht der Jugendlichen wenig imageförderlich sind, werden somit selbst dann seltener in Betracht gezogen, wenn die Tätigkeiten selbst den Jugendlichen als durchaus interessant erscheinen (Eberhard/Krewerth/Ulrich 2010).

Marktungleichgewichte 2010 und das Image von Berufen

Ende 2010/Anfang 2011 wurden im Rahmen einer repräsentativen Befragung Ausbildungsstellenbewerber/-innen des Jahres 2010 gebeten, abzuschätzen, wie gut „sie bei ihren Bekannten ankämen“, wenn sie bestimmte Berufe ergreifen würden. Bei den 16 Berufen, die ihnen vorgegeben wurden, handelte es sich zum einen um stark besetzte Berufe aus den drei größten Ausbildungsbereichen (Industrie und Handel, Handwerk, freie Berufe) sowie zum anderen um Berufe, in denen es entweder besonders wenig oder besonders große Besetzungsprobleme gab. Für die Befragungsteilnehmer/-innen war die Beantwortung dieser zumeist hypothetischen Frage nicht immer leicht, zumal dann nicht, wenn sie den Beruf selbst nicht in Betracht gezogen hatten bzw. nicht recht kannten. Ihnen wurde deshalb auch stets die Möglichkeit angeboten, mit „weiß nicht“ zu reagieren. Gleichwohl nahmen je nach Beruf zwischen gut zwei Dritteln (vorgegebener Beruf: Fachmann für Systemgastronomie) und gut drei Vierteln (Friseur) eine Einschätzung vor. In → **Tabelle A1-8** wird nun für jeden der 16 Berufe wiedergegeben, wie die Antworten dieser Jugendlichen ausfielen.

Demnach gehen die Bewerber/-innen vor allem bei einigen Berufen des Handwerks (Gebäudereiniger/-in, Fleischer/-in, Friseur/-in, Bäcker/-in) mehrheitlich von Imageproblemen (d. h. negativen Reaktionen ihrer Bekannten) aus, nur selten dagegen bei Dienstleistungsberufen wie Bürokaufmann/-frau, Bankkaufmann/-frau, Mediengestalter/-in Digital

und Print oder Gestalter/-in für visuelles Marketing. Zugleich zeigt sich, dass die vermuteten Auswirkungen auf das Image in Abhängigkeit vom Schulabschluss und ihrem Geschlecht variieren können. So befürchten Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss bei den vorgegebenen Handwerksberufen seltener und bei den kaufmännischen Berufen häufiger negative Reaktionen ihrer Bekannten, als dies die studienberechtigten Bewerber/-innen tun. Allerdings ist auch bei den Bewerbern mit maximal Hauptschulabschluss eine tendenziell positivere Einschätzung der Dienstleistungsberufe zu erkennen. Beträchtliche Unterschiede nach dem Geschlecht zeigen sich in gewerblichen Berufen wie z. B. Industriemechaniker/-in, Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in und Zweiradmechaniker/-in. Stets glauben hier wesentlich mehr junge Frauen als junge Männer, dass ihnen diese Berufe – was die Anerkennung durch ihre Bekannten angeht – eher schaden würden. Umgekehrt verhält es sich bei Berufen wie z. B. Medizinische/-r Fachangestellte/-r und Friseur/-in. Besonders stark ausgeprägt sind die Geschlechtsunterschiede bei den männlichen und weiblichen Bewerbern mit maximal Hauptschulabschluss.

→ **Schaubild A1-4** zeigt nun, in welchem Zusammenhang die unterschiedlichen Images der Berufe mit dem Anteil der betrieblichen Ausbildungsplätze stehen, die 2010 nicht besetzt werden konnten. Demnach blieben verstärkt in jenen Berufen Ausbildungsangebote ungenutzt, denen überdurchschnittlich viele Bewerber/-innen Imageprobleme unterstellten. So gehen 90 % davon aus, dass der Beruf des Gebäudereinigers/der Gebäudereinigerin Imageprobleme hat; 11 % der für diesen Ausbildungsberuf angebotenen Ausbildungsplätze blieben unbesetzt.

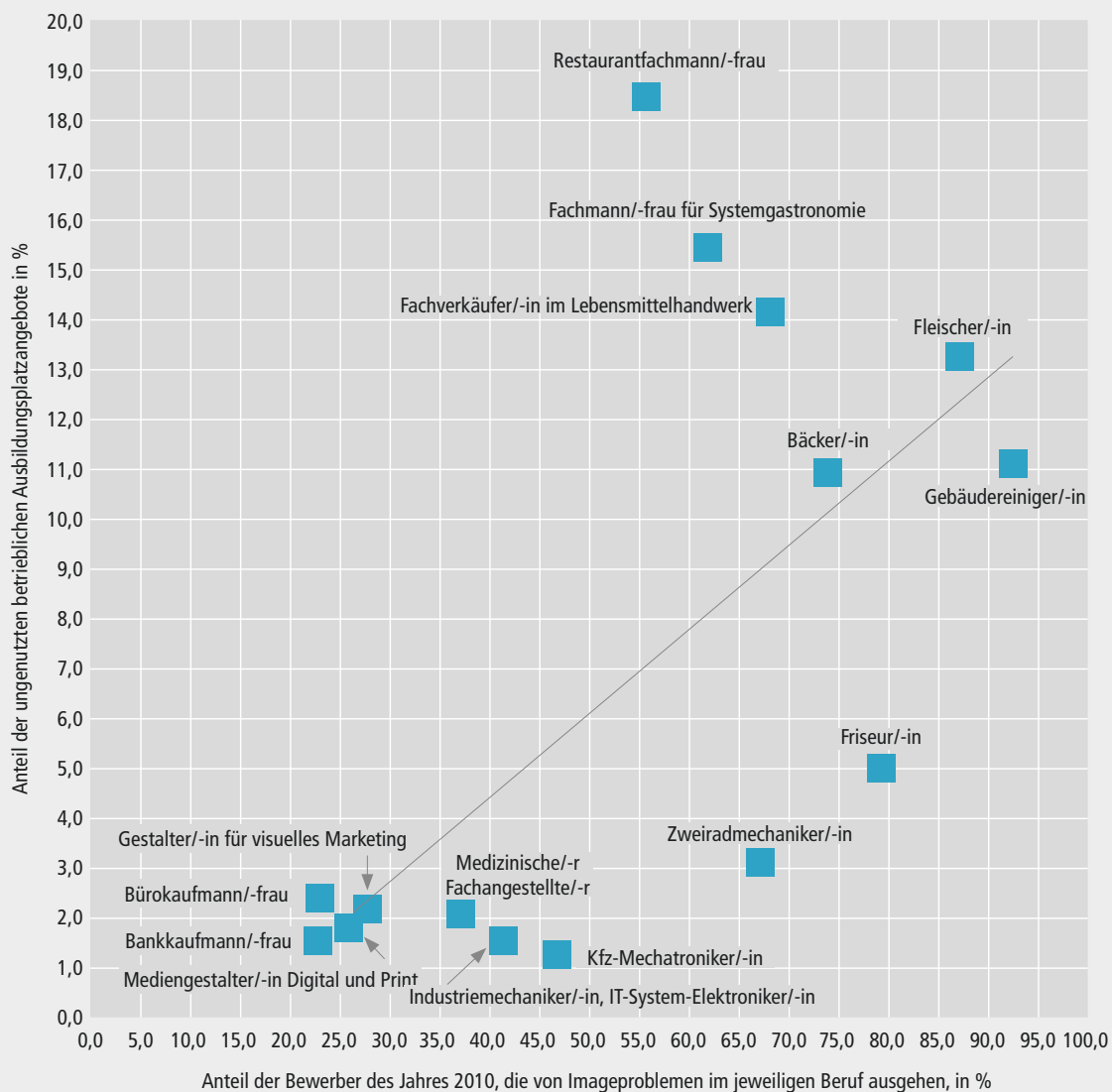
Die Ergebnisse zeigen, dass Imagekampagnen wie die des Handwerks ein wichtiges Instrument darstellen, um dem drohenden Mangel an Fachkräftenachwuchs in bestimmten Berufen entgegenzuwirken. Denn infolge der demografischen Entwicklung muss für die kommenden Jahre in vielen Berufen von einem weiteren Einbruch der Ausbildungsplatznachfrage ausgegangen werden. Allerdings sind dabei zunächst regionale Unterschiede in Rechnung zu stellen.

Ausblick auf die Entwicklung im Jahr 2011 und auf die Folgejahre

So ist für das Jahr 2011 im Osten Deutschlands mit einem nochmaligen deutlichen Rückgang der Schulabgängerzahlen zu rechnen. Die Zahl der Ab-

gänger und Absolventen aus den allgemeinbildenden Schulen dürfte nochmals um rund 9.500 Personen bzw. 8,4 % sinken, die der Abgänger und Absolventen aus (teilqualifizierenden) beruflichen Schulen um 6.100 bzw. 14,9 %. Dies hat zur Folge, dass die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen in

Schaubild A1-4: Zusammenhang zwischen dem von Bewerbern vermuteten (negativen) Image eines Berufes und dem Anteil ungenutzter Ausbildungsplätze



Die durchgezogene Linie spiegelt den linearen Trend wider.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundesagentur für Arbeit, BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ostdeutschland 2011 erneut abnehmen wird. Die Abschaffung der Wehr- bzw. Zivildienstpflicht dürfte hierbei nur zu einer begrenzten Gegenbewegung führen. Erst ab 2012 stabilisieren sich die Zahlen der Ausbildungsplatzinteressierten wieder, bleiben aber dauerhaft deutlich unter dem Niveau zu Anfang dieses Jahrtausends.

Im Westen ist 2011 die Entwicklung zweigeteilt. Die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen (die Hauptklientel der dualen Berufsausbildung) wird erneut sinken (um voraussichtlich 17.600 bzw. 3,5 %), sodass aus diesem Kreis weniger ausbildungsinteressierte Jugendliche als 2010 zu erwarten sind. Auch aus den teilqualifizierenden beruflichen Schulen wird mit weniger Abgängern und Absolventen gerechnet (-10.100 bzw. -3,0 %). Allerdings wird es aufgrund der doppelten Abiturientenjahrgänge in Bayern und Niedersachsen deutlich mehr Absolventen mit Abitur geben als 2010 (+52.800 bzw. +22,9 %). Die Abschaffung der Wehr- und Zivildienstpflicht führt zu einem weiteren zusätzlichen Nachfrageimpuls. In den nachfolgenden Jahren 2012 bis 2013 stabilisiert sich die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger und Absolventen aus den allgemeinbildenden Schulen, und 2012 bis 2015 werden in weiteren alten Ländern (u. a. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen) doppelte Abiturientenjahrgänge erwartet. Die Gesamtzahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen wird demnach in den nächsten Jahren auf einem vergleichbar hohen Niveau verharren. Spätestens ab 2017 sinken dann sowohl die Zahl der nicht studienberechtigten als auch die Zahl der studienberechtigten Abgänger und Absolventen deutlich (**vgl. Kapitel A2**). Für 2020 werden insgesamt nur noch 663.200 Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen erwartet, rd. 135.500 weniger als für 2011.

(Joachim Gerd Ulrich, Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath)

A1.1 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Mit bundesweit 560.073 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen **E** sank deren Zahl im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht (-4.234 bzw. -0,8 %), womit der drittniedrigste Stand seit der Wiedervereinigung erreicht wurde. Nur in den Jahren 2003 und 2005 gab es mit 557.634 bzw. 550.180 noch weniger neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse. Allerdings verliefen 2010 die Entwicklungen in West- und Ostdeutschland gegenläufig: Während im Westen mit 468.410 neu abgeschlossenen Verträgen insgesamt ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist (+3.101 bzw. +0,7 %), kam es im Osten – vor allem bedingt durch den Abbau überwiegend öffentlich finanzierter (außerbetrieblicher) Ausbildungsplätze – zu einem starken Rückgang (um 7.335 bzw. 7,4 % auf 91.663 Neuabschlüsse im Jahr 2010). In Ostdeutschland sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge somit seit 2007 das dritte Jahr in Folge, wodurch ein neuer Tiefstand seit der Wiedervereinigung erreicht wurde → **Tabelle A1.1-1**.



Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (kurz: BIBB-Erhebung zum 30. September) sind Neuabschlüsse definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September des laufenden Jahres neu abgeschlossen und nicht vorzeitig wieder gelöst wurden. Entscheidend für die Zählung eines Neuabschlusses ist das Datum des Vertragsabschlusses, welches gemäß § 34 BBiG Abs. 2 Ziffer 5 in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse aufgenommen wird und damit von den zuständigen Stellen als Selektionskriterium herangezogen werden kann.

Die Neuabschlüsse werden geschlechtsspezifisch differenziert für Einzelberufe auf der Ebene der Arbeitsagenturbezirke erhoben und in den regionalen Gliederungen Bund,

Ost, West, Länder und Arbeitsagenturbezirke ausgewiesen. Lediglich die Ausbildungsverträge für Menschen mit Behinderungen (Ausbildungen nach § 66 BBiG und § 42m HwO, **E** s. u.) werden in den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft und öffentlicher Dienst in der Sammelgruppe „Behindertenberufe“ abgebildet.

Anschlussverträge werden gesondert erfasst (**E** s. u.). Sie werden im Gegensatz zur Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Erhebung zum 31. Dezember) nicht zur Gesamtsumme der Neuabschlüsse hinzugerechnet. Dennoch gilt auch hier zu beachten, dass nicht alle Auszubildenden mit Neuabschluss Ausbildungsanfänger im dualen System sind; Ausbildungsverträge werden auch nach vorzeitigen Vertragslösungen oder im Falle von Zweitausbildungen innerhalb des dualen Systems neu abgeschlossen (vgl. Kapitel A4.3).

Aufgrund der o. g. und weiterer konzeptioneller Unterschiede stimmen die Definitionen der Neuabschlüsse im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September und der Erhebung zum 31. Dezember nicht gänzlich überein (vgl. Kapitel A4.3) (vgl. auch Uhly u. a. 2009).

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sank in Ostdeutschland nicht nur insgesamt, sondern auch in jedem einzelnen der 5 östlichen Bundesländer. Hierbei variieren die Veränderungsraten erheblich. Während die Zahl der Ausbildungsverträge in Berlin mit -1,6 % am geringsten zurückging, fiel der Rückgang in Mecklenburg-Vorpommern mit 16,5 % am stärksten aus. Damit ist in diesem Bundesland das zweite Jahr in Folge der größte relative Rückgang bei den neu abgeschlossenen Auszubildenden zu beobachten. Schon 2009 war hier ein Einbruch von -17,5 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, was die Heftigkeit des demografisch bedingten Wandels in dieser Region verdeutlicht (vgl. Kapitel A1).

Unter den alten Ländern sind 5, in denen es zu Anstiegen bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen kam. Am stärksten legte Hamburg mit 6,6 % zu. Dies ist auf den dortigen doppelten Abiturientenjahrgang im Jahr 2010 zurückzuführen. Um der somit stärkeren Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu begegnen, haben die Han-

delskammer, die Handwerkskammer und die Stadt Hamburg im Aktionsbündnis „Bildung und Beschäftigung“ zusätzliche Ausbildungsplätze eingeworben (vgl. Behörde für Schule und Berufsbildung 2009). In den übrigen 5 westdeutschen Ländern kam es hingegen zu Rückgängen, am deutlichsten im Saarland mit -3,6 %. Hier hatte die Umstellung auf eine achtjährige Gymnasialzeit schon im Jahr 2009 zu einem doppelten Abiturientenjahrgang geführt. Die Betriebe nutzten dies, um sich Studienberechtigte als Auszubildende zu sichern (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A1.1). Im Jahr 2010 fiel dieser zusätzliche Effekt wieder weg, sodass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wieder sank. Auch in den kommenden Jahren werden doppelte Abiturientenjahrgänge¹³ Einfluss auf die Entwicklung der Neuabschlüsse in einzelnen Bundesländern nehmen.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen

Im Vergleich zum Vorjahr werden bei einer bundesweiten Betrachtung in allen 7 Zuständigkeitsbereichen **E** Rückgänge bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen festgestellt. Während diese in relativer Hinsicht bei der Landwirtschaft (-4,9 %), der Hauswirtschaft (-10,4 %) und der Seeschifffahrt (-14,3 %) am stärksten auftraten, fielen die Rückgänge bei den übrigen 4 Bereichen recht gering und jeweils in ähnlicher Stärke aus (Variation zwischen -0,3 % im Handwerk und -0,8 % im öffentlichen Dienst). In allen Zuständigkeitsbereichen außer der Seeschifffahrt wurden in den neuen Ländern im Vergleich zum Vorjahr weniger Ausbildungsverträge gemeldet, während es in den alten Ländern zu geringeren Verlusten oder kleinen Zuwächsen kam → Tabelle A1.1-2.

¹³ In folgenden Jahren wird es in den genannten Bundesländern zu doppelten Abiturientenjahrgängen kommen: 2011 (Bayern, Niedersachsen), 2012 (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Teile von Hessen), 2013 (Nordrhein-Westfalen, Teile von Hessen), 2014 (Teile von Hessen), 2016 (Schleswig-Holstein) (vgl. Kultusministerkonferenz 2011).

Tabelle A1.1-1: Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1992 bis 2010

	Ergebnisse im Zeitraumbereich 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																			2010 zu 2009	
																				absolut	in %
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010		
Baden-Württemberg	75.294	71.035	69.055	69.037	68.730	70.196	73.818	76.331	77.290	77.066	72.582	70.804	73.277	71.854	73.991	81.216	82.185	74.810	74.603	-207	-0,3
Bayern	95.966	92.325	89.678	89.345	90.131	91.988	97.060	96.800	98.295	101.222	95.315	91.925	93.396	90.220	93.005	102.204	102.987	93.564	94.326	762	0,8
Berlin	18.852	18.193	20.365	19.563	21.475	19.448	22.638	23.722	23.084	21.689	20.192	19.152	20.534	19.639	20.799	21.561	21.021	19.485	19.173	-312	-1,6
Brandenburg	18.241	15.322	18.901	20.223	21.606	19.628	21.400	21.368	19.897	18.826	18.576	18.492	17.919	16.415	19.573	18.489	17.720	15.065	13.622	-1.443	-9,6
Bremen	6.232	6.009	5.712	5.591	5.480	5.686	5.631	6.012	6.146	5.983	5.534	5.303	5.758	5.644	5.900	6.292	6.489	6.133	5.980	-153	-2,5
Hamburg	13.622	12.513	11.529	11.278	11.530	11.851	12.080	12.548	12.580	13.028	12.215	11.914	12.470	12.406	13.210	14.233	14.862	13.496	14.382	886	6,6
Hessen	43.723	41.359	38.271	38.659	38.737	39.434	41.214	42.607	42.074	42.147	38.362	37.812	38.727	37.662	39.426	43.378	42.667	39.453	40.234	781	2,0
Mecklenburg-Vorpommern	11.793	13.950	17.744	18.268	18.977	19.039	19.294	19.145	18.338	17.622	16.722	16.665	16.025	15.784	15.306	16.085	14.339	11.825	9.879	-1.946	-16,5
Niedersachsen	61.823	57.592	54.342	53.783	54.379	56.268	57.942	59.381	57.927	56.674	53.364	52.058	53.826	51.530	54.277	58.810	59.880	57.395	58.318	923	1,6
Nordrhein-Westfalen	131.464	122.719	114.926	115.394	112.557	117.366	122.590	128.437	128.640	126.069	115.513	111.046	115.987	111.190	115.671	132.032	131.902	121.504	122.310	806	0,7
Rheinland-Pfalz	28.228	26.556	25.600	26.437	27.082	28.346	29.808	30.693	30.811	29.943	27.514	26.938	27.920	26.445	28.037	31.844	30.697	28.851	28.493	-358	-1,2
Saarland	7.631	6.978	6.881	7.072	7.208	7.606	8.486	9.034	9.252	8.839	8.356	8.178	8.201	8.177	8.359	8.919	8.891	8.789	8.473	-316	-3,6
Sachsen	28.565	28.950	35.515	35.697	38.023	36.752	35.919	38.144	34.749	33.362	31.125	30.665	30.615	28.862	31.463	32.007	27.118	23.816	22.248	-1.568	-6,6
Sachsen-Anhalt	16.866	18.687	20.722	22.406	20.125	23.787	23.144	23.332	21.459	21.767	19.257	19.133	20.328	17.748	17.904	19.110	17.363	14.937	14.320	-617	-4,1
Schleswig-Holstein	20.971	19.873	19.394	19.486	18.814	19.582	20.103	20.370	20.067	19.212	18.671	18.769	19.314	19.034	20.339	21.859	22.044	21.314	21.291	-23	-0,1
Thüringen	15.944	18.059	19.447	20.535	19.473	20.540	21.402	23.091	21.084	20.789	19.025	18.780	18.683	17.570	18.893	17.846	16.177	13.870	12.421	-1.449	-10,4
Westdeutschland	484.954	456.959	435.388	436.082	434.648	448.323	468.732	482.213	483.082	480.183	447.426	434.747	448.876	434.162	452.215	500.787	502.604	465.309	468.410	3.101	0,7
Ostdeutschland	110.261	113.161	132.694	136.692	139.679	139.194	143.797	148.802	138.611	134.055	124.897	122.887	124.104	116.018	123.938	125.098	113.738	98.998	91.663	-7.335	-7,4
Deutschland	595.215	570.120	568.082	572.774	574.327	587.517	612.529	631.015	621.693	614.238	572.323	557.634	572.980	550.180	576.153	625.885	616.342	564.307	560.073	-4.234	-0,8

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebungen zum 30. September

Tabelle A1.1-2: Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2010 und Veränderung gegenüber 2009 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge																							
	Davon im Zuständigkeitsbereich:																							
	Insgesamt		Industrie und Handel		Handwerk		Öffentlicher Dienst		Landwirtschaft		Freie Berufe		Hauswirtschaft		Seeschifffahrt									
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %								
Baden-Württemberg	74.603	-207	-0,3	44.486	-121	-0,3	20.780	27	0,1	2.098	67	3,3	1.479	-50	-3,3	5.222	-33	-0,6	538	-97	-15,3	0	0	—
	94.326	762	0,8	54.092	755	1,4	28.500	262	0,9	1.550	-63	-3,9	2.165	-38	-1,7	7.612	-127	-1,6	407	-27	-6,2	0	0	—
	19.173	-312	-1,6	11.538	-34	-0,3	4.664	-225	-4,6	653	-37	-5,4	303	-38	-11,1	1.908	51	2,7	107	-29	-21,3	0	0	—
	13.622	-1.443	-9,6	8.547	-827	-8,8	3.169	-467	-12,8	499	25	5,3	614	-102	-14,2	667	-39	-5,5	126	-33	-20,8	0	0	—
Bremen	5.980	-153	-2,5	3.962	-113	-2,8	1.292	29	2,3	139	18	14,9	47	-15	-24,2	452	-63	-12,2	64	-9	-12,3	24	0	0,0
Hamburg	14.382	886	6,6	10.018	700	7,5	2.714	210	8,4	239	70	41,4	150	-34	-18,5	1.117	-52	-4,4	51	5	10,9	93	-13	-12,3
Hessen	40.234	781	2,0	24.302	255	1,1	10.912	568	5,5	1.297	-67	-4,9	748	34	4,8	2.954	-30	-1,0	21	21	.	0	0	—
Mecklenburg-Vorpommern	9.879	-1.946	-16,5	6.103	-1.441	-19,1	2.374	-256	-9,7	344	-45	-11,6	404	-112	-21,7	497	-7	-1,4	142	-89	-38,5	15	4	36,4
Niedersachsen	58.318	923	1,6	31.645	583	1,9	18.172	347	1,9	1.356	32	2,4	1.959	-10	-0,5	4.660	7	0,2	447	0	0,0	79	-36	-31,3
Nordrhein-Westfalen	122.310	806	0,7	73.597	1.136	1,6	32.039	-346	-1,1	2.805	111	4,1	2.329	-245	-9,5	10.911	273	2,6	629	-123	-16,4	0	0	—
Rheinland-Pfalz	28.493	-358	-1,2	15.830	28	0,2	8.879	-284	-3,1	649	-16	-2,4	781	14	1,8	2.079	-84	-3,9	275	-16	-5,5	0	0	—
Saarland	8.473	-316	-3,6	5.017	-226	-4,3	2.460	31	1,3	140	15	12,0	192	-98	-33,8	586	-15	-2,5	78	-23	-22,8	0	0	—
Sachsen	22.248	-1.568	-6,6	14.391	-1.232	-7,9	5.137	-199	-3,7	654	-111	-14,5	909	49	5,7	937	-68	-6,8	220	-7	-3,1	0	0	—
Sachsen-Anhalt	14.320	-617	-4,1	8.781	-623	-6,6	3.896	39	1,0	387	-72	-15,7	569	36	6,8	547	-30	-5,2	140	33	30,8	0	0	—
Schleswig-Holstein	21.291	-23	-0,1	10.955	-118	-1,1	6.976	38	0,5	478	22	4,8	818	-23	-2,7	1.884	64	3,5	152	-11	-6,7	28	5	21,7
Thüringen	12.421	-1.449	-10,4	7.779	-1.083	-12,2	3.214	-178	-5,2	321	-64	-16,6	455	-92	-16,8	467	-22	-4,5	185	-10	-5,1	0	0	—
Westdeutschland	468.410	3.101	0,7	273.904	2.879	1,1	132.724	882	0,7	10.751	189	1,8	10.668	-465	-4,2	37.477	-60	-0,2	2.662	-280	-9,5	224	-44	-16,4
Ostdeutschland	91.663	-7.335	-7,4	57.139	-5.240	-8,4	22.454	-1.286	-5,4	2.858	-304	-9,6	3.254	-259	-7,4	5.023	-115	-2,2	920	-135	-12,8	15	4	36,4
Deutschland	560.073	-4.234	-0,8	331.043	-2.361	-0,7	155.178	-404	-0,3	13.609	-115	-0,8	13.922	-724	-4,9	42.500	-175	-0,4	3.582	-415	-10,4	239	-40	-14,3

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2010

Tabelle A1.1-3: Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1992 bis 2010 in Deutschland

	Ergebnisse im Zeitzeitraum 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September																		2010 zu 2009		
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	absolut	%
	Deutschland																				
Industrie und Handel	295.927	265.986	258.540	263.170	268.039	286.239	311.663	333.551	334.418	337.221	311.363	308.565	322.759	316.165	336.935	367.484	369.194	333.404	331.043	-2.361	-0,7
Handwerk	192.491	203.939	215.107	219.245	215.148	211.571	212.382	210.550	199.482	188.464	173.888	165.783	168.290	157.025	162.604	179.698	170.069	155.582	155.178	-404	-0,3
Öffentlicher Dienst ^{1,2}	25.402	24.672	18.443	14.180	15.901	16.520	15.198	14.940	15.577	15.380	14.815	13.822	15.130	14.171	14.082	13.412	13.228	13.724	13.609	-115	-0,8
Landwirtschaft	12.740	12.404	12.268	12.954	14.302	15.504	15.762	15.654	14.735	13.695	13.991	15.010	15.191	14.785	15.813	15.902	15.328	14.646	13.922	-724	-4,9
Freie Berufe ¹	63.102	58.938	59.057	58.256	56.143	53.075	51.862	51.043	52.493	54.318	53.254	49.408	46.538	43.617	42.110	44.556	43.947	42.675	42.500	-175	-0,4
Hauswirtschaft ¹	5.377	4.035	4.535	4.828	4.645	4.460	5.506	5.118	4.848	5.026	4.830	4.899	4.876	4.119	4.320	4.474	4.271	3.997	3.582	-415	-10,4
Seeschifffahrt	176	146	132	141	149	148	156	159	140	134	182	147	196	298	289	359	305	279	239	-40	-14,3
insgesamt	595.215	570.120	568.082	572.774	574.327	587.517	612.529	631.015	621.693	614.238	572.323	557.634	572.980	550.180	576.153	625.885	616.342	564.307	560.073	-4.234	-0,8
Westdeutschland																					
Industrie und Handel	239.334	213.998	195.985	200.120	200.908	216.719	234.868	250.545	255.997	258.693	237.339	234.092	246.836	244.095	259.002	289.372	296.933	271.025	273.904	2.879	1,1
Handwerk	158.070	160.152	162.689	162.953	160.062	159.756	163.246	162.037	156.484	150.025	139.477	133.536	135.936	127.679	131.660	147.561	142.481	131.842	132.724	882	0,7
Öffentlicher Dienst ^{1,2}	19.830	19.009	13.254	10.817	11.919	12.352	11.483	11.486	11.710	11.521	11.214	10.606	11.432	10.951	10.765	10.145	10.149	10.562	10.751	189	1,8
Landwirtschaft	10.171	9.544	9.512	9.330	10.374	11.037	11.050	10.719	10.177	9.221	9.492	10.061	10.395	10.095	10.974	11.357	11.173	11.133	10.668	-465	-4,2
Freie Berufe ¹	54.375	51.410	50.729	49.588	47.880	44.986	44.228	43.880	45.182	47.173	46.467	43.127	40.669	38.377	36.770	39.018	38.678	37.537	37.477	-60	-0,2
Hauswirtschaft ¹	3.018	2.700	3.095	3.143	3.357	3.333	3.715	3.404	3.405	3.419	3.287	3.188	3.423	2.685	2.775	3.006	2.896	2.942	2.662	-280	-9,5
Seeschifffahrt	156	146	124	131	148	140	142	142	127	131	150	137	185	280	269	328	294	268	224	-44	-16,4
insgesamt	484.954	456.959	435.388	436.082	434.648	448.323	468.732	482.213	483.082	480.183	447.426	434.747	448.876	434.162	452.215	500.787	502.604	465.309	468.410	3.101	0,7
Ostdeutschland																					
Industrie und Handel	56.593	51.988	62.555	63.050	67.131	69.520	76.795	83.006	78.421	78.528	74.024	74.473	75.923	72.070	77.933	78.112	72.261	62.379	57.139	-5.240	-8,4
Handwerk	34.421	43.787	52.418	56.292	55.086	51.815	49.136	48.513	42.998	38.439	34.411	32.247	32.354	29.346	30.944	32.137	27.588	23.740	22.454	-1.286	-5,4
Öffentlicher Dienst ^{1,2}	5.572	5.663	5.189	3.363	3.982	4.168	3.715	3.454	3.867	3.859	3.601	3.216	3.698	3.220	3.317	3.267	3.079	3.162	2.858	-304	-9,6
Landwirtschaft	2.569	2.860	2.756	3.624	3.928	4.467	4.712	4.935	4.558	4.474	4.499	4.949	4.796	4.690	4.839	4.545	4.155	3.513	3.254	-259	-7,4
Freie Berufe ¹	8.727	7.528	8.328	8.668	8.263	8.089	7.634	7.163	7.311	7.145	6.787	6.281	5.869	5.240	5.340	5.538	5.269	5.138	5.023	-115	-2,2
Hauswirtschaft ¹	2.359	1.335	1.440	1.685	1.288	1.127	1.791	1.714	1.443	1.607	1.543	1.711	1.453	1.434	1.545	1.468	1.375	1.055	920	-135	-12,8
Seeschifffahrt	20	-	8	10	1	8	14	17	13	3	32	10	11	18	20	31	11	11	15	4	36,4
insgesamt	110.261	113.161	132.694	136.692	139.679	139.194	143.797	148.802	138.611	134.055	124.897	122.887	124.104	116.018	123.938	125.098	113.733	98.998	91.663	-7.335	-7,4

¹ Ohne jene neuen Ausbildungsverträge für die andere Stellen (Kammern) zuständig sind

² Ohne Laufbahnausbildung im Beamtenverhältnis

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebungen zum 30. September

E Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Zuständigkeitsbereichen

Maßgeblich für die Zuordnung der Ausbildungsverträge zu den Bereichen ist i. d. R. die Art des Ausbildungsbetriebs und nicht der Ausbildungsbetrieb. So werden bspw. die Verträge der Auszubildenden, die im öffentlichen Dienst in Berufen der gewerblichen Wirtschaft ihre Ausbildung absolvieren, den Bereichen Industrie und Handel bzw. Handwerk (je nach zuständiger Stelle) zugeordnet. Ausnahmen bestehen für Auszubildende, die in einem Handwerksbetrieb in einem Beruf des Bereichs Industrie und Handel ausgebildet werden (Industrieverberuf im Handwerk); bei der Aggregation der Ausbildungsverträge für die Bereiche sind diese dem Handwerk zugeordnet. Gleiches gilt für Handwerksberufe, die in Betrieben von Industrie und Handel ausgebildet werden (Handwerksberuf in der Industrie). In der Aggregation sind diese Ausbildungsverträge dem Bereich Industrie und Handel zugerechnet.

Die Rede ist deshalb von „Zuständigkeitsbereichen“ und nicht von „Ausbildungsbereichen“, weil die tatsächliche Ausbildungsleistung in einzelnen Bereichen nicht mit den Zählergebnissen nach Zuständigkeiten übereinstimmen muss. So sind z. B. in einigen Ländern die Industrie- und Handelskammern auch die zuständige Stelle für den Ausbildungsbereich Hauswirtschaft oder für einzelne Berufe des öffentlichen Dienstes, und eine klare Aufteilung nach Ausbildungsbereichen ist nicht immer möglich. Zudem fallen Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst oder die freien Berufe in den Ausbildungsberufen von Industrie und Handel oder Handwerk abschließen, nicht in ihren eigenen Zuständigkeitsbereich, sondern werden Industrie und Handel oder Handwerk zugerechnet.

Während in der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September (kurz: BIBB-Erhebung zum 30. September) das Betriebsmerkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“ nicht erfasst wird, geschieht dies bei der Erhebung zum 31. Dezember für die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Erhebung zum 31. Dezember). Dies ermöglicht eine genauere Ermittlung der Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes (vgl. Kapitel A4.2.1).

Bei den Industrie- und Handelskammern (kurz: Industrie und Handel) wurden im Jahr 2010 deutschlandweit mit 331.043 Ausbildungsverträgen über die

Hälfte (59,1 %) aller neuen Verträge gemeldet, womit dieser Bereich weiterhin der mit Abstand größte unter allen Zuständigkeitsbereichen ist. In Ostdeutschland war 2010 allerdings ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, da gegenüber dem Vorjahr 5.240 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen wurden, was einem Rückgang von 8,4 % entspricht. In Westdeutschland hingegen konnten 2.879 zusätzliche Ausbildungsverhältnisse begonnen werden (+1,1 %).

Im zweitgrößten Zuständigkeitsbereich, dem Handwerk, wurden insgesamt 155.178 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, 404 weniger als im Vorjahr (-0,3 %). Somit entfiel auf das Handwerk rund ein Viertel (27,7 %) aller neuen Ausbildungsverträge. Noch Mitte der 1990er-Jahre wurde ein deutlich höherer Anteil aller Ausbildungsverträge im Handwerksbereich gemeldet (1995: 38,3 % → [Tabelle A1.1-3](#)). Seitdem geht der Anteil des Handwerks beständig zurück, vor allem zugunsten der Ausbildungsverhältnisse im Bereich Industrie und Handel, wo 1995 erst 45,9 % aller neuen Verträge gemeldet worden waren (vgl. zur Entwicklung der Zuständigkeitsbereiche auch [Kapitel A4.2.1](#)).

Bei den zuständigen Stellen für den öffentlichen Dienst wurden 2010 insgesamt 13.609 Ausbildungsverträge registriert, wobei es in den ostdeutschen Ländern gegenüber dem Vorjahr zu einem starken Rückgang (-304 bzw. -9,6 %) und in den westdeutschen Ländern zu einem leichten Anstieg (+189 bzw. +1,8 %) kam. Im Bereich Landwirtschaft wurden 13.922 neue Ausbildungsverträge geschlossen, 724 weniger als 2009 (-4,9 %). Bei den freien Berufen konnten 42.500 neue Ausbildungsverträge verbucht werden, sodass der Rückgang nur gering ausfiel (-175 bzw. -0,4 %). In der Hauswirtschaft kamen mit 3.582 Ausbildungsverträgen rund ein Zehntel weniger neue Verträge (-415 bzw. -10,4 %) zustande. Dieser starke Rückgang betraf nicht nur Ostdeutschland (-12,8 %), sondern auch Westdeutschland (-9,5 %). Hierbei wurden im Jahr 2010 im Bereich der Hauswirtschaft 57,5 % der Ausbildungsverträge nach § 66 BBiG mit Menschen mit Behinderung abgeschlossen (2.060 Ausbildungsverträge als Hauswirtschaftshelfer/-in oder Hauswirtschaftstechnische/-r Helfer/-in). Der Bereich Hauswirtschaft ist der Bereich, in dem besonders viele junge Menschen mit Behinderung

eine Ausbildungsmöglichkeit finden. Im kleinsten Zuständigkeitsbereich, der Seeschifffahrt, wurden 239 neue Ausbildungsverträge im Ausbildungsberuf Schiffsmechaniker/-in gemeldet (-40 bzw. -14,3 %).

Geschlechtsspezifische Differenzierungen

Im Jahr 2010 wurden bundesweit 41,9 % aller Ausbildungsverträge mit jungen Frauen abgeschlossen (zweite Zeile in → [Tabelle A1.1-4](#)), 2009 waren es noch 42,9 % gewesen. Damit hat sich der Anstieg des Anteils junger Frauen unter Personen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, der von 2007 bis 2009 zu beobachten war, nicht fortgesetzt (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A1.1). Ursache hierfür ist, dass im Jahr 2010 allein die jungen Frauen vom Gesamtrückgang der Ausbildungsverträge gegenüber 2009 (-4.234 bzw. -0,8 %) betroffen waren. Denn während junge Frauen 7.094 weniger Ausbildungsverträge abschlossen, stieg die Anzahl bei jungen Männern um 2.860 an.

Differenziert nach den Zuständigkeitsbereichen dominieren junge Frauen die freien Berufe und diejenigen im Hauswirtschaftsbereich, in denen sie im Jahr 2010 94,6 % bzw. 91,7 % der neuen Ausbildungsverträge eingingen. Auch im öffentlichen Dienst werden Ausbildungsverträge überwiegend mit Frauen geschlossen (64,2 % Frauenanteil). Relativ gemischt besetzt sind die Ausbildungsabschlüsse in Industrie und Handel (41,9 % Frauenanteil). Im Handwerk (26,2 % Frauenanteil) und der Landwirtschaft (23,2 % Frauenanteil) erfolgen überwiegend Vertragsabschlüsse mit jungen Männern, während die Seeschifffahrt männlich dominiert wird (2,5 % Frauenanteil) (für geschlechtsspezifische Ergebnisse der Erhebung zum 31. Dezember [vgl. Kapitel A4.3](#) und [A4.5](#)).

Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer

Insgesamt wurden 2010 bundesweit 16 % aller neuen Ausbildungsverträge mit einer verkürzten Ausbildungsdauer **E** abgeschlossen (dritte Zeile in → [Tabelle A1.1-4](#)). In Ostdeutschland spielen „verkürzte“ Verträge mit einem Anteil von 11,8 % noch immer eine etwas geringere Rolle als in Westdeutschland

mit 16,8 %. Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen aus der unterschiedlichen Bedeutung des Berufsgrundbildungsjahres und der Berufsfachschulen, deren Besuch in Westdeutschland zur Verkürzung der Ausbildungszeit führen kann. In den Ländern mit einem relativ hohen Anteil von Absolventen und Absolventinnen dieser berufsbildenden Schulen war auch der Anteil der Verträge mit verkürzten Laufzeiten entsprechend hoch (vgl. Statistisches Bundesamt 2010 Tabelle 1.4.1). 2010 lag er z. B. in Baden-Württemberg bei 22,8 %.

Bezogen auf die Zuständigkeitsbereiche werden in der Landwirtschaft (26,3 %) und im Handwerk (22,3 %) überdurchschnittlich häufig Ausbildungsverträge mit verkürzter Ausbildungsdauer geschlossen. Leicht unterdurchschnittlich ist dies in den Bereichen Industrie und Handel (14,4 %) sowie Hauswirtschaft (11,7 %) der Fall. Im öffentlichen Dienst (7,1 %), den freien Berufen (5,5 %) und der Seeschifffahrt (3,3 %) werden selten Verkürzungen der Ausbildungsdauer bei Vertragsabschluss vorgenommen (für Ergebnisse der Erhebung zum 31. Dezember zur Verkürzung der Ausbildungsdauer [vgl. Kapitel A4.3](#)).

E

Verkürzung der Ausbildungsdauer

Eine Verkürzung der Ausbildungsdauer ist bei Anrechnung oder Anerkennung bestimmter (Aus-)Bildungsabschlüsse (z. B. Berufsgrundbildungsjahr, Besuch einer Berufsfachschule, mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse) möglich. Bei den BIBB-Erhebungen über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September werden als verkürzte Verträge nur diejenigen berücksichtigt, bei denen die Verkürzung der Ausbildungsdauer mindestens 6 Monate beträgt und bereits bei Vertragsabschluss feststeht. Auch Verträge von Jugendlichen, die ihren Ausbildungsbetrieb (in Verbindung mit einem neuen Vertrag) während der Ausbildung wechseln (z. B. durch Konkurs), zählen als verkürzte Verträge.

Tabelle A1.1-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2010 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1)

	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg-Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thürin- gen	West- deutsch- land	Ost- deutsch- land	Deutsch- land	
Alle Bereiche	Neue Ausbildungs- verträge mit weiblichen Auszubildenden	74.603	94.326	19.173	13.622	5.980	14.382	40.234	9.879	58.318	122.310	28.493	8.473	22.248	14.320	21.291	12.421	468.410	91.663	560.073
	mit verkürzter Laufzeit	31.304	40.083	9.026	5.503	2.739	6.504	16.834	4.021	24.348	50.726	11.675	3.590	9.135	5.600	9.034	4.804	196.837	38.089	234.926
	in zweijährigen Berufen¹	17.005	16.568	3.354	1.515	624	1.820	5.413	1.032	11.175	16.861	4.756	1.936	2.104	1.493	2.749	1.361	78.907	10.859	89.766
	gemäß § 66 BBiG/	5.309	7.233	1.736	1.800	534	1.269	3.403	1.461	4.606	12.698	2.846	605	3.324	2.432	2.000	1.743	40.503	12.496	52.999
	§ 42m HwO	1.717	1.220	360	782	165	90	607	625	904	1.999	395	158	1.061	595	558	563	7.813	3.986	11.799
	überwiegend öffentlich finanziert	2.697	3.123	3.459	2.710	511	1.200	3.588	1.714	1.867	6.746	1.349	587	5.595	3.295	808	1.794	22.476	18.567	41.043
Industrie und Handel	Neue Ausbildungs- verträge mit weiblichen Auszubildenden	44.486	54.092	11.538	8.547	3.962	10.018	24.302	6.103	31.645	73.597	15.830	5.017	14.391	8.781	10.955	7.779	273.904	57.139	331.043
	mit verkürzter Laufzeit	18.208	23.376	5.153	3.467	1.700	4.390	10.301	2.577	13.669	29.694	6.691	2.263	5.851	3.557	4.833	3.056	115.125	23.661	138.786
	in zweijährigen Berufen¹	6.550	7.739	2.493	1.057	412	1.030	2.900	686	5.000	11.860	2.587	1.299	1.459	852	1.129	731	40.506	7.278	47.784
	gemäß § 66 BBiG	5.125	6.510	1.497	1.578	465	1.216	3.058	1.247	4.103	11.181	2.570	569	2.903	2.005	1.697	1.462	36.494	10.692	47.186
	überwiegend öffentlich finanziert	563	492	174	422	84	31	388	377	178	1.034	89	64	587	70	243	263	3.166	1.893	5.059
		1.664	1.153	2.103	1.741	277	645	2.069	1.292	768	1.851	749	247	4.192	1.854	297	1.038	9.720	12.220	21.940
Handwerk	Neue Ausbildungs- verträge mit weiblichen Auszubildenden	20.780	28.500	4.664	3.169	1.292	2.714	10.912	2.374	18.172	32.039	8.879	2.460	5.137	3.896	6.976	3.214	132.724	22.454	155.178
	mit verkürzter Laufzeit	5.710	7.515	1.533	781	453	815	2.676	597	4.620	8.003	2.225	586	1.525	1.025	1.830	801	34.433	6.262	40.695
	in zweijährigen Berufen¹	9.227	7.025	632	391	187	481	2.161	246	4.998	4.037	1.850	567	457	529	1.301	503	31.834	2.758	34.592
	gemäß § 42m HwO	184	723	239	222	69	53	345	214	503	1.517	276	36	421	427	303	281	4.009	1.804	5.813
	überwiegend öffentlich finanziert	651	333	60	138	42	21	136	154	347	476	103	11	173	251	87	132	2.207	908	3.115
		657	1.688	1.097	644	177	492	1.320	269	616	4.480	349	225	903	1.106	410	481	10.414	4.500	14.914
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungs- verträge mit weiblichen Auszubildenden	2.098	1.550	653	499	139	239	1.297	344	1.356	2.805	649	140	654	387	478	321	10.751	2.858	13.609
	mit verkürzter Laufzeit	1.481	996	432	334	93	169	866	198	802	1.774	378	70	409	239	278	213	6.907	1.825	8.732
	in zweijährigen Berufen¹	393	86	1	5	1	97	37	0	15	249	15	3	5	16	0	45	896	72	968
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
		0	0	0	0	1	0	4	0	3	13	10	2	0	2	0	0	33	2	35

Tabelle A1.1-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2010 nach strukturellen Merkmalen (Teil 1 – Fortsetzung)

	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg-Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thürin- gen	West- deutsch- land	Ost- deutsch- land	Deutsch- land	
Landwirtschaft	Neue Ausbildungs- verträge mit weiblichen Auszubildenden	1.479	2.165	303	614	47	150	748	404	1.959	2.329	781	192	909	569	818	455	10.668	3.254	13.922
	mit verkürzter Laufzeit	355	508	67	198	9	27	180	82	447	356	155	50	289	164	201	138	2.288	938	3.226
	in zweijährigen Berufen ¹	467	1.113	20	50	9	15	159	80	809	266	193	7	152	60	193	62	3.231	424	3.655
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
überwiegend öffentlich finanziert	208	156	56	114	–	–	72	18	169	213	87	50	148	142	76	56	1.031	534	1.565	
	18	95	121	160	18	21	100	27	209	148	70	50	289	180	66	109	795	886	1.681	
Freie Berufe	Neue Ausbildungs- verträge mit weiblichen Auszubildenden	5.222	7.612	1.908	667	452	1.117	2.954	497	4.660	10.911	2.079	586	937	547	1.884	467	37.477	5.023	42.500
	mit verkürzter Laufzeit	5.031	7.302	1.754	608	426	1.051	2.790	441	4.401	10.312	1.967	549	870	493	1.766	434	35.595	4.600	40.195
	in zweijährigen Berufen ¹	325	461	205	12	9	192	156	7	235	432	93	56	10	30	114	4	2.073	268	2.341
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
	26	39	32	39	0	5	84	0	22	2	5	7	5	5	18	2	0	192	94	286
Hauswirtschaft	Neue Ausbildungs- verträge mit weiblichen Auszubildenden	538	407	107	126	64	51	21	142	447	629	275	78	220	140	152	185	2.662	920	3.582
	mit verkürzter Laufzeit	519	386	87	115	57	50	21	126	408	587	259	72	191	122	124	162	2.483	803	3.286
	in zweijährigen Berufen ¹	43	144	3	0	6	4	0	10	116	17	18	4	21	6	10	16	362	56	418
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
überwiegend öffentlich finanziert	295	239	70	108	39	38	11	76	210	276	116	33	153	132	152	112	1.409	651	2.060	
	332	148	106	126	38	37	11	126	249	252	166	56	206	135	33	166	166	1.322	865	2.187
Seeschifffahrt	Neue Ausbildungs- verträge mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	24	93	–	15	79	–	–	–	–	–	28	–	224	15	239
	mit verkürzter Laufzeit	–	–	–	–	1	2	–	0	1	–	–	–	–	–	2	–	6	0	6
	in zweijährigen Berufen ¹	–	–	–	–	0	1	–	3	2	–	–	–	–	–	2	–	5	3	8
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0	0
	–	–	–	–	0	0	–	0	0	0	–	–	–	–	–	0	–	0	0	0

¹ Ohne Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBIG bzw. § 42m HwO)

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2010

Tabelle A1.1-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2010 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2)

	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg-Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thürin- gen	West- deutsch- land	Ost- deutsch- land	Deutsch- land	
Alle Bereiche	Neue Ausbildungs- verträge	74.603	94.326	19.173	13.622	5.980	14.382	40.234	9.879	58.318	122.310	28.493	8.473	22.248	14.320	21.291	12.421	468.410	91.663	560.073
	mit weiblichen Auszubildenden	42,0 %	42,5 %	47,1 %	40,4 %	45,8 %	45,2 %	41,8 %	40,7 %	41,8 %	41,5 %	41,0 %	42,4 %	41,1 %	39,1 %	42,4 %	38,7 %	42,0 %	41,6 %	41,9 %
	mit verkürzter Laufzeit	22,8 %	17,6 %	17,5 %	11,1 %	10,4 %	12,7 %	13,5 %	10,4 %	19,2 %	13,8 %	16,7 %	22,8 %	9,5 %	10,4 %	12,9 %	11,0 %	16,8 %	11,8 %	16,0 %
	in zweijährigen Berufen¹	7,1 %	7,7 %	9,1 %	13,2 %	8,9 %	8,8 %	8,5 %	14,8 %	7,9 %	10,4 %	10,0 %	7,1 %	14,9 %	17,0 %	9,4 %	14,0 %	8,6 %	13,6 %	9,5 %
	gemäß § 66 BBiG/ § 42m HwO	2,3 %	1,3 %	1,9 %	5,7 %	2,8 %	0,6 %	1,5 %	6,3 %	1,6 %	1,6 %	1,4 %	1,9 %	4,8 %	4,2 %	2,6 %	4,5 %	1,7 %	4,3 %	2,1 %
	überwiegend öffentlich finanziert	3,6 %	3,3 %	18,0 %	19,9 %	8,5 %	8,3 %	8,9 %	17,3 %	3,2 %	5,5 %	4,7 %	6,9 %	25,1 %	23,0 %	3,8 %	14,4 %	4,8 %	20,3 %	7,3 %
Industrie und Handel	Neue Ausbildungs- verträge	44.486	54.092	11.538	8.547	3.962	10.018	24.302	6.103	31.645	73.597	15.830	5.017	14.391	8.781	10.955	7.779	273.904	57.139	331.043
	mit weiblichen Auszubildenden	40,9 %	43,2 %	44,7 %	40,6 %	42,9 %	43,8 %	42,4 %	42,2 %	43,2 %	40,3 %	42,3 %	45,1 %	40,7 %	40,5 %	44,1 %	39,3 %	42,0 %	41,4 %	41,9 %
	mit verkürzter Laufzeit	14,7 %	14,3 %	21,6 %	12,4 %	10,4 %	10,3 %	11,9 %	11,2 %	15,8 %	16,1 %	16,3 %	25,9 %	10,1 %	9,7 %	10,3 %	9,4 %	14,8 %	12,7 %	14,4 %
	in zweijährigen Berufen¹	11,5 %	12,0 %	13,0 %	18,5 %	11,7 %	12,1 %	12,6 %	20,4 %	13,0 %	15,2 %	16,2 %	11,3 %	20,2 %	22,8 %	15,5 %	18,8 %	13,3 %	18,7 %	14,3 %
	gemäß § 66 BBiG	1,3 %	0,9 %	1,5 %	4,9 %	2,1 %	0,3 %	1,6 %	6,2 %	0,6 %	1,4 %	0,6 %	1,3 %	4,1 %	0,8 %	2,2 %	3,4 %	1,2 %	3,3 %	1,5 %
	überwiegend öffentlich finanziert	3,7 %	2,1 %	18,2 %	20,4 %	7,0 %	6,4 %	8,5 %	21,2 %	2,4 %	2,5 %	4,7 %	4,9 %	29,1 %	21,1 %	2,7 %	13,3 %	3,5 %	21,4 %	6,6 %
Handwerk	Neue Ausbildungs- verträge	20.780	28.500	4.664	3.169	1.292	2.714	10.912	2.374	18.172	32.039	8.879	2.460	5.137	3.896	6.976	3.214	132.724	22.454	155.178
	mit weiblichen Auszubildenden	27,5 %	26,4 %	32,9 %	24,6 %	35,1 %	30,0 %	24,5 %	25,1 %	25,4 %	25,0 %	25,1 %	23,8 %	29,7 %	26,3 %	26,2 %	24,9 %	25,9 %	27,9 %	26,2 %
	mit verkürzter Laufzeit	44,4 %	24,6 %	13,6 %	12,3 %	14,5 %	17,7 %	19,8 %	10,4 %	27,5 %	12,6 %	20,8 %	23,0 %	8,9 %	13,6 %	18,6 %	15,7 %	24,0 %	12,3 %	22,3 %
	in zweijährigen Berufen¹	0,9 %	2,5 %	5,1 %	7,0 %	5,3 %	2,0 %	3,2 %	9,0 %	2,8 %	4,7 %	3,1 %	1,5 %	8,2 %	11,0 %	4,3 %	8,7 %	3,0 %	8,0 %	3,7 %
	gemäß § 42m HwO	3,1 %	1,2 %	1,3 %	4,4 %	3,3 %	0,8 %	1,2 %	6,5 %	1,9 %	1,5 %	1,2 %	0,4 %	3,4 %	6,4 %	1,2 %	4,1 %	1,7 %	4,0 %	2,0 %
	überwiegend öffentlich finanziert	3,2 %	5,9 %	23,5 %	20,3 %	13,7 %	18,1 %	12,1 %	11,3 %	3,4 %	14,0 %	3,9 %	9,1 %	17,6 %	28,4 %	5,9 %	15,0 %	7,8 %	20,0 %	9,6 %
Öffentlicher Dienst	Neue Ausbildungs- verträge	2.098	1.550	653	499	139	239	1.297	344	1.356	2.805	649	140	654	387	478	321	10.751	2.858	13.609
	mit weiblichen Auszubildenden	70,6 %	64,3 %	66,2 %	66,9 %	66,9 %	70,7 %	66,8 %	57,6 %	59,1 %	63,2 %	58,2 %	50,0 %	62,5 %	61,8 %	58,2 %	66,4 %	64,2 %	63,9 %	64,2 %
	mit verkürzter Laufzeit	18,7 %	5,5 %	0,2 %	1,0 %	0,7 %	40,6 %	2,9 %	0,0 %	1,1 %	8,9 %	2,3 %	2,1 %	0,8 %	4,1 %	0,0 %	14,0 %	8,3 %	2,5 %	7,1 %
	in zweijährigen Berufen¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %
	überwiegend öffentlich finanziert	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,7 %	0,0 %	0,3 %	0,0 %	0,2 %	0,5 %	1,5 %	1,4 %	0,0 %	0,5 %	0,0 %	0,0 %	0,3 %	0,1 %	0,3 %

Tabelle A1.1-4: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2010 nach strukturellen Merkmalen (Anteil in %) (Teil 2 – Fortsetzung)

	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklen- burg-Vor- pommern	Nieder- sachsen	Nord- rhein- west- falen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thürin- gen	West- deutsch- land	Ost- deutsch- land	Deutsch- land
Landwirtschaft	Neue Ausbildungs- verträge	1.479	2.165	303	614	47	150	748	404	1.959	781	192	909	569	818	455	10.668	3.254	13.922
	mit weiblichen Auszubildenden	24,0 %	23,5 %	22,1 %	32,2 %	19,1 %	18,0 %	24,1 %	20,3 %	22,8 %	19,8 %	26,0 %	31,8 %	28,8 %	24,6 %	30,3 %	21,4 %	28,8 %	23,2 %
	mit verkürzter Laufzeit	31,6 %	51,4 %	6,6 %	8,1 %	19,1 %	10,0 %	21,3 %	19,8 %	41,3 %	24,7 %	3,6 %	16,7 %	10,5 %	23,6 %	13,6 %	30,3 %	13,0 %	26,3 %
	in zweijährigen Berufen ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Freie Berufe	gemäß § 66 BBiG	14,1 %	7,2 %	18,5 %	18,6 %	–	–	9,6 %	4,5 %	8,6 %	11,1 %	26,0 %	16,3 %	25,0 %	9,3 %	12,3 %	9,7 %	16,4 %	11,2 %
	überwiegend öffentlich finanziert	1,2 %	4,4 %	39,9 %	26,1 %	38,3 %	14,0 %	13,4 %	6,7 %	10,7 %	9,0 %	26,0 %	31,8 %	31,6 %	8,1 %	24,0 %	7,5 %	27,2 %	12,1 %
	Neue Ausbildungs- verträge	5.222	7.612	1.908	667	452	1.117	2.954	497	4.660	2.079	586	937	547	1.884	467	37.477	5.023	42.500
	mit weiblichen Auszubildenden	96,3 %	95,9 %	91,9 %	91,2 %	94,2 %	94,4 %	88,7 %	94,4 %	94,5 %	94,6 %	93,7 %	92,8 %	90,1 %	93,7 %	92,9 %	95,0 %	91,6 %	94,6 %
Hauswirtschaft	mit verkürzter Laufzeit	6,2 %	6,1 %	10,7 %	1,8 %	2,0 %	17,2 %	5,3 %	1,4 %	5,0 %	4,5 %	9,6 %	1,1 %	5,5 %	6,1 %	0,9 %	5,5 %	5,3 %	5,5 %
	in zweijährigen Berufen ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %
	überwiegend öffentlich finanziert	0,5 %	0,5 %	1,7 %	5,8 %	0,0 %	0,4 %	2,8 %	0,0 %	0,5 %	0,2 %	1,2 %	0,5 %	3,3 %	0,1 %	0,0 %	0,5 %	1,9 %	0,7 %
Seeschifffahrt	Neue Ausbildungs- verträge	538	407	107	126	64	51	21	142	447	275	78	220	140	152	185	2.662	920	3.582
	mit weiblichen Auszubildenden	96,5 %	94,8 %	81,3 %	91,3 %	89,1 %	98,0 %	100,0 %	88,7 %	91,3 %	94,2 %	92,3 %	86,8 %	87,1 %	81,6 %	87,6 %	93,3 %	87,3 %	91,7 %
	mit verkürzter Laufzeit	8,0 %	35,4 %	2,8 %	0,0 %	9,4 %	7,8 %	0,0 %	7,0 %	26,0 %	6,5 %	5,1 %	9,5 %	4,3 %	6,6 %	8,6 %	13,6 %	6,1 %	11,7 %
	in zweijährigen Berufen ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Seeschifffahrt	gemäß § 66 BBiG	54,8 %	58,7 %	65,4 %	85,7 %	60,9 %	74,5 %	52,4 %	53,5 %	47,0 %	42,2 %	42,3 %	69,5 %	94,3 %	100,0 %	60,5 %	52,9 %	70,8 %	57,5 %
	überwiegend öffentlich finanziert	61,7 %	36,4 %	99,1 %	100,0 %	59,4 %	72,5 %	52,4 %	88,7 %	55,7 %	60,4 %	71,8 %	93,6 %	96,4 %	21,7 %	89,7 %	49,7 %	94,0 %	61,1 %
	Neue Ausbildungs- verträge	–	–	–	–	24	93	–	15	79	–	–	–	–	28	–	224	15	239
	mit weiblichen Auszubildenden	–	–	–	–	4,2 %	2,2 %	–	0,0 %	1,3 %	–	–	–	–	7,1 %	–	2,7 %	0,0 %	2,5 %
Seeschifffahrt	mit verkürzter Laufzeit	–	–	–	–	0,0 %	1,1 %	–	20,0 %	2,5 %	–	–	–	–	7,1 %	–	2,2 %	20,0 %	3,3 %
	in zweijährigen Berufen ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %
	gemäß § 66 BBiG	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %
	überwiegend öffentlich finanziert	–	–	–	–	0,0 %	0,0 %	–	0,0 %	0,0 %	–	–	–	–	0,0 %	–	0,0 %	0,0 %	0,0 %

¹ Ohne Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Für die Anteilbildung werden diese Angaben auf die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in allen dualen Ausbildungsberufen – also inkl. der Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung – bezogen. Diese Anteilbildung weicht geringfügig von der Berechnungsweise bei der Erhebung zum 31. Dezember ab (vgl. Kapitel A4.4).

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2010

Tabelle A1.1-5: Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht¹

	2009		2010		Entwicklung 2010 zu 2009	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Deutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge insgesamt	52.011	100,0	52.999	100,0	+988	+1,9
betrieblich	39.316	75,6	40.973	77,3	+1.657	+4,2
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	12.695	24,4	12.026	22,7	-669	-5,3
Westdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge insgesamt	38.746	100,0	40.503	100,0	+1.757	+4,5
betrieblich	33.156	85,6	35.042	86,5	+1.886	+5,7
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	5.590	14,4	5.461	13,5	-129	-2,3
Ostdeutschland						
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge insgesamt	13.265	100,0	12.496	100,0	-769	-5,8
betrieblich	6.160	46,4	5.931	47,5	-229	-3,7
überwiegend öffentlich finanziert (außerbetrieblich)	7.105	53,6	6.565	52,5	-540	-7,6

¹ Ohne Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO)

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2010

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen mit zweijähriger Ausbildungsdauer

Rund jeder zehnte neu abgeschlossene Ausbildungsvertrag (9,5 %) erfolgte in dualen Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht (kurz: zweijährige Ausbildungsberufe¹⁴, vgl. auch **Kapitel A4.4**). Insgesamt waren dies 52.999 Verträge (vierte Zeile in → **Tabelle A1.1-4**). Wie auch in den Vorjahren fiel der Anteil in Ostdeutschland (13,6 %) deutlich höher aus als in Westdeutschland (8,6 %). Zurückzuführen ist dies darauf, dass in den neuen Ländern häufiger außerbetriebliche Berufsausbildungen angeboten wurden, die oft in zweijährigen Berufen erfolgen. Typische Beispiele für solche zweijährigen Berufe sind die Ausbildungsberufe Verkäufer/-in, Fachkraft im

Gastgewerbe, Servicefachkraft für Dialogmarketing, Fachkraft für Kurier-, Express- und Postdienstleistungen, Hochbaufacharbeiter/-in, Maschinen- und Anlagenführer/-in, Fachlagerist/-in und Teilezurichter/-in.

Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Neuabschlüsse bei den zweijährigen Berufen bei einer bundesweiten Betrachtung leicht zu (+988 Ausbildungsverträge bzw. +1,9 %). Wird eine Differenzierung nach Ost- und Westdeutschland vorgenommen, zeigt sich allerdings ein deutlicher Unterschied: Während die Zahl der neuen Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen im Westen deutlich zunahm (+1.757 bzw. +4,5 %), ging sie im Osten recht stark zurück (-769 bzw. -5,8 %). Ihr Anteil in Ostdeutschland an allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen stieg trotzdem leicht an (von 13,4 % im Jahr 2009 auf 13,6 % im Jahr 2010), da es im Osten insgesamt zu deutlich weniger Neuabschlüssen gekommen ist (-7,4 %).

Der Rückgang der Neuabschlüsse in zweijährigen Berufen in Ostdeutschland hängt mit dem Abbau der überwiegend öffentlich finanzierten (außerbetrieb-

14 Die Angaben zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in zweijährigen Ausbildungsberufen beinhalten nicht die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Bei der Anteilsbildung in → **Tabelle A1.1-4** (vierte Zeile in Teil 2) werden diese Angaben auf die Neuabschlüsse in allen dualen Ausbildungsberufen – also inkl. der Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung – bezogen. Diese Anteilsbildung weicht geringfügig von der Berechnungsweise bei der Erhebung zum 31. Dezember ab (vgl. **Kapitel A4.4**).

lichen) Ausbildungsverhältnisse zusammen. So entfallen von den 769 Verträgen in zweijährigen Berufen, die in Ostdeutschland 2010 weniger abgeschlossen wurden, allein 540 auf die außerbetriebliche Ausbildung (-7,6 %) → **Tabelle A1.1-5**. Bezogen auf die betrieblichen Ausbildungsverhältnisse waren in Ostdeutschland lediglich 229 weniger Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen zu verzeichnen (-3,7 %). In Westdeutschland gingen zwar auch 129 außerbetriebliche Ausbildungsverträge in zweijährigen Berufen verloren (-2,3 %). Dies wurde aber durch einen Zuwachs von 1.886 betrieblichen Ausbildungsverträgen in diesen Berufen mehr als ausgeglichen (+5,7 %).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung

Bundesweit wurden im Jahr 2010 11.799 neue Ausbildungsverträge im Rahmen der Ausbildung von Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO (vgl. **E** in **Kapitel A4.4**) abgeschlossen (fünfte Zeile in → **Tabelle A1.1-4**).¹⁵ Dies sind im Vergleich zum Vorjahr 2.129 weniger Neuabschlüsse, ein deutlicher Rückgang um 15,3 %. In Westdeutschland fiel der Rückgang etwas schwächer (-1.185 bzw. -13,2 %), in Ostdeutschland deutlich stärker (um -944 bzw. -19,1 %) aus.

Die schwächere Neubesetzung von Berufen für Menschen mit Behinderungen hängt auch mit der besseren Versorgungslage auf dem Ausbildungsstellenmarkt zusammen. Einerseits führt dies dazu, dass es auch Jugendlichen mit Behinderungen eher gelingt, in reguläre Berufsausbildungen nach BBiG/HwO einzumünden. Andererseits wird davon ausgegangen, dass Verwaltungen bei einem massiven Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen, wie er insbesondere Mitte der 2000er-Jahre herrschte, die Bestimmungen nach § 66 BBiG bzw. § 42 m HwO offensiver auslegen, um auch über diesen Weg Ausbildungsmöglichkeiten zu eröffnen (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005, S. 47). Bei einer besseren Versor-

gungslage auf dem Ausbildungsstellenmarkt wird diese offensive Nutzung der Bestimmungen wieder zurückgefahren, wodurch weniger Verträge in den Berufen für Menschen mit Behinderungen zustande kommen. Dies erklärt insbesondere den sehr starken Rückgang der entsprechenden Neuabschlüsse in Ostdeutschland im Jahr 2010, wobei die Berufe für Menschen mit Behinderungen hier immer noch eine größere Bedeutung als in Westdeutschland besitzen. Denn in Ostdeutschland handelte es sich im Jahr 2010 bei 4,3 % der Neuabschlüsse um solche in Berufen für Menschen mit Behinderungen. In Westdeutschland ist dies nur bei 1,7 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge der Fall.

Was die Zuständigkeitsbereiche betrifft, kommen auf die entsprechenden Berufe bundesweit in Industrie und Handel 5.059 Verträge, im Handwerk 3.115, in der Hauswirtschaft 2.060 und in der Landwirtschaft 1.565. Die höchsten Anteile fanden sich im Zuständigkeitsbereich der Hauswirtschaft (57,5 %) und in der Landwirtschaft (11,2 %). Im Handwerk lag der Anteil der Neuabschlüsse in Berufen für Menschen mit Behinderung bei 2,0 %, in Industrie und Handel bei 1,5 %. Im öffentlichen Dienst und bei den freien Berufen spielt die Ausbildung für Personen mit Behinderungen in Berufen nach § 66 BBiG keine Rolle, ebenso nicht in der Seeschifffahrt.

Betriebliche und überwiegend öffentlich finanzierte (außerbetriebliche) Ausbildungsverträge

Nach den Ergebnissen der BIBB-Erhebung zum 30. September 2010 handelt es sich bei bundesweit 41.043 bzw. 7,3 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um außerbetriebliche, d. h. überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverhältnisse **E**. Hierbei besteht zwischen West (4,8 %) und Ost (20,3 %) weiterhin ein deutlicher Unterschied (sechste Zeile in → **Tabelle A1.1-4**). Im Vergleich zum Vorjahr ist das Volumen der außerbetrieblichen Neuabschlüsse bundesweit sehr deutlich um 4.758 Verträge (-10,4 %) gesunken. Dieser Rückgang erfolgte fast ausschließlich in Ostdeutschland (-4.364 bzw. -19 %), während das Volumen der außerbetrieblichen Verträge in Westdeutschland nur leicht sank (-394 bzw. -1,7 %).

¹⁵ Menschen mit Behinderung werden auch in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen nach BBiG/HwO ausgebildet (vgl. § 64 BBiG). Statistische Informationen hierzu werden aus Datenschutzgründen nicht erhoben, sodass nicht ermittelt werden kann, wie häufig dies geschieht.

E Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungen („außerbetriebliche Ausbildung“)

Als „außerbetriebliche Ausbildung“ wird jene Form der Berufsausbildung bezeichnet, die „überwiegend öffentlich finanziert“ wird und der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligungen, mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwächen bzw. mit Behinderungen dient. Außerbetriebliche Ausbildung wird nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und III), im Rahmen der Bund-Länder-Programme Ost sowie über (ergänzende) Länderprogramme durchgeführt. Maßgeblich für die Zurechnung zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen ist die Finanzierungsform und nicht der Lernort. Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildung, die in Betrieben stattfindet, zählt demnach zur außerbetrieblichen Ausbildung.

In der BIBB-Erhebung zum 30. September werden aber nur jene überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse erfasst, die mit einem Ausbildungsvertrag verbunden sind. Ausschlaggebend für die Zuordnung ist, dass über 50 % der Kosten des praktischen Teils im ersten Jahr der Ausbildung durch Zuwendungen der öffentlichen Hand bzw. der Arbeitsverwaltungen getragen werden. Schulische Ausbildungsplätze, die in den außerbetrieblichen Stellennmeldungen der BA enthalten sind, bleiben unberücksichtigt, da die entsprechenden Teilnehmenden nicht den rechtlichen Status eines „Auszubildenden“ haben.

Betriebliche Ausbildungsplätze, die mit einer staatlichen Prämie bezuschusst werden, zählen in der Regel nicht zu den „überwiegend öffentlich finanzierten“ Ausbildungsplätzen. Auch die regulären Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes werden nicht der außerbetrieblichen Ausbildung zugerechnet. Sie sind zwar öffentlich finanziert, richten sich aber nicht an die oben genannten Zielgruppen. Stammen die Ausbildungsverhältnisse des öffentlichen Dienstes aber aus speziellen Programmen (z. B. zur Versorgung marktbenachteiligter Jugendlicher), werden sie ebenfalls zum außerbetrieblichen Vertragsvolumen hinzuge-rechnet (vgl. Kapitel A4.2.2 mit differenzierten Angaben zur Gesamtzahl der überwiegend öffentlich geförderten Ausbildungsverhältnisse).

Zurückzuführen ist diese Entwicklung vor allem darauf, dass angesichts der demografisch bedingten Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt die staatlichen Programme zur Finanzierung von über-

wiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnissen für marktbenachteiligte Jugendliche reduziert wurden. Wurde beispielsweise im „Ausbildungsplatzprogramm Ost 2008“ zwischen dem Bund und den beteiligten Ländern die Förderung von 7.000 überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsplätzen vereinbart, so wurde dieses Kontingent im „Ausbildungsplatzprogramm Ost 2009/2010“ auf 5.000 reduziert (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010, S. 47). Ein weiteres Ausbildungsplatzprogramm Ost soll nicht aufgelegt werden.

Betrachtet man die Anteile der neuen überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse auf der Ebene der einzelnen Bundesländer, so sind die Unterschiede noch stärker ausgeprägt. Am stärksten verbreitet sind entsprechende Neuabschlüsse in Sachsen (25,1 % unter allen Neuabschlüssen des Bundeslandes) und Sachsen-Anhalt (23 %). Hier wurde somit rund jedes vierte neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnis überwiegend öffentlich finanziert. Anteilsbezogen am seltensten werden solche Verträge in Niedersachsen (3,2 %) und Bayern (3,3 %) geschlossen.

Dass in allen ostdeutschen Bundesländern überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverhältnisse eine deutlich größere Bedeutung besitzen als in den alten Ländern, ist nicht allein auf die schlechtere Versorgungslage der ostdeutschen Jugendlichen im Hinblick auf betriebliche Ausbildungsstellenangebote zurückzuführen. Zusätzlich wird hier der unterschiedliche institutionelle Umgang mit erfolglosen betrieblichen Ausbildungsstellenbewerbern in Ost und West deutlich. Während für diese Jugendlichen im Westen als Alternativen vor allem teilqualifizierende Bildungsgänge des sogenannten „Übergangssystems“ zur Verfügung stehen, sind die bereitgestellten Alternativen im Osten viel häufiger vollqualifizierende außerbetriebliche oder schulische Berufsausbildungsplätze. Damit ist es im Osten in den vergangenen Jahren trotz des zeitweise gravierenden Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen stets gelungen, die Jugendlichen früher als in den alten Ländern in eine Berufsausbildung zu bringen (vgl. Eberhard/Ulrich 2011).

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in neu geordneten Berufen

Von 1996 bis 2010 wurden 82 Ausbildungsberufe neu entwickelt und 230 weitere modernisiert (vgl. **E in Kapitel A4.1**) (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2010b, S. 5). Im Jahr 2010 wurden 11 Berufe modernisiert; neue Berufe wurden nicht geschaffen. In den 11 modernisierten Berufen wurden insgesamt 4.595 neue Ausbildungsverträge geschlossen (inklusive Ausbildungsverträgen, die ggf. noch in den jeweiligen Vorgängerberufen abgeschlossen wurden), was einer Veränderung von -408 bzw. -8,2 % gegenüber 2009 entspricht → **Tabelle A1.1-6**. Die berufsspezifischen Ergebnisse im Einzelnen (Anzahl der Neuabschlüsse 2010 sowie absolute und relative Entwicklung gegenüber 2009):

- Böttcher/-in: 3 (+3 gegenüber 2009, 2009 gab es keine neuen Ausbildungsverträge)
- Büchsenmacher/-in: 16 (-3 bzw. -15,8 %)
- Feinwerkmechaniker/-in: 2.554 (-232 bzw. -8,3 %)
- Geomatiker/-in: 34 (-2 bzw. -5,6 %)
- Milchtechnologe/Milchtechnologin: 249 (-3 bzw. -1,2 %)
- Papiertechnologe/Papiertechnologin: 218 (+5 bzw. +2 %)
- Pferdewirt/-in: 716 (-163 bzw. -18,5 %)
- Revierjäger/-in: 33 (+9 bzw. +37,5 %)
- Segelmacher/-in: 32 (+3 bzw. +10,3 %)
- Technische/-r Konfektionär/-in: 70 (+26 bzw. +59,1 %)
- Vermessungstechniker/-in: 670 (-51 bzw. -7,1 %)

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den neuen Berufen von 2008 und 2009

In der Regel benötigt es etwas Zeit, bis sich alle Betriebe, Verwaltungen, Praxen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen auf die Ausbildungsmöglichkeiten und -modalitäten in neu geschaffenen Ausbildungsberufen eingestellt haben. Dies führt meist dazu, dass im zweiten und dritten Jahr nach ihrer Einführung nochmals Steigerungen der Vertragszahlen in den neuen Berufen zu verzeichnen sind. In der Summe der 2008 neu geschaffenen Ausbildungsberufe gab es daher 2010 gegenüber 2009 einen Anstieg bei den Ausbildungsverträgen um 112 bzw. 8,0 %, während bei den neu abgeschlosse-

nen Ausbildungsverträgen in allen nach BBiG/HwO anerkannten Ausbildungsberufen ein Rückgang um 0,8 % zu verzeichnen war. Am deutlichsten fiel der Anstieg im Beruf Produktionstechnologe/Produktionstechnologin aus (+23 bzw. +85,2 %). Doch nicht in allen der 2008 neu geschaffenen Ausbildungsberufe konnten die Ausbildungskapazitäten ausgebaut werden. So gingen insbesondere die Neuabschlüsse zum/zur Speiseeishersteller/-in von 39 auf 29 zurück (-25,6 %).

Bei den beiden im Jahr 2009 neu erlassenen Ausbildungsberufen konnte in der Summe ebenfalls ein Zuwachs von 192 Verträgen bzw. 181,1 % beobachtet werden. Insbesondere im Ausbildungsberuf Industrieelektriker/-in kam es 2010 zu einem sehr deutlichen Anstieg um 173 Verträge bzw. 216,3 %. Doch auch im Beruf Werkfeuerwehrmann/-frau konnten mit 45 Ausbildungsverträgen 19 bzw. 73,1 % mehr neue Ausbildungsverhältnisse begründet werden.

Anschlussverträge

Durch die vermehrte Schaffung von zweijährigen Berufsausbildungen (mit der Möglichkeit, nach erfolgreichem Abschluss eine weitere, darauf aufbauende [in der Regel] zwölfmonatige Ausbildung zu beginnen) gewinnen Anschlussverträge eine wachsende Bedeutung. Diese Verträge werden allerdings gesondert gezählt; sie sind demnach im Volumen der 560.073 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge des Jahres 2010 nicht enthalten. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 6.519 Anschlussverträge gemeldet, 929 bzw. 16,6 % mehr als im Vorjahr → **Tabelle A1.1-7**. Seit dem Jahr 2005 hat sich die Anzahl der Anschlussverträge genau verdreifacht, damals wurden lediglich 2.173 entsprechende Verträge geschlossen. Dass die Zahl der regulären Ausbildungsverträge im gleichen Zeitraum lediglich um 1,8 % gewachsen ist, belegt die deutliche Ausweitung von Anschlussverträgen.

Tabelle A1.1-6: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2006 neuen Berufen und in den 2010 modernisierten Berufen

Neue und modernisierte Berufe von 2006 bis 2010	2006			2007			2008			2009			2010			Veränderungsrate 2010 zu 2009					
	männ- lich	weib- lich	total	männ- lich	weib- lich	total	männ- lich	weib- lich	total	männ- lich	weib- lich	total	männ- lich	weib- lich	total	absolut		in %			
																männ- lich	weib- lich	männ- lich	weib- lich		
Neue Berufe 2006																					
Fachangestellter/-r für Markt- und Sozialforschung	12	37	49	28	51	79	31	57	88	39	47	86	39	59	98	0	12	12	0,0	26	14
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugservice	364	6	370	681	7	688	631	10	641	539	7	546	519	4	523	-20	-3	-23	-3,7	-43	-4
Kaufmann/-frau für Dialogmarketing	273	684	957	426	846	1.272	462	968	1.430	416	975	1.391	407	899	1.306	-9	-76	-85	-2,2	-8	-6
Servicefachkraft für Dialogmarketing	150	303	453	210	455	665	234	478	712	193	348	541	173	292	465	-20	-56	-76	-10,4	-16	-14
Neue Berufe 2006 insgesamt	799	1.030	1.829	1.345	1.359	2.704	1.358	1.513	2.871	1.187	1.377	2.564	1.138	1.254	2.392	-49	-123	-172	-4,1	-9	-7
Neue Berufe 2007																					
Fachkraft für Holz- und Bautenschutzarbeiten	–	–	0	10	0	10	18	0	18	23	0	23	19	2	21	-4	2	-2	-17,4	–	-9
Holz- und Bautenschützer/-in	–	–	0	30	0	30	41	0	41	50	0	50	55	3	58	5	3	8	10,0	–	16
Sportfachmann/-frau	–	–	0	55	40	95	100	65	165	66	61	127	64	34	98	-2	-27	-29	-3,0	-44	-23
Neue Berufe 2007 insgesamt	0	0	0	95	40	135	159	65	224	139	61	200	138	39	177	-1	-22	-23	-0,7	-36	-12
Neue Berufe 2008																					
Automatenfachmann/-frau	–	–	0	–	–	0	30	4	34	55	9	64	55	9	64	0	0	0	0,0	0	0
Fachkraft für Automaten-service	–	–	0	–	–	0	35	23	58	72	69	141	69	54	123	-3	-15	-18	-4,2	-22	-13
Fotomedienfachmann/-frau	–	–	0	–	–	0	32	57	89	41	63	104	40	46	86	-1	-17	-18	-2,4	-27	-17
Personaldienstleistungskaufmann/-frau	–	–	0	–	–	0	316	712	1.028	210	508	718	271	608	879	61	100	161	29,0	20	22
Produktionstechnologie/Produktionstechnologin	–	–	0	–	–	0	18	4	22	23	4	27	47	3	50	24	-1	23	104,3	-25	85
Servicekraft für Schutz und Sicherheit	–	–	0	–	–	0	116	37	153	247	68	315	229	60	289	-18	-8	-26	-7,3	-12	-8
Speiseeishihersteller/-in	–	–	0	–	–	0	14	7	21	22	17	39	16	13	29	-6	-4	-10	-27,3	-24	-26
Neue Berufe 2008 insgesamt	0	0	0	0	0	0	561	844	1.405	670	738	1.408	727	793	1.520	57	55	112	8,5	7	8
Neue Berufe 2009																					
Industrieelektriker/-in	–	–	0	–	–	0	–	–	0	77	3	80	240	13	253	163	10	173	211,7	333	216
Werkfeuerwehmann/-frau	–	–	0	–	–	0	–	–	0	26	0	26	43	2	45	17	2	19	65,4	–	73
Neue Berufe 2009 insgesamt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	103	3	106	283	15	298	180	12	192	174,8	400	181
Modernisierte Berufe 2010																					
Böttcher/-in	2	0	2	3	0	3	3	0	3	–	–	0	3	0	3	3	0	3	–	–	–
Büchsenmacher/-in	12	0	12	21	5	26	26	1	27	18	1	19	16	0	16	-2	-1	-3	-11,1	-100	-16
Feinwerkmechaniker/-in	3.050	86	3.136	3.649	107	3.756	3.899	139	4.038	2.671	115	2.786	2.460	94	2.554	-211	-21	-232	-7,9	-18	-8
Geometiker/-in¹	13	28	41	19	17	36	13	9	22	19	17	36	24	10	34	5	-7	-2	26,3	-41	-6
Milchtechnologie/Milchtechnologin²	230	51	281	209	57	266	202	51	253	196	56	252	185	64	249	-11	8	-3	-5,6	14	-1
Papiertechnologie/Papiertechnologin	224	16	240	249	16	265	215	28	243	195	18	213	197	21	218	2	3	5	1,0	17	2
Pferdewirt/-in	156	768	924	167	747	914	163	860	1.023	158	721	879	110	606	716	-48	-115	-163	-30,4	-16	-19
Revierjäger/-in	21	0	21	17	0	17	20	1	21	23	1	24	32	1	33	9	0	9	39,1	0	38
Segelmacher/-in	15	6	21	21	4	25	28	6	34	23	6	29	22	10	32	-1	4	3	-4,3	67	10
Technische/-r Konfektionär/-in	38	13	51	57	21	78	65	20	85	39	5	44	54	16	70	15	11	26	38,5	220	59
Vermessungstechniker/-in³	668	260	928	618	248	866	554	230	784	522	199	721	492	178	670	-30	-21	-51	-5,7	-11	-7
Modernisierte Berufe 2010 insgesamt	4.429	1.228	5.657	5.030	1.222	6.252	5.188	1.345	6.533	3.864	1.139	5.003	3.595	1.000	4.595	-269	-139	-408	-7,0	-12	-8

¹ Vorgängerberuf: Kartograf/-in. Geometiker/-in im Jahr 2010 inklusive 4 Verträge, die noch im Vorgängerberuf Kartograf/-in gemeldet wurden.² Vorgängerberuf: Molkeriefachmann/-fachfrau. Milchtechnologe/Milchtechnologin im Jahr 2010 inklusive 12 Verträge, die noch im Vorgängerberuf Molkeriefachmann/-fachfrau gemeldet wurden.³ Vorgängerberuf: Bergvermessungstechniker/-in. Vermessungstechniker/-in im Jahr 2010 inklusive 5 Verträge, die noch im Vorgängerberuf Bergvermessungstechniker/-in gemeldet wurden.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebungen zum 30. September

Tabelle A1.1-7: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Anschlussverträge mit Veränderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2008 bis 2010

	2008				2009				2010				
	Neu abge- schlossene Ausbil- dungs- verträge	Anschluss- verträge	Summe	Neu abge- schlossene Ausbil- dungs- verträge	Verände- rungsrate in %	Anschluss- verträge	Verände- rungsrate in %	Summe	Verände- rungsrate in %	Anschluss- verträge	Verände- rungsrate in %	Summe	Verände- rungsrate in %
Westdeutschland													
Industrie und Handel	296.933	2.259	299.192	271.025	-8,7	2.697	19,4	273.722	-8,5	3.450	27,9	277.354	1,3
Handwerk	142.481	685	143.166	131.842	-7,5	1.563	128,2	133.405	-6,8	1.596	2,1	134.320	0,7
Öffentlicher Dienst	10.149	1	10.150	10.562	4,1	0	-100,0	10.562	4,1	0	–	10.751	1,8
Landwirtschaft	11.173	0	11.173	11.133	-0,4	0	–	11.133	-0,4	0	–	10.668	-4,2
Freie Berufe	38.678	–	38.678	37.537	-2,9	–	–	37.537	-2,9	–	–	37.477	-0,2
Hauswirtschaft	2.896	–	2.896	2.942	1,6	–	–	2.942	1,6	–	–	2.662	-9,5
Seeschifffahrt	294	–	294	268	-8,8	–	–	268	-8,8	–	–	224	-16,4
Insgesamt	502.604	2.945	505.549	465.309	-7,4	4.260	44,7	469.569	-7,1	5.046	18,5	473.456	0,8
Ostdeutschland													
Industrie und Handel	72.261	835	73.096	62.379	-13,7	1.030	23,4	63.409	-13,3	1.195	16,0	58.334	-8,0
Handwerk	27.588	253	27.841	23.740	-13,9	300	18,6	24.040	-13,7	278	-7,3	22.732	-5,4
Öffentlicher Dienst	3.079	0	3.079	3.162	2,7	0	–	3.162	2,7	0	–	2.858	-9,6
Landwirtschaft	4.155	0	4.155	3.513	-15,5	0	–	3.513	-15,5	0	–	3.254	-7,4
Freie Berufe	5.269	–	5.269	5.138	-2,5	–	–	5.138	-2,5	–	–	5.023	-2,2
Hauswirtschaft	1.375	–	1.375	1.055	-23,3	–	–	1.055	-23,3	–	–	920	-12,8
Seeschifffahrt	11	–	11	11	0,0	–	–	11	0,0	–	–	15	36,4
Insgesamt	113.738	1.088	114.826	98.998	-13,0	1.330	22,2	100.328	-12,6	1.473	10,8	93.136	-7,2
Deutschland													
Industrie und Handel	369.194	3.094	372.288	333.404	-9,7	3.727	20,5	337.131	-9,4	4.645	24,6	335.688	-0,4
Handwerk	170.069	938	171.007	155.582	-8,5	1.863	98,6	157.445	-7,9	1.874	0,6	157.052	-0,2
Öffentlicher Dienst	13.228	1	13.229	13.724	3,7	0	-100,0	13.724	3,7	0	–	13.609	-0,8
Landwirtschaft	15.328	0	15.328	14.646	-4,4	0	–	14.646	-4,4	0	–	13.922	-4,9
Freie Berufe	43.947	–	43.947	42.675	-2,9	–	–	42.675	-2,9	–	–	42.500	-0,4
Hauswirtschaft	4.271	–	4.271	3.997	-6,4	–	–	3.997	-6,4	–	–	3.582	-10,4
Seeschifffahrt	305	–	305	279	-8,5	–	–	279	-8,5	–	–	239	-14,3
Insgesamt	616.342	4.033	620.375	564.307	-8,4	5.590	38,6	569.897	-8,1	6.519	16,6	566.592	-0,6

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebungen zum 30. September

E Anschlussverträge

Als „Anschlussverträge“ werden Ausbildungsverträge bezeichnet, die im Anschluss an eine vorausgegangene und abgeschlossene Berufsausbildung neu abgeschlossen werden und zu einem weiteren Abschluss führen. Dabei sind jedoch nur die Verträge für Berufsausbildungen zu berücksichtigen, die in den Ausbildungsordnungen als aufbauende Ausbildungsberufe definiert wurden (i. d. R. Einstieg in das dritte Ausbildungsjahr) oder die unter „Fortführung der Berufsausbildung“ genannt werden. Ein Beispiel ist die Weiterführung einer erfolgreich beendeten zweijährigen Ausbildung zum/zur Bauten- und Objektbeschichter/-in durch eine einjährige Anschlussausbildung zum/zur Maler/-in und Lackierer/-in. Anschlussverträge werden im Rahmen der BIBB-Erhebung zum 30. September nicht als neu abgeschlossene Ausbildungsverträge gezählt, sondern gesondert ausgewiesen.

Im Jahr 2010 entfielen von den 6.519 Anschlussverträgen 4.645 auf den Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel (2009: 3.727; 2008: 3.094; 2007: 2.812; 2006: 2.151; 2005: 1.832) und 1.874 auf das Handwerk (2009: 1.863; 2008: 938; 2007: 684; 2006: 479; 2005: 341). Der starke Zuwachs der Anschlussverträge gegenüber dem Vorjahr fand somit fast ausschließlich im Bereich Industrie und Handel statt (+24,6 %), während die Zahl der Anschlussverträge im Handwerk nur geringfügig wuchs (+0,6 %). Die Zahl der im Osten Deutschlands registrierten Anschlussverträge betrug 2010 1.473 (2009: 1.330); im Westen lag sie bei 5.046 (2009: 4.260). Ergebnisse zu Anschlussverträgen auf Basis der Erhebung zum 31. Dezember werden in **Kapitel A4.3** und **Kapitel A4.5** dargestellt.

(Andreas Krewerth, Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath)

A1.2 Ausbildungsvermittlung (Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit)

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat den gesetzlichen Auftrag, Berufsberatung durchzuführen, Ausbildungsstellen zu vermitteln sowie Berufsausbildung zu fördern. Im Rahmen der Ausbildungsvermittlung berät die BA sowohl Betriebe, die Ausbildungsstellen anbieten, als auch Jugendliche, die eine duale Berufsausbildung anstreben, wobei die Inanspruchnahme dieser Dienste durch Arbeitgeber und Jugendliche freiwillig ist. Über diesen Vermittlungs- und Beratungsdienst führt die BA die Ausbildungsmarktstatistik, die monatlich¹⁶ nach dem Bestand an Ausbildungsstellen (Angebot) und Bewerbern bzw. Bewerberinnen (Nachfrage) sowie deren Verbleib ausgewertet wird. Der Vermittlungs- bzw. Erhebungszeitraum beginnt am 1. Oktober eines Jahres und endet am 30. September des Folgejahres. Die Ausbildungsmarktstatistik der BA wird neben der Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September (**vgl. Kapitel A1.1**) zur Angebots- und Nachfrageberechnung herangezogen.¹⁷

Seit Januar 2005 sind auch die Träger der Grundsicherung (Arbeitsgemeinschaften und zugelassene kommunale Träger) für die Ausbildungsvermittlung zuständig. Sie betreuen Jugendliche, die im Sinne des SGB II hilfsbedürftig sind. Die BA und die Träger der Grundsicherung führen eine Statistik über das Vermittlungsgeschehen, wobei die zugelassenen kommunalen Träger (zKT) ein anderes Verfahren verwenden als die BA und die Arbeitsgemeinschaften (ARGEn). Aufgrund dieser unterschiedlichen Erhebungsverfahren konnten die Daten der zKT in den Jahren von 2005 bis 2008 nicht mit den Daten der BA und der ARGEn verknüpft werden. Die Veröffentlichungen für diesen Zeitraum beinhalten somit keine Angaben der zKT. Seit 2009 können die BA-Daten zu den gemeldeten Bewerbern und

16 Die Angaben werden für die Monate März bis September erfasst. Trotz monatlicher Auswertungen der Daten kann eine Aussage zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt erst nach Abschluss des Geschäftsjahres der BA zum 30. September getroffen werden.

17 Für Informationen zur Angebots- und der Nachfrageberechnung siehe <http://www.bibb.de/de/wlk8237.htm>.

Bewerberinnen um die der zkT ergänzt werden, sodass erstmals seit 2004 wieder Angaben über die Gesamtgruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen vorliegen. Statistische Angaben zu den gemeldeten Ausbildungsstellen beinhalten weiterhin nur die Daten der BA sowie der ARGen, da nach Einschätzung der BA nur wenige ungefördernde Stellen bei den zkT gemeldet sind, die nicht gleichzeitig bei der BA oder der ARGE gemeldet sind (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010). Die Statistiken zu den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen von 2005 bis 2008 sind damit nur eingeschränkt mit den Daten ab 2009 vergleichbar.

Beachtet werden muss zudem, dass die Veröffentlichungen von vor 2005 nicht ohne Weiteres mit den Daten ab 2009 verglichen werden dürfen, obwohl sie die Gesamtgruppe der gemeldeten Bewerber/-innen abbilden. Im Geschäftsjahr 2005/2006 stellte die BA ihr statistisches Erhebungsverfahren von COMPAS (computerunterstützte Ausbildungsvermittlung) auf VerBIS (Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem) um, was mit einer Änderung in der Definition einzelner Verbleibskategorien¹⁸ der Bewerber/-innen einherging.

Durch die Datenzusammenführung ergeben sich zum Teil Doppelzählungen, die jedoch relativ gering ausfallen (2010: 2.682 Doppelzählungen). Solche Doppelnennungen entstehen beispielsweise, wenn ein bei den Arbeitsagenturen gemeldeter Bewerber bzw. eine Bewerberin hilfsbedürftig im Sinne von SGB II wird und dann im weiteren Verlauf der Ausbildungsstellensuche von den zkT unterstützt wird.

Gemeldete Ausbildungsstellen

Nachdem im Berichtsjahr 2008/2009 mit 475.391 gemeldeten Ausbildungsstellen rund 7 % weniger Stellen als im Vorjahr bei der BA zur Vermittlung gemeldet worden waren, nahm die Zahl der gemeldeten Stellen im Berichtsjahr 2009/2010 wieder zu. Mit 483.519 wurden 8.128 (+1,7 %) Berufsausbildungsstellen mehr als im Jahr 2008/2009, aber

immer noch 28.063 (bzw. -5,5 %) Stellen weniger als 2007/2008 gemeldet → **Tabelle A1.2-1**. Der Großteil der gemeldeten Stellen stammte wie auch in den Jahren zuvor aus dem Bereich der Industrie- und Handelskammern (265.434 bzw. 54,9 %) und Handwerkskammern (104.334 bzw. 21,6 %). Von den gemeldeten Stellen konnten insgesamt 463.914 (bzw. 95,9 %) besetzt werden.¹⁹ Der Anteil der noch unbesetzten Stellen lag mit 4,1 % (bzw. 19.605) leicht höher als im Berichtsjahr 2008/2009 (17.255 bzw. 3,6 %).

Eine Zunahme bei den gemeldeten Stellen gab es nicht in allen Bereichen. Relativ hoch war der Zuwachs im Handwerk (+5.866 bzw. 6,0 %), während er in Industrie und Handel geringer ausfiel (+5.635 bzw. 2,2 %). Auch bei den freien Berufen war eine Zunahme zu verzeichnen (+2.103 bzw. +7,1 %). In der Landwirtschaft war dagegen ein relativ starker Rückgang zu beobachten (-443 bzw. 6,4 %). Rückgänge wurden auch im öffentlichen Dienst (-435 bzw. -3,2 %), bei den sonstigen Stellen (-2.742 bzw. -7,4 %) und den Stellen ohne Angabe (-1.770 bzw. -6,0 %) verbucht.

Gemeldete Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Im Berichtsjahr 2009/2010 wurden 552.168 Jugendliche als Ausbildungsstellenbewerber/-innen registriert. **E** Dies waren 3.295 (-0,6 %) weniger als im Berichtsjahr 2008/2009. Ein relativ starker Rückgang der Bewerberzahl war in den neuen Ländern zu verzeichnen (-14.104 bzw. -13,0 %), in den alten Ländern stieg dagegen die Zahl der gemeldeten Bewerber/-innen leicht an (+10.798 bzw. +2,4 %).²⁰

¹⁸ Erklärungen zu den Begriffen der Statistik der Ausbildungsvermittlung der BA sind unter „Methodische Hinweise und Definitionen“ bei der Bundesagentur für Arbeit nachzulesen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010).

¹⁹ Der Anteil der besetzten Ausbildungsstellen ist nicht identisch mit der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (vgl. **Kapitel A1.1**), da die Inanspruchnahme der BA durch die Arbeitgeber freiwillig ist und somit durch die Ausbildungsmarktstatistik nicht alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Deutschland erfasst werden können.

²⁰ Zur demografischen Entwicklung und ihrer Auswirkung auf den Ausbildungsstellenmarkt in den neuen Ländern siehe <http://www.bibb.de/de/50069.htm>.

Tabelle A1.2-1: Gemeldete Berufsausbildungsstellen¹ in den Berichtsjahren 2009/2010, 2008/2009 und 2007/2008

Ausbildungs- bereiche	2009/2010						2008/2009						2007/2008					
	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder		Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder		Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	265.434	54,9	239.030	51,6	50.337	50,6	259.799	54,6	211.490	55,4	48.063	51,4	277.655	54,3	223.576	55,6	53.929	49,2
Handwerk	104.334	21,6	91.949	19,9	17.561	17,7	98.468	20,7	81.171	21,3	17.294	18,5	105.072	20,5	85.401	21,3	19.651	17,9
Öffentlicher Dienst	13.279	2,7	22.080	4,8	3.781	3,8	13.714	2,9	10.909	2,9	2.805	3,0	14.811	2,9	11.850	2,9	2.961	2,7
Landwirtschaft	6.520	1,3	4.903	1,1	2.123	2,1	6.963	1,5	4.784	1,3	2.179	2,3	6.795	1,3	4.456	1,1	2.339	2,1
Freie Berufe	31.851	6,6	31.398	6,8	4.822	4,9	29.748	6,3	25.903	6,8	3.964	4,2	29.655	5,8	25.578	6,4	4.077	3,7
Sonstige Stellen/ Keine Zuordnung möglich	34.478	7,1	44.251	9,6	9.055	9,1	37.220	7,8	33.425	8,8	7.817	8,4	43.863	8,6	33.425	8,3	10.379	9,5
Keine Angaben	27.623	5,7	29.195	6,3	11.714	11,8	29.393	6,2	17.564	4,6	11.449	12,2	33.731	6,6	17.564	4,4	16.167	14,8
Insgesamt	483.519	100	462.806	100	99.393	100	475.391	100	381.544	100	93.571	100	511.582	100	401.850	100	109.503	100

¹ Ohne gemeldete Stellen bei den zugelassenen kommunalen Trägern

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

E Bewerber/-innen für Ausbildungsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit

Bei der Bundesagentur für Arbeit werden nur diejenigen Ratsuchenden als Ausbildungsstellenbewerber/-innen geführt, die ausbildungsreif²¹ sind (Müller-Kohlenberg/Schober/Hilke 2005, S. 22).

Was die schulische Vorbildung der gemeldeten Bewerber/-innen betraf, so verfügten fast alle Bewerber/-innen über einen Schulabschluss (91,3 %): 30,2 % hatten einen Hauptschul- und 41,5 % einen Realschulabschluss. 11,1 % hatten die Fachhochschul- und 8,5 % die Hochschulreife erworben. Die Zahl der Ausbildungsstellenbewerber/-innen mit Hochschulreife war in den neuen Ländern mit 14,3 % fast doppelt so hoch wie in den alten Ländern (7,3 %). Der Anteil der Bewerber/-innen, zu denen keine Angabe zum Schulabschluss vorlag, fiel mit 36.134 bzw. 6,5 % geringer aus als im Jahr zuvor (81.260 bzw. 14,6 %). Zurückzuführen war die hohe

Anzahl der fehlenden Angaben im Berichtsjahr 2008/2009 auf eine veränderte Datenerfassung des Schulentlassjahres, der Schulart und des Schulabschlusses seit Oktober 2008. Die Daten des Berichtsjahres 2009/2010 sind daher nur eingeschränkt mit den Daten des Vorjahres vergleichbar.

Mehr als die Hälfte der gemeldeten Bewerber/-innen (51,7 %) hatte als letzte Schulform eine allgemeinbildende Schule besucht, weitere 43,5 % eine berufsbildende Schule, und 2,4 % besuchten eine Hochschule oder Akademie. In den neuen Ländern lag der Anteil der Bewerber/-innen, die zuletzt eine berufsbildende Schule besucht hatten, mit 22,5 % wesentlich niedriger als in den alten Ländern (47,9 %). Zurückzuführen sein dürfte dies auf die regional unterschiedlichen Angebotsstrukturen. So ist das Übergangssystem in den neuen Ländern relativ gering ausgebaut, während es in den alten Ländern ein hohes Gewicht hat (vgl. Eberhard/Ulrich 2010).

Der Anteil der Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit fiel in den neuen Ländern (3,8 %) geringer aus als in den alten (12,4 %) und lag im Bundesgebiet bei 10,9 % → **Tabelle A1.2-2**.

21 Siehe hierzu den Kriterienkatalog der Bundesagentur für Arbeit zur Ausbildungsreife: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Ausbildung/Nationaler-Pakt-fuer-Ausbildung-und-Fachkraefte-nachwuchs-Kriterienkatalog-zur-Ausbildungsreife.pdf>.

Tabelle A1.2-2: Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei der BA (inkl. zugelassener kommunaler Träger) gemeldeten Bewerber/-innen der Berichtsjahre 2009/2010 und 2008/2009

	Berichtsjahr 2009/2010				Berichtsjahr 2008/2009			
	Bundesgebiet		Alte Länder		Bundesgebiet		Alte Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht								
männlich	301.534	54,6	249.183	54,5	296.300	53,3	237.516	53,2
weiblich	250.634	45,4	208.077	45,5	259.163	46,7	208.946	46,8
Schulabschluss								
ohne Hauptschulabschluss	12.134	2,2	9.225	2,0	12.455	2,2	9.111	2,0
Hauptschulabschluss	166.591	30,2	142.256	31,1	151.581	27,3	127.818	28,6
Realschulabschluss	229.013	41,5	189.193	41,4	208.963	37,6	167.596	37,5
Fachhochschulreife	61.160	11,1	55.011	12,0	55.587	10,0	49.283	11,0
allgemeine Hochschulreife	47.136	8,5	33.536	7,3	45.617	8,2	29.680	6,6
keine Angaben	36.134	6,5	28.039	6,1	81.260	14,6	62.974	14,1
Besuchte Schule								
allgemeinbildende Schule	285.623	51,7	217.970	47,7	291.890	52,5	215.621	48,3
berufsbildende Schule	240.320	43,5	218.938	47,9	207.645	37,4	187.269	41,9
Hochschule und Akademien	13.059	2,4	9.613	2,1	12.291	2,2	8.696	1,9
keine Angabe	12.854	2,3	10.495	2,3	43.456	7,8	34.771	7,8
Staatsangehörigkeit								
Deutsche	490.730	88,9	399.594	87,4	496.776	89,4	391.583	87,7
Ausländer	60.444	10,9	56.778	12,4	57.687	10,4	53.975	12,1
darunter:								
Türken	29.419	5,3	27.913	6,1	28.557	5,1	26.972	6,0
Italiener	5.446	1,0	5.386	1,2	5.260	0,9	5.209	1,2
Alter								
15 Jahre und jünger	15.436	2,8	14.868	3,3	14.105	2,5	13.587	3,0
16 bis 18 Jahre	257.802	46,7	218.308	47,7	261.718	47,1	215.314	48,2
19 bis 20 Jahre	145.478	26,3	119.728	26,2	149.830	27,0	117.690	26,4
21 bis 24 Jahre	113.661	20,6	88.880	19,4	111.712	20,1	85.845	19,2
25 Jahre und älter	19.791	3,6	15.476	3,4	18.098	3,3	14.026	3,1
Insgesamt	552.168	100,0	457.260	100,0	555.463	100,0	446.462	100,0
								108.842
								100,0

Abweichungen in den Summen können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die die Schule vor dem Berichtsjahr 2009/2010 verlassen haben

Von den insgesamt 552.168 im aktuellen Berichtsjahr 2009/2010 bei den Agenturen für Arbeit, den ARGen und den zkt gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um eine Berufsausbildungsstelle waren 256.007 bzw. 46,4 % bereits vor dem Berichtszeit-

raum (Oktober 2009 bis September 2010) von der allgemeinbildenden oder beruflichen Schule abgegangen **E**. Von ihnen hatten 42,4 % die Schule im Vorjahr verlassen und 57,6 % noch früher → **Tabelle A1.2-3**. Verglichen mit dem vorherigen Berichtsjahr 2008/2009 veränderte sich damit weder die absolute Zahl der Bewerber/-innen mit früherem Schulabgang (Vorjahr: 256.174) noch ihr relativer Anteil an allen Bewerbern und Bewerberinnen

Tabelle A1.2-3: Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und ARGen (mit zugelassenen kommunalen Trägern) gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen

Region/Schulabgangsjahr		Berichtsjahr 2009/2010	Berichtsjahr 2008/2009	Veränderung 2009/2010 zu 2008/2009	
				absolut	in %
Bundesgebiet					
Gemeldete Bewerber/-innen insgesamt¹	absolut	552.168	555.463	-3.295	-0,6
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr²	absolut	256.007	256.174	-167	-0,1
	in % von insgesamt	46,4	46,1		
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	108.452	115.169	-6.717	-5,8
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	42,4	45,0		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	147.555	141.005	6.550	4,6
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	57,6	55,0		
Alte Länder					
Gemeldete Bewerber/-innen insgesamt¹		457.260	446.462	10.798	2,4
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr²	absolut	204.568	198.896	5.672	2,9
	in % von insgesamt	44,7	44,5		
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	90.486	93.320	-2.834	-3,0
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	44,2	46,9		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	114.082	105.576	8.506	8,1
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	55,8	53,1		
Neue Länder (einschließlich Berlin)					
Gemeldete Bewerber/-innen insgesamt¹		94.738	108.842	-14.104	-13,0
darunter:					
Schulabgang vor dem Berichtsjahr²	absolut	51.364	57.214	-5.850	-10,2
	in % von insgesamt	54,2	52,6		
davon:					
Schulabgang im Vorjahr	absolut	17.937	21.817	-3.880	-17,8
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	34,9	38,1		
Schulabgang im Vorvorjahr oder früher	absolut	33.427	35.397	-1.970	-5,6
	in % von „Schulabgang vor dem Berichtsjahr“	65,1	61,9		

¹ Die Summe der für alte und neue Länder ausgewiesenen Bewerberzahlen ist jeweils etwas geringer als die Gesamtangabe für das Bundesgebiet, was auf nicht zuordenbare Fälle zurückzuführen ist.

² Im Berichtsjahr 2009/2010 war für insgesamt 5.367 Bewerber/-innen (alte Länder: 4.632, neue Länder: 734) keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden, im Berichtsjahr 2008/2009 für insgesamt 15.928 Bewerber/-innen (alte Länder: 13.170, neue Länder: 2.754).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

(Vorjahr: 46,1 %) nennenswert. Allerdings lag aktuell der Schulabgang der Bewerber/-innen öfter schon länger als ein Jahr zurück (Vorjahr: 55,0 %).

In den neuen Ländern fiel im Berichtsjahr 2009/2010 der relative Anteil der Bewerber/-innen mit früherem Schulabgang mit 54,2 % deutlich höher als in den alten Ländern mit 44,7 % aus. Wesentlich häufiger hatten die Bewerber/-innen in den neuen Ländern die Schule schon vor mehr als einem Jahr beendet, ihr Anteil an allen Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren betrug 65,1 % gegenüber 55,8 % in den alten Ländern. Allerdings sind diese höheren Prozentanteile vor allem auf folgenden rechnerischen Effekt zurückzuführen: In den neuen Ländern ist aufgrund der demografischen Entwicklung die Zahl der Schulabgänger/-innen in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken, wodurch die Zahl der Bewerber/-innen aus dem aktuellen Schulentlassjahr und damit auch die Gesamtzahl der Bewerber/-innen jeweils abnahmen. Der relative Anteil der Bewerber/-innen mit Schulabgang in den Vorjahren erhöhte sich daher, obwohl deren absolute Zahl ebenfalls zurückging.

E Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen, die die Schule vor dem Berichtsjahr verlassen haben

In der Ausbildungsmarktstatistik der BA werden die Bewerber/-innen um Berufsausbildungsstellen nach dem Schulabgangsjahr differenziert. Es werden folgende Gruppen unterschieden:

- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Berichtsjahr,
- Bewerber/-innen mit Schulabgang im Vorjahr,
- Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Jahren.

Das Schulabgangsjahr bezieht sich dabei nicht nur auf die allgemeinbildende Schule, sondern es werden auch im Anschluss an die allgemeinbildende Schule besuchte berufliche Schulen berücksichtigt. Für das Schulabgangsjahr zählt also die zuletzt beendete allgemeinbildende oder berufliche Schule.

Bei den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang vor dem Berichtsjahr handelt es sich somit um Personen, die im Laufe des aktuellen Berichtszeitraums keine Schule mehr besuchten, sondern an einer berufsvorbereitenden Maß-

nahme der BA teilnahmen, eine Einstiegsqualifizierung oder ein sonstiges Betriebspraktikum absolvierten, Wehr- bzw. Zivildienst oder ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr leisteten, eine erneute Ausbildung anstrebten (z. B. nach einem Ausbildungsabbruch), einer Erwerbstätigkeit nachgingen, auf Arbeits- bzw. Ausbildungssuche waren oder aus privaten Gründen zu Hause blieben. Sie sind in der Vergangenheit häufig als „Altbewerber/-innen“ bezeichnet worden, obwohl unbekannt ist, ob sie sich in Vorjahren tatsächlich einmal um eine Ausbildungsstelle beworben haben oder nicht. In dieser Bewerbergruppe dürfte sich ein mehr oder weniger großer Anteil von Jugendlichen befinden, die vor dem aktuellen Berichtsjahr überhaupt noch keine Berufsausbildung anstrebten und sich daher früher noch nie beworben hatten. Umgekehrt werden nach dieser Definition aber auch Jugendliche, die nach erfolglosen Bewerbungen um eine Ausbildungsstelle Bildungsgänge des schulischen Übergangssystems absolvierten, als aktuelle Schulabgänger/-innen eingestuft und nicht als Altbewerber/-innen.

Aus diesem Grund liefert die BA-Statistik nun auch Ergebnisse über die Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen, die nicht nur im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits auch in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur, einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) oder eines zugelassenen kommunalen Trägers (zkt) eine Ausbildung gesucht haben (vgl. Gehricke/Kahler/Kohlmann 2010). Berücksichtigt werden dabei jeweils die 5 vorangegangenen Berichtsjahre. Zusätzlich wird ausgewiesen, wann die früheren Bewerber/-innen vor dem aktuellen Berichtsjahr **zuletzt** als Bewerber/-in registriert waren. Daraus geht also nicht hervor, wie lange die Jugendlichen schon als Bewerber/-innen gemeldet waren. Vollständige Informationen liegen bisher nur für die Bewerber/-innen vor, die bei den Arbeitsagenturen und ARGE gemeldet waren. Die bei den zkt gemeldeten Bewerber/-innen können von der BA erst ab dem Berichtsjahr 2008/2009 mit einbezogen werden. Für das aktuelle Berichtsjahr 2009/2010 sind daher nur die früheren Bewerber/-innen aus dem vorherigen Berichtsjahr nachweisbar, nicht jedoch diejenigen aus weiter zurückliegenden Berichtsjahren. Vollständige Informationen bezogen auf 5 vorangegangene Berichtsjahre werden für alle Bewerber/-innen, d. h. einschließlich der bei den zkt gemeldeten, erst ab dem Berichtsjahr 2013/2014 verfügbar sein.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung definiert die Personengruppe der Altbewerber/-innen wiederum auf andere Weise: So werden im Rahmen von Stichprobenerhebungen, wie der

regelmäßig durchgeführten BA/BIBB-Bewerberbefragung, als Altbewerber/-innen diejenigen Personen angesehen, die sich tatsächlich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als im jeweils aktuellen Ausbildungsjahr beworben haben (vgl. **Kapitel A3.2** und BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A3.1). Erfasst wird dabei das Jahr, für welches sich der Jugendliche **erstmalig** um eine Ausbildungsstelle bemühte. Dabei spielt weder das Schulabgangsjahr eine Rolle noch die Frage, ob der Jugendliche bei einer Arbeitsagentur, einer ARGE oder einem zkt als Bewerber/-in um eine Ausbildungsstelle gemeldet war. Diese Definition hat den Vorteil, Aufschluss über die tatsächliche Gesamtdauer der bisherigen Such- und Bewerbungsprozesse der Jugendlichen zu geben.

Was die Struktur der Bewerber/-innen mit Schulabgang in den Vorjahren anbetrifft, ist für das Berichtsjahr 2009/2010 Folgendes festzustellen: Hinsichtlich der Verteilung nach Geschlecht gab es keine nennenswerten Unterschiede im Vergleich zu den Bewerbern und Bewerberinnen mit Schulabgang im aktuellen Jahr. In allen Bewerbergruppen sind junge Männer deutlich häufiger vertreten als junge Frauen → **Tabelle A1.2-4**. Dies galt gleichermaßen bei einer Differenzierung nach alten → **Tabelle A1.2-5** und neuen Ländern → **Tabelle A1.2-6**.

Insgesamt verfügten die Bewerber/-innen, die die Schule vor dem Berichtsjahr verließen, mit einem

Tabelle A1.2-4: Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2009/2010 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen nach Schulabgangsjahr – Bundesgebiet

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt*		Schulabgangsjahr							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
	absolut	in %					Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorjahr oder noch früher	
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	301.534	54,6	157.095	54,0	141.386	55,2	58.622	54,1	82.764	56,1
weiblich	250.634	45,4	133.699	46,0	114.621	44,8	49.830	45,9	64.791	43,9
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	12.134	2,2	3.825	1,3	7.600	3,0	2.383	2,2	5.217	3,5
Hauptschulabschluss	166.591	30,2	72.116	24,8	93.072	36,4	32.955	30,4	60.117	40,7
Realschulabschluss	229.013	41,5	140.178	48,2	88.064	34,4	37.501	34,6	50.563	34,3
Fachhochschulreife	61.160	11,1	42.586	14,6	18.445	7,2	10.753	9,9	7.692	5,2
allgemeine Hochschulreife	47.136	8,5	31.872	11,0	14.900	5,8	9.787	9,0	5.113	3,5
keine Angabe	36.134	6,5	217	0,1	33.926	13,3	15.073	13,9	18.853	12,8
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	87.307	15,8	80.471	27,7	6.564	2,6	3.847	3,5	2.717	1,8
Berufsausbildung	283.636	51,4	147.213	50,6	134.985	52,7	66.600	61,4	68.385	46,3
davon:										
Berufsausbildung ungefordert	232.319	42,1	138.667	47,7	92.802	36,2	50.498	46,6	42.304	28,7
Berufsausbildung gefördert	51.317	9,3	8.546	2,9	42.183	16,5	16.102	14,8	26.081	17,7
Erwerbstätigkeit	28.927	5,2	5.065	1,7	23.183	9,1	5.598	5,2	17.585	11,9
gemeinnützige/soziale Dienste	8.519	1,5	4.881	1,7	3.614	1,4	2.067	1,9	1.547	1,0
Fördermaßnahmen	35.616	6,5	19.917	6,8	15.415	6,0	6.786	6,3	8.629	5,8
ohne Angabe eines Verbleibs	108.163	19,6	33.247	11,4	72.246	28,2	23.554	21,7	48.692	33,0
Insgesamt	552.168	100,0	290.794	100,0	256.007	100,0	108.452	100,0	147.555	100,0

* Im Berichtsjahr 2009/2010 war für insgesamt 5.367 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A1.2-5: Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2009/2010 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen nach Schulabgangsjahr – alte Länder

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt*		Schulabgangsjahr							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
							absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	249.183	54,5	133.665	53,9	112.880	55,2	48.643	53,8	64.237	56,3
weiblich	208.077	45,5	114.395	46,1	91.688	44,8	41.843	46,2	49.845	43,7
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	9.225	2,0	3.077	1,2	5.488	2,7	1.774	2,0	3.714	3,3
Hauptschulabschluss	142.256	31,1	63.937	25,8	76.987	37,6	28.393	31,4	48.594	42,6
Realschulabschluss	189.193	41,4	118.880	47,9	69.613	34,0	31.955	35,3	37.658	33,0
Fachhochschulreife	55.011	12,0	38.620	15,6	16.270	8,0	9.521	10,5	6.749	5,9
allgemeine Hochschulreife	33.536	7,3	23.403	9,4	9.883	4,8	6.596	7,3	3.287	2,9
keine Angabe	28.039	6,1	143	0,1	26.327	12,9	12.247	13,5	14.080	12,3
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	78.362	17,1	72.718	29,3	5.414	2,6	3.173	3,5	2.241	2,0
Berufsausbildung	227.175	49,7	119.972	48,4	106.009	51,8	54.539	60,3	51.470	45,1
davon:										
Berufsausbildung ungefördert	188.897	41,3	113.766	45,9	74.437	36,4	42.071	46,5	32.366	28,4
Berufsausbildung gefördert	38.278	8,4	6.206	2,5	31.572	15,4	12.468	13,8	19.104	16,7
Erwerbstätigkeit	25.337	5,5	4.593	1,9	20.123	9,8	5.088	5,6	15.035	13,2
gemeinnützige/soziale Dienste	6.941	1,5	3.899	1,6	3.023	1,5	1.775	2,0	1.248	1,1
Fördermaßnahmen	31.803	7,0	18.560	7,5	12.997	6,4	6.207	6,9	6.790	6,0
ohne Angabe eines Verbleibs	87.642	19,2	28.318	11,4	57.002	27,9	19.704	21,8	37.298	32,7
Insgesamt	457.260	100,0	248.060	100,0	204.568	100,0	90.486	100,0	114.082	100,0

* Im Berichtsjahr 2009/20109 war für insgesamt 4.632 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Anteil von 36,4 % relativ häufig über einen Hauptschulabschluss. Von denjenigen mit aktuellem Schulabgang wiesen dagegen nur 24,8 % einen Hauptschulabschluss auf. Besonders hoch war der Anteil der Hauptschulabsolventen und -absolventinnen mit 40,7 % bei den Bewerbern und Bewerberinnen, die die Schule bereits vor mehr als einem Jahr verlassen hatten. Dabei ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass für immerhin 13,3 % der Bewerber/-innen aus früheren Schulabgangsjahren keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen – bei den Bewerbern und Bewerberinnen, die den Schulbesuch im aktuellen Berichtsjahr beendeten, traf dies nur auf weniger als 1 % zu. In den neuen Ländern war der Anteil der Bewerber/-innen mit Hauptschulabschluss generell

deutlich geringer als in den alten Ländern. Jedoch waren auch hier unter den Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren Absolventen und Absolventinnen mit Hauptschulabschluss besonders stark vertreten (31,3 % vs. 19,1 % bei aktuellem Schulabgang).

Hinsichtlich des Verbleibs gab es erhebliche Unterschiede zwischen den Bewerbern und Bewerberinnen mit aktuellem und früherem Schulabgang: So konnten 47,7 % derjenigen, die die Schule im Berichtsjahr verließen, in eine ungeforderte Berufsausbildung vermittelt werden, während dies bei einem früheren Verlassen der Schule nur auf 36,2 % zutraf. Von denjenigen, die bereits vor mehr als ei-

Tabelle A1.2-6: **Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2009/2010 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen nach Schulabgangsjahr – neue Länder (einschließlich Berlin)**

Merkmale der Bewerber/-innen	Insgesamt*		Schulabgangsjahr							
			Schulabgang im Berichtsjahr		Schulabgang vor dem Berichtsjahr		darunter:			
	absolut	in %					Schulabgang im Vorjahr		Schulabgang im Vorvorjahr oder noch früher	
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht										
männlich	52.255	55,2	23.377	54,8	28.463	55,4	9.963	55,5	18.500	55,3
weiblich	42.483	44,8	19.263	45,2	22.901	44,6	7.974	44,5	14.927	44,7
Schulabschluss										
ohne Hauptschulabschluss	2.907	3,1	747	1,8	2.111	4,1	609	3,4	1.502	4,5
Hauptschulabschluss	24.294	25,6	8.155	19,1	16.068	31,3	4.560	25,4	11.508	34,4
Realschulabschluss	39.756	42,0	21.263	49,9	18.422	35,9	5.533	30,8	12.889	38,6
Fachhochschulreife	6.129	6,5	3.952	9,3	2.169	4,2	1.227	6,8	942	2,8
allgemeine Hochschulreife	13.570	14,3	8.449	19,8	5.007	9,7	3.186	17,8	1.821	5,4
keine Angabe	8.082	8,5	74	0,2	7.587	14,8	2.822	15,7	4.765	14,3
Art des Verbleibs										
Schule/Studium/Praktikum	8.914	9,4	7.725	18,1	1.147	2,2	672	3,7	475	1,4
Berufsausbildung	56.388	59,5	27.199	63,8	28.945	56,4	12.045	67,2	16.900	50,6
davon:										
Berufsausbildung ungefordert	43.356	45,8	24.861	58,3	18.339	35,7	8.413	46,9	9.926	29,7
Berufsausbildung gefördert	13.032	13,8	2.338	5,5	10.606	20,6	3.632	20,2	6.974	20,9
Erwerbstätigkeit	3.578	3,8	470	1,1	3.050	5,9	508	2,8	2.542	7,6
gemeinnützige/soziale Dienste	1.577	1,7	981	2,3	591	1,2	292	1,6	299	0,9
Fördermaßnahmen	3.805	4,0	1.352	3,2	2.415	4,7	577	3,2	1.838	5,5
ohne Angabe eines Verbleibs	20.476	21,6	4.913	11,5	15.216	29,6	3.843	21,4	11.373	34,0
Insgesamt	94.738	100,0	42.640	100,0	51.364	100,0	17.937	100,0	33.427	100,0

* Im Berichtsjahr 2009/2010 war für insgesamt 734 Bewerber/-innen keine Angabe zum Schulabgangsjahr vorhanden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

nem Jahr von der Schule abgegangen waren, waren es sogar nur 28,7 %. Allerdings gab es eine erhebliche Kompensation durch die geförderte Berufsausbildung: Insgesamt 16,5 % der Bewerber/-innen mit Schulabgang in vorangegangenen Jahren mündeten in ein solches Ausbildungsverhältnis ein. Somit war der Anteil der Bewerber/-innen, die insgesamt in eine (geförderte oder ungeforderte) Berufsausbildung vermittelt wurden, bei einem länger zurückliegenden Schulabgang mit 52,7 % sogar etwas höher als bei einem Schulabgang im aktuellen Berichtsjahr (50,6 %). Besonders häufig konnten die Bewerber/-innen, die im Jahr zuvor die Schule beendet hatten, eine

Berufsausbildung aufnehmen (61,4 %), während der entsprechende Anteil bei einem noch früheren Schulabgang weit geringer war (46,3 %).

Zwischen alten und neuen Ländern unterschied sich die Situation im Hinblick auf den Verbleib der Bewerber/-innen allerdings relativ stark: In den alten Ländern konnten die Bewerber/-innen, die vor dem Berichtsjahr von der Schule abgingen, mit 51,8 % etwas häufiger in eine (geförderte oder ungeforderte) Berufsausbildung vermittelt werden als die Bewerber/-innen, die aktuell die Schule verlassen hatten (48,4 %). In den neuen Ländern, in denen die

Vermittlungsquote in Ausbildung generell deutlich höher lag, war dies umgekehrt: Hier nahmen von den Bewerbern und Bewerberinnen aus früheren Schulentlassjahren, trotz eines erheblichen Anteils an geförderter Ausbildung, nur 56,4 % eine Berufsausbildung auf, während es bei den aktuellen Schulabsolventen und -absolventinnen 63,8 % waren.

Die Ergebnisse zeigen, dass für die Bewerber/-innen mit Schulabgang in früheren Berichtsjahren in einem relativ großen Umfang aus öffentlichen Mitteln geförderte Ausbildungsplätze bereitgestellt wurden. Für eine Versorgung aller ausbildungsreifen und an einer Berufsausbildung interessierten jungen Menschen hat dieses Unterstützungsangebot jedoch auch im Berichtsjahr 2009/2010 bei Weitem nicht ausgereicht. Hieran hat der seit Juli 2008 gewährte Ausbildungsbonus für Betriebe, welche förderungsbedürftige Jugendliche einstellen, die seit Längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchten, auch im Berichtsjahr 2009/2010 nichts Grundlegendes geändert.²²

An dieser Stelle soll auch kurz auf die Ergebnisse eingegangen werden, die die BA-Statistik über die Bewerber/-innen ausweist, die nicht erstmals im aktuellen Berichtsjahr, sondern bereits in einem früheren Berichtsjahr mit Unterstützung einer Arbeitsagentur, einer ARGE oder eines zKT eine Ausbildung gesucht haben **E**. Für alle Bewerber/-innen, d. h. einschließlich der bei einer zKT gemeldeten, lagen für das Berichtsjahr 2009/2010 hierzu allerdings erst unvollständige Informationen vor: Nachweisbar waren lediglich die Bewerber/-innen, die schon im vorherigen Jahr gemeldet waren, nicht jedoch diejenigen aus weiter zurückliegenden Jahren.²³ Von den insgesamt 552.168 Bewerbern und Bewerberinnen waren demnach 154.527 bereits im Vorjahr als Bewerber/-in um eine Ausbildungs-

stelle registriert – dies entspricht einem Anteil von 28,0 %. In den alten Ländern war der betreffende Anteil mit 28,5 % höher als in den neuen Ländern mit 25,5 %.

Verbleib der gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen

Bis zum Abschluss des Berichtsjahres 2009/2010 am 30. September 2010 mündeten 48,5 % (267.789) der Bewerber/-innen in eine Berufsausbildungsstelle ein. Etwa die Hälfte (49,3 % bzw. 272.124) der Ausbildungsstellenbewerber/-innen begannen dagegen eine Alternative zu einer Berufsausbildung (z. B. Schule, Praktikum, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) oder verzichteten ohne nähere Angabe eines Verbleibs auf eine weitere Unterstützung der Vermittlungsdienste der BA. Die übrigen 12.255 (2,2 %) Bewerber/-innen waren bis zum Ende des Berichtsjahres noch unversorgt.

Für die Jugendlichen, die in eine Berufsausbildung einmündeten (267.789), konnte der Vermittlungsauftrag abgeschlossen werden. Auch für den größten Teil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen (103.874) sowie für die unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen (95.908) fanden zum Abschluss des Berichtsjahres keine weiteren Vermittlungsbemühungen mehr statt. Die restlichen 72.342 Jugendlichen, die in eine Alternative eingemündet waren, wünschten weiterhin eine Ausbildungsstellenvermittlung durch die BA. Somit liefen nicht nur für die unversorgten Bewerber/-innen (12.255) die Vermittlungsbemühungen weiter, sondern auch für einen Teil (72.342) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen, sodass nach Abschluss des Geschäftsjahres am 30. September 2010 insgesamt noch 84.597 (15,3 %) Bewerber/-innen auf Ausbildungsstellensuche und damit unvermittelt waren
→ **Tabelle A1.2-7**.

Alternativ verbliebene Bewerber/-innen

176.216 (bzw. 31,9 %) der gemeldeten Bewerber/-innen hatten eine Alternative zu einer Berufsausbildung begonnen. Mehr als die Hälfte (103.874 bzw. 58,9 %) wünschte keine weitere Vermittlung mehr; dagegen liefen für 72.342 (41,1 %) der Alternativver-

22 Für Informationen zu den Förderbedingungen siehe: http://www.bmas.de/coremedia/generator/26426/2008_06_05_ausbildungsbonus.html.

23 Für die bei den Arbeitsagenturen und ARGE gemeldeten Bewerber/-innen (ohne zKT) weist die BA bereits vollständige Informationen zu den früheren Bewerbern und Bewerberinnen aus (vgl. Gehricke/Kahler/Kohlmann 2010, Bundesministerium für Bildung und Forschung 2011). Im vorliegenden Datenreport werden jedoch ausschließlich Ergebnisse zur Ausbildungsmarktsituation ausgewiesen, welche die bei den zKT gemeldeten Bewerber/-innen mit einschließen. Daher wird auch an dieser Stelle darauf verzichtet, über Ergebnisse ohne Berücksichtigung der zKT zu berichten.

bleiber/-innen auch nach Abschluss des Berichtsjahres am 30. September 2010 die Vermittlungsbemühungen weiter.

Alternativ verbliebene Bewerber/-innen ohne weiteren Vermittlungswunsch, differenziert nach ihrem Verbleib

Von den 103.874 Bewerbern und Bewerberinnen, die eine Alternative zu einer Ausbildung begannen und keine weitere Vermittlung wünschten, mündete mehr als die Hälfte (56,7 % bzw. 58.868) in Schule, Studium oder Praktikum ein. Der größte Teil (44,0 %

bzw. 45.746) nahm eine Schulbildung auf. 1.045 (1,0 %) fingen mit einem berufsvorbereitenden Jahr an, weitere 3.055 (2,9 %) Jugendliche mit einem Berufsgrundbildungsjahr. 6.154 (5,9 %) begannen ein Studium und 2.868 (2,8 %) ein Praktikum. Daneben war die Einmündung in Erwerbsarbeit die zweithäufigste Verbleibsform: 19.918 (19,2 %) Jugendliche entschlossen sich hierzu. 9.358 (9,0 %) verblieben in ihrer bisherigen Berufsausbildung, obwohl sie eigentlich den Wechsel in eine andere Ausbildung angestrebt hatten. Alles in allem traten 5.818 (5,6 %) Jugendliche ihren Wehr- bzw. Zivildienst an oder absolvierten ein freiwilliges soziales bzw.

Tabelle A1.2-7: Verbleib der bei der BA und den zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen zum 30. September 2010

Art des Verbleibs	Insgesamt		Status des Vermittlungsauftrages							
			Vermittlungsauftrag abgeschlossen				Vermittlungsauftrag läuft weiter			
			durch Einmündung in Berufsausbildung		bei alternativem oder nicht näher bekanntem Verbleib		bei alternativem Verbleib		ohne alternativen Verbleib	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
I. Einmündung/Vermittlung in Berufsausbildung	267.789	100,0	267.789	100,0						
darunter:										
ungefördert	227.810	85,1	227.810	85,1						
gefördert	39.979	14,9	39.979	14,9						
II. Alternativer Verbleib	176.216	100,0			103.874	100,0	72.342	100,0		
darunter:										
Schulbildung	64.243	36,5			45.746	44,0	18.497	25,6		
Studium	6.812	3,9			6.154	5,9	658	0,9		
Berufsvorbereitendes Jahr	1.845	1,0			1.045	1,0	800	1,1		
Berufsgrundbildungsjahr	5.103	2,9			3.055	2,9	2.048	2,8		
Praktikum	9.304	5,3			2.868	2,8	6.436	8,9		
Verbleib in bisheriger Berufsausbildung	15.847	9,0			9.358	9,0	6.489	9,0		
darunter: Berufsausbildung ungefördert	4.509	2,6			3.470	3,3	1.039	1,4		
Berufsausbildung gefördert	11.338	6,4			5.888	5,7	5.450	7,5		
Erwerbstätigkeit	28.927	16,4			19.918	19,2	9.009	12,5		
Bundeswehr/Zivildienst	4.006	2,3			2.890	2,8	1.116	1,5		
Freiwilliges soziales/ökologisches Jahre	4.513	2,6			2.928	2,8	1.585	2,2		
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	22.758	12,9			4.060	3,9	18.698	25,8		
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme – Reha	291	0,2			213	0,2	78	0,1		
Einstiegsqualifizierung	5.763	3,3			1.395	1,3	4.368	6,0		
Sonstige Förderung	6.736	3,8			4.191	4,0	2.545	3,5		
Sonstige Rehaförderung	68	< 0,1			53	0,1	15	< 0,1		
III. Verbleib noch ungeklärt bzw. nicht näher bekannt	108.163	100,0			95.908	100,0			12.255	100,0
Insgesamt	552.168	100,0	267.789	48,5	199.782	36,2	72.342	13,1	12.255	2,2

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

ökologisches Jahr. Insgesamt 9.912 (9,5 %) Jugendliche mündeten in Fördermaßnahmen ein: 4.060 (3,9 %) in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, 1.395 (1,3 %) in eine Einstiegsqualifizierung und 4.191 (4,0 %) in sonstige Förderarten. Förderungen im Rehabilitationsbereich erhielten 213 Jugendliche im Rahmen von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und weitere 53 im Rahmen sonstiger Refahförderung.

Alternativ verbliebene Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch, differenziert nach ihrem Verbleib

Neben den 103.874 alternativ verbliebenen Jugendlichen, deren Vermittlungsauftrag abgeschlossen war, suchten 72.342 Bewerber/-innen mit einer Alternative zum Ende des Berichtsjahres weiterhin nach einer Ausbildungsstelle. Vergleicht man die beiden alternativ verbliebenen Gruppen nach ihrem Vermittlungsstatus (keine weitere Vermittlung mehr erwünscht vs. weitere Vermittlung erwünscht), wird deutlich, dass die Anteile in den einzelnen Verbleibsformen in Abhängigkeit von der Gruppenzugehörigkeit variieren. Vor allem der Beginn einer Fördermaßnahme, Erwerbsarbeit und eines Schulbesuchs variieren stark in Abhängigkeit vom aktuellen Status des Vermittlungsauftrags. → **Tabelle A1.2-7** zeigt, dass insbesondere die Einmündung in Fördermaßnahmen mit dem Wunsch nach weiterer Vermittlung in Zusammenhang steht: Über ein Drittel (35,5 % bzw. 25.704) der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch waren in Fördermaßnahmen eingemündet, davon die meisten in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (18.698 bzw. 25,8 %). Demgegenüber begannen nur 9,5 % (9.912) der alternativ verbliebenen Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch eine Fördermaßnahme (berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme im Rehabereich, Einstiegsqualifizierung, sonstige Förderung, sonstige Förderung im Rehabereich).

Ein ebenfalls großer Abstand zwischen den beiden Gruppen lässt sich hinsichtlich des Verbleibs in Schule feststellen. Während der Anteil der alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem

Vermittlungswunsch, die nun eine Schule besuchten, bei 25,6 % (bzw. 18.497) lag, fiel der Schüleranteil bei den alternativ verbliebenen Bewerber/-innen ohne weiteren Vermittlungswunsch mit 44,0 % (bzw. 45.746) wesentlich höher aus. Neben diesem war auch der Anteil der Studienanfänger/-innen unter den alternativ verbliebenen Bewerbern/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch deutlich geringer (0,9 % bzw. 658 vs. 5,9 % bzw. 6.154). Und auch der Anteil der Erwerbstätigen lag unter den Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch (9.009 bzw. 12,5 %) unter dem der Jugendlichen ohne weiteren Vermittlungswunsch (19.918 bzw. 19,2 %). Des Weiteren zeigten sich Unterschiede hinsichtlich der Einmündung in ein Praktikum und in eine Einstiegsqualifizierung. Jugendliche mit weiterem Vermittlungswunsch verblieben mit 8,9 % (vs. 2,8 %) häufiger im Praktikum und häufiger in einer Einstiegsqualifizierung (6,0 % vs. 1,3 %) als Jugendliche ohne weiteren Vermittlungswunsch. Die Anteile der alternativ Verbliebenen mit weiterem Vermittlungswunsch, die ein berufsvorbereitendes Jahr (1,1 % vs. 1,0 %), ein Berufsgrundbildungsjahr (2,8 % vs. 2,9 %), gemeinnützige bzw. soziale Dienste (2,2 % vs. 2,8 %) oder den Wehr- bzw. Zivildienst (1,5 % vs. 2,8 %) begannen oder in ihrer bisherigen Berufsausbildungsstelle verblieben (je 9,0 %), gestalteten sich dagegen ähnlich wie in der Gruppe der alternativ Verbliebenen ohne weiteren Vermittlungswunsch.

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen zum 30. September

Die unbesetzten Berufsausbildungsstellen **E** in Betrieben stellen auf der Angebotsseite und die zum 30. September noch Ausbildungsstellen suchenden Bewerber/-innen auf der Nachfrageseite die bei der Vermittlung nicht zum Zuge gekommenen Restgrößen des Ausbildungsstellenmarkts dar. Damit gehen beide Größen in die Berechnung des Gesamtangebots sowie der Gesamtnachfrage ein (**vgl. Kapitel A1.1**).

Tabelle A1.2-8: Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne zKT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zKT) der Berichtsjahre 2008/2009 und 2009/2010 nach Ländern

Bundesland	Gemeldete Ausbildungsstellen		Unbesetzte Ausbildungsstellen		Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen an den gemeldeten Ausbildungsstellen		Gemeldete Bewerber/-innen		Unvermittelte Bewerber/-innen		Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen an den gemeldeten Bewerber/-innen		Unbesetzte Ausbildungsplätze je un- vermitteltem Bewerber bzw. unvermittelter Bewerberin	
	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009
Baden-Württemberg	66.068	65.665	2.639	2.608	4,0	4,0	68.858	67.508	11.092	12.226	16,1	18,1	0,24	0,21
Bayern	83.247	82.987	5.074	4.803	6,1	5,8	82.622	82.293	10.630	11.503	12,9	14,0	0,48	0,42
Berlin	15.583	14.722	479	283	3,1	1,9	18.839	20.842	2.464	2.456	13,1	11,8	0,19	0,12
Brandenburg	13.219	14.660	633	535	4,8	3,6	16.065	17.943	2.150	2.723	13,4	15,2	0,29	0,20
Bremen ¹	5.325	4.928	244	277	4,6	5,6	4.395	4.131	947	685	21,5	16,6	0,26	0,40
Hamburg	9.584	8.656	87	132	0,9	1,5	6.498	6.362	722	870	11,1	13,7	0,12	0,15
Hessen	33.807	32.233	1.587	1.310	4,7	4,1	43.020	40.374	7.057	8.453	16,4	20,9	0,22	0,15
Mecklenburg-Vorpommern	12.145	12.781	975	670	8,0	5,2	9.744	12.161	771	1.006	7,9	8,3	1,26	0,67
Niedersachsen ²	49.248	47.424	1.614	1.371	3,3	2,9	66.104	61.358	12.994	14.020	19,7	22,8	0,12	0,10
Nordrhein-Westfalen	100.278	94.469	2.787	2.264	2,8	2,4	137.015	136.298	23.488	25.946	17,1	19,0	0,12	0,09
Rheinland-Pfalz	24.189	23.548	843	873	3,5	3,7	27.099	26.868	4.136	4.307	15,3	16,0	0,20	0,20
Saarland	6.310	6.303	234	390	3,7	6,2	6.064	6.717	810	971	13,4	14,5	0,29	0,40
Sachsen	20.840	22.405	688	434	3,3	1,9	22.849	27.316	2.023	2.444	8,9	8,9	0,34	0,18
Sachsen-Anhalt	13.596	14.372	326	387	2,4	2,7	14.370	15.721	1.539	1.564	10,7	9,9	0,21	0,25
Schleswig-Holstein	16.594	15.331	735	472	4,4	3,1	15.585	14.553	2.718	2.404	17,4	16,5	0,27	0,20
Thüringen	13.223	14.631	564	335	4,3	2,3	12.871	14.859	1.037	1.194	8,1	8,0	0,54	0,28
Alte Länder	394.650	381.544	15.844	14.500	4,0	3,8	457.260	446.462	74.594	81.385	16,3	18,2	0,21	0,18
Neue Länder	88.606	93.571	3.665	2.644	4,1	2,8	94.738	108.842	9.984	11.387	10,5	10,5	0,37	0,23
Bundesgebiet	483.519	475.391	19.605	17.255	4,1	3,6	552.168	555.463	84.597	92.790	15,3	16,7	0,23	0,19

¹ Einschließlich der niedersächsischen Gebiete, die zu den bremischen Arbeitsamtsbezirken gehören

² Ohne die Gebiete, die zu den bremischen Arbeitsamtsbezirken gehören

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

E Zum 30. September noch unbesetzte Berufsausbildungsstellen

Die Bundesagentur für Arbeit definiert unbesetzte Berufsausbildungsstellen als alle gemeldeten Berufsausbildungsstellen, die bis zum Stichtag am 30. September nicht besetzt und nicht zurückgezogen wurden. Das heißt, unbesetzte Ausbildungsstellen sind betriebliche Berufsausbildungsstellen²⁴, die im Laufe des Berichtsjahres gemeldet wurden und am 30. September immer noch zur Vermittlung zur Verfügung stehen.

Zum 30. September noch unvermittelte Bewerber/-innen

Nach § 86 Absatz 2b BBiG ist die Zahl der bei der BA gemeldeten und am 30. September noch Ausbildungsplätze suchenden Bewerber/-innen zu berichten. Diese auch als noch unvermittelte Bewerber/-innen bezeichnete Gruppe setzt sich aus den unversorgten Bewerbern und Bewerberinnen und den alternativ verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen mit weiterem Vermittlungswunsch zusammen. In der Berufsbildungsberichterstattung und der berufsbildungspolitischen Praxis wurde und wird bisweilen von dieser Definition abgewichen. Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs zählt beispielsweise auch weiterhin nur die unversorgten Bewerber/-innen zu den erfolglosen Ausbildungsbewerber/-innen; die alternativ verbliebenen Bewerber/-innen mit weiterem Vermittlungswunsch werden nicht berücksichtigt.

Der Anteil der noch unvermittelten Bewerber/-innen an allen Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen verringerte sich von 2008/2009 auf 2009/2010 nur geringfügig → **Tabelle A1.2-8**. Während 2008/2009 der Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen bei 16,7 % (bzw. 92.790) lag, waren es 2009/2010 noch 15,3 % (bzw. 84.597). Was den Anteil der unvermittelten Bewerber/-innen betrifft, so zeigte sich eine starke regionale Varianz: Besonders hoch fällt er in den alten Bundesländern (16,3 % bzw. 74.594) und dort insbesondere in Bremen (21,5 %) und in Niedersachsen (19,7 %) aus. In den neuen Ländern lag er mit 10,5 % (bzw. 9.984) weit unter dem Bundesdurchschnitt. Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern (7,9 %) und in Thüringen

(8,1 %) war der Anteil der unvermittelten Ausbildungsstellenbewerber/-innen gering.

Der Anteil der noch unbesetzten Ausbildungsstellen war mit 4,1 % (bzw. 19.605) etwas höher als im Vorjahr (3,6 % bzw. 17.255). Betrachtet man die Stellen-Bewerber-Relation, so war 2010 eine große rechnerische Lücke feststellbar: Auf Bundesebene betrug die Stellen-Bewerber-Relation 0,23. Das heißt, einem unvermittelten Bewerber bzw. einer unvermittelten Bewerberin stand rechnerisch noch nicht einmal eine Ausbildungsstelle zur Verfügung – und dennoch hatte sich das Verhältnis im Vergleich zum Vorjahr (0,19 Ausbildungsstellen) zugunsten der unvermittelten Bewerber/-innen leicht verbessert. Leichte Verbesserungen sind sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern feststellbar, wobei die neuen Länder sowohl 2009 (0,23) als auch 2010 (0,37) besser abschnitten als die alten Bundesländer. Besonders günstig gestalteten sich die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern. Hier standen 2009/2010 einem unvermittelten Bewerber bzw. einer Bewerberin rein rechnerisch 1,26 Stellen zur Verfügung; in allen übrigen Ländern gab es zum 30. September 2010 mehr unvermittelte Bewerber/-innen als noch unbesetzte Ausbildungsstellen.

Unvermittelte Bewerber/-innen nach Strukturmerkmalen

37.933 junge Frauen und 46.664 junge Männer blieben im Berichtsjahr 2009/2010 bundesweit unvermittelt. Nur sehr wenige unvermittelte Bewerber/-innen (1.861 bzw. 2,2 %) verfügten über keinen Schulabschluss. 32,3 % (bzw. 27.322) wiesen einen Hauptschulabschluss auf, wobei der Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss in den neuen Ländern mit 29,5 % etwas geringer ausfiel als in den alten Ländern (32,7 %). Jugendliche mit mittleren Abschlüssen bildeten wie auch schon im Vorjahr den größten Anteil der unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber/-innen (35.764 bzw. 42,3 %). Rund jeder fünfte unvermittelte Bewerber bzw. jede fünfte unvermittelte Bewerberin in Deutschland besaß eine Studienberechtigung (18,4 % bzw. 15.563). Der Anteil derer, zu denen keine Angaben zum Schulabschluss vorlagen, fiel mit 4.087 bzw. 4,8 % kleiner aus als im Vorjahr (9,5 %). Wie oben bereits angemerkt, war

24 Zur Definition von betrieblichen vs. außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen siehe: <http://www.bibb.de/de/wlk30323.htm>.

Tabelle A1.2-9: Unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der Berichtsjahre 2009/2010 und 2008/2009

	Berichtsjahr 2009/2010						Berichtsjahr 2008/2009					
	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder		Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Geschlecht												
männlich	46.664	55,2	41.215	55,3	5.438	54,5	50.792	54,7	44.574	54,8	6.208	54,5
weiblich	37.933	44,8	33.379	44,7	4.546	45,5	41.998	45,3	36.811	45,2	5.179	45,5
Schulabschluss												
ohne Hauptschulabschluss	1.861	2,2	1.249	1,7	611	6,1	3.320	3,6	2.512	3,1	808	7,1
Hauptschulabschluss	27.322	32,3	24.375	32,7	2.943	29,5	30.005	32,3	26.935	33,1	3.065	26,9
Realschulabschluss	35.764	42,3	31.833	42,7	3.927	39,3	35.827	38,6	31.740	39,0	4.082	35,8
Fachhochschulreife	10.079	11,9	9.421	12,6	658	6,6	9.775	10,5	9.120	11,2	653	5,7
allgemeine Hochschulreife	5.484	6,5	4.325	5,8	1.151	11,5	5.029	5,4	3.685	4,5	1.341	11,8
keine Angaben	4.087	4,8	3.391	4,5	694	7,0	8.834	9,5	7.393	9,1	1.438	12,6
Besuchte Schule												
allgemeinbildende Schule	35.049	41,4	28.462	38,2	6.580	65,9	41.501	44,7	33.763	41,5	7.732	67,9
berufsbildende Schule	46.030	54,4	43.292	58,0	2.732	27,4	43.768	47,2	41.222	50,7	2.534	22,3
Hochschule und Akademien	1.584	1,9	1.274	1,7	306	3,1	1.322	1,4	1.037	1,3	285	2,5
keine Angabe	1.843	2,2	1.508	2,0	333	3,3	6.139	6,6	5.336	6,6	803	7,1
Staatsangehörigkeit												
Deutsche	73.347	86,7	63.867	85,6	9.463	94,8	80.921	87,2	70.030	86,0	10.877	95,5
Ausländer	11.082	13,1	10.573	14,2	507	5,1	11.633	12,5	11.133	13,7	496	4,4
darunter:												
Türken	5.648	6,7	5.436	7,3	212	2,1	6.005	6,5	5.769	7,1	236	2,1
Italiener	976	1,2	965	1,3	11	0,1	977	1,1	969	1,2	8	0,1
Alter												
15 Jahre und jünger	2.816	3,3	2.619	3,5	197	2,0	2.561	2,8	2.371	2,9	189	1,7
16 bis 18 Jahre	40.153	47,5	36.247	48,6	3.900	39,1	44.251	47,7	39.755	48,8	4.488	39,4
19 bis 20 Jahre	22.852	27,0	20.179	27,1	2.664	26,7	24.656	26,6	21.364	26,3	3.287	28,9
21 bis 24 Jahre	16.452	19,4	13.729	18,4	2.720	27,2	18.330	19,8	15.387	18,9	2.939	25,8
25 Jahre und älter	2.327	2,8	1.820	2,4	503	5,0	2.992	3,2	2.508	3,1	484	4,3
Insgesamt	84.600	100,0	74.594	100,0	9.984	100,0	92.790	100,0	81.385	100,0	11.387	100,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

die hohe Anzahl an fehlenden Werten im Vorjahr auf eine veränderte Datenerfassung der schulrelevanten Merkmale ab dem Berichtsjahr 2008/2009 zurückzuführen. Aus diesem Grund sind die Daten zu den Schulabschlüssen und zur besuchten Schulform des Berichtsjahres 2008/2009 nur eingeschränkt mit den Daten von 2009/2010 vergleichbar.

13,1 % aller unvermittelten Bewerber/-innen besaßen eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit. Damit lag die Ausländerquote bei den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen etwas höher als in der Gesamtgruppe aller gemeldeten Bewerber/-innen (10,9 %). Einen Überblick über die Strukturmerkmale der unvermittelten Bewerber/-innen gibt → [Tabelle A1.2-9](#).

Tabelle A1.2-10: Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne zkT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) der Berichtsjahre 2008/2009 und 2009/2010 nach Berufsbereichen

Berufsbereich	darunter:	Unbesetzte Ausbildungsstellen		Unvermittelte Bewerber/-innen		Unbesetzte Ausbildungsplätze je unvermitteltem Bewerber bzw. unvermittelter Bewerberin	
		2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009	2009/2010	2008/2009
Metallberufe	alte Länder	1.069	861	10.381	11.851	0,10	0,07
	neue Länder	457	232	1035	1355	0,44	0,17
	Bundesgebiet	1.526	1.093	11.416	13.206	0,13	0,08
Elektroberufe	alte Länder	534	484	3.173	3.402	0,17	0,14
	neue Länder	204	120	387	442	0,53	0,27
	Bundesgebiet	738	604	3.560	3.844	0,21	0,16
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	alte Länder	58	40	220	287	0,26	0,14
	neue Länder	17	10	53	55	0,32	0,18
	Bundesgebiet	75	50	273	342	0,27	0,15
Ernährungsberufe	alte Länder	2.078	1.641	2.322	2.758	0,89	0,59
	neue Länder	596	445	452	588	1,32	0,76
	Bundesgebiet	2.674	2.086	2.774	3.346	0,96	0,62
Bau- und Baunebenberufe einschl. Tischler	alte Länder	1.018	782	6.323	7.165	0,16	0,11
	neue Länder	196	181	1.063	1.319	0,18	0,14
	Bundesgebiet	1.214	963	7.386	8.484	0,16	0,11
Übrige Fertigungsberufe	alte Länder	297	225	3.018	3.138	0,10	0,07
	neue Länder	133	77	507	518	0,26	0,15
	Bundesgebiet	430	302	3.525	3.656	0,12	0,08
Technische Berufe	alte Länder	93	95	1.105	1.071	0,08	0,09
	neue Länder	25	8	113	137	0,22	0,06
	Bundesgebiet	118	103	1.218	1.208	0,10	0,09
Waren- und Dienstleistungskaufleute	alte Länder	4.206	4.490	18.783	20.171	0,22	0,22
	neue Länder	553	458	2.306	2.536	0,24	0,18
	Bundesgebiet	4.759	4.948	21.089	22.707	0,23	0,22
Verkehrsberufe	alte Länder	524	399	1.710	1.864	0,31	0,21
	neue Länder	69	55	283	257	0,24	0,21
	Bundesgebiet	593	454	1.993	2.121	0,30	0,21
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	alte Länder	1.520	1.621	13.963	14.227	0,11	0,11
	neue Länder	219	168	1.532	1.590	0,14	0,11
	Bundesgebiet	1.739	1.789	15.495	15.817	0,11	0,11
Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe	alte Länder	3.241	2.645	4.717	6.192	0,69	0,43
	neue Länder	991	708	776	949	1,28	0,75
	Bundesgebiet	4.232	3.353	5.493	7.141	0,77	0,47
Sicherheits-, künstlerische, Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe	alte Länder	930	947	6.287	6.352	0,15	0,15
	neue Länder	66	78	847	885	0,08	0,09
	Bundesgebiet	996	1.025	7.134	7.237	0,14	0,14
Sonstige Berufe (Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe, Bergleute, Mineralgewinner)	alte Länder	200	195	2.322	2.643	0,09	0,07
	neue Länder	128	83	562	681	0,23	0,12
	Bundesgebiet	328	278	2.884	3.324	0,11	0,08
Insgesamt		19.605	17.255	84.597	92.790	0,23	0,19

Abweichungen in den Summen können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und unvermittelte Bewerber/-innen nach Berufsbereichen

Neben der starken regionalen Varianz zeigen sich berufsspezifische Disparitäten beim Verhältnis zwischen den noch unbesetzten Stellen und den unvermittelten Bewerbern und Bewerberinnen. Unterdurchschnittlich fiel die Stellen-Bewerber-Relation bundesweit z. B. in der Gruppe der technischen Berufe (0,10) oder der Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe (0,11) aus. Demgegenüber war die Relation bei den Ernährungsberufen (0,96) und den Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufen (0,77) deutlich günstiger, obwohl auch sie eine Versorgungslücke auswies → [Tabelle A1.2-10](#).

Differenziert man neben den Berufsbereichen zusätzlich nach neuen und alten Ländern, so wird deutlich, dass die Situation in den neuen Bundesländern in den meisten Berufsbereichen rein rechnerisch günstiger für die Bewerber/-innen war als in den alten Ländern. So konnten in den neuen Ländern sogar in zwei Berufsgruppen Stellenüberhänge registriert werden, und zwar bei den „Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufen“ (1,28) und den „Ernährungsberufen“ (1,32) (vgl. [Kapitel A1.1](#)).

Zusammenfassung

Auch wenn der demografische Wandel für die Betriebe teilweise bereits spürbar ist, so hat sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt für die gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen des Jahres 2009/2010 noch nicht signifikant verbessert. Zwar wurden 2009/2010 der BA etwas mehr Ausbildungsstellen zur Vermittlung angeboten als im Vorjahr. Jedoch ging die Zahl der gemeldeten Bewerber/-innen nur in den neuen Ländern zurück, in den alten Ländern stieg sie noch leicht an. Und auch der Anteil der Jugendlichen unter den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen, welche die Schule bereits im Vorjahr oder früher verlassen hatten, sank nicht. Das Ungleichgewicht zwischen gemeldeten Stellen sowie Bewerbern und Bewerberinnen führte dazu, dass weniger als die Hälfte

(48,5 %) der Ausbildungsstellenbewerber/-innen in eine Ausbildungsstelle einmündeten. Zum Ende des Ausbildungsvermittlungsjahres am 30. September 2010 befanden sich noch 84.597 (15,3 %) Bewerber/-innen offiziell auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle. Ihnen standen jedoch nur 17.255 noch unbesetzte Berufsausbildungsstellen gegenüber. In den neuen Bundesländern gestaltete sich die Situation für die unvermittelten Bewerber/-innen etwas günstiger als in den alten Ländern. Jedoch war das Angebot an noch unbesetzten Stellen auch in den neuen Ländern lediglich in zwei Berufsgruppen („Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufe“ und „Ernährungsberufe“) ausreichend, um rein rechnerisch die unvermittelten Bewerber/-innen zu versorgen.

(Ursula Beicht, Verena Eberhard)

A1.3 Regionale Entwicklung der Berufsausbildung

Für die Darstellung der Entwicklungen regionaler Ausbildungsstellenmärkte stehen verschiedene Indikatoren zur Verfügung.²⁵ Bei der bisherigen Berechnung wurde als Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen die Anzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge zuzüglich der offiziell gemeldeten unversorgten Bewerber verwendet und dem Gesamtangebot an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zuzüglich der offiziell gemeldeten unbesetzten Ausbildungsstellen gegenübergestellt (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A1.3) Bei der Beurteilung der Situationen vor Ort ergab sich aufgrund dieser Berechnungsweise eine Vielzahl rechnerisch ausgeglichener Ausbildungsstellenmärkte. Dies würde auch für das aktuelle Berichtsjahr gelten.

Demgegenüber ermöglicht eine Neufassung einen realistischeren Blick auf die regionalen Ausbildungsverhältnisse. Legt man die betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation mit der erweiterten Nachfragedefinition **E** (vgl. **Kapitel A1 und Kapitel A1.1**) zugrunde → **Schaubild A1.3-1**, so standen – ohne Ausbildungsverträge von Jugendlichen mit außerbetrieblichen Einrichtungen mitzuzählen – im Berichtsjahr (1. Oktober 2009 bis 30. September 2010)²⁶ bundesweit 83,5 betriebliche Ausbildungsstellenangebote für 100 Nachfrager zur Verfügung, bei denen zusätzlich Jugendliche mitgezählt werden, die ihren Ausbildungswunsch trotz ihres Misserfolgs auf dem Ausbildungsstellenmarkt aufrechterhalten haben → **Tabelle A1.3-1**. Damit liegt das tatsächliche betriebliche Angebot für Lehrstellenbewerber deutlich unter der Angebots-Nachfrage-Relation nach der bisherigen Definition, die mit einem Wert von 101,3 zu einem rechnerisch vollkommen ausgeglichenen Ausbildungsstellenmarkt käme. Mit der erweiterten Fassung der Angebots-Nachfrage-Relation steht somit ein besserer Indikator zur Messung der realen Situation auf den regionalen Ausbildungsmärkten zur Verfügung, bei dem ohne

Verzerrungen durch Marktausgleichsprozesse die tatsächliche Nachfrage dem tatsächlichen Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen gegenübergestellt werden kann.

E Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation in einer erweiterten Fassung

Zur Berechnung dieses Indikators für die regionale Ausbildungsstellensituation werden als Gesamtangebot – ohne Ausbildungsverträge mit außerbetrieblichen Einrichtungen – nur Ausbildungsverträge gezählt, die Jugendliche mit Betrieben abgeschlossen haben, zuzüglich der von den Arbeitsagenturen gemeldeten unbesetzten Ausbildungsstellen. In dieser erweiterten Fassung der Angebots-Nachfrage-Relation werden zudem zusätzlich Jugendliche als Nachfrager berücksichtigt, die in eine Alternative zur gewünschten Ausbildung eingemündet, jedoch weiterhin an einer Ausbildung in einem Betrieb interessiert sind.

Zu beachten gilt wie bisher auch, dass positive Entwicklungen in der Angebots-Nachfrage-Relation entweder durch Rückgänge in der Nachfrage – bei konstanten Stellenangeboten – oder durch Zuwächse im betrieblichen Stellenangebot bedingt sein können – konstante Nachfragezahlen vorausgesetzt. Im umgekehrten Fall können negative Entwicklungen auf Zuwächse in der Nachfrage, aber auch auf Rückgänge im Ausbildungsstellenangebot zurückgeführt werden, abgesehen davon, dass es sich zumeist um eine Mischung nachfrage- und angebotsseitiger Entwicklungen handelt.²⁷

Im folgenden Regionalvergleich wird angesichts der demografischen und arbeitsmarktbezogenen Veränderungen in Deutschland auf die wichtigsten Entwicklungsunterschiede in Regionen mit zum Teil starken Zuwächsen im Vergleich zu Regionen mit starken Rückgängen auf Grundlage der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation eingegangen → **Schaubild A1.3-2 Internet**.

25 Beschäftigten-, Demografie- und Arbeitsmarktdaten in der erforderlichen Differenzierung standen bei Berichterstellung lediglich bis 2008 zur Verfügung.

26 Vgl. dazu die Ausführungen zur BIBB-Erhebung zum 30.09. in Flemming/Granath 2011; siehe http://www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_BIBB-Erhebung_Zusammenfassung_201103.pdf

27 Zu nachfrage- und angebotsbedingten Entwicklungsphasen des dualen Ausbildungssystems seit den 60er-Jahren vgl. Troltsch/Walden 2007. Zu Ergebnissen zur Entwicklung regionaler Ausbildungsstellenmärkte seit 1999 vgl. Troltsch/Walden/Krupp 2010.

Ausbildungsstellenmärkte mit deutlichen Verbesserungen der regionalen Ausbildungssituation

Für diese Gruppe an Ausbildungsmarktregionen, unter denen sich zu einem überdurchschnittlichen Anteil ostdeutsche Arbeitsagenturen befinden, kann von der Hypothese ausgegangen werden, dass die zum Teil deutlichen Verbesserungen in der Angebots-Nachfrage-Relation → **Tabelle A1.3-2 Internet** in erster Linie durch Rückgänge auf der Nachfrageseite und nicht durch eine Erhöhung des betrieblichen Ausbildungsstellenangebots entstanden sind → **Schaubild A1.3-2 Internet**. Verstärkt wird dieser Effekt durch Strukturveränderungen bei den Schulabsolventen, möglicherweise mit der Folge, dass Betriebe in näherer Zukunft ihren Fachkräftebedarf nicht mehr über eine eigene Ausbildung decken können.

Ausbildungsstellenmarkt

Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich in diesen Ausbildungsmarktregionen mit durchschnittlich 10,3 % ein deutlicher Zuwachs in den betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relationen in der erweiterten Nachfragedefinition → **Tabelle A1.3-1**. Die Spannweite der prozentualen Zuwächse gegenüber 2009 erreichte dabei Werte zwischen 5 % und 30 % → **Tabelle A1.3-2 Internet**. Dennoch wurde in diesen Arbeitsagenturen mit einer betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation von 81,2 die bundesweite Angebots-Nachfrage-Relation trotz der deutlichen Zuwächse weiterhin unterschritten → **Tabelle A1.3-1**. Damit standen den Jugendlichen in diesen Ausbildungsmarktregionen durchschnittlich etwa 2 betriebliche Lehrstellen weniger als im Bundesdurchschnitt zur Verfügung. In Extremfällen lag das Stellenangebot für die Jugendlichen aber weit unter diesen Werten. Die Spannweite der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation auf diesen Ausbildungsstellenmärkten reichte von 66 bis 99 → **Tabelle A1.3-2 Internet**. Nach Zuständigkeitsbereichen lagen die Angebots-Nachfrage-Relationen grundsätzlich unter dem Durchschnitt und erreichten kein ausreichendes Niveau, um alle Nachfrager mit betrieblichen Ausbildungsstellen zu versorgen.

Ausbildungsangebot

Für diese Ausbildungsmarktregionen war mit 1,9 % die nur leicht überdurchschnittliche Steigerung im betrieblichen Ausbildungsstellenangebot nicht der ausschlaggebende Grund für die relative Entspannung der regionalen Ausbildungsverhältnisse, wonach 8 von 10 Nachfragern damit rechnen konnten, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten. Entsprechend niedrig fiel mit 9,7 % der Anteil außerbetrieblicher Lehrstellen am Gesamtangebot aus, nicht zuletzt Ergebnis der starken Rückgänge im Bestand an außerbetrieblichen Ausbildungsstellen um 25,8 % gegenüber 2009. Bezogen auf die Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen stieg das betriebliche Angebot an Ausbildungsplätzen um 6,9 % auf 66,2 Stellen pro 100 Schulabsolventen. Außerdem standen am Ende des Vermittlungsjahres 100 unversorgten Bewerbern 26 unbesetzte Ausbildungsplätze zur Verfügung, was einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr entsprach.

Ausbildungsnachfrage

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen überdurchschnittlich um 4,7 % und die Gesamtnachfrage nach Ausbildungsstellen überproportional um 7,6 % gesunken → **Tabelle A1.3-3 Internet**. Dies war nicht zuletzt bedingt durch den demografischen Rückgang in der nachfragerrelevanten Alterskohorte der unter 20-Jährigen um 2,5 %. Insgesamt verringerte sich nachfragebedingt die Anzahl an Neuabschlüssen in diesen Arbeitsagenturen im Schnitt um 3,2 %. Infolge dieser Entwicklungen ergaben sich zudem Strukturveränderungen unter den Nachfragern, abzulesen an den deutlichen Rückgängen in der Anzahl der Schulabsolventen mit Hauptschulabschluss um 6,4 % bzw. derjenigen mit Realschulabschluss um 10,4 %, beides Absolventengruppen, die sich in besonderer Weise für eine praktische Ausbildung in einem Betrieb interessieren. Die Anzahl der Schulabsolventen mit fachgebundener oder allgemeiner Hochschulreife hatte dagegen mit bis zu 8,5 % deutlich zugenommen. Der Anteil unversorgter Bewerber um betriebliche Berufsausbildungsstellen pro 100 Schulabgänger lag mit 11,2 % im Vergleich zu den anderen Ausbildungsmarktregionen zwar nur unwesentlich über dem Bundesdurchschnitt, hatte sich aber im Vorjahresvergleich um 24,7 % ver-

ringert. Insgesamt sank der Bestand unversorgter Bewerber nach der erweiterten Definition um 28,2 % auf 20.400 Jugendliche.

Betriebliche Ausbildungsbeteiligung

Gegenüber dem Vorjahr war der Anteil ausbilden-der Betriebe an allen gemeldeten Betrieben – möglicherweise schon nachfragebedingt – um 1 % überdurchschnittlich stark gefallen. Insgesamt hatte in diesen Regionen mit 23,6 % nur knapp jeder vierte Betrieb Auszubildende unter seinen Beschäftigten. Dennoch bildeten diese Betriebe trotz der rückläufigen Zahl von Ausbildungsbetrieben – gemessen an den Beschäftigtenbeständen in diesen Arbeitsagenturen – mehr Jugendliche aus als in den Vergleichsregionen. Die Ausbildungsquote erreichte mit 6,9 % einen vergleichsweise hohen Wert, auch wenn es durch die überdurchschnittlichen Anteile ostdeutscher Ausbildungsmarktregionen zu einer Überschätzung des betrieblichen Ausbildungsengagements durch Mitzählen der außerbetrieblichen Ausbildungsstellen kommt.²⁸ Würde man diesen Bestand an staatlich mitfinanzierten Ausbildungsangeboten vernachlässigen, so läge unseren Schätzungen zufolge die Ausbildungsquote mittlerweile unter 6 %. Insgesamt lassen sich in diesen Ausbildungsmarktregionen erste Zeichen für ein nachlassendes betriebliches Ausbildungsengagement aufgrund nachfragebedingter Veränderungen feststellen.

Entwicklung des Fachkräfte- und Qualifikationsbedarfs

Für diese Einschätzung sprechen auch folgende Ergebnisse: Ausschlaggebend für die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben und Unternehmen ist der jeweilige Bedarf an qualifizierten Fachkräften (vgl. Troltsch/Walden 2010). Im Beobachtungszeitraum wiesen im Vergleich zum Vorjahr Arbeitsagenturen mit den stärksten Zuwächsen in der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation mit 1 % die relativ niedrigsten Zuwächse in der Beschäftigung und mit 0,3 % in der Ausbildung auf – eventuell schon erste Folgen des Nachfragerückgangs auf den Ausbil-

dungsstellenmärkten. Als Indiz dafür, dass Betriebe zudem verstärkt Fachkräfte vom regionalen Arbeitsmarkt einstellen mussten, können die deutlichen Rückgänge im Bestand an arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren um 22 % und im Gesamtbestand an Arbeitslosen um 15,1 % gelten.

Diese Entwicklung ist umso kritischer, als der Qualifikationsbedarf in diesen Regionen vor allem im Bereich der Fachkräfte mit einer qualifizierten Ausbildung lag. Mit 77 % stellten diese Erwerbstätigen im Vergleich zu den anderen Arbeitsmarktregionen die mit Abstand größte Beschäftigtengruppe dar. Charakteristisch für die Arbeitsagenturen ist zudem der hohe Anteil kleinerer und größerer mittelständischer Betriebe und Unternehmen, die sowohl für die Beschäftigung wie auch als Träger der betrieblichen Ausbildung immer eine zentrale Rolle spielen, und die überdurchschnittlichen Anteile von Wirtschaftsbereichen wie der Verbrauchs- und Produktionsgüterindustrie, dem Baubereich sowie dem Handel – traditionell besonders ausbildungsintensive Wirtschaftsbereiche.

Ausbildungsstellenmärkte mit leichten bis starken Rückgängen in der Angebots-Nachfrage-Relation

Die Rückgänge in der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation in diesen Arbeitsagenturen → **Schaubild A1.3-2 Internet** sind im Gegensatz zur Vergleichsgruppe vor allem durch einen Rückgang im betrieblichen Angebot an Ausbildungsstellen zu erklären, auch wenn gleichzeitig Zuwächse in der Nachfrage in diesen Ausbildungsmarktregionen zu verzeichnen waren.²⁹ Als Indiz für die vor allem angebotsseitig verursachten Rückgänge in der erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation kann zudem der zweistellige Anstieg im Bestand an außerbetrieblichen Ausbildungsstellen gelten, mit dem Angebotsdefizite ausglich werden mussten.

28 In der Beschäftigtenstatistik lassen sich Beschäftigte in außerbetrieblicher Ausbildung nicht eindeutig abgrenzen und können daher bei der Berechnung der Ausbildungsquoten nicht ausgeschlossen werden.

29 Diese Hypothese wird auch durch statistische Auswertungen belegt, bei denen das Gewicht der Entwicklungen auf der Angebotsseite höher ausfällt als der Effekt auf der Nachfrageseite.

Schaubild A1.3-1: Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation 2010 mit erweiterter Nachfragedefinition nach Arbeitsagenturen (in %)

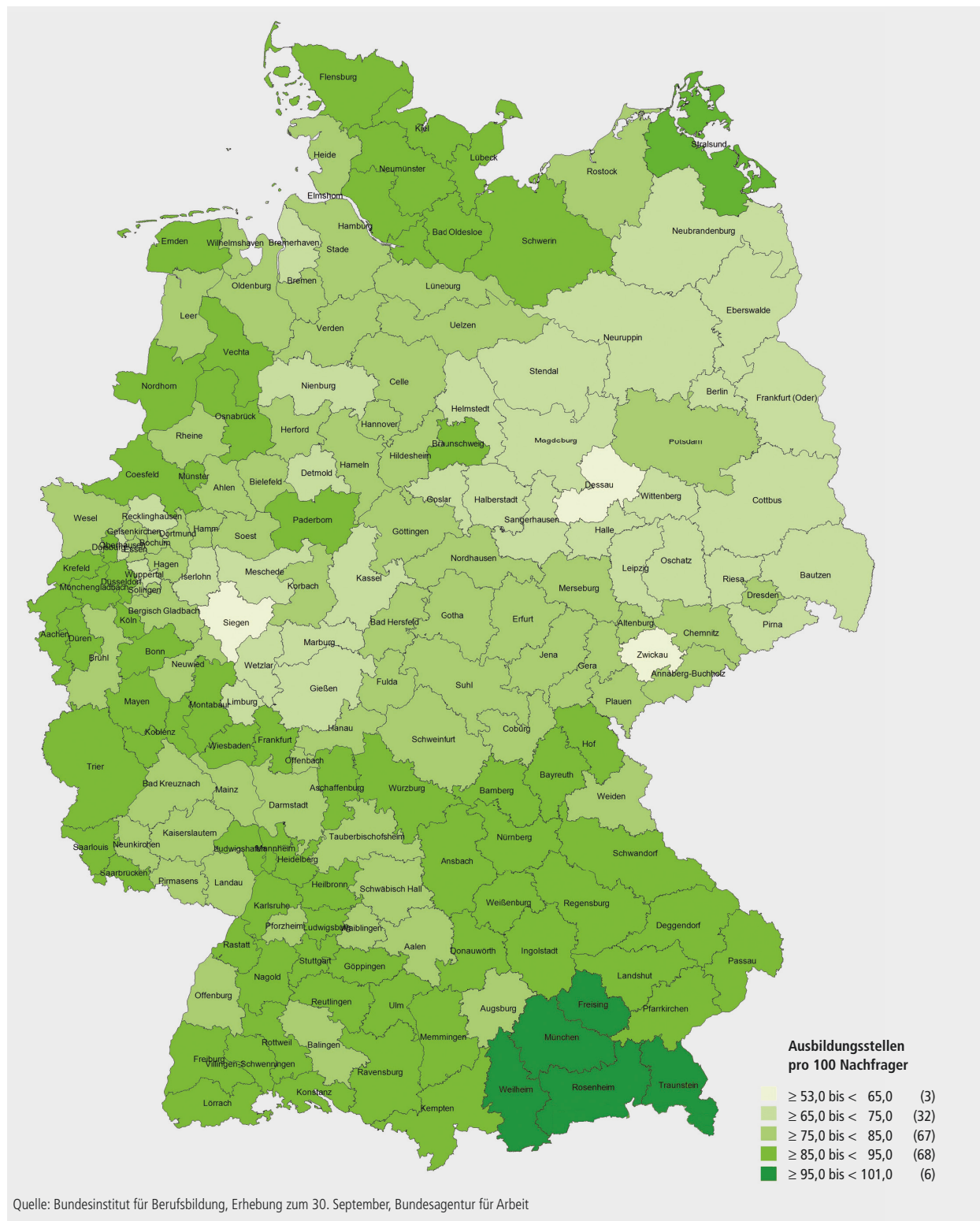


Tabelle A1.3-1: Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2010 und -entwicklung gegenüber Vorjahr (in %)

Indikatoren zur regionalen Situation und deren Entwicklung	Entwicklung der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation in der erweiterten Nachfragedefinition gegenüber 2009 ¹			
	starke Zuwächse (≥ 5 %)	leichte Zuwächse (≥ 0 und < 5 %)	leichte bis starke Rückgänge (< 0 %)	insgesamt
Anzahl der Arbeitsagenturen	51	74	51	176
Anteil ostdeutscher Arbeitsagenturen (in %)	37,3	13,5	11,8	19,9
Ausbildungsstellenmarkt				
neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	128.248	229.080	202.745	560.073
Veränderung gegenüber 2009	-3,2	-0,2	0,3	-0,8
betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation 2010 nach erweiterter Definition	81,2	84,1	84,4	83,5
Veränderung gegenüber 2009	10,3	2,3	-2,2	2,5
Angebots-Nachfrage-Relation 2010 nach alter Definition	101,6	100,9	101,4	101,3
Veränderung gegenüber 2009	4,1	0,8	-0,7	1,0
betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation nach Zuständigkeitsbereichen und erweiterter Nachfragedefinition				
Industrie und Handel	81,1	84,0	84,6	83,6
Handwerk	80,6	84,0	82,9	82,9
freie Berufe	88,7	88,9	90,4	89,4
öffentlicher Dienst	78,7	79,9	80,0	79,6
Landwirtschaft	87,1	88,5	90,5	88,9
Hauswirtschaft	35,3	38,6	35,3	36,7
Seeschifffahrt	80,0	70,0	93,6	87,5
Ausbildungsangebot				
Gesamtangebot	133.564	236.775	209.243	579.582
Veränderung gegenüber 2009	-1,7	0,3	-0,2	-0,3
betriebliches Gesamtangebot	120.660	222.340	195.539	538.539
Veränderung gegenüber 2009	1,9	1,0	-0,8	0,5
außerbetriebliches Bildungsangebot insgesamt	12.904	14.435	13.704	41.043
Veränderung gegenüber 2009	-25,8	-9,5	10,1	-10,4
Bestand an unbesetzten Ausbildungsstellen	5.316	7.695	6.498	19.509
Veränderung gegenüber 2009	59,5	20,8	-12,6	13,8
betriebliche Ausbildungsplätze pro 100 Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen	66,2	67,5	72,3	68,9
Veränderung gegenüber 2009	6,9	3,6	-0,5	2,9
unbesetzte Ausbildungsplätze pro 100 unversorgte Bewerber nach erweiterter Definition	26,1	21,8	22,5	23,1
Veränderung gegenüber 2009	122,3	3,1	-20,4	24,8
Ausbildungsnachfrage				
Gesamtnachfrage nach erweiterter Definition	148.648	264.364	231.636	644.648
Veränderung gegenüber 2009	-7,6	-1,2	1,4	-1,9
Gesamtnachfrage nach alter Definition	131.474	234.551	206.301	572.326
Veränderung gegenüber 2009	-5,5	-0,4	0,5	-1,3
Gesamtbestand unversorgter Bewerber nach erweiterter Definition	20.400	35.284	28.891	84.575
Veränderung gegenüber 2009	-28,2	-7,2	9,8	-8,8
Nachfrager nach erweiterter Definition pro 100 Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen	81,6	80,3	85,7	82,4
Veränderung gegenüber 2009	-3,1	1,3	1,7	0,4
unversorgte Bewerber nach erweiterter Definition pro 100 Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen	11,2	10,7	10,7	10,8
Veränderung gegenüber 2009	-24,7	-4,9	10,1	-6,7

¹ Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation = Gesamtzahl betrieblicher Ausbildungsverträge zuzüglich unbesetzter Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager nach erweiterter Definition
 Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung; Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit

Ausbildungsstellenmarkt

In Arbeitsagenturen mit einer im Berichtsjahr rückläufigen Entwicklung kamen auf 100 Nachfrager durchschnittlich 84,4 betriebliche Ausbildungsstellen, 2,2 % weniger als im Vorjahr → **Tabelle A1.3-1 und Tabelle A1.3-2 Internet**. Die Versorgungslage in diesen Arbeitsagenturen schwankte zwischen 53 und 101 Ausbildungsplätzen pro 100 Nachfrager. Die betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relationen nach Zuständigkeitsbereichen lagen – abgesehen vom Bereich Hauswirtschaft – grundsätzlich über dem Bundesdurchschnitt. Insbesondere ausbildungsintensive Bereiche wie der IHK- und Handwerksbereich, aber auch der öffentliche Dienst konnten gemessen an der Nachfrage der Jugendlichen keine adäquaten Ausbildungsangebote machen. An der Zahl der Neuabschlüsse hatte sich im Vorjahresvergleich nur eine geringfügige Veränderung ergeben.

Ausbildungsangebot

Im Vergleich zum Vorjahr war das betriebliche Ausbildungsstellenangebot durchschnittlich um knapp 1 % bzw. 1.600 Ausbildungsstellen zurückgegangen. Mit dieser Durchschnittsberechnung wird aber verdeckt, dass in 63 % dieser Arbeitsagenturen der Rückgang bei den betrieblichen Ausbildungsstellen knapp 3 % betrug. Aufgrund dieser sich verschlechternden Angebotssituation vor Ort nahm der Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsstellen, die zur Zusatzversorgung der Jugendlichen angeboten werden mussten, mit 10,1 % auf 6,6 % des Gesamtangebots zu. Gemessen an der Versorgung der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen sank der Anteil betrieblicher Lehrstellen auf durchschnittlich 72,3 pro 100 Schulabsolventen. Parallel nahm die Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze um 12,6 % ab. Damit standen 100 unversorgten Jugendlichen 22,5 unbesetzte Ausbildungsplätze zur Verfügung, 20 % weniger als im Jahr davor.

Ausbildungsnachfrage

Trotz der mit 0,9 % unterdurchschnittlich zurückgehenden Bestandszahlen an Jugendlichen unter 20 Jahren und der mit 0,3 % zurückgehenden Absolventenzahlen aus allgemeinbildenden Schulen hatte im Berichtsjahr die Anzahl der Gesamtnachfrager in der erweiterten Fassung um 1,4 % zugenommen. Auf 100 Schulabsolventen kamen 85 Nachfrager nach

betrieblichen Lehrstellen, ein Indikator für das im Vergleich hohe Gewicht der dualen Ausbildung in diesen Arbeitsagenturen. Wie in den Arbeitsagenturen mit Zuwächsen in der Angebots-Nachfrage-Relation hatte sich die Struktur der Schulabschlüsse von Schulabsolventen verändert, allerdings nicht so ausgeprägt. Am stärksten zurückgegangen waren hier die Zahlen bei den Realschulabsolventen. Durch die zurückgehenden betrieblichen Ausbildungsstellenangebote erhöhte sich der Bestand an unversorgten Bewerbern um 9,8 %. Auf 100 Schulabsolventen kamen demnach 10 unversorgte Ausbildungsstellenbewerber.

Betriebliche Ausbildungsbeteiligung

Knapp jeder vierte Betrieb hatte in diesen Arbeitsmarktregionen Auszubildende unter seinen Beschäftigten. Parallel zum Anstieg der Betriebszahlen nahm auch die Anzahl der ausbildenden Betriebe um 0,9 % zu. In der Folge stieg die Ausbildungsquote geringfügig auf 6 %.

Entwicklung des Fachkräfte- und Qualifikationsbedarfs

Wie in den anderen Ausbildungsmarktregionen war der Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Vergleich zu 2007 deutlich gestiegen, mit positiven Folgen für die betriebliche Ausbildung. Relativ gesehen dominierten in diesen Arbeitsagenturen Betriebe mit 250 und mehr Beschäftigten, die auf einen Anteil von durchschnittlich 36,2 % kamen. Ebenso auffallend waren die überdurchschnittlichen Anteile an Betrieben in der Investitions- und Gebrauchsgüterindustrie sowie in den unternehmensnahen Dienstleistungen. Diese Charakteristika spiegelten sich auch in der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten wider. Beschäftigte mit Fachhochschul- oder Hochschulbildung kamen mit 16,9 % auf einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil, Indiz für einen hohen Qualifikationsbedarf in diesen Ausbildungsmarktregionen.

(Klaus Troltsch)

A2 Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots und der Ausbildungsplatznachfrage für 2011

A2.1 Unterscheidung zwischen Ausbildungsplatznachfrage und Nachfragepotenzial

Im Zusammenhang mit der abschließenden Ausbildungsmarktbilanzierung wird die *Ausbildungsplatznachfrage* eines Jahres in Anlehnung an das Berufsbildungsgesetz (§ 86 BBiG) als Summe zweier Posten berechnet. Der eine Posten spiegelt die *erfolgreiche* Nachfrage wider und resultiert aus der Zahl der am 30. September noch bestehenden Ausbildungsverträge, die in den vorausgegangenen 12 Monaten abgeschlossen wurden (vgl. Kapitel A1.1). Der andere Posten repräsentiert die *erfolglose* Ausbildungsplatznachfrage, die am 30. September des entsprechenden Jahres³⁰ noch sichtbar war. Sie wird über die Zahl der am 30. September „bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätze suchenden Personen“ bestimmt (vgl. E in Kapitel A1).

Aus dieser Definition resultiert allerdings, wie bereits zu Beginn der Berufsbildungsberichterstattung in den 1970er-Jahren vermerkt wurde, „eine Nachfragegröße, die gemessen an den eigentlichen Ausbildungswünschen der Betroffenen eher zu niedrig (...) als zu hoch ist“, da „unter den Ausbildungsplatzsuchenden bei den Arbeitsämtern diejenigen nicht mehr enthalten sind, die ihren Ausbildungswunsch wegen mangelnden Angebots schon aufgegeben haben“ (Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1977, S. 24). Mit anderen Worten: Erfolglose Ausbildungsstellenbewerber/-innen, die ihre Suche nach einem Ausbildungsplatz bereits vor dem 30. September einstellen, werden bei der abschließenden Ermittlung der Ausbildungsplatznachfrage *nicht*

mitgezählt.³¹ Der Grund für diese restriktive Messung liegt darin, dass über die Motivlage der Bewerber, die ihren Vermittlungswunsch vor dem 30. September stornieren, aus den Daten der Geschäftsstatistik der Bundesagentur für Arbeit nichts Näheres hervorgeht (Bundesagentur für Arbeit 2010). Es kann somit nicht ausgeschlossen werden, dass sich die betreffenden Bewerber/-innen auch freiwillig umorientierten.

Methodische Belange machen es allerdings erforderlich, bei der Vorausschätzung künftiger Nachfrageentwicklung auch jene Bewerber/-innen zu berücksichtigen, die nicht in eine Berufsausbildungsstelle einmünden und dennoch ihre Suche vor dem 30. September einstellen. Es erscheint paradox, dass die vorzeitigen Abbrecher der Suche wiederum fehlen, wenn die spätere Bilanzierungsgröße „Ausbildungsplatznachfrage“ vorausgeschätzt werden soll. Doch eine solche Schätzung kann nur gelingen, wenn sie das vollständige *Nachfragepotenzial* zugrunde legt, aus dem der Bedarf der Wirtschaft und Verwaltungen nach neuen Auszubildenden gedeckt werden kann. Eine solche Schätzung muss darüber hinaus die Marktlage einbeziehen. So werden z. B. bei einer stark verbesserten Marktlage deutlich weniger Ausbildungsstellenbewerber erfolglos bleiben und somit auch deutlich weniger Bewerber/-innen wegen Erfolglosigkeit ihre Suche noch vor dem 30. September aufgeben. Diese Jugendlichen – die bei schlechter Marktlage *nicht* zu den Ausbildungsplatznachfragern gezählt worden wären – fließen nun als *erfolgreiche Bewerber/-innen* in die offizielle Bilanzierungsgröße „Ausbildungsplatznachfrage“ mit ein und tragen jetzt auch statistisch zu einer höheren Nachfrage bei.

Die Entwicklung der künftigen *Ausbildungsplatznachfrage* kann ohne Berücksichtigung des *Nachfragepotenzials* nicht verlässlich geschätzt werden. Dieses Nachfragepotenzial bezieht sich auf alle Personen, die sich während einer Berichtsperiode

30 Wenn im Folgenden von „Jahr“ oder „Berichtsjahr“ die Rede ist, ist – sofern nicht explizit anders vermerkt – stets der Zeitraum vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des genannten Jahres gemeint.

31 Von diesem Problem ist auch die sogenannte erweiterte Nachfragemessung betroffen (vgl. Kapitel A1.1), bei der zu den erfolglosen Ausbildungsplatzfragern neben den „unversorgten Bewerbern“ auch die „Bewerber mit Alternative zum 30.09.“ gezählt werden. Zu den „Bewerbern mit Alternative zum 30.09.“ zählen allerdings nur jene alternativ verbliebenen Bewerber/-innen, die noch zum Stichtag 30. September einen Ausbildungsplatz suchen (Bundesagentur für Arbeit 2010).

an einer dualen Berufsausbildung interessiert zeigen.³² Die Bilanzierungsgröße *Ausbildungsplatznachfrage* stellt eine Variable dar, die sich statistisch *nicht* weitgehend unabhängig von der Angebotsseite des Ausbildungsmarktes – Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze – entwickelt (Behringer/Ulrich 1997): Denn wenn das Angebot relativ hoch ausfällt, hat dies auch positive Auswirkungen auf den Umfang der Ausbildungsplatznachfrage; ist es dagegen niedrig, verringert dies auch die Nachfrage (Ulrich 2005). Das *Nachfragepotenzial* wird dagegen vor allem von den Bildungsaspirationen der Jugendlichen bestimmt und reagiert weitaus weniger auf zwischenzeitliche Angebotsschwankungen.

E Ausbildungsplatznachfrage und Nachfragepotenzial

Zur **Ausbildungsplatznachfrage** zählen jene ausbildungsinteressierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September einen neuen Ausbildungsvertrag abschlossen (= erfolgreiche Nachfrage) oder aber *zum* Stichtag 30. September bei der Bundesagentur für Arbeit als Ausbildungsstellenbewerber registriert waren, welche auch noch *zu diesem Zeitpunkt* nach einer Berufsausbildungsstelle suchten (= erfolglose Nachfrage).

Zum **Nachfragepotenzial** werden alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerechnet, die sich zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September für eine duale Berufsausbildung interessierten. Im Unterschied zur Ausbildungsplatznachfrage zählen hierzu auch jene Personen, die ihr Ausbildungsinteresse noch vor dem 30. September wieder aufgeben oder auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Aus diesem Grund wird im Folgenden zunächst unter Berücksichtigung der Bildungsaspirationen der Jugendlichen die künftige Entwicklung des *Nachfragepotenzials* abgehandelt, um erst im zweiten Schritt *unter Berücksichtigung der Angebotsentwicklung* die Vorausschätzung der *Ausbildungsplatznachfrage* vorzunehmen, wie sie in der nächsten Ausbildungsmarktbilanzierung zum 30. September 2011 errechnet werden könnte. Hierfür wird ein ökonometrisches Schätzverfahren verwendet, das die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Angebot und Nachfrage berücksichtigt (Lösch/Kau 2005).

32 Auch das Berufsbildungsgesetz (BBiG) fordert dazu auf, bei der Vorausschau eine umfassendere Perspektive einzunehmen. So ist laut Gesetzestext für die *künftige* Bewerbungs- und Vermittlungsperiode „die bis zum 30. September des laufenden Jahres zu erwartende Zahl der Ausbildungsplätze suchenden Personen“ (§ 86) zu ermitteln (Lakies/Nehls 2007, S. 323). Demnach geht es um die *kumulierte* Größenordnung der Jugendlichen, die im Laufe des Jahres nach einer Berufsausbildung suchen. Dabei spielt die Frage, ob und wann die Suche eingestellt wird, keine Rolle (denn ansonsten blieben auch alle erfolgreichen Bewerber/-innen unberücksichtigt, die einen Ausbildungsvertrag abschließen und ihre Suche deshalb schon vor dem 30. September einstellen). Somit sind auch jene erfolglosen Bewerber/-innen einzubeziehen, die nicht bis zum Stichtag 30. September (immerhin schon mehrere Wochen nach Beginn des neuen Ausbildungsjahrs) weitersuchen möchten, sondern sich sicherheitshalber rechtzeitig um eine Alternative bemühen. Für eine vorzeitige Einstellung der Suche und rechtzeitige Aufnahme einer Alternative kann es durchaus gute Gründe geben, denn die Chancen auf eine nachträgliche Einmündung in eine Berufsausbildungsstelle sind mehrere Wochen nach Beginn des neuen Ausbildungsjahrs nur noch relativ gering (vgl. **Kapitel A1.1**). Die zwischen Rückblick (abschließende Marktbilanzierung) und Vorschau (Vorausschätzung) abweichende Nachfragedefinition im Gesetzestext bedeutet nun nicht, dass auf eine Vorausschätzung der offiziellen Bilanzierungsgröße „Ausbildungsplatznachfrage“ verzichtet werden sollte. Als bildungspolitisch bedeutsamer Indikator stellt diese Größe vielmehr auch in der Prognose eine wichtige Variable dar.

A2.2 Entwicklung des Nachfragepotenzials

A2.2.1 Methodische Hinweise zur Vorausberechnung

Das Nachfragepotenzial ist definiert als die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich im Laufe einer Berichtsperiode (1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September) an einer Ausbildung im entsprechenden Jahr interessiert zeigen. Es stammt aus drei unterschiedlichen Personenkreisen:

1. aus dem Kreis der aktuellen Abgänger und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen,
2. aus dem Kreis der aktuellen Entlassenen aus den (teilqualifizierenden) beruflichen Schulen sowie
3. aus dem Kreis der Jugendlichen aus früheren Schulentlassjahren, die aber ebenfalls noch eine Berufsausbildung beginnen möchten.

Zu den beiden zuerst genannten Kreisen liegen nach Schulabschlüssen bzw. nach Schulformen differenzierte Vorausschätzungen vor, wie sich künftige Schulentlassjahrgänge quantitativ entwickeln werden. Entsprechende Daten für den Zeitraum 2005 bis 2020 sind zusammenfassend in → **Tabelle A2.2.1-1** aufgeführt. Des Weiteren lassen sich aus den BIBB-Schulabgängerbefragungen (vgl. **Kapitel A3.1**) Erfahrungswerte ableiten, wie hoch die Anteile in verschiedenen Schulabgänger- und -absolventengruppen sind, welche sich für die unmittelbare Aufnahme einer dualen Berufsausbildung interessieren → **Tabelle A2.2.1-2**. So ist z. B. bekannt, dass diese Quote bei den Absolventen eines Berufsvorbereitungs- oder eines Berufgrundbildungsjahres sehr hoch ist (jeweils über vier Fünftel), während sie bei den Abiturienten relativ niedrig ausfällt (gut ein Fünftel). Beide Informationsquellen (Schulentlassenzahlen, Quoten der Ausbildungsinteressierten) können nun miteinander verknüpft werden, um das aus diesen Gruppen resultierende Nachfragepotenzial in einem bestimmten Jahr abzuschätzen.

Schwieriger ist es, das Nachfragepotenzial aus dem dritten Kreis der Jugendlichen zu bestimmen, welche bereits in früheren Jahren die allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen verließen. Eine früher

genutzte Möglichkeit bestand darin, auf der „Altbewerberstatistik“ der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufzubauen.³³ Diese liefert Hinweise darüber, wie viele der registrierten Bewerber/-innen die (allgemeinbildende oder berufliche) Schule bereits vor mehr als einem Jahr verlassen hatten (vgl. **Kapitel A1.2**). Solche Daten sind aber für künftige Jahre schwierig zu prognostizieren, zum einen, weil sie u. a. vom Einschaltungsgrad der Beratungs- und Vermittlungsdienste durch die Jugendlichen und somit auch von den Marktverhältnissen früherer Jahre abhängig sind (große Deters/Ulmer/Ulrich 2008), und zum anderen, weil die BA 2009 Messrevisionen vornahm. Diese führten dazu, dass die Altbewerberzahlen nicht mehr mit den Ergebnissen früherer Jahre vergleichbar sind (Bundesagentur für Arbeit 2009). Damit ist gegenwärtig der Aufbau regressionsanalytischer Schätzverfahren erschwert.

Deshalb soll hier behelfsweise ein alternativer Ansatz gewählt werden, der auf den Ausbildungswünschen der Schulentlassjahrgänge aufbaut. Mit ihm lassen sich zwar nicht alle Nachfragepotenziale aus dem Kreis der Altbewerber vorausschätzen, aber zumindest große Teile. Dies ist möglich, da aus den BIBB-Schulabgängerbefragungen (Friedrich 2009) nicht nur Erfahrungswerte vorliegen, wie viele Schulentlassene jeweils *unmittelbar* danach mit einer Ausbildung beginnen wollen, sondern auch, wie viele erst an einer *späteren* Ausbildungsaufnahme (in einem oder in zwei Jahren) interessiert sind → **Tabelle A2.2.1-2**. Da die zwischenzeitlichen Alternativen nicht nur im Besuch weiterer Schulen bestehen, sind unter diesen Jugendlichen auch Personen zu finden, die später in der BA-Ausbildungsmarktstatistik zu den „Altbewerbern“ zählen werden. Dies trifft insbesondere auf die Abgänger und Absolventen teilqualifizierender beruflicher Schulen zu (die z. B. erst nach Beendigung der Schulpflicht an *nicht schulischen* berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen können und somit zum „Altbewerber“ im Sinne der BA-Definition werden), aber auch auf Abiturienten (die ihren Ausbildungswunsch in der Regel nicht deshalb aufschieben, weil sie noch ein-

33 Vgl. Datenreport 2009, Kapitel A2.

Tabelle A2.2.1-1: Schulabgänger und -absolventen aus allgemeinbildenden und teilqualifizierenden Schulen (Teil 1)

Jahr	Aus allgemeinbildenden Schulen					Aus teilqualifizierenden beruflichen Schulen						Alle Abgänger und Absolventen
	ohne Schulabschluss	mit Hauptschulabschluss	mit mittlerem Abschluss	studienberechtigt	insgesamt	schulisches Berufsvorbereitungsjahr	schulisches Berufsbildungsjahr	Berufsfachschule	Fachoberschule	Fachgymnasium	insgesamt	
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12
Westdeutschland												
2005	57.648	199.583	297.498	176.892	731.621	47.818	34.692	177.169	54.978	27.901	342.558	1.074.179
2006	56.071	197.525	302.789	189.715	746.100	48.407	38.629	184.305	55.640	28.843	355.824	1.101.924
2007	53.839	195.139	310.831	197.365	757.174	46.260	37.608	180.910	58.739	38.180	361.697	1.118.871
2008	50.128	181.798	310.847	207.174	749.947	39.371	36.368	183.795	60.467	38.661	358.662	1.108.609
2009	46.075	166.324	308.362	218.117	738.878	35.379	37.516	178.590	55.547	40.202	347.234	1.086.112
2010	44.300	154.729	304.542	230.056	733.627	34.619	35.901	174.297	54.836	40.874	340.527	1.074.154
2011	44.199	150.698	291.028	282.826	768.751	33.867	34.286	167.894	53.923	40.479	330.449	1.099.200
2012	44.744	154.079	286.944	255.741	741.508	33.405	33.859	162.697	52.501	40.597	323.059	1.064.567
2013	44.004	152.474	294.182	296.489	787.149	33.539	33.645	163.450	52.400	39.662	322.696	1.109.845
2014	43.226	148.856	286.470	236.852	715.404	33.472	33.324	163.074	52.095	38.609	320.573	1.035.977
2015	42.318	147.484	280.666	236.718	707.186	33.241	33.110	160.513	51.587	38.609	317.060	1.024.246
2016	41.828	144.375	276.951	239.881	703.035	32.631	32.564	157.274	51.080	38.859	312.407	1.015.442
2017	40.076	141.947	275.736	227.900	685.659	32.474	32.361	155.391	50.471	38.372	309.068	994.727
2018	39.392	136.128	263.816	225.479	664.815	31.796	31.377	153.056	50.369	37.819	304.417	969.232
2019	38.215	135.011	260.588	223.760	657.574	31.037	31.057	148.310	49.049	37.410	296.863	954.437
2020	37.980	129.894	251.543	213.787	633.204	30.433	29.976	145.523	48.440	36.594	290.967	924.171
Ostdeutschland												
2005	20.504	32.013	96.190	58.951	207.658	26.222	5.009	12.883	14.195	8.495	66.804	274.462
2006	19.826	31.442	89.164	60.234	200.666	23.853	5.304	12.161	14.539	8.805	64.662	265.328
2007	16.655	25.497	75.626	67.177	184.955	21.461	4.923	11.425	13.731	8.772	60.312	245.267
2008	14.771	20.676	56.389	65.300	157.136	17.941	4.173	9.847	13.575	8.819	54.355	211.491
2009	12.279	17.668	46.310	55.610	131.867	15.497	2.795	7.936	13.233	8.427	47.888	179.755
2010	11.648	16.420	42.305	43.726	114.099	13.756	2.051	6.818	11.421	7.206	41.251	155.350
2011	12.130	15.974	39.594	36.859	104.557	12.015	1.494	5.627	10.030	5.953	35.119	139.676
2012	12.724	16.943	39.720	46.290	115.677	11.318	1.184	4.906	8.892	5.040	31.340	147.017
2013	13.237	17.920	42.390	35.423	108.970	11.144	1.184	4.509	8.618	4.393	29.848	138.818
2014	13.429	18.439	45.089	37.801	114.758	11.579	1.308	4.401	8.745	4.208	30.241	144.999
2015	13.541	19.355	46.778	40.761	120.435	12.102	1.370	4.545	9.124	4.260	31.400	151.835
2016	13.765	19.245	46.723	42.865	122.598	12.624	1.432	4.852	9.493	4.660	33.060	155.658
2017	13.459	18.774	46.425	44.773	123.431	12.537	1.494	4.960	9.851	4.834	33.676	157.107
2018	13.131	18.281	45.401	44.458	121.271	12.624	1.494	5.050	9.883	5.081	34.131	155.402
2019	13.322	18.186	45.004	43.697	120.209	12.711	1.494	5.068	9.788	5.019	34.080	154.289
2020	13.216	18.287	45.188	43.084	119.775	12.624	1.556	5.050	9.893	5.019	34.142	153.917

Tabelle A2.2.1-1: Schulabgänger und -absolventen aus allgemeinbildenden und teilqualifizierenden Schulen (Teil 2)

Jahr	Aus allgemeinbildenden Schulen					Aus teilqualifizierenden beruflichen Schulen						Alle Abgänger und Absolventen
	ohne Schulabschluss	mit Hauptschulabschluss	mit mittlerem Abschluss	studienberechtigt	insgesamt	schulisches Berufsvorbereitungsjahr	schulisches Berufsbildungsjahr	Berufsfachschule	Fachoberschule	Fachgymnasium	insgesamt	
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12
Deutschland												
2005	78.152	231.596	393.688	235.843	939.279	74.040	39.701	190.052	69.173	36.396	409.362	1.348.641
2006	75.897	228.967	391.953	249.949	946.766	72.260	43.933	196.466	70.179	37.648	420.486	1.367.252
2007	70.494	220.636	386.457	264.542	942.129	67.721	42.531	192.335	72.470	46.952	422.009	1.364.138
2008	64.899	202.474	367.236	272.474	907.083	57.312	40.541	193.642	74.042	47.480	413.017	1.320.100
2009	58.354	183.992	354.672	273.727	870.745	50.876	40.311	186.526	68.780	48.629	395.122	1.265.867
2010	55.948	171.149	346.847	273.782	847.726	48.375	37.952	181.114	66.257	48.079	381.778	1.229.504
2011	56.329	166.672	330.622	319.685	873.308	45.882	35.780	173.522	63.953	46.432	365.567	1.238.875
2012	57.468	171.022	326.664	302.031	857.185	44.723	35.042	167.603	61.393	45.637	354.398	1.211.583
2013	57.241	170.394	336.572	331.912	896.119	44.683	34.828	167.959	61.018	44.055	352.544	1.248.663
2014	56.655	167.295	331.559	274.653	830.162	45.051	34.631	167.474	60.840	42.817	350.814	1.180.976
2015	55.859	166.839	327.444	277.479	827.621	45.343	34.480	165.058	60.711	42.868	348.460	1.176.081
2016	55.593	163.620	323.674	282.746	825.633	45.255	33.996	162.125	60.572	43.519	345.467	1.171.100
2017	53.535	160.721	322.161	272.673	809.090	45.011	33.855	160.351	60.322	43.206	342.744	1.151.834
2018	52.523	154.409	309.217	269.937	786.086	44.420	32.871	158.106	60.252	42.899	338.548	1.124.634
2019	51.537	153.197	305.592	267.457	777.783	43.748	32.550	153.379	58.837	42.430	330.943	1.108.726
2020	51.196	148.181	296.731	256.871	752.979	43.057	31.532	150.574	58.333	41.613	325.109	1.078.088

Abgänger und Absolventen allgemeinbildender Schulen ohne Teilnehmer am zweiten Bildungsweg (Abendhaupt-, Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg) und ohne Teilnehmer an der Schulfremdenprüfung (entsprechend den Sonderauswertungen für den Berufsbildungsbericht). Dadurch Abweichungen zu sonstigen Darstellungen. Die Zahlenreihen berücksichtigen die Umstellung der Schulzeit von 13 auf 12 Schuljahre in einigen Ländern und die sich dadurch ergebenden Auswirkungen auf die Absolventenzahl.

Bis 2009 Ist-Zahlen. Ab 2010 Prognosezahlen. Bei der Prognose handelt es sich um aktualisierte Fortschreibungen auf Basis der Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020 (Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz [KMK], Nr. 182 vom Mai 2007). Die Aktualisierung erfolgt, indem die zuletzt verfügbaren Ist-Zahlen (von 2009) mit den von der KMK erwarteten kommenden Veränderungsraten nachfolgender Jahre verknüpft werden.

Quelle: Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

mal eine Schule besuchen wollen, sondern weil sie z. B. ein Auslandsjahr einplanen oder soziale Dienste ableisten).

Berechnet man nun die Nachfragepotenziale, welche aus dem Kreis dieser „Altbewerber“ entstammen, und fügt diese zu den Nachfragepotenzialen der unmittelbar nach Schulende ausbildungsinteressierten Schulentlassenen hinzu, gelangt man für 2011

bundesweit zu einem Schätzwert von 772.500.³⁴ Dies wären etwa 15.200 Personen weniger als im Jahr

34 Dabei blieben die aus früheren Abgangsjahren stammenden, nicht studienberechtigten Entlassenen aus den allgemeinbildenden Schulen, welche zunächst etwas anderes beginnen wollten, rechnerisch unberücksichtigt, um Doppelzählungen zu vermeiden. Denn diese Jugendlichen besuchen in der Regel zunächst eine teilqualifizierende berufliche Schule und gehen anschließend als *aktuelle* Abgänger und Absolventen einer *beruflichen* Schule in das Nachfragepotenzial des entsprechenden Jahres ein.

Tabelle A2.2.1-2: Rechnerische Quoten der ausbildungsinteressierten Schulabgänger und -absolventen aus allgemeinbildenden und teilqualifizierenden beruflichen Schulen, abgeleitet aus den Erfahrungswerten der BIBB-Schulabgängerbefragungen

		Deutschland	darunter:	
			West	Ost
Allgemeinbildende Schulen				
ohne oder mit Hauptschulabschluss	insgesamt	91 %	91 %	93 %
	sofort	73 %	72 %	80 %
	in 1 Jahr	7 %	7 %	7 %
	noch später	11 %	12 %	6 %
mittlerer Abschluss	insgesamt	77 %	77 %	80 %
	sofort	58 %	55 %	69 %
	in 1 Jahr	4 %	5 %	2 %
	noch später	15 %	17 %	9 %
studienberechtigt	insgesamt	36 %	35 %	38 %
	sofort	22 %	22 %	23 %
	in 1 Jahr	8 %	7 %	9 %
	noch später	6 %	6 %	6 %
Teilqualifizierende berufliche Schulen				
Berufsvorbereitungsjahr	insgesamt	93 %	92 %	92 %
	sofort	83 %	83 %	82 %
	in 1 Jahr	6 %	5 %	7 %
	noch später	4 %	4 %	3 %
Berufsgrundbildungsjahr	insgesamt	96 %	95 %	96 %
	sofort	89 %	89 %	88 %
	in 1 Jahr	4 %	4 %	4 %
	noch später	3 %	2 %	4 %
teilqualifizierende Berufsfachschule	insgesamt	79 %	78 %	90 %
	sofort	69 %	68 %	81 %
	in 1 Jahr	5 %	5 %	9 %
	noch später	5 %	5 %	0 %
Fachoberschule/Fachgymnasium	insgesamt	55 %	54 %	62 %
	sofort	41 %	41 %	43 %
	in 1 Jahr	6 %	6 %	6 %
	noch später	8 %	7 %	13 %

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragungen

zuvor, denn für 2010 wurde ein Wert von 787.600 ermittelt.³⁵ Ursächlich für den Rückgang ist insbesondere die demografische Entwicklung, die insbesondere in Ostdeutschland zu einer starken Abnahme der Zahl der Jugendlichen führte.

Bei den Berechnungen für 2011 sind die zusätzlichen Nachfragepotenziale, die aus den doppelten Abiturientenjahrgängen in Bayern und Niedersachsen resultieren, bereits berücksichtigt. Es fehlen an dieser Stelle allerdings noch die zusätzlichen Nachfrageimpulse, die 2011 durch die Aussetzung des Wehr- bzw. der Wehrrersatzpflicht entstehen.

A2.2.2 Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht bzw. des Wehrrersatz-/Zivildienstes

Wie groß der zusätzliche Impuls auf das Nachfragepotenzial letztlich ausfallen wird, lässt sich nur grob abschätzen.

Rückblick auf die Verhältnisse im Jahr 2010

2010 wurden rund 135.800 Wehr- und Zivildienstpflichtige einberufen, 57.500 Wehrpflichtige und 78.300 Personen, welche ihren Wehrrersatz-/Zivildienst ableisteten. Nach den aktuell vorliegenden, hochgerechneten Ergebnissen der BIBB-Schulab-

gängerbefragung 2010 hatten 60.000 im Jahr 2010 eine allgemeinbildende oder teilqualifizierende berufliche Schule verlassen. Unter ihnen ließen sich insgesamt 18.000 Personen identifizieren, die für 2011 – und somit *im unmittelbaren Anschluss* an den Wehr- und Zivildienst – an die Aufnahme einer dualen Berufsausbildung dachten. Weitere 9.000 planten die Aufnahme einer Berufsausbildung zu einem späteren Zeitpunkt.³⁶ Es ist demnach anzunehmen, dass 2010 das Nachfragepotenzial aus dem Kreis der aktuell Entlassenen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen um etwa 18.000 Personen höher gelegen hätte, wäre es bereits 2010 zur Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes gekommen.³⁷

Da sich nun über die BIBB-Schulabgängerbefragung 2010 rund 60.000 Einberufene in den Wehr- und Zivildienst identifizieren ließen, sind die verbliebenen 75.800 der insgesamt 135.800 Einberufenen des Jahres 2010 rechnerisch jenen Personen zuzuordnen, die bereits vor 2010 ihre Zeit in einer allgemeinbildenden oder teilqualifizierenden beruflichen Schule beendet hatten. Über das Ausmaß des Interesses dieser Personen an einer Berufsausbildung im dualen System lässt sich keine genaue Aussage treffen. Es ist aber davon auszugehen, dass ein signifikanter Teil unter ihnen allein deshalb nicht mehr an einer Berufsausbildung interessiert ist, weil er eine solche Berufsausbildung bereits abgeschlossen hat und erst *nach* deren Beendigung

35 Die Gesamtzahl aller institutionell erfassten Ausbildungsinteressierten (→ **Tabelle A1-1**, Spalte 14) lag im Jahr 2010 bei 844.500 und somit um 56.800 *höher* als der hier genannte Wert des Nachfragepotenzials. Die höhere Zahl der institutionell erfassten Ausbildungsinteressierten ist allerdings erwartungsgemäß und im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass diese auch die Nachfragepotenziale von ausbildungsinteressierten Jugendlichen enthält, die bereits einmal eine Berufsausbildung begonnen haben und sich aus einer bestehenden Berufsausbildung heraus oder nach einer vorzeitig beendeten Berufsausbildung (**vgl. Kapitel A4.8**) erneut um eine Berufsausbildungsstelle bewerben. – Das hier aus dem Kreis der aktuellen Schulabgänger/-innen abgeleitete Nachfragepotenzial kann somit das gesamte Nachfragepotenzial der Altbewerber nicht vollständig abdecken. Dies ist auch der Grund, warum die Werte niedriger ausfallen als die in früheren Publikationen publizierten Schätzungen (**vgl. Datenreport 2009, Kapitel A2**; siehe auch: große Deters/Ulmer/Ulrich 2008). Auch das ökonomische Vorhersagemodell PROSIMA (siehe unten) rechnet intern mit höheren Werten. Für die Vorausschätzung der weiteren *Entwicklung* der künftigen Marktverhältnisse ist allerdings die *Veränderung* des Nachfragepotenzials rechnerisch bedeutsamer als seine absolute Höhe. Somit ist auch die hier verwendete Alternativberechnung des Nachfragepotenzials von Nutzen, zumal sie eine Grundlage bildet, um die Auswirkungen der doppelten Abiturientenjahrgänge und der Aussetzung der Wehrpflicht abzuschätzen. Dies gilt umso mehr, als die Effekte der Wehrpflichtaussetzung über PROSIMA nicht in einem zufriedenstellenden Ausmaß zu simulieren sind (siehe unten).

36 Rund 4.000 Personen, die noch im Frühjahr 2010 den Beginn einer dualen Berufsausbildung in Erwägung gezogen, aber zunächst eingezogen worden waren, hatten ihren Ausbildungswunsch im dualen System wieder fallen gelassen. – Bei der Interpretation der hier genannten Werte ist zu berücksichtigen, dass sie aus einer Befragung mit begrenzter Stichprobengröße stammen (die BIBB-Schulabgängerbefragung umfasst insgesamt nur etwa 1.500 Teilnehmer) und dass die Untersuchung ursprünglich nicht für den Zweck konzipiert wurde, die Auswirkungen der Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes zu untersuchen. Insofern sind die hier berichteten Werte mit entsprechender Unsicherheit behaftet.

37 Für die nachfolgenden Jahre 2011 und 2012 wäre das Nachfragepotenzial wiederum um insgesamt etwa 9.000 Personen höher ausgefallen. – Frühere Schätzungen auf der Basis älterer Schulabgängerbefragungen (Ulrich 2010) gelangten zu etwas niedrigeren Werten. Auf Basis der Ergebnisse der BIBB-Schulabgängerbefragung 2006 wurde die Zahl der Wehr- und Zivildienstleistenden, die ohne Wehr- und Ersatzdienstpflicht wohl unmittelbar nach Schulende mit einer Berufsausbildung hätte anfangen wollen, auf etwa 14.000 geschätzt. Nach den Ergebnissen der HIS-Befragung der studienberechtigten Schulabgänger des Jahres 2008 (Heine/Quast/Beuße 2010) ließen sich rd. 10.800 *studienberechtigte* Personen identifizieren, die im Anschluss an den bereits begonnenen oder in naher Zukunft zu erwartenden Beginn des Wehr- oder Zivildienstes mit einer Berufsausbildung anfangen wollten, darunter 7.500 mit Interesse an einer dualen und 3.500 mit Interesse an einer nicht dualen Ausbildung.

Tabelle A2.2.2-1: Geschätzte Entwicklung des Nachfragepotenzials, resultierend aus dem Kreis der Schulabgänger und -absolventen aus allgemeinbildenden und teilqualifizierenden beruflichen Schulen

Jahr	Aus allgemeinbildenden Schulen					Aus teilqualifizierenden beruflichen Schulen						Alle Abgänger und Absolventen
	ohne Schulabschluss	mit Haupt-schulabschluss	mit mittlerem Abschluss	studien-berechtigt	insgesamt	schu-lisches Berufs-vorberei-tungsjahr	schu-lisches Berufs-grund-bildungs-jahr	Berufs-fachschule	Fachober-schule	Fachgym-nasium	insgesamt	
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6	Sp. 7	Sp. 8	Sp. 9	Sp. 10	Sp. 11	Sp. 12
West												
2007	38.764	140.500	170.957	67.314	417.535	42.729	69.708	141.093	31.270	19.337	304.137	721.672
2008	36.092	130.895	170.966	70.777	408.729	36.927	72.501	143.241	32.211	20.161	305.041	713.770
2009	33.174	119.753	169.599	74.330	396.856	33.184	72.452	139.676	30.514	21.475	297.301	694.157
2010	31.896	111.405	167.498	78.311	389.110	32.078	69.821	136.641	30.048	21.877	290.464	679.574
2011	31.823	108.503	160.065	99.897	400.289	31.933	69.810	136.849	30.904	23.077	292.573	692.862
2012	32.216	110.937	157.819	97.536	398.508	31.473	67.745	132.624	30.714	23.557	286.113	684.621
2013	31.683	109.781	161.800	100.509	403.773	30.856	65.921	127.542	28.349	21.507	274.175	677.948
2014	31.123	107.176	157.559	87.639	383.497	30.796	65.196	127.209	28.165	20.982	272.348	655.845
2015	30.469	106.188	154.366	84.654	375.678	30.600	64.776	125.387	27.917	20.880	269.560	645.238
2016	30.116	103.950	152.323	83.646	370.035	30.068	63.956	122.951	27.649	20.959	265.583	635.618
2017	28.855	102.202	151.655	80.868	363.580	29.899	63.538	121.401	27.330	20.762	262.930	626.510
2018	28.362	98.012	145.099	79.519	350.992	29.303	62.099	119.584	27.228	20.492	258.706	609.698
2019	27.515	97.208	143.323	78.561	346.607	28.620	61.567	116.061	26.622	20.259	253.129	599.736
2020	27.346	93.524	138.349	75.874	335.092	28.056	59.598	113.798	26.258	19.855	247.566	582.658
Ost												
2007	13.324	20.398	52.182	24.409	110.312	20.054	9.553	10.349	8.622	5.405	53.983	164.296
2008	11.817	16.541	38.908	24.679	91.945	16.929	9.173	9.004	8.551	5.463	49.121	141.066
2009	9.823	14.134	31.954	22.698	78.609	14.607	7.550	7.314	8.290	5.293	43.054	121.663
2010	9.318	13.136	29.190	18.980	70.625	12.903	6.090	6.237	7.470	4.750	37.450	108.074
2011	9.704	12.779	27.320	16.487	66.290	11.640	4.221	5.341	7.220	4.385	32.807	99.097
2012	10.179	13.554	27.407	17.882	69.022	10.634	3.176	4.459	6.656	3.892	28.816	97.838
2013	10.590	14.336	29.249	14.591	68.765	10.279	2.606	4.082	5.439	2.860	25.265	94.031
2014	10.743	14.751	31.111	14.381	70.987	10.626	2.408	3.967	5.418	2.667	25.086	96.073
2015	10.833	15.484	32.277	15.033	73.627	11.088	2.469	4.082	5.597	2.643	25.879	99.506
2016	11.012	15.396	32.239	15.926	74.573	11.567	2.651	4.348	5.815	2.831	27.212	101.785
2017	10.767	15.019	32.033	16.703	74.522	11.530	2.771	4.458	6.039	2.953	27.750	102.272
2018	10.505	14.625	31.327	16.878	73.334	11.610	2.836	4.540	6.105	3.107	28.197	101.531
2019	10.658	14.549	31.053	16.713	72.972	11.686	2.898	4.560	6.080	3.108	28.333	101.305
2020	10.573	14.630	31.180	16.474	72.857	11.618	2.953	4.546	6.124	3.115	28.357	101.213
Deutschland												
2007	52.088	160.898	223.139	91.723	527.847	62.783	79.262	151.441	39.892	24.742	358.120	885.968
2008	47.909	147.435	209.874	95.456	500.674	53.857	81.674	152.246	40.762	25.624	354.162	854.836
2009	42.997	133.888	201.553	97.028	475.466	47.791	80.002	146.991	38.804	26.768	340.355	815.821
2010	41.214	124.541	196.689	97.291	459.735	44.981	75.911	142.878	37.518	26.627	327.914	787.649
2011	41.527	121.282	187.385	116.384	466.578	43.573	74.031	142.190	38.124	27.463	325.381	791.959
2012	42.395	124.491	185.226	115.418	467.531	42.106	70.922	137.083	37.369	27.449	314.929	782.460
2013	42.272	124.117	191.049	115.099	472.538	41.135	68.527	131.624	33.787	24.367	299.440	771.979
2014	41.866	121.928	188.670	102.021	454.484	41.422	67.604	131.176	33.583	23.649	297.434	751.918
2015	41.302	121.672	186.643	99.687	449.304	41.688	67.245	129.469	33.515	23.523	295.439	744.744
2016	41.128	119.346	184.562	99.572	444.609	41.635	66.607	127.300	33.464	23.789	292.795	737.403
2017	39.622	117.221	183.688	97.571	438.102	41.429	66.309	125.859	33.369	23.715	290.681	728.782
2018	38.867	112.637	176.425	96.397	424.326	40.913	64.934	124.124	33.333	23.599	286.903	711.229
2019	38.172	111.757	174.376	95.274	419.579	40.307	64.465	120.621	32.702	23.367	281.462	701.041
2020	37.918	108.153	169.528	92.349	407.949	39.675	62.552	118.344	32.382	22.970	275.922	683.871

Bei den nicht studienberechtigten Abgängern und Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen blieben bei der Schätzung des aktuellen Nachfragepotenzials eines jeweiligen Jahres jene Personen aus früheren Schulentlassjahren unberücksichtigt, die erst später mit einer Berufsausbildung beginnen wollten. Denn ihre Nachfrage ist in der Regel im aktuellen Nachfragepotenzial derjenigen Abgänger und Absolventen enthalten, die im betreffenden Jahr eine teilqualifizierende berufliche Schule verlassen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, BIBB-Schulabgängerbefragungen 2004 bis 2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

eingezogen worden war. Nach Schätzungen dürften von den insgesamt 57.500 Wehrpflichten rund 25 % bereits eine Berufsausbildung durchlaufen haben. Geht man von einer ähnlich hohen Quote unter den Ersatzdienstleistenden aus, hätten rund 34.000 Wehr- und Zivildienstleistende bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen, bevor sie einberufen worden waren. Somit verbleiben rechnerisch etwa 41.800 ältere Wehr- und Zivildienstleistende, die bereits in früheren Jahren die Schule verlassen hatten und noch über keine Berufsausbildung verfügen. Welche Pläne sie für die Zeit im Anschluss an die Berufsausbildung hatten und wie viele *im unmittelbaren Anschluss* an ihre Dienstzeit eine duale Berufsausbildung beginnen wollten, muss an dieser Stelle offenbleiben. Es ist allerdings davon auszugehen, dass deren Umfang selbst bei sehr restriktiver Schätzung zumindest mehrere Tausend Personen umfasst. Sie sind zu den oben genannten 18.000 Personen hinzuzurechnen, welche das Nachfragepotenzial in 2010 vergrößert hätten, wäre es bereits in diesem Jahr zu einer Aussetzung der Wehr- bzw. Wehrrersatzdienstpflicht gekommen.

Die hier berichteten Schätzungen für 2010 können jedoch nicht uneingeschränkt auf die Verhältnisse im Jahr 2011 übertragen werden. Denn für 2011 ist davon auszugehen, dass ein größerer Teil des durch die Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes entstehenden zusätzlichen Nachfrageimpulses wieder absorbiert werden wird, wenn – wie vorgesehen – ein freiwilliger Wehrdienst eingeführt wird, der bis zu 15.000 Männern und Frauen offensteht, und ein Bundesfreiwilligendienst, der ab dem 1. Juli 2011 starten und Plätze für 35.000 junge Erwachsene bereitstellen wird.

Schlussfolgerungen für das Jahr 2011 und die Folgejahre

Unter Berücksichtigung dieser neuen Angebote im Bereich der sozialen Dienste wird somit der zusätzliche Impuls auf die Entwicklung des Nachfragepotenzials in 2011, der durch die Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes entsteht, auf rund 15.000 bis 25.000 Personen geschätzt.

Die Aussetzung der Wehrdienst- und Wehrrersatzdienstpflicht hat darüber hinaus dauerhaft Auswirkungen auf die Zeitpläne der ausbildungsinteressierten Jugendlichen. Mehr Schulabgänger und -absolventen werden in Zukunft bereits im Jahr der Beendigung ihrer Schulzeit dem Ausbildungsmarkt zur Verfügung stehen. Die Quoten der ausbildungsinteressierten Jugendlichen, die unmittelbar nach Schulende eine Berufsausbildung beginnen wollen, werden somit etwas höher als bislang ausfallen; und jene, die bei einer Fortführung der Wehrpflicht erst im übernächsten Jahr mit einer Berufsausbildung beginnen würden, werden ihre Ausbildungssuche zum Teil zumindest auf das nächste Jahr vorziehen. Insofern müssen Korrekturen der bisherigen Erfahrungswerte aus der BIBB-Schulabgängerbefragung vorgenommen werden, welche Anteile unter den Abgängern und Absolventen sich zu welchen Zeitpunkten für den Beginn einer Berufsausbildung interessieren. Entsprechende Anpassungen sind in die in → **Tabelle A2.2.2-1** aufgeführten Schätzung der Nachfragepotenzialentwicklung bis 2020 eingearbeitet. Sie orientieren sich dabei an den obigen Ausführungen zu den vermuteten Effekten der Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes.

Entwicklung des Nachfragepotenzials bis zum Jahr 2020

Wie → **Tabelle A2.2.2-1** zu entnehmen ist, ist für 2011 – ungeachtet der doppelten Abiturientenjahrgänge in Bayern und Niedersachsen und des aus der Aussetzung der Wehrpflicht resultierenden zusätzlichen Nachfrageimpulses – bundesweit nur mit einer begrenzten Steigerung des Nachfragepotenzials zu rechnen. Das Nachfragepotenzial steigt demnach gegenüber 2010 um rund 4.300 Personen auf etwa 792.000 an, fällt aber immer noch um 23.900 niedriger aus als 2009. Da zugleich für 2011 – wie im folgenden Abschnitt beschrieben – mit einem signifikanten Anstieg des Ausbildungsplatzangebots gerechnet wird, wird der zusätzliche Nachfrageimpuls, der durch die doppelten Abiturientenjahrgänge und durch die Aussetzung der Wehrpflicht entsteht, bundesweit aller Voraussicht nach zu keiner Verschlechterung der Ausbildungsmarktchancen der Jugendlichen führen. Es ist im Gegenteil davon

auszugehen, dass sich die Ausbildungschancen der Jugendlichen weiter verbessern werden.

Dies gilt insbesondere für den Osten Deutschlands, wo das Nachfragepotenzial nach den hier vorgenommenen Berechnungen 2011 um weitere 9.000 Personen auf nur noch 99.100 sinken wird. Im Westen steigt das Nachfragepotenzial dagegen im Vergleich zum Vorjahr um 13.300 Personen an, wird aber mit 692.900 immer noch um 1.300 Personen niedriger ausfallen als 2009. Zudem sollte die zu erwartende Angebotssteigerung gerade auch im Westen dazu beitragen, dass sich die Ausbildungschancen der Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr nicht verschlechtern.

A2.3 Ausbildungsangebot und -nachfrage in 2011

Wie oben ausgeführt, stellt die Veränderung des Nachfragepotenzials eine wichtige Größe dar, um die Entwicklung der späteren Bilanzierungsgröße Ausbildungsplatznachfrage vorzuschätzen, doch sind Potenzial und Nachfrage nicht identisch. Das Potenzial setzt sich aus Personen zusammen, die sich im Laufe eines Jahres an einer Ausbildung interessiert zeigen. Darunter befinden sich auch Personen, die bei erfolglosen Bewerbungen ihre Suche bereits vor dem Stichtag 30. September einstellen, aber auch Personen, die sich im Zuge ihrer Berufswahl freiwillig umorientieren.³⁸ Die Ausbildungsplatznachfrage, die neben den erfolgreichen Personen mit neuem Ausbildungsvertrag noch jene Personen enthält, die auch noch am Stichtag 30. September weitersuchen, fällt somit stets kleiner als das Nachfragepotenzial aus. Wie groß es letztlich sein wird, hängt auch davon ab, wie sich das Ausbildungsplatzangebot entwickelt.

A2.3.1 Vorausschätzung des Ausbildungsplatzangebots im Jahr 2011

Die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots ist von zahlreichen Determinanten abhängig, die sich teilweise gegenseitig beeinflussen und deren Veränderungen zum Teil nur schwer vorherzusagen sind. Dazu zählen unter anderem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (z. B. Veränderungen des Bruttoinlandsproduktes, des Auftragseingangs der Unternehmen) und die Entwicklung des Arbeitsmarktes (z. B. der Zahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen). Zur Abschätzung des Ausbildungsplatzangebots hat das BIBB deshalb den Aufbau eines „Ökonometrischen Prognose- und Simulationsmodells des Ausbildungssystems“ (PROSIMA) veranlasst. Dabei handelt es sich um ein komplexes, zeitreihengestütztes Simulationsmodell, das vielfältige Einflussgrößen auf die Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots berücksichtigt. Eine umfassende Beschreibung des

38 Aus diesem Grund darf das Nachfragepotenzial auch nicht pauschal mit dem Versorgungsbedarf der Jugendlichen gleichgesetzt werden. Dieser ist niedriger, als er sich in der Potenzialgröße widerspiegelt.

Modells findet sich z. B. im BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A2 und bei Lösch/Kau 2005.

PROSIMA gelangt für 2011 zu einer Punktprognose des Ausbildungsplatzangebots im Umfang von 618.500. Demnach käme es gegenüber dem Vorjahr 2010 zu einer Steigerung des Ausbildungsplatzangebots um knapp 39.000 Plätze.³⁹

Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots seit 2000 (bis 2010 Ist-Zahlen):

2000:	647.383
2001:	638.773
2002:	590.328
2003:	572.474
2004:	586.374
2005:	562.816
2006:	591.554
2007:	644.244
2008:	635.849
2009:	581.562
2010:	579.678
2011:	618.500 (Vorausschätzung)

Das in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für quantitative Analysen der Universität Bochum entwickelte Prognose- und Simulationsmodell baut auf den Erfahrungswerten von dreieinhalb Jahrzehnten Ausbildungsstellenmarktentwicklung auf (Lösch/Kau/Walden 2008). Die Leistungskraft von PROSIMA entspricht den herkömmlichen Standards. Gleichwohl basieren auch bei diesem Modell die Vorausschätzungen auf einer Vielzahl von zum Teil diffizilen Annahmen, die selbst bei einer nur einjährigen Vorausschätzung noch recht unsicher sind. Zwar ist es derzeit absehbar, dass sich der Konjunkturaufschwung 2011 fortsetzt. PROSIMA

veranschlagt ihn allerdings „mit einem mittleren Prognosewert des realen Wachstums von 4,5 %“ oberhalb der „Prognosen der Institute, die lediglich von einem rund 2,5-prozentigen Wachstum ausgehen“. Dennoch erscheint den Autoren „die PROSIMA-Prognose die plausiblere“ zu sein: „Der Rhythmus der Konjunkturzyklen beträgt in Deutschland im Schnitt etwa 4 Jahre. Eine Situation, die nach dem ersten Aufschwungsjahr, also 2010, schon wieder abbricht, kommt in Deutschland kaum vor. Viel wahrscheinlicher ist eine Manifestation, in welcher der Anstieg 2011 anhält und erst im Folgejahr ausläuft“ (Lösch/Kau/Maier 2011, S. 4).

Angesichts des starken Anstiegs des Ausbildungsplatzangebots und eines Nachfragepotenzials, das aus der demografischen Entwicklung keine Wachstumsimpulse mehr bezieht, deutet sich auch bei PROSIMA die Gefahr an, dass die Betriebe künftig für einen größeren Teil ihrer Ausbildungsplätze keine passenden Auszubildenden mehr finden. PROSIMA rechnet bereits für 2011 mit einem starken Anstieg der Zahl der bei den Beratungs- und Vermittlungsdiensten gemeldeten und zum Stichtag 30. September noch offenen Berufsausbildungsstellen.⁴⁰ Allerdings ist die Schätzung des unbesetzten Angebots im Vergleich zur absoluten Größe dieses Postens mit einem relativ hohen Standardfehler verbunden. Zudem lassen sich über PROSIMA die Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht nicht befriedigend simulieren.⁴¹ Aus der Aussetzung sind aber, wie oben ausgeführt, für 2010 zusätzliche Impulse auf das Nachfragepotenzial nach dualer Ausbildung zu erwarten. Somit sind die Rekrutierungschancen der Betriebe in 2011 noch etwas höher, als dies über PROSIMA abgebildet werden kann.

39 Unter Berücksichtigung des üblichen Schätzfehlers ist der tatsächliche Wert des Ausbildungsplatzangebots im Bereich mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 % im Bereich zwischen 586.000 und 651.000 zu vermuten. Damit liegt auch die Untergrenze des Vertrauensintervalls noch deutlich über dem im Jahr 2010 erreichten Wert von 579.700 (vgl. Kapitel A1.1).

40 Die Punktschätzung liegt bei 42.100, wobei die Unsicherheit hier relativ groß ist und das Vertrauensintervall nach unten und oben jeweils knapp 21.000 umfasst. Das bedeutet, dass günstigstenfalls in 2011 nur mit 21.000 unbesetzten Stellen zu rechnen wäre. 2010 waren es 19.600.

41 Dies führt dazu, dass PROSIMA Schätzungen rechnerisch auf einem leichten Rückgang des Nachfragepotenzials aufbaut, während – wie oben ausgeführt – eher mit einer Zunahme im Umfang von gut 4.000 Personen zu rechnen ist.

A2.3.2 Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage im Jahr 2011

Vom stark wachsenden Angebot sind auch deutlich positive Impulse auf die Nachfrageentwicklung zu erwarten. Denn die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Jugendliche, die in früheren Jahren bei ihren Bewerbungen erfolglos geblieben wären und ihre Suche noch vor dem Stichtag 30. September abgebrochen hätten, nun mit ihrer Suche Erfolg haben werden und damit auch rechnerisch zu einer höheren Nachfrage beitragen. Für 2011 wird unter Zugrundelegung der Schätzergebnisse von PROSIMA mit einer letztlich zu bilanzierenden Ausbildungsplatznachfrage von 668.500 Personen gerechnet, knapp 24.000 mehr als im Jahr zuvor.⁴² Dabei wird erwartet, dass der Anstieg bei den erfolgreichen Ausbildungsplatznachfragern mit gut 16.000 wesentlich größer ausfällt als bei den erfolglosen Nachfragern, welche auch am 30. September noch weitersuchen (+7.000).⁴³

Allerdings kann PROSIMA, wie oben bereits erwähnt, die Auswirkungen der Aussetzung der Wehrpflicht nicht befriedigend simulieren und veranschlagt damit die Entwicklung des *Nachfragepotenzials* möglicherweise um 5.000 Personen zu niedrig. Damit wird möglicherweise auch die *Ausbildungsplatznachfrage* um 2.000 bis 4.000 Personen höher ausfallen als hier angenommen. Dies ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Aussage, dass für 2011 mit einem deutlich stärkeren Anstieg des Ausbildungsplatzangebots als der Nachfrage zu rechnen ist und sich infolgedessen die Ausbildungschancen der Jugendlichen verbessern.

42 Früher wurden zur Ausbildungsplatznachfrage neben den Personen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nur jene zum Stichtag noch suchenden Bewerber/-innen hinzugerechnet, die über keine alternative Verbleibsmöglichkeit wie z. B. den Beginn eines Praktikums, einer Maßnahme, eines schulischen Bildungsgangs oder einer Erwerbstätigkeit verfügten. Zum Stichtag noch suchende Bewerber/-innen mit einer solchen Möglichkeit blieben unberücksichtigt. Legt man diese alte Nachfragedefinition zugrunde, ist für 2011 mit einem Umfang von knapp 589.000 Personen zu rechnen; 2010 waren es 572.300 gewesen (vgl. Kapitel A1.1).

43 Dies gilt unter Einschluss aller suchenden Bewerber/-innen, also auch solcher Bewerber/-innen, die über eine alternative Verbleibsmöglichkeit verfügen (sogenannte „Bewerber/-innen mit Alternative zum 30.09.“). Bei den Bewerbern, die am 30. September *ohne* eine alternative Verbleibsmöglichkeit weiter auf Ausbildungsplatzsuche sein werden („unversorgte Bewerber“), rechnet PROSIMA für 2011 mit 12.500 Betroffenen und somit einem ungefähren Gleichstand zum Vorjahr 2010 (12.300).

A2.4 Fazit und weiterer Ausblick

Die positive wirtschaftliche Entwicklung lässt für 2011 ein deutlich höheres Ausbildungsplatzangebot erwarten (vgl. auch Werner/Neumann/Erdmann 2010). Der Zuwachs des Ausbildungsplatzangebots wird größer ausfallen als der Zuwachs der Ausbildungsplatznachfrage. Damit werden sich die Ausbildungschancen der Jugendlichen insgesamt weiter verbessern. Die Angebots-Nachfrage-Relation (Zahl der Ausbildungsplatzangebote je 100 Nachfrager) wird 2011 erneut steigen und laut PROSIMA einen Wert von ANR = 92,5 erreichen. Im Jahr 2010 betrug die Angebots-Nachfrage-Relation nur ANR = 89,9.⁴⁴ In → **Tabelle A2.4-1** sind die Schätzungen für 2011 zusammengefasst.

Zumindest auf Bundesebene werden somit weder die doppelten Abiturientenjahrgänge noch die Aussetzung der Wehrdienst- bzw. Wehrrersatzdienstpflicht zu einer Verschärfung der Ausbildungsmarktlage führen. Zur Entspannung trägt nicht nur der demografisch bedingte Rückgang der Zahl der Jugendlichen bei, der grundsätzlich zu einer Entlastung des Ausbildungsmarktes führt. Vielmehr wird auch die zu erwartende Angebotssteigerung in 2011 für eine Ausbildungsmarktlage sorgen, durch die sich die Ausbildungschancen der Jugendlichen insgesamt weiter verbessern werden.

Allerdings kann es regional, insbesondere dort, wo doppelte Abiturientenjahrgänge die Schulen verlassen (betroffen sind die niedersächsischen und bayerischen Regionen), zu Nachfragesteigerungen kommen, welche den Zuwachs bei den Ausbildungsplatzangeboten insgesamt übertreffen könnten. In diesen Regionen muss mit einer im Vergleich zum Vorjahr größeren Bewerberkonkurrenz vor allem in den abituriententypischen Berufen gerechnet werden, gegebenenfalls auch mit Ausweichreaktionen der Abiturienten in die sonstigen Berufe. Dies könnte wiederum Verdrängungseffekte zulasten von Bewerbern mit niedrigeren Schulabschlüssen zur Folge haben.

44 Unter Verwendung der alten Nachfragedefinition (siehe vorausgegangene Fußnote) ergibt sich für 2011 ein Wert von 105,0 (2010: 101,3).

Tabelle A2.4-1: Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30.09.2011 (Angaben in Tsd.)

	Ist-Wert 2010	Prognose für 2011		
		Punktschätzung durch PROSIMA	Veränderung gegenüber 2010	Standardabweichung der Punktschätzung ¹
Ausbildungsplatzangebot	579,7	618,5	+38,8	16,3
Ausbildungsplatznachfrage (erweiterte Definition)	644,7	668,5	+23,8	17,5
Ausbildungsplatznachfrage (alte Definition)	572,3	588,9	+16,6	11,9
Angebots-Nachfrage-Relation (erweiterte Definition)	89,9	92,5	+2,6	2,5
Angebots-Nachfrage-Relation (alte Definition)	101,3	105,0	+3,7	2,3

¹ Maß für die Unsicherheit der Punktschätzung. Durch Verdoppelung der Standardabweichung lässt sich ungefähr der Wertebereich nach unten und oben abschätzen (Vertrauensintervall), innerhalb dessen der wahre Wert zu vermuten ist (bei fünfprozentiger Irrtumswahrscheinlichkeit).

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Bundesagentur für Arbeit

Was die weitere Entwicklung über 2011 hinaus betrifft, werden sich die Betriebe auf eine weiter sinkende Nachfrage der Jugendlichen einstellen müssen. Nach den in → **Tabelle A2.2.2-1** aufgeführten Berechnungen zur Entwicklung des Nachfragepotenzials aus dem Kreis der Schulentlassenen allgemeinbildender und teilqualifizierender Schulen ändern daran auch die doppelten Abiturientenjahrgänge nichts Wesentliches, die 2012 (Baden-Württemberg, Berlin, Bremen) und 2013 (Hessen, Nordrhein-Westfalen) die Schulen verlassen werden. So wird für 2015 bereits ein Nachfragepotenzial erwartet, das um über 140.000 Personen niedriger ausfällt als 2007, und bis zum Jahr 2020 ist mit einem weiteren Rückgang um über 60.000 Personen zu rechnen. Erschwert wird die Lage der Betriebe noch durch die in den kommenden Jahren stetig steigende Zahl der Personen, die aus Altersgründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden (Statistisches Bundesamt 2010a). Dem wachsenden Ersatzbedarf steht ein von Jahr zu Jahr schrumpfendes Ersatzangebot gegenüber. Wie auf dem Arbeitsmarkt, so gibt auch auf dem Ausbildungsmarkt die Demografie „die Richtung vor“ (Fuchs/Zika 2010).

Eine Wende dieser Entwicklung ist dabei nicht in Sicht. So wurden in Deutschland 2009 nur noch

665.000 Kinder geboren.⁴⁵ Im Jahr 2025 wird dieser Geburtsjahrgang die Schwelle zum Eintritt in die Berufsausbildung erreichen. Bei einer Ausbildungsanfängerquote von zurzeit etwa 54 % im dualen System (Gericke/Uhly/Ulrich 2011) und einer Studienanfängerquote von gegenwärtig 46 % sind aus diesem Jahrgang rechnerisch nur noch rund 359.000 Auszubildende und 306.000 Studienanfänger zu erwarten. 2010 gab es aber allein im dualen System 539.000 betriebliche Ausbildungsplatzangebote – außerbetriebliche Plätze sind hierbei nicht mit eingerechnet – und 442.000 Studienanfänger.

(Tobias Maier, Joachim Gerd Ulrich)

45 Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 414 vom 12.11.2010: „Durchschnittliche Kinderzahl je Frau sinkt 2009 leicht auf 1,36“.

A3 Bildungsverhalten von Jugendlichen

A3.1 Berufliche Wünsche und beruflicher Verbleib von Schulabgängern und Schulabgängerinnen

Das BIBB führt regelmäßig Befragungen von Schulabgängern und Schulabgängerinnen⁴⁶ durch, um ihre beruflichen Orientierungen und ihr Berufswahlverhalten (Verbleib) zu erfassen **E**. Nachfolgend werden die Ergebnisse der Befragung 2010 nach dem Geschlecht, dem Wohnort, dem Vorhandensein eines Migrationshintergrunds **E** sowie nach unterschiedlichen Schultypen und dem höchsten Schulabschluss differenziert dargestellt und Veränderungen zu vorangegangenen Befragungen aufgezeigt. Jugendliche ohne Schulabschluss und Jugendliche, die eine Sonderschule besucht haben, sind in der Stichprobe nur in geringer Anzahl vertreten; für diese Jugendlichen werden deshalb keine Ergebnisse ausgewiesen.

E BIBB-Schulabgängerbefragungen

In den Jahren 2004, 2005, 2006, 2008 und 2010 wurden in Zusammenarbeit mit Forsa (Berlin) jeweils rund 1.500 Schulabgänger/-innen befragt. Erfasst wurden Jugendliche aus

- allgemeinbildenden Schulen (Hauptschule, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium),
- beruflichen Schulen (Fachgymnasium, Fachoberschule FOS) und
- nicht vollqualifizierenden beruflichen Vollzeitschulen (Berufsvorbereitungsjahr [BVJ], Berufsgrundbildungsjahr [BGJ] und Berufsfachschule [BFS], die nicht zu einem Berufsabschluss führt).

Die Stichprobenziehung erfolgte über einen zufallsgesteuerten telefonischen Kontakt zu Haushalten und der Auswahl der Befragungspersonen. Die repräsentativen Befragungen fanden jeweils von Anfang September bis Ende November

mittels computerunterstützter telefonischer Interviews statt (zur Methode siehe Friedrich 2009). Die beruflichen Pläne im Frühjahr wurden retrospektiv erfasst. Die Ergebnisse für das Jahr 2010 können unter Berücksichtigung von Strukturgewichten mit den Befragungsergebnissen aus früheren Jahren verglichen werden.⁴⁷

Migrationshintergrund

Ein Migrationshintergrund von Schulabgängern und Schulabgängerinnen wird nicht direkt erfragt, sondern anhand von drei Fragen erschlossen (vgl. Kapitel A4.9). Gefragt wird, ob die Eltern der Befragungspersonen in Deutschland geboren wurden, ob die Kindheit in Deutschland verbracht wurde und ob als erste Sprache Deutsch gelernt wurde.

Nach der hier verwendeten Definition liegt ein Migrationshintergrund vor, wenn

- ein Elternteil oder beide Eltern nicht in Deutschland geboren wurden und/oder
- die Kindheit und Jugend nicht in Deutschland verbracht wurde und/oder
- Deutsch nicht als erste Sprache oder gemeinsam mit einer anderen Sprache erlernt wurde.

Der Definition folgend, haben 22 % der 2010 befragten Jugendlichen einen Migrationshintergrund.

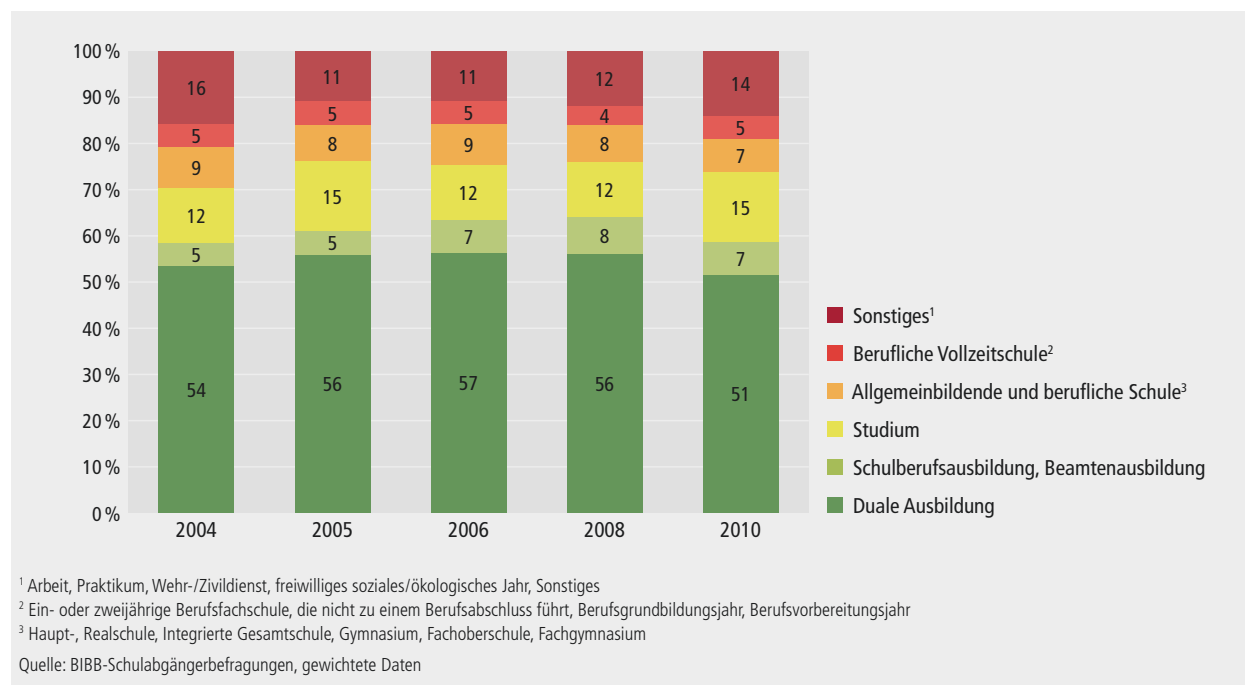
Berufliche Pläne nach Ende des Schuljahres 2009/2010

Die Schulabgänger/-innen wurden retrospektiv danach befragt, welche beruflichen Pläne sie im Frühjahr 2010 hatten. Es zeigt sich, dass die Hälfte (51 %) der Befragten am Ende des Schuljahres 2009/2010 eine betriebliche Ausbildung angestrebt hat. Im Vergleich zu den Jahren 2004, 2005, 2006 und 2008 ist erstmals ein Rückgang zu verzeichnen (zur generellen Affinität zu einer dualen Berufsausbildung siehe nächsten Abschnitt). Bezogen auf die zuletzt durchgeführte Befragung im Jahre 2008 sind es minus 5 Prozentpunkte → **Schaubild A3.1-1**. Dieser Rückgang dürfte zum Teil auf die demografischen

⁴⁶ In den BIBB-Schulabgängerbefragungen wird begrifflich nicht wie in der amtlichen Statistik des Statistischen Bundesamtes zwischen Absolventen einerseits und Abgängern andererseits unterschieden. Die Bezeichnungen „Schulabgänger“ und „Schulabgängerinnen“ beziehen sich hier sowohl auf Personen, die die Schule mit Schulabschluss und einem Abschlusszeugnis verlassen haben, als auch auf Personen, die keinen Schulabschluss erworben haben und ein Abgangszeugnis erhielten.

⁴⁷ Siehe hierzu auch BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.1 sowie die Beiträge für die Berufsbildungsberichte in: Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 75 ff.; 2007, S. 59 ff.; 2006, S. 85 ff.; 2005, S. 73 ff.

Schaubild A3.1-1: Berufliche Pläne von Schulabgängern und Schulabgängerinnen 2004 bis 2010 jeweils im Frühjahr (in %)



Veränderungen innerhalb der Schulabgangspopulation zurückzuführen sein (vgl. Kapitel A2.2.1): So sank in Deutschland der Anteil der nicht studienberechtigten Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen, für die an erster Stelle eine betriebliche Ausbildung infrage kommt, zwischen 2006 und 2010 von 74 % auf 68 % (minus 6 Prozentpunkte).

Auf einem insgesamt niedrigeren Niveau ergeben sich für das Jahr 2010 ähnliche Muster wie in den Vorjahren⁴⁸: Männliche Jugendliche (55 %) haben gegenüber weiblichen Jugendlichen (47 %) ein größeres Interesse an einer dualen Ausbildung. Letztere streben häufiger eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung (10 % vs. 5 %) oder ein Studium (19 % vs. 13 %) an. Jugendliche mit Migrationshintergrund (58 %) sind 2010 wesentlich stärker an einer dualen Berufsausbildung direkt im Anschluss an die Schulzeit interessiert als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (49 %). Im Gegensatz zu früheren Jahren,

in denen sie in etwa gleichauf lagen, fällt die Differenz mit 9 Prozentpunkten sehr deutlich aus → **Tabelle A3.1-1**. Dieser Unterschied in den Präferenzen hängt stark mit dem Schulabschlussniveau und den damit möglichen beruflichen Optionen zusammen. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben zu einem höheren Anteil keinen oder nur einen Hauptschulabschluss als diejenigen ohne Migrationshintergrund; der Anteil der Studienberechtigten liegt bei 11 % (ohne Migrationshintergrund: 19 %).

Eine deutliche Veränderung im Vergleich zu früheren Befragungen zeigt sich außerdem bei den Schulabgängern und -abgängerinnen aus den neuen Ländern. In den Jahren 2004, 2005 und 2006 hatten diese jeweils noch ein stärkeres Interesse an einer betrieblichen Berufsausbildung direkt im Anschluss an die Schule bekundet. Bereits im Befragungsjahr 2008 war ein starker Rückgang zu verzeichnen. Jugendliche aus Ostdeutschland waren nur noch zu 53 % (West: 57 %) an einer solchen Ausbildung interessiert. Dieser Trend hat sich nun 2010 fortgesetzt. Gegenüber dem Jahr 2008 ist ein erneuter Rückgang von 10 Prozentpunkten zu verzeichnen; Jugendliche

48 Vgl. hierzu die früheren Befragungsergebnisse in BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.1 und Bundesministerium für Bildung und Forschung. 2007, S. 59 f.; 2006, S. 85 f.; 2005, S. 73 f.

Tabelle A3.1-1: Berufliche Pläne von Schulabgängern und Schulabgängerinnen im Frühjahr 2010 (in %)

	Berufliche Pläne im Frühjahr 2010					
	Duale Ausbildung	Schulberufsausbildung, Beamtenausbildung	Studium	Allgemeinbildende und berufliche Schule ¹	Berufliche Vollzeitschule ²	Sonstiges ³
Geschlecht						
männlich	55	5	13	6	5	16
weiblich	47	10	19	8	4	13
Wohnort						
alte Länder	53	7	15	7	4	13
neue Länder einschl. Berlin	43	8	17	8	5	21
Migrationshintergrund						
ohne Migrationshintergrund	49	7	17	7	4	15
mit Migrationshintergrund	58	8	10	7	5	12
Schultyp						
Hauptschule	68	8	[1]	6	12	6
Realschule	54	11	2	21	5	8
Integrierte Gesamtschule	50	5	16	11	6	12
Gymnasium	23	3	45	2	0	27
FOS und Fachgymnasium	34	8	32	5	3	18
Berufliche Vollzeitschule ²	73	9	[2]	[1]	3	12
Schulabschluss						
Hauptschulabschluss	77	4	[1]	4	9	6
mittlerer Bildungsabschluss	58	12	2	15	5	9
Hoch-/Fachhochschulreife	26	4	43	[1]	0	27
Gesamt	51	7	15	7	5	14

¹ Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium

² Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr

³ Arbeit, Praktikum, Wehr-/Zivildienst, freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Sonstiges

Bei Werten in Klammern ist die Fallzahl im ungewichteten Datensatz kleiner 5.

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragung 2010, gewichtete Daten

aus Ostdeutschland streben nur zu 43 % direkt im Anschluss an die Schule eine duale Ausbildung an. In Westdeutschland liegt die Quote noch bei 53 % und damit nur 4 Prozentpunkte unter dem Wert für 2008.

Ursächlich für diesen Rückgang dürften wiederum demografische Veränderungen innerhalb der Schulabgangspopulation sein: In den neuen Ländern ging der Anteil der nicht studienberechtigten Abgänger zwischen 2006 und 2010 mit minus 8 Prozentpunk-

ten (von 70 % auf 62 %) etwas stärker zurück als in den alten Ländern (minus 6 Prozentpunkte; von 75 % auf 69 %). Der Anteil der studienberechtigten Abgänger stieg entsprechend von 30 % auf 38 % an (vgl. **Kapitel A2.2.1**). Zum anderen plant ein größerer Teil der Nichtstudienberechtigten in Ostdeutschland, eine duale Berufsausbildung erst zu einem späteren Zeitpunkt zu absolvieren (siehe unten).

Die differenzierte Betrachtung nach Schultypen zeigt – auf insgesamt niedrigerem Niveau – dieselben Muster wie in den Vorjahren: Aus allgemeinbildenden Schulen äußern vor allem Abgänger/-innen aus Hauptschulen (68 %) und Realschulen (54 %) den Wunsch nach einer betrieblichen Berufsausbildung im Ausbildungsjahr 2010/2011. Den stärksten Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildung (73 %) haben wieder die Jugendlichen, die das allgemeinbildende Schulwesen bereits im Vorjahr bzw. in den Vorjahren verlassen haben und zuletzt ein Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) oder eine Berufsfachschule (BFS), die keinen Berufsabschluss vermittelt, besucht haben. Von den Abgängern und Abgängerinnen aus Gymnasien interessiert sich knapp ein Viertel (23 %) für eine betriebliche Berufsausbildung, 44 % möchten studieren. Bei den Abgängern und Abgängerinnen aus Fachoberschulen und Fachgymnasien ist der Wunsch nach einer dualen Ausbildung direkt im Anschluss an die Schule stark zurückgegangen: Hierfür interessiert sich nur noch ein Drittel (34 %; 2008: 45 %); im Gegenzug ist die Studierneigung auf ebenfalls ein Drittel (32 %; 2008: 25 %) angestiegen.

Im Hinblick auf die erreichten Schulabschlüsse zeigt sich, dass von den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss unverändert gut drei Viertel (77 %) im Frühjahr 2010 eine betriebliche Ausbildung angestrebt haben. Von den Jugendlichen mit mittlerem Bildungsabschluss waren es mit minus 5 Prozentpunkten noch etwas mehr als die Hälfte (58 %; 2008: 63 %). Jede/-r vierte Studienberechtigte (26 %; 2008: 30 %) hat ebenfalls diesen Wunsch geäußert.

Wunsch nach einer dualen Ausbildung zu einem späteren Zeitpunkt

Ein Teil der Jugendlichen entschied sich erst zwischen Frühjahr und Herbst 2010 für eine betriebliche Berufsausbildung oder strebt eine solche erst in den kommenden Jahren an → **Tabelle A3.1-2**. So möchte 1 % der Befragten noch im laufenden, weitere 6 % im nächsten Ausbildungsjahr und 12 % erst zu einem späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung beginnen. Von allen Befragten haben demnach weitere 19 % (2008: 16 %) den Wunsch nach einer späteren dualen Ausbildung. Der Anteil der Befragten, die im

laufenden Ausbildungsjahr oder später eine duale Ausbildung absolvieren möchten, addiert sich auf 70 % und liegt damit leicht unter dem im Jahr 2008 ermittelten Wert (72 %). Gegenüber früheren Befragungen zeigen sich für die Gesamtpopulation nur geringe Veränderungen. Die Befragungsergebnisse sind sehr stabil und verdeutlichen die ungebrochen hohe Affinität der Jugendlichen zum dualen System der Berufsausbildung (vgl. Friedrich 2009, S. 31).

Im Vorjahresvergleich fällt auf, dass bei jungen Frauen der Wunsch nach einer dualen Berufsausbildung nicht nur direkt im Anschluss an die Schulzeit stark zurückgegangen ist, sondern auch im Hinblick auf die längerfristige berufliche Perspektive ist eine Verringerung des Anteils der Frauen, die eine duale Berufsausbildung anstreben, von 69 % im Jahr 2008 auf 63 % zu verzeichnen. Bei den Männern ist hingegen eine leichte Steigerung zu erkennen (plus 2 Prozentpunkte), sodass der Abstand zwischen den Geschlechtern größer wurde.

Im Vergleich zu vorangegangenen Befragungen ist außerdem erkennbar, dass ostdeutsche Jugendliche die Aufnahme einer dualen Berufsausbildung häufiger auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Während der Wunsch, direkt nach der Schule mit einer dualen Ausbildung zu beginnen, stark abnahm (siehe oben), stieg der Anteil derjenigen an, die erst im nächsten Ausbildungsjahr oder zu einem noch späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung anstreben. In der Summe (68 %) ergeben sich deshalb praktisch keine Veränderungen gegenüber dem Jahr 2008 (67 %).

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind nicht nur direkt im Anschluss an die Schulzeit, sondern auch in längerfristiger Perspektive viel stärker an einer dualen Ausbildung interessiert als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (78 % vs. 68 %). Aufgrund einer gegenläufigen Entwicklung hat sich die Differenz im Vergleich zu 2008 (75 % vs. 71 %) noch erhöht: Bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist eine Steigerung um 3 Prozentpunkte zu erkennen, bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund kam es dagegen zu einer Verringerung um 3 Prozentpunkte.

Tabelle A3.1-2: **Schulabgänger und Schulabgängerinnen, die im Ausbildungsjahr 2010/2011 oder zu einem späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung absolvieren möchten (in %)**

	Befragte, die im Frühjahr 2010 den Wunsch nach einer dualen Ausbildung hatten	Befragte, die erst im Herbst 2010 den Wunsch nach einer dualen Ausbildung äußerten: ¹				Befragte, die 2010 oder später eine duale Ausbil- dung absolvie- ren möchten insgesamt
		noch in diesem Ausbildungs- jahr	erst im nächsten Ausbildungs- jahr	erst zu einem späteren Zeitpunkt	zusammen	
Geschlecht						
männlich	55	1	7	13	21	77
weiblich	47	0	4	12	16	63
Wohnort						
alte Länder	53	1	5	12	18	71
neue Länder einschl. Berlin	43	[3]	10	13	26	68
Migrationshintergrund						
ohne Migrationshintergrund	49	1	7	11	19	68
mit Migrationshintergrund	58	[1]	3	16	20	78
Schultyp						
Hauptschule	68	[1]	6	17	24	92
Realschule	54	1	3	19	24	77
Integrierte Gesamtschule	50	0	6	16	22	72
Gymnasium	23	1	9	8	19	42
FOS und Fachgymnasium	34	[1]	8	10	19	53
Berufliche Vollzeitschule ²	73	0	[4]	7	10	83
Schulabschluss						
Hauptschulabschluss	77	[1]	5	12	17	94
mittlerer Bildungsabschluss	58	1	3	16	20	78
Hoch-/Fachhochschulreife	26	1	9	8	18	43
Gesamt	51	1	6	12	19	70

¹ Rundungsdifferenzen möglich

² Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr

Bei Werten in Klammern ist die Fallzahl im ungewichteten Datensatz kleiner 5.

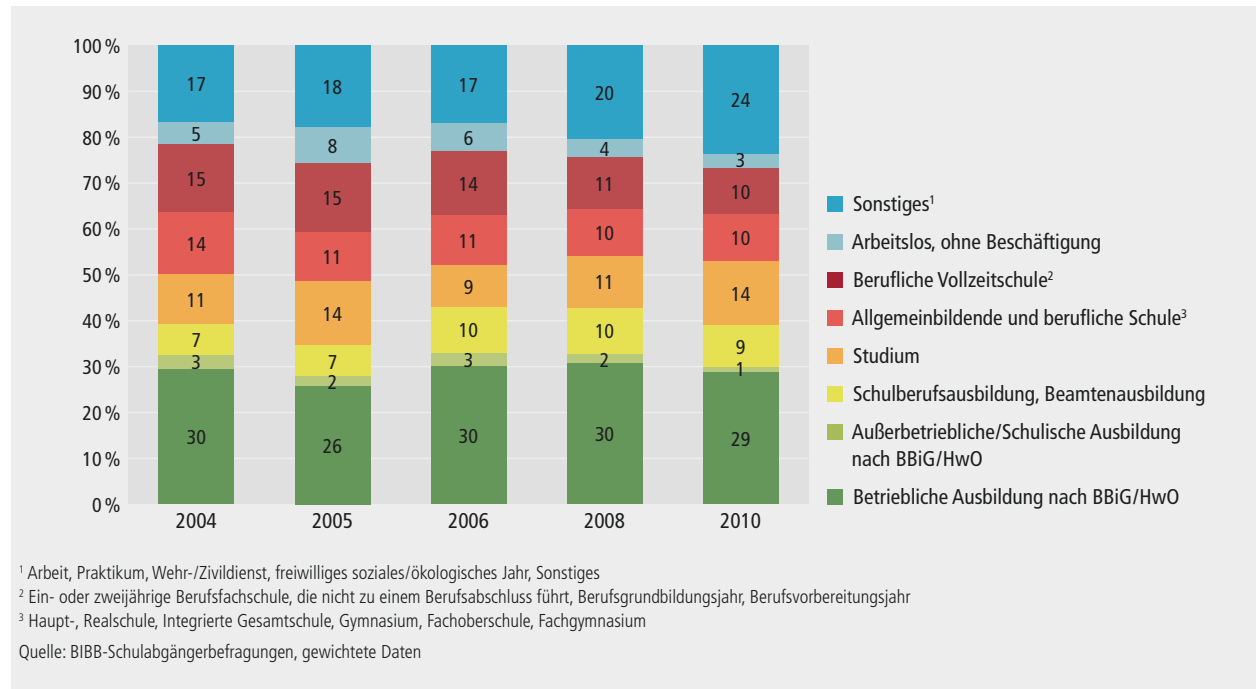
Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragung 2010, gewichtete Daten

Abgänger/-innen aus Hauptschulen zeigen das stärkste Interesse an einer dualen Berufsausbildung (92 %); der Anteil nahm gegenüber 2008 noch einmal um 3 Prozentpunkte zu. An zweiter Position liegen Jugendliche aus beruflichen Vollzeitschulen (83 %), wobei es hier im Vergleich zu 2008 (88 %) zu einer Verringerung um 5 Prozentpunkte kam. Es folgen Abgänger/-innen aus Realschulen (77 %) und Integrierten Gesamtschulen (72 %). Von den Abgängern und Abgängerinnen aus Fachoberschulen und Fachgymnasien strebt etwas mehr als die Hälfte (53 %) eine duale Ausbildung an. Gegenüber 2008 (60 %) kam es hier zu einer Verringerung des

Anteils um 7 Prozentpunkte. Abgänger/-innen aus Gymnasien interessieren sich zu 42 % für eine solche Ausbildung. Im Vergleich zu 2008 (37 %) entspricht dies einer Steigerung um 5 Prozentpunkte.

Differenziert nach den erreichten Schulabschlüssen zeigt sich erneut, dass eine Ausbildung im dualen System für 94 % (2008: 91 %) der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss und für 78 % (2008: 80 %) derjenigen mit einem mittleren Schulabschluss noch immer den Königsweg darstellt. Auch für Jugendliche mit Hochschul- oder Fachhochschulreife scheint dieser Weg weiterhin erstrebenswert zu sein, denn

Schaubild A3.1-2: Realisierte Bildungs- und Berufswege von Schulabgängern und Schulabgängerinnen
2004 bis 2010 jeweils im Herbst (in %)



obwohl ihnen auch andere berufliche Möglichkeiten offenstehen, interessieren sich insgesamt 43 % (2008: 44 %) für eine betriebliche Berufsausbildung.

Realisierte Bildungswege (Verbleib) im Herbst 2010

Im Herbst 2010 haben 29 % der Schulabgänger/-innen eine betriebliche und 1 % eine außerbetriebliche Ausbildung nach Berufsbildungsgesetz/Handwerksordnung (BBiG/HwO) begonnen bzw. werden im laufenden Ausbildungsjahr noch eine solche Ausbildung beginnen. Weitere 9 % sind in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung eingemündet, und 14 % studieren. 10 % besuchen eine weitere allgemeinbildende oder berufliche Schule und 10 % ein BVJ, ein BGJ oder eine BFS, die eine Grundbildung vermittelt. 3 % sind arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung, und 24 % arbeiten, absolvieren ein Praktikum, leisten Wehr-/Zivildienst oder ein soziales/ökologisches Jahr oder machen etwas Sonstiges. Im Vergleich zu den vorangegangenen Befragungen des BIBB zeigen sich insgesamt betrachtet meist nur graduelle Veränderungen → [Schaubild A3.1-2](#).

Obwohl der Anteil der Schulabgänger/-innen zurückgegangen ist, der direkt nach der Schule eine duale Berufsausbildung aufnehmen wollte, hat sich der Anteil der Schulabgänger/-innen, der in eine duale Berufsausbildung eingemündet ist, im Vergleich zu 2008 insgesamt kaum verändert. Im Vergleich zu früheren Befragungen (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A3.1; Friedrich 2009) sind sowohl relativ stabile Merkmalsstrukturen und -muster als auch Veränderungen im Zeitverlauf zu erkennen → [Tabelle A3.1-3](#): Männliche Jugendliche haben zu mehr als einem Drittel (34 % betrieblich plus 2 % außerbetrieblich), weibliche Jugendliche zu einem Viertel (23 % plus 1 %) eine duale Ausbildung begonnen. Letztere sind wiederum häufiger (13 %) in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung eingemündet als männliche Jugendliche (6 %), haben häufiger ein Studium begonnen (18 % vs. 10 %) oder besuchen weiter eine allgemeinbildende oder berufliche Schule (12 % vs. 8 %).

Hinsichtlich der lange Zeit bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West haben sich folgende Veränderungen ergeben: Die Schulabgänger/-innen aus den alten und den neuen Ländern haben 2010 erstmals

Tabelle A3.1-3: Realisierte Bildungs- und Berufswege von Schulabgängern und Schulabgängerinnen im Herbst 2010 (in %)

	Bildungs- und Berufswege im Herbst 2010							
	Betriebliche Ausbildung nach BBiG/ HwO	Außerbetriebliche Ausbildung nach BBiG/ HwO	Schulberufsausbildung, Beamtenausbildung	Studium	Allgemeinbildende und berufliche Schule ¹	Berufliche Vollzeitschule ²	Arbeitslos, ohne Beschäftigung	Sonstiges ³
Geschlecht								
männlich	34	2	6	10	8	12	4	24
weiblich	23	1	13	18	12	8	2	23
Wohnort								
alte Länder	29	1	9	13	10	11	3	24
neue Länder einschl. Berlin	28	[1]	10	17	9	7	5	24
Migrationshintergrund								
ohne Migrationshintergrund	31	1	9	15	9	8	3	23
mit Migrationshintergrund	22	2	10	9	13	18	3	25
Schultyp								
Hauptschule	37	3	11	0	10	28	[1]	9
Realschule	38	2	11	1	26	11	2	10
Integrierte Gesamtschule	32	0	12	10	11	14	[2]	21
Gymnasium	13	[1]	5	42	2	0	2	35
FOS und Fachgymnasium	22	0	9	27	4	5	[3]	30
Berufliche Vollzeitschule ²	31	[2]	10	[2]	6	8	8	33
Schulabschluss								
Hauptschulabschluss	36	4	10	0	8	24	3	15
mittlerer Bildungsabschluss	36	1	13	1	20	8	3	19
Hoch-/Fachhochschulreife	16	0	6	38	0	0	2	36
Gesamt	29	1	9	14	10	10	3	24

¹ Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium

² Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr

³ Arbeit, Praktikum, Wehr-/Zivildienst, freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Sonstiges

Bei Werten in Klammern ist die Fallzahl im ungewichteten Datensatz kleiner 5.

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragung 2010, gewichtete Daten

zu gleichen Teilen eine betriebliche Berufsausbildung aufgenommen (West: 29 %; Ost 28 %).⁴⁹ Auch hinsichtlich der Einmündung in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung (9 % vs. 10 %) sind keine Unterschiede zwischen Ost und West mehr zu erkennen. Der Anteil derjenigen, die ein Studium begonnen haben, ist in den neuen Ländern (17 %; 2008: 13 %) etwas stärker angestiegen als in den alten Ländern (13 %; 2008: 11 %), sodass der Abstand weiter leicht zugenommen hat.

Starke Unterschiede bestehen weiterhin zwischen Jugendlichen, die einen Migrationshintergrund aufweisen, und Jugendlichen, die keinen Migrationshintergrund haben (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel 3.1; vgl. Diehl/Friedrich/Hall 2009): Während Jugendliche ohne Migrationshintergrund insgesamt zu 32 % (2008: 35 %) eine duale Ausbildung aufnehmen, waren es bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund nur 24 %. Im Vergleich zu 2008 (23 %) hat sich die Einmündungsquote der Jugendlichen mit Migrationshintergrund damit nur leicht erhöht; ein Unterschied zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund von 8 Prozentpunkten bleibt weiterhin bestehen. Außerdem ist die Einmündungsquote in

⁴⁹ Der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung ist in diesem Jahr aufgrund einer zu geringen Fallzahl für Ostdeutschland nicht interpretierbar.

ein Studium bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund (9 %) weiterhin niedriger als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (15 %). Hinsichtlich des Übergangs in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung (10 % vs. 9 %) zeigen sich 2010 hingegen kaum Unterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund.

Die Betrachtung der besuchten Schultypen zeigt, dass Jugendliche aus Haupt- und aus Realschulen in etwa zu gleichen Teilen (37 % bzw. 38 %) in eine betriebliche Berufsausbildung eingemündet sind. Der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung liegt bei 3 % bzw. 2 %. Außerdem hat insgesamt jede/-r Dritte (34 %) aus Integrierten Gesamtschulen eine betriebliche Ausbildung begonnen. Von den Abgänger/-innen aus Gymnasien mündeten 13 % in eine betriebliche Ausbildung ein, 42 % begannen zu studieren. Bei denjenigen aus Fachoberschulen und Fachgymnasien hat nur noch jede/-r Fünfte (22 %; 2008: 30 %) eine duale Ausbildung begonnen; 27 % (2008: 20 %) nahmen ein Studium auf. Bei den Abgängern und Abgängerinnen aus beruflichen Vollzeitschulen ging der Anteil, der in eine betriebliche Ausbildung einmündete, gegenüber dem Jahr 2008 von 38 % auf 31 % zurück. Bei dieser Gruppe ist der Anteil derjenigen, die arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung sind, mit 8 % (2008: 10 %) weiterhin am größten.

Die Einmündungsquoten in das Übergangssystem, also der Besuch einer BFS, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, oder die Teilnahme an einem BVJ oder BGJ (hier: berufliche Vollzeitschule) haben sich im Zeitverlauf von 2004 bis 2010 insgesamt betrachtet verringert. Dennoch mündeten erneut 28 % (2008: 25 %) der Abgänger/-innen aus Hauptschulen in dieses System ein. Von den Realschulabgängern und -abgängerinnen sind es 11 % (2008: 10 %) und von denjenigen aus Integrierten Gesamtschulen 14 % (2008: 19 %). Von den Abgängern und Abgängerinnen aus beruflichen Vollzeitschulen besuchen 8 % im Herbst erneut eine nicht vollqualifizierende berufliche Vollzeitschule; hier ist eine Verringerung gegenüber dem Jahr 2008 (13 %) um 5 Prozentpunkte zu vermerken.

Differenziert nach dem höchsten erreichten Schulabschluss zeigt sich, dass die Übergangsquote in das duale System – betriebliche und außerbetriebliche

Formen zusammengefasst – bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss auf 40 % (2008: 36 %) angestiegen ist. Ein Viertel dieser Gruppe (24 %) ist in eine berufliche Vollzeitschule eingemündet. Bei Jugendlichen mit mittlerem Abschluss ging die Übergangsquote auf 37 % (2008: 42 %) zurück; ein Fünftel (20 %) besucht weiter eine allgemeinbildende oder berufliche Schule. Bei Studienberechtigten (16 %; 2008: 17 %) gab es keine gravierenden Veränderungen; mehr als jede/-r Dritte (38 %) hat ein Studium aufgenommen.

Wunsch nach einer dualen Ausbildung und Wirklichkeit

Von den Schulabgängern und Schulabgängerinnen, die sich im Frühjahr 2010 für eine duale Ausbildung interessierten, begann etwas mehr als die Hälfte (54 %) im Herbst 2010 tatsächlich eine duale (betriebliche und außerbetriebliche) Ausbildung. Im Zeitverlauf ist folgende Entwicklung zu erkennen → **Tabelle A3.1-4**: Im Jahr 2005, in dem die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge stark gesunken war, ging die Einmündungsquote auf 47 % (2004: 54 %) zurück. Im Jahr 2006 führte ein starker Zuwachs bei den neuen Ausbildungsverträgen⁵⁰ wieder zu einer verbesserten Einmündungsquote (52 %). Dieser Trend setzte sich 2008 (53 %) fort, und 2010 wird wieder der Wert von 2004 erreicht.

Differenziert nach soziodemografischen und individuellen Merkmalen sowie regionalen Faktoren zeigen sich zum Teil beträchtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Personengruppen → **Tabelle A3.1-5**: Männliche Jugendliche (60 %) konnten 2010 erneut ihren Wunsch nach einer dualen Ausbildung sehr viel häufiger realisieren als weibliche Jugendliche (47 %). Der Abstand zwischen den Geschlechtern liegt weiterhin bei 13 Prozentpunkten (2008: 15 Prozentpunkte). Weibliche Jugendliche, die sich für eine duale Ausbildung interessierten, mündeten dagegen wie bisher häufiger in eine Schulberufs- oder Beamtenausbildung ein, besuchen eine allgemeinbildende oder berufliche Schule oder begannen ein Studium.

50 Siehe hierzu: <http://www.bibb.de/de/28571.htm>.

Tabelle A3.1-4: Einmündungsquote in duale Berufsausbildung der Schulabgänger/-innen, die sich jeweils im Frühjahr für eine betriebliche Ausbildung interessierten (in %)

	Einmündung in duale Berufsausbildung				
	2004	2005	2006	2008	2010
Geschlecht					
männlich	57	49	57	59	60
weiblich	49	43	45	44	47
Wohnort					
alte Länder	54	47	51	52	53
neue Länder einschl. Berlin	52	47	53	54	61
Migrationshintergrund					
ohne Migrationshintergrund	56	52	54	58	60
mit Migrationshintergrund	45	25	42	33	37
Schultyp					
Allgemeinbildende und berufliche Schule ¹	53	48	50	52	59
Berufliche Vollzeitschule ²	56	44	56	54	44
Schulabschluss					
Hauptschulabschluss	48	43	50	44	49
mittlerer Bildungsabschluss	58	50	53	64	59
Hoch-/Fachhochschulreife	56	53	54	48	58
Gesamt	54	47	52	53	54

¹ Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium

² Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragungen, gewichtete Daten

In Ostdeutschland hat sich der Anteil der Schulabgänger/-innen, der in das duale System eingemündet ist, um mindestens 6 Prozentpunkte von 54 % (2008) auf 60 % erhöht.⁵¹ Die Quote für Westdeutschland (54 %) ist dagegen nur geringfügig höher als im Jahr 2008 (52 %). In Ostdeutschland wirken sich bereits jetzt die demografischen Faktoren aus, die zu einem weiteren Rückgang der an einer Ausbildung interessierten Personen und damit zu einer Verbesserung der Chancen des/der Einzelnen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz führen werden.

Jugendliche mit Migrationshintergrund konnten von der Entwicklung am Ausbildungsstellenmarkt nur leicht profitieren. Im Vergleich zu Jugendlichen ohne

Migrationshintergrund haben sie weiterhin signifikant schlechtere Realisierungsmöglichkeiten. Der Unterschied fällt mit 35 % zu 58 %, d. h. mit einer Differenz von 23 Prozentpunkten, ähnlich hoch aus wie im Jahr 2008 (32 % vs. 54 %). Statt eine betriebliche Ausbildung zu absolvieren, gehen 11 % (vs. 4 %) der Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf eine allgemeinbildende oder berufliche Schule. Weitere 11 % (vs. 5 %) besuchen ein BVJ oder ein BGJ und 6 % (vs. 3 %) eine BFS, die keinen Berufsabschluss vermittelt (unter beruflicher Vollzeitschule zusammengefasst), 7 % (vs. 6 %) arbeiten oder jobben, und 7 % (vs. 4 %) absolvieren ein Praktikum (unter Sonstiges zusammengefasst). Der Anteil derjenigen, die angeben, arbeitslos bzw. ohne Beschäftigung zu sein, hat sich von 11 % (2008) auf 4 % verringert.

Die Quote der Abgänger/-innen aus beruflichen Vollzeitschulen, die eine betriebliche Ausbildung begonnen haben, ist um 5 Prozentpunkte auf 43 % (2008: 48 %) zurückgegangen. Die im Rahmen eines BVJ, BGJ oder einer BFS (ohne Berufsabschluss) vermittelten beruflichen Grundqualifikationen und ggf. (höheren) Schulabschlüsse reichen offensichtlich

⁵¹ Im Jahr 2008 mündeten im Osten 43 % in eine betriebliche und 11 % in eine außerbetriebliche Ausbildung ein. In der Befragung 2010 fällt die Fallzahl für die Einmündung in außerbetriebliche Ausbildung in Ostdeutschland sehr gering aus, sodass die Daten nicht interpretiert werden können. Es wird deshalb nur die Quote für die Einmündung in betriebliche Ausbildung herangezogen. Bezogen auf die Schulabgangskohorten gibt es keine andere Datenquelle, mit deren Hilfe der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung genauer bestimmt werden könnte. Betrachtet man die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30.09.2010, so liegt der Anteil der „überwiegend öffentlich finanzierten“ Ausbildung in Ostdeutschland bei 20,3 % (vgl. Kapitel A1.1, Tabelle A1.1-4).

Tabelle A3.1-5: Realisierte Bildungs- und Berufswege (Herbst 2010) von Schulabgängern und Schulabgängerinnen, die sich im Frühjahr 2010 für eine betriebliche Ausbildung interessierten (in %)

	Bildungs- und Berufswege im Herbst 2010							
	Betriebliche Ausbildung nach BBiG/HwO ¹	Außerbetriebliche Ausbildung nach BBiG/HwO ¹	Schulberufsausbildung, Beamtenausbildung	Studium	Allgemeinbildende und berufliche Schule ²	Berufliche Vollzeitschule ³	Arbeitslos, ohne Beschäftigung	Sonstiges ⁴
Geschlecht								
männlich	59	2	4	1	4	12	5	14
weiblich	45	2	9	3	9	8	[1]	23
Wohnort								
alte Länder	52	2	6	2	7	11	3	19
neue Länder einschl. Berlin	60	[2]	11	[4]	[2]	[4]	[4]	13
Migrationshintergrund								
ohne Migrationshintergrund	58	2	6	2	4	8	3	16
mit Migrationshintergrund	35	[3]	7	[2]	11	17	4	23
Schultyp								
Allgemeinbildende und berufliche Schule ²	57	2	7	3	6	11	2	12
Berufliche Vollzeitschule ³	43	[1]	4	0	[6]	8	7	31
Schulabschluss								
Hauptschulabschluss	45	3	8	0	4	19	4	16
mittlerer Bildungsabschluss	58	1	4	0	10	5	3	18
Hoch-/Fachhochschulreife	56	[2]	8	12	0	[1]	[2]	21
Gesamt	52	2	6	2	6	10	3	18

¹ Abweichungen zu Tabelle A3.1-4 durch Rundungsdifferenzen

² Haupt-, Realschule, Integrierte Gesamtschule, Gymnasium, Fachoberschule, Fachgymnasium

³ Ein- oder zweijährige Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führt, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr

⁴ Arbeit, Praktikum, Wehr-/Zivildienst, freiwilliges soziales/ökologisches Jahr, Sonstiges

Bei Werten in Klammern ist die Fallzahl im ungewichteten Datensatz kleiner 5.

Quelle: BIBB-Schulabgängerbefragung 2010, gewichtete Daten

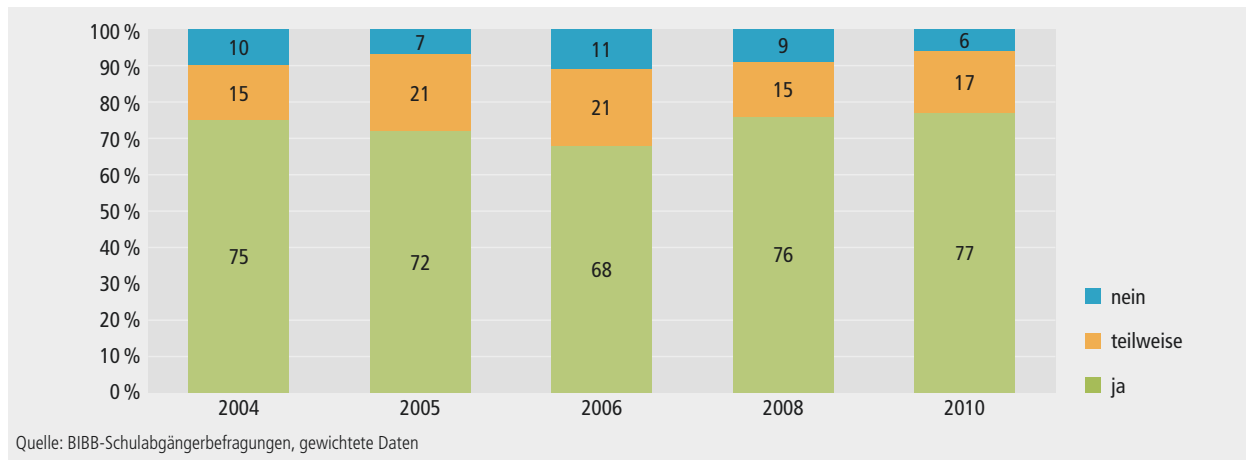
nicht immer aus, um den Jugendlichen den Weg in eine betriebliche Ausbildung zu ebnen.

Die Betrachtung der höchsten Schulabschlüsse zeigt, dass sich die Chancen von Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss auf einen Ausbildungsplatz auf insgesamt 48 % (2008: 44 %) verbessert haben. Der Zuwachs fand dabei ausschließlich bei den betrieblichen Stellen statt: Dieser Anteil stieg um 7 Prozentpunkte (45 %; 2008: 38 %) an, während der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung bei den Abgänger/-innen mit Hauptschulabschluss um 3 Prozentpunkte zurückging (3 %; 2008: 6 %). Der Anteil derjenigen, die ins Übergangssystem einmündeten, ist mit 19 % (2008: 21 %; 2006: 23 %; 2005: 27 %; 2004: 27 %) auch weiterhin hoch. Bei Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss ist der Anteil, der eine betriebliche Ausbildung aufnahm, leicht zurückgegangen (2008:

62 %); er ist mit 58 % aber immer noch am höchsten. Von den Studienberechtigten haben wieder 56 % eine betriebliche Ausbildung begonnen; 2008 waren es nur 45 %. Der Anteil der an einer dualen Ausbildung interessierten Studienberechtigten, die im Herbst stattdessen in ein Studium eingemündet sind, sank wieder auf 12 % (2008: 20 %; 2006: 8 %; 2005: 9 %; 2004: 14 %).

Trotz der weiteren Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt konnte erneut fast die Hälfte der Jugendlichen (46 %), die eine duale Ausbildung anstrebte, im Herbst keine solche Ausbildung antreten. Stattdessen haben 6 % einen schulischen Ausbildungsgang an einer BFS oder eine Laufbahn im öffentlichen Dienst begonnen, 2 % studieren, und 6 % besuchen eine allgemeinbildende oder eine berufliche Schule. Insgesamt 10 % sind in das Übergangssystem eingemündet: darunter 7 % in ein BGJ oder BVJ und 3 % in

Schaubild A3.1-3: Übereinstimmung von Wunschberuf und Ausbildungsberuf 2004 bis 2010 (in %)



eine BFS, die nicht zu einem Berufsabschluss führt (in → **Tabelle A3.1-5** unter beruflicher Vollzeitschule zusammengefasst). Weitere 3 % der Jugendlichen sind arbeitslos. Von den Verbleibenden gehen 6 % arbeiten bzw. jobben, 5 % machen ein Praktikum, und 3 % absolvieren den Wehr- bzw. Zivildienst oder ein freiwilliges soziales oder freiwilliges ökologisches Jahr (unter „Sonstiges“ zusammengefasst).

Von den Schulabgängern und Schulabgängerinnen, die sich im Frühjahr 2010 für eine duale Berufsausbildung interessierten, im Herbst aber keine betriebliche Ausbildung aufnahmen, hält die Mehrzahl an ihrem ursprünglichen Berufswunsch fest. Trotz alternativen Verbleibs (vgl. **Kapitel A1, Kapitel A1.2, Kapitel A3.2**) suchen 27 % noch für das laufende Ausbildungsjahr eine Ausbildungsstelle, und 43 % möchten im nächsten Ausbildungsjahr eine Ausbildung beginnen. Weitere 15 % möchten erst zu einem späteren Zeitpunkt eine betriebliche Berufsausbildung absolvieren. Nur 14 % der Schulabgänger und Schulabgängerinnen, die ihren Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildung im Herbst 2010 nicht realisieren konnten, haben ihre Absicht ganz aufgegeben.

Für das laufende Ausbildungsjahr 2010/2011 sind insbesondere männliche Jugendliche (35 %), Jugendliche mit Migrationshintergrund (29 %), Abgänger/-innen aus nicht vollqualifizierenden beruflichen Vollzeitschulen (40 %) und Jugendliche mit Hauptschulabschluss (36 %) weiterhin an einer Ausbildungsstelle interessiert. Für das nächste Aus-

bildungsjahr 2011/2012 zeigen weibliche Jugendliche (48 %), Jugendliche mit Migrationshintergrund (46 %), Abgänger/-innen aus nicht vollqualifizierenden beruflichen Vollzeitschulen (45 %) und Jugendliche mit Hauptschulabschluss (49 %) ein überdurchschnittliches Interesse. Bei Studienberechtigten, denen verschiedene alternative Ausbildungswege offenstehen, ist mit 44 % der Anteil am größten, der den ursprünglichen Berufswunsch aufgegeben hat.

Übereinstimmung von Ausbildungsberuf und Wunschberuf

Die Mehrzahl der Jugendlichen, die eine betriebliche Berufsausbildungsstelle bekommen haben, konnten ihre beruflichen Vorstellungen bei der Berufswahl umsetzen → **Schaubild A3.1-3**. Drei Viertel (77 %) der Schulabgänger/-innen mit Ausbildungsvertrag gaben an, dass der Ausbildungsberuf ihrem Wunschberuf entspreche. Für 17 % stimmt der tatsächliche Ausbildungsberuf nur teilweise mit dem Wunschberuf überein, und 6 % erlernen einen Ausbildungsberuf, der nicht dem Wunschberuf entspricht. Im Zeitverlauf zeigt sich von 2004 bis 2006 zunächst eine kontinuierliche Verringerung des Anteils der Jugendlichen, bei denen Ausbildungs- und Wunschberuf übereinstimmen. Die angespannte Lage am Ausbildungsstellenmarkt hatte damals dazu geführt, dass sich viele Ausbildungsplatzbewerber/-innen in ihrer Berufswahl flexibel zeigten und Ausbildungsstellenangebote annahmen, die mit den ursprünglichen Berufswünschen oftmals nicht oder nur teilweise

übereinstimmten. Die Entspannung am Ausbildungsstellenmarkt führte 2008 wieder dazu, dass ein größerer Anteil den angestrebten Ausbildungsberuf erlernen konnte. 2010 hat die Wahlfreiheit für die Jugendlichen noch einmal leicht zugenommen.

Weibliche Jugendliche (83 %) konnten 2010 zu einem viel größeren Anteil ihren Wunschberuf realisieren als männliche Jugendliche (74 %). Im Vergleich zu den vorangegangenen Befragungen haben sich die Verhältnisse sogar umgekehrt: Männliche Jugendliche (2008: 79 %; 2006: 72 %) hatten bislang bessere Realisierungsmöglichkeiten als weibliche Jugendliche (2008: 70 %; 2006: 62 %). Bei jedem Fünften (20 %; weiblich: 12 %) stimmt der erlernte Beruf nur teilweise mit dem Wunschberuf überein.

Die Realisierungsmöglichkeiten in Ostdeutschland (75 %; 2008: 67 %; 2006: 54 %) haben sich im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verbessert und sich denen in Westdeutschland angenähert (78 %; 2008: 78 %; 2006: 71 %).

Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist gegenüber 2008 die Übereinstimmung zwischen Ausbildungsberuf und Wunschberuf wieder stark zurückgegangen (66 %; 2008: 78 %; 2006: 59 %). Im Gegenzug ist der Anteil einer teilweisen Übereinstimmung sehr stark von 8 % auf 25 % (ohne Migrationshintergrund 15 %; 2008: 16 %) angestiegen. Bei jeder/jedem Zehnten mit Migrationshintergrund (10 %; 2008: 13 %) stimmen Ausbildungs- und Wunschberuf gar nicht überein (ohne Migrationshintergrund 5 %; 2008: 8 %).

Hinsichtlich der erreichten Schulabschlüsse ist keine eindeutige Tendenz zu erkennen: Bei Jugendlichen mit Hauptschulabschluss (72 %) und Jugendlichen mit Fach-/Hochschulreife (73 %) fallen die Übereinstimmungsquoten ähnlich hoch aus (teilweise Übereinstimmung: 22 % bzw. 20 %). Jugendliche mit mittlerem Abschluss konnten zu 82 % den gewünschten Beruf erlernen (teilweise Übereinstimmung: 13 %).

Zusammenfassung

Die BIBB-Schulabgängerbefragung 2010 zeigt, dass weiterhin ein großes Interesse von Jugendlichen an einer dualen Berufsausbildung besteht. Im Vergleich

zu vorangegangenen Befragungen ist jedoch erstmals ein Rückgang bei dem Wunsch, direkt nach der Schulzeit oder zu einem späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung aufzunehmen, erkennbar. Mehr als die Hälfte der an einer dualen Ausbildung Interessierten hat im Herbst 2010 eine duale Ausbildung begonnen. Vor allem für die Schulabgänger/-innen in Ostdeutschland ist im Jahresvergleich eine deutliche Verbesserung der Ausbildungssituation festzustellen.

Insgesamt konnten drei Viertel der Jugendlichen ihren Wunschberuf realisieren. Der Anteil derjenigen, die teilweise oder gar nicht ihren angestrebten Ausbildungsberuf erlernen konnten, ging weiter zurück. Ursächlich hierfür sind insbesondere die demografischen Veränderungen hinsichtlich der Stärke der Schulabgangskohorten, die zu einer weiteren Entspannung des Ausbildungsstellenmarktes führten (vgl. Kapitel A1).

Auf der anderen Seite konnte auch 2010 wieder knapp die Hälfte derjenigen, die sich für eine duale Ausbildung interessierten, ihren Ausbildungswunsch nicht realisieren. Nach wie vor gilt dies insbesondere für Jugendliche aus beruflichen Vollzeitschulen, also aus dem Übergangssystem, bei denen sich die Übergangsquoten gegenüber 2008 wieder verringert haben. Weiterhin sehr stark betroffen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund. Bei diesen stagniert die Übergangsquote bei etwa einem Drittel; statt in eine duale Ausbildung münden sie viel häufiger als Jugendliche ohne Migrationshintergrund in eine allgemeinbildende oder berufliche Schule oder in das Übergangssystem ein.

Nur unterdurchschnittlich sind die Übergänge in eine duale Ausbildung weiterhin bei weiblichen Jugendlichen. Diese erlernen zwar, wenn sie keine betriebliche Ausbildungsstelle bekommen haben, häufiger einen Schulberuf, nehmen eine Beamtenausbildung auf oder studieren. In der Summe mündet dennoch ein geringerer Anteil in vollqualifizierende Ausbildungsgänge ein als bei männlichen Jugendlichen.

(Michael Friedrich)

A3.2 Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) führt die BA/BIBB-Bewerberbefragung **E** zurzeit im Abstand von 2 Jahren gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) auf Weisung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durch. Die Befragung findet jeweils nach Abschluss des Berichtsjahres der BA am 30. September statt und verfolgt das Ziel, die Daten der amtlichen Statistik durch wichtige zusätzliche Informationen zu ergänzen. So können im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung zwei bildungspolitisch relevante Zielgruppen identifiziert werden, welche die Ausbildungsmarktstatistik der BA derzeit nicht präzise ausweisen kann: die Gruppe der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund und die der Altbewerber/-innen. Darüber hinaus klärt die BA/BIBB-Bewerberbefragung Sachverhalte, die im Rahmen der Ausbildungsmarktstatistik der BA nicht ermittelt werden können, jedoch bildungspolitisch von hoher Relevanz sind, wie beispielsweise die Erfassung des Verbleibs von Bewerbern und Bewerberinnen, für die die Vermittlungsbemühungen eingestellt wurden, da sie sich bei der Arbeitsverwaltung nicht mehr gemeldet hatten, also offiziell unbekannt verblieben waren.

E BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

Bei der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 handelt es sich um eine schriftlich-postalische Repräsentativerhebung von rund 4.600 Personen. Grundgesamtheit waren diejenigen 551.998 Jugendlichen, die im Berichtsjahr 2009/2010 bei der BA als Ausbildungsstellenbewerber/-innen gemeldet waren und ihren Wohnsitz im Inland hatten. Die Stichprobe wurde von der BA gezogen. Die anonym durchgeführte Befragung fand von Anfang Dezember 2010 bis Mitte Februar 2011 statt. Insgesamt wurden 13.000 Personen angeschrieben. Die Auswahl erfolgte per Zufall unter Beteiligung aller Arbeitsagenturbezirke. Der Rücklauf betrug 4.740 (36 %). In die Auswertung gelangten 4.621 Bogen; ausgeschlossen wurden verspätet eingegangene, sehr unvollständig ausgefüllte Fragebogen und Bogen, die regional nicht eindeutig zugeordnet werden konnten. Die Ergebnisse wurden über eine Soll-Ist-Anpassung gewichtet und auf die Grundgesamtheit der Bewerber/-innen mit inländischem

Wohnsitz hochgerechnet. Hochrechnungsmerkmale waren die Herkunftsregion, das Geschlecht und die offizielle Verbleibseinstufung der Bewerber/-innen.⁵² Aufgrund des engen Zeitfensters, das für die Auswertung zur Verfügung stand, handelt es sich hier noch um vorläufige Ergebnisse.

A3.2.1 Merkmale und Verbleib von Altbewerbern und Altbewerberinnen

Der Anteil der aus früheren Schulentlassjahrgängen stammenden Bewerber/-innen⁵³ an allen bei der BA gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen stieg in den vergangenen beiden Jahrzehnten erheblich an und betrug zuletzt, d. h. im Berichtsjahr 2009/2010, immer noch 46 % (vgl. Kapitel A1.2). Ob sich die Bewerber/-innen, die die Schule bereits in Vorjahren verließen und daher in der Vergangenheit oft als „Altbewerber/-innen“ bezeichnet wurden, tatsächlich schon früher einmal um eine Ausbildungsstelle beworben hatten, geht aus der Ausbildungsmarktstatistik der BA allerdings nicht hervor.⁵⁴ Eine eindeutige Abgrenzung des Personenkreises der Altbewerber/-innen ist demgegenüber im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragungen möglich. Dort wird auch erfasst, für welches Ausbildungsjahr sich die Altbewerber/-innen erstmals um eine Ausbildungsstelle beworben haben. Darüber hinaus werden weitere wichtige Informationen insbesondere zu den schulischen Voraussetzungen, zur Ausbildungsplatzsuche und zum Verbleib der Bewerber/-innen erhoben, die für differenzierte Analysen zu den Altbewerbern und Altbewerberinnen notwendig, in der BA-Statistik jedoch nicht enthalten sind.

Das BIBB geht bei seinen Analysen auf Grundlage der BA/BIBB-Bewerberbefragungen von folgender Definition aus: Altbewerber/-innen sind „all diejenigen Personen, die angeben, sich bereits einmal für einen früheren Ausbildungsbeginn als den des jeweils

52 Weitere Informationen zu den BA/BIBB-Bewerberbefragungen sind unter: <http://www.bibb.de/de/wlk30081.htm> abrufbar.

53 Zum Status der gemeldeten Bewerber/-innen und zur Ausbildungsmarktstatistik der BA vgl. Kapitel A1.2.

54 Aus diesem Grund weist die BA nun auch zusätzlich Angaben über die Bewerber/-innen für Berufsausbildungsstellen aus, die bereits in einem früheren Berichtsjahr als Bewerber/-in gemeldet waren. Vollständige Informationen, d. h. einschließlich der bei den zkt gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen, liegen hierzu jedoch erst ab 2013/2014 vor (vgl. **E** in Kapitel A1.2).

Tabelle A3.2.1-1: Merkmale der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010

Merkmale	Altbewerber/-innen					Sonstige Bewerber/-innen	
	Insgesamt		darunter:			Insgesamt	
			Vorjahr	Vorvorjahr	noch früher		
	Anzahl ¹	in %	in %	in %	in %	Anzahl ¹	in %
Geschlecht							
männlich	106.600	51	53	49	49	194.838	57
weiblich	102.640	49	47	51	51	147.920	43
Alter							
16 Jahre und jünger	4.983	2	4	1		81.183	24
17 Jahre	20.131	10	18	4		92.737	27
18 Jahre	35.344	17	25	18	2	62.567	18
19 bis 20 Jahre	77.893	37	34	51	31	65.475	19
21 Jahre und älter	69.965	34	19	27	67	39.685	12
Migrationshintergrund							
ohne Migrationshintergrund	149.027	71	71	70	75	258.233	75
mit Migrationshintergrund	60.212	29	29	30	25	84.319	25
Höchster Schulabschluss							
(noch) kein Abschluss	2.537	1	1	2	1	7.323	2
Sonderschulabschluss	1.475	1	1			3.679	1
Hauptschulabschluss	48.463	24	24	23	23	77.962	23
qualifizierter Hauptschulabschluss	21.584	11	12	10	9	34.777	10
mittlerer Schulabschluss	83.000	41	41	42	39	133.530	40
Berechtigung für gymnasiale Oberstufe	17.569	9	8	9	9	35.962	11
Fachhochschulreife	18.042	9	7	11	11	14.752	4
Hochschulreife, Abitur	10.951	5	5	3	8	26.910	8
Insgesamt	209.240	100	100	100	100	342.758	100

¹ In die BA/BIBB-Bewerberbefragung wurden ausschließlich Personen mit Wohnsitz im Inland einbezogen. Gleiches gilt für die Hochrechnung. Hierdurch erklärt sich die etwas niedrigere Gesamtzahl an Bewerbern und Bewerberinnen im Vergleich zur Ausbildungsmarktstatistik. Leichte Abweichungen in den Tabellensummen gegenüber den Einzelwerten sind auf fehlende Angaben zurückzuführen.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

aktuellen Ausbildungsjahres beworben zu haben“ (vgl. **E in Kapitel A1.2**; Ulrich/Krekel 2007). Diese Abgrenzung führte für das Berichtsjahr 2009/2010 zu einer Altbewerberquote von 38 %.⁵⁵ Bei den männlichen Bewerbern betrug die Altbewerberquote 35 %,

bei den weiblichen Bewerberinnen lag sie mit 41 % deutlich höher.

Somit war im Berichtsjahr 2009/2010 der Anteil junger Frauen unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen mit 49 % fast ebenso hoch wie der Anteil junger Männer (51 %) → **Tabelle A3.2.1-1**. Bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen⁵⁶ war der

⁵⁵ Für 6 % der in die BA/BIBB-Bewerberbefragung einbezogenen Personen konnte der Status allerdings nicht geklärt werden, da die Frage zu früheren Bewerbungen um eine Ausbildungsstelle nicht beantwortet wurde. Die tatsächliche Altbewerberquote dürfte somit etwas unterschätzt sein. Hinzuweisen ist auch darauf, dass die für 2009/2010 ermittelte Altbewerberquote wegen einer leicht veränderten Erfassungsmethode nicht unmittelbar mit den Ergebnissen früherer BA/BIBB-Bewerberbefragungen vergleichbar ist.

⁵⁶ Zu den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen wurden die Befragten gerechnet, die sich früher noch nicht um eine Ausbildungsstelle beworben hatten bzw. für die dies aufgrund fehlender Angaben nicht geklärt werden konnte.

Tabelle A3.2.1-2: Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010

Aktueller Verbleib	Altbewerber/-innen					Sonstige Bewerber/-innen	
	Insgesamt		darunter:			Insgesamt	
			Vorjahr	Vorvorjahr	noch früher		
	Anzahl ¹	in %	in %	in %	in %	Anzahl ¹	in %
betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf	74.482	36	41	33	29	146.863	43
außerbetriebliche/schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf ²	20.474	10	8	12	11	23.443	7
Ausbildung in einem Schulberuf, sonstige Berufsausbildung	7.004	3	4	3	4	17.888	5
Studium	4.413	2	2	1	3	6.448	2
allgemeinbildende Schule	5.345	3	3	3	1	27.135	8
Berufsfachschule (teilqualifizierend)	10.882	5	7	6	2	34.691	10
schulisches BVJ, BEJ, BOJ sowie BGJ ³	4.452	2	3	1	1	13.775	4
berufsvorbereitende Maßnahme	10.685	5	6	5	4	14.774	4
betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)	4.284	2	2	2	1	4.605	1
Praktikum	3.758	2	2	2	2	4.203	1
Wehr-/Zivildienst, freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr	2.415	1	1	2	2	5.250	2
Erwerbstätigkeit	8.833	4	2	4	8	5.807	2
Jobben	14.346	7	6	8	8	9.008	3
arbeitslos	29.322	14	10	13	21	19.873	6
Sonstiges (z. B. aus privaten Gründen zu Hause, Auslandsaufenthalt)	4.649	2	1	3	4	4.179	1
Insgesamt	209.240	100	100	100	100	342.758	100

¹ Die leichte Abweichung der Tabellensumme gegenüber den Einzelwerten ist auf fehlende Angaben zurückzuführen.

² Einschließlich der Fälle, in denen die Ausbildungsform nicht klar erkennbar war.

³ BVJ: Berufsvorbereitungsjahr; BEJ: Berufseinstiegsjahr; BOJ: Berufsorientierungsjahr; BGJ: Berufsgrundbildungsjahr.

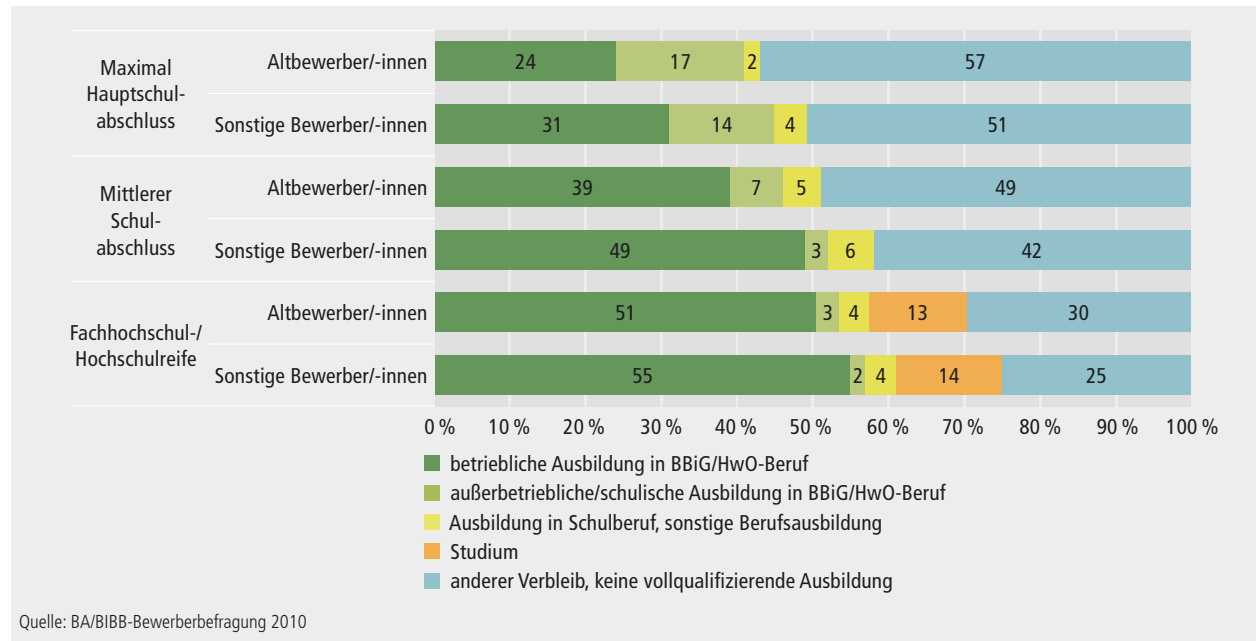
Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

Frauenanteil dagegen deutlich niedriger (43 %). Die Altbewerber/-innen waren naturgemäß im Durchschnitt älter: 88 % waren schon volljährig, während dies nur auf knapp die Hälfte (49 %) der übrigen Bewerber/-innen zutraf. Jugendliche mit Migrationshintergrund **E** waren unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen mit einem Anteil von 29 % etwas häufiger vertreten als unter den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen (25 %).⁵⁷ Die höchsten erreichten Schulabschlüsse unterschieden sich in den beiden

Bewerbergruppen kaum, teilweise schnitten die Altbewerber/-innen sogar etwas besser ab. So hatten sie seltener noch keinen Schulabschluss erreicht (1 % vs. 2 %), und die Fachhochschulreife war bei ihnen verbreiteter (9 % vs. 4 %) als bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen. Dies dürfte daran liegen, dass die in früheren Jahren erfolglosen Bewerber/-innen relativ häufig im Rahmen eines Bildungsgangs des Übergangssystems oder durch den Besuch einer Fachoberschule noch den Schulabschluss nachholten bzw. einen höheren Schulabschluss erwarben. Auch hinsichtlich der Schulnoten waren die Altbewerber/-innen fast genauso gut: Lediglich die Deutschnoten der Altbewerber/-innen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife waren im Durchschnitt

⁵⁷ Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen, der nach den Ergebnissen der vorangegangenen Bewerberbefragungen von 29 % im Jahr 2006 auf 25 % im Jahr 2008 zurückgegangen war, stieg damit 2010 wieder an.

Schaubild A3.2.1-1: Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010 nach Schulabschluss (in %)



etwas schwächer als die der vergleichbaren sonstigen Bewerber/-innen (2,9 vs. 2,7). Auch bei der durchschnittlichen Mathematiknote waren die Unterschiede zwischen den beiden Bewerbergruppen eher gering: bei mittlerem Schulabschluss: 3,2 vs. 3,0; bei Fachhochschul- bzw. Hochschulreife: 3,2 vs. 3,0, keine Abweichung bei maximal Hauptschulabschluss.

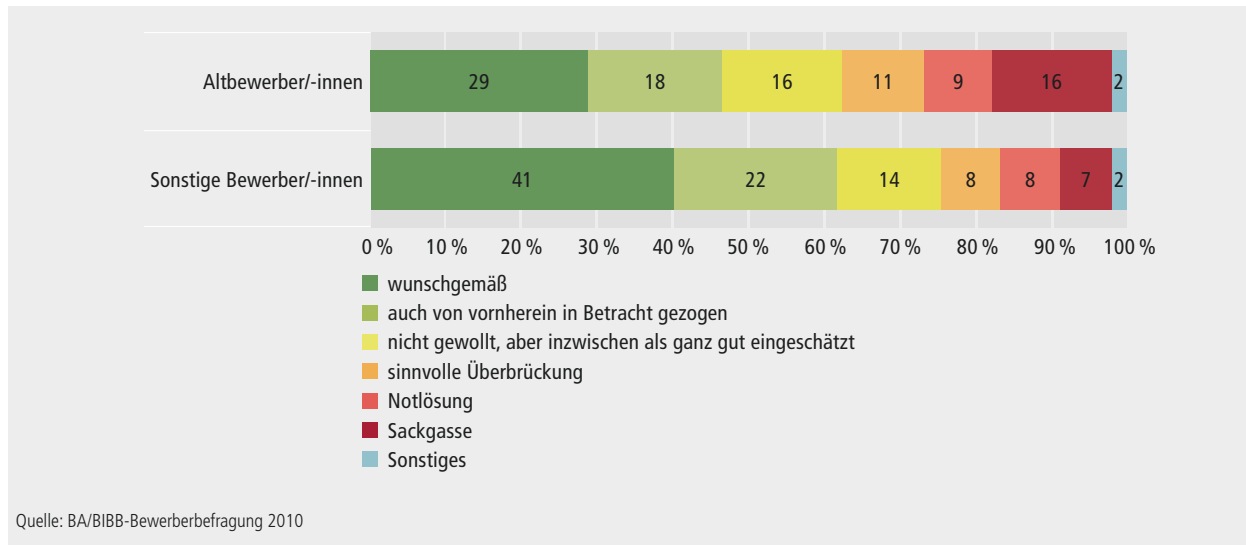
Zum Jahresende 2010 befanden sich 36 % der Altbewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 in einer betrieblichen Berufsausbildung, 10 % in einer außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf und 3 % in einer Ausbildung in einem Schulberuf bzw. in einer sonstigen Ausbildungsform, z. B. einer Ausbildung in einer Beamtenlaufbahn → **Tabelle A3.2.1-2**. Den Altbewerbern und Altbewerberinnen gelang der Einstieg in eine betriebliche Ausbildung damit erheblich seltener als den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen, von denen 43 % am Ende des Jahres 2010 in eine betriebliche Ausbildung eingemündet waren. In den nicht betrieblichen Ausbildungsformen (ohne Studium) waren die Altbewerber/-innen mit insgesamt 13 % etwa ebenso oft vertreten wie die übrigen Bewerber/-innen (12 %). Dabei hatte für die Altbe-

werber/-innen die außerbetriebliche bzw. schulische BBiG-Ausbildung eine größere, die Ausbildung in Schulberufen dagegen eine geringere Bedeutung als für die sonstigen Bewerber/-innen.

Je länger die erstmalige Bewerbung um eine Ausbildungsstelle bereits zurücklag, umso schwieriger wurde für die Altbewerber/-innen der Übergang in eine betriebliche Berufsausbildung. Bewarben sie sich erstmalig im Vorjahr, so betrug der Anteil derjenigen, die zum Jahresende 2010 in betrieblicher Ausbildung waren, 41 % und sank auf 33 % bzw. 29 %, wenn die Erstbewerbung bereits vor 2 Jahren oder noch früher erfolgte. Dagegen nahmen die Altbewerber/-innen etwas häufiger eine außerbetriebliche oder schulische Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf auf, wenn seit der ersten Bewerbung mehr als 1 Jahr vergangen war; die entsprechenden Anteile erhöhten sich von 8 % auf 12 % bzw. 11 %.

Insgesamt gesehen war am Ende des Jahres 2010 für 51 % der Altbewerber/-innen und für 57 % der sonstigen Bewerber/-innen ein Verbleib in einer vollqualifizierenden Ausbildungsform (einschließlich Studium) zu verzeichnen. 16 % der Altbe-

Schaubild A3.2.1-2: Bewertung des Verbleibs zum Jahresende 2010 durch die Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 (in %)



ber/-innen und 20 % der anderen Bewerber/-innen befanden sich in einem Bildungsgang des Übergangssystems (teilqualifizierende Berufsfachschule, schulisches Berufsvorbereitungsjahr o. Ä., berufsvorbereitende Maßnahme, Einstiegsqualifizierung, Praktikum). Damit war der Anteil der Altbewerber/-innen im Übergangssystem zwar niedriger, jedoch hatten viele von ihnen bereits vorher einmal an einer Maßnahme des Übergangssystems teilgenommen. Eine Erwerbstätigkeit oder einen Job übten 11 % der Altbewerber/-innen, aber nur 5 % der sonstigen Bewerber/-innen aus. 14 % der Altbewerber/-innen waren arbeitslos, während dies auf lediglich 6 % der übrigen Bewerber/-innen zutraf. Der Anteil der Arbeitslosen unter den Altbewerbern und Altbewerberinnen stieg erheblich an, je früher sie sich erstmals um eine Ausbildungsstelle beworben hatten, und zwar von 10 % bei einer Erstbewerbung im Vorjahr auf 13 % bzw. 21 % bei einer Erstbewerbung vor 2 bzw. noch mehr Jahren.

Je nach Schulabschluss der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen waren große Unterschiede im Verbleib zu verzeichnen → [Schaubild A3.2.1-1](#). Lag maximal ein Hauptschulabschluss vor, so hatten von den Altbewerbern und Altbewerberinnen lediglich 24 % am Jahresende 2010 den Einstieg in eine betriebliche Ausbildung geschafft,

gegenüber 31 % der anderen Bewerber/-innen. Ein Verbleib in einer der nicht betrieblichen Ausbildungsformen kam dagegen bei beiden Bewerbergruppen mit maximal Hauptschulabschluss etwa gleich oft vor (19 % vs. 18 %). Insgesamt befanden sich somit 43 % der Altbewerber/-innen, die maximal über einen Hauptschulabschluss verfügten, in einer vollqualifizierenden Ausbildung, während bei den sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen der entsprechende Anteil 49 % betrug.

Bei einem mittleren Schulabschluss wurden 39 % der Altbewerber/-innen Ende 2010 betrieblich ausgebildet, gegenüber 49 % der übrigen Bewerber/-innen. Die nicht betrieblichen Ausbildungsformen hatten für die betreffenden Altbewerber/-innen etwas größere Bedeutung als für die sonstigen Bewerber/-innen (12 % vs. 9 %). Nur 51 % der Altbewerber/-innen mit mittlerem Schulabschluss war es somit bis zum Jahresende 2010 gelungen, eine vollqualifizierende Ausbildung aufzunehmen und fortzuführen, gegenüber 58 % der sonstigen Bewerber/-innen.

Bei Vorliegen der Fachhochschul- oder Hochschulreife waren Altbewerber/-innen mit 51 % ebenfalls Ende 2010 seltener in einer betrieblichen Ausbildung anzutreffen als sonstige Bewerber/-innen (55 %). Ein Verbleib in den übrigen vollqualifizieren-

den Ausbildungsformen einschließlich Studium kam bei beiden Bewerbergruppen mit jeweils 20 % gleich häufig vor. Insgesamt befanden sich Ende 2010 damit 71 % der Altbewerber/-innen und 75 % der sonstigen Bewerber/-innen mit höherem Schulabschluss in einer vollqualifizierenden Ausbildung.

Die bei der BA gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber/-innen hatten in der Regel ursprünglich eine betriebliche Ausbildung angestrebt. Die ungünstigeren Chancen von Altbewerbern und Altbewerberinnen, eine solche Ausbildungsmöglichkeit tatsächlich zu finden, schlugen sich in ihrer Bewertung des aktuellen Verbleibs nieder → **Schaubild A3.2.1-2**. So bezeichneten nur 29 % der Altbewerber/-innen diesen als wunschgemäß, aber 41 % der sonstigen Bewerber/-innen. 25 % der Altbewerber/-innen schätzten ihren derzeitigen Verbleib dagegen als Notlösung oder sogar Sackgasse ein, dies traf bei den anderen Bewerbern und Bewerberinnen nur auf 13 % zu.

A3.2.2 Merkmale und Verbleib von Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund

Während die Ausbildungsmarktstatistik der BA lediglich die Nationalität der gemeldeten Bewerber/-innen ausweist, kann anhand der BA/BIBB-Bewerberbefragung der Anteil der Migrantinnen und Migrantinnen unter den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen ermittelt werden **E**.



Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund

Im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010 wurde der Migrationshintergrund wie folgt definiert: Bewerber/-innen, die in Deutschland geboren wurden und alleine die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und ausschließlich Deutsch als Muttersprache gelernt hatten, wurden als Deutsche ohne Migrationshintergrund eingeordnet; für alle anderen wurde von einem Migrationshintergrund ausgegangen.

Dieser Definition folgend konnte bei hochgerechnet 144.531 (bzw. 26 %) der gemeldeten Bewerber/-in-

nen des Berichtsjahrs 2009/2010 ein Migrationshintergrund festgestellt werden. Bei 407.261 (bzw. 74 %) Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen handelte es sich demnach um deutsche Jugendliche ohne Migrationshintergrund.⁵⁸ Damit fiel der Migrantinnenanteil unter den gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen mehr als doppelt so hoch aus wie der Anteil der Bewerber/-innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (11 %) (**vgl. Kapitel A1.2**).

Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010, die über einen Migrationshintergrund verfügten, waren häufiger älter als Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund → **Tabelle A3.2.2-1**. Während 73 % der Migrantinnen und Migrantinnen bereits volljährig waren, lag der Anteil der volljährigen Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund bei 60 %. Ein Grund hierfür dürfte darin liegen, dass der Altbewerberanteil in der Gruppe der Migrantinnen und Migrantinnen (42 %) im Vergleich zur Gruppe der deutschen Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund (37 %) deutlich höher ausfiel. Was die Schulabschlüsse betrifft, so schnitten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund etwas schlechter ab: Fast die Hälfte der Migrantinnen und Migrantinnen (47 %) hatte maximal einen Hauptschulabschluss erreicht, bei den Bewerbern und Bewerberinnen ohne Migrationshintergrund war es dagegen nur rund ein Drittel (34 %). Im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund hatten Migrantinnen und Migrantinnen seltener einen mittleren Schulabschluss (35 % vs. 42 %), eine Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe (9 % vs. 10 %) sowie eine allgemeine Hochschulreife erworben (4 % vs. 8 %). Keine Unterschiede ließen sich dagegen bei dem Anteil der Personen mit Fachhochschulreife feststellen (6 %). Hinsichtlich der Schulnoten zeigten sich kaum Unterschiede zwischen den Bewerbern und Bewerberinnen mit und ohne Migrationshintergrund. Lediglich bei den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen mit Studienberechtigung wiesen Jugendliche ohne Migrationshintergrund durchschnittlich bessere Deutschnoten auf als Jugendliche

⁵⁸ Für hochgerechnet 206 Befragte konnte der Status allerdings nicht geklärt werden, da weder Antworten zum Geburtsort noch zur Staatsangehörigkeit oder erlernten Muttersprache vorlagen, sodass die Angaben von den weiteren Analysen ausgeschlossen wurden.

Tabelle A3.2.2-1: Merkmale der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2009/2010

Merkmale	Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund		Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund	
	Anzahl ¹	in %	Anzahl ¹	in %
Geschlecht				
männlich	77.729	54	223.709	55
weiblich	66.803	46	183.551	45
Alter				
16 Jahre und jünger	15.381	11	70.784	17
17 Jahre	23.986	17	88.882	22
18 Jahre	27.365	19	70.546	17
19 bis 20 Jahre	41.464	29	101.903	25
21 Jahre und älter	35.628	25	74.021	18
Altbewerber/-innen				
Altbewerber/-innen	60.212	42	149.027	37
sonstige Bewerber/-innen	84.319	58	258.233	63
Höchster Schulabschluss				
(noch) kein Abschluss	3.669	3	6.191	2
Sonderschulabschluss	824	1	4.330	1
Hauptschulabschluss	41.859	30	84.566	21
qualifizierter Hauptschulabschluss	17.840	13	38.521	10
mittlerer Schulabschluss	49.464	35	167.066	42
Berechtigung für gymnasiale Oberstufe	11.931	9	41.600	10
Fachhochschulreife	8.793	6	24.001	6
Hochschulreife, Abitur	5.771	4	32.089	8
Insgesamt	144.531	100	407.261	100

¹ In die BA/BIBB-Bewerberbefragung wurden ausschließlich Personen mit Wohnsitz im Inland einbezogen. Gleiches gilt für die Hochrechnung. Hierdurch erklärt sich die etwas niedrigere Gesamtzahl an Bewerbern und Bewerberinnen im Vergleich zur Ausbildungsmarktstatistik. Leichte Abweichungen in den Tabellensummen gegenüber den Einzelwerten sind auf fehlende Angaben zurückzuführen.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

mit Migrationshintergrund (2,7 vs. 3,0). Und bei den Jugendlichen mit mittleren Abschlüssen zeigte sich, dass Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund etwas bessere Zensuren in Mathematik erhalten hatten als Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund (3,0 vs. 3,1).

Zum Befragungszeitpunkt Ende 2010 bzw. Anfang 2011 befanden sich 30 % der gemeldeten Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 mit Migrationshintergrund in einer betrieblichen Berufsausbildung nach BBiG/HwO, 8 % in einer außerbetrieblichen oder vollzeitschulischen Ausbildung nach BBiG/HwO und weitere 4 % in einer Berufsausbil-

dung im Schulberufssystem oder einer sonstigen Berufsausbildung außerhalb BBiG/HwO. 2 % der Migrantinnen und Migranten hatten ein Studium aufgenommen → [Tabelle A3.2.2-2](#). Damit waren weniger als die Hälfte (44 %) der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende Berufsausbildung eingemündet. Demgegenüber konnten 59 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund eine vollqualifizierende Ausbildung aufnehmen. Zurückzuführen ist die Diskrepanz im Verbleib zwischen den beiden Gruppen auf die höhere betriebliche Einmündungsquote von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund: Mit 44 % war es den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberin-

Tabelle A3.2.2-2: Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010

Aktueller Verbleib	Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund		Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund	
	Anzahl ¹	in %	Anzahl ¹	in %
betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf	43.823	30	177.522	44
außerbetriebliche/schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf ²	11.552	8	32.366	8
Ausbildung in einem Schulberuf, sonstige Berufsausbildung	5.359	4	19.534	5
Studium	2.402	2	8.459	2
allgemeinbildende Schule	11.461	8	21.019	5
Berufsfachschule (teilqualifizierend)	14.809	10	30.764	8
schulisches BVJ, BEJ, BOJ sowie BGJ ³	5.453	4	12.774	3
berufsvorbereitende Maßnahme	8.615	6	16.844	4
betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)	2.133	2	6.756	2
Praktikum	3.121	2	4.839	1
Wehr-/Zivildienst, freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr	1.339	1	6.326	2
Erwerbstätigkeit	6.014	4	8.626	2
Jobben	8.681	6	14.673	4
arbeitslos	13.876	10	35.319	9
Sonstiges (z. B. aus privaten Gründen zu Hause, Auslandsaufenthalt)	3.323	2	5.505	1
keine Angaben	2.571	1	5.935	1
Insgesamt	144.531	100	407.261	100

¹ Die leichte Abweichung der Tabellensumme gegenüber den Einzelwerten ist auf fehlende Angaben zurückzuführen.

² Einschließlich der Fälle, in denen die Ausbildungsform nicht klar erkennbar war.

³ BVJ: Berufsvorbereitungsjahr; BEJ: Berufseinstiegsjahr; BOJ: Berufsorientierungsjahr; BGJ: Berufsgrundbildungsjahr.

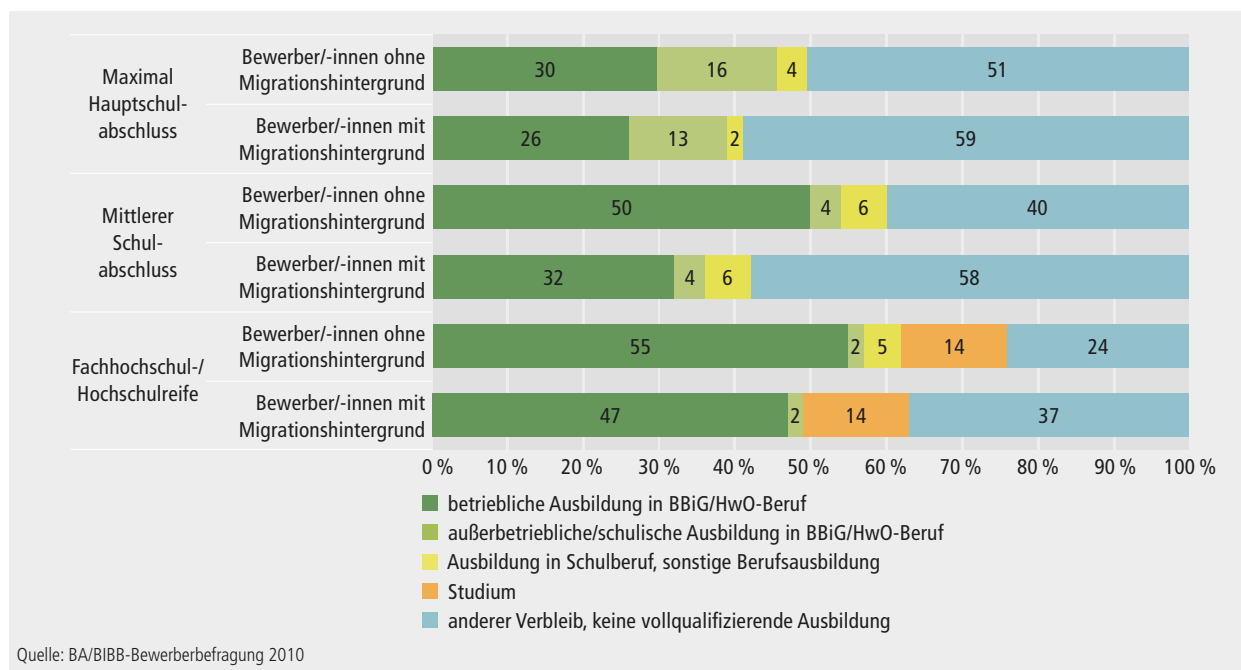
Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

nen ohne Migrationshintergrund wesentlich häufiger gelungen, eine betriebliche Ausbildungsstelle aufzunehmen, als Jugendlichen mit Migrationshintergrund (30 %). Die Verbleibe in einer außerbetrieblichen oder vollzeitschulischen Berufsausbildung nach BBiG/HwO (8 %), in einer schulischen oder sonstigen Berufsausbildung (5 %) oder in einem Studium (2 %) fielen dagegen bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ähnlich bzw. identisch aus wie in der Gruppe der Migranten und Migrantinnen. Dementsprechend häufiger waren Jugendliche mit Migrationshintergrund außerhalb einer vollqualifizierenden Berufsausbildung verblieben. So war fast ein Viertel von ihnen (24 %) in ein teilqualifizierendes Bildungsangebot des Übergangssystems eingemündet, jedoch „nur“ 18 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund. Auch in einer

allgemeinbildenden Schule befanden sich Migranten und Migrantinnen zum Befragungszeitpunkt etwas häufiger (8 % vs. 5 %). Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund hatten zudem öfter eine Erwerbstätigkeit aufgenommen (4 % vs. 2 %), jobbten (6 % vs. 4 %) oder waren arbeitslos (10 % vs. 9 %).

Berücksichtigt man die Schulabschlüsse, wird zum einen deutlich, dass sowohl für Bewerber/-innen mit als auch ohne Migrationshintergrund der Anteil derjenigen, die eine betriebliche Ausbildungsstelle aufnehmen konnten, mit der Höhe des Schulabschlusses stieg → **Schaubild A3.2.2-1**. Erkennbar wird allerdings auch, dass selbst unter Berücksichtigung der Schulabschlüsse Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund seltener in eine betriebliche Ausbildungsstelle einmündeten als Bewerber/-in-

Schaubild A3.2.2-1: Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010 nach Schulabschluss (in %)

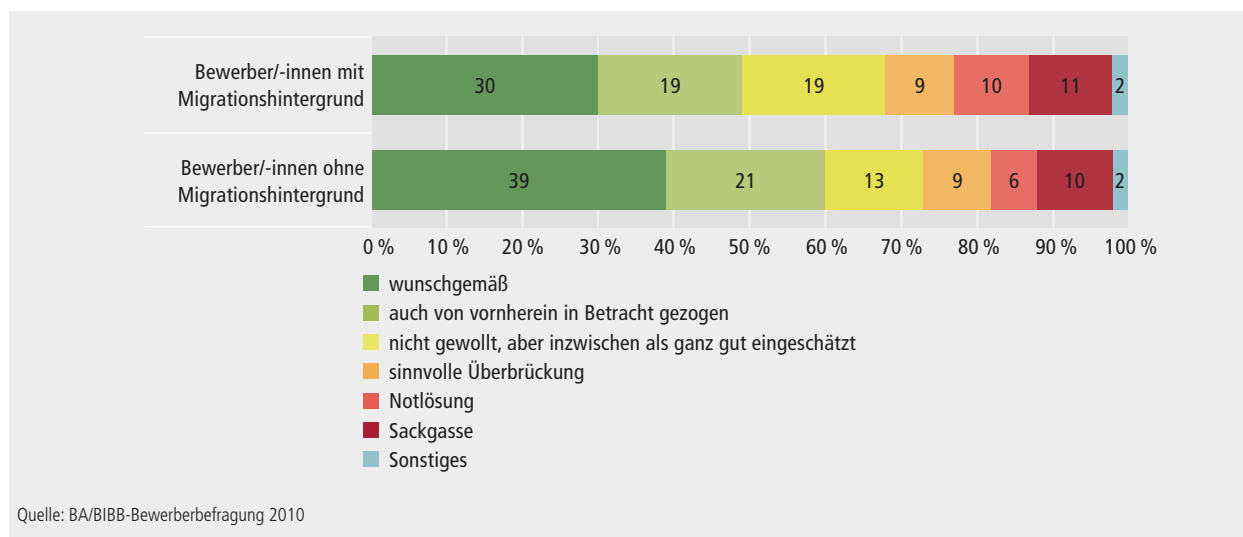


nen ohne Migrationshintergrund. Während dieser Unterschied für die Bewerber/-innen mit maximal Hauptschulabschluss mit 4 Prozentpunkten noch relativ gering ausfällt, schlägt er bei den Jugendlichen mit mittleren Schulabschlüssen deutlich ins Gewicht. So waren von den Bewerbern und Bewerberinnen, die keinen Migrationshintergrund aufwiesen, 50 % in einer betrieblichen Ausbildungsstelle verblieben, während die betriebliche Einmündungsquote bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund lediglich bei 32 % lag. Diese Diskrepanz reduzierte sich zwar bei der Gruppe der Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife, blieb aber zuungunsten der Migrantinnen und Migranten erhalten (47 % vs. 55 %). Darüber hinaus zeigte sich, dass auch bei alternativen vollqualifizierenden Ausbildungsformen Migrantinnen und Migranten mitunter seltener vertreten waren. So mündeten von den Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss 13 % der Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund in eine außerbetriebliche oder schulische Ausbildung nach BBiG/HwO ein, aber 16 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund. Des Weiteren zeigte sich bei dieser Absolventengruppe, dass 2 % der Jugendlichen mit

Migrationshintergrund, aber 4 % der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund eine Berufsausbildung im Schulberufssystem oder eine sonstige Ausbildung aufnahmen. Und bei den Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen mit Studienberechtigung hatte kein Bewerber bzw. keine Bewerberin mit Migrationshintergrund eine schulische oder sonstige Ausbildung begonnen, während 5 % der Bewerber/-innen ohne Migrationshintergrund eine Berufsausbildung im Schulberufssystem oder eine sonstige Ausbildung aufgenommen hatten.

Die geringeren Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung einzumünden, korrespondierten mit ihrer gegenwärtigen Situationseinschätzung. So bezeichneten Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund ihre aktuelle Situation seltener als wünschgemäß (30 % vs. 39 %) und häufiger als nicht intendierte Alternative, welche jedoch mittlerweile akzeptiert wurde (19 % vs. 13 %) → [Schaubild A3.2.2-2](#).

Schaubild A3.2.2-2: Bewertung des Verbleibs zum Jahresende 2010 durch die Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2009/2010 (in %)



A3.2.3 Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen

Im Berichtsjahr 2009/2010 wurden für insgesamt 17 % der gemeldeten Bewerber/-innen die Vermittlungsbemühungen eingestellt, da sie sich bei der Arbeitsverwaltung nicht mehr gemeldet hatten. Sie waren somit laut der Ausbildungsmarktstatistik der BA am Ende des Berichtsjahres offiziell unbekannt verblieben (vgl. Kapitel A1.2). Die Klärung des Verbleibs dieser Bewerber/-innen ist im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragungen **E** möglich.

Zum Jahresende 2010 befanden sich 13 % der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 in einer betrieblichen Berufsausbildung, 1 % in einer außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildung in einem BBiG/HwO-Beruf, 3 % in einer Ausbildung in einem Schulberuf bzw. in einer sonstigen Ausbildungsform und 4 % in einem Studium → Tabelle A3.2.3-1. Damit war nur für insgesamt 21 % von ihnen ein Verbleib in einer vollqualifizierenden Ausbildung zu verzeichnen. Bei den sonstigen Bewerber/-innen, d. h. deren Verbleib der Arbeitsverwaltung bekannt war oder für die die Vermittlungsbemühungen weiterliefen, betrug dieser Anteil dagegen 62 %.

Der Anteil derjenigen, die Ende 2010 eine allgemeinbildende Schule besuchten, unterschied sich zwischen den offiziell unbekannt verbliebenen und sonstigen Bewerber/-innen mit 5 % bzw. 6 % kaum. Mit 18 % der unbekannt verbliebenen und 20 % der anderen Bewerber/-innen befand sich auch ein ähnlich hoher Anteil aus beiden Gruppen in einem Bildungsgang des Übergangssystems (teilqualifizierende Berufsfachschule, schulisches Berufsvorbereitungsjahr o. Ä., berufsvorbereitende Maßnahme, Einstiegsqualifizierung, Praktikum).

Eine Erwerbstätigkeit oder einen Job hatten 17 % der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen aufgenommen, gegenüber nur 5 % der sonstigen Bewerber/-innen. 28 % der unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen waren arbeitslos, bei den übrigen Bewerbern und Bewerberinnen betraf dies lediglich 5 %. 7 % der unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen blieben aus privaten Gründen zu Hause oder hatten einen sonstigen Verbleib, bei den anderen Bewerbern und Bewerberinnen kam dies nur bei 1 % vor. Die offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen waren somit weit überproportional von eher ungünstigen Verbleibsformen betroffen.

Unter den unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen war der Anteil der Altbewerber/-in-

Tabelle A3.2.3-1: Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010

Merkmale	Offiziell unbekannt verbliebene Bewerber/-innen		Sonstige Bewerber/-innen	
	Anzahl ¹	in %	Anzahl ¹	in %
betriebliche Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf	12.697	13	208.648	46
außerbetriebliche/schulische Ausbildung in BBiG/HwO-Beruf ²	1.277	1	42.641	9
Ausbildung in einem Schulberuf, sonstige Berufsausbildung	3.281	3	21.611	5
Studium	3.846	4	7.014	2
allgemeinbildende Schule	4.877	5	27.603	6
Berufsfachschule (teilqualifizierend)	5.347	6	40.226	9
schulisches BVJ, BEJ, BOJ sowie BGJ ³	1.784	2	16.442	4
berufsvorbereitende Maßnahme	5.909	6	19.550	4
betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)	1.569	2	7.320	2
Praktikum	1.664	2	6.297	1
Wehr-/Zivildienst, freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr	1.584	2	6.081	1
Erwerbstätigkeit	4.069	4	10.571	2
Jobben	11.950	13	11.404	3
arbeitslos	26.907	28	22.287	5
Sonstiges (z. B. aus privaten Gründen zu Hause, Auslandsaufenthalt)	6.241	7	2.587	1
Insgesamt	95.864	100	456.134	100

¹ In die BA/BIBB-Bewerberbefragung wurden ausschließlich Personen mit Wohnsitz im Inland einbezogen. Gleiches gilt für die Hochrechnung. Hierdurch erklärt sich die etwas niedrigere Gesamtzahl an Bewerbern und Bewerberinnen im Vergleich zur Ausbildungsmarktstatistik. Leichte Abweichungen in den Tabellensummen gegenüber den Einzelwerten sind auf fehlende Angaben zurückzuführen.

² Einschließlich der Fälle, in denen die Ausbildungsform nicht klar erkennbar war.

³ BVJ: Berufsvorbereitungsjahr; BEJ: Berufseinstiegsjahr; BOJ: Berufsorientierungsjahr; BGJ: Berufsgrundbildungsjahr.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

Tabelle A3.2.3-2: Merkmale der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010

Merkmale	Offiziell unbekannt verbliebene Bewerber/-innen		Sonstige Bewerber/-innen	
	insgesamt		insgesamt	
	Anzahl ¹	in %	Anzahl ¹	in %
Altbewerber/-in				
sonstige Bewerber/-in	47.430	49	295.328	65
Altbewerber/-in	48.434	51	160.806	35
davon:				
Vorjahr	18.864	20	78.140	17
Vorvorjahr	13.119	14	41.225	9
noch früher	15.325	16	36.889	8
Migrationshintergrund				
ohne Migrationshintergrund	62.839	66	344.421	76
mit Migrationshintergrund	33.025	34	111.507	24
Insgesamt	95.864	100	456.134	100

¹ Leichte Abweichungen in den Tabellensummen gegenüber den Einzelwerten sind auf fehlende Angaben zurückzuführen.

Quelle: BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010

nen besonders hoch. Vor allem Altbewerber/-innen, deren Erstbewerbung um einen Ausbildungsplatz bereits 2 oder noch mehr Jahre zurücklag, waren bei den unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen überproportional stark vertreten → **Tabelle A3.2.3-2**. Dies deutet darauf hin, dass die Neigung, sich nicht mehr bei der Arbeitsverwaltung zurückzumelden, mit der Dauer der Ausbildungsplatzsuche deutlich anstieg. Besonders häufig waren unter den offiziell unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen auch Jugendliche mit Migrationshintergrund anzutreffen.

Zusammenfassung

Im Berichtsjahr 2009/2010 waren von allen bei der BA gemeldeten Bewerbern und Bewerberinnen um eine Berufsausbildungsstelle 38 % Altbewerber/-innen. Die Altbewerberquote ist unter den weiblichen Bewerberinnen deutlich höher als unter den männlichen Bewerbern. Altbewerber/-innen sind wesentlich häufiger bereits volljährig als die sonstigen Bewerber/-innen. In den schulischen Voraussetzungen unterscheiden sie sich jedoch kaum: Altbewerber/-innen haben ebenso hohe Schulabschlüsse, und ihre Schulnoten in Deutsch und Mathematik sind nahezu gleich gut wie die der übrigen Bewerber/-innen. Ihre Chancen, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten, sind dennoch weitaus schlechter. Dementsprechend sind Altbewerber/-innen im Vergleich zu sonstigen Bewerbern und Bewerberinnen deutlich unzufriedener mit ihrer beruflichen Situation: Fast doppelt so oft empfinden sie diese als Notlösung oder Sackgasse. Der Frage, wodurch die geringeren Chancen der Altbewerber/-innen auf eine betriebliche Ausbildung zu erklären sind, ob diese z. B. mit ihrem höheren Alter, ihren spezifischen Berufswünschen oder der jeweiligen Situation auf dem regionalen Ausbildungsmarkt zusammenhängen, ist in weiter gehenden Analysen nachzugehen. Ebenfalls noch zu untersuchen sein wird, ob und inwieweit sich für die Altbewerber/-innen insgesamt oder für bestimmte Gruppen unter ihnen die Ausbildungsplatzchancen im Jahr 2010 verglichen mit 2008 verbessert haben.

Von den gemeldeten Ausbildungsstellenbewerbern und -bewerberinnen des Berichtsjahres 2009/2010

wiesen 26 % einen Migrationshintergrund auf. Bewerber/-innen mit Migrationshintergrund waren im Vergleich zu Bewerbern und Bewerberinnen ohne Migrationshintergrund älter und verfügten über schlechtere Bildungsabschlüsse. Die geringeren Schulabschlüsse von Migranten und Migrantinnen können jedoch nicht als Erklärung für ihre schlechteren Zugangschancen in eine betriebliche Ausbildungsstelle herangezogen werden. Selbst wenn die Abschlüsse der Bewerber/-innen berücksichtigt wurden, mündeten Jugendliche ohne Migrationshintergrund wesentlich häufiger in eine betriebliche Ausbildungsstelle ein. Warum dies so ist, kann nur in weiter gehenden Analysen geklärt werden.

Der hohe Anteil von Altbewerbern und Altbewerberinnen sowie Bewerbern und Bewerberinnen mit Migrationshintergrund unter den offiziell unbekannt verbliebenen Bewerbern und Bewerberinnen weist nicht nur auf das Problem hin, dass diese Jugendlichen verstärkt aus den offiziellen Statistiken „verschwinden“. Vielmehr besteht auch die besondere Gefahr, dass sie auf Dauer ohne vollqualifizierende Ausbildung bleiben, wenn sie von den Vermittlungs- und Unterstützungsbemühungen der Arbeitsverwaltung nicht mehr erreicht werden.

(Ursula Beicht, Verena Eberhard)

A4 Indikatoren zur Ausbildung im dualen System der Berufsausbildung

A4.1 Anerkannte Ausbildungsberufe

A4.1.1 Anzahl und Struktur anerkannter Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO

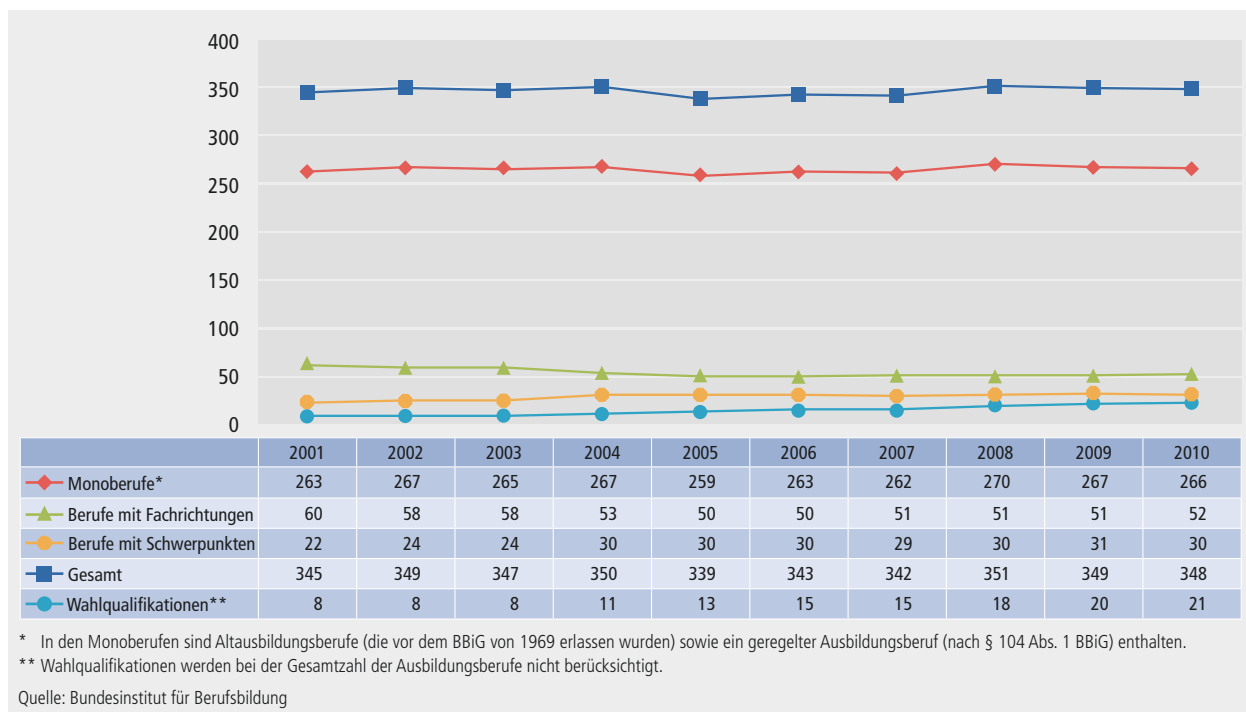
Die nachfolgenden Beschreibungen und Definitionen beziehen sich auf Ausbildungsberufe, die nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) staatlich anerkannt sind oder als staatlich anerkannt gelten. Als staatlich anerkannt im Sinne des § 4 BBiG gelten nach § 104 Absatz 1 BBiG auch die vor dem 1. September 1969 anerkannten Lehrberufe und Anlernberufe oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberufe, deren Berufsbilder, Berufsbildungspläne, Prüfungsanforderungen und Prüfungsordnungen bis zum Erlass von Ausbildungsordnungen nach § 4 BBiG anzuwenden sind.

Die Anzahl der anerkannten Ausbildungsberufe nach BBiG und HwO hat sich in den letzten 10 Jahren kaum verändert und schwankt relativ konstant um die 350. Im Zeitraum von 2001 bis 2010 veränderte sich ihre Anzahl lediglich von 345 auf 348 → [Schaubild A4.1.1-1](#).

In den letzten 10 Jahren gab es eine Reihe von Veränderungen bei den Strukturmodellen [E](#) der Ausbildungsberufe⁵⁹:

- Die Anzahl der Monoberufe stieg leicht von 263 im Jahr 2001 auf 266 im Jahr 2010 an.
- Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit Fachrichtungen ist von 60 auf 52 zurückgegangen; die Ausbildungsberufe mit Schwerpunkten haben von 22 auf 30 zugenommen. In der Summe hat sich im Zeitverlauf die Gesamtzahl der Berufe mit Binnendifferenzierung kaum verändert (82 Ausbildungsberufe).

Schaubild A4.1.1-1: Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2001 bis 2010)



59 Aufgrund einer veränderten Typisierung der Ausbildungsberufe können sich Abweichungen zu den im BIBB-Datenreport 2009 und 2010 veröffentlichten Daten ergeben.

- Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen werden seit 2000 erlassen. Damals gab es 5 anerkannte Ausbildungsberufe mit Wahlqualifikationen, bis zum Jahr 2010 ist die Gesamtzahl auf 21 gestiegen.



Strukturmerkmale

Monoberufe beschreiben in sich geschlossene Ausbildungsgänge, deren Qualifikationsprofil formal keine Spezialisierung aufweist. Für alle Auszubildenden sind die Ausbildungsinhalte identisch.

Ausbildungsberufe mit Binnendifferenzierung sind Ausbildungsgänge mit besonderen Ausbildungsinhalten für einzelne Aufgabenbereiche oder Tätigkeitsfelder. Die Spezialisierung erfolgt insbesondere in Form von Schwerpunkten und Fachrichtungen. Eine Differenzierung nach **Schwerpunkten** berücksichtigt betriebliche Besonderheiten. Im 2. und 3. Ausbildungsjahr beanspruchen Schwerpunkte in der Regel nicht mehr als 6 Monate der gesamten Ausbildungszeit. Wenn branchenspezifische Besonderheiten vorliegen, erfolgt eine stärkere Differenzierung über **Fachrichtungen**. Das 3. Ausbildungsjahr ist zur Vermittlung der nötigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten vorgesehen. Im Unterschied zu Schwerpunkten werden die Prüfungsanforderungen für jede Fachrichtung festgelegt.

Die Verwendung von **Wahlqualifikationen** kommt vor allem für hoch spezialisierte Branchen in Betracht, in denen jeder Betrieb ein anderes Spektrum bearbeitet und eine über Fachrichtungen hinausgehende Spezialisierung erforderlich ist. Mit diesem Modell können unterschiedliche „Qualifikationsbündel“ in der 2. Hälfte der Ausbildung individuell zu einem beruflichen Profil kombiniert werden. Die Anzahl der angebotenen und auszuwählenden Wahlqualifikationseinheiten sowie der zeitliche Umfang während der Ausbildung weisen zum Teil eine erhebliche Variationsbreite auf.

Hinsichtlich einer eindeutigen Kategorisierung der Strukturen der anerkannten Ausbildungsberufe ist zu beachten, dass Ausbildungsberufe mehrere Merkmale besitzen können. So kann zum Beispiel der Ausbildungsberuf Hochbaufacharbeiter/Hochbaufacharbeiterin (2-jährige Ausbildung) in folgenden 3 Schwerpunkten angeboten werden: Maurerarbeiten, Beton- und Stahlbetonbauarbeiten und

Feuerungs- und Schornsteinbauarbeiten. Bei der Ermittlung der Gesamtzahl der Ausbildungsberufe eines Jahres werden die Ausbildungsberufe – auch wenn sie verschiedenen Kategorien zuzuordnen sind – jeweils nur einmal gezählt.

Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Anzahl der Ausbildungsberufe, die auf weitere Berufsausbildungen angerechnet **E** werden können, hat sich von 2001 (12 Ausbildungsberufe) bis 2010 (23 Ausbildungsberufe) fast verdoppelt. 2001 gab es 25 Ausbildungsberufe, auf die andere Ausbildungsberufe angerechnet werden konnten, im Jahr 2010 konnte bereits auf 63 Ausbildungsberufe angerechnet werden → [Tabelle A4.1.1-1](#).



Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit

Die Ausbildungsordnungen regeln eigenständige Ausbildungsberufe mit unterschiedlicher Ausbildungsdauer. Nach dem Berufsbildungsgesetz (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BBiG) kann eine abgeschlossene Berufsausbildung, die 18 bis 24 Monate dauert, in einem festgelegten Ausbildungsberuf fortgesetzt werden. Diese Berufe, auf die angerechnet werden kann, haben eine Ausbildungsdauer von 36 bis 42 Monaten.

Es wird unterschieden nach Ausbildungsberufen, die angerechnet werden können, und Ausbildungsberufen, auf die angerechnet werden kann. Bei Ausbildungsberufen mit Anrechnungsmöglichkeiten handelt es sich nicht um Stufen-ausbildung im Sinne des § 5 Abs. 2 Nr. 1 BBiG.

Ausbildungsdauer

Die Ausbildungsdauer soll grundsätzlich nicht mehr als 3 und nicht weniger als 2 Jahre betragen (§ 5 Abs. 1 Satz 2 BBiG). Abweichungen von dieser Regelung sind möglich; es werden beispielsweise auch Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 3½ Jahren verordnet.

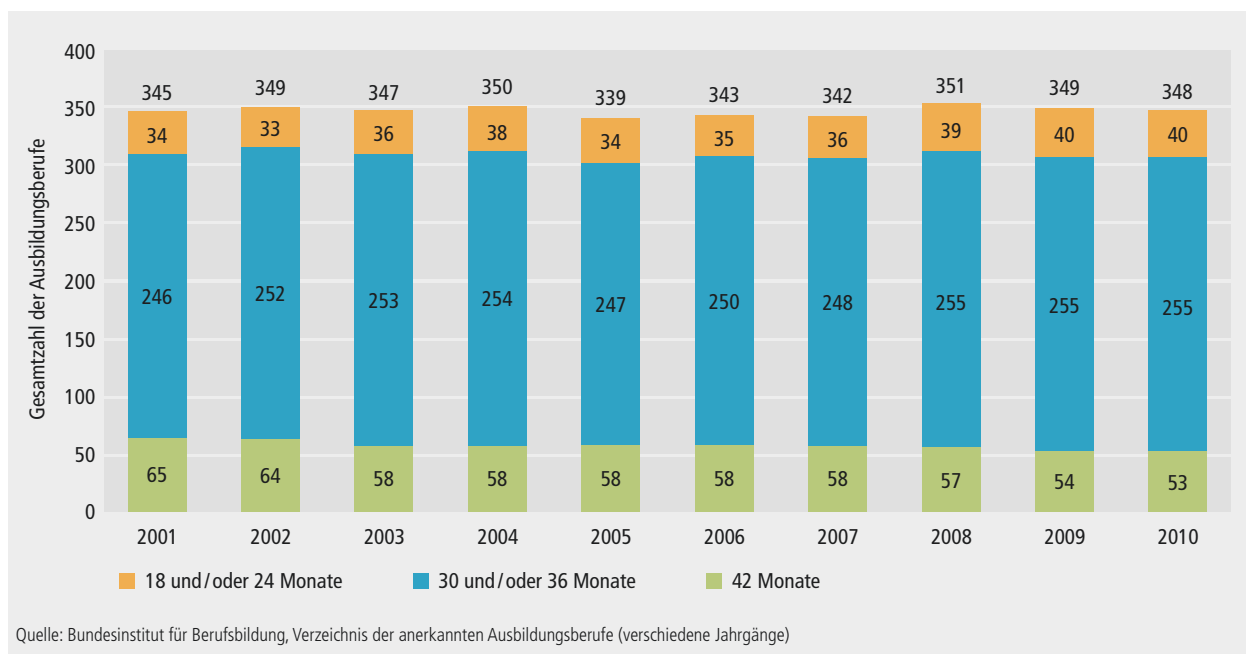
Tabelle A4.1.1-1: Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2001 bis 2010)*

Jahr	Ausbildungsberufe, die angerechnet werden können	Ausbildungsberufe, auf die angerechnet werden kann	Gesamtzahl der Ausbildungsberufe
2001	12	25	345
2002	12	25	349
2003	13	26	347
2004	14	31	350
2005	19	44	339
2006	17	45	343
2007	19	47	342
2008	22	49	351
2009	23	56	349
2010	23	63	348

* Dies betrifft Berufe, die eine Anrechnung nach BBiG § 5 Absatz 2 Satz 4 ermöglichen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)

Schaubild A4.1.1-2: Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2001 bis 2010)



In den Jahren von 2001⁶⁰ bis 2010 sank die Zahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 42 Monaten von 65 auf 53, und die Zahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 36 Monaten stieg von 246 auf 255 an. Im Zeitraum von

2001 bis 2006 wurde ein Ausbildungsberuf mit einer Ausbildungsdauer von 30 Monaten erlassen. Die Anzahl der Ausbildungsberufe mit einer Ausbildungsdauer von 24 Monaten oder kürzer stieg ebenfalls an, von 34 im Jahre 2001 auf 40 im Jahre 2010. Darunter sind – im Zeitverlauf konstant – 2 Ausbildungsberufe mit einer 18-monatigen Ausbildungsdauer → [Schaubild A4.1.1-2](#).

60 Angaben zur Ausbildungsdauer sind erst seit 1998 EDV-gestützt verfügbar.

A4.1.2 Neue und modernisierte Ausbildungsberufe

In den Jahren von 2001 bis 2010 wurden insgesamt 208 Ausbildungsberufe neu geordnet **E**. Darunter waren 163 modernisierte und 45 neue Ausbildungsberufe → **Tabelle A4.1.2-1**. Im Jahr 2010 wurden 11 modernisierte Ausbildungsberufe in Kraft gesetzt; es wurde kein neuer Ausbildungsberuf verordnet → **Tabelle A4.1.2-2**.

Ein Neuordnungsverfahren (für die Modernisierung eines bereits bestehenden Ausbildungsberufes oder für einen neuen Ausbildungsberuf) dauert derzeit durchschnittlich 10 Monate.

Tabelle A4.1.2-1: Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2001 bis 2010)

Jahr	neu	modernisiert	insgesamt
2001	3	8	11
2002	8	16	24
2003	8	22	30
2004	5	27	32
2005	5	18	23
2006	4	17	21
2007	3	20	23
2008	7	12	19
2009	2	12	14
2010	0	11	11
Gesamt	45	163	208

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge)



Neuordnung von Ausbildungsberufen

Ausgangspunkt einer Neuordnung von Ausbildungsberufen im dualen System auf der Grundlage des § 4 Abs. 1 BBiG und § 25 Abs. 1 HwO ist ein entsprechender Qualifikationsbedarf in der Wirtschaft. Wenn die Inhalte eines Ausbildungsberufs modernisiert werden sollen oder ein neuer Ausbildungsberuf entstehen soll, geht die Initiative hierfür in der Regel von den Fachverbänden, von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber, von den Gewerkschaften oder vom Bundesinstitut für Berufsbildung aus (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2006).

Die Klassifikation nach neuen und modernisierten Ausbildungsberufen wird auf die Neuordnungen seit 1996 angewandt – das Jahr, seit dem das Neuordnungsgeschehen intensiviert wurde. Hintergrund für die damals rasante Ausweitung der Ordnungsarbeit war die „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1).

Neu geordnete Ausbildungsberufe⁶¹

Der Begriff „neu geordnet“ bezeichnet den Sachverhalt, dass eine Ausbildungsordnung erlassen wird. Es handelt sich um den Oberbegriff, der sowohl neue als auch modernisierte Ausbildungsberufe sowie bloße Überführungen in Dauerrecht umfasst. Die Merkmale neu bzw. modernisiert werden nicht auf die Berufe für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO) angewandt.

Neue Ausbildungsberufe

Ein Ausbildungsberuf wird dann als neu bezeichnet, wenn mit seiner Ausbildungsordnung kein Vorgängerberuf nach BBiG aufgehoben wird.

Modernisierte Ausbildungsberufe

Ausbildungsberufe, mit deren Ausbildungsordnung ein Vorgängerberuf aufgehoben oder geändert wird, gelten als modernisiert. Berichtigungen von Ausbildungsordnungen gelten nicht als Modernisierung (z. B. Schreib- oder Nummerierungsfehler). Vorgängerberufe nach BBiG sind staatlich anerkannte oder als anerkannt geltende Ausbildungsberufe (siehe Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe). Ein Vorgängerberuf wird aufgehoben, wenn die Ausbildungsordnung außer Kraft tritt oder wenn entsprechende Vorschriften zu bisher festgelegten Berufsbildern, Berufsbildungsplänen und Prüfungsanforderungen nicht mehr angewandt werden.

⁶¹ Grundlage der Darstellung ist eine neue Typisierung von neu geordneten (neuen oder modernisierten) Ausbildungsberufen. Hierdurch können sich Abweichungen zu früher veröffentlichten Daten ergeben.

Erprobungsverordnungen und Überführung in Dauerrecht

Erprobungsverordnungen können für neue Berufe und für modernisierte Berufe erlassen werden. Wird ein Ausbildungsberuf im Rahmen einer Erprobungsverordnung neu geordnet, gilt er zum Zeitpunkt des Inkrafttretens

der Erprobungsverordnung als neu bzw. modernisiert. Erprobungsberufe sind Berufe, die ausschließlich auf der Grundlage des § 6 BBiG bzw. § 27 HwO durch zeitlich befristete Erprobung erlassen werden. Sie sind keine staatlich anerkannten Ausbildungsberufe. Sie werden künftig zum Inkrafttreten der Erprobungsverordnung als „neue Ausbil-

Tabelle A4.1.2-2: Modernisierte Ausbildungsberufe 2010

Bezeichnung	Ausbildungs- dauer	Ausbildungs- bereich*	Strukturmerkmale				Anrechenbarkeit		Prüfungs- modalität**
			Monoberuf	mit Schwer- punkten	mit Fachrich- tungen	mit Wahlqua- lifikationen	Ausbildungs- beruf kann angerechnet werden	Ausbildungs- beruf, auf den angerechnet werden kann	
Böttcher/Böttcherin	3 Jahre	Hw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Büchsenmacher/ Büchsenmacherin	3 Jahre	Hw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	GAP
Feinwerkmechaniker/ Feinwerkmechanikerin	3½ Jahre	Hw	nein	ja	nein	nein	nein	nein	GAP
Geomatiker/ Geomatikerin	3 Jahre	IH, öD	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Milchtechnologe/ Milchtechnologin	3 Jahre	Lw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Papiertechnologe/ Papiertechnologin	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	ja	nein	nein	GAP
Pferdewirt/ Pferdewirtin	3 Jahre	Lw	nein	nein	ja	nein	nein	nein	traditionell
Revierjäger/ Revierjägerin	3 Jahre	Lw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Segelmacher/ Segelmacherin	3 Jahre	Hw	ja	nein	nein	nein	nein	nein	GAP
Technischer Konfek- tionär/Technische Konfektionärin	3 Jahre	IH	ja	nein	nein	nein	nein	nein	traditionell
Vermessungstechni- ker/Vermessungstechni- kerin	3 Jahre	IH, öD	nein	nein	ja	nein	nein	nein	traditionell

* Ausbildungsbereiche: IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; Lw = Landwirtschaft; öD = öffentlicher Dienst

** Prüfungsmodalität: traditionell = Zwischenprüfung und Abschluss- bzw. Gesellenprüfung; GAP = gestreckte Abschluss- bzw. Gesellenprüfung

Quelle: Verordnung über die Berufsausbildung zum Böttcher und zur Böttcherin vom 5. Mai 2010 (BGBl. I Nummer 22, Seite 601)

Verordnung über die Berufsausbildung zum Büchsenmacher und zur Büchsenmacherin vom 26. Mai 2010 (BGBl. I Nummer 26, Seite 677)

Verordnung über die Berufsausbildung zum Feinwerkmechaniker und zur Feinwerkmechanikerin vom 7. Juli 2010 (BGBl. I Nummer 36, Seite 888)

Verordnung über die Berufsausbildung in der Geoinformationstechnologie vom 30. Mai 2010 (BGBl. I Nummer 28, Seite 694)

Verordnung über die Berufsausbildung zum Milchtechnologen/zur Milchtechnologin vom 9. April 2010 (BGBl. I Nummer 16, Seite 421)

Verordnung über die Berufsausbildung zum Papiertechnologen/zur Papiertechnologin vom 20. April 2010 (BGBl. I Nummer 17, Seite 436)

Verordnung über die Berufsausbildung zum Pferdewirt/zur Pferdewirtin vom 7. Juni 2010 (BGBl. I Nummer 30, Seite 728)

Verordnung über die Berufsausbildung zum Revierjäger/zur Revierjägerin vom 18. Mai 2010 (BGBl. I Nummer 25, Seite 631)

Verordnung über die Berufsausbildung zum Segelmacher und zur Segelmacherin vom 5. Mai 2010 (BGBl. I Nummer 21, Seite 564)

Verordnung über die Berufsausbildung zum Technischen Konfektionär/zur Technischen Konfektionärin vom 4. Mai 2010 (BGBl. I Nummer 22, Seite 593)

Verordnung über die Berufsausbildung in der Geoinformationstechnologie vom 30. Mai 2010 (BGBl. I Nummer 28, Seite 694)

dungsberufe in Erprobung“ geführt, nicht aber als staatlich anerkannte Ausbildungsberufe. Erst mit ihrer „Überführung“ in eine Ausbildungsordnung nach § 4 Abs. 1 BBiG bzw. § 25 Abs. 1 HwO werden sie staatlich anerkannt und zu den anerkannten Ausbildungsberufen hinzugezählt. Damit wird der Ausbildungsberuf mit der Überführung in Dauerrecht erstmalig staatlich anerkannt.

Werden nur Teile einer Ausbildungsordnung (z. B. Prüfungsvorschriften) durch eine Erprobung neben einer Ausbildungsordnung nach § 4 Abs. 1 BBiG bzw. § 25 Abs. 1 HwO erprobt, so sind diese Berufe staatlich anerkannte Ausbildungsberufe. Auch hier wird das Kennzeichen der „Überführung in Dauerrecht“ mitgeführt.

Zuordnungen vor 2003

Vor 2003 wurde die Definition der neuen Berufe etwas weiter gefasst, sodass auch Ausbildungsberufe mit Vorgängern als neu definiert wurden, wenn wesentliche Veränderungen der Ausbildungsordnung vorgenommen worden sind. Diese vor 2003 erfolgten Zuordnungen werden auch künftig beibehalten, die engere Definition wird nicht rückwirkend, sondern für alle Ausbildungsordnungen, die ab dem Jahr 2003 in Kraft traten bzw. künftig in Kraft treten, angewendet.

Zeitbezug: Inkrafttretens- und Erlassdatum

Die Ausbildungsberufe werden jeweils zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Ausbildungsordnung als neu bzw. modernisiert gezählt. Berufe können in mehreren Jahren als modernisierte Berufe gezählt werden, wenn jeweils neue Ausbildungsordnungen erlassen werden. Jeder Beruf kann jedoch nur einmal als neu geführt werden.

(Andreas Stöhr, Anna Maria Kuppe)

A4.1.3 Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen

Mit der am 17. Dezember 2009 (geändert am 15. Dezember 2010) vom BIBB-Hauptausschuss (HA) verabschiedeten Rahmenregelung⁶² verfügen die zuständigen Stellen erstmals über einen konkreten Orientierungsrahmen für ihren Auftrag, für behinderte Menschen **E**, für die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht in Betracht kommt, Ausbildungsregelungen zu erlassen.

E Duale Ausbildungsberufe für behinderte Menschen

Im Regelfall sollen „behinderte Menschen ... in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden“ (§ 64 BBiG), wenn notwendig unter Anwendung des Nachteilsausgleichs (§ 65 BBiG). Nur wenn aufgrund Art und Schwere der Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht infrage kommt, sollen behinderte Menschen nach besonderen Regelungen ausgebildet werden.

Bei diesen Ausbildungsberufen handelt es sich um Berufe mit speziellen Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO). Sie finden vor allem in Handwerk, Industrie, Landwirtschaft/Gartenbau und in der Hauswirtschaft Anwendung, während es in anderen Bereichen wie z. B. den freien Berufen und im öffentlichen Dienst kaum Ausbildungsregelungen gibt. Derzeit bestehen fast 1.000 einzelne Ausbildungsregelungen dieser Art.⁶³ Um die im Laufe der Jahre entstandene Vielzahl an Regelungen zu reduzieren und zu vereinheitlichen, wurde vom BIBB-Hauptausschuss eine Rahmenregelung für Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen gemäß § 66 BBiG bzw. § 42m HwO erlassen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat 2010 in ihren Ausschreibungen die in § 6 der Rahmenregelung geforderte zusätzliche behindertenspezifische Qualifikation der Ausbilder/-innen aufgenommen. So setzte sich der 2006 mit der Verabschiedung der

⁶² Siehe: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Empfehlung_136_Rahmenregelung_Ausbildungsregelungen_fuer_behinderte_Menschen.pdf

⁶³ Siehe: <http://www.bibb.de/dokumente/pdf/Verzeichnis-anerkannter-Ausbildungsberufe-2010.pdf>

Rahmenrichtlinien eingeleiteter Prozess zur Vereinheitlichung und Qualitätsverbesserung in der Berufsausbildung behinderter Menschen gemäß § 66 BBiG bzw. § 42m HwO weiter fort.

Die unter Federführung des BIBB eingesetzten berufsspezifischen Arbeitsgruppen haben auf der Grundlage der Rahmenregelung Musterregelungen für die Berufsbereiche Hauswirtschaft, Büro, Holz, Metall und Verkauf erarbeitet. Nur die Arbeitsgruppe Gartenbau war zur Klärung grundsätzlicher Fragen zwischenzeitlich ausgesetzt und hat daher bisher noch kein Arbeitsergebnis vorgelegt. Die Arbeitsgruppe Farbe ist zwar nicht ausgesetzt worden, aber hier besteht noch Abstimmungsbedarf.

Die Erarbeitung von BIBB-Hauptausschuss-Empfehlungen gemäß § 66 BBiG bzw. § 42m HwO hat zu kontroversen Diskussionen in den Ausschüssen des BIBB geführt. Sowohl im HA als auch in seinem Unter(fach)ausschuss, dem Ausschuss für Fragen behinderter Menschen (AFbM), herrscht jedoch Einverständnis darüber, weitere Musterregelungen zu erstellen. Als Nächstes wird im bewährten Sachverständigenverfahren und unter Einbeziehung der im bisherigen Erarbeitungsprozess gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse eine Musterregelung für den (bisherigen) Beikoch erarbeitet. Darüber hinaus berät man weiterhin über die von der Arbeitsgruppe „Moderne Dienstleistungsberufe“ vorgelegte Berufsvorschlagsliste, um das Spektrum an Berufsbereichen zu erweitern, das behinderten Menschen zur Ausbildung auf der Grundlage von Ausbildungsregelungen offensteht.

Informationen zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Ausbildungsberufen für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG und § 42m HwO finden sich in **Kapitel A1.1** (BIBB-Erhebung zum 30. September) und in **Kapitel A4.4** (Berufsbildungsstatistik zum 31. Dezember).

(Kirsten Vollmer)

A4.2 Gesamtbestand der Ausbildungs-verhältnisse zum 31. Dezember

A4.2.1 Entwicklungen nach Zuständigkeitsbereichen

Mit der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder **E** werden nicht nur die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge erhoben, sondern unter anderem auch alle zum Stichtag 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres in einer dualen Berufsausbildung befindlichen Auszubildenden. Zur Analyse der Ausbildungsplatzbilanz (**vgl. Kapitel A1**) werden Daten zu neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (Erhebung zum 30. September) verwendet. Die Analysen zu berufsstrukturellen Entwicklungen (**vgl. Kapitel A4.4**) sowie zur Vorbildung (**vgl. Kapitel A4.6.1**) basieren auf Neuabschlussdaten (Erhebung zum 31. Dezember). Um Informationen über das gesamte Ausmaß der Ausbildungsleistungen der Betriebe und der Berufsschulen zu geben, werden im Folgenden für einige Eckdaten die Bestandszahlen der Auszubildenden dargestellt. Die Bestandszahlen werden differenziert nach Zuständigkeitsbereichen betrachtet. Zudem werden die Frauenanteile sowie die Anteile ausländischer Auszubildender im dualen System angegeben.

E Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (kurz: Berufsbildungsstatistik) ist eine Totalerhebung von Auszubildenden-, Vertrags- und Prüfungsdaten zu staatlich anerkannten Ausbildungsberufen (§ 4 Absatz 1 Berufsbildungsgesetz bzw. § 25 Absatz 1 Handwerksordnung), dualen Ausbildungsberufen in Erprobung (§ 6 BBiG bzw. § 27 HwO) und zu Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO).⁶⁴ Nicht enthalten sind vollzeitschulische Berufsausbildungen sowie sonstige Berufsausbildungen, die nicht nach BBiG bzw. HwO geregelt sind.

⁶⁴ Die Daten basieren auf den in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragenen Ausbildungsverträgen sowie den Prüfungsstatistiken der zuständigen Stellen. Außerdem werden weitere Daten z. B. zu Umschulungsprüfungen, Externenprüfungen, Fortbildungsprüfungen und zum Ausbildungspersonal erhoben.

Mit Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes (BerBiRefG) vom 23. März 2005 (Bundesgesetzblatt 2005, S. 931)⁶⁵, der zum 1. April 2007 in Kraft getreten ist, sind weitreichende Änderungen der Berufsbildungsstatistik eingeleitet worden. Die Erhebung der statistischen Ämter ist in § 88 BBiG geregelt. Die bis 2006 erfolgte Aggregatdatenerhebung wurde auf eine Individualdatenerfassung umgestellt, und zudem wurde der Merkmalskatalog erweitert.

Bis 2006 wurden die Daten der Berufsbildungsstatistik als Tabellendaten erfasst. Beispielsweise wurde je Ausbildungsberuf eine Tabelle mit der Zahl der Auszubildenden (Bestandszahlen) nach Ausbildungsjahren und zudem die Zahl der ausländischen Auszubildenden je Ausbildungsberuf erhoben; außerdem die Zahl der Neuabschlüsse insgesamt sowie nach den einzelnen Kategorien der schulischen Vorbildung. Die **Aggregatdatenerfassung** bedeutete eine erhebliche Einschränkung der Analysemöglichkeiten, da sie sich ausschließlich auf die Merkmalskombinationen, die die Erfassungstabellen enthalten, begrenzt. Mit der **Individualdatenerfassung** wird für jedes Ausbildungsverhältnis, welches in das von den zuständigen Stellen geführte Verzeichnis eingetragen ist, ein Datensatz mit allen in § 88 Berufsbildungsgesetz (BBiG) festgelegten Merkmalen erhoben. Die Individualdaten ermöglichen bei der Auswertung der Daten eine freie Kombination der erfassten Merkmale.

Bei einer solch umfangreichen Statistikumstellung bestehen in der Praxis der Datenmeldung und -erfassung in den ersten Jahren noch **Umsetzungsprobleme** (vgl. Schmidt 2008 und Statistisches Bundesamt 2009 und 2010), sodass die grundsätzlich erweiterten Analysemöglichkeiten (siehe Uhly 2006; Schaubild 10 in Uhly u. a. 2010; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2008, S. 112 ff.) noch nicht voll abgeschöpft werden können. Zudem können die neuen Merkmale zunächst nur für die Neuabschlüsse ausgewertet werden (vgl. Kapitel A4.3 und Kapitel A4.6), da für Auszubildende, die bereits vor April 2007 in die Verzeichnisse der zuständigen Stellen eingetragen waren, neue Merkmale nicht rückwirkend erfasst werden.

Grundsätzlich ist aufgrund der erhebungstechnischen Umstellung der Vergleich der Daten ab 2007 mit den Vorjahren nicht uneingeschränkt möglich.

Die Daten der Berufsbildungsstatistik werden mit der Fachserie 11, Reihe 3 des Statistischen Bundesamtes (Destatis) veröffentlicht und können im Internetangebot von Destatis kostenfrei heruntergeladen werden (<http://www.destatis.de>). Außerdem stellt das BIBB Auszubildenden der Berufsbildungsstatistik auch in dem Onlinedatensystem Auszubildende bereit, das eine Ergänzung zum Datenreport darstellt. Dort können die Daten, Berechnungen und ergänzende Berufsmerkmale für alle einzelnen Ausbildungsberufe und alle Länder abgerufen werden; zudem sind dort umfangreiche Erläuterungen zu den Daten zu finden; siehe hierzu <http://www.bibb.de/dazubi>.

Aus **Datenschutzgründen** veröffentlicht das BIBB alle Daten der Berufsbildungsstatistik nur noch als gerundete Werte (Vielfaches von 3; der Datenfehler beträgt dadurch je ausgewiesener Zahl maximal 1; detaillierte Erläuterungen siehe unter http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf).

Auszubildende nach Zuständigkeitsbereichen

Im Jahr 2009 standen 1.571.457 Auszubildende⁶⁶ in einer dualen Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung. Von diesen Auszubildenden **E** entfielen 1.283.979 auf Westdeutschland und 287.478 auf Ostdeutschland (inklusive Berlin) → **Tabelle A4.2.1-1**. Somit ist im Vergleich zum Vorjahr im Bundesgebiet ein Rückgang (-2,6 %) festzustellen. Dieser Rückgang fällt in Ostdeutschland mit -8,8 % deutlich stärker aus als in Westdeutschland (-1,1 %).

Betrachtet man die Zahl der Auszubildenden im längerfristigen Zeitverlauf seit 1977 → **Schaubild A4.2.1-1**, war die Entwicklung in den alten Ländern (inklusive Berlin) zunächst stark durch demografische Faktoren beeinflusst. Entsprechend verlaufen die Entwicklung der Auszubildendenzahl und die der Abgänger allgemeinbildender Schulen parallel. Mit der demografischen Welle Mitte der 1970er-Jahre, als die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre Berufsausbildungsplätze nachfragten, ist die Zahl der Ausbildungsplätze insgesamt stark

65 Siehe: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/z3_berufsbildungsreformgesetz.pdf

66 Alle Zahlen der Berufsbildungsstatistik sind aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Tabelle A4.2.1-1: Auszubildende nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2009

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst ²	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
Westdeutschland								
1992	1.345.305	670.959	445.761	58.371	23.904	138.201	7.713	399
1993	1.286.754	621.078	439.947	57.162	22.722	138.069	7.431	342
1994	1.226.262	567.627	442.242	49.431	22.359	136.542	7.749	309
1995	1.194.042	536.532	448.635	40.551	22.725	137.175	8.136	291
1996	1.182.429	528.513	449.946	34.884	23.694	136.596	8.475	318
1997	1.201.866	548.637	451.680	33.900	25.482	132.651	9.186	330
1998	1.240.449	584.679	454.773	35.319	27.000	128.475	9.843	360
1999	1.279.602	627.159	455.142	35.001	27.177	125.409	9.393	324
2000	1.297.203	653.001	448.560	34.482	26.025	125.802	8.988	345
2001	1.296.327	669.348	430.893	34.137	25.005	127.887	8.718	339
2002	1.255.635	651.726	407.028	34.155	24.336	129.516	8.523	348
2003	1.226.493	639.924	392.391	32.685	25.194	127.449	8.484	360
2004	1.214.025	639.213	384.258	33.213	26.628	121.581	8.685	444
2005	1.210.179	649.818	377.124	32.964	27.456	114.483	7.734	600
2006	1.232.169	674.169	380.214	32.652	28.131	108.765	7.512	723
2007 ³	1.264.941	712.734	384.594	29.199	29.340	100.623	7.557	894
2008	1.298.139	742.383	386.940	28.770	29.844	102.825	7.380	–
2009	1.283.979	734.139	380.286	28.638	30.219	103.284	7.413	–
Ostdeutschland								
1992	320.904	170.646	107.688	12.984	8.700	16.359	4.359	171
1993	342.558	165.432	127.797	16.350	6.960	20.793	5.199	24
1994	353.619	156.354	145.863	17.301	7.050	22.431	4.602	18
1995	385.296	166.332	166.716	16.173	8.532	23.172	4.350	18
1996	409.800	178.809	177.867	14.490	10.197	23.997	4.428	12
1997	420.813	187.647	179.223	13.710	11.931	23.937	4.353	9
1998	417.315	194.205	170.208	12.864	13.089	22.665	4.254	30
1999	418.728	205.857	161.730	12.456	13.209	21.192	4.245	39
2000	404.814	207.813	147.603	11.838	12.897	20.445	4.179	42
2001	388.341	206.793	133.590	11.316	12.525	19.698	4.389	33
2002	366.807	198.432	120.825	11.079	12.717	19.296	4.422	39
2003	355.137	198.444	109.974	10.653	13.095	18.282	4.653	36
2004	350.040	198.699	104.913	10.806	13.770	17.130	4.677	42
2005	343.260	198.399	100.059	10.401	13.857	15.936	4.566	42
2006	338.448	198.636	96.399	10.320	13.893	14.877	4.266	57
2007 ³	329.832	197.583	90.474	9.795	13.554	14.247	4.110	66
2008	315.204	191.838	84.099	9.270	12.363	13.842	3.792	–
2009	287.478	174.933	75.285	9.342	10.809	13.731	3.381	–
Bundesgebiet								
1992	1.666.209	841.605	553.449	71.355	32.604	154.560	12.072	570
1993	1.629.312	786.513	567.744	73.512	29.685	158.862	12.633	366
1994	1.579.878	723.981	588.102	66.732	29.409	158.973	12.351	327
1995	1.579.338	702.867	615.351	56.721	31.257	160.350	12.486	309
1996	1.592.226	707.322	627.813	49.374	33.894	160.593	12.903	327
1997	1.622.679	736.284	630.903	47.613	37.413	156.588	13.536	342
1998	1.657.764	778.884	624.981	48.183	40.089	151.137	14.097	390
1999	1.698.330	833.016	616.872	47.457	40.386	146.598	13.638	363
2000	1.702.017	860.811	596.163	46.320	38.922	146.247	13.170	387
2001	1.684.668	876.141	564.480	45.453	37.530	147.585	13.107	372
2002	1.622.442	850.158	527.853	45.237	37.053	148.812	12.945	387
2003	1.581.630	838.368	502.365	43.338	38.292	145.731	13.137	396
2004	1.564.065	837.915	489.171	44.019	40.398	138.711	13.362	486
2005	1.553.436	848.217	477.183	43.365	41.313	130.419	12.300	639
2006	1.570.614	872.805	476.616	42.972	42.024	123.642	11.778	780
2007 ³	1.594.773	910.320	475.065	38.994	42.894	114.870	11.667	963
2008	1.613.343	934.221	471.039	38.043	42.204	116.664	11.172	–
2009	1.571.457	909.072	455.568	37.980	41.028	117.015	10.794	–

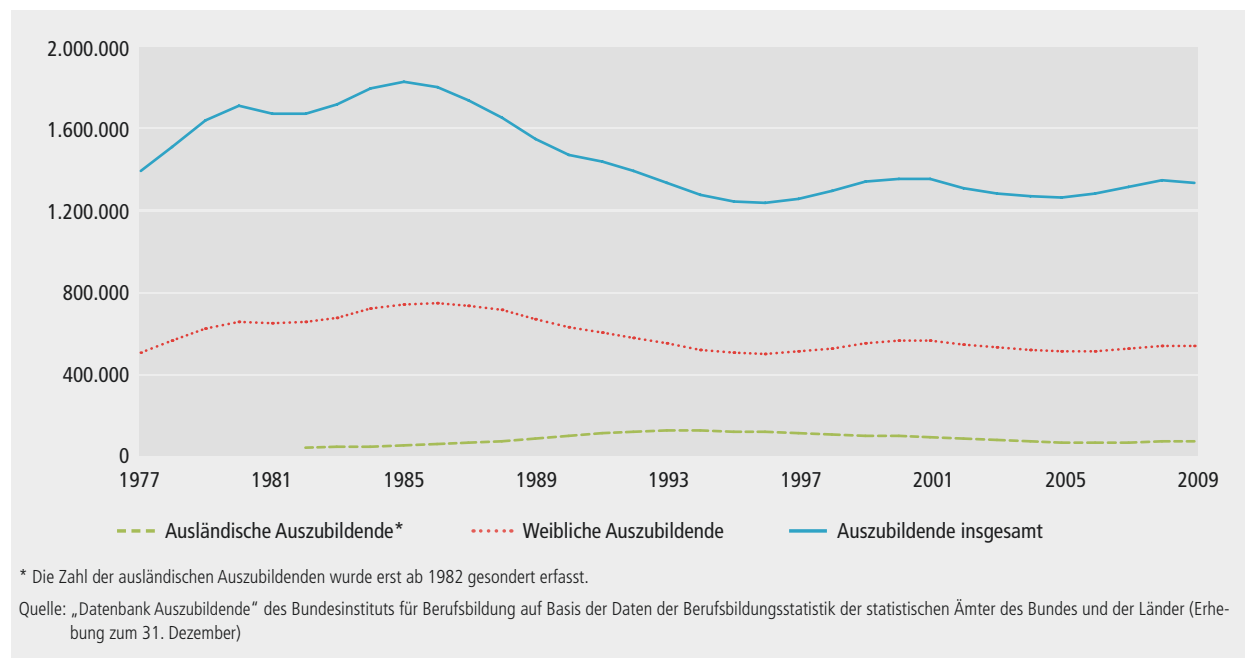
¹ Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe; seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

² Hierbei handelt es sich lediglich um die Auszubildenden in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes; da in Betrieben des öffentlichen Dienstes auch in bereichsfremden Berufen ausgebildet wird, fällt die Zahl und der Anteil derer, die im öffentlichen Dienst ausgebildet werden, höher aus. Die Auswertung des neu erhobenen Betriebsmerkmals „Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst“ kann derzeit nur für die Neuabschlüsse und noch nicht für die Bestandszahlen ausgewertet werden (keine rückwirkende Erfassung neuer Merkmale), unter den Neuabschlüssen beträgt der Anteil derer in Betrieben des öffentlichen Dienstes 2,4 % und der Anteil der Neuabschlüsse in Betrieben des öffentlichen Dienstes 3,6 %.

³ Aufgrund erheblicher meldetechnischer Umstellungen in 2007 ist ein Vergleich der Daten ab 2007 mit den Daten bis 2006 nur mit Einschränkung möglich.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Schaubild A4.2.1-1: Zahl der Auszubildenden, alte Länder inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-West), 1977 bis 2009



gestiegen. Mitte der 1980er-Jahre bis Anfang der 1990er-Jahre geht die Auszubildendenzahl wieder stark zurück. Seit Mitte der 1990er-Jahre bis zum Jahr 2000 ist die Zahl der Auszubildenden erneut bundesweit gestiegen. Im Vergleich zur Zahl der Abgänger allgemeinbildender Schulen fällt der Anstieg der Auszubildendenzahl jedoch geringer aus. Die Zahl der Schulabgänger steigt zudem insbesondere in den alten Ländern auch nach 2001 weiter an, wohingegen die der Auszubildenden bis 2005 sinkt (vgl. Schaubilder 1.1 bis 1.5 in Uhly u. a. 2010). Analysen von Trotsch und Walden (2007) lassen erkennen, dass seit den 1990er-Jahren die Zahl der Auszubildenden stärker durch die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung bestimmt werden, als dies früher der Fall war.

In den letzten Jahren spielen jedoch auch demografische Entwicklungen wieder eine starke Rolle. Der Rückgang der Auszubildendenzahl im Berichtsjahr 2009 ist neben der Wirtschafts- und Finanzkrise insbesondere in Ostdeutschland auch auf den starken demografischen Einbruch zurückzuführen. Zur Analyse der Entwicklungen am Ausbildungsstellenmarkt für das Berichtsjahr 2009 siehe Ulrich u. a. 2009; zur Ausbildungsmarktbilanz 2010 vgl. Kapitel A1.

E Erfassung von Auszubildenden

Bei der Zählung der Auszubildenden erfolgt im Rahmen der Berufsbildungsstatistik im Gegensatz zu den Neuabschlüssen und den Prüfungsdaten keine zeitraumbezogene, sondern eine stichtagsbezogene Abgrenzung. Als Auszubildende zählen alle Personen, die zum 31. Dezember in einem Ausbildungsverhältnis mit einem Ausbildungsvertrag nach BBiG bzw. HwO stehen.⁶⁷

Die Berufsbildungsstatistik wurde mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom 7. September 1976 als Bundesstatistik eingeführt, welche die Auszubildendenzahl differenziert nach Geschlecht ab 1977 erfasst.⁶⁸ Ausländische Auszubildende wurden erst ab 1982 gesondert erfasst.

⁶⁷ Zu den Prüfungen werden alle Prüfungen des Kalenderjahres gezählt (Zeitraumbezug) und zu den Neuabschlüssen alle im Kalenderjahr abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die bis zum 31.12. nicht wieder gelöst wurden (Kombination Zeitraum und Stichtag); wenn Personen mit im Kalenderjahr neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag vor dem 31.12. erfolgreich eine Abschlussprüfung abgelegt haben, zählen sie nicht mehr zu den Auszubildenden gemäß der Berufsbildungsstatistik.

⁶⁸ Bereits seit 1950 wurden entsprechende Daten von den zuständigen Stellen erfasst. Seit 1976 hat sich die Rechtsgrundlage der Bundesstatistik mehrfach geändert. Zur Entwicklung der Berufsbildungsstatistik seit 1950 siehe Werner 2000 und Uhly 2006.

Die Entwicklungen unterscheiden sich in den Zuständigkeitsbereichen (vgl. [E in Kapitel A1.1](#)). Demografische Effekte der 1970er- und 1980er-Jahre zeigten sich insbesondere in den beiden großen Bereichen Industrie und Handel sowie Handwerk, wobei sie im Handwerk früher einsetzten als in den Berufen von Industrie und Handel (vgl. Schaubild 4.2 in Uhly u. a. 2010).⁶⁹

Deutlichere Unterschiede in der Entwicklung der Bestandszahlen der Auszubildenden zeigen sich seit den 1990er-Jahren → [Tabelle A4.2.1-1](#). Während im Handwerk zunächst insbesondere bedingt durch die Entwicklung in Ostdeutschland (Aufbau handwerklicher Wirtschaftsstrukturen) die Zahl der Auszubildenden anstieg, ist dort seit 1998 ein kontinuierlicher Rückgang zu beobachten. Im Jahr 2009 ist in Ostdeutschland die Zahl der Auszubildenden im Handwerk im Vorjahresvergleich mit -10,5 % bzw. -8.814 Auszubildenden nochmals sehr stark zurückgegangen. In diesem Jahr ist auch für Westdeutschland ein Rückgang zu verzeichnen, der aber vergleichsweise gering ausfällt (-1,7 % bzw. -6.654). Insgesamt ist im Bundesgebiet damit nach dem geringfügigen Rückgang in den 3 Jahren zuvor 2009 wieder ein relativ starker Rückgang zu verzeichnen (-3,3 %); die Zahl der Auszubildenden liegt im Handwerk bundesweit 2009 bei 455.568.

Im Bereich Industrie und Handel war bundesweit bis 1995 ein Rückgang zu verzeichnen; dies war insbesondere durch ein zurückgehendes Ausbildungsplatzangebot in Westdeutschland, beispielsweise in den Metall- und Elektroberufen, bedingt. In den Jahren 1996 bis 2001 sowie 2005 bis 2008 hat im Bereich Industrie und Handel insgesamt jedoch die Zahl der Ausbildungsplätze wieder zugenommen. In 2009 sinkt in Ostdeutschland die Zahl der Auszubildenden in Industrie und Handel um 8,8 %, was dem Durchschnitt des Gesamtrückgangs über alle Zuständigkeitsbereiche in Ostdeutschland entspricht. Die Zahl der Auszubildenden geht in 2009 erstmals seit 2004 auch bundesweit in diesem Zuständigkeitsbereich zurück; mit -2,7 % bzw. -41.886 Auszubildenden fällt dieser Rückgang durchschnittlich aus.

Insgesamt bleibt Industrie und Handel mit 909.072 Auszubildenden der größte Zuständigkeitsbereich.

Der Einbruch der Zahl der Auszubildenden in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes in den ersten Jahren seit 1994 ist durch Privatisierungen im Post- und Bahnbereich sowie durch den Wechsel der entsprechenden Ausbildungsberufe in den Zuständigkeitsbereich von Industrie und Handel bedingt. Bis 2006 ist die Zahl der Auszubildenden in den Berufen des öffentlichen Dienstes nur noch in geringerem Ausmaß zurückgegangen, seit 2007 ist allerdings erneut ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen, der teilweise durch die Umstellungen in der Berufsbildungsstatistik bedingt sein kann.⁷⁰ Zumindest in Teilen geht dieser Rückgang aber auch auf ein verändertes Ausbildungsverhalten im öffentlichen Dienst zurück (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.2.1). Im Vergleich zum Vorjahr ist im Jahr 2009 die Zahl der Auszubildenden in den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst bundesweit nahezu unverändert (-0,17 % bzw. -63 Auszubildende); in Ostdeutschland steigt sie geringfügig (+0,8 % bzw. +72 Auszubildende).

Seit 2007 erfasst die Berufsbildungsstatistik auch das Betriebsmerkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“; im Jahr 2009 kommen zu den 37.980 Auszubildenden in Berufen des öffentlichen Dienstes mindestens⁷¹ 17.685 Auszubildende hinzu, die in Betrieben des öffentlichen Dienstes in Berufen der anderen Zuständigkeitsbereiche ausgebildet werden.

Nach relativer Konstanz in den Vorjahren war von 2003 bis 2007 im Zuständigkeitsbereich der freien Berufe ein starker Rückgang der Zahl der Auszu-

70 Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes führte die Umstellung der Datenlieferung im Jahr 2007 insbesondere im Zuständigkeitsbereich des öffentlichen Dienstes zu Einschränkungen in der zeitlichen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Allerdings zeigt sich auch in der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Jahr 2007 ein starker Rückgang in den Berufen des öffentlichen Dienstes (siehe <http://www.bibb.de/de/14492.htm>). Insofern ist unklar, in welchem Ausmaß der Rückgang in den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes in der Berufsbildungsstatistik durch die Umstellung der Datenlieferung und in welchem Maße durch reale Entwicklungen bedingt ist.

71 Die genaue Zahl kann noch nicht angegeben werden, da die neuen Merkmale der Berufsbildungsstatistik nicht rückwirkend (für bereits vor April 2007 in die Verzeichnisse der zuständigen Stellen eingetragenen Auszubildenden) erhoben und gemeldet werden müssen; es liegen für die Auszubildenden noch fehlende Angaben vor.

69 Vgl. [Kapitel A1](#).

**Tabelle A4.2.1-2: Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet
1992 bis 2009 (in %)**

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
1992	40,8	41,8	22,1	50,7	35,7	95,0	97,0	1,9
1993	40,4	41,8	20,8	52,0	34,3	95,1	96,7	2,5
1994	40,0	42,7	19,6	54,1	33,1	94,8	96,3	4,0
1995	39,8	43,2	19,2	56,7	32,7	94,9	95,7	4,2
1996	39,8	43,5	19,3	59,2	31,7	95,0	95,4	5,5
1997	39,9	43,5	19,8	62,3	30,7	95,3	95,0	7,3
1998	40,0	43,1	20,6	62,9	29,7	95,3	94,9	5,9
1999	40,5	43,4	21,3	63,0	28,5	95,5	94,6	4,4
2000	40,9	43,2	21,9	64,4	28,5	95,6	94,6	5,4
2001	41,0	42,4	22,4	64,6	27,2	95,6	94,1	6,2
2002	41,0	41,4	22,6	65,3	26,4	95,6	93,8	5,2
2003	40,6	40,5	22,7	64,9	25,2	95,5	93,0	4,3
2004	40,1	39,8	22,7	64,2	24,1	95,3	92,8	4,3
2005	39,7	39,5	22,9	63,4	23,2	95,1	92,5	4,1
2006	39,5	39,5	23,1	63,5	22,4	95,2	92,5	3,9
2007 ²	39,3	39,6	23,3	64,1	22,4	95,0	92,1	4,5
2008	39,6	39,8	23,7	64,3	23,0	95,0	92,2	–
2009	39,9	39,9	24,0	64,8	22,9	94,9	92,5	–

¹ Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe; seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

² Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember)

bildenden zu beobachten. Nach dem Anstieg in 2008 steigt die Zahl der Auszubildenden in 2009 im Vorjahresvergleich nochmals geringfügig an (+0,3 % bzw. +351). Bundesweit befinden sich im Jahr 2009 117.015 Auszubildende in den freien Berufen. In Ostdeutschland sind zwar auch in 2009 noch leichte Rückgänge in diesem Zuständigkeitsbereich zu beobachten (-0,8 %), allerdings fallen diese im Vergleich zum Rückgang in Ostdeutschland insgesamt deutlich unterproportional aus.

In den Ausbildungsberufen der Landwirtschaft ist die Zahl der Auszubildenden längerfristig mit Ausnahme der Jahre 2000 bis 2003 gestiegen. Der bundesweite Rückgang, der schon in 2008 zu verzeichnen war, setzt sich 2009 verstärkt fort (-2,8 % bzw. -1.176) und ist alleine auf den starken Rückgang in Ostdeutschland zurückzuführen (-12,6 % bzw. -1.554). In Westdeutschland ist die Zahl der Auszubildenden in der Landwirtschaft weiterhin gestiegen (+1,3 % bzw. +375).

In der Hauswirtschaft, mit dem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf (Hauswirtschaftler/-in) sowie

den beiden Berufen für Menschen mit Behinderung (Hauswirtschaftshelfer/-in und Hauswirtschaftstechnische/-r Betriebshelfer/-in), sind bundesweit vergleichsweise wenige Auszubildende zu finden, deren Anzahl schwankt über die Jahre. In Ostdeutschland geht deren Anzahl seit 2005 zunehmend zurück.⁷² Der Bereich Seeschifffahrt – hierunter fällt der Ausbildungsberuf Schiffsmechaniker – fällt sehr klein aus, ist jedoch seit 2004 deutlich gewachsen; seit 2008 wird er nicht mehr für die Berufsbildungsstatistik gemeldet.⁷³

72 Der deutliche Rückgang der Auszubildenden im Zuständigkeitsbereich der Hauswirtschaft in Westdeutschland im Jahr 2005 (-11 %) ist teilweise durch veränderte Zuständigkeiten bedingt, denn für das Land Hessen werden Hauswirtschaftler/-innen seit 2005 nicht mehr unter dem Bereich Hauswirtschaft, sondern unter dem Bereich Industrie und Handel gemeldet.

73 Da der Ausbildungsberuf nicht nach BBiG oder HwO geordnet ist, sondern einen vergleichbar geregelten Beruf außerhalb des Geltungsbereichs des BBiG darstellt, wurde er bis 2007 freiwillig gemeldet (die gesetzliche Grundlage für die Berufsbildungsstatistik, insbesondere § 88 BBiG, betrifft nur Ausbildungsberufe, die nach BBiG bzw. HwO geregelt sind). Mit den erweiterten Meldepflichten im Rahmen der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz wurde die Datenmeldung im Jahr 2008 eingestellt. Ausbildungsverträge werden im Zuständigkeitsbereich der Seeschifffahrt weiterhin abgeschlossen.

Da die Berufsbildungsstatistik neben der schulischen Vorbildung (vgl. **Kapitel A4.6**) als Personenmerkmale das Geschlecht sowie die Staatsangehörigkeit erfasst, können zusätzlich zur Entwicklung nach Zuständigkeitsbereichen die Auszubildendenzahlen auch nach diesen Personenmerkmalen differenziert betrachtet werden. Künftig können auf Basis der Individualdaten auch weitere Merkmale zur differenzierten Betrachtung der Auszubildendenzahlen herangezogen werden. Da aber die neuen Merkmale der Berufsbildungsstatistik nicht rückwirkend für bereits eingetragene Ausbildungsverhältnisse erhoben wurden, erfolgt eine Auswertung nach weiteren Merkmalen ausschließlich für die Neuabschlüsse (vgl. **Kapitel A4.3** bis **A4.6.2**).

Frauenanteil in den dualen Ausbildungsberufen

Frauen machen im Jahr 2009 39,9 % aller Auszubildenden des dualen Systems aus (627.456 weibliche Auszubildende) → **Tabelle A4.2.1-2**. Seit 1992 schwankt dieser Anteil insgesamt nur geringfügig zwischen 39 % und 41 %. Insgesamt sind Frauen im dualen System im Vergleich zu ihrem Anteil an der Wohnbevölkerung im entsprechenden Anteil (ca. 49 %) unterrepräsentiert (vgl. **Kapitel A4.5**); Frauen sind häufiger als Männer in vollzeitschulischen Berufsausbildungsgängen zu finden (vgl. **Kapitel A5.2**). Innerhalb des dualen Systems zeigen sich auch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede (vgl. **Kapitel A4.5**).

Die Zuständigkeitsbereiche unterscheiden sich deutlich hinsichtlich des Frauenanteils. Im Bereich der Hauswirtschaft und der freien Berufe liegt er über 90 %. In den Berufen des öffentlichen Dienstes ist er im Vergleich zum Jahr 1992 (50,7 %) deutlich gestiegen und liegt seit 1998 bei 63 % bis 65 % aller Auszubildenden. In den Berufen des Zuständigkeitsbereichs Industrie und Handel entspricht er mit 39,9 % dem Gesamtdurchschnitt. Im Handwerk liegt der Frauenanteil dagegen unverändert deutlich unterdurchschnittlich bei 24 % im Jahr 2009 und ist somit im Vergleich zu 1992 (22,1 %) nur geringfügig gestiegen. Er liegt dort etwas höher als Mitte der 1990er-Jahre (1995: 19,2 %), jedoch nur bedingt durch die starken Rückgänge bei den männlich

dominierten Berufen im Bau- und Ausbaugewerbe. Auch in der Landwirtschaft ist der Frauenanteil an allen Auszubildenden vergleichsweise niedrig und beträgt im Jahr 2009 22,9 %, er geht dort seit 1992 (35,7 %) nahezu kontinuierlich zurück.

Insgesamt lassen sich für die Ausbildungsberufe des dualen Systems deutliche Geschlechterzuordnungen feststellen, die in Westdeutschland zudem im langfristigen Zeitverlauf⁷⁴ eine Beharrungstendenz aufweisen → **Tabelle A4.2.1-3**. Ein Großteil der Ausbildungsberufe ist jeweils überwiegend mit Frauen oder mit Männern besetzt, entsprechend variieren die Frauenanteile deutlich. Unterteilt man die dualen Ausbildungsberufe auf Basis des jeweiligen Frauenanteils an den Auszubildenden im Jahr 1977 bzw. des ersten Jahres des Auftretens eines Berufs (oder seines Vorgängerberufes), lässt sich feststellen, dass die Mehrheit der Frauen eine Ausbildung in einem weiblich dominierten Beruf absolviert, also in einem Beruf mit maximal 20 % Männeranteil. Im Jahr 2009 befinden sich in Westdeutschland 39,8 % aller weiblichen Auszubildenden des dualen Systems in dieser Berufsgruppe; dieser Anteil liegt nur um knapp 5 Prozentpunkte unterhalb des Wertes aus dem Jahr 1980. Weitere 17,6 % befinden sich in einer Ausbildung in einem überwiegend weiblich besetzten Beruf (Männeranteil 20 % bis 40 %); im Jahr 1980 waren dies 23,4 %. In den männlich dominierten bzw. überwiegend männlich besetzten Ausbildungsberufen befinden sich insgesamt nur 18,8 % der weiblichen Auszubildenden. Insgesamt ist im dualen System eine deutlich geschlechtsspezifische berufliche Segregation zu beobachten; berufsstrukturelle Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind seit Mitte der 1980er-Jahre nahezu unverändert (vgl. Uhly 2007). In Ostdeutschland befindet sich mit 19,0 % ein höherer Anteil an Frauen in männlich dominierten Ausbildungsberufen, 34,9 % findet man dort in weiblich dominierten Ausbildungsberufen. Allerdings gleichen sich die Verteilungen in Ostdeutschland denen in Westdeutschland an, im Jahr 1991

⁷⁴ Im Rahmen der Aggregatdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik wurde bis 1992 lediglich die Bestandszahl der Auszubildenden differenziert nach Geschlecht erhoben; die hier erfolgte Differenzierung der Berufe (in stark männlich oder weiblich besetzt) kann deshalb nur auf Basis der Bestandszahlen und nicht anhand der Neuabschlusszahlen erfolgen.

Tabelle A4.2.1-3: Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1993 und 2009, Ostdeutschland 2009

Gruppe der Ausbildungsberufe ¹	Weibliche Auszubildende							
	Insgesamt, Anzahl				Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Auszubildenden (in %)			
	Westdeutschland			Ostdeutschland	Westdeutschland			Ostdeutschland
	1980	1995	2009	2009	1980	1995	2009	2009
Männlich dominierte Berufe (0–20 % weibliche Auszubildende)	34.209	42.804	54.630	21.108	5,4	8,9	10,6	19,0
Überwiegend männlich besetzte Berufe (20–40 % weibliche Auszubildende)	35.244	32.448	42.444	6.660	5,5	6,7	8,2	6,0
Gemischt besetzte Berufe (40–60 % weibliche Auszubildende)	134.226	124.800	122.805	23.649	21,0	26,0	23,8	21,2
Überwiegend weiblich besetzte Berufe (60–80 % weibliche Auszubildende)	149.604	66.873	90.732	21.051	23,4	13,9	17,6	18,9
Weiblich dominierte Berufe (80–100 % weibliche Auszubildende)	285.765	213.825	205.500	38.877	44,7	44,5	39,8	34,9
Insgesamt	639.048	480.750	516.111	111.345	100,0	100,0	100,0	100,0

Vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.7, Druckversion S. 183

¹ Gruppenbildung nach dem Anteil der weiblichen Auszubildenden im jeweiligen Beruf (bzw. dessen Vorgängerberuf) in Westdeutschland im Jahre 1977 oder später (für die Berufe, die nach 1977 zum ersten Mal auftreten).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

waren nur 26,3 % der weiblichen Auszubildenden Ostdeutschlands in weiblich dominierten Berufen tätig (vgl. Uhly u. a. 2010).

Ausländeranteil in den dualen Ausbildungsberufen

Der Anteil an Auszubildenden mit ausländischem Pass ist seit Anfang der 1990er-Jahre (7 % bis 8 %) stark zurückgegangen. Seit 2007 steigt der Anteil wieder leicht an; im Jahr 2009 liegt er bei 4,8 % → **Tabelle A4.2.1-4**. Bundesweit befinden sich 75.780 ausländische Auszubildende am 31. Dezember 2009 in einem Ausbildungsverhältnis des dualen Systems. Die Berufsbildungsstatistik erfasst

lediglich die Staatsangehörigkeit⁷⁵ und nicht einen Migrationshintergrund. Teilweise ist der Rückgang des Ausländeranteils durch Einbürgerungen bedingt. Der adäquate Indikator zur Einschätzung der Frage der Integration in die duale Berufsausbildung ist somit nicht der Ausländeranteil. Denn dieser muss in Relation zum Ausländeranteil in der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gesetzt werden. Dies erfolgt mit der Analyse der Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen in **Kapitel A4.5**. Der Ausländeranteil eignet sich jedoch für einen Vergleich der Zuständigkeitsbereiche.

⁷⁵ Als ausländische Auszubildende werden alle Auszubildende ohne deutschen Pass gezählt. Jugendliche, die sowohl über eine deutsche als auch eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, werden nicht als ausländische Auszubildende erfasst.

Tabelle A4.2.1-4: Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen¹, Bundesgebiet 1992 bis 2009 (in %)

Jahr	Auszubildende insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
1992	7,2	6,4	9,4	2,6	1,2	7,5	2,4	0,9
1993	7,8	6,9	9,8	3,0	1,2	8,3	2,7	1,6
1994	8,0	7,2	9,7	3,1	1,4	8,5	2,9	1,2
1995	7,7	7,0	9,0	3,1	1,8	8,6	3,6	1,0
1996	7,3	6,7	8,3	2,7	1,6	9,0	4,1	1,2
1997	6,8	6,3	7,6	2,4	1,4	8,8	4,5	1,2
1998	6,3	5,9	7,0	2,4	1,1	8,2	4,7	1,8
1999	5,9	5,6	6,6	2,3	0,9	8,0	3,9	1,7
2000	5,7	5,2	6,4	2,1	0,9	8,2	4,2	1,3
2001	5,5	5,0	6,2	2,2	0,8	7,9	4,3	0,3
2002	5,3	4,7	6,0	2,0	0,9	8,3	4,2	0,8
2003	5,0	4,4	5,7	2,1	0,8	8,3	4,1	2,0
2004	4,6	4,0	5,3	1,8	0,8	7,7	4,2	2,5
2005	4,4	3,8	5,1	1,7	0,8	7,3	4,0	2,2
2006	4,2	3,7	4,8	1,7	0,8	7,1	3,8	1,4
2007 ²	4,3	3,9	4,9	1,5	0,7	7,7	3,2	1,1
2008	4,5	4,1	5,2	1,5	0,7	8,1	3,6	–
2009	4,8	4,3	5,5	1,8	0,8	8,5	4,1	–

¹ Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe; seit 2008 nimmt der Zuständigkeitsbereich Seeschifffahrt an der Berufsbildungsstatistik nicht mehr teil.

² Die Daten sind seit 2007 aufgrund weitreichender meldetechnischer Umstellungen nicht uneingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember)

Der im Vorjahresvergleich zu verzeichnende Anstieg des Ausländeranteils in 2009 ist in allen Zuständigkeitsbereichen zu beobachten. Dennoch ist der Ausländeranteil in nahezu allen Zuständigkeitsbereichen relativ gering. In den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs der freien Berufe fällt er bundesweit mit 8,5 % aller Auszubildenden des Bereichs vergleichsweise hoch aus; in den einzelnen Jahren schwankt er nur geringfügig zwischen 7 % und 9 %. Allerdings ist er auch hier im Vergleich zum Ausländeranteil in der entsprechenden Wohnbevölkerung insgesamt immer noch unterproportional; denn von der Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis unter 24 haben 10,6 % keinen deutschen Pass. Einzelne Be-

rufe dieses Zuständigkeitsbereichs sind allerdings überproportional mit ausländischen Auszubildenden besetzt. In den beiden Berufen Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r (16,4 %) und Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (11,7 %) findet man fast ausschließlich (97,3 % bzw. 99,5 %) weibliche Auszubildende, sowohl unter denen mit deutschem als auch denen mit ausländischem Pass.

In der Hauswirtschaft fällt der Ausländeranteil geringer aus, er hat sich jedoch von 1992 (2,4 %) bis 2009 (4,1 %) deutlich erhöht. In allen anderen Bereichen ist er längerfristig zurückgegangen. Sehr gering fällt er bereits im Jahr 1992 in den Ausbildungsberufen

des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst (2,6 %) und in der Landwirtschaft (1,2 %) aus, 2009 betrug er dort trotz des leichten Anstiegs im Vergleich zum Vorjahr immer nur noch 1,8 % bzw. 0,8 %. Auch im Handwerk und im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel ist er im Jahr 2009 wieder leicht gestiegen; im Handwerk fällt er mit 5,5 % leicht überproportional aus (im Vergleich zum Gesamtanteil von 4,8 %), in Industrie und Handel (4,3 %) leicht unterproportional. Insgesamt findet man nur sehr wenige staatlich anerkannte Ausbildungsberufe (bzw. duale Ausbildungsberufe in Erprobung), die einen Ausländeranteil von 10 % und mehr unter den Auszubildenden aufweisen. Von den Berufen mit mindestens 100 Auszubildenden sind dies neben dem bereits genannten Beruf Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r, der den sekundären Dienstleistungsberufen zugerechnet werden kann, folgende 6 primäre Dienstleistungsberufe⁷⁶: Pharmazeutisch-kaufmännische/-r Angestellte/-r, Friseur/-in, Servicefahrer/-in, Servicekraft für Schutz und Sicherheit, Tankwart/-in und Fachmann/-frau für Systemgastronomie. Außerdem weisen noch 8 Produktionsberufe höhere Ausländeranteile unter den Auszubildenden auf; es sind 4 Berufe aus der Gruppe der Ausbauberufe (Industrie-Isolierer/-in, Estrichleger/-in, Stuckateur/-in sowie Bauwerksabdichter/-in), der Textilberuf Änderungs Schneider/-in und 3 Metallberufe (Chirurgiemechaniker/-in, Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in sowie Fräser/-in).

Differenziertere Analysen zur Ausbildungssituation der ausländischen Jugendlichen bzw. der Jugendlichen mit Migrationshintergrund findet man in **Kapitel A4.9**.

(Alexandra Uhly)

A4.2.2 Auszubildende mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen

Das duale System der Berufsausbildung ist durch zwei Lernorte und zwei Financiers gekennzeichnet: Weit überwiegend findet die Ausbildung in den nach Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung anerkannten Berufen (BBiG/HwO-Berufe) an den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule statt. Die Kosten der betrieblichen Ausbildung werden dabei in der Regel von den Unternehmen bzw. Verwaltungen selbst getragen, der Staat übernimmt die Kosten der berufsschulischen Ausbildung. Das betriebliche Ausbildungsangebot konnte jedoch wegen seiner starken Marktabhängigkeit eine Versorgung aller Ausbildungsstellenbewerber/-innen in der Vergangenheit oft bei Weitem nicht sicherstellen (vgl. Ulrich/Eberhard 2008). Zudem gibt es Jugendliche, die einer besonderen pädagogischen Betreuung bedürfen und deshalb außerhalb realer Arbeitsabläufe ausgebildet werden müssen. Daher wird seit vielen Jahren eine nicht unerhebliche Anzahl von zusätzlichen Ausbildungsplätzen bereitgestellt, die überwiegend aus öffentlichen Mitteln bzw. Mitteln der Bundesagentur für Arbeit (BA) finanziert werden. In diesen Fällen schließen die Auszubildenden ihren Ausbildungsvertrag nicht mit einem Betrieb, sondern mit einem außerbetrieblichen Träger. Wie hoch der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung an allen Auszubildenden ist, geht bislang aus der Berufsbildungsstatistik zum Stichtag 31. Dezember nicht hervor.⁷⁷ Daher differenziert das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) seit dem Jahr 1999 unter Hinzuziehung anderer Datenquellen die Gesamtzahl der Auszubildenden nach betrieblichen und außerbetrieblichen Auszubildenden in **E**.

⁷⁶ Die Unterscheidung der Berufe in Produktionsberufe, primäre sowie sekundäre Dienstleistungsberufe wird in **Kapitel A4.4** erläutert, in dem berufsstrukturelle Entwicklungen unter anderem auf Basis dieser Berufsdifferenzierung dargestellt werden.

⁷⁷ Erst seit dem Jahr 2007 wird im Rahmen der auf eine Individualdatenerfassung umgestellten Berufsbildungsstatistik auch die Finanzierungsart der Ausbildung erhoben. Dies erfolgt allerdings nur für die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

E Differenzierung nach betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen

Das BIBB schätzt jährlich zum Stand 31. Dezember den Anteil der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse differenziert nach Bundesländern. Dabei wird zunächst die Zahl der Auszubildenden ermittelt, die sich an diesem Stichtag insgesamt in einer außerbetrieblichen, d. h. überwiegend öffentlich finanzierten Berufsausbildung befanden. Der Umfang der betrieblichen Ausbildung wird dann auf indirektem Weg berechnet, indem von der Gesamtzahl der Auszubildenden, die das Statistische Bundesamt ausweist, die Anzahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse abgezogen wird. Das Ergebnis ist deshalb als Schätzung aufzufassen, weil die Zusammenführung unterschiedlicher Datenquellen in der Regel mit Ungenauigkeiten bzw. Unsicherheiten verbunden ist.

Außerbetriebliche Ausbildung wird nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und III), im Rahmen der Bund-Länder-Programme Ost, durch ergänzende Programme der neuen Länder sowie durch Förderprogramme einiger alter Länder finanziert. Für die Berechnungen wird der jeweilige Teilnehmerbestand Ende Dezember eines Jahres herangezogen. Die Angaben werden von der Bundesagentur für Arbeit und von den Ländern zur Verfügung gestellt. Dabei werden ausschließlich Ausbildungsverhältnisse in BBiG/HwO-Berufen einbezogen, die mit einem bei der zuständigen Stelle (z. B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer) eingetragenen Ausbildungsvertrag verbunden sind. Denn nur diese Ausbildungsverhältnisse werden in der Berufsbildungsstatistik mitgezählt. Geförderte schulische Ausbildungsgänge bleiben dagegen unberücksichtigt, da die Teilnehmer/-innen dort keinen entsprechenden Ausbildungsvertrag geschlossen und somit nicht den Status „Auszubildender“ haben.

Zu beachten ist, dass auch in der außerbetrieblichen Berufsausbildung teilweise längere Ausbildungsphasen in Betrieben stattfinden. Maßgeblich für die hier vorgenommene Zuordnung ist jedoch allein die Finanzierungsform – und nicht der Lernort. Zugrunde gelegt wird damit auch hier die „überwiegend öffentliche Finanzierung von Berufsausbildungsverhältnissen“, wie sie im Rahmen der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September sowie der Berufsbildungsstatistik zum 31. Dezember definiert ist (vgl. [Kapitel A1.1](#) und [Kapitel A4.3](#)).

Anteile betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung 2009

Die öffentliche Finanzierung von Ausbildungsplätzen erfolgt für unterschiedliche Zielgruppen: So fördert die BA nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB III) die außerbetriebliche Ausbildung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen, die sozialpädagogischer Begleitung bedürfen und auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen nicht in eine betriebliche Berufsausbildung vermittelt werden können (Berufsausbildung Benachteiligter – BaE, siehe § 242 SGB III). Darüber hinaus werden von der BA Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung von jungen Menschen mit Behinderungen finanziert (Ausbildung Reha – Reha-bMA, siehe § 102 SGB III). Die Bund-Länder-Programme Ost, die ergänzenden Programme der neuen Länder sowie die Förderprogramme in einigen alten Bundesländern richten sich in der Regel an sogenannte „marktbenachteiligte“ Jugendliche, die allein aufgrund eines in der Region nicht ausreichenden betrieblichen Ausbildungsstellenangebots unversorgt blieben ([vgl. Kapitel D1](#)).

Ende 2009 befanden sich nach den Berechnungen des BIBB bundesweit 165.365 Auszubildende in einer der öffentlich geförderten außerbetrieblichen Ausbildungsformen. Dies waren 10,5 % der insgesamt 1.571.457 Auszubildenden, die es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zum Stichtag 31. Dezember 2009 gab → [Tabelle A4.2.2-1](#). Der Anteil der Auszubildenden in betrieblicher Ausbildung betrug dementsprechend 89,5 % (1.406.092). In den alten Ländern lag der Anteil der außerbetrieblichen Auszubildenden bei 7,2 % (93.033) aller Auszubildenden (1.283.978). In den neuen Ländern einschließlich Berlin erreichte der Anteil der außerbetrieblichen Auszubildenden 25,2 % (72.322) aller Auszubildenden (287.479).

Die außerbetriebliche Ausbildung verteilte sich 2009 wie folgt auf die verschiedenen Förderarten bzw. Zielgruppen: In den alten Ländern nahmen die nach SGB geförderten Ausbildungsverhältnisse lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher mit 57,4 % (53.430) den größten Anteil ein. Die geförderte Ausbildung Jugendlicher mit Behinderungen folgte mit 34,8 % (32.361). Auf die Förderung von meist marktbenachteiligten Jugendlichen im Rahmen

von Länderprogrammen entfielen lediglich 7,8 % (7.242) der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse. Allerdings gab es auch nur in drei der alten Länder (Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen) solche Förderprogramme.

In den neuen Ländern hatte die nach SGB geförderte Ausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher mit 49,0 % (35.404) ebenfalls die größte quantitative Bedeutung, gefolgt von der durch das Bund-Länder-Programm Ost sowie die ergänzenden Länderprogramme finanzierten Ausbildung marktbenachteiligter Jugendlicher mit insgesamt 33,2 % (24.019). Die Förderung der beruflichen Eingliederung junger Menschen mit Behinderungen nahm einen Anteil von 17,8 % (12.899) an den außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen ein.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die außerbetriebliche Ausbildung in den neuen Ländern noch immer in wesentlich höherem Maße als in den alten Ländern die Funktion hatte, Benachteiligungen auszugleichen, die allein durch das in der Region nicht ausreichende betriebliche Ausbildungsstellenangebot verursacht wurden. In den alten Ländern stand dagegen die Förderung der Ausbildung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen sowie jungen Menschen mit Behinderungen im Vordergrund. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in der Förderpraxis die Grenze zwischen „Marktbenachteiligung“ und originärer Benachteiligung fließend ist, d. h., bei schwächerer Ausbildungsmarktlage wird insbesondere der Kreis der lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen weiter gezogen (vgl. Ulrich 2003). Dies ist in den neuen Ländern möglicherweise nach wie vor stärker als in den alten Ländern der Fall, worauf der erheblich höhere Anteil der Förderung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen an der Gesamtzahl aller (betrieblichen und außerbetrieblichen) Ausbildungsverhältnisse hindeutet: Dieser lag 2009 in den neuen Ländern bei 12,3 % gegenüber nur 4,2 % in den alten Ländern.⁷⁸

Zwischen den einzelnen Bundesländern gab es deutliche Unterschiede in der Verbreitung der außerbetrieblichen Ausbildung. In den alten Ländern wies Hessen mit 9,9 % den höchsten prozentualen Anteil an außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen auf, Bayern kam dagegen mit 5,0 % auf den geringsten Anteil. Unter den neuen Ländern (einschließlich Berlin) hatte die außerbetriebliche Ausbildung in Brandenburg mit einem relativen Anteil von 28,0 % die größte quantitative Bedeutung, in Thüringen war dagegen mit 22,2 % der niedrigste prozentuale Anteil zu verzeichnen.

Entwicklung der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung

In den alten Ländern erhöhte sich die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse von 86.407 im Jahr 2008 auf 93.033 im Jahr 2009 und damit um 7,7 %. In der betrieblichen Ausbildung gab es dagegen eine Abnahme um 1,7 % (von 1.211.733 auf 1.190.945).⁷⁹ In den neuen Ländern sank die Zahl der Auszubildenden in außerbetrieblicher Ausbildung mit -14,7 % (von 84.781 auf 72.322) noch stärker als in betrieblicher Ausbildung mit -6,6 % (von 230.422 auf 215.157).⁸⁰

Die Entwicklung der außerbetrieblichen Ausbildung verlief von 2008 zu 2009 im Hinblick auf die einzelnen Förderarten sehr unterschiedlich: So nahm in den alten Ländern bei der nach SGB geförderten Ausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher die Zahl der Ausbildungsverhältnisse um 13,2 % (von 47.184 auf 53.430) zu, bei der Förderung der Berufsausbildung von Jugendlichen mit Behinderungen dagegen nur um 1,6 % (von 31.841 auf 32.361). Bei der außerbetrieblichen Ausbildung marktbenachteiligter Jugendlicher im Rahmen der Länderprogramme gab es mit einem Minus von 1,9 % (von 7.382 auf 7.242) eine leichte Abnahme.

⁷⁸ In den neuen Ländern ist bei dieser Förderart allerdings auch der Anteil der Jugendlichen aus dem Rechtskreis des SGB II (Bezieher von Arbeitslosengeld II, das alle erwerbsfähigen Personen erhalten, die ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie nicht aus eigener Kraft sichern können) mit 48,6 % erheblich höher als in den alten Ländern mit 30,6 %. Zugrunde gelegt sind dabei die Bestandszahlen im Dezember 2009 (ohne Förderinformationen zugelassener kommunaler Träger), vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010.

⁷⁹ Aufgrund der Berücksichtigung der Förderinformationen der zugelassenen kommunalen Träger weichen die hier für 2008 ausgewiesenen Zahlen der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse von den früher berichteten Zahlen ab (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.2.2).

⁸⁰ Zur zahlenmäßigen Entwicklung der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnisse von 1999 bis 2006 siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.3.2. Eine Gesamtübersicht über die Entwicklung von 1999 bis 2008 differenziert nach Bundesländern ist im Internet verfügbar, siehe BIBB-Datenreport 2010, Tabelle A5.2.2-2 Internet.

Tabelle A4.2.2-1: Zahl der Auszubildenden mit betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen 2009

Bundesland	Insgesamt		davon:						Außerbetrieblich insgesamt		Betrieblich	
	Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %	(Ergänzende) Länderprogramme	Berufsausbildung Benachteiligter (BaE) ¹	Ausbildung Reha (Reha-bMA) ¹		Anzahl	Anteil in %	Anzahl	Anteil in %
Baden-Württemberg	211.800	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	6.125	2,9	7.507	3,5
Bayern	264.773	100,0	0	0,0	0	0,0	0	0,0	7.110	2,7	6.199	2,3
Berlin	52.296	100,0	2.203	4,2	2.742	5,2	2.200	4,2	5.492	10,5	2.200	4,2
Brandenburg	43.489	100,0	1.873	4,3	1.356	3,1	3.078	7,1	5.882	13,5	3.078	7,1
Bremen	16.122	100,0	0	0,0	0	0,0	298	1,8	551	3,4	298	1,8
Hamburg	35.223	100,0	0	0,0	1.293	3,7	433	1,2	1.041	3,0	433	1,2
Hessen	108.334	100,0	0	0,0	1.299	1,2	2.948	2,7	6.474	6,0	2.948	2,7
Mecklenburg-Vorpommern ²	33.979	100,0	2.155	6,3	12	0,0	483	1,4	5.678	16,7	483	1,4
Niedersachsen	153.934	100,0	0	0,0	0	0,0	3.729	2,4	6.731	4,4	3.729	2,4
Nordrhein-Westfalen	338.482	100,0	0	0,0	4.650	1,4	7.513	2,2	17.834	5,3	7.513	2,2
Rheinland-Pfalz	78.644	100,0	0	0,0	0	0,0	2.133	2,7	4.123	5,2	2.133	2,7
Saarland	21.555	100,0	0	0,0	0	0,0	561	2,6	994	4,6	561	2,6
Sachsen	71.749	100,0	4.197	5,8	2.621	3,7	2.248	3,1	9.069	12,6	2.248	3,1
Sachsen-Anhalt	45.286	100,0	3.368	7,4	1.017	2,2	2.491	5,5	5.110	11,3	2.491	5,5
Schleswig-Holstein	55.111	100,0	0	0,0	0	0,0	1.040	1,9	2.447	4,4	1.040	1,9
Thüringen	40.680	100,0	1.758	4,3	717	1,8	2.399	5,9	4.173	10,3	2.399	5,9
Alte Länder	1.283.978	100,0	0	0,0	7.242	0,6	32.361	2,5	53.430	4,2	32.361	2,5
Neue Länder und Berlin	287.479	100,0	15.554	5,4	8.465	2,9	12.899	4,5	35.404	12,3	12.899	4,5
Deutschland	1.571.457	100,0	15.554	1,0	15.707	1,0	45.265	2,9	88.839	5,7	45.265	2,9

¹ Anders als in den Vorjahren enthalten die Angaben zu der nach SGB II und III geförderten Berufsausbildung auch die Förderinformationen zugelassener kommunaler Träger. Angaben dazu lagen erstmals für das Jahr 2008 vor. Die geringen Abweichungen zwischen der Summe der Werte für die einzelnen Länder und des Gesamtwertes für das Bundesgebiet ist auf regional nicht zuordenbare Fälle zurückzuführen.

² Die Angaben zu den Bund-Länder-Programmen Ost und den ergänzenden Ländermaßnahmen beziehen sich in Mecklenburg-Vorpommern auf den Stand 01.03.2010.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Angaben der Länder, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

In den neuen Ländern verringerte sich die Zahl der durch die Bund-Länder-Programme Ost finanzierten Ausbildungsverhältnisse für marktbenachteiligte Jugendliche mit -36,0 % (von 24.315 auf 15.554) sehr stark. In den ergänzenden Länderprogrammen erhöhte sich die Zahl der Auszubildenden dagegen deutlich um 20,9 % (von 7.003 auf 8.465). Eine relativ große Abnahme gab es mit -10,7 % (von 39.634 auf 35.404) bei den nach SGB geförderten Ausbildungsverhältnissen von lernbeeinträchtigten bzw. sozial benachteiligten Jugendlichen, auch die Zahl bei den Ausbildungsmaßnahmen für Jugendliche mit Behinderungen nahm mit -6,7 % deutlich ab (von 13.829 auf 12.899).

Zusammenfassend ist festzustellen: Aufgrund der in den neuen Ländern seit einigen Jahren stark zurückgehenden Schulabgängerzahlen wurde inzwischen die Förderung von Ausbildungsplätzen für marktbenachteiligte Jugendliche insgesamt deutlich reduziert. Auch die in den neuen Ländern rückläufige Förderung der Ausbildung lernbeeinträchtigter bzw. sozial benachteiligter Jugendlicher dürfte vor allem auf eine insgesamt verringerte Nachfrage zurückzuführen sein. Anders stellt sich die Situation in den alten Ländern dar: Hier hatte eine anhaltend hohe Ausbildungsplatznachfrage, die durch das betriebliche Angebot nicht gedeckt werden konnte, erneut eine Ausweitung der Förderung außerbetrieblicher Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen zur Folge.

(Ursula Beicht)

A4.2.3 Ausbildung im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Dienst werden nicht nur spezielle Berufe für den öffentlichen Dienst, sondern auch Berufe, die bei den Industrie- und Handels- oder Handwerkskammern eingetragen werden, und Berufe des Gesundheitswesens ausgebildet. In der Personalstandsstatistik des Statistischen Bundesamtes zählen darüber hinaus auch Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst, Anwärterinnen und Anwärter sowie Referendarinnen und Referendare zum Personal in Ausbildung.

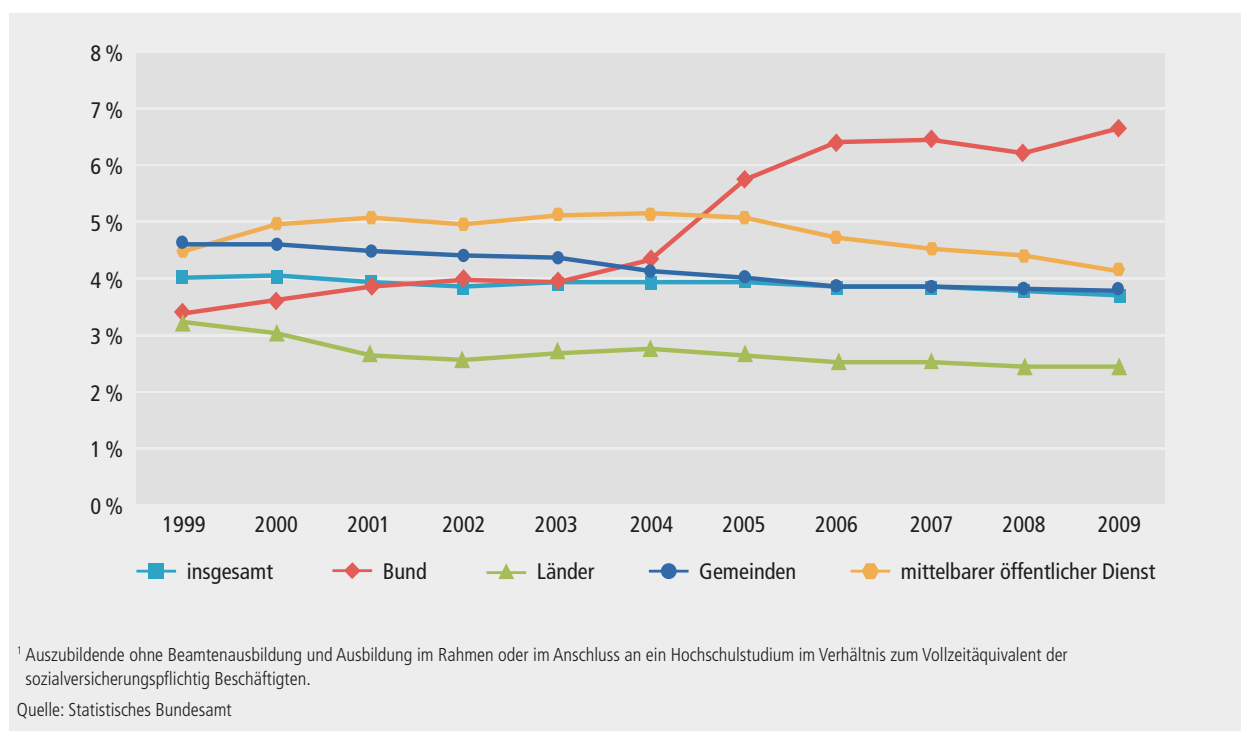
Nach dieser erweiterten Abgrenzung befanden sich am 30. Juni 2009⁸¹ 197.300 Personen in einer Ausbildung im öffentlichen Dienst (Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände, Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform). 92.600 Personen absolvierten ihre Ausbildung in einem Beamtenverhältnis. 21.900 hatten einen Ausbildungsvertrag im Rahmen eines Hochschulstudiums oder im Anschluss an ein solches abgeschlossen, ohne in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Für die übrigen Ausbildungsberufe wurden 82.800 Auszubildende gemeldet **E**. Dabei handelt es sich überwiegend um Ausbildungen nach dem BBiG sowie für Gesundheitsfachberufe. Bei den folgenden Ausführungen wird unter dem Begriff „Auszubildende“ nur der zuletzt genannte Personenkreis berücksichtigt.



Ausbildung im öffentlichen Dienst

Die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes ist nicht mit den gemeldeten Zählergebnissen nach Ausbildungsberreichen vergleichbar, da Ausbildungsverträge, die der öffentliche Dienst in Ausbildungsberufen von Industrie, Handel oder Handwerk abschließt, diesen Bereichen zugerechnet werden.

81 Stichtag

Schaubild A4.2.3-1: Entwicklung der Ausbildungsquoten¹ im öffentlichen Dienst

Hinsichtlich der Ausbildungsquoten ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Erhebungsstichtages der Personalstandsstatistik zum 30. Juni die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes nur unvollständig wiedergegeben wird. Zu diesem Stichtag können bereits ganze Ausbildungsjahrgänge die Ausbildung beendet haben, während neue Ausbildungsjahrgänge erst zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres die Ausbildung antreten. Aus der Statistik des Bundesministeriums des Innern zur Ausbildungsleistung des Bundes ergibt sich für die Stichtage 15. Oktober 2008 und 15. Oktober 2009 eine Ausbildungsquote von jeweils 7,6 %, für den Stichtag 15.10.2010 von 7,7 %.

Setzt man die 82.800 Auszubildenden ins Verhältnis zum Vollzeitäquivalent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, erhält man zum Stichtag 30. Juni 2009 eine Ausbildungsquote von 3,7 %. Relativ viele Ausbildungsverhältnisse gab es beim Bund mit einer Quote von 6,7 %. Bei den Ländern lag die Quote nur bei 2,5 %, bei den Gemeinden (einschl. Zweckverbänden) bei 3,8 % und im mittelbaren öffentlichen Dienst bei 4,1 %.

Insgesamt war die Ausbildungsquote im öffentlichen Dienst in den letzten 10 Jahren relativ konstant → **Schaubild A4.2.3-1**. Dabei gab es jedoch Verschiebungen zwischen den verschiedenen Bereichen. Während bei den Ländern und bei den Gemeinden ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist, hat die Ausbildungsoffensive beim Bund zu einem erheblichen Anstieg der Ausbildungsquote geführt. Seit 1999 hat sich die Quote hier verdoppelt. Der Rückgang im kommunalen Bereich ist nicht zuletzt auf die Ausgliederung kommunaler Krankenhäuser aus dem öffentlichen Dienst zurückzuführen, da diese einen relativ hohen Ausbildungsanteil aufweisen. Mitte 2009 befanden sich 16.400 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes in Krankenhäusern, Universitätskliniken und Pflegeeinrichtungen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Krankenhäuser, die in privater Rechtsform z. B. als GmbH betrieben werden, nicht zum öffentlichen Dienst zählen, selbst wenn sie sich vollständig im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. So gab es weitere 19.400 Auszubildende in privatrechtlichen Krankenhäusern, die mehrheitlich öffentlichen Arbeitgebern gehören.

Mit einem Anteil von 61,3 % waren die Frauen bei den Auszubildenden im öffentlichen Dienst deutlich in der Mehrheit. In den letzten 10 Jahren gab es einen leichten Rückgang, der ebenfalls teilweise auf die Ausgliederung von Krankenhäusern zurückzuführen ist. Im Jahr 1999 hatte der Frauenanteil noch bei 66,3 % gelegen.

Mitte 2009 waren in den 5 neuen Bundesländern 12.900 Ausbildungsplätze des öffentlichen Dienstes angesiedelt; 69.900 befanden sich im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin. Damit ist die Ausbildungsplatzquote in den neuen Ländern mit nur 2,9 % deutlich niedriger als im früheren Bundesgebiet, wo die Quote bei 4,0 % lag.

(Alexandros Altis, Statistisches Bundesamt)

A4.3 Neuabschlüsse in der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember)

Mit der Revision der Berufsbildungsstatistik durch das Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) wurden neben der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung auch zusätzliche Merkmale eingeführt **E**. Im Folgenden wird zum einen eine Übersicht über die Neuabschlüsse 2009 nach ausgewählten neuen Merkmalen gegeben, und zum anderen wird ein Abgrenzungsversuch von „wirklichen“ Ausbildungsanfängern und anderen Arten von Neuabschlüssen **E** vorgenommen.



Neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik

Folgende neue Merkmale werden seit dem Berichtsjahr 2007 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik erfasst:

- Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse
- Finanzierungsart (überwiegend öffentliche vs. betriebliche Finanzierung)
- vorherige Berufsausbildung der Auszubildenden
- Anschlussverträge (werden aus den erfassten Angaben zur vorherigen Berufsausbildung sowie zu Beginn und Ende des Ausbildungsvertrages ermittelt)
- Monat und Jahr ausbildungsrelevanter Ereignisse (Beginn, Lösung, Prüfung, Ende)
- Wirtschaftszweig der Ausbildungsstätte^{*82}
- Ort der Ausbildungsstätte*
- Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst* (**vgl. Kapitel A4.2.1**)
- allgemeinbildender Schulabschluss* (**vgl. Kapitel A4.6.2**)
- Maßnahmen der Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung* (**vgl. Kapitel A4.6.1**)

82 In diesem Kapitel werden die mit * gekennzeichneten Merkmale aus verschiedenen Gründen nicht dargestellt: Tiefer gegliederte Regionalanalysen und Analysen differenziert nach Wirtschaftszweigen erfolgen zu einem späteren Zeitpunkt, da bei der Datenmeldung noch größere Umsetzungsprobleme bestanden. Die neuen bzw. modifizierten Merkmale zum allgemeinbildenden Schulabschluss sowie zur Berufsvorbereitung und Grundbildung der Auszubildenden (vor 2007 beides zusammen erfasst mit der schulischen Vorbildung) werden in **Kapitel A4.6.1** und **Kapitel A4.6.2** behandelt. Auf Befunde zur Zugehörigkeit der Ausbildungsstätte zum öffentlichen Dienst wird in **Kapitel A4.2.1** eingegangen (vgl. auch **Kapitel A4.2.3**).

Der allgemeinbildende Schulabschluss sowie vorherige Maßnahmen der Berufsvorbereitung und -grundbildung sind zwar nicht gänzlich neue Merkmale der Berufsbildungsstatistik, sie stellen eine Modifikation und Erweiterung der früheren Erfassung der schulischen Vorbildung der Jugendlichen mit Neuabschluss dar.

In den ersten Jahren der Umstellung der Berufsbildungsstatistik wurden die Neuerungen in der Praxis der Datenmeldung und -erfassung noch nicht voll umgesetzt. Deshalb wurden für das Berichtsjahr 2007 – mit Ausnahme des allgemeinbildenden Schulabschlusses – keine Daten zu den neuen Merkmalen und für 2008 nicht zu allen neuen Merkmalen Daten veröffentlicht. Die im Folgenden dargestellten Daten und Analysen zum Berichtsjahr 2009 sind auch noch mit Vorsicht zu interpretieren; insbesondere ist nicht auszuschließen, dass sich hinter den Meldungen „Merkmal liegt nicht vor“ auch fehlende Angaben (die eigentlich nicht vorgesehen sind) verbergen und somit die Zahl der Neuabschlüsse mit entsprechenden Merkmalen zu gering ausgewiesen wird.

Da für Auszubildende, die bereits vor April 2007 in die Verzeichnisse der zuständigen Stellen eingetragen waren, die neuen Merkmale nicht rückwirkend erfasst werden, können diese zudem noch einige Jahre grundsätzlich nur für die Neuabschlüsse ausgewertet werden; siehe hierzu auch die Datenblätter im BIBB-Online-datensystem DAZUBI, in dem die Daten nach einzelnen Ausbildungsberufen und Ländern abgerufen werden können: <http://www.bibb.de/dazubi>.

→ **Tabelle A4.3-1** stellt für ausgewählte neue Merkmale die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2009 nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern dar. Da es in der Praxis der Datenmeldung und Erfassung noch Umsetzungsprobleme bei den Neuerungen der Berufsbildungsstatistik gibt und davon auszugehen ist, dass insbesondere die neuen Merkmale noch nicht vollständig korrekt gemeldet werden, werden sie hier nur in einem knappen Überblick dargestellt. Insgesamt haben im Kalenderjahr 2009 561.171⁸³ Ausbildungsverträge begonnen.



Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (kurz: Neuabschlüsse)

Neuabschlüsse sind definiert als die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder Handwerksordnung (HwO) eingetragenen Berufsausbildungsverträge, die im jeweiligen Kalenderjahr begonnen haben und die am 31. Dezember noch bestehen (Definition bis 2006) bzw. die bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurden (Definition seit 2007); dabei werden nur solche Ausbildungsverhältnisse erfasst, die auch angetreten werden. Im Jahr 2007 hat sich die Abgrenzung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Rahmen der Berufsbildungsstatistik geringfügig geändert. Da einige Ausbildungsverhältnisse im Kalenderjahr abgeschlossen und durch eine erfolgreiche Prüfung vor dem 31. Dezember enden, stimmen beide Abgrenzungen nicht überein. Hätte man in 2009 entsprechend der vorherigen Definition abgegrenzt, würde die Neuabschlusszahl um 0,8 % geringer ausfallen.

Die Definition der Neuabschlüsse im Rahmen der Berufsbildungsstatistik und der BIBB-Erhebung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September stimmen aufgrund grundsätzlich konzeptioneller Unterschiede beider Erhebungen nicht gänzlich überein; siehe zum Vergleich beider Erhebungen Uhly u. a. 2009.

Zudem ist zu beachten, dass Neuabschlüsse nicht mit Ausbildungsanfängern gleichzusetzen sind.⁸⁴ Ausbildungsverträge werden auch dann neu abgeschlossen, wenn sogenannte Anschlussverträge vorliegen (nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung in einem der zweijährigen Berufe wird die Ausbildung in einem weiteren Ausbildungsberuf fortgeführt) oder wenn nach Abschluss einer dualen Berufsausbildung noch eine Zweitausbildung begonnen wird. Schließlich schließt auch ein Teil derjenigen mit vorzeitiger Lösung eines Ausbildungsvertrages erneut einen Ausbildungsvertrag ab (bei Wechsel des Ausbildungsbetriebs und/oder des Ausbildungsberufs).

83 Alle Zahlen der Berufsbildungsstatistik sind aus Datenschutzgründen auf ein Vielfaches von drei gerundet.

84 Hierbei handelt es sich um einen altbekannten Sachverhalt (vgl. z. B. Althoff 1984/Uhly 2006), dennoch werden die Neuabschlüsse immer wieder als Indikator für Ausbildungsanfänger/-innen verwendet.

Tabelle A4.3-1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2009

Land	Neuabschlüsse mit jeweiligem Merkmal insgesamt		Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
	absolut	in %						
in % aller Neuabschlüsse des Zuständigkeitsbereichs								
überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverträge								
Baden-Württemberg	2.802	3,7	3,7	3,1	0,0	1,5	0,4	64,1
Bayern	3.747	4,0	2,5	7,0	0,1	10,7	0,8	42,4
Berlin	4.485	23,0	23,1	29,8	0,1	48,3	2,2	100,0
Brandenburg	4.140	27,5	28,1	27,7	0,2	34,2	12,6	100,0
Bremen	450	7,7	4,6	15,8	0,9	38,6	2,0	56,8
Hamburg	753	5,7	3,7	14,6	0,0	17,1	0,2	76,9
Hessen	3.546	9,0	8,4	12,6	0,1	11,4	5,4	–
Mecklenburg-Vorpommern	2.160	19,4	20,5	13,7	5,2	27,0	0,2	93,6
Niedersachsen	2.391	4,2	2,7	5,7	0,9	7,8	0,9	64,8
Nordrhein-Westfalen	7.143	5,9	3,4	12,3	0,6	7,6	0,1	54,1
Rheinland-Pfalz	1.386	4,9	5,7	4,0	0,0	14,2	0,7	0,0
Saarland	600	7,4	4,2	9,8	0,0	42,0	1,4	74,4
Sachsen	6.267	26,3	30,2	18,5	0,0	34,6	1,0	85,5
Sachsen-Anhalt	3.498	23,8	21,1	31,7	0,0	35,4	3,2	98,7
Schleswig-Holstein	1.011	4,9	3,6	7,8	0,5	9,6	0,6	–
Thüringen	2.604	19,0	16,2	25,4	6,1	25,0	0,0	91,2
Bundesgebiet insgesamt	46.983	8,4	7,6	10,6	0,6	14,8	1,2	63,5
Teilzeitberufsausbildung								
Baden-Württemberg	69	0,1	0,1	0,0	0,4	0,0	0,1	0,5
Bayern	60	0,1	0,1	0,0	0,2	0,1	0,2	0,0
Berlin	36	0,2	0,3	0,0	0,4	0,0	0,1	0,0
Brandenburg	18	0,1	0,2	0,0	0,2	0,0	0,3	0,0
Bremen	30	0,5	0,6	0,0	0,9	0,0	0,5	1,4
Hamburg	36	0,3	0,2	0,7	0,0	0,0	0,1	0,0
Hessen	105	0,3	0,2	0,0	0,1	0,0	1,9	–
Mecklenburg-Vorpommern	45	0,4	0,6	0,0	0,3	0,0	0,6	0,0
Niedersachsen	102	0,2	0,2	0,0	0,3	0,1	0,7	1,6
Nordrhein-Westfalen	141	0,1	0,1	0,0	0,8	0,0	0,2	0,5
Rheinland-Pfalz	15	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
Saarland	21	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	2,9	0,0
Sachsen	6	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,2	0,0
Sachsen-Anhalt	6	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0
Schleswig-Holstein	108	0,5	0,6	0,4	1,2	0,0	0,4	–
Thüringen	0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bundesgebiet insgesamt	795	0,1	0,2	0,0	0,4	0,0	0,4	0,4
Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung								
Baden-Württemberg	7.248	9,5	9,3	11,5	3,6	8,1	6,0	8,9
Bayern	12.498	13,4	10,0	16,2	10,9	13,1	27,7	12,2
Berlin	2.973	15,3	14,3	21,3	10,1	6,2	9,2	4,3
Brandenburg	3.114	20,7	20,3	27,3	14,5	10,1	8,5	3,9
Bremen	564	9,6	7,9	18,5	7,5	14,3	2,3	1,4
Hamburg	1.359	10,3	8,4	22,1	6,4	2,1	3,2	0,0
Hessen	3.936	10,0	8,1	17,1	6,9	5,6	4,1	–
Mecklenburg-Vorpommern	2.316	20,8	21,5	24,2	9,0	17,2	10,9	8,7
Niedersachsen	4.275	7,5	5,7	12,2	6,2	0,0	5,5	0,0
Nordrhein-Westfalen	11.871	9,8	7,9	16,9	6,3	4,4	3,6	1,8
Rheinland-Pfalz	3.459	12,1	9,9	18,9	2,4	11,9	4,2	1,4
Saarland	882	10,8	7,1	20,7	0,0	2,2	4,2	15,1
Sachsen	4.275	18,0	17,4	23,0	5,5	17,8	11,9	11,2
Sachsen-Anhalt	1.713	11,7	11,1	12,2	13,4	16,6	11,5	10,5
Schleswig-Holstein	1.908	9,2	2,8	21,3	2,3	8,2	5,8	–
Thüringen	3.690	26,9	30,4	24,2	7,9	21,8	7,2	18,1
Bundesgebiet insgesamt	66.084	11,8	10,2	16,7	6,9	8,7	9,4	6,4

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsverhältnisse

Überwiegend öffentliche Finanzierung von Berufsausbildungsverhältnissen wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik analog der „BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September“ definiert (**vgl. Kapitel A1**). Überwiegend öffentlich finanzierte Berufsausbildungsverhältnisse dienen der Versorgung von Jugendlichen mit Marktbenachteiligung (wegen Lehrstellenmangels kann kein Ausbildungsplatz gefunden werden), mit sozialen Benachteiligungen, mit Lernschwäche sowie mit Behinderung. Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der BIBB-Erhebung über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gelten solche Ausbildungsverhältnisse, bei denen die öffentliche Förderung mehr als 50 % der Gesamtkosten im 1. Ausbildungsjahr abdeckt, als überwiegend öffentlich finanziert.⁸⁵ Etwaige Erträge durch die Mitarbeit der Auszubildenden bleiben dabei unberücksichtigt. Von allen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden für das Berichtsjahr 2009 im Rahmen der Berufsbildungsstatistik 8,4 % als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet. Dieser Anteil variiert deutlich nach Bundesländern; er fällt in Ostdeutschland mit zwischen 19 % und 27,5 % deutlich höher aus als in Westdeutschland, wo eine überwiegend öffentliche Finanzierung für maximal 9 % der Neuabschlüsse (zum Teil auch deutlich geringer) gemeldet wurde. Für 2009 ergab die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September insgesamt ähnliche Werte; diese Daten der BIBB-Erhebung werden auch im Zusammenhang mit der Ausbildungsmarktbilanz ausgewertet (**vgl. Kapitel A1**).⁸⁶

In Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs der Hauswirtschaft machen sie bundesweit 63,5 % aller Neuabschlüsse aus, in den Landwirtschaftsberufen 14,8 %, im Handwerk 10,6 % und im Bereich Industrie und Handel 7,6 %. In Berufen der Zustän-

digkeitsbereiche freie Berufe und öffentlicher Dienst sind lediglich 1,2 % bzw. 0,6 % als überwiegend öffentlich finanziert gemeldet.

In den Berufen für Menschen mit Behinderung macht der Anteil der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse 62 % aus (alle anderen Ausbildungsberufe: 7 %).

Auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik können darüber hinausgehende Analysen durchgeführt werden, wie z. B. die Differenzierung der Neuabschlüsse mit überwiegend öffentlicher Finanzierung und Personenmerkmalen der Auszubildenden. Im Vergleich von Männern (ca. 9 %) und Frauen (knapp 8 %) zeigt sich nahezu der gleiche Anteil an überwiegend öffentlich finanzierten Neuabschlüssen. Bei Auszubildenden mit ausländischem Pass machen diese Verträge (ca. 10 %) nur einen wenig höheren Anteil als bei denen mit deutschem Pass (gut 8 %) aus. Differenziert nach Ost- und Westdeutschland fallen die Unterschiede zwischen den deutschen und ausländischen Auszubildenden jedoch stärker aus; in Ostdeutschland sind 34 % der mit ausländischen Jugendlichen abgeschlossenen Ausbildungsverträge überwiegend öffentlich finanziert, bei den Deutschen sind dies 23,5 %, und in Westdeutschland sind die jeweiligen Anteile 8,8 % bzw. 4,9 %. Der Anteil der überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse variiert erwartungsgemäß deutlich nach Schulabschluss und ist bei Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss mit ca. 40 % deutlich höher als bei denjenigen mit Hauptschulabschluss (15 %), Realschulabschluss (gut 4 %) oder Studienberechtigung (1 %). Betrachtet man nur die Finanzierung auf Basis von Sonderprogrammen des Bundes bzw. der Länder (insgesamt knapp 2 % der Neuabschlüsse), die sich eher an Marktbenachteiligte richten, fallen die Unterschiede zwischen den Vorbildungsgruppen weniger stark aus (ohne bzw. mit Hauptschulabschluss unter 3 %, Realschulabschluss knapp 2 %, Studienberechtigte 0,5 %). Zu der Art der Finanzierung und vorherigen Maßnahmen der Berufsvorbereitung bzw. Grundbildung **vgl. Kapitel A4.6.1**.

85 Dabei zählen zu den Gesamtkosten die Ausbildungsvergütung, aber auch alle weiteren im Zusammenhang mit der Ausbildung anfallenden Personal- und Sachkosten sowie Gebühren.

86 Zur Analyse der Finanzierung bezüglich der Gesamtbestände der Ausbildungsverhältnisse zum 31.12. siehe Schätzungen in **Kapitel A4.2.2**.

Teilzeitberufsausbildung

Die Möglichkeit der Teilzeitberufsausbildung wurde in 2005 im Berufsbildungsgesetz verankert. Teilzeitausbildungsverhältnisse sind solche Berufsausbildungsverhältnisse mit einer Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Ausbildungszeit nach § 8 Abs. 1 Satz 2 BBiG. Sie machen bislang einen sehr geringen Anteil aller Neuabschlüsse aus. Für das Berichtsjahr 2009 wurden 0,1 % aller Neuabschlüsse bzw. 795 Neuabschlüsse als Teilzeitberufsausbildungsverhältnisse gemeldet; in keinem Bundesland ist dieser Anteil größer als 0,5 %.

Wie zu erwarten war, ist der Teilzeitanteil bei den weiblichen Auszubildenden (ca. 0,3 %) höher als bei den männlichen, von denen nur sehr wenige mit einem Teilzeitausbildungsverhältnis gemeldet wurden (0,016 % bzw. 51 Neuabschlüsse). Hierbei erlaubt die Datenlage noch keine hinreichend abgesicherten differenzierten Auswertungen.

Neuabschlüsse mit vorheriger Berufsausbildung

Die Berufsbildungsstatistik unterscheidet drei Ausprägungen einer vorherigen Berufsausbildung, und zwar eine vorherige duale Berufsausbildung, die erfolgreich abgeschlossen wurde, eine vorherige duale Berufsausbildung, die nicht abgeschlossen wurde und eine erfolgreich abgeschlossene schulische Berufsausbildung. Insgesamt wurde für knapp 12 % der Neuabschlüsse mindestens eine Art dieser Vorbildung gemeldet (Mehrfachnennungen sind möglich)⁸⁷; für 7 % wurde eine vorherige begonnene, aber nicht abgeschlossene duale Berufsausbildung gemeldet, für 4,6 % eine zuvor bereits abgeschlossene duale Berufsausbildung und für weitere 0,5 % eine zuvor bereits abgeschlossene vollzeitschulische Berufsausbildung. Auch hierbei ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern sowie den Zuständigkeitsbereichen. Überdurchschnittlich hohe Anteile von Neuabschlüssen mit einer vorherigen Berufsaus-

bildung werden vor allem im Handwerk gemeldet, in den neuen Ländern auch im Bereich Industrie und Handel sowie teilweise in der Landwirtschaft und in den freien Berufen. In den Berufen des öffentlichen Dienstes sowie der Hauswirtschaft fällt der Anteil derer mit vorheriger Berufsausbildung überwiegend unterproportional aus.

Auch bei der vorherigen Berufsausbildung zeigen sich Unterschiede nach Personengruppen. Beispielsweise fällt der Anteil derer, die mit einer nicht abgeschlossenen vorherigen dualen Berufsausbildung gemeldet wurden, je nach allgemeinbildendem Schulabschluss unterschiedlich hoch aus. Von den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss haben ca. 8 % vor Neuabschluss bereits eine duale Berufsausbildung nicht erfolgreich beendet; bei denen mit Hauptschulabschluss sind dies sogar 10,3 %, bei denjenigen mit Realschulabschluss gut 6 % und bei den Studienberechtigten gut 3 %. Der Anteil derjenigen, die zuvor bereits erfolgreich eine duale Berufsausbildung absolviert haben, unterscheidet sich zwischen den Auszubildenden mit unterschiedlichen allgemeinbildenden Abschlüssen allerdings nur wenig, er schwankt zwischen 4 % und 5 %.

Zwischen Männern und Frauen sowie Auszubildenden mit deutschem oder ausländischem Pass bestehen kaum Unterschiede in der vorherigen Berufsausbildung.

Das Merkmal der vorherigen Berufsausbildung sowie die Erhebung der faktischen Dauer des Ausbildungsverhältnisses (über die Merkmale Monat und Jahr des Beginns sowie des Endes des Ausbildungsverhältnisses) wurden in die Berufsbildungsstatistik u. a. aufgenommen, um künftig wirkliche Ausbildungsanfänger/-innen von anderen Arten von Neuabschlüssen abgrenzen zu können. Hierauf wird im folgenden Abschnitt genauer eingegangen.

⁸⁷ Insgesamt sind die Mehrfachnennungen jedoch sehr gering; lediglich die Kombination „vorherige duale Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen“ und „vorherige duale Berufsausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen“ kommt bei einer etwas größeren Anzahl an Neuabschlüssen vor (2.043 bzw. 0,4 % der Neuabschlüsse).

Ausbildungsanfänger/-innen und andere Arten von Neuabschlüssen

Fälschlicherweise werden Neuabschlüsse häufig mit Ausbildungsanfängern gleichgesetzt. Nicht alle neuen Ausbildungsverträge werden aber von Ausbildungsanfängern abgeschlossen. Der Neuabschluss stellt ein vertragsbezogenes Merkmal dar, das auch in den folgenden Fällen vorliegt:

- a) Ein Ausbildungsvertrag wird vorzeitig gelöst und ein neuer Ausbildungsvertrag in einem anderen Beruf (Berufswechsler innerhalb des dualen Systems) und/oder mit einem anderen Ausbildungsbetrieb (Ausbildungsbetriebswechsler⁸⁸ innerhalb des dualen Systems) abgeschlossen.
- b) Eine vorherige zweijährige Berufsausbildung wird in einem „Anschlussberuf“ fortgeführt (Anschlussverträge innerhalb des dualen Systems **E**).
- c) Außerdem kann nach erfolgreichem Abschluss einer dualen Berufsausbildung erneut ein Ausbildungsvertrag in einem Beruf des dualen Systems abgeschlossen werden, der keinen Anschlussvertrag darstellt (Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems).

Insofern sind nicht alle Neuabschlüsse mit Anfängern im dualen System (nach BBiG bzw. HwO) gleichzusetzen.

- d) Zudem haben einige Auszubildende des dualen Systems zuvor eine Ausbildung außerhalb des dualen Systems begonnen oder abgeschlossen⁸⁹ (Mehrfachausbildungen).

⁸⁸ Hierbei ist die erforderliche Zählweise nicht ganz eindeutig, denn möglicherweise war die Person zwar mit diesem Ausbildungsverhältnis kein/keine Ausbildungsanfänger/-in, war aber mit dem vorherigen gelösten Vertrag im aktuellen Kalenderjahr ein/eine Ausbildungsanfänger/-in. Der zuvor gelöste Vertrag wird nicht mehr zu den Neuabschlüssen gezählt. Wenn man alle Neuabschlüsse mit vorheriger dualer Berufsausbildung nicht als Ausbildungsanfänger/-in zählt, würden manche Personen mit keinem Ausbildungsvertrag als Anfänger/-in gezählt werden, obwohl sie im Kalenderjahr ihren Ausbildungsanfang hatten. Da keine fixierte Personennummer erhoben wird, lässt sich dies auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik leider nicht genau ermitteln. Die Dauer des Ausbildungsverhältnisses kann in diesen Fällen als weiteres Hilfskriterium herangezogen werden.

⁸⁹ Hinsichtlich der vorherigen vollzeitschulischen Berufsausbildung wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik lediglich eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung erfasst.

Um eine Abgrenzung von wirklichen Ausbildungsanfängern vornehmen zu können, sind verschiedene Wege denkbar. Bezieht man sich alleine auf die Anfänger/-innen innerhalb des dualen Systems, würde auch eine bundesweite (zuständigkeits- und regionenübergreifende) fixierte Personennummer für die Auszubildenden entsprechende Analysen erlauben. Man könnte dann anhand der Personennummern verschiedene Meldungen für die jeweilige Person bei der Datenanalyse verknüpfen und wäre nicht auf die Erfassung von vorherigen dualen Berufsausbildungen angewiesen. Der Einführung einer solchen Personennummer stehen jedoch datenschutzrechtliche Bedenken entgegen; sie ist derzeit nicht realisierbar. Deshalb wurde in der Berufsbildungsstatistik der Weg der Erfassung der vorherigen Berufsausbildung sowie der Ausbildungsdauer gewählt, auch wenn die Erhebung von vorherigen Berufsausbildungen im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht unproblematisch ist.⁹⁰

Im Berichtsjahr 2009 wurde für 11,8 % bzw. 66.084 der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag eine vorherige Berufsausbildung gemeldet. Es handelt sich hierbei mehrheitlich um vorherige duale Berufsausbildungen, und zwar sowohl nicht abgeschlossene (7,0 % bzw. 39.405) als auch erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildungen im dualen System (4,6 % bzw. 26.061); für vergleichsweise wenige Auszubildende mit Neuabschluss (0,5 % bzw. 3.030) wurde eine vorherige abgeschlossene schulische Berufsausbildung⁹¹ gemeldet.



Anschlussverträge (in Fortführungsberufen)

Als Anschlussverträge werden solche Neuabschlüsse bezeichnet, die eine *Fortführung einer bereits erfolgreich abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung* darstellen. Eine zuvor bereits abgeschlossene (zweijährige) Berufsausbildung wird in einem (i. d. R. drei- oder vierjährigen)

⁹⁰ Die Jugendlichen müssen dem Ausbildungsbetrieb dies mitteilen (auch wenn sie kein Eigeninteresse an dieser Informationsweitergabe haben oder dies ihren Interessen sogar entgegensteht), der Betrieb muss dies an die zuständige Stelle melden (ebenfalls auch dann, wenn er kein Eigeninteresse an dieser Information hat).

⁹¹ Unter diejenigen mit vorheriger schulischer Berufsausbildung fallen nicht die Externenprüfungen, denn diese werden nicht mit den Auszubildendendaten, sondern als eine Gruppe der sonstigen Prüfungen erhoben.

Ausbildungsberuf angerechnet. Wobei nur solche Fortführungen zu Anschlussverträgen gezählt werden, bei denen die Ausbildungsordnung die Anrechnung der zweijährigen Berufsausbildung explizit vorsieht (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BBiG). Bislang sind solche Fortführungen ausschließlich in Berufen der Zuständigkeitsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk vorgesehen. In den Ausbildungsordnungen ist von Fortführung/Fortsetzung der Berufsausbildung, von aufbauenden Ausbildungsberufen, von Anrechnungsregelungen und in älteren Ausbildungsordnungen auch (noch) von Stufenausbildung⁹² die Rede. Die dualen Ausbildungsberufe, auf die eine abgeschlossene zweijährige duale Berufsausbildung laut Ausbildungsordnung angerechnet werden kann, werden im Folgenden „Fortführungsberufe“ genannt.

Dieses Merkmal wird im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder nicht gemeldet, sondern auf Basis von Berufsinformationen und Meldungen zum Ausbildungsvertrag sowie zur Vorbildung ermittelt.

Anschlussverträge werden in der Berufsbildungsstatistik folgendermaßen abgegrenzt:

- es handelt sich um einen Ausbildungsberuf, bei dem laut Ausbildungsordnung die Fortführung einer abgeschlossenen zweijährigen dualen Berufsausbildung vorgesehen ist („Fortführungsberuf“),
- es liegt eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung vor, und
- die Dauer des Ausbildungsvertrags liegt in einem Bereich +/- drei Monate um die laut Ausbildungsordnung vorgesehene Restdauer⁹³ bei Anschlussverträgen.

Zunächst wurde das dritte Kriterium zur Operationalisierung folgendermaßen angewandt: Die Dauer des Ausbildungsvertrags entspricht maximal der laut Ausbildungsordnung vorgesehenen Restdauer.

Im BIBB-Datenreport 2010 (Kapitel A5.3) sowie in den Auszubildenden-Datenblättern des Online-Datensystems DAZUBI des BIBB (<http://www.bibb.de/dazubi>) wurde noch diese frühere Operationalisierung der Anschlussverträge verwendet. Nach einer detaillierten Auswertung der Individualdaten hat sich gezeigt, dass die frühere Operationalisierung problematisch ist. Deshalb wurde sie modifiziert (zu den Details siehe Uhly 2011). Diese geringfügige Veränderung der Berechnung hat zu einer deutlich höheren Anzahl an Anschlussverträgen geführt.

Generell bleibt die Einschränkung zu beachten, dass die auf Basis der Berufsbildungsstatistik ermittelte Anschlussvertragszahl nur als Höchstwert zu interpretieren ist. Denn hinsichtlich des dritten Abgrenzungskriteriums wird angenommen, dass die kürzere Ausbildungsdauer aufgrund der Anrechnung einer vorherigen zweijährigen dualen Berufsausbildung erfolgt ist, die laut Ausbildungsordnung auf den „Fortführungsberuf“ angerechnet wurde; es ist jedoch nicht auszuschließen, dass hierbei auch Neuabschlüsse im Anschluss an eine zuvor abgeschlossene duale Berufsausbildung gezählt werden, die keine Anschlussverträge im engeren Sinne der Definition von „Anschlussverträgen“ sind (vgl. Uhly 2011).

Gemäß der hier verwendeten Abgrenzung handelt es sich bei nur ca. 1,9 %⁹⁴ der Neuabschlüsse um *Anschlussverträge* **E**, also um die Fortführung einer zuvor abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung im dualen System. Bei ca. 2,7 % der Neuabschlüsse handelt es sich folglich um Mehrfachausbildungen innerhalb des dualen Systems. Weitere 7 % der Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag kann man auf Basis der Datenmeldungen Ausbildungs- oder Betriebswechsellern innerhalb des dualen Systems zuordnen. Wenn man annimmt, dass Befunde einer Studie zu Vertragslösungen und Ausbildungsabbruch, die im Herbst 2002 durchgeführt wurde, noch zutreffen (vgl. Schöngen 2003, S. 37), wäre mit mehr als 10 % Neuabschlüssen⁹⁵, die

92 Hinsichtlich des Begriffs der Stufenausbildung ist im Anschluss an die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) vom 23.03.2005 eine Begriffsklärung erfolgt. Von der bislang üblichen Begriffsverwendung wird nun abgewichen. „Echte“ Stufenausbildung im Sinne des BBiG liegt derzeit nicht vor. Es handelt sich hierbei um eine Stufung, bei der nach der ersten Stufe kein Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf erworben wird. Bei dieser Stufenausbildung endet der Ausbildungsvertrag stets erst nach Abschluss der letzten Stufe (§ 21 Abs. 1 BBiG).

93 Die Ausbildungsordnungen legen fest, in welches Ausbildungsjahr des jeweiligen Fortführungsberufs der Einstieg bei Anschlussverträgen erfolgt; aus dieser Angabe und der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen regulären Dauer des „Fortführungsberufs“ kann man die maximale Restdauer ermitteln. Hierbei ist nicht die Verkürzung im Sinne des § 8 BBiG gemeint.

94 Die Zahl der Anschlussverträge fällt bei der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. (2009: 5.590) deutlich geringer aus. Wie bereits erläutert kann eine Überschätzung im Rahmen der Berufsbildungsstatistik nicht ausgeschlossen werden. Andererseits gibt es Hinweise darauf, dass die Zahl der Anschlussverträge bei der BIBB-Erhebung zum 30.09. untererfasst ist (vgl. Uhly 2011).

95 Der Anteil der Auszubildenden mit vorzeitiger Vertragslösung beträgt in den letzten Jahren ca. 20 % (vgl. Kapitel A4.8).

Tabelle A4.3-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 mit verkürzter¹ Dauer des Ausbildungsvertrages nach Ländern (absolut und in % aller Neuabschlüsse)

Land	Differenz Dauer nach Ausbildungsordnung und vertragliche Dauer der Ausbildungsverträge									
	3 bis unter 6 Monate		6 bis unter 12 Monate		12 bis unter 18 Monate		18 bis unter 24 Monate		24 Monate und mehr	
	absolut	in % aller Neuabschlüsse	absolut	in % aller Neuabschlüsse	absolut	in % aller Neuabschlüsse	absolut	in % aller Neuabschlüsse	absolut	in % aller Neuabschlüsse
Baden-Württemberg	1.797	2,4	6.900	9,0	11.958	15,7	2.073	2,7	1.971	2,6
Bayern	1.821	1,9	11.100	11,9	7.944	8,5	3.147	3,4	2.892	3,1
Berlin	438	2,2	1.455	7,5	852	4,4	504	2,6	510	2,6
Brandenburg	204	1,4	441	2,9	585	3,9	837	5,6	675	4,5
Bremen	141	2,4	483	8,2	300	5,1	132	2,3	168	2,9
Hamburg	237	1,8	1.797	13,6	1.098	8,3	372	2,8	348	2,6
Hessen	924	2,4	3.384	8,6	2.853	7,3	1.002	2,6	1.038	2,6
Mecklenburg-Vorpommern	168	1,5	408	3,7	594	5,3	519	4,7	432	3,9
Niedersachsen	750	1,3	3.312	5,8	8.004	14,0	1.539	2,7	1.785	3,1
Nordrhein-Westfalen	1.998	1,7	9.534	7,9	7.485	6,2	4.017	3,3	3.354	2,8
Rheinland-Pfalz	381	1,3	1.968	6,9	2.283	8,0	912	3,2	933	3,3
Saarland	159	2,0	681	8,4	657	8,1	267	3,3	237	2,9
Sachsen	423	1,8	1.101	4,6	1.422	6,0	861	3,6	741	3,1
Sachsen-Anhalt	204	1,4	417	2,8	516	3,5	498	3,4	525	3,6
Schleswig-Holstein	264	1,3	1.020	4,9	1.446	7,0	612	2,9	747	3,6
Thüringen	225	1,6	549	4,0	696	5,1	630	4,6	555	4,0
Bundesgebiet insgesamt	10.137	1,8	44.547	7,9	48.690	8,7	17.922	3,2	16.914	3,0

¹ Vertragliche Verkürzungen aufgrund von Anschlussverträgen (Fortführung einer zuvor abgeschlossenen zweijährigen dualen Berufsausbildung) oder aufgrund von Abkürzungen nach § 8 BBiG.

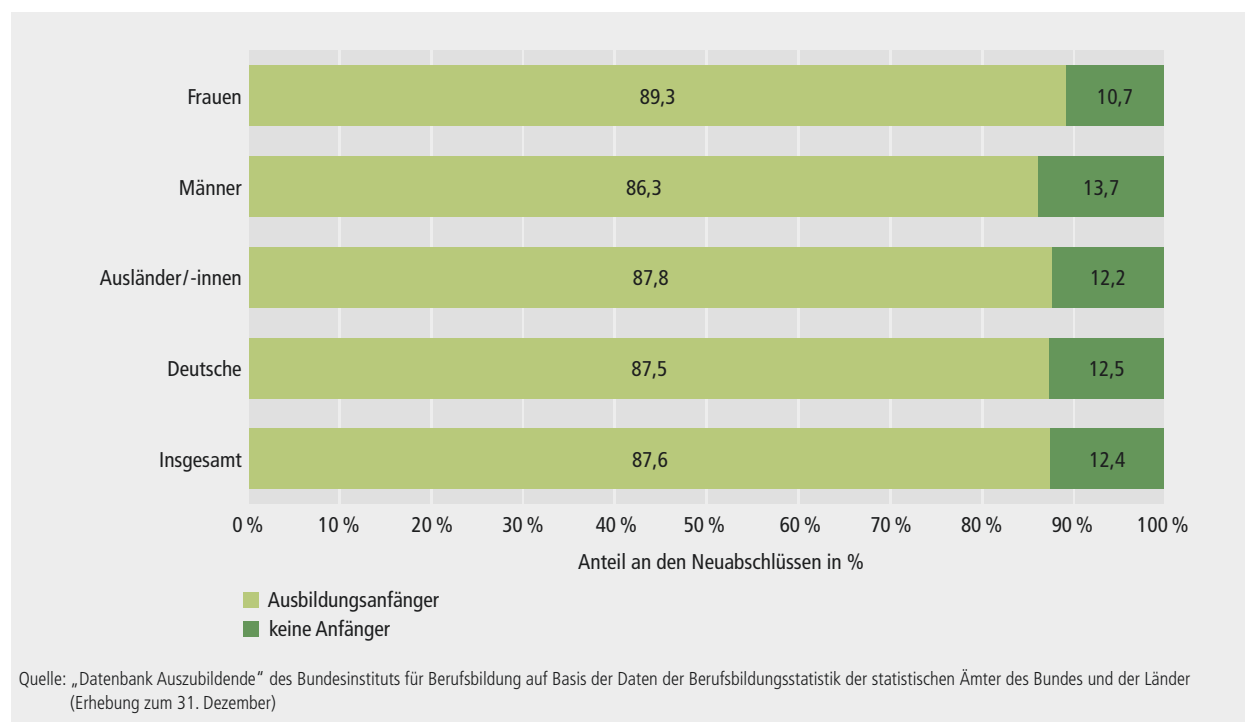
Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

zuvor bereits eine duale Berufsausbildung begonnen, aber wieder gelöst hatten, zu rechnen; denn ca. die Hälfte aller Auszubildenden mit einem vorzeitig gelösten Ausbildungsvertrag schließt erneut einen Ausbildungsvertrag im dualen System ab. Vermutlich ist die vorherige duale Berufsausbildung ohne Abschluss und somit auch die Zahl der Ausbildungs- oder Betriebswechsler noch untererfasst.

Neben der Angabe der vorherigen Berufsausbildung kann man die Daten zur faktischen⁹⁶ Dauer der Ausbildungsverträge als Hinweis auf Auszubildende mit Neuabschluss, die keine Ausbildungsanfänger/-innen darstellen, erhalten. Allerdings kann man nicht alleine aus der Verkürzung darauf schließen, dass es sich bei einem Neuabschluss nicht um Ausbildungsanfänger/-innen handelt. Aus verschiedenen Gründen

⁹⁶ Bis 2006 lagen nur die Informationen zu der nach Ausbildungsordnung vorgesehenen Ausbildungsdauer sowie im Rahmen der Berufsbildungsstatistik zu den Prüfungen mit vorzeitiger Zulassung vor. Da seit 2007 Beginn und Ende des Ausbildungsvertrags erfasst werden, kann auch die faktische Dauer ermittelt werden.

Schaubild A4.3-1: Ausbildungsanfänger unter den Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2009



können sich im Vergleich zur Ausbildungsordnung deutlich kürzere Dauern von Ausbildungsverträgen ergeben. Zum einen muss bei Anschlussverträgen die vorherige zweijährige Berufsausbildung entsprechend den Regelungen der jeweiligen Ausbildungsordnungen angerechnet werden. Zum anderen hat gemäß § 8 BBiG auf gemeinsamen Antrag von Auszubildenden und Ausbildenden die zuständige Stelle die Ausbildungszeit zu kürzen, wenn zu erwarten ist, dass das Ausbildungsziel in kürzerer Zeit erreicht wird. Für die Entscheidung über Verkürzung (oder Verlängerung) hat der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung Richtlinien erlassen.⁹⁷ Da nicht nur eine vorherige begonnene (und nicht abgeschlossene) Berufsausbildung im gleichen Beruf sowie eine berufliche Grundbildungsmaßnahme einen möglichen Verkürzungsgrund darstellen, sondern auch ein Alter von mindestens 22 Jahren oder das Vorliegen einer Studienberechtigung, kann auch

bei Ausbildungsanfängern eine deutliche Verkürzung der vertraglichen Ausbildungsdauer vorliegen. → **Tabelle A4.3-2** stellt die Zahl der Neuabschlüsse nach verschiedenen Verkürzungsausmaßen dar.

Demnach war im Jahr 2009 bei knapp 15 % der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge die vertragliche Ausbildungsdauer um mindestens 12 Monate kürzer als die Regelausbildungsdauer des jeweiligen Berufs; knapp 23 % waren um mindestens 6 Monate kürzer. Wie bereits erläutert, kann es sich bei einigen Personen mit solch verkürzten Ausbildungsverträgen dennoch um Ausbildungsanfänger/-innen handeln. Wenn man diejenigen, die mindestens 22 Jahre alt sind und/oder über eine Studienberechtigung verfügen, unberücksichtigt lässt, bleiben immer noch gut 12 % bzw. fast 18 % der Neuabschlüsse mit einer um mindestens 12 bzw. 6 Monate kürzeren Dauer.

Im Folgenden werden auf Basis der Angaben zur vorherigen Berufsausbildung und der Dauer des Ausbildungsvertrages (bzw. der Abweichung der vertraglichen Ausbildungsdauer von der regulären Ausbildungsdauer – nach Ausbildungsordnung – im

⁹⁷ Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 27.06.2008 zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitberufsausbildung (§ 8 BBiG/§ 27 HwO) sowie zur vorzeitigen Zulassung zur Abschlussprüfung (§ 45 Abs. 1 BBiG/§ 37 Abs. 1 HwO).

jeweiligen Beruf) folgende Neuabschlüsse als Ausbildungsanfänger/-innen im dualen System definiert:

- Es liegt keine vorherige Berufsausbildung im dualen System vor (weder eine erfolgreich beendete noch eine begonnene); außerdem⁹⁸ für diejenigen, die weder älter als 21 Jahre sind noch über eine Studienberechtigung verfügen: Es liegt keine im Vergleich zur regulären Ausbildungsdauer um mindestens 12 Monate kürzere vertragliche Ausbildungsdauer vor. Außerdem gelten auch die Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag als Anfänger/-in, bei denen zwar eine vorherige begonnene, nicht beendete Berufsausbildung im dualen System vorliegt, die Verkürzung jedoch weniger als 12 Monate beträgt.⁹⁹

Entsprechend dieser Abgrenzung von Ausbildungsanfängern handelt es sich bei nur 491.349 bzw. 87,6 % der Neuabschlüsse um Ausbildungsanfänger/-innen; 12,4 % der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag sind keine Anfänger/-innen im dualen System → **Schaubild A4.3-1**. Der Anteil derjenigen, die keine Ausbildungsanfänger/-innen sind, fällt bei ausländischen und deutschen Auszubildenden nahezu gleich hoch aus. Bei Männern fällt der Anteil der Ausbildungsanfänger etwas geringer aus als bei Frauen. Aufgrund dieser Abgrenzung von Neuabschlüssen, die Ausbildungsanfänger/-innen sind, lassen sich weitere Indikatoren zum dualen System verbessern; beispielsweise kann die Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen im dualen System entsprechend korrigiert werden (vgl. **Kapitel A4.5**).

(Alexandra Uhly)

⁹⁸ Diese Bedingung muss aufgenommen werden, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass bei einigen Neuabschlüssen eine vorherige duale Berufsausbildung vorlag, aber nicht gemeldet wurde. Bei Verkürzungen von 12 Monaten und mehr kann man von einer vorherigen dualen Berufsausbildung ausgehen (wenn nicht das Alter oder eine Studienberechtigung eine solche Verkürzung begründen können). Für Jugendliche, die älter als 21 Jahre sind oder eine Studienberechtigung aufweisen, kann die Ausbildung um 12 Monate verkürzt werden, auch wenn sie Ausbildungsanfänger/-innen im dualen System sind.

⁹⁹ Diese Neuabschlüsse werden trotz einer vorherigen nicht erfolgreich beendeten dualen Berufsausbildung als Anfänger/-innen behandelt, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie im aktuellen Kalenderjahr mit dem zuvor gelösten Ausbildungsvertrag Ausbildungsanfänger/-innen waren.

A4.4 Berufsstrukturelle Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung

In diesem Kapitel werden berufsstrukturelle Entwicklungen innerhalb der dualen Berufsausbildung (nach BBiG und HwO) analysiert, wie sie im Rahmen von Dauerbeobachtungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf Basis der Berufsbildungsstatistik durchgeführt werden. Betrachtet werden hierbei: Produktions- und Dienstleistungsberufe, technische Ausbildungsberufe, neue Ausbildungsberufe, zweijährige Ausbildungsberufe sowie Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung. Solche Strukturentwicklungen im dualen System sind zum einen vor dem Hintergrund der Frage der Entwicklungsperspektiven des dualen Systems von Interesse (vgl. Uhly/Troltsch 2009), zum anderen aber auch für die Chancen unterschiedlicher Gruppen von Jugendlichen von Bedeutung (zu Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen siehe Uhly 2010).

Zur Analyse der berufsstrukturellen Entwicklungen wird der Indikator neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (vgl. **E in Kapitel A4.3**) der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember, vgl. **E in Kapitel A4.2.1**) herangezogen. Es werden nicht die Bestandszahlen verwendet, in denen die Berufe je nach Ausbildungsdauer unterschiedlich stark vertreten sind (zweijährige Ausbildungsberufe sind i. d. R. unterrepräsentiert, dreieinhalbjährige sind eher überrepräsentiert). Außerdem zeigen sich aktuelle Entwicklungen deutlicher in den Neuabschluss- als in den Bestandszahlen. Seit dem Erhebungsjahr 2004 werden auch im Rahmen der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge alle Ausbildungsberufe einzeln erhoben, sodass auch mit diesen Daten Berufsstrukturen analysiert werden können¹⁰⁰; langfristige Entwicklungen sowie die Repräsentanz von Jugendlichen mit unterschiedlichen allgemeinbildenden Schulabschlüssen in den Berufsgruppen (vgl. **Kapitel A4.6.2**) lassen sich allerdings nur auf Basis der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder betrachten.

¹⁰⁰ Zum Vergleich beider Erhebungen, insbesondere den konzeptionellen Unterschieden, siehe Uhly u. a. 2009.

Tertiariesierung der dualen Berufsausbildung

E Klassifizierung der Produktions- und Dienstleistungsberufe

Die Berufsbildungsstatistik verwendet für die Erhebung nach Einzelberufen die Klassifikation der Berufe (KldB) des Jahres 1992 (Statistisches Bundesamt 1992); deren oberste Gliederungseinheit unterscheidet neben der Kategorie „sonstige Arbeitskräfte“ fünf „Berufsbereiche“. Entsprechend der Konzeption des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)¹⁰¹ werden in Anlehnung an Bells Konzept eines quartären Sektors (Informationsgesellschaft) nicht die drei Bereiche Landwirtschaft, Produktion und Dienstleistung unterschieden, sondern Produktionsberufe (Landwirtschaft, Bergbau und Fertigungsberufe) von den primären und sekundären Dienstleistungsberufen abgegrenzt (vgl. Wolff 1990, S. 64).

Im Folgenden werden auf der Basis der Berufskennziffern (KldB 1992) Produktions- von primären und sekundären Dienstleistungsberufen unterschieden:

Produktionsberufe

- I Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau
- II Bergleute, Mineralgewinner
- III Fertigungsberufe ohne Berufsgruppe 52 „Warenprüfer/Versandfertigmacher“

Primäre Dienstleistungsberufe

- Berufsgruppe 52 „Warenprüfer/Versandfertigmacher“
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 66–68 (Warenkaufleute), 71–74 (Verkehrsberufe), 771–773 (Buchhalter; Kassenfachleute), 78–81 (Büroberufe; Ordnungs- und Sicherheitsberufe), 90–93 (Berufe der Körperpflege; Hotel- und Gaststättenberufe; Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe; Reinigungs- und Entsorgungsberufe)

Sekundäre Dienstleistungsberufe

- IV Technische Berufe
- aus V Dienstleistungsberufe: Berufsgruppen 69 und 70 (Dienstleistungskaufleute), 75 und 76 (Berufe in

der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung), 774–776 (Fachinformatiker/-in und Mathematisch-technische/-r Softwareentwickler/-in), 7791 (IT-Kaufleute), 82–89 (Schriftwerkschaffende, -ordnende und künstlerische Berufe, Gesundheitsdienstberufe; Sozial- und Erziehungsberufe)¹⁰²

Eine vollständige Berufsliste (alle Einzelberufe) findet man unter: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2009.pdf.

Unter sekundären Dienstleistungstätigkeiten werden Tätigkeiten zusammengefasst, die auch als „Kopf-“ oder „Wissensarbeit“ bezeichnet werden, es handelt sich um Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten Forschen, Entwickeln, Organisieren, Managen, Betreuen, Pflegen, Beraten, Lehren und Publizieren (vgl. Kupka/Biersack 2005). Unter die primären Dienstleistungsberufe fallen Berufe mit den Tätigkeitsschwerpunkten: Handels- und Bürotätigkeiten sowie allgemeine Dienste wie Reinigen, Bewirten, Lagern, Transportieren. Aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen, Analysen auf Basis der Berufsbildungsstatistik (Uhly 2007a) und Analysen der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 (Hall 2007), die eine Modifikation der Berufszuordnung ergeben haben, weicht die Abgrenzung teilweise von der IAB-Einteilung¹⁰³ ab (vgl. Uhly/Troltsch 2009).

Wie auch im Beschäftigungssystem ist in der dualen Berufsausbildung ein Zuwachs des Anteils an Personen in Dienstleistungsberufen **E** zu beobachten. Langfristig steigt seit Mitte der 1990er-Jahre der Anteil der Neuabschlüsse in den Dienstleistungsberufen (zwischen 2001 und 2003 blieb der Anteil allerdings nahezu konstant). Auch ist die Zahl seit Mitte der 1990er-Jahre gestiegen; trotz Schwankungen und Rückgängen in den letzten Jahren fällt sie im Jahr 2009 (329.028) immer noch höher aus als im Jahr 1996 (291.768). In den Produktionsberufen ist die Zahl der Neuabschlüsse dagegen seit dem

101 Siehe Berufsgliederung des IAB: <http://www.pallas.iab.de/bisds/erlaeuterungen.htm>.

102 3 Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung werden trotz einer Berufskennziffer entsprechend den sekundären Dienstleistungsberufen aufgrund der Tätigkeitsbeschreibungen den primären Dienstleistungsberufen zugeordnet (Assistent/-in in sozialen Einrichtungen, Fachhelfer/-in für personale Dienstleistungen und Fachkraft für Medien- und Informationsdienste).

103 Dienstleistungskaufleute werden dort den primären Dienstleistungsberufen zugeordnet. Außerdem werden in der Zuordnung des IAB die Berufe der Körperpflege (Friseur/-in und Kosmetiker/-in) unter den sekundären und Datenverarbeitungsfachleute/Informatiker unter den primären Dienstleistungsberufen erfasst.

Jahr 2000 gesunken – lediglich in 2006 und 2007 waren nochmals Zuwächse zu verzeichnen; in den Produktionsberufen liegt die Neuabschlusszahl in 2009 (232.140) deutlich unterhalb der des Jahres 1996 (287.607). Entsprechend ist der Anteil der Neuabschlüsse in den Dienstleistungsberufen von 50,4 % im Jahr 1996 auf 58,6 % in 2009 gestiegen → **Tabelle A4.4-1**.¹⁰⁴ Damit liegt der Dienstleistungsanteil in der dualen Berufsausbildung zwar immer noch deutlich unter dem in der Beschäftigung, wo er mehr als 70 % beträgt. Teilweise ist die große Differenz aber auch durch Spezifika der Berufsklassifikation bedingt sowie durch die Tatsache, dass im Bereich der mittleren Qualifikationsebene die Berufsausbildung insbesondere im Bereich von Dienstleistungsberufen nicht nach BBiG/HwO erfolgt, sondern (vollzeitschulisch) an Berufsfachschulen und insbesondere an Schulen des Gesundheitswesens. Die berufsstrukturelle Entwicklung in der dualen Berufsausbildung zeigt deutliche Entwicklungen hin zur Dienstleistungs- und Wissensökonomie (Walden 2007). Unter den insgesamt zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen des dualen Systems findet man sechs primäre Dienstleistungsberufe, einen sekundären Dienstleistungsberuf und drei Produktionsberufe¹⁰⁵.

Der Anteil der Neuabschlüsse in den sekundären Dienstleistungsberufen ist jedoch noch sehr gering, in 2009 beträgt er 16,8 % aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge.¹⁰⁶ Seit 1993 schwankt der Anteil der sekundären Dienstleistungsberufe an allen Neuabschlüssen des dualen Systems zwischen

ca. 16 % und 18 %. Hinter der Entwicklung dieser Berufsgruppe insgesamt stehen unterschiedlich verlaufende Entwicklungen in einzelnen Berufen, die durch unterschiedliche Determinanten beeinflusst werden (vgl. Uhly/Troltsch 2009, S. 15). Konjunkturelle Gründe mögen beispielsweise den stärkeren Einbruch der IT-Berufe zwischen 2002 und 2005 erklären können. Bei den Bankkaufleuten war der Rückgang eher auf Strukturveränderungen im Bankensektor zurückzuführen (zum Rückgang der Auszubildendenzahl durch Reorganisationsstrategien im Zusammenhang mit „lean banking“ siehe auch Brötz u. a. 2007 oder Baethge 2001). Diese Befunde für den Bankensektor sind jedoch nicht generell auf die sekundären Dienstleistungsberufe übertragbar. Mit der Modernisierung der Berufsausbildung durch Neuordnung von Ausbildungsberufen sind bereits Erfolge erzielt worden, die auch den Bereich der sekundären Dienstleistungsberufe betreffen, sodass sich insgesamt der Anteil der Auszubildenden in den Wissensberufen stabilisiert hat. Im Umfeld von hoch qualifizierten Tätigkeiten sind auch Fachkräftetätigkeiten auf dem Qualifikationsniveau dualer Ausbildungsberufe relevant. Hier mögen besondere Potenziale für neue Ausbildungsberufe oder die Stärkung der Berufsausbildung in bereits existierenden Ausbildungsberufen bestehen, da sich im Bereich sekundärer Dienstleistungsberufe vergleichsweise günstige Beschäftigungsentwicklungen abzeichnen.

Frauen sind in den Dienstleistungsberufen (Frauenanteil in 2009: ca. 64 %) deutlich überrepräsentiert, Männer in den Produktionsberufen (Männeranteil 2009: ca. 87 %). Der berufsstrukturelle Wandel der Tertiarisierung verlief jedoch nicht zuungunsten der Männer, vielmehr ist der Männeranteil innerhalb der Dienstleistungsberufe von 28,3 % im Jahr 1993 auf ca. 36,4 % deutlich gestiegen. Die Neuabschlusszahl der Frauen in den sekundären Dienstleistungsberufen war stark rückläufig, die der Männer ist angewachsen → **Tabelle A4.4-1**. In den primären Dienstleistungsberufen ist sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen die Neuabschlusszahl seit 1993 angestiegen; bei den Männern fiel dieser Anstieg jedoch deutlich höher aus. Die steigende Neuabschlusszahl der Männer bei den Dienstleistungsberufen (35.250) hat den Rückgang bei den Produktionsberufen (-38.646) nahezu kompensiert;

104 Nahezu kontinuierlich steigende Anteile liegen insbesondere bei den primären Dienstleistungsberufen vor. Sehr stark besetzt sind vor allem Warenkaufleute (Kaufleute im Einzelhandel [33.204], Kaufleute im Groß- und Außenhandel [13.338] und Verkäufer/-in [26.235] sowie Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk [11.766]), außerdem Büroberufe (Bürokaufleute [20.595], Industriekaufleute [17.280] und Kaufmann/-frau für Bürokommunikation [12.987]) sowie die Berufe Friseur/-in (15.291), Hotelfachleute (11.301) und Fachkraft für Lagerlogistik (8.442).

105 Kfz-Mechatroniker/-in (18.141 Neuabschlüsse), Koch/Köchin (15.021) sowie Industriemechaniker/-in (13.812).

106 Gemessen an den Neuabschlusszahlen sind die 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe dieser Berufsgruppe in 2009: Medizinische/-r und Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (13.800 und 10.710 Neuabschlüsse), Bankkaufmann/-frau (13.275), Fachinformatiker/-in (8.505), Steuerfachangestellte/-r (6.342), Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen (5.997), Kaufmann/-frau für Spedition und Logistikdienstleistung (4.419), Technische/-r Zeichner/-in (2.619), Immobilienkaufmann/-frau (2.553) und Veranstaltungskaufmann/-frau (1.878).

Tabelle A4.4-1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungsberufen¹, Bundesgebiet 1980² und 1993 bis 2009³

Berufsgruppe	Jahr	1980	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009
insgesamt, absolut									
Produktionsberufe		342.030	272.907	287.607	295.530	251.874	241.575	257.412	232.140
Dienstleistungsberufe		328.827	298.299	291.768	340.029	316.209	317.487	350.154	329.028
davon:									
primäre DL-Berufe		240.369	197.214	199.194	237.516	215.274	228.258	249.198	234.780
sekundäre DL-Berufe		88.458	101.085	92.574	102.513	100.935	89.229	100.956	94.248
Insgesamt		670.857	571.206	579.375	635.559	568.083	559.062	607.566	561.171
Männer, absolut									
Produktionsberufe		–	241.230	254.049	260.253	222.300	214.209	225.834	202.584
Dienstleistungsberufe		–	84.402	83.631	102.693	101.796	112.719	127.269	119.652
davon:									
primäre DL-Berufe		–	56.109	57.891	69.438	68.433	80.583	89.478	85.230
sekundäre DL-Berufe		–	28.293	25.740	33.255	33.366	32.136	37.791	34.419
Insgesamt		–	325.629	337.680	362.946	324.099	326.928	353.103	322.236
Frauen, absolut									
Produktionsberufe		–	31.677	33.555	35.277	29.571	27.363	31.578	29.556
Dienstleistungsberufe		–	213.897	208.137	237.336	214.413	204.768	222.885	209.379
davon:									
primäre DL-Berufe		–	141.105	141.303	168.075	146.841	147.675	159.720	149.550
sekundäre DL-Berufe		–	72.792	66.834	69.258	67.569	57.093	63.165	59.829
Insgesamt		–	245.577	241.695	272.613	243.984	232.134	254.463	238.935
insgesamt, in % aller Neuabschlüsse									
Produktionsberufe		51,0	47,8	49,6	46,5	44,3	43,2	42,4	41,4
Dienstleistungsberufe		49,0	52,2	50,4	53,5	55,7	56,8	57,6	58,6
davon:									
primäre DL-Berufe		35,8	34,5	34,4	37,4	37,9	40,8	41,0	41,8
sekundäre DL-Berufe		13,2	17,7	16,0	16,1	17,8	16,0	16,6	16,8
Insgesamt		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ Berufsgruppendifferenzierung nach Tätigkeitsschwerpunkten durch das BIBB; in Anlehnung an Kupka/Biersack (IAB), modifiziert nach Hall (2007); siehe Uhly/Troltsch 2009 sowie http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-p-dl_2009.pdf.

² 1980 Westdeutschland und Berlin-West; Neuabschlusszahlen in 1980 nicht nach Geschlecht differenziert gemeldet.

³ Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.4-2: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen¹, Bundesgebiet 1980² und 1993 bis 2009³

Jahr	absolut	in % aller Neuabschlüsse	darunter Frauen	Frauenanteil in den Technikberufen, in %
1980	185.805	27,7	–	–
1993	136.392	23,9	16.953	12,4
1996	131.655	22,7	15.747	12,0
1999	151.908	23,9	17.904	11,8
2002	145.224	25,6	16.476	11,3
2005	136.251	24,4	13.731	10,1
2008	156.714	25,8	17.472	11,1
2009	135.411	24,1	15.927	11,8

¹ Zur Abgrenzung der technischen Ausbildungsberufe siehe auch Uhly 2007b sowie http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2009.pdf.

² 1980 alte Länder inklusive Berlin-West; Neuabschlüsse wurden in 1980 noch nicht differenziert nach Geschlecht erhoben.

³ Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

entsprechend sind die Frauen- und Männeranteile im dualen System seit 1993 kaum verändert (vgl. **Kapitel A4.2.1**).

Duale Berufsausbildung in technischen Ausbildungsberufen

Von 1980 bis Mitte der 1990er-Jahre ist der Anteil der technischen Ausbildungsberufe **E** im dualen System stark zurückgegangen. Mitte der 1990er-Jahre zeigten sich Erfolge der Modernisierung der dualen Berufsausbildung insbesondere bei den Technikberufen, sodass eine Trendwende steigender Anteile¹⁰⁷ technischer Ausbildungsberufe zu verzeichnen war → **Tabelle A4.4-2**.

E Technische Ausbildungsberufe

Hier wird eine breiter gefasste Abgrenzung von technischen Ausbildungsberufen als die des Berufsbereichs IV der Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes herangezogen, denn diese ist eng begrenzt auf Ingeni-

eure, Chemiker, Physiker, Mathematiker sowie Techniker und technische Sonderfachkräfte. Technische Berufe des Berufsbereichs der Fertigungsberufe sind dort nicht erfasst. Auch in der Fachliteratur findet sich keine konkrete Definition der technischen Berufe des gewerblich-technischen Bereichs. Die hier verwendete Berufsauswahl basiert auf der im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit des Jahres 2002 (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003, S. 12 ff.) zugrunde gelegten Abgrenzung (vgl. auch Troltsch 2004), die in zwei Einzelstudien (Uhly 2005 und 2007b) fortgeführt wurde. Technische Ausbildungsberufe sind demnach solche, deren Tätigkeits- und Kenntnisprofile hohe Technikanteile (z. B. hohe Anteile von Überwachen, Steuern von Maschinen, Anlagen, technischen Prozessen etc.) ergeben haben.

Eine vollständige Berufsliste (alle Einzelberufe) findet man unter: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berufsliste-t_2009.pdf.

Im Zeitraum von 2002 bis 2006 zeigen sich am Ausbildungsstellenmarkt allerdings auch Probleme bei den Technikberufen. Der erneute Einbruch der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge betraf die technischen Ausbildungsberufe noch stärker als die dualen Ausbildungsberufe insgesamt (vgl. Uhly

¹⁰⁷ Auch absolut ist die Zahl der Neuabschlüsse in den Technikberufen gestiegen.

2005 und 2007b).¹⁰⁸ Auch in 2009 geht der Anteil der Neuabschlüsse in technischen Ausbildungsberufen nach einem Anstieg in 2007 und (insbesondere) 2008 wieder zurück.

In den technischen Ausbildungsberufen ist der Frauenanteil sehr gering, er schwankt seit 1993 zwischen 10 % und 12 %. Damit konnte der Frauenanteil in dieser Berufsgruppe trotz vielfältiger Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung von Frauen in technischen Berufen nicht erhöht werden (vgl. hierzu auch Uhly 2007b, S. 22 ff.). Insgesamt zeigt sich, dass berufsstrukturelle Unterschiede bei weiblichen und männlichen Auszubildenden seit Mitte der 1980er-Jahre (von wenigen Ausnahmen in einzelnen Ausbildungsberufen abgesehen) nahezu unverändert sind, sodass man von geschlechtsspezifischer Segregation sprechen kann (vgl. Kapitel A4.2.1). Berufswahlentscheidungen und geschlechtsspezifisches Rekrutierungsverhalten sind offensichtlich in tief verwurzelte Werte und Normen hinsichtlich der Geschlechterrollen und der Berufsanforderungen eingebettet, was zu dieser Beharrungstendenz der geschlechtsspezifischen beruflichen Segregation führt (vgl. Uhly 2007b, S. 34 ff.).

Modernisierung der dualen Berufsausbildung

Im Folgenden werden als neue duale Ausbildungsberufe die Berufe des dualen Systems betrachtet, die seit 1996 neu geschaffen wurden. Seit 1996 wurde die Modernisierung der dualen Berufsausbildung durch die Neuordnung von Ausbildungsberufen intensiviert. Hintergrund war die „Diskussion um die qualifikatorischen Konsequenzen aus den Entwicklungen in strategisch bedeutsamen Technologien, dem Sprung von der Industrie- zur Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung des Wirtschaftens und der damit verbundenen Umgestaltung der Arbeitsorganisation“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 1998, S. 1). Im Jahr 1999 haben sich die Sozialpartner auf eine Fortführung dieser

Modernisierungsoffensive geeinigt (Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung 1999; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2002, S. 26 ff.). Von 1996 bis 2009 wurden 81 Ausbildungsberufe neu geschaffen. In diesen Berufen wurden im Jahr 2009 60.771 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen → **Tabelle A4.4-3**. Dies entspricht einem Anteil von 10,8 % aller Neuabschlüsse. Damit ist der Anteil der Neuabschlüsse in den seit 1996 neu geschaffenen Ausbildungsberufen geringfügig zurückgegangen.

Mit 8.505 Neuabschlüssen in 2009 ist der Beruf Fachinformatiker/-in der am stärksten besetzte neue Ausbildungsberuf, gefolgt vom Beruf Mechatroniker/-in mit 7.080 Neuabschlüssen. Mit deutlichem Abstand folgen die Ausbildungsberufe Mediengestalter/-in Digital und Print (3.726) und Automobilkaufmann/-frau (3.246). In den Berufen Mechatroniker/-in und bei Automobilkaufleuten ist die Zahl der Neuabschlüsse seit 1998 (Jahr des Inkrafttretens der Ausbildungsordnung) nahezu stetig gestiegen bzw. auf hohem Niveau verblieben, in 2009 geht auch in diesen beiden Berufen die Zahl der Neuabschlüsse deutlich zurück. In den Berufen Fachinformatiker/-in (neu seit 1997) sowie Mediengestalter/-in Digital und Print (Vorgängerberuf neu seit 1998) ist die Neuabschlusszahl nach einem anfänglich starken Anstieg bis auf 10.506 bzw. 5.484 neu abgeschlossener Ausbildungsverträge in den Jahren 2002 bis 2005 stark eingebrochen, danach sind sie bis 2008 wieder gestiegen, in 2009 erfolgt auch dort ein Rückgang. Insgesamt bleibt ein Großteil der neuen Ausbildungsberufe auch nach einigen Jahren nach ihrer Neuordnung vergleichsweise gering besetzt. Eine Konzentration auf wenige Ausbildungsberufe erfolgt jedoch nicht allein bei den neuen Ausbildungsberufen, sondern ist für die duale Berufsausbildung insgesamt zu beobachten. In ca. 64 % aller staatlich anerkannten Ausbildungsberufe bzw. dualen Ausbildungsberufe in Erprobung werden jeweils weniger als 500 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen; in den 20 am stärksten besetzten staatlich anerkannten Ausbildungsberufen findet man mehr als die Hälfte aller Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag.

¹⁰⁸ Insbesondere die IT-Berufe zeigten eine hohe Konjunkturabhängigkeit in der Nachwuchsrekrutierung, aber auch bei den Technikern bzw. technischen Sonderfachkräften und in den Elektro- und Metallberufen wie auch in den Papier- bzw. Druckberufen war ein stärkerer Rückgang zu beobachten.

**Tabelle A4.4-3: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen¹, Bundesgebiet
1996 bis 2009 (Teil 1)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	
1996	Film- und Videoreditor/-in	15	21	27	51	42	45	33	45	36	42	30	39	48	36	
	Mediengestalter/-in Bild und Ton	168	315	522	642	681	732	609	618	696	597	660	750	738	672	
	Werbe- und Medienvorlagenhersteller/-in ²	486	1.143	354	12	3	0	0								
1997	Bauwerksabdichter/-in		60	105	108	60	54	33	21	33	36	45	60	48	45	
	Elektroanlagenmonteur/-in		144	330	360	330	222	273	351	429	270	222	297	270	201	
	Fertigungsmechaniker/-in		261	999	1.140	1.134	1.275	1.176	1.344	1.314	1.233	1.374	1.395	1.266	1.107	
	Fluggeräteelektroniker/-in ³		54	78	81	75	129	144	138	96	126	84	132	150	156	
	Industrie-Isolierer/-in		69	84	84	78	93	99	84	72	66	120	153	192	162	
	IT-Berufe		4.788	8.919	13.059	18.363	20.157	16.203	14.514	14.382	13.875	13.476	14.820	15.543	13.596	
	davon:															
	Informatikkaufmann/-frau		771	1.404	1.938	2.496	2.991	2.304	1.830	1.767	1.566	1.479	1.506	1.446	1.236	
	Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in		1.485	2.166	2.838	3.429	3.633	3.186	2.916	2.601	2.535	2.256	2.340	2.370	2.055	
	Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/-frau		756	1.452	2.088	2.958	3.027	2.544	2.310	2.385	2.316	2.187	2.247	2.199	1.797	
	Fachinformatiker/-in		1.779	3.897	6.192	9.480	10.506	8.169	7.458	7.629	7.461	7.554	8.727	9.525	8.505	
	Isolierfacharbeiter/-in		30	63	75	84	66	54	54	39	57	51	60	63	51	
	Kaufmann/-frau für Verkehrsservice		918	1.275	1.572	708	498	603	603	660	531	438	465	435	441	
	Naturwerksteinmechaniker/-in		18	54	45	54	54	63	63	120	132	123	150	129	129	
	Spielzeughersteller/-in		15	12	9	15	9	18	18	6	3	3	3	0	0	
1998	Verfahrensmechaniker/-in in der Steine- und Erdenindustrie		144	138	114	135	84	102	108	177	135	123	147	165	123	
	Automobilkaufmann/-frau			2.400	3.612	3.690	3.597	3.666	3.636	3.732	3.738	3.804	4.002	3.711	3.246	
	Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste ⁴			444	474	495	489	501	555	627	603	642	666	642	645	
	Fachkraft für Veranstaltungstechnik			339	588	657	822	795	942	876	981	1.101	1.191	1.194	1.182	
	Fachmann/-frau für Systemgastronomie			396	642	864	894	1.050	1.299	1.968	2.055	2.457	2.853	3.090	2.859	
	Fotomedienlaborant/-in			147	180	204	204	192	153	150	120	96	81	96	54	
	Glasbläser/-in			6	3	0	6	3	0	3	0	3	0	0	0	
	Kaufmann/-frau für audiovisuelle Medien			261	309	375	363	318	315	282	315	276	297	276	249	
	Mechatroniker/-in			1.311	3.648	4.875	5.775	5.571	5.844	6.336	6.573	6.819	7.509	8.031	7.080	
	Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien ⁵			2.433	4.014	5.181	5.484	4.341	3.885	3.828	3.672	4.005	4.347	4.425	3.726	
	Mikrotechnologe/-in			132	165	213	201	219	204	255	165	195	207	222	153	
	Servicekaufmann/-frau im Luftverkehr			33	114	114	126	102	102	114	114	114	114	117	105	
	1999	Fassadenmonteur/-in				51	75	36	42	33	27	9	9	15	12	15
		Informationselektroniker/-in				435	1.635	1.659	1.494	1.311	1.149	1.098	990	1.032	948	765
		Spezialtiefbauer/-in				18	54	45	24	18	24	24	24	33	27	30
Verfahrensmechaniker/-in für Beschichtungstechnik					30	336	324	315	252	279	255	279	378	342	267	

**Tabelle A4.4-3: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen¹, Bundesgebiet
1996 bis 2009 (Teil 2)**

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
2000	Bühnenmaler/-in und Bühnenplastiker/-in					42	27	33	45	51	39	54	45	33	48
	Fachkraft für Straßen- und Verkehrstechnik					24	21	36	51	66	39	45	42	51	48
	Fachkraft für Wasserwirtschaft					0	6	15	18	12	3	12	9	9	9
	Verfahrensmechaniker/-in Glastechnik					72	123	99	105	105	99	108	126	132	102
2001	Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen						174	663	732	810	1.008	987	1.005	1.113	1.272
	Sport- und Fitnesskaufmann/-frau						513	930	1.158	1.266	1.311	1.545	1.797	1.836	1.911
	Veranstaltungskaufmann/-frau						360	873	1.224	1.434	1.524	1.710	1.929	1.995	1.878
2002	Bodenleger/-in							147	255	225	291	279	264	255	237
	Fachkraft für Abwassertechnik							312	381	420	450	420	381	369	402
	Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft							102	162	183	213	219	186	201	162
	Fachkraft für Rohr-, Kanal- und Industrieservice							24	75	78	81	93	105	141	153
	Fachkraft für Schutz und Sicherheit							174	477	759	714	972	1.032	936	849
	Fachkraft für Wasserversorgungstechnik							81	132	168	162	141	144	123	138
	Fachkraft im Fahrbetrieb								15	24	45	78	129	207	267
2003	Maskenbildner/-in							30	48	57	39	48	57	45	51
	Bauten- und Objektbeschichter/-in								417	1.122	1.455	1.713	1.818	1.761	1.686
	Bestattungsfachkraft ⁶								66	111	141	162	174	189	186
	Elektroniker/-in für Gebäude- und Infrastruktursysteme ⁶								42	78	84	114	111	114	195
	Fahrzeuglackierer/-in								2.097	2.685	2.652	2.757	3.195	2.913	2.625
	Investmentfondskaufmann/-frau								36	45	57	60	54	60	51
	Kosmetiker/-in								438	444	423	492	540	486	501
	Mechaniker/-in für Karosserieinstandhaltungstechnik ⁶								210	258	249	246	240	228	210
	Systeminformatiker/-in ⁶								48	198	147	195	174	180	156
	Bauwerksmechaniker/-in für Abbruch- und Betontrenntechnik									15	15	27	51	36	27
2004	Fahrradmonteur/-in									165	387	555	501	399	363
	Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in ⁶									462	975	1.350	1.866	1.719	1.776
	Maschinen- und Anlagenführer/-in									603	1.734	2.448	3.306	3.408	2.811
	Schädlingsbekämpfer/-in									18	24	42	24	30	30
2005	Änderungsschneider/-in										90	255	270	270	267
	Fachkraft Agrarservice ⁶										123	141	177	177	210
	Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit										387	474	486	543	462
	Servicefahrer/-in										90	156	204	213	180
	Technische/-r Produktdesigner/-in										27	159	288	462	351

Tabelle A4.4-3: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen¹, Bundesgebiet 1996 bis 2009 (Teil 3)

In Kraft getreten	Neue Berufe	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
2006	Fachangestellte/-r für Markt- und Sozialforschung											60	72	90	90
	Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugservice ⁶											465	648	600	492
	Kaufmann/-frau für Dialogmarketing											957	1.233	1.407	1.356
	Servicefachkraft für Dialogmarketing											480	624	654	495
2007	Fachkraft für Holz- und Bautenschutz												18	21	24
	Holz- und Bautenschutz												45	36	48
	Sportfachmann/-frau												114	168	138
2008	Automatenfachmann/-frau ⁶													39	60
	Fachkraft für Automatenervice													57	144
	Fotomedienfachmann/-frau													93	102
	Personaldienstleistungskaufmann/-frau													1.107	669
	Produktionstechnologe/-in													24	33
	Servicekraft für Schutz und Sicherheit													192	285
	Speiseeishersteller/-in ⁶													36	39
2009	Industrieelektriker/-in														129
	Werkzeugenwehmann/-frau														36
Neue Ausbildungsberufe (seit 1996) insgesamt		666	7.980	20.859	31.638	40.665	44.673	41.571	44.841	49.476	51.810	57.633	64.632	67.386	60.771
Alle dualen Ausbildungsberufe		579.375	598.110	611.820	635.559	622.968	609.576	568.083	564.492	571.977	559.062	581.181	624.177	607.566	561.171
Anteil der (seit 1996) neuen Ausbildungsberufe in % aller dualen Ausbildungsberufe		0,1	1,3	3,4	5,0	6,5	7,3	7,3	7,9	8,6	9,3	9,9	10,4	11,1	10,8

¹ Neu geordnete staatlich anerkannte Ausbildungsberufe und Ausbildungsberufe in Erprobung nach BBiG/HwO, die keinen staatlich anerkannten Vorgängerberuf haben. Vor 2003 wurden auch solche neu geordneten Berufe als neu bezeichnet, bei denen zwar Vorgängerberufe existierten, aber wesentliche Änderungen der Ausbildungsordnung erfolgt sind (z. B. Mediengestalter/-in für Digital- und Printmedien).

² Der in 1996 neu geschaffene Ausbildungsberuf Werbe- und Medienvorlagenhersteller/-in wurde 1998 wieder aufgehoben.

³ Seit 2003 Elektroniker/-in für Luftfahrttechnische Systeme

⁴ Seit 2000 zusätzliche Fachrichtung

⁵ Seit 2007 Mediengestalter/-in Digital und Print

⁶ Ausbildungsberuf zunächst in Erprobung

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datensatzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.4-4: Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Ausbildungsberufen¹ an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland 1980 und 1993 bis 2009, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2009²

Westdeutschland³	1980	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009
Zweijährige Berufe	92.046	14.634	12.954	17.151	16.767	25.065	37.866	38.685
Alle staatlich anerkannten Berufe ⁴	670.857	449.007	429.636	477.378	434.409	429.231	486.033	454.107
Anteil in zweijährigen Berufen, in %	13,7	3,3	3,0	3,6	3,9	5,8	7,8	8,5
Ostdeutschland⁵	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	
Zweijährige Berufe	5.994	10.212	15.861	13.005	16.230	14.445	13.101	
Alle staatlich anerkannten Berufe ⁴	114.387	138.924	146.397	119.556	114.930	106.695	92.886	
Anteil in zweijährigen Berufen, in %	5,2	7,4	10,8	10,9	14,1	13,5	14,1	
Bundesgebiet	1993	1996	1999	2002	2005	2008	2009	
Zweijährige Berufe ⁴	20.628	23.166	33.012	29.769	41.295	52.311	51.786	
Alle staatlich anerkannten Berufe	563.394	568.560	623.775	553.965	544.161	592.725	546.993	
Anteil in zweijährigen Berufen, in %	3,7	4,1	5,3	5,4	7,6	8,8	9,5	

¹ Berufe mit 24 oder mit 18 Monaten Ausbildungsdauer; bis 1999 inklusive Ausbildungsberuf Gerüstbauer/-in, der erst seit 2000 dreijährig ist; ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG 2005 bzw. § 42m HwO 2005; zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4

² Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4

³ Westdeutschland ohne Berlin; Ausnahme 1980: Westdeutschland und Berlin-West

⁴ Ohne Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO; inklusiv duale Ausbildungsberufe in Erprobung nach § 6 BBiG bzw. § 27 HwO

⁵ Ostdeutschland (inklusive Berlin)

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Die Entwicklung zweijähriger Ausbildungsberufe

Neben den oben genannten Neuordnungsmotiven wird in den letzten Jahren auch wieder verstärkt das Ziel verfolgt, zweijährige (theoriegeminderte) Ausbildungsberufe speziell für Jugendliche mit schlechten Startchancen zu schaffen (Kath 2005; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005). Seit 2003 sind 12 neue Ausbildungsordnungen für zweijährige Ausbildungsberufe in Kraft getreten. Auszubildende in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen oder Ausbildungsberufen in Erprobung, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht (kurz: zweijährige Ausbildungsberufe), machen im Jahr 2009 51.786 Neuabschlüsse bzw. 9,5 % aller Neuabschlüsse aus → [Tabelle A4.4-4](#).¹⁰⁹

In den 1980er-Jahren lag der Anteil zweijähriger Ausbildungsberufe in den alten Ländern noch deutlich höher (1980: 13,7 %). Mit dem Wegfall von sogenannten gestuften Ausbildungen in den Elektroberufen im Jahr 1987 ist deren Anteil bis Mitte der 1990er-Jahre auf unter 3 % stark geschrumpft. Bereits seit 1995 steigt deren Anteil wieder an. In Westdeutschland fällt der Anteil der zweijährigen Ausbildungsberufe mit 8,5 % (2009) deutlich geringer aus als in Ostdeutschland (14,1 %). Der am stärksten besetzte zweijährige Ausbildungsberuf ist mit 26.235 Neuabschlüssen der Beruf Verkäufer/-in, es folgen mit deutlichem Abstand die Berufe Fachlagerist/-in (6.045), Fachkraft im Gastgewerbe (3.900), Maschinen- und Anlagenführer/-in (2.811), Teilezurichter/-in (1.860), Kraftfahrzeugservicemechaniker/-in (1.776), Bauten- und Objektbeschichter/-in (1.686), Hochbaufacharbeiter/-in (1.443), Tiefbaufacharbeiter/-in (1.293) und Ausbaufacharbeiter/-in (1.107). Alle anderen sind mit deutlich geringeren Neuabschlusszahlen besetzt.

109 Alle Werte zu den zweijährigen Ausbildungsberufen beziehen sich ausschließlich auf die staatlich anerkannten Ausbildungsberufe ohne die Berufe nach Ausbildungsregelungen für Menschen mit Behinderung (nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO).

Die überwiegende Mehrheit (95 %) der Jugendlichen, die im Jahr 2009 in einem zweijährigen Ausbildungsberuf einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, befindet sich in einem Beruf, der die Möglichkeit der Anrechnung der Ausbildung in einem drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungsberuf vorsieht. Von den zweijährigen Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung keine Fortführung explizit vorsieht, ist allein der aus dem Jahr 1940 stammende Beruf Teileurichter/-in mit 1.860 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen stärker besetzt. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass die Berufsbildungsstatistik nicht erfasst, ob die Ausbildung nach Abschluss der zweijährigen Berufsausbildung auch wirklich fortgeführt wird. Echte Ausbildungsverläufe lassen sich aufgrund der fehlenden festen Personennummer auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht ermitteln. Allerdings wird seit dem Berichtsjahr 2008 die Zahl der Anschlussverträge ermittelt. Berechnet wird sie als Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in potenziellen Fortführungsberufen mit einer entsprechend kürzeren Vertragsdauer und dem Vorliegen einer vorherigen abgeschlossenen dualen Berufsausbildung der Auszubildenden (vgl. Kapitel A4.3). Somit kann der rechnerische Anteil der Anschlussverträge an den Absolventen (erfolgreiche Abschlussprüfungen) in zweijährigen Ausbildungsberufen als näherungsweise Berechnung des Anteils derer, die eine zweijährige Ausbildung in einem dualen Ausbildungsberuf fortführen, herangezogen werden. Die Zahl der Anschlussverträge lässt sich auf Basis der Meldungen zur Berufsbildungsstatistik nicht exakt ermitteln; sie kann lediglich als Höchstwert betrachtet werden, der eine Überschätzung darstellen kann (vgl. Uhly 2011). Von allen Neuabschlüssen des Jahres 2009 lassen sich maximal 10.506¹¹⁰ als Anschlussverträge ausmachen. Folglich kann man ableiten, dass maximal 28 % der Absolventen zweijähriger Ausbildungsberufe, deren Ausbildungsordnungen eine Fortführung grundsätzlich vorsehen, bzw. 26 % aller Absolventen zweijähriger Ausbildungsberufe des Berichtsjahres 2009 die Ausbildung fortführen. Der Anteil derer, die eine

zweijährige duale Berufsausbildung fortführen, fällt vergleichsweise gering aus. Letztendlich lassen sich jedoch der exakte Anteil sowie die Frage, wie sich die genauen Bildungs- und Erwerbschancen dieser Personen darstellen, auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht ermitteln. Hierzu sind spezifische Evaluationsstudien erforderlich (siehe z. B. Gruber/Weber 2007).

Die Entwicklung der Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

In Berufen für Menschen mit Behinderung (§ 66 BBiG und § 42m HwO) **E** wurden im Jahr 2009 14.178 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen (insgesamt wurden 37.404 Auszubildende in diesen Berufen ausgebildet); die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in diesen Ausbildungsberufen machen im Jahr 2009 einen Anteil von 2,5 % aller Neuabschlüsse aus → [Tabelle A4.4-5](#).

In Ostdeutschland liegt der Anteil der Neuabschlüsse in den Berufen für Menschen mit Behinderung im gesamten Beobachtungszeitraum mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (in 2009 Ost: 5,1 % und West: 2,0 %). In Westdeutschland ist er bis 2004 kontinuierlich angestiegen und liegt seither bei ca. 2 %. In Ostdeutschland stieg er insbesondere zwischen 1993 und 1996 sowie 1998 und 2003, verblieb bis 2005 auf 5,5 % und liegt bis 2009 bei ca. 5 %.

E Duale Ausbildungsberufe für Menschen mit Behinderung

Im Regelfall sollen „behinderte Menschen ... in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet werden“ (§ 64 BBiG). Nur wenn aufgrund der Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht infrage kommt, sollen Menschen mit Behinderung nach besonderen Regelungen ausgebildet werden. Bei diesen Ausbildungsberufen handelt es sich um Berufe mit speziellen Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen (§ 66 BBiG bzw. § 42m HwO).

Bei den Daten der Berufsbildungsstatistik ist zu beachten, dass *kein personenbezogenes Merkmal* zur Behinderung erhoben wird. Erfasst ist lediglich, ob es sich bei den jeweiligen Meldungen der Ausbildungsverträge um staatlich

110 Im Rahmen der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge werden deutlich weniger Anschlussverträge gemeldet; allerdings gibt es Hinweise darauf, dass dort die Anzahl der Anschlussverträge untererfasst ist (vgl. Kapitel A4.3 sowie Uhly 2011).

Tabelle A4.4-5: Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung¹, Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2009², in % aller Neuabschlüsse

Jahr	Bundesgebiet	Westdeutschland	Ostdeutschland
1993	1,4	1,0	3,0
1996	1,9	1,2	4,0
1999	1,9	1,3	3,6
2002	2,5	1,7	5,3
2005	2,7	1,9	5,5
2008	2,4	1,8	5,2
2009	2,5	2,0	5,1

¹ Berufe für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG 2005 bzw. § 42m HwO 2005 (bis April 2005 § 48 BBiG a. F. bzw. § 42b HwO a. F.); Neuabschlüsse in diesen Berufen wurden erst ab 1987 erfasst.

² Zur vollständigen Zeitreihe ab 1993 vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.4.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

anerkannte Ausbildungsberufe (bzw. duale Ausbildungsberufe in Erprobung) oder um Ausbildungsgänge gemäß einer Regelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung handelt.

Auch wenn solche Ausbildungsregelungen ausschließlich für Menschen mit Behinderung vorgesehen sind, legen die Bedeutungszunahme dieser Berufe sowie die erheblichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland die Vermutung nahe, dass – wie auch bei Maßnahmen und Ausnahmeregelungen für Benachteiligte oder Lernbeeinträchtigte schon lange bekannt (siehe hierzu Ulrich 1998) – solche Ausbildungsregelungen nicht alleine durch das Vorliegen entsprechender Merkmale bei den Jugendlichen zu erklären sind, sondern auch als Problemlösungsstrategien dienen, um Jugendliche trotz Ausbildungsplatzmangel mit Ausbildungsplätzen zu versorgen.

Es bleibt zu berücksichtigen, dass auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht die Situation von Menschen mit Behinderung in der dualen Berufsausbildung analysiert werden kann, da auf Basis dieser Statistik lediglich eine berufsbezogene Betrachtung

möglich ist, ein personenbezogenes Merkmal zur Behinderung wird nicht erfasst. Menschen mit Behinderung werden auch in den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet, das BBiG sieht dies sogar als Regelfall vor (§ 64 BBiG).

(Alexandra Uhly)

A4.5 Alter der Auszubildenden und Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen im dualen System

Jährlich weist das Bundesinstitut für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik und Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder die sogenannte Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen aus. Sie bezieht sich auf die Wohnbevölkerung und gibt an, wie hoch der rechnerische Anteil der Jugendlichen ist, der einen Vertrag im dualen System abschließt. Die Übergangsdauer ist dabei nicht berücksichtigt, da für die Neuabschlüsse keine Angaben zum Zeitpunkt des Schulabgangs gemeldet werden. Maßgeblich für die Berechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote **E** ist die Analyse der Alterskohorten. Über die Altersangaben zu den Personen werden die Neuabschlüsse auf die Wohnbevölkerung bezogen. Das gestiegene Durchschnittsalter unter den Auszubildenden deutet dabei darauf, dass die Zeiträume zwischen dem Verlassen der Schule und Vertragsabschluss länger geworden sind.

Vorangestellt wird nachfolgend zunächst die Analyse der Altersstruktur unter den Auszubildenden, anschließend wird die Ausbildungsbeteiligungsquote ausgewiesen. Hinweise auf zukünftige Entwicklungen im Zuge des demografischen Wandels werden dabei ebenso beleuchtet wie die Ausbildungsbeteiligung verschiedener Personengruppen. Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.3) konnte durch die Umstellung auf eine Individualdatenerfassung die Berechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote basierend auf Neuabschlusszahlen auf differenzierte Personengruppen ausgeweitet werden. Darüber hinaus ergibt sich anhand neu erhobener Merkmale auch die Möglichkeit, unter den Neuabschlüssen den Anteil der Anfänger (vgl. **Kapitel A4.3**) im dualen System zu unterscheiden und nach Alter zu differenzieren, sodass entsprechende Quoten entwickelt werden können.

Das Alter der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag

Das Durchschnittsalter der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag ist im Berichtsjahr 2009 auf 19,8 Jahre gestiegen → **Tabelle A4.5-1**. Die 17-Jährigen, die Anfang der 1990er-Jahre noch einen Anteil von 27,7 % umfassten, bilden nun mit nur noch 17,1 % die größte Altersgruppe unter den Neuabschlüssen. Der Altersschwerpunkt verteilt sich stärker auf mehrere Altersgruppen, bei den Anteilen der über 20-Jährigen sind steigende Tendenzen zu beobachten. Auszubildende im Alter von 24 Jahren und älter machen in 2009 7,4 % der Neuabschlüsse aus, der Anteil der 16-Jährigen und Jüngeren sinkt auf 11,1 % (zur Zeitreihe siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.8). Einfluss auf diese Entwicklung haben die Verlängerung der Schulzeit im Sekundarbereich I, zunehmend höhere Schulabschlüsse unter den Auszubildenden sowie die weiterhin schwierigen Eintritte in die Berufsausbildung.¹¹¹ Unterschiede zeigen sich bei der Differenzierung nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht. So liegt das Durchschnittsalter unter den Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit 20,5 Jahren deutlich über dem der Deutschen (19,8 Jahre). 11,5 % der Auszubildenden sind hier bereits 24 Jahre und älter. Angesichts des deutlich höheren Anteils an Personen mit Hauptschulabschluss unter den ausländischen Auszubildenden (vgl. **Kapitel A4.6.2**) ist dies zunächst bemerkenswert. Zwischen Männern und Frauen insgesamt gibt es beim Durchschnittsalter keinen bedeutenden Unterschied, die größte Altersgruppe wird bei den Frauen allerdings von den 19-Jährigen gestellt, bei den Männern von den 17-Jährigen. Die Schulabschlussverteilung zeigt, dass Frauen im dualen System deutlich häufiger über höhere Schulabschlüsse verfügen. Fast 70 % haben einen Realschulabschluss oder eine Studienberechtigung (vgl. **Kapitel A4.6.2**). Dass das Durchschnittsalter unter den Männern, die vorwiegend Haupt- und Realschulabschlüsse aufweisen, angesichts dessen nicht niedriger ausfällt, deutet auf schwierigere Übergangswege. Der Anteil der männlichen Auszubildenden, der zuvor an einer berufsvorbereitenden oder grundbil-

¹¹¹ Zu Determinanten der Übergangsdauer in die duale Berufsausbildung siehe die Analysen auf Basis der Daten der BIBB-Übergangsstudie von Beicht/Friedrich/Ulrich 2007.

Tabelle A4.5-1: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 2009

Personen- gruppe	Neuab- schlüsse	Altersjahrgang in %										Durch- schnitts- alter*
		16-Jährige und jünger	17-Jährige	18-Jährige	19-Jährige	20-Jährige	21-Jährige	22-Jährige	23-Jährige	24-Jährige bis unter 40-Jährige	40-Jährige und älter	
Insgesamt	561.171	11,1	17,1	16,1	15,9	13,2	9,2	5,9	3,9	7,4	0,2	19,8
Männer	322.236	12,4	18,7	16,1	14,2	11,6	8,9	6,0	4,1	7,9	0,1	19,8
Frauen	238.935	9,4	15,0	16,1	18,1	15,2	9,7	5,8	3,6	6,9	0,2	19,9
Deutsche	531.084	11,3	17,4	16,0	15,8	13,1	9,2	5,9	3,9	7,2	0,1	19,8
Ausländer	30.087	6,5	13,0	17,5	16,5	13,9	9,8	6,6	4,4	11,5	0,3	20,5

* Bei der Berechnung des Durchschnittsalters gingen die Altersgruppen mit +0,5 in die Berechnungen ein, also z. B. 17 mit 17,5. Da bei sehr hohen Altersangaben die Wahrscheinlichkeit einer fehlerhaften Datenerfassung größer ist, werden alle Auszubildenden mit Neuabschluss im Alter von 40 und älter nicht in die Berechnung des Durchschnittsalters einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

denden Maßnahme teilgenommen hat, liegt höher als der der Frauen (vgl. Kapitel A4.6.1).

Ausbildungsbeteiligungsquote 2009

Das gestiegene Durchschnittsalter hat verschiedene Ursachen. Es steht jedoch auch in Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, denen die Ausbildungsplatzsuchenden durch den langjährigen Lehrstellenmangel begegnen. Steigende Altbewerberbestände und ein sich ausweitendes Übergangssystem führten dazu, dass die Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen **E** in Deutschland ab Ende der 1990er-Jahre stetig absank. Nach einem Tiefstwert von 57,8 % in 2005 ist die Quote in den nachfolgenden Jahren wieder auf über 60 % gestiegen → **Tabelle A4.5-2**. Im Berichtsjahr 2007 lag sie bei 64,9 %, und 2008 betrug sie 64,6 %. Im Jahr 2009 ist sie erneut auf 61,0 % abgesunken. Ausschlaggebend hierfür ist die Zahl der Vertragsabschlüsse, die in 2009 erheblich stärker zurückging als die der 16- bis 24-jährigen Personen in der Wohnbevölkerung.¹¹² Der Rückgang der Vertragsabschlüsse ist dabei unter den deutschen Jugendlichen stärker zu beobachten als unter den ausländischen. Während in beiden Gruppen die Wohnbevölkerung jeweils um 1 % sank, ging die Zahl der Neuabschlüsse unter den Deutschen um 7,9 %, unter den Ausländern nur um 3,2 %

zurück. Die Ausbildungsbeteiligung der deutschen Jugendlichen fiel daraufhin deutlich auf 64,3 % (-3,9 Prozentpunkte), die der ausländischen Jugendlichen nur auf 31,4 % (-0,8 Prozentpunkte) → **Tabelle A4.5-3**. In der Vergangenheit konnte ein Zusammenhang zwischen der Stärke des Bewerberdrucks und der Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher beobachtet werden (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.8; Uhly/Granato 2006; Granato/Werner 1999). Vor diesem Hintergrund könnte die etwas stabilere Quote der ausländischen Jugendlichen in 2009 vermuten lassen, dass der zuletzt steigende Trend ihrer Ausbildungsbeteiligung sich bei weiterem Bewerberrückgang trotz dieser kurzfristigen Stagnation künftig noch fortsetzt.

E Ausbildungsbeteiligungsquote der Jugendlichen

Die Ausbildungsbeteiligungsquote dient als Indikator für die Integration der Jugendlichen in die duale Berufsausbildung. Sie gibt den rechnerischen Anteil derjenigen innerhalb der Wohnbevölkerung an, die einen Vertrag im dualen System abschließen.

Sie berechnet sich auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, jeweils zum Stichtag 31. Dezember. Die Zahl der Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag wird der Wohnbevölkerung im entsprechenden Alter gegenübergestellt.

¹¹² Rückgang der Vertragsabschlüsse 2009 gegenüber Vorjahr um 7,6 %, Rückgang der 16- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung um 1,1 %.

$$\sum_{i=16}^{24} \frac{\text{neu abgeschlossene Ausbildungsverträge}_i}{\text{Wohnbevölkerung}_i} * 100, i : \text{Alter}$$

Auszubildende mit Neuabschluss im Alter von „16 und jünger“ werden in der unteren, jene im Alter von „24 und älter“ in der oberen Gruppe zusammengefasst.

Die Berechnung der Ausbildungsbeteiligung erfolgt durch Addition der Teilquoten für die einzelnen Altersgruppen (Beispiel: Die Teilquote der 17-Jährigen errechnet sich über die Relation zwischen den Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Alter von 17 Jahren und der Wohnbevölkerung im Alter von 17 Jahren).

Diese Berechnungsweise kann seit Umstellung der Berufsbildungsstatistik im Berichtsjahr 2007 auch auf differenzierte Personengruppen angewandt werden, für die bis 2006 keine differenzierten Altersangaben vorlagen. Generell dient die Quote vor allem dem Vergleich im Zeitverlauf und der Analyse des Verhältnisses zwischen unterschiedlichen Personengruppen.

Zur früheren Berechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote für Personengruppen basierend auf Bestandszahlen siehe Uhly/Gericke 2010.

Ausbildungsanfängerquote

Zu beachten ist, dass nicht alle Jugendlichen mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag Ausbildungsanfänger sind (vgl. Kapitel A4.2). Die mit den Neuabschlüssen berechnete Quote überschätzt den Anteil der Ausbildungsanfänger, weil u. a. auch bei Betriebs- oder Berufswechsel ein Neuabschluss erfolgt (zu Einschränkungen bei der Berechnung siehe Uhly 2006 und Althoff 1997).

$$\sum_{i=16}^{24} \frac{\text{Ausbildungsanfänger}_i}{\text{Wohnbevölkerung}_i} * 100, i : \text{Alter}$$

Ausbildungsanfänger im Alter von „16 und jünger“ werden in der unteren, jene im Alter von „24 und älter“ in der oberen Gruppe zusammengefasst.

Auf Basis von Angaben zur vorherigen Berufsausbildung der Auszubildenden sowie zur faktischen Ausbildungsdauer lassen sich seit der Revision der Berufsbildungsstatistik zumindest näherungsweise die Ausbildungsanfänger unter den Neuabschlüssen im dualen System identifizieren. Bei einer entsprechenden Quotenberechnung werden anstelle der Neuabschlüsse die Anfänger nach Alter auf die Wohnbevölkerung bezogen. Zu Bildungsindikatoren im Vergleich siehe Gericke/Ulrich/Uhly 2011.

Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels stellt sich die Frage, ob es nach dem starken Bewerberüberhang der vergangenen Jahre nun durch den zurückgehenden Bewerberdruck zu einer quantitativen Entlastung des Ausbildungsstellenmarktes kommen wird, die bei unveränderter Bildungsorientierung zu einer besseren Versorgung der Jugendlichen führt. Auf Bundesebene erscheint die Entwicklung angesichts der vorläufig eher gesunkenen Quote noch offen. Doch auch in Ostdeutschland, wo der demografische Wandel schon weiter fortgeschritten ist und unbesetzte Stellen wie auch sinkende Schülerzahlen bereits seit einigen Jahren beobachtet werden können (vgl. Deutscher Industrie- und

Tabelle A4.5-2: **Ausbildungsbeteiligungsquoten 1998 bis 2009 nach Region¹ (in %)**

Jahr	Ausbildungsbeteiligungsquote (in %)		
	Bundesgebiet	West	Ost
1998	66,5	67,9	61,7
1999	68,7	69,7	65,2
2000	67,2	69,2	60,7
2001	65,5	67,6	58,9
2002	60,5	62,0	55,7
2003	59,5	60,4	56,7
2004	59,5	60,3	56,6
2005	57,8	58,5	55,5
2006	59,9	60,5	57,9
2007	64,9	65,3	63,3
2008	64,6	64,9	63,0
2009	61,0	61,1	61,1

¹ Da die Berufsbildungsstatistik den Wohnort der Auszubildenden nicht erfasst, können Pendlerbewegungen nicht berücksichtigt werden. Diese können die berechneten Quoten für einzelne Regionen verzerren, da Pendler bei den Neuabschlusszahlen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet werden, während sie bei der Wohnbevölkerung am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst sind.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember) und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A4.5-3: Ausbildungsbeteiligungsquoten der Jugendlichen nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, Bundesgebiet 2007 bis 2009 (in %)¹

Jahr	Ausbildungsbeteiligungsquote						Gesamt
	Deutsche davon:			Ausländer/-innen davon:			
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	
2007	68,8	79,2	57,9	30,2	33,6	26,8	64,9
2008	68,2	77,9	58,0	32,2	35,4	28,9	64,6
2009	64,3	72,7	55,5	31,4	33,6	29,1	61,0

¹ Seit der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung im Berichtsjahr 2007 können die Altersangaben auch getrennt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht ausgewertet werden; für die verschiedenen Personengruppen kann seither die exaktere Berechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote vorgenommen werden (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.8).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember) und Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Handelskammertag 2010; Ebbinghaus/Loter 2010; Gericke/Troltsch/Krupp 2009; Ulmer/Ulrich 2008), gibt es noch keine Anzeichen für einen Anstieg der Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen. Wenngleich in der Wohnbevölkerung der 16- bis 24-Jährigen allein im Vorjahresvergleich ein Rückgang um 6,5 % festgestellt werden konnte, so ist doch in demselben Zeitraum die Zahl der Neuabschlüsse im Osten mit -13,0 % noch erheblich stärker gesunken. Demzufolge sank auch die Ausbildungsbeteiligung der ostdeutschen Jugendlichen von zuletzt 63,0 % auf 61,1 %. Dabei ist zu bemerken, dass die Folgen der wirtschaftlichen Krisensituation z. T. durch den hohen Anteil außerbetrieblicher Stellen aufgefangen wurden. Würden lediglich die Integrationsleistung der Wirtschaft und die betrieblichen Neuabschlüsse berücksichtigt, läge die Ausbildungsbeteiligung im Osten trotz zurückgehender Bevölkerung sogar nur bei 53,2 %. Im Westen, in dem die Wohnbevölkerung der 16- bis 24-Jährigen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieb, beträgt die Ausbildungsbeteiligung in 2009 ebenfalls 61,1 %.¹¹³ Berücksich-

tigt man hier lediglich die betrieblich finanzierten Stellen, ergibt sich ein Wert von 58,9 %. Wie die zukünftige Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung sich gestaltet, bleibt demzufolge weiter offen. Auch die Bildungsorientierung der Jugendlichen spielt dabei eine Rolle, die sich offenbar zunehmend auf höhere Schul- und Ausbildungsabschlüsse ausrichtet (BIBB-Pressemitteilung 43/2010)¹¹⁴.

Ausbildungsbeteiligung von Männern und Frauen im dualen System

Die Ausbildungsbeteiligung der Frauen lag auch in 2009 mit 52,8 % deutlich niedriger als die der Männer von 68,7 %. Mit 238.935 Neuabschlüssen machte ihr Anteil unter den neu abgeschlossenen Verträgen 42,6 % aus. Dieser Anteil variiert dabei nach Berufsgruppen (vgl. Kapitel A4.2.1). Deutlich überdurchschnittlich sind die Frauenanteile mit 64 % in den primären und sekundären Dienstleistungsberufen, während sie in den technischen, Produktions- oder neuen Berufen deutlich unterdurchschnittlich ausfallen → Tabelle A4.5-4. Zwar ist bei der Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor eine positive Entwicklung zu beobachten (vgl. Kapitel A4.4; Hall 2007; Biersack 2005), doch ist der Frauenanteil hier gegenüber dem Beginn der 1990er-Jahre stetig zurückgegangen (vgl. Kapitel A5.3). Gründe

¹¹³ Die Ausbildungsbeteiligungsquoten in West- und Ostdeutschland liegen im Berichtsjahr 2009 geringfügig höher als der Durchschnitt im Bundesgebiet insgesamt. Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich auf Pendlerbewegungen zurückführen, die in der Berufsbildungsstatistik nicht berücksichtigt werden können. Denn sie erfasst mit den Daten aus den Ausbildungsverträgen nicht den Wohnort der Auszubildenden. In der Berechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote werden pendelnde Auszubildende bei den Neuabschlusszahlen dem Ort der Ausbildungsstätte zugeordnet, während sie bei der Wohnbevölkerung (Bevölkerungsstatistik) am Ort ihres Hauptwohnsitzes erfasst werden. Ausbildungsbeteiligungsquoten differenziert nach Region können entsprechend verzerrt sein.

¹¹⁴ Siehe: <http://www.bibb.de/de/56237.htm>

für die insgesamt geringere Bildungsbeteiligung im dualen System sind z. T. Bildungsorientierungen und Qualifikationsstrukturen. So stehen Frauen mit eher höheren Bildungsvoraussetzungen (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1) neben dem dualen System auch schulische Berufsausbildungen oder akademische Wege offen. Allerdings geben nicht nur nachfrageseitige Faktoren wie Berufswahlprozesse Ausschlag bei den Chancen auf einen Neuabschluss. Sie ergeben sich vielmehr aus einem Zusammenspiel vielfältiger Faktoren auf Nachfrage- und Angebotsseite. Denn es zeigt sich, dass Frauen, die bewusst eine betriebliche Ausbildung anstreben, gegenüber männlichen Bewerbern trotz besserer Schulqualifikationen geringere Realisierungschancen aufweisen (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2007). Das enge Berufsspektrum der Frauen im dualen System, das

sich ihnen erschließt und sich auf personenbezogene Dienstleistungen und Büroberufe konzentriert, führt zu einer stärkeren Wettbewerbssituation in den entsprechenden Berufen. Allein in den 10 am häufigsten besetzten Berufen werden 54,1 % aller Neuabschlüsse der Frauen abgeschlossen. Zu diesen Ausbildungsberufen gehören v. a. kaufmännische Berufe (Kaufrau im Einzelhandel, Verkäuferin, Bürokauffrau, Industriekauffrau, Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk, Kauffrau für Bürokommunikation) und Berufe aus dem Gesundheitsbereich (Medizinische Fachangestellte, Zahnmedizinische Fachangestellte). Auch die Berufe Friseurin und Hotelfachfrau sind stark besetzt. Viele dieser stark besetzten Berufe haben einen hohen bis sehr hohen Frauenanteil. Bei den Männern zeigt sich mit einer Konzentration von 34,1 % der Neuabschlüsse ein weiteres Berufsspek-

Tabelle A4.5-4: Frauenanteil (in % aller Neuabschlüsse) in Berufsgruppen¹, Bundesgebiet 1993 bis 2009

Jahr	Ausbildungsberufe insgesamt	Produktionsberufe	Dienstleistungsberufe davon:			Technikberufe	Neue Ausbildungsberufe ²	Zweijährige Ausbildungsberufe ³	Berufe für Menschen mit Behinderung
			DL-Berufe insgesamt	primäre DL-Berufe	sekundäre DL-Berufe				
1993	40,4	11,6	71,7	71,5	72,0	12,4	–	62,8	34,6
1994	40,0	11,1	71,4	71,4	71,5	12,4	–	58,4	36,1
1995	39,8	11,1	71,5	71,0	72,5	12,4	–	53,9	35,9
1996	39,8	11,7	71,3	70,9	72,2	12,0	48,7	52,5	35,0
1997	39,9	11,7	70,4	70,0	71,1	11,7	25,7	51,8	33,4
1998	40,0	11,5	69,7	69,7	69,8	11,3	28,3	49,6	36,0
1999	40,5	11,9	69,8	70,0	69,2	11,8	27,4	50,8	35,1
2000	40,9	12,2	68,8	69,1	68,1	12,3	23,5	50,0	35,0
2001	41,0	12,1	67,9	68,2	67,3	12,2	23,7	48,7	34,9
2002	41,0	11,7	67,8	67,3	69,0	11,3	24,9	47,2	34,2
2003	40,6	11,5	66,1	65,4	67,8	10,7	24,3	44,3	34,2
2004	40,1	11,4	64,9	64,4	66,2	10,6	23,4	42,4	35,0
2005	39,7	11,3	64,5	63,9	66,0	10,1	23,0	41,4	33,8
2006	39,5	11,4	63,6	63,1	65,2	10,2	24,7	40,4	33,7
2007	39,3	11,8	63,5	63,7	62,9	10,3	24,6	41,0	33,8
2008	39,6	12,3	63,7	64,1	62,6	11,1	26,3	42,2	34,5
2009	39,9	12,7	63,6	63,7	63,5	11,8	26,4	42,2	35,9

¹ Zur Abgrenzung der Berufsgruppen siehe Kapitel A4.4

² Seit 1996 neu geschaffene Berufe (vgl. Kapitel A4.4).

³ Ohne Berufe nach einer Ausbildungsregelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A4.5-5: Ausländeranteil (in % aller Auszubildenden) in Berufsgruppen¹, Bundesgebiet 1993 bis 2009

Jahr	Ausbildungs- berufe insgesamt	Produktions- berufe	Dienstleistungsberufe davon:			Technik- berufe	Neue Ausbildungs- berufe ²	Zweijährige Ausbildungs- berufe ³	Berufe für Menschen mit Behinderung
			DL-Berufe insgesamt	primäre DL-Berufe	sekundäre DL-Berufe				
1993	7,8	8,7	6,8	7,4	5,7	9,9	–	14,3	5,8
1994	8,0	8,9	7,0	7,6	6,0	10,2	–	13,5	5,1
1995	7,7	8,4	6,9	7,3	6,1	9,8	–	12,0	5,0
1996	7,3	7,7	6,8	7,1	6,3	9,0	2,6	10,9	5,0
1997	6,8	7,0	6,6	6,9	6,0	8,0	3,8	10,0	5,0
1998	6,3	6,3	6,3	6,6	5,6	7,1	3,8	9,1	5,0
1999	5,9	5,8	6,1	6,4	5,4	6,3	3,8	8,5	4,8
2000	5,7	5,4	6,0	6,3	5,4	5,6	3,6	8,2	5,1
2001	5,5	5,1	5,9	6,2	5,2	5,2	3,5	7,9	5,0
2002	5,3	4,7	5,7	5,9	5,4	4,7	3,3	7,2	4,7
2003	5,0	4,3	5,6	5,7	5,4	4,3	3,3	6,9	4,6
2004	4,6	3,9	5,2	5,3	5,1	3,8	3,2	6,6	4,6
2005	4,4	3,6	5,0	5,1	4,7	3,4	3,2	6,6	4,8
2006	4,2	3,4	4,9	5,1	4,5	3,1	3,2	6,7	4,8
2007	4,3	3,4	5,1	5,4	4,4	3,1	3,5	7,4	4,7
2008	4,5	3,6	5,3	5,6	4,5	3,3	3,8	7,9	5,0
2009	4,8	4,3	6,1	6,6	4,8	3,7	4,4	8,9	6,4

¹ Zur Abgrenzung der Berufsgruppen siehe Kapitel A4.4² Seit 1996 neu geschaffene Berufe (vgl. Kapitel A4.4).³ Ohne Berufe nach einer Ausbildungsregelung der zuständigen Stellen für Menschen mit Behinderung nach § 66 BBiG bzw. § 42m HwO

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

trum. Sie dominieren mit fast 90-prozentigem Anteil bei den Technik- und Produktionsberufen, ferner auch bei den neuen und zweijährigen Berufen sowie bei den Berufen für Menschen mit Behinderung. Die meisten Neuabschlüsse finden sich bei ihnen in den Berufen Kraftfahrzeugmechatroniker, Kaufmann im Einzelhandel, Industriemechaniker, Koch, Elektroniker, Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Verkäufer, Maler und Lackierer, Fachinformatiker und Tischler.

Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit

Die Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit ist mit 64,3 % auch in 2009 mehr als doppelt so hoch wie die der Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörig-

keit (31,4 %). Nach den deutschen Männern, den deutschen Frauen und den ausländischen Männern integriert das duale System ausländische Frauen am wenigsten → **Tabelle A4.5-3**. Im Bestand der Auszubildenden betrug der durchschnittliche Ausländeranteil in 2009 4,8 %. Die seit 2006 (4,2 %) leicht positiv verlaufende Entwicklung des Ausländeranteils setzt sich damit in 2009 fort. Diese Tendenzen sind auch in den unterschiedlichen Berufsgruppen zu beobachten, wenngleich der Anstieg in den sekundären Dienstleistungsberufen im Vorjahresvergleich etwas schwächer ausfällt, während er in den Berufen für Menschen mit Behinderung besonders stark erscheint → **Tabelle A4.5-5**. In fast allen Fällen liegt der Ausländeranteil jedoch noch deutlich unter dem Bevölkerungsanteil der Ausländer/-innen unter den 16- bis 24-Jährigen von 10,6 % (Statistisches Bundesamt 2010). Höher ist er lediglich bei den zweijährigen Berufen (8,9 %) und den primären

Dienstleistungsberufen (6,6 %). Ferner weisen Berufe für Menschen mit Behinderung leicht überdurchschnittliche Ausländeranteile auf (6,4 %). Die meisten Neuabschlüsse ausländischer Auszubildender finden sich in Berufen des kaufmännischen und Verkaufsbereichs (Verkäufer/-in, Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Bürokaufmann/-frau, Kaufmann/-frau für Bürokommunikation, Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk) sowie des Gesundheitsbereichs (Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r, Medizinische/-r Fachangestellte/-r). Hoch sind die Neuabschlusszahlen außerdem bei den Berufen Friseur/-in, Kraftfahrzeugmechatroniker/-in und Koch/Köchin. Die Konzentration auf diese 10 Berufe fällt bei den ausländischen Auszubildenden mit 46,6 % relativ stark aus. Unter den Auszubildenden mit deutscher Staatsangehörigkeit konzentrieren sich auf die 10 am stärksten besetzten Berufe dagegen nur 32,9 % der Neuabschlüsse. Zu Letzteren gehören kaufmännische Berufe (Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-frau, Industriekaufmann/-frau, Bank-/Sparkassenkaufmann/-frau, Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel) und Berufe aus Handwerk und Industrie (Kraftfahrzeugmechatroniker/-in, Koch/Köchin, Industriemechaniker/-in, Friseur/-in).

Die Berufsbildungsstatistik erfasst nur die Staatsangehörigkeit der Auszubildenden. Zu Analysen bezüglich Jugendlicher mit Migrationshintergrund vgl. **Kapitel A5.9**.

Anfänger und Absolventen im dualen System

Die Angaben in diesem Kapitel zum Alter der Auszubildenden und zu der Bildungsbeteiligung der Jugendlichen erfolgten auf Basis der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, deren Ausbildungsverhältnis im Berichtsjahr 2009 angetreten und bis zum 31. Dezember nicht gelöst wurde. Hierbei handelt es sich jedoch nicht ausschließlich um Anfänger des dualen Systems, da Verträge auch bei Betriebs- oder Berufswechsel neu abgeschlossen werden und ein Teil der Jugendlichen somit im Lebensverlauf mehrfach Ausbildungsverträge neu abschließt. Das Problem der Mehrfachzählungen konnte bislang nicht umgangen werden. Seit der Revision der Berufsbil-

dungsstatistik lässt sich anhand der Angaben zur vorherigen Berufsausbildung sowie der faktischen Dauer des Ausbildungsverhältnisses nun jedoch bemessen, wer erstmalig in das duale System einmündet. In 2009 waren demzufolge schätzungsweise 12 % der registrierten Neuabschlüsse keine Ausbildungsanfänger¹¹⁵. Beim Durchschnittsalter unter den Auszubildenden, die erstmals eine Ausbildung antreten, zeigen sich keine erheblichen Unterschiede zur bisherigen Berechnung. Das Alter fällt mit 19,7 Jahren nur geringfügig niedriger aus. Deutlichere Abweichungen ergeben sich jedoch bei Berechnung einer entsprechenden Ausbildungsbeteiligungsquote, die den Anteil an Jugendlichen beziffert, die im Laufe ihres Lebens eine duale Berufsausbildung beginnen, und somit die bildungsbiografische Bedeutung des dualen Systems schätzt. So beträgt die Ausbildungsanfängerquote für 2009 53,6 % und liegt damit merklich niedriger als die Ausbildungsbeteiligungsquote (vgl. Gericke/Uhly/Ulrich 2011). Aufgrund der Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf eine Individualdatenerfassung liegen differenzierte Altersangaben aber nicht nur für Auszubildende mit Neuabschluss oder Ausbildungsanfänger vor, sondern für alle Auszubildenden. Demzufolge kann erstmals auch der Anteil der Jugendlichen an der Wohnbevölkerung berechnet werden, der erfolgreich eine Ausbildung nach BBiG/HwO abschließt. Diese Absolventenquote beträgt in 2009 47,7 %. Die Differenz gegenüber der Anfängerquote belegt, dass nicht alle Personen, die eine Ausbildung beginnen, auch ihre Ausbildung erfolgreich beenden. Beide Berechnungen werden in Zukunft systematisch ausgeweitet.

(Naomi Gericke)

115 Zu Erläuterungen bzgl. der Operationalisierung der Anfänger vgl. **Kapitel A4.3**.

A4.6 Vorbildung der Auszubildenden mit Neuabschluss

A4.6.1 Vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung unter Auszubildenden mit Neuabschluss

Im Übergangssystem können Jugendliche, die nicht die notwendigen Voraussetzungen für die Aufnahme einer Berufsausbildung mitbringen oder aus anderen Gründen keinen Ausbildungsplatz finden, ihre individuellen Kompetenzen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung verbessern (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008; Konsortium Bildungsberichterstattung 2006). Zu einem qualifizierten Berufsabschluss führen diese Bildungsgänge allerdings nicht. Seit Anfang der 1990er-Jahre fanden viele Jugendliche nur unter erschwerten Bedingungen eine Ausbildungsstelle (zu den Determinanten siehe Beicht/Friedrich/Ulrich 2007), und über einen großen Zeitraum hinweg kam es zu einer beträchtlichen Ausweitung des Übergangssystems. Zwischen 1992 und 2006 verdoppelte sich die Zahl der Neuzugänge in berufsvorbereitende und grundbildende Maßnahmen gar¹¹⁶, und der BIBB-Übergangsstudie zufolge mündete unter den nicht studienberechtigten Jugendlichen jeder Dritte zunächst in das Übergangssystem ein (Beicht 2009). Die Bedeutung und Wirksamkeit der Maßnahmen hinsichtlich einer Verbesserung der Chancen für die Jugendlichen wird dabei kontrovers diskutiert und fällt für verschiedene Personengruppen unterschiedlich aus (Beicht 2009; Baethge/Solga/Wieck 2007). In jüngerer Zeit ist eine Trendwende zu beobachten; die Zahl der Neuzugänge in das Übergangssystem ist seit 2005 wieder rückläufig¹¹⁷ (vgl. Kapitel A7.1).

In der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird mit den Ausbildungsverträgen zwar auch die vorhandene Vorbildung der Auszubildenden und eine mögliche Teilnahme an Maßnahmen des Übergangssystems

erfasst. Verlaufsdaten, die die Übergangsprozesse bis zum Einmünden in eine Ausbildungsstelle abbilden, liegen aber nicht vor, weil Angaben zum Zeitpunkt der absolvierten Qualifizierungen nicht miterhoben werden. Im Zuge der Revision der Berufsbildungsstatistik nach Artikel 2a des Berufsbildungsreformgesetzes vom 23. März 2005 erfolgte gleichwohl eine deutliche Differenzierung und Ausweitung der Datenmeldung (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.3 und Kapitel A5.5.1). Drei Vorbildungsarten werden seit 2007 als eigenständige Kategorien unterschieden **E**. So kann u. a. ausgewiesen werden, ob die Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag zuvor an einer berufsvorbereitenden oder berufgrundbildenden Maßnahme teilgenommen haben und gegebenenfalls, an welcher Art von Maßnahme(n). Grundsätzlich sind mit dieser Ausweitung der Merkmale sowie der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung spürbare Vorteile verbunden. Die Angaben zur vorherigen Teilnahme an Maßnahmen des Übergangssystems sind differenzierter und werden erstmals vollständig für alle Auszubildenden mit Neuabschluss erfasst. Zudem können entsprechende Analysen nach sämtlichen Merkmalen der Berufsbildungsstatistik durchgeführt werden. Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik ging jedoch mit erheblichen Umsetzungsproblemen einher, die insbesondere die neu eingeführten Merkmale betrafen. Zwar ist zu beachten, dass in der Berufsbildungsstatistik nur Maßnahmen des Übergangssystems gemeldet werden, die mindestens 6 Monate andauern und von den Auszubildenden tatsächlich abgeschlossen wurden. Die Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie (Beicht/Friedrich/Ulrich 2007; Beicht 2009) geben jedoch Hinweise darauf, dass die bislang gemeldeten Anteile der Auszubildenden mit vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung noch deutlich untererfasst sind.¹¹⁸ Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse sind vor diesem Hintergrund noch mit entsprechender Vorsicht und eher als Untergrenzen

116 Die Zahl der Neuzugänge stieg zwischen 1992 und 2006 von 304.742 auf 623.225 (BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A4.1)

117 So ist die Zahl der Neuzugänge in das Übergangssystem von 2005 auf 2009 um 17 % gesunken; siehe <http://www.bibb.de/de/56237.htm>.

118 Nach Berechnungen auf Grundlage der Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie und Daten der Schulstatistik des Statistischen Bundesamtes ist in der Berufsbildungsstatistik noch von einer deutlichen Untererfassung auszugehen. Als Auszubildende mit Neuabschluss und vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung wären hiernach näherungsweise 115 Tsd. Personen zu erwarten. Die gemeldeten Zahlen lagen bislang jedoch deutlich niedriger. Im Berichtsjahr 2008 wurden in der Berufsbildungsstatistik 70.653, in 2009 nur 65.469 Auszubildende mit Neuabschluss und zuvor absolvierter Maßnahme im Übergangssystem gemeldet.

zu interpretieren. Von tiefer gehenden Auswertungen wird daher auch für das Berichtsjahr 2009 noch abgesehen.

E Berufsbildungsstatistik: Erfassung der berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung seit 2007

Mit der Neukonzeption und Umstellung der Berufsbildungsstatistik in 2007 auf eine Individualstatistik mit erweitertem Merkmalskatalog werden drei Vorbildungsarten getrennt voneinander erfasst: der höchste allgemeinbildende Schulabschluss (**Kapitel A4.6.2**), die berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung sowie Angaben zu einer vorherigen Berufsausbildung. So ist eine jeweils vollständige Ausweisung der Daten für alle Auszubildenden mit Neuabschluss möglich. Die vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung wird dabei wie folgt erfasst:

Als berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung werden nur abgeschlossene berufsvorbereitende und grundbildende Qualifizierungen von mindestens 6 Monaten Dauer erfasst. Unterschieden werden:

- (1) Betriebliche Qualifizierungsmaßnahme (Einstiegsqualifizierung [EQ], Einstiegsqualifizierungsjahr [EQJ], Qualifizierungsbaustein, Betriebspraktika)
- (2) Berufsvorbereitungsmaßnahme
- (3) Schulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)
- (4) Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) (damit ist nicht das BGJ in kooperativer Form [Teilzeit] gemeint)
- (5) Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss (BFS)

Mehrfachnennungen sind möglich.

Aufgrund von Umsetzungsschwierigkeiten der revidierten Berufsbildungsstatistik wurde dieses Merkmal erst ab dem Berichtsjahr 2008 veröffentlicht. Generell gilt, dass die neu eingeführten Merkmale der Berufsbildungsstatistik in den ersten Jahren der Umstellung noch mit Vorsicht zu interpretieren sind, da v. a. nicht ausgeschlossen werden kann, dass unter der Rubrik „liegt nicht vor“ auch fehlende Angaben gemeldet wurden. Analysen auf Basis der BIBB-Übergangsstudie geben Hinweise darauf, dass auch bei dem Merkmal „berufsvorbereitende Qualifizierung und berufliche Grundbildung“ davon auszugehen ist, dass die Vorbildung

der Auszubildenden im Übergangssystem noch deutlich untererfasst ist.

Für Zeitreihen des früheren Merkmals „schulische Vorbildung“ bis 2006 und dessen Erfassung siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.

Auszubildende mit vorheriger Teilnahme an Berufsvorbereitung und beruflicher Grundbildung 2009

Insgesamt wurde im Berichtsjahr 2009 von den 561.171 Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag für 65.469 Auszubildende eine vorherige Teilnahme an einer Maßnahme des Übergangssystems gemeldet → **Tabelle A4.6.1-1**. Der prozentuale Anteil beträgt 11,7 % (Vorjahr: 11,6 %). Bei den einzelnen Maßnahmen¹¹⁹ ergaben sich geringfügige Verschiebungen. Als häufigste Einzelmaßnahme wurde unverändert die Berufsfachschule mit einem Anteil von 3,4 % (19.311) gemeldet. Der Anteil der Auszubildenden, die zuvor eine Berufsvorbereitungsmaßnahme absolviert hatten, erhöhte sich leicht von 2,6 % auf 2,9 % (16.299). Sie standen in 2009 somit an zweiter Stelle, an der im Vorjahr noch das schulische Berufsgrundbildungsjahr gestanden hatte. Dieses folgte nun mit 2,3 % und 13.059 Meldungen an dritter Stelle (2008: 2,7 %).¹²⁰ Das Berufsvorbereitungsjahr und die betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen waren mit je 1,8 % eher nachrangig.

Regional fällt der Anteil der Auszubildenden mit vorheriger Teilnahme an Maßnahmen der Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung sehr unterschiedlich aus → **Tabelle 4.6.1-1**. Die höchsten Anteile liegen mit je 18,8 % in den Ländern Sachsen und Brandenburg sowie mit 15,3 % auch in Niedersachsen. Die niedrigsten Werte ergeben sich in Bayern (6,9 %), Hessen (8,0 %) und im Saarland (8,4 %). Generell haben in den östlichen Bundesländern relativ viele Jugendliche zuvor an einer Berufsvorbereitung oder beruflichen Grundbildung teilgenommen.

¹¹⁹ Es handelt sich um Mehrfachnennungen, sodass sich die einzelnen Anteile nicht auf die Gesamtanteile der berufsvorbereitenden Qualifizierung und beruflichen Grundbildung unter den Neuabschlüssen aufsummieren.

¹²⁰ Das Berufsgrundbildungsjahr und dessen Anrechnungsverpflichtung wurden zum 1. August 2009 abgeschafft.

Tabelle A4.6.1-1: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2009 (Mehrfachnennungen möglich)

Region	Neu abgeschlossene Verträge	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	76.248	10.548	13,8	1.275	1,7	1.113	1,5	1.983	2,6	1.764	2,3	5.196	6,8
Bayern	93.486	6.417	6,9	1.470	1,6	1.653	1,8	843	0,9	2.418	2,6	168	0,2
Berlin (ab 1991 mit Berlin-Ost)	19.467	1.944	10,0	294	1,5	846	4,3	276	1,4	42	0,2	528	2,7
Brandenburg	15.075	2.838	18,8	432	2,9	2.130	14,1	240	1,6	24	0,2	60	0,4
Bremen	5.862	678	11,6	150	2,6	108	1,8	93	1,6	75	1,3	273	4,7
Hamburg	13.206	1.323	10,0	384	2,9	357	2,7	399	3,0	39	0,3	204	1,5
Hessen	39.243	3.159	8,0	774	2,0	669	1,7	531	1,4	552	1,4	822	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	11.151	1.536	13,8	183	1,6	849	7,6	369	3,3	21	0,2	156	1,4
Niedersachsen	57.135	8.757	15,3	648	1,1	702	1,2	687	1,2	3.723	6,5	3.492	6,1
Nordrhein-Westfalen	120.669	14.382	11,9	2.094	1,7	3.423	2,8	1.038	0,9	1.836	1,5	6.438	5,3
Rheinland-Pfalz	28.572	2.955	10,3	756	2,6	603	2,1	558	2,0	381	1,3	837	2,9
Saarland	8.151	681	8,4	165	2,0	111	1,4	99	1,2	312	3,8	75	0,9
Sachsen	23.781	4.470	18,8	402	1,7	1.629	6,9	1.488	6,3	1.035	4,4	228	1,0
Sachsen-Anhalt	14.673	2.058	14,0	111	0,8	735	5,0	837	5,7	444	3,0	225	1,5
Schleswig-Holstein	20.748	2.250	10,8	678	3,3	777	3,7	282	1,4	378	1,8	273	1,3
Thüringen	13.704	1.470	10,7	147	1,1	600	4,4	474	3,5	18	0,1	342	2,5
Westdeutschland	463.320	51.150	11,0	8.391	1,8	9.513	2,1	6.513	1,4	11.475	2,5	17.772	3,8
Ostdeutschland	97.851	14.316	14,6	1.569	1,6	6.789	6,9	3.684	3,8	1.584	1,6	1.539	1,6
Bundesgebiet	561.171	65.469	11,7	9.960	1,8	16.299	2,9	10.197	1,8	13.059	2,3	19.311	3,4

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Ihr Anteil unter den Neuabschlüssen liegt mit 14.316 Auszubildenden bei 14,6 %, während er im Westen mit 51.150 Auszubildenden durchschnittlich 11,0 % erreicht. Auch gibt es zwischen beiden Regionen Abweichungen bei der Verteilung der Einzelmaßnahmen. Im Westen dominieren die Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss und das schulische Berufsgrundbildungsjahr. Im Osten finden sich eher Auszubildende mit vorheriger Teilnahme an Berufsvorbereitungsmaßnahmen und schulischem Berufsvorbereitungsjahr.

Wie groß der gemeldete Anteil der Auszubildenden mit Neuabschluss ist, der zuvor an einer Maßnahme

im Übergangssystem teilgenommen hat, variiert nach Zuständigkeitsbereich → **Tabelle A4.6.1-2**. Mit Abstand am höchsten war der Anteil an Auszubildenden mit Vorbildung im Übergangssystem in der Hauswirtschaft mit 44,1 %. Angesichts der geringen Neuabschlusszahlen in diesem Bereich betraf dies allerdings nur 1.731 der insgesamt 65.469 Auszubildenden mit entsprechender Vorbildung. Als häufigste Einzelmaßnahme wurden die Berufsvorbereitungsmaßnahmen (23,6 %) und das schulische Berufsvorbereitungsjahr (14,5 %) genannt. Deutlich höher ist der Anteil der Auszubildenden mit vorheriger Teilnahme im Übergangssystem im Handwerk, dem zweitgrößten Zuständigkeitsbereich. Dort

Tabelle A4.6.1-2: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereich, Bundesgebiet 2009 (Mehrfachnennungen möglich)

Zuständigkeitsbereich	Neu abgeschlossene Verträge	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	332.232	25.218	7,6	2.829	0,9	5.967	1,8	4.092	1,2	2.634	0,8	10.908	3,3
Handwerk	155.589	31.281	20,1	4.836	3,1	7.665	4,9	4.524	2,9	9.159	5,9	6.756	4,3
Öffentlicher Dienst	13.500	1.668	12,4	1.164	8,6	63	0,5	48	0,4	69	0,5	345	2,6
Landwirtschaft	15.006	2.541	16,9	189	1,3	903	6,0	495	3,3	807	5,4	183	1,2
Freie Berufe	40.917	3.027	7,4	897	2,2	774	1,9	471	1,2	306	0,7	951	2,3
Hauswirtschaft	3.924	1.731	44,1	48	1,2	927	23,6	570	14,5	84	2,1	168	4,3
Insgesamt	561.171	65.469	11,7	9.960	1,8	16.299	2,9	10.197	1,8	13.059	2,3	19.311	3,4

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

wurde mit 31.281 Neuabschlüssen für 20,1 % der Auszubildenden eine vorherige Teilnahme an einer Maßnahme des Übergangssystems gemeldet. Unter den Bildungsgängen überlagerte hier das schulische Berufsgrundbildungsjahr (5,9 %) und die Berufsvorbereitungsmaßnahme (4,9 %). Der dritthöchste Anteil fand sich in den Berufen des Zuständigkeitsbereichs Landwirtschaft. Er erreichte dort 16,9 %. Am häufigsten wurden in diesem Bereich den Meldungen zufolge die Berufsvorbereitungsmaßnahmen (6,0 %) und das schulische Berufsgrundbildungsjahr (5,4 %) absolviert. Deutlich unterdurchschnittlich waren die Anteile der Auszubildenden mit berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung dagegen in Industrie und Handel. In dem größten der Zuständigkeitsbereiche hatten von 332.232 Neuabschlüssen 25.218 Auszubildende (7,6 %) zuvor eine Maßnahme im Übergangssystem absolviert. Darunter fand sich am häufigsten der Besuch einer Berufsfachschule (3,3 %). Ebenfalls unterdurchschnittlich war der entsprechende Anteil bei den freien Berufen mit 7,4 %. Hier wurden neben

der Berufsfachschule betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen am häufigsten genannt. Ein durchschnittlicher Anteil von 12,4 % zeigte sich wiederum unter den Auszubildenden im öffentlichen Dienst. Mit Abstand am häufigsten hatten die Auszubildenden hier eine betriebliche Qualifizierungsmaßnahme absolviert (8,6 %).

Auszubildende nach Geschlecht

Zwischen Männern und Frauen deuten sich bezüglich der Vorbildung im Übergangssystem erkennbare Unterschiede an → **Tabelle A4.6.1-3**. Tendenziell wurde für die männlichen Auszubildenden im dualen System häufiger eine berufsvorbereitende oder grundbildende Maßnahme gemeldet. Ihr Anteil lag 2009 bei 12,9 %. Am häufigsten wurde die Berufsfachschule (3,6 %) und das Berufsgrundbildungsjahr (3,3 %) absolviert. Unter den weiblichen Auszubildenden wiesen dagegen nur 9,9 % vor Abschluss des Ausbildungsvertrags eine berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung auf. Neben der Berufsfachschule

Tabelle A4.6.1-3: Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2009 (Mehrfachnennungen möglich)

Personengruppe	Neu abgeschlossene Verträge	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung											
		insgesamt		darunter:									
				betriebliche Qualifizierungsmaßnahme		Berufsvorbereitungsmaßnahme		schulisches Berufsvorbereitungsjahr		schulisches Berufsgrundbildungsjahr		Berufsfachschule ohne vollqualifizierenden Berufsabschluss	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Männer	322.235	41.726	12,9	5.088	1,6	9.974	3,1	6.368	2,0	10.788	3,3	11.558	3,6
Frauen	238.935	23.742	9,9	4.873	2,0	6.326	2,6	3.828	1,6	2.272	1,0	7.753	3,2
Deutsche	531.083	60.849	11,5	9.087	1,7	15.185	2,9	9.226	1,7	12.411	2,3	17.977	3,4
Ausländer/-innen	30.087	4.619	15,4	874	2,9	1.115	3,7	970	3,2	649	2,2	1.334	4,4
Insgesamt	561.171	65.469	11,7	9.960	1,8	16.299	2,9	10.197	1,8	13.059	2,3	19.311	3,4

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

(3,2 %) hatten sie am häufigsten an Berufsvorbereitungsmaßnahmen (2,6 %) teilgenommen.

Auszubildende nach Staatsangehörigkeit

Die Meldungen lassen auch deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern bezüglich ihrer Vorbildung im Übergangssystem erkennen. Bei den Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit liegt der Anteil mit 15,4 % etwas höher als unter den deutschen Auszubildenden (11,5 %). Die ausländischen Auszubildenden besuchten wie die deutsche Vergleichsgruppe am häufigsten die Berufsfachschule und die Berufsvorbereitungsmaßnahmen, allerdings mit je 4,4 % und 3,7 % etwas häufiger. An dritter Stelle folgten bei ihnen das schulische Berufsvorbereitungsjahr, dann die betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen und das schulische Berufsgrundbildungsjahr. Bei den deutschen Auszubildenden wurden häufiger das Berufsgrundbildungsjahr und dann zu gleichen Teilen das Berufsvorbereitungsjahr und betriebliche Qualifizierungsmaßnahmen absolviert.

Auszubildende nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss

Bei der Betrachtung der Anteile unter den verschiedenen Abschlussgruppen wird die eingangs erwähnte Untererfassung besonders deutlich. Die jeweiligen Abstände der Vorbildungsanteile, die hier als Untergrenzen aufgefasst werden sollten, geben dennoch wieder, dass die vorherige Teilnahme an Maßnahmen des Übergangssystems generell in engem Zusammenhang mit der Höhe des allgemeinbildenden Schulabschlusses der Jugendlichen steht. Im Berichtsjahr 2009 wurde unter den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss für jeden Dritten (31,9 %) eine vorherige Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme gemeldet. Mit Abstand am häufigsten wurden in dieser Personengruppe Berufsvorbereitungsmaßnahmen und das Berufsvorbereitungsjahr genannt. Unter den Auszubildenden mit Hauptschulabschluss machen die bisherigen Meldungen einen Anteil von 17,7 % aus. Hier verteilten sich die Maßnahmen insgesamt etwas gleichmäßiger; am häufigsten wurden jedoch Berufsvorbereitungsmaßnahmen und ein Berufsgrundbildungsjahr angegeben. Auszubildende mit Realschulabschluss hatten zu

8,3 % und Auszubildende mit Studienberechtigung zu 5,3 % zuvor eine Maßnahme im Übergangssystem absolviert. In beiden Gruppen wurde am häufigsten die Berufsfachschule besucht (3,7 % und 3,6 %). Da insbesondere an Berufsfachschulen höhere Schulabschlüsse nachgeholt werden können und in der Berufsbildungsstatistik nicht erhoben wird, wo der gemeldete Schulabschluss der Auszubildenden erworben wurde, ist nicht auszuschließen, dass ein Teil der Auszubildenden ihren Schulabschluss bei Absolvieren dieser Maßnahme erreicht hat.

Berufsvorbereitung und überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsplätze

Der im Vergleich zum Westen höhere Anteil der vorherigen Teilnahme an einer Berufsvorbereitung hängt offenbar mit dem deutlich größeren Umfang des außerbetrieblichen Stellenangebots im Osten und den entsprechenden Fördervoraussetzungen zusammen (Eberhard/Ulrich 2010). Denn förderfähig sind Stellen nach SGB III § 242 u. a., wenn bei dem Auszubildenden eine vorherige Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme von mindestens 6 Monaten Dauer vorliegt. 2009 wurden im Osten 23,7 % der östlichen Ausbildungsplätze (23.151 Stellen) überwiegend öffentlich finanziert. Unter den Auszubildenden in den östlichen Bundesländern, die zuvor eine berufsvorbereitende oder grundbildende Maßnahme absolviert hatten, befanden sich 64,1 % in einer außerbetrieblichen Stelle. Da das entsprechende Stellenangebot im Westen quantitativ eingeschränkter ist – nur 5,1 % (23.832 Stellen) wurden hier öffentlich finanziert –, besetzten hier nur 15,5 % der Auszubildenden mit berufsvorbereitender Vorbildung eine überwiegend öffentlich finanzierte Stelle. Wäre der Anteil an außerbetrieblichen Stellen im Osten geringer, würde der Anteil der Auszubildenden mit berufsvorbereitender oder grundbildender Vorbildung unter den Neuabschlüssen sehr wahrscheinlich entsprechend niedriger ausfallen.

(Naomi Gericke)

A4.6.2 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss unter den Auszubildenden mit Neuabschluss

In der Berufsbildungsstatistik wird mit den Ausbildungsverträgen auch der höchste allgemeinbildende Schulabschluss erhoben. Dies geschieht seit der Revision der Berufsbildungsstatistik in 2007 vollständig für alle Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag **E** (zur früheren Erfassung der schulischen Vorbildung siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1). Nicht erfasst wird allerdings, ob der Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule oder im Übergangssystem erworben wurde. Im Vergleich zur Verteilung unter den Schulabgängern zeigt sich, dass manche Abschlussgruppen im dualen System stärker, andere schwächer vertreten sind. Anders als bei den Schulabgängern¹²¹ bilden Jugendliche mit Hauptschulabschluss die zweitgrößte Gruppe im dualen System, auch wenn ihr Anteil seit den 1970er-Jahren insgesamt erheblich zurückgegangen ist (Uhly 2010). Dagegen sind Studienberechtigte und Jugendliche ohne Hauptschulabschluss in der betrieblichen Ausbildung eher weniger vertreten. Die Vorbildungsstruktur unter den Auszubildenden im dualen System hängt offensichtlich nicht nur mit der Zusammensetzung der Absolventen aus allgemeinbildenden Schulen zusammen, sondern auch mit unterschiedlichen Zugangschancen und alternativen Bildungswegen.

Der vergleichsweise hohe Anteil an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss im dualen System bedeutet dabei jedoch nicht, dass ihnen die Übergänge von der allgemeinbildenden Schule in eine betriebliche Ausbildung problemlos gelingen. Das ungünstige Verhältnis zwischen Lehrstellenangebot und Lehrstellenbewerbern der letzten Jahre hat die Suche nach einem Ausbildungsplatz für viele Jugendliche deutlich erschwert und zu längeren Übergängen in eine Ausbildungsstelle geführt, besonders Jugendliche mit und ohne Hauptschulabschluss waren davon betroffen (Uhly 2010; Beicht/Friedrich/Ulrich 2007; Uhly/Erbe 2007; Friedrich/Hall 2007). Darauf

¹²¹ Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2009: mit Realschulabschluss 41 %, mit Studienberechtigung 32 %, mit Hauptschulabschluss 22 %, ohne Hauptschulabschluss 7 % (Statistisches Bundesamt 2010).

Tabelle A4.6.2-1: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach allgemeinbildendem Schulabschluss und Region 2009

Region	Neu- abschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Haupt- schulabschluss		Haupt- schulabschluss		Real- schulabschluss		Studien- berechtigung		k.A. ¹	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Baden-Württemberg	76.248	2.019	2,7	27.870	37,2	33.645	44,9	11.364	15,2	1.350	–
Bayern	93.486	3.069	3,3	42.051	45,0	39.462	42,3	8.778	9,4	129	–
Berlin (ab 1991 mit Berlin-Ost)	19.467	1.026	5,4	5.325	28,0	7.146	37,6	5.526	29,0	444	–
Brandenburg	15.075	1.107	7,3	3.972	26,4	6.072	40,3	3.915	26,0	6	–
Bremen	5.862	144	2,5	1.431	24,6	2.436	41,8	1.812	31,1	39	–
Hamburg	13.206	345	2,6	3.243	24,7	5.163	39,3	4.404	33,5	54	–
Hessen	39.243	1.269	3,2	12.528	32,0	16.662	42,6	8.637	22,1	144	–
Mecklenburg-Vorpommern	11.151	1.011	9,2	2.808	25,5	5.121	46,5	2.076	18,8	138	–
Niedersachsen	57.135	1.680	3,1	15.369	27,9	28.431	51,7	9.528	17,3	2.127	–
Nordrhein-Westfalen	120.669	4.095	3,5	32.694	28,1	43.206	37,2	36.240	31,2	4.434	–
Rheinland-Pfalz	28.572	660	2,3	11.547	40,7	11.556	40,8	4.596	16,2	216	–
Saarland	8.151	159	2,0	3.102	38,2	2.529	31,1	2.334	28,7	27	–
Sachsen	23.781	1.107	4,7	5.991	25,2	12.102	50,9	4.581	19,3	3	–
Sachsen-Anhalt	14.673	729	5,2	3.399	24,2	7.332	52,1	2.613	18,6	600	–
Schleswig-Holstein	20.748	498	2,5	7.551	37,8	8.799	44,0	3.135	15,7	768	–
Thüringen	13.704	528	3,9	3.408	25,2	7.104	52,5	2.496	18,4	168	–
Ostdeutschland	97.851	5.508	5,7	24.903	25,8	44.874	46,5	21.207	22,0	1.359	–
Westdeutschland	463.320	13.935	3,1	157.383	34,7	191.889	42,3	90.825	20,0	9.288	–
Bundesgebiet	561.171	19.443	3,5	182.286	33,1	236.763	43,0	112.032	20,4	10.644	–

¹ Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

deuten das gestiegene Durchschnittsalter und der Anteil der Auszubildenden in überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsstellen hin, die seit der Revision der Berufsbildungsstatistik erstmals differenziert nach Vorbildung berechnet werden können. Auch die Angaben zur vorherigen Teilnahme der Auszubildenden an Maßnahmen im Übergangssystem, die zwar noch deutlich untererfasst erscheinen (vgl. Kapitel A4.6.1), lassen erkennen, dass Auszubildende mit und ohne Hauptschulabschluss vor Abschluss des Ausbildungsvertrags wesentlich häufiger zunächst eine berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung absolviert haben. Diese und weitere Merkmale der einzelnen Ab-

schlussgruppen im dualen System werden in diesem Kapitel näher betrachtet. Vorab aber ein Überblick zur Gesamtverteilung:

E Erfassung des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses in der Berufsbildungsstatistik

Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik in 2007 wird der höchste allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden als eigenständiges Merkmal neben der vorherigen Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung sowie der vorherigen Berufsausbildung erfasst. Die Schulform, an der der Abschluss erworben wurde, ist dabei unerheblich (zur Erfassung der schulischen

Vorbildung bis zum Berichtsjahr 2006 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1). Unterschieden werden bei den Auszubildenden seit 2007 die folgenden Kategorien:

- ohne Hauptschulabschluss
- Hauptschulabschluss
- Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss
- Studienberechtigung
- im Ausland erworbener Abschluss, der den obigen Kategorien nicht zugeordnet werden kann („Restkategorie“)

Da es bei den Angaben zu „im Ausland erworbener Abschluss, der nicht zuordenbar war“ in 2008 erhebliche Probleme bei der Datenerhebung gab und weiterhin davon auszugehen ist, dass hier über die eigentliche Abschlussgruppe hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, wird diese Kategorie in den dargestellten Tabellen nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Ein Vergleich im Zeitverlauf ist derzeit nur gegenüber den Jahren 2007 und 2008 möglich.

Zur Erfassung des früheren Merkmals „schulische Vorbildung“ und Zeitreihen bis zum Berichtsjahr 2006 siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss unter den Neuabschlüssen 2009

Unter den Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag, die zum 31. Dezember 2009 an die statistischen Ämter gemeldet wurden, hatten 43,0 % einen Realschulabschluss und 33,1 % einen Hauptschulabschluss. Auszubildende mit Studienberechtigung bildeten einen Anteil von 20,4 % und Auszubildende ohne Hauptschulabschluss von 3,5 %. Im Vorjahresvergleich ergaben sich trotz des erheblichen Rückgangs der Verträge prozentual nahezu keine Veränderungen (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1).¹²² Regional variiert die Verteilung der Abschlüsse jedoch. Im westlichen Bundesgebiet sind generell etwas höhere Anteile an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss zu beobachten, im östlichen Bundesgebiet liegen die

Anteile an Auszubildenden mit Realschulabschluss und ohne Hauptschulabschluss höher → **Tabelle A4.6.2-1**. Differenziert nach Zuständigkeitsbereich → **Tabelle A4.6.2-2** zeigt sich wie in den Vorjahren, dass Auszubildende ohne Hauptschulabschluss am stärksten Berufe aus den Bereichen Hauswirtschaft und Landwirtschaft besetzen (29,2 % und 10,4 %). Die Neuabschlüsse dieser beiden Bereiche machen mit 3,4 % allerdings nur einen sehr geringen Anteil an den Neuabschlüssen insgesamt aus. Auszubildende mit Hauptschulabschluss haben die höchsten Anteile in der Hauswirtschaft (57,5 %), im Handwerk (53,7 %) und in der Landwirtschaft (46,2 %). Unverändert finden sich Auszubildende mittleren Abschlusses verstärkt in den freien Berufen (59,7 %) und in Berufen des öffentlichen Dienstes (53,7 %). Auszubildende mit Studienberechtigung besetzen ebenfalls am stärksten den öffentlichen Dienst (41,7 %), außerdem Berufe aus Industrie und Handel (26,5 %) sowie aus den freien Berufen (23,8 %) (vgl. auch **Kapitel A4.2.1**).

Deutlich abweichend von der Gesamtverteilung stellen sich die Schulabschlüsse z. T. auch in den verschiedenen Personengruppen dar → **Tabelle A4.6.2-3**. Männliche Auszubildende im dualen System haben durchschnittliche Realschulabschlüsse, aber höhere Hauptschulabschluss- und niedrigere Abiturientenanteile. Frauen im dualen System dagegen weisen überdurchschnittliche Abiturienten- und unterdurchschnittliche Hauptschulabschlussanteile auf. Unter den Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit hat mehr als die Hälfte nur einen Hauptschulabschluss, die Abiturienten- und Realschulanteile fallen deutlich niedriger aus (zu Vergleichen zwischen Schulgängern und Neuabschlüssen differenziert nach Personenmerkmalen siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1).

Nachfolgend werden die einzelnen Vorbildungsgruppen näher betrachtet. Vor dem Hintergrund berufsstruktureller Entwicklungen (vgl. **Kapitel A4.4**) wird beschrieben, wie sie sich auf verschiedene Berufsgruppen und Einzelberufe verteilen. Anhand der jeweils auftretenden Anteile der Abschlussgruppen lässt sich ableiten, wie stark diese im Vergleich zu den übrigen Abschlussgruppen vertreten sind.

¹²² Auszubildende mit Neuabschluss im Berichtsjahr 2008: mit Realschulabschluss 42,9 %, mit Hauptschulabschluss 33,0 %, mit Studienberechtigung 20,7 %, ohne Hauptschulabschluss 3,5 %.

Tabelle A4.6.2-2: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach allgemeinbildendem Schulabschluss und Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2009

Zuständigkeitsbereich ¹	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Haupt-schulabschluss		Haupt-schulabschluss		Real-schulabschluss		Studien-berechtigung		k.A. ²	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	332.232	8.436	2,6	82.701	25,6	145.926	45,3	85.389	26,5	9.780	–
Handwerk	155.589	8.070	5,2	83.448	53,7	54.135	34,8	9.729	6,3	207	–
Öffentlicher Dienst	13.500	15	0,1	618	4,6	7.239	53,7	5.619	41,7	12	–
Landwirtschaft	15.006	1.548	10,4	6.897	46,2	4.842	32,5	1.635	11,0	87	–
Freie Berufe	40.917	255	0,6	6.417	15,9	24.159	59,7	9.609	23,8	477	–
Hauswirtschaft	3.924	1.122	29,2	2.211	57,5	462	12,0	51	1,3	81	–
Insgesamt	561.171	19.443	3,5	182.286	33,1	236.763	43,0	112.032	20,4	10.644	–

¹ Seit 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt in der Berufsbildungsstatistik nicht mehr gemeldet.

² Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.2-3: Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach allgemeinbildendem Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2009

Personengruppe	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Haupt-schulabschluss		Haupt-schulabschluss		Real-schulabschluss		Studien-berechtigung		k.A. ¹	
	absolut	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Männer	322.236	13.404	4,2	120.519	38,1	131.298	41,5	51.051	16,1	5.964	–
Frauen	238.935	6.039	2,6	61.767	26,4	105.465	45,0	60.981	26,0	4.680	–
Deutsche	531.084	17.805	3,4	167.292	32,1	227.436	43,6	108.624	20,8	9.927	–
Ausländer/-innen	30.087	1.638	5,6	14.994	51,1	9.327	31,8	3.408	11,6	720	–
Insgesamt	561.171	19.443	3,5	182.286	33,1	236.763	43,0	112.032	20,4	10.644	–

¹ Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Die Konzentration der Neuabschlüsse in den am stärksten besetzten Berufen zeigt, dass manche Personengruppen ein engeres, andere ein weiteres Berufsspektrum besetzen. Zu beachten ist aber, dass die zugrunde gelegten Neuabschlüsse dabei nicht

allein das Ergebnis einer Berufswahlentscheidung der Bewerber sind, sondern bestimmt werden durch ein komplexes Zusammenspiel von angebots- und nachfrageseitigen Faktoren. Erstmals ausgewiesen werden zudem das jeweilige Durchschnittsalter, die

Tabelle A4.6.2-4: **Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach allgemeinbildendem Schulabschluss und Berufsgruppen¹, Bundesgebiet 2009**

Berufsgruppe ¹	Neuabschlüsse insgesamt	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss									
		ohne Hauptschulabschluss		Hauptschulabschluss		Realschulabschluss		Studienberechtigung		k.A. ²	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Produktionsberufe	232.134	11.412	5,0	99.090	43,3	96.390	42,1	21.885	9,6	3.354	–
Dienstleistungsberufe	329.028	8.025	2,5	83.196	25,9	140.373	43,6	90.147	28,0	7.290	–
Primäre Dienstleistungsberufe	234.780	7.266	3,2	74.916	32,7	98.730	43,1	48.273	21,1	5.595	–
Sekundäre Dienstleistungsberufe	94.248	759	0,8	8.280	8,9	41.640	45,0	41.874	45,2	1.695	–
Technikberufe	135.282	2.349	1,8	36.057	27,1	69.915	52,5	24.777	18,6	2.181	–
Neue Berufe	60.771	1.680	2,8	12.630	21,3	25.644	43,3	19.278	32,5	1.542	–
Zweijährige Berufe	51.786	3.492	6,9	30.303	60,3	14.814	29,5	1.677	3,3	1.500	–
Berufe für Menschen mit Behinderung	14.178	5.841	43,6	7.134	53,2	414	3,1	12	0,1	777	–
Ausbildungsberufe insgesamt	561.171	19.443	3,5	182.286	33,1	236.763	43,0	112.032	20,4	10.644	–

¹ Erläuterungen zur Untergliederung der Berufsgruppen siehe Kapitel A4.4.

² Unter „keine Angaben“ fallen im Ausland erworbene Abschlüsse, die nicht zuordenbar sind. Da davon auszugehen ist, dass hier darüber hinaus auch fehlende Angaben gemeldet wurden, werden diese nicht in die Prozentuierung einbezogen.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Anteile der Auszubildenden in überwiegend öffentlich finanzierten Stellen sowie Angaben zur vorherigen Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung. Auch wenn die Angaben zur Vorbildung im Übergangssystem noch untererfasst erscheinen, lassen diese Merkmale doch erkennen, wie sich die Übergänge in Ausbildung bei den einzelnen Abschlussgruppen gestalten.

Auszubildende ohne Hauptschulabschluss

Im Berichtsjahr 2009 verließen fast 60.000 Jugendliche ohne Hauptschulabschluss die allgemeinbildende Schule. Ein Großteil stammte aus Förder- und Hauptschulen, die Übrigen kamen aus anderen Schulformen der Sekundarstufe (Statistisches Bundesamt 2010). Demgegenüber wurden im dualen System 2009 nur 19.443 Verträge mit Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss abgeschlossen. Die Größenordnung der Zahlen gibt Hinweise auf die Chancenstruktur dieser Jugendlichen, denen aufgrund mangelnder formaler Voraussetzungen kaum

alternative Ausbildungsmöglichkeiten offenstehen und die daher überdurchschnittlich häufig ohne Ausbildung bleiben und infolgedessen oft in eine entsprechend prekäre Erwerbsbiografie einmünden (Uhly 2010; Krekel/Ulrich 2009). Das Durchschnittsalter der Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss liegt mit 20,1 Jahren relativ hoch. Offenbar treten sie meist nicht unmittelbar nach Verlassen der Schule eine Ausbildung an. Jeder/Jede dritte Auszubildende ohne Hauptschulabschluss (31,9 %) hat den Meldungen zufolge zuvor eine Maßnahme zur berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung besucht. Mit 40,1 % besetzte auch ein relativ großer Anteil dieser Jugendlichen eine Ausbildungsstelle, die zur Förderung sozial benachteiligter oder lernbehinderter Personen überwiegend öffentlich finanziert wird (vgl. auch Kapitel A4.3). Dies erklärt weitgehend, weshalb sich in den östlichen Bundesländern mit einem hohen Anteil an außerbetrieblichen Stellen auch höhere Anteile an Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss ergeben als in den westlichen Bundesländern.

Tabelle A4.6.2-5: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2009

Berufe mit Vorgänger zusammengefasst	Auszubildende ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
	Anzahl	in %	in %
Verkäufer/-in	1.161	6,0	4,4
Hauswirtschaftshelfer/-in (§ 66 BBiG)	921	4,7	45,7
Maler/-in und Lackierer/-in	831	4,3	8,7
Friseur/-in	741	3,8	4,9
Werker/-in im Gartenbau (§ 66 BBiG)	684	3,5	50,0
Koch/Köchin	588	3,0	3,9
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	576	3,0	1,7
Beikoch/Beiköchin (§ 66 BBiG)	552	2,8	30,4
Bau- und Metallmaler/-in (§ 42m HwO)	546	2,8	53,9
Fachlagerist/-in	468	2,4	7,7

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Unter den Berufsgruppen treten Auszubildende ohne Hauptschulabschluss etwas stärker bei den 2-jährigen Berufen (6,9 %) und den Produktionsberufen (5,0 %) auf → **Tabelle A4.6.2-4**. Am höchsten sind ihre Anteile bei den Berufen für Menschen mit Behinderung (43,6 %), die allerdings nur 2,5 % der Neuabschlüsse insgesamt ausmachen. Die am stärksten besetzten Einzelberufe bei den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss → **Tabelle A4.6.2-5** werden von dem 2-jährigen Beruf Verkäufer/-in angeführt, der sich gegenüber dem Vorjahr (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1) von der fünften an die erste Stelle verschob. Neben weiteren Berufen aus Industrie und Handel (Koch/Köchin, Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Fachlagerist/-in) weisen auch Handwerksberufe wie Maler/-in und Lackierer/-in oder Friseur/-in hohe Neuabschlusszahlen auf. Wenig Konkurrenz mit anderen Vorbildungsgruppen scheint hierbei lediglich in den Berufen für Menschen mit Behinderung gegeben zu sein (z. B. Hauswirtschaftshelfer/-in, Werker/-in im Gartenbau, Bau- und Metallmaler/-in, Beikoch/Beiköchin), die Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss erreichten hier Anteile von bis zu 54 %. Dabei ergibt sich unter den Auszubildenden ohne Hauptschulab-

schluss insgesamt ein vergleichsweise weites Berufsspektrum. Die Neuabschlüsse in den 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen machten 36,4 % der von Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss insgesamt besetzten Berufe aus. Differenziert nach Staatsangehörigkeit zeigen sich nur geringe Unterschiede. Bei den 10 am stärksten besetzten Berufen finden sich bei den ausländischen Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss etwas häufiger auch Berufe, die nicht unter die Regelung der Kammern für Menschen mit Behinderung fallen wie die „Fachkraft im Gastgewerbe“ und der/die „Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk“. Beachtlich ist, dass die Konzentration auf die 10 am stärksten besetzten Berufe unter den ausländischen Auszubildenden höher ist und mit 49,1 % fast die Hälfte der Neuabschlüsse ausmacht, während sie unter den Deutschen nur 35,4 % ausmachen.

Auszubildende mit Hauptschulabschluss

Auszubildende mit Hauptschulabschluss schlossen in 2009 182.286 Verträge ab. Die Übergänge scheinen gleichwohl nicht unmittelbar im Anschluss an die Schule erfolgt zu sein, denn im Durchschnitt war

Tabelle A4.6.2-6: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2009

Berufe mit Vorgänger zusammengefasst	Auszubildende mit Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Hauptschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
	Anzahl	in %	in %
Verkäufer/-in	14.526	8,0	55,4
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	11.277	6,2	34,0
Friseur/-in	9.444	5,2	61,8
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	8.244	4,5	70,0
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	7.626	4,2	42,0
Koch/Köchin	7.185	3,9	47,8
Maler/-in und Lackierer/-in	6.759	3,7	71,0
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	5.658	3,1	56,2
Metallbauer/-in	4.806	2,6	62,6
Tischler/-in	4.344	2,4	50,9

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

diese Personengruppe bei Vertragsabschluss bereits 19,5 Jahre alt. Für knapp jeden Fünften der Auszubildenden (17,7 %) wurde gemeldet, dass zuvor eine berufsvorbereitende Qualifizierung oder berufliche Grundbildung absolviert worden sei. Dieser Anteil ist zwar höher als unter den Auszubildenden insgesamt, angesichts des Durchschnittsalters in dieser Vorbildungsgruppe erscheint er allerdings zu gering.¹²³ Dass die Situation für Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen schwierig ist, zeigt sich aber auch darin, dass 14,9 % der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss überwiegend öffentlich finanziert werden.

Innerhalb der Berufsgruppen ergeben sich überdurchschnittliche Hauptschüleranteile in den 2-jährigen Berufen (60,3 %), in den Berufen für Menschen mit Behinderung (53,2 %) sowie in den Produktionsberufen (43,3 %). Die 10 am häufigsten

besetzten Berufe bestanden neben Handwerksberufen (z. B. Friseur/-in, Kraftfahrzeugmechatroniker/-in, Koch/Köchin, Maler/-in und Lackierer/-in, Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik) aus Berufen des Einzelhandels wie Verkäufer/-in, Kaufmann/-frau im Einzelhandel oder Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk → **Tabelle 4.6.2-6**. Sehr hohe Anteile an Auszubildenden mit Hauptschulabschluss hatten dabei die Berufe Maler/-in und Lackier/-in (71,0 %), Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk (70,0 %), Metallbauer/-in (62,6 %) und Friseur/-in (61,8 %). Dabei zeigt sich ein deutlich engeres Berufsspektrum als unter den Auszubildenden ohne Hauptschulabschluss. Die 10 am häufigsten besetzten Berufe an den Neuabschlüssen dieser Vorbildungsgruppe insgesamt ergaben einen Anteil von 43,8 %. Erwähnenswert erscheint beim Vergleich nach Staatsangehörigkeit, dass sich in den 10 am stärksten besetzten Berufen der ausländischen Auszubildenden mit Hauptschulabschluss auch die eher mit höheren Bildungsvoraussetzungen einhergehenden Berufe „Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r“ und „Medizinische/-r Fachangestellte/-r“ finden. Aber-

¹²³ Die Ergebnisse der BIBB-Übergangsstudie (Beicht/Friedrich/Ulrich 2007; Beicht 2009) geben ebenfalls Hinweise darauf, dass die bislang gemeldeten Anteile der Auszubildenden mit vorheriger Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung in der revidierten Berufsbildungsstatistik noch untererfasst sind (vgl. **Kapitel A4.6.1**).

Tabelle A4.6.2-7: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2009

Berufe mit Vorgänger zusammengefasst	Auszubildende mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden mit Realschulabschluss	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
	Anzahl	in %	in %
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	15.996	6,8	48,2
Bürokaufmann/Bürokauffrau	11.688	4,9	56,8
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	9.399	4,0	68,1
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	8.937	3,8	49,3
Industriemechaniker/-in	8.685	3,7	62,9
Verkäufer/-in	8.685	3,7	33,1
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	6.660	2,8	51,3
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	6.528	2,8	61,0
Industriekaufmann/-kauffrau	6.132	2,6	35,5
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	6.126	2,6	45,9

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

mals fällt die Konzentration der Neuabschlüsse in den 10 am stärksten besetzten Berufen unter den ausländischen Auszubildenden mit Hauptschulabschluss (53,8 %) deutlich höher aus als unter der deutschen Vergleichsgruppe (43,3 %).

Auszubildende mit Realschulabschluss

236.763 Auszubildende mit Realschulabschluss oder vergleichbarem Abschluss schlossen im Berichtsjahr 2009 einen Vertrag im dualen System ab. Ihr Durchschnittsalter lag im Vergleich zu den bisherigen Vorbildungsgruppen etwas niedriger und betrug 19,3 Jahre. Für einen deutlich geringeren Anteil von 8,3 % wurde in dieser Gruppe gemeldet, dass sie zuvor an einer berufsvorbereitenden oder berufsbildenden Maßnahme teilgenommen hätten. Nur 4,3 % der Auszubildenden mit Realschulabschluss befanden sich in einer überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsstelle. Offenbar ist ihre Situation im dualen System etwas günstiger als bei den Auszubildenden mit und ohne Hauptschulabschluss.

Zu beobachten ist auch, dass die Auszubildenden mit Realschulabschluss sich insgesamt relativ gleich-

mäßig auf die unterschiedlichen Berufsgruppen verteilen. In Produktionsberufen, primären wie sekundären Dienstleistungsberufen als auch in den neuen Berufen erreichen sie durchschnittliche Werte von 42 % bis 45 % → [Tabelle A4.6.2-4](#). Etwas höher liegen ihre Anteile bei den Technikberufen (52,5 %), etwas niedriger bei den 2-jährigen Berufen (29,5 %). Äußerst selten sind sie lediglich bei den Berufen für Menschen mit Behinderung vertreten (3,1 %). Dass die Neuabschlüsse in den 10 am stärksten besetzten Berufen sich mit 37,5 % weniger stark konzentrieren als in anderen Vorbildungsgruppen, unterstreicht, dass sich dieser Vorbildungsgruppe ein weiteres Berufsspektrum erschließt. Zu den am stärksten besetzten Berufen → [Tabelle A4.6.2-7](#) gehören vorwiegend kaufmännische Berufe wie Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Bürokaufmann/-frau oder Verkäufer/-in und Kaufmann/-frau für Bürokommunikation. Weiterhin sind Berufe aus dem Gesundheitsbereich (Medizinische/-r Fachangestellte/-r und Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r) und aus dem Fertigungsbereich zu finden (Kraftfahrzeugmechatroniker/-in und Industriemechaniker/-in). Der Anteil an Auszubildenden mit Realschulabschluss war dabei besonders hoch in den Gesundheitsberufen Medizi-

Tabelle A4.6.2-8: Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2009

Berufe mit Vorgänger zusammengefasst	Auszubildende mit Studienberechtigung	Anteil an allen Auszubildenden mit Studienberechtigung	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs
	Anzahl	in %	in %
Industriekaufmann/-kauffrau	10.482	9,4	60,7
Bank-/Sparkassenkaufmann/-kauffrau	9.075	8,1	68,4
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	5.970	5,3	44,8
Bürokaufmann/Bürokauffrau	5.460	4,9	26,5
Fachinformatiker/-in	4.701	4,2	55,3
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	4.182	3,7	12,6
Kaufmann/Kauffrau für Bürokommunikation	3.972	3,5	30,6
Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen	3.636	3,2	60,7
Steuerfachangestellte/-r	3.594	3,2	56,7
Hotelfachmann/Hotelfachfrau	2.919	2,6	25,8

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

nische/-r Fachangestellte/-r (68,1 %) und Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r (61,0 %) sowie beim Industriemechaniker/-in (62,9 %). Im Vergleich nach Staatsangehörigkeit waren unter den ausländischen Auszubildenden häufiger die Berufe „Friseur/-in“ und „Hotelfachmann/-frau“ zu finden. Abermals zeigt sich, dass sich bei den Deutschen mit einer Konzentration der 10 am stärksten besetzten Berufe von 37,1 % ein weiteres Berufsspektrum erschließt als den ausländischen Auszubildenden mit gleicher Vorbildung (50,5 %).

Auszubildende mit Studienberechtigung

112.032 Auszubildende mit Studienberechtigung schlossen 2009 einen Vertrag im dualen System ab. Insgesamt ist diese Vorbildungsgruppe im dualen System gegenüber ihrem Schulabgängeranteil unterrepräsentiert. Dies trifft allerdings nicht auf die ausländischen Jugendlichen mit Studienberechtigung zu, die unter Schulabgängern wie Auszubildenden gleich hohe Anteile an Abiturienten aufweisen (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.1). Insgesamt lag das Durchschnittsalter der Auszubildenden mit Studienberechtigung bei 21,4 Jahren und bildet

damit den höchsten Wert unter den Vorbildungsgruppen. Der Anteil unter den Auszubildenden mit Fachhochschulreife oder Abitur, der zuvor an einer berufsvorbereitenden oder berufsgrundbildenden Maßnahme teilgenommen hatte, lag lediglich bei 5,3 %. Nur 1,0 % der Auszubildenden mit Studienberechtigung befand sich in einer überwiegend öffentlich finanzierten Stelle.

Was die berufsstrukturelle Verteilung dieser Vorbildungsgruppe betrifft, hatten Auszubildende mit Studienberechtigung überdurchschnittlich hohe Anteile im Dienstleistungssektor, insbesondere bei den sekundären Dienstleistungsberufen (45,2 %). Auch bei den neuen Berufen fällt ihr Anteil vergleichsweise hoch aus (32,5 %). Die am häufigsten besetzten Ausbildungsberufe → **Tabelle A4.6.2-8** werden angeführt von den Berufen Industriekaufmann/-frau, Bankkaufmann/-frau, Groß- und Außenhandelskaufmann/-frau. Weitere kaufmännische Berufe folgen. Daneben sind die Berufe Fachinformatiker/-in, Steuerfachangestellte/-r und Hotelfachmann/-frau zu finden. Mit Ausnahme der Berufe Bürokaufmann/-frau, Kaufmann/-frau im Einzelhandel und Hotelfachmann/-frau ist der Abiturientenanteil in

allen genannten Berufen hoch bis sehr hoch. Die Konzentration in den 10 am stärksten besetzten Berufen ist mit 48,2 % ebenfalls stark ausgeprägt. Hier zeigen sich zwischen Auszubildenden mit deutscher (48,1 %) und ausländischer Staatsangehörigkeit (50,7 %) keine großen Unterschiede. Auch die Berufe stimmen bei deutschen und ausländischen Auszubildenden mit Abitur und Fachhochschulreife fast vollständig überein. Auffallend ist allerdings, dass unter den ausländischen Auszubildenden mit Abitur sich auch der Beruf Verkäufer/-in als am stärksten besetzter Beruf findet, der auch unter den Auszubildenden mit und ohne Hauptschulabschluss der am häufigsten besetzte Beruf ist.

Zu weiteren Auswertungen bezüglich vorzeitiger Vertragslösungen differenziert nach höchstem allgemeinbildendem Schulabschluss siehe [Kapitel A4.8](#).

(Naomi Gericke)

A4.6.3 Studienberechtigte mit dualer Berufsausbildung

Mit rund 440.000 im Studienjahr 2010 erreicht die Zahl junger Menschen, die sich erstmals an einer deutschen Hochschule eingeschrieben haben (2009: 424.273), ein Rekordhoch. Die Studienanfängerquote stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um weitere 3 Prozentpunkte auf nunmehr 46 % (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010). Gleichzeitig ist jedoch für Studienberechtigte¹²⁴ die Aufnahme einer Berufsausbildung im dualen System seit vielen Jahren weiterhin recht attraktiv.¹²⁵ So haben auch im Ausbildungsjahr 2009 rund 112.000 junge Menschen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife eine Berufsausbildung im dualen System begonnen, davon sind knapp die Hälfte, rund 61.000, Frauen → [Tabelle A4.6.3-1](#).¹²⁶ Damit

stellen Hochschulzugangsberechtigte ein Fünftel (20,4 %) der neu geschlossenen dualen Ausbildungsverträge des Jahres 2009. Erfolgreich ins duale System eingemündet sind in den alten Ländern fast 91.000 Studienberechtigte sowie 21.207 in den neuen Ländern. Der Anteil Studienberechtigter an den Neuverträgen liegt in den beiden Landesteilen nahe zusammen; mit 26,0 % liegt der Anteilswert bei Frauen dagegen um 10 Prozentpunkte über dem der Männer (16,1 %). Wie → [Tabelle A4.6.3-1](#) außerdem zeigt, gibt es teils deutliche Unterschiede zwischen und in den Ausbildungsbereichen bezüglich der mit Studienberechtigten abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Überdurchschnittlich hoch liegt deren Anteil z. B. in den Bereichen öffentlicher Dienst, Industrie und Handel sowie freie Berufe. Ganz vorne in der Gunst der Abiturientinnen und Abiturienten liegen vor allem kaufmännische und Dienstleistungsberufe; zunehmend gefragt sind auch informationstechnische Berufe und Medienberufe ([vgl. Kapitel A4.6.2](#)).

Berufsbildungsabschlüsse und Ausbildungsabsichten von Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2010 sowie von Studienanfängern und Studienanfängerinnen des WS 2009/2010

Eine Erhebung des Hochschul-Informations-Systems (HIS) vom Dezember 2009 gibt Hinweise, wie attraktiv derzeit für künftige Hochschulzugangsberechtigte (Entlassjahr 2010) eine nicht akademische Berufsausbildung ist. Befragt worden sind über 29.000 junge Menschen u. a. zu ihren weiteren Studien- und Ausbildungsplänen ein halbes Jahr vor Schulabgang und Erwerb der Fachhochschul-/Hochschulreife. Es handelt sich bei den Angaben zum künftigen Ausbildungs- und Berufsweg um die zum Zeitpunkt der Befragung geäußerten Absichten angehender Studienberechtigter; nicht selten werden solche Pläne später abgeändert.¹²⁷

Wie → [Tabelle A4.6.3-2](#) zeigt, planen viele der künftigen Studienberechtigten des Jahres 2010,

¹²⁴ Die Begriffe „Studienberechtigte“ und „Abiturienten“ werden synonym gebraucht für Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit allgemeiner bzw. fachgebundener Hochschulreife oder Fachhochschulreife.

¹²⁵ Zur Entwicklung seit den 1990er-Jahren vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.5.2.

¹²⁶ Basis ist die Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11, Reihe 3, Berufliche Bildung, Berichtszeitraum 2009 (vgl. Statistisches Bundesamt 2010c).

¹²⁷ Vgl. Heine/Quast 2009 zum Entscheidungsprozess und möglichen Gründen für Studienberechtigte des Jahres 2008 sowie BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.2.

Tabelle A4.6.3-1: Studienberechtigte mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Berichtsjahr 2009 nach Ausbildungsbereichen, alten und neuen Ländern¹ und Geschlecht; Anzahl und Anteil (in %) an den Neuverträgen²

Ausbildungsbereich ³	Insgesamt		Alte Länder		Neue Länder		Männer		Frauen	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	85.389	26,5	70.629	27,0	14.760	24,4	41.430	22,5	43.959	31,7
Handwerk	9.729	6,3	7.449	5,6	2.280	9,8	5.721	5,0	4.008	9,6
Öffentlicher Dienst	5.619	41,7	3.771	36,5	1.848	58,3	1.632	35,0	3.987	45,2
Landwirtschaft	1.635	11,0	1.356	11,9	279	8,0	987	8,6	648	18,5
Freie Berufe	9.609	23,8	7.569	21,2	2.040	42,5	1.275	56,6	8.334	21,8
Hauswirtschaft	51	1,3	51	1,9	0	0,0	3	1,0	48	1,4
Insgesamt	112.032	20,4	90.825	20,0	21.207	22,0	51.051	16,1	60.981	26,0

¹ Neue Länder einschließlich Berlin.

² Prozentuierung ohne Einbeziehung der Kategorie im „Ausland erworbener Abschluss, nicht zuordenbar“ zur schulischen Vorbildung; darüber hinaus ist davon auszugehen, dass hierin auch fehlende Angaben gemeldet worden sind.

³ Seit dem Berichtsjahr 2008 werden Auszubildende der Seeschifffahrt in der Berufsbildungsstatistik nicht mehr gemeldet.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zelle von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Tabelle A4.6.3-2: Berufsausbildungsabsicht von Studienberechtigten des Entlassjahres 2010 nach dem Schulabgang nach Geschlecht, Art der Hochschulreife und regionaler Herkunft¹ (in %)

Aufnahme einer Berufsausbildung beabsichtigt ¹	Insgesamt	Männer	Frauen	Hochschulreife	Fachhochschulreife	Alte Länder	Neue Länder
mit Berufsausbildungsabsicht ²	23	20	27	22	28	23	25
eventuell	18	19	17	19	17	18	21
nein, wahrscheinlich nicht	35	35	34	38	27	35	34
nein, auf keinen Fall	23	26	21	22	27	24	20

¹ Aufnahme einer betrieblichen, schulischen Berufsausbildung oder einer Beamtenausbildung. Befragung der Studienberechtigten ein halbes Jahr vor dem Schulabgang (Dezember 2009). Neue Länder einschließlich Berlin.

² Zusammengefasst werden die beiden Antwortkategorien „ja, auf jeden Fall“ bzw. „ja, wahrscheinlich“.

Quelle: Hochschul-Informations-System (HIS), HIS-Studienberechtigtenpanel 2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung; Abweichungen durch gerundete Werte möglich

eine Berufsausbildung außerhalb der Hochschulen aufzunehmen, und verzichten (zunächst) darauf, die Studienoption „Hochschule bzw. Fachhochschule“ einzulösen. Mit 23 % will fast ein Viertel der Befragten „auf jeden Fall“ bzw. „wahrscheinlich“ eine berufliche Ausbildung im Anschluss an den Erwerb der Hochschulberechtigung beginnen. Allerdings erlaubt die HIS-Erhebung keine weitere Differenzie-

rung nach der Art der angestrebten Ausbildung.¹²⁸ Werden zusätzlich noch jene mitberücksichtigt, die „eventuell“ eine solche aufnehmen wollen (18 %), wächst die Bandbreite für den Qualifizierungsschritt Berufsausbildung bis auf 41 %. Etwas mehr als die Hälfte der Studienberechtigten (58 %) äußerte entweder keine feste Berufsausbildungsabsicht (35 %) oder schließt eine berufliche Ausbildung auf jeden

¹²⁸ Zur Berufsausbildung zählen danach die betriebliche Ausbildung im dualen System, schulische Ausbildungen an Berufsfachschulen, Fachakademien oder Schulen des Gesundheitswesens, der Besuch von Berufsakademien sowie die Beamtenausbildung (Verwaltungsfachhochschule).

Tabelle A4.6.3-3: Studienberechtigte des Entlassjahrgangs 2010 mit vor/beim Schulabgang abgeschlossener Berufsausbildung nach Geschlecht, Art der Hochschulreife und regionaler Herkunft¹ (in %)

Abschluss	Insgesamt	Männer	Frauen	Hochschulreife	Fachhochschulreife	Alte Länder	Neue Länder
betriebliche Berufsausbildung	10	15	6	2	32	11	8
schulische Berufsausbildung	7	6	8	2	22	7	6
Beamtenausbildung ²	0	0	0	0	0	0	0
kein Berufsbildungsabschluss	83	79	87	96	45	82	86

¹ Befragung Studienberechtigte des Entlassjahrgangs 2010 ein halbes Jahr vor Schulabgang (Dezember 2009); neue Länder einschließlich Berlin.

² Der Anteilswert von „0“ besagt, dass jeweils weniger als 0,5 % der Studienberechtigten eine Beamtenausbildung abgeschlossen haben.

Quelle: Hochschul-Informationssystem (HIS), HIS-Studienberechtigtenpanel 2010; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung; Abweichungen durch gerundete Werte möglich

Fall aus (23 %). Weibliche Studienberechtigte äußerten häufiger als männliche den Wunsch „Berufsausbildung“ – der Anteil der geplanten Aufnahme einer Berufsausbildung reicht bei Frauen von 27 % (auf jeden Fall/wahrscheinlich) bis 44 % (auf jeden Fall/wahrscheinlich bzw. eventuell). Bei Männern liegen die entsprechenden Anteile für diesen Qualifizierungsschritt bei 20 % bis 39 %. Weiterhin erwägen Befragte mit angestrebter Fachhochschulreife eher, anschließend eine Berufsausbildung aufzunehmen, als jene mit dem Ziel Hochschulreife. Vergleichbar trifft das häufiger auf Studienberechtigte der neuen Länder zu als auf Befragte der alten Länder.

Außerdem erfasste die HIS-Studie auch die Berufsbildungsabschlüsse, welche die Studienberechtigten des Entlassjahrgangs 2010 bereits vor bzw. beim Schulabgang erworben hatten. Nach **→ Tabelle A4.6.3-3** haben 17 % der Befragten bereits vor dem Erwerb der Reife eine betriebliche, schulische oder Beamtenausbildung erfolgreich abgeschlossen: Männliche Studienberechtigte sind beispielsweise mit 21 % häufiger schon im Besitz eines nicht akademischen Berufsabschlusses als Frauen mit 13 %. Schon eine Berufsausbildung absolviert haben mehr als die Hälfte der Befragten mit dem Ziel Fachhochschulreife (55 %), dagegen lediglich 4 % derjenigen mit angestrebter Hochschulreife. Attraktiv ist für sie vor allem die Ausbildung im dualen System, der eine wichtige Zubringerfunktion zum Hochschulbereich zukommt. So sind ein Zehntel der Studienberechtigten des Jahres 2010 schon vor ihrem Schulbesuch im Besitz eines dualen Lehrabschlusses. Mit 15 % liegt der Anteil der Männer fast um das Dreifache

über dem der Frauen (6 %). Traditionell kommen besonders zahlreich die Fachhochschulberechtigten auf dem Weg über eine Ausbildung im dualen System zum hochschulischen Bereich. Fast ein Drittel von ihnen (32 %) hat bereits vor dem Schulbesuch erfolgreich eine duale Ausbildung abgeschlossen; sie übertreffen damit diejenigen mit Hochschulreife (2 %) um ein Vielfaches.

Studienanfängerbefragungen des HIS zufolge sind junge Menschen mit schulisch erworbener Studienberechtigung¹²⁹ und mit zusätzlichem beruflichem Ausbildungsabschluss an Universitäten und Fachhochschulen keine Seltenheit (Heine u. a. 2008). Einerseits handelt es sich um Studierende, die bereits vor dem Schulbesuch zum Erwerb der Fachhochschul- oder Hochschulreife eine nicht akademische Berufsausbildung absolviert haben (sog. zweiten Bildungsweg). Andererseits gibt es die Gruppe, die erst nach dem Erwerb der Hochschulreife/Fachhochschulreife eine nicht akademische Berufsausbildung aufgenommen und abgeschlossen hat (sog. Doppelqualifizierer). Besonders gefragt war dabei stets die Ausbildung im dualen System (vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.4.2; Herget 1997). Nach der aktuellen HIS-Studienanfängerbefragung besitzt ein Fünftel der deutschen Erstimmatrikulierten des Wintersemesters 2009/2010 bereits eine abgeschlossene betriebliche Ausbildung (21 %), strebt also eine Mehrfachquali-

¹²⁹ Aus der Betrachtung ausgeschlossen sind hier jene Personen, die gemäß KMK-Beschluss vom 06.03.2009 aufgrund ihrer beruflichen Ausbildung und beruflichen Erfahrung sowie einer weiteren beruflichen Fortbildung die Zulassung für ein Studium an einer Fachhochschule oder Hochschule erhalten können.

Tabelle A4.6.3-4: Deutsche Studienanfänger/-innen mit abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung an Hochschulen und Fachhochschulen im Wintersemester 2009/2010 nach Geschlecht und Art der Hochschulreife (in %)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Fachhochschulreife	Hochschulreife	Studierende an Universitäten	Studierende an Fachhochschulen
Betrieblicher Berufsausbildungsabschluss insgesamt	21	26	15	51	14	11	37
davon:							
vor/beim Erwerb der Hochschulreife	11	15	6	40	4	3	22
nach dem Erwerb der Hochschulreife	10	10	10	12	10	7	15

Quelle: Hochschul-Informationssystem: HIS-Studienanfängerbefragung Wintersemester 2009/10; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung; Abweichungen durch gerundete Werte möglich

fikation an. Dabei liegt der Anteil der männlichen Erstsemester mit dualem Abschluss mit 26 % um 11 Prozentpunkte über dem der Studienanfängerinnen → **Tabelle A4.6.3-4**. Zudem wurde die betriebliche Ausbildung von deutlich mehr studierenden Männern als Frauen (15 % zu 6 %) bereits vor dem Erwerb der Studienberechtigung absolviert, während dies nicht für die Teilgruppe zutrifft, die erst nach dem Schulabgang eine duale Ausbildung absolviert hat. Große Unterschiede finden sich ferner nach der Art der erworbenen Hochschulberechtigung und für Studierende an Fachhochschulen bzw. Universitäten. Während z. B. 14 % der Neuimmatrikulierten mit Hochschulreife auch einen dualen Lehrabschluss besitzen, gilt dies für die Hälfte derer mit Fachhochschulreife (51 %).

Insgesamt fördert somit das duale System die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen und dient vielen jungen Leuten als Brücke zum Hochschulbereich. Auf diesem Weg wird dem Mangel an qualifizierten Fachkräften begegnet, und es erreicht ein zusätzliches Potenzial leistungswilliger junger Menschen (noch) eine hochschulische Qualifikation. Zugleich wächst damit das Angebot an akademisch ausgebildeten jungen Berufseinsteigern mit einer zusätzlichen berufsfachlichen Qualifikation und praktischer Arbeitserfahrung.

(Hermann Herget)

A4.7 Teilnahmen an Abschlussprüfungen sowie Berufsabschlüsse

In anerkannten Ausbildungsberufen finden am Ende der Ausbildungszeit Abschlussprüfungen (Gesellenprüfungen) statt. Sie dienen dem Nachweis der erreichten beruflichen Qualifikation, indem festgestellt wird, ob der Prüfling die für den Berufsabschluss und die qualifizierte Ausübung des erlernten Berufes erforderlichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten (berufliche Handlungsfähigkeit) erworben hat (BBiG § 38). Wird die Abschlussprüfung nicht bestanden, kann sie zweimal wiederholt werden (BBiG § 37 Abs. 1) (Wiederholungsprüfungen).

Zur Prüfung zugelassen werden Auszubildende, die die reguläre bzw. vertraglich festgelegte Ausbildungszeit absolviert haben (reguläre Zulassung). Bei besonders guten Leistungen der Auszubildenden ist die Zulassung auch vor Ablauf der Ausbildungszeit möglich (vorzeitige Zulassung). Ferner ist es in Ausnahmefällen möglich, die Ausbildungszeit zu verlängern, um das Ausbildungsziel zu erreichen (Zulassung nach Verlängerung).

Darüber hinaus können auch Personen zur Abschlussprüfung zugelassen werden, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen. Zulassungsbedingungen sind hier, dass die Personen entweder eine Mindestdauer einschlägiger praktischer Berufstätigkeit haben oder auf andere Weise nachweisen können, die beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben zu haben, die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen, oder aber einen einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgang abgeschlossen haben (BBiG § 45 Abs. 2 und 3 bzw. BBiG § 43 Abs. 2). Über den Weg dieser sogenannten Externenprüfung können sich Personen die erworbenen beruflichen Qualifikationen auf eine in der Arbeitswelt anerkannte Weise zertifizieren lassen und darüber ihre beruflichen Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten verbessern.

Die folgenden Ergebnisse zu den 2009 durchgeführten Abschlussprüfungen und ihrer Entwicklungen seit Mitte der 1990er-Jahre wurden im Rahmen der

amtlichen Berufsbildungsstatistik erhoben.¹³⁰ **E** Für das Berichtsjahr 2007 waren vom Statistischen Bundesamt keine Angaben zu Abschlussprüfungen veröffentlicht worden (Statistische Bundesamt 2008, S. 11; Schmidt 2008).¹³¹

E Statistik über Abschlussprüfungen

Bis 2006 wurden mit der Aggregatdatenerfassung der Berufsbildungsstatistik (Erhebung zum 31. Dezember) ausschließlich die während des Kalenderjahres (= Berichtszeitraum) in den dualen Ausbildungsberufen abgelegten Abschlussprüfungen und damit die Zahl der Prüfungsteilnahmen und nicht die Zahl der Prüfungsteilnehmer erhoben. Seit der Umstellung auf Individualdaten im Jahr 2007 lassen sich sowohl Teilnahmen als auch Teilnehmer ausweisen.

Die Zahl der **Prüfungsteilnahmen** setzt sich wie folgt zusammen:

- Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr zum ersten Mal an der Abschlussprüfung teilnehmen (Erstprüfung),
- Teilnahmen von Prüflingen, die an Wiederholungsprüfungen zu der im Berichtsjahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (Wiederholungsprüfung),
- Teilnahmen von Prüflingen, die im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu einer in einem früheren Jahr nicht bestandenen Abschlussprüfung teilnehmen (ebenfalls Wiederholungsprüfung).

Damit werden Teilnehmer/-innen, die eine im Berichtsjahr durchgeführte Abschlussprüfung nicht bestanden haben und im Berichtsjahr an Wiederholungsprüfungen zu dieser nicht bestandenen Prüfung teilnehmen, bei den Prüfungsteilnahmen mehrfach gezählt; das wird für die Berechnung und Beurteilung von Erfolgsquoten entsprechend

130 Von 1993 bis 2006 erfolgten die Erhebungen auf Grundlage der §§ 4 und 5 des Berufsbildungsförderungsgesetzes. Seit dem 1. April 2007 bildet die revidierte Fassung des § 88 des Berufsbildungsgesetzes die Rechtsgrundlage. Damit erfolgte eine Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten. Für den betrachteten Zeitraum liegen bis 2006 somit vergleichbare Daten zu Abschlussprüfungen vor; ab 2007 ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

131 Bedingt war dies durch die Neukonzeption der Berufsbildungsstatistik mit einer technisch und inhaltlich geänderten Form der Datenlieferung. So waren etwa zusätzliche oder differenzierter erhobene Merkmale für externe Prüfungen erst ab dem 1. April 2007 von den zuständigen Stellen zu erfassen; dagegen galten im ersten Quartal 2007 noch die früheren gesetzlichen Regelungen.

berücksichtigt (vgl. Werner 1998). Allerdings wird seit der Umstellung auf die Individualstatistik bei den Wiederholungsprüfungen nur maximal eine Wiederholungsprüfung im Kalenderjahr erfasst, bis 2006 wurden auch Wiederholungsprüfungen mehrfach gezählt.

Bei der Zahl der **Prüfungsteilnehmer** handelt es sich im Unterschied zur Zahl der Prüfungsteilnahmen, die eine fallbezogene Größe ist, um eine personenbezogene Größe. Entsprechend wird jede Person, die sich im Berichtsjahr prüfen lässt, unabhängig von der Anzahl ihrer Prüfungsteilnahmen, nur einmal gezählt. Somit ist die Zahl der Prüfungsteilnehmer in der Regel kleiner als die der Prüfungsteilnahmen in einem Kalenderjahr. Eine Ausnahme besteht bei alleiniger Betrachtung der Erstprüfungen, hier ist die Zahl der Teilnehmer identisch mit der der Teilnahmen.

Mit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten hat sich auch die Erfassung der sogenannten **Externenprüfung** geändert. Bis zum Jahr 2006 sind Teilnahmen an der Externenprüfung in der Statistik der Abschlussprüfungen enthalten (für den Bereich Handwerk auch die Umschulungsprüfungen). Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an Externenprüfungen sind jedoch keine Auszubildenden; sie werden daher nicht bei den Auszubildenden nachgewiesen. Für einzelne Ausbildungsberufe kann deshalb die Zahl der Teilnahmen an Prüfungen ggf. die der Auszubildenden übersteigen. Die Meldung zu Externenprüfungen erfolgt differenziert nach der Art der Zulassung.

Bis zum Berichtsjahr 2006 meldete der Bereich Handwerk im Gegensatz zu den anderen Zuständigkeitsbereichen die Externenprüfungen nicht gesondert, sodass sie aus den Abschlussprüfungsdaten nicht extrahiert werden können. Seit 2007 werden Umschulungsprüfungen und Externenprüfungen generell gesondert erfasst; bei Externenprüfungen werden jedoch nach wie vor nur Teilnahmen gezählt.

Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik von einer Aggregatdatenerhebung zu einer Individualdatenerfassung bietet grundsätzlich erweiterte Analysemöglichkeiten. Beispielsweise können erstmalige Teilnahmen an der Abschlussprüfung separat ausgewertet sowie Erfolgsquoten differenziert nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss der Auszubildenden betrachtet werden. Zudem kann die Berechnung des Indikators Erfolgsquote auf Basis von Individualdaten grundsätzlich verbessert werden. So kann die Erfolgsquote nicht nur wie bisher bezogen auf die

Prüfungsteilnahmen (fallbezogene Erfolgsquote), sondern jetzt auch bezogen auf die Prüfungsteilnehmer (personenbezogene Erfolgsquote) berechnet werden. Bei Zeitreihen wird aus Vergleichsgründen die bisherige Berechnungsweise auf Basis der Prüfungsfälle beibehalten. Die fallbezogene Erfolgsquote liegt dabei in der Regel etwas niedriger als die personenbezogene Erfolgsquote.

→ **Tabelle A4.7-1** zeigt die Entwicklung der Prüfungsteilnahmen an Abschlussprüfungen in der dualen Berufsausbildung anhand ausgewählter Zeitpunkte seit Mitte der 1990er-Jahre.¹³² In den Jahren 1995, 2000 und 2002 war die Zahl der durchgeführten Abschlussprüfungen mit jeweils rund 600.000 Fällen relativ konstant; im Jahr 2004 sank die Zahl der Prüfungsteilnahmen auf knapp 575.000, im Jahr 2006 um weitere 15.000 Prüfungsfälle auf knapp 560.000 Prüfungsteilnahmen. Im Jahr 2008 wurden rund 505.000 Teilnahmen an Abschlussprüfungen gezählt, wobei hierbei – nach der Umstellung der Statistik im Jahr 2007 – nun erstmals die durchgeführten Externenprüfungen nicht mehr enthalten sind. Für das Jahr 2009 ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der durchgeführten Abschlussprüfungen um rund 15.000 Fälle auf annähernd 520.000 Teilnahmen zu verzeichnen. In beiden Jahren entfielen gut 41 % der durchgeführten Abschlussprüfungen auf Prüfungsteilnahmen von Frauen.

Im Berichtsjahr 2009 haben knapp 470.000 Männer und Frauen die Abschlussprüfung bestanden und damit ihre Berufsausbildung mit einem qualifizierten Berufsabschluss beendet. Bezogen auf alle im Berichtsjahr durchgeführten Abschlussprüfungen liegt die Erfolgsquote mit 90,2 % auf dem Vorjahresniveau, aber über den bis 2006 beobachteten Erfolgsquoten. Zurückzuführen ist das auf den allgemein geringeren Prüfungserfolg der Teilnehmer/-innen an den Externenprüfungen, die bis zur Umstellung der Statistik im Jahr 2007 in die Berechnung der Erfolgsquote mit eingingen.¹³³ Legt man nicht die Anzahl der Prüfungsteilnahmen, sondern die der

¹³² Für eine umfassende jahresbezogene Darstellung seit 1993 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

¹³³ Die Erfolgsquote der extern zur Abschlussprüfung Zugelassenen bewegte sich in der Zeit von 1993 bis 2006 zwischen 70 % und 81 %, vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

Tabelle A4.7-1: Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 1995 bis 2009

Jahr	Prüfungsteilnahmen						
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:			
				mit bestandener Prüfung		Wiederholungsprüfungen	
				Anzahl	in % ¹	Anzahl	in %
1995	338.862	253.641	592.503	502.674	84,8	59.403	10,0
2000	341.499	247.104	588.603	502.578	85,4	57.468	9,8
2002	346.467	255.864	602.331	513.444	85,2	60.267	10,0
2004	329.379	245.583	574.962	492.837	85,7	61.422	10,7
2006	327.651	231.648	559.299	479.574	85,7	54.825	9,8
2007 ²	–	–	–	–	–	–	–
2008	296.883	207.558	504.438	454.851	90,2	29.183	5,8
2009	304.176	215.433	519.609	468.852	90,2	30.804	5,9

¹ Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote).

² Durch die Neukonzeption und Umstellung der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt. Für das Jahr 2007 wurden infolge der methodischen Umstellung der Statistik keine Teilnahmen an Abschlussprüfungen ausgewiesen. Bis 2006 einschließlich der Teilnehmer/-innen an Externenprüfungen, ab dem Berichtsjahr 2008 ohne Externenprüfungen. Bis 2007 einschließlich Teilnahmen an Abschlussprüfungen im Ausbildungsbereich Seeschifffahrt.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Prüfungsteilnehmer als Bezugsgröße zugrunde¹³⁴, beläuft sich der Prüfungserfolg im Jahr 2009 auf 92,0%.¹³⁵

→ **Tabelle 4.7-2** zeigt die Erfolgsquote (Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) für das Jahr 2009 in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen. Im Bereich des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe liegt sie über dem Durchschnitt, im Bereich der Landwirtschaft und im Handwerk unter

dem Durchschnitt. Im Vorjahresvergleich sind die Erfolgsquoten in den einzelnen Zuständigkeitsbereichen weitgehend konstant geblieben.¹³⁶

Viele Prüfungsteilnehmer, die nicht erfolgreich waren, wiederholen die Abschlussprüfung, um den gewünschten Berufsabschluss zu erlangen. Im Berichtsjahr 2009 betrug der Anteil der Wiederholungsprüfungen an allen durchgeführten Abschlussprüfungen 5,9% → **Tabelle 4.7-1**.¹³⁷ Allerdings tritt nur ein Teil der erfolglosen Prüfungsteilnehmer in dem Jahr zur Wiederholungsprüfung an, in dem die erste Abschlussprüfung (Erstprüfung) nicht bestanden wurde. Im Jahr 2009 war dies bei 9.942 Prüflingen der Fall. Die übrigen rund 20.000 Wiederholungsprüfungen entfallen auf Prüflinge, die in einem vor dem Berichtsjahr liegenden Jahr ohne Berufsabschluss aus der Erstprüfung gingen.

134 Die Zahl der Prüfungsteilnehmer (= Personen, die im Berichtsjahr erstmals zur Abschlussprüfung angetreten sind, und Personen, die im Berichtsjahr eine Wiederholungsprüfung zu einer im einem der Vorjahre 2009 bestanden Abschlussprüfung angetreten haben) betrug im Berichtsjahr 509.667 Personen.

135 Bis zur Umstellung der Berufsbildungsstatistik von Aggregat- auf Individualdaten wurde die auf Basis der Prüfungsteilnahmen ermittelte Erfolgsquote (Anteil erfolgreicher Abschlussprüfungen an allen durchgeführten Abschlussprüfungen) um die Zahl der Wiederholungsprüfungen korrigiert (d. h., die Anzahl der Wiederholungsprüfungen wurde von der Anzahl aller Abschlussprüfungen abgezogen), um eine Annäherung an die Zahl der Prüfungsteilnehmer zu erzielen und die Leistungsfähigkeit des dualen Systems genauer beurteilen zu können. Eine solche Korrektur ist seit der Umstellung auf Individualdaten nicht mehr erforderlich, da die Statistik nun auch die Zahl der Prüfungsteilnehmer ausweist. Nimmt man aus Vergleichsgründen dennoch die bisherige Korrektur vor, so ergibt sich für 2009 eine korrigierte Erfolgsquote von 95,9 % (im Vorjahr 95,7 %). Vgl. hierzu auch BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

136 Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

137 Seit 2007 werden nicht mehr alle von einem Prüfungsteilnehmer abgelegten Wiederholungsprüfungen gezählt, sondern je Kalenderjahr nur noch maximal eine, und zwar die im Kalenderjahr zuletzt abgelegte. Im Vergleich zu Vorjahren fällt die Anzahl der Wiederholungsprüfungen damit geringer aus.

Tabelle A4.7-2: Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2009 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen

Zuständigkeitsbereich	Prüfungsteilnahmen						
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:			
				mit bestandener Prüfung		Wiederholungsprüfungen	
	Anzahl			Anzahl	in % ¹	Anzahl	in %
Industrie und Handel ²	183.762	133.044	316.806	290.058	91,6	17.454	5,5
Handwerk	102.414	32.403	134.817	116.412	86,3	9.471	7,0
Öffentlicher Dienst ³	4.653	8.133	12.786	12.120	94,8	444	3,5
Landwirtschaft	11.299	3.174	14.472	12.111	83,7	1.647	11,4
Freie Berufe ³	1.764	35.511	37.275	35.067	94,1	1.518	4,1
Hauswirtschaft	285	3.165	3.450	3.084	89,4	270	7,8
Alle Bereiche	304.176	215.433	519.609	468.852	90,2	30.804	5,9

¹ Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen (Erfolgsquote).

² Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

³ Ohne Ausbildungsverträge, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Erste Teilnahme an der Abschlussprüfung und Berufsabschluss

Seit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik von Aggregat- auf Individualdaten ist es möglich, nicht nur den Anteil erfolgreicher Prüfungen an allen Abschlussprüfungen zu betrachten, sondern auch zu beziffern, wie viele junge Männer und Frauen die Abschlussprüfung im ersten Anlauf (Erstprüfung) bestehen.

Im Berichtsjahr unterzogen sich rund 285.000 junge Männer und knapp 205.000 junge Frauen zum ersten Mal der Abschlussprüfung im erlernten Ausbildungsberuf → **Tabelle A4.7-3**. Mit 92,8 % wurde die große Mehrheit aller Erstprüfungsteilnehmer nach Ablauf der regulären Ausbildungsdauer zur Abschlussprüfung zugelassen; 5,5 % nahmen aufgrund besonderer Ausbildungsleistungen vorzeitig an der Erstprüfung teil, 1,7 % nach Verlängerung der Ausbildungszeit. 91,2 % aller im Berichtsjahr 2009 absolvierten Erstprüfungen führten unmittelbar zum Erwerb des qualifizierten Berufsabschlusses.

Aus → **Tabelle A4.7-3** geht zudem hervor, dass zwischen den einzelnen Zuständigkeitsbereichen

deutliche Unterschiede sowohl in Bezug auf den Anteil der Erstprüfungsteilnehmer mit vorzeitiger Prüfungszulassung resp. Prüfungszulassung nach Verlängerung der Ausbildungszeit als auch hinsichtlich der Erfolgsquote bei den Erstprüfungen bestehen. In den Bereichen Industrie und Handel, öffentlicher Dienst sowie freie Berufe ist der Anteil vorzeitig zugelassener Erstprüfungsteilnehmer vergleichsweise hoch, und auch die Erfolgsquote liegt um 0,3 bis 4,3 Prozentpunkte über dem Durchschnitt. Umgekehrt weisen die Bereiche Handwerk, Landwirtschaft und Hauswirtschaft vergleichsweise niedrige Anteile an vorzeitig zugelassenen Erstprüfungskandidaten auf, zudem bleiben die Erfolgsquoten in diesen Zuständigkeitsbereichen um 0,5 bis 7,0 Prozentpunkte hinter dem Durchschnitt zurück.

Externe Prüfungsteilnahmen und Berufsabschluss

Neben der Abschlussprüfung nach einer regulären Ausbildung eröffnet das Berufsbildungsgesetz auch die Möglichkeit, als externer Prüfungsteilnehmer/externe Prüfungsteilnehmerin zur Abschlussprüfung vor der zuständigen Stelle zugelassen zu werden. Diese Möglichkeit steht vor allem Absolventen und

Tabelle A4.7-3: Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen 2009 nach Zuständigkeitsbereichen

Ausbildungs- bereich	Teilnehmer und Teilnehmerinnen										
	Männer	Frauen	insge- samt	darunter:							
				Art der Zulassung						Prüfungserfolg	
				fristgemäß		vorzeitig		nach Verlängerung		bestanden	
				Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Industrie und Handel ¹	173.178	126.174	299.352	277.113	92,6	19.887	6,6	2.355	0,8	276.927	92,5
Handwerk	94.572	30.774	125.346	118.008	94,1	2.931	2,3	4.407	3,5	109.497	87,4
Öffentlicher Dienst ²	4.434	7.908	12.342	11.445	92,7	774	6,3	120	1,0	11.787	95,5
Landwirtschaft	9.939	2.889	12.825	12.309	96,0	135	1,1	384	3,0	10.794	84,2
Freie Berufe ²	1.665	34.092	35.757	31.860	89,1	3.051	8,5	843	2,4	33.960	95,0
Hauswirtschaft	261	2.919	3.180	3.057	96,1	51	1,6	75	2,4	2.883	90,7
Alle Bereiche	284.049	204.756	488.805	453.789	92,8	26.829	5,5	8.184	1,7	445.851	91,2

¹ Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

² Ohne Ausbildungsverträge, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Absolventinnen vollzeitschulischer Bildungsgänge und ausbildungslosen Personen mit Berufserfahrung offen (BBiG § 45 Abs. 2 und 3 bzw. BBiG § 43 Abs. 2).

→ **Tabelle A4.7-4** weist die Teilnahmen an Externenprüfungen im Berichtsjahr 2009 insgesamt sowie differenziert nach Zuständigkeitsbereichen aus.¹³⁸

Mit rund 35.000 durchgeführten Externenprüfungen (einschließlich Wiederholungen) übertrifft die Zahl der Teilnahmen die des Vorjahres um gut 6.000 Prüfungsfälle.¹³⁹ Der Anteil der Externenprüfungen an allen in 2009 erfolgten Abschlussprüfungen¹⁴⁰ liegt bei 6,4 %. Zwischen den einzelnen Zuständigkeitsbereichen variieren die Anteilswerte der Externenprüfung allerdings erheblich. Mit Abstand die größte Bedeutung für den Erwerb eines Berufsabschlusses kommt der Externenprüfung im Bereich Hauswirtschaft zu. Hier entfallen 48,7 % aller durchgeführten Abschlussprüfungen auf Teilnahmen externer Prüfungskandidaten. Dagegen fällt die Externenprüfung

im Bereich der freien Berufe mit knapp 0,01 % so gut wie gar nicht ins Gewicht. Zwischen diesen beiden Extremen liegen die übrigen Bereiche mit Anteilen von 1,8 % im Handwerk, 3,7 % im öffentlichen Dienst, 7,8 % im Bereich Industrie und Handel und 11,5 % in der Landwirtschaft.

Ferner verdeutlicht → **Tabelle A4.7-4**, dass die beiden Formen der Zulassung zur Externenprüfung eine unterschiedliche Rolle spielen. Bei 70,7 % der externen Prüfungsfälle erfolgte die Zulassung aufgrund der gesetzlich geforderten Mindestdauer einschlägiger berufspraktischer Erfahrung, in den übrigen Fällen (29,3 %) absolvierten die Prüfungskandidaten einen einem anerkannten Ausbildungsberuf gleichgestellten schulischen Bildungsgang. In den einzelnen Zuständigkeitsbereichen kommt den beiden Zulassungsformen allerdings unterschiedliche Bedeutung zu. In Industrie und Handel, im öffentlichen Dienst sowie im Bereich Landwirtschaft dominiert die Berufserfahrung als Zulassungsvoraussetzung. Im Bereich Hauswirtschaft erfolgt die Zulassung zur Externenprüfung überwiegend (60,8 %) nach Abschluss eines schulischen Bildungsgangs. Im Handwerk und in den freien Berufen haben die

¹³⁸ Für eine Darstellung der Entwicklung der Teilnahmen an Externenprüfungen zwischen 1993 und 2006 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

¹³⁹ Vgl. hierzu BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.5.

¹⁴⁰ D. h. einschließlich der Externenprüfungen.

Tabelle A4.7-4: Teilnahmen an Externenprüfungen 2009 nach Zuständigkeitsbereichen

Zuständigkeitsbereich	Teilnahmen							Prüfungserfolg			
	Männer	Frauen	insgesamt	darunter:				bestandene Prüfungen bei Zulassung aufgrund		bestandene Prüfungen insgesamt	
				Zulassung aufgrund							
				abgeschlossenen schulischen Bildungsgangs		Berufserfahrung		abgeschl. schul. Bildungsgangs	Berufserfahrung		
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %	in %	Anzahl			in %	
Industrie und Handel ¹	15.660	11.166	26.826	6.267	23,4	20.559	76,6	79,0	78,4	21.060	78,5
Handwerk	1.623	885	2.508	1.305	52,0	1.206	48,0	88,1	92,4	2.265	90,2
Öffentlicher Dienst	201	288	489	78	16,0	411	84,0	82,1	90,3	435	89,1
Landwirtschaft	885	999	1.884	537	28,5	1.347	71,5	86,8	88,5	1.656	87,8
Freie Berufe	21	237	258	138	53,9	120	46,1	64,0	72,3	174	67,8
Hauswirtschaft	201	3.072	3.273	1.989	60,8	1.284	39,2	80,1	84,2	2.676	81,7
Alle Bereiche	18.591	16.647	35.238	10.314	29,3	24.924	70,7	80,6	80,0	28.263	80,2

¹ Einschließlich Banken, Versicherungen, Verkehrs- und Gastgewerbe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Absolutwerte sind auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

beiden Zulassungsformen annähernd das gleiche Gewicht.

Gut 28.000 extern zugelassene Prüfungsteilnehmer haben im Jahr 2009 die Prüfung bestanden und somit auf diesem Wege einen qualifizierten Berufsabschluss erworben. Das entspricht einer Erfolgsquote (Anteil bestandener Prüfungen an allen durchgeführten Prüfungen) von 80,2 %. Die Quote liegt damit um 10 Prozentpunkte unter der Erfolgsquote bei regulärer Zulassung zur Abschlussprüfung → **Tabelle A4.7-1**. Auch hier bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Zuständigkeitsbereichen: Im Handwerk, im öffentlichen Dienst und in der Landwirtschaft schnitten überdurchschnittlich viele extern zugelassene Prüfungsteilnehmer erfolgreich ab; in den freien Berufen liegt die Erfolgsquote deutlich unter dem Durchschnitt. In diesem Bereich und im öffentlichen Dienst sind zudem die Unterschiede in den Bestehensquoten in Abhängigkeit von der Zulassungsform am größten. Mit 82,1 % im öffentlichen Dienst und 64,0 % in den freien Berufen liegt die Erfolgsquote extern zugelassener Prüflinge

mit einem abgeschlossenen schulischen Bildungsgang um 8,2 bzw. 8,3 Prozentpunkte niedriger als bei externen Prüfungsteilnehmern mit einschlägiger Berufserfahrung. Mit Ausnahme des Bereichs Industrie und Handel zeigt sich auch in den anderen Bereichen ein größerer Prüfungserfolg der berufserfahrenen externen Prüfungsteilnehmer; die Differenz zu schulisch qualifizierten Prüflingen fällt allerdings deutlich geringer aus.

(Margit Ebbinghaus)

A4.8 Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen

Begonnene Ausbildungsverhältnisse werden nicht immer erfolgreich abgeschlossen. Endgültig nicht bestandene Abschlussprüfungen oder vorzeitige Vertragslösungen **E** können zu einem Ende des Ausbildungsverhältnisses ohne erworbenen Berufsabschluss führen. Der Ausbildungsvertrag kann von dem/der Auszubildenden, dem Ausbildungsbetrieb oder in beiderseitigem Einvernehmen aufgelöst werden. Die Gründe für Vertragslösungen sind vielfältig und mitunter komplex. Sie reichen von Betriebsschließungen und gesundheitlichen Gründen, revidierten Berufswahlentscheidungen bis hin zu Konflikten zwischen Ausbildern und Auszubildenden (vgl. Bohlinger 2003; Schöngen 2003). Eine Form der Vertragslösung ist die Kündigung des Vertrags. Nach § 22 BBiG kann ein Ausbildungsverhältnis während der Probezeit (maximal 4 Monate) von beiden Seiten jederzeit und ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Nach Ablauf der Probezeit kann eine ordentliche Kündigung nur noch durch die Auszubildenden erfolgen; die Auflösung des Vertrags durch den Ausbildungsbetrieb ist – in Anbetracht der besonderen Bedeutung des Ausbildungsverhältnisses für die berufliche Entwicklung – nur bei Vorliegen eines „wichtigen Grundes“ möglich. An diesen sind umso strengere Anforderungen zu stellen, je länger das Ausbildungsverhältnis bereits bestanden hat (Bundesarbeitsgericht v. 10.05.1973, 2 AZR 328/72).

Vorzeitig gelöste Verträge sind dabei jedoch keinesfalls mit einem endgültigen Ausbildungsabbruch gleichzusetzen. Etwa die Hälfte der Auszubildenden mit gelöstem Ausbildungsvertrag, so ergab eine Studie zu Vertragslösungen und Ausbildungsabbrüchen aus dem Jahre 2002, schließt erneut einen Ausbildungsvertrag ab und bleibt dem dualen System damit erhalten (vgl. Schöngen 2003, S. 37).

Zwar sind Vertragslösungen nicht gänzlich vermeidbar und können durchaus notwendig und sinnvoll sein (vgl. Bessey/Backes-Gellner 2008), dennoch erscheinen Bemühungen zur Vermeidung von vorzeitigen Vertragslösungen aus verschiedenen Gründen er-

forderlich.¹⁴¹ Vertragslösungen bedeuten immer auch einen Ressourcenverlust und können stark demotivierende Effekte zur Folge haben; im schlimmsten Fall führen sie zum Ausstieg aus der Bildungsbeteiligung sowohl des Jugendlichen als auch des Ausbildungsbetriebs (vgl. Jasper u. a. 2009). Auch angesichts der demografischen Entwicklung wird eine Senkung der Lösungsquote auch als strategischer Ansatz für eine bessere Ausschöpfung des Ausbildungspotenzials diskutiert (vgl. Ulmer/Ulrich 2008).



Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge (kurz: Vertragslösungen) der Berufsbildungsstatistik

Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge sind definiert als vor Ablauf der im Berufsausbildungsvertrag genannten Ausbildungszeit gelöste Ausbildungsverträge. Eine Form¹⁴² der vorzeitigen Auflösung eines Berufsausbildungsverhältnisses stellt dabei die Kündigung von Ausbildungsverträgen dar. Sie wird im Berufsbildungsgesetz explizit geregelt.

„§ 22 BBiG Kündigung

- (1) Während der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden.
- (2) Nach der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis nur gekündigt werden
 1. aus einem wichtigen Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist,
 2. von Auszubildenden mit einer Kündigungsfrist von vier Wochen, wenn sie die Berufsausbildung aufgeben oder sich für eine andere Berufstätigkeit ausbilden lassen wollen.
- (3) Die Kündigung muss schriftlich und in den Fällen des Absatzes 2 unter Angabe der Kündigungsgründe erfolgen.
- (4) Eine Kündigung aus einem wichtigen Grund ist unwirksam, wenn die ihr zugrunde liegenden Tatsachen dem zur Kündigung Berechtigten länger als zwei Wochen bekannt sind. Ist ein vorgesehenes Güteverfahren vor einer außergerichtlichen Stelle eingeleitet, so wird bis zu dessen Beendigung der Lauf dieser Frist gehemmt.“

141 Siehe hierzu z. B. die JOBSTARTER-Initiative VerA: <http://www.jobstarter.de/de/1760.php>.

142 Weitere Fälle vorzeitiger Vertragslösung können sein: der Abschluss von Aufhebungsvereinbarungen; das Schließen eines gerichtlichen Vergleichs, der eine Aufhebung zum Gegenstand hat; die Anfechtung des Ausbildungsvertrags, z. B. wegen Irrtums oder wegen Täuschung nach §§ 119 ff. BGB; der Tod des Auszubildenden (nicht der Tod des Ausbildenden, da dann in der Regel dessen Rechtsnachfolger Ausbilder wird); die tatsächliche Beendigung wegen Fernbleibens von der Ausbildung oder wegen unterlassener Ausbildung.

In der Berufsbildungsstatistik (vgl. **E in Kapitel A4.2.1** und **E in Kapitel A4.3**) werden als Vertragslösungen grundsätzlich nur solche Verträge erfasst, die tatsächlich angetreten wurden. Bereits vor dem Beginn der Ausbildung gelöste Ausbildungsverträge gehen somit nicht in die Meldungen ein.

In der **Aggregatstatistik** wurden **bis 2006** jeweils für das Kalenderjahr (= Berichtsjahr) sowohl die Summe der gelösten Verträge als auch die Differenzierung der Vertragslösungen nach Ausbildungsjahren erhoben (Lösung fand im 1., 2., 3. oder 4. Ausbildungsjahr statt). Zusätzlich wurde erfasst, bei wie vielen dieser Lösungen es sich um Lösungen in der Probezeit handelt.

Revision der Berufsbildungsstatistik ab Berichtsjahr 2007

Seit der Umstellung auf eine Individualdatenerfassung wird für jeden gemeldeten Ausbildungsvertrag erhoben, ob er gelöst wurde oder nicht. Das jeweilige Ausbildungsjahr sowie das Vorliegen einer Probezeitlösung kann nach den vorliegenden Daten errechnet werden. Die Individualdaten ermöglichen es überdies, die Zahl der gelösten Verträge und die Vertragslösungsquote nach allen in der Berufsbildungsstatistik erhobenen Variablen auszuwerten (z. B. Lösungsquoten differenziert nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Schulabschluss der Auszubildenden).

Die Umsetzung der umfassenden Neuerungen der Berufsbildungsstatistik ist in den ersten Jahren nicht ohne größere Meldeprobleme erfolgt¹⁴³, die insbesondere auch die Lösungsdaten betrafen. Deshalb wurden im Jahr 2007 keine Lösungsdaten veröffentlicht, und auch für die Daten des Berichtsjahres 2008 wurden noch keine neuen Auswertungsmöglichkeiten der Berufsbildungsstatistik umgesetzt. Im Berichtsjahr 2009 sind zwar noch nicht alle Meldeprobleme behoben (siehe hierzu → **Tabelle A4.8-2**), die Datenlage hat sich jedoch deutlich verbessert.

Zu beachten ist weiterhin, dass *Vertragslösungen nicht mit Ausbildungsabbrüchen gleichzusetzen sind*. Ein Großteil der Jugendlichen mit gelöstem Ausbildungsvertrag schließt erneut einen Ausbildungsvertrag im dualen System ab. Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik wird keine feste Personennummer (die über alle Jahre hinweg gleichblei-

bend ist) erfasst. Deshalb liegen auch nach der Revision der Berufsbildungsstatistik keine echten Verlaufsdaten vor; der Verbleib der Auszubildenden mit gelöstem Vertrag kann auf Basis der Berufsbildungsstatistik nicht nachgezeichnet werden (vgl. Uhly 2006, S. 58).

Im Folgenden wird das Vertragslösungsgeschehen 2009 auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (vgl. **E in Kapitel A4.2.1** und **E in Kapitel A4.3**) dargestellt. Auf eine Betrachtung der Vertragslösungen im längerfristigen Zeitverlauf wird hier verzichtet (siehe hierzu BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.7), zum einen, da seit der Umstellung der Berufsbildungsstatistik Meldeprobleme insbesondere auch bezüglich der Vertragslösungsdaten aufgetreten sind, die eine Vergleichbarkeit der Daten im Zeitverlauf mindern; zum anderen, da hier der Schwerpunkt auf neue Möglichkeiten der Auswertung auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik gelegt wird. Die Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf eine Individualdatenerfassung ermöglicht eine exaktere Berechnung der Vertragslösungsquote nach dem Schichtenmodell **E**. Zudem können Lösungsquoten nun auch getrennt für verschiedene Personengruppen von Auszubildenden berechnet werden.

Im Berichtsjahr 2009 wurden bundesweit 141.360 Verträge gelöst. Der größte Teil der gelösten Ausbildungsverträge wird innerhalb des ersten Jahres nach Beginn des Ausbildungsvertrages gelöst. 61,8 % aller Vertragslösungen fielen 2009 in den Zeitraum der ersten 12 Monate nach Ausbildungsbeginn, 30,2 % wurden noch während der ersten 4 Monate (Probezeit) gelöst und 31,6 % zwischen dem fünften und zwölften Monat → **Tabelle A4.8-1**. Auch in das zweite Jahr nach Vertragsbeginn fällt mit 27,0 % noch ein großer Anteil der Lösungen; 11,2 % der Lösungen erfolgten zu einem späteren Zeitpunkt. Im Zuständigkeitsbereich freie Berufe finden die Lösungen überproportional häufig früh statt; 42,6 % aller Lösungen in diesem Bereich fallen in die Probezeit. Auch in den Berufen des öffentlichen Dienstes fällt der Anteil der Lösungen in der Probezeit an allen Lösungen noch überproportional hoch aus. In der Hauswirtschaft treten Lösungen noch in vergleichsweise starkem Maße zu späteren

143 Siehe hierzu http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_berichtsjahre.pdf.

Tabelle A4.8-1: **Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen¹ und Zeitpunkt der Lösung² (absolut und in %³), Bundesgebiet 2009**

Zuständigkeitsbereich	Vorzeitige Vertragslösungen insgesamt		davon gelöst:									
			in der Probezeit		nach 5 bis 12 Monaten		nach 13 bis 24 Monaten		nach 25 bis 36 Monaten		nach mehr als 36 Monaten	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	76.773	100,0	23.676	30,8	25.683	33,5	20.364	26,5	6.093	7,9	960	1,3
Handwerk	49.869	100,0	13.503	27,1	14.838	29,8	14.424	28,9	6.057	12,1	1.047	2,1
Öffentlicher Dienst	669	100,0	234	35,0	165	24,7	159	23,8	90	13,5	18	2,7
Landwirtschaft	3.171	100,0	828	26,1	927	29,2	927	29,2	423	13,3	66	2,1
Freie Berufe	9.864	100,0	4.206	42,6	2.760	28,0	2.007	20,3	756	7,7	138	1,4
Hauswirtschaft	1.017	100,0	195	19,2	303	29,8	315	31,0	150	14,7	51	5,0
Alle Bereiche	141.360	100,0	42.645	30,2	44.676	31,6	38.196	27,0	13.569	9,6	2.277	1,6

¹ Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe.

² Zeitraum zwischen Beginn und Lösung (in Monaten).

³ Anteil der Lösungen in einem bestimmten Zeitraum nach Beginn der Ausbildung an allen Lösungen (es handelt sich nicht um die Lösungsquote).

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

Zeitpunkten der Ausbildung auf; knapp 20 % der Lösungen werden später als 2 Jahre nach Beginn des Ausbildungsvertrages gelöst.

Neuberechnung der Vertragslösungsquote nach dem Schichtenmodell

Die Vertragslösungsquote gibt den Anteil der Vertragslösungen an den begonnenen Ausbildungsverhältnissen wieder. Die Berechnung der Lösungsquote durch das BIBB erfolgt nach einem sogenannten Schichtenmodell **E**. Auf Basis der früheren Aggregatdaten der Berufsbildungsstatistik konnte die Lösungsquote nur näherungsweise berechnet werden. Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik werden die erforderlichen Angaben erfasst, sodass sich nun die Lösungsquote exakter berechnen lässt (zum Vergleich von alter und neuer Berechnungsweise siehe **E**). Nachdem bei den Auszubildendendaten im Berichtsjahr 2009 schwerwiegendere Umsetzungsprobleme der revidierten Berufsbildungsstatistik überwunden sind, wird die Neuberechnung der Vertragslösungsquote nun umgesetzt. Im Folgenden werden alle Lösungsquoten nach der neuen Berechnungsweise ermittelt.

E Berechnung der Lösungsquote nach dem Schichtenmodell des BIBB

Das BIBB berechnet die Lösungsquoten als Anteil der vorzeitigen Vertragslösungen an allen begonnenen Ausbildungsverträgen. Zu Letzteren werden dabei die Neuabschlüsse und jene begonnenen Ausbildungsverträge gezählt, die bis zum 31. Dezember des betreffenden Jahres wieder gelöst wurden. Zwar werden im jeweiligen Ausbildungsjahr alle gelösten Ausbildungsverträge einbezogen (nicht nur die der im Berichtsjahr begonnenen Verträge), doch würde die Berechnung bezogen auf die Bestandszahl an Auszubildenden das faktische Ausmaß an Lösungen unterschätzen. Denn im Bestand sind aus den in den Vorjahren begonnenen Ausbildungsverträgen nur noch die Verträge enthalten, die nicht gelöst wurden.

Berechnet man die Lösungsquote als Anteil an den begonnenen Verträgen, kann die Lösungszahl eines Jahres jedoch nicht einfach in Relation zur Zahl der begonnenen Verträge des betrachteten Jahres gesetzt werden. Denn die gelösten Verträge stammen aus unterschiedlichen Beginnjahrgängen. Insbesondere wenn man die Lösungsquote für einzelne Berufe oder Berufsgruppen berechnet, ist zu beachten, dass die Größe der Beginnjahrgänge von Jahr zu Jahr deutlich schwanken kann.

Deshalb berechnet das BIBB die Lösungsquote als Schichtenmodell, indem die Lösungen des aktuellen Berichtsjahres differenziert werden nach dem jeweiligen Jahr des Beginns des gelösten Ausbildungsvertrages. Es werden Teilquoten für die einzelnen Beginnjahre berechnet, die dann zur Lösungsquote summiert werden. Die so berechnete Quote kann interpretiert werden als die näherungsweise Berechnung des Anteils der gelösten Ausbildungsverträge an den im Berichtsjahr begonnenen Ausbildungsverträgen.¹⁴⁴

Die Vertragslösungsquote liegt im Berichtsjahr 2009 bei 22,1 % → **Tabelle A4.8-2**. Im Vergleich zur

Studienabbruchquote von Studierenden deutscher Hochschulen, die im Jahr 2008 24 % betrug (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 128 f.; vgl. auch Heublein u. a. 2010), fällt die Vertragslösungsquote vergleichsweise moderat aus. Insbesondere da auch zu berücksichtigen ist, dass ca. 50 % der Auszubildenden mit gelöstem Vertrag die duale Ausbildung noch fortsetzen (also keine endgültigen Ausbildungsabbrecher/-innen darstellen) und dass die Studienabbruchquote dagegen nur den Anteil der deutschen Studienanfänger angibt, die überhaupt kein Studium abschließen.¹⁴⁵



Alte und neue Berechnungsweise des Schichtenmodells im Vergleich

Berechnung auf Basis der Individualdaten (ab Berichtsjahr 2009)

Folgende Formel stellt die Berechnung der Lösungsquote für das Berichtsjahr 2009 nach der neuen Berechnungsweise auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik dar:

$$LQ_{\text{neu}} = \frac{\text{Anzahl der Lösungen 2009, die 2009 begonnen hatten}}{\text{Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge 2009}} + \frac{\text{Anzahl der Lösungen 2009, die 2008 begonnen hatten}}{\text{Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge 2008}} + \frac{\text{Anzahl der Lösungen 2009, die 2007 oder früher begonnen hatten}}{\text{Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge 2007}}$$

Begonnene Ausbildungsverträge: Neuabschlüsse + begonnene Ausbildungsverträge, die bis zum 31. Dezember des Berichtsjahrs wieder gelöst wurden

Die Lösungen werden nach dem Vertragsbeginn differenziert und auf die Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge mit entsprechendem Beginndatum bezogen. Da vor 2007 noch keine Individualdaten mit entsprechenden Differenzierungsmöglichkeiten vorlagen, können nur drei Teilquoten berechnet werden. Die Verträge mit Lösungen in 2009, die 2007 oder früher begonnen hatten, werden deshalb in Relation zu den begonnenen Ausbildungsverträgen des Jahres 2007 gesetzt.

Frühere Berechnung auf Basis der Aggregatdaten (fortgeführt bis Berichtsjahr 2008)¹⁴⁶

Da die frühere Aggregatstatistik nur für die Neuabschlüsse (die bis zum 31. Dezember nicht wieder gelöst wurden) das Beginnjahr erfasste, lag diese Information weder für die gelösten Verträge vor, noch konnte die Anzahl der begonnenen Ausbildungsverträge genau ermittelt werden. Vielmehr mussten stellvertretend andere Variablen herangezogen werden. Erfasst waren die Lösungen differenziert nach dem Ausbildungsjahr (1., 2., 3. oder 4. Ausbildungsjahr). Man musste die Annahme treffen, dass die Verträge, die im 1. Ausbildungsjahr im aktuellen Berichtsjahr gelöst wurden, im aktuellen Berichtsjahr begannen; die, die im 2. Ausbildungsjahr gelöst wurden, im Vorjahr begannen usw. Außerdem hat man angenommen, dass sich die Zahl der begonnenen Ausbildungsverträge aus der Summe der Neuabschlüsse und der Summe der Lösungen in der Probezeit ergibt.

¹⁴⁴ Zur detaillierten Beschreibung des Schichtenmodells und dessen Interpretation siehe http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_daten.pdf.

¹⁴⁵ Fach- und Hochschulwechsel, die zu einem Abschluss führen, bedeuten also keinen Studienabbruch.

¹⁴⁶ Die Wahl des Schichtenmodells und dessen Umsetzung auf Basis der Aggregatdaten wird von Werner (2003) erläutert; in diesem Sammelband findet man außerdem eine Diskussion weiterer Modelle zur Berechnung von Vertragslösungsquoten.

Folgende Formel stellt die Berechnung der Lösungsquote für das Berichtsjahr 2009 nach der früheren, auf Aggregatdaten basierenden Berechnungsweise dar:

$$LQ_{alt} = \frac{\text{Lösungen im 1. AJ in 2009}}{\text{NeuabKorr 2009}} + \frac{\text{Lösungen im 2. AJ in 2009}}{\text{NeuabKorr 2008}} + \frac{\text{Lösungen im 3. AJ in 2009}}{\text{NeuabKorr 2007}} + \frac{\text{Lösungen im 4. AJ in 2009}}{\text{NeuabKorr 2006}}$$

„AJ“ = Ausbildungsjahr; „NeuabKorr“ = Neuabschlüsse + Lösungen in der Probezeit

Diese Quotenberechnung ist deshalb problematisch, da – wie sich jetzt auf Basis der Individualdaten zeigt – ein Großteil (ca. 50 %) der im 1. Ausbildungsjahr gelösten Verträge nicht im aktuellen Jahr begannen, sondern im Vorjahr; bei einem Großteil der in 2009 im 2. Ausbildungsjahr gelösten Verträge war das Beginnjahr nicht 2008 usw. Diese Zuordnung der Lösung zum Jahr des Beginns basierend auf den Angaben zum Ausbildungsjahr, in dem der Vertrag gelöst wurde, war demnach als Näherung problematisch. Die Berechnung der begonnenen Verträge als Summe aus den Neuabschlüssen und der Lösungen in der Probezeit dagegen waren als näherungsweise Berechnung tragfähiger.

Tabelle A4.8-2: Vertragslösungsquoten (in %) der begonnenen Ausbildungsverträge¹ nach Zuständigkeitsbereichen² und Ländern 2009

Region	Insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft ³	Freie Berufe	Hauswirtschaft ⁴
Baden-Württemberg	18,3	16,3	22,7	3,7	17,9	22,3	21,3
Bayern ⁴	18,8	16,4	24,2	2,9	8,4	21,6	11,4
Berlin (ab 1991 mit Berlin-Ost)	28,8	26,4	36,3	5,3	35,4	29,0	25,9
Brandenburg ³	27,4	27,3	31,7	4,1	24,6	23,1	21,4
Bremen ⁴	21,7	19,1	32,1	6,4	0,0	20,5	28,1
Hamburg ⁴	24,3	21,7	36,0	5,6	2,2	24,7	2,5
Hessen	21,1	19,0	27,8	5,6	30,3	19,5	–
Mecklenburg-Vorpommern	30,2	29,9	35,4	5,0	27,7	22,9	42,9
Niedersachsen	21,5	21,1	24,6	4,7	16,7	18,5	26,5
Nordrhein-Westfalen	22,0	19,3	28,8	6,7	21,4	22,0	24,2
Rheinland-Pfalz	24,4	19,9	34,8	8,1	27,4	17,7	25,2
Saarland	24,5	20,3	35,2	1,0	27,4	14,3	25,1
Sachsen ⁴	23,4	24,8	27,4	3,4	1,4	19,4	0,5
Sachsen-Anhalt	26,7	26,5	30,0	3,2	25,8	21,7	30,6
Schleswig-Holstein	24,6	22,6	29,7	7,7	25,1	20,4	–
Thüringen	25,2	23,4	31,9	5,4	26,1	21,4	29,6
Bundesgebiet (LQ neu)	22,1	20,2	27,7	5,0	18,6	21,3	22,6
Bundesgebiet (LQ alt)	22,6	20,7	28,4	5,0	18,9	21,6	23,3

¹ Schichtenmodell nach neuer Berechnungsweise; für das Bundesgebiet insgesamt neue (LQ neu) und alte Berechnungsweise (LQ alt).

² Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe.

³ Für Brandenburg gibt es Hinweise darauf, dass zu hohe Lösungszahlen gemeldet wurden, da fälschlicherweise beim Wechsel von überwiegend öffentlich finanzierten Auszubildenden in betrieblich finanzierte Ausbildungsverträge (im Rahmen der betriebsnahen Förderung) Lösungen auch dann gemeldet wurden, wenn zu Beginn des Ausbildungsvertrages diese Wechsel schon vereinbart waren.

⁴ Die auffallend niedrigen Werte in der Land- und/oder Hauswirtschaft in den Ländern Bayern, Bremen, Hamburg und Sachsen sind mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf Meldefehler zurückzuführen und stellen eine deutliche Untererfassung dar.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Lösungsquote variiert deutlich zwischen den Zuständigkeitsbereichen und Ländern → **Tabelle A4.8-2**. In den Berufen des Handwerks zeigt sich mit 27,7 % die höchste durchschnittliche Lösungsquote. Eine extrem niedrige durchschnittliche Lösungsquote von nur 5 % ergibt sich lediglich in den Berufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst. In allen anderen Zuständigkeitsbereichen liegt sie bei 19 % bis 23 %. Auch zwischen den Ländern unterscheiden sich die Lösungsquoten, sie reichen von durchschnittlich 18,3 % in Baden-Württemberg bis hin zu 30,2 % in Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt fallen die Lösungsquoten in Ostdeutschland höher aus; allerdings liegen sie auch in Schleswig-Holstein, im Saarland, in Rheinland-Pfalz und Hamburg bei über 24 %. Die auffallend niedrigen Werte in der Land- und/oder Hauswirtschaft in den Ländern Bayern, Bremen, Hamburg und Sachsen sind mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auf Meldefehler zurückzuführen und dürften auf eine deutliche Untererfassung zurückzuführen sein. Da beide Bereiche, gemessen an allen begonnenen Ausbildungsverträgen, vergleichsweise klein ausfallen, verzerren diese Fehlmeldungen die Lösungsdaten insgesamt nur in geringem Maße.

Seit der Revision der Berufsbildungsstatistik ist eine Differenzierung von Lösungen und Lösungsquoten nach allen erfassten Merkmalen der Berufsbildungsstatistik möglich. Erstmals lassen sich damit neben berufsspezifischen und regionalen Lösungsquoten auch personengruppenspezifische Quoten berechnen; zudem können nun auch Zusammenhänge zwischen verschiedenen berufs-, personenbezogenen und regionalen Variablen einerseits sowie der „Lösungswahrscheinlichkeit“ andererseits betrachtet werden.

Lösungsquoten nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit

Wie auch nach der näherungsweisen Berechnung früherer Berichtsjahre zeigt sich im Berichtsjahr 2009, dass die Lösungsquote der mit Frauen abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit durchschnittlich 22,9 % insgesamt etwas höher ausfällt als die der Männer (21,5 %) → **Tabelle A4.8-3**. Bei den Frauen finden die Lösungen häufiger zu einem früheren Zeitpunkt statt (während der Probe-

zeit bzw. im 1. Jahr nach Ausbildungsbeginn) als bei den Männern. Im Vergleich zu den Männern ergeben sich höhere Lösungsquoten der Frauen in den Zuständigkeitsbereichen Industrie und Handel sowie insbesondere in der Landwirtschaft und im Handwerk. In den Ausbildungsberufen der Hauswirtschaft, der freien Berufe und des öffentlichen Dienstes fallen die Lösungsquoten der Frauen niedriger aus als die der Männer. Auffallend ist, dass die Lösungsquoten der Frauen in jenen Zuständigkeitsbereichen besonders hoch ausfallen, in denen Frauen weniger stark vertreten sind; umgekehrt fallen die Lösungsquoten der Männer in den Zuständigkeitsbereichen vergleichsweise hoch aus, in denen der Männeranteil an allen Auszubildenden geringer ausfällt.^{147, 148}

Deutliche Unterschiede in den Lösungsquoten zeigen sich auch bei den Verträgen der Auszubildenden mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit → **Tabelle A4.8-3**. Von den Ausbildungsverträgen der ausländischen Auszubildenden werden im Durchschnitt 27,4 % vorzeitig gelöst, von den Ausbildungsverträgen der Auszubildenden mit deutschem Pass nur 21,8 %; höhere Lösungsquoten bei den ausländischen Auszubildenden ergeben sich in nahezu allen Zuständigkeitsbereichen. Die Abstände fallen in der Landwirtschaft, in Industrie und Handel sowie im Handwerk am höchsten aus. Gering bis sehr gering sind die Unterschiede zwischen beiden Gruppen dagegen im öffentlichen Dienst und bei den freien Berufen. In der Hauswirtschaft liegt die Quote bei den Verträgen der Ausländer sogar unter der Lösungsquote der Deutschen. Teilweise sind die Unterschiede in den Lösungsquoten zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden auch auf Unterschiede hinsichtlich des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses zurückzuführen.

147 Hierbei ist allerdings zu beachten, dass Vertragslösungen auch bei einem Wechsel von einem öffentlich finanzierten in ein betrieblich finanziertes Berufsausbildungsverhältnis auftreten können. Zumindest aus Brandenburg liegen entsprechende Hinweise vor.

148 In den Bereichen Landwirtschaft und Handwerk sind mehr als 70 % aller Auszubildenden Männer. In den Bereichen öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft beträgt der Frauenanteil 65 % bis 95 % (vgl. **Kapitel A4.2.1**). Auf Basis der Betrachtung von Lösungsquoten bei einzelnen (männlich bzw. weiblich dominierten) Ausbildungsberufen weist auch Huth (2000, S. 37 f.) auf einen solchen Zusammenhang hin.

Tabelle A4.8-3: Vertragslösungsquoten (in %)¹ nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen², Bundesgebiet 2009

Personenmerkmal	Insgesamt	Industrie und Handel	Handwerk	Öffentlicher Dienst	Landwirtschaft	Freie Berufe	Hauswirtschaft
männlich	21,5	19,3	25,9	6,2	17,7	23,1	26,2
weiblich	22,9	21,4	32,5	4,4	21,5	21,2	22,2
deutsche Staatsangehörigkeit	21,8	19,9	27,4	5,0	18,5	21,1	22,6
ausländische Staatsangehörigkeit	27,4	25,4	32,5	5,3	26,2	23,9	21,5
ohne Hauptschulabschluss	36,3	39,9	37,9	11,0	25,5	39,2	26,6
mit Hauptschulabschluss	30,8	31,7	31,2	7,2	21,1	28,3	22,3
mit Realschulabschluss	19,6	19,2	22,4	5,5	14,7	20,5	13,2
mit Studienberechtigung	12,9	12,1	19,0	4,0	12,9	18,5	16,4
Auszubildende insgesamt	22,1	20,2	27,7	5,0	18,6	21,3	22,6

¹ Schichtenmodell nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge.

² Zuordnung nach Zuständigkeit für die jeweiligen Ausbildungsberufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember)

Lösungsquoten nach allgemeinbildendem Schulabschluss

Bei der Betrachtung der Lösungsquoten nach allgemeinbildendem Schulabschluss (vgl. Kapitel A4.6.2) zeigt sich deutlich, dass die Lösungsquote umso höher ausfällt, je niedriger der allgemeinbildende Schulabschluss der Auszubildenden ist → **Tabelle A4.8-3**. So weisen Auszubildende ohne Hauptschulabschluss mit 36,3 % eine nahezu dreimal höhere Lösungsquote auf als Studienberechtigte (12,9 %). Bei den Verträgen der Auszubildenden mit Hauptschulabschluss beträgt die Lösungsquote 30,8 %, die Verträge von Auszubildenden mit Realschulabschluss werden zu 19,6 % vorzeitig gelöst. Diese Rangfolge der Abschlussgruppen ergibt sich mit Ausnahme der Hauswirtschaft innerhalb aller Zuständigkeitsbereiche.

Obwohl die Lösungsquoten im Zuständigkeitsbereich Industrie und Handel insgesamt leicht unterdurchschnittlich ausfallen, ergeben sich hier bei den Verträgen der Auszubildenden mit maximal Hauptschulabschluss sogar etwas höhere Quoten als im Zuständigkeitsbereich Handwerk. Für die Ausbildungsverträge der Jugendlichen mit mindestens

Realschulabschluss gilt jedoch, dass die Lösungsquoten jeweils im Handwerk und in den freien Berufen am höchsten ausfallen. In den Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes fallen die Lösungsquoten in allen Schulabschlussgruppen deutlich unterdurchschnittlich aus.

Lösungsquoten in Ausbildungsberufen

Die Lösungsquoten variieren deutlich zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen → **Tabelle A4.8-4**. Betrachtet man die Berufe¹⁴⁹ mit den jeweils höchsten und niedrigsten Lösungsquoten, ergeben sich weitgehend übereinstimmende Ergebnisse gegenüber den Vorjahren. Unter den Berufen mit sehr hohen Lösungsquoten von 38,8 % bis 44,0 % sind vor allem die Berufe des Hotel- und Gaststättengewerbes (Koch/Köchin, Restaurantfachmann/-frau, Fachkraft im Gastgewerbe) sowie weitere primäre Dienstleistungsberufe¹⁵⁰ (Fachkraft für Schutz und Sicherheit,

149 Einbezogen wurden Ausbildungsberufe mit mindestens 300 neu abgeschlossenen Verträgen im Jahre 2009.

150 Zur Unterscheidung von primären und sekundären Dienstleistungsberufen sowie Fertigungsberufen siehe **Kapitel A4.4**.

Tabelle A4.8-4: Ausbildungsberufe¹ mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %², Bundesgebiet 2009

Ausbildungsberufe mit den höchsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich ³	Lösungsquote	Ausbildungsberufe mit den niedrigsten Lösungsquoten	Zuständigkeitsbereich ³	Lösungsquote
Koch/Köchin	IH	44,0	Fachangestellte/-r für Medien- und Informationsdienste	IH/ÖD	3,0
Restaurantfachmann/-frau	IH	43,6	Verwaltungsfachangestellte/-r	ÖD	3,5
Fachkraft für Schutz und Sicherheit	IH	42,9	Technische/-r Produktdesigner/-in	IH	4,1
Fachkraft im Gastgewerbe	IH	42,7	Kaufmann/-frau für Verkehrsservice	IH	4,6
Kosmetiker/-in	IH/HwEx	40,2	Fachangestellte/-r für Arbeitsförderung	ÖD	4,7
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugservice	IH/HwEx	40,2	Bankkaufmann/-frau	IH	5,0
Berufskraftfahrer/-in	IH	39,9	Justizfachangestellte/-r	ÖD	5,2
Gebäudereiniger/-in	Hw	39,7	Fachkraft für Abwassertechnik	IH/ÖD	5,9
Servicefachkraft für Dialogmarketing	IH/HwEx	39,4	Fluggerätmechaniker/-in	IH	6,1
Hochbaufacharbeiter/-in	IH/Hw	38,8	Biologielaborant/-in	IH	6,5

¹ Ausbildungsberufe, in denen mindestens 300 neue Ausbildungsverträge im Jahr 2009 begonnen hatten.

² Schichtenmodell nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge.

³ IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet; ÖD = Öffentlicher Dienst.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember)

Kosmetiker/-in, Berufskraftfahrer/-in und Gebäudereiniger/-in) vertreten. Dagegen weisen neben den Ausbildungsberufen des Zuständigkeitsbereichs öffentlicher Dienst vor allem sekundäre Dienstleistungsberufe (Technische/-r Produktdesigner/-in, Kaufmann/-frau für Verkehrsservice, Bankkaufmann/-frau und Biologielaborant/-in) mit 3,0 % bis 6,5 % sehr niedrige Lösungsquoten auf.

Betrachtet man die 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe des dualen Systems → **Tabelle A4.8-5**, die zusammen mehr als die Hälfte aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge umfassen, so zeigt sich auch hier die große Bandbreite an Lösungsquoten von unter 5 % bis über 40 %. In den meisten dieser Berufe ist die Lösungsquote der Verträge von Frauen geringer als die der Männer, obwohl die Lösungsquote bei den Frauen im Gesamtdurchschnitt etwas höher ausfällt als bei den Männern. Die Ausbildungsverträge ausländischer Auszubildender werden in nahezu allen dieser 20 Berufe zu größeren Anteilen gelöst als die der Auszubildenden mit deutschem Pass.

Bei diesen bivariaten Befunden ist jedoch zu beachten, dass eine höhere Lösungsquote bei einer bestimmten Personengruppe nicht bedeutet, dass diese Personen in stärkerem Maße Verträge lösen, die Ausbildung oder den Ausbildungsbetrieb wechseln oder gar gänzlich die Berufsausbildung abbrechen würden. Ebenso wenig kann man schlussfolgern, dass Ausbildungsbetriebe grundsätzlich eher die Ausbildungsverträge mit diesen Jugendlichen lösen. Zum einen erfasst die Berufsbildungsstatistik nicht, von welcher Seite der Vertragspartner die Lösung ausging und was der Grund für die Lösung war. Zum anderen sind die Zusammenhänge komplex. Lösungen können bei einer Personengruppe hoch ausfallen, weil sie stärker in Ausbildungsberufen, Betrieben oder Regionen mit hohen Lösungsquoten zu finden sind. Zum anderen können die Lösungsquoten in Berufen höher oder niedriger ausfallen, weil Personen mit geringerer Lösungswahrscheinlichkeit in diesen Berufen zu finden sind oder weil sie in Betrieben, Branchen oder Regionen mit geringeren Lösungsquoten vorzufinden sind. Zur Klärung dieser Zusammenhänge besteht noch ein erheblicher For-

Tabelle A4.8-5: Vertragslösungsquoten (in %)¹ in den 20 am stärksten besetzten dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 2009

Duale Ausbildungsberufe (BBiG/HwO)	Zuständigkeitsbereich²	Neuabschlüsse	Vertragslösungsquoten				
			Insgesamt	Frauen	Männer	Ausländer/-innen	Deutsche
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	IH/HwEx	33.204	20,9	20,1	22,0	23,3	20,7
Verkäufer/-in	IH/HwEx	26.235	27,1	26,1	29,0	28,3	27,0
Bürokaufmann/-frau	IH/Hw	20.595	21,3	20,6	23,1	26,6	21,1
Kraftfahrzeugmechatiker/-in	IH/Hw	18.141	20,3	24,4	20,2	25,9	20,0
Industriekaufmann/-frau	IH/HwEx	17.280	7,4	7,1	7,9	10,6	7,3
Friseur/-in	Hw	15.291	38,7	37,6	47,3	38,6	38,7
Koch/Köchin	IH/HwEx	15.021	44,0	43,7	44,1	47,3	43,9
Industriemechaniker/-in	IH/HwEx	13.812	7,9	10,4	7,8	10,2	7,9
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	FB	13.800	20,2	20,2	23,6	23,7	19,9
Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel	IH/HwEx	13.338	13,0	12,2	13,6	18,6	12,8
Bankkaufmann/-frau	IH	13.275	5,0	4,6	5,4	7,7	4,9
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	IH/HwEx	12.987	20,8	19,8	24,4	27,8	20,4
Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk	IH/HwEx	11.766	35,5	34,9	42,0	37,5	35,3
Hotelfachmann/-frau	IH/HwEx	11.301	33,4	32,8	35,3	40,1	33,0
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	FB	10.710	22,8	22,8	25,9	24,2	22,6
Elektroniker/-in	Hw	10.323	24,5	28,1	24,4	29,9	24,2
Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	IH/Hw	10.068	26,4	24,6	26,4	28,1	26,3
Maler/-in und Lackierer/-in	Hw	9.519	33,3	31,9	33,6	34,8	33,2
Tischler/-in	Hw	8.532	23,3	22,8	23,4	25,8	23,3
Fachinformatiker/-in	IH/HwEx	8.505	13,0	18,6	12,6	18,5	12,9
Duale Ausbildungsberufe insgesamt		561.171	22,1	22,9	21,5	27,4	21,8

¹ Schichtenmodell nach neuer Berechnungsweise; in % der begonnenen Ausbildungsverträge.

² IH = Industrie und Handel; Hw = Handwerk; HwEx = IH-Beruf im Handwerk ausgebildet; ÖD = Öffentlicher Dienst; FB = Freie Berufe.

Quelle: „Datenbank Auszubildende“ des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Erhebung zum 31. Dezember). Absolutwerte aus Datenschutzgründen jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die gerundete Gesamtzahl kann aufgrund der Rundung je Zeile von der Summe der gerundeten Einzelwerte abweichen.

schungsbedarf (vgl. Jasper u. a. 2009). Teilweise sind hierzu Forschungsprojekte mit eigenen Datenerhebungen zu den spezifischen Fragestellungen (Primärerhebungen) erforderlich. Teilweise kann man nun – nach verbesserter Datenlage – die Individualdaten der Berufsbildungsstatistik auswerten. Solche Sekundäranalysen werden derzeit im BIBB durchgeführt; diese Arbeiten stehen jedoch noch in den Anfängen. Erste Ergebnisse multivariater Zusammenhangsanalysen auf Basis der Individualdaten der Berufsbildungsstatistik bestätigen eine höhere „Lösungswahrscheinlichkeit“ bei älteren Auszubildenden, bei Jugendlichen, die zuvor bereits einmal einen Ausbildungsvertrag gelöst haben, im Handwerk, in Regionen mit einer höheren Arbeitslosenquote,

bei Ausbildungsverträgen von Frauen, in primären Dienstleistungsberufen und bei Auszubildenden mit maximal Hauptschulabschluss; in geringerem Maße ist die „Lösungswahrscheinlichkeit“ auch bei den Ausbildungsverträgen ausländischer Auszubildender¹⁵¹ und in den freien Berufen erhöht. In diesen Modellen wurden verschiedene berufs-, personenbezogene und regionale Variablen aufgenommen, wobei die soeben genannten Effekte unter Kontrolle aller berücksichtigten Variablen bestätigt wurden.

(Alexandra Uhly, Naomi Gericke)

¹⁵¹ Die Einflussgröße (Effektkoeffizient) der Staatsangehörigkeit geht im multivariaten Modell stark zurück.

A4.9 Jugendliche mit Migrationshintergrund

Der Migrationshintergrund von Jugendlichen ist für den allgemein- wie berufsbildenden Bildungsverlauf von großer Bedeutung. Dies gilt für die Übergangs- und Einmündungsprozesse an der ersten Schwelle genauso wie für die Ausbildung selbst. Seit Jahren werden die Schwierigkeiten junger Menschen mit Migrationshintergrund im Übergang Schule – Ausbildung thematisiert. Neben dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, 2010 und 2011 greift auch der erste indikatorengestützte Integrationsbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009), der sich bei den in diesem Zusammenhang verwendeten Indikatoren u. a. auf die BA/BIBB-Bewerberbefragung stützt, dieses Thema auf. Die Ausbildungsbedingungen selbst und der Ausbildungsverlauf junger Menschen mit Migrationshintergrund stehen zurzeit hingegen kaum im Fokus von Forschung und Bildungspolitik. Auch die Binnendifferenzierung zwischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund erfährt bisher zu wenig Aufmerksamkeit. Dabei ist die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr heterogen sowohl hinsichtlich ihrer Migrationsgeschichte als auch bezüglich ihrer schulischen Voraussetzungen und ihrer Lebenslagen. Die Definition dieser Zielgruppe ist uneinheitlich, und es gibt eine breite Diskussion um den Begriff „Migrationshintergrund“, der als sozialwissenschaftliches Konstrukt zu verstehen ist **E**.

Das folgende Kapitel stellt aktuelle Forschungsergebnisse zu den Einmündungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund differenziert nach Geschlecht sowie zur Bedeutung des Migrationshintergrundes in der betrieblichen Ausbildung dar.



Migrationshintergrund

Das Konstrukt „Migrationshintergrund“ kann in sehr unterschiedlicher Weise operationalisiert werden. Der Blick auf aktuelle Erhebungen und Studien zeigt, dass die Definition des Begriffs nach verschiedenen Kriterien erfolgt: In der empirischen Berufsbildungsforschung des BIBB wird meist die aktuelle Staatsangehörigkeit und die Muttersprache (bzw. die als erste erlernte/n Sprache/n) herangezogen, teilwei-

se auch das Geburtsland oder in Deutschland verbrachte Zeiten. Studien, die sich auf den Mikrozensus stützen, können auf die Variablen Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Geburtsland und auf entsprechende Angaben zu den Eltern zurückgreifen. Außerdem wird im Mikrozensus zwischen Personen mit eigener Migrationserfahrung (Ausländer, Deutsche, d. h. [Spät-]Aussiedler und Eingebürgerte) sowie Personen ohne eigene Migrationserfahrung (Ausländer der 2. und 3. Generation, Deutsche, d. h. Eingebürgerte und Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil) unterschieden.

Unterschiedliche Definitionen führen nicht nur zu quantitativen Unterschieden der jeweils als Personen mit Migrationshintergrund bestimmten Gruppe, sondern können auch qualitative Konsequenzen nach sich ziehen, wenn man zu unterschiedlichen Aussagen, z. B. hinsichtlich des Bildungserfolgs, kommt. Forschende sowie Nutzer von Studien über Personen mit Migrationshintergrund sollten daher die jeweils verwendeten Kriterien offenlegen bzw. deren Auswahl beachten (vgl. Settlemeyer/Erbe 2010; Statistisches Bundesamt 2010).

(Anke Settlemeyer, Jessica Erbe)

Übergangsprozesse junger Frauen und Männer mit Migrationshintergrund an der ersten Schwelle

Die Übergangsprozesse von der allgemeinbildenden Schule in eine Berufsausbildung sind gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund oft besonders schwierig und langwierig (Eberhard/Ulrich 2011; Beicht/Granato 2009; Diehl/Friedrich/Hall 2009). Die Betrachtung der Ausbildungsbeteiligungsquote von ausländischen Jugendlichen zeigt, dass diese 2009 – wie auch in den vergangenen Jahren – mit 31,4 % sehr niedrig ist (vgl. **Kapitel A4.5**; Gericke/Uhly 2010). Bei deutschen Jugendlichen ist die Ausbildungsbeteiligungsquote mit 64,3 % mehr als doppelt so hoch wie bei ausländischen Jugendlichen (vgl. **Tabelle A4.5-3**). Weitere Unterschiede zeigen sich bei der Differenzierung nach Geschlecht. Die Ausbildungsbeteiligungsquote junger Frauen ausländischer Nationalität beträgt 29,1 %, die junger Männer ausländischer Nationalität 33,6 % (vgl. **Tabelle A4.5-3**). Die Ausbildungsbeteiligungsquote deutscher Frauen liegt mit 55,5 % rund 25 Prozentpunkte höher als die ausländischer junger Frauen, die der männlichen

deutschen Jugendlichen mit 72,7 % sogar fast 40 Prozentpunkte über derjenigen männlicher Jugendlicher ausländischer Nationalität. Weitere Analysen zu ausländischen Auszubildenden nach Berufsgruppen und anderen Merkmalen finden sich in **Kapitel A4.5**.

Die Ausbildungsbeteiligungsquote wird auf Basis der Berufsbildungsstatistik errechnet. Diese erfasst als Indikator für den Migrationshintergrund aber lediglich die ausländische Staatsangehörigkeit (vgl. **Kapitel A4.5**; Gericke/Uhly 2010), sodass sich die Aussagen zur Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung, nur auf die Teilgruppe der Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit beziehen. Auf die Frage, wie es zu den oben genannten Unterschieden in der Ausbildungsbeteiligung der Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund kommt, liefert die amtliche Statistik (z. B. Berufsbildungsstatistik, Schulstatistik) keine Informationen. Zur Untersuchung der Übergangsprozesse von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung muss deshalb auf Stichprobenerhebungen – wie die BIBB-Übergangsstudie 2006 – zurückgegriffen werden.

Im Folgenden werden anhand der Daten der BIBB-Übergangsstudie 2006 **E** die Einmündungschancen von Schulabsolvierenden mit und ohne Migrationshintergrund in eine vollqualifizierende Ausbildung betrachtet und differenzierte Ergebnisse für junge Frauen und Männer dargelegt.



BIBB-Übergangsstudie 2006

In der BIBB-Übergangsstudie 2006 wurden auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe mittels computergestützter Telefoninterviews 7.230 Jugendliche der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988 befragt. Es handelt sich um eine retrospektive Längsschnittdatenerhebung, in der die gesamte Bildungs- und Berufsbiografie erfasst wurde (vgl. Beicht/Friedrich/Ulrich 2008).

Berücksichtigt werden bei den hier vorgestellten Analysen ausschließlich Untersuchungsteilnehmer/-innen, die die allgemeinbildende Schule bereits vor dem Jahr 2006 verlassen hatten und für die somit Informationen über den weiteren Werdegang vorliegen. Dies trifft auf rund 5.500 Befra-

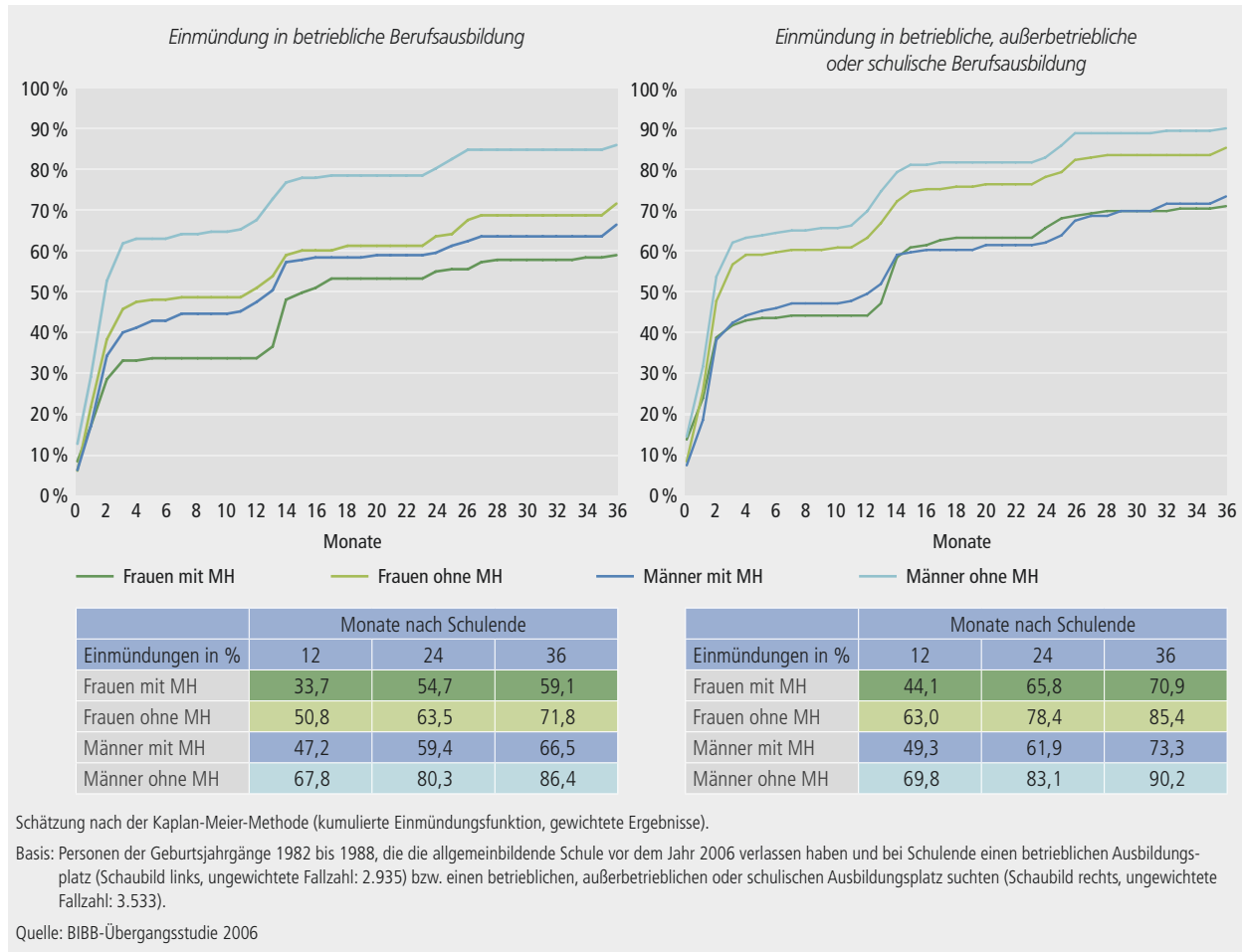
gungspersonen zu, von denen über 1.000 (23 %) einen Migrationshintergrund haben. Je nach Fragestellung bzw. Art der Analyse ist die zugrunde liegende Fallzahl allerdings deutlich kleiner.

Der Migrationshintergrund wird indirekt definiert: *Kein* Migrationshintergrund wird angenommen, wenn ein Jugendlicher die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, zudem als Kind in der Familie zuerst ausschließlich die deutsche Sprache gelernt hat und außerdem Vater und Mutter in Deutschland geboren sind. Treffen diese Bedingungen nicht vollständig zu, wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen.

Auf Grundlage der BIBB-Übergangsstudie lässt sich zeigen: Junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund haben nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule ein vergleichbar hohes Interesse an einer Berufsausbildung wie junge Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund (Beicht/Granato 2010; Diehl/Friedrich/Hall 2009). Dies gilt auch bei einer Differenzierung nach Schulabschlüssen (Beicht/Granato 2010). Bei den angewandten Strategien der Ausbildungsplatzsuche gibt es gleichfalls keine wesentlichen Unterschiede zwischen jungen Frauen und Männern mit bzw. ohne Migrationshintergrund (Beicht/Granato 2010). Wie sieht es angesichts vergleichbarer Bildungsziele und Suchstrategien mit den Einmündungschancen junger Frauen und Männer mit bzw. ohne Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung aus?

Werden alle Schulabgänger/-innen (einschließlich derjenigen mit Fachhochschulreife und Abitur) einbezogen, so schneiden bei der *Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz* junge Frauen mit Migrationshintergrund mit Abstand am ungünstigsten ab. Wie → **Schaubild A4.9-1** verdeutlicht, sind ein Jahr nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule lediglich 34 % von ihnen in eine entsprechende Ausbildung eingemündet, und selbst nach 3 Jahren sind es nur 59 %. Ein wenig besser gelingt jungen Männern mit Migrationshintergrund und jungen Frauen deutscher Herkunft der Übergang in betriebliche Ausbildung. Mit Abstand am erfolgreichsten sind allerdings junge Männer deutscher Herkunft, ihre Übergangsquote beträgt nach einem Jahr bereits 68 % und nach 3 Jahren 86 %.

Schaubild A4.9-1: **Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung nach Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems – Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund (MH)**



Ein kleinerer Teil der Jugendlichen, insbesondere junge Frauen, ziehen bei ihrer Ausbildungsplatzsuche auch eine Ausbildung in Schulberufen in Betracht (Beicht/Granato 2010). Werden diese Jugendlichen mit einbezogen und die Einmündung in *alle vollqualifizierenden Formen der Berufsausbildung* (betrieblich, außerbetrieblich oder schulisch) berücksichtigt, so verbessert sich insbesondere der Übergangserfolg junger Frauen deutscher Herkunft relativ stark → **Schaubild A4.9-1**. Junge Frauen mit Migrationshintergrund profitieren von den nicht betrieblichen Ausbildungsformen weniger stark, erreichen aber zumindest fast ebenso hohe Einmündungsquoten wie männliche Migranten. Die Aussich-

ten von Schulabsolventinnen und -absolventen mit Migrationshintergrund, nach Schulende rasch in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden, erweisen sich somit als wesentlich geringer als die junger Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund. Als wesentliche Ursache für den erschwerten Zugang zu beruflicher Ausbildung galten lange Zeit die ungünstigeren schulischen Voraussetzungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Schulabgänger/-innen mit Migrationshintergrund verfügen am Ende der allgemeinbildenden Schulzeit wesentlich seltener über weiterführende Schulabschlüsse als einheimische Schulabgänger/-innen (Beicht/Granato 2010). Den schulischen Voraus-

Tabelle A4.9-1: Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung nach Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems – nicht studienberechtigte Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund

Schulabschluss	Einmündung in Personengruppe	betriebliche Berufsausbildung			betriebliche, außerbetriebliche oder schulische Berufsausbildung		
		Monate nach Schulende			Monate nach Schulende		
		12	24	36	12	24	36
maximal Hauptschulabschluss	Frauen mit Migrationshintergrund	26,7	49,9	49,9	41,3	62,2	66,7
	Männer mit Migrationshintergrund	41,9	55,7	62,8	43,1	57,5	69,9
	Frauen ohne Migrationshintergrund	38,7	54,9	62,1	55,4	71,3	78,1
	Männer ohne Migrationshintergrund	63,1	76,6	85,8	65,3	80,6	90,4
mittlerer Schulabschluss	Frauen mit Migrationshintergrund	39,4	58,6	72,3	45,5	69,2	75,9
	Männer mit Migrationshintergrund	65,3	72,2	78,1	68,8	76,1	83,9
	Frauen ohne Migrationshintergrund	57,4	67,8	78,4	69,0	83,5	91,3
	Männer ohne Migrationshintergrund	76,0	86,0	88,9	78,1	88,0	91,6

Schätzung nach der Kaplan-Meier-Methode (kumulierte Einmündungsquoten).

Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988, die bei Verlassen der allgemeinbildenden Schule über maximal einen Hauptschulabschluss bzw. mittleren Schulabschluss verfügten und einen betrieblichen Ausbildungsplatz bzw. einen betrieblichen, außerbetrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz suchten (gewichtete Ergebnisse; ungewichtete Fallzahl: n = 2.656 bzw. 3.139).

Quelle: BIBB-Übergangsstudie 2006

setzungen kommt beim Übergang an der ersten Schwelle eine besondere Bedeutung zu. Ein formal höheres Bildungsniveau gilt als Zeichen für Leistungsfähigkeit und -motivation und ist ein wichtiges Entscheidungskriterium bei Auswahlprozessen am Ausbildungsmarkt (vgl. Imdorf 2009). Nach den Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie unterscheiden sich Dauer und Wahrscheinlichkeit des Übergangs in eine Berufsausbildung deutlich nach der Höhe des erreichten Schulabschlusses am Ende der allgemeinbildenden Schulzeit (Beicht/Friedrich/Ulrich 2008). Zwar wirken sich gute schulische Voraussetzungen wie ein weiterführender Schulabschluss – bei einheimischen wie eingewanderten Jugendlichen – als förderlich aus, jedoch in sehr unterschiedlichem Maße (Beicht/Granato 2009). Wie aus den folgenden Analysen hervorgeht, gilt dies auch bei der Differenzierung nach Geschlecht.¹⁵²

Wie → **Tabelle A4.9-1** zeigt, ist die Situation junger Frauen mit Migrationshintergrund besonders ungünstig: Bei maximal einem Hauptschulabschluss sind ihre Aussichten, in eine *betriebliche Ausbildung* einzumünden, sowohl im Vergleich zu Männern mit Migrationshintergrund als auch zu Frauen deutscher Herkunft noch wesentlich schlechter. Ein Jahr nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule sind von den Schulabgängern mit maximal Hauptschulabschluss, die einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchten, 27 % der jungen Frauen mit Migrationshintergrund, 39 % der jungen Frauen ohne Migrationshintergrund und 42 % der jungen Männer mit Migrationshintergrund in eine betriebliche Ausbildung eingemündet. Zwar steigen die Einmündungschancen junger Frauen mit Migrationshintergrund nach 3 Jahren – dennoch bleibt ein größerer Abstand zu Frauen ohne bzw. zu Männern mit Migrationshintergrund bestehen.

Durch die stärkere Wahrnehmung nicht betrieblicher Ausbildungsmöglichkeiten holen junge Migrantinnen mit maximal einem Hauptschulabschluss zwar

¹⁵² Aufgrund der relativ geringen Fallzahlen studienberechtigter Migranten/Migrantinnen mit einem betrieblichen oder schulischen Ausbildungswunsch beschränkt sich die Betrachtung hier auf die Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss bzw. mittlerem Schulabschluss.

gegenüber Männern mit Migrationshintergrund auf; sie erreichen aber auch bei Berücksichtigung *aller vollqualifizierenden Ausbildungsformen* mit 41 % innerhalb eines Jahres und 67 % innerhalb von 3 Jahren bei Weitem nicht die Übergangsquoten von Frauen deutscher Herkunft mit maximal Hauptschulabschluss (im ersten Jahr 55 %, innerhalb von 3 Jahren 78 %).

Liegt ein mittlerer Schulabschluss vor, so münden junge Migrantinnen im Verlauf von 3 Jahren ebenfalls etwas seltener in eine *betriebliche Ausbildung* ein (72 %) als männliche Migranten (78 %) und Frauen ohne Migrationshintergrund (78 %; → **Tabelle A4.9-1**). Bei zusätzlicher Einbeziehung der schulischen und außerbetrieblichen Ausbildung erhöhen sich die Unterschiede noch, da nicht betriebliche Ausbildungsformen von jungen Frauen mit Migrationshintergrund weniger stark genutzt werden (können). Realschulabsolventinnen mit Migrationshintergrund sind innerhalb von 3 Jahren zu 76 % in eine *vollqualifizierende Ausbildung* eingemündet, diejenigen ohne Migrationshintergrund hingegen zu 91 %. Dies liegt möglicherweise an der großen Konkurrenz mit Frauen deutscher Herkunft um berufsfachschulische Ausbildungsplätze (vgl. Diehl/Friedrich/Hall 2009).

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Schulabschlüsse bei Weitem nicht die einzige Erklärung für die unterschiedlichen Übergangschancen in Berufsausbildung von jungen Frauen und Männern mit und ohne Migrationshintergrund darstellen. Auf Basis der BIBB-Übergangsstudie lässt sich nachweisen, dass über die Schulabschlüsse hinaus noch andere wichtige Faktoren existieren, die den Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung beeinflussen, unter anderem auch die soziale Herkunft. Diese hat ebenfalls einen (statistisch signifikanten) Einfluss auf die Einmündungsquoten in eine betriebliche Ausbildung: Die ungünstigere soziale Herkunft junger Frauen und Männer mit Migrationshintergrund, d. h. die geringere Schul- und Berufsbildung der Eltern, der niedrigere Berufsstatus des Vaters, wirkt sich neben ihren eigenen schlechteren schulischen Voraussetzungen hemmend auf ihren Übergangserfolg aus (Beicht/Granato 2010). Aber auch die weniger günstigen sozialen Verhältnisse bieten

keine hinreichende Erklärung für die geringeren Einmündungschancen von Schulabsolventinnen und -absolventen mit Migrationshintergrund in eine berufliche Ausbildung: Selbst unter Berücksichtigung all dieser Faktoren bleibt noch ein eigenständiger Effekt des Migrationshintergrunds bestehen (Beicht/Granato 2010). Dies bedeutet, dass junge Frauen wie Männer mit Migrationshintergrund selbst unter den gleichen Voraussetzungen in Bezug auf Schulabschluss, Schulnoten, soziale Herkunft und soziale Einbindung schlechtere Chancen haben, einen betrieblichen bzw. vollqualifizierenden Ausbildungsplatz zu erhalten, als junge Frauen und Männer ohne Migrationshintergrund. Somit sind über die berücksichtigten Faktoren hinaus offenbar weitere Einflussgrößen wirksam, die in Verbindung mit dem Migrationshintergrund stehen, aber mit den hier herangezogenen Daten nicht identifiziert werden können. Welche Faktoren es sind, die zu dem erheblich geringeren Übergangserfolg in Berufsausbildung bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund führen, konnte bislang noch nicht abschließend geklärt werden.

Zusammenfassung

Nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule streben junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund – ebenso wie diejenigen ohne Migrationshintergrund – stark in eine duale Berufsausbildung. Ihre Aussichten auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz sind verglichen mit jungen Frauen bzw. Männern ohne Migrationshintergrund jedoch wesentlich schlechter. Durch die schulischen und außerbetrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten verbessern sich die Zugangschancen junger Migrantinnen und Migranten in Berufsausbildung zwar etwas, vor allem diejenigen junger Frauen mit Migrationshintergrund. Dennoch bleiben die Unterschiede im Vergleich zu weiblichen bzw. männlichen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund beträchtlich.

Die schulischen Voraussetzungen haben einen deutlichen Einfluss auf die Einmündungschancen in eine vollqualifizierende Ausbildung. Die Einmündung junger Migrantinnen und Migranten in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Ausbildung wird zwar durch ihre schlechteren schulischen Voraussetzun-

gen erschwert, diese reichen jedoch keineswegs zur Erklärung ihrer geringeren Chancen auf einen Ausbildungsplatz aus. Selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen und gleichen Voraussetzungen in Bezug auf soziale Herkunft und soziale Einbindung haben insbesondere junge Frauen, aber auch junge Männer mit Migrationshintergrund erheblich geringere Chancen als die Vergleichsgruppen ohne Migrationshintergrund, in eine vollqualifizierende Ausbildung einzumünden (vgl. Beicht/Granato 2010). Diese Ergebnisse sprechen „für eine strukturelle Benachteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung“ – so lautet die Schlussfolgerung des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, S. 164) in seinem Jahresgutachten, der sich bei den Analysen zu den Einmündungschancen junger Migranten in Ausbildung auf Resultate der BIBB-Übergangsstudie stützt.

(Ursula Beicht, Mona Granato)

Der Migrationshintergrund in der betrieblichen Ausbildung: Merkmale und ihre Bewertung

Aspekte des Migrationshintergrundes von Auszubildenden sind nicht allein an der ersten Schwelle von Bedeutung, sondern auch innerhalb der betrieblichen Ausbildung selbst. Dies zeigen Ergebnisse des BIBB-Forschungsprojekts „Handlungskompetenz und Migrationshintergrund“.

Die Analyse macht deutlich, dass es „den“ Migrationshintergrund nicht gibt. Vielmehr wird eine ganze Reihe von Merkmalen mit der Herkunft von Personen im Sinne ihrer Verbundenheit mit (mindestens) einem anderen Land als Deutschland, einer anderen Ethnie oder Kultur in Zusammenhang gebracht. Ausführliche Interviews mit Auszubildenden und Ausbildern/Ausbilderinnen machen deutlich, dass neben den Merkmalen, die üblicherweise zur Bestimmung eines Migrationshintergrunds herangezogen werden (z. B. Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Geburtsland und entsprechende Angaben zu den Eltern; vgl. **E** vorne in diesem Kapitel), auch ganz andere Aspekte im Ausbildungsalltag relevant werden können. Dies betrifft phänotypische Merk-

male wie Hautfarbe, Namen, normative Orientierungen, die sich z. B. bei Betriebsfeiern im Verzicht auf Alkohol und Schweinefleisch äußern können, oder auch sprachliche Besonderheiten wie einen Akzent, Fehler beim Gebrauch der deutschen Sprache oder spezielle Sprachkenntnisse (vgl. Bethscheider/Settelmeyer 2011).

Der Stellenwert, der dem Migrationshintergrund von Auszubildenden in der Ausbildung zukommt, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Ob etwa die im Einzelfall vorhandenen deutschen Sprachkenntnisse vor allem als fehlerhaft und damit unzureichend bewertet oder im Vertrauen auf absehbare Lernprozesse als Grundlage der Ausbildung akzeptiert werden, ob die Einhaltung von Essensvorschriften pragmatisch berücksichtigt oder – wie im Interview beschrieben, im Betrieb unausgesprochen – abgewertet wird und ob der spontane Gebrauch einer fremden Herkunftssprache als Ausdruck der betrieblichen Normalität respektiert wird oder Misstrauen erregt, variiert je nach Gruppe und Betrieb.

Von Bedeutung sind – in Kombination mit der Ausprägung eines Merkmals bei einzelnen Auszubildenden – dabei auch die Erfahrungen und Bewertungen der im Betrieb agierenden Personen (Ausbilder/-in, Kollege/Kollegin, Kunde/Kundin, Auszubildende). Dies zusammen wirkt sich auf die Kommunikation und das Klima im Betrieb aus und hat einen Einfluss auf die Vermittlung und den Erwerb beruflicher Handlungskompetenz im Ausbildungsprozess.

(Monika Bethscheider, Anke Settelmeyer)

A4.10 Betriebliche Ausbildungs- beteiligung

A4.10.1 Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsaktivität und Übernahme- verhalten von Betrieben

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), hier insbesondere der Forschungsbereich „Betriebe und Beschäftigung“, arbeiten bereits seit 1995 zu Fragen der betrieblichen Bildung erfolgreich zusammen und veröffentlichen jedes Jahr empirische Ergebnisse (BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A5.10.3; BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A5.9.2; Möller/Stegmaier 2008; Hartung/Schöngen 2007; Hartung 2005, 2004, 2003, 2002; Gewiese 2000, 2001; Alda/Leber 1999; Eckhardt 1998) auf Basis des IAB-Betriebspanels **E**. Grundlage der nachfolgend berichteten Indikatoren zur Ausbildungsberechtigung, zur Ausbildungsaktivität und zum Übernahmeverhalten der Betriebe ist eine Expertise¹⁵³ des IAB, in der diese und weitere Indikatoren detailliert beschrieben werden. In der Expertise werden die Ergebnisse auch nach einzelnen Branchen differenziert ausgewiesen. Die Darstellung erfolgt für Gesamtdeutschland sowie nach West/Ost¹⁵⁴ und nach Betriebsgröße differenziert.

E IAB-Betriebspanel

Das IAB-Betriebspanel ist eine Erhebung, deren Grundgesamtheit die Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit darstellt. In ihr sind alle Betriebe in Deutschland erfasst, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Hiervon ausgehend verwendet die Erhebung den Betrieb als Untersuchungseinheit, also die örtliche Einheit, in der die konkreten Tätigkeiten eines Unternehmens durchgeführt werden. Das IAB-Betriebspanel wird als jährliche Panelerhebung (Stichtag: 30. Juni) realisiert, und es gehen derzeit die Angaben von rund 16.000 Betrieben ein. Die Rücklaufquoten liegen je nach Welle zwischen 63 % und 73 %. Inhaltlich ist das IAB-Betriebspanel eine Mehrthe-

menbefragung. Während die Angaben zur Ausbildung jährlich erhoben werden, stehen die Angaben zur betrieblichen Weiterbildung erst seit 2007 jährlich zur Verfügung, vorher wurden die Angaben alle zwei Jahre erhoben. Alle Angaben basieren auf der Hochrechnung von Stichprobendaten. Somit kann die wahre Zahl von der ausgewiesenen abweichen, kleine Unterschiede sollten daher nur mit Vorsicht interpretiert werden. Zudem sind manche Zellen der Tabellen mit einem Asterisk (*) versehen, was darauf hinweist, dass die Anzahl der hinter den Angaben stehenden befragten Betriebe für eine inhaltliche Interpretation zu gering ist. Weitere Hinweise zur Datengrundlage finden sich bei Fischer u. a. (2008).

Ausbildungsberechtigung

Der Indikator Ausbildungsberechtigung zeigt an, ob die gesetzlichen Voraussetzungen zum Ausbildungsbetrieb erfüllt sind. Die Betriebe werden direkt gefragt, ob sie die Voraussetzungen zur Berufsausbildung alleine, im Verbund oder nicht erfüllen (jeweils Zähler). Im Nenner stehen jeweils alle Betriebe.

Ausbildungsaktivität

Der Indikator Ausbildungsaktivität ist ein Quotient mit der Anzahl der Betriebe, die gemäß einer Kombination verschiedener Szenarien als ausbildungsaktiv bezeichnet werden können (Zähler). Die tatsächliche Ermittlung erfolgt nach der Befragung der Betriebe, anhand unterschiedlicher Kriterien, wie etwa dem Bestand an Auszubildenden, der Zahl der Neuzugänge und Abgänge im laufenden Ausbildungsjahr u. v. m. (siehe IAB-Expertise). Im Nenner stehen alle ausbildungsberechtigten Betriebe.

Übernahmequote

Der Indikator Übernahmequote ist ein Quotient mit der Anzahl der in ein Beschäftigungsverhältnis übernommenen Auszubildenden als Zähler und der Anzahl der Ausbildungsabsolventen und -absolventinnen des Betriebs als Nenner. Der Referenzzeitraum ist das Kalenderjahr.

Ausbildungsberechtigung

Eine zentrale Frage hinsichtlich der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung ist, welche Betriebe zur

¹⁵³ Die Expertise ist unter <http://www.bibb.de/datenreport2011> erhältlich.

¹⁵⁴ Seit der Welle 2007 wird Berlin vollständig zu den neuen Ländern gezählt, zuvor wurde Westberlin den alten und Ostberlin den neuen Ländern zugeschlagen.

Tabelle A4.10.1-1: Ausbildungsberechtigung (in %)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Alte Länder										
keine Berechtigung	40	44	42	39	42	40	40	40	39	40
Berechtigung im Verbund	2	3	3	4	3	4	4	4	3	3
Berechtigung	59	54	55	58	56	57	57	57	58	58
Neue Länder										
keine Berechtigung	49	51	49	47	51	49	50	51	48	49
Berechtigung im Verbund	4	6	5	5	5	5	4	4	4	4
Berechtigung	49	46	48	50	46	47	47	46	49	48
Bundesgebiet										
keine Berechtigung	41	45	43	40	43	42	42	42	41	42
Berechtigung im Verbund	2	4	4	5	3	4	4	4	4	3
Berechtigung	57	52	54	56	54	55	55	55	56	56

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben. Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2009, hochgerechnete Angaben

Ausbildungsberechtigt sind. Ein Betrieb kann die Ausbildungsberechtigung **E** nur erlangen, wenn die „Ausbildungsstätte nach Art und Einrichtung für die Berufsausbildung geeignet ist und die Zahl der Auszubildenden in einem angemessenen Verhältnis zur Zahl der Ausbildungsplätze oder zur Zahl der beschäftigten Fachkräfte steht“. Darüber hinaus ist die Eignung des Arbeitgebers bzw. Ausbilders bedeutsam, und es gibt die Möglichkeit zur Ausbildung gemeinsam mit anderen Betrieben (Verbundausbildung).¹⁵⁵

→ **Tabelle A4.10.1-1** zeigt, dass im zeitlichen Verlauf kaum Veränderungen festzustellen sind. Mehr als die Hälfte der Betriebe, zwischen 52 % und 57 %, haben eine solche Berechtigung. Lediglich die Unterscheidung nach neuen und alten Ländern ergibt eine nahezu durchgängige Differenz von ca. 10 Prozentpunkten bei den Betrieben, die keine Berechtigung zur betrieblichen Ausbildung besitzen, was nicht zuletzt auf die deutlich stärker kleinbetrieblich geprägte

Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern zurückzuführen ist. Insgesamt wird auch deutlich, dass die Verbundausbildung eine eher geringe Rolle spielt.

Bei Berücksichtigung der Betriebsgröße zeigt sich, dass der Anteil der Betriebe → **Tabelle A4.10.1-2**, die eine Berechtigung zur Ausbildung haben, mit der Betriebsgröße zunimmt. Unter den Großbetrieben ab 500 Beschäftigten sind nur noch rund 3 % der Betriebe ohne Ausbildungsberechtigung. Neben der allgemeinen Berechtigung nimmt auch die Berechtigung im Verbund mit der Betriebsgröße zu. Verfolgt man die zeitliche Entwicklung von 2000 bis 2009 unter Berücksichtigung der Betriebsgröße, lässt sich weiter festhalten, dass bei den Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten sowie 500 und mehr Beschäftigten der Anteil der Betriebe mit Ausbildungsberechtigung fast durchgehend angestiegen ist.

Der Anstieg in der Größenklasse 500 und mehr Beschäftigte ergibt sich v. a. aus dem Zuwachs von 80 % auf 90 % in den Betrieben der neuen Länder, wobei hier zuletzt wieder ein Rückgang zu verzeichnen war → **Tabelle A4.10.1-3 Internet**.

¹⁵⁵ Vgl. BBiG §§ 27 und 28.

Tabelle A4.10.1-2: Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %)

Bundesgebiet		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1 bis 9 Beschäftigte	keine Berechtigung	47	52	49	46	50	48	48	49	49	49
	Berechtigung im Verbund	1	3	3	4	3	3	3	3	3	3
	Berechtigung	52	46	48	51	47	49	50	48	49	49
10 bis 49 Beschäftigte	keine Berechtigung	30	30	29	27	27	28	29	28	25	28
	Berechtigung im Verbund	4	5	5	6	5	6	5	5	5	4
	Berechtigung	68	66	67	68	69	68	68	69	71	70
50 bis 499 Beschäftigte	keine Berechtigung	18	16	16	14	14	14	14	14	13	13
	Berechtigung im Verbund	8	8	8	8	7	8	9	9	8	8
	Berechtigung	77	79	78	81	81	81	80	80	82	82
500 + Beschäftigte	keine Berechtigung	6	4	5	4	3	3	3*	3*	4	3
	Berechtigung im Verbund	11	11	11	10	10	11	13	11	11	9
	Berechtigung	88	91	88	90	91	92	91	93	92	93

Ausbildungsberechtigung: Anteil der zur Ausbildung berechtigten, im Verbund berechtigten oder nicht berechtigten Betriebe an allen Betrieben.

Da es sich um Mehrfachantworten handelt, kann die Summe der Angaben zur Berechtigung über 100 % liegen.

* = weniger als 30 Fälle (beteiligt).

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2009, hochgerechnete Angaben.

Ausbildungsaktivität

Ob ein Betrieb als ausbildungsaktiv anzusehen ist oder nicht, hängt von einer Vielzahl von Merkmalen ab, die über den Bestand an Auszubildenden zum Stichtag der Erhebung hinausgehen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass nicht jeder Betrieb ausbildungsberechtigt ist.

Zwar wurde eine sehr umfassende Definition der Ausbildungsaktivität **E** gewählt, doch ist zu beachten, dass auch nach dieser Definition nicht alle berechtigten Betriebe jedes Jahr als Ausbildungsbetrieb zu klassifizieren sind. Viele Betriebe bilden nicht jedes Jahr aus, sondern wählen größere Abstände. Fischer u. a. (2007) haben diesen Zusammenhang untersucht, indem sie anhand der Daten des IAB-Betriebspanels für die Jahre 2000 bis 2005 den Anteil dauerhaft nicht ausbildender Betriebe bestimmt haben. Demnach sind nur 27 % der ausbildungsberechtigten Betriebe dauerhaft nicht ausbildungsaktiv, insbesondere betrifft dies Kleinbetriebe.

→ **Tabelle A4.10.1-4** gibt die Quote der ausbildungsaktiven Betriebe wieder. Hier wird deutlich, dass zuletzt etwas mehr als die Hälfte der ausbildungsbe-

rechtigten Betriebe als ausbildungsaktiv bezeichnet werden können. Der zeitliche Verlauf zeigt, dass die Quote den geringsten Wert im Jahr 2003 erreicht, was wohl auch auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen ist – im Jahr 2003 gab es seit längerer Zeit wieder ein negatives BIP-Wachstum in Deutschland. Seitdem hat die Ausbildungsaktivität um 4 bis 5 Prozentpunkte zugenommen, obschon in Ostdeutschland zuletzt wieder ein Rückgang von 3 Prozentpunkten zu verzeichnen ist. Insgesamt sind die Differenzen im zeitlichen Verlauf aber eher gering, wobei die Werte für Westdeutschland seit 2005 geringfügig über denen der neuen Länder lagen.

Die Betrachtung nach Betriebsgröße ergibt, dass der Anteil der ausbildungsaktiven Betriebe bei kleineren Betrieben mit 41 % in der kleinsten Betriebsgrößenklasse deutlich am geringsten ausfällt. Dieser Wert steigert sich mit zunehmender Betriebsgröße und beträgt bei den Großbetrieben schließlich ca. 97 % im Jahr 2009. Im zeitlichen Verlauf erkennt man insgesamt kaum nennenswerte Veränderungen. Ein Vergleich zwischen den Landesteilen ergibt ebenfalls nur geringe Unterschiede. Zuletzt hat sich zwar der deutliche Unterschied, der in den mittleren Größenklassen häufig bestand, deutlich reduziert. Die Diffe-

Tabelle A4.10.1-4: Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Alte Länder										
1 bis 9 Beschäftigte	38	43	44	38	42	43	42	42	43	43
10 bis 49 Beschäftigte	68	73	70	66	71	70	69	70	71	73
50 bis 499 Beschäftigte	83	86	87	85	87	87	87	87	86	87
500+ Beschäftigte	92	94	96	96	94	95	93	95	95	97*
Gesamt	49	54	54	49	53	54	53	54	55	55
Neue Länder										
1 bis 9 Beschäftigte	36	42	38	35	41	37	35	39	38	33
10 bis 49 Beschäftigte	80	81	75	73	77	77	73	71	73	72
50 bis 499 Beschäftigte	88	92	89	90	91	89	89	87	90	88
500+ Beschäftigte	97*	95*	98*	98*	97*	97*	96*	96*	97	98*
Gesamt	51	55	50	47	53	50	49	51	51	48
Bundesgebiet										
1 bis 9 Beschäftigte	38	43	43	38	42	42	41	41	42	41
10 bis 49 Beschäftigte	70	74	70	67	72	71	70	70	71	72
50 bis 499 Beschäftigte	84	87	87	86	88	87	87	87	87	87
500+ Beschäftigte	93	94	96	96	95	95	94	95	96	97
Gesamt	50	55	53	49	53	53	52	53	54	54

Ausbildungsaktivität: Anteil der ausbildenden Betriebe an allen ausbildungsberechtigten Betrieben.

* = weniger als 30 Fälle (beteiligt).

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2009, hochgerechnete Angaben

Tabelle A4.10.1-5: Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Alte Länder										
1 bis 9 Beschäftigte	46	44	47	49	39	47	44	49	50	42
10 bis 49 Beschäftigte	60	51	51	54	52	50	56	56	60	56
50 bis 499 Beschäftigte	65	66	62	57	59	57	57	68	69	62
500+ Beschäftigte	72	77	72	69	66	68	73	74	76	76
Gesamt	60	59	57	57	54	55	57	62	64	59
Neue Länder										
1 bis 9 Beschäftigte	49	41	40	30	37	32	44	44	35	45
10 bis 49 Beschäftigte	49	46	50	44	49	49	47	53	51	53
50 bis 499 Beschäftigte	41	44	42	39	41	34	42	44	51	46
500+ Beschäftigte	48	36	44	37	33	30	46	46	41	57
Gesamt	46	43	44	39	41	37	44	47	46	49
Bundesgebiet										
1 bis 9 Beschäftigte	46	44	45	47	39	45	44	48	47	42
10 bis 49 Beschäftigte	57	50	51	52	51	50	54	56	58	55
50 bis 499 Beschäftigte	60	61	58	54	55	52	54	62	65	59
500+ Beschäftigte	69	70	68	64	61	62	68	69	70	73
Gesamt	58	56	55	53	52	52	55	59	61	57

Übernahmequote: Anteil der in ein Beschäftigungsverhältnis im ausbildenden Betrieb übernommenen Auszubildenden an allen Auszubildenden.

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000–2009, hochgerechnete Angaben

renz der Quote in der kleinsten Betriebsgrößenklasse fällt in 2009 jedoch wieder etwas höher aus.

Übernahme von erfolgreichen Absolventen und Absolventinnen

Um das Bild aus betrieblicher Sicht zu vervollständigen, wird als dritter Indikator die Übernahme erfolgreicher Absolventen und Absolventinnen durch die Betriebe betrachtet. Die Übernahmequote **E** des IAB-Betriebspanels gibt an, wie viele der Auszubildenden nach dem Ende ihrer Ausbildung einen Arbeitsplatz in ihrem Ausbildungsbetrieb erhalten. Damit lässt sich allerdings nicht das gesamte Geschehen an der zweiten Schwelle darstellen, weil Absolventen und Absolventinnen einer Ausbildung auch einen Arbeitsplatz in einem anderen Betrieb oder Unternehmen erhalten können.

Die Übernahmequote liegt nach den Angaben des IAB-Betriebspanels im Jahr 2009 bei 57 % → **Tabelle A4.10.1-5**. Damit befindet sich die Quote, trotz des jüngsten Rückgangs, noch über dem zwischenzeitlichen Tief der Jahre 2004 und 2005. Vergleicht man die Angaben, die für die neuen Länder ermittelt wurden, mit denen der alten Länder, so wird deutlich, dass die Übernahmequote im Osten wesentlich geringer ausfällt als im Westen, was nicht zuletzt auf den hohen Anteil an außerbetrieblicher Ausbildung zurückzuführen ist. Die Differenz zwischen alten und neuen Ländern ist – abgesehen vom jüngsten Wert (10 %) – in keinem Jahr kleiner als 13 Prozentpunkte, in 2003 und 2005 lag der Unterschied gar bei 18 Prozentpunkten.

Die Übernahmequoten sind in allen betrachteten Jahren positiv mit der Betriebsgröße korreliert. Der Vergleich zwischen neuen und alten Ländern offenbart jedoch einen erheblichen Unterschied zwischen den zwei Landesteilen. Dabei wird deutlich, dass die positive Korrelation von Übernahmequote und Betriebsgröße auf die Betriebe der alten Länder zurückzuführen ist, in den neuen Ländern hingegen ist dieser Zusammenhang nicht zu finden.

(Jens Stegmaier, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

A4.10.2 Ausbildungspersonal in der betrieblichen Ausbildung

Nach den gesetzlichen Bestimmungen dürfen im dualen System nur Personen ausbilden, die dazu persönlich und fachlich geeignet sind. Die fachliche Eignung umfasst sowohl die für den jeweiligen Beruf erforderlichen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten als auch entsprechende berufs- und arbeitspädagogische Qualifikationen. Die berufs- und arbeitspädagogische Eignung nachweisen – in der Regel durch eine Prüfung nach der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) **E** – muss nur, wer für die Planung und Durchführung der Ausbildung verantwortlich ist. Die Betriebe melden diese Mitarbeiter/-innen dann den zuständigen Stellen. Von den als verantwortlich gemeldeten Ausbildern und Ausbilderinnen ist jedoch nur eine Minderheit ausschließlich mit dieser Aufgabe befasst; die überwiegende Mehrheit bildet nebenberuflich aus.

E Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO)

Geltungsbereich (§ 1)¹⁵⁶

Ausbilder und Ausbilderinnen haben für die Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) den Erwerb der berufs- und arbeitspädagogischen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten nach dieser Verordnung nachzuweisen. Dies gilt nicht für die Ausbildung im Bereich der Angehörigen der freien Berufe.

Berufs- und arbeitspädagogische Eignung (§ 2)

Die berufs- und arbeitspädagogische Eignung umfasst die Kompetenz zum selbstständigen Planen, Durchführen und Kontrollieren der Berufsausbildung in den Handlungsfeldern:

1. Ausbildungsvoraussetzungen prüfen und Ausbildung planen,
2. Ausbildung vorbereiten und bei der Einstellung von Auszubildenden mitwirken,
3. Ausbildung durchführen und
4. Ausbildung abschließen.

¹⁵⁶ Siehe http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ausbilder_eignungsverordnung.pdf.

Tabelle A4.10.2-1: **Bestandene Ausbildereignungsprüfungen 2009 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder**

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	15.337	54,9	10.345	55,4	4.992	53,9
Handwerk	11.257	40,3	7.391	39,6	3.866	41,7
Landwirtschaft	465	1,7	257	1,4	208	2,2
Öffentlicher Dienst	807	2,9	609	3,3	198	2,1
Hauswirtschaft	63	0,2	63	0,3	–	–
Insgesamt	27.929	100,0	18.665	100,0	9.264	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Prüfung (§ 4)

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem praktischen Teil. Im schriftlichen Teil sind fallbezogene Aufgaben aus allen Handlungsfeldern innerhalb von 180 Minuten zu bearbeiten. Der praktische Teil der Prüfung ist in 2 Teile aufgeteilt, bestehend aus der Präsentation einer Ausbildungssituation und einem Fachgespräch mit einer Dauer von insgesamt maximal 30 Minuten. Hierfür wählt der/die Prüfungsteilnehmer/-in eine berufstypische Ausbildungssituation aus.

Historie

1972	Erlass der AEVO
1999	Erste Novellierung der AEVO
01.08.2003–31.07.2009	Aussetzung der AEVO
2009	Zweite Novellierung der AEVO

Ausbildereignungsprüfungen

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nahmen im Jahr 2009 – unabhängig davon, dass die AEVO bis zum 31. Juli 2009 ausgesetzt war – insgesamt 30.164 Personen (66,6 % Männer; 33,4 % Frauen) in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft an Ausbildereignungsprüfungen

teil (Statistisches Bundesamt 2010).^{157, 158} Davon legten 27.929 Personen die Prüfung mit Erfolg ab, was einer Erfolgsquote von 92,6 % entspricht. Auf die neuen Länder entfielen 9.264 bestandene Ausbildereignungsprüfungen → [Tabelle A4.10.2-1](#). Der Anteil der Frauen an allen erfolgreichen Prüfungsteilnehmern lag bei 33,6 % (neue Länder: 34,3 %; alte Länder: 33,2 %).

Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags lag die Zahl der Befreiungen von der Ausbildereignungsprüfung 2009 im Ausbildungsbereich Industrie und Handel bei 36.239. Im Jahr 2008 lag sie bei 20.128. Den Angaben zufolge ist der deutliche Anstieg im Zusammenhang mit der Aussetzung der AEVO zu betrachten, die noch bis zum 31. Juli 2009 wirksam war (Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2010).

Meisterprüfungen

Bei den Meisterprüfungen ergibt sich für das Jahr 2009 folgendes Bild: Insgesamt nahmen in den Bereichen Industrie und Handel, Handwerk, Land-

¹⁵⁷ Sofern nicht anders angegeben, basieren die Angaben auf den Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 11, Reihe 3.

¹⁵⁸ Bei dieser Zahl muss berücksichtigt werden, dass von vielen Kammern keine Meldungen eingegangen sind und daher eine Untererfassung vorliegt.

Tabelle A4.10.2-2: Bestandene Meisterprüfungen 2009 nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Insgesamt	
	absolut	in %
Industrie und Handel	9.671	32,0
Handwerk	19.085	63,1
Landwirtschaft	1.209	4,0
Öffentlicher Dienst	113	0,4
Hauswirtschaft	154	0,5
Insgesamt	30.232	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A4.10.2-3: Bestandene Meisterprüfungen 2009 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht

Ausbildungsbereich	Geschlecht			
	männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	9.141	94,5	530	5,5
Handwerk	15.380	80,6	3.705	19,4
Landwirtschaft	894	73,9	315	26,1
Öffentlicher Dienst	105	92,9	8	7,1
Hauswirtschaft	1	0,6	153	99,4
Insgesamt	25.521	84,4	4.711	15,6

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

wirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft 34.524 Personen (85,1 % Männer; 14,9 % Frauen) an Meisterprüfungen teil. Die Zahl der bestandenen Meisterprüfungen lag bei 30.232, was einer Erfolgsquote von 87,6 % entspricht → [Tabelle A4.10.2-2](#). Der Anteil der Frauen an allen erfolgreichen Teilnehmenden lag – abgesehen von dem Bereich Hauswirtschaft (99,4 %) – in der Landwirtschaft mit 26,1 % sowie im Handwerk mit 19,4 % am höchsten. Der öffentliche Dienst stellte 7,1 %, der Bereich Industrie und Handel 5,5 % aller neuen Meisterinnen → [Tabelle A4.10.2-3](#).

Zahl der bei den zuständigen Stellen registrierten Ausbilder/-innen

Im Jahr 2009 waren in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft insgesamt 676.428 Personen als Ausbilder/-innen in Deutschland registriert. Auf die alten Länder entfielen dabei 85,8 % (580.633) der Ausbilder/-innen und auf die neuen Länder 14,2 % (95.795). Bezogen auf die einzelnen Ausbildungsbereiche waren 42,6 % der Ausbilder/-innen im Bereich Industrie und Handel, 36,3 % im Handwerk und 14,8 % in den freien Berufen tätig. Auf die Landwirtschaft entfielen 3,3 %, den öffentlichen Dienst 2,6 % und die Hauswirtschaft 0,5 % → [Tabelle A4.10.2-4](#).

Tabelle A4.10.2-4: Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2009 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder

Ausbildungsbereich	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Industrie und Handel	288.083	42,6	244.942	42,2	43.141	45,0
Handwerk	245.426	36,3	213.221	36,7	32.205	33,6
Landwirtschaft	22.016	3,3	18.377	3,2	3.639	3,8
Öffentlicher Dienst	17.730	2,6	14.360	2,5	3.370	3,5
Freie Berufe	100.123	14,8	87.142	15,0	12.981	13,6
Hauswirtschaft	3.050	0,5	2.591	0,4	459	0,5
Insgesamt	676.428	100,0	580.633	100,0	95.795	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A4.10.2-5: Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2009 nach Geschlecht, alte und neue Länder

Geschlecht	Bundesgebiet		Alte Länder		Neue Länder	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
weiblich	158.205	23,4	126.443	21,8	31.762	33,2
männlich	518.223	76,6	454.190	78,2	64.033	66,8
Insgesamt	676.428	100,0	580.633	100,0	95.795	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A4.10.2-6: Alter des Ausbildungspersonals 2009 nach Geschlecht

Altersgruppe	Insgesamt		Geschlecht			
			männlich		weiblich	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
29 Jahre und jünger	31.349	4,6	16.217	3,1	15.132	9,6
30 bis 39 Jahre	128.277	19,0	88.893	17,2	39.384	24,9
40 bis 49 Jahre	267.107	39,5	206.701	39,9	60.406	38,2
50 Jahre und älter	249.695	36,9	206.412	39,8	43.283	27,4
Insgesamt	676.428	100,0	518.223	100,0	158.205	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie 11, Reihe 3; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

23,4 % der als Ausbilder gemeldeten Personen sind weiblich. Dabei bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den neuen und alten Ländern. Während in den alten Ländern der Frauenanteil bei 21,8 % liegt, beträgt er in den neuen Ländern 33,2 % → [Tabelle A4.10.2-5](#).

Die Verteilung nach Altersgruppen ergibt folgendes Bild: Die stärkste Gruppe bilden die 40- bis 49-Jährigen mit 39,5 %, gefolgt von den über 50-Jährigen mit 36,9 % und den 30- bis 39-Jährigen mit 19 %. 4,6 % der Ausbilder/-innen sind unter 20 → [Tabelle A4.10.2-6](#).

(Ina Kopp, Philipp Ulmer)

A5 Berufsbildung an beruflichen Schulen

Das berufliche Bildungssystem in Deutschland ist sehr differenziert. Die Differenzierung erfolgt nach den Funktionen der verschiedenen Teilbereiche (von der Ausbildungsvorbereitung über die Vermittlung einer Teilqualifikation bis hin zum Erwerb eines Berufsabschlusses), nach unterschiedlichen Lernorten (von rein schulisch über dual bis zu rein betrieblich), nach unterschiedlichen Finanzierungsformen (von rein staatlicher Finanzierung über Mittel der Arbeitsverwaltung bis hin zu privater Finanzierung) sowie – bedingt durch die föderale Struktur – nach unterschiedlichen Anlagen der Bildungssysteme in den 16 Bundesländern.

An beruflichen Schulen können sowohl allgemeinbildende als auch teilqualifizierende und vollqualifizierende berufliche Bildungsabschlüsse erworben werden. Im Einzelnen gehören hierzu das Berufsvorbereitungsjahr, das Berufsgrundbildungsjahr und Bildungsgänge an Berufsfachschulen (**vgl. Kapitel A5.1**). An Berufsfachschulen können (außer einer Grundbildung) vollqualifizierende Berufsabschlüsse außerhalb oder gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) erworben werden (**vgl. Kapitel A5.2**). Die Datengrundlage **E** hierfür bildet die Fachserie 11, Reihe 2 „Berufliche Schulen“ des Statistischen Bundesamtes. Diese fasst die Ergebnisse der Schulstatistiken der einzelnen Bundesländer zusammen. Darüber hinaus gibt es Ausbildungen an Schulen des Gesundheitswesens (**vgl. Kapitel A5.3**); diese werden von den statistischen Ämtern gesondert erfasst.



Datengrundlage

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben und Berechnungen auf die Daten der Fachserie 11, Reihe 2, Schuljahr 2008/2009 sowie 2009/2010 des Statistischen Bundesamtes.¹⁵⁹ Ein Vergleich mit den Daten der integrierten Ausbildungsberichterstattung ist nur eingeschränkt möglich, da die Daten hierfür einer Sonderauswertung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder entstammen. Eine ausführliche Beschreibung der unterschiedlichen Datengrundlagen findet sich in **Kapitel A7.1**.

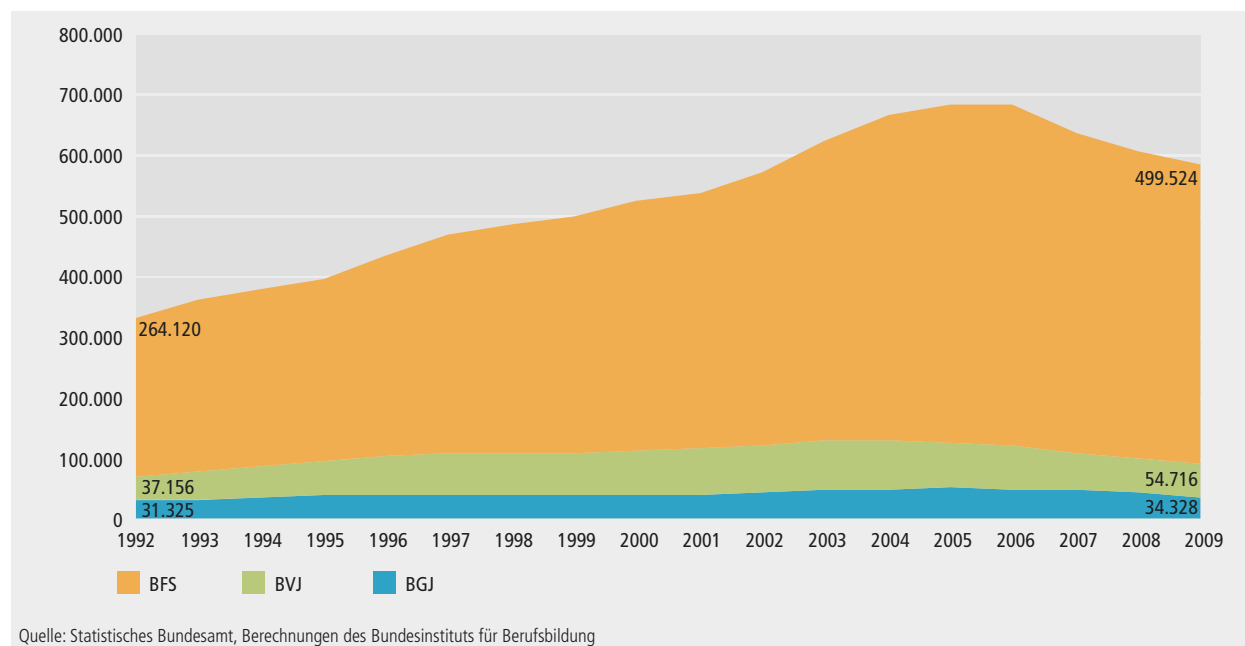
A5.1 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen

Entwicklung der Schülerzahlen seit 1992

Berufliche Schulen des hier untersuchten Schulsegments hatten seit Mitte der 90er-Jahre einen nahezu kontinuierlichen Anstieg der Schülerzahlen zu verzeichnen. So stieg die Schülerzahl von 2000 bis 2006 um rund 30 %. Am stärksten gestaltete sich dabei der Anstieg in den Berufsfachschulen (BFS) – seit 2000 ein Plus von 36 % – mit damals 566.000 Schülerinnen und Schülern. Mittlerweile sinken die Schülerzahlen bei allen schulischen Berufsbildungsangeboten; im Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) schon seit 2004, im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) seit 2005. Der stärkste Rückgang der Schülerzahlen zeigte sich an BFS, bei diesen aber erst im Schuljahr 2007/2008 mit einem Minus von 6,3 %.

¹⁵⁹ Die vom Statistischen Bundesamt in der Fachserie 11, Reihe 2 publizierten Ergebnisse stammen aus den Schulstatistiken der einzelnen Bundesländer. Die Zusammenfassung zu Bundesergebnissen erfolgte auf der Grundlage des von der Kultusministerkonferenz (KMK) erstellten Schulartenkatalogs, der – aus Gründen des Umfangs – nicht alle institutionellen Besonderheiten in den 16 Bundesländern berücksichtigt. Nur in einzelnen Ländern vorkommende Schularten – mit Ausnahme der Fachakademien in Bayern – sind deshalb mit anderen zusammengefasst worden. Eine Übersicht der Schulartengliederung und institutionellen Zuordnungen in den Statistiken der beruflichen Schulen findet sich in Statistisches Bundesamt 2010, S. 349 ff. Die Vergleichbarkeit zwischen den Länderergebnissen wird durch die unterschiedliche Bildungspolitik der Länder beeinträchtigt. Dies kann auch durch formale Regelungen der Zuordnung zu bundeseinheitlichen Bezeichnungen nur z. T. kompensiert werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2010, S. 8).

Schaubild A5.1-1: Entwicklung der Schülerzahlen des schulischen Berufsgrundbildungsjahres, des Berufsvorbereitungsjahres und der Berufsfachschulen insgesamt seit 1992



Auch im Berichtsjahr 2009/2010 zeigten sich in BFS rückläufige Schülerzahlen. Der Rückgang fiel aber insgesamt nicht so stark aus wie in den Vorjahren (-2,2 %). Er beschränkte sich dabei nahezu ausschließlich auf die neuen Länder (-10 %), in den alten Ländern blieben die Schülerzahlen nahezu konstant (-0,2 %). Die Entwicklung der Schülerzahlen in BGJ, BVJ und BFS seit 1992 zeigt das → **Schaubild A5.1-1**.

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) 2009/2010¹⁶⁰

Im Schuljahr 2009/2010 befanden sich 54.716 Jugendliche und junge Erwachsene im BVJ **E** (→ **Tabelle A5.1-1 Internet**). Gegenüber dem vorausgegangenen Schuljahr bedeutete das einen Rückgang von 1,1 %. Knapp zwei Drittel (32.900; 60,2 %) der Teilnehmer am BVJ waren männlich. Fast drei Viertel der Jugendlichen (72,9 %) waren beim Einstieg 17 Jahre oder jünger, rund 6.100 (11,1 %) waren bereits 19 Jahre oder älter. Verglichen mit dem Vorjahr zeigt sich eine Steigerung des Anteils Älterer um rund

2 Prozentpunkte. Unter den Älteren stammte mehr als die Hälfte aus den neuen Ländern.

E Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Das BVJ ist ein einjähriger bzw. zweijähriger Bildungsgang, der die Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag auf die Anforderungen einer beruflichen Ausbildung vorbereiten soll. Der Unterricht erfolgt in Vollzeit- oder Teilzeitform. Während des BVJ kann der Hauptschulabschluss nachgeholt werden. Auch Berufsvorbereitungsmaßnahmen mit innovierenden Elementen (Dualisierung berufsvorbereitender Lehrgänge an den Lernorten Schule bzw. außerbetriebliche Ausbildungsstätte und Betrieb) gehören statistisch seit dem Schuljahr 1999/2000 zum BVJ (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2).

9.900 (18,1 %) aller Schüler/-innen im BVJ waren Ausländer/-innen – ihr Anteil stieg um einen Prozentpunkt. Bevor sie in das BVJ einstiegen, besaßen nur 3 von 10 Jugendlichen einen Schulabschluss, weit überwiegend von der Hauptschule. Das BVJ begannen 34.800 Jugendliche (68 %) ohne einen vorweisbaren Schulabschluss. Von den Absolventen

¹⁶⁰ Das Schuljahr 2009/2010 begann am 1. August 2009 und endete am 31. Juli 2010.

des Schuljahres 2008/2009 erwarben 15.675 Jugendliche im BVJ einen Hauptschulabschluss, einige wenige (23) einen mittleren Bildungsabschluss.

Die Länder bieten das BVJ in unterschiedlichem Ausmaß an. Die meisten Schüler/-innen kommen 2009/2010 aus Niedersachsen (9.400), Bayern (6.400), Nordrhein-Westfalen (5.000) und Sachsen (4.600). Im Saarland (500), Bremen (1.100) und Schleswig-Holstein (1.700) sind die niedrigsten Teilnehmerzahlen zu vermelden. In Brandenburg wird das BVJ nicht angeboten.

Von 1992 bis 2002 hatte die Zahl der Schüler/-innen im BVJ kontinuierlich zugenommen. Bis 2004 blieb sie weitgehend auf dem erreichten Stand von rund 80.000 Schüler/-innen. Seit 2005 ist die Schülerzahl rückläufig, vor allem in den neuen Ländern. In nur wenigen Ländern kam es zu einem Anstieg der Schülerzahlen; am stärksten in Niedersachsen (+28,4 %), wo das schulische BGJ nicht mehr angeboten wurde, gefolgt von Bremen. Zweistellige Rückgänge der Schülerzahlen waren in Sachsen-Anhalt (-14,1 %), Mecklenburg-Vorpommern (-13,1 %), Nordrhein-Westfalen (-12,5 %) und Rheinland-Pfalz (-10,9 %) zu verzeichnen.

Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) 2009/2010

34.300 Schüler/-innen besuchten im Schuljahr 2009/2010 ein BGJ **E** (→ **Tabelle A5.1-1 Internet**). Gegenüber dem Vorjahr (44.400) bedeutet das einen erheblichen Rückgang um 22,6 %. Knapp zwei von drei Schülern (63 %) waren männlich. 7 von 10 Teilnehmern besaßen einen Hauptschulabschluss, 14 % einen mittleren Bildungsabschluss. Nur jeder neunte Jugendliche hatte noch keinen allgemeinen Schulabschluss erworben. Der Ausländeranteil erhöhte sich um 3 Prozentpunkte und betrug 15,4 %. Die höchsten Schülerzahlen wiesen die Berufsfelder Metalltechnik (7.000), Ernährung und Hauswirtschaft (5.900), Wirtschaft und Verwaltung (5.400) und Holztechnik (4.600) auf.

Insgesamt 24.000 BGJ-Absolventen/Absolventinnen des Schuljahres 2008/2009 hatten eine Abschlussprüfung bestanden. Darunter befanden sich

4.054 Jugendliche, die noch einen Hauptschulabschluss nachholen konnten, und 4.066 Schüler/-innen, die auf diesem Weg einen mittleren Bildungsabschluss erwarben.

E Schulisches Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)

Schüler/-innen im schulischen BGJ erhalten eine berufs-feldbezogene Grundbildung (z. B. in den Berufsfeldern Metalltechnik, Elektrotechnik, Wirtschaft und Verwaltung). Der Unterricht wird in Vollzeitform durchgeführt. Ist der Besuch erfolgreich, kann er auf die Berufsausbildung im dualen System durch eine Verkürzung der Ausbildungszeit angerechnet werden (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2).

Das schulische BGJ wurde im Schuljahr 2009/2010 in 9 Bundesländern angeboten. Kein BGJ gab es wie im Vorjahr in Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Nicht mehr angeboten wird das BGJ zudem in Bremen und Niedersachsen, wo im Vorjahr noch fast 10.000 Schüler/-innen gemeldet wurden. Auch in den meisten verbliebenen Ländern waren zum Teil deutliche Rückgänge der Schülerzahlen gegenüber dem vorhergehenden Schuljahr zu verzeichnen, beispielsweise in Sachsen-Anhalt (-31,1 %) und Hessen (-17,4 %). Einzig in Nordrhein-Westfalen – aktuell stammen 2 von 3 Schülern des schulischen BGJ aus diesem Land – stiegen die Schülerzahlen nochmals um 3,9 %.

Berufsfachschulen (BFS) 2009/2010

Die demografische Entwicklung zeigt sich auch an den Schülerzahlen der BFS **E**. Die Zahl der Schüler/-innen¹⁶¹ ist im Schuljahr 2009/2010 nach einem längeren Zeitraum kontinuierlicher Anstiege (Höhepunkt im Schuljahr 2006/2007) zum dritten Mal rückläufig. Sie betrug 499.524 und lag damit rund 11.000 (-2,2 %) unter dem Vorjahresergebnis.

161 Ohne BGJ, jedoch einschließlich der Berufsfachschulzweige an den freien Waldorfschulen.



Berufsfachschulen (BFS)

BFS sind Schulen mit voller Wochenstundenzahl und mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer, die in der Regel freiwillig nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung ohne vorherige praktische Berufsausbildung besucht werden können. In den einzelnen Bundesländern gibt es vielfältige Formen von Berufsfachschulen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau. An einigen Schulen wird auch Teilzeitunterricht angeboten (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2).

Tabelle A5.1-2 Internet informiert über die Entwicklung der Schülerzahlen in BFS von 2007/2008 bis 2009/2010 nach Bundesländern. Dabei werden auch die Anteile der weiblichen Schüler und der Schüler/-innen im ersten Schuljahr ausgewiesen. In den neuen Ländern und Berlin ist die Zahl der Berufsfachschüler im Schuljahr 2009/2010 gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich um rund 10.300 (-10 %) zurückgegangen. In den alten Ländern sank hingegen die Zahl der Berufsfachschüler nur geringfügig, um knapp 1.000 Schüler/-innen (-0,2 %). Der Frauenanteil lag im Bundesdurchschnitt bei 58 %. In Ostdeutschland fällt dieser Wert mit 69 % deutlich höher aus als in Westdeutschland (56 %). Nur für Bayern wurde im Westen mit 75 % ein höherer Frauenanteil ermittelt.

Von den Schülern und Schülerinnen des ersten Schuljahrgangs besaßen mehr als die Hälfte (56 %) einen mittleren Bildungsabschluss, 5,6 % eine Studienberechtigung. 36,7 % verfügten über einen Hauptschulabschluss. Keinen allgemeinen Schulabschluss hatten 1,2 % der Schüler/-innen.

Jeder neunte Jugendliche an BFS (10,9 %) hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Gegenüber dem Vorjahr (10,3 %) hat sich der Ausländeranteil damit leicht erhöht.

18,2 % der Berufsfachschüler erhielten eine berufliche Grundbildung, die zugleich zum Realschulabschluss führte, 17,9 % eine Grundbildung, die den Realschulabschluss bereits voraussetzt. Der Anteil der Schüler/-innen, die eine berufliche Grundbildung

erhielten, die sowohl in Hinblick auf die Eingangsvoraussetzung als auch auf den Abschluss unterhalb des Realschulabschlusses blieb, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich (von 8,6 % auf 12,6 %).

Im Schuljahr 2009/2010 besuchten rund 256.100 Berufsfachschüler (51,3 %) eine BFS mit dem Ziel, einen beruflichen Abschluss zu erwerben. Der Anteil war gegenüber dem Vorjahr (51,6 %) nahezu gleich geblieben. Differenziert nach den angestrebten Abschlüssen entfielen 45,2 % (Vorjahr 44,6 %) auf einen Abschluss außerhalb und 6,0 % (Vorjahr 7,0 %) auf einen Berufsabschluss im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bzw. der Handwerksordnung (HwO). Das Verhältnis zwischen berufsqualifizierenden Abschlüssen innerhalb und außerhalb BBiG/HwO hat sich somit – wie schon im vorigen Schuljahr – zugunsten von rein schulischen Berufsabschlüssen und damit ihren klassischen Ausbildungsgängen verändert.

In Ostdeutschland vermitteln BFS in der Regel einen beruflichen Abschluss. Der Anteil der Schüler/-innen, die im Schuljahr 2009/2010 mit dem Schulbesuch auch einen Berufsabschluss anstrebten, betrug 92 % (West 42 %). Die restlichen 8 % der Schüler/-innen befanden sich zumeist in Schulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln und auf den Realschulabschluss ausgerichtet sind. Wie im Westen handelt es sich dabei mehrheitlich um Ausbildungsgänge, die nach Ländergesetzen und nicht nach BBiG/HwO geregelt sind. Der Anteil der Berufsausbildung nach BBiG/HwO betrug rund 15,4 % aller vollqualifizierenden Ausbildungsgänge an BFS in Ostdeutschland, ein Rückgang um rund 5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. In Westdeutschland betrug der Anteil der Schüler/-innen in einer Berufsausbildung nach BBiG/HwO an allen vollqualifizierenden Ausbildungsgängen 9,9 %.

Insgesamt 30.200 Schüler/-innen wurden im Schuljahr 2009/2010 in den anerkannten Ausbildungsberufen nach BBiG/HwO ausgebildet. Vor allem handelte es sich dabei um Körperpflegeberufe (fast ausschließlich Kosmetiker/Kosmetikerin), haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe und Büroberufe, in denen allein 38,0 % aller Schüler/-innen lernten. Eine wichtige Rolle im Ausbildungsangebot der BFS

in anerkannten Ausbildungsberufen nach BBiG/HwO spielten auch Metall- und Elektroberufe mit 21,1 % aller Schüler/-innen.

Insgesamt verließen 94.205 Schüler/-innen die BFS mit einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung. Mit -1.400 (-1,5 %) ist die Zahl der Absolventen und Absolventinnen in schulisch vermittelten Erstausbildungsgängen wie bereits im Vorjahr rückläufig. Von den Absolventen und Absolventinnen erwarben 81.959 (87 %) einen Berufsabschluss außerhalb BBiG/HwO, und 12.246 (13 %) erhielten einen Abschluss in einem BBiG/HwO-Beruf.

(Klaus Schöngen)

A5.2 Quantitative Entwicklung der vollqualifizierenden Berufsausbildung an Berufsfachschulen (Schuljahr 2009/2010)

Die Zahl der Schüler/-innen an Berufsfachschulen (BFS) in Ausbildungsgängen, die zu einem Berufsabschluss in Berufen außerhalb des Geltungsbereichs von Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) **E** führen, ist zum dritten Mal in Folge leicht um 0,8 % gesunken. Absolut bedeutet dies im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 1.736 auf nun 225.921 Schüler/-innen. Allerdings sank aufgrund der demografischen Entwicklung ebenfalls die Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen deutlich, sodass die Bedeutung dieses Bildungsganges auch weiterhin hoch ist → [Tabelle A5.2-1](#).

Tabelle A5.2-1: Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, im Zeitverlauf

Schuljahr	Schüler/-innen insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	davon weiblich	Anteil der Schülerinnen	Veränderung zum Vorjahr	Schüler/-innen, 1. Schuljahr	Veränderung zum Vorjahr	davon weiblich
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %	Anzahl	in %	Anzahl
1992/1993	98.171	18,4	78.598	80,1	20,2	49.503	14,3	39.214
1993/1994	108.260	10,3	87.402	80,7	11,2	54.982	11,1	44.044
1994/1995	102.479	-5,3	80.569	78,6	-7,8	53.732	-2,3	41.695
1995/1996	109.067	6,4	85.508	78,4	6,1	58.067	8,1	45.341
1996/1997	116.885	7,2	92.936	79,5	8,7	62.263	7,2	48.659
1997/1998	141.596	21,1	112.802	79,7	21,4	73.797	18,5	57.393
1998/1999	149.560	5,6	118.094	79,0	4,7	76.816	4,1	59.225
1999/2000	154.206	3,1	119.186	77,3	0,9	78.691	2,4	58.880
2000/2001	167.163	8,4	124.309	74,4	4,3	87.081	10,7	62.754
2001/2002	176.148	5,4	127.403	72,3	2,5	91.709	5,3	64.308
2002/2003	191.266	8,6	135.358	70,8	6,2	101.158	10,3	70.316
2003/2004	214.068	11,9	150.957	70,5	11,5	115.022	13,7	80.387
2004/2005	227.241	6,2	157.035	69,1	4,0	118.202	2,8	80.661
2005/2006	237.993	4,7	163.371	68,6	4,0	120.246	1,7	81.103
2006/2007	242.504	1,9	165.644	68,3	1,4	119.397	-0,7	79.492
2007/2008	232.564	-4,1	159.386	68,5	-3,8	116.575	-2,4	78.403
2008/2009	227.657	-2,1	156.122	68,6	-2,0	113.687	-2,5	76.525
2009/2010	225.921	-0,8	154.824	68,5	-0,8	115.133	1,3	77.622

Anmerkungen: Bis 1993/1994 einschließlich „Erzieher/-in“ in Nordrhein-Westfalen, von 1994/1995 bis 2002/2003 und ab 2007/2008 ohne „Erzieher/-in“ an Berufsfachschulen in Nordrhein-Westfalen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A5.2-2: Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss gemäß BBiG/HwO vermitteln, im Zeitverlauf

Schuljahr	Schüler/-innen insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	davon weiblich	Anteil der Schülerinnen	Veränderung zum Vorjahr	Schüler/-innen, 1. Schuljahr	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	in %	Anzahl	in %
1992/1993	8.364	13,5	5.216	62,4	*	3.697	*
1993/1994	8.604	2,9	5.362	62,3	2,8	4.100	10,9
1994/1995	9.844	14,4	6.447	65,5	20,2	4.296	4,8
1995/1996	11.100	12,8	7.615	68,6	18,1	4.644	8,1
1996/1997	15.556	40,1	9.812	63,1	28,9	6.787	46,1
1997/1998	24.517	57,6	15.239	62,2	55,3	14.550	114,4
1998/1999	32.183	31,3	19.452	60,4	27,6	15.619	7,3
1999/2000	36.983	14,9	21.362	57,8	9,8	14.553	-6,8
2000/2001	36.337	-1,7	20.423	56,2	-4,4	13.281	-8,7
2001/2002	34.504	-5,0	18.469	53,5	-9,6	12.830	-3,4
2002/2003	33.071	-4,2	17.322	52,4	-6,2	12.207	-4,9
2003/2004	33.718	2,0	17.568	52,1	1,4	13.466	10,3
2004/2005	40.244	19,4	23.918	59,4	36,1	17.033	26,5
2005/2006	41.184	2,3	24.545	59,6	2,6	16.194	-4,9
2006/2007	40.964	-0,5	24.377	59,5	-0,7	16.656	2,9
2007/2008	39.278	-4,1	22.944	58,4	-5,9	14.764	-11,4
2008/2009	35.788	-8,9	20.319	56,8	-11,4	12.884	-12,7
2009/2010	30.174	-15,7	16.810	55,7	-17,3	10.474	-18,7

* Nicht erchenbar

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Ein weitaus stärkerer Rückgang ergibt sich bei der Entwicklung an BFS, die gemäß BBiG/HwO **E** ausbilden. Die seit dem Schuljahr 2006/2007 anhaltende rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen hat 2009/2010 mit -15,7 % (-5.614 Schüler/-innen) im Vergleich zum Vorjahr ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht → **Tabelle A5.2-2**.

E Vollqualifizierende Berufsfachschulen (BFS)¹⁶²

BFS, die einen Berufsabschluss außerhalb Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) vermitteln¹⁶³

BFS außerhalb BBiG/HwO unterstehen den Kultusministerien und qualifizieren anstatt nach BBiG/HwO in anerkannten Ausbildungsberufen (überwiegend) in „Schulberufen nach Landesrecht“. Sie bilden mehrheitlich für sach- und personenbezogene Dienstleistungen aus. In einigen Ländern

¹⁶² Weiterführende Literatur zum Thema unter: <http://www.bibb.de/de/wik8246.htm>.

¹⁶³ Im weiteren Verlauf wie folgt verkürzt: „BFS außerhalb BBiG/HwO“. Gleiches gilt für die Berufsfachschulen, die einen beruflichen Abschluss gemäß Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. Handwerksordnung (HwO) vermitteln. Die verkürzte Form lautet hier: „BFS gemäß BBiG/HwO“.

werden Gesundheitsdienstberufe nicht an Schulen des Gesundheitswesens, sondern an BFS außerhalb BBiG/HwO ausgebildet.

BFS gemäß BBiG/HwO

BFS, die einen beruflichen Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf gemäß Berufsbildungsgesetz bzw. Handwerksordnung vermitteln.

Bei den Anfängern einer vollqualifizierenden Berufsausbildung an BFS ist die Entwicklung zumindest an den BFS, die einen Ausbildungsabschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, eine andere. Hier ist eine Zunahme der Schüler/-innen im 1. Schuljahr im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 % (1.446 Schüler/-innen) zu verzeichnen. Dahingegen setzt sich die stetige Abnahme der Schülerzahlen bei den BFS, die zu einem Abschluss gemäß BBiG/HwO führen, auch bei den Schülern/-innen im 1. Schuljahr mit -18,7 % (-2.410 Schüler/-innen) noch verstärkt fort. Insgesamt ist hier somit die Zahl der Schüler/-innen im 1. Schuljahr zwischen 2006/2007 und 2009/2010 um 37,1 % gefallen.

Zu den Ausbildungswegen mit Berufsabschluss im Sekundarbereich gehören neben BFS und Berufsschulen noch weitere Schul- und Ausbildungsformen. In einigen Ländern ist die Ausbildung für Sozial- und Gesundheitsdienstberufe den BFS zugeordnet. Diese sind also in der Gesamtzahl von 225.921 enthalten. Überdies gibt es Länder, in denen die Ausbildung für Sozial- und Gesundheitsdienstberufe an Fachschulen durchgeführt wird (vgl. [Kapitel A5.3](#)).

Zu den Berufen mit Ausbildungen in unterschiedlichen Schulformen gehören ebenfalls die „Erzieher/-innen“. Die Schülerzahl an Fachschulen beträgt hier 2009/2010 rund 32.000 und ist im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich um 14,9 % gestiegen. In Bayern werden „Erzieher/-innen“ außerdem an Fachakademien ausgebildet. Im Schuljahr 2009/2010 befanden sich dort insgesamt 4.329 Schüler/-innen, davon 2.279 im ersten Ausbildungsjahr → [Tabelle A5.2-3](#).

Mädchen und junge Frauen sind in schulischen Ausbildungen traditionell überproportional vertreten. So hat sich der Frauenanteil an den BFS außerhalb

BBiG/HwO seit 2005/2006 (68,6 %) in der Folgezeit bis 2009/2010 (68,5 %) kaum verändert. Gleiches gilt für den Anteil junger Frauen im 1. Schuljahr, wo sich die Verhältnisse (2008/2009: 67,3 % vs. 2009/2010: 67,4 %) kaum nennenswert verschoben haben. Eine entgegengesetzte Entwicklung ergibt sich erneut bei den BFS gemäß BBiG/HwO, wo der Anteil junger Frauen unter den Schüler/-innen seit 2005/2006 (59,6 %) stetig abnimmt und sie 2009/2010 mit 55,7 % nur noch etwas mehr als die Hälfte aller Schüler/-innen stellen.

Die Zahl der Absolventen, die BFS außerhalb BBiG/HwO mit einem Berufsabschluss verlassen, ist im Vergleich zum Vorjahr erneut um 1,5 % auf 81.959 zurückgegangen. Im Gegensatz dazu ist die Anzahl der Absolventen der BFS mit einem Abschluss gemäß BBiG/HwO annähernd unverändert (2008/2009: 12.433 vs. 2009/2010: 12.246 Absolventen/-innen).

Quantitative Entwicklung in einzelnen Berufen

Bei der Differenzierung nach einzelnen Berufen, ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede bei der Entwicklung der Schülerzahlen → [Tabelle A5.2-3](#). Unter den stark besetzten Berufen (mit mehr als 1.000 Schüler/-innen im 1. Schuljahr) an BFS außerhalb BBiG/HwO finden sich 2009/2010 Berufe sowohl mit starken Zu- als auch Abnahmen. So ist es an der Spitze der am stärksten besetzten Berufe außerhalb BBiG/HwO zu einem Wechsel gekommen. Im Ausbildungsgang „Kaufmännische/-r Wirtschaftsassistent/-in“ befinden sich 8,6 % weniger Schüler/-innen im 1. Schuljahr als noch im Vorjahr. Eine gegensätzliche Entwicklung war bei der Ausbildung zum/zur „Sozialassistenten/Sozialassistentin“ und „Sozialpädagogischen Assistenten/Assistentin“ festzustellen. Mit einem Anstieg von 6,7 % unter den Schülern/Schülerinnen im 1. Schuljahr bildet dieser Ausbildungsgang die Spitze unter den quantitativ am stärksten besetzten Berufen. Ebenfalls – wie bereits im letzten Jahr – erneut deutlich gestiegen ist mit 18,8 % die Anzahl der Schüler/-innen im 1. Schuljahr in der Ausbildung zum/zur „Sozialbetreuer/Sozialbetreuerin“ und „Sozialhelfer/Sozialhelferin“. Auf der anderen Seite gibt es starke Rückgän-

Tabelle A5.2-3: Am stärksten besetzte Berufe an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln – 2009/2010

Berufs- klasse*	Beruf	1. Schuljahr	Veränderung zum Vorjahr – 1. Schuljahr	Alle Schuljahre	Außerdem Schulen des Gesundheits- wesens – 1. Schuljahr	Außerdem Schulen des Gesundheits- wesens – alle Schul- jahre		
		Anzahl	in %	Anzahl	Anzahl	Anzahl		
Die 10 im 1. Schuljahr am stärksten besetzten Berufe								
8617	Sozialassistent/-in und Sozialpädagogische/-r Assistent/-in	13.842	6,7	26.582	7.310	18.772		
7889	Kaufmännische/-r und Wirtschaftsassistent/-in	12.815	-8,6	19.729				
8640	Altenpfleger/-in (+1.498 an Fachschulen)**	10.639	32,7	24.237				
8670	Kinderpfleger/-in	9.418	-3,1	16.710				
7744	Technische/-r Assistent/-in für Informatik, Assistent/-in für Wirtschaftsinformatik und Kaufmännische/-r Assistent/-in für Informationsverarbeitung	8.901	-9,0	18.476				
8690 + 8697	Sozialbetreuer/-in und Sozialhelfer/-in	7.858	18,8	12.857				
8343	Gestaltungstechnische/-r Assistent/-in	4.418	-1,5	10.379				
7894	Fremdsprachenassistent/-in, Europa-Sekretär/-in	3.174	-7,8	6.365				
8630	Erzieher/-in (+13.620 an FS, +2.279 an Fachakademien in Bayern)**	3.025	6,0	5.785				
9212 + 9232	(Haus-)Wirtschafter/-in, -assistent/-in und Hauswirtschaftshelfer/-in	2.415	-8,9	4.447				
	Zusammen	76.505		145.567				
	Anteil an allen Berufen an BFS außerhalb BBiG/HwO	66,4 %		64,4 %				
Weitere stark besetzte Berufe bzw. Berufsgruppen***								
7884	Europa-/Korrespondent/-in	2.545	-2,2	4.920	2.006	3.664		
8580	Pharmazeutisch-technische/-r Assistent/-in	2.478	0,3	5.270				
8530	Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	2.312	10,5	6.230				
8647	Altenpflegehelfer/-in	2.189	-14,1	2.215				
8520	Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in; 3-jährig)	2.148	-10,7	6.525				
8594	Ergotherapeut/-in	1.940	-10,8	6.016				
6229	Kommunikationsassistent/-in/ Industrietechnologe/-in	1.736	-4,7	1.761				
6261	Chemisch-technische/-r Assistent/-in	1.735	-1,4	3.524				
6310	Biologisch-technische/-r Assistent/-in	1.525	8,9	2.984				
7792	Wirtschaftsinformatiker/-in	1.451	3,8	2.670				
9142 + 7020 + 7021	Assistent/-in für Hotel-, Gaststätten-, Fremdenverkehrsgewerbe und Touristikassistent/-in	1.269	-9,8	2.689	1.893	5.366		
6223	Technische/-r Assistent/-in für Automatisierungs- und Computertechnik	1.063	0,9	2.003				
	Zusammen	22.391		46.807				
	Insgesamt	98.896		192.374				
	Anteil an allen Berufen an BFS außerhalb BBiG/HwO	85,9 %		85,2 %				
	nachrichtlich: Berufsfachschulen insgesamt	115.133		225.921				

* Siehe Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe 1992

** Schüler im 1. Schuljahr

*** Mit mehr als 1.000 Schüler/-innen im 1. Schuljahr

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A5.2-4: Die 10 am stärksten besetzten Berufsgruppen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss gemäß BBiG/HwO vermitteln – Schuljahr 2009/2010

Berufsgruppe*	Berufe	Schüler/-innen	Veränderung zum Vorjahr
		Anzahl	in %
90	Berufe in der Körperpflege inkl. Kosmetiker/-in	4.121	-11,1
78	Büroberufe, Kaufmännische/-r Angestellte/-r	3.837	-25,1
92	Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe inkl. Hauswirtschaftler/-in	3.467	-29,8
69	Bank- und Versicherungskaufleute	2.350	2,0
31	Elektroberufe	1.763	-15,2
27	Maschinenbau- und -wartungsberufe	1.334	-4,4
67	Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute	1.826	33,6
28	Fahr-, Flugzeugbau- und -wartungsberufe	908	-12,3
30	Feinwerktechnische und verwandte Berufe	918	-7,2
35	Berufe in der Textilverarbeitung	850	2,9
	Zusammen	21.046	-16,7
	in % aller Schüler/-innen	69,7 %	
	nachrichtlich: Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO insgesamt	30.174	-15,7

* Siehe Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe 1992

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

ge unter den Top Ten vor allem bei „Technischer Assistenz für Informatik und Wirtschaftsinformatik“ (-9,0 %) sowie beim „(Haus-)Wirtschaftler und Hauswirtschaftshelfer“ (-8,9 %).

Obwohl „Erzieher/-innen“ nur noch in Baden-Württemberg den BFS außerhalb BBiG/HwO zugeordnet werden, gehören sie mit 3.025 Anfängern weiterhin zu den Top Ten. Überdies werden die meisten „Erzieher/-innen“ an Fachschulen bzw. in Bayern an Fachakademien ausgebildet. Auch ohne Einbeziehung der durchaus beträchtlichen Anzahl von Schülern/Schülerinnen an Fachschulen für Sozialarbeit und -pädagogik gehört der „Erzieher“ zu den quantitativ stärksten Berufen außerhalb des Geltungsbereichs von BBiG/HwO.

Unter den – über die Top Ten hinaus – stark besetzten Berufen gibt es mit -9,8 % insgesamt weitere deutliche Rückgänge bei den Ausbildungen „Assistent/-in für Hotel-, Gaststätten-, Fremdenverkehrsgewerbe“ und „Touristikassistent/-in“. Die zum Teil massiven Zuwächse und Rückgänge der Schülerzahlen bei den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen werden gesondert in [Kapitel A5.3](#) behandelt.

An den BFS gemäß BBiG/HwO hat sich die Liste der am stärksten besetzten Berufe im Vergleich zum Vorjahr auf einigen Positionen verändert → [Tabelle A5.2-4](#). So fanden – bedingt durch massive Einbrüche in den Schülerzahlen – die Berufsgruppen „Hotel- und Gaststättengewerbe“ (-47,0 %) und „Technische Zeichner und verwandte Berufe“ (-29,3 %) 2009/2010 keinen Einzug mehr in die Top Ten. Mit zu den am stärksten besetzten Berufen gehören nun stattdessen die Gruppen „Feinwerktechnische und verwandte Berufe“ (-7,2 %) sowie „Berufe in der Textilverarbeitung“ (+2,9 %), deren Entwicklungen bei den Schülerzahlen durch moderate Verluste bzw. sogar leichte Zuwächse gekennzeichnet waren. Auch unter den Top 3 kam es zu Veränderungen in der Rangfolge. Die Spitze übernimmt hier die Berufsgruppe mit den geringsten Rückgängen im Vergleich zum Vorjahr. Während die Gruppen „Büroberufe, Kaufmännische/-r Angestellte/-r“ (-25,1 %) und „Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe“ (-29,8 %) deutliche Rückgänge bei den Schülerzahlen hinnehmen mussten, waren diese bei den „Berufen in der Körperpflege inkl. Kosmetiker/-in“ mit -11,1 % erheblich geringer, sodass diese Gruppe nunmehr mit 4.121 Schülern/-innen die Liste der Top Ten an-

Tabelle A5.2-5: Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss gemäß BBiG/HwO vermitteln, nach Ländern – Schuljahr 2009/2010

Land	Schüler/-innen	Veränderung zum Vorjahr	Anteil des Landes an allen Schülern/Schülerinnen
	Anzahl	in %	in %
Baden-Württemberg	7.873	1,2	26,1
Bayern	4.255	-0,8	14,1
Berlin	5.646	-7,2	18,7
Brandenburg	2.423	-44,7	8,0
Bremen	167	5,0	0,6
Hamburg	114	-66,7	0,4
Hessen	670	1,7	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	774	-47,9	2,6
Niedersachsen	1.186	-5,3	3,9
Nordrhein-Westfalen	2.031	5,0	6,7
Rheinland-Pfalz	565	-5,4	1,9
Saarland	*	*	*
Sachsen	1.933	-46,4	6,4
Sachsen-Anhalt	1.317	-12,1	4,4
Schleswig-Holstein	46	-9,8	0,2
Thüringen	1.174	-29,9	3,9
Alte Länder	16.907	-0,9	56,0
Neue Länder	13.267	-29,2	44,0
Bundesgebiet insgesamt	30.174	-15,7	100,0

* Angaben liegen nicht vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

führt. Entgegen der Entwicklung in den meisten der unter den 10 am stärksten besetzten Berufsgruppen an Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO aufgeführten Ausbildungen kann die Gruppe der „Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- und Verkaufsfachleute“ einen starken Anstieg der Schülerzahlen um 33,6 % im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen.

Regionale Entwicklungen bei Schulformen und Berufen

An den BFS gemäß BBiG/HwO ist im Zeitverlauf, neben den quantitativen Schwankungen der Schülerzahlen insgesamt, eine dynamische Entwicklung auf der Ebene der einzelnen Bundesländer festzustellen. 1993/1994 war ein Drittel der Schülerzahl den neuen und zwei Drittel den alten Ländern zuzurechnen. Dies kehrte sich bis 1999/2000 um, sodass zwei Drittel der Schüler/-innen aus den neuen und

nur noch ein Drittel aus den alten Ländern kam. Die Schülerzahl hatte sich bis dahin vervierfacht. Im Zuge des Geburtenrückgangs und in der Folge deutlich sinkender Schulabgängerzahlen – insbesondere in den neuen Ländern – konnten die vollschulischen Ausbildungsförderungsprogramme reduziert werden. Dadurch setzt sich die massiv rückläufige Entwicklung in allen fünf neuen Flächenstaaten auch 2009/2010 im Vergleich zum Vorjahr fort → **Tabelle A5.2-5**. Sachsen-Anhalt hat mit einer Abnahme der Schülerzahl um 12,1 % noch die geringsten Rückgänge zu verzeichnen. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich mit -47,9 % die Zahl der Schüler/-innen beinahe halbiert. Der Anteil der neuen Länder an dieser Schulform hat sich somit weiter auf jetzt 44 % (2008/2009: 52 %) reduziert, womit erstmals seit Langem die Mehrzahl der Schüler/-innen an BFS gemäß BBiG/HwO aus den alten Ländern kommt. In den alten Ländern ist dort, wo die Schülerzahl-

Tabelle A5.2-6: Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, nach Ländern – Schuljahr 2009/2010

Land	Schüler/-innen	Veränderung zum Vorjahr	Anteil des Landes an allen Schülern/Schülerinnen
	Anzahl	in %	in %
Baden-Württemberg	38.923	5,1	17,2
Bayern	20.223	0,3	9,0
Berlin	8.185	12,7	3,6
Brandenburg	4.558	-9,3	2,0
Bremen	1.209	1,5	0,5
Hamburg	4.170	7,0	1,8
Hessen	8.470	-1,3	3,7
Mecklenburg-Vorpommern	7.253	-7,1	3,2
Niedersachsen	23.786	5,9	10,5
Nordrhein-Westfalen	37.970	-4,2	16,8
Rheinland-Pfalz	11.656	1,1	5,2
Saarland	576	4,7	0,3
Sachsen	28.410	-6,2	12,6
Sachsen-Anhalt	11.497	-8,9	5,1
Schleswig-Holstein	6.235	5,1	2,8
Thüringen	12.800	-6,4	5,7
Alte Länder	153.218	1,5	67,8
Neue Länder	72.703	-5,2	32,2
Bundesgebiet insgesamt	225.921	-0,8	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

len zurückgingen, das Ausmaß deutlich moderater. Lediglich in Hamburg ist – bei allerdings insgesamt geringer Schülerzahl – diese im Vergleich zum Vorjahr um zwei Drittel zurückgegangen (-66,7 %). Von den alten Flächenstaaten hat Schleswig-Holstein mit -9,8 % die größte Abnahme zu verzeichnen. Die anderen alten Länder befinden sich ansonsten entweder annähernd auf Vorjahresniveau (Baden-Württemberg: +1,2 %; Bayern: -0,8 %; Hessen: +1,7 %) oder bewegen sich bei den Zu- bzw. Abnahmen bei den Schülerzahlen um +/-5 % (Bremen: +5,0 %; Niedersachsen: -5,3 %; Nordrhein-Westfalen: +5,0 %; Rheinland-Pfalz: -5,4 %).

Auch an den BFS außerhalb BBiG/HwO ist der Rückgang vor allem in den neuen Flächenstaaten spürbar. Er liegt zwischen rund -6 % in Sachsen und -9 % in Brandenburg → **Tabelle A5.2-6**. Insgesamt ergibt sich damit eine Abnahme der Schülerzahlen in den

neuen Ländern und Berlin um 5,2 %. Die alten Länder verzeichnen hier im Vergleich zum Vorjahr mit 1,5 % insgesamt ein leichtes Plus. Eine Zunahme bei den Schülerzahlen findet hier beinahe in allen Ländern statt (von Bayern: +0,3 % bis Hamburg: +7,0 %). Lediglich in Hessen (-1,3 %) und Nordrhein-Westfalen (-4,2 %) hat die Zahl der Schüler/-innen an BFS außerhalb BBiG/HwO zwischen 2008/2009 und 2009/2010 abgenommen.

(Stephan Kroll)

A5.3 Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen

Die nicht akademische Ausbildung in Berufen des Gesundheitswesens erfolgt zum überwiegenden Teil in Schulen des Gesundheitswesens. So befanden sich im Jahr 2009/2010 128.200 Schüler/-innen an 1.654 Schulen des Gesundheitswesens **E**. Im Vergleich zum Vorjahr¹⁶⁴ (2008/2009: 124.260) ist somit ein recht deutlicher Anstieg der Anzahl der Schüler/-innen um 3.940 (+3,2 %) zu verzeichnen → **Tabelle A5.3-1 Internet**^{165, 166}. Diese Entwicklung unterscheidet sich in der Stärke ihrer Ausprägung von der der letzten Jahre, in denen der Anstieg bei den Schülerzahlen deutlich geringer ausfiel. Seit 1998/1999 (120.847 Schüler/-innen) entwickelte sich die Anzahl der Schüler zunächst rückläufig und hatte den Tiefpunkt mit 111.778 im Jahr 2001/2002 erreicht. Seither stieg die Schülerzahl wieder stetig an und befindet sich – auch bedingt durch den kräftigen Anstieg 2009/2010 – deutlich über dem Niveau von 1998/1999. Der Anteil von Mädchen und jungen Frauen ist bei einer Ausbildung an Schulen des Gesundheitswesens aufgrund der geschlechtsspezifischen Berufswahl traditionell hoch. Der Anteil junger Männer lag im Schuljahr 2009/2010 – genau wie im Vorjahr – bei lediglich rund 21 %. Somit sind hier Mädchen und junge Frauen mit 79 % deutlich überrepräsentiert.

E Schulen des Gesundheitswesens

„Diese Einrichtungen vermitteln die Ausbildung für nicht akademische Gesundheitsdienstberufe (z. B. Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-innen, Hebammen, Masseur, Ergotherapeuten, medizinische Bademeister u. a. m.). Die Aufnahmebedingungen sind je nach Berufswahl recht unterschiedlich. In der Regel erfolgt die Aufnahme in diese Einrichtungen erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres, also nach Beendigung der

Schulpflicht. Vorausgesetzt wird deshalb bei nahezu allen Berufen eine einschlägige Berufsausbildung oder der erfolgreiche Besuch einer auf die Ausbildung vorbereitenden schulischen Einrichtung. Der erfolgreiche Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens wird durch ein staatlich anerkanntes Abschlusszeugnis bestätigt, das zur Ausübung des gewählten Berufes berechtigt“ (Statistisches Bundesamt 2010). Schulen des Gesundheitswesens unterstehen i. d. R. der Aufsicht der Gesundheitsministerien der Länder.

Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder

„In einigen Ländern findet die Ausbildung in Gesundheitsdienstberufen (unterhalb der akademischen Ebene) nicht in Schulen des Gesundheitswesens, sondern in Berufsfachschulen und Fachschulen statt“ (Statistisches Bundesamt 2010).

Neben den Schulen des Gesundheitswesens werden Ausbildungen zu den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen unterhalb der akademischen Ebene aufgrund des unterschiedlich strukturierten föderalen Schulsystems auch an Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder **E** durchgeführt.

Anders als bei den Schülerzahlen an Schulen des Gesundheitswesens ist die Anzahl der Schüler/-innen in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen an Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder nach einem Anstieg bis zum Schuljahr 2004/2005 (113.229 Schüler/-innen) seither stetig bis auf nunmehr 98.931 im Schuljahr 2009/2010 gesunken → **Schaubild A5.3-1**. Im Vergleich zum Vorjahr (2008/2009: 98.954 Schüler/-innen) hat sich der Bestand an Schülern/-innen hier allerdings lediglich um 23 verringert und ist somit annähernd konstant geblieben. An den Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder ist im Bereich der Ausbildung zu den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen das Ungleichgewicht zwischen jungen Männern und Frauen aufgrund der geschlechtsspezifischen Berufswahl noch ausgeprägter als an den Schulen des Gesundheitswesens. Von den Schülern waren im Jahrgang 2009/2010 lediglich rund 19 % Jungen und junge Männer.

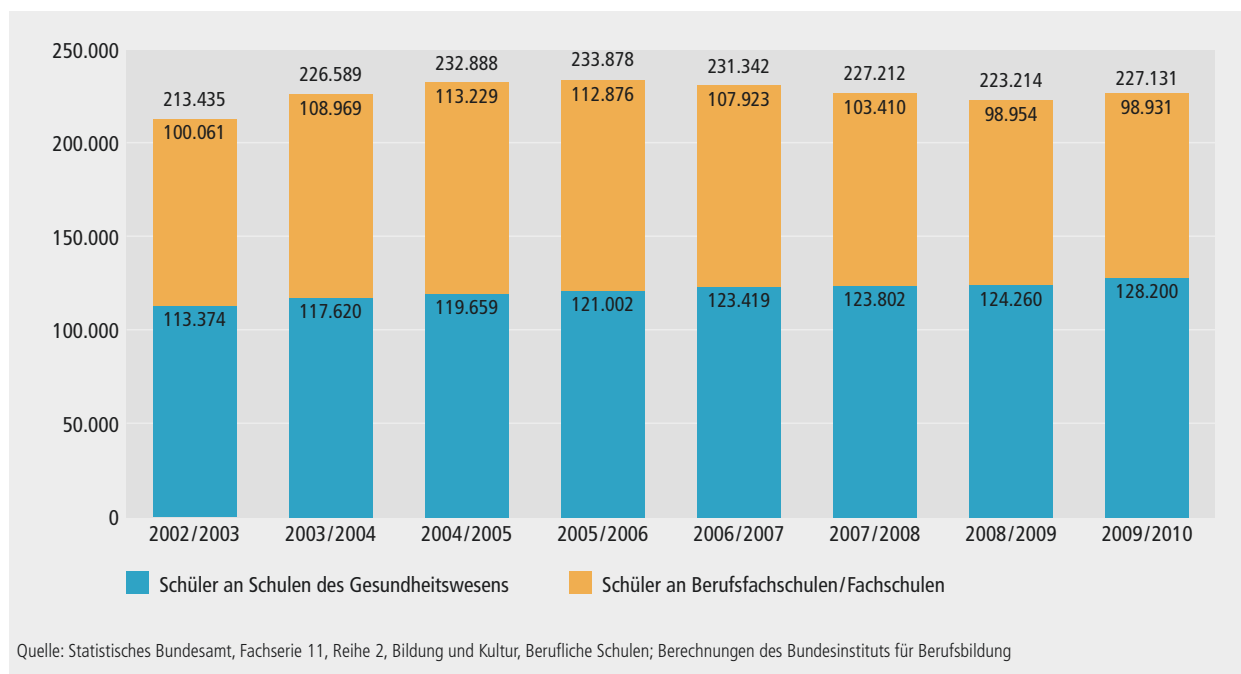
Für die differenziertere Betrachtung auf der Ebene einzelner Berufe werden die Schülerzahlen aus den Schulen des Gesundheitswesens sowie den

164 Vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel 6.3.

165 Siehe www.bibb.de/datenreport2011.

166 Der Umfang der in der Tabelle und folgenden Abbildungen aufgeführten Berufe orientiert sich an der Übersicht der Schüler/-innen in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Statistisches Bundesamt 2010, S. 14).

Schaubild A5.3-1: Anzahl der Schüler/-innen in Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen im Zeitverlauf (2002/03 bis 2009/10)



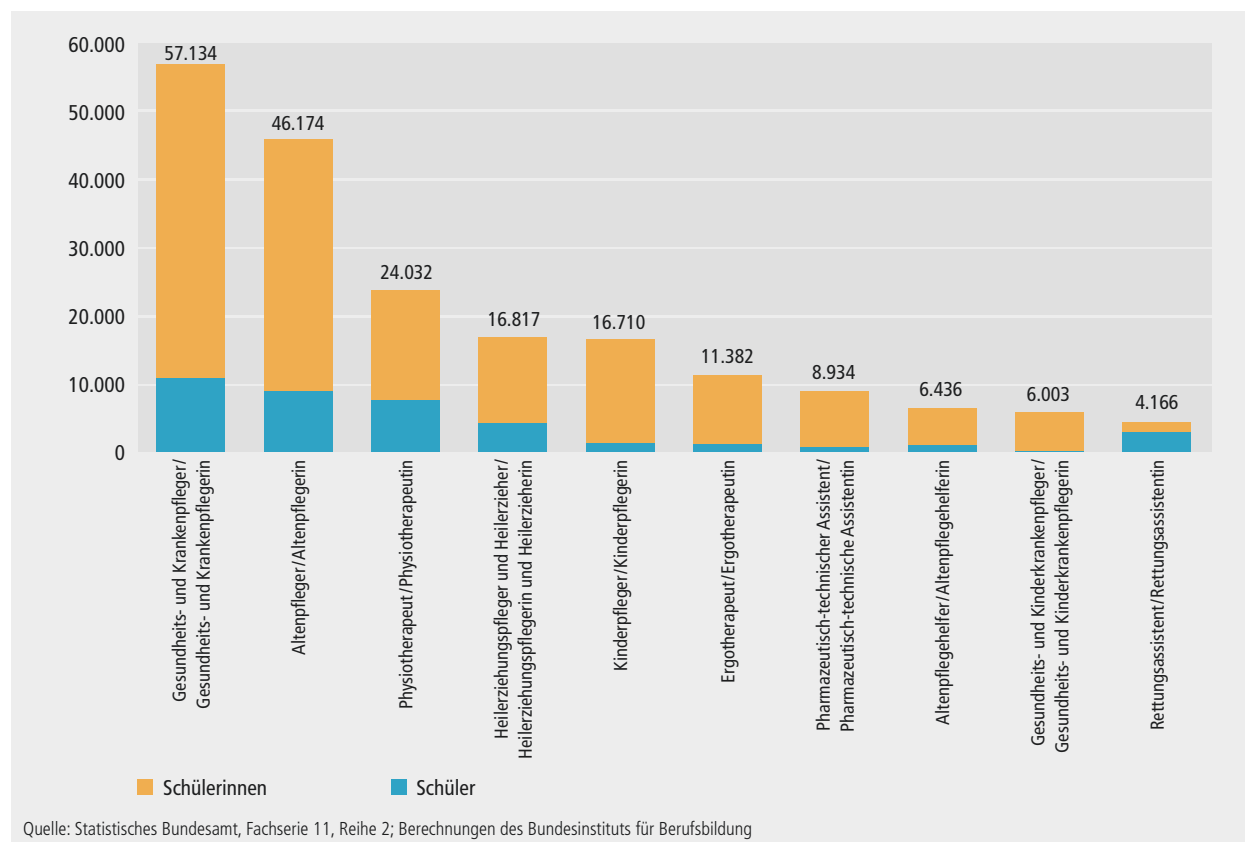
Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder aufsummiert → [Tabelle A5.3-1 Internet](#). Insgesamt ergibt sich hiernach im Vergleich zum Jahrgang 2008/2009 ein Anstieg der Schülerzahl von 223.214 auf 227.131 (+1,8%). Die Anzahl der Schüler/-innen in Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen entspricht somit wieder nahezu dem Niveau von 2007/2008. Da die Anzahl der Schüler in Berufsfachschulen und Fachschulen der Länder im Vergleich zum Vorjahr konstant blieb, ist dieser Anstieg ausschließlich auf die Entwicklung an den Schulen des Gesundheitswesens zurückzuführen.

Die Zahl der Schüler/-innen in der Gesundheits- und Krankenpflege hat im Gegensatz zum Vorjahr einen recht deutlichen Zuwachs zu verzeichnen. Mit nun 57.134 Schülern/-innen befinden sich 1.546 bzw. rund 2,8% mehr junge Menschen in diesem Ausbildungsgang als noch ein Jahr zuvor. In der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege ergeben sich hingegen so gut wie keine Veränderungen. Mit 6.003 Schülern/-innen 2009/2010 kommt es lediglich zu einem leichten Rückgang um 0,6% (-38 Schüler/-innen).

Ein massiver Zuwachs kennzeichnet auch die Entwicklung der Ausbildung zum/zur Altenpfleger/-in. Im Vergleich zum Schuljahr 2008/2009 (41.533 Schüler/-innen) kam es hier zu einem Anstieg bei der Anzahl der Schüler/-innen um 11,1% (4.621 Schüler/-innen) auf jetzt 46.174. Diese positive Entwicklung kann auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen sein. Angesichts des Fachkräftemangels sind unter Umständen mehr Pflegeeinrichtungen bereit, Ausbildungsplätze anzubieten. Auch könnten sich die gezielten Initiativen der Bundesregierung, der Länder und Verbände zur Steigerung der Attraktivität der Altenpflegeausbildung auswirken.

Ganz anders gestaltet sich hingegen die Situation bei der Anzahl der Schüler/-innen in der Ausbildung zum Ergotherapeuten. Hier setzt sich die Entwicklung aus dem Vorjahr fort, indem die Schülerzahl um 936 auf nunmehr 11.382 sinkt. Dies bedeutet eine erneute Abnahme um 7,6%. Ähnlich, wenn auch auf niedrigerem Niveau, gestaltet sich die Situation bei der ebenfalls stark besetzten Ausbildung zum Physiotherapeuten/zur Physiotherapeutin. Auch hier

Schaubild A5.3-2: Anzahl der Schüler/-innen in den am stärksten besetzten Sozial- und Gesundheitsdienstberufen nach Geschlecht



setzt sich der negative Trend fort. Die Anzahl der Schüler/-innen reduziert sich – wie schon im Vorjahr – erneut um 494 auf 24.032 (-2,0 %).

Auffällig bei der Ausbildung zum Physiotherapeuten/zur Physiotherapeutin ist, dass 32 % in diesem Ausbildungsberuf Jungen und junge Männer sind. Prozentual mehr männliche Auszubildende finden sich nur noch bei der Ausbildung zum Masseuse und medizinischen Bademeister (38 %). Eine Ausnahme bildet hier die Ausbildung zum Rettungsassistenten. Dies ist der einzige Ausbildungsgang im Bereich der Sozial- und Gesundheitsdienstberufe, in dem Jungen und junge Männer häufiger als Mädchen und junge Frauen vertreten sind. Mit insgesamt 74 % sind hier rund drei Viertel der 4.166 Schüler/-innen männlich → [Schaubild A5.3-2](#).

Nachdem die Situation bei der Ausbildung in den Sozial- und Gesundheitsdienstberufen zwischen 2007/2008 und 2008/2009 durch eine relative Konstanz gekennzeichnet war, kam es 2009/2010 im Vergleich zum Vorjahr zu den beschriebenen, teilweise durchaus auffälligen Entwicklungen.

(Stephan Kroll)

A6 Angebote für bestimmte Zielgruppen

A6.1 Regelangebote und Programme der Benachteiligtenförderung

Benachteiligtenförderung bezeichnet Förderangebote, die auf eine Einmündung in Ausbildung und Arbeit und somit auf gesellschaftliche Teilhabe abzielen. Sie wenden sich an junge Menschen, die im Übergang von der Schule in den Beruf, im Wettbewerb um Ausbildungsplätze, Existenzsicherung, Lebenschancen und Entwicklungsperspektiven benachteiligt sind und deshalb gezielte Förderung erhalten. Angesiedelt sind die Bildungs-, Qualifizierungs- und Förderangebote im Schnittbereich von Arbeitsmarkt, Bildung und Jugendhilfe. Die Maßnahmen werden öffentlich finanziert und z. T. durch Auftragnehmer (bspw. Bildungsträger) umgesetzt. Sie basieren auf unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen (SGB II, III, VIII sowie Schulgesetze). Die Benachteiligtenförderung, ursprünglich konzipiert für spezifische Zielgruppen, überschneidet sich mit Angeboten, die von einem breiteren Spektrum von Jugendlichen genutzt werden können. So wenden sich Maßnahmen der Berufsorientierung zum Teil an alle Jugendlichen; denjenigen, die zusätzliche Unterstützung benötigen, wird diese angeboten. Für detailliertere Informationen und Erläuterungen zur Benachteiligtenförderung siehe **E** im BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A7.1 und die gleichnamige Themenseite des Good Practice Centers¹⁶⁷.

Maßnahmen für junge Menschen im Übergang von der Schule in den Beruf umfassen verschiedene Handlungsfelder:

- **Berufsorientierung**

Angebote zur Berufsorientierung ermöglichen Schülerinnen und Schülern, die Anforderungen von Berufen, Branchen sowie der Arbeitswelt kennenzulernen und praktisch zu erfahren. Gleichzeitig bieten sie ihnen Gelegenheiten, sich selbst zu orientieren, eigene Interessen, Neigungen und Kompetenzen

festzustellen und in Bezug zu den Anforderungen zu überprüfen. Um ihre Weiterentwicklung zu fördern, erhalten junge Menschen individuelle Unterstützung, Beratung und Begleitung.

In der Berufsorientierung entstehen zahlreiche neue Konzepte in Kooperation von allgemeinbildenden Schulen, Berufsberatung, Betrieben, Jugendsozialarbeit und anderen regionalen Akteuren. Finanziert werden sie u. a. durch die Bundesagentur für Arbeit (BA), die Kultusministerien, z. T. unter Verwendung von ESF-Mitteln, das BMBF sowie durch die Jugendhilfe (Angebote für spezifische Zielgruppen).

- **Übergang von der Schule in den Beruf**

Diese Angebote begleiten junge Menschen auf dem Weg ins Arbeitsleben. Zunächst steht dabei der Übergang von der Schule in den Beruf, nach Möglichkeit in Ausbildung, im Vordergrund. Hierzu gehört das Übergangsmanagement, das regionale oder kommunale Prozesse der beteiligten und betroffenen Institutionen aufeinander abstimmt. Es umfasst individuelle und institutionelle Aspekte. In einem kooperativen Prozess wird der individuelle Förder- und Unterstützungsbedarf der einzelnen Jugendlichen mit dem vor Ort zugänglichen Angebot an Bildung, Ausbildung, Arbeit und sozialpädagogischer Förderung zusammengebracht.

Hilfen im Übergang werden von unterschiedlichen Seiten finanziert, durch die Förderinitiative „Regionales Übergangsmanagement“ des BMBF-Modellprogramms „Perspektive Berufsabschluss“, das Programm „JUGEND STÄRKEN“ des BMFSFJ und entsprechende Programme der Länder (zu finden im Portal Länder Aktiv des GPC: <http://www.laenderaktiv.de>).

- **Berufs(ausbildungs)vorbereitung**

Die Berufs(ausbildungs)vorbereitung (BBiG § 1, S. 68 ff.) vermittelt Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit und soll an eine Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf heranführen. Berufs(ausbildungs)vorbereitung wird von unterschiedlichen Trägern angeboten:

- als berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der BA (Grundlage: SGB III), die bei Trägern, z. T. aber auch in Betrieben stattfindet;

¹⁶⁷ Siehe: <http://www.good-practice.de/3372.php>.

- als Einstiegsqualifizierung in Betrieben, finanziert durch die BA;
- in berufsbildenden Schulen auf der Grundlage der Schulgesetze der Länder (z. B. als Berufsvorbereitungsjahr – BVJ)¹⁶⁸;
- als ergänzende Angebote der Jugendhilfe (SGB VIII), z. B. in Jugendwerkstätten.

• Berufsausbildung

Die betriebliche Ausbildung kann durch ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) unterstützt werden. Diejenigen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben, können ihre Berufsausbildung oder das erste Ausbildungsjahr in einer außerbetrieblichen Einrichtung (BaE) absolvieren. In beiden Fällen führen Bildungsträger die Maßnahmen durch, die von der BA finanziert werden.

• Berufliche Nachqualifizierung und sonstige Qualifizierung

Qualifizierungsangebote und Nachqualifizierungsprogramme¹⁶⁹ wenden sich an junge Erwachsene, die über Arbeitserfahrung verfügen, aber noch keinen Berufsabschluss erworben haben. Je nach gesetzlicher Grundlage können sie in Betrieben, bei Bildungsträgern oder Einrichtungen der öffentlichen Hand stattfinden.

Darstellung der Maßnahmen

Die folgende Beschreibung baut auf den Darstellungen im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009 und 2010 auf¹⁷⁰. Relevante Neuerungen, Veränderungen und Ergänzungen werden in den Vordergrund gestellt.

Der größte Teil der Regelangebote liegt in der Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit (BA) → **Tabelle A6.1-1**. Neben den Bildungs-, Förder- und Qualifizierungsangeboten, die im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt derzeit als Regelangebote durchgeführt werden, bieten verschiedene Bundesministerien Sonder- und Modellprogramme¹⁷¹ an, die für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevant sind → **Tabelle A6.1-2**. Diese Sonder- und Modellprogramme sind zeitlich begrenzt; ihre Durchführung ist in Programmrichtlinien beschrieben.¹⁷² Die einzelnen Angebote sind in Handlungsfelder gegliedert; Hinweise auf Akteure, gesetzliche Grundlagen und Verantwortungsebenen sind jeweils enthalten.

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ mit den 2 Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ wird in den Handlungsfeldern Übergang Schule – Beruf und Nachqualifizierung dargestellt.

Tabelle A6.1-1: Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit

Berufsorientierung	Berufsvorbereitung	Berufsausbildung	Berufliche Nachqualifizierung, sonstige Qualifizierung
Erweiterte Berufsorientierung	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)	Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer
Vertiefte erweiterte Berufsorientierung	Einstiegsqualifizierung (EQ)	Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH)	Arbeitsgelegenheiten (Mehraufwandvariante) mit Qualifizierungsanteil
Berufseinstiegsbegleitung	Aktivierungshilfen	Ausbildungsbonus	
	Sozialpädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung		

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Förderung der Berufsausbildung, Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

¹⁶⁸ Schulische Angebote der Berufsvorbereitung sind im **Kapitel A5.1** aufgeführt.

¹⁶⁹ Zur Nachqualifizierung siehe auch **Kapitel B3.4**.

¹⁷⁰ Zum Zeitpunkt der Berichterstellung waren Zahlen der BA, die auch die zugelassenen kommunalen Träger einschließen, nicht durchgängig verfügbar. Um Vergleichbarkeit zu gewährleisten, sind deshalb in diesem Berichtsteil nur Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (ohne zkt) aufgenommen (sofern nicht anders angegeben).

¹⁷¹ Eine ausführliche Übersicht findet sich unter www.good-practice.de/1060.php.

¹⁷² Die Förderprogramme der Länder sind einzusehen im Webportal LänderAktiv (www.laenderaktiv.de).

Tabelle A6.1-2: Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Sonder- und Modellprogramme des Bundes 2009

Förderzeitraum	Ziel	Zielgruppe	Größenordnung ¹	Internet
BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten	Frühzeitige, praxisbezogene Berufsorientierung zur Erleichterung des Übergangs Schule – Berufsausbildung	Sek. I Allgemeinbildende Schulen	10 Mio. € (in 2009), ca. 200 Projekte (Stand: Dezember 2009)	http://www.bibb.de/berufsorientierung
BMBF: Perspektive Berufsabschluss	Förderinitiative 1: Optimierung des Übergangsmanagements Schule – Ausbildung	Benachteiligte Jugendliche	35 Mio. €	http://www.perspektive-berufsabschluss.de/
mit den Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“	Förderinitiative 2: Nachqualifizierung durch strukturelle Verbesserung der beruflichen Integrationsförderung	An- und Ungelernte	Förderinitiative 1: 27 Projekte Förderinitiative 2: 22 Projekte	
BMFSFJ: Kompetenzagenturen	Verbesserung und Ausweitung von Unterstützungsleistungen für benachteiligte Jugendliche zur eigenständigeren Lebensführung	Benachteiligte Jugendliche mit multiplen Problemlagen	59 Mio. € Kompetenzagenturen in knapp 200 Standorten ²	
BMFSFJ: Schulverweigerung – die 2. Chance	Programm reintegriert Schulverweigerer in Schulen, erhöht so ihre Chancen auf Schulabschluss	(Potenzielle) Schulverweigerer, Eltern, Lehrkräfte	84 Mio. € 194 Koordinierungsstellen	http://www.zweitechance.eu/content/neue_foerderperiode_ab_192008/willkommen/index_ger.html

¹ Alle folgenden Angaben in dieser Spalte „Größenordnung“ beziehen sich auf die gesamte Förderdauer.

² Bei den beiden Förderprogrammen „Kompetenzagenturen“ und „2. Chance“ sind Kofinanzierungen erforderlich, die aus kommunalen Mitteln (örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe) eingebracht werden müssen.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Förderung der Berufsausbildung

1. Handlungsfeld: Berufsorientierung

Die Berufsorientierung hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung und öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. In allen Bundesländern sind durch die Förderung der BA und darüber hinaus Programme initiiert bzw. weiterentwickelt worden.

BA: Vertiefte Berufsorientierung (§ 33 SGB III) und erweiterte vertiefte Berufsorientierung (§ 33 SGB III i. V. m. § 421q)

Berufsorientierung ist eine gesetzliche Aufgabe der BA. Sie wird um die „vertiefte Berufsorientierung“ und die „erweiterte vertiefte Berufsorientierung“ ergänzt. Letztere wurde 2007 mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen“ eingeführt: Über diesen Personenkreis hinaus richten sich Angebote der Berufsorientierung vielfach an alle Schülerinnen und Schüler der jeweili-

gen Jahrgänge an den beteiligten Schulen, insbesondere an Haupt-, Real- und Gesamtschulen.

Vertiefte Berufsorientierung (VBO) in allgemeinbildenden Schulen setzt sich aus verschiedenen Elementen zusammen: umfassende Information zu Berufsfeldern, Interessenerkundung, Eignungsfeststellung/Kompetenzfeststellung, Strategien zur Berufswahl- und Entscheidungsfindung, fachpraktische Erfahrungen im Betrieb, Reflexion eigener Eignung, Neigungen und Fähigkeiten sowie verbesserte Selbsteinschätzung, Realisierungsstrategien sowie sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung. VBO nach § 33 SGB III muss in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden und ist auf maximal 4 Wochen begrenzt.

Mit der *erweiterten vertieften Berufsorientierung* wurde die Möglichkeit geschaffen, Berufsorientierungsmaßnahmen über einen Zeitraum von 4 Wochen hinaus und innerhalb des Unterrichts durchzuführen. Damit besteht auch die Möglichkeit,

Elemente modular zu bündeln und kontinuierliche Maßnahmen anzubieten, die das ganze Schuljahr begleiten. Gefördert werden kann nur, wenn sich Dritte mit mindestens 50 % beteiligen, z. B. Land, Kommunen, Kammern, Schulen, Fördervereine der Schulen, Betriebe.

Der Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) für die vertiefte und erweiterte vertiefte Berufsorientierung wird für 2009 mit 51.435 angegeben (Bundesagentur für Arbeit 2010c). Die Zugänge für 2009 liegen mit 180.331 erheblich darüber. Sie sind im letzten Jahr erheblich gestiegen, 2008 waren es noch 126.351 (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010a).

BA: Berufseinstiegsbegleitung (SGB III § 421s)

Aufgabe der Berufseinstiegsbegleitung ist es, Jugendliche beim erfolgreichen Abschluss der allgemeinbildenden Schule, bei der Berufsorientierung und Ausbildungsplatzsuche sowie bei der Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses zu unterstützen.¹⁷³ Für eine Erprobungsphase wurden zunächst 1.000 Schulen ausgewählt, die zum Hauptschulabschluss führen, insbesondere Förder- und Sonderschulen und Schulen mit hohem Migrationsanteil. Im Jahr 2009 umfasste die Förderung nach Auskunft der BA 27.648 Plätze (Bundesagentur für Arbeit 2010b). Im Rahmen der Initiative „Bildungsketten“ des BMBF sollen ab 2010 Berufseinstiegsbegleiter/-innen darüber hinaus bis zu 30.000 bildungsgefährdete Schüler/-innen von 1.000 ausgewählten Schulen¹⁷⁴ beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung unterstützen.

BMBF: Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten

Das Programm lief im Berichtszeitraum 2009 als befristetes Programm des BMBF (und wurde 2010 verstetigt). Es wendet sich an Schülerinnen und Schüler ab den 8. Klassen der allgemeinbildenden Schulen. Sie erhalten die Möglichkeit, in den Werk-

stätten in mindestens 3 verschiedenen Berufsfeldern ihre Fähigkeiten und Stärken praktisch zu erproben. Die jungen Leute sollen dabei ihre Potenziale, Fähigkeiten und Begabungen kennenlernen und diese zur Grundlage ihrer Berufswahl machen. Mit diesem Programm will das BMBF den Übergang zwischen Schule und Ausbildung erleichtern und die Zahl der Ausbildungsabbrecher und -abbrecherinnen senken. Das Programm läuft über 2 Wochen (80 Stunden) in den ÜBS oder Trägereinrichtungen, dazu kooperieren diese mit den Schulen und Lehrkräften.

Das BIBB führt die Förderung für das BMBF durch und bewilligte 2009 198 Projekte für insgesamt 76.000 Schülerinnen und Schüler. Für das Jahr 2009 sah der Haushaltsplan 7,5 Millionen Euro vor, tatsächlich wurden knapp 10 Millionen Euro ausgezahlt.

2. Handlungsfeld: Übergang von der Schule in den Beruf

Das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ mit den 2 Förderinitiativen „Regionales Übergangsmanagement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ soll durch strukturelle Veränderungen den Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss senken. Das Programm startete 2008 in 49 Modellregionen.

Die Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement will den Aufbau eines regionalen Übergangsmanagements anstoßen, die Umsetzung wirksamer Verfahren des Übergangsmanagements unterstützen und die in der Entwicklung und Erprobung von Übergangsmanagement gewonnenen Erfahrungen, Einsichten, Standards und Instrumente für eine Nachnutzung für Politik, Verwaltungen und Praxis bundesweit bereitstellen. Die Förderinitiative stimmte im Jahr 2009 an 27 Standorten die verschiedenen bereits vorhandenen Förderangebote und Unterstützungsleistungen aufeinander ab, um Jugendlichen einen problemloseren Anschluss von der Schule in eine Berufsausbildung zu erleichtern. Die Projekte sind bei Kommunen angesiedelt.

¹⁷³ Für die Berufseinstiegsbegleitung gilt eine befristete Regelung, letzter Eintritt in die Maßnahme ist der 31.12.2011.

¹⁷⁴ Die Auswahl der Schulen kann eingesehen werden unter: http://www.bmas.de/portal/29378/property=pdf/2008__11__04__liste_der_schulen_mit_berufseinstiegsbegleitung.pdf.

BMFSFJ: Kompetenzagenturen (JUGEND STÄRKEN)

Kompetenzagenturen unterstützen besonders benachteiligte Jugendliche dabei, ihren Weg in einen Beruf und in die Gesellschaft zu finden. Sie bieten Hilfen für diejenigen, die vom bestehenden System der Hilfeangebote für den Übergang von der Schule in den Beruf nicht (mehr) erreicht werden. Ansprechpartner suchen die Jugendlichen auf, vereinbaren gemeinsam mit ihnen individuelle Förder- und Qualifizierungspläne und kontrollieren die Umsetzung. Sie begleiten die Jugendlichen langfristig und beziehen dabei ihr familiäres und persönliches Umfeld ein. Bundesweit stehen rund 200 Kompetenzagenturen zur Verfügung. Das BMFSFJ fördert das Programm aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen der Initiative „JUGEND STÄRKEN“.

BMFSFJ: Schulverweigerung – die 2. Chance (JUGEND STÄRKEN)

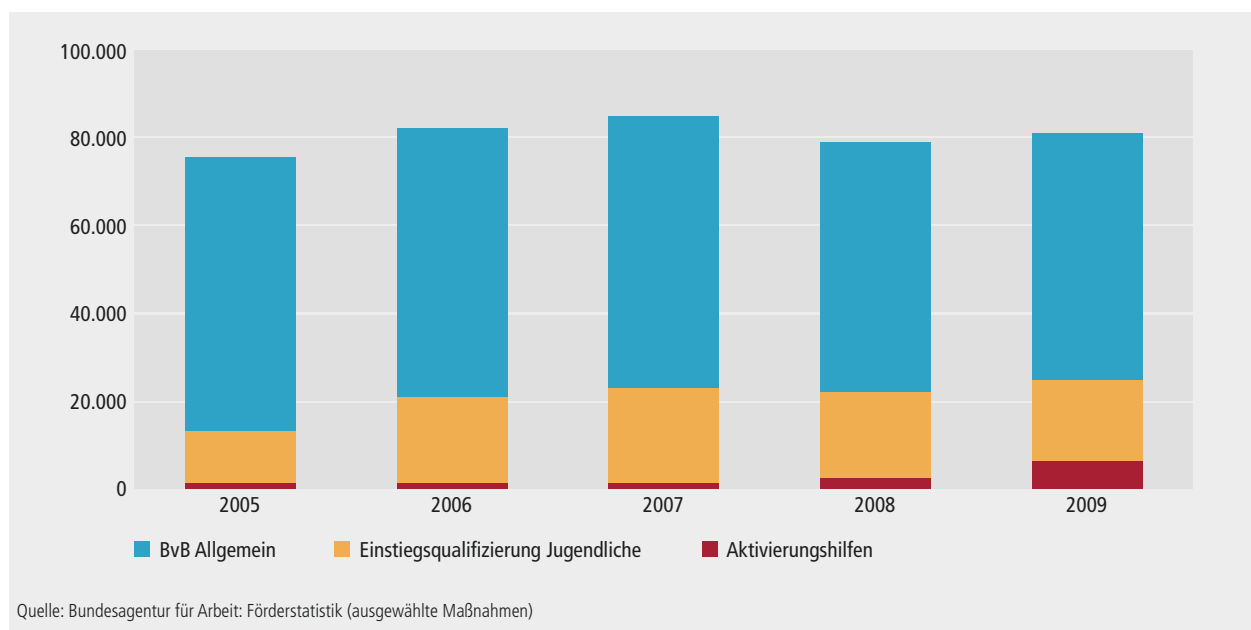
Das Programm Schulverweigerung – die 2. Chance richtet sich an Jugendliche, die ihren Hauptschulabschluss durch aktive oder passive Schulverweigerung gefährden. Ziel des Programms ist es, diese Jugend-

lichen in das Schulsystem zurückzuführen und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu verbessern. Bundesweit stehen rund 200 Anlauf- und Beratungsstellen zur Verfügung. Das Programm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.

3. Handlungsfeld: Berufsvorbereitung

Maßnahmen der Berufsvorbereitung hatten bis 2007 eine deutliche Ausweitung erfahren. Sie hatten – vor allem in Westdeutschland – einen erheblichen Teil der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz aufgenommen. 2008 gingen die Zahlen berufsvorbereitender Maßnahmen zurück, 2009 setzt sich dieser Trend fort, sofern man nur die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und die Einstiegsqualifizierung betrachtet. Zieht man die Aktivierungshilfen hinzu, die 2009 deutlich anstiegen, ergibt sich im Jahr 2009 eine geringe Steigerung der Förderzahlen in der Berufsvorbereitung. Von etwa 80.000 Teilnehmenden der Berufsvorbereitung befindet sich, wie in den letzten Jahren, durchgängig ca. ein Viertel in einer Einstiegsqualifizierung, also in einer betrieblichen Berufsvorbereitung, der weitaus größte Teil davon in Westdeutschland.

Schaubild A6.1-1: Maßnahmen der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit – Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand)



*BA: Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)
(SGB III § 61)*

Mit den BvB wird vorrangig die Vorbereitung und Eingliederung in Ausbildung angestrebt. Wenn sich im Maßnahmeverlauf herausstellt, dass dieses Ziel nicht erreicht werden kann, erfolgt die Vorbereitung auf die Aufnahme einer Beschäftigung. Zur Zielgruppe gehören – unabhängig von der erreichten Schulbildung – Jugendliche und junge Erwachsene, sofern sie ohne berufliche Erstausbildung sind, ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt und in der Regel das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, insbesondere junge Menschen, die noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife oder Berufseignung verfügen oder deren Vermittelbarkeit am Ausbildungsmarkt durch die weitere Förderung verbessert werden kann. Die maximale individuelle Förderdauer beträgt i. d. R. bis zu 10 Monate, kann aber in begründeten Fällen verlängert werden. Ausnahmen betreffen junge Menschen mit Behinderung und junge Menschen, die ausschließlich an einer Übergangsqualifizierung teilnehmen.

Nachdem in den Jahren 2005 bis 2007 jeweils rund 63.000 Teilnehmende im Rahmen der BvB allgemein gefördert worden waren → **Schaubild A6.1-1**, ging der Jahresdurchschnittsbestand (JD-Bestand) im Jahr 2009 bereits zum zweiten Mal in Folge auf nun 56.272 zurück, davon waren rund 42 % weiblich. Hinzu kamen 2009 durchschnittlich 11.130 Teilnehmende an rehaspezifischen berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen (Bundesagentur für Arbeit 2010a).

*BA: Aktivierungshilfen für Jüngere
(SGB III § 46 Abs. 1 S. 1 Nr. 1)*

Im Vorfeld von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung richten sich Aktivierungshilfen an Jugendliche, die z. B. für eine Förderung im Rahmen berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen (noch) nicht in Betracht kommen, z. B. aufgrund vielfältiger und schwerwiegender Hemmnisse insbesondere im Bereich Motivation/Einstellungen, Schlüsselkompetenzen und sozialer Kompetenzen (Bundesagentur für Arbeit 2009f, S. 3 f.). Die Zielgruppe sind junge Menschen, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben, über keine berufliche Erstausbildung verfü-

gen und wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne diese Förderung nicht bzw. noch nicht eingegliedert werden können.

Ziel ist, die Personen für eine berufliche Qualifizierung zu motivieren und sie zu stabilisieren. Dies soll vorrangig durch intensive Sozial- und Netzwerkarbeit sowie die Einbindung in projektbezogenes Arbeiten erreicht werden. Die Förderangebote sollen individuell abgestimmt Unterstützung im Berufswahlprozess, Suchtprävention, Schuldenprävention, Grundlagen gesunder Lebensführung, Sprachförderung sowie Bewerbungstraining beinhalten. Die Förderdauer beträgt in der Regel 6 Monate, eine Verlängerung bis zu 12 Monaten ist möglich.

Mit 16.887 Plätzen erhielten im Jahr 2009 deutlich mehr junge Menschen Aktivierungshilfen als in den Vorjahren (im Berichtsjahr 2008 lag die Zahl der Eintritte noch bei 11.596) (Bundesagentur für Arbeit 2010b) → **Schaubild A6.1-1**. Der Schwerpunkt liegt im Westen, hier gibt es mit 4.655 rund dreimal so viele Teilnehmende im Jahresdurchschnitt wie im Osten. Junge Männer stellen rund zwei Drittel der Teilnehmenden.

BA: Einstiegsqualifizierung (SGB III § 235b)

Die betriebliche Einstiegsqualifizierung (EQ)¹⁷⁵ wurde zum 1. Oktober 2007 als Leistung für Arbeitgeber gesetzlich verankert (§ 235b SGB III). Sie soll jungen Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven ein „Türöffner“ in eine betriebliche Berufsausbildung sein. Eine EQ, die mindestens 6, aber längstens 12 Monate dauert, dient der Vermittlung und Vertiefung von Grundlagen für den Erwerb beruflicher Handlungsfähigkeit. Die Inhalte einer EQ orientieren sich an den Inhalten eines anerkannten Ausbildungsberufes.

Zur Zielgruppe gehören nicht vollzeitschulpflichtige junge Menschen unter 25 Jahren:

- Ausbildungsbewerber/-innen mit individuell eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die

¹⁷⁵ Vormalige Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ).

auch nach dem 30. September eines Jahres noch nicht in Ausbildung vermittelt sind;

- Teilnehmer/-innen, die noch nicht in vollem Umfang über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen;
- Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche.

Der JD-Bestand für EQJ und EQ war bereits in den Vorjahren zurückgegangen, von 22.295 Plätzen im Jahr 2007 auf 19.526 im Jahr 2008. Dieser Trend setzte sich fort → **Schaubild A6.1-1**. An einer EQ nahmen im Jahr 2009 im Jahresdurchschnitt 18.558 junge Menschen teil (Bundesagentur für Arbeit 2010a). Wie in den Vorjahren liegt der Anteil der weiblichen Teilnehmer in der EQ höher als in den BvB (allgemein). Sie waren in der EQ mit ca. 46 % vertreten, in den BvB dagegen nur mit ca. 43 % (Bundesagentur für Arbeit 2010a). Die EQ ist in Westdeutschland deutlich mehr verbreitet als in den östlichen Bundesländern. Die Plätze im Osten (1.915) machen im Jahresdurchschnitt nur ca. 11,5 % der Gesamtzahl für 2009 aus (16.643).

4. Handlungsfeld: Berufsausbildung

Den größeren Teil der Förderung im Handlungsfeld Berufsausbildung macht die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) aus, die 2. Säule bilden die ausbildungsbegleitenden Hilfen. Beide Maßnahmen sind 2009 leicht angestiegen. Einen deutlichen Zuwachs erfuhr der Ausbildungsbonus.

BA: Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) (SGB III § 242 ff.)

Für benachteiligte Jugendliche, bei denen eine Vermittlung in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis auch mit ausbildungsbegleitenden Hilfen und nach Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme nicht erfolgreich ist, kann eine Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung gefördert werden. Seit dem 1. August 2009 kann auch nach der vorzeitigen Lösung eines betrieblichen oder außerbetrieblichen Berufsausbildungsverhältnisses die Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung fortgesetzt werden, wenn eine Eingliederung in betriebliche Berufsausbildung aussichtslos

erscheint. Eine individuelle Benachteiligung braucht in diesem Fall nicht vorzuliegen. Ein Fall der vorzeitigen Vertragslösung kann z. B. Folge einer Insolvenz, Stilllegung bzw. Schließung des ausbildenden Betriebes sein.

Im Jahr 2009 betrug der JD-Bestand für BaE 76.861 Auszubildende. Seit 2006 (63.857 Auszubildende) hat der JD-Bestand jährlich zugenommen → **Schaubild A6.1-2**. Nach den starken Zuwächsen in 2007 (69.364) und 2008 (76.690) war 2009 nur ein leichter Zuwachs zu verzeichnen. Im Jahr 2009 haben insgesamt 41.404 Auszubildende eine BaE begonnen. Damit ist auch bei den Eintritten in die Maßnahme ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr festzustellen (Bundesagentur für Arbeit 2007a, 2007b, 2008a, 2009a, 2010a, jeweils Tabelle 1).

BA: Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) (SGB III § 241)

Auszubildende mit Förderbedarf können begleitend zu einer betrieblichen Berufsausbildung abH erhalten, wenn sie zusätzliche Unterstützung benötigen, ohne die der Ausbildungserfolg gefährdet wäre. abH werden von Bildungsträgern im Auftrag der BA oder des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende angeboten. Unterstützt werden Maßnahmen, die über betriebs- und ausbildungsübliche Inhalte hinausgehen, z. B. Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten, Förderung der Fachpraxis und Fachtheorie sowie sozialpädagogische Begleitung. Seit dem 1. August 2009 können diese nach Abbruch einer betrieblichen Berufsausbildung bis zur Aufnahme einer weiteren betrieblichen bzw. einer außerbetrieblichen Berufsausbildung oder nach erfolgreicher Beendigung bis zur Begründung oder Festigung eines Arbeitsverhältnisses fortgeführt werden; abH können seitdem auch bereits während einer Einstiegsqualifizierung erbracht werden.

Im Jahr 2009 betrug der JD-Bestand für abH 41.936 Teilnehmende. Diese Zahl hat seit 2005 (51.531 Teilnehmende) jährlich kontinuierlich abgenommen → **Schaubild A6.1-2**. 2009 haben insgesamt 71.110 Personen abH erhalten (Zugänge). Im Jahr 2005 waren es 71.417 Teilnehmende. Nach sinkenden Zahlen in den letzten Jahren

Schaubild A6.1-2: Maßnahmen der Förderung der Berufsausbildung der Bundesagentur für Arbeit

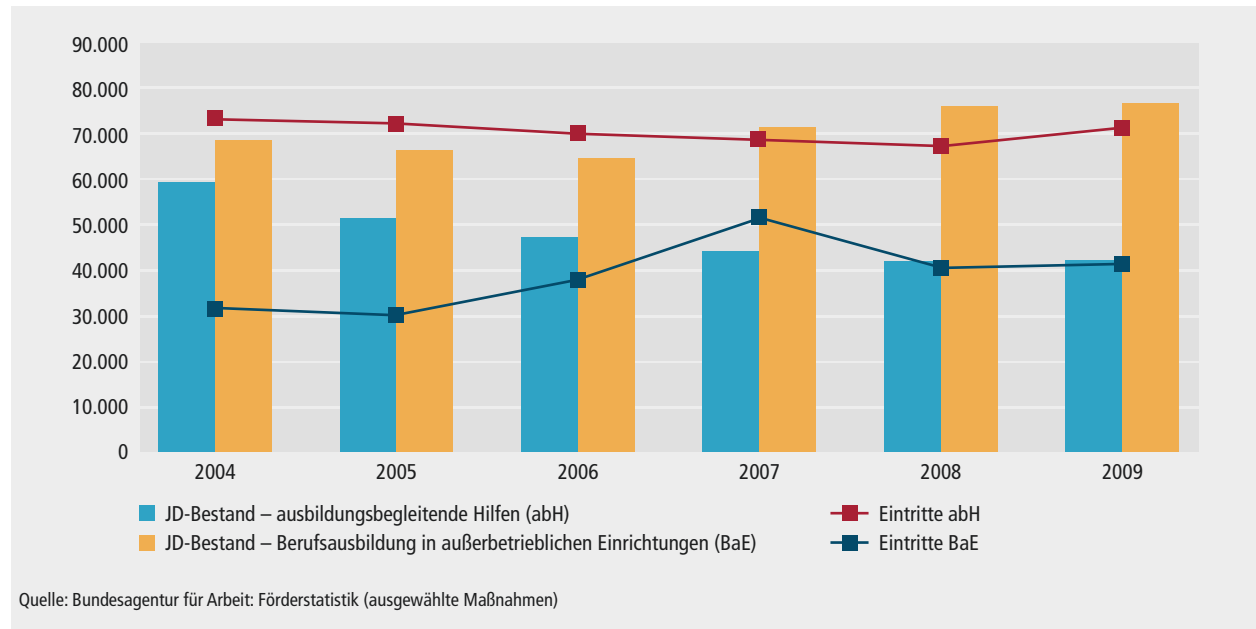
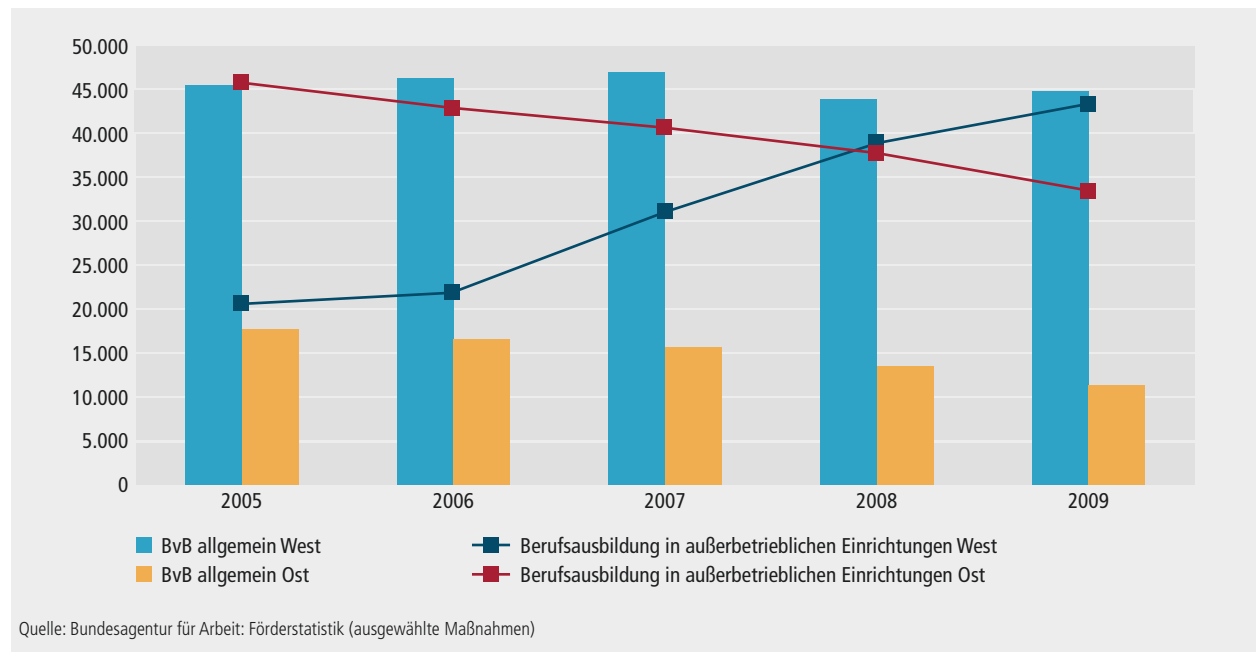


Schaubild A6.1-3: Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen – Ost-West-Unterschiede (Jahresdurchschnittsbestand)



(2006 = 69.124; 2007 = 67.931; 2008 = 67.146) nahmen die Zugänge in ausbildungsbegleitenden Hilfen 2009 wieder zu (Bundesagentur für Arbeit 2007a, 2007b, 2008a, 2009a, 2010a, jeweils Tabelle 1).

Junge Frauen sind in beiden Maßnahmen – wie bereits in den Jahren zuvor – unterrepräsentiert: Sie stellten 2009 in BaE 38 %, in abH sogar nur 31 % der Teilnehmenden (Bundesagentur für Arbeit 2010a).

Auffällige Unterschiede sind zwischen *Ost- und Westdeutschland* zu verzeichnen → **Schaubild A6.1-3**. In Ostdeutschland ist der Bestand der BaE-Plätze seit 2004 durchgängig mehr als doppelt so hoch wie der Bestand bei BvB (JD-Bestand BaE Ost 2009: 33.486, BvB Ost: 11.364). In Westdeutschland liegt dagegen die Zahl der BvB deutlich über den BaE-Bestandszahlen (JD-Bestand: BaE West 2009: 43.345, BvB West: 44.908), in den Vorjahren war die Differenz z. T. noch größer (Bundesagentur für Arbeit 2009b). Dieses macht deutlich, dass der Schwerpunkt einer öffentlichen Förderung im Westen stärker im Bereich der Berufsvorbereitung und im Osten mehr bei der außerbetrieblichen Berufsausbildung liegt.

BA: Übergangshilfen (bisher SGB III § 241 Abs. 3)

Im Anschluss an BaE und abH konnten in den letzten Jahren Übergangshilfen gefördert werden. Ab dem 1. August 2009 sind sie als eigenständige Leistung weggefallen. 2009 wurden im Jahresdurchschnitt noch 186 Teilnehmende gefördert (Bundesagentur für Arbeit 2010a).

BA: Ausbildungsbonus (SGB III § 421r)

Der Ausbildungsbonus wurde 2009 auf Beschluss des Bundestags ausgeweitet. Es handelt sich um einen einmaligen pauschalen Zuschuss für Unternehmen, die zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für förderungsbedürftige junge Menschen schaffen oder Azubis aus insolventen Unternehmen übernehmen.

Im Jahr 2009 hatten Betriebe für 18.959 Ausbildungsstellen (Eintritte bzw. Bewilligungen) einen Ausbildungsbonus erhalten. Das ist eine Steigerung von 46 % gegenüber 2008 (12.957 Eintritte) (Bundesagentur für Arbeit 2010a).

Handlungsfeldübergreifende Berufsvorbereitung/Ausbildung

BA: Sozialpädagogische Begleitung und organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung (SGB III § 243 Abs. 1 und Abs. 2)

Eine Berufsvorbereitung im Betrieb sowie eine betriebliche Ausbildung können durch eine sozialpädagogische Begleitung und/oder organisatorische Hilfen unterstützt werden. Ziel der *sozialpädagogischen Begleitung bei betrieblicher Berufsausbildungsvorbereitung (Abs. 1)* ist die Herstellung der individuellen Grundstabilität bei Problemlagen sowie eines positiven Lern- und Arbeitsverhaltens der Teilnehmer/-innen. Förderungsbedürftig sind lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche, die wegen der in ihrer Person liegenden Gründe ohne die Förderung einer Berufsausbildungsvorbereitung eine Einstiegsqualifizierung oder eine Berufsausbildung nicht beginnen, fortsetzen oder erfolgreich beenden können.

Als *organisatorische Unterstützung bei betrieblicher Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung (Abs. 2)* förderungsfähig sind Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeitgebern mit bis zu 500 Beschäftigten bei administrativen und organisatorischen Aufgaben im Zusammenhang mit der betrieblichen Berufsausbildung, der Berufsausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz und der Einstiegsqualifizierung förderungsbedürftiger Jugendlicher. Die Förderung ist ausgeschlossen, wenn gleichartige Leistungen nach einem Bundes- oder Landesprogramm erbracht werden. Die Inhalte dieses Ausbildungsmanagements umfassen Unterstützungsleistungen zur Schaffung der Ausbildungsvoraussetzungen, die Prüfung der Berufseignung für Ausbildungsplätze und Unterstützungsleistungen ab Vertragsabschluss.

Die Zahlen zeigen, dass diese Instrumente in nur geringem Umfang in Anspruch genommen werden, sie gingen 2009 auf niedrigem Niveau weiter zurück. Sozialpädagogische Begleitung und Ausbildungsmanagement sind im Berichtsjahr 2009 605-mal bewilligt worden. Im Jahr 2008 wurden noch 959 Teilnehmende gezählt (Bundesagentur für Arbeit 2010a).

5. Handlungsfeld: Nachqualifizierung/ sonstige Qualifizierung

Seit 1995 ist in Modellversuchen zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung und auf Landesebene eine Vielzahl von Modellen, Konzepten und Initiativen entwickelt worden. Entsprechende Strukturen für eine Förderung aufzubauen und Nachqualifizierung als eigenes Handlungsfeld zu etablieren ist das Ziel der Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ des aktuellen BMBF-Programms „Perspektive Berufsabschluss“ → **Tabelle A6.1-2**.

BA: Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer (SGB III § 421o)

Arbeitgeber können zur Eingliederung von Personen, die bei Aufnahme der Beschäftigung das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Zuschüsse erhalten, wenn diese vor Aufnahme der Beschäftigung mindestens 6 Monate arbeitslos (§ 119 SGB III) waren, nicht über einen Berufsabschluss verfügen und im Rahmen des Arbeitsverhältnisses qualifiziert werden. Inhalt der Qualifizierung soll die betriebsnahe Vermittlung von arbeitsmarktverwertbaren Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten sein, die die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern und auf einen beruflichen Abschluss vorbereiten können. Sie kann auch durch einen Träger durchgeführt werden, wenn eine Qualifizierung im Betrieb nicht möglich ist. Während der Förderdauer sind notwendige Maßnahmen zur sozialpädagogischen Begleitung im Sinne des § 243 Abs. 1 SGB III förderungsfähig (Bundesagentur für Arbeit 2009d).

Beim Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer waren 2009 insgesamt 366 Zugänge zu verzeichnen (2008 waren es noch 493 Zugänge) (Bundesagentur für Arbeit 2009b, 2010e).

BA: Arbeitsgelegenheiten (SGB II §§ 3, 16, Grundsicherung für Arbeitsuchende)

Die BA hat auf Grundlage der Änderungen des Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Juli 2009 eine neue Arbeitshilfe zu den Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II herausgegeben. Damit wurden erstmals verbindliche

fachliche Hinweise und Empfehlungen für die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten eingeführt. Danach sollen Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH ME) nachrangig gegenüber Vermittlung in Arbeit, Ausbildung, Qualifizierung oder anderen Eingliederungselementen sein. Sie sollen an den allgemeinen Arbeitsmarkt heranzuführen, die soziale Integration fördern und Beschäftigungsfähigkeit erhalten. Bis zum 31. Dezember 2009 konnte übergangsweise auch auf den Hauptschulabschluss vorbereitet werden. AGH ME für Jugendliche sollen insbesondere mit Qualifizierungselementen gestaltet sein (z. B. Sprachkurse), diese sind bis zu einer Dauer von 8 Wochen zulässig; Praktika bei einem oder mehreren Arbeitgebern bis zu einer Dauer von 4 Wochen.

AGH ME sollen im Rahmen der Eingliederungsvereinbarung als zweckmäßiges Modul einer ganzheitlichen Betreuungs- und Integrationsstrategie einen Teilschritt in einer Förderkette darstellen. Die Strategie soll individuell auf die Bedarfsgemeinschaft abgestimmt sein. Für junge Menschen mit besonderen Problemlagen soll eine begleitende und möglichst umfassende sozialpädagogische Betreuung sichergestellt werden (Bundesagentur für Arbeit 2009e).

Im Jahr 2009 wurde in den AGH U 25 ME mit Qualifizierungsanteil mit insgesamt 87.025 Zugängen an Teilnehmenden gegenüber 79.691 im Jahr 2008 ein Zuwachs verzeichnet (Bundesagentur für Arbeit 2009b, 2010d).

BMBF: „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ (Förderprogramm: Perspektive Berufsabschluss)

Die Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ ist als Strukturveränderungsprogramm angelegt. Sie will nachhaltig geeignete Rahmenbedingungen für Nachqualifizierung schaffen und so zur Verringerung des Anteils an- und ungelernter junger Erwachsener mit und ohne Beschäftigung beitragen. Dazu werden im Zusammenwirken mit den regional tätigen Arbeitsmarktakteuren – insbesondere Kammern, Unternehmen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Träger der Arbeitsförderung/Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Bildungsträger, kommunale/regionale

Wirtschaftsförderung – Konzepte für bedarfsgerechte Nachqualifizierung regional angepasst und implementiert, bestehende Fördermöglichkeiten transparent gemacht und gebündelt sowie Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Betroffene und insbesondere auch für kleine und mittlere Unternehmen aufgebaut. Arbeitslosen An- und Ungelernten werden Möglichkeiten eröffnet, nachträglich einen Berufsabschluss zu erwerben und so ihre Beschäftigungschancen zu verbessern. Unternehmen werden Wege aufgezeigt, Qualifizierungspotenziale an- und ungelernter Beschäftigter zu erschließen und so ihren Fachkräftebedarf zu decken. Die Förderinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ schaffte 2009 in 22 Regionen geeignete Rahmenbedingungen, um an- und ungelernten jungen Erwachsenen mit und ohne Beschäftigung einen nachträglichen Berufsabschluss zu ermöglichen. Durch die Entwicklung regionaler Strukturen soll die Nachqualifizierung zum Regelangebot werden.

(Petra Lippegaus-Grünau, Thomas Materna)

A6.2 Die Entwicklung dualer Studiengänge zwischen 2004 und 2010

Als dualer Studiengang **E** wird ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie mit integrierter Berufsausbildung bzw. Praxisphasen in einem Unternehmen bezeichnet. Von den klassischen Studiengängen unterscheidet sich ein duales Studium durch einen höheren Praxisbezug, der je nach Studiengang und Hochschule variiert. Im Rahmen eines Kooperationsvertrages zwischen der Hochschule oder Akademie und dem Unternehmen werden die Lerninhalte eng aufeinander abgestimmt. Zwischen dem/der Studierenden und Betrieb besteht eine vertragliche Bindung in Form eines Ausbildungs-, Arbeits- oder Praktikantenvertrages.

Die kontinuierliche Zunahme der in AusbildungPlus bundesweit erfassten dualen Studiengänge wurde im vergangenen Jahr noch einmal gesteigert. Zum 30. April 2010 wurden in der Datenbank 776 Angebote registriert; das sind gegenüber dem Vorjahr rund 9 % mehr (AusbildungPlus in Zahlen, Trends & Analysen 2010). Genauso wie das Angebot ist auch die Nachfrage nach dualen Studiengängen in den letzten Jahren stetig gestiegen. In [→ Tabelle A6.2-1](#) wird die Entwicklung des Angebots und der Nachfrage nach ausbildungs- und praxisintegrierenden dualen Studiengängen von 2004 bis 2010 dargestellt.

Tabelle A6.2-1: Duale Studiengänge von 2004 bis 2010

Jahr	Anzahl dualer Studiengänge	Veränderung zum Vorjahr in %	Beteiligte Unternehmen	Veränderung zum Vorjahr in %	Studierende	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	512	–	18.168	–	40.982	–
2005	545	6,4	18.911	4,1	42.467	3,6
2006	608	11,6	22.003	16,4	43.536	2,5
2007	666	9,5	24.246	10,2	43.220	-0,7
2008	687	3,2	24.572	1,3	43.991	1,8
2009	712	3,6	26.121	6,3	48.796	10,9
2010	776	9,0	28.336	8,5	50.732	4,0

Quelle: AusbildungPlus, Berichte 2005 bis 2010

E Duale Studiengänge

Duale Studiengänge sind durch eine Kombination der Lernorte Betrieb und Hochschule bzw. Akademie gekennzeichnet. Unterschiede gibt es bei Art und Umfang der Praxisphasen. Dementsprechend erfolgt in der Literatur eine Einteilung in ausbildungsintegrierende, praxisintegrierende und berufsintegrierende (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 2003) oder zusätzlich in berufsbegleitende duale Studiengänge (Mucke 2003).

Ausbildungs- und praxisintegrierende duale Studiengänge sind Angebote für die berufliche Erstausbildung und richten sich an Abiturienten bzw. Interessenten mit Fachhochschulreife. Berufsintegrierende und berufsbegleitende duale Studiengänge sind auf die berufliche Weiterbildung ausgerichtet und sprechen Studieninteressierte an, die neben ihrer beruflichen Tätigkeit ein Studium absolvieren möchten.

Die 4 Typen von dualen Studiengängen lassen sich wie folgt klassifizieren:

- Ausbildungsintegrierende duale Studiengänge verbinden eine berufliche Erstausbildung mit einem Studium an einer Hochschule oder Akademie. Voraussetzung hierfür ist ein Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen.
- Praxisintegrierende duale Studiengänge kombinieren ein Studium mit einer beruflichen Teilzeittätigkeit, oder im Verlauf des Studiums sind unterschiedlich lange Praxisphasen integriert. Für die Immatrikulation wird ein Praktikanten- oder Arbeitsvertrag mit einem Unternehmen benötigt.
- Berufsintegrierende duale Studiengänge verbinden ein Studium mit einer beruflichen Teilzeittätigkeit. Für die Zulassung zu diesem Studientyp ist ein Arbeitsvertrag notwendig.
- Berufsbegleitende duale Studiengänge kombinieren ein Studium mit einer beruflichen Vollzeittätigkeit. Im Unterschied zu Fernstudiengängen leisten die Betriebe einen dem Studium förderlichen Beitrag (z. B. Freistellungen von der Arbeit oder Bereitstellungen von Arbeitsmöglichkeiten) (Mucke 2003).

Die Entwicklung der dualen Studienangebote begann in den 70er-Jahren. In dem sogenannten Stuttgarter Modell wurde 1972 erstmals die Idee, akademische Bildung und eine praxisnahe Ausbildung in einem Studiengang zusam-

menzufassen, dargestellt. Mit der Gründung der Berufsakademie Baden-Württemberg im Jahr 1974 auf Basis des Stuttgarter Modells wurde ein weiterer Grundstein für die positive Entwicklung dieses Bildungsganges gelegt.

Ebenfalls gestiegen ist die Anzahl der beteiligten Unternehmen und die der teilnehmenden Studierenden. Derzeit sind nach Auswertung der Datenbank von AusbildungPlus **E** über 50.732 Studierende in einem dualen Studiengang eingeschrieben. Die Anzahl der Ausbildungsangebote von Betrieben ist auf rund 28.336 angewachsen. Betrachtet man das Jahr 2004, so lässt sich festhalten, dass das Angebot (→ **Tabelle A6.2-1**, Spalte 2) seitdem um rund 51 % zugelegt hat. Diese Zunahme wirkt sich auch auf die Kooperationen und die Anzahl der Studierenden aus. Ab 2004 haben die Betriebe ihr Angebot um über 55 % ausgeweitet; die Zahl der Studierenden hat um rund 24 % zugenommen.

E AusbildungPlus

Die Datenbank AusbildungPlus ist ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Projekt des Bundesinstituts für Berufsbildung. Sie bietet seit dem Jahr 2001 einen Überblick über bundesweite Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikation und über ausbildungs- und praxisintegrierende duale Studiengänge (<http://www.ausbildungplus.de>).

Anbieter

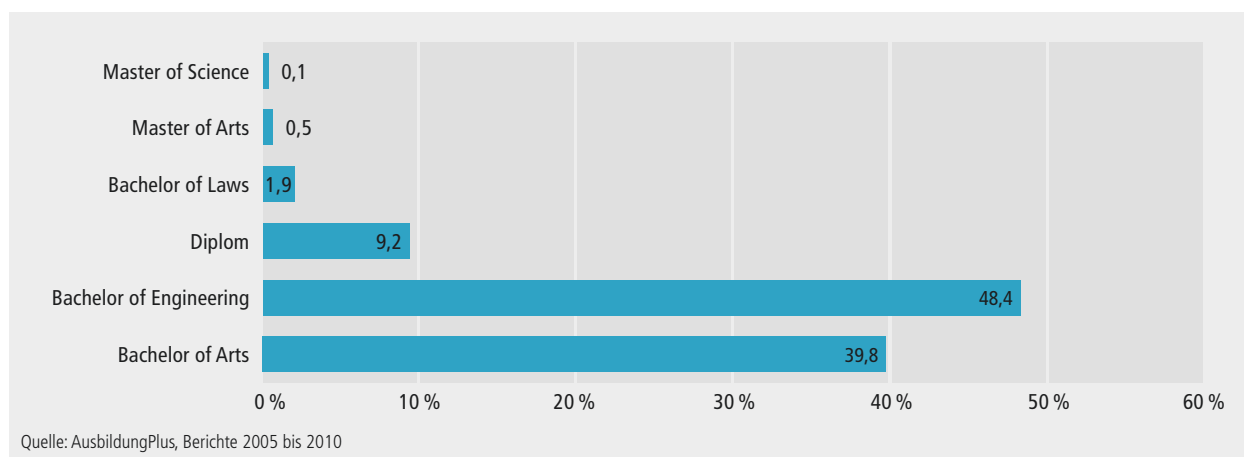
Zu den Anbietern von dualen Studiengängen zählen Fachhochschulen, Universitäten, Berufsakademien, die duale Hochschule Baden-Württemberg (ehemals Berufsakademie) und die Wirtschafts- und Verwaltungsakademien (VWA). Letztere sind privatrechtliche Bildungseinrichtungen, die eine duale Abiturientenausbildung anbieten. Hierbei wird eine kaufmännische Berufsausbildung mit einem betriebswirtschaftlichen Studium verbunden. Die Absolventen dieser Ausbildung erwerben aber nicht immer einen akademischen oder gleichgestellten Abschluss, da die Wirtschafts- und Verwaltungshochschulen keine staatlich anerkannten Hochschulen sind. Erst durch Kooperationen mit staatlich

Tabelle A6.2-2: Anbieter von dualen Studiengängen von 2004 bis 2010

Jahr	Fachhochschulen	Berufsakademien	Universitäten	Verwaltungs- und Wirtschafts-akademien	sonstige Hochschulen	Summe
2004	278	184	13	37	k.A.	512
2005	213	279	15	38	k.A.	545
2006	280	279	15	34	k.A.	608
2007	292	322	23	29	k.A.	666
2008	311	324	23	29	k.A.	687
2009	328	333	24	27	k.A.	712
2010	389	164	29	5	189	776

Quelle: AusbildungPlus, Berichte 2005 bis 2010

Schaubild A6.2-1: Anteil der Abschlüsse (in %)



anerkannten Hochschulen oder Akademien können sie einen akademischen Abschluss verleihen. In → **Tabelle A6.2-1** wurden im Jahr 2010 nur solche Angebote der VWAs erfasst, die die staatlich anerkannten Abschlüsse anbieten. Dadurch erklärt sich auch der starke Rückgang im Angebot der VWAs, den → **Tabelle A6.2-2** zeigt.

Hauptanbieter von dualen Studiengängen sind laut AusbildungPlus die Fachhochschulen, die Berufsakademien sowie die Duale Hochschule Baden-Württemberg. Die höchste Wachstumsrate hatten dabei von 2004 bis 2009 mit rund 81 % die Berufsakademien → **Tabelle A6.2-2**. Duale Studiengänge an Berufsakademien, die die Abschlussbezeichnung „Bachelor“ führen und akkreditiert sind, sind hochschulrechtlich nach dem KMK-Beschluss vom 15. Oktober 2004 den

Bachelorabschlüssen der Hochschulen gleichgestellt. Im vergangenen Jahr wurde die Duale Hochschule Baden-Württemberg gegründet. Sie ist aus den Berufsakademien des Landes entstanden. In der Folge ist das Angebot der Berufsakademien 2010 zurückgegangen. Dagegen haben die Angebote der Fachhochschulen in den vergangenen Jahren um rund 42 % zugenommen, während bei den Universitäten ein Rückgang zu verzeichnen ist.

Abschlüsse

Insgesamt gesehen haben sich die neuen Studienabschlüsse Bachelor und Master auch bei den dualen Studiengängen durchgesetzt. Über 90 % der bei AusbildungPlus erfassten dualen Studiengänge sind auf die neuen Abschlüsse umgestellt. Überwiegend

Tabelle A6.2-3: Fachrichtungen von dualen Studiengängen von 2004 bis 2010

Anzahl dualer Studiengänge nach Fachrichtung und Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Architektur	0	0	1	1	1	1	1
Bauingenieurwesen	15	17	24	25	27	25	29
Elektrotechnik	47	48	51	56	60	65	77
Informatik	72	83	93	97	103	108	113
Ingenieurwesen	34	33	34	35	31	34	41
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	84	89	98	97	104	106	122
Mathematik	1	1	1	1	1	1	1
Sozialwesen	0	0	0	23	23	23	23
Verkehrstechnik/Nautik	5	5	7	10	10	10	11
Wirtschafts- und Gesellschaftslehre	15	24	21	14	14	13	12
Wirtschaftsingenieurwesen	16	19	24	24	26	26	29
Wirtschaftswissenschaften	223	226	254	282	286	300	317
Sonstiges	0	0	0	1	1	0	0
Summe	512	545	608	666	687	712	776

Quelle: AusbildungPlus, Berichte 2005 bis 2010

Tabelle A6.2-4: Regionale Verteilung dualer Studiengänge von 2004 bis 2010

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Baden-Württemberg	141	152	167	192	194	201	214
Bayern	21	24	28	48	55	62	67
Berlin	21	22	23	21	21	23	24
Brandenburg	4	4	3	3	3	4	3
Bremen	2	2	4	6	6	6	8
Hamburg	8	13	12	13	13	14	15
Hessen	40	45	50	66	70	74	68
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	5	5	7	6	6
Niedersachsen	68	71	72	62	61	59	60
Nordrhein-Westfalen	86	93	112	112	114	113	156
Rheinland-Pfalz	8	9	12	12	12	13	12
Saarland	6	6	8	9	9	9	11
Sachsen	52	51	58	65	69	71	72
Sachsen-Anhalt	2	2	5	9	10	10	11
Schleswig-Holstein	21	19	19	14	14	15	16
Thüringen	30	30	30	29	29	32	33
Summe	512	545	608	666	687	712	776

Quelle: AusbildungPlus, Jahresberichte 2005 bis 2010

werden die Abschlüsse Bachelor of Arts, Bachelor of Engineering und Bachelor of Science sowie das herkömmliche Diplom verliehen → [Schaubild A6.2-1](#).

Fachrichtungen

Die meisten dualen Studiengänge in der Datenbank von AusbildungPlus sind den Fachbereichen Wirtschaftswissenschaften, Informatik und Maschinenbau/Verfahrenstechnik zugeordnet → [Tabelle A6.2-3](#). Über 40 % des Gesamtangebots der Jahre 2004 bis 2010 entfallen dabei auf die Wirtschaftswissenschaften. Das Schwerpunktfach ist hierbei die Betriebswirtschaftslehre. Dies schlägt sich auch in einer großen Anzahl von Studierenden und beteiligten Betrieben nieder. Die Mehrzahl der Studierenden kombiniert ein Betriebswirtschaftsstudium mit einer kaufmännischen Ausbildung (z. B. Industriekaufmann/-frau).

Die Fächer Informatik und Maschinenbau/Verfahrenstechnik verzeichnen jeweils über 14 % des Gesamtangebots. Diese Studiengänge werden hauptsächlich mit einer technischen Ausbildung wie beispielsweise zum/zur Industriemechaniker/-in kombiniert. Grundsätzlich ist aber auch eine Kombination mit einer kaufmännischen Ausbildung möglich.

In den letzten 2 Jahren waren die meisten Zuwächse bei den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) festzustellen. Im vergangenen Jahr entfielen von 64 neu hinzugekommenen Studiengängen alleine 48 auf diese Fächer.

Bei Betrachtung der regionalen Verteilung des Angebots von dualen Studiengängen lässt sich festhalten, dass es in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Sachsen die meisten Angebote gab → [Tabelle A6.2-4](#).

Insgesamt ist ersichtlich: Immer mehr Betriebe bieten ihre Kooperation an, und auch die Studierenden schreiben sich vermehrt für duale Studiengänge ein. Dies bestätigt den Trend, dass duale Studiengänge an Attraktivität gewinnen.

(Andrea Stertz)

A6.3 Die Entwicklung von Zusatzqualifikationen zu dualen Ausbildungsberufen zwischen 2004 und 2010

Zusatzqualifikationen **E** werden als Instrument zur Flexibilisierung, Differenzierung und Individualisierung der dualen Berufsausbildung verstanden. Sie stehen in direktem Bezug zu den Ausbildungsinhalten, die in den Ordnungsmitteln für die jeweiligen Berufe festgelegt sind. Mit ihnen können Betriebe zeitnah auf veränderte Qualifikationsanforderungen reagieren. Doch nicht nur die Betriebe profitieren von diesen Angeboten. Für die Jugendlichen stellen Ausbildungen mit Zusatzqualifikation eine Alternative zum Hochschulstudium dar. Darüber hinaus eröffnen sich ihnen neue berufliche Perspektiven und Karrieremöglichkeiten, und sie können die Ausbildung eher nach eigenen Wünschen gestalten. Aus bildungspolitischer Sicht sind Zusatzqualifikationen von Bedeutung, weil sie die berufliche Erstausbildung mit der Weiterbildung enger verzahnen und die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöhen.

E

Zusatzqualifikationen

Der Begriff der Zusatzqualifikationen ist nicht eindeutig definiert. In der fachwissenschaftlichen Diskussion wie in der Berufsbildungspraxis werden unter Zusatzqualifikationen solche Maßnahmen verstanden, die

- über die Ausbildungsinhalte der Ausbildungsordnung hinausgehen,
- parallel zur Berufsausbildung stattfinden oder unmittelbar im Anschluss daran,
- einen gewissen zeitlichen Mindestumfang nicht unterschreiten (40 Stunden) und
- zertifiziert werden können.

Gesetzliche Grundlage ist das Berufsbildungsgesetz. Gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 5 werden unter Zusatzqualifikationen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten verstanden, die über die Ausbildungsinhalte hinausgehen. § 49 Berufsbildungsgesetz regelt u. a. die Prüfung von in Ausbildungsordnungen aufgenommenen Zusatzqualifikationen. Sie sind demnach gesondert zu prüfen und zu bescheinigen.

Tabelle A6.3-1: Zusatzqualifikationen – Modelle, Anzahl der Unternehmen und Auszubildenden von 2004 bis 2010

Jahr	Modelle Zusatzqualifikationen	Veränderung zum Vorjahr in %	Angebote von Unternehmen	Veränderung zum Vorjahr in %	Auszubildende	Veränderung zum Vorjahr in %
2004	2.107		9.996		65.097	
2005	2.160	2,5	11.772	17,8	72.945	12,1
2006	2.124	-1,7	11.860	0,7	67.811	-7,0
2007	2.177	2,5	13.292	12,1	76.125	12,3
2008	2.257	3,7	14.292	7,5	77.724	2,1
2009	2.253	-0,2	15.108	5,7	81.102	4,3
2010	2.262	0,4	16.902	11,9	80.040	-1,3

Quelle: AusbildungPlus, Berichte 2005–2010

Mit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes 2005 wurde erstmals die Möglichkeit geschaffen, Zusatzqualifikationen in Ausbildungsordnungen zu verankern. 2008 wurde von dieser Möglichkeit erstmals Gebrauch gemacht. Im Rahmen der Neuordnung des Ausbildungsberufes Musikfachhändler/-in wurden Zusatzqualifikationen in der Ausbildungsordnung als Wahlqualifikationen aufgenommen. Damit sind sie Bestandteil des Ausbildungsvertrages und werden in den betrieblichen Ausbildungsplan aufgenommen. Durch die einheitliche Regelung in der Ausbildungsordnung besitzen sie eine bundesweite Gültigkeit, d. h., es gibt keine regionalen Unterschiede in der Ausbildung mehr. Im Zuge weiterer Ordnungsverfahren (wie z. B. beim Buchhändler/bei der Buchhändlerin) sollen Zusatzqualifikationen auch in Zukunft verstärkt in Ausbildungsordnungen Berücksichtigung finden. Neben diesen rechtlich geregelten Zusatzqualifikationen gibt es bundesweit über 2.300 weitere Modelle. Sie sind nicht im Rahmen einer Ausbildungsordnung geregelt und damit ist keine bundeseinheitliche Ausbildung gewährleistet. Das Angebot dieser Zusatzqualifikationen hat in den letzten 10 Jahren kontinuierlich zugenommen. Aber auch die Auszubildenden machen von diesen Ausbildungen regen Gebrauch, wie die Auswertung der Datenbank von AusbildungPlus (vgl. [E in Kapitel A6.2](#)) gezeigt hat.

Die kontinuierliche Zunahme der in AusbildungPlus bundesweit erfassten Zusatzqualifikationen wurde im vergangenen Jahr noch einmal gesteigert. Zum 30. April 2010 waren in der Datenbank 2.262 Mo-

delle registriert (AusbildungPlus in Zahlen, Trends & Analysen 2010)¹⁷⁶. Auch die Anzahl der Ausbildungsangebote von den Unternehmen ist gewachsen und hat einen neuen Höchststand erreicht. Rund 17.000 Betriebe in Deutschland bieten derzeit Zusatzqualifikationen an. In [→ Tabelle A6.3-1](#) wird die Entwicklung des Angebots und der Nachfrage nach Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2010 dargestellt.

Während die Wachstumsrate bei der Anzahl der Modelle im Zeitraum von 2004 bis 2010 die 10%-Marke nicht überschreitet, ist die Anzahl der Unternehmen, die Zusatzqualifikationen anbieten, um über 69 % und die Zahl der Teilnehmer/Auszubildenden um rund 23 % gestiegen. Dies zeigt einerseits, dass die betrieblichen Qualifikationsbedürfnisse hinreichend Berücksichtigung finden, andererseits sehen sowohl die Betriebe als auch die Auszubildenden eine Notwendigkeit, diese Art der Ausbildung anzubieten bzw. nachzufragen.

Anbieter

Zu den Anbietern von Zusatzqualifikationen zählen die traditionellen Lernorte im dualen System, die Betriebe und die Berufsschulen [→ Tabelle A6.3-2](#). Während das Angebot der Betriebe seit 2004 leicht rückläufig ist, hat das der Berufsschulen zugenommen. Damit qualifizieren diese deutlich mehr Jugendliche als Betriebe bzw. andere Anbieter. Die

¹⁷⁶ Siehe <http://www.ausbildungplus.de/html/903.php>.

Tabelle A6.3-2: Anbieter von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2010

Jahr	Ausbildungs- betrieb	Berufsschule	HWK	IHK	Fachhoch- schule/ Universität	Hersteller/ Lieferant	Verband/ Bildungs- einrichtung	Sonstige	Summe
2004	343	780	227	282	0	27	43	405	2.107
2005	332	880	220	269	0	13	44	402	2.160
2006	332	906	208	200	0	13	50	415	2.124
2007	317	1.036	207	192	0	8	49	368	2.177
2008	316	1.116	208	195	1	6	52	363	2.257
2009	312	1.085	208	195	1	6	54	392	2.253
2010	310	1.090	209	189	2	6	56	400	2.262

Quelle: AusbildungPlus, Berichte 2005–2010

Tabelle A6.3-3: Inhaltliche Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2010

Inhaltliche Schwerpunkte	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Kaufmännische Qualifikationen	266	275	260	238	244	251	261
Internationale Qualifikationen	538	570	606	646	718	709	708
Technik	334	338	322	312	306	309	307
EDV/IT	293	307	263	282	282	274	270
Körper/Gesundheit	116	104	97	93	90	90	88
Medien/Telekommunikation	33	31	30	28	28	28	20
Gartenbau/Land- und Forstwirtschaft, Tierpflege	10	11	13	12	12	11	11
Bau-/Ausbauwesen	135	133	127	125	126	126	129
Tourismus/Gastronomie	41	43	47	48	49	56	54
Fächerübergreifende Qualifikationen	133	135	149	156	160	157	166
Sonstige	74	66	60	58	59	62	67
Fachhochschulreife	134	147	150	179	183	180	181
Summe	2.107	2.160	2.124	2.177	2.257	2.253	2.262

Quelle: AusbildungPlus, Berichte 2005–2010

Angebote des Handwerks sind in den letzten 6 Jahren nahezu konstant geblieben. Industrie und Handel hingegen verzeichnen Rückgänge. Mit über 363 Angeboten seit 2005 stellen die sonstigen Bildungsanbieter über 16 % aller Zusatzqualifikationsmodelle bereit. Hierbei handelt es sich meist um private Bildungsträger, die inhaltlich in fast allen Bereichen tätig sind und mit dem Angebot an Zusatzqualifikationen ihr Geschäftsfeld erweitern. Nur wenige Angebote kommen von den Herstellern und Lieferanten, den Hochschulen und den Verbänden.

Inhaltliche Schwerpunkte

Die inhaltlichen Schwerpunkte haben sich in dem betrachteten Zeitraum von 2004 bis 2010 nicht wesentlich verändert → [Tabelle A6.3-3](#). Die meisten Zusatzqualifikationen gibt es für den internationalen Bereich. Sie lassen sich im Wesentlichen in die 3 Kategorien Fremdsprachen, Auslandspraktika und Internationales Management/Außenhandel einteilen. Über 400 Modelle in 2004 und über 570 in 2009/2010 dienen der Vermittlung von Fremdsprachen. Hieran

beteiligen sich auch die meisten Auszubildenden. An erster Stelle steht dabei der Erwerb von englischen Sprachkenntnissen. In der Regel ist die Beteiligung der Betriebe hier geringer, da diese Angebote hauptsächlich von anderen Bildungsträgern offeriert werden. Vermehrte betriebliche Kooperationen im internationalen Bereich gibt es bei der Durchführung von Auslandspraktika. Neben diesen Qualifikationen sind auch solche im Bereich der Technik, der Informationstechnologie und im kaufmännischen Bereich.

Bei den technischen Qualifikationen dominieren beispielsweise CNC-Techniken, Computer Aided Design (CAD) und auch die Fortbildung zur Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten. In der Informationstechnologie und der EDV werden allgemeine und spezielle Kenntnisse wie beispielsweise durch den Europäischen Computerführerschein (ECDL) oder auch bestimmte Programmiersprachen wie C++ vermittelt. Bei den kaufmännischen Qualifikationen sind vor allem die anerkannten Fortbildungen zum/zur Handelsassistenten/Handelsassistentin und zum/zur Handelsfachwirt/-in und der/die Betriebsassistent/-in im Handwerk stark nachge-

fragt. Immer mehr Auszubildende entdecken auch die Möglichkeit, parallel zur Berufsausbildung die Fachhochschulreife zu erlangen. Derzeit gibt es über 180 verschiedene Möglichkeiten, zusammen mit einer Ausbildung das Fachabitur zu erwerben (2004: 133 Modelle). Angebote im Bereich Medien und Telekommunikation sind in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen, obwohl es sich hier um eine wachsende Branche handelt.

Regionale Verteilung

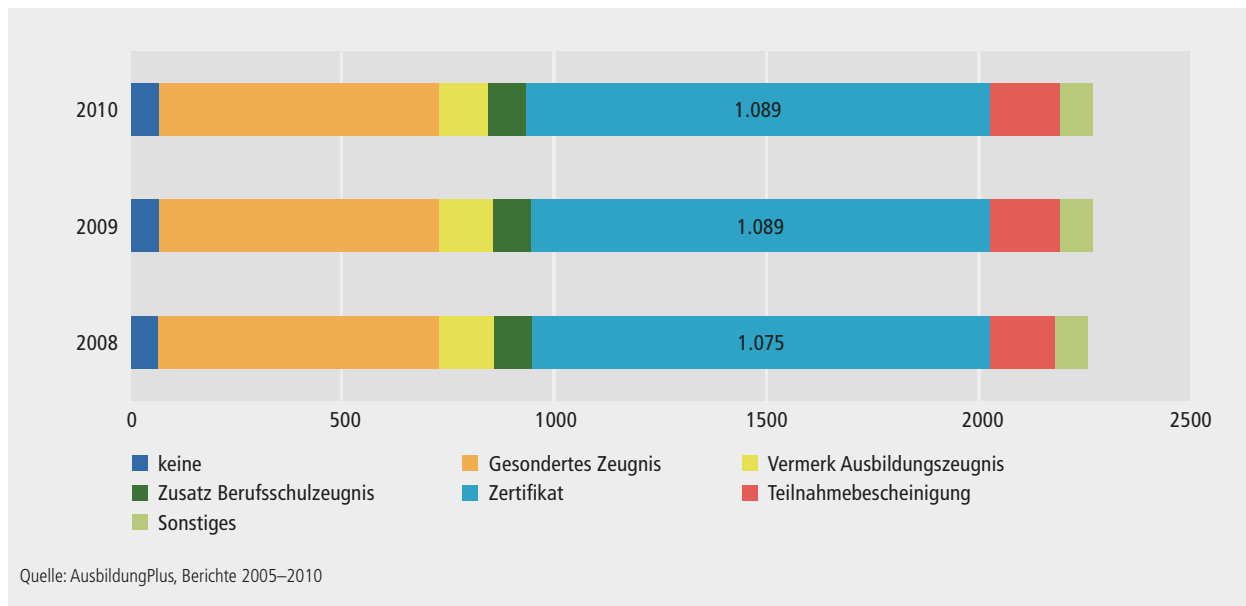
Bei Betrachtung der regionalen Verteilung des Angebots von Zusatzqualifikationen lässt sich festhalten, dass es in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg während des beschriebenen Zeitraums die meisten Angebote gab → **Tabelle A6.3-4**. Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen hat mit rund 33 % auch die größten Zunahmen über den betrachteten Zeitraum erreicht. Rückläufige Angebote gibt es in Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Die wenigsten Zusatzqualifikationen werden in Bremen offeriert.

Tabelle A6.3-4: Regionale Verteilung Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2010

Bundesland	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Baden-Württemberg	373	385	374	399	398	397	398
Bayern	118	117	113	115	117	110	120
Berlin	60	57	65	71	72	74	70
Brandenburg	79	80	76	59	57	57	56
Bremen	10	10	8	7	7	7	7
Hamburg	43	41	40	46	46	48	43
Hessen	128	124	136	138	139	148	159
Mecklenburg-Vorpommern	58	49	47	48	48	45	48
Niedersachsen	188	199	181	188	188	183	177
Nordrhein-Westfalen	408	455	468	476	542	541	543
Rheinland-Pfalz	68	66	68	61	59	57	52
Saarland	14	17	14	16	16	18	18
Sachsen	295	292	284	276	296	301	300
Sachsen-Anhalt	39	37	28	29	30	28	27
Schleswig-Holstein	44	43	43	56	56	54	55
Thüringen	182	188	179	192	186	185	189
Summe	2.107	2.160	2.124	2.177	2.257	2.253	2.262

Quelle: AusbildungPlus, Jahresberichte 2005–2010

Schaubild A6.3-1: Zertifizierung von Zusatzqualifikationen von 2008 bis 2010



Dauer und Zertifizierung

Zusatzqualifikationen weisen in ihrer Vermittlung einen sehr unterschiedlichen Stundenumfang auf. Die Fremdsprachenzertifikate werden z. B. innerhalb von 2 Stunden¹⁷⁷ vergeben, der Meister, der für Studienberechtigte mit Hochschul- und Fachhochschulreife in Verbindung mit 4 Ausbildungsberufen angeboten wird, umfasst 3.500 Stunden. Die meisten Zusatzqualifikationen haben einen Zeitumfang von über 250 Stunden. Hierunter fallen beispielsweise der/die Handelsassistent/-in oder der/die Handelsfachwirt/-in. Diese sind sogleich nach dem § 53 BBiG anerkannte Fortbildungsberufe. Als Zusatzqualifikation werden sie aber auch parallel zur Berufsausbildung in einem kaufmännischen dualen Ausbildungsberuf vermittelt.

Die Zertifizierung von Zusatzqualifikationen kann auf vielfältige Weise, etwa von Bildungsträgern, Verbänden oder öffentlich-rechtlichen Einrichtungen (z. B. Kammern), erfolgen. Nicht alle werden zertifiziert. So werden bei einigen lediglich Teilnahmebescheinigungen ausgestellt, andere werden mit einem geson-

deten Zeugnis bescheinigt. In der Mehrheit wurden in den letzten 3 Jahren die Zusatzqualifikationen über ein Zertifikat und durch gesondertes Zeugnis ausgewiesen → [Schaubild A6.3-1](#). Nur in wenigen Fällen erfolgte keine Dokumentation der Maßnahme.

(Andrea Stertz)

¹⁷⁷ Die Dauer bezieht sich auf die Prüfung. Die Vorbereitung erfolgt individuell und kann nicht beziffert werden.

A7 Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)

Mit der Machbarkeitsstudie zur integrierten Ausbildungsberichterstattung soll ein bundeseinheitliches Berichtssystem entwickelt werden, mit dessen Hilfe Strukturen und Entwicklungen des beruflichen (Aus-)Bildungsgeschehens abgebildet werden können. Die angestrebte Berichterstattung soll das Feld möglichst aktuell, vollständig und transparent widerspiegeln sowie auf Problemlagen der Berufsbildung hinweisen. Das BIBB hat die Aufgabe übernommen – mit Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, in Kooperation mit den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder –, die (Aus-)Bildungswege der Jugendlichen genauer und differenzierter darzustellen. Mit dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011 können nun erste Ergebnisse der integrierten Ausbildungsberichterstattung vorgestellt werden.

A7.1 Grundlagen der integrierten Ausbildungsberichterstattung

Den Mittelpunkt des Systems von Bildungssektoren und Konten (Bamming/Schier 2010, S. 39) bilden die Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote. Sie werden zum „Ausbildungsgeschehen“ zusammengefasst. Die formalisierten, quantitativ erfassbaren Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote bilden den sogenannten Kernbereich. Über die Erfassung aller Qualifizierungswege von jungen Menschen nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule werden zusätzlich jene Personen aus der Altersgruppe nachgewiesen, die sich noch in der Sekundarstufe I oder bereits im Erwerbsleben befinden. Der Verbleib eines Altersjahrgangs soll so vollständig dokumentiert werden.

Die aus den Sektoren abgeleiteten Indikatoren sollen die Bildungsbeteiligung (Verbleib) und die Bildungswege (Nutzung) junger Menschen nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule anzeigen und Informationen zu bildungstheoretisch und bildungspolitisch relevanten Sachverhalten bereitstellen. Erstmalig kann die iABE dabei auf Daten zurück-

greifen, die nach dem Bildungsgangprinzip erhoben wurden.¹⁷⁸ **E**

E Datengrundlage der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE)¹⁷⁹

Die Datengrundlage zur Ausbildungsberichterstattung wird derzeit im Rahmen der iABE neu aufgebaut.

Anhand einer Sonderauswertung der Statistik der beruflichen Schulen für die Jahre 2005–2009 wurden bereits vorliegende Daten nach neuen Anforderungen ausgewertet: Die Sonderauswertungen beziehen sich einerseits auf Merkmale, die bisher nicht veröffentlicht wurden (Geburtsjahr, Schulabschluss); andererseits konnten die Daten erstmals mithilfe der Zuordnungsmatrix der beruflichen Bildungsgänge nach ISCED (Fest u. a. 2010) geordnet werden. Die Matrix erfasst vergleichbare Bildungsgänge mit den jeweiligen Teilnehmenden. Dadurch kann die bisherige Erfassung von Schülern/-innen nach dem Lernortprinzip, z. B. Schüler/-innen an Berufsfachschulen, durch das Bildungsgangprinzip ergänzt werden; so können nun beispielsweise „Schüler/-innen, die eine Erstausbildung sowie eine zusätzliche Fachhochschulreife anstreben“, nach dem Bildungsgang unterschieden werden.

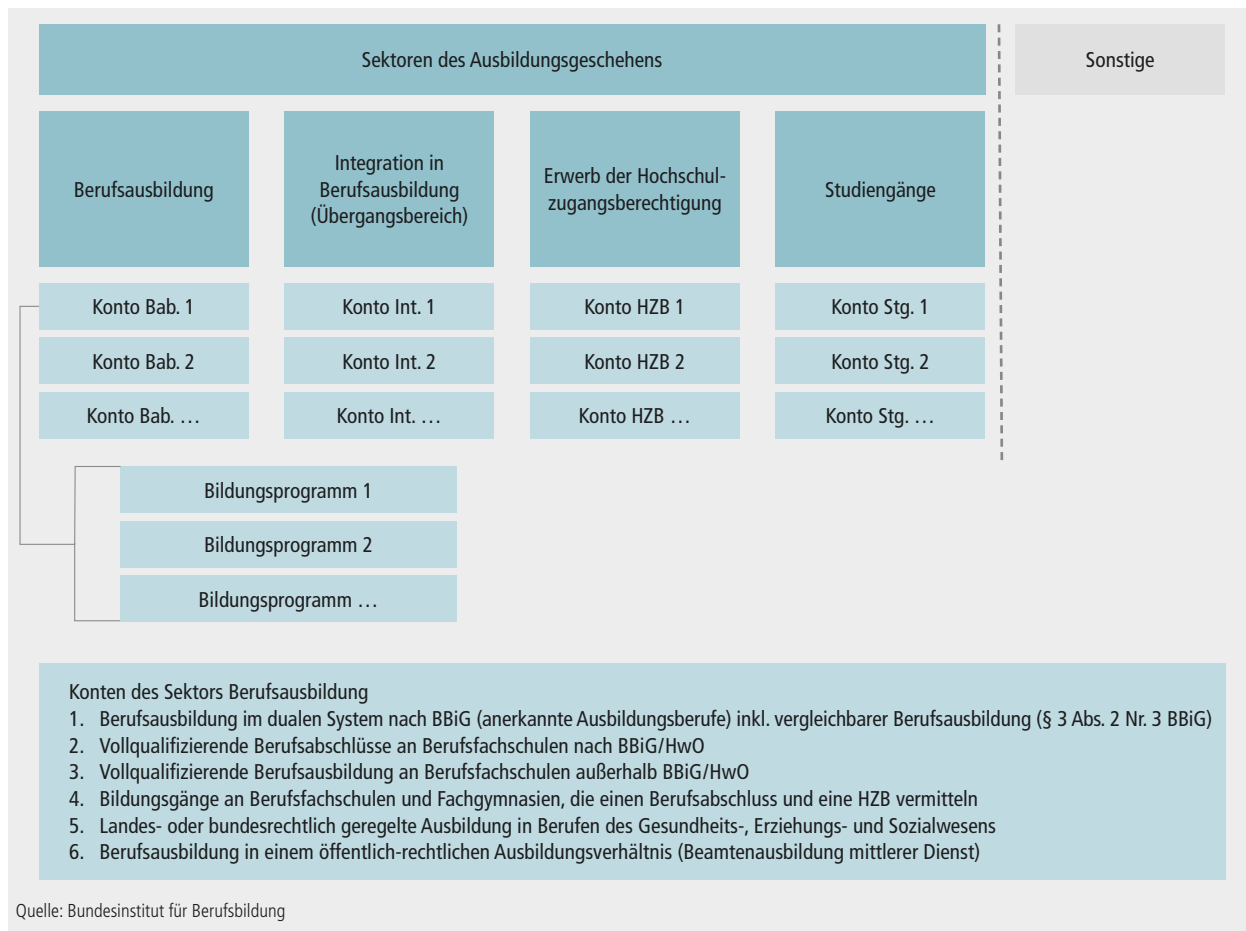
Ein Vergleich mit den aggregierten Daten nach dem Lernortprinzip, wie sie z. B. in der Fachserie „Berufliche Schulen“ vorgestellt werden, ist nur eingeschränkt möglich; z. B. finden Ausbildungen von Sozial- und Gesundheitsberufen in einigen Ländern in den Berufsfachschulen, in anderen wiederum in Schulen des Gesundheitswesens statt. Des Weiteren wurden fehlende Werte (z. B. für Schulen des Gesundheitswesens in Hessen) für die iABE geschätzt (vgl. Kapitel A5.2).

Um eine möglichst große Vergleichbarkeit zwischen den Bildungskonten herzustellen, wird der Großteil der Konten – so auch das Konto „duale Berufsausbildung“ – auf Basis der Statistik der beruflichen Schulen abgebildet.

178 Um die Vielfalt der Bildungsgänge entsprechend den internationalen Definitionen nach ISCED nachzuweisen, reichte die bisher gebräuchliche Gliederung der Schulstatistik nach Lernorten nicht aus. Deshalb wurden die Bildungsgänge der beruflichen Schulen für alle Länder in der sogenannten „Zuordnungsmatrix der beruflichen Bildungsgänge der Länder“ neu erfasst und nach ISCED gegliedert (vgl. Fest u. a. 2010).

179 Siehe <http://indiktorik.bibb.de/de/54573.htm>.

Schaubild A7.1-1: iABE – Übersicht der Sektoren und Konten



Für die Entwicklung der berufsschulischen Lernorte sind die Daten der Fachserie „Berufliche Schulen“ dennoch wichtig, da sie auf der Grundlage des von der Kultusministerkonferenz (KMK) erstellten Schulartenkatalogs ausgewertet werden (vgl. [E in Kapitel A5](#)).

Die iABE strukturiert den Übergang nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule in

- Sektoren und Konten des Ausbildungsgeschehens und
- sonstige Sektoren und Konten.¹⁸⁰

¹⁸⁰ In den „Sonstigen Sektoren“ werden andere Werdegänge von Jugendlichen systematisiert: „Beschäftigung mit Qualifizierung“, „Gesellschaftliche Dienste“, „Sonstige Wege mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung“. Die Quantifizierung der „Sonstigen“ dient dem Ziel, den Verbleib aller jungen Menschen differenziert zu dokumentieren.

Das Ausbildungsgeschehen wird in 4 Sektoren erfasst, welche sich durch ihre Zielsetzungen unterscheiden (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A4.2). In einem nächsten Schritt werden Bildungsprogramme mit ähnlichem berufspädagogischen Inhalt in einheitlichen Klassen nach dem International Standard Classification of Education (ISCED) zu Konten zusammengefasst und entsprechend ihren Zielen den Sektoren zugeordnet. Der Sektor Berufsausbildung besteht z. B. aus 6 Konten, die sich zum Teil aus mehreren Bildungsprogrammen zusammensetzen → [Schaubild A7.1-1](#). Das Ausbildungsgeschehen umfasst im Kernbereich 24 Konten, die mittels amtlicher Statistiken quantitativ abgebildet werden können. Dieser Kernbereich ist deckungsgleich mit der Darstellung im Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010).

Tabelle A7.1-1: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2009 (Teil 1)

	Sektoren Konten der iABE	2009		2008		2007		2006		2005		Veränderung 2009 zu 2005
		Anzahl ¹	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	
I	Sektor: Berufsausbildung	728.484	100	774.684	100	788.893	100	751.563	100	739.149	100	-1,4
I 01	Berufsausbildung im dualen System nach BBiG (anerkannte Ausbildungsberufen) inkl. vergleichbarer Berufsausbildung (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 BBiG)	512.518	70,4	558.502	72,1	569.460	72,2	531.471	70,7	517.342	70,0	-0,9
I 02	Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsfachschulen nach BBiG/HwO	6.709	0,9	8.631	1,1	9.813	1,2	11.903	1,6	11.472	1,6	-41,5
I 03	Berufsfachschulen vollqualifizierend außerhalb BBiG/HwO	23.352	3,2	25.295	3,3	29.683	3,8	31.341	4,2	32.514	4,4	-28,2
I 04	Bildungsgänge an Berufsfachschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln ²	25.623	3,5	34.191	4,4	32.171	4,1	31.477	4,2	29.159	3,9	-12,1
I 05	Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	153.840	21,1	142.431	18,4	143.099	18,1	140.503	18,7	142.709	19,3	7,8
I 06	Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst) ³	6.442	0,9	5.634	0,7	4.667	0,6	4.868	0,6	5.953	0,8	8,2
II	Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	348.235	100	362.058	100	390.552	100	412.083	100	417.647	100	-16,6
II 01	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	59.812	17,2	59.940	16,6	63.976	16,4	67.949	16,5	68.095	16,3	-12,2
II 02	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	49.821	14,3	51.304	14,2	55.548	14,2	59.341	14,4	58.706	14,1	-15,1
II 03	Berufsgrundbildungsjahr (Vollzeitschulisch)	32.473	9,3	42.543	11,8	44.337	11,4	46.446	11,3	48.581	11,6	-33,2
II 04	Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	31.928	9,2	33.909	9,4	35.635	9,1	27.811	6,7	29.106	7,0	9,7
II 05	Berufsvorbereitungsjahr inkl. einjähriger Berufseinstiegsklassen ⁴	41.973	12,1	42.496	11,7	46.841	12,0	55.339	13,4	58.431	14,0	-28,2
II 06	Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag ⁴	20.875	6,0	21.266	5,9	25.789	6,6	28.671	7,0	27.035	6,5	-22,8
II 07	Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeine Abschlüsse der Sek. I anstreben ⁴	8.968	2,6	9.769	2,7	11.498	2,9	13.192	3,2	13.477	3,2	-33,5
II 08	Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.724	1,1	3.531	1,0	3.391	0,9	3.561	0,9	3.524	0,8	5,7
II 09	Berufsvorbereitende Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit	77.949	22,4	78.080	21,6	80.193	20,5	86.171	20,9	91.811	22,0	-15,1
II 10	Einstiegsqualifizierung (Bundesagentur für Arbeit)	20.712	5,9	19.220	5,3	23.344	6,0	23.602	5,7	18.881	4,5	9,7

Tabelle A7.1-1: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2009 (Teil 2)

Sektoren Konten der iABE	2009		2008		2007		2006		2005		Veränderung 2009 zu 2005
	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	Anzahl	Anteil der Konten am Sektor (in %)	
III	526.684	100	514.434	100	463.464	100	466.700	100	454.423	100	15,9
III 01	67.975	12,9	65.639	12,8	62.560	13,5	63.861	13,7	60.898	13,4	11,6
III 02	56.468	10,7	52.898	10,3	52.692	11,4	52.546	11,3	51.715	11,4	9,2
III 03	43.464	8,3	32.649	6,3	32.158	6,9	34.050	7,3	34.395	7,6	26,4
III 04	358.777	68,1	363.248	70,6	316.054	68,2	316.243	67,8	307.415	67,6	16,7
IV	428.000	100	400.600	100	373.510	100	355.472	100	366.242	100	16,9
Insgesamt	2.031.403		2.051.776		2.016.419		1.985.818		1.977.461		2,7
II	34.712	10,0	36.346	10,0	39.727	10,2	41.703	10,1	44.444	10,6	
Ausgewählte Referenzgrößen	34.712		10,0		2007		2006		2005		Veränderung 2009 zu 2005
Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren	4.317.072		4.479.630		4.642.964		4.762.364		4.835.789		-10,7
Absolventen/Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen ⁸	885.538		921.479		956.607		968.869		958.485		-7,6
Altworker/-innen	243.791		320.393		384.878		385.248		336.060		-27,5
Ausbildungsplatzangebot	583.135		635.758		644.028		591.540		562.816		3,6
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. (BBIG/HwO) insgesamt	566.004		616.342		625.885		576.153		550.180		2,9
Arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren (Jahresdurchschnitt)	65.717		66.925		83.397		109.158		123.701		-46,9

¹ Ergebnisse 2009 angepasst an revidierte Anfängerdefinition. Eine abweichende Zuordnung des BGJ-Kooperativ führt zu geringfügigen Unterschieden für die Sektoren Berufsausbildung und Übergangsbereich mit den Ergebnissen des Landesprojektes zur integrierten Ausbildungsberichterstattung in Hessen.

² Wegen Verlagerung von Bildungsschwerpunkten in einem Bildungsgang, der eine HZB an Berufsfachschulen vermittelt, kommt es in Baden-Württemberg zu einem Bruch in der Zeitreihe zwischen den Berichtsjahren 2008 und 2009, der zu einem starken Anstieg im Konto III 03 führt und einem starken Rückgang im Konto I 04.

³ Beamtenausbildung: ohne Beamtenanwärter des Bundes, deren Dienstort im Ausland ist.

⁴ Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg und Rheinland Pfalz).

⁵ Doppelter Anfängerjahrgang wegen Einführung von G8 enthalten (Hamburg 2007, Bayern und Niedersachsen 2008, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen 2009).

⁶ Inkl. Studierender im 1. Studienjahr an Berufsakademien.

⁷ Wegen möglicher Doppelzählungen werden Anfänger/-innen nur nachrichtlich ausgewiesen.

⁸ Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Quelle: Sonderauswertung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Stand 09.03.2011) und der Bundesagentur für Arbeit (Stand Mai 2010); Statistisches Bundesamt (2010); Bevölkerungsfortschreibung, Genesis-Online-Datenbank (Abruf: 15.11.2010); Statistisches Bundesamt (2010); Fachserie 11, Reihe 1; BIBB-Erhebung zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2009, Bundesagentur für Arbeit (2010); Ausbildungsstellenmarkt und Arbeitsmarkt in Zahlen

Weitere Hinweise: Qualitäts- und Ergebnisbericht – Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2011.

Von der quantitativen Synopse zur integrierten Ausbildungsberichterstattung

Die Angebote der verschiedenen Bildungssektoren entwickeln sich nicht unabhängig voneinander; daher ist es erforderlich, die Gesamtheit der Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule in den Blick zu nehmen.

Im Jahr 2003 wurden im Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstmals die Bildungsangebote auf die Referenzgröße der 15- bis unter 20-jährigen Bevölkerung bezogen. Mit dieser Darstellung (quantitative Synopse zur relativen Bedeutung von Bildungsgängen) sollte eine „bessere Einschätzung der quantitativen Inanspruchnahme der Bildungsangebote und der Bedeutung dieser Bildungsangebote für die Jugendlichen“ erreicht werden (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2003, S. 131). Darüber hinaus führte und

führt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) regelmäßige Befragungen von Jugendlichen und jungen Menschen durch, um deren Bildungswege nach der allgemeinbildenden Schule zu erfassen (z. B. BIBB-Schulabgängerbefragung 2010, [vgl. Kapitel A3.1](#); BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010, [vgl. Kapitel A3.2](#); BIBB-Übergangsstudie 2006, vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel A3.3 und Kapitel A5.9).

Diese quantitative Synopse wird nun durch die iABE auf eine neue Basis gestellt und fortgeschrieben: Um das gesamte Ausbildungsgeschehen transparent zu machen, werden die Eckdaten der Sektoren und Konten der iABE sowie ausgewählte Referenzgrößen in einer Gesamtschau aufgelistet. → [Tabelle A7.1-1](#) beschreibt die Entwicklung auf Bundesebene von 2005 bis 2009. → [Tabelle A7.1-3](#) beleuchtet die Situation in den 16 Bundesländern im Jahr 2009 anhand der Anfängerquoten (die absoluten Zahlen hierzu finden sich in → [Tabelle A7.1-2 Internet](#)).

Schaubild A7.1-2: Bestände in den Sektoren der iABE nach Alter – 2009

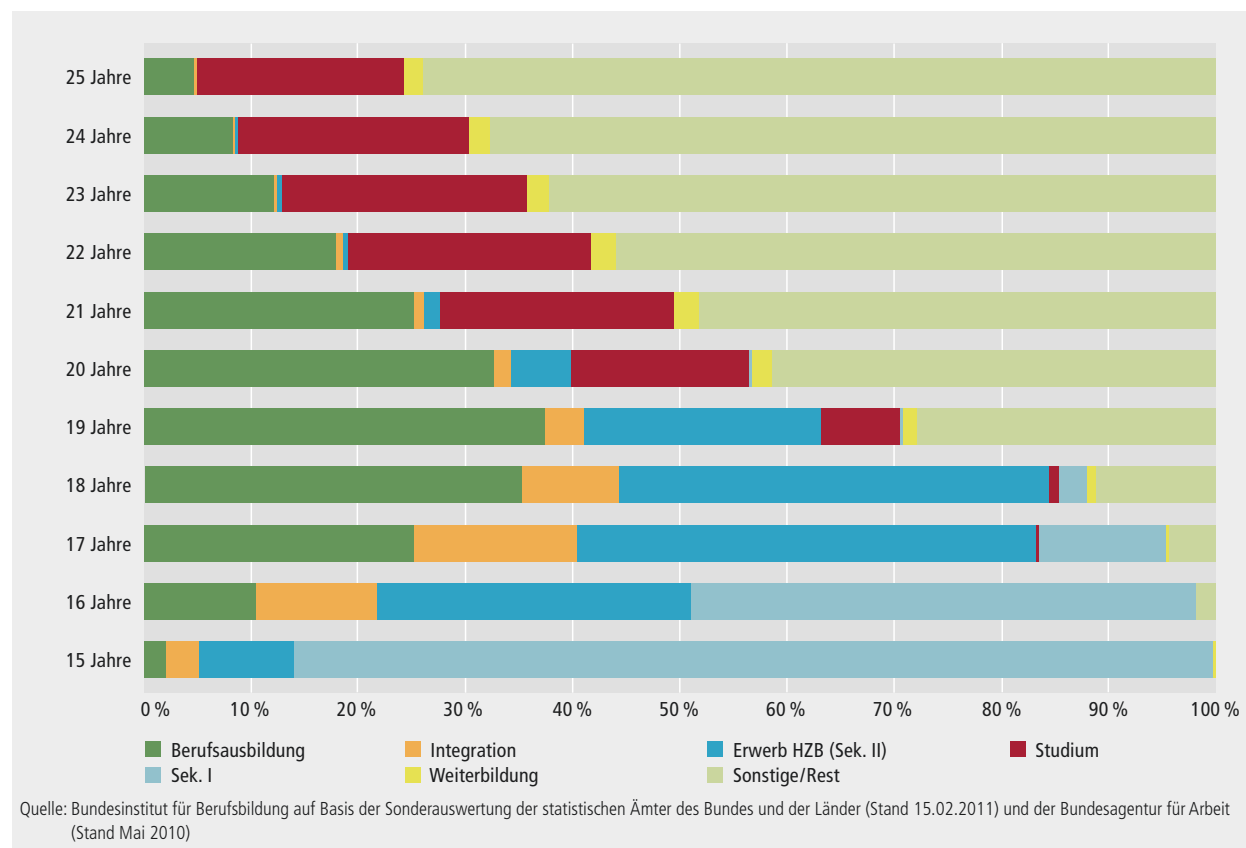


Tabelle A7.1-3: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) 2009 –
Anteil der Konten an jeweiligen Sektoren (in %) (Teil 1)

Sektoren und Konten der iABE	Baden- Württem- berg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen ¹	Meck- lenburg- Vorpom- mern ²	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Rhein- land- Pfalz	Saarland	Sachsen ³	Sachsen- Anhalt	Schles- wig- Holstein	Thürin- gen	Deutsch- land	Alte Länder	Neue Länder (inkl. Berlin)
I Sektor: Berufsausbildung																			
I 1 Berufsausbildung im dualen System nach BBIG (anerkannte Ausbildungsberufe) inkl. vergleichbarer Berufsausbildung (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 BBiG)	73,4	72,7	63,4	63,8	81,7	74,8	74,8	71,7	72,1	69,8	67,9	77,9	58,5	62,3	74,7	62,5	70,4	72,2	62,7
I 2 Vollqualifizierende Berufsabschlüsse an Berufsschulen nach BBIG/HWO	0,8	1,2	7,2	2,2	0,2	0,4	0,5	0,9	0,8	0,1	0,5	0,0	0,1	1,1	0,1	2,1	0,9	0,6	2,4
I 3 Berufsschulen vollqualifizierend außerhalb BBIG/HWO	1,5	5,9	4,1	7,3	6,0	6,8	5,5	2,8	3,9	0,7	0,0	1,7	6,9	6,8	0,0	0,6	3,2	2,8	5,1
I 4 Bildungsgänge an Berufsschulen und Fachgymnasien, die einen Berufsabschluss und eine HZB vermitteln	4,6	0,0	4,9	0,0	0,0	0,1	0,0	0,3	0,0	7,6	13,0	0,0	0,0	0,0	6,9	3,0	3,5	4,0	1,5
I 5 Landes- oder bundesrechtlich geregelte Ausbildung in Berufen des Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesens	18,6	19,1	19,1	26,1	11,3	16,6	18,2 ³	21,7	22,6	21,1	17,7	19,6	33,9	29,6	17,5	30,9	21,1	19,6	27,4
I 6 Berufsausbildung in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis (Beamtenausbildung mittlerer Dienst) ⁴	1,1	1,0	1,3	0,6	0,8	1,2	0,9	2,6	0,7	0,7	0,9	0,8	0,6	0,2	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9
II Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)																			
II 1 Bildungsgänge an Berufsschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	21,9	0,0	0,0	6,2	51,8	30,2	0,0	0,0	61,4	0,0	16,7	0,0	0,0	0,0	19,5	0,0	17,2	19,0	0,7
II 2 Bildungsgänge an Berufsschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	34,6	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	35,4	0,0	0,0	17,3	0,0	23,9	1,3	10,5	0,0	0,0	14,3	15,6	2,1
davon: II 3 Berufsgarandierungsjahr (Volzeit/schulisch)	0,4	12,0	0,2	0,0	0,6	0,0	7,6	0,0	0 ⁵	27,3	0,0	28,6	21,9	16,1	2,3	0,0	9,3	9,5	7,5
II 4 Bildungsgänge an Berufsschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	17,2	0,0	39,7	0,0	0,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,9	40,8	0,0	1,3	0,0	27,3	28,1	9,2	8,5	14,9
II 5 Berufsvorbereitungsjahr inkl. einjähriger Berufseinsteigeklasse ⁶	5,2	19,3	30,6	0,0	31,1	47,0	5,9	17,0	17,6	5,5	13,2 ⁷	9,4	26,9	27,1	8,9	32,1	12,1	10,7	24,9

Tabelle A7.1-3: Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) 2009 – Anteil der Konten an jeweiligen Sektoren (in %) (Teil 2)

Sektoren und Konten der iABE	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen ¹	Mecklenburg-Vorpommern ²	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen ³	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Alte Länder	Neue Länder (inkl. Berlin)
II 6 Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag ⁴	2,8	0,0	0,0	0,5	0,7	0,0	16,1	6,3	0,0	15,5	1,7	0,0	0,3	0,0	9,2	0,0	6,0	6,6	0,7
II 7 Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeine Abschlüsse der Sek. I anstreben ⁵	0,0	22,9	0,0	0,0	0,0	0,0	3,3	0,0	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,6	2,9	0,0
II 8 Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	4,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	11,3	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,2	0,0
II 9 Berufsvorbereitende Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit	10,0	33,4	26,3	80,5	10,2	14,9	26,2	69,0	14,2	25,7	20,0	20,9	43,4	43,2	26,0	35,9	22,4	20,0	44,1
II 10 Einstiegsqualifizierung (Bundesagentur für Arbeit)	3,5	10,7	3,2	12,8	5,5	5,8	5,6	7,7	3,8	7,8	7,7	5,9	4,9	3,1	6,7	4,0	5,9	6,0	5,1
III Sektor: Erwerb HZB (Sekt. II)																			
III 1 Bildungsgänge an Fachoberschulen, die eine HZB vermitteln, ohne vorhergehende Berufsausbildung	0,0	31,9	9,5	7,1	5,0	0,0	22,3	0,0	29,8	7,3	0,0	45,7	19,9	12,9	0,0	15,8	12,9	13,2	11,1
III 2 Bildungsgänge an Fachgymnasien (Berufliche Gymnasien), die eine HZB vermitteln	18,2	0,0	3,5	5,1	9,2	10,9	12,6	17,5	15,8	5,9	15,9	5,9	18,9	8,0	24,7	12,4	10,7	11,0	8,8
III 3 Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine HZB vermitteln	16,1	0,0	0,0	0,0	0,0	7,6	0,0	0,0	0,0	19,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	8,3	9,5	0,0
III 4 Sek. II an allgemeinbildenden Schulen ⁶	65,6	68,1	87,0	87,8	85,8	81,5	65,1	82,5	54,3	67,2	84,1	48,4	61,2	79,0	75,3	71,8	68,1	66,3	80,1
IV Sektor: Studium⁷																			
II Nachrichtlich: Maßnahmen der Arbeitsverwaltung an beruflichen Schulen ⁸	0,0	12,5	14,7	81,1	0,0	6,6	10,8	74,9	0,0	16,9	0,0	3,1	32,5	0,0	22,5	17,1	10,0	7,9	28,9
Insgesamt Anteile der Bundesländer am Ausbildungsgeschehen	16,6	12,5	4,5	2,3	1,1	2,5	7,3	1,4	10,9	23,0	4,9	1,4	3,9	2,1	3,4	2,1	100,0	83,6	16,4

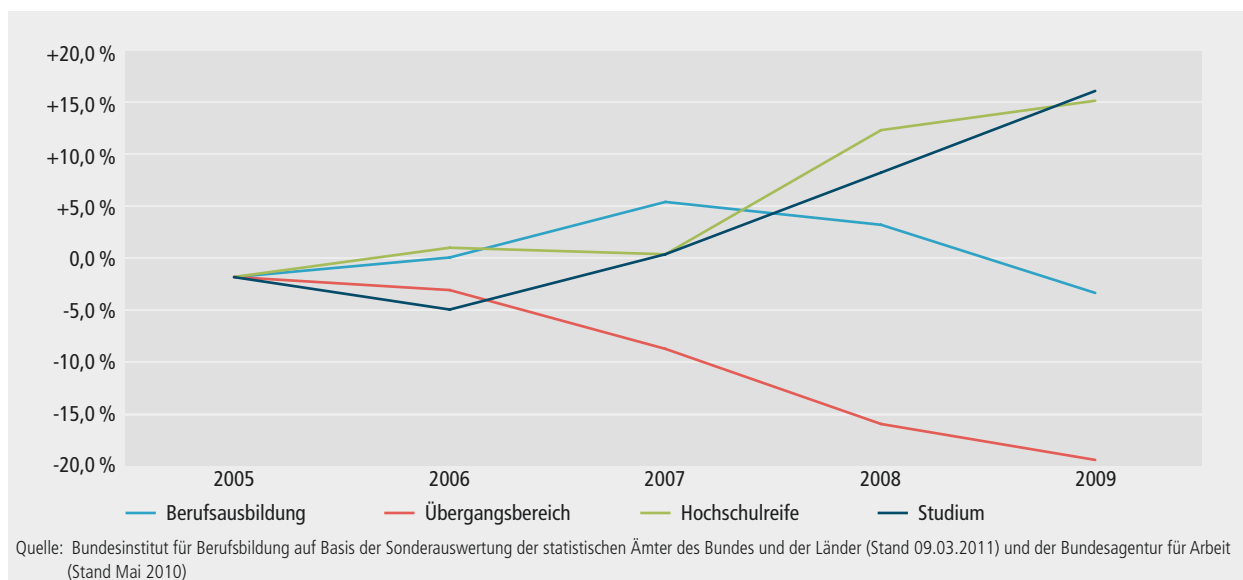
Hinweise

- Ergebnisse 2009 angepasst an revidierte Anfängerkategorie: Eine abweichende Zuordnung des BGJ-Kooperativ führt zu geringfügigen Unterschieden für die Sektoren Berufsausbildung und Übergangsbereich mit den Ergebnissen des Landesprojektes zur integrierten Ausbildungsberichterstattung in Hessen.
- Anfängerkategorie teilweise landesspezifisch, teilweise 1. Jahrgangsstufe.
- Geschätzte Angaben zu Schulen des Gesundheitswesens enthalten.
- Beamteneausbildung; ohne Beamtenanwärter des Bundes, deren Dienstort im Ausland ist.
- Seit 2009 existiert das BGJ (Vollzeit/schulisch) nicht mehr.
- Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltungen, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg und Rheinland Pfalz).
- Inkl. Maßnahmen der Arbeitsverwaltung.
- Doppelter Anfängerehrjahrgang wegen Einführung von G8 enthalten Hamburg 2007, Bayern und Niedersachsen 2008, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen 2009).
- Inkl. Studierender im 1. Studienjahr an Berufsakademien.
- Wegen möglicher Doppelzählungen werden Anfänger/-innen nur nachrichtlich ausgewiesen.

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung auf Basis der Sonderauswertung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Stand 09.03.2011) und der Bundesagentur für Arbeit (Stand Mai 2010).

Weitere Hinweise: Qualitäts- und Ergebnisbericht – Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Wiesbaden 2011.

Schaubild A7.1-3: Veränderungen der Sektoren 2005 (= 100 %) bis 2009 (in %)



Um die Bedeutung des Ausbildungsgeschehens einordnen zu können, ist es wichtig, die Anfänger bzw. Teilnehmenden der Sektoren oder Konten an Referenzgrößen zu spiegeln. Eine zentrale Bezugsgröße der iABE bildet die Wohnbevölkerung. Je nach bildungspolitischer Fragestellung können jedoch auch andere Referenzgrößen wie beispielsweise die Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen, das Ausbildungsplatzangebot, die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum 30. September (BBiG/HwO) oder die arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren als Bezugsgröße gesetzt werden.

Ausgewählte Ergebnisse zum Übergang Schule – Arbeitswelt

→ **Schaubild A7.1-2** zeigt, verteilt auf die Sektoren des Ausbildungsgeschehens, welche Qualifizierungen die jungen Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren besuchen. Es zeigt sich eine deutliche, qualifikations-spezifische Prägung der jeweiligen Altersklasse: Im Alter von 17 Jahren ist der Anteil von Jugendlichen im Übergangsbereich vergleichsweise hoch. Unter den 19-Jährigen befinden sich die meisten in einer beruflichen Ausbildung. Erwartungsgemäß wächst der Sektor „Sonstige/Rest“ in den älteren Jahrgangsstufen an, da darunter sowohl junge Menschen

außerhalb der formalen Qualifizierungsangebote, des Kernbereichs der iABE, als auch Berufstätige und Arbeitslose subsummiert werden.

Betrachtet man die Anfängerzahlen 2009, so zeigt die iABE, dass im Vergleich zu 2005 ca. 69.400 Jugendliche (-16,6 %) weniger in Maßnahmen des Integrations- bzw. Übergangsbereichs einmündeten. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Ausbildungsanfänger/-innen im größten Sektor, der Berufsausbildung, um 2,1 % zurückgegangen. Andererseits stieg die Zahl der jungen Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben wollen, seit 2005 um 72.261 (+15,9 %) an. Auch die Zahl der Studienanfänger/-innen hat sich um 16,9 % erhöht – der Trend zu höheren Schul- und Bildungsabschlüssen hält also an → **Schaubild A7.1-3**.

Für die Jugendlichen haben sich in den letzten Jahren die Chancen wieder verbessert, eine volle berufliche Qualifizierung aufzunehmen. Diese Entwicklung geht einher mit dem demografischen Wandel: Immer weniger junge Menschen im Alter von 15 bis 19 Jahren verlassen die allgemeinbildende Schule; seit 2005 geht ihre Zahl kontinuierlich zurück (Statistisches Bundesamt; Bevölkerungsfortschreibung).

A7.2 Demografische Entwicklung der jungen Menschen

Um die Veränderungen im Ausbildungsgeschehen richtig einschätzen zu können, ist es wichtig, die demografischen Entwicklungen im Feld zu kennen. Im Folgenden wird die demografische Entwicklung der 15- bis 24-Jährigen dargestellt.¹⁸¹ Das Jahr 2005 dient als Referenzjahr, da in diesem Jahr der demografische Umbruch in der Gruppe der Schulabgänger stattgefunden hat. → **Tabelle A7.2-1** zeigt, dass die Anzahl sowie der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung seit 2005 kontinuierlich abnimmt; zugleich wächst der Anteil der über 20-Jährigen an der Gesellschaft.

Der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (9,8 % der 15- bis 19-Jährigen, 11,3 % der 20- bis 24-Jährigen) bleibt trotz der demografischen Veränderungen ungefähr konstant. Betrachtet man

statt des Merkmals „ausländische Staatsangehörigkeit“ jedoch den „Migrationshintergrund“¹⁸² – wie es beim Mikrozensus möglich ist – so zeigt sich eine gegenteilige Entwicklung: Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Altersklasse der 20- bis 24-Jährigen beträgt 23 % und bei den 15- bis 19-Jährigen 25 %. Bei den Kindern im Alter von 5 bis 9 Jahren haben sogar 32 % einen Migrationshintergrund. Dies wird in späteren Jahren zu einem Anstieg des Anteils der Jugendlichen mit Migrationshintergrund führen.

In den neuen Ländern einschließlich Berlin¹⁸³ schreitet der demografische Wandel seit 2005 deutlich schneller voran → **Tabelle A7.2-2**. In der Gruppe der 15- bis 19-Jährigen zeigen sich deutliche Rückgänge: Die Zahl hat sich fast halbiert, während die Zahl der Jugendlichen unter 20 Jahren in den alten Ländern kaum gesunken ist.

Tabelle A7.2-1: Demografische Entwicklung der jungen Menschen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und Nationalität 2005 bis 2009

Jahr	Gesamt	15- bis 19-Jährige	Anteil an Gesamt (in %)	Veränderung zum Vorjahr (in %)	davon nicht deutsch	20- bis 24-Jährige	Anteil an Gesamt (in %)	Veränderung zum Vorjahr (in %)	davon nicht deutsch
2005	82.437.995	4.835.789	5,9		460.102 (9,5 %)	4.853.808	5,9		607.853 (12,5 %)
2006	82.314.906	4.762.364	5,8	-1,5	452.755 (9,5 %)	4.848.270	5,9	-0,1	585.560 (12,1 %)
2007	82.217.837	4.642.964	5,6	-2,5	445.949 (9,6 %)	4.855.500	5,9	+0,1	572.067 (11,8 %)
2008	82.002.356	4.479.630	5,5	-3,5	433.163 (9,7 %)	4.899.839	6,0	+0,9	560.534 (11,4 %)
2009	81.802.257	4.317.072	5,3	-3,6	422.201 (9,8 %)	4.934.457	(6,0	+0,7	556.745 (11,3 %)

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung, Genesis-Online-Datenbank; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

¹⁸¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung, 2010 und Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2010.

¹⁸² Der Migrationshintergrund beleuchtet eher die ethnische Herkunft als den formalrechtlichen Status der Staatsangehörigkeit; er wird im Unterschied zur Bevölkerungsfortschreibung durch den Mikrozensus erfasst (vgl. **3 in Kapitel A4.9**). Seitens der Bevölkerungsvorausberechnung liegen für 2010 (und spätere Jahre) keine Schätzungen für die Staatsangehörigkeit und keine Altersangaben auf Länderebene vor.

¹⁸³ Aus demografischer Perspektive kommt Berlin eine Sonderstellung unter den neuen Ländern zu, weil auch hier ein deutlicher, wenn auch nicht so dramatischer Rückgang zu verzeichnen ist.

Tabelle A7.2-2: Demografische Entwicklung der jungen Menschen in den alten und neuen Ländern 2005 bis 2009

Jahr	Alte Länder	Veränderung zum Vorjahr	Neue Länder	Veränderung zum Vorjahr	Alte Länder	Veränderung zum Vorjahr	Neue Länder	Veränderung zum Vorjahr
	15- bis 19-Jährige				20- bis 24-Jährige			
2005	3.772.540		1.063.249		3.751.451		1.102.357	
2006	3.795.746	+0,6 %	966.618	-9,1 %	3.755.532	+0,1 %	1.092.738	-0,9 %
2007	3.793.504	-0,1 %	849.460	-12,1 %	3.771.384	+0,4 %	1.084.116	-0,8 %
2008	3.746.917	-1,2 %	732.713	-13,7 %	3.824.169	+1,4 %	1.075.670	-0,8 %
2009	3.686.764	-1,6 %	630.308	-14,0 %	3.869.575	+1,2 %	1.064.882	-1,0 %

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung, Genesis-Online-Datenbank; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A7.2-3: Bevölkerungs(voraus)berechnung für 2005 bis 2030

Jahr	15- bis 19-Jährige	Anteil an Bevölkerung	Veränderungsraten	
			gegenüber 2005	gegenüber 2010
2005	4.835.789	5,9 %		
2010	4.127.000	5,1 %	-14,7 %	
2015	3.994.000	4,9 %	-17,4 %	-3,2 %
2020	3.615.000	4,5 %	-25,2 %	-12,4 %
2030	3.373.000	4,4 %	-30,2 %	-18,3 %

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009: Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Einen Einblick in die zukünftige demografische Entwicklung bietet → **Tabelle A7.2-3**¹⁸⁴. An den Daten ist abzulesen, dass sich die absolute Zahl und der relative Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung bis 2030 kontinuierlich verringern werden. Diese Entwicklung wird sich auch auf die Zahl der Abgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen – und damit auf die Nachfrage nach Qualifizierungsangeboten – auswirken (vgl. **Tabelle A2-2 Internet**).

(Regina Dionisius, Nicole Lissek, Friedel Schier)

¹⁸⁴ Die Daten referieren die Variante W1 der Bevölkerungsvorausberechnung, die definiert ist durch eine leicht steigende Lebenserwartung, einen positiven Zuwanderungssaldo von jährlich 100.000 Personen und konstante Geburtenraten.

A8 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Seit Beginn der 1980er-Jahre stiegen die Arbeitslosenquoten von nicht formal Qualifizierten (Ungelernten) **E** überproportional an. Im Jahr 2005 lag die Arbeitslosenquote aller Ungelernten im Erwerbsalter bei 26 % und damit fast dreimal so hoch wie bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung (9,7 %). Zugleich werden zunehmend Arbeitsplätze abgebaut oder in Billiglohnländer verlagert, auf denen Ungelernte beschäftigt werden könnten (Reinberg/Hummel 2007, S. 1). In Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung zeigten sich bei nicht formal Qualifizierten über das gesamte Erwerbsleben hinweg deutlich geringere Erwerbsquoten als bei Gelernten (Braun u. a. 2011). Für Westdeutschland zeigt eine aktuelle Studie des Wissenschaftszentrums Berlin und der Bertelsmann Stiftung (Funcke/Oberschachtsiek/Giesecke 2010, S. 17) anhand von Mikrozensusdaten für 2007, dass

bis hin zu mittleren allgemeinen Bildungsabschlüssen fast jeder vierte jüngere Ungelernte im Alter von 25 bis 34 Jahren erwerbslos war und ein weiterer nicht unerheblicher Anteil nur eine prekäre oder geringfügige Beschäftigung hatte. Ungelernte haben ein hohes Risiko, keine dauerhafte, mit Entwicklungsperspektiven verbundene Erwerbstätigkeit zu finden. Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsausbildung tragen somit ein Beschäftigungsrisiko, das sowohl individuell als auch gesamtgesellschaftlich (als Ausfall von Sozialbeiträgen und Steuern) nicht hinnehmbar ist, dies auch angesichts eines sich abzeichnenden Fachkräftemangels, dem mit zeitnaher Qualifizierung begegnet werden müsste (vgl. Helmrich/Zika 2010).

Grundlage der nachfolgenden Datenauswertung sind Ergebnisse des Mikrozensus **E** 2008.¹⁸⁵

Tabelle A8-1: Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2008

Jahr	20- bis 24-Jährige	20- bis 29-Jährige		20- bis 34-Jährige	
	Ungelerntenquote in %	Ungelerntenquote in %	absolut (in Mio., hochgerechnet)	Ungelerntenquote in %	absolut (in Mio., hochgerechnet)
1996	14,8	14,6	1,57	14,7	2,59
1997	15,0	14,6	1,50	14,3	2,45
1998	15,1	14,7	1,45	14,1	2,34
1999	14,8	14,7	1,40	14,6	2,37
2000	14,4	14,4	1,32	13,9	2,17
2001	14,3	14,5	1,32	14,1	2,15
2002	15,1	15,2	1,37	14,6	2,20
2003	14,6	14,9	1,36	14,6	2,15
2004	14,5	14,9	1,37	14,3	2,05
2005	16,5	16,5	1,57	16,9	2,40
2007	14,5	15,2	1,45	15,3	2,24
2008	15,3	14,9	1,46	14,9	2,16

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 1996 bis 2008; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

¹⁸⁵ Über die Ergebnisse des Mikrozensus 2007 wurde im BIBB-Datenreport 2009, Kapitel 8.1 berichtet. Im Unterschied dazu steht hier die Altersgruppe der 20- bis 34-Jährigen im Vordergrund der Auswertungen.

E Nicht formal Qualifizierte (nfQ)

Unter nfQ – im nachfolgenden Text aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung zumeist als Ungelernte bezeichnet – werden alle (erwerbsfähigen) Personen zusammengefasst, die keine (duale oder rein schulische) Berufsausbildung bzw. kein Fachhochschul- oder Hochschulstudium (oder gleichwertigen Abschluss) abgeschlossen haben, also keine „erfolgreiche, zertifizierte Teilnahme an formalen (standardisierten, staatlich geregelten oder anerkannten) Bildungsgängen“ (Gottsleben 1987, S. 1) vorweisen können. Personen mit Anlernausbildung bzw. mit einem Praktikum gelten insofern als nicht formal qualifiziert.

Da sich unter den nfQ vor allem in den untersuchten Altersjahrgängen noch eine erhebliche Zahl von Personen befinden, die ihre berufliche Ausbildung noch nicht beendet hatten oder ihre Wehrpflicht leisten, wurde bei der Auswertung der Mikrozensusdaten für nfQ die folgende (Negativ-) Definition verwendet:

Zu den Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung zählen nicht:

Schüler/-innen

Studierende

Auszubildende

Wehr- oder Zivildienstleistende und

Personen in Maßnahmen der beruflichen Fort- und Weiterbildung und Umschulung

Entwicklung von 1996 bis 2008

Die Ungelerntenquote der 20- bis 34-Jährigen stieg, vergleicht man die Jahre 1996 und 2008, bundesweit geringfügig an, von 14,7 % auf 14,9 % → **Tabelle A8-1**. Sie blieb auch über den untersuchten Zeitraum hinweg nahezu konstant zwischen 14 % und 15 %. Der nationale Bildungsbericht 2010 (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 228) ermittelte auf Basis des Mikrozensus 2010 bei den 30- bis unter 35-Jährigen einen Anteil von 17,3 % ohne beruflichen Bildungsabschluss, bei jüngeren Altersgruppen noch weit höhere Werte. Das erklärt sich durch unterschiedliche Berechnungskonzepte – der nationale Bildungsbericht bezieht auch Personen in den Anteil Ungelernter ein, die sich noch in Ausbildung befinden oder Wehr-/Zivildienst leisten.

Frauen waren 1996 unter den 20- bis 29-Jährigen deutlich häufiger als Männer von Ausbildungslosigkeit betroffen (16,5 % gegenüber 12,8 %). In der Folge haben sich die Ungelerntenquoten von Männern und Frauen bei unterschiedlicher Entwicklung angeglichen. Der Anteil junger Männer an den Ungelernten stieg an. 2008 betrug er 14,8 % an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung, bei Frauen lag er bei 15,0 %. Der Ungelerntenanteil unter den jungen Erwachsenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit fiel dabei von 40,1 % auf 35,7 %. Im gleichen Zeitraum sank die Ungelerntenquote unter den Deutschen (ohne Migrationshintergrund) von 10,5 % auf 9,6 %.

E Mikrozensus

Datenbasis der Auswertungen dieses Kapitels ist der Mikrozensus. Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland beteiligt ist (laufende Haushaltsstichprobe). Der Mikrozensus dient der Bereitstellung statistischer Informationen über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung sowie über die Erwerbstätigkeit, den Arbeitsmarkt und die Ausbildung. Er schreibt die Ergebnisse der Volkszählung fort.

Insgesamt nehmen rund 390.000 Haushalte mit 830.000 Personen am Mikrozensus teil. Alle Haushalte haben beim Mikrozensus die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit (Zufallsstichprobe).

Das Frageprogramm des Mikrozensus besteht aus einem festen Grundprogramm mit jährlich wiederkehrenden Tatbeständen, die überwiegend mit Auskunftspflicht belegt sind. Darüber hinaus gibt es in vierjährigem Rhythmus Zusatzprogramme, die teilweise von der Auskunftspflicht befreit sind. Das jährliche Grundprogramm des Mikrozensus umfasst unter anderem Merkmale zur Person (z. B. Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit), den Familien- und Haushaltszusammenhang sowie darüber hinaus die Merkmale Haupt- und Nebenwohnung, Erwerbstätigkeit, Arbeitssuche, Arbeitslosigkeit, Nichterwerbstätigkeit, Schüler, Student, allgemeiner und beruflicher Ausbildungsabschluss.

Daten zu nicht formal Qualifizierten (nfQ) im Mikrozensus

Die ab 2005 veränderte Erhebungsmethode, von der insgesamt verbesserte statistische Informationen zu Bevölkerung und Erwerbstätigkeit zu erwarten sind, hatte auch Auswirkungen auf Daten zu nfQ. Vor allem gründet das auf der Auskunftspflicht der Frage zum Berufsabschluss. In den vorangegangenen Mikrozensusen war die Beantwortung freiwillig. In der Folge wurde diese Frage 2005 nur noch von 1 % der Befragten nicht beantwortet, 2004 waren es noch 9 %. Die dabei zusätzlich gewonnenen Informationen über den Berufsabschluss wirkten sich vor allem auf die Gruppe der Befragten ohne Berufsabschluss aus, sodass sich der Anteil dieser nfQ an der Bevölkerung über 15 Jahre, verglichen mit 2004, um rund 5 % erhöhte (zum Vergleich: mit beruflichem Abschluss +3 %, mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss +1 %) (Reinberg/Hummel 2007, S. 10). Es ist davon auszugehen, dass sich 2005 aufgrund der

genaueren Erfassung auch der Anteil der nfQ bei der hier untersuchten Wohnbevölkerung der 20- bis 29-Jährigen gegenüber 2004 deutlich erhöht hat. Das hat auch Konsequenzen auf die aus den Daten gewonnene Zeitreihen. Ergebnisse ab 2005 sind nur unter Vorbehalt mit denen der Vorjahre vergleichbar.

Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss 2008

Im Jahr 2008 sind nach Daten des Mikrozensus 2,16 Millionen junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 34 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung geblieben → **Tabelle A8-1**. Damit ergab sich ein Anteil der ungelernten jungen Erwachsenen dieser Altersgruppe an der entsprechenden Wohnbevölkerung von 14,9 %. Frauen (Quote 15,0 %) waren im gleichen Ausmaß von Berufslosigkeit betroffen wie Männer (14,8 %).

Tabelle A8-2: Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2008

	Mit beruflichem Abschluss		Ohne beruflichen Abschluss		Zusammen		Anteil nfQ in %
	abs. (in Tsd.)	in %	abs. (in Tsd.)	in %	abs. (in Tsd.)	in %	
männlich	6.273	50,7	1.087	50,3	7.360	50,7	14,8
weiblich	6.089	49,3	1.076	49,7	7.165	49,3	15,0
zusammen	12.363	100,0	2.163	100,0	14.526	100,0	14,9
20 bis 24 Jahre	4.119	33,3	744	34,4	4.863	33,5	15,3
25 bis 29 Jahre	4.257	34,4	718	33,2	4.975	34,2	14,4
30 bis 34 Jahre	3.986	32,2	701	32,4	4.687	32,3	15,0
zusammen	12.363	100,0	2.163	100,0	14.526	100,0	14,9
Hauptschulabschluss	2.232	18,2	920	43,1	3.152	21,9	29,2
Realschulabschluss	4.304	35,1	411	19,3	4.715	32,7	8,7
Studienberechtigung	5.575	45,4	363	17,0	5.938	41,2	6,1
kein Abschluss	86	0,7	432	20,2	518	3,6	83,4
keine Angabe	78	0,6	8	0,3	86	0,6	9,3
zusammen	12.275	100,0	2.134	100,0	14.409	100,0	14,8
Deutsche	9.843	79,4	1.047	49,1	10.890	75,0	9,6
Deutsche mit MH	1.250	10,1	366	17,2	1.616	11,1	22,6
Ausländer	1.299	10,5	721	33,8	2.020	13,9	35,7
zusammen	12.392	100,0	2.134	100,0	14.526	100,0	14,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008 (Scientific Use File); Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schaubild A8-1: Anteil Ungelernter bei jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 34 Jahren nach Migrationsstatus und Geschlecht (in %)

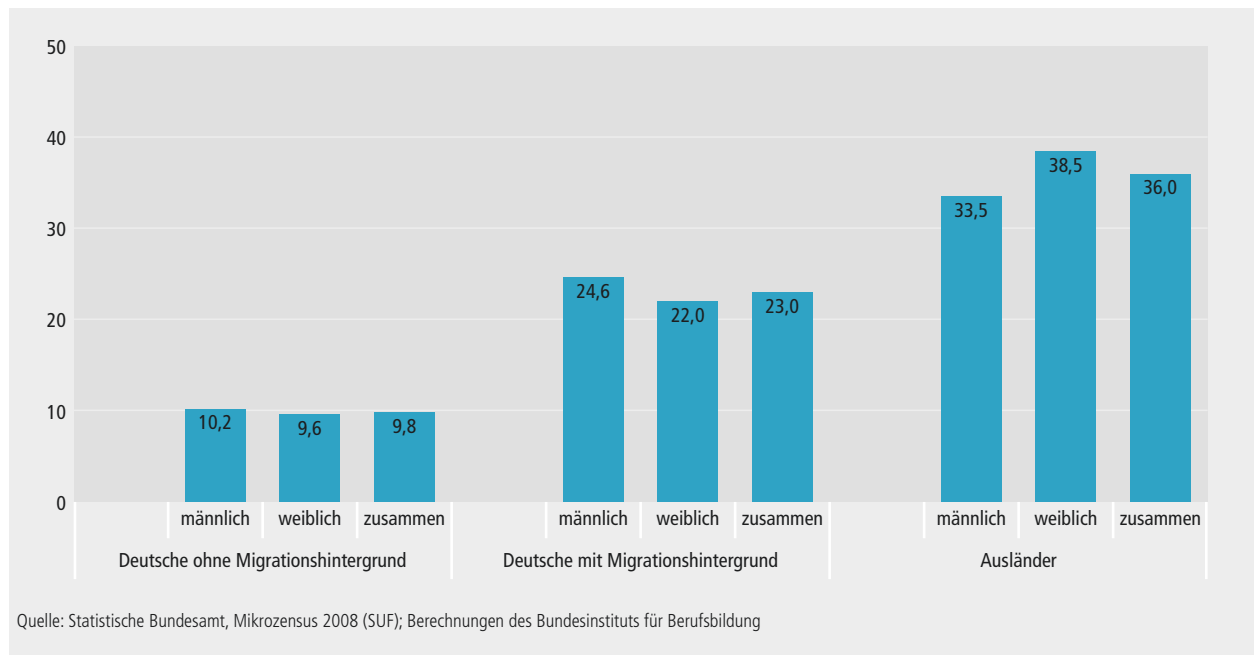
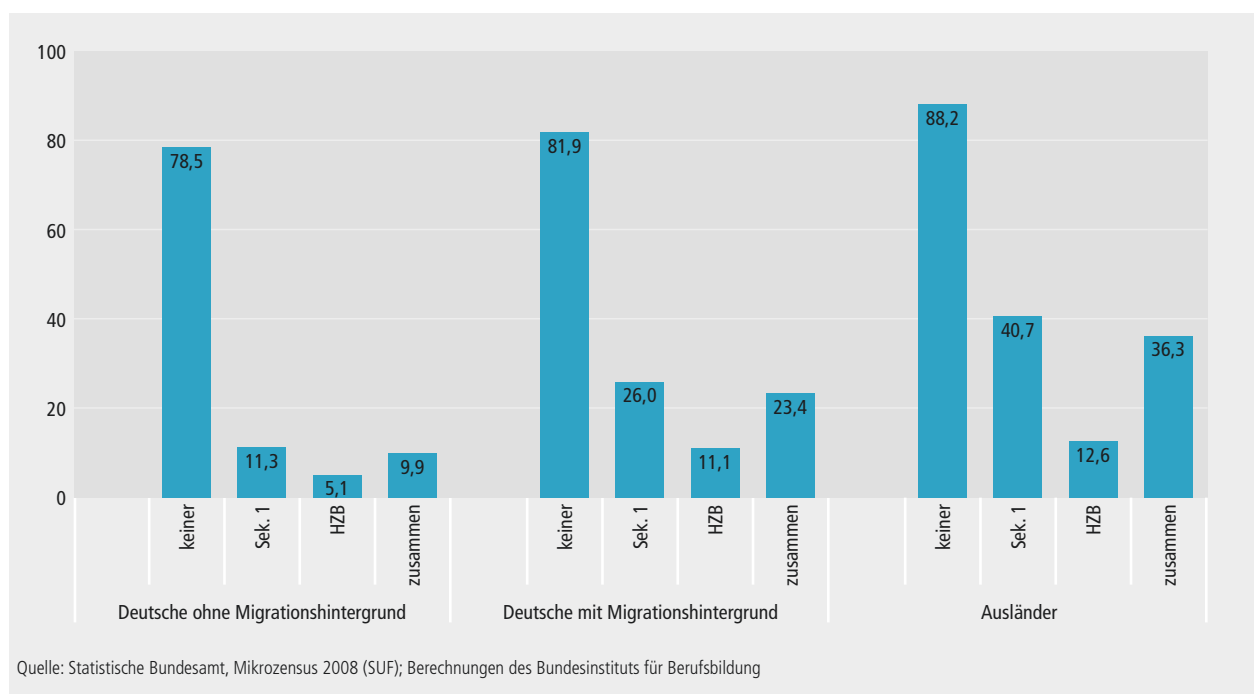


Schaubild A8-2: Anteil Ungelernter bei jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 34 Jahren nach Migrationsstatus und Schulabschluss (in %)



Rund 920.000 junge Erwachsene mit Hauptschulabschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren blieben 2008 ohne einen Berufsabschluss → **Tabelle A8-2**. Ehemalige Hauptschüler/-innen (mit Abschluss) stellten damit mit 43 % Anteil die größte Gruppe unter den Unqualifizierten dar. Damit lag bei ihnen der Anteil Ungelernter deutlich höher als ihr Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Nahezu jeder dritte Hauptschulabsolvent (29,2 %) der untersuchten Altersgruppe blieb ohne berufliche Qualifizierung. Im Vergleich zum Durchschnitt ihrer Altersgruppe befanden sich junge Erwachsene mit Hauptschulabschluss doppelt so häufig unter den Ungelernten.

Wer ohne allgemeinschulischen Abschluss blieb, erreichte auch nur in wenigen Fällen einen beruflichen Abschluss. Nur jeder sechste junge Erwachsene (16,6 %, absolut rund 86.000) konnte 2008 einen Berufsabschluss vorweisen, die Ungelerntenquote betrug 83,4 %. 432.000 junge Erwachsene blieben dabei ohne berufliche Qualifizierung. Zwar machten junge Erwachsene ohne Schulabschluss nur 3,6 % der gleichaltrigen Wohnbevölkerung aus, doch bei den Ungelernten stammte jeder Fünfte aus dieser Untergruppe (20,2 %). Demgegenüber zeigten sich unterdurchschnittliche Ungelerntenquoten bei jungen Erwachsenen mit Realschulabschluss (8,7 %) und (Fach-)Hochschulreife (6,1 %). Auch ihr Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung lag erheblich über ihrem Anteil an den Ungelernten. Das gilt sowohl für Frauen als auch für Männer.

Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede in den Ungelerntenanteilen traten nur bei Hauptschulabsolventen zutage. So lag die Ungelerntenquote junger Frauen dort bei 35,6 %, bei jungen Männern nur bei 24,9 %. Bei höheren Schulabschlüssen glich sich der Anteil Ungelernter an, signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigten sich nicht mehr. Hier zeigt sich die Bedeutung höherer Schulabschlüsse insbesondere für junge Frauen.

→ **Schaubild A8-1** zeigt die Ungelerntenquoten in Abhängigkeit von Migrationsstatus und Geschlecht. Den höchsten Anteil an Ungelernten weisen junge ausländische Erwachsene auf. Mehr als jeder Dritte (36 %) hatte keinen Berufsabschluss, mit

5 Prozentpunkten Differenz zuungunsten junger Frauen. Verglichen mit gleichaltrigen Deutschen ist der Anteil bei jungen Ausländern fast viermal so hoch. Auch bei eingebürgerten Deutschen zeigte sich ein hoher Ungelerntenanteil, wobei der Ungelerntenanteil junger Frauen geringer ausfiel als der der Männer.

Bezieht man die schulischen Abschlüsse ein, → **Schaubild A8-2**, so zeigte sich, dass nur bei studienberechtigten Migranten und Ausländern ein deutlich positiver Effekt höherer Schulabschlüsse erkennbar ist. Bei Abschlüssen der Sekundarstufe 1 bestehen nach wie vor erhebliche Differenzen zuungunsten von Migranten. Ein höherer Ungelerntenanteil der Migranten und Ausländer zeigte sich auch bei jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss.

(Uta Braun, Klaus Schöngen)

A9 Kosten und finanzielle Förderung der beruflichen Bildung

A9.1 Entwicklung der Ausbildungsvergütungen

In der dualen Berufsausbildung sind die Ausbildungsvergütungen sowohl für die Auszubildenden als auch für die Betriebe von erheblicher finanzieller Bedeutung. Jeder Betrieb ist gesetzlich verpflichtet, seinen Auszubildenden eine angemessene und mit jedem Ausbildungsjahr ansteigende Vergütung zu zahlen (§ 17 Berufsbildungsgesetz). Diese soll spürbar zur Deckung der Lebenshaltungskosten der Auszubildenden beitragen und zugleich eine Entlohnung für ihre im Betrieb geleistete produktive Arbeit darstellen. Für die Betriebe sind die Ausbildungsvergütungen der größte Kostenfaktor bei der Durchführung der Berufsausbildung, auf sie entfallen 46 % der Bruttoausbildungskosten (vgl. Schönfeld u. a. 2010).

Die Vergütungshöhe wird in den meisten Wirtschaftszweigen von den Tarifpartnern (Arbeitgeber und Gewerkschaften) im Rahmen der Tarifverhandlungen festgelegt.¹⁸⁶ Bei einer Tarifbindung des Betriebs sind die tariflich vereinbarten Vergütungen verbindliche Mindestbeträge. Niedrigere Zahlungen sind dann unzulässig, übertarifliche Zuschläge jedoch erlaubt. Nicht tarifgebundene Betriebe können hingegen die in ihrer Branche und Region geltenden tariflichen Ausbildungsvergütungen unterschreiten, und zwar nach derzeitiger Rechtsprechung um bis zu 20 %. Dennoch zahlen auch diese Betriebe häufig freiwillig die tariflichen Vergütungssätze (vgl. Beicht 2011). Die tatsächlichen Vergütungszahlungen werden daher – trotz der seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich abgenommenen Tarifbindung der Betriebe (vgl. Kohaut/Ellguth 2008) – nach wie vor relativ stark durch die tariflichen Vereinbarungen bestimmt.¹⁸⁷

¹⁸⁶ Es gibt allerdings, vor allem im Dienstleistungssektor, auch eine Reihe von Bereichen, in denen keine oder keine flächendeckenden tariflichen Regelungen der Ausbildungsvergütungen getroffen werden.

¹⁸⁷ Die tariflichen Ausbildungsvergütungen gelten jedoch ausschließlich in der betrieblichen Berufsausbildung. In der aus öffentlichen Mitteln finanzierten sogenannten außerbetrieblichen Ausbildung erhalten die Auszubildenden in der Regel wesentlich niedrigere Vergütungen, die gesetzlich bzw. durch Verordnung festgelegt sind.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) beobachtet und analysiert die Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen seit 1976. **E**



Tarifliche Ausbildungsvergütungen

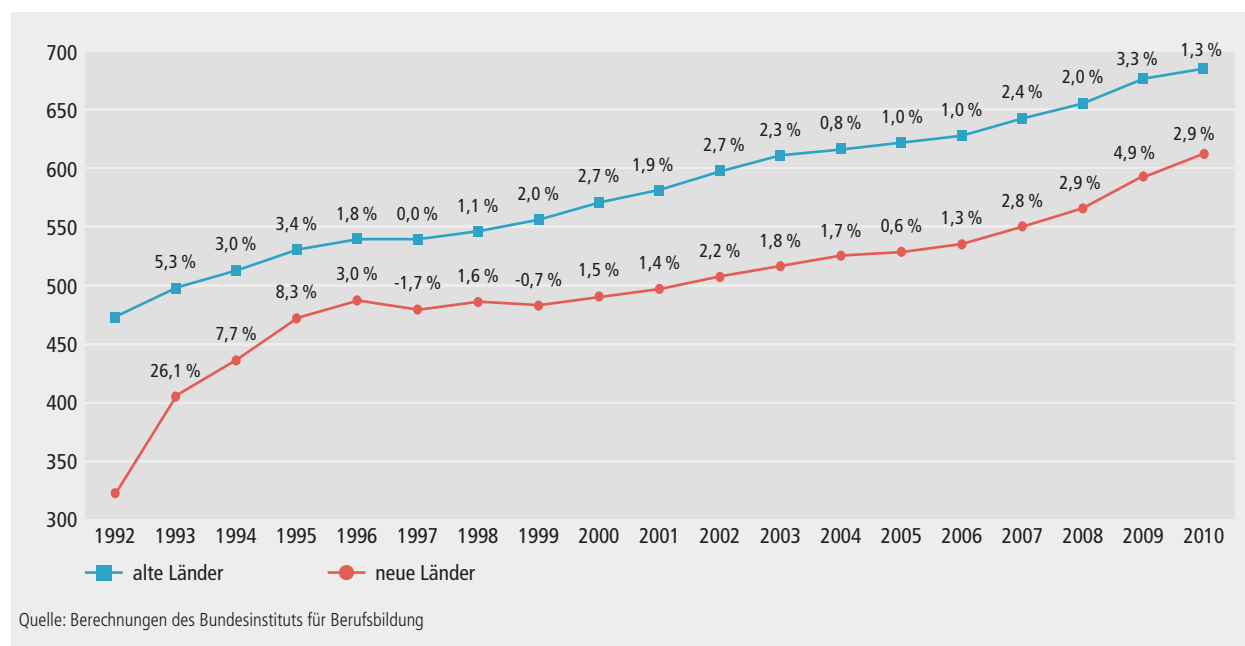
Jährlich zum Stand 1. Oktober wird im BIBB eine Auswertung tariflicher Ausbildungsvergütungen durchgeführt. Die Grundlage bilden dabei rund 500 Vergütungsvereinbarungen aus den gemessen an den Beschäftigtenzahlen größten Tarifbereichen Deutschlands. Die Angaben werden jeweils vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Verfügung gestellt. Getrennt nach alten und neuen Ländern werden die Vergütungsdurchschnitte für stärker besetzte Ausbildungsberufe ermittelt. Derzeit sind 186 Berufe in den alten und 151 Berufe in den neuen Ländern einbezogen. In diesen werden 89 % aller Auszubildenden in den alten und 80 % in den neuen Ländern ausgebildet.

Tarifliche Vereinbarungen werden meistens für einen bestimmten Wirtschaftszweig in einer bestimmten Region (Tarifbereich) abgeschlossen. Innerhalb eines Tarifbereichs werden in der Regel für *alle* Auszubildenden – unabhängig vom Ausbildungsberuf – einheitliche Vergütungssätze festgelegt. Zwischen den Wirtschaftszweigen unterscheidet sich das Vergütungsniveau jedoch beträchtlich, hinzu kommen oft noch regionale Unterschiede innerhalb der Wirtschaftszweige. Im Rahmen der Auswertungen der tariflichen Ausbildungsvergütungen wird zunächst pro Ausbildungsberuf ein Durchschnitt über die Wirtschaftszweige bzw. Tarifbereiche berechnet, in denen der betreffende Beruf schwerpunktmäßig bzw. typischerweise ausgebildet wird (vgl. Beicht 2011). Anschließend werden auf Basis der ermittelten berufsspezifischen Vergütungen weitere Durchschnittswerte berechnet, wobei die einzelnen Berufe jeweils mit dem Gewicht ihrer Auszubildendenzahlen berücksichtigt werden.

Aktuelle Vergütungsstrukturen 2010

In den alten Ländern betrug 2010 der Durchschnitt der tariflichen Ausbildungsvergütungen 688 € pro Monat. Sie erhöhten sich damit um durchschnitt-

Schaubild A9.1-1: Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2010
Durchschnittliche monatliche Bruttobeträge in €/Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %



lich 1,3 % gegenüber dem Vorjahr.¹⁸⁸ In den neuen Ländern stieg der monatliche Vergütungsdurchschnitt um 2,9 % auf 612 € an. Die Vergütungen nahmen somit deutlich weniger zu als im Vorjahr, in dem sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern die stärkste Steigerung seit 1995 zu verzeichnen war → **Schaubild A9.1-1**. In den neuen Ländern erreichten 2010 die Vergütungen 89 % der westlichen Höhe, womit sich der Abstand zum Tarifniveau der alten Länder weiter verringerte (2009: 88 %). Im gesamten Bundesgebiet lagen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2010 im Durchschnitt bei monatlich 678 €. Dies bedeutet einen Anstieg um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr (666 €).

Zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen bestehen beträchtliche Vergütungsunterschiede.¹⁸⁹

Die höchsten tariflichen Ausbildungsvergütungen wurden 2010 im Beruf Binnenschiffer/Binnenschifferin mit durchschnittlich 978 € pro Monat erreicht, und zwar einheitlich in den alten und neuen Ländern. Sehr hoch waren insbesondere in den alten Ländern auch die Vergütungen in den dreijährigen Ausbildungsberufen des Bauhauptgewerbes (z. B. Maurer/Maurerin) mit 916 €; in den neuen Ländern lagen sie mit durchschnittlich 725 € allerdings deutlich darunter. Ebenfalls hohe Vergütungen gab es beispielsweise im Beruf Mechatroniker/Mechatronikerin mit durchschnittlich 843 € in den alten Ländern und 823 € in den neuen Ländern sowie im Beruf Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen mit jeweils 837 €. Vergleichsweise niedrige Ausbildungsvergütungen waren in den alten und neuen Ländern in den Berufen Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin (421 € bzw. 388 €), Friseur/Friseurin (451 € bzw. 269 €) und Florist/Floristin (460 € bzw. 312 €) festzustellen.

Werden die Berufe mit der Zahl ihrer Auszubildenden gewichtet, so ist für 2010 folgende Verteilung nach Vergütungshöhe zu verzeichnen: In den alten Ländern kamen 27 % der Auszubildenden auf relativ hohe

¹⁸⁸ Die tariflichen Ausbildungsvergütungen stellen Bruttobeträge dar. Überschreitet die monatliche Vergütung die Geringverdiengrenze von 325 €, so muss der Auszubildende hiervon den Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung leisten, andernfalls trägt der Ausbildungsbetrieb die gesamten Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil). Unter Umständen erfolgt auch ein Lohnsteuerabzug von der Ausbildungsvergütung.

¹⁸⁹ Eine Gesamtübersicht mit den Ergebnissen für alle erfassten Berufe 2010 ist abrufbar unter <http://www.bibb.de/de/783.htm>.

monatliche Beträge von 800 € und mehr. Für 67 % bewegten sich die Vergütungen zwischen 500 € und 799 €. Vergleichsweise niedrig fielen die Beträge für 6 % der Auszubildenden mit weniger als 500 € aus, wobei Vergütungen unter 400 € kaum vorkamen. In den neuen Ländern erhielten 17 % der Auszubildenden eine Vergütung von 800 € und mehr. Für 46 % der Auszubildenden lagen die Vergütungen zwischen 500 € und 799 €. 37 % der Auszubildenden hatten Vergütungen von weniger als 500 €, 10 % sogar von unter 400 €.

Nach Ausbildungsbereichen unterscheidet sich das Niveau der tariflichen Ausbildungsvergütungen erheblich. In den alten Ländern wurde 2010 in Industrie und Handel mit 759 € pro Monat ein relativ hoher Durchschnitt erreicht, ebenso im öffentlichen Dienst mit 750 €. Weit darunter befanden sich die durchschnittlichen Beträge im Handwerk (562 €), bei den freien Berufen (573 €) und in der Landwirtschaft (599 €). Noch größere Unterschiede traten in den neuen Ländern auf: Hier war der Vergütungsdurchschnitt im öffentlichen Dienst mit 750 € mit Abstand am höchsten, gefolgt von Industrie und Handel mit 670 €. Erheblich niedriger lagen die Durchschnittswerte im Handwerk (439 €), in der Landwirtschaft (496 €) und bei den freien Berufen (572 €). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass vor allem innerhalb der Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk die Vergütungen der einzelnen Berufe sehr stark differieren.

Es sind auch deutliche Vergütungsunterschiede zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden festzustellen. In den alten Ländern betrug 2010 der durchschnittliche Monatsbetrag für männliche Auszubildende 702 € und für weibliche 667 €. In den neuen Ländern kamen männliche Auszubildende auf 628 € und weibliche auf 584 €. Die abweichenden Vergütungsdurchschnitte resultieren ausschließlich aus der unterschiedlichen Verteilung von männlichen und weiblichen Auszubildenden auf die Berufe. In Berufen, in denen weit überwiegend junge Männer ausgebildet werden, sind die Ausbildungsvergütungen oft sehr hoch. Umgekehrt werden in den Berufen, in denen sehr stark junge Frauen vertreten sind, häufig relativ niedrige Vergütungen gezahlt.

Bei den bisherigen Angaben handelte es sich immer um Durchschnittswerte über die gesamte Ausbildungsdauer der Berufe. Für die einzelnen Ausbildungsjahre wurden 2010 folgende Vergütungsdurchschnitte pro Monat ermittelt: In den alten Ländern betrugen sie im 1. Ausbildungsjahr 614 €, im 2. Jahr 685 €, im 3. Jahr 761 € und im 4. Jahr 794 €. In den neuen Ländern ergaben sich im 1. Ausbildungsjahr durchschnittlich 544 €, im 2. Jahr 615 €, im 3. Jahr 672 € und im 4. Jahr 756 € pro Monat.¹⁹⁰

Der Vergütungsanstieg 2005 bis 2009 vor dem Hintergrund der Preissteigerung sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung

In den alten Ländern erhöhten sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2009 durchschnittlich um insgesamt 9,0 % → [Tabelle A9.1-1](#).¹⁹¹ In den neuen Ländern lag der entsprechende Gesamtanstieg bei 12,5 %. Hierbei handelt es sich um die nominalen Vergütungssteigerungen. Um Aufschluss über den realen Zuwachs zu bekommen, d. h. den tatsächlichen Zugewinn an Kaufkraft, muss die Preissteigerung berücksichtigt werden. Hierfür kann der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Verbraucherpreisindex (Gesamtindex für Deutschland) herangezogen werden. Danach stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland von 2005 bis 2009¹⁹² um insgesamt 7,0 % an. In den alten Ländern betrug die reale Erhöhung der tariflichen Ausbildungsvergütungen in diesem Zeitraum somit lediglich 2,0 %. In den neuen Ländern ist mit einem Plus von 5,5 % ein etwas stärkerer Realanstieg festzustellen. Die leichte reale Zunahme ist hauptsächlich auf die relativ starke Vergütungsanhebung im Vorjahr bei einem gleichzeitig sehr geringen Preisanstieg zurückzuführen.

Inwieweit die Anhebung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2009 der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung entsprach, lässt sich anhand der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Indizes der tariflichen Monatsverdienste der Arbeit-

190 Beim 4. Ausbildungsjahr ist zu beachten, dass in den Vergütungsdurchschnitt bei Weitem nicht alle erfassten Berufe eingingen, sondern nur diejenigen mit einer dreieinhalbjährigen Ausbildungsdauer.

191 Zur Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2008 vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A9.1.

192 Für 2010 lagen die Angaben noch nicht vor.

Tabelle A9.1-1: Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) insgesamt von 2005 bis 2009

Jahr	Durchschnittliche AV pro Monat	Gesamtanstieg seit 2005			Anstieg gegenüber dem Vorjahr		
		nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg*	realer Anstieg der AV	nominaler Anstieg der AV	Preisanstieg*	realer Anstieg der AV
	€	in %			in %		
Alte Länder							
2005	623						
2006	629	1,0	1,6	-0,6	1,0	1,6	-0,6
2007	644	3,4	3,9	-0,5	2,4	2,3	0,1
2008	657	5,5	6,6	-1,1	2,0	2,6	-0,6
2009	679	9,0	7,0	2,0	3,3	0,4	2,9
Neue Länder							
2005	529						
2006	536	1,3	1,6	-0,3	1,3	1,6	-0,3
2007	551	4,2	3,9	0,3	2,8	2,3	0,5
2008	567	7,2	6,6	0,6	2,9	2,6	0,3
2009	595	12,5	7,0	5,5	4,9	0,4	4,5

* Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreis-Gesamtindex (Basisjahr 2005). Durch die 2008 erfolgte rückwirkende Neuberechnung des Index ergaben sich für die Jahre 2005 bis 2007 Abweichungen gegenüber früher berichteten Ergebnissen.

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A9.1-2: Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) im Vergleich zu den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer von 2005 bis 2009

Jahr	Durchschnittliche AV pro Monat	Gesamtanstieg seit 2005		Anstieg gegenüber dem Vorjahr	
		AV	Tarifverdienste*	AV	Tarifverdienste*
	€	in %		in %	
Alte Länder					
2005	623				
2006	629	1,0	1,0	1,0	1,0
2007	644	3,4	2,6	2,4	1,6
2008	657	5,5	6,0	2,0	3,3
2009	679	9,0	9,0	3,3	2,8
Neue Länder					
2005	529				
2006	536	1,3	0,8	1,3	0,8
2007	551	4,2	2,1	2,8	1,3
2008	567	7,2	7,4	2,9	5,2
2009	595	12,5	10,6	4,9	3,0

* Basiert auf dem vom Statistischen Bundesamt ermittelten Index der tariflichen Monatsverdienste im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Dieser Arbeitnehmerindex ist mit den bisher zugrunde gelegten Indizes der Tariflöhne und -gehälter nicht mehr vergleichbar.

Quelle: Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

nehmer beurteilen.¹⁹³ In den alten Ländern war demnach der prozentuale Gesamtanstieg der tariflichen

Ausbildungsvergütungen von 2005 bis 2009 mit 9,0 % ebenso hoch wie bei den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer → **Tabelle A9.1-2**. In den neuen Ländern erhöhten sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen in diesem Zeitraum mit 12,5 % etwas stärker als die tariflichen Monatsverdienste mit 10,6 %.

¹⁹³ Bis 2008 wurden die Tarifindizes vom Statistischen Bundesamt getrennt für Arbeiter und Angestellte (Tariflöhne und -gehälter) ermittelt. Ab 2009 wurde die Berechnungsweise umgestellt. Nun werden die Tarifindizes für die Arbeitnehmer insgesamt (tarifliche Monatsverdienste) berechnet. Der neue Index wurde bis 2005 zurückgerechnet (vgl. Bick 2009).

Vergütungszufriedenheit der Auszubildenden

Viele junge Menschen sehen es als einen besonderen Vorteil der dualen Berufsausbildung an, dass bereits in der Ausbildung ein eigenes Einkommen erzielt wird. Allerdings sind viele Auszubildende dann mit der Höhe der Ausbildungsvergütung nicht zufrieden: Im 2. Ausbildungsjahr wird diese von zwei Dritteln als zu niedrig empfunden. Dies geht aus der BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden“ hervor, für die 2008 rund 6.000 Auszubildende im 2. Ausbildungsjahr aus 15 stark besetzten Ausbildungsberufen befragt wurden (vgl. Beicht/Krewerth 2010, Beicht u. a. 2009).¹⁹⁴

Die Beträge, die den Auszubildenden tatsächlich gezahlt werden, sind deutlich niedriger als die tariflich festgelegten Ausbildungsvergütungen. Zum einen liegen die Vergütungen in den Betrieben, die nicht tarifgebunden sind oder in deren Branche es keine tarifliche Regelung der Ausbildungsvergütungen gibt, zum Teil deutlich unter dem Tarifniveau. Zum anderen sind bei Überschreiten der Geringverdienergrenze (325 € monatlich) von den Auszubildenden Sozialversicherungsbeiträge zu leisten – im Jahr 2008 durchschnittlich rund 20 % der Bruttovergütung –, zusätzlich erfolgt gegebenenfalls ein Lohnsteuerabzug. Für die 15 in der BIBB-Studie untersuchten Berufe wurden auf Basis der *tariflichen Bruttoausbildungsvergütungen* im 2. Ausbildungsjahr Durchschnittswerte von 631 € (alte Länder) und 533 € (neue Länder) ermittelt. Nach der Befragung der Auszubildenden betrugen hingegen die *tatsächlich ausgezahlten Nettoausbildungsvergütungen* durchschnittlich 486 € pro Monat in den alten Ländern und 382 € in den neuen Ländern.¹⁹⁵

Insgesamt 60 % der Auszubildenden erhielten *Nettoausbildungsvergütungen* von bis zu 500 €, für 40 % lagen sie über 500 €. Mit mehr als 600 € erreichten 15 % der Auszubildenden relativ hohe Nettobeträge. Für 31 % waren sie dagegen mit maximal 400 €

relativ niedrig. In den neuen Ländern waren geringe Vergütungen noch deutlich verbreiteter: Hier betrugen die Nettobeträge für 67 % der Auszubildenden maximal 400 €, 31 % kamen sogar nur auf bis zu 300 €.

Die Nettoausbildungsvergütung deckte damit sehr oft nicht den finanziellen Mindestbedarf eines Auszubildenden, der bereits außerhalb des Elternhauses lebte. Nach der Berechnungsweise bei Gewährung einer Berufsausbildungsbeihilfe durch die Bundesagentur für Arbeit ist der Finanzbedarf bei mindestens rund 500 € anzusetzen (einschließlich Mietkosten, aber ohne anfallende Fahrtkosten). Eine solche Beihilfe können Auszubildende erhalten, deren Vergütung unterhalb des Mindestbedarfs liegt. Voraussetzung ist allerdings, dass sie volljährig sind, nicht mehr im Haushalt der Eltern leben und weder sie selbst noch ihre Eltern oder Lebenspartner über die notwendigen Mittel verfügen.

Nur ein Drittel der Auszubildenden war mit der gezahlten Ausbildungsvergütung zufrieden und schätzte diese als „sehr gut“ (9 %) oder als „gerade richtig“ (24 %) ein. Die große Mehrzahl (67 %) war hingegen unzufrieden und beurteilte die Beträge als „zu niedrig“. Von welchen Faktoren die Zufriedenheit der Auszubildenden mit ihrer Ausbildungsvergütung abhing, wurde mittels eines statistischen Erklärungsmodells (logistische Regression) untersucht (vgl. Beicht/Krewerth 2010). Die Zufriedenheit mit der Vergütung wurde erwartungsgemäß stark von deren Höhe beeinflusst: Erhielten Auszubildende über 700 € monatlich, so war die Chance, dass sie hiermit zufrieden waren, 17-mal höher, als wenn sie nur 300 € oder weniger bekamen.

Darüber hinaus spielten aber für die Zufriedenheit mit der Ausbildungsvergütung noch viele andere Faktoren eine Rolle. Von Bedeutung war dabei insbesondere, wie hoch die Auszubildenden ihre Arbeitsleistung, die sie für den Betrieb erbrachten, bewerteten.

Die Auszubildenden fühlten sich im 2. Ausbildungsjahr in ihrem Betrieb oft bereits wie eine Fachkraft eingesetzt. Ihrer Einschätzung nach entfiel ein großer Teil der betrieblichen Ausbildungszeit – durchschnittlich 43 % – auf Arbeiten, die sie schon

194 Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse aus dem BIBB Report 14/10 berichtet (vgl. Beicht/Krewerth 2010).

195 Die Durchschnittswerte beziehen sich ausschließlich auf die betriebliche Ausbildung.

genauso gut und schnell wie ihre fertig ausgebildeten Kollegen erledigten. Je mehr Auszubildende ihrer Ansicht nach bereits Arbeitsleistungen wie Fachkräfte im Betrieb erbrachten, desto eher waren sie mit ihrer Vergütung unzufrieden, denn diese liegt ja weit unter der Bezahlung von Fachkräften.

Über die Hälfte der Auszubildenden (59 %) berichtete auch von Überstunden, die sie im Betrieb regelmäßig zu leisten hätten, und zwar in einem Umfang von durchschnittlich 4,8 Stunden pro Woche. Nicht immer wurden diese durch Freizeit oder zusätzliche Bezahlung ausgeglichen, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Immerhin 40 % der Auszubildenden mit regelmäßigen Überstunden gaben an, dass ein Ausgleich nur teilweise oder überhaupt nicht erfolgt sei. Je größer die Zahl der Überstunden ausfiel, desto höher war das Risiko, dass die Auszubildenden mit der Vergütung nicht zufrieden waren. Fand zudem kein oder kein vollständiger Überstundenausgleich statt, wirkte sich dies zusätzlich negativ auf die Zufriedenheit aus.

Umgekehrt rechneten die Auszubildenden es den Betrieben aber auch sehr positiv an, wenn diese ihnen eine qualitativ hochwertige Ausbildung boten. Die Auszubildenden legten großen Wert auf die Ausbildungsqualität und hatten diesbezüglich hohe Ansprüche (vgl. Beicht u. a. 2009). Je stärker sie ihre Qualitätsansprüche in der betrieblichen Ausbildung als erfüllt ansahen, desto eher waren sie mit ihrer Vergütung zufrieden, selbst wenn diese nicht so hoch ausfiel.

Außerdem waren noch folgende weitere Einflüsse auf die Zufriedenheit mit der Ausbildungsvergütung festzustellen:

- Gingen Auszubildende einem Nebenjob nach, weil sie sonst ihre Grundversorgung nicht finanzieren konnten, waren sie eher unzufrieden. 18 % der Auszubildenden jobbten nebenbei, weil sie das zusätzlich verdiente Geld ganz oder teilweise für ihre Grundversorgung benötigten.
- Erfolgte teilweise keine pünktliche Auszahlung der Ausbildungsvergütung, so hatte dies ebenfalls negative Folgen für die Zufriedenheit. Immerhin 17 % der Auszubildenden bekamen ihre Vergütung nicht immer pünktlich.

- Erhielten Auszubildende eine deutlich höhere oder niedrigere Vergütung als ihre Mitschüler in der Berufsschulklasse (20 % über oder unter dem Klassendurchschnitt), so wirkte sich dies deutlich positiv bzw. negativ auf die Zufriedenheit aus.
- Auch das individuelle Anspruchsniveau war von Bedeutung: Je wichtiger es Auszubildende fanden, bereits in der Ausbildung viel Geld zu verdienen, desto eher waren sie unzufrieden.
- Bei einem höheren Lebensalter – ab 22 Jahren – war das Risiko der Unzufriedenheit mit der Vergütung erheblich größer als bei jüngeren Auszubildenden. Zu erklären ist dies damit, dass die materiellen Bedürfnisse der Jugendlichen sowie der Wunsch nach finanzieller Unabhängigkeit vom Elternhaus mit dem Alter deutlich zunehmen.
- Auch für die Betriebsgröße zeigte sich ein Effekt: Bei Auszubildenden aus größeren Betrieben (ab 500 Beschäftigten) bestand im Vergleich zu denjenigen aus kleineren Betrieben (bis 49 Beschäftigte) – unter ansonsten gleichen Bedingungen – eine deutlich höhere Chance, dass sie mit ihrer Vergütung zufrieden waren.
- Schließlich spielte noch die Region eine Rolle: Im Osten waren Auszubildende eher mit der Vergütung zufrieden als im Westen. Neben geringeren Lebenshaltungskosten wirkte sich im Osten möglicherweise auch das im Vergleich zur außerbetrieblichen Ausbildung sehr positive Image der betrieblichen Ausbildung aus.

Die Ergebnisse der BIBB-Studie „Ausbildung aus Sicht der Auszubildenden“ verdeutlichen, dass sehr unterschiedliche Faktoren die Vergütungszufriedenheit der Auszubildenden bestimmen. Die zentrale Einflussgröße ist aber die Höhe der Ausbildungsvergütung.

(Ursula Beicht)

A9.2 Ausgaben der öffentlichen Hand

→ **Tabelle A9.2-1** dokumentiert die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die berufliche Ausbildung in den Jahren 2006 bis 2010 verglichen mit dem Jahr 2001. Es finden alle Aufwendungen Berücksichtigung, welche verursachungsgerecht in Zusammenhang mit der Entwicklung, Verbesserung, Durchführung und Förderung von Ausbildungsgängen nach § 1 Abs. 1 und 2 BBiG stehen. Ausgaben, die zwar einen Bezug zur beruflichen Bildung aufweisen, aber nach dem Verursacherprinzip nicht eindeutig dem Berufsbildungssystem zugerechnet werden können, sind in → **Tabelle A9.2-1** nicht enthalten. Dies betrifft z. B. die Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Jugend (BMFSFJ), die teilweise zwar den Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, aber mit großer Wahrscheinlichkeit auch stattfinden würden, wenn ein Berufsbildungssystem nicht existierte.

Durch Kreuze wird in → **Tabelle A9.2-1** angedeutet, ob eine Position eher durch die anerkannten Berufsausbildungen des dualen Systems (DS) und/oder durch die Maßnahmen des Übergangssystems (ÜS) verursacht wird. Die Einteilung ist allerdings nicht exakt; eine Position kann Ausgaben für beide Bereiche enthalten. Zudem existiert bislang keine eindeutige definitorische Abgrenzung des ÜS. Weiterhin schließen einige Einzelpositionen Aufwendungen für Weiterbildung in teilweise beträchtlichem Umfang ein (vgl. **Kapitel B3.5**). Durch Summierung der entsprechend markierten Zeilen der Tabelle erhält man infolge dieser Abgrenzungsschwierigkeiten jeweils lediglich eine Obergrenze der öffentlichen Gesamtausgaben für die berufliche Ausbildung in DS und ÜS. Die tatsächlich den beiden Systemen zurechenbaren Ausgabenvolumina liegen vermutlich etwas niedriger.

Folgende weitere Hinweise sind bei der Interpretation der Tabelle sowie bei Vergleichen mit Vorjahren zu berücksichtigen:

Für die Bundesministerien sind alle Aufwendungen erfasst, die nach sachlichen Erwägungen der beruflichen Bildung zuzuordnen sind. Aufgrund

des Funktionenplans werden sie in der Jahresrechnungssstatistik und im Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes zwar meist den Bereichen Weiterbildung und Arbeitsmarktpolitik zugerechnet. Faktisch dienen die in → **Tabelle A9.2-1** ausgewiesenen Positionen aber zu großen Teilen der Ausbildungsförderung. Sie sind an den Haushaltstiteln der Ministerien orientiert und fassen teilweise mehrere Förderprogramme und Maßnahmen zusammen. Detailliertere Informationen zu den jeweiligen Programmen sowie weiteren Fördermaßnahmen, die einen Bezug zur beruflichen Ausbildung aufweisen, finden sich in **Kapitel D1**. Da sie zum größten Teil vorübergehender Natur sind und es zudem regelmäßig zu Abgrenzungsänderungen in den Haushaltstiteln kommt, kann die Entwicklung der einzelnen Positionen nur schwer vergleichend im Zeitablauf interpretiert werden.

Die Ausgaben der Länder und Kommunen für berufliche Schulen (Teilzeit- und Vollzeitberufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Berufsoberschulen, berufliche Gymnasien) sind der Jahresrechnungssstatistik des Statistischen Bundesamtes entnommen. Da die Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand verrechnet. Die vorläufigen Ist-Ausgaben im Jahr 2008 betrugen 7,5 Mrd. €. ¹⁹⁶ Die vorläufigen Ist-Ausgaben für das Jahr 2009 werden mit 7,7 Mrd. € beziffert. Für das Jahr 2010 wurden in den öffentlichen Haushalten rund 7,8 Mrd. € veranschlagt. Zwischen 2001 und 2009 nahmen die öffentlichen Ausgaben damit nominal um 12,2 % zu. Der Anstieg pro Kopf beträgt etwa 8 %. Bezogen auf die Entwicklung des vom Statistischen Bundesamt ermittelten Verbraucherpreisindex sind die Ausgaben sogar leicht rückläufig. Insgesamt gingen sie seit 2001 um knapp 0,9 % zurück, pro Kopf sogar um 4,6 %. Von den für das Jahr 2010 eingestellten Haushaltsmitteln entfallen geschätzte 3,1 Mrd. € auf die Teilzeitberufsschulen. Dies folgt aus

¹⁹⁶ Dieser Wert beinhaltet auch die Fachschulen, die eher der Weiterbildung als der Ausbildung zuzurechnen sind (vgl. **Kapitel B3.5**). Zum Vergleich: die in der Finanzstatistik für das Jahr 2009 ausgewiesenen Grundmittel für das gesamte Bildungswesen lagen bei ca. 98,9 Mrd. €, wobei es sich hierbei aber noch um vorläufige Ist-Angaben handelt (siehe Statistisches Bundesamt 2010).

Tabelle A9.2-1: Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 1)

	2001	2006	2007	2008	2009	2010	DS	ÜS	Enthält WB¹
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €			
BMBF²									
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten³	0,043	0,029	0,029	0,029	0,046	0,043	X		
Sonderprogramme des Bundes, der neuen Länder und Berlin zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern⁴	0,095	0,077	0,075	0,060	0,049	0,035	X		
Schüler-BAföG für berufliche Vollzeitschüler (BFS, BAS sowie FOS ohne BB)⁵	0,227	0,340	0,332	0,356	0,387	k.A.		X	X
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,005	0,005	0,007	0,012	X		X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,044	0,037	0,035	0,044	0,088	X	X	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,026	0,028	0,029	0,029	X	X	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0,014	0,015	0,016	0,019	0,024	0,035	X		X
Sonderprogramm Lehrstellenentwickler und Regionalverbünde Berufsbildung in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost)	0,021	–	–	–	–	–	X		
Zukunftsinitiative für Berufliche Schulen (ZIBS)	0,175	–	–	–	–	–	X	X	X
Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung	–	–	–	–	0,010	0,050		X	
BMWi²									
Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk	0,042	0,040	0,045	0,047	0,046	0,045	X		
Passgenaue Vermittlung Auszubildender an ausbildungswillige Unternehmen	–	–	0,001	0,003	0,003	0,001	X	X	
BMAS²									
Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher⁶	–	0,070	0,072	0,008	–	–		X	
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II⁷									
• Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,076	0,077	0,082	k.A.			X
Spezielle Maßnahmen für Jüngere im Rechtskreis SGB II⁷									
• Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender	k.A.	0,166	0,277	0,374	0,429	k.A.	X		
• Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung	k.A.	0,001	0,001	0,002	0,002	k.A.		X	
• Sozialpädagogische Begleitung bei Berufsausbildungsvorbereitung	k.A.	0,001	0,000	0,001	0,000	–		X	
• Einstiegsqualifizierung	k.A.	–	0,001	0,013	0,016	k.A.		X	
Länder									
Berufliche Schulen⁸									
• Teilzeitberufsschule⁹	3,453	2,870	2,885	3,017	3,130	3,140	X		
• Berufsfachschulen⁹	1,965	2,365	2,312	2,239	2,254	2,267	X	X	
• Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr⁹	0,502	0,501	0,464	0,433	0,413	0,391		X	
• Andere berufsbildende Schulen (außer Fachschulen)	0,954	1,095	1,144	1,263	1,351	1,421	X		
Ausbildungsprogramme der Länder¹⁰									
• Westdeutschland¹⁰	0,053	0,126	k.A.	k.A.	ca.	ca.	X		
• Ostdeutschland	0,120	0,066	k.A.	k.A.	0,5	0,5	X		

Tabelle A9.2-1: Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung (Teil 2)

	2001	2006	2007	2008	2009	2010	DS	ÜS ÜS	enthält WB ¹
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €			
Bundesagentur für Arbeit⁷									
Berufsausbildungsbeihilfen (BAB, betriebliche Berufsausbildung, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen) einschließlich BAB-Zweitausbildung	0,405	0,506	0,497	0,512	0,584	0,579	X		
Lehrgangskosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	0,388	0,365	0,349	0,337	0,333	0,326		X	
Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher	0,811	0,808	0,707	0,737	0,728	0,672	X		
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte									
• Für die Erstausbildung	k.A.	0,323	0,283	0,287	0,297	0,295			
• Nicht auf berufliche Erstausbildung oder WB aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,690	1,822	1,892	1,871			X
Ausbildungsbonus	–	–	–	0,011	0,034	0,036	X		
Einstiegsqualifizierung ⁶	–	–	0,006	0,051	0,055	0,055		X	
Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung ¹¹	k.A.	0,004	0,004	0,008	0,008	0,066		X	
Sozialpädagogische Betreuung bei Berufsausbildungsvorbereitung	k.A.	0,001	0,001	0,000	–	–		X	
Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ¹²	0,862	–	–	–	–	–	X	X	
Berufseinstiegsbegleitung für Jugendliche	–	–	–	–	0,035	0,055		X	
Institutionelle Förderung ¹³	0,044	0,004	0,002	0,000	–	–	X	X	X

¹ Positionen, die in signifikantem Umfang auch Weiterbildungsausgaben enthalten, sind mit einem Kreuz gekennzeichnet.

² Ist-Werte für 2001 und 2006 bis 2009. Haushaltsansätze für 2010.

³ Die Angaben enthalten die Ausgaben für Investitionen und laufende Zwecke.

⁴ Der Bund trägt 50 % der Gesamtförderung von Bund und Ländern.

⁵ Förderung für Schüler an Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen und in Fachoberschulklassen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen.

⁶ Seit 1. Oktober 2008 als Regelleistung im Rahmen des SGB III.

⁷ Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.

⁸ Ist-Werte für 2001, 2006 und 2007. Vorläufige Ist-Werte für 2008 und 2009. Haushaltsansätze für 2010.

⁹ Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006 bis 2009: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2010: Schülerzahlen des Schuljahres 2009/10 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Rückwirkend für die Jahre ab 2007 wurde das Ausgabenkonzept von Nettoausgaben auf Grundmittel umgestellt, sodass sich die Angaben für die Jahre 2007 bis 2010 leicht von den Angaben im letztjährigen Datenreport unterscheiden.

¹⁰ Bis 2006: Veranschlagtes Mittelvolumen nach Angaben der Länder (einschließlich ESF-Mittel) für das im jeweiligen Kalenderjahr beginnende Ausbildungsjahr. Die Angabe für das Jahr 2006 enthält nicht die Programme des Landes Rheinland-Pfalz, da das zuständige Ministerium hierzu keine Daten geliefert hat. Ab 2007 liegen nur von wenigen Ländern Informationen vor, sodass keine Angaben über den Gesamtumfang gemacht werden können. Zu den für die Jahre 2009 und 2010 ausgewiesenen Werten sind die Hinweise im Text zu beachten.

¹¹ Voraussetzung für die Förderung ist gemäß § 33 SGB III die Beteiligung Dritter in Höhe von mindestens 50 %. Zum Anteil öffentlicher und privater Mittel im Rahmen dieser Kofinanzierung liegen jedoch keine Zahlen vor.

¹² Nur Ausgaben für Leistungen nach Artikel 2, 3, 4, 6, 7 und Qualifizierungsanteil nach Artikel 9 (bei Quali-ABM nur Zuschüsse zur Qualifizierung) des Sofortprogramms, teilweise mitfinanziert aus ESF-Mitteln. Die Jahre 2006 ff. enthalten möglicherweise Restbeträge, die hier nicht ausgewiesen werden.

¹³ Die institutionelle Förderung beinhaltet z. B. Zuschüsse für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen sowie Zuschüsse für die Förderung von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder der beruflichen Rehabilitation.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne

Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes

Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen

Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 7 – BAföG

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH

Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte

Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben im Rechtskreis SGB II

Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III

Auskünfte des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit im Oktober 2010 und Februar 2011

der Verwendung von Schülertagen des Ausbildungsjahres 2009/2010 (insgesamt 8.395.246) als Verteilungsschlüssel. Mit den verbleibenden 4,7 Mrd. € werden weitere Schularten im beruflichen Bildungswesen finanziert, wie z. B. Berufsfachschulen (ca. 2.428.179 Schülertage), Fachgymnasien (ca. 794.380 Schülertage), Fachoberschulen (ca. 576.394 Schülertage), das Berufsvorbereitungsjahr (ca. 246.922 Schülertage) und das Berufsgrundbildungsjahr (ca. 171.640 Schülertage).

Die landeseigenen Ausbildungsförderungsprogramme können nicht genau quantifiziert werden. Wie die Bundesprogramme werden sie in der Jahresrechnungstatistik vermutlich größtenteils zum Bereich der Weiterbildung oder der Arbeitsmarktpolitik gezählt. Einen Überblick über die Förderprogramme zur Berufsausbildung sowie Informationen zu Fördergegenstand, -berechtigten und -bedingungen gibt **Kapitel D1**. Die Fördermittel in den einzelnen Programmen wurden durch eine vom BIBB beauftragte Erhebung bei den zuständigen Ministerien ermittelt. Das gesamte Volumen kann mithilfe dieser Studie allerdings nur sehr grob abgeschätzt werden. Einerseits liegen nicht für alle Programme Informationen vor. Andererseits führt die Studie auch Programme auf, die zwar einen Bezug zur Berufsbildung aufweisen, aber nicht ursächlich durch das Berufsausbildungssystem bedingt sein müssen. Größenordnungsmäßig dürfte das für 2010 eingeplante Fördervolumen der Länder wie 2009 im Bereich einer halben Milliarde € liegen. Hierin sind auch Mittel des Europäischen Sozialfonds enthalten.¹⁹⁷

Die berufsbildungsbezogenen Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) betreffen neben der Berufsausbildung auch die Berufsvorbereitung. Nicht berücksichtigt ist in **→ Tabelle A9.2-1** die Förderung der Integration an der zweiten Schwelle, welche eine beschäftigungspolitische Maßnahme darstellt. Ein Großteil der BA-Mittel fließt der Unterstützung besonders benachteiligter Auszubildender und Behinderte zu. Allerdings ist zu beachten, dass es – je nach Aussagezweck – eventuell nicht sinnvoll ist, die in der Tabelle ausgewiesenen Kosten der Maßnahmen für

Behinderte vollständig dem Berufsausbildungssystem zuzurechnen, da sie nicht ursächlich mit ihm in Zusammenhang stehen müssen. Auf eine Zuordnung zum dualen System oder dem Übergangssystem wird daher gänzlich verzichtet. Die sozialpädagogische Betreuung bei der Berufsausbildungsvorbereitung endete 2008 und wies in den letzten beiden Jahren nur noch Restbeträge auf. Ebenso wurde die seit Jahren rückläufige institutionelle Förderung 2009 abgeschafft.

Der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand wird durch den Beitrag der ausbildenden Betriebe in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst ergänzt. Deren Aufwendungen werden traditionell durch das Bundesinstitut für Berufsbildung geschätzt. Nach den neuesten Berechnungen, welche auf einer repräsentativen Erhebung für das Jahr 2007 basieren, betrugen die Bruttokosten, d. h. die Ausbildungskosten, ohne Berücksichtigung der Ausbildungserträge rd. 23,8 Mrd. €. Die Nettokosten der Betriebe für die Ausbildung im dualen System lagen bei rd. 5,6 Mrd. € (vgl. Schönfeld u. a. 2010). Damit sind die Nettokosten seit der letzten Erhebung stark gesunken (vgl. Beicht/Walden 2002). Dies ist auf den produktiveren Einsatz der Auszubildenden in den Betrieben zurückzuführen. Zusätzlich stehen aber auch noch den Nettokosten Erträge gegenüber, die schwer zu quantifizieren sind, wie z. B. eingesparte Personalgewinnungskosten oder ein Imagegewinn.

(Normann Müller, Miriam Schütte)

¹⁹⁷ Vgl. auch die in **Kapitel B3.5** beschriebene Problematik bei der Berücksichtigung von ESF-Mitteln.

A9.3 Kosten und Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung

Seit vielen Jahren ermittelt das BIBB die Kosten und den Nutzen der dualen Berufsausbildung für Betriebe. Bisher wurden 4 Erhebungen für die Jahre 1980, 1991, 2000 und 2007 durchgeführt. Die nächste Befragung ist für das Referenzjahr 2012 geplant.

In der Erhebung für das Jahr 2007 wurden in rund 3.000 Ausbildungsbetrieben aller Branchen und Betriebsgrößenklassen die Ausbildungskosten und -erträge sowie Informationen zum Übernahmeverhalten der Betriebe und (möglicherweise) eingesparten Personalgewinnungskosten bei der Einstellung von Fachkräften vom externen Arbeitsmarkt abgefragt.¹⁹⁸ Pro Auszubildendem fallen im Jahr 2007 in den Betrieben in Deutschland im Durchschnitt Bruttokosten in Höhe von 15.288 € an. Durch die produktiven Leistungen der Auszubildenden entstehen Erträge von 11.692 €, die 76 % der Bruttokosten decken. Nach Abzug der Erträge von den Bruttokosten ergeben sich Nettokosten von 3.596 €, die ein ausbildender Betrieb im Durchschnitt pro Jahr und pro Auszubildendem aufbringt → **Tabelle A9.3-1**. Bei Übernahme eines Auszubildenden können Betriebe zusätzlich von der Ausbildung profitieren (z. B. durch das Einsparen von Personalgewinnungskosten, die bei der Einstellung von Fachkräften über den externen Arbeitsmarkt anfallen). Werden darüber hinaus noch weitere Nutzenaspekte wie Imagegewinn oder die Verringerung des Risikos von Fehleinstellungen berücksichtigt, ist davon auszugehen, dass der Gesamtnutzen die während der Ausbildung anfallenden Kosten für einen Großteil der Betriebe mehr als aufwiegt. In dem aktuellen Forschungsprojekt „Ausbildungskosten und ihr Einfluss auf Erwerbsverläufe und Betriebserfolg“¹⁹⁹ wird insbesondere die Nutzenperspektive für Betriebe und Individuen in den Blickpunkt gestellt. Hierzu werden die Daten der Kosten-Nutzen-Erhebung weiter ausgewertet und mit Betriebs- und Individualdaten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung verknüpft.

¹⁹⁸ Zu der Berechnungsweise und den Ergebnissen siehe ausführlich Schönfeld u. a. 2010, für eine Zusammenfassung vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel A9.3.

¹⁹⁹ Siehe <http://www.bibb.de/de/wlk54502.htm>.

Tabelle A9.3-1: **Bruttokosten, Erträge und Nettokosten pro Auszubildendem und Jahr (2007)**

Kostenarten	in €
Bruttokosten	15.288
davon:	
Personalkosten der Auszubildenden	9.490
Personalkosten der Ausbilder/Ausbilderinnen	3.292
Anlage- und Sachkosten	691
Sonstige Kosten	1.814
Erträge	11.692
Nettokosten	3.596

Quelle: BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung 2007

Das Statistische Bundesamt nutzt die Daten der BIBB-Erhebung von 2007 bei der Erstellung des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft²⁰⁰ für die Schätzung der Ausgaben der betrieblichen Ausbildung im dualen System. Es verwendet jedoch nicht die Brutto- oder Nettokosten, sondern die sogenannten Bildungsprozesskosten.²⁰¹ Hierzu zählen die Personalkosten der Ausbilder, die Anlage- und Sachkosten und die sonstigen Kosten. Die Personalkosten der Auszubildenden werden nicht berücksichtigt, da sie als Kompensation für die geleistete produktive Arbeit der Auszubildenden verstanden werden und daher nicht unmittelbar bildungsrelevant sind. Die budgetrelevanten Ausgaben betragen somit 5.797 € je Auszubildendem → **Tabelle A9.3-1**. Zur Ermittlung der Gesamtausgaben wird dieser Wert mit der Zahl der Auszubildenden in den Betrieben multipliziert. Es ergibt sich ein Betrag von rund 8,5 Mrd. €,

²⁰⁰ Das Budget erfasst die Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Bund, Länder und Gemeinden), des privaten Bereichs (Unternehmen, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck) sowie des Auslands für den gesamten Bildungsbereich von der Kinderkrippe bis zur Erwachsenenbildung und ist in drei Hauptbereiche unterteilt (Statistisches Bundesamt 2009c und 2010g): Im „Bildungsbudget“ sind die Ausgaben für das formale (u. a. Schulen, Kindergärten und Hochschulen, Förderung von Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen) und für das nonformale Bildungssystem (z. B. Krippen, Horte und Volkshochschulen, Lehrerfortbildung, betriebliche Weiterbildung, Förderung von Teilnehmenden an nonformalen Weiterbildungen) zusammengefasst. Auch die Ausgaben für die betriebliche Ausbildung im dualen System werden hier ausgewiesen. Die weiteren Bereiche sind „Forschung und Entwicklung“ und „sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur“.

²⁰¹ Für eine ausführliche Beschreibung einschließlich der veränderten Berechnungsweise, im Vergleich zu früheren Budgetberechnungen, vgl. Baumann u. a. 2010.

Tabelle A9.3-2: Auszug aus dem Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Ausgaben in Mrd. €

	1995	2000	2005	2007
Bildungsbudget	125,4	135,3	142,4	147,8
davon:				
Betriebliche Ausbildung im dualen System*	10,4	11,9	12,3	10,8
Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft	162,5	182,1	193,0	204,1

* Ausgaben der betrieblichen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung im dualen System, ohne Berufsschulen, einschließlich ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsbudget 2007/2008

der 2007 für die betriebliche Ausbildung aufgewandt wurde. Da das Budget jährlich berechnet wird, die Kosten-Nutzen-Erhebungen jedoch in größeren Zeitabständen durchgeführt werden, werden für die Zwischenjahre die Ergebnisse auf der Basis der vorliegenden BIBB-Daten und ergänzender Informationen fortgeschrieben: Hierfür werden die Bildungsprozesskosten je Auszubildendem bzw. je Auszubildender mit der Veränderung des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts zwischen dem Erhebungsjahr 2007 und dem jeweiligen Berichtsjahr des Budgets sowie der Zahl der Auszubildenden im jeweiligen Jahr geschätzt.

Zu den Ausgaben für die betriebliche Ausbildung werden noch die Ausgaben für die überbetriebliche und außerbetriebliche duale Ausbildung und ausbildungsrelevante Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit (rund 2,3 Mrd. €) addiert. Insgesamt werden im Bildungsbudget Ausgaben für die duale Ausbildung in Höhe von 10,8 Mrd. € ausgewiesen → **Tabelle A9.3-2**. Dies entspricht 0,4 % des BIP. Die öffentlichen Haushalte tragen 3 Mrd. € zur Finanzierung bei, die restlichen 7,8 Mrd. € entfallen auf den privaten Bereich. Im Vergleich zu den Jahren 2000 und 2005 haben sich diese Ausgaben verringert.

(Gudrun Schönfeld, Felix Wenzelmann)

A10 Übergang von Ausbildung in Beschäftigung

Berufliche Ausbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Integration ins Erwerbsleben und zur Sicherung der Zukunftschancen junger Menschen. Ein erfolgreicher Einstieg in die Arbeitswelt ist eine grundlegende Voraussetzung zur Realisierung individueller Berufs- und Arbeitschancen. Diese „zweite Schwelle“ markiert die Schnittstelle zwischen Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, an der entscheidende Weichen für den späteren Berufsverlauf gestellt werden. Die Phase des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem verläuft jedoch nicht für alle Ausbildungsabsolventinnen und Ausbildungsabsolventen reibungslos. Vielmehr kann sie von Brüchen und Unwägbarkeiten begleitet sein.

A10.1 Übergang an der zweiten Schwelle: Auswertung des Mikrozensus sowie der Statistik der BA

Der folgende Abschnitt analysiert aus der Perspektive der Ausbildungsabsolventinnen und Ausbildungsabsolventen die berufliche Übergangsphase junger Menschen mit dualer Ausbildung. Zunächst wird anhand von Daten aus der amtlichen Statistik dargestellt, wie groß der Anteil der erfassten Ausbildungsabsolvierenden ist, die sich unmittelbar nach der Ausbildung arbeitslos melden. Anschließend wird mit Zahlen aus dem Mikrozensus [E](#) die berufliche Situation von Ausbildungsabsolventen/-absolventinnen näher betrachtet. Komplementär dazu wird in [Kapitel A4.10.1](#) anhand des IAB-Betriebspanels die Sicht der Betriebe untersucht.

A10.1.1 Arbeitslosenzugänge nach abgeschlossener dualer Ausbildung

Über die Zahl der Personen, die sich direkt nach einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos meldeten, kann seit dem Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010 wieder jährlich Bericht erstattet werden (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel C1).²⁰² Dabei beziehen sich die Angaben zur Arbeitslosigkeit auf den Zeitpunkt unmittelbar nach der Ausbildung, unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit.

Im Jahr 2009 meldeten sich nach Hochrechnungen, die auf Angaben der BA basieren, 162.000 Personen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung arbeitslos → [Tabelle A10.1.1-1](#). Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Absolvierenden einer dualen Ausbildung (469.000 Personen) ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 34,5 %. Das bedeutet einen Anstieg in Höhe von 3 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr (31,5 %), was eine Auswirkung der Wirtschaftskrise sein könnte, die 2009 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Die Arbeitslosenquote im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung variiert außerdem zwischen alten und neuen Ländern. Diese Quote, die Sucharbeitslosigkeit einschließt²⁰³, ist in den neuen Ländern über 17 Prozentpunkte höher als in den alten (48,4 % zu 31,1 %). Die Differenz zwischen alten und neuen Ländern ist gegenüber 2008 um 2,5 Prozentpunkte zurückgegangen. Während der Anteil der Arbeitslosen 2009 in den alten Ländern im Vergleich zu 2008 um fast 4 Prozentpunkte gestiegen ist, wuchs er in den neuen Ländern um 1 Prozentpunkt (2008: Ost – 47,2 %, West – 27,4 %).

202 Im Jahr 2008 wurde die Ermittlung der Zugangsstruktur in Arbeitslosigkeit vollständig überarbeitet, sodass für das Jahr 2008 und rückwirkend auch für 2007 wieder entsprechende Daten zur Verfügung stehen. Aufgrund von Problemen bei der Umstellung der Berufsbildungsstatistik wurden die Prüfungsdaten für das Berichtsjahr 2007 allerdings nicht veröffentlicht. Daher können für 2007 keine Arbeitslosenquoten nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung berechnet werden. Durch die Umstellung der Berufsbildungsstatistik können Abschlussprüfungen in den dualen Ausbildungsberufen separat ausgewiesen werden.

203 Daher ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosenquote im ersten Jahr nach der Ausbildung stark sinkt (vgl. auch Dorau/Höhns 2006).

Tabelle A10.1.1-1: Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2008 und 2009 (absolut und in %)

		Männer			Frauen			Insgesamt		
		West	Ost	Deutsch-land	West	Ost	Deutsch-land	West	Ost	Deutsch-land
Zugang an Arbeitslosen nach abgeschlossener (außer-)betrieblicher Ausbildung	2008	53.631	26.520	80.151	45.222	18.003	63.225	98.853	44.523	143.376
	2009	66.195	27.432	93.627	50.514	17.785	68.299	116.709	45.217	161.926
Erfolgreiche Teilnehmer mit vorausgegangener Ausbildung*	2008	207.157	57.126	264.283	153.461	37.108	190.569	360.618	94.234	454.852
	2009	214.634	55.953	270.587	160.771	37.493	198.264	375.405	93.446	468.851
Rechnerische Quote: arbeitslos nach erfolgreich abgeschlossener dualer Ausbildung	2008	25,9 %	46,4 %	30,3 %	29,5 %	48,5 %	33,2 %	27,4 %	47,2 %	31,5 %
	2009	30,8 %	49,0 %	34,6 %	31,4 %	47,4 %	34,4 %	31,1 %	48,4 %	34,5 %

* Aus Datenschutzgründen sind die Absolventenzahlen der Berufsbildungsstatistik jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Unterscheidet man zwischen männlichen und weiblichen Fachkräften, so zeigt sich sowohl bei jungen Männern als auch bei jungen Frauen ein Anstieg der Arbeitslosenquote beim Vergleich mit dem Vorjahr. Allerdings fällt der Anstieg bei den jungen männlichen Fachkräften mit über 4 Prozentpunkten (2008: 30,3 %, 2009: 34,6 %) deutlich stärker aus als bei den jungen Frauen, bei denen die Arbeitslosenquote um gut 1 Prozentpunkt steigt (2008: 33,2 %, 2009: 34,4 %). Die Quote der weiblichen Arbeitslosen nach dualer Ausbildung liegt damit gleich hoch wie die der männlichen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Wirtschaftskrise stärker die klassischen Industriesektoren getroffen hat, in denen der Anteil männlicher Fachkräfte relativ hoch ist (Bundesagentur für Arbeit 2009). Die Arbeitslosenquote in den alten Ländern beträgt bei den jungen Männern 30,8 % (2008: 25,9 %), bei den jungen Frauen 31,4 % (2008: 29,5 %). In den neuen Ländern wurden 49,0 % der jungen Männer und 47,4 % der jungen Frauen nach dem dualen Ausbildungsabschluss arbeitslos (2008: 46,4 % bzw. 48,5 %). Während in den alten Ländern die Arbeitslosenquote der jungen weiblichen Fachkräfte um knapp 2 Prozentpunkte steigt, sinkt sie in den neuen Ländern gegen den Trend sogar um über 1 Prozentpunkt. Damit liegt die Arbeitslosenquote der jungen Männer in den neuen Ländern über der der jungen Frauen.

Insgesamt hat sich die Situation 2009 im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert, wobei junge weibliche Fachkräfte und Ostdeutsche vom Anstieg der Arbeitslosigkeit in geringerem Maße betroffen sind. Allerdings ist vor allem in den neuen Ländern die Arbeitslosenquote immer noch wesentlich höher als in den alten. Für Ausbildungsabsolventinnen aus den neuen Ländern scheint sich im Gegensatz zum Vorjahr eine geringfügige Entspannung abzuzeichnen.

A10.1.2 Die berufliche Situation bis zu 6 Jahre nach dem Abschluss



Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Jedes Jahr nehmen etwa 1 % aller Haushalte in Deutschland an der Befragung teil (laufende Haushaltsstichprobe). Insgesamt beteiligen sich rund 390.000 Haushalte mit 830.000 Personen an der Befragung. Im Gegensatz zu den meisten Befragungen besteht beim Mikrozensus eine gesetzliche Auskunftspflicht. Daher beantworten ca. 96 % der Befragten die Pflichtfragen im Mikrozensus. Diese Tatsache und der Umfang der befragten Personen machen ihn zur wichtigsten Repräsentativbefragung in Deutschland.

Wie bereits im vorangehenden Abschnitt wird auf den folgenden Seiten die berufliche Entwicklung im Anschluss an eine berufliche Ausbildung im dualen Ausbildungssystem dokumentiert. Dafür wird der Fokus nun verstärkt auf den beruflichen Erfolg und weniger auf beruflichen Misserfolg in Gestalt von Arbeitslosigkeit beziehungsweise Erwerbslosigkeit **E** gerichtet. Die Darstellungen zeigen die Entwicklung in den Jahren 2000 bis 2008²⁰⁴. Sie sind daher geeignet, den – im zeitlichen Verlauf teilweise stark variierenden – Integrationserfolg der Absolventen/Absolventinnen in seiner ganzen Breite abzubilden.

E Arbeitslosigkeit gegenüber Erwerbslosigkeit im Mikrozensus

Der Erwerbsstatus wird im Mikrozensus nach dem ILO-Konzept erfasst (Rengers 2004). Demnach gelten alle Personen, die in der Referenzwoche mindestens eine Stunde einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, als Erwerbstätige. Diejenigen, auf die das nicht zutrifft und die zudem innerhalb von maximal zwei Wochen ab dem Befragungszeitpunkt bereit wären, eine Tätigkeit aufzunehmen, werden als erwerbslos eingestuft. Alle übrigen Personen werden zu den Nichterwerbspersonen gezählt.

Dieses Konzept ist nicht deckungsgleich mit dem Begriff und der Erfassung von Arbeitslosigkeit, für die eine Meldung bei der Bundesagentur für Arbeit ausschlaggebend ist und nicht unmittelbar die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden oder die Bereitschaft zur sofortigen Arbeitsaufnahme.

Ein Vergleich von Ergebnissen, die auf diesen unterschiedlichen Konzepten der Erfassung von Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt basieren, ist daher nur beschränkt möglich. Allenfalls Entwicklungsmuster (Trends) können mit Vorsicht verglichen betrachtet werden.

Zwar bleibt Erwerbslosigkeit ein wesentlicher Bestandteil der folgenden Analysen, der Erörterung unterschiedlicher Qualitäten von Arbeitsmarktintegration wird jedoch ein breiter Raum gegeben. Erwerbstätige werden hinsichtlich des Integrationspotenzials ihrer Erwerbstätigkeit unterschieden **E**.

E Prekäre Integrationspotenziale der Erwerbsarbeit

Nach Kraemer und Speidel (2004) sind mit den sozialen Vorstellungen von einem „Normalarbeitsverhältnis“, ungeachtet des zahlenmäßigen Rückgangs solcher Arbeitsverhältnisse seit den 80er-Jahren, folgende soziale, rechtliche und betriebliche Standards verbunden:

- ein unbefristeter Arbeitsvertrag, der berufliche Planungssicherheit ermöglicht;
- ein an Vollzeitbeschäftigung orientiertes Arbeitszeitmodell;
- eine stabile Entlohnung, vor allem nach Arbeitszeit und beruflichem Status;
- ein bestimmtes Niveau sozialer und arbeitsrechtlicher Absicherung.

Werden diese Standards unterschritten, handelt es sich um prekäre Beschäftigung²⁰⁵. Sehr lange Arbeitslosigkeitsphasen deuten eher auf Entkopplung hin.

Eine aussagekräftige individuelle Verlaufsanalyse ist mit dem Mikrozensus nicht möglich, da es sich um Querschnittsdaten handelt. Ohne individuelle Verlaufsanalyse ist Entkopplung im strengen Sinne nicht identifizierbar, da keine Abfolge verschiedener Ereignisse sichtbar gemacht werden kann. Mit den Daten des Mikrozensus lässt sich das Prekaritätspotenzial eher als Zustand denn als eine Aneinanderreihung von Ereignissen darstellen **E**.

204 Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung stammt der aktuellste für die Wissenschaft zugängliche Mikrozensus aus dem Erhebungsjahr 2008.

205 Genauer ist der Begriff „Beschäftigung mit prekärem Potenzial“, da es von den persönlichen Lebensumständen, z. B. auch von der familiären Situation, abhängt, ob sich die Prekarität einer Beschäftigung entfaltet (vgl. Mayer-Ahuja 2003). Aus sprachlichen Gründen wird hier aber der vereinfachte Begriff „Prekarität“ benutzt.

E Prekaritätsstufen im Mikrozensus

Für die Bestimmung der Prekarität einer Beschäftigung werden das Arbeitszeitmodell²⁰⁶ (Vollzeit/Teilzeit/geringfügig), der Arbeitsvertrag (befristet/unbefristet) und das Einkommen²⁰⁷ ausgewertet. Es werden vier Prekaritätsstufen unterschieden, wobei Erwerbslosigkeit eine zusätzliche fünfte Stufe darstellt:

1. Vollzeit- oder Teilzeitstellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen mit normalem Einkommen (integrierte Beschäftigung)
2. Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeit- oder Teilzeitstellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und niedrigem Einkommen (Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial)
3. Teilzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und niedrigem Einkommen (Beschäftigung mit mittlerem Prekaritätspotenzial)
4. ausschließlich geringfügige Beschäftigung (Beschäftigung mit hohem Prekaritätspotenzial)
5. Erwerbslose (EL)

Für die folgenden Auswertungen wurde die Stichprobe des Mikrozensus auf die hier interessierende Personengruppe der Absolventen/Absolventinnen einer dualen Ausbildung eingeschränkt **E**. In den anschließenden Auswertungen werden neben abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen auch Selbstständige – die unter Absolventen/Absolventinnen der dualen Berufsausbildung mit etwa 2 % bis 5 % vertreten sind – berücksichtigt. Dieser geringe Anteil ist für differenzierte Analysen nicht ausreichend. Zudem ist die Qualität der Erwerbsarbeit bei Selbstständigen deutlich schwieriger zu beurteilen, als es bei abhängig Beschäftigten der Fall ist. Daher wird für Selbstständige nur ihr jeweiliger Anteil an der Untersuchungspopulation ausgewiesen und auf eine tief greifende Untersuchung verzichtet.

206 Personen, die nicht Vollzeit arbeiten, weil sie dies so wünschen und nicht weil sie keine Alternative haben, werden wie Personen mit Vollzeitbeschäftigung behandelt.

207 Die Beurteilung der Einkommen (niedrig gegenüber normal) erfolgt gruppenabhängig. Dazu werden nach Geschlecht getrennt abschlussjahr- und ausbildungsniveauspezifische Durchschnittseinkommen berechnet. Befragte, deren individuelles Einkommen weniger als zwei Drittel dieses Durchschnitts erreicht, gelten als Personen mit niedrigem Einkommen.

E Untersuchungsgesamtheit im Mikrozensus

Die Untersuchungsgesamtheit sind alle Personen einer Stichprobe, die in die Analysen einbezogen werden. In den meisten Fällen umfasst diese nicht die volle Stichprobe. In die Darstellungen aus den Mikrozensusdaten wurden Personen einbezogen, die zum Befragungszeitpunkt

- mindestens 15 und höchstens 35 Jahre alt waren,
- eine duale Ausbildung als ihren höchsten beruflichen Abschluss angegeben haben und
- deren Abschluss nicht länger als 6 Jahre zurücklag.

Ferner wurden Fälle mit fehlenden Angaben in benötigten Variablen von der Auswertung ausgeschlossen.

E Abgrenzung der dualen Ausbildung im Mikrozensus

Die duale Ausbildung wird im Mikrozensus erst seit 2007 trennscharf abgefragt. In den Jahren zuvor können Personen, die den Vorbereitungsdienst in der öffentlichen Verwaltung absolviert haben, nicht separiert werden. Bei den hier vorrangig betrachteten jüngeren Jahrgängen liegt deren Anteil nach Auswertungen für das Berichtsjahr 2007 bei unter 0,8 % eines Absolventen-/Absolventinnenjahrgangs. Die verzerrenden Effekte werden daher als gering eingeschätzt.

Die folgenden Darstellungen haben zum Ziel, die berufliche Einstiegsphase von Absolvierenden einer dualen Berufsausbildung nach dem Abschluss für die Jahre 2000 bis 2008 nachzuzeichnen. Zu diesem Zweck werden zunächst die Anteile der unterschiedlichen Qualitäten von Erwerbsarbeit im Zeitverlauf dargestellt, mit denen die Absolventen/Absolventinnen in den ersten Jahren nach dem Abschluss konfrontiert sind → **Tabellen A10.1.2-1 bis A10.1.2-6**. Im Anschluss wird gezeigt, wie stark individuelle berufliche Veränderung im genannten Zeitraum und zwischen verschiedenen Personengruppen variiert → **Tabelle A10.1.2-7**.

Tabelle A10.1.2-1: Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/ Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 6 Jahre nach dem Abschluss – nach Geschlecht (Angaben in %)

	Geschlecht	Jahr									
		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
Integrierte Beschäftigung	männlich	55,9	54,6	53,4	49,4	47,5	46,7	48,6	51,4	53,2	51,0
	weiblich	56,5	56,3	56,2	52,8	51,3	46,3	46,8	48,1	48,8	50,7
Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial ¹	männlich	14,0	13,6	13,2	13,6	13,0	14,6	16,0	16,5	15,9	14,7
	weiblich	15,2	15,2	14,6	13,9	13,6	13,3	14,6	14,9	15,8	14,6
Beschäftigung mit mittlerem Prekaritätspotenzial ²	männlich	7,9	7,0	7,1	5,7	4,8	4,0	4,4	4,5	3,9	5,3
	weiblich	2,0	2,6	2,4	2,2	2,6	3,7	4,2	3,6	3,7	3,1
Beschäftigung mit hohem Prekaritätspotenzial ³	männlich	0,3	0,1	0,2	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,3
	weiblich	2,1	1,6	2,0	1,8	2,3	2,3	2,5	2,4	2,3	2,2
Erwerbslose	männlich	7,5	8,2	10,3	12,9	15,1	13,8	11,1	8,2	7,8	10,5
	weiblich	5,4	5,3	5,9	7,9	9,5	10,1	8,8	7,6	6,7	7,6
Selbstständige	männlich	2,1	2,6	2,2	2,3	3,0	3,1	3,2	2,7	2,7	2,7
	weiblich	1,1	1,0	0,9	1,0	1,0	1,6	1,7	1,8	1,7	1,4
Weitere Ausbildung	männlich	5,2	5,9	5,3	6,7	6,5	8,1	7,2	7,6	7,5	6,8
	weiblich	5,0	5,2	5,0	6,9	6,2	7,6	7,8	8,1	7,6	6,8
Nichterwerbspersonen	männlich	7,1	7,9	8,4	8,9	9,9	9,3	9,0	8,7	8,5	8,7
	weiblich	12,6	12,9	13,1	13,5	13,6	15,1	13,6	13,4	13,4	13,6
Gesamt	männlich	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	weiblich	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Summen durch Rundungsfehler gegebenenfalls leicht abweichend

¹ Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeit- oder Teilzeitstellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und niedrigem Einkommen

² Teilzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und niedrigem Einkommen

³ Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Quelle: Mikrozensus 2000 bis 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Prekarität der Beschäftigung I – Geschlechtervergleich

Die Einteilung von Erwerbstätigkeiten in vier unterschiedliche Qualitäten dient in den folgenden Tabellen maßgeblich der Beurteilung der Probleme, die mit dem Übergang von der beruflichen Ausbildung in die berufliche Erwerbstätigkeit verbunden sind.

In → **Tabelle A10.1.2-1** ist die Entwicklung dieser Anteilswerte für Personen mit einer dualen Ausbildung bis einschließlich 6 Jahre nach der Beendigung der Ausbildung und getrennt nach Geschlecht ausgewiesen. Die Zahlen offenbaren eine hohe

Schwankungsbreite der Anteile im Zeitverlauf. Im Durchschnitt sind die Männer von 2000 bis 2008 zu 51,0% in Beschäftigungsverhältnissen ohne Prekaritätspotenzial tätig. Ein Wert, der nur leicht über dem der Frauen liegt. Sie können sich mit 50,7% ebenfalls in mehr als jedem zweiten Fall eine vollwertige Beschäftigung sichern. Ein deutlicher Unterschied zwischen Frauen und Männern zeigt sich erst im Verlauf von 2000 bis 2008. Während der Anteil bei den Männern vom Jahr 2000 an kontinuierlich sinkt und mit 46,7% im Jahr 2005 den tiefsten Wert erreicht, bleibt die Quote bei den Frauen bis ins Jahr 2002 relativ stabil, um anschließend bis zum Jahr 2005 auf 46,3% zu sinken. Die Quoten für vollwertige Beschäf-

**Tabelle A10.1.2-2: Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/
Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 3 Jahre nach dem
Abschluss – nach Geschlecht (Angaben in %)**

	Geschlecht	Jahr									
		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
Integrierte Beschäftigung	männlich	49,5	49,8	47,1	42,5	40,7	39,7	43,6	47,4	49,1	45,4
	weiblich	56,5	56,4	55,5	52,8	48,5	42,5	42,8	45,6	47,1	48,7
Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial ¹	männlich	16,6	15,8	15,4	16,1	15,9	17,9	18,5	18,7	18,5	17,3
	weiblich	16,5	15,4	16,2	14,4	15,5	16,2	17,3	17,5	17,7	16,5
Beschäftigung mit mittlerem Prekaritätspotenzial ²	männlich	11,8	10,1	10,8	8,6	7,3	5,4	6,0	6,0	4,8	7,5
	weiblich	2,2	2,8	2,7	2,6	2,9	4,5	4,9	4,1	3,8	3,6
Beschäftigung mit hohem Prekaritätspotenzial ³	männlich	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,6	0,4
	weiblich	1,3	1,0	1,1	0,9	1,8	1,5	1,9	1,6	1,8	1,5
Erwerbslose	männlich	8,5	9,1	11,0	15,0	17,1	15,8	12,4	9,1	8,6	11,8
	weiblich	6,2	5,5	6,6	9,0	11,2	12,2	10,8	8,7	8,0	8,9
Selbstständige	männlich	1,8	1,7	1,2	1,7	2,4	2,5	2,5	2,2	1,9	2,0
	weiblich	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	1,4	1,2	1,4	1,3	1,1
Weitere Ausbildung	männlich	4,7	5,7	5,4	6,6	6,4	8,9	7,3	7,6	7,7	6,9
	weiblich	5,8	6,6	5,8	8,4	7,2	8,8	8,9	9,5	8,7	8,0
Nichterwerbspersonen	männlich	6,7	7,7	8,9	9,3	10,0	9,4	9,2	8,7	8,8	8,8
	weiblich	10,9	11,7	11,4	11,2	12,3	13,0	12,1	11,5	11,6	11,8
Gesamt	männlich	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	weiblich	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Summen durch Rundungsfehler gegebenenfalls leicht abweichend

¹ Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeit- oder Teilzeitstellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und niedrigem Einkommen

² Teilzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und niedrigem Einkommen

³ Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Quelle: Mikrozensus 2000 bis 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

tigung fallen sowohl bei Männern als auch bei Frauen von 2000 bis 2005 um mehr als 9 Prozentpunkte. Das entspricht einem Verlust von annähernd 20 % gegenüber dem Basisjahr. Nach 2005 zeichnet sich bei den Männern eine sehr schnelle Erholung ab. Bis ins Jahr 2008 steigt ihr Anteil mit vollwertiger Beschäftigung um über 6 Prozentpunkte auf 53,2 %. Bei den Frauen macht sich nur allmählich eine verbesserte Situation bemerkbar. Von 2005 bis 2008 steigt ihr Anteil mit vollwertiger Beschäftigung auf 48,8 %, was einer Steigerung um lediglich etwas mehr als 2 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2005 entspricht.

Die geschlechtsspezifischen Anteile der Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial zeigen einen ähnlichen zeitlichen Verlauf wie die Beschäftigung ohne Prekaritätspotenzial. Im Unterschied zur Be-

schäftigung ohne Prekaritätspotenzial steigt der Anteil bei den Männern bis zum Jahr 2008 insgesamt leicht an. In den Jahren dazwischen sinken die Anteile auf 13,0 % bei den Männern und 13,3 % bei den Frauen. Dies sind jeweils über 10 % weniger als der Durchschnitt, der von 2000 bis 2008 bei den Männern 14,7 % beträgt und bei den Frauen mit 14,6 % nur knapp darunterliegt. Insgesamt trägt der Verlauf der Beschäftigungsanteile mit geringem Prekaritätspotenzial deutlich konjunkturell geprägte Züge und ähnelt insofern dem Verlaufsmuster des Anteils der Beschäftigung ohne Prekaritätspotenzial. Allein der Bedeutungsverlust von vollwertiger Beschäftigung zugunsten von Beschäftigungsverhältnissen mit geringem Prekaritätspotenzial lässt vermuten, dass das Niveau der nicht prekären Beschäftigung seit dem Jahr 2000 insgesamt leicht zurückgegangen ist.

Tabelle A10.1.2-3: Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/ Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 4 bis 6 Jahre nach Abschluss – nach Geschlecht (Angaben in %)

	Geschlecht	Jahr									
		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
Integrierte Beschäftigung	männlich	64,0	60,8	60,9	58,1	56,3	55,7	54,9	56,6	58,5	58,1
	weiblich	56,4	56,3	57,0	52,8	54,4	51,1	51,7	51,0	50,8	53,0
Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial ¹	männlich	10,6	10,7	10,5	10,4	9,4	10,5	12,9	13,6	12,6	11,4
	weiblich	13,8	14,9	12,8	13,4	11,4	9,9	11,2	11,9	13,6	12,4
Beschäftigung mit mittlerem Prekaritätspotenzial ²	männlich	3,0	3,2	2,6	2,2	1,6	2,1	2,4	2,5	2,7	2,5
	weiblich	1,8	2,3	2,1	1,8	2,3	2,7	3,3	3,0	3,6	2,6
Beschäftigung mit hohem Prekaritätspotenzial ³	männlich	0,3	0,1	0,2	0,4	0,2	0,4	0,5	0,5	0,4	0,3
	weiblich	3,0	2,4	3,0	2,8	2,9	3,2	3,2	3,3	2,9	3,0
Erwerbslose	männlich	6,2	7,2	9,5	10,4	12,6	11,2	9,5	7,1	6,7	8,9
	weiblich	4,6	5,0	4,9	6,5	7,6	7,5	6,3	6,4	5,2	6,1
Selbstständige	männlich	2,5	3,8	3,4	3,1	3,6	3,8	4,1	3,5	3,8	3,6
	weiblich	1,6	1,3	1,1	1,3	1,5	1,7	2,3	2,3	2,1	1,8
Weitere Ausbildung	männlich	5,9	6,1	5,1	6,9	6,6	7,1	7,0	7,6	7,3	6,7
	weiblich	4,2	3,5	4,0	5,2	5,1	6,1	6,4	6,5	6,2	5,4
Nichterwerbspersonen	männlich	7,5	8,2	7,9	8,5	9,7	9,2	8,7	8,7	8,0	8,5
	weiblich	14,5	14,4	15,1	16,1	15,0	17,8	15,5	15,7	15,5	15,6
Gesamt	männlich	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	weiblich	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Summen durch Rundungsfehler gegebenenfalls leicht abweichend

¹ Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeit- oder Teilzeitstellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und niedrigem Einkommen

² Teilzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und niedrigem Einkommen

³ Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Quelle: Mikrozensus 2000 bis 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

In den Bereichen der Beschäftigungsverhältnisse mit mittlerer und hoher Prekarität ist kein nennenswerter konjunktureller Einfluss zu erkennen. Stattdessen zeichnen sich bei den Beschäftigungsverhältnissen mit mittlerem Prekaritätspotenzial geschlechterspezifisch gegenläufige Trends ab. Während der Anteil der erwerbstätigen Männer mit mittlerem Prekaritätspotenzial vom Jahr 2000 mit 7,9 % auf 3,9 % im Jahr 2008 zurückgeht, steigt der Anteil unter den Frauen von 2,0 % im Jahr 2000 auf 3,7 % im Jahr 2008. Gegen Ende der Beobachtungsperiode ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen – der vormals über 5 Prozentpunkte betrug – nahezu vollständig verschwunden. Die Beschäftigungsverhältnisse mit hohem Prekaritätspotenzial sind hingegen keiner erkennbaren Dynamik unterworfen. Allenfalls

ein langfristig leichter Trend zu deren anteiliger Zunahme lässt sich ausmachen.

Bei den Anteilen Erwerbsloser ist ein sehr starker konjunktureller Verlauf zu erkennen. Ausgehend von 7,5 % im Jahr 2000 verdoppelt sich der Anteil erwerbsloser Männer bis 2004 auf 15,1 %. Anschließend fällt der Wert bis zum Jahr 2008 wieder nahezu bis zum Ausgangsniveau im Basisjahr 2000. Die Anteile der Frauen nehmen einen etwas weniger drastischen und dennoch sehr ähnlichen Verlauf. In Gegensatz zu den Männern gelingt es den Frauen nicht, das Ausgangsniveau des Jahres 2000 im Jahr 2008 wieder zu erreichen. Im Jahr 2008 liegt der Anteil erwerbsloser Frauen mit 6,7 % etwa 20 % über dem Basiswert des Jahres 2000. Ähnlich wie

die Anteile Erwerbsloser korrespondiert die Zahl der Nichterwerbspersonen mit der konjunkturellen Gesamtentwicklung, allerdings mit einer sehr viel engeren Schwankungsbreite. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, dass die berufliche Situation der Absolventen/Absolventinnen in den ersten 6 Jahren nach der Ausbildung noch nicht sehr gefestigt ist. Die Aufnahme einer weiteren beruflichen Qualifizierung scheint dabei in Zeiten angespannter Arbeitsmärkte ebenfalls eine Möglichkeit zu sein. Die Werte steigen verzögert korrespondierend mit den Erwerbslosenanteilen leicht an. Das könnte einerseits der Dauer von Ausbildungsbemühungen und andererseits der Tatsache geschuldet sein, dass die Entscheidung für eine weitere Ausbildung gegebenenfalls erst nach einer Phase erfolgloser Arbeitsplatzsuche getroffen wird.

Die Betrachtung der Absolventen/Absolventinnen in den ersten 3 Jahren nach dem Abschluss in → **Tabelle A10.1.2-2** zeigt, dass sich ihre jeweiligen Anteilswerte und deren Entwicklungen in den Jahren von 2000 bis 2008 von denen in den ersten 6 Jahren nach dem Abschluss meist nur durch ein anderes Gesamtniveau unterscheiden. Die Tendenzen unterscheiden sich kaum voneinander. Die durchschnittliche Erwerbslosigkeit ist etwas höher und der Anteil vollwertiger Beschäftigung geringer. Insgesamt bestätigen die Zahlen die Annahme, dass die berufliche Situation der Absolventen/Absolventinnen in den ersten Jahren nach dem Abschluss sehr viel unsicherer ist als später, wie sich bei einem Vergleich der → **Tabellen A10.1.2-2** und **A10.1.2-3** zeigt. In den späteren Jahren des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf sind die konjunkturellen Verläufe weniger ausgeprägt als zuvor. Dies zeigt sich besonders an den Anteilen vollwertiger Beschäftigung. Bei Männern ist die Schwankungsbreite erkennbar geringer als bei Frauen.

Zudem sind die Anteile der Beschäftigungsverhältnisse mit Prekaritätspotenzial geringer als in den ersten 3 Jahren nach dem Abschluss – insbesondere diejenigen mit geringem sowie mittlerem Prekaritätspotenzial.

Einzig bei den Erwerbslosenanteilen ist die Entwicklung ähnlich wie in den ersten 3 Jahren nach dem Abschluss, obwohl auf niedrigerem Niveau. In der

Mitte des Beobachtungszeitraumes kommt es annähernd zu einer Verdopplung der Erwerbslosenzahlen bei den Männern. Auch hier ist der Verlauf bei den Frauen weniger drastisch und dennoch sehr ähnlich.

Zusammenfassend zeigen die Daten, dass innerhalb der ersten 3 Jahre nach dem Abschluss die berufliche Festigung der Absolventen/Absolventinnen noch nicht abgeschlossen ist. In den folgenden 4 bis 6 Jahren ist die berufliche Situation der Absolventen/Absolventinnen weniger von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geprägt als in den Jahren davor. Dies zeigt sich insbesondere bei den Anteilen vollwertiger Beschäftigungsverhältnisse. Die Erwerbslosenquoten sinken zwar im Durchschnitt deutlich, verlieren aber nicht die Sensitivität in Bezug auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, sodass auch die Jahre 4 bis 6 nach dem Abschluss als eine Phase der beruflichen Festigung gelten müssen.

Prekarität der Beschäftigung II – Ost vs. West

Die Muster, die beim Übergang der Absolventen/Absolventinnen von der beruflichen Ausbildung in die berufliche Erwerbstätigkeit zu beobachten sind, variieren nicht nur zwischen den Geschlechtern. Sie werden ganz wesentlich von den Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt mitgeprägt. Diese können regional stark variieren und insbesondere bei einem Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland²⁰⁸ zum Ausdruck kommen.

→ **Tabelle A10.1.2-4** zeigt, dass in Bezug auf den Übergang von der Ausbildung in die berufliche Erwerbstätigkeit sehr starke und bisweilen auch drastische Differenzen zu konstatieren sind. Die Gesamtdarstellung in der Tabelle zeigt die berufliche Situation der Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung in den ersten 6 Jahren nach dem Abschluss. Auch bei einem ersten kurzen Blick auf die Zahlen wird klar, dass die Übergangsmuster im Osten Deutschlands in einem hohen Maße prekärer verlaufen als im Westen der Republik. Diese Feststellung ist zunächst wenig überraschend – bemerkenswert ist allerdings das Ausmaß der Unterschiede.

208 Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlin; Westdeutschland: alte Bundesländer.

Tabelle A10.1.2-4: Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/ Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 6 Jahre nach dem Abschluss – Ost und West im Vergleich (Angaben in %)

	Region	Jahr									
		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
Integrierte Beschäftigung	Ost	43,6	41,3	41,4	37,9	36,3	34,8	34,7	37,4	38,6	38,2
	West	60,8	60,9	59,7	55,7	53,7	50,0	51,8	53,7	54,9	55,0
Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial ¹	Ost	18,2	17,8	17,6	15,6	15,7	15,7	18,2	18,7	18,9	17,4
	West	13,2	12,9	12,4	13,1	12,4	13,5	14,5	14,8	15,0	13,7
Beschäftigung mit mittlerem Prekaritätspotenzial ²	Ost	8,6	8,4	8,7	7,4	6,6	6,6	7,6	7,7	6,5	7,5
	West	4,0	3,7	3,5	3,0	2,8	3,0	3,3	3,0	3,0	3,2
Beschäftigung mit hohem Prekaritätspotenzial ³	Ost	0,6	0,5	0,5	0,8	0,6	0,8	1,1	1,1	1,1	0,8
	West	1,3	0,9	1,2	1,1	1,4	1,4	1,5	1,4	1,4	1,3
Erwerbslose	Ost	14,1	15,2	16,2	19,7	22,0	20,9	17,9	14,8	14,5	17,2
	West	3,8	3,7	5,3	7,4	9,2	9,4	7,6	5,9	5,1	6,5
Selbstständige	Ost	1,7	1,9	1,1	1,7	2,4	2,7	3,1	2,5	2,3	2,2
	West	1,7	1,9	1,8	1,7	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	2,1
Weitere Ausbildung	Ost	3,0	4,3	3,6	5,1	4,2	6,1	5,9	6,1	6,6	5,1
	West	5,9	6,1	5,7	7,4	7,1	8,4	8,0	8,4	7,8	7,4
Nichterwerbspersonen	Ost	10,2	10,5	10,9	11,8	12,2	12,4	11,5	11,9	11,5	11,5
	West	9,4	10,0	10,4	10,6	11,4	11,9	11,0	10,6	10,6	10,7
Gesamt	Ost	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	West	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Summen durch Rundungsfehler gegebenenfalls leicht abweichend

¹ Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeit- oder Teilzeitstellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und niedrigem Einkommen

² Teilzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und niedrigem Einkommen

³ Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Quelle: Mikrozensus 2000 bis 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Bereits bei den Anteilen der vollwertigen Beschäftigung ohne Prekaritätspotenzial wird offenkundig, dass der Übergang an der zweiten Schwelle im Osten Deutschlands mit größerer Unsicherheit verbunden ist als im Westen. Im Gesamtdurchschnitt sind ostdeutsche Absolventen/Absolventinnen mit 38,2 % um mehr als 15 Prozentpunkte seltener in vollwertigen Beschäftigungsverhältnissen erwerbstätig als westdeutsche, von denen im Schnitt 55,0 % innerhalb der ersten 6 Jahre nach dem Abschluss eine vollwertige Beschäftigung innehaben. In den Jahren zwischen 2000 und 2008 sinken die Anteile in beiden Regionen um etwa 20 % gegenüber dem Basisjahr. Der Tiefpunkt der Entwicklung liegt in beiden Teilen Deutschlands in den Jahren 2004 bis 2006. Nach dieser Phase einer wahrscheinlich konjunkturell

bedingten Anspannung der Arbeitsmarktsituation für Absolventen/Absolventinnen in beiden Landesteilen zeichnet sich eine Erholung ab, die bis 2008 anhält. Mit 38,6 % im Osten und 54,9 % im Westen bleiben die Werte allerdings weit hinter denen des Jahres 2000 zurück. Dabei scheint die Erholung im Osten langsamer voranzuschreiten als im Westen. Eine Angleichung der Verhältnisse zwischen den Regionen wird daher vorerst kaum zu erwarten sein.

Wie bereits festgestellt wurde, sind im Osten der Republik etwa 15 % weniger Absolventen/Absolventinnen innerhalb der ersten 6 Jahre nach dem Abschluss im Rahmen vollwertiger Beschäftigungsverhältnisse erwerbstätig. Dies führt zu der Frage, wie sich dieser Anteil auf die verbleibenden Kategorien

verteilt. Werden die Durchschnitte des Gesamtzeitraums zugrunde gelegt (rechts außen), dann entfallen weniger als 4 % auf die Beschäftigungsverhältnisse mit geringem Prekaritätspotenzial und nochmals etwa 4 % auf Beschäftigungsverhältnisse mit mittlerem Prekaritätspotenzial. Die übrigen Personen müssen sehr wahrscheinlich zu den Erwerbslosen gezählt werden. Diese Zahlen unterstreichen, dass sich die Arbeitsmarktverhältnisse im Osten Deutschlands völlig von denen im Westen unterscheiden.

Im Zeitverlauf zwischen den Jahren 2000 und 2008 ist bei ostdeutschen Absolventen/Absolventinnen in Beschäftigungsverhältnissen mit geringem und mittlerem Prekaritätspotenzial ein ähnlich starker, ne-

gativer Ausschlag zu erkennen wie bei den Beschäftigungsverhältnissen ohne Prekaritätspotenzial. Die synchron ansteigende Erwerbslosigkeit lässt vermuten, dass insgesamt ein erheblicher Teil der jungen Erwachsenen nicht auf statusniedrigere Positionen ausweichen kann, sondern in die Erwerbslosigkeit wechseln muss. Die Tatsache, dass bei derart hohen Anteilen erwerbsloser Absolventen/Absolventinnen im Osten anteilig weniger eine weitere Ausbildung aufnehmen, um sich besser für den Arbeitsmarkt zu rüsten oder um die Zeiten besonders angespannter Arbeitsmarktlagen zu überbrücken, ist dabei etwas überraschend. Sie könnte aber auch eine Folge des schwachen Ausbildungsstellenmarktes in Ostdeutschland sein.

Tabelle A10.1.2-5: Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 3 Jahre nach dem Abschluss – Ost und West im Vergleich (Angaben in %)

	Region	Jahr									
		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
Integrierte Beschäftigung	Ost	39,6	36,3	36,0	33,1	30,2	28,1	30,8	33,2	35,6	33,5
	West	57,6	59,3	57,0	52,1	49,1	44,8	47,2	50,7	51,9	51,4
Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial ¹	Ost	19,7	20,0	19,3	16,0	18,0	18,7	20,0	20,6	19,6	19,2
	West	15,4	13,9	14,3	15,1	14,9	16,6	17,3	17,4	17,7	16,1
Beschäftigung mit mittlerem Prekaritätspotenzial ²	Ost	11,5	10,7	11,3	10,4	9,3	8,1	9,4	9,1	7,3	9,6
	West	6,1	5,3	5,4	4,3	3,9	4,1	4,3	3,9	3,4	4,4
Beschäftigung mit hohem Prekaritätspotenzial ³	Ost	0,3	0,6	0,6	0,8	0,6	0,8	1,0	1,1	1,1	0,8
	West	0,9	0,5	0,6	0,5	1,1	0,9	1,1	0,9	1,2	0,9
Erwerbslose	Ost	16,0	16,2	17,3	22,9	24,3	23,5	19,8	16,1	16,3	19,1
	West	4,2	4,0	5,6	8,5	11,0	11,3	9,1	6,7	6,0	7,6
Selbstständige	Ost	1,2	1,3	0,9	0,9	2,0	2,2	2,3	1,8	1,7	1,6
	West	1,3	1,3	1,0	1,4	1,5	1,9	1,8	1,8	1,6	1,6
Weitere Ausbildung	Ost	2,8	4,9	3,7	4,4	4,0	6,4	6,0	6,9	7,1	5,3
	West	6,1	6,5	6,4	8,4	7,7	9,6	8,7	9,0	8,5	8,1
Nichterwerbspersonen	Ost	8,8	10,1	10,9	11,4	11,5	12,1	10,7	11,3	11,3	11,0
	West	8,5	9,2	9,7	9,6	10,8	10,7	10,5	9,6	9,7	9,9
Gesamt	Ost	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	West	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Summen durch Rundungsfehler gegebenenfalls leicht abweichend

¹ Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeit- oder Teilzeitstellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und niedrigem Einkommen

² Teilzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und niedrigem Einkommen

³ Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Quelle: Mikrozensus 2000 bis 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die Entwicklung der Anteile der Selbstständigen unterscheidet sich nur geringfügig zwischen Ost und West. Gemeinsam ist ihnen eine langfristig leicht steigende Tendenz. Gleiches gilt für den Anteil der Nichterwerbspersonen. Dieser ist im Osten im Mittel um etwa 5 % höher und steigt im Zeitverlauf sehr leicht an.

Als Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass zwischen Ost und West erstens ein großes Gefälle in Bezug auf die Qualität der Beschäftigung von Absolventen/Absolventinnen besteht und dieses zweitens kaum geringer zu werden scheint. Dabei fallen das hohe Niveau der Erwerbslosigkeit und der dauerhaft geringe Anteil vollwertiger Beschäftigungsverhält-

nisse im Osten besonders ins Auge. Es ist anhand der präsentierten Zahlen nicht absehbar, dass eine Angleichung der Verhältnisse eintreten wird.

→ **Tabelle A10.1.2-5** zeigt kontrastierend, wie sich die berufliche Situation der Absolventen/Absolventinnen innerhalb der ersten 3 Jahre nach dem beruflichen Abschluss vergleichend zwischen Ost- und Westdeutschland darstellt. Die allgemeinen Tendenzen sind ähnlich wie in der vorangehenden Darstellung in → **Tabelle A10.1.2-4**. Dennoch soll im Folgenden auf einige Besonderheiten hingewiesen werden.

Der Anteil der vollwertigen Beschäftigungsverhältnisse liegt in den ersten 3 Jahren nach dem Abschluss

Tabelle A10.1.2-6: Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/ Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss – Ost und West im Vergleich (Angaben in %)

	Region	Jahr									
		2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
Integrierte Beschäftigung	Ost	48,6	48,0	48,8	43,7	43,9	43,2	39,8	42,6	42,2	44,2
	West	64,6	62,9	62,7	60,0	59,4	56,6	57,5	57,3	58,6	59,5
Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial ¹	Ost	16,3	14,9	15,3	15,1	12,9	11,9	15,8	16,3	18,0	15,2
	West	10,6	11,7	10,2	10,6	9,4	9,7	11,0	11,7	11,6	10,8
Beschäftigung mit mittlerem Prekaritätspotenzial ²	Ost	5,0	5,4	5,1	3,6	3,2	4,8	5,3	5,9	5,4	4,9
	West	1,6	1,7	1,4	1,4	1,5	1,6	2,1	1,8	2,5	1,8
Beschäftigung mit hohem Prekaritätspotenzial ³	Ost	0,9	0,5	0,4	0,8	0,7	0,7	1,2	1,1	1,1	0,8
	West	1,8	1,4	1,8	1,8	1,8	2,0	2,0	2,1	1,8	1,8
Erwerbslose	Ost	11,7	14,0	14,7	15,7	19,3	17,6	15,6	13,2	12,4	14,9
	West	3,3	3,2	4,9	6,1	7,0	7,0	5,7	4,8	4,0	5,2
Selbstständige	Ost	2,3	2,7	1,5	2,7	2,8	3,3	4,2	3,3	3,1	2,9
	West	2,0	2,7	2,7	2,1	2,5	2,7	3,0	2,8	2,9	2,6
Weitere Ausbildung	Ost	3,3	3,5	3,4	6,0	4,4	5,7	5,6	5,1	5,9	4,9
	West	5,7	5,5	5,0	6,1	6,4	6,9	7,1	7,6	7,0	6,5
Nichterwerbspersonen	Ost	11,9	11,0	11,0	12,4	13,0	12,7	12,6	12,5	11,8	12,1
	West	10,4	10,9	11,3	11,9	12,0	13,5	11,7	11,9	11,6	11,8
Gesamt	Ost	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	West	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Summen durch Rundungsfehler gegebenenfalls leicht abweichend

¹ Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeit- oder Teilzeitstellen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und niedrigem Einkommen

² Teilzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und Vollzeitstellen mit befristetem Arbeitsvertrag und niedrigem Einkommen

³ Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Quelle: Mikrozensus 2000 bis 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

auf einem niedrigeren Niveau als im Durchschnitt in den ersten 6 Jahren. Dies ist insofern zu erwarten, als die ersten Jahre direkt nach dem Berufsabschluss der beruflichen Orientierung und Etablierung dienen. → **Tabelle A10.1.2-6** zeigt demgegenüber, dass sich für viele Absolventen/Absolventinnen 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss eine erkennbar verbesserte berufliche Situation einstellt. Im Osten wie im Westen steigt der Anteil der Absolventen/Absolventinnen mit einer vollwertigen Beschäftigung 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss beträchtlich gegenüber den ersten 3 Jahren nach dem Abschluss. In Ostdeutschland steigt der Anteil von durchschnittlich 33,5 % auf 44,2 %. Dies entspricht einer Steigerung um mehr als 25 %. In Westdeutschland steigt der Anteil von 51,4 % auf 59,5 %, was einer Zunahme um weniger als 20 % entspricht. In beiden Landesteilen sinkt dieser Niveauunterschied gegen Ende der Berichtsperiode. Dazu trägt jedoch weniger eine verbesserte Situation der Berufseinsteiger/-innen direkt nach dem Abschluss bei als vielmehr eine verschlechterte Lage 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss.

Im Bereich der Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial offenbart sich abermals die ungünstige Situation im Osten. Der relativ hohe Anteil von 19,2 % innerhalb der ersten 3 Jahre nach dem Abschluss sinkt in Ostdeutschland 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss sowohl absolut als auch relativ weniger stark als in Westdeutschland auf 15,2 %. Zum Ende der Beobachtungsperiode nimmt in Ostdeutschland der Anteil der Beschäftigung mit geringem Prekaritätspotenzial bei den Absolventen/Absolventinnen 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss deutlich zu, sodass der Abstand zu den Absolventen/Absolventinnen bis 3 Jahre nach dem Abschluss abnimmt. Das relativ hohe Niveau von Beschäftigungsverhältnissen mit geringem Prekaritätspotenzial in Ostdeutschland ist jedoch nicht durchweg negativ zu beurteilen. Es hilft dabei, das geringe Niveau vollwertiger Beschäftigung zumindest teilweise zu kompensieren.

Beschäftigungsverhältnisse mit mittlerem Prekaritätspotenzial weisen keine bemerkenswerten Veränderungen auf. Erwartungsgemäß ist ihr Anteil in Ostdeutschland unabhängig vom zeitlichen Abstand zum beruflichen Abschluss etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Bemerkenswert ist dagegen die

Veränderung bei den Erwerbslosen. Deren Anteil nimmt in Ostdeutschland von durchschnittlich 19,1 % innerhalb der ersten 3 Jahre nach dem Abschluss auf durchschnittlich 14,9 % ab, wenn bereits 4 bis 6 Jahre seit dem Abschluss vergangen sind. Dies sind mehr als 20 % Erwerbslose weniger. In Westdeutschland, wo das Niveau der Erwerbslosigkeit bereits in den ersten 3 Jahren nach dem Abschluss mit 7,6 % ohnehin deutlich geringer ist als in Ostdeutschland, sinkt es 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss relativ stärker auf 5,2 %.

Spätestens anhand der Erwerbslosenquoten wird deutlich, dass im Osten Deutschlands äußerst nachteilige strukturelle Bedingungen während der beruflichen Übergangsphase nach der beruflichen Ausbildung herrschen. Die ersten Jahre der beruflichen Orientierung und Festigung direkt nach dem Abschluss der Ausbildung werden dadurch erschwert, wobei langfristig wirksame Effekte auf die berufliche Entwicklung nicht ausgeschlossen werden können. Die präsentierten Zahlen lassen innerhalb des Beobachtungszeitraums von 2000 bis 2008 keine Besserung der Lage für ostdeutsche Absolventen/Absolventinnen erkennen.

Berufswechsel innerhalb des vergangenen Jahres

Im Mikrozensus werden alle Erwerbspersonen danach befragt, ob sie im Laufe des jeweils zurückliegenden Jahres vor der Befragung einen Berufswechsel vollzogen haben beziehungsweise haben vollziehen müssen. Diese Information kann unterschiedlich interpretiert werden. Ein Berufswechsel kann im positiven Sinne mit einer beruflichen Verbesserung einhergehen, beispielsweise bei einer Beförderung innerhalb des Betriebs, die mit Führungsverantwortung verbunden ist. In diesem Fall drückt sich berufliche Aufwärtsmobilität unter anderem in Form eines Berufswechsels aus. Im negativen Sinne kann ein Berufswechsel erforderlich sein, um überhaupt eine bezahlte Erwerbstätigkeit zu erlangen. In diesem Fall ist der Berufswechsel ein Ausdruck von Sachzwängen als Folge einer Ungleichverteilung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

Tabelle A10.1.2-7: Anteil der Absolventen/Absolventinnen, die innerhalb eines Jahres vor der Befragung den Beruf gewechselt haben – nach Region, Geschlecht und Jahr (Angaben in %)

			Berichtsjahr									
			2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Gesamt
Bis 3 Jahre nach Abschluss	Ost	männlich	34,5	30,1	31,5	35,3	30,0	26,9	27,7	27,5	23,8	29,4
		weiblich	18,6	12,5	15,1	20,0	17,3	18,1	19,4	22,1	19,7	18,2
		Gesamt	28,2	22,9	24,6	28,7	24,7	23,1	24,3	25,2	22,1	24,7
	West	männlich	22,0	19,7	19,4	18,5	16,7	16,4	17,1	17,0	15,5	17,8
		weiblich	11,7	11,2	12,1	9,9	9,1	12,3	12,8	13,3	13,2	12,0
		Gesamt	17,4	15,8	15,9	14,5	13,2	14,5	15,1	15,3	14,4	15,1
	Gesamt	männlich	25,3	22,5	22,7	22,5	19,9	18,6	19,6	19,3	17,3	20,5
		weiblich	13,3	11,5	12,8	12,0	10,8	13,3	14,1	15,0	14,4	13,2
		Gesamt	20,1	17,6	18,2	17,7	15,7	16,1	17,0	17,4	16,0	17,2
4 bis 6 Jahre nach Abschluss	Ost	männlich	18,3	18,1	21,7	17,0	13,8	13,5	16,2	16,9	14,8	16,7
		weiblich	10,7	11,6	13,5	9,5	8,9	12,7	12,9	13,9	12,6	12,0
		Gesamt	15,1	15,5	18,6	13,9	11,6	13,2	14,8	15,6	13,9	14,7
	West	männlich	11,7	10,7	8,5	9,5	8,3	10,3	10,6	12,2	10,7	10,4
		weiblich	7,3	9,7	7,0	7,4	5,4	7,3	7,4	9,0	8,3	7,7
		Gesamt	9,6	10,3	7,8	8,5	6,9	8,9	9,0	10,7	9,5	9,1
	Gesamt	männlich	13,4	12,7	12,0	11,4	9,6	11,0	11,8	13,3	11,6	11,9
		weiblich	8,0	10,2	8,3	7,8	6,2	8,4	8,4	9,9	9,1	8,6
		Gesamt	10,9	11,6	10,4	9,8	8,0	9,7	10,2	11,7	10,4	10,4
Gesamt	Ost	männlich	27,4	24,8	27,1	26,6	22,7	20,8	22,7	22,8	19,7	23,7
		weiblich	15,0	12,1	14,4	15,1	13,3	15,5	16,4	18,2	16,4	15,4
		Gesamt	22,4	19,7	22,0	21,7	18,6	18,5	20,1	20,9	18,3	20,2
	West	männlich	17,4	15,7	14,3	14,4	12,9	13,6	14,1	14,9	13,4	14,4
		weiblich	9,6	10,5	9,8	8,7	7,4	10,0	10,3	11,3	11,0	10,0
		Gesamt	13,8	13,4	12,2	11,8	10,3	11,9	12,3	13,2	12,2	12,4
	Gesamt	männlich	20,0	18,1	17,8	17,3	15,3	15,1	16,1	16,7	14,8	16,6
		weiblich	10,8	10,9	10,8	10,1	8,6	11,1	11,5	12,6	12,0	11,1
		Gesamt	15,9	14,9	14,6	14,1	12,2	13,2	13,9	14,8	13,5	14,1

Quelle: Mikrozensus 2000 bis 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Besonders in den ersten Jahren nach der Beendigung einer beruflichen Ausbildung kann die berufliche Flexibilität – also der Berufswechsel nach abgeschlossener Ausbildung – ein Mittel für den Einstieg in die berufliche Arbeitswelt sein. Diese Möglichkeit, die etwa bis zu einem Fünftel aller Absolventen/Absolventinnen betrifft, ist eng mit den jeweiligen Arbeitsmarktchancen verbunden (Seibert 2007a, b). Daher liegt die Vermutung nahe, dass im Zeitverlauf Veränderungen sichtbar werden, die die berufliche

Situation der Absolventen/Absolventinnen nach dem Abschluss widerspiegeln. Die folgende Tabelle zeigt anhand der Mikrozensusdaten, in welchem Umfang Berufswechsel stattfinden und welche Gruppen stärker oder weniger davon betroffen sind.

Die Zahlen zeigen, dass bundesweit der Anteil der Berufswechsler abnimmt. Im Jahr 2000 waren es etwa 20,1 % der Absolventen/Absolventinnen bis 3 Jahre nach dem Abschluss, die angaben, einen Be-

rufswechsel vollzogen zu haben. 8 Jahre später – im Jahr 2008 – traf dies noch auf 16,0 % aller Absolventen/Absolventinnen zu. In den Jahren dazwischen fielen die Werte bis 2004 und 2005 deutlich unter das Ausgangsniveau von 2000. Ein klarer Trend ist anschließend nicht erkennbar.

Anders verhält es sich bei den Absolventen/Absolventinnen 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss. Der Wert des Jahres 2000 wird gegen Ende der Beobachtungsperiode annähernd wieder erreicht. Dazwischen sinkt er um fast 30 % auf 8 %. Der wesentliche Unterschied betrifft das Niveau, auf dem die Entwicklung verläuft. Im Mittel unterscheidet es sich um fast 7 Prozentpunkte (17,2 % gegenüber 10,4 %). Dies deutet darauf hin, dass die Absolventen/Absolventinnen 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss besser in den Arbeitsmarkt integriert sind als zuvor.

Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern fallen bis zu 3 Jahre nach dem Abschluss sehr deutlich aus. Lag der Anteil der Absolventen im Jahr 2000 mit 25,3 % noch nahezu doppelt so hoch wie bei den Absolventinnen mit 13,3 %, so ist im Zeitverlauf eine Angleichung der Quoten zu beobachten, die im Jahr 2008 dazu führt, dass nur noch 2,9 Prozentpunkte Differenz zwischen den Quoten der Frauen und der Männer feststellbar sind. Demgegenüber kann 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss weder ein ähnlich starker Unterschied zwischen Männern und Frauen festgestellt werden, noch findet eine Annäherung in vergleichbarer Größenordnung statt.

Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland offenbart große Unterschiede zwischen den Regionen. In Ostdeutschland lag die Quote derjenigen, die innerhalb des letzten Jahres vor der Befragung den Beruf gewechselt haben, innerhalb der ersten 3 Jahre nach dem Abschluss im Mittel bei 24,7 %, wogegen sie in Westdeutschland im Mittel lediglich 15,1 % betrug. Dies legt den Schluss nahe, dass es Absolventen/Absolventinnen²⁰⁹ in Ostdeutschland innerhalb der ersten 3 Jahre nach dem Abschluss schwerer

gelingt, sich eine feste Position auf dem Arbeitsmarkt zu sichern. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ist die Veränderungsdynamik gering. Lediglich Schwankungen im Zeitverlauf sind auszumachen. Ein ähnlicher Befund, jedoch auf etwas niedrigerem Niveau, gilt für Absolventen/Absolventinnen 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss.

Ein Vergleich zwischen Absolventinnen und Absolventen innerhalb der Regionen zeigt, dass ostdeutsche Männer am meisten von Berufswechseln betroffen sind. In den ersten 3 Jahren nach dem Abschluss sind es im Mittel 29,4 %, die innerhalb eines Jahres vor der Befragung einen Berufswechsel vollzogen haben. Auch 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss weisen sie mit 16,7 % die höchste mittlere Quote auf. Diese Halbierung signalisiert eine zunehmende berufliche Festigung in späteren Jahren. Insgesamt weisen die Quoten bei den ostdeutschen Männern eine deutlich erkennbar sinkende Tendenz auf.

Die Analyse des Berufswechsels zeigt, dass

- nach 3 Jahren eine erkennbare berufliche Festigung der Absolventen/Absolventinnen eintritt,
- die zu Beginn des Jahrtausends sehr deutlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern immer geringer werden und
- der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland nach wie vor groß ist, ohne erkennbar abzunehmen.

Fazit

Gegenstand dieses Kapitels war der Übergang von der Ausbildung in Beschäftigung. Dafür wurde die berufliche Situation von Absolventen/Absolventinnen einer dualen Ausbildung bis einschließlich 6 Jahre nach dem Abschluss unter Verwendung von Mikrozensusdaten über einen Zeitraum von 8 Jahren ausgewertet.

Die Daten zeigen, dass innerhalb der ersten 3 Jahre nach dem Abschluss die berufliche Festigung der Absolventen/Absolventinnen noch nicht abgeschlossen ist. In den späteren 4 bis 6 Jahren ist die berufliche Situation der Absolventen/Absolventinnen weniger von der gesamtwirtschaftlichen Entwick-

²⁰⁹ Hier ist weniger entscheidend, wo die Absolventen/Absolventinnen den Abschluss gemacht haben, als vielmehr, wo sie erwerbstätig sind oder sein wollen. Relevant ist der Hauptwohnsitz. Eine leichte Verzerrung durch Pendler, die im Osten Deutschlands wohnen und im Westen der Republik arbeiten, kann daher nicht ausgeschlossen werden.

lung geprägt als in den Jahren davor. Dies zeigt sich insbesondere bei den Anteilen vollwertiger Beschäftigungsverhältnisse. Die Erwerbslosenquoten sinken zwar im Durchschnitt deutlich, verlieren aber nicht die Sensitivität in Bezug auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, sodass auch die Jahre 4 bis 6 nach dem Abschluss als eine Phase der beruflichen Festigung gelten müssen. Spätestens anhand der Erwerbslosenquoten wird deutlich, dass im Osten Deutschlands äußerst nachteilige strukturelle Bedingungen während der beruflichen Übergangsphase nach der beruflichen Ausbildung herrschen. Innerhalb des Beobachtungszeitraums von 2000 bis 2008 zeichnet sich keine deutliche Angleichung zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland ab.

(Manuel Schandock, Ralf Dorau)

A10.2 Berufliche Flexibilität der am häufigsten besetzten Ausbildungsberufe

In der Bundesrepublik Deutschland haben derzeit ca. 53 %²¹⁰ der Erwerbstätigen eine duale Ausbildung als höchsten beruflichen Abschluss absolviert. Die am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen werden jährlich über die BIBB-Erhebung zum 30. September ermittelt. Die Rangliste der 20 im Jahre 2010 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufe differenziert nach östlichen und westlichen Bundesländern sowie nach Geschlecht findet sich in → **Tabelle A10.2-1**.²¹¹ Angesichts der großen Anzahl dual ausgebildeter Erwerbspersonen stellt sich die Frage, inwieweit dual Ausgebildete ihre in der Ausbildung erworbenen fachlichen Qualifikationen in ihrem Erwerbsleben verwerten können. Um sichtbar zu machen, wie groß der Anteil derjenigen ist, die im Laufe ihres Erwerbslebens in ihrem Ausbildungsberuf verbleiben, wird nachfolgend die berufliche Flexibilität der 20 am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe genauer betrachtet. In den in → **Tabelle A10.2-1** dargestellten Ausbildungsberufen wurde knapp über die Hälfte (53,9 %) aller zum 30. September 2010 gezählten neuen Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Als Datengrundlage für die Analyse der beruflichen Flexibilität dient der Mikrozensus 2008 des Statistischen Bundesamtes (vgl. **E** in **Kapitel A10**). Da der Mikrozensus einen Querschnitt und damit nur eine Momentaufnahme der beruflichen Situation im Erhebungsjahr 2008 liefert, können aus den Daten keine Rückschlüsse auf die Ursachen für die verzeichneten beruflichen Wechsel gezogen werden. Stattdessen werden die Anteilswerte von Fachkräften in bestimmten Berufen betrachtet, um die Chancen aufzuzeigen, die mit einem gewissen erlernten Beruf verbunden sind, und die Konkurrenzsituationen abzubilden, die mit der Wahl eines Berufs im späteren Erwerbsleben entstehen können.

210 Dieser Wert bezieht sich auf Personen mit einer Lehre (einschließlich Vorbereitungsdienst auf den mittleren Dienst) nach Mikrozensus 2008.

211 Die vollständige Rangliste der Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen ist unter der URL <http://www.bibb.de/de/56539.htm> abrufbar (Tabelle 67 – 2010, Tabelle 68 – 2010 und Tabelle 69 – 2010) (letzter Zugriff: 07.02.2011).

Tabelle A10.2-1: Rangliste der Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen in Deutschland 2010

Label des Ausbildungsberufs nach der KldB 1992	Dreisteller der KldB 1992	Ausbildungsbezeichnung	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09.2010	Rang				
				Deutschland	Alte Länder	Neue Länder und Berlin	Männer	Frauen
6720	672	Kaufmann/-frau im Einzelhandel	29.740	1	1	1	2	2
660	660	Verkäufer/-in	27.527	2	2	2	6	1
7803	780	Bürokaufmann/-frau	21.642	3	3	4	16	3
2810	281	Kraftfahrzeugmechatroniker/-in ¹	18.746	4	5	5	1	58
7851	785	Industriekaufmann/-frau	17.959	5	4	14	14	7
6711	671	Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel	14.857	6	6	18	9	12
4110	411	Koch/Köchin	14.763	7	11	3	4	17
8561	856	Medizinische/-r Fachangestellte/-r ²	14.695	8	7	13	150	4
9010	901	Friseur/-in	14.081	9	9	6	47	5
6910	691	Bankkaufmann/-frau	13.397	10	8	15	17	11
2700	270	Industriemechaniker/-in	12.903	11	10	12	3	52
7803	780	Kaufmann/-frau für Büro-kommunikation	12.850	12	12	8	33	9
9141	914	Hotelfachmann/-fachfrau	11.777	13	16	7	29	10
8562	856	Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r ³	11.459	14	13	20	204	6
6610	661	Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk ⁴	11.417	15	14	19	66	8
3110	311	Elektroniker/-in ⁵	11.044	16	15	17	5	99
2649	264	Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik ⁶	10.415	17	17	25	7	117
7410	741	Fachkraft für Lagerlogistik ⁷	9.590	18	18	11	8	41
5101	510	Maler/-in und Lackierer/-in	9.051	19	19	23	11	37
7742	774	Fachinformatiker/-in	8.705	20	20	30	10	61

¹ Kraftfahrzeugmechatroniker/-in inkl. Vorgänger: Automobilmechaniker/-in, Kraftfahrzeugelektriker/-in, Kraftfahrzeugmechaniker/-in

² Medizinische/-r Fachangestellte/-r inkl. Vorgänger: Arzthelfer/-in

³ Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r inkl. Vorgänger: Zahnarzthelfer/-in

⁴ Fachverkäufer/-in im Lebensmittelhandwerk inkl. Vorgänger: Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk – nhw, Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk – nhw SP Bäckerei, Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk – nhw SP Fleischerei, Fachverkäufer/-in im Nahrungsmittelhandwerk – nhw SP Konditorei

⁵ Elektroniker/-in inkl. Vorgänger: Elektroinstallateur/-in, Fernmeldeanlageelektroniker/-in

⁶ Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik inkl. Vorgänger: Gas- und Wasserinstallateur/-in, Zentralheizungs- und Lüftungsbauer/-in

⁷ Fachkraft für Lagerlogistik inkl. Vorgänger: Fachkraft für Lagerwirtschaft

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Erhebung zum 30. September 2010

Um zu kleine Fallzahlen für die jeweiligen Ausbildungsberufe zu umgehen, erfolgen die Analysen der beruflichen Flexibilität auf Basis der Dreisteller (Berufsordnungen) der Klassifikation der Berufe 1992. Es werden deshalb im Folgenden nicht mehr die Bezeichnungen der Ausbildungsberufe, sondern die

Bezeichnungen der entsprechenden Berufsordnungen verwendet. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die in → **Tabelle A10.2-1** aufgeführten Ausbildungsberufe jeweils einen Großteil der ausgebildeten Fachkräfte in diesen Berufsordnungen (BO) stellen. 2 der 20 häufigsten Ausbildungsberufe kön-

Tabelle A10.2-2: Mover und Stayer in den am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen 2010 nach erlerntem und ausgeübtem Beruf

Rang unter den Ausbildungs-neuabschlüssen am 30.09.2010 Deutschland	Label des Aus-bildungsberufs nach der KldB 1992	Dreisteller der KldB 1992	Bezeichnung der Berufsordnung nach der KldB 1992 (BO)	Nummer des Berufs-feldes	Berufsfeld-bezeichnung (BF)	Betrachtungsebene „erlernter Beruf“**				Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“**					
						Mover*** aus der BO	Stayer**** in der BO	Mover aus dem BF	Stayer im BF	Fallzahl	Mover in die BO	Stayer in der BO	Mover in das BF	Stayer im BF	Fallzahl
1	6720	672	Einzelhandelskaufleute ohne fachbereichsangabe	28	Groß-, Einzelhandels-kaufleute	80,9 %	19,1 %	72,4 %	27,6 %	7.769	35,5 %	64,5 %	32,4 %	67,6 %	2.364
2	660	660	Verkäufer/-innen o. n. A.	27	Verkaufsberufe (Einzelhandel)	76,5 %	23,5 %	52,8 %	47,2 %	4.311	74,6 %	25,4 %	67,3 %	32,7 %	4.041
3 + 12	7803	780	Bürofachkräfte, kaufmän-nische Angestellte o. n. A.	39	Kaufmännische Büro-berufe	59,8 %	40,2 %	48,7 %	51,3 %	10.055	63,1 %	36,9 %	48,8 %	51,2 %	11.259
4	2810	281	Kraftfahrzeug-, Zweirad-mechaniker/-innen	9	Fahr-, Flugzeugbau, Wartungsberufe	77,8 %	22,2 %	76,1 %	23,9 %	6.401	20,6 %	79,4 %	17,4 %	82,6 %	1.776
5	7851	785	Industriekaufleute, Technische Kaufleute, Betriebswirte/-innen	39	Kaufmännische Büro-berufe	73,2 %	26,8 %	48,8 %	51,2 %	5.998	17,5 %	82,5 %	13,7 %	86,3 %	1.955
6	6711	671	Groß- und Außenhandels-kaufleute	28	Groß-, Einzelhandels-kaufleute	77,9 %	22,1 %	70,9 %	29,1 %	4.006	32,7 %	67,3 %	28,2 %	71,8 %	1.305
7	4110	411	Köche und Köchinnen	16	Köche und Köchinnen	53,1 %	46,9 %	53,1 %	46,9 %	2.792	46,6 %	53,4 %	46,6 %	53,4 %	2.471
8 + 14	8561 + 8562	856	Sprechstundenhelfer/-innen	48	Gesundheitsberufe ohne Approbation	47,6 %	52,4 %	41,0 %	59,0 %	5.519	15,2 %	84,8 %	12,4 %	87,6 %	3.518
9	9010	901	Friseure und Friseurinnen	52	Berufe in der Körperpflege	62,6 %	37,4 %	61,5 %	38,5 %	3.420	3,2 %	96,8 %	2,9 %	97,1 %	1.330
10	6910	691	Bankfachleute	29	Bank-, Versicherungs-fachleute	39,4 %	60,6 %	37,6 %	62,4 %	4.215	20,4 %	79,6 %	19,9 %	80,1 %	3.301
11	2700	270	Industriemechaniker/-innen o. n. F., Mechaniker/-innen o. n. A.	8	Industrie-, Werkzeug-mechaniker/-innen	73,4 %	26,6 %	59,4 %	40,6 %	2.734	36,0 %	64,0 %	26,3 %	73,7 %	1.144
13	9141	914	Hotel-, Gaststätten-kaufleute a. n. g.	53	Hotel-, Gaststättenberufe, Hauswirtschaft	86,6 %	13,4 %	66,8 %	33,2 %	358	92,6 %	7,4 %	24,7 %	75,3 %	670
15	6610	661	Nahrungs-, Genussmittel-verkäufer/-innen	27	Verkaufsberufe (Einzelhandel)	61,1 %	38,9 %	45,9 %	54,1 %	2.320	69,8 %	30,2 %	53,7 %	46,3 %	3.018
16	3110	311	Energieelektroniker/-innen (Anlagen-, Betriebstechnik)	11	Elektroberufe	74,3 %	25,7 %	57,3 %	42,7 %	1.271	49,9 %	50,1 %	13,2 %	86,8 %	650
17	2649	264	Anlagenmechaniker/-innen (Versorgungstechnik)	7	Metall-, Anlagenbau, Blechkonstruktion, Instal-lation, Montierer/-innen	82,6 %	17,4 %	41,3 %	58,7 %	92	85,0 %	15,0 %	42,3 %	57,7 %	105
18	7410	741	Lagenverwalter/-innen, Magaziner/-innen	34	Packer/-innen, Lager-, Transportarbeiter/-innen	64,9 %	35,1 %	55,6 %	44,4 %	530	89,5 %	10,5 %	89,0 %	11,0 %	1.833
19	5101	510	Maler/-innen und Lackierer/-innen o. n. A.	18	Bauberufe, Holz-, Kunst-stoffbe- und -verarbeitung	80,3 %	19,7 %	53,5 %	46,5 %	2.412	13,9 %	86,1 %	9,5 %	90,5 %	549
20	7742	774	Datenverarbeitungs-fachleute, Informatiker/-innen o. n. A.	38	IT-Kernberufe	77,9 %	22,1 %	55,2 %	44,8 %	402	83,9 %	16,1 %	74,3 %	25,7 %	556
Dual ausgebildete insgesamt						66,2 %	33,8 %	56,2 %	43,8 %	166.144	66,2 %	33,8 %	56,2 %	43,8 %	166.144

* Die Betrachtungsebene „erlernter Beruf“ zeigt das Verhalten derjenigen, die in der jeweiligen Berufsordnung gelernt haben.

** Die Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ zeigt, wer in den entsprechenden Berufsordnungen arbeitet.

*** Mover: Personen, die ihren erlernten Beruf verlassen

**** Stayer: Personen, die in ihrem erlernten Beruf arbeiten

Quelle: Mikrozensus 2008; dual ausgebildete Erwerbstätige ab 15 Jahren; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A10.2-3: Betrachtungsebene „erlerner Beruf“ der Stayer in den 10 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen nach Alter und Geschlecht

Rang unter den Ausbildungsneuschlüssen am 30.09.2010 Deutschland	Label des Aus- bildungs- berufs nach der KldB 1992	Drei- stelliger Beruf- nach der KldB 1992	Bezeichnung der Berufsordnung nach der KldB 1992 (BO)	Nummer des Berufs- feldes	Betrachtungsebene „erlerner Beruf“*																					
					Männlich							Weiblich														
					Alter von ... bis ... Jahre							Alter von ... bis ... Jahre														
					15–29	30–39	40–49	50–99	Fall- zahl männ- lich	Männlich gesamt	Fall- zahl weib- lich	Weiblich gesamt														
					Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	Stayer in der BO	
1	6720	672	Einzelhandelskaufleu- te ohne Fachbereichs- angabe	28	38,0 %	47,7 %	19,1 %	32,2 %	14,7 %	28,1 %	10,3 %	20,4 %	19,8 %	31,4 %	2.453	34,9 %	46,2 %	23,8 %	31,6 %	14,9 %	20,7 %	10,7 %	15,9 %	18,8 %	25,8 %	5.316
2	660	660	Verkäufer/-innen o. n.A.	27	16,3 %	34,9 %	15,2 %	34,7 %	13,4 %	26,6 %	5,4 %	25,7 %	13,3 %	31,1 %	320	37,7 %	64,4 %	27,8 %	55,3 %	23,1 %	47,1 %	20,8 %	43,3 %	24,4 %	48,6 %	3.991
3 + 12	7803	780	Bürofachkräfte, kauf- männische Angestellte o. n.A.	39	41,5 %	45,1 %	31,9 %	35,6 %	29,2 %	33,3 %	25,9 %	29,1 %	31,8 %	35,4 %	2.167	55,0 %	66,7 %	45,2 %	59,0 %	39,8 %	53,2 %	34,6 %	48,1 %	42,6 %	55,8 %	7.888
4	2810	281	Kraftfahrzeug-, Zwei- radmechaniker/-innen	9	42,2 %	43,9 %	23,8 %	25,9 %	16,6 %	18,4 %	16,7 %	18,1 %	22,3 %	24,0 %	6.327	–	–	–	–	–	–	–	–	9,2 %	9,2 %	74
5	7851	785	Industriekaufleute, Technische Kaufleute, Betriebswirte/-innen	39	50,3 %	62,6 %	25,8 %	40,6 %	23,5 %	41,0 %	19,8 %	34,4 %	26,9 %	41,9 %	2.192	61,8 %	76,6 %	31,7 %	60,7 %	21,5 %	57,1 %	11,5 %	44,6 %	26,7 %	56,7 %	3.806
6	6711	671	Groß- und Außen- handelskaufleute	28	43,8 %	50,0 %	24,0 %	32,6 %	21,1 %	29,0 %	14,1 %	23,3 %	24,5 %	32,6 %	2.246	44,5 %	54,4 %	26,6 %	30,8 %	9,8 %	14,4 %	5,5 %	10,0 %	18,9 %	24,5 %	1.760
7	4110	411	Köche und Köchinnen	16	65,3 %	65,3 %	54,6 %	54,6 %	41,3 %	41,3 %	41,6 %	41,6 %	51,3 %	51,3 %	1.698	59,0 %	59,0 %	39,2 %	39,2 %	38,1 %	38,1 %	33,1 %	33,1 %	39,6 %	39,6 %	1.094
8 + 14	8561 + 8562	856	Sprechstunden- helfer/-innen	48	20,0 %	22,8 %	4,6 %	9,7 %	2,8 %	7,1 %	0,0 %	1,9 %	6,0 %	9,6 %	238	73,9 %	79,7 %	56,3 %	62,6 %	45,2 %	52,4 %	40,0 %	47,8 %	54,6 %	61,3 %	5.281
9	9010	901	Friseure und Friseur- innen	52	72,1 %	72,1 %	48,7 %	48,7 %	21,0 %	21,0 %	26,2 %	26,2 %	40,6 %	40,6 %	193	74,2 %	75,5 %	41,9 %	42,9 %	27,1 %	28,2 %	20,9 %	22,3 %	37,2 %	38,4 %	3.227
10	6910	691	Bankfachleute	29	70,2 %	72,4 %	63,9 %	67,3 %	62,2 %	65,2 %	63,3 %	65,6 %	64,3 %	67,0 %	1.715	75,4 %	76,3 %	69,0 %	70,9 %	53,9 %	55,2 %	42,9 %	43,5 %	58,0 %	59,2 %	2.500
Dual Ausgebildete insgesamt					43,0 %	53,3 %	32,9 %	42,8 %	27,3 %	37,0 %	25,1 %	34,4 %	30,8 %	40,6 %	87.847	56,3 %	66,9 %	42,9 %	53,0 %	31,8 %	42,1 %	25,9 %	36,0 %	37,1 %	47,4 %	78.297

* Die Betrachtungsebene „erlerner Beruf“ zeigt das Verhalten derjenigen, die in der jeweiligen Berufsordnung gelernt haben.

** Stayer: Personen, die in ihrem erlernten Beruf arbeiten

Quelle: Mikrozensus 2008; dual ausgebildete Erwerbstätige ab 15 Jahren; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle A10.2-4: Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ der Stayer in den 10 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen nach Alter und Geschlecht

Rang unter den Ausbildungsneuschlüssen am 30.09.2010 Deutschland	Label des Ausb.-bildungsberufs nach der KIdB 1992	Dreiteller der KIdB 1992	Bezeichnung der Berufsordnung nach der KIdB 1992 (BO)	Nummer des Berufsfeldes	Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“**																					
					Männlich							Weiblich														
					Alter von ... bis ... Jahre							Alter von ... bis ... Jahre														
					15–29	30–39	40–49	50–99	Männlich gesamt	Fall- zahl männlich	Stayer in der BO	Stayer in der im BF	15–29	30–39	40–49	50–99	Weiblich gesamt	Fall- zahl weiblich								
Stayer- er** in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO	Stayer in der im BF BO												
1	6720	672	Einzelhandelskaufleute ohne Fachbereichsangabe	28	80,9 %	82,2 %	53,9 %	58,9 %	47,8 %	52,4 %	38,6 %	46,8 %	57,6 %	62,0 %	840	82,5 %	84,1 %	76,4 %	77,1 %	58,1 %	61,0 %	54,6 %	59,3 %	68,4 %	70,9 %	1.524
2	660	660	Verkäufer/-innen o.n.A.	27	11,7 %	13,4 %	8,8 %	9,4 %	6,8 %	7,8 %	2,5 %	5,2 %	7,6 %	9,0 %	582	27,2 %	36,1 %	25,6 %	30,3 %	39,9 %	29,1 %	34,1 %	28,5 %	36,8 %	3459	
3 + 12	7803	780	Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte o.n.A.	39	51,7 %	62,9 %	31,3 %	43,0 %	20,6 %	31,6 %	20,5 %	35,8 %	27,8 %	40,3 %	2.527	63,4 %	72,0 %	43,7 %	57,5 %	33,8 %	50,5 %	30,0 %	46,7 %	39,6 %	54,4 %	8.732
4	2810	281	Kraftfahrzeug-, Zweiradmechaniker/-innen	9	80,6 %	82,4 %	79,6 %	85,0 %	76,3 %	78,7 %	83,1 %	86,9 %	79,8 %	83,0 %	1.760	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	16
5	7851	785	Industriekaufleute, Technische Kaufleute, Betriebswirte/-innen	39	85,8 %	87,2 %	77,1 %	80,1 %	62,8 %	69,3 %	74,4 %	78,9 %	74,8 %	78,8 %	782	91,7 %	93,1 %	90,9 %	94,0 %	83,5 %	88,0 %	79,4 %	88,3 %	87,6 %	91,3 %	1.173
6	6711	671	Groß- und Außenhandelskaufleute	28	86,0 %	88,0 %	64,6 %	70,6 %	56,7 %	62,2 %	52,0 %	59,0 %	66,0 %	70,9 %	824	83,3 %	85,3 %	69,5 %	74,3 %	57,8 %	61,3 %	43,9 %	50,6 %	69,5 %	73,2 %	481
7	4110	411	Köche und Köchinnen	16	87,0 %	87,0 %	78,8 %	78,8 %	74,6 %	74,6 %	71,4 %	71,4 %	79,2 %	79,2 %	1.072	53,3 %	53,3 %	45,1 %	45,1 %	27,9 %	27,9 %	21,1 %	21,1 %	31,5 %	31,5 %	1.399
8 + 14	8561 + 8562	856	Sprechstundenhelfer/-innen	48	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	16	88,9 %	89,7 %	91,0 %	92,7 %	82,2 %	86,4 %	69,7 %	76,8 %	84,8 %	87,6 %	3.502
9	9010	901	Friseure und Friseurinnen	52	–	–	–	–	–	–	–	–	95,2 %	95,2 %	78	96,8 %	97,5 %	98,1 %	98,1 %	96,6 %	96,9 %	95,6 %	95,6 %	96,9 %	97,2 %	1.252
10	6910	691	Bankfachleute	29	89,3 %	89,8 %	81,0 %	82,0 %	84,2 %	85,3 %	84,2 %	84,6 %	84,3 %	85,0 %	1.309	87,1 %	87,3 %	80,1 %	80,8 %	70,0 %	70,3 %	70,7 %	71,1 %	76,4 %	76,9 %	1.992
Dual Ausgebildete insgesamt					43,0 %	53,3 %	32,9 %	42,8 %	27,3 %	37,0 %	25,1 %	34,4 %	30,8 %	40,6 %	87.847	56,3 %	66,9 %	42,9 %	53,0 %	31,8 %	42,1 %	25,9 %	36,0 %	37,1 %	47,4 %	78.297

* Die Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ zeigt, wer in den entsprechenden Berufsordnungen arbeitet

** Stayer: Personen, die in ihrem erlernten Beruf arbeiten

Quelle: Mikrozensus 2008; dual ausgebildete Erwerbstätige ab 15 Jahren; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

nen sogar auf der Ebene der Dreisteller zusammengeführt werden. So wird der/die „Kaufmann/-frau für Bürokommunikation“ (Ausbildungsberuf 7803), der/die auf Rang 12 der häufigsten Ausbildungsberufe steht, mit dem/der „Bürokaufmann/-frau“ (Ausbildungsberuf 7803 – Rang 3) dem Dreisteller „Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte ohne nähere Angaben“ (BO 780) zugerechnet. Ähnliches gilt für die „Medizinischen Fachangestellten“ (Ausbildungsberuf 8561 – Rang 8) und „Zahnmedizinischen Fachangestellten“ (Ausbildungsberuf 8562 – Rang 14): Beide werden den „Sprechstundenhelfern“ (BO 856) zugeordnet.

Bei allen Berechnungen werden nur Personen berücksichtigt, deren höchster beruflicher Abschluss einer dualen Ausbildung entspricht, die mindestens 15 Jahre alt sind und einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

In → **Tabelle A10.2-2** ist die berufliche Flexibilität der 18 Berufsordnungen, welche die 20 häufigsten Ausbildungsberufe beinhalten, dargestellt. Es wird dabei nach den Betrachtungsebenen „erlernter Beruf“ (hell- und dunkelgrüne Spalten) und „ausgeübter Beruf“ (hell- und dunkelblaue Spalten) unterschieden. Die Betrachtungsebene „erlernter Beruf“ zeigt das Verhalten derjenigen, die in der jeweiligen Berufsordnung gelernt haben. Hingegen wird auf der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ dargestellt, wer im Jahre 2008 in den entsprechenden Berufsordnungen gearbeitet hat. Personen, die in ihrem erlernten Beruf verweilen, werden im Folgenden als Stayer bezeichnet; Personen, die ihren erlernten Beruf verlassen, als Mover. Um Zu- und Abgänge in und aus ähnlichen Berufen zu berücksichtigen, wird zusätzlich der Anteil der Zu- und Abgänge aus den übergeordneten BIBB-Berufsfeldern ausgewiesen (vgl. Tiemann u. a. 2009). Die BIBB-Berufsfelder sind so definiert, dass die darin enthaltenen Berufe sich in ihren ausgeübten Tätigkeiten ähneln.

→ **Tabelle A10.2-2** zeigt, dass über alle dual ausgebildeten Erwerbstätigen betrachtet der Anteil der Stayer in der Berufsordnung bei knapp einem Drittel (33,8 %) liegt. Den höchsten Stayer-Anteil auf der Betrachtungsebene „erlernter Beruf“ weisen die „Bankfachleute“ mit 60,6 % auf (dunkelgrüne

Spalte), den geringsten Stayer-Anteil findet man mit 13,4 % bei den „Hotel- und Gaststättenkaufleuten“, die den Ausbildungsberuf „Hotelfachmann/-frau“ umfassen. Auf der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ weisen bei den „Friseuren und Friseurinnen“ 96,8 % der in diesem Berufsfeld tätigen einen erlernten Beruf als „Friseur oder Friseurin“ auf. Hingegen haben in der Berufsordnung der „Hotel- und Gaststättenkaufleute“ nur 7,4 % der Beschäftigten auch einen Berufsabschluss innerhalb dieses Berufes erworben.

Da die „Stayer in der BO“ auf den Betrachtungsebenen „erlernter Beruf“ sowie „ausgeübter Beruf“ immer dieselbe Menge darstellen, liefert ein Vergleich der Stayer-Anteile in der Berufsordnung²¹² zwischen den jeweiligen Betrachtungsebenen Hinweise auf die Konkurrenzsituationen in den Berufen. Wenn beispielsweise lediglich 19,1 % der gelernten „Einzelhandelskaufleute ohne Fachbereichsangabe“ bereits 64,5 % der Erwerbstätigen in dieser Berufsordnung stellen, so zeigt dies, dass weit mehr „Kaufmänner/-frauen im Einzelhandel“ ausgebildet werden als dort zum Einsatz kommen. Personen mit einem erlernten Beruf in der Berufsordnung „Einzelhandelskaufleute ohne Fachbereichsangabe“ wandern demzufolge hauptsächlich in andere Berufe ab. Lediglich 8,5 % (Stayer im BF: 27,6 %) arbeiten in einem ähnlichen Beruf. Noch eindeutiger ist die Situation bei den „Friseuren/Friseurinnen“. Hier haben 96,8 % der als „Friseur/-in“ tätigen den Beruf auch erlernt. Allerdings gehen auch 62,6 % der gelernten „Friseure/Friseurinnen“ einer Erwerbstätigkeit außerhalb ihres erlernten Berufes nach. Anders stellt sich die Situation bei den „Lagerverwalter/-innen, Magaziner/-innen“ dar. Hier stellen die 35,1 % der Fachkräfte, die diesen Beruf erlernten, lediglich 10,5 % der als „Lagerverwalter/-innen, Magaziner/-innen“ Beschäftigten. Ähnlich ist die Situation bei den „Anlagemechaniker/-innen (Versorgungstechnik)“. Auf der Betrachtungsebene „erlernter Beruf“ weisen sie einen Stayer-Anteil in der Berufsordnung von 17,4 %

212 Anstelle der Stayer-Anteile kann auch ein Vergleich der Fallzahlen auf der jeweiligen Betrachtungsebene durchgeführt werden, da diese die Anzahl all derjenigen wiedergeben, die entweder einen entsprechenden Beruf erlernt haben (Betrachtungsebene „erlernter Beruf“) oder einen entsprechenden Beruf ausüben (Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“).

auf, jedoch sind weitere 41,3 % in einem ähnlichen Beruf innerhalb desselben Berufsfeldes tätig (Stayer im BF: 58,7 %).

Die Berufe, die eine größere Abwanderung als Zuwanderung aufweisen,²¹³ sind auf der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ in der Spalte „Stayer in der BO“ orange gekennzeichnet. Die Berufe, in denen eine größere Zuwanderung als Abwanderung stattfindet, sind auf der Betrachtungsebene „erlerner Beruf“ in der gleichnamigen Spalte in → **Tabelle A10.2-2** ebenfalls orange gekennzeichnet.

Unterschiede nach Alter und Geschlecht

Um die Stayer- und Mover-Anteile der Erwerbstätigen genauer zu untersuchen, wird in den folgenden Tabellen zwischen Männern und Frauen sowie zwischen unterschiedlichen Altersklassen (15 bis 29 Jahre, 30 bis 39 Jahre, 40 bis 49 Jahre und 50 bis 99 Jahre) unterschieden. Hierdurch lässt sich zeigen, inwieweit Jugendliche zwischen 15 und 29 Jahren in ihrem erlernten Beruf beschäftigt sind bzw. inwieweit sie sich bereits nach der Ausbildung auf andere Berufe hin orientieren. Da bei einer Unterscheidung nach Alter und Geschlecht eine hohe Fallzahl in der Stichprobe gefordert ist, können für die differenzierte Darstellung nur die Berufsordnungen der 10 häufigsten Ausbildungsberufe des Jahres 2010 berücksichtigt werden.

→ **Tabelle A10.2-3** stellt die Verteilung der Stayer-Anteile auf der Betrachtungsebene „erlerner Beruf“ nach Geschlecht und innerhalb dessen nach 4 unterschiedlichen Altersgruppen dar. Es zeigt sich mit zunehmendem Alter sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen eine stetige Abnahme des Stayer-Anteils in der Berufsordnung. Am höchsten ist der Stayer-Anteil nach der Ausbildung im Alter von 15 bis 29 Jahren bei den Männern in der Berufsordnung der „Friseur und Friseurinnen“ (72,1 %) und bei

den „Bankkaufleuten“ (70,2 %). Während der Stayer-Anteil der „Friseur“ in den darauffolgenden Altersgruppen bei den 50- bis 99-Jährigen auf 26,2 % stark abnimmt, sinkt er bei den „Bankkaufleuten“ lediglich auf 63,3 % in dieser Altersgruppe. Die „Bankkaufleute“ stellen unter den Männern den höchsten Stayer-Anteil mit 64,3 %, gefolgt von den „Köchen“ mit 51,3 %. Bei den Frauen weisen ebenfalls die „Bankkaufleute“ mit 58,0 % den höchsten Stayer-Anteil auf, gefolgt von den „Sprechstundenhelferinnen“ mit 54,6 %. Weibliche Bankkaufleute, Friseurinnen und Sprechstundenhelferinnen scheinen auch im jungen Alter zwischen 15 und 29 Jahren am häufigsten in ihrem Ausbildungsberuf zu arbeiten (Stayer-Anteil in der BO: 75,4 %, 74,2 % und 73,9 %). „Bankkaufleute“ und „Sprechstundenhelferinnen“ arbeiten unter den 10 häufigsten Ausbildungsberufen auch im hohen Alter am häufigsten in ihrem erlernten Beruf (Stayer-Anteil in der BO: 42,9 % und 40,0 %).

Insgesamt lässt sich anhand → **Tabelle A10.2-3** wie auch anhand → **Tabelle A10.2-4**²¹⁴ erkennen, dass über alle dual Ausgebildeten unter den weiblichen Beschäftigten der Anteil der Stayer signifikant über dem Anteil der Männer liegt (37,1 % in der BO bzw. 47,4 % im BF gegenüber 30,8 % bzw. 40,6 %). Ausschlaggebend hierfür scheinen eher die jüngeren Alterskohorten zu sein. So nimmt bei den weiblichen Ausgebildeten der Stayer-Anteil in der Berufsordnung von 56,3 % bei den 15- bis 29-Jährigen auf 25,9 % bei den über 50-Jährigen ab, während der Anteil der männlichen Stayer auf der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ im Alter von 15 bis 29 Jahren lediglich 43,0 % beträgt. Der männliche Stayer-Anteil gleicht sich bei den 50- bis 99-Jährigen mit 25,1 % dem weiblichen Anteil an.

Bei Betrachtung der Ebene „ausgeübter Beruf“ fällt auf, dass sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Ausgebildeten im Alter von 15 bis 29 Jahren meist über 80 % der Beschäftigten auch einen Beruf in den dargestellten Berufsordnungen erlernten → **Tabelle A10.2-4**. Ausnahmen stellen

213 Eine größere Abwanderung ist dadurch erkennbar, dass der Stayer-Anteil auf der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ höher ist als auf der Betrachtungsebene „erlerner Beruf“. Wenn mehr Personen aus einem Beruf abwandern als zuwandern, ist dies aber auch dadurch erkenntlich, dass die Fallzahl derer, die diesen Beruf erlernt haben (Betrachtungsebene „erlerner Beruf“), höher ist als die Fallzahl derer, die in diesem Beruf arbeiten (Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“).

214 Da sowohl auf der Betrachtungsebene „erlerner Beruf“ als auch auf der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ nur dual ausgebildete Erwerbstätige analysiert werden, stimmen in der Summe (dual Ausgebildete insgesamt) die Stayer- und Mover-Anteile überein.

lediglich die „Verkäufer o. n. A.“, die „Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte o. n. A.“ und bei den Frauen die „Köchinnen“ dar. Bei den männlichen „Verkäufern o. n. A.“ stellen die gelernten „Verkäufer o. n. A.“ lediglich 11,7 % der 15- bis 29-jährigen als Verkäufer Tätigen. Dieser Stayer-Anteil liegt sogar unter dem entsprechenden Stayer-Anteil auf der Betrachtungsebene „erlernter Beruf“ (Stayer in BO: 16,3 %, → **Tabelle A10.2-3**). Dies bedeutet, dass die große Mehrheit der männlichen „Verkäufer o. n. A.“ nach Ende ihrer Ausbildung nicht in ihrem erlernten Beruf beschäftigt sind. Stattdessen wandern sie in andere Berufe ab und werden in einer größeren Zahl durch anderweitig ausgebildete Jugendliche ersetzt. Mit zunehmendem Alter stellen sie zudem immer weniger der als „Verkäufer o. n. A.“ Beschäftigten. Bei den weiblichen Verkäuferinnen ergibt sich ein leicht unterschiedliches Bild: Der Stayer-Anteil unter den 15- bis 29-Jährigen ist zwar auch hier auf der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ mit 27,2 % relativ gering, jedoch sind hier zwischen den unterschiedlichen Altersklassen kaum Veränderungen sichtbar. So liegt der Stayer-Anteil der über 50-jährigen Verkäuferinnen mit 29,1 % sogar über dem Anteil der 15- bis 29-Jährigen.

Die zweite Berufsordnung, bei der sowohl die männlichen als auch die weiblichen Ausgebildeten unter den häufigsten Ausbildungsberufen die niedrigsten Stayer-Anteile aufweisen, stellen die „Bürofachkräfte, kaufmännischen Angestellten o. n. A.“ dar. Auch hier liegt der Stayer-Anteil der Frauen in allen Altersklassen über dem der männlichen Ausgebildeten. In der jüngeren Altersklasse ist zudem der Stayer-Anteil sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern bei der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ über dem entsprechenden Stayer-Anteil auf der Betrachtungsebene „erlernter Beruf“ → **Tabelle A10.2-3**. Es kommen demnach weniger fremd Ausgebildete in der Berufsordnung „Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte o. n. A.“ zum Einsatz als Ausgebildete aus dieser Berufsordnung in anderen Berufen. In den etwas älteren Altersklassen verkehrt sich das Verhältnis: Gelernte „Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte o. n. A.“ werden eher von gleichaltrigen Fachkräften aus anderen Berufen verdrängt.

Die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich des Stayer-Anteils sind bei den „Köchen und Köchinnen“ zu verzeichnen. Während 87 % der 15- bis 29-jährigen als Köche tätigen Männer diesen Beruf auch erlernt haben, sind es bei den Frauen lediglich 53,3 %. Mit 21,1 % haben Köchinnen unter den 10 am meisten gewählten Ausbildungsberufen auch unter den über 50-Jährigen den geringsten Stayer-Anteil auf der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“. Bei den Köchen ist der entsprechende Anteil in dieser Altersklasse mit 71,4 % hingegen sehr hoch.

Fazit

Die Analysen lassen u. a. erkennen: Unter den dual ausgebildeten Erwerbstätigen weisen Frauen einen höheren Stayer-Anteil auf; sie sind somit häufiger in ihrem erlernten Beruf tätig als Männer. Zudem nimmt der Stayer-Anteil in den älteren Altersgruppen stetig ab. Die Darstellungen auf der Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ zeigen, dass einschlägig dual Ausgebildete in den 10 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen zumeist den größten Anteil der innerhalb dieser Berufsordnung Erwerbstätigen stellen. Dies gilt sowohl für Männer und Frauen als auch für jede der 4 dargestellten Altersklassen. Der Stayer-Anteil der am häufigsten gewählten Ausbildungsberufe liegt in den meisten Fällen durchgängig über dem jeweiligen Stayer-Anteil aller dual ausgebildeten Erwerbstätigen insgesamt. Auf der Betrachtungsebene „erlernter Beruf“ ist das Bild weniger eindeutig: Von den 20 im Jahre 2010 am häufigsten gewählten Ausbildungsberufen liegt bei 7 der Stayer-Anteil über dem Durchschnittswert, bei 13 unter dem Wert für alle dual ausgebildeten Erwerbstätigen.

Der Vergleich der beiden Betrachtungsebenen „erlernter Beruf“ und „ausgeübter Beruf“ führte zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der Personen mit einem Berufsabschluss in den häufigsten Ausbildungsberufen auch in anderen Berufen eingesetzt wird. Dies legt den Schluss nahe, dass die in der Ausbildung erworbenen Fähigkeiten in den am häufigsten gewählten Berufen auch in anderen Tätigkeitsfeldern angewandt werden können.

(Tobias Maier)

B Indikatoren zur beruflichen Weiterbildung

Das Wichtigste in Kürze

Auf der Basis ausgewählter Indikatoren werden im Kapitel B wichtige Entwicklungen in der beruflichen Weiterbildung dargestellt. Folgende Ergebnisse sind hervorzuheben:

- Eine Sonderauswertung von Mikrozensusdaten der Jahre 2005 bis 2008 zur **Weiterbildung von Erwerbstätigen** zeigt u. a. deutliche Unterschiede in den Weiterbildungsquoten hinsichtlich des Bildungsniveaus und der ausgeübten Tätigkeiten. Die Weiterbildungsbeteiligung von Erwerbstätigen mit abgeschlossener dualer Ausbildung liegt dabei deutlich unter derjenigen der Akademiker.
- Auf der Grundlage von Daten des IAB-Betriebspanels beteiligten sich 2010 45 % der Betriebe an der Finanzierung von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen. Die **Weiterbildungsbeteiligung** hängt dabei deutlich von der Betriebsgröße ab und ist in Großbetrieben traditionell deutlich höher als in kleinen und mittleren Betrieben. Nach den Ergebnissen des IAB hat die betriebliche Weiterbildungsaktivität in den vergangenen Jahren leicht zugenommen.
- Weiterbildungseinrichtungen schätzen nach den Ergebnissen des **wbmonitors** für 2010 das **Geschäftsklima** weiterhin positiv ein. Allerdings ist der Wert zum zweiten Mal in Folge gesunken und hat sich seit dem Höchststand im Jahr 2008 nahezu halbiert. Die Zukunftsaussichten werden etwas weniger günstig eingeschätzt. In den neuen Ländern wiesen 2010 Anbieter erstmalig ein besseres Geschäftsklima als Anbieter aus den alten Ländern auf.
- Das **Kursangebot der Volkshochschulen** an beruflicher Weiterbildung umfasste im Jahr 2009 bundesweit 72.500 Veranstaltungen und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Der Programmbereich Arbeit-Beruf umfasste dabei 12,7 % der Kurse an Volkshochschulen insgesamt.
- Teilnahmen an staatlich zugelassenen **Fernlehrgängen** werden auf rund 253.000 geschätzt.
- Im Jahr 2009 sind rund 618.000 Eintritte in **Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung** nach SGB III und SGB II zu verzeichnen. Dies ist ein Anstieg um 33,7 % gegenüber dem Vorjahr.
- Im Jahr 2009 wurden im Rahmen des **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes** 157.543 Personen gefördert. Gegenüber dem Vorjahr stellt dies eine Steigerung um 12,9 % dar. Eine Vollzeitmaßnahme absolvierten 37,3 % und eine Teilzeitmaßnahme 62,7 % der Personen.
- In die **Begabtenförderung** des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden im Jahr 2009 6.111 Stipendiatinnen und Stipendiaten aufgenommen.
- Insgesamt gibt es zurzeit 213 **Regelungen des Bundes** für die berufliche Fortbildung und Umschulung. 91 Rechtsverordnungen entfallen dabei auf handwerkliche Meisterprüfungen.

(Günter Walden)

B1 Beteiligungsstrukturen

B1.1 Beteiligung an beruflicher Weiterbildung

B1.1.1 Beteiligung der Bevölkerung an beruflicher Weiterbildung

Lebenslanges Lernen nimmt im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs einen großen Stellenwert ein. Die stetige Entwicklung aller Lebensbereiche und damit einhergehende Veränderungen erfordern von jedem Einzelnen kontinuierliches Lernen über die reguläre Schul- und Ausbildungslaufbahn hinaus. Wer sich heute nicht weiterbildet und seine Bildungskarriere voranbringt, gerät schnell ins berufliche Abseits. Lernen im Erwachsenenalter spielt somit eine zentrale Rolle – nicht nur für die Beschäftigungsfähigkeit, sondern auch die persönliche Weiterentwicklung – und gilt als zentrales Element gesellschaftlicher Inklusion.

Bereits seit 1979 registriert das „Berichtssystem Weiterbildung“ (BSW) **E** die Entwicklung der Weiterbildungsbeteiligung für die Bundesrepublik Deutschland. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) befragte Infratest im 3-Jahres-Turnus eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung. Das BSW war bisher die wichtigste Erhebung zur Weiterbildungsbeteiligung. Um zukünftig auf europäischer Ebene Vergleichbarkeit zu gewährleisten, ging 2007 erstmalig der „Adult Education Survey“ (AES) ins Feld.

E Berichtssystem Weiterbildung (BSW) und Adult Education Survey (AES)

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) führte TNS Infratest Sozialforschung 2007 im Projektverbund mit dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE), dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES) und Helmut Kuwan – Sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung – parallel zwei Erhebungen durch, die das Weiterbildungsverhalten in Deutschland nach dem BSW- und dem AES-Konzept erfassten (vgl. Rosenblatt/Bilger 2008). Zwischen März und Juli 2007 ging das AES-Konzept als Piloterhebung ins Feld, womit die Umsetzung des europäischen Berichtskonzepts in

der deutschen Bildungslandschaft erprobt wurde. Deutschland war eines von 18 europäischen Ländern, welche sich zwischen 2006 und 2008 beteiligten. Befragt wurden rund 7.000 Personen. Parallel wurde die Zeitreihe der seit 1979 erhobenen BSW-Daten zur Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland mit einer reduzierten Stichprobe fortgeführt (rd. 3.500 Befragte).

Sowohl das BSW- als auch das AES-Konzept bilden in etwa das Erwerbspersonenpotenzial ab. Personen in der Nacherwerbsphase (ab 65 Jahren) bleiben in beiden Erhebungen unberücksichtigt. Zukünftig sollen mit dem AES alle berufsbezogenen Lernprozesse der Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren erfasst werden. Innerhalb der deutschen Piloterhebung wurden die 19- bis 24-Jährigen jedoch mit einbezogen.

Der BSW wurde inzwischen eingestellt. Die aktuellen AES-Daten für das Erhebungsjahr 2010 werden noch in diesem Jahr zur Bearbeitung freigegeben.

Im AES werden Weiterbildungsaktivitäten anders erfasst als im BSW **E**. Der Berufsbezug der Weiterbildung wird über das AES-Konzept hergestellt, sobald die Befragten angeben, sie hätten „hauptsächlich aus beruflichen Gründen“ an organisierter Weiterbildung in Form von Lehrgängen und Kursen teilgenommen. Ein Vergleich mit den BSW-Daten, die berufliche Weiterbildung ausschließlich über die jeweilige inhaltliche Ausrichtung der Kurse abbilden, ist aus methodischen Gesichtspunkten mit Vorsicht zu betrachten. Denn dies hat Auswirkungen auf die Befunde. Eine Fortschreibung der BSW-Zeitreihen ist aufgrund dessen ausgeschlossen.

E Teilnahmequoten beruflicher und berufsbezogener Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung nach dem Zwei-Säulen-Modell (BSW)

Die Teilnahmequote gibt den Anteil der Teilnehmer/-innen an allen befragten Personen wieder, die sich in den zurückliegenden 12 Monaten an organisierter Weiterbildung in Form von Lehrgängen/Kursen beteiligt haben, die „unmittelbar mit ihrem Beruf zu tun haben“. Zur inhaltlichen Abgrenzung gegenüber allgemeiner Weiterbildung (2. Säule) werden konkret vier mögliche Ziele der Maßnahme genannt: Um-

schulung, beruflicher Aufstieg, Einarbeitung, Anpassung an neue berufliche Anforderungen und „Sonstiges“.

Berufsbezogene Weiterbildung nach dem Zwei-Stufen-Modell (AES)

Die Teilnahmequote gibt den Anteil der Teilnehmer/-innen an allen befragten Personen wieder, die sich in den zurückliegenden 12 Monaten an organisierter Weiterbildung in Form von Lehrgängen/Kursen beteiligt haben und in einem nachgelagerten Schritt (2. Stufe) angaben, dass dies hauptsächlich aus beruflichen Gründen erfolgt sei. Das Kriterium für die Differenzierung ist ausschließlich der subjektive Zweck der Weiterbildungsteilnahme.

Aufgrund der abweichenden Erhebungssysteme ergeben sich unterschiedliche Teilnahmequoten: Nahmen nach dem BSW-Konzept 2007 27 % an organisierter beruflicher Weiterbildung teil, waren es für den gleichen Zeitraum nach den AES-Daten 38 % der 19- bis 64-jährigen Bevölkerung, die angaben, Weiterbildung in Form von Lehrgängen/Kursen hauptsächlich aus beruflichen Gründen besucht zu haben.

Einflussfaktoren für die Teilnahme an Weiterbildung

Die Abhängigkeit der Weiterbildungsbeteiligung von sozialen Faktoren lässt sich mit den BSW- und AES-Daten in ähnlicher Weise abbilden (vgl. Rosenblatt/Bilger 2008, S. 153 ff.). Bivariate Ausführungen zur Differenzierung der Weiterbildungsbeteiligung nach soziodemografischen Merkmalen erlauben jedoch keine Aussagen über die Stärke von Einflussfaktoren, auch bleiben die „echten“ Einflussgrößen oft unberücksichtigt. Im Rahmen der nationalen Bildungsberichterstattung 2008 wurden auf Basis der AES-Daten logistische Regressionen²¹⁵ durchgeführt. Neben der Effektstärke konnten daraus auch Hinweise auf zusammenhängende Einflüsse der Merkmale untereinander gewonnen und auf dieser Basis die „echten“ Einflussfaktoren identifiziert werden (vgl. Autorengruppe Bildungsbericht-

erstattung 2008, S. 141 ff.). Die Analysen führten zu folgenden Ergebnissen:

Der Erwerbsstatus und die berufliche Position beeinflussen die Weiterbildungsteilnahme in einem erheblichen Maße. Differenziert nach dem Erwerbsstatus haben Vollzeiterwerbstätige (Referenzgruppe) eine 12-mal so hohe Chance, sich an berufsbezogener Weiterbildung zu beteiligen, wie die Gruppe der Nichterwerbspersonen. Die Chancenabweichungen zwischen Vollzeiterwerbstätigen und Arbeitslosen sind zwar um einiges geringer, aber dennoch signifikant (3-fach). Im Vergleich zu den Teilzeitbeschäftigten liegt die Chance der Referenzgruppe immer noch 1,5-mal so hoch.

Ähnlich verhält es sich bei dem Merkmal „berufliche Position“: So haben Beamte im gehobenen und höheren Dienst eine 4,8-fach höhere Teilnahmechance gegenüber der Referenzgruppe der un- oder angelernten Arbeiter/-innen. Bei Angestellten mit begrenzten Führungsfunktionen ist die Chance etwa 3,9-fach so hoch. Bei qualifizierten Angestellten und Beamten im einfachen und mittleren Dienst ist die Chance 2,7-fach, bei Facharbeitern 1,5-fach erhöht.

Dem Schul- und beruflichen Abschluss kommt ebenfalls ein besonderer Stellenwert zu. Mit steigendem Schulabschluss erhöht sich auch die Teilnahmechance an Weiterbildung. So haben Personen mit einer Fach- bzw. Hochschulreife unter sonst gleichen Bedingungen eine 1,9-fach höhere Chance, an berufsbezogener Weiterbildung zu partizipieren, als Personen mit bzw. ohne Hauptschulabschluss. Außerdem haben Personen ohne einen beruflichen Abschluss (Referenzgruppe) gegenüber denjenigen mit einem Berufsabschluss eine geringere Teilnahmechance. Im Unterschied zum Merkmal des Schulabschlusses steigt dabei das Ausmaß der Chancenabweichungen nicht synchron mit der Abschlusshöhe. Befragte mit einem Fachschul-, Meister- oder Technikerabschluss (2,2) liegen gegenüber der Referenzgruppe in der Rangfolge der Teilnahmechancen an berufsbezogener Weiterbildung noch vor den Akademikern mit Fachhochschulabschluss oder Promotion (1,65).

²¹⁵ Die logistische Regression beschreibt das Verhältnis der Weiterbildungsteilnehmenden zu den Nichtteilnehmenden (Odds Ratios). Der Effektkoeffizient kann als die Veränderung der Teilnahmechance im Vergleich zur ausgewiesenen Referenzgruppe interpretiert werden.

Die Chance von Personen mit Migrationshintergrund, an berufsbezogener Weiterbildung teilzunehmen, liegt gegenüber der gebürtiger Deutscher bei 66 %.

Die Regressionsanalyse bestätigt darüber hinaus die bivariaten Befunde hinsichtlich des Alters (Rosenblatt/Bilger 2008, S. 132 ff.). Demnach hat die Gruppe der 50- bis unter 65-Jährigen eine um knapp 40 % geringere Chance gegenüber den 19- bis unter 30-Jährigen (Referenzgruppe), an berufsbezogener Weiterbildung zu partizipieren.

Werden strukturelle Faktoren im Regressionsmodell berücksichtigt, so ist die Weiterbildungsteilnahme von Männern und Frauen in etwa gleich groß. Demnach wird die Benachteiligung von Frauen in der Weiterbildung primär über den Erwerbsstatus und die berufliche Position und weniger über die Qualifikation oder andere subjektiv-biografische Faktoren (z. B. Alter, Schulabschluss) vermittelt. Die Annahme, dass es sich bei der niedrigen Teilnahmequote von Frauen an beruflicher Weiterbildung eher um einen Erwerbsstatus- als einen Geschlechtseffekt handelt (vgl. Kuwan 1993, S. 32 ff.; Venth 2007, S. 3), konnte durch die multivariate Analyse wiederholt bestätigt werden.

(Kristina Enders, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B1.1.2 Beteiligung von Erwerbstätigen an beruflicher Weiterbildung

Einführung und Datengrundlage

Deutschland weist im internationalen Vergleich eine nur recht schwache Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen auf. Die demografische Entwicklung, die sowohl zu einer Verringerung der Zahl als auch zu einer stetigen Erhöhung des Durchschnittsalters der Erwerbspersonen führt, wird langfristig den Bedarf an Weiterbildung erhöhen (vgl. Müller/Jacob 2008 sowie [Kapitel A7.2](#)). Dies umso mehr, je schneller die technologische Entwicklung voranschreitet und je geringer die Zahl junger Fachkräfte ist, die aktuelles Wissen in die Betriebe hineintragen. Fehlender Nachwuchs und alternde Belegschaften machen es notwendig, Weiterbildungsangebote stärker zu nutzen, um international konkurrenz- und anschlussfähig zu bleiben.

Eine erfolgreiche berufliche Erstausbildung allein ist kein Garant für eine die gesamte Erwerbsbiografie anhaltende Beschäftigungsfähigkeit. Schließlich müssen immer wieder neue und weiterentwickelte Produktionsschritte genauso beherrscht werden wie komplett neuartige Produktionsanlagen und organisatorische Abläufe. Insbesondere eigene innovative Leistungen erfordern ein hohes Maß an Know-how, Sachkenntnis und Kompetenz. Die berufliche Weiterbildung ist zum unverzichtbaren Bestandteil moderner und dynamischer Ökonomien geworden.

Der folgende Beitrag zeichnet anhand von Mikrozensusdaten der Jahre 2005 bis 2008 ein detailliertes Bild der Weiterbildungsbeteiligung von Erwerbstätigen **E** in Deutschland. Im Unterschied zu anderen Analysen werden hier ausschließlich *Erwerbstätige* untersucht. Dadurch können Differenzen zu anders berechneten Beteiligungsquoten entstehen (vgl. [Kapitel B1.1.1](#); BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B1.1; Leszczensky u. a. 2009, Kapitel 6). Der Grund hierfür ist in den starken Differenzen zu suchen, die zutage treten, wenn die Beteiligungsquoten getrennt nach dem Erwerbsstatus betrachtet werden. Zudem wird hier ausschließlich berufliche Weiterbildung untersucht.

E Erfassung der Weiterbildung im Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine amtliche Repräsentativstatistik des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (siehe hierzu **E** in **Kapitel A10.1.2**). Im Rahmen der Mikrozensusbefragung werden alle teilnehmenden Personen, die mindestens das 15. Lebensjahr erreicht haben, nach ihren Weiterbildungsaktivitäten innerhalb der zurückliegenden 12 Monate befragt sowie danach, ob diese eher privaten oder beruflichen Zwecken dienen.

Untersuchungsgesamtheit

Es werden bei den hier vorliegenden Analysen ausschließlich erwerbstätige Personen betrachtet, da nur für sie Informationen über die ausgeübte Tätigkeit vorhanden sind. Darüber hinaus bleiben Personen unberücksichtigt, wenn für sie keine Angaben zu den relevanten Merkmalen vorliegen (Weiterbildungsteilnahme, höchster Berufsabschluss).

Bei Personen in Ausbildung sowie Schülern und Studenten kann anhand der Frageformulierung nicht zweifelsfrei identifiziert werden, ob bei einer positiven Antwort Aktivitäten ausschlaggebend waren, die zur Ausbildung beziehungsweise zum Schul- oder Universitätsbesuch zu zählen sind. Um diese Unschärfen auszuschließen, wird die Personengruppe nicht in die Analyse einbezogen.

Aufgrund der hier gewählten Abgrenzung der Untersuchungsgesamtheit ergibt sich möglicherweise eine Einschränkung der Vergleichbarkeit mit anderen Beiträgen zur Weiterbildungsbeteiligung, denen eine breitere Untersuchungspopulation zugrunde liegt. Insbesondere das Einbeziehen von Nichterwerbspersonen führt zu deutlich veränderten Weiterbildungsquoten.

Im Anschluss an eine einführende Übersicht zur beruflichen Weiterbildungsbeteiligung wird das Weiterbildungsverhalten von Fachkräften mit einem mittleren Abschluss genauer betrachtet. Dabei werden neben den Tätigkeitsschwerpunkten auch die ausgeübten Berufe in den Blick genommen.

Allgemeine Entwicklung der Weiterbildungsbeteiligung 2005 bis 2008

Die Teilnahme an beruflichen Weiterbildungsaktivitäten ist eng an das Alter gekoppelt → **Tabelle B1.1.2-1**. Dabei ist festzuhalten, dass der Zusammenhang nicht linear verläuft. Es ist zu beobachten, dass mit zunehmendem Alter die Weiterbildungsbeteiligung erst stabil bleibt und dann ab etwa 40 Jahren sinkt. In späteren Erhebungsjahren liegen die Beteiligungsquoten der 30- bis 39-Jährigen mitunter leicht über denen der jüngeren Kohorte.

Dieser erste Befund trifft jedoch nur dann zu, wenn nicht zwischen den Geschlechtern unterschieden wird. Sobald Männer und Frauen getrennt betrachtet werden, offenbart sich eine erstaunliche Differenz – sowohl das Niveau als auch die Trends betreffend. Während weibliche Erwerbstätige faktisch in jedem Jahr und in jeder Altersgruppe höhere Weiterbildungsquoten aufweisen als die jeweiligen Vergleichsgruppen bei den Männern, ist der Unterschied in der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen besonders gravierend. Seit 2006 übertreffen 20- bis 29-jährige Frauen ihre Altersgenossen um mehr als 25 % – mit zunehmender Tendenz. In keiner der restlichen Altersgruppen ist der Geschlechterunterschied ähnlich ausgeprägt.

In allen Altersgruppen steigt das durchschnittliche Beteiligungsniveau in den Jahren 2005 bis 2008 teilweise deutlich an. Während die Quoten bei den 20- bis 29-Jährigen nur äußerst moderat ansteigen, was maßgeblich auf die stagnierende Entwicklung bei den 20- bis 29-jährigen Männern zurückzuführen ist, steigen die Quoten der 50- bis 64-Jährigen überdurchschnittlich stark um mehr als 20 % an. Auch hier tragen die Frauen mehr zu der Entwicklung bei als die Männer. Sie allein erhöhen ihre Weiterbildungsaktivität um etwa 25 %, während diese bei den Männern nur um etwa 13 % ansteigt.

Diese Entwicklung ist insofern erfreulich, als besonders die älteren Erwerbstätigen Boden gutmachen, indem sie ihre Weiterbildungsaktivitäten – mehr als alle anderen Altersgruppen – erhöhen. Weniger erfreulich ist die Entwicklung bei den jungen Männern: Ihre Weiterbildungsbeteiligung stagniert. Von 2007 bis 2008 weist sie sogar eine fallende Tendenz auf.

Tabelle B1.1.2-1: Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen nach Alter, Geschlecht und Jahr (Angaben in %)

		Berichtsjahr				
		2005	2006	2007	2008	Gesamt
20 bis 29 Jahre	männlich	19,8	18,5	19,6	20,6	19,6
	weiblich	23,9	24,0	25,4	26,4	25,0
	Gesamt	21,7	21,0	22,3	23,3	22,1
30 bis 39 Jahre	männlich	20,5	20,7	21,8	23,1	21,5
	weiblich	20,5	21,4	23,0	23,8	22,2
	Gesamt	20,5	21,0	22,3	23,4	21,8
40 bis 49 Jahre	männlich	18,4	18,4	20,1	20,9	19,5
	weiblich	18,8	18,8	20,2	21,4	19,8
	Gesamt	18,6	18,6	20,2	21,1	19,6
50 bis 64 Jahre	männlich	15,0	14,9	16,3	17,3	15,9
	weiblich	14,4	15,0	16,6	18,0	16,1
	Gesamt	14,7	15,0	16,4	17,6	16,0
Gesamt	männlich	18,2	18,1	19,4	20,4	19,0
	weiblich	18,7	19,1	20,5	21,6	20,0
	Gesamt	18,4	18,5	19,9	20,9	19,5

Quelle: Mikrozensus 2005 bis 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Dass nicht nur dem Alter, sondern in ganz besonderem Maße dem Bildungsniveau eine große Bedeutung für das Weiterbildungsverhalten zukommt, zeigt → **Tabelle B1.1.2-2**. Die Werte unterstreichen deutlich den engen Zusammenhang zwischen dem beruflichen Ausbildungsniveau und dem Weiterbildungsverhalten. Von den Personen ohne Ausbildung mit einer mittleren Beteiligungsquote von 6,3 % und den Personen mit Anlernausbildung mit einer mittleren Beteiligungsquote von 9,3 % steigen die Werte bereits bei den Personen mit dualer Ausbildung auf eine mittlere Beteiligungsquote von 14,8 %. Bei einer durchschnittlichen Weiterbildungsbeteiligung von 19,5 % über alle Personengruppen und Jahre sind Personen mit einer abgeschlossenen dualen Ausbildung in der Weiterbildung deutlich unterrepräsentiert.

Bemerkenswert ist der Niveausprung auf im Mittel 26,2 %, der sich bei den Personen mit Berufsfachschulausbildung gegenüber denen mit einer dualen Ausbildung (14,8 %) offenbart. Auch zwischen den jeweils nächsthöheren Ausbildungsstufen findet sich kein weiteres Mal ein derart großer Abstand. Fachschulabsolventen und -absolventinnen beteiligen sich im Mittel zu 31,4 % an Weiterbildungsaktivitäten.

Bei den Akademikern und Akademikerinnen liegt die mittlere Beteiligungsquote mit 35,9 % nochmals erkennbar über denen der Absolvierenden von Fachschulausbildungen.

In nahezu allen Ausbildungsgruppen steigen die Beteiligungsquoten von 2005 bis 2008 an. Von diesem Trend sind lediglich Personen ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung ausgenommen. Bei ihnen ist keine nennenswerte zeitliche Entwicklung der Quoten zu erkennen. Personen mit Anlernausbildung steigern ihre Beteiligungsquoten auf niedrigem Niveau von 8,4 % im Jahr 2005 auf 10,2 % im Jahr 2008. Zu dieser Entwicklung tragen hauptsächlich die Frauen bei. Bei ihnen steigt die Beteiligungsquote um 2,6 Prozentpunkte, während es bei den Männern vergleichsweise geringe 1,0 Prozentpunkte sind.

Ein ähnliches Bild auf einem etwas höheren Niveau ergibt sich bei den Absolventen/Absolventinnen einer beruflichen Lehrausbildung. Auch hier tragen die Frauen erkennbar mehr zur Steigerung der Weiterbildungsaktivitäten bei, wobei der Anstieg insgesamt durchschnittliche Steigerungsraten aufweist.

Tabelle B1.1.2-2: Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen nach Berufsabschluss, Geschlecht und Jahr (Angaben in %)

		Berichtsjahr				
		2005	2006	2007	2008	Gesamt
Anlernausbildung	männlich	8,0	8,8	8,8	9,0	8,6
	weiblich	8,8	10,4	9,9	11,4	10,0
	Gesamt	8,4	9,6	9,3	10,2	9,3
Duale Berufs- ausbildung	männlich	13,6	13,7	14,7	15,5	14,4
	weiblich	14,0	14,5	16,1	16,7	15,4
	Gesamt	13,8	14,1	15,4	16,1	14,8
Schulberufs- ausbildung	männlich	21,2	22,0	23,1	27,0	22,7
	weiblich	25,9	27,4	28,9	32,5	28,2
	Gesamt	24,0	25,3	26,9	30,8	26,2
Fachschulabschluss	männlich	26,7	26,4	29,2	29,9	28,0
	weiblich	34,2	35,2	38,5	39,1	36,7
	Gesamt	29,5	29,8	32,9	33,5	31,4
Hochschul-/ Fachhochschul- abschluss	männlich	32,6	33,0	35,0	36,1	34,2
	weiblich	37,1	37,5	38,4	39,9	38,3
	Gesamt	34,4	34,8	36,4	37,7	35,9
Ohne Ausbildung	männlich	6,7	6,4	6,5	6,7	6,6
	weiblich	5,6	6,1	5,8	6,3	6,0
	Gesamt	6,2	6,2	6,2	6,5	6,3
Gesamt	männlich	18,2	18,1	19,4	20,4	19,0
	weiblich	18,7	19,1	20,5	21,6	20,0
	Gesamt	18,4	18,5	19,9	20,9	19,5

Quelle: Mikrozensus 2005 bis 2008, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Die höchsten Steigerungsraten finden sich bei den Absolvierenden berufsfachschulischer Ausbildungen. Bei ihnen erhöht sich der Anteil weiterbildungsaktiver Personen von 24,0 % im Jahr 2005 um mehr als 25 % auf 30,8 % im Jahr 2008. Auch wenn bei den Männern das Niveau deutlich unter dem der Frauen liegt, so trägt auch ihre Entwicklung zum Gesamttrend bei. Männer und Frauen haben ähnlich hohe Steigerungsraten im Zeitverlauf. Die Absolventen/Absolventinnen mit Berufsfachschulausbildung weisen im Vergleich zu allen sonstigen Personengruppen die dynamischste Entwicklung auf.

Bei den Fachschulabsolventen/-absolventinnen nehmen die Differenzen zwischen Männern und Frauen leicht zu. Auffällig ist hier, dass die Quoten der Frauen deutlich höher liegen als bei Männern. Im Mittel sind 36,7 % von ihnen weiterbildungsaktiv, während es bei den Männern im Mittel 28,0 % sind. Im Verlauf

von 2005 bis 2008 bauen die Frauen den relativen Abstand zu den Männern weiter aus.

Die höchsten Quoten weisen die Akademiker/-innen aus. Im Schnitt sind sie zu 35,9 % weiterbildungsaktiv. Von 2005 bis 2008 steigt ihre Beteiligungsquote von 34,4 % um fast 10 % auf 37,7 %. Im Vergleich zu den restlichen Personengruppen wird der Abstand zwischen Männern und Frauen im Zeitverlauf geringer. Von 2005 bis 2008 verringert sich die Differenz von anfangs 4,5 Prozentpunkten auf 3,8 Prozentpunkte.

Insgesamt bemerkenswert ist die anhaltend sehr viel geringere Weiterbildungsbeteiligung von Männern. Im Folgenden werden Analysen präsentiert, die anhand von Berufen und Tätigkeiten näheren Aufschluss über Motive für die Teilnahme an Weiterbildung geben können.

Tabelle B1.1.2-3: Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen mit dualer Ausbildung nach Beruf, Geschlecht und Alter (Anteil an den Erwerbstätigen in Klammern dahinter) (in %)

		Alter				
		20–29 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–64 Jahre	Gesamt
Fahr- und Flugzeugbau sowie Wartungsberufe	männlich	19,7 (4,9)	22,6 (3,4)	17,0 (2,9)	11,4 (2,4)	18,0 (3,1)
	weiblich	20,3 (0,1)	3,0 (0,1)	1,2 (0,1)	3,0 (0,1)	4,6 (0,1)
Feinwerktechnische und verwandte Berufe	männlich	19,5 (0,8)	20,7 (0,6)	15,7 (0,6)	13,7 (0,7)	17,0 (0,7)
	weiblich	21,0 (0,8)	20,3 (0,6)	17,1 (0,4)	13,8 (0,3)	18,4 (0,5)
Elektroberufe	männlich	21,6 (5,5)	20,8 (4,4)	17,3 (3,9)	11,8 (4,0)	17,5 (4,2)
	weiblich	19,2 (0,2)	16,8 (0,3)	15,5 (0,2)	14,9 (0,2)	16,2 (0,2)
Ingenieure und Ingenieurinnen	männlich	15,9 (0,3)	27,7 (0,6)	26,0 (0,6)	16,4 (0,8)	22,4 (0,6)
	weiblich	21,8 (0)	26,2 (0,1)	24,9 (0,1)	18,7 (0,1)	23,5 (0,1)
Techniker/-innen	männlich	25,3 (3,1)	25,7 (4,2)	23,1 (4,6)	15,6 (4,8)	21,7 (4,4)
	weiblich	23,7 (0,4)	22,3 (0,5)	19,5 (0,5)	15,7 (0,4)	19,8 (0,4)
Groß-, Einzelhandelskaufleute	männlich	20,9 (3,9)	17,8 (3,5)	15,2 (3,0)	10,7 (3,2)	15,5 (3,3)
	weiblich	18,0 (4,5)	13,1 (3,5)	11,9 (3,1)	9,3 (3,4)	12,4 (3,5)
Bank-, Versicherungsfachleute	männlich	45,1 (2,6)	35,9 (2,6)	32,2 (2,5)	25,6 (2,9)	32,6 (2,7)
	weiblich	32,0 (3,5)	26,0 (3,3)	26,3 (2,9)	19,2 (2,5)	25,3 (3,0)
Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe)	männlich	25,0 (2,3)	24,8 (2,9)	19,9 (2,8)	13,9 (3,1)	19,9 (2,9)
	weiblich	24,3 (2,9)	21,9 (2,4)	19,2 (1,8)	13,3 (1,5)	19,6 (2,0)
Geschäftsführung, Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung	männlich	25,1 (1,3)	27,6 (2,7)	22,6 (3,1)	16,6 (3,6)	22,0 (2,9)
	weiblich	30,8 (0,9)	26,8 (1,3)	23,1 (1,3)	19,3 (1,3)	23,7 (1,3)
Verwaltungsberufe im öffentlichen Dienst	männlich	33,0 (1,5)	28,0 (1,9)	25,1 (2,7)	18,6 (3,9)	23,5 (2,7)
	weiblich	28,4 (3,5)	24,4 (4,7)	23,0 (5,6)	19,1 (5,9)	22,5 (5,2)
Finanz-, Rechnungswesen und Buchhaltung	männlich	28,5 (0,7)	26,7 (0,8)	21,6 (0,8)	13,8 (0,9)	21,4 (0,8)
	weiblich	24,8 (1,2)	23,4 (1,6)	20,4 (1,9)	15,2 (2,4)	19,6 (1,9)
IT-Kernberufe	männlich	29,3 (2,8)	29,7 (2,3)	28,6 (1,8)	19,0 (1,1)	27,6 (1,8)
	weiblich	33,3 (0,5)	25,3 (0,5)	24,0 (0,4)	16,6 (0,2)	24,6 (0,4)
Kaufmännische Büroberufe	männlich	24,7 (5,0)	21,8 (4,5)	19,1 (4,4)	13,1 (5,0)	18,7 (4,7)
	weiblich	21,5 (16,1)	16,9 (16,6)	15,5 (17,3)	11,8 (16,7)	15,5 (16,8)
Sicherheitsberufe	männlich	35,4 (5,0)	37,2 (2,4)	33,9 (2,2)	22,7 (1,9)	32,8 (2,5)
	weiblich	36,2 (0,7)	39,2 (0,4)	21,5 (0,1)	21,1 (0,1)	33,1 (0,3)
Gesundheitsberufe ohne Approbation	männlich	36,5 (2,4)	38,2 (2,0)	34,6 (1,4)	24,9 (1,2)	34,1 (1,6)
	weiblich	31,6 (14,5)	28,5 (11,1)	29,6 (11,7)	26,1 (8,9)	28,8 (11,1)
Soziale Berufe	männlich	28,9 (0,5)	30,7 (0,5)	26,8 (0,5)	20,5 (0,5)	26,3 (0,5)
	weiblich	34,5 (3,8)	29,0 (3,0)	29,7 (3,1)	22,9 (2,7)	28,5 (3,1)
Berufe in der Körperpflege	männlich	16,8 (0,2)	20,5 (0,1)	22,4 (0,1)	23,5 (0,1)	20,9 (0,1)
	weiblich	22,7 (2,7)	19,5 (2,0)	16,5 (1,8)	11,9 (1,4)	17,4 (1,8)

Quelle: Mikrozensus 2005 bis 2008 (kumuliert), Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Schwerpunkt Abschluss duale Ausbildung I – Berufe

Wie bereits dargestellt, sind die Weiterbildungsquoten der Absolvierenden einer dualen Ausbildung insgesamt unterdurchschnittlich. Genauso wie in vielen anderen Ausbildungsgruppen sind dabei die Werte der Frauen insgesamt etwas besser als die der Männer, und ihre Steigerungsraten von 2005 bis 2008 sind ebenfalls höher. → **Tabelle B1.1.2-3** zeigt mittels Durchschnittswerten für die Jahre 2005 bis 2008, in welchen Berufsfeldern (Tiemann u. a. 2008) die Weiterbildungsbeteiligung überdurchschnittlich hoch war und welcher Anteil der erwerbstätigen Absolventen/Absolventinnen in den entsprechenden Berufsfeldern tätig war.

Die Männer mit dualer Berufsausbildung sind in 9 Berufsfeldern besonders weiterbildungsaktiv:²¹⁶ Fahr- und Flugzeugbau sowie Wartungsberufe; Elektroberufe; Techniker/-innen; Groß-, Einzelhandelskaufleute; Bank-, Versicherungsfachleute; Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe); Geschäftsführung, Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung; IT-Kernberufe sowie Sicherheitsberufe.

Insgesamt sind etwas mehr als 30 % der erwerbstätigen Männer (bezogen auf die 20- bis 29-Jährigen) mit dualen Ausbildungsabschluss in diesen Berufsfeldern tätig.

Frauen mit dualer Berufsausbildung sind ebenfalls in 9 Berufsfeldern besonders weiterbildungsaktiv: Bank-, Versicherungsfachleute; Sonstige kaufmännische Berufe (ohne Groß-, Einzelhandel, Kreditgewerbe); Geschäftsführung, Wirtschaftsprüfung und Unternehmensberatung; Verwaltungsberufe im öffentlichen Dienst; Finanz-, Rechnungswesen und Buchhaltung; Kaufmännische Büroberufe; Gesundheitsberufe ohne Approbation; Soziale Berufe sowie Berufe in der Körperpflege.

Insgesamt sind in diesen Berufen fast 60 % der Absolventinnen (bezogen auf die 20- bis 29-Jährigen) einer dualen Berufsausbildung erwerbstätig.

Aus → **Tabelle B1.1.2-3** geht unter anderem hervor, weshalb Frauen mit dualer Berufsausbildung die höheren Weiterbildungsquoten im Vergleich zu Männern aufweisen. Frauen arbeiten vielfach häufiger in weiterbildungsintensiven Berufen. Es ist nicht der Fall, dass Frauen innerhalb besonders vieler Berufsfelder eine deutlich höhere Weiterbildungsaktivität zeigen würden als Männer. Teilweise liegt sie sogar deutlich unterhalb der von Männern, die im selben Berufsfeld tätig sind (beispielsweise: Bank-, Versicherungsfachleute). Insgesamt erreichen Frauen eine höhere durchschnittliche Weiterbildungsquote als Männer, weil sie in den sehr weiterbildungsintensiven Berufsfeldern deutlich stärker vertreten sind als Männer.

Besonders groß sind die Unterschiede bei den kaufmännischen Büroberufen, den Gesundheitsberufen ohne Approbation sowie den sozialen Berufen. In diesen drei Berufsfeldern mit überdurchschnittlicher Weiterbildungsintensität sind etwa 42 % aller erwerbstätigen Frauen mit einem dualen beruflichen Abschluss tätig. Demgegenüber sind nur 7,9 % der Männer in denselben Berufsfeldern tätig. In anderen Berufsfeldern, in denen Frauen weniger stark vertreten sind und die Weiterbildungsintensität ebenfalls hoch ist, sind Männer zwar erwerbstätig, aber nicht in einem Umfang, der den Rückstand gegenüber den Frauen ausgleichen würde. Diese Zahlen machen deutlich, dass die unterschiedliche Berufswahl zwischen Frauen und Männern in erheblichem Maße für die differierenden Weiterbildungsquoten mitverantwortlich ist.

Bei einer näheren Betrachtung der nach Alterskohorten differenzierten Werte fällt auf, dass die Weiterbildungsbeteiligung von den 20- bis 29-Jährigen über die 30- bis 39-Jährigen hin zu den 40- bis 49-Jährigen häufig nur moderat abnimmt. Ein starker Bruch durch abrupt sinkende Beteiligungsquoten vollzieht sich meist erst bei den 50- bis 64-Jährigen. Es gibt aber auch bedeutsame Ausnahmen. Bei den Gesundheitsberufen ohne Approbation – dem Berufsfeld mit dem zweithöchsten Anteil der erwerbstätigen Frauen mit dualer Berufsausbildung – kann von einem Bruch bei den 50- bis 64-Jährigen keine Rede sein. Über

²¹⁶ Für die Auswahl der Berufsfelder waren sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen neben der Weiterbildungsaktivität auch die Anteile der in diesen Berufsfeldern tätigen Personen relevant. Daher fehlen einzelne Berufsfelder, in denen die Weiterbildungsbeteiligung hoch ist, die aber nicht in nennenswertem Umfang ausgeübt werden, in dieser Aufzählung.

alle Alterskohorten hinweg sinkt die Weiterbildungsaktivität der Frauen lediglich von 31,6 % bei den 20- bis 29-Jährigen auf 26,1 % bei 50- bis 64-Jährigen. In diesem Berufsfeld, das sich durch eine vergleichsweise hohe Weiterbildungsquote auszeichnet, hat sich in der jüngsten Alterskohorte der Anteil der erwerbstätigen Frauen drastisch erhöht (nicht ausgewiesen). Ähnliches, jedoch auf niedrigerem Niveau, ist bei den kaufmännischen Berufen zu beobachten. Diese Entwicklung dürfte mitverantwortlich dafür sein, dass – wie eingangs bereits gezeigt wurde – die durchschnittliche Weiterbildungsbeteiligung der Frauen insgesamt steigt und der Abstand zu den Männern zunehmend wächst.

Schwerpunkt Abschluss duale Ausbildung II – Tätigkeitsmerkmale

Thema des folgenden Abschnitts ist die Frage, in welchem Zusammenhang Tätigkeitsmerkmale²¹⁷ der

Haupterwerbstätigkeit und das individuelle Weiterbildungsverhalten stehen. Wie im vorangehenden Abschnitt ist die Darstellung ausschließlich auf Absolventen/Absolventinnen einer dualen beruflichen Ausbildung beschränkt.

Die Daten in → **Tabelle B1.1.2-4** zeigen, dass die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung sehr von den Tätigkeitsmerkmalen abhängt (vgl. auch Hall/Krekel 2008). Dabei reichen die Beteiligungsquoten von 3,1 % bei Personen, die hauptsächlich Tätigkeiten im Bereich Reinigen, Abfall beseitigen, Recycling ausüben, bis 31,4 % bei Personen, die überwiegend in den Bereichen Erziehen, Ausbilden, Lehren tätig sind. Diese enorme Bandbreite der Beteiligungsquoten allein innerhalb der Absolventen/Absolventinnen einer dualen Ausbildung verweist auf einen engen Zusammenhang von beruflichen Tätigkeitseinhalten und individuellem Weiterbildungsverhalten.²¹⁸ Deutlich überdurchschnittlich weiterbildungsaktiv sind –

Tabelle B1.1.2-4: Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen mit dualer Ausbildung nach Alter, Geschlecht und Tätigkeitsschwerpunkten (Angaben in %) (Teil 1)

		Alter				
		20–29 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–64 Jahre	Gesamt
Maschinen, technische Anlagen oder Geräte einrichten, steuern, überwachen, warten	männlich	17,4	16,1	12,9	8,9	13,2
	weiblich	16,4	9,5	4,3	4,5	6,7
	Gesamt	17,4	15,6	12,1	8,6	12,7
Anbauen; Züchten; Hegen, Ernten; Fischen	männlich	8,2	10,4	8,9	6,5	8,3
	weiblich	17,4	6,5	6,7	2,9	6,2
	Gesamt	10,8	9,1	8,1	5,4	7,6
Fertigen, Be- und Verarbeiten, Bauen/Ausbauen, Installieren, Montieren	männlich	9,0	8,6	6,5	4,8	7,0
	weiblich	7,6	6,0	4,3	2,3	4,5
	Gesamt	8,8	8,3	6,2	4,4	6,7
Einkaufen/Verkaufen, Vermitteln, Kassieren	männlich	22,4	21,0	17,4	12,9	17,7
	weiblich	14,4	11,8	8,7	7,2	9,7
	Gesamt	17,4	15,1	11,6	9,3	12,5
Reparieren, Renovieren, Instandsetzen, Ausbessern	männlich	16,5	17,2	13,2	9,6	13,5
	weiblich	14,0	6,5	5,5	2,5	5,4
	Gesamt	16,4	16,5	12,6	9,1	12,9
Ausführen von Schreib-, Rechen- und DV-Arbeiten/Buchen, Erstellen von Zeichnungen	männlich	23,7	21,2	22,5	14,7	19,9
	weiblich	22,7	19,3	17,0	12,9	17,0
	Gesamt	22,9	19,7	18,2	13,3	17,7

²¹⁷ Tätigkeitsmerkmale werden im Mikrozensus etwa einmal in 4 Jahren abgefragt (zuletzt 2007). Dabei erteilen die Befragten Auskunft über die Tätigkeiten, die bei der Ausübung ihrer Haupterwerbstätigkeit den Schwerpunkt bilden.

²¹⁸ Das individuelle Weiterbildungsverhalten ist neben ausschließlich individuellen Bestimmungsfaktoren maßgeblich auch von institutionellen Einflussfaktoren geprägt – insbesondere durch die Förderung des Arbeitsgebers.

Tabelle B1.1.2-4: Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen mit dualer Ausbildung nach Alter, Geschlecht und Tätigkeitsschwerpunkten (Angaben in %) (Teil 2)

		Alter				
		20–29 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–64 Jahre	Gesamt
Messen, Prüfen; Erproben, Kontrollieren nach vorgegebenen Verfahren	männlich	25,2	22,3	24,4	14,9	21,0
	weiblich	22,3	17,4	16,5	10,1	15,7
	Gesamt	24,2	20,8	21,6	13,6	19,3
Forschen, Entwerfen, Konstruieren, Gestalten von Produkten, Plänen, Programmen	männlich	25,8	23,5	22,9	18,6	22,4
	weiblich	24,0	26,7	25,2	18,4	24,3
	Gesamt	25,2	24,4	23,5	18,6	22,9
Werben, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit/PR	männlich	19,9	23,2	21,6	17,1	20,6
	weiblich	26,1	25,2	20,6	17,7	22,2
	Gesamt	23,7	24,3	21,1	17,4	21,5
Management-, Leitungs- und Führungsarbeiten	männlich	29,8	30,9	28,9	18,6	25,7
	weiblich	38,0	34,9	26,9	22,1	28,2
	Gesamt	32,7	32,0	28,3	19,5	26,4
Bewirten, Beherbergen, Speisen bereiten	männlich	11,0	7,0	5,0	4,4	6,3
	weiblich	8,4	8,2	5,4	3,0	5,7
	Gesamt	9,6	7,7	5,2	3,4	5,9
Gesetze/Vorschriften/Verordnungen anwenden, auslegen; Beurkunden	männlich	41,5	38,8	32,6	26,0	32,3
	weiblich	30,4	29,4	30,3	23,5	28,4
	Gesamt	34,4	32,9	31,3	24,8	30,1
Erziehen, Ausbilden, Lehren	männlich	37,2	33,2	31,4	21,6	29,5
	weiblich	35,3	33,2	32,6	27,8	32,0
	Gesamt	35,7	33,2	32,3	26,1	31,4
Beraten, Informieren	männlich	40,7	35,2	31,8	25,0	31,7
	weiblich	29,7	31,3	26,1	25,2	27,8
	Gesamt	34,1	33,1	28,7	25,1	29,6
Gesundheitlich/Sozial helfen, pflegen; medizinisch/kosmetisch behandeln	männlich	34,4	37,1	36,0	23,0	33,3
	weiblich	33,8	28,1	28,0	25,1	28,2
	Gesamt	33,9	29,4	29,0	24,9	28,9
Künstlerisch, journalistisch, unterhaltend tätig sein	männlich	20,4	12,0	13,3	5,2	11,6
	weiblich	21,6	16,9	7,2	3,7	11,0
	Gesamt	21,0	14,2	10,3	4,5	11,3
Fahrzeuge führen, Packen, Beladen, Verladen, Sortieren, Zustellen	männlich	9,3	8,6	9,9	5,6	8,2
	weiblich	6,4	5,5	4,3	4,5	4,8
	Gesamt	9,0	8,0	8,8	5,4	7,6
Reinigen, Abfall beseitigen, Recycling	männlich	12,7	7,8	5,4	5,1	6,5
	weiblich	3,1	2,7	2,0	1,3	1,9
	Gesamt	7,9	4,1	2,7	2,2	3,1
Sichern, Schützen, Be-/Überwachen, Verkehr regeln (einschl. Soldaten und Wehrpflichtige)	männlich	33,4	32,2	29,0	14,5	27,3
	weiblich	34,9	30,7	19,3	12,2	24,4
	Gesamt	33,6	31,9	27,6	14,1	26,8
Ohne Angabe	männlich	8,8	10,4	14,7	5,6	10,3
	weiblich	37,8	18,1	15,6	4,9	15,2
	Gesamt	19,3	13,9	15,1	5,3	12,4
Gesamt	männlich	18,5	16,9	15,0	10,7	14,7
	weiblich	23,0	18,4	15,5	12,2	16,1
	Gesamt	20,6	17,6	15,2	11,3	15,4

Ausschluss des Tätigkeitsschwerpunktes „Abbauen/Fördern, Rohstoffe gewinnen“ wegen geringer Fallzahl

Quelle: Mikrozensus 2007, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

neben den bereits Genannten – Personen, die in den folgenden Tätigkeitsbereichen arbeiten:

- Ausführen von Schreib-, Rechen- und DV-Arbeiten/Buchen, Erstellen von Zeichnungen
- Messen, Prüfen; Erproben, Kontrollieren nach vorgegebenen Verfahren
- Forschen, Entwerfen, Konstruieren, Gestalten von Produkten, Plänen, Programmen
- Werben, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit/PR
- Management-, Leitungs- und Führungsarbeiten
- Gesetze/Vorschriften/Verordnungen anwenden, auslegen; Beurkunden
- Beraten, Informieren
- Gesundheitlich/Sozial helfen, pflegen; medizinisch/kosmetisch behandeln
- Sichern, Schützen, Be-/Überwachen, Verkehr regeln (einschl. Soldaten und Wehrpflichtige)

Personen mit dem Schwerpunkt im Tätigkeitsbereich des Erziehens, Ausbildens und Lehrens weisen nicht nur die höchste Weiterbildungsbeteiligung unter den in → **Tabelle B1.1.2-4** aufgeführten Vergleichsgruppen auf, sondern sie zeichnen sich auch durch eine vergleichsweise hohe Weiterbildungsaktivität der älteren Erwerbstätigen aus. Davon ausgenommen sind die Männer in diesem Tätigkeitsfeld. Sie sind mit 40 bis 49 Jahren zu 31,4 % weiterbildungsaktiv und damit noch nahezu auf Augenhöhe mit den Frauen. Die 50- bis 64-jährigen Männer im gleichen Tätigkeitsfeld sind hingegen mit 21,6 % deutlich weniger weiterbildungsaktiv als die Frauen mit 27,8 % in der gleichen Altersgruppe. In einigen Tätigkeitsfeldern ist der entgegengesetzte Verlauf zu beobachten – die Weiterbildungsbeteiligung bei den Frauen lässt mit zunehmendem Alter stärker nach als bei den Männern (z. B. bei künstlerischen, journalistischen und unterhaltenden Tätigkeiten). Insgesamt ist der typische Verlauf einer nachlassenden Weiterbildungsaktivität mit zunehmendem Alter bei allen Tätigkeitsschwerpunkten – mehr oder weniger stark ausgeprägt – wiederzufinden.

Es bleibt festzuhalten, dass Tätigkeitsinhalte eine wichtige Bestimmungsgröße der Weiterbildungsbeteiligung sind. Geschlechterunterschiede sind deutlich zu erkennen. Meist ist das Niveau der Beteiligung zwischen Frauen und Männern unterschiedlich hoch. In Bezug auf allgemeine Tendenzen sind sich

Männer und Frauen innerhalb bestimmter Tätigkeitsschwerpunkte jedoch vergleichsweise ähnlich.

Weiterbildungsverhalten bei Berufswechslern und Berufswechslerinnen

Berufliche Weiterbildung gilt als unverzichtbar, um die Fähigkeiten und Kompetenzen von Erwerbstätigen auf einem zeitgemäßen Niveau zu erhalten oder gegebenenfalls weiter auszubauen. Dementsprechend müsste bei Berufswechslern und -wechslerinnen, die nicht in ihrem erlernten Beruf tätig sind, ein verändertes Weiterbildungsverhalten zu beobachten sein. Es müsste sich systematisch vom Weiterbildungsverhalten Erwerbstätiger unterscheiden, die den Beruf, den sie ausüben, bereits im Rahmen ihrer Berufsausbildung erlernt haben.

→ **Tabelle B1.1.2-5** zeigt, in welchem Maße sich die Weiterbildungsbemühungen von Berufswechslern und -wechslerinnen²¹⁹ von denen derer unterscheiden, die in ihren angestammten Berufen tätig sind. Alle in der Tabelle dargestellten Ausbildungsgruppen zeichnen sich durch eine im Vergleich niedrigere Weiterbildungsbeteiligung der Berufswechsler/-innen aus. Im Durchschnitt über alle Ausbildungsgruppen und Alterskohorten sind Berufswechsler/-innen um fast ein Drittel weniger weiterbildungsaktiv als Erwerbstätige, die den Beruf nicht gewechselt haben. Dabei zeigen sich deutliche Geschlechtsunterschiede hinsichtlich des Weiterbildungsverhaltens von Berufswechslern und Berufswechslerinnen: Berufswechslerinnen bilden sich unabhängig vom Niveau ihrer beruflichen Ausbildung und dem Alter durchschnittlich zu 16,5 % weiter. Bei Frauen ohne Berufswechsel sind es im Mittel 28,9 %. Die Berufswechsler bilden sich im Schnitt zu etwa 18,6 % weiter, während die Nichtwechsler nur einen Wert von etwa 23,9 % erreichen.

²¹⁹ Als Berufswechsler und Berufswechslerinnen werden im vorliegenden Beitrag die Personen bezeichnet, die nicht in dem erlernten Berufsfeld (Tiemann u. a. 2008) beruflich tätig sind. Der Zeitpunkt des Wechsels ist dabei unerheblich und kann gegebenenfalls auch bereits einige Jahrzehnte zurückliegen. Durch die Wahl des Berufsfeldes anstelle der Berufsordnung werden Tätigkeiten in Berufen, die eine inhaltliche Nähe zum erlernten Beruf besitzen, nicht verfrüht als ausbildungsfremd eingestuft.

Tabelle B1.1.2-5: Beteiligung an beruflicher Weiterbildung (bW) von Erwerbstätigen nach Berufsabschluss, beruflicher Flexibilität, Geschlecht und Alter (Angaben in %)

			Alter				
			20–29 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–64 Jahre	Gesamt
Duale Berufsausbildung	ohne bW	männlich	18,4	17,4	15,0	10,7	15,1
		weiblich	24,7	20,7	19,9	15,7	20,0
		Gesamt	21,6	19,0	17,5	13,0	17,5
	mit bW	männlich	17,9	16,6	14,2	9,8	13,9
		weiblich	16,9	13,4	11,8	9,2	11,7
		Gesamt	17,5	15,3	13,1	9,5	12,9
Schulberufsausbildung	ohne bW	männlich	32,3	29,1	25,9	21,2	26,5
		weiblich	38,2	35,5	34,4	30,6	34,4
		Gesamt	36,4	33,4	31,9	27,2	31,9
	mit bW	männlich	27,3	21,1	18,7	14,7	19,3
		weiblich	23,9	23,0	20,3	16,0	20,0
		Gesamt	25,5	22,1	19,7	15,5	19,7
Fachschulabschluss	ohne bW	männlich	36,6	33,6	29,7	22,7	29,0
		weiblich	48,0	43,9	44,1	37,9	43,0
		Gesamt	43,7	38,6	36,4	28,8	35,5
	mit bW	männlich	34,4	31,2	29,5	21,0	27,2
		weiblich	32,9	29,7	26,8	22,0	26,4
		Gesamt	33,8	30,7	28,6	21,3	26,9
Hochschul-/Fachhochschulabschluss	ohne bW	männlich	34,5	40,0	39,8	36,9	38,6
		weiblich	41,5	44,8	46,4	45,7	45,1
		Gesamt	38,2	42,0	42,4	40,1	41,2
	mit bW	männlich	30,3	32,1	30,3	25,6	29,3
		weiblich	32,2	31,9	31,0	29,0	30,9
		Gesamt	31,3	32,0	30,6	26,8	29,9
Gesamt	ohne bW	männlich	23,0	26,2	24,4	21,1	23,9
		weiblich	30,9	29,5	29,2	26,6	28,9
		Gesamt	27,2	27,8	26,7	23,4	26,3
	mit bW	männlich	21,5	21,5	19,2	14,7	18,6
		weiblich	22,4	18,8	16,3	13,4	16,5
		Gesamt	21,9	20,4	17,9	14,2	17,7

Quelle: Mikrozensus 2005 bis 2008 (kumuliert), Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Dieses Muster ist bei allen Ausbildungsgruppen mehr oder weniger stark ausgeprägt zu beobachten. Die Absolventen/Absolventinnen dualer Ausbildungen liegen dabei in einem mittleren Bereich. Die Weiterbildungsquoten der Männer unterscheiden sich um weniger als 1 Prozentpunkt, während die Differenzen bei den Frauen bis zu 8,1 Prozentpunkte betragen. Mit zunehmendem Alter steigen die Unterschiede bei den Frauen erst an, bis sie dann bei den 50- bis 64-Jährigen stark zurückgehen. Besonders beachtlich sind die Unterschiede zwischen

Berufswechslerinnen und Nichtwechslerinnen bei den Berufsfachschulabsolventinnen und den Fachschulabsolventinnen, dort betragen sie im Schnitt mehr als 75 %. Bei den Männern in diesen Ausbildungsgruppen weist das Bild erheblich niedrigere Differenzen auf.

(Manuel Schandock)

B1.2 Betriebliche Weiterbildung

Betriebliche Weiterbildung ist ein wichtiger Teil des lebenslangen Lernens und somit von großer Bedeutung für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Individuen. Das IAB-Betriebspanel (**Kapitel B1.2.1**) und die CVTS-Studien (Continuing Vocational Training Survey) (**Kapitel B1.2.2**) sind – neben den Weiterbildungserhebungen des IW Köln – in Deutschland die wichtigsten Informationsquellen zur betrieblichen Weiterbildung.

B1.2.1 Betriebliche Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat auf Basis des IAB-Betriebspanels das betriebliche Weiterbildungsgeschehen untersucht. In diesem Panel werden Betriebe berücksichtigt, soweit sie mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben. Nachfolgend werden die Ergebnisse zu den Indikatoren Weiterbildungsbeteiligung und Weiterbildungsquote dargestellt. Die Daten zur Weiterbildung wurden bislang in einem zweijährigen Rhythmus erhoben, seit 2008 liegen die Angaben jedoch jährlich vor. Weitere Indikatoren, ergänzende Informationen und methodische Erläuterungen sind einer Expertise des IAB zu entnehmen (**vgl. Kapitel A4.10.1**).²²⁰

Welche Betriebe bilden ihre Beschäftigten weiter, wie viele Betriebe nutzen diese Möglichkeit der Personalentwicklung? Die Darstellung der Weiterbildungsbeteiligung **E** anhand von zwei Indikatoren vermittelt einen Eindruck über die Verbreitung der betrieblichen Weiterbildung in Deutschland. Das IAB-Betriebspanel stützt sich bei der Erfassung der Weiterbildung auf die direkte Befragung von Betrieben. Es berücksichtigt dabei Weiterbildungsaktivitäten, die ganz oder teilweise von den Betrieben finanziert bzw. durch Freistellung von Beschäftigten unterstützt wurden.



Weiterbildungsbeteiligung

Der Indikator Weiterbildungsbeteiligung bezieht die Anzahl der Betriebe, die gemäß einer Frage des IAB-Betriebspanels im 1. Halbjahr eines Jahres weiterbildungsaktiv waren, auf die Anzahl aller Betriebe in Deutschland.

Weiterbildungsquote

Der Indikator Weiterbildungsquote wird als Quotient der Summe aller an Weiterbildungsmaßnahmen partizipierenden Mitarbeitern im ersten Halbjahr (Zähler) und der Summe aller Mitarbeiter zum Stichtag der Befragung (Nenner) ermittelt.

Weiterbildungsbeteiligung

Hinsichtlich der allgemeinen Verbreitung betrieblicher Weiterbildung ist festzustellen, dass die Weiterbildungsaktivität in Deutschland in den letzten Jahren leicht, aber stetig zugenommen hat → **Tabelle B1.2.1-1**. Gegenüber dem Wert von 2001 ergibt sich bis 2008 eine Erhöhung um gut 13 Prozentpunkte. Dieses Wachstum ist sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern zu beobachten, wobei die Quote in den neuen Ländern stets leicht über den Werten der alten Länder lag. Im Jahr 2009 war jedoch wieder ein Rückgang der Quote zu beobachten: Mit 45 % der Betriebe in Deutschland, die als weiterbildungsaktiv gelten können, fällt der Wert wieder auf die Quote von 2007 zurück.

Bei der Differenzierung nach Betriebsgröße werden zwei Phänomene deutlich: Zunächst ist festzustellen, dass die Weiterbildungsaktivität positiv mit der Betriebsgröße korreliert. Während unter den kleineren Betrieben zuletzt nur noch 36 % der Betriebe Weiterbildung anbieten oder unterstützen, steigert sich dies bis zu den Großbetrieben, die nahezu alle weiterbildungsaktiv sind (96 %). Dies ist insofern nicht überraschend, als es naheliegt, dass größere Betriebe eher als kleinere in jedem Jahr mindestens einen Beschäftigten bei einer Weiterbildung unterstützen, da sie z. B. mehr Einstellungen und daher mehr Einarbeitungen haben. Der Vergleich zwischen alten und neuen Ländern ergibt weiterhin, dass die Beteiligung bei den kleinen Betrieben mit bis unter

220 Die Expertise ist unter <http://www.bibb.de/datenreport> erhältlich.

Tabelle B1.2.1-1: Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)

	2001	2003	2005	2007	2008	2009
Alte Länder						
1–9 Beschäftigte	27	33	33	36	39	36
10–49 Beschäftigte	56	58	62	62	68	62
50–499 Beschäftigte	80	84	84	86	87	82
500 + Beschäftigte	97	98	97	95	98	97
Gesamt	36	41	42	45	49	44
Neue Länder						
1–9 Beschäftigte	29	37	38	41	44	39
10–49 Beschäftigte	58	63	62	67	67	61
50–499 Beschäftigte	82	87	85	86	90	82
500 + Beschäftigte	96	94	96	97	97	92
Gesamt	37	44	45	48	51	45
Bundesgebiet						
1–9 Beschäftigte	28	34	34	37	40	36
10–49 Beschäftigte	57	59	62	63	68	62
50–499 Beschäftigte	81	85	84	86	88	82
500 + Beschäftigte	97	97	97	95	98	96
Gesamt	36	42	43	45	49	45

Weiterbildungsbeteiligung: Anteil der Betriebe, die (in-)direkt Weiterbildung finanziert haben, an allen Betrieben
 Quelle: IAB-Betriebspanel 2001–2009, hochgerechnete Angaben

10 Beschäftigten in den neuen Ländern etwas höher ausfällt. Eine Betrachtung der Entwicklung seit 2001 ergibt schließlich, dass die oben angesprochene Zunahme der Weiterbildungsaktivität auf eine Zunahme der Aktivität bei den mittleren Betrieben, v. a. aber auch bei den kleinen Betrieben zurückzuführen ist.²²¹

Weiterbildungsquote

Häufig wird darauf hingewiesen, dass kleinere Betriebe zwar seltener weiterbilden, wenn sie aber Weiterbildungsmaßnahmen durchführen, würden relativ mehr Mitarbeiter beteiligt. Um dies zu überprüfen, wird nachfolgend die Weiterbildungsquote, also der Anteil der in Weiterbildung einbezogenen Beschäftigten, aller Betriebe verglichen.

Aus → [Tabelle B1.2.1-2](#) geht hervor, dass im Jahr

2009 ein Viertel der Beschäftigten in Weiterbildungsmaßnahmen einbezogen war. Die zusätzliche Differenzierung²²² in qualifizierte Beschäftigte und Beschäftigte mit einfachen Tätigkeiten macht deutlich, dass vor allem die qualifizierten Beschäftigten von den betrieblichen Bildungsbemühungen profitieren. Dieses qualifikationsspezifische Muster findet sich in den alten und in den neuen Ländern, wobei in den neuen Ländern die Weiterbildungsquote insgesamt mit zuletzt rund 4 Prozentpunkten höher ausfällt.

Die Betrachtung der Weiterbildungsquote nach unterschiedlichen Betriebsgrößenklassen verdeutlicht, dass die Betriebsgröße keinen bedeutsamen Einfluss hat → [Tabelle B1.2.1-3 Internet](#). Vergleicht man diesen Befund mit dem Ergebnis zur Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe, kann man festhalten, dass kleinere Betriebe zwar seltener weiterbilden, wenn sie sich aber zur Weiterbildung entscheiden, den

²²¹ Das Wachstum bei den Kleinstbetrieben erklärt auch teilweise, warum die Befragung CVTS3 von 2005 gegenüber der Befragung CVTS2 von 1999 einen Rückgang aufweist. Zu den methodischen Unterschieden zwischen IAB-Betriebspanel und CVTS3-Erhebung sowie den daraus resultierenden Divergenzen in den Ergebnissen vgl. BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B1, Einleitung.

²²² Diese Differenzierung ist in den Daten für 2008 nicht enthalten.

Tabelle B1.2.1-2: Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)

	2001	2003	2005	2007	2008	2009
Alte Länder						
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	9	–	12
Qualifizierte Tätigkeiten	21	27	22	27	–	33
Gesamt	18	22	20	21	25	25
Neue Länder						
Einfache Tätigkeiten	8	12	9	13	–	16
Qualifizierte Tätigkeiten	21	31	27	33	–	35
Gesamt	19	26	25	27	30	29
Bundesgebiet						
Einfache Tätigkeiten	6	11	8	10	–	12
Qualifizierte Tätigkeiten	21	28	23	29	–	32
Gesamt	18	23	21	22	26	25

Weiterbildungsquote: Anteil der weitergebildeten Beschäftigten an allen Beschäftigten
 Quelle: IAB-Betriebspanel 2001–2009, hochgerechnete Angaben

großen Betrieben hinsichtlich der Reichweite der Maßnahme in der Belegschaft in nichts nachstehen und deren Quote sogar übertreffen.

(Jens Stegmaier, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg)

B1.2.2 Die dritte europäische Unternehmensbefragung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS3)

Rückblick auf CVTS3 und Ausblick auf CVTS4

Betriebliche Weiterbildung ist ein wichtiger Teil des lebenslangen Lernens. Die dritte europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung (CVTS = Continuing Vocational Training Survey) **E** aus dem Jahr 2005 ermöglicht einen Vergleich der betrieblichen Weiterbildung in Deutschland mit anderen europäischen Ländern. Gleichzeitig können Entwicklungen und Veränderungen zum Jahr 1999 (CVTS2) aufgezeigt werden (vgl. Behringer/Moraal/Schönfeld 2008 und Behringer/Schönfeld 2010). Dabei zeigt sich für Deutschland ein Rückgang bei fast allen

wichtigen Kennziffern der Weiterbildung: Der Anteil der Unternehmen, die Weiterbildung in Form von Kursen oder anderen Formen anbieten, ist ebenso rückläufig wie der Anteil aller Beschäftigten, die an Weiterbildungskursen teilnahmen. Die betrieblichen Ausgaben für Weiterbildungskurse wurden deutlich reduziert. Die Weiterbildungsintensität ist dagegen leicht angestiegen; bei rückläufiger Teilnahmequote ergibt sich eine Steigerung der Weiterbildungsstunden je Teilnehmenden. Im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern nimmt Deutschland nur einen Platz im Mittelfeld ein und liegt hinter den meisten skandinavischen und westeuropäischen Ländern zurück, bei einigen Indikatoren auch hinter einigen osteuropäischen Ländern (siehe BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B1.2). Im BIBB-Forschungsprojekt „Betriebliche Weiterbildung in Deutschland im europäischen Vergleich – Vergleichende Analyse auf der Grundlage der CVTS3-Daten“²²³ werden die Daten zu CVTS3 weiter ausgewertet, einige Ergebnisse werden hier dargestellt.

223 Siehe <http://www.bibb.de/de/wlk54593.htm> (Abrufdatum: 01.10.2010).



Continuing Vocational Training Survey (CVTS)

Die CVTS-Erhebungen werden regelmäßig (ab 2005 im Abstand von 5 Jahren) in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchgeführt. Auch weitere interessierte Länder nehmen teil. Ziel der CVTS-Befragungen ist es, für alle beteiligten Länder vergleichbare Daten zu den quantitativen und qualitativen Strukturen der betrieblichen Weiterbildung zu gewinnen. Unter betrieblicher Weiterbildung wird dabei geplantes, organisiertes Lernen verstanden, das vollständig oder teilweise von den Unternehmen finanziert wird. Neben Lehrveranstaltungen in der Form von Kursen und Seminaren zählen dazu auch andere Formen der betrieblichen Weiterbildung wie z. B. Einarbeitung und Unterweisung durch Vorgesetzte und andere Beschäftigte, Weiterbildung durch Teilnahme an Lern- und Qualitätszirkeln, durch selbstgesteuertes Lernen, durch Jobrotation oder Austauschprogramme/Abordnungen und durch den Besuch von Informationsveranstaltungen.

An CVTS1 (1993) beteiligten sich 12 Länder, an CVTS2 (1999) bereits 25 Länder, und CVTS3 (2005) lieferte Informationen für 28 Länder. Befragt wurden Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten aus den Wirtschaftsbereichen verarbeitendes Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und dem Gastgewerbe. In Deutschland wurden die Erhebungen vom Statistischen Bundesamt und einigen statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. An CVTS3 nahmen in Europa über 100.000 Unternehmen teil, in Deutschland 2.857.

Die Ergebnisse von CVTS2 und CVTS3 wurden auf der Eurostat-Datenbank²²⁴ veröffentlicht. Bei der Interpretation der europäischen Vergleichsdaten sollten stets die Datenqualität, die nationalen Rahmenbedingungen und die historisch gewachsenen Strukturen berücksichtigt werden – ein unreflektiertes Ranking kann zu falschen Folgerungen führen. Das BIBB prüfte gemeinsam mit Céreq (Marseille) und Isfol (Rom) im Auftrag von Cedefop die Datenqualität und legte inhaltliche Analysen vor, die Ergebnisse wurden von Cedefop (2010) veröffentlicht.

Die vierte europäische Weiterbildungserhebung ist für das Jahr 2011 (mit dem Berichtsjahr 2010) geplant. An CVTS4 werden dann voraussichtlich neben den 27 EU-Mitgliedstaaten und Norwegen, den Teilnehmern an CVTS3, 5 weitere Länder teilnehmen (Island, Kroatien, Mazedonien, Schweiz, Türkei). Die grundlegenden Definitionen und Variablen, die schon in den Vorgängererhebungen genutzt wurden, blieben erhalten, sodass die Vergleichbarkeit grundsätzlich sichergestellt ist. An einigen Stellen wurde der Fragebogen jedoch modifiziert, um die Zahl der Fragen und damit die Belastung der befragten Unternehmen zu reduzieren. So wurde auf einige Variablen wie Unterteilungen der Stunden in Weiterbildungskursen und der Teilnehmenden nach dem Alter, der Stunden nach Geschlecht, Themenfeldern und externen Anbietern und Fragen zur Weiterbildung von speziellen Beschäftigtengruppen wie Migranten oder Teilzeitbeschäftigten verzichtet, da diese Informationen auch über die AES-Erhebung zum Lernen im Erwachsenenalter (vgl. Kapitel B1.1.1) und den Mikrozensus (vgl. Kapitel B1.1.2) vorliegen. Die Erfassung der Erstausbildung wurde vereinfacht und strenger definiert, um die Vergleichbarkeit zwischen den Ländern zu erhöhen. Die Zahl der optionalen Fragen wurde stark ausgeweitet. Die Länder können bei diesen Fragen entscheiden, ob sie in die Befragung aufgenommen werden. Die Ergebnisse werden später allerdings nicht in der Eurostat-Datenbank ausgewiesen und stehen daher für Ländervergleiche nicht zur Verfügung. Die Durchführung der Erhebung regelt eine europäische Rechtsverordnung zu CVTS. Die nationalen bzw. europaweiten Befragungsergebnisse für CVTS4 sind nicht vor 2012 zu erwarten.

Formen der betrieblichen Weiterbildung

Unternehmen bieten ihren Beschäftigten Weiterbildung in unterschiedlichen Formen an. Neben den Kursen gibt es noch andere Formen betrieblicher Weiterbildung, die teilweise arbeitsplatznah bzw. arbeitsintegriert sind **E**. Dabei handelt es sich zum Teil um ganz traditionelle Formen betrieblicher Bildung, z. B. geplante Einarbeitung am Arbeitsplatz oder Informationsveranstaltungen, zum anderen Teil um modernere Formen, beispielsweise Lern- und Qualitätszirkel und das selbstgesteuerte Lernen. Die

²²⁴ Siehe <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/education/data/database> (Abrufdatum: 25.08.2010).

Grenze zwischen Arbeit und Lernen ist bei diesen anderen, nicht kursförmigen Formen der Weiterbildung, teilweise fließend, was auch die empirische Erfassung schwierig macht (Moraal/Grünwald 2004). Letzteres gilt vor allem für detaillierte Informationen zur Teilnahme an solchen Weiterbildungsformen; CVTS ist daher bei der Weiterbildung außerhalb von Kursen auf Inzidenz und Teilnehmerzahlen beschränkt, wobei die Teilnehmerzahlen nur eingeschränkt zuverlässig sind.

E Formen der betrieblichen Weiterbildung (Definition in CVTS)

Kurse: Veranstaltungen, die ausschließlich der betrieblichen Weiterbildung dienen und vom Arbeitsplatz getrennt stattfinden (z. B. in einem speziellen Schulungsraum). Die Teilnehmenden werden in einem vorab von den Organisatoren festgelegten Zeitraum von Weiterbildungspersonal unterrichtet.

Weiterbildung am Arbeitsplatz: Geplante Phasen der Unterweisung durch Vorgesetzte, Spezialisten oder Kollegen und Lernen durch die normalen Arbeitsmittel und andere Medien (Einarbeitung).

Jobrotation innerhalb des Unternehmens und **Austauschprogramme** mit anderen Unternehmen: Sie gelten nur dann als Weiterbildungsmaßnahme, wenn sie im Voraus geplant sind und dem spezifischen Zweck dienen, die Fähigkeiten der Teilnehmenden weiterzuentwickeln. Nicht dazu gehören routinemäßige Versetzungen, die nicht im Rahmen eines geplanten Weiterbildungsprogramms erfolgen.

Lern- und Qualitätszirkel: In Lernzirkeln kommen Beschäftigte regelmäßig mit dem vorrangigen Ziel zusammen, sich über die Anforderungen der Arbeitsorganisation, der Arbeitsverfahren und des Arbeitsplatzes weiterzubilden. Qualitätszirkel sind Arbeitsgruppen, deren Ziel es ist, durch Diskussion Probleme zu lösen, die mit der Produktion oder dem Arbeitsplatz zusammenhängen. Sie gelten nur dann als Weiterbildung, wenn Weiterbildung der vorrangige Zweck für die Teilnahme ist.

Selbstgesteuertes Lernen: Hierzu gehören geplante individuelle Weiterbildungsaktivitäten, z. B. mit audiovisuellen Hilfen wie Videos, computergestütztem Lernen, Internet.

Informationsveranstaltungen: Hierzu gehört z. B. der Besuch von Fachvorträgen, Fachtagungen, Kongressen, Workshops, Fachmessen und Erfahrungsaustauschkreisen. Die Teilnahme zählt jedoch nur dann als Weiterbildung, wenn der vorrangige Zweck der Teilnahme die Weiterbildung ist.

In der wissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskussion wird oft angenommen, die Bedeutung der anderen Formen würde zunehmen. Argumente sind dabei u. a. die angenommene höhere Effektivität beim Ausbau der Methoden- und Sozialkompetenz (also bei Kompetenzen, die aufgrund von Veränderungen der Arbeitsorganisation in verstärktem Maße benötigt werden), die höhere Flexibilität, günstigere Kostenstrukturen sowie niedrigere Zugangsschwellen, beispielsweise für Geringqualifizierte.

In Deutschland boten im Jahr 2005 54 % der Unternehmen ihren Beschäftigten Weiterbildungskurse an, aber sogar 66 % andere Formen der Weiterbildung. Dies unterstreicht, dass sich die Analyse betrieblicher Weiterbildung nicht nur auf die „klassischen“ Weiterbildungskurse beschränken kann. Während die Unternehmen in Deutschland beim Angebot an Weiterbildungskursen nur einen Platz im europäischen Mittelfeld erreichen, nehmen sie beim Angebot anderer (nicht kursförmiger) Weiterbildung eine Spitzenstellung ein (Rangplatz 2 in Europa, hinter Österreich). Differenziert nach der Unternehmensgröße zeigt sich für Deutschland: Nur die kleinen und mittelgroßen Unternehmen sind beim Angebot anderer Weiterbildungsformen an der Spitze zu finden, die großen Unternehmen bieten kaum häufiger als der EU-Durchschnitt andere Weiterbildungsformen an → **Tabelle B1.2.2-1**.

Insgesamt ist im europäischen Durchschnitt der Anteil der Unternehmen, die Kurse anbieten, um einen Prozentpunkt höher als der Anteil der Unternehmen mit anderen Weiterbildungsformen. In den einzelnen Staaten zeigen sich aber deutlich unterschiedliche Präferenzen für Kurse oder andere Formen: In Deutschland wie in der Slowakei, Malta und Litauen bietet ein deutlich höherer Anteil der Unternehmen andere Weiterbildungsformen an, während Kurse seltener angeboten werden. Abgeschwächt zeigt sich dies in 9 weiteren Staaten Europas. Umgekehrt gibt

es in vielen Staaten höhere Anteile von Unternehmen mit Kursangeboten, verglichen mit den anderen Formen. Auffallend sind die ausgeprägt höheren Anteile in Frankreich, Zypern, den skandinavischen Staaten und den Niederlanden; dies könnte auch mit den Finanzierungssystemen der betrieblichen Weiterbildung in diesen Ländern zusammenhängen. Für Deutschland lässt sich festhalten, dass – auf der Grundlage der Daten aus CVTS2 – keine Substitutionsbeziehung zwischen dem Angebot an Weiterbildungskursen und dem Angebot anderer Weiterbildungsformen feststellbar ist, sondern beides von den Unternehmen komplementär genutzt wird (Behringer/Descamps 2009; Behringer/Käpplinger 2011).

Die Daten zur Beteiligung an den anderen Weiterbildungsformen sind weniger zuverlässig als die Daten zur Teilnahme an Weiterbildungskursen; zudem lassen sich hier nur Bandbreiten schätzen. Der Anteil der Beschäftigten, die an nicht kursförmiger Weiterbildung teilgenommen haben, wird in CVTS nicht insgesamt, sondern nur für die einzelnen Formen jeweils separat erhoben. Wegen der unbekannten Zahl derjenigen, die an mehreren Formen teilnehmen, lassen sich diese einzelnen Beteiligungsquoten nicht addieren. Es lässt sich jedoch für jedes Land ein unterer und ein oberer Wert schätzen (Cedefop 2010, S. 71–73). Europaweit zeigt sich, dass in etwa der Hälfte der Länder die Teilnahmequote bei Kursen höher liegt als der obere Schätzwert der Beteiligung an nicht kursförmiger Weiterbildung; hier ist also eine klare Aussage möglich, dass an Kursen mehr Beschäftigte teilgenommen haben als an anderen Weiterbildungsformen. Nur in einem Land – Dänemark – nehmen mehr Beschäftigte an anderen Weiterbildungsformen teil als an Kursen. In Deutschland liegt die Teilnahmequote an Kursen bei 30 % aller Beschäftigten; für die Teilnahme an anderen Formen liegt der untere Schätzwert bei 26 %, der obere Schätzwert bei 54 % aller Beschäftigten. Für Deutschland wie für weitere 12 von 25 Mitgliedstaaten der EU lässt sich auf der Grundlage von CVTS nicht sagen, ob Kurse oder andere Formen einen höheren Anteil der Beschäftigten erreichen. Damit ist auch die Frage hinsichtlich der quantitativen Bedeutung der verschiedenen Weiterbildungsformen für Deutschland auf der Grundlage von CVTS derzeit nicht eindeutig zu beantworten.

In den einzelnen Mitgliedstaaten der EU sind die Entwicklungen bei der Weiterbildung sehr unterschiedlich verlaufen. In Deutschland ist der Anteil der weiterbildenden Unternehmen im Jahr 2005 niedriger als noch 1999. Der Rückgang war allerdings beim Angebot von Kursen (mit 13 Prozentpunkten) deutlich stärker ausgeprägt als beim Angebot anderer Weiterbildungsformen (Rückgang 6 Prozentpunkte); bei der Teilnahme an anderen Formen fehlen die Vergleichswerte aus CVTS2, sodass keine Aussage über die Entwicklung möglich ist.

Insgesamt zeigt sich, dass in Deutschland der Anteil von Unternehmen, die Weiterbildungskurse anbieten, kleiner ist als der Anteil mit anderen Weiterbildungsformen. Trotzdem ist die Frage nach der quantitativen Bedeutung nicht eindeutig zu beantworten, weil sich für Deutschland nicht sagen lässt, ob Kurse oder andere Formen einen höheren Anteil der Beschäftigten erreichen. Es bleibt abzuwarten, ob sich in Zukunft der oft angenommene Bedeutungszuwachs der anderen Weiterbildungsformen auch empirisch zeigen lässt.

Themen der betrieblichen Weiterbildung

In Deutschland wurden im Jahr 2005 6 Stunden je 1.000 Arbeitsstunden für die betriebliche Weiterbildung in Kursen aufgewandt. Dies entspricht 9 Stunden, die jeder Beschäftigte im Durchschnitt an Weiterbildungskursen teilgenommen hat, bzw. 30 Stunden je Teilnehmenden. Den Weiterbildungsteilnehmenden steht ein breites Themenspektrum zur Verfügung, das sehr heterogen ist, da es sich auf ganz unterschiedliche Berufe und Arbeitskontexte bezieht. Eine Zusammenfassung zu übergeordneten Themenfeldern ist daher nicht einfach. In CVTS3 wurden die Unternehmen gebeten, die angebotenen Kursstunden 8 Themenbereichen bzw. einem Feld „Andere Themenbereiche“ zuzuordnen.

In Deutschland zeigt sich eine breite Streuung → **Tabelle B1.2.2-2**. 20 % der Kursstunden konnten die Unternehmen keinem der vorgegebenen Themenbereiche zuordnen. Den höchsten Anteil am Gesamtvolumen hatten in Deutschland mit 16 % Kurse, die sich mit „Persönlichkeitsentwicklung, Qualitätsmanagement, Arbeitstechniken, Kooperationstraining

Tabelle B1.2.2-1: Formen der betrieblichen Weiterbildung 2005 (in % aller Unternehmen) und Anteil der Teilnehmenden (in % der Beschäftigten aller Unternehmen)

	Unternehmen mit Kursen	Unternehmen mit anderen Formen	Teilnahmequote Kurse	Teilnahmequote andere Formen (unterer und oberer Wert)*
Deutschland	54	66	30	26–54
EU 27	49	48	33	16–33
Höchster Wert in der EU	81 (DK)	71 (AT)	59 (CZ)	38–87 (DK)
Niedrigster Wert in der EU	19 (GR)	13 (GR)	14 (GR)	4–9 (GR)
Unternehmensgröße (Deutschland)				
10 bis 49 Beschäftigte	50	62	25	19–43
50 bis 249 Beschäftigte	65	78	27	26–46
250 und mehr Beschäftigte	78	83	33	28–62
1999				
Deutschland	67	72	32	**
EU 25	53	52	39	**

Länderkürzel: AT (Österreich), CZ (Tschechien), DK (Dänemark), GR (Griechenland)

* Der Anteil der Beschäftigten, die an anderen Formen teilgenommen haben, wurde nicht insgesamt erhoben, sondern für jede Form separat. Da Beschäftigte an mehreren der anderen Formen teilnehmen konnten, ist es nicht möglich, eine Gesamtteilnahmequote zu ermitteln. Nur die jeweilige Minimal- bzw. Maximalteilnahmequote kann bestimmt werden. Diese liegt zwischen dem höchsten Wert für eine einzelne andere Form und der Addition der Teilnahmequoten aller anderen Formen.

** In CVTS2 (1999) nicht erhoben

Quelle: Eurostat, CVTS2/CVTS3 (Abrufdatum: 26.08.2010). UK (United Kingdom) und NO (Norwegen) wegen begrenzter Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

und Gesprächsführung, Arbeitswelt“ befassten und damit eher fachübergreifend angelegt sind. Die Bandbreite der hier zusammengefassten Kurse ist sehr groß. In kleineren Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten hatten solche Lehrveranstaltungen einen deutlich geringeren Anteil, im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe einen höheren. Im Vergleich zu 1999 (CVTS2) hat dieses Thema stark an Bedeutung gewonnen – der damalige Anteil lag bei nur 9 %.

Einen Anteil von mehr als 10 % erreichten darüber hinaus auch die Themenbereiche „EDV, Informationstechnik“, „Technik und Produktion“ und „Verkaufstraining und Marketing“. Hier werden bei einigen Branchen die speziellen Anforderungen der Unternehmen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen deutlich. So entfallen im verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich viele Stunden auf Kurse, die z. B. die Bedienung und Wartung von neuen Produktionsanlagen behandeln, während sie bei Banken und Versicherungen oder in den Dienstleistungsbereichen kaum eine Rolle spielen. Verkaufstechniken werden

insbesondere im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe trainiert, jedoch kaum in den Dienstleistungsbereichen. Im Bereich EDV zeigt sich im Vergleich zu 1999 ein starker Rückgang des Anteils an den Gesamtstunden von 21 % auf nur noch 14 %. Der damalige hohe Wert könnte durch eine Hard- und Softwareaktualisierungswelle im Zusammenhang mit dem Jahr-2000-Problem (Millennium-Bug) ausgelöst worden sein, die in den Folgejahren zu einer gewissen Sättigung geführt hat. Der routinierte Umgang mit dem PC gehört heutzutage zumeist zu den als selbstverständlich vorausgesetzten Grundlagen. Dennoch entfällt in Deutschland auf Computerkurse ein deutlich höherer Anteil als im EU27-Durchschnitt. Nur Dänemark und Griechenland verzeichneten einen noch höheren Wert.

Die Themen „Umweltschutz, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz“ werden in Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern nur relativ selten behandelt. Sprachkurse haben (mit 8 % in Deutschland und 7 % in der EU) nur einen relativ geringen Anteil an der betrieblichen Weiterbildung.

Tabelle B1.2.2-2: Themen der betrieblichen Weiterbildung 2005 (in % der Teilnahmestunden an Kursen)

	Persönlichkeits- entwicklung, Qualitäts- management u. a.*	EDV, Informations- technik	Technik und Produktion**	Verkaufstraining und Marketing	Sprachkurse	Finanzwesen, Management und Verwaltung, Büroarbeit	Umweltschutz, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz	Dienst- leistungen***	Andere Themenbereiche
Deutschland	16	14	14	11	8	8	6	2	20
EU 27	14	11	17	10	7	12	9	7	13
Höchster Wert in der EU	29 (RO)	18 (DK)	31 (MT)	18 (GR)	18 (CZ)	25 (CY)	20 (CZ)	12 (HU)	37 (SI)
Niedrigster Wert in der EU	2 (BG)	5 (BG, RO)	10 (CZ)	4 (RO)	1 (MT)	6 (BG)	3 (PL)	1 (SI)	2 (PL)
Unternehmensgröße (Deutschland)									
10 bis 49 Beschäftigte	11	14	16	10	3	13	6	3	24
50 bis 249 Beschäftigte	19	14	13	12	6	9	7	4	16
250 und mehr Beschäftigte	17	14	13	10	10	7	6	2	20
Wirtschaftszweige (Deutschland)									
Verarbeitendes Gewerbe	16	13	22	7	14	6	9	0	14
Handel	19	13	14	27	5	5	2	0	15
Kredit- und Versicherungs- gewerbe	19	17	1	19	4	10	2	1	27
Grundstücks- und Wohnungs- wesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienst- leistungen für Unternehmen	17	19	6	5	7	14	2	4	26
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	18	17	8	2	5	10	10	3	26
Sonstige Wirtschaftsbereiche	13	9	17	8	4	7	14	9	21
1999 (Deutschland)	9	21	11	11	7	15	4	6	15

Länderkürzel: BG (Bulgarien), CY (Zypern), CZ (Tschechien), DK (Dänemark), GR (Griechenland), HU (Ungarn), MT (Malta), PL (Polen), RO (Rumänien), SI (Slowenien)

Sortierung nach Gesamtanteilsverteilung in Deutschland.

* U. a.: Arbeitstechniken, Kooperationstraining und Gesprächsführung, Arbeitswelt

** Bedienung und Wartung von Produktionsanlagen, Qualitätskontrolle, Entwicklung neuer Produktionsmittel

*** Persönliche Dienstleistungen, Verkehrs- und Sicherheitsdienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich Tourismus, Hotels und Gaststätten

Quelle: Eurostat, CVTS2 (Abrufdatum: 26.08.2010)/CVTS3 (Eurostat – Sonderauswertung vom 24.09.2010) UK (United Kingdom) und NO (Norwegen) wegen begrenzter Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt; FR (Frankreich) und IE (Irland) wegen fehlender/unsicherer Daten.

Fundierte Sprachkenntnisse werden zwar durch die zunehmende Internationalisierung für die Unternehmen immer wichtiger, aber auch immer mehr Beschäftigte verfügen bereits über Kenntnisse in mindestens einer Fremdsprache. Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten und Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes weisen in Deutschland deutlich höhere Anteile für Sprachkurse als andere Unternehmen aus. In diesem Themenfeld dürfte allerdings die individuelle Weiterbildung eine große Rolle spielen, während andere Themenfelder mit einem speziellen betrieblichen Bezug, wie z. B. der Sicherheit am Arbeitsplatz, der Entwicklung neuer Produktionsmittel oder der spezifischen Vermittlung von Arbeitstechniken, sich weniger für eine individuelle Weiterbildung eignen. Insgesamt zeigen sich bei den verschiedenen Themenbereichen der betrieblichen Weiterbildung zum Teil größere Differenzen nach Wirtschaftszweigen, die die unterschiedlichen Anforderungen der Unternehmen widerspiegeln.

(Friederike Behringer, Gudrun Schönfeld)

B1.3 Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen

Die berufliche Fortbildung ist zentraler Bestandteil der Berufsbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Berufliche Fortbildung hat zum Ziel, die berufliche Handlungsfähigkeit zu erhalten oder zu erweitern und beruflich aufzusteigen. Die mittels Fortbildungsordnungen „geregelter“ Fortbildung ist eine besondere Form der beruflichen Weiterbildung, sie weiter auszubauen ist eine wichtige berufsbildungspolitische Aufgabe (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2009, S. 43; Bundesinstitut für Berufsbildung 2003). Die geregelte Fortbildung baut auf der beruflichen (Erst-)Ausbildung auf, soll vorhandene berufspraktische Kenntnisse und Fertigkeiten des Einzelnen erweitern bzw. neuen Entwicklungen anpassen und führt zu einem weiteren anerkannten qualifizierten Abschluss mit neuer Berufsbezeichnung.²²⁵ Die Abschlüsse qualifizieren für gehobene Sach- und Führungsaufgaben in den Betrieben und sind auch im Bildungssystem anschlussfähig. Gemäß §§ 53 f. BBiG können Inhalte der beruflichen Fortbildung einschließlich der Prüfungsregelungen durch Fortbildungsordnungen des Bundesministers für Bildung und Forschung oder, soweit solche bundeseinheitlichen Regelungen nicht erlassen sind, regional durch Fortbildungsprüfungsregelungen der zuständigen Stellen festgelegt werden. Vorausgesetzt werden dabei in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie eine Mindestzeit praktischer Berufstätigkeit. Fortbildungsprüfungen werden durchgeführt zum Nachweis der in Maßnahmen der beruflichen Fortbildung fachlich geeigneter Träger (Betriebe, überbetriebliche Zusammenschlüsse, Kammern etc.) erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten. Diese müssen den Erfordernissen beruflicher Erwachsenenbildung entsprechen.

Nachfolgend werden Ergebnisse der Fortbildungsprüfungsstatistik **E** des Berichtsjahrs 2009 vorge-

225 Große Bedeutung haben die gängigen Abschlüsse wie Fachwirt/Fachwirtin, Fachkaufmann/Fachkauffrau, Betriebswirt/Betriebswirtin oder Meister/Meisterin. Zusätzlich eröffnen geregelte Fortbildungsabschlüsse inzwischen mit Beschluss der Kultusministerkonferenz (6. März 2009) „Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber/-innen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung“ die Aufnahme eines Hochschulstudiums.

stellt.²²⁶ Die Daten sind im Rahmen der Berufsbildungsstatistik von den Statistischen Ämtern gemäß geänderter Vorgaben nach Revision des Berufsbildungsgesetzes erhoben und erstmals auch veröffentlicht worden (vgl. Statistisches Bundesamt 2010c).²²⁷ Die zuständigen Stellen konnten die Angaben zu Fortbildungsprüfungen aufgrund von Übergangsbestimmungen letztmals für das Berichtsjahr 2009 auch als zusammengefasste Tabellendaten (sog. Aggregatdaten) übermitteln. Ab dem Berichtsjahr 2010 entfällt diese Möglichkeit; künftig ist nur noch die Meldung von Individualdatensätzen zulässig. Die Statistik erfasst sämtliche nach BBiG abgelegten Prüfungen in bundeseinheitlich durch Rechtsverordnung geregelten Fortbildungsberufen sowie nach Regelungen der zuständigen Stellen (vgl. **Kapitel B4.1**).²²⁸ Ebenfalls zu den Fortbildungsprüfungen zählen Meisterprüfungen der jeweiligen Ausbildungsbereiche.

E Fortbildungsprüfungsstatistik und Umschulungsprüfungen

Die Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erhebt unter den sonstigen Prüfungsteilnehmern jährlich u. a. die Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen und Umschulungsprüfungen eines Berichtszeitraums (Berichtsjahr ist Kalenderjahr) gegliedert nach weiteren Merkmalen (z. B. Fortbildungsberuf, Ausbildungsbereich, Prüfungserfolg, Geschlecht und Geburtsjahr der Teilnehmer, Wiederholungsprüfung, regionale Merkmale). Die Statistik ist eine Vollerhebung, für die Auskunftspflicht besteht. Gemeldet werden die während des Kalenderjahres abgelegten Fortbildungs-/Meisterprüfungen bzw. Umschulungsprüfungen durch die zuständigen Stellen. Besteht die Fortbildungsprüfung aus mehreren Teilen (z. B. Kursen), werden Prüfung und Teilnehmer/-innen nur dann statistisch erfasst und nachgewiesen, wenn sie sich in der letzten Stufe befinden, nach deren erfolgreichem Abschluss die neue Berufsbezeichnung geführt werden darf. Gezählt werden aber auch

jene Prüflinge, die nicht bestanden haben, sofern keine Wiederholungsmöglichkeit gegeben ist. Es wird zudem erfasst, ob es sich bei der Prüfung um eine Wiederholungsprüfung handelt. Der Prüfungserfolg wird danach unterschieden, ob die Prüfung bestanden oder nicht bestanden bzw. endgültig nicht bestanden worden ist.

Die Rechtsgrundlage der Statistik (§§ 4 und 5 Berufsbildungsförderungsgesetz) blieb für die Erhebungen der Jahre von 1993 bis 2006 unverändert; für diesen Zeitraum liegen somit vergleichbare Daten vor auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kammern. Erhoben wurden danach die Anzahl der Prüfungsfälle, nicht jedoch Prüfungspersonen. Prüflinge, die die Fortbildungsprüfung nicht bestanden haben und später an einer Wiederholungsprüfung teilnahmen (ggf. im selben Jahr), wurden deshalb mehrfach gezählt und dann als Wiederholer ausgewiesen.

Die erfolgte Revision des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) führte zur inhaltlichen und methodischen Umstellung der Berufsbildungsstatistik, die zum April 2007 in Kraft trat (Schmidt 2008). Danach werden ab dem Erhebungsjahr 2007 insbesondere Individualdaten statt Aggregatdaten und teils neue oder Merkmale differenzierter erfasst. Grundsätzlich sind danach die Fortbildungsprüfungen als Einzeldaten zu melden. Während der Umstellungsphase gelten jedoch Übergangsregelungen: So konnten die Angaben zu Fortbildungsprüfungen noch bis zum Berichtsjahr 2009 als aggregierte Summensätze je Fortbildungsberuf gemeldet werden, auch fehlende Angaben für Merkmale sind zulässig.

Da demnach derzeit noch keine Individualdaten zu Fortbildungsprüfungen vorliegen und in der Durchführung der Berufsbildungsstatistik noch Probleme bestehen, sind vorerst tiefer gehende Analysen nicht möglich. Weiterhin ist die Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der für 2009 ermittelten Fortbildungsprüfungsdaten eingeschränkt: So dürfte z. B. für die durchgeführten Prüfungen eher eine Untererfassung vorliegen, da eine Reihe von Kammern dazu keine Meldung gemacht haben. Das gesamte Ausmaß lässt sich erst nach Durchführung weiterer Erhebungen (Berichtsjahre 2010 bzw. 2011) besser einschätzen.

Insgesamt war die Entwicklung der Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen gekennzeichnet durch starke Rückgänge in den Jahren 1992 bis 2002 und eine relative Stabilität in den Folgejahren bis 2005 (vgl.

226 Herangezogen wird dazu im Wesentlichen die Veröffentlichung in Fachserie 11 Reihe 3 „Berufliche Bildung“ des Statistischen Bundesamtes (2010c).

227 Die zum April 2007 in Kraft getretenen Bestimmungen galten ab Erfassung der Fortbildungsprüfungen der Jahre 2007 und folgende. Allerdings wurden keine Daten zu Fortbildungsprüfungen veröffentlicht für die Erhebungsjahre 2007 und 2008; vgl. Statistisches Bundesamt 2008, S. 11 zu den Gründen.

228 Vgl. dazu die Ausführungen in § 53 BBiG bzw. § 42 HwO. Sofern keine bundeseinheitliche Regelung vorliegt, können die zuständigen Stellen nach § 54 bzw. § 42a HwO für ihren regionalen Bereich Inhalt, Ziel, Anforderungen, das Prüfungsverfahren sowie die Zulassungsvoraussetzung eigenständig regeln.

BIBB-Datenreport 2009, Kapitel B5.1). Im Berichtsjahr 2009 wurden insgesamt 106.341 Prüfungsteilnahmen gezählt. Die Zahl der männlichen Prüflinge betrug 68.502 (Anteil: 64,4%), die der Frauen 37.839, was einem Anteil von 35,6 % ergibt. Damit liegt der Anteil der Teilnahmen von Frauen an den Fortbildungsprüfungen im Jahr 2009 ähnlich wie auch 2006 (35,7 %) geringfügig über dem des Jahres 2005 (34,8 %). Von insgesamt 83.950 bestandenen Prüfungen entfallen mit 55.385 nahezu zwei Drittel auf Männer und 28.565 auf Frauen → **Tabelle B1.3-1**.

Deutlich auseinander lagen im Berichtsjahr 2009 auch die Anteile von Frauen an den Prüfungsteilnahmen der einzelnen Ausbildungsbereiche. Frauen stellen einerseits mehr als 90 % der Fortbildungsprüflinge in den Bereichen Hauswirtschaft oder freie Berufe, aber nur rund ein Fünftel im Landwirtschafts- (24,1 %) bzw. Handwerksbereich (19,5 %). Differenziert nach Ausbildungsbereichen wurden im Jahr 2009 rund 98.000 oder mehr als 90 % aller Fortbildungsprüfungen in den Bereichen Industrie und Handel (61.734 bzw. 58,1 %) sowie Handwerk (36.113 bzw. 34,0 %) abgelegt. Es folgen die freien Berufe mit 4.653 durchgeführten Prüfungen, gefolgt vom öffentlichen Dienst (1.978); 1.659 Fortbildungsteilnahmen meldeten die zuständigen Stellen des Bereichs Landwirtschaft, in der Hauswirtschaft waren es nur 214 Teilnahmen.

Dabei liegen die für das Berichtsjahr 2009 insgesamt gemeldeten Teilnahmen an Fortbildungsprüfungen um rund 14.000 Prüfungsfälle unter denen des Jahres 2006 (120.433), dem letzten Jahr vor der Umstellung der Statistik. Besonders große relative Differenzen errechnen sich für die Bereiche Hauswirtschaft (-55 %) und öffentlicher Dienst (-31 %). Liegt der Rückgang in diesen Bereichen noch im dreistelligen Bereich, fällt das Minus mit rund 12.600 gemeldeten Prüfungsteilnahmen im Handwerk auch absolut deutlich aus (-26 %). Grundsätzlich zu beachten ist allerdings beim zeitlichen Vergleich der Fortbildungsprüfungsdaten: Stets nur eingeschränkt gegeben ist infolge der Neukonzeption der Statistik die Vergleichbarkeit der Ergebnisse bis Berichtsjahr 2006 und nach der Umstellung für die folgenden Jahre ab 2007. Außerdem dürfte im Berichtsjahr 2009 eher eine Untererfassung der

insgesamt durchgeführten Fortbildungsprüfungen vorliegen: So hat eine Reihe von Kammern hierzu keine Angaben übermittelt.²²⁹ Andererseits ist die Zahl der Prüfungsteilnahmen im Bereich Industrie und Handel teilweise überhöht, da von einigen Kammern dieses Bereichs auch Teilprüfungen (als nicht bestandene Prüfung) gemeldet worden sind.²³⁰

→ **Tabelle B1.3-2** zeigt für das Berichtsjahr 2009 die unterschiedliche Größenordnung bei den Teilnahmen und der bestandenen Fortbildungsprüfungen für die alten Länder und neuen Länder einschließlich Berlin. Mit 19.300 in den neuen Ländern bzw. 87.041 in den alten Ländern sind vier Fünftel (82 %) der insgesamt gezählten Fortbildungs-/Meisterprüfungen in Westdeutschland durchgeführt worden. Derselbe Anteilswert von 82 % ergibt sich auch für die erfolgreich bestandenen Fortbildungsprüfungen, wo die zuständigen Stellen 15.160 Prüfungsabschlüsse für die neuen Länder und 68.790 für die alten Länder übermittelt haben. Abgesehen vom öffentlichen Dienst und Hauswirtschaft, liegen die Anteilswerte der Prüfungsteilnahmen der alten Länder für die meisten Ausbildungsbereiche nahe dem Mittelwert von 82 %, obwohl eine große Spannweite hinsichtlich der Zahl der Teilnahmen sichtbar ist. Überdurchschnittlich ist im öffentlichen Dienst mit 633 Teilnahmen oder 32 % der Anteil der neuen Länder an den Fortbildungs-/Meisterprüfungen; 11 abgelegte Prüfungen in der Hauswirtschaft bedeuten dagegen einen Anteil von lediglich 5 %.

Hinsichtlich des Prüfungserfolgs bei den Fortbildungsprüfungen lässt sich für die Landesteile Folgendes feststellen → **Tabelle B1.3-2**: Im Jahr 2009 liegt der Anteil insgesamt bestandener Fortbildungsprüfungen in den alten Ländern mit 79,0 % und 78,5 % in den neuen Ländern nahe beieinander. Vergleichbares gilt auch für den Anteil der Erfolgreichen der Zuständigkeitsbereiche Industrie und Handel (alte Länder: 68,9 %; neue Länder: 66,8 %), Handwerk (95,1 % zu 92,5 %) und freie Berufe

229 Die Meldeausfälle auf Kammerebene betreffen überwiegend die Bereiche Handwerk sowie Industrie und Handel.

230 Da dies in die Berechnung der Erfolgsquote eingeht, liegt als Folge der Anteil bestandener Prüfungen im IH-Bereich mit 68,6 % deutlich unter der Erfolgsquote von 78,9 % der Fortbildungsprüfungen insgesamt bzw. der anderer Ausbildungsbereiche; vgl. dazu Statistisches Bundesamt 2010c, S. 112.

Tabelle B1.3-1: Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2005 bis 2009 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht*

	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen			Anzahl: mit bestandener Prüfung		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Fortbildungs-/Meisterprüfungen insgesamt¹						
2005	125.073	81.515	43.558	100.280	67.581	32.699
2006	120.433	77.457	42.976	96.526	63.846	32.680
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	106.341	68.502	37.839	83.950	55.385	28.565
Industrie und Handel^{2, 3}						
2005	66.823	39.490	27.333	46.645	28.466	18.179
2006	60.961	35.157	25.804	42.517	25.154	17.363
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	61.734	37.061	24.673	42.348	25.928	16.420
Handwerk						
2005	47.737	38.480	9.257	44.942	36.251	8.691
2006	48.762	38.817	9.945	45.270	35.979	9.291
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	36.113	29.076	7.037	34.131	27.458	6.673
Öffentlicher Dienst⁴						
2005	2.991	1.270	1.721	2.694	1.130	1.564
2006	2.851	1.245	1.606	2.538	1.066	1.472
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	1.978	763	1.215	1.814	702	1.112
Landwirtschaft						
2005	2.011	1.627	384	1.667	1.333	334
2006	2.124	1.717	407	1.723	1.382	341
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	1.659	1.260	399	1.361	1.029	332
Freie Berufe⁴						
2005	4.989	643	4.346	3.965	398	3.567
2006	5.256	515	4.741	4.119	259	3.860
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	4.643	341	4.302	4.131	267	3.864
Hauswirtschaft						
2005	522	5	517	367	3	364
2006	479	6	473	359	6	353
2007	–	–	–	–	–	–
2008	–	–	–	–	–	–
2009	214	1	213	165	1	164

* Durch die Neukonzeption der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt. Für die Berichtsjahre 2007 und 2008 wurden keine Daten zu Fortbildungs-/Meisterprüfungen veröffentlicht.

¹ Vgl. auch die Einschränkungen in Fußnote 3; das gesamte Ausmaß der Abweichungen lässt sich nicht angeben.

² Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

³ Die Zahl der Teilnahmen des Bereichs ist einerseits überhöht, da von einigen Kammern auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet wurden. Andererseits liegt für 2009 keine vollständige Erfassung vor, da verschiedene Kammern hierzu keine Meldung gemacht haben.

⁴ Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3, Berichtszeitraum 2009; Zusammenstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle B1.3-2: Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2009 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder*

Ausbildungsbereiche	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen		darunter mit bestandener Prüfung		Anteil bestandene Prüfungen in %	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
Fortbildungsprüfungen insgesamt	87.041	19.300	68.790	15.160	79,0	78,5
Industrie und Handel ^{1,2}	51.756	9.978	35.681	6.667	68,9	66,8
Handwerk	28.435	7.678	27.030	7.101	95,1	92,5
Öffentlicher Dienst ³	1.345	633	1.299	515	96,6	81,4
Landwirtschaft	1.455	204	1.181	180	81,2	88,2
Freie Berufe ³	3.847	796	3.437	694	89,3	87,2
Hauswirtschaft	203	11	162	3	79,8	27,3

* Alte Länder ohne Berlin, neue Länder einschließlich Berlin.

¹ Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

² Die Zahl der Teilnahmen des Bereichs ist einerseits überhöht, da von einigen Kammern auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet wurden. Andererseits liegt keine vollständige Erfassung für 2009 vor, da einzelne Kammern hierzu keine Meldung gemacht haben.

³ Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3, Berichtszeitraum 2009; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

(89,3 % zu 87,2 %). Deutliche regionale Unterschiede in der Erfolgsquote gibt es jedoch in den Bereichen öffentlicher Dienst (alte Länder: 96,6 %; neue Länder: 81,4 %) und Landwirtschaft, wo in den neuen Ländern der Fortbildungsabschluss mit 88,2 % häufiger erreicht wurde als in den alten Ländern (81,2 %).²³¹

→ **Tabelle B1.3-3** gibt weiteren Einblick in Ausmaß und Strukturen geregelter beruflicher Fortbildung (Berichtsjahr 2009) für die Ausbildungsbereiche. Sichtbar wird erstens mit Blick auf die Teilnahmehzahlen die große Bedeutung einzelner Prüfungsgruppen, die im fünfstelligen Bereich liegen, wie Fachkaufleute (10.392 Teilnahmen) bzw. Fachwirte (21.654) in Industrie und Handel sowie der Industriemeister/-in bzw. der Handwerksmeister/-in (19.666). In der Gruppe der Fachkaufleute (IH-Bereich) sind 7 von 10 der Prüflinge weiblich, bei den Fachwirten stellen Frauen die Hälfte (50,7 %). Dagegen fällt der Anteil der Prüfungsteilnehmerinnen vieler gewerblicher Fortbildungsberufe deutlich ab – in der Gruppe Handwerksmeister/-in erreicht der Frauenanteil beispielsweise 19,3 %, bei den In-

dustriemeistern lediglich 3,7 %. Zweitens wiederholten viele Prüfungsteilnehmer/-innen, die beim ersten Versuch scheitern, die Fortbildungs-/Meisterprüfung, um den gewünschten weiterführenden Berufsabschluss zu erreichen. So wurden im Berichtsjahr insgesamt 14.243 Wiederholungsprüfungen gezählt; deren Anteil an allen Fortbildungsprüfungen lag damit bei rund 13 %. Außerdem stehen Anteil der Wiederholer und Prüfungserfolgsquote in einem Zusammenhang. Für sämtliche Ausbildungsbereiche errechnet sich für das Jahr 2009 eine durchschnittliche Erfolgsquote von 78,9 %.²³² Dabei liegt 2009 die Erfolgsquote in den Bereichen Handwerk (94,5 %), öffentlicher Dienst (91,7 %) und freie Berufe (89,0 %) deutlich über dem Durchschnittswert der Ausbildungsbereiche. Der Anteil der Wiederholer in diesen Bereichen ist demnach auch recht gering. Seltener erreichen im ersten Anlauf offenbar Prüflinge des Bereichs Industrie und Handel den angestrebten Fortbildungsabschluss. Unterdurchschnittlich fällt demnach auch die Erfolgsquote im Bereich

²³¹ Der Unterschied in der Hauswirtschaft ist vor allem aufgrund der geringen Fallzahl für die neuen Länder (n = 11) statistisch wenig aussagekräftig.

²³² Da es sich hierbei um Prüfungsfallzahlen eines Jahres handelt, gibt diese Quote jedoch nicht an, wie viele Personen eine Fortbildungsprüfung erfolgreich abgelegt haben (einige Personen werden aufgrund wiederholter Prüfungen mehrfach gezählt).

Tabelle B1.3-3: Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen und Prüfungserfolg 2009 nach Bereich und ausgewählte Prüfungsgruppen

	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen				darunter mit bestandener Prüfung	Erfolgs- quote	Anteil Wiederholer
	Männer	Frauen	Insgesamt	darunter Wieder- holungs- prüfungen			
	Anzahl						
Industrie und Handel ¹	37.061	24.673	61.734	10.383	42.348	68,6	16,8
<i>darunter:</i>							
Fachkauffleute – Industrie und Handel	3.286	7.106	10.392	2.258	6.553	63,1	21,7
Fachwirte – Industrie und Handel	10.682	10.972	21.654	4.368	13.753	63,5	20,2
Industriemeister/-innen	10.186	393	10.579	1.237	7.944	75,1	11,7
Handwerk	29.076	7.037	36.113	3.081	34.131	94,5	8,5
<i>darunter:</i>							
Handwerksmeister/-innen	15.872	3.794	19.666	2.351	19.085	97,0	12,0
Öffentlicher Dienst	763	1.215	1.978	87	1.814	91,7	4,4
Landwirtschaft	1260	399	1.659	127	1.361	82,0	7,7
Freie Berufe	341	4.302	4.643	533	4.131	89,0	11,5
Hauswirtschaft	1	213	214	32	165	77,1	15,0
Alle Bereiche	68.502	37.839	106.341	14.243	83.950	78,9	13,4

¹ Die Anzahl der Teilnahmen ist überhöht, da von einigen Kammern auch Teilprüfungen (als nicht bestanden) gemeldet wurden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3, 2009; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Industrie und Handel²³³ wie auch der betreffenden kaufmännischen Fortbildungsprüfungsgruppen aus; rund zwei Drittel der Fortbildungsprüfungen führen hier zum Abschluss. Andererseits finden sich hier mit Werten um 20 % auch die höchsten Anteile von Wiederholern.

Umschulungsprüfungen im Berichtsjahr 2009

Aufgabe der beruflichen Umschulung ist gemäß § 1 Abs. 5 BBiG, durch geeignete Maßnahmen die berufliche Neuorientierung bereits Berufstätiger zu fördern und sie für eine andere berufliche Tätigkeit zu

befähigen.²³⁴ Umschulungsregelungen können bundeseinheitlich vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie durch die zuständige Stelle erlassen werden (§§ 58 f. BBiG). Sie regeln Inhalt, Art, Ziel und Dauer der Umschulungsmaßnahme und sollen besonderen Erfordernissen der beruflichen Erwachsenenbildung genügen. Umschüler können sowohl im dualen System als auch in entsprechenden Fördereinrichtungen ausgebildet werden. Die Agentur für Arbeit kann Teilnehmende an Umschulungen etwa durch sog. Bildungsgutscheine fördern. Abschließende Umschulungsprüfungen dienen zur Feststellung von Kenntnissen und Fertigkeiten, die durch berufliche Umschulung erworben wurden.

²³³ Allerdings ist dies auch darauf zurückzuführen, dass laut Hinweis des Statistischen Bundesamts die zuständigen Stellen dieses Bereiches ebenfalls für das Jahr 2009 zusätzlich die durchgeführten Teilprüfungen, und zwar „als nicht bestanden“, gemeldet haben. Dadurch wird die Zahl der Teilnahmen und damit der Nenner für die Berechnung des Erfolgsanteils überhöht, was rechnerisch eine geringere Erfolgsquote als Folge hat.

²³⁴ Eine vorherige berufliche Ausbildung ist allerdings nicht notwendig, der Umschüler kann z. B. vorher als Ungelernter tätig gewesen sein. Anders als bei der Nachqualifizierung soll im Rahmen einer beruflichen Neuorientierung ein Beruf mit einem anderen Inhalt erlernt werden.

Tabelle B1.3-4: Teilnahmen an Umschulungsprüfungen 2009 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder*

Ausbildungs- bereich	Teilnahmen an Umschulungsprüfungen			darunter mit bestandener Prüfung			Anteil bestandene Prüfungen in %		
	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder	Bundesgebiet	Alte Länder	Neue Länder
Industrie und Handel ¹	18.240	12.600	5.640	15.242	10.665	4.577	83,6	84,6	81,2
Handwerk	1.794	1.223	571	1.646	1.152	494	91,8	94,2	86,5
Öffentlicher Dienst ²	298	172	126	250	139	111	83,9	80,8	88,1
Landwirtschaft	134	89	45	108	70	38	80,6	78,7	84,4
Freie Berufe ²	567	332	235	499	297	202	88,0	89,5	86,0
Hauswirtschaft	6	5	1	6	5	1	100,0	100,0	100,0
Insgesamt	21.039	14.421	6.618	17.751	12.328	5.423	84,4	85,5	81,9
<i>nachrichtlich:</i>									
Frauen	7.266	4.898	2.368	6.132	4.207	1.925	84,4	85,9	81,3
Männer	13.773	9.523	4.250	11.619	8.121	3.498	84,4	85,3	82,3

* Alte Länder ohne Berlin, neue Länder einschließlich Berlin.

¹ Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

² Ohne Prüfungen, die nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 3, Berichtszeitraum 2009; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Sie werden von den zuständigen Stellen entweder in anerkannten Ausbildungsberufen oder in anderen Berufen durchgeführt.²³⁵

Im Berichtsjahr 2009 nahmen rund 21.000 Personen an Prüfungen im Rahmen von Umschulungsmaßnahmen teil → **Tabelle B1.3-4**. Einer Prüfung unterzogen sich rund 14.400 Männer und Frauen in den alten Ländern und rund 6.600 in den neuen Ländern. Frauen stellen damit, wie seit Jahren, etwas mehr als ein Drittel der Prüfungsteilnehmer. Fast durchweg erfolgten die Umschulungen in anerkannten Ausbildungsberufen. Mit 18.240 gemeldeten Prüfungen (86,7 %) hat der Bereich Industrie und Handel auch weiter eine Spitzenstellung inne. Als bestandene Prüfungen sind fast 18.000 Umschulungsprüfungen von den zuständigen Stellen gezählt worden;

der Anteil Erfolgreicher beträgt somit 84,4 % und liegt auf dem Stand früherer Jahre. Frauen erreichen insgesamt den Umschulungsabschluss ähnlich häufig wie Männer (84,4 %); auch in den Landesteilen gibt es nur geringe Unterschiede nach Geschlecht. Ferner übertrifft der Anteil bestandener Prüfungen mit 85,5 % in den alten Ländern den der neuen Länder (81,9 %). Wie → **Tabelle B1.3-4** weiter ausweist, liegt der Anteil der erfolgreich abgelegten Umschulungsprüfungen in den einzelnen Ausbildungsbereichen fast durchweg über 80 %. Überdurchschnittliche Erfolgsanteile erzielen hier die Bereiche freie Berufe (88,0 %) und besonders das Handwerk (91,8 %); im Handwerk wird in den alten Ländern mit 94,2 % der Spitzenwert erreicht, in den neuen Ländern liegt der Erfolgsanteil bei 86,5 %. Dagegen wird im öffentlichen Dienst in den neuen Ländern der Umschulungsabschluss deutlich häufiger als in den alten Ländern erreicht (88,1 % zu 80,8 %).

(Hermann Herget)

²³⁵ Richten sich diese Regelungen auf die Umschulung für einen anerkannten Ausbildungsberuf, so sind einige für die Berufsausbildung geltende Vorschriften zugrunde zu legen, z. B. Ausbildungsbildungs-, -rahmenplan oder Prüfungsanforderungen (§ 60 BBiG).

B2 Weiterbildungsanbieter

B2.1 Weiterbildungsanbieter: Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2010

B2.1.1 Geschäftsklima und Anbieterstrukturen im Fokus des wbmonitor 2010

Der **wbmonitor**, der gemeinsam vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) getragen wird, führt jährlich im Mai eine bundesweite Online-Umfrage bei Weiterbildungsanbietern durch **E**. Neben einem jährlich wechselnden Themenschwerpunkt werden identische Fragen zur wirtschaftlichen Situation sowie zu den Strukturen und Leistungen der Weiterbildungsanbieter gestellt.

An der Erhebung 2010 nahmen 1.672 Weiterbildungseinrichtungen teil. Dies sind knapp 11 % der kontaktierten Grundgesamtheit des **wbmonitor** von rund 15.750 Weiterbildungsanbietern in Deutschland. Die Angaben der Umfrageteilnehmer/-innen wurden auf die Grundgesamtheit gewichtet und hochgerechnet. Die Umfrageergebnisse besitzen somit Gültigkeit für alle im **wbmonitor** erfassten Weiterbildungsanbieter.²³⁶

Als Indikator für die wirtschaftliche Situation von Weiterbildungsanbietern berechnet das BIBB jährlich aus den Umfrageergebnissen den **wbmonitor** Klimawert. **E**

E wbmonitor Umfragen

wbmonitor wird seit 2006 gemeinsam von BIBB und DIE verantwortet und – infolge der Kooperation – auf neuer konzeptioneller Grundlage fortgeführt (Feller u. a. 2009). Zuvor konzentrierte sich der 2001 vom BIBB initiierte **wbmonitor** ausschließlich auf Anbieter beruflicher Weiterbildung.

Der **wbmonitor** wendet sich an alle institutionalisierten oder betrieblich verfassten Anbieter, die Weiterbildung als Haupt- oder Nebenaufgabe regelmäßig oder wiederkehrend offen zugänglich anbieten. Es wird ein Betriebsstättenkonzept verfolgt, wonach jede Niederlassung als eigener Anbieter behandelt wird.²³⁷ Als Weiterbildung gilt ein organisiertes Bildungsangebot, das sich an ausgebildete oder erfahrene Erwachsene richtet. Zielt es darauf ab, beruflich verwertet zu werden, zählt es zur beruflichen, anderenfalls zur allgemeinen Weiterbildung.

Bei den seit 2007 online durchgeführten Umfragen, zu denen im **wbmonitor** verzeichnete Weiterbildungsanbieter eingeladen sind, werden den Teilnehmenden jährlich Standardfragen (realisiertes Kursangebot, Organisationsbedingungen, Zukunftsaussichten) gestellt, die der Charakterisierung der Anbieter- und Angebotsstrukturen dienen und aus denen zur Kennzeichnung von Stand und Perspektive der Weiterbildungslandschaft u. a. der **wbmonitor** Klimawert abgeleitet wird (Feller 2008). Zusätzlich wird ein wechselnder Themenschwerpunkt zu aktuellen Entwicklungen in der Weiterbildung behandelt.

Klimawert Berechnungsmodus

Nach Gewichtung anhand der im Vorjahr geleisteten Unterrichtsstunden des jeweiligen Anbieters werden die Differenzen zwischen positiven und negativen Urteilen über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und die Differenzen zwischen positiven und negativen Erwartungen für die nächsten 12 Monate ermittelt. Aus den so gebildeten Salden wird analog dem geometrischen Mittel der Klimawert berechnet.²³⁸ Er kann Werte zwischen -100 und +100 annehmen und ist eine konzeptuelle Adaption des ifo Geschäftsklimas.

Das Geschäftsklima in der Weiterbildungsbranche ist 2010 noch positiv, aber wie im Vorjahr rückläufig

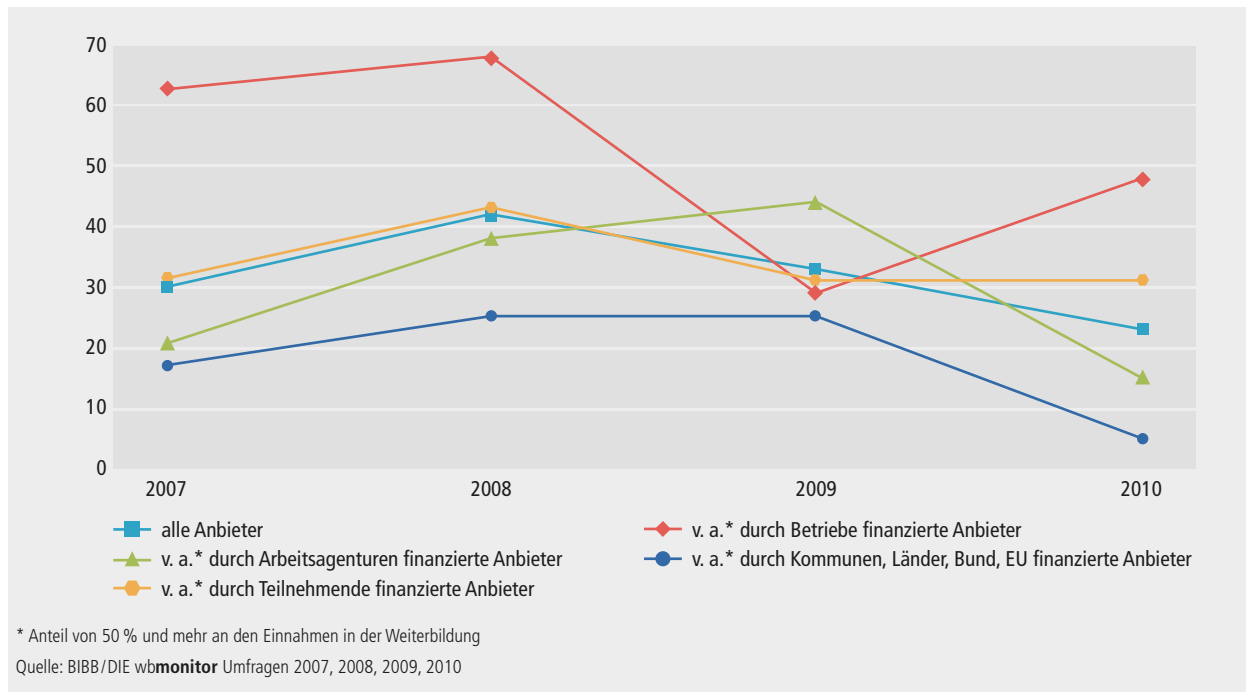
Mit einem Wert von +23 ist der **wbmonitor** Klimawert 2010 nach wie vor positiv, aber zum zweiten Mal in Folge gesunken und hat sich seit dem

236 Weitere Informationen zur Umfrage 2010 siehe <http://www.bibb.de/de/55049.htm>.

237 Näheres zu den Begriffsdefinitionen unter <http://www.wbmonitor.de>.

238 Der **wbmonitor** Klimawert ergibt sich aus der Beziehung „WK = (((Saldo Lage + 200) * (Saldo Erwartung + 200)) ** 0,5) – 200“. Zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm werden die Salden jeweils um eine ergebnisneutrale Konstante von 200 erhöht.

Schaubild B2.1.1-1: Entwicklung des Geschäftsklimas 2007 bis 2010



Höchststand von 42 im Jahr 2008 nahezu halbiert
→ **Schaubild B2.1.1-1**.

Während die aktuelle Lage noch vergleichsweise positiv mit +32 beurteilt wird, spricht aus dem Erwartungswert für das kommende Jahr von +14 ein lediglich verhaltener Zukunftsoptimismus → **Tabelle B2.1.1-1**. Abgemildert wird der Abschwung in der Weiterbildung durch parallel mit der konjunkturellen Erholung wieder gestiegene Investitionen der Betriebe: Weiterbildungsanbieter, die sich zu mindestens der Hälfte ihrer Einnahmen von Betrieben finanzieren, konnten ihren Klimawert um 19 Punkte auf +48 steigern. Diese Anbieter erwarten auch für die nächsten 12 Monate eine glänzende Geschäftsentwicklung. Überwiegend öffentlich finanzierte Anbieter wie etwa Volkshochschulen stehen dagegen unter Druck. Ihr Geschäftsklima ist mit +5 lediglich noch knapp positiv, und für die Zukunft wird eine weitere Verschlechterung erwartet. Offensichtlich machen sich für diese klamme öffentliche Kassen, insbesondere der Kommunen, negativ bemerkbar.

Stark verschlechtert hat sich das Klima auch bei Anbietern, die in ihrer Finanzierung stark von den

Arbeitsagenturen/ARGen abhängig sind: Im Vorjahr hatten sie noch von krisenbedingten, kompensatorischen Investitionen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der ARGen profitiert (Koscheck 2009), 2010 bekommen sie nun deutlich rückläufige Eintrittszahlen in Maßnahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung zu spüren, insbesondere im Rechtskreis SGB III (Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit)²³⁹. Ihr Klimawert ist um 30 Punkte auf +15 gesunken, und auch für das kommende Jahr wird kaum eine Verbesserung erwartet.

In den neuen Ländern weisen 2010 erstmalig Anbieter ein – wenngleich geringfügig – besseres Geschäftsklima auf als Anbieter, die in den alten Ländern ansässig sind. Zurückzuführen ist dies vermutlich darauf, dass die neuen Länder geringer von der Wirtschaftskrise betroffen waren (Institut der Deutschen Wirtschaft Köln 2010), betriebliche Investitionen somit offensichtlich weniger stark reduziert wurden und Anbietern zugleich kompensatorische staatliche Investitionen zugutekamen. Entsprechend

239 Vgl. <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Zeitreihen/zu-den-Produkten-Nav.html>.

Tabelle B2.1.1-1: Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2010

		Klimawert	Lage- beurteilung	Erwartung in einem Jahr	Angaben zur Lage
		gemittelt aus Lage und Erwartung	Saldo* positiv/negativ	Saldo* besser/ schlechter	Anzahl (hochgerechnet)
Alle Anbieter		23	32	14	12.741
Art der Einrichtung	kommerziell privat	32	26	39	4.144
	gemeinnützig privat	20	39	3	1.771
	Bildungseinrichtung eines Betriebes	33	39	27	511
	berufliche Schule	35	49	21	743
	Volkshochschule	2	19	-14	2.064
	(Fach-)Hochschule, Akademie	12	20	5	315
	wirtschaftsnah (Kammer, Innung, Berufsverband u. Ä.)	55	69	41	1.010
	Einrichtung einer Kirche, Partei, Gewerk- schaft, Stiftung, eines Verbandes, Vereins	13	24	2	1.542
Angestellte/Beamte in der Weiterbildung	0 bis 9	23	28	19	8.575
	10 bis 49	16	29	5	3.127
	50 und mehr	38	55	23	808
Einnahmen/Zuwendung von Teilnehmenden	keine Einnahmen	23	27	20	2.038
	bis 25 %	24	34	15	4.647
	26 % bis 49 %	12	27	-1	2.063
	50 % und mehr	31	38	24	3.588
Einnahmen/Zuwendungen von Betrieben	keine Einnahmen	10	22	0	4.252
	bis 25 %	20	34	7	4.455
	26 % bis 49 %	40	48	33	955
	50 % und mehr	48	40	55	2.673
Einnahmen/Zuwendungen von Arbeitsagenturen	keine Einnahmen	18	24	11	6.324
	bis 25 %	38	49	28	3.135
	26 % bis 49 %	19	33	6	866
	50 % und mehr	15	25	6	2.010
Einnahmen/Zuwendungen von Kommunen, Ländern, Bund, EU	keine Einnahmen	38	40	36	4.910
	bis 25 %	28	36	20	3.843
	26 % bis 49 %	4	24	-14	1.722
	50 % und mehr	5	19	-7	1.860
Umsatz der Einrichtung	1 bis 10 Tsd. Euro	10	-7	27	581
	10 bis 100 Tsd. Euro	22	23	22	2.394
	100 Tsd. bis 1 Mio. Euro	19	27	11	4.743
	1 Mio. bis 10 Mio. Euro	21	35	8	3.193
	10 Mio. und mehr Euro	42	50	34	451
Zum Vergleich	ifo Dienstleistungsgewerbe	15	18	12	–

* Der Saldo ist die Differenz der positiven und negativen Anteilswerte mit einer theoretischen Spanne von +100 bis -100.

Quelle: BIBB/DIE wbm^{monitor} Umfrage 2010, hochgerechnete Werte auf Basis von n = 1.289 gültigen Angaben

ist der Lagewert um 11 Punkte höher als in den alten Ländern. Die Zukunftserwartung ist in den neuen Ländern jedoch gedämpfter, in erster Linie bedingt durch die rückläufigen Ausgaben der Arbeitsagenturen, von denen die Anbieter hier finanziell wesentlich stärker abhängig sind (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.1.2).

Strukturinformationen aus der wbmonitor Umfrage 2010

Anbietertyp

Die Anbieterstruktur der Teilnehmer am **wbmonitor** ist sehr stabil. Wie in den Vorjahren sind knapp die Hälfte der Teilnehmer an der Umfrage private Einrichtungen (davon 33 % kommerzielle und 15 % gemeinnützige), 14 % sind Volkshochschulen. Betriebliche und wirtschaftsnahe Einrichtungen sowie Einrichtungen gesellschaftlicher Großgruppen (Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Vereine, Stiftungen) stellen jeweils 12 %. 10 % entfallen auf berufliche Schulen und (Fach-)Hochschulen und 5 % auf sonstige Anbietertypen. Die Abweichungen zu 2009 betragen nicht mehr als 2 Prozentpunkte.

Personal und Personalentwicklung 2010

Nach Größe, gemessen an der Zahl des fest angestellten Personals in der Weiterbildung, dominieren kleine und mittelgroße Einrichtungen: 56 % haben weniger als 10 Angestellte/Beamte, jede vierte beschäftigt zwischen 10 und 49 Angestellte/Beamte, und lediglich 4 % haben 100 und mehr Angestellte/Beamte. 10 % der Anbieter hatten zum Befragungszeitpunkt gar keine fest angestellten Mitarbeiter/-innen. Die Beschäftigung von Honorarkräften ist ein Kennzeichen der Weiterbildungsbranche: 87 % aller Anbieter setzen solche ein. 10 % haben sogar 250 und mehr Honorarkräfte. Ehrenamtlich Tätige haben dagegen lediglich 25 % der Anbieter, und dies zahlenmäßig auch in deutlich geringerem Umfang.

Angesichts der Verschlechterung des Geschäftsklimas 2010 ist die Einschätzung der Einrichtungen zur Personalentwicklung in diesem Jahr verhalten. Bei

den Angestellten/Beamten wollen per Saldo²⁴⁰ (-4) etwas mehr Betriebe Personal abbauen als neu einstellen. Dafür sollen mehr Honorarkräfte (Saldo +6) und mehr ehrenamtlich Tätige (Saldo +2) eingesetzt werden.

Umsatz und Umsatzanteil der Weiterbildung

40 % der Einrichtungen erzielten 2009 einen Gesamtumsatz zwischen 100.000 und 1 Million Euro, 30 % zwischen 1 Million und 10 Millionen Euro. Etwas über 4 % erreichen einen Umsatz über 10 Millionen Euro. Bei immerhin mehr als einem Viertel der Anbieter lag der Umsatz unter 100.000 Euro.

Hinsichtlich des Umsatzanteiles von Weiterbildung verteilen sich die Anbieter auf drei nahezu gleich große Gruppen: Ein Drittel der Anbieter ist ausschließlich in der Weiterbildung tätig. Ein weiteres Drittel erwirtschaftet mit Weiterbildung immerhin mehr als die Hälfte ihres Gesamtumsatzes. Beim letzten Drittel trägt die Weiterbildung weniger als die Hälfte zum Umsatz bei.

Einnahmestruktur 2009 und Veränderung gegenüber dem Vorjahr

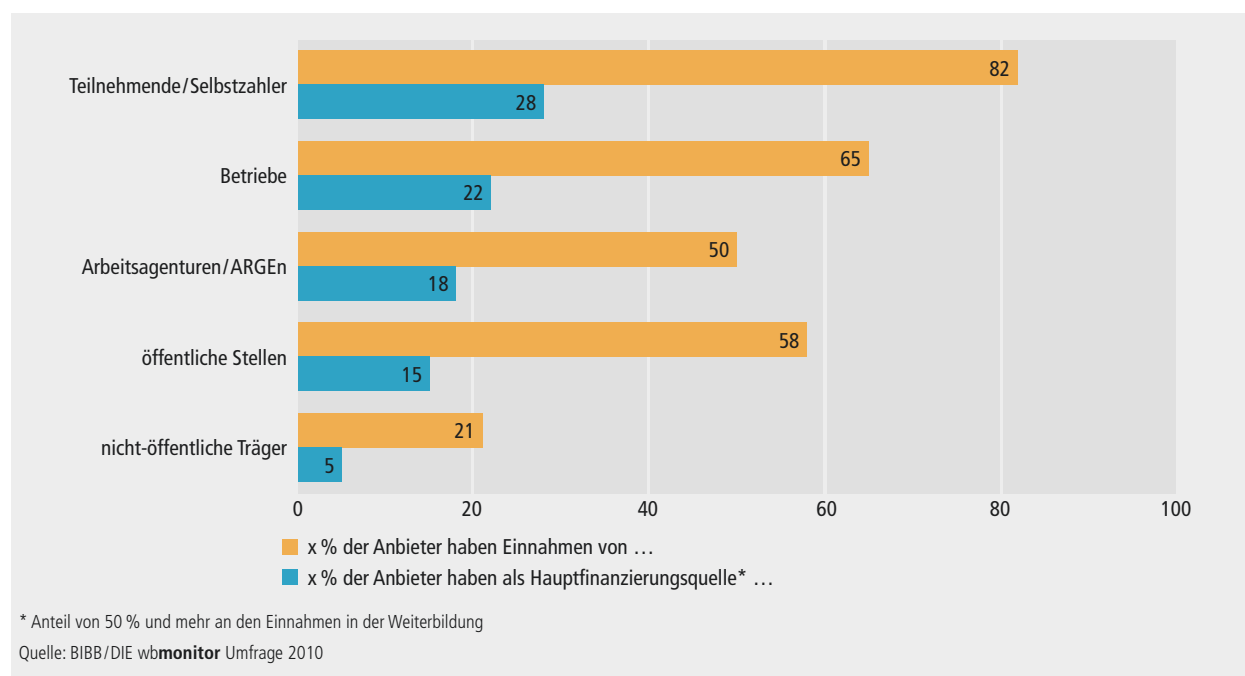
2009 erhielten so gut wie alle Weiterbildungsanbieter ihre Einnahmen von *fünf Finanziers*: von Teilnehmenden/Selbstzahlern, Betrieben, Arbeitsagenturen, öffentlichen Stellen (Kommunen, Ländern, Bund, EU) und nicht-öffentlichen Trägern der Einrichtung → **Schaubild B2.1.1-2**.

Die Finanzierung der Anbieter setzt sich häufig aus mehreren dieser Finanzquellen zusammen, da aufgrund von Marktschwankungen die Abhängigkeit von einer einzigen riskant ist. So liegt der höchste Anteil an Anbietern, die sich nur auf eine Finanzierungsquelle stützen, knapp unter 5 %, und zwar bei Einrichtungen, die ausschließlich Weiterbildung für Betriebe anbieten.

Die *wichtigste Finanzierungsquelle* stellen für Weiterbildungsanbieter die Teilnehmenden bzw. Selbst-

²⁴⁰ Der Saldo ist die Differenz der positiven und negativen Anteilswerte mit einer theoretischen Spanne von +100 bis -100.

Schaubild B2.1.1-2: Finanzierungsquellen der Weiterbildungsanbieter 2009



zahler dar. 82 % der Anbieter bedienen diese Kundengruppe, und 28 % erhalten von diesen mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen. An zweiter Stelle stehen die Betriebe, die rund zwei Drittel der Einrichtungen im Portfolio haben. 22 % erzielen mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen mit dieser Kundengruppe. Die ARGEn (z. B. über Trainingsmaßnahmen und Bildungsgutscheine), von denen jeder zweite Anbieter Einnahmen erzielt, kommen an dritter Position. 18 % der Anbieter sind in ihrer Finanzierung zu mehr als der Hälfte von diesen abhängig. Es folgen öffentliche Stellen, von denen rund 60 % der Weiterbildner Einnahmeanteile beziehen, für 15 % sind sie sogar die Hauptfinanzierungsquelle. Nicht-öffentliche Träger von Weiterbildungseinrichtungen kommen an fünfter Position. 21 % aller Einrichtungen erhalten von diesen Zuwendungen, die aber in der Regel weniger als ein Viertel der Finanzierung abdecken.

Weiterbildungsanbieter hatten 2009 gegenüber 2008 per Saldo Einnahmewachse von ARGEn (+13 %) und von Teilnehmenden/Selbstzahlern (+10 %). Unverändert geblieben waren die Einnahmen von Betrieben und von öffentlichen Stellen, per Saldo

leicht rückläufig waren die Zuwendungen von ihren Trägern (-4 %).

Alte und neue Länder – Strukturvergleich

In den alten Ländern erzielen jeweils rund doppelt so viele Anbieter mehr als die Hälfte ihrer Einnahmen mit Teilnehmenden/Selbstzahlern und mit Betrieben (31 % und 24 %) wie in den neuen Ländern (16 % und 12 %). Die Anbieter in den neuen Ländern sind dagegen deutlich stärker auf die Finanzierung von ARGEn angewiesen. Mehr als jede dritte Einrichtung (35 %) erzielt damit mehr als die Hälfte ihres Umsatzes, in den alten Ländern sind dies dagegen lediglich 13 %. Während umgekehrt in den alten Ländern mehr als jeder zweite Anbieter (55 %) keine Einnahmen von ARGEn bezieht, trifft dies in den neuen Ländern nur auf knapp jeden dritten Anbieter zu.

In den neuen Ländern dominieren Anbieter mit Gesamtumsätzen von mehr als einer Million Euro (44 %), in den alten Ländern liegt der Anteil 12 Prozentpunkte niedriger (32 %). Dort sind mehr

kleinere Anbieter vertreten mit einem Umsatz bis zu 100.000 Euro (alte Länder 27 %, neue Länder knapp 20 %). Bei den meisten Anbietern machen die Einnahmen mit Weiterbildung den größten Anteil am Umsatz aus. Jeder zweite Anbieter in den neuen Ländern erzielt damit zwei Drittel und mehr seines Umsatzes. In den alten Ländern trifft dies sogar auf 56 % der Anbieter zu.

Vom Anbietertyp prägen in den neuen Ländern private Einrichtungen die Weiterbildungslandschaft (63 %), in den alten Ländern liegt deren Anteil 18 Prozentpunkte niedriger (45 %). In den neuen Ländern seltener vertreten als in den alten sind Volkshochschulen (10 %, alte Länder 15 %) und Einrichtungen von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen und Verbänden (7 %, alte Länder 13 %).

(Hans-Joachim Schade, Stefan Koscheck)

B2.1.2 Anerkennungen und Zulassungen in der Weiterbildung

Anerkennungen und Zulassungen in der Weiterbildung **E** bildeten den Schwerpunkt der **wbmonitor** Umfrage 2010. Damit liegen erstmals repräsentative Daten aus Anbietersicht zu diesem Thema vor. Die Fragen bezogen sich auf die Verbreitung von Anerkennungen, deren Auswirkungen und die Bewertung des mit dem Verfahren verbundenen Ressourcenaufwandes. Auch Motive für den Verzicht auf Anerkennungen sowie allgemeine Einschätzungen zu diesen Instrumenten wurden erhoben. Erfasst wurden zudem eingesetzte Qualitätsmodelle, da sie häufig Voraussetzung für den Erwerb von Anerkennungen sind.



Formale Anerkennungen und Zulassungen

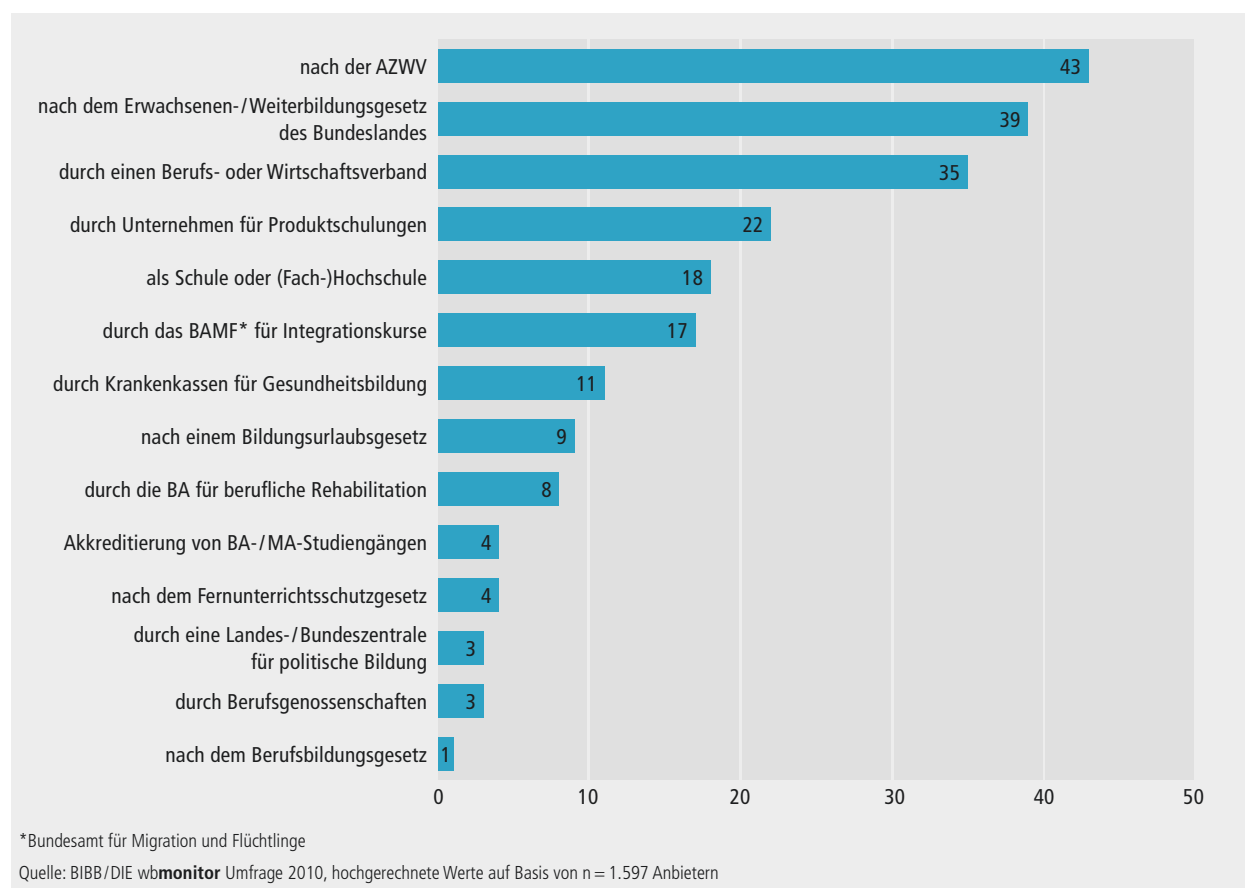
Formale Anerkennungen und Zulassungen²⁴¹ sind Instrumente der Marktregulierung in der Weiterbildung und können sich auf Anbieter als Ganzes, bestimmte Bildungsangebote oder Lehrpersonen beziehen. Sie dienen öffentlichen Stellen, aber auch privaten Organisationen als Instrumente der Qualitätssicherung und steuern den Zugang zu bestimmten Marktsegmenten.

Häufig sind Anerkennungen mit der Aufnahme in ein Finanzierungssystem verbunden. Während etwa die Erwachsenen-/Weiterbildungsgesetze der Bundesländer durch angebotsorientierte Finanzierungselemente gekennzeichnet sind, ist die Anerkennung nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) Voraussetzung für die Partizipation an dem nachfrageorientierten Finanzierungsmodell auf Basis der Bildungsgutscheine der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Beispiele für nicht staatliche Regelungen, die v. a. den Zugang zu privaten individuellen oder betrieblichen Einnahmequellen eröffnen, sind Anerkennungen durch Berufs- oder Wirtschaftsverbände für Zertifikatskurse bzw. durch Unternehmen für Produktschulungen.

²⁴¹ Die Begriffe Anerkennung, Zulassung, Akkreditierung und Zertifizierung werden synonym verwendet.

Schaubild B2.1.2-1: Verbreitung von Anerkennungen (in %, Mehrfachnennungen)



Anerkennungen besitzen eine große Reichweite

Anerkennungen haben im Bereich der Weiterbildung eine große Bedeutung: 85 % der Anbieter in Deutschland verfügen über mindestens eine formale Anerkennung einer öffentlichen Stelle oder privaten Organisation. Mit 43 % ist die Anerkennung nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) der BA am weitesten verbreitet → **Schaubild B2.1.2-1**: Das gesamte Anbieterspektrum spiegelt sich hier wider. Die nächsthäufigste Verbreitung besitzen Anerkennungen nach Erwachsenen-/Weiterbildungsgesetzen der Länder (39 %) sowie durch einen Berufs- oder Wirtschaftsverband (35 %). Unter letztere Kategorie fallen Zulassungen für die Durchführung von Fortbildungen, z. B. zum DVS Schweißer-Pass, im Bereich EBC*L – European Business Competence Licence oder Zertifikatskurse

der Europäischen Prüfungszentrale (EPZ). Rund jeder fünfte Anbieter ist autorisiert, bestimmte Produktschulungen (z. B. im EDV-Bereich) durchzuführen oder besitzt eine staatliche Anerkennung als Schule bzw. (Fach-)Hochschule.

Als bundesweit geltende Regelung ist zudem die seit dem Jahr 2005 angewandte Anerkennung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für die Durchführung von Integrationskursen von Bedeutung: 17 % der Anbieter haben eine entsprechende Zulassung. Dass sich in dieser Gruppe etwas häufiger Volkshochschulen (VHS) befinden, deckt sich mit der BAMF-Statistik, wonach Volkshochschulen im März 2010 mit rund einem Drittel der zugelassenen Kursträger die größte Anbietergruppe in diesem Segment stellten (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010, S. 9).

Jeweils rund jede zehnte Einrichtung ist durch eine Krankenkasse zugelassener Anbieter von Kursen im Bereich Gesundheitsbildung, nach einem Bildungsurlaubsgesetz oder durch die BA für Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation anerkannt. Weitere Anerkennungen wie die Zulassung nach dem Fernunterrichtsschutzgesetz, durch Berufsgenossenschaften, Akkreditierungen von Bachelor-/Masterstudiengängen sowie durch eine Landes- oder die Bundeszentrale für politische Bildung fallen dagegen quantitativ kaum ins Gewicht: Lediglich jeweils 3 bis 4 % der Anbieter verfügen über eine entsprechende Zulassung.

Mehrheitlich werden Anerkennungen für verschiedene Angebotssegmente kombiniert

Fast drei Viertel (71 %) der Anbieter²⁴² haben zwei oder mehr verschiedene Anerkennungen, ein Viertel (25 %) von ihnen verfügt sogar über mindestens vier Anerkennungen. Erwartungsgemäß spiegeln sich in der Auswahl der Anerkennungen Anbieterprofile wider. Dementsprechend gibt es eine Anbietergruppe, die vorzugsweise Anerkennungen im Bereich der allgemeinen Weiterbildung kombiniert (z. B. nach einem Erwachsenenbildungs-/Weiterbildungsgesetz eines Landes und durch das BAMF²⁴³), andere erwerben bevorzugt Anerkennungen für die Durchführung bestimmter beruflicher Weiterbildungen. Daneben gibt es jene, die schwerpunktmäßig formale, staatlich anerkannte Fortbildungsgänge anbieten, sowie eine kleinere Gruppe von Anbietern mit Anerkennungen für politische Weiterbildung.

In den neuen Ländern haben mehr Anbieter Anerkennungen

Strukturelle Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern führen offensichtlich für Weiterbildungsanbieter zu einer unterschiedlichen Bedeutung von Angeboten, die durch die Arbeitsagenturen finanziert werden. Für 35 % der Weiterbildungsanbieter in den neuen Ländern sind die

Arbeitsagenturen ein Hauptfinanzier, in den alten Ländern gilt dies nur für 13 % der Anbieter.²⁴⁴ In der Folge spielen formale Anerkennungen insbesondere nach der AZWV bei Anbietern in den neuen Ländern eine deutlich größere Rolle: Rund zwei Drittel der Anbieter (65 %) verfügen hier über diese, in den alten Ländern nur etwas mehr als ein Drittel (38 %) → **Schaubild B2.1.2-2**. Ebenfalls wichtiger in den neuen Ländern sind Anerkennungen durch einen Berufs- oder Wirtschaftsverband. Dagegen scheint der Markt für Anbieter ohne formale Anerkennungen in den neuen Ländern nur eine randständige Bedeutung zu haben. So ist der Anteil der Anbieter ohne formale Anerkennung in den neuen Ländern mit 6 % nur fast ein Drittel so groß wie in den alten Ländern mit 17 %.

Aktuelle Verbreitung von Qualitätsmodellen bei Weiterbildungsanbietern

Voraussetzung für eine Anerkennung ist häufig der Nachweis eines Qualitätsmanagementsystems. Nach der DIN EN ISO 9000 ff. zertifiziert ist den **wbmonitor**-Ergebnissen zufolge aktuell mehr als ein Drittel aller Weiterbildungsanbieter in Deutschland (36 %). Diese Norm ist damit – wie bereits die **wbmonitor** Umfrage 2004 zeigte²⁴⁵ – das am häufigsten eingesetzte Qualitätsmodell in der Weiterbildung (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005a, S. 237). Verfahren der Selbstevaluation praktiziert fast ein Viertel der Anbieter (24 %). Über verschiedene, speziell für die Weiterbildung entwickelte Qualitätssicherungs- bzw. -managementsysteme verfügt jeweils etwa jede zehnte Einrichtung. Hierzu zählen Zertifikate/Gütesiegel regionaler Zusammenschlüsse von Weiterbildungseinrichtungen (z. B. Weiterbildung Hessen e. V., Hamburger Prüfsiegel), die Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung (LQW) sowie Zertifikate von Weiterbildungsverbänden.

Ein Fünftel aller Weiterbildungsanbieter verfügt derzeit über kein Qualitätszertifikat, Qualitätssicherungsmodell oder Qualitätsmanagementsystem.

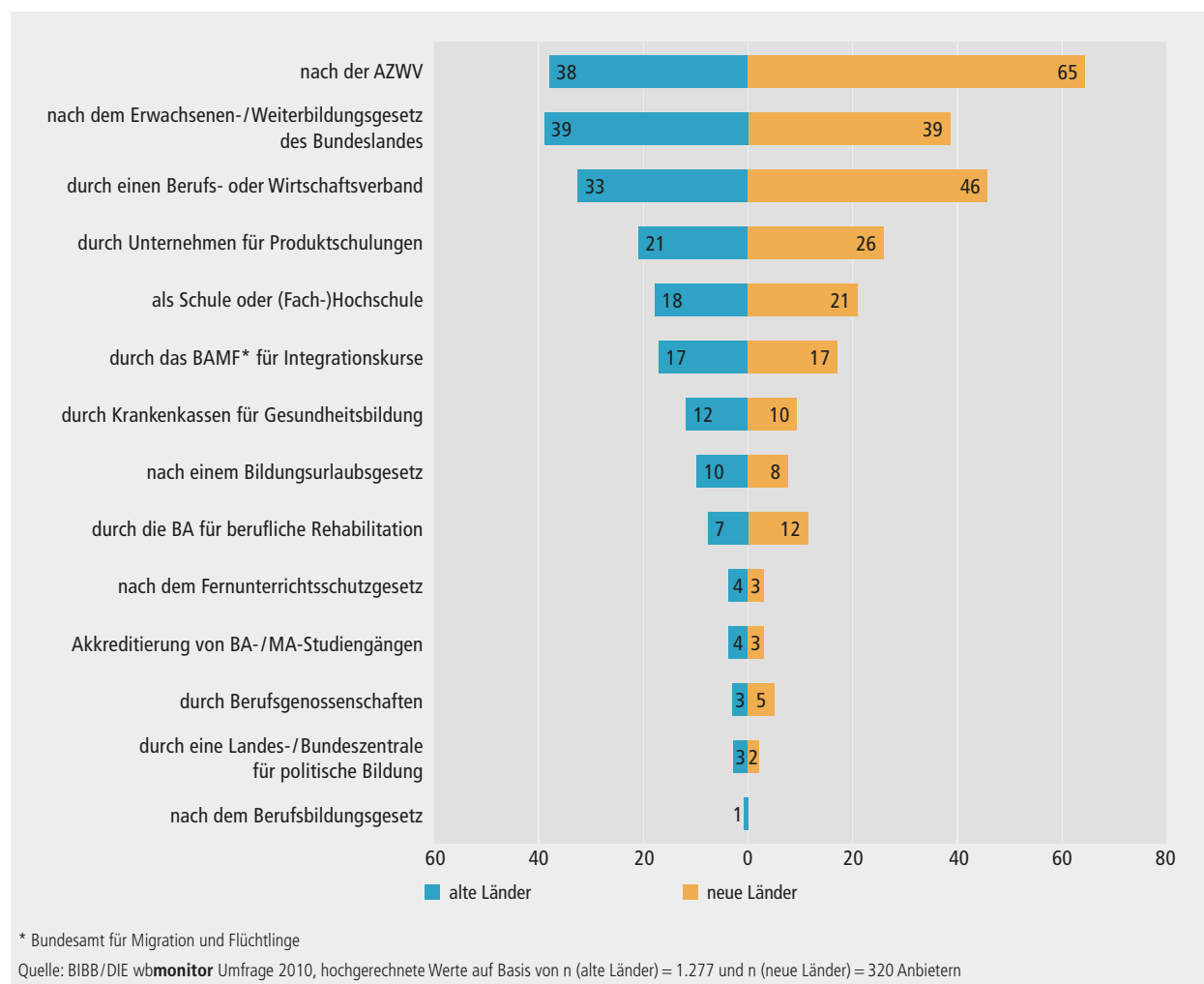
242 Die Werte beziehen sich ausschließlich auf Anbieter, die über mindestens eine Anerkennung verfügen.

243 Neben der Sprachförderung enthalten Integrationskurse für das BAMF auch Bestandteile beruflicher Qualifizierung. Schwerpunktmäßig lassen sie sich jedoch allgemeiner Weiterbildung zuordnen.

244 Als Hauptfinanzierungsquelle gilt ein Finanzier, auf den mindestens 50 % der Einnahmen entfallen.

245 Die **wbmonitor** Umfrage im Jahr 2004 betrachtet ausschließlich Anbieter beruflicher Weiterbildung, während sich die Umfrage von 2010 sowohl auf berufliche als auch auf allgemeine Weiterbildungsanbieter bezieht.

Schaubild B2.1.2-2: Verbreitung von Anerkennungen in den alten und neuen Ländern (in %, Mehrfachnennungen)

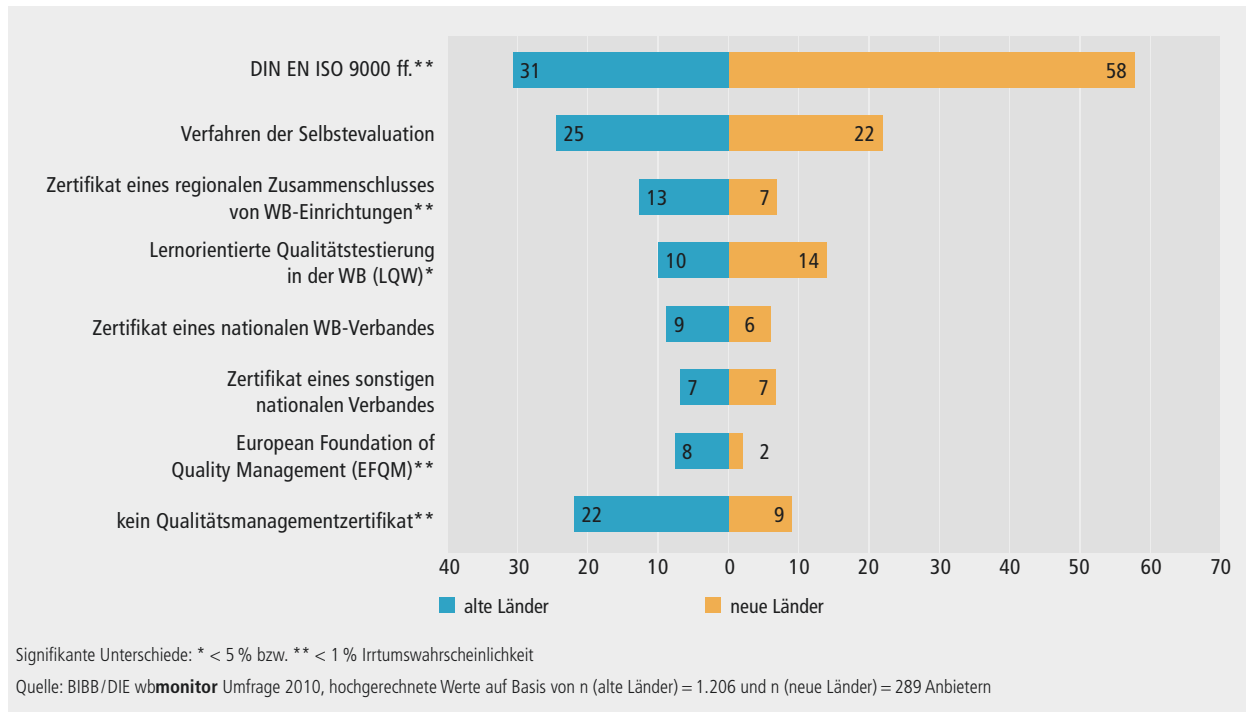


Gegenüber 2004 ist dies ein deutlicher Rückgang. Damals waren noch knapp 60 % der befragten Anbieter aus dem Segment der beruflichen Weiterbildung nicht zertifiziert, wobei jedoch über 30 % dieser Anbieter von Planungen für die Einführung eines Qualitätssicherungssystems berichteten, bei 18 % war hierüber noch keine Entscheidung gefallen, und 13 % der Anbieter beruflicher Weiterbildung wollten zu jener Zeit noch ganz darauf verzichten (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005a, S. 237).

Weiterbildungsanbieter nutzen je nach Einrichtungstyp unterschiedliche Verfahren zur Qualitätszertifizierung. Nach der ISO-Norm lassen sich häufi-

ger private, betriebliche und wirtschaftnahe Anbieter anerkennen (wirtschaftsnahe Einrichtungen 66 %, gemeinnützig tätige private Einrichtungen 58 %, betriebliche Bildungseinrichtungen 55 %), öffentlich Finanzierte dagegen deutlich seltener ([Fach-] Hochschulen und Akademien 4 %, VHS 17 %). Dafür findet die Selbstevaluation großen Zuspruch von (Fach-)Hochschulen und Akademien (64 %) sowie von beruflichen Schulen (49 %). Zertifikate regionaler Zusammenschlüsse von Weiterbildungseinrichtungen werden besonders häufig von Einrichtungen der Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen, Verbänden oder Vereinen für das Qualitätsmanagement genutzt, während die Lernerorientierte Qualitätstestierung (LQW) sowie EFQM (European Foundation

Schaubild B2.1.2-3: Qualitätsmodelle von Weiterbildungsanbietern in den alten und neuen Ländern
(in %, Mehrfachnennungen)



of Quality Management) überdurchschnittlich oft von Volkshochschulen genutzt werden (34 % bzw. 18 %). Über ein Zertifikat eines nationalen Weiterbildungsverbandes verfügen am häufigsten kommerziell tätige private Anbieter (13 %). Wirtschaftsnahe Anbieter sind öfter durch einen anderen nationalen Verband zertifiziert (12 %) und fallen ebenso wie gemeinnützig tätige private Einrichtungen durch einen überdurchschnittlich hohen Einsatz von Qualitätsmanagementsystemen (fast 90 %) ins Auge.

Die Mehrheit der Anbieter in den neuen Ländern ist nach DIN EN ISO 9000 ff. qualitätszertifiziert

In den neuen Ländern betreiben fast alle Weiterbildungsanbieter Qualitätsmanagement, um die Leistung der Organisation zu standardisieren und zu optimieren. Dazu nutzen sie Verfahren der Selbstevaluation oder lassen sich dies durch anerkannte Zertifikate bestätigen. Nur 9 % der Anbieter verzichten darauf → [Schaubild B2.1.2-3](#). In den alten Ländern ist der Anteil der Anbieter ohne QM-System

mehr als doppelt so groß (22 %). Dies dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, dass prozentual weniger Anbieter von öffentlichen Finanziers abhängig sind, bei denen die Mittelvergabe oft an einen Qualitätsnachweis gebunden ist (s. o.).

Auch die Nachfrage nach einzelnen Qualitätszertifikaten variiert zwischen den alten und den neuen Ländern. Die ursprünglich aus der Wirtschaft stammende DIN-Norm EN ISO 9000 ff. erreicht in den neuen Ländern eine doppelt so große Verbreitung wie in den alten Ländern und wird dort von der Mehrheit der Anbieter genutzt (58 % versus 31 % in den alten Ländern). Aber auch die speziell für Weiterbildungseinrichtungen entwickelte Lernerorientierte Qualitätstestierung (LQW) findet sich in den neuen Ländern mit 14 % häufiger als in den alten Ländern (10 %). Dagegen besitzen Zertifikate regionaler Zusammenschlüsse von Weiterbildungseinrichtungen (13 % versus 7 %) sowie das Verfahren der European Foundation of Quality Management (EFQM) (8 % versus 2 %) in den alten Ländern eine größere Verbreitung.

Hohe Kosten und bürokratische Verfahren sind die häufigsten Gründe für den Verzicht auf Anerkennungen

Nur eine Minderheit von bundesweit 15 % aller Weiterbildungsanbieter setzt nicht auf Anerkennungen, um in einem bestimmten Marktsegment agieren zu können. Die Verichtsgründe liegen häufig im Bereich der Kosten:²⁴⁶ Zu hohe Gebühren bzw. Beiträge für eine Zulassung führen 82 % der betreffenden Anbieter als Verichtsgrund an. Fast ebenso vielen (78 %) ist der Personalaufwand und mehr als zwei Dritteln (69 %) sind die sonstigen Kosten zu hoch. Aber auch die als kompliziert geltenden Antragsverfahren (75 %), eine Ausrichtung auf andere Marktsegmente (74 %) sowie eine fehlende regionale Nachfrage (68 %) werden häufig genannt. Für knapp die Hälfte der Anbieter (47 %) sind die Voraussetzungen für Anerkennungen nicht erfüllbar. Ein als zu groß angenommener Wettbewerb auf durch Anerkennungen geschützten Märkten spielt dagegen nur für eine Minderheit der Anbieter eine Rolle (29 %).

Anbieter akzeptieren Anerkennungen als Instrumente der Qualitätssicherung

Gut drei Viertel der Anbieter (27 % stimmen voll zu, 50 % stimmen eher zu) sehen Anerkennungen als wichtige Instrumente zur Qualitätssicherung.²⁴⁷ Und eine deutliche Mehrheit (40 % stimmen eher nicht zu, 43 % stimmen überhaupt nicht zu) spricht sich dagegen aus, Anerkennungen durch private Stellen vergeben zu lassen. Offenbar wird dieses Feld überwiegend als originär staatliche Aufgabe betrachtet, die nicht dem Markt bzw. kommerziellen Interessen überlassen werden sollte. Diese Einschätzungen sind unabhängig vom Einrichtungstyp, dem Standort sowie von Erfahrungen mit Anerkennungen.

Die Auswirkungen von Anerkennungen für die Einrichtungen variieren erheblich

Welche Auswirkungen ergeben sich für die Qualität, die Angebote und Organisationsprozesse, das Personal, und wie wird der wirtschaftliche Nutzen von Anerkennungen bewertet? **wbmonitor** hat hierzu die Einschätzungen und Beobachtungen der Befragten eingeholt, die diese der Einführung einzelner Anerkennungen in ihrer Einrichtung zuschreiben.²⁴⁸ Exemplarisch werden nachfolgend die Ergebnisse zu den bundesweit gültigen Anerkennungen nach der AZWV sowie durch das BAMF für Integrationskurse dargestellt.²⁴⁹

Die meisten Anbieter mit Anerkennung nach der AZWV beobachten Verbesserungen der Organisations- sowie Lehr-/Lernprozesse

Die Einführung der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) löste im Jahr 2004 die Anerkennung der Anbieter durch die örtlichen Arbeitsämter ab. Zu diesem Zeitpunkt war der Markt durch erhebliche Einbrüche bei der Finanzierung von Weiterbildung für Arbeitslose gekennzeichnet (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2005). Die BA hatte die Anzahl der Förderfälle seit 2002 mehr als halbiert. Danach stabilisierte sich die Situation wieder. Auf eine moderate Steigerung der Förderfälle in den Jahren 2008 und 2009 folgte 2010 wieder ein Rückgang der Förderfälle um 7 % (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010g, S. 62 und 2010f, S. 83). Insgesamt hat sich die Wettbewerbssituation für die Anbieter verschärft, zunächst infolge der rückläufigen Zahl der Förderfälle und dann zusätzlich mit der Einführung der Bildungsgutscheine, die dem Interessenten die freie Wahl der Bildungseinrichtung ermöglichen (vgl. BIBB Datenreport 2010, Kapitel B2.1.2).

Unabhängig von ihrem Standort berichten Anbieter mit einer AZWV-Anerkennung mehrheitlich von Verbesserungen in den Bereichen Qualität (56 %)²⁵⁰ und

246 Mehrfachnennungen möglich, vierstufige Skala, Zusammenfassung der Nennungen „Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“.

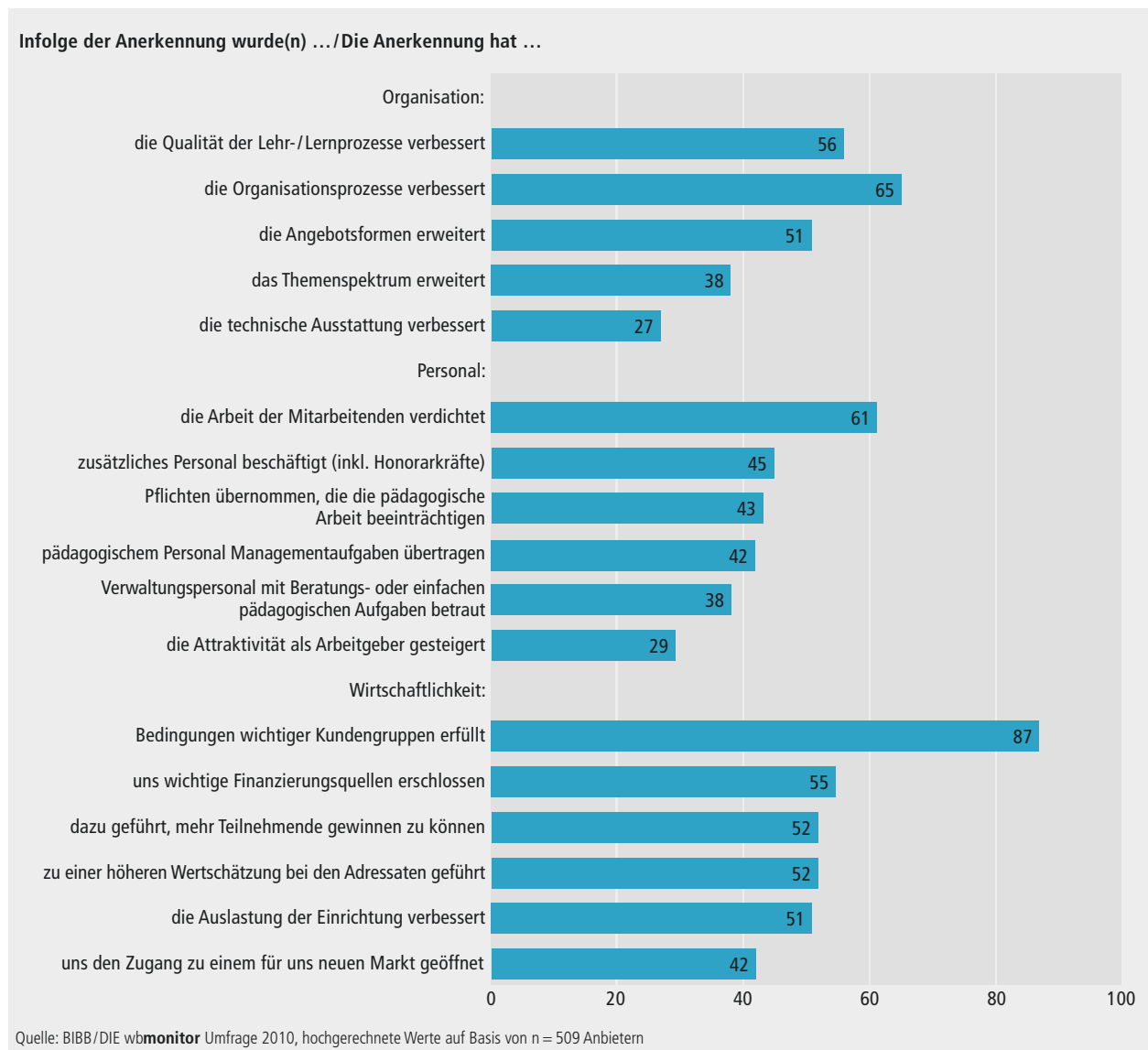
247 Aus befragungstechnischen Gründen kann nicht ausgeschlossen werden, dass formale Anerkennungen von Weiterbildungseinrichtungen, -personal oder -maßnahmen mit der Anerkennung eines Qualitätsmanagementsystems gleichgesetzt wurden.

248 Die Aussagen geben die subjektive Ansicht der Befragten wieder und dürfen nicht als Ursachenerklärung für die angegebenen Veränderungen interpretiert werden.

249 Andere Anerkennungen beziehen sich häufig auf einzelne Bundesländer oder wurden mithilfe von Sammelkategorien erfasst, sodass eine eindeutige Zuschreibung der Antworten zu einer einzelnen Anerkennung nicht möglich ist.

250 Zweistufige Skala: „Trifft zu“, „Trifft nicht zu“.

Schaubild B2.1.2-4: Auswirkungen der Anerkennung nach der AZWV (in %, Mehrfachnennungen)



Organisationsprozesse (65 %) → **Schaubild B2.1.2-4**. Positive Auswirkungen auf die Themenvielfalt oder die technische Ausstattung werden jeweils nur von etwas mehr als einem Drittel bzw. einem Viertel der Anbieter beobachtet.

Hinsichtlich der Wirkungen der AZWV auf das Personal sticht die zugenommene Arbeitsverdichtung der Mitarbeitenden hervor (61 %). Weniger als die Hälfte der Einrichtungen berichtet von der Beschäftigung zusätzlichen Personals infolge der

AZWV-Anerkennung (45 %). Eine Beeinträchtigung der pädagogischen Arbeit durch mit der Anerkennung verbundene Pflichten sehen 43 % der Anbieter, Aufgabenverschiebungen zwischen den Personalgruppen teilen rund 40 % der Anbieter mit. Wichtigstes wirtschaftliches Motiv für eine Beantragung der Anerkennung nach der AZWV ist die Erfüllung von Bedingungen wichtiger Kundengruppen (87 %), wobei hier nicht die Teilnehmenden selbst gemeint sind, sondern die Vorgaben des Finanziers der Weiterbildung.

Wirtschaftliche Vorteile für Weiterbildungsanbieter infolge der Anerkennung durch das BAMF für Integrationskurse

Die Anerkennung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für Integrationskurse wurde im Jahr 2005 eingeführt und eröffnet den Anbietern Zugang zu einem expandierenden Markt mit zum Teil verpflichtenden Angeboten für Zuwanderer, die überwiegend staatlich finanziert werden. Im Jahr 2008 wurde ein Höchststand von 9.219 begonnenen Integrationskursen mit 121.000 neuen Teilnehmenden erreicht. Erst 2010 kam es zu deutlichen Rückgängen im Fördervolumen (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010, S. 1). 17 % der befragten Anbieter sind in diesem Segment tätig.

Vor diesem Hintergrund sind auch die überwiegend positiven Bewertungen der wirtschaftlichen Auswirkungen der Anerkennung auf die Einrichtungen zu sehen → **Schaubild B2.1.2-5**: 80 % der Anbieter mit BAMF-Anerkennung konnten wichtige Finanzierungsquellen erschließen, und für 60 % eröffnete sie den Zugang zu einem neuen Markt. Fast alle gaben an, dass die Anerkennung eine Bedingung wichtiger Kundengruppen ist (93 %). Die überwiegende Mehrheit berichtet von mehr Teilnehmenden (83 %), einer höheren Wertschätzung bei den Adressaten (72 %) und einer verbesserten Auslastung (74 %).

Eine Ausweitung der Angebotsformen sowie des Themenspektrums wurde noch von 68 % bzw. 53 % der Anbieter beobachtet, andere Auswirkungen auf die Bereiche Qualität der Lehr-/Lernprozesse und Organisation beobachtete aber nur noch eine Minderheit (jeweils 41 %). Dagegen sind Konsequenzen für das Personal deutlich weiter verbreitet: Fast alle Einrichtungen nahmen eine Arbeitsverdichtung für die Mitarbeitenden wahr (91 %). 79 % der Anbieter stellten auch zusätzliches Personal ein. Auswirkungen auf die Tätigkeitsbereiche der verschiedenen Beschäftigtengruppen berichtet eine Mehrheit der Anbieter: 60 % sehen mit der Anerkennung verbundene Pflichten, die die pädagogische Arbeit beeinträchtigen; viele sagen, dass es Aufgabenverschiebungen gibt und Verwaltungspersonal Beratungsaufgaben und einfache

pädagogische Tätigkeiten übernimmt (63 %) oder pädagogischem Personal Managementaufgaben übertragen werden (58 %).

Die Relation von Aufwand und Nutzen erscheint häufig als unangemessen

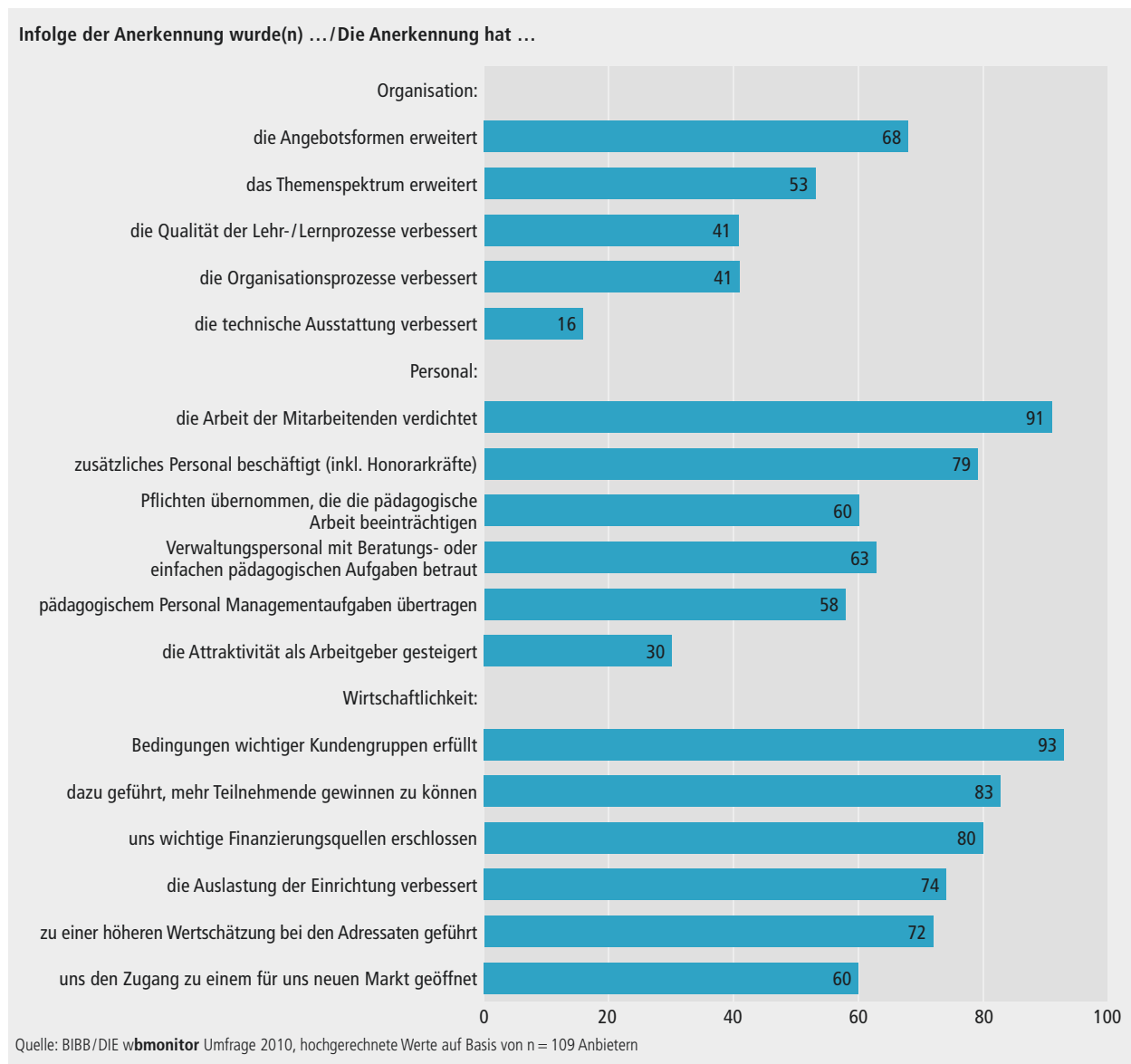
Für den Erwerb einer Anerkennung ist in der Regel ein Verfahren zu durchlaufen, das einen gewissen Personaleinsatz erfordert, zum Teil werden Gebühren fällig, und oft muss ein Qualitätsmanagementsystem nachgewiesen werden. Je nach Anerkennung sind für den Erhalt regelmäßige Reakkreditierungen erforderlich. **wbmonitor** fragte nach der Beurteilung des Ressourcenaufwandes für die Zulassung unter Berücksichtigung des Nutzens. Auch hier beziehen sich die Ergebnisse auf die Anerkennungen nach der AZWV und durch das BAMF.

Den Personalaufwand für den Erwerb ihrer Anerkennung nach AZWV beurteilen zwei Drittel (67 %) der betreffenden Anbieter als (eher) unangemessen, hinsichtlich der Beiträge bzw. Gebühren sind es sogar drei Viertel (78 %)²⁵¹. Hierin dürfte sich widerspiegeln, dass nur rund die Hälfte der Anbieter wirtschaftliche Vorteile als Folge der Zulassung sieht. Dies korrespondiert mit Ergebnissen der letztjährigen Umfrage, wonach Anbieter, die Bildungsgutscheine akzeptieren, Aufwand und Kosten für die AZWV-Zertifizierung im Vergleich zum Ertrag teilweise als unverhältnismäßig hoch einschätzten (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.1.2). Nennenswerte Differenzen zwischen Anbietern unterschiedlicher Art oder Größe zeigen sich nicht, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass die Gebühren mit der Einrichtungsgröße steigen.

Anbieter mit BAMF-Zulassung sehen eine deutlich bessere Aufwand-Nutzen-Relation: Die Gebühren/Beiträge werden „nur“ von 41 % der betreffenden Anbieter als (eher) unangemessen beurteilt. Dies ist dennoch ein hoher Anteil, wenn man berücksichtigt, dass nach vorliegenden Informationen für die Zulassung selbst keine Gebühren erhoben werden. Beim Personalaufwand bewerten mit 56 % mehr als

²⁵¹ Vierstufige Skala, Zusammenfassung der Nennungen von „Eher unangemessen“ und „Unangemessen“.

Schaubild B2.1.2-5: **Auswirkungen der Anerkennung durch das BAMF für Integrationskurse**
(in %, Mehrfachnennungen)



die Hälfte der Anbieter den Ressourcenaufwand als (eher) unangemessen, und zwar insbesondere diejenigen, die negative Auswirkungen auf das Personal beobachten.

(Meike Weiland, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.2 Angebote der Träger der Erwachsenenbildung zur beruflichen Weiterbildung

B2.2.1 Berufliche Weiterbildung an Volkshochschulen

In vielen Bundesländern sind die Volkshochschulen per Landesgesetz diejenigen Weiterbildungseinrichtungen, die eine Grundversorgung der erwachsenen Bevölkerung mit Weiterbildung sicherstellen bzw. wesentlich dazu beitragen sollen. In mehreren Landesweiterbildungsgesetzen werden die Volkshochschulen (VHS) explizit als kommunaler Träger der Grundversorgung mit Weiterbildung genannt (z. B. Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen), in anderen werden sie neben anderen Trägern erwähnt (z. B. Rheinland-Pfalz); in wieder anderen Bundesländern werden sie nicht im Weiterbildungsgesetz genannt (z. B. Sachsen-Anhalt), oder es gibt kein Weiterbildungsgesetz (z. B. Hamburg). Auch wenn grundsätzlich der Bund für die berufliche Weiterbildung verantwortlich ist, während die Länder die Verantwortung für allgemeine und politische Weiterbildung innehaben (vgl. Deutscher Bildungsrat 1970, S. 51), schließen die bestehenden Landesgesetze in der Regel neben allgemeiner und politischer Weiterbildung auch die berufliche Weiterbildung ein (für einen Überblick über die Landesgesetze siehe Grotlüschen u. a. 2009, S. 358; zur Einordnung der Landesregelungen in das Gesamtsystem der Erwachsenenbildung siehe Nuissl 2009). Insgesamt sind die Volkshochschulen in allen Bundesländern als öffentlich geförderte Weiterbildungseinrichtungen vertreten und bieten ein thematisch breit gefächertes Bildungsangebot, das in großen Teilen ohne Zugangsbeschränkungen der gesamten Bevölkerung offensteht (vgl. Süsmuth/Sprink 2009, S. 473 ff.).

Die VHS-Statistik **E** erfasst als bundesweite Statistik des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) und seiner Mitgliedseinrichtungen seit 1962 die personelle und finanzielle Ausstattung der VHS sowie das Angebot in verschiedenen Veranstaltungsarten, Unterrichtsstunden und Belegungen; die statistische Erhebung wird jährlich vom Deutschen Institut für Erwachse-

nenbildung (DIE) durchgeführt.²⁵² Die thematische Zuordnung der Veranstaltungen der VHS erfolgt in der seit 1998 bestehenden Systematik der sechs sog. Programmbereiche: (1) Politik – Gesellschaft – Umwelt, (2) Kultur – Gestalten, (3) Gesundheit, (4) Sprachen, (5) Arbeit – Beruf, (6) Grundbildung – Schulabschlüsse. Zum Programmbereich Arbeit – Beruf gehören Lehrgänge zu den Themen IuK-Anwendungen, Büropraxis, Rechnungswesen, berufsqualifizierende Grund- und Fachlehrgänge sowie zum Komplex Organisation/Management (siehe für die einzelnen Fachgebiete Hunte- mann/Weiß 2010, Tabelle 10).



Volkshochschul-Statistik

In → **Tabelle B2.2.1-1** sind **Kursveranstaltungen** sowie die dazugehörenden Unterrichtsstunden und Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf ausgewiesen. Die angegebenen Summen beziehen sich jeweils auf das zugehörige Kalenderjahr. Ein Kurs ist definiert als eine Weiterbildungsveranstaltung mit mindestens 3 Unterrichtsstunden, die am Sitzort der Volkshochschule stattfindet. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Wenn dieselbe Person in einem Beobachtungszeitraum an mehreren Veranstaltungen teilnimmt, wird sie mehrfach als Belegung gezählt, die Anzahl der Belegungen ist also höher als die Anzahl der Personen, die an den Veranstaltungen teilnehmen. Außer im Programmbereich Arbeit – Beruf findet berufliche Weiterbildung auch in anderen Programmbereichen statt (z. B. im Programmbereich Sprachen: „Wirtschaftsenglisch“). Da die Erfassung der Veranstaltungen jedoch nach inhaltlichen Aspekten und nicht nach Zweck erfolgt, ist hier eine Ausdifferenzierung berufsbezogener Veranstaltungen nicht möglich. Daher sind die berichteten Werte als Mindestzahlen des Angebots beruflicher Weiterbildung an VHS zu interpretieren. Dargestellt sind jeweils die in den VHS tatsächlich durchgeführten Kurse sowie die zugehörigen Unterrichtsstunden und Belegungen. In der Regel sind die Angebote der VHS öffentlich ausgeschrieben (z. B. über das Programmheft, die Website) und allen Interessierten (ggf. verbunden mit der Anforderung von Vorkenntnissen) zugänglich. Auftrags- und Vertragsmaßnah-

252 Vgl. die online verfügbaren Jahressbände <http://www.die-bonn.de/publikationen/recherche.aspx?schlagwort=volkshochschul-statistik+arbeitsjahr> und Pehl/Reitz 1994–2002.

men sind Veranstaltungen für einen geschlossenen Teilnehmerkreis, die die VHS im Auftrag eines Dritten (z. B. lokale ARGE, Bundesagentur für Arbeit, andere staatliche Instanz oder privatwirtschaftliches Unternehmen) durchführt. Diese werden erst seit 1998 getrennt erfasst. Vor 1998 sind diese Veranstaltungen in der Gesamtsumme enthalten. Neben den Kursen gibt es an den VHS noch andere Veranstaltungsarten (Einzelveranstaltungen, Studienfahrten, Studienreisen), die in der Tabelle nicht eingeschlossen sind.

Die in → **Tabelle B2.2.1-2** ausgewiesene **VHS-Weiterbildungsdichte** ist definiert als die Unterrichtsstunden in Kursen an VHS pro 1.000 Einwohner/-innen des jeweiligen Versorgungsgebiets auf Länderebene (Datenbasis für Bevölkerungsstand auf Landesebene bis einschließlich Berichtsjahr 2008: 30. Juni des Berichtsjahres; ab Berichtsjahr 2009: 31. Dezember des dem Berichtsjahr vorhergehenden Jahres). In der Tabelle ist diese Kennzahl jeweils nur auf die Veranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf bezogen und nach Landesteilen (alte/neue Bundesländer) differenziert.

Bei der **Erhebung der Teilnahmefälle nach Geschlecht** wird nicht zwischen offenen Kursen und Auftrags- und Vertragsmaßnahmen differenziert. Die in → **Schaubild B2.2.1-1** dargestellten Prozentanteile beziehen sich daher auf die Teilnehmenden in den Kursangeboten im Programmbereich Arbeit – Beruf insgesamt. Nicht alle Teilnahmefälle sind nach Geschlecht differenzierbar. Die Erfassungsquote betrug im Berichtsjahr 2009 83,4 % der Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf (86,4 % der Belegungen in Kursen an VHS insgesamt).

Angebot beruflicher Weiterbildung an VHS

Das Kursangebot der VHS an beruflicher Weiterbildung umfasste im Jahr 2009 bundesweit knapp 72.500 Veranstaltungen → **Tabelle B2.2.1-1**. Die Gesamtzahl der Kurse ist damit, ebenso wie die Zahl der Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf insgesamt, gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Angestiegen ist hingegen die Zahl der Unterrichtsstunden im Programmbereich (zur Entwicklung in den Jahren seit 1991 siehe BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1).

Auffällig ist, dass die Auftrags- und Vertragsmaßnahmen im Gegensatz zur Gesamtentwicklung

bei Kursen und Belegungen zugenommen haben (+9,3 % bzw. +8,7 % im Vergleich zu 2008); bei den Unterrichtsstunden ist der Gesamtanstieg auf ein Anwachsen dieser Kategorie zurückzuführen (+5,0 %), während die Unterrichtsstunden im offenen Angebot schrumpften. Dies entspricht dem Trend der vergangenen Jahre, wonach sich der Anteil der Auftrags- und Vertragsmaßnahmen an den von VHS durchgeführten Maßnahmen in beruflicher Weiterbildung seit deren getrennter Erfassung stetig erhöht hat. Inzwischen sind 12,8 % der Kursveranstaltungen, 32,6 % der Unterrichtsstunden und 16,7 % der Belegungen diesem Angebotssegment zuzuordnen. Auftrags- und Vertragsmaßnahmen dauern durchschnittlich deutlich länger als offene Angebote. 2009 beinhaltete eine Auftrags- und Vertragsmaßnahme in der beruflichen Weiterbildung 80,1 Unterrichtsstunden, ein Kurs im offenen Angebot hingegen nur 24,3 Unterrichtsstunden.

Im Jahr 2009 umfasste der Programmbereich Arbeit – Beruf 12,7 % der Kurse an VHS, mit 14,9 % der Unterrichtsstunden und 10,9 % der Belegungen (vgl. Huntemann/Weiß 2010, Tabelle 9).

Die in der → **Tabelle B2.2.1-1** dargestellten Werte für die Kurse stellen 99,4 % des Gesamtvolumens an Unterrichtsstunden dar, die im Programmbereich Arbeit – Beruf im Jahr 2009 erbracht wurden. Im Bereich der Einzelveranstaltungen sowie der Studienfahrten und -reisen wurden 2009 weitere knapp 14.000 Unterrichtsstunden erteilt (vgl. Huntemann/Weiß 2010, Tabelle 22).

Weiterbildungsdichte beruflicher Weiterbildung an VHS

Wie → **Tabelle B2.2.1-2** zeigt, ist das Angebot an beruflicher Weiterbildung an VHS in den alten Ländern deutlich größer als in den neuen Ländern. Bezogen auf die Einwohnerzahl in beiden Gebieten war die Versorgung mit VHS-Angeboten im Programmbereich Arbeit – Beruf in Westdeutschland über den betrachteten Zeitraum hinweg stets höher (vgl. für die Beschreibung der Entwicklung seit 1991 BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.1).

Tabelle B2.2.1-1: Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2009¹

Jahr	Kurse	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen ²	Unterrichtsstunden	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen	Belegungen	davon in Auftrags- und Vertragsmaßnahmen
1991	57.305		2.488.042		776.436	
1992	61.165		2.627.921		819.944	
1993	62.709		2.511.608		824.698	
1994	64.931		2.454.588		831.082	
1995	70.606		2.754.100		869.417	
1996	76.357		2.877.652		912.512	
1997	80.965		2.776.602		934.566	
1998	85.188	4.397	3.061.012	651.734	964.542	58.369
1999	91.123	6.311	3.181.715	831.049	1.011.132	81.062
2000	103.783	7.001	3.384.369	857.737	1.141.382	87.758
2001	102.402	7.823	3.281.324	868.904	1.076.983	90.395
2002	90.075	7.321	3.197.180	978.760	913.724	89.158
2003	82.473	6.807	2.902.186	946.622	823.996	85.159
2004	78.809	7.325	2.587.382	819.748	761.649	75.495
2005	73.736	6.436	2.307.864	690.382	709.790	79.013
2006	73.482	6.922	2.342.569	776.598	711.772	88.690
2007	74.171	7.691	2.326.551	772.029	719.025	96.782
2008 ³	74.248	8.499	2.260.828	708.435	713.115	106.312
2009	72.480	9.286	2.277.573	743.589	693.740	115.600

¹ Bis einschließlich 1997 wurden die Themen der Angebote an Volkshochschulen nach sog. „Stoffgebieten“ gegliedert. Die bis zu diesem Jahr dargestellten Zahlen wurden aus den Stoffgebieten Verwaltung und kaufmännische Praxis (vollständig) sowie anteilig aus Mathematik – Naturwissenschaften – Technik, stoffgebietsübergreifenden und sonstigen Kursen und Haushaltsführung zusammengestellt.

² Bis einschließlich 1997 sind die Auftrags- und Vertragsmaßnahmen in den Gesamtsummen für Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen enthalten.

³ Zahlen nachträglich korrigiert.

Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

Während die Unterrichtsstunden im Programmbereich Arbeit – Beruf in den alten Ländern entgegen dem mehrjährigen Trend der vorhergehenden Jahre von 2008 auf 2009 leicht zunahm (+2,1 %), sank die Zahl der Unterrichtsstunden in den neuen Ländern weiter ab (-12,1 %). Damit verringerte sich die VHS-Weiterbildungsdichte im Programmbereich Arbeit – Beruf insgesamt auf 11,5 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner/Einwohnerinnen der neuen Länder. In den alten Ländern hat sich die VHS-Weiterbildungsdichte dagegen leicht erhöht. Dort entfiel 2009 mit über einem Drittel (34,4 %) ein deutlich höherer Anteil der Unterrichtsstunden auf Auftrags- und Vertragsmaßnahmen als in den neuen Ländern (13,5 %).

Verteilung der Teilnahmefälle an beruflicher Weiterbildung in VHS nach Geschlecht

Insgesamt besuchen seit vielen Jahren deutlich mehr Frauen als Männer die VHS. Der Frauenanteil liegt im Kursbereich insgesamt bei knapp drei Viertel der Teilnahmefälle (seit 1991 zwischen 73,1 % und 74,8 %; vgl. Huntemann/Weiß 2010; Pehl/Reitz 1994–2002; Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes 1991–1993). Im Programmbereich Arbeit – Beruf ist der Frauenanteil bei den Teilnahmefällen geringer als bei Betrachtung der Gesamtzahlen, wie → **Schaubild B2.2.1-1** verdeutlicht.

Im Jahr 2009 betrug der Frauenanteil im Programmbereich Arbeit – Beruf 63,1 % und unterschritt damit

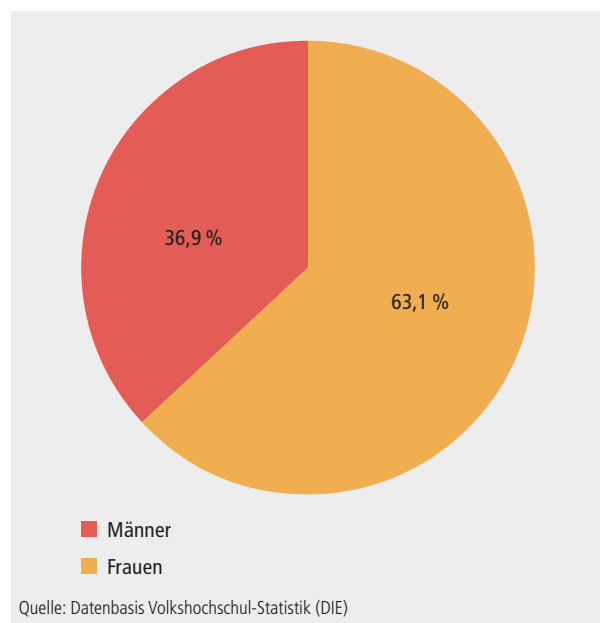
Tabelle B2.2.1-2: Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2009

Jahr	Unterrichtsstunden im Programmbereich Arbeit – Beruf		VHS-Weiterbildungsdichte im Programmbereich Arbeit – Beruf (durchgeführte Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner)	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder
1991	2.076.114	411.928	33,7	22,7
1992	2.118.474	509.447	33,8	28,5
1993	2.012.506	499.102	31,8	28,0
1994	2.011.693	442.895	31,6	25,0
1995	2.312.364	441.736	36,1	25,0
1996	2.443.463	434.189	37,9	24,7
1997	2.365.970	410.632	36,7	23,4
1998	2.637.742	423.270	40,9	24,2
1999	2.787.144	394.571	43,1	22,7
2000	2.965.697	418.672	45,7	24,2
2001	2.888.080	393.244	44,3	22,9
2002	2.861.131	336.049	43,7	19,7
2003	2.611.431	290.755	39,8	17,1
2004	2.335.414	251.968	35,6	14,9
2005	2.080.288	227.576	31,7	13,6
2006	2.121.535	221.034	32,3	13,2
2007	2.101.481	225.070	32,0	13,6
2008*	2.045.805	215.023	31,2	13,0
2009	2.088.543	189.030	31,8	11,5

* Zahlen nachträglich korrigiert

Quelle: Datenbasis Volkshochschul-Statistik (DIE)

Schaubild B2.2.1-1: Anteile von Männern und Frauen an den Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf 2009



geringfügig den bisherigen Höchstwert von 63,3 % (2008). Seit 1997 lag der Wert über der 60 %-Marke, mit seitdem bei leichten Schwankungen steigender Tendenz.

Insgesamt sind die VHS ein Anbieter, der niedrigschwellige berufsbildende Angebote für die breite Bevölkerung (z. B. im Bereich der EDV-Kenntnisse) vorhält, aber auch an berufsfachlichen Qualifizierungen beteiligt ist. Auch für Frauen, die durch ihre im Durchschnitt geringere Beteiligung am Erwerbsleben (vgl. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung 2010, S. 136 f.) seltener Gelegenheit zu beruflicher Weiterbildung haben, stellt die VHS eine günstige Weiterbildungsmöglichkeit dar. Darüber hinaus wird an den VHS im Rahmen von Auftrags- und Vertragsmaßnahmen zielgruppenspezifische Weiterbildung durchgeführt, etwa für Arbeitsuchende (vgl. Kapitel B3.1) oder für Beschäftigte von Betrieben (vgl. Kapitel B1.2).

(Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.2.2 Berufliche Weiterbildung durch gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen

Gewerkschafts- und arbeitgebernahe Institutionen sind wichtige Anbieter beruflicher Weiterbildung. In der Erhebung von Wirtschafts- und Sozialforschung (2005) machen sie zusammen knapp ein Zehntel der Weiterbildungsorganisationen in Deutschland aus (Anbieter in gewerkschaftlicher Trägerschaft: 1,5 %; Anbieter in Trägerschaft von Arbeitgeberverbänden und Kammern: 7,8 %; vgl. Wirtschafts- und Sozialforschung 2005, S. 38). Aktuelle Daten der **wbmonitor** Umfrage des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) bestätigen diese Größenordnung; demnach sind 7,8 % der Weiterbildungsanbieter „wirtschaftsnahe Einrichtungen“, die Gewerkschaften sind hier nicht als Einzelkategorie ausgewiesen.²⁵³

Bei der Betrachtung von Teilnahmefällen zeigt der Adult Education Survey (AES) aus dem Jahr 2007, dass sich in der betrieblichen Weiterbildung²⁵⁴ 5 % der Teilnahmefälle auf eine Weiterbildungsveranstaltung bei einer Industrie- und Handelskammer bzw. einem Wirtschaftsverband bezogen (Gewerkschaften: 1 %), in der individuellen beruflichen Weiterbildung²⁵⁵ betrug der Anteilswert 7 % (Gewerkschaften: nicht mehr messbar) (vgl. Rosenblatt/Bilger 2008, S. 105). Dazu kommen weitere Teilnahmefälle bei Einrichtungen der Wirtschaft bzw. der Gewerkschaften, die unter dem Oberbegriff „Weiterbildungseinrichtung“ gezählt wurden, sowie Angebote im Auftrag des Arbeitgebers, die Einrichtungen von Kammern, Wirtschaftsverbänden oder Gewerkschaften im Rahmen von Firmenseminaren durchgeführt haben (vgl. Rosenblatt/Bilger 2008, S. 107, 104). Dabei sind diese Anbieter in höherem Maße als andere im Bereich der Berufsvorbereitung, Berufsausbildung und Umschulung tätig und ermöglichen

damit für Arbeitskräfte den Erwerb zertifizierter Qualifikationen (Trägerzertifikate oder anerkannte Abschlüsse) (vgl. Wirtschafts- und Sozialforschung 2005, S. 39; vgl. auch den Unterschied zur nicht berufsbezogenen Weiterbildung bei Rosenblatt/Bilger 2008, S. 105).

E Datenbasis zu Angeboten gewerkschafts- und arbeitgebernaher Institutionen

Die in diesem Abschnitt dargestellten Daten stammen teilweise aus Veröffentlichungen der gewerkschafts- bzw. arbeitgebernahen Anbieter, teilweise wurden die Daten aber auch von den Anbietern selbst für die Veröffentlichung im BIBB-Datenreport zusammengestellt. Es handelt sich um Angaben zur Anzahl der Veranstaltungen und Anzahl der Teilnehmenden; teilweise liegen auch Angaben zu den Unterrichtsstunden und zum Umfang einzelner Themenbereiche vor.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in gewerkschaftsnahen Institutionen

Während die politische Bildungsarbeit und die spezifisch auf Gewerkschaftsaufgaben bezogene Bildungsarbeit (z. B. Betriebsräteschulungen) von den Gewerkschaften selbst auf allen Ebenen durchgeführt werden (lokal, regional und bundesweit) und sowohl in Dach- als auch in Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) stattfindet²⁵⁶, ist die berufliche Weiterbildung bei eigenen gewerkschaftsnahen Anbietern nur auf Bundesebene angesiedelt (vgl. Derichs-Kunstmann 2009, S. 509). Das Berufsfortbildungswerk (bfw) des DGB (das in zwei rechtlich selbstständige GmbHs für die alten und die neuen Länder aufgeteilt ist) und die Deutsche Angestellten Akademie GmbH (DAA), die aus dem Bildungswerk der DAG e. V. hervorgegangen ist, sind mittlerweile Firmen, die bei öffentlichen Ausschreibungen mit freien Anbietern konkurrieren. Die Gewerkschaften sind über Arbeitnehmervertreter/-innen allerdings in den Kontrollgremien der Institute vertreten.

253 Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung/Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Gewichtete Grundauszählung **wbmonitor** 2009, S. 33. URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wbmonitor_umfrage-2009_grundauszählung_gew.pdf (Stand 30.09.2010).

254 „Betriebliche Weiterbildung“ erfolgt nach Definition des AES während der Arbeitszeit oder auf betriebliche Anordnung, siehe Rosenblatt/Bilger 2008, S. 73.

255 Weiterbildung mit individueller beruflicher Zwecksetzung, die nicht im o. g. Sinne betrieblich ist, siehe Rosenblatt/Bilger 2008, S. 70 ff.

256 Daneben gibt es für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung den Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben, der vom DGB und den Volkshochschulen getragen wird.

Tabelle B2.2.2-1: Veranstaltungen und Teilnehmende der Berufsfortbildungswerke des DGB, 2000 bis 2009

Jahr	Alte Länder		Neue Länder	
	Veranstaltungen	Teilnehmende	Veranstaltungen	Teilnehmende
2000	3.131	58.824	913	15.764
2001	3.155	57.350	851	15.905
2002	3.181	58.539	790	15.569
2003	2.779	46.075	628	10.681
2004	2.561	33.868	499	8.506
2005	2.334	31.889	444	7.579
2006	2.610	44.597	449	9.082
2007	2.575	45.925	490	9.294
2008	2.687	50.591	487	9.406
2009	2.865	56.026	506	9.973

Quelle: Berufsfortbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfw)

→ **Tabelle B2.2.2-1** zeigt die Anzahl der Veranstaltungen und Teilnehmenden in den beiden Berufsfortbildungswerken des DGB. In beiden Landesteilen war das Angebot bis 2005 rückläufig, ab 2006 sind die Veranstaltungs- und Teilnehmendenzahlen kontinuierlich gestiegen. 2009 wurden bundesweit 3.371 Veranstaltungen mit 66.000 Teilnehmenden durchgeführt. Die weitere Zunahme des Angebots ist auch auf einen Anstieg der geförderten Weiterbildung zurückzuführen (vgl. Berufsfortbildungswerk 2010, S. 18).

Große Bedeutung hatten im Jahr 2009 während der Wirtschafts- und Finanzkrise Maßnahmen der Beschäftigungssicherung wie Qualifizierung in der Kurzarbeit sowie das Sonderprogramm „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen“ (WeGebAU) der Bundesagentur für Arbeit (vgl. **Kapitel B3.1**). Besonders engagierten sich die Unternehmen der bfw-Gruppe dabei 2009 mit unternehmensspezifischen Angeboten in der Metall- und Elektroindustrie. Beispielsweise wurden für Mitarbeitende, die bisher ohne anerkannten Abschluss waren, in mehreren Firmen Qualifizierungen zum/zur Maschinen-/Anlagenführer/-in (IHK) durchgeführt (vgl. Berufsfortbildungswerk 2010, S. 20–23). Ein weiterer Schwerpunkt von Lehrgängen lag in den letzten Jahren bei Maßnahmen für die Branchen „Erneuerbare Energien“ und „Gesundheitswirtschaft“ (vgl. Berufsfortbildungswerk 2010, S. 11).

Die DAA führt Fortbildungen, Umschulungen und Weiterbildungen im IT-Bereich, Sprachlehrgänge,

kaufmännische, gewerblich-technische und Verwaltungslehrgänge, Lehrgänge im Hotel- und Gastgewerbe, Lehrgänge im Gesundheitswesen sowie Maßnahmen der sonstigen beruflichen Integration²⁵⁷ durch → **Tabelle B2.2.2-2**. Letztere erreichten im Jahr 2010 mehr als die Hälfte der Teilnehmenden und machten ein Drittel aller durchgeführten Aktivitäten aus. Ein weiterer Schwerpunkt des Angebots liegt entsprechend der Tradition der DAA im Bereich Wirtschaft und Verwaltung (2010: 39,5 % der Veranstaltungen, 27,2 % der Teilnehmenden).

Die an den Maßnahmen Teilnehmenden sind sowohl Arbeitssuchende als auch Beschäftigte aus Firmen und Behörden. Teilweise wird die Teilnahme öffentlich gefördert, teilweise tragen die Teilnehmenden die Kosten für die Weiterbildung selbst. Eine Bildungs- oder Vermittlungsmaßnahme kann zwischen 4 Wochen und 24 Monaten dauern, je nach Bildungsziel und Zielgruppe. Hauptfinanziers im öffentlich geförderten Sektor sind die Arbeitsverwaltung, die Arbeitsgemeinschaften (ARGen) und Optionskommunen (SGB II und SGB III), Berufsgenossenschaften und die Deutsche Rentenversicherung, die Bundeswehr, der Bund, Bundesländer und die Europäische Union. Häufig werden Aktivitäten neben der Förderung durch deutsche Stellen über den Europäischen Sozialfonds kofinanziert. Mehr als 19.000 Teilnehmende schließen

²⁵⁷ Dazu gehören z. B. Maßnahmen zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt oder Maßnahmen zur Vermittlung in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit (§ 46 SGB III).

Tabelle B2.2.2-2: **Maßnahmen und Teilnehmende der Deutschen Angestellten Akademie GmbH (DAA) nach Themenbereichen, 2004 bis 2010**

Jahr	Informations- und Kommunikationstechnik	Fremdsprachen	Technik, Handwerk und Gewerbe	Gesundheit, Pflege und Soziales	Deutsch	Hotel- und Gastgewerbe	Sonstige berufliche Integration	Wirtschaft und Verwaltung	Insgesamt
Maßnahmen nach Themenbereichen									
2004	1.127	207	255	522	209	215	1.960	2.550	7.045
2005	752	186	202	506	201	236	2.190	2.520	6.793
2006	653	217	251	552	168	256	2.447	2.804	7.348
2007	614	226	289	495	152	243	2.255	2.636	6.910
2008	424	206	271	545	184	237	2.011	3.047	6.925
2009	320	233	255	711	223	225	2.451	2.976	7.394
2010	254	212	202	647	296	149	2.158	2.560	6.478
Teilnehmende nach Themenbereichen									
2004	6.548	2.113	2.399	6.438	1.246	2.296	29.320	30.171	80.531
2005	4.981	1.605	2.226	6.254	1.013	3.451	29.982	22.954	72.466
2006	5.121	1.997	2.467	3.028	6.233	1.447	36.755	30.577	87.625
2007	6.290	2.344	2.856	6.166	2.780	1.601	39.521	36.035	97.593
2008	4.448	1.968	2.580	6.616	3.534	1.125	45.251	42.486	108.008
2009	3.435	2.519	2.401	7.967	3.506	950	63.368	41.298	125.444
2010	2.771	2.322	2.133	8.629	5.325	689	73.594	35.687	131.150

Quelle: Mitteilung der Deutschen Angestellten Akademie GmbH (DAA)

eine Bildungsmaßnahme mit einem öffentlich-rechtlichen (z. B. IHK) oder staatlichen Abschluss ab.

Die Entwicklung der Zahlen im Zeitverlauf zeigt nach einem Minimum im Jahr 2005 einen stetigen Anstieg der Teilnahmezahlen, während die Anzahl der Veranstaltungen nach leichten Schwankungen in den letzten Jahren 2010 ein Minimum im beobachteten Zeitraum aufweist. Die gestiegenen Teilnahmezahlen bei sinkender Veranstaltungszahl deuten auf eine höhere Anzahl von Teilnehmenden pro Maßnahme hin; gleichzeitig wurden aber auch die Maßnahmen selbst verkürzt, wodurch sich das Verhältnis von Maßnahmen und Teilnehmenden verschoben hat. Betrug die durchschnittliche Dauer von FbW-Maßnahmen vor 2003 noch ca. 11 Monate, so ist sie aktuell auf unter 6 Monate abgesunken.²⁵⁸

Im Hintergrund steht bei öffentlich geförderten Maßnahmen das Bestreben, die Lehrgänge durch passgenaue Module individuell zuzuschneiden und damit eine schnellere Wiedereingliederung der Teilnehmenden in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Zu dem im Verhältnis zu den Maßnahmezahlen immer noch sehr starken Anstieg der Teilnehmendenzahlen haben auch mehrere Projekte über den § 46 SGB III beigetragen, in denen pro Maßnahme mehrere Tausend Teilnehmende erfasst sein können.

Angebot an beruflicher Weiterbildung in arbeitgebernahen Institutionen

Der „Wuppertaler Kreis e. V.“ – Bundesverband betriebliche Weiterbildung versteht sich als Zusammenschluss von großen Weiterbildungseinrichtungen der Wirtschaft. Ziel des Verbandes ist es u. a., die Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft durch Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit zu fördern. Der Wuppertaler Kreis hat derzeit 50 Mitglieder. Darunter sind neben

²⁵⁸ Die durchschnittlich vorgesehene individuelle Teilnahmedauer der Eintritte in FbW insgesamt betrug im Durchschnitt der Monate Januar bis September 2010 5,6 Monate (ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger, vgl. Bundesagentur für Arbeit 2010).

Tabelle B2.2.2-3: Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises 2000 bis 2009

Jahr	Veranstaltungen ¹	Teilnehmende	Standorte ²	Erfasste Mitglieds-einrichtungen	Mitgliedseinrichtungen insgesamt
2000	30.000	–	650	36	–
2001	31.000	–	765	35	–
2002	53.000	–	950	41	–
2003	110.000	–	800	46	–
2004	80.000	–	860	47	–
2005	90.000	–	780	47	–
2006	95.402	1.060.000	786	51	51
2007	105.900	1.050.000	844	51	51
2008	117.300	1.200.000	814	49	49
2009	121.000	1.100.000	849	50	50

¹ 2000 bis 2005: ca.-Angaben

² 2000 bis 2003: ca.-Angaben

Quelle: Wuppertaler Kreis e.V., Verbandsumfragen 2001 bis 2010, je S. 2

branchen- und firmenbezogenen Einrichtungen einige Bildungswerke der Wirtschaft in großen Bundesländern (z. B. Bildungswerk der Bayerischen, Niedersächsischen und Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft). Es gibt neben den im Wuppertaler Kreis vertretenen noch andere regional strukturierte Bildungswerke der Wirtschaft, zu deren Angebot keine Daten vorliegen.²⁵⁹

Die Daten in → **Tabelle B2.2.2-3** sind der jährlichen Verbandsumfrage des Wuppertaler Kreises „Trends der Weiterbildung“ entnommen.

Ab 2004 ist die Zahl der von den Mitgliedseinrichtungen durchgeführten Veranstaltungen auf zuletzt 121.000 kontinuierlich gestiegen; ab 2005 stieg auch die Zahl der unterschiedlichen Standorte, an denen die Veranstaltungen durchgeführt wurden (2009: 849). Die Anzahl der Teilnehmenden blieb seit Beginn der

Zählung (2006) in etwa stabil bei 1,1 bis 1,2 Millionen. Die meisten Mitgliedseinrichtungen des Wuppertaler Kreises bieten mehrere unterschiedliche Bildungsdienstleistungen an. Durchschnittlich wurde etwa ein Drittel des Umsatzes (33,2 %) mit offenen Seminaren erzielt, die sich vor allem an Mitarbeitende mittelständischer Unternehmen richten. Dieser Bereich, der im Jahr 2000 noch mehr als die Hälfte des Umsatzes erzielte, hat seitdem an Bedeutung verloren, die jetzige Größenordnung wird vom Verband aber als stabil eingeschätzt. Daneben sind firmenintern durchgeführte Seminare mit 22,5 % und öffentlich geförderte Maßnahmen mit 21,9 % Umsatzanteil wichtige Geschäftsfelder. Zugenommen hat neben den firmeninternen Maßnahmen in den letzten Jahren der Anteil des Umsatzes, der mit Beratungs- und Coachingdienstleistungen für Fach- und Führungskräfte erzielt wird (2009: 7,9 %) (Wuppertaler Kreis 2010, S. 3 f.).

Angebot an beruflicher Weiterbildung bei den Kammern

Die Industrie- und Handelskammern bieten an ihren lokalen und regionalen Standorten, häufig in Zusammenarbeit mit eigenen Bildungszentren, berufliche Weiterbildung an. Auch die Handwerkskammern bieten berufliche Weiterbildung an, allerdings liegen aus den letzten Jahren keine bundesweiten Daten vor.

Bei den Veranstaltungen der Industrie- und Handels-

²⁵⁹ Vgl. <http://www.wkr-ev.de/> (→ Ziele und Aufgaben; → Die Mitglieder, Stand 28.01.2011). Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Mitglieder liegt auf der betrieblichen Weiterbildung in offenen und firmeninternen Veranstaltungen, die in enger Kooperation mit Unternehmen, teilweise bezogen auf deren spezifischen Bedarf, durchgeführt werden. Einzelne Mitglieder bieten auch andere Bildungsdienstleistungen an, z. B. als Träger der freien Jugendhilfe berufsorientierende Maßnahmen für Jugendliche oder Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitssuchende in Zusammenarbeit mit Arbeitsagenturen. Die hier verwendete Einordnung als „arbeitgebernahe Institutionen“ stützt sich einerseits auf die Geschichte vieler Mitgliedsinstitute des Wuppertaler Kreises, die von Arbeitgeberverbänden (mit-)gegründet wurden, andererseits auf die Tatsache der Mitgliedschaft im Wuppertaler Kreis, der sich laut Selbstdarstellung als Sprachrohr der Unternehmen in Fragen der Weiterbildung versteht.

Tabelle B2.2.2-4: Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern, 1995 bis 2009

Jahr	Veranstaltungen	Unterrichtsstunden	Teilnehmende
1995	22.229	–	362.796
2000	26.175	–	371.988
2001	23.154	–	413.735
2002	21.819	–	295.425
2003	22.605	–	316.883
2004	21.668	1.530.658	302.926
2005	22.315	1.501.373	330.499
2006	23.522	1.619.813	341.630
2007	24.110	1.773.012	341.047
2008	24.746	1.823.561	342.794
2009	24.360	1.912.196	342.163

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) 2008, S. 66–69; DIHK 2009, S. 70–73; DIHK 2010, S. 70–73

Tabelle B2.2.2-5: Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern nach Themenbereichen, 2009

Themenbereich		2009					
		Veranstaltungen	Anteil (in %)	Unterrichtsstunden	Anteil (in %)	Teilnehmende	Anteil (in %)
Aufstiegsbildung	Kaufmännisch	2.244	9,2	504.424	26,4	36.887	10,8
	Industriell-technisch	1.040	4,3	358.439	18,7	20.555	6,0
	IT und Medien	83	0,3	23.357	1,2	1.106	0,3
	AEVO	1.036	4,3	85.846	4,5	18.830	5,5
	Querschnittsthemen	128	0,5	19.818	1,0	1.583	0,5
	Zwischensumme	4.531	18,6	991.884	51,9	78.961	23,1
Anpassungs- bildung	Kaufmännisch	6.411	26,3	199.123	10,4	78.271	22,9
	Industriell-technisch	1.556	6,4	142.518	7,5	16.313	4,8
	IT und Medien	1.449	5,9	49.619	2,6	11.435	3,3
	Querschnittsthemen	5.004	20,5	182.028	9,5	63.699	18,6
	Zwischensumme	14.420	59,2	573.288	30,0	169.718	49,6
Vorbereitung auf neue Berufstätigkeit		700	2,9	249.529	13,0	7.771	2,3
Firmenseminare		3.061	12,6	86.653	4,5	33.918	9,9
Sonstige ¹		1.648	6,8	10.842	0,6	51.795	15,1
Insgesamt		24.360	–	1.912.196	–	342.163	–

¹ Fachvorträge und -tagungen, Weiterbildungsseminare für Ausbilder, sonstige Vorträge und Tagungen sowie Dozenten- und Prüferseminare

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2010, S. 70–73

kammern handelt es sich in der Regel um berufs begleitende Seminare und Lehrgänge, von denen ein Teil direkt auf IHK-Prüfungen vorbereitet. Das Themenspektrum der Lehrgänge umfasst die Bereiche aller Wirtschaftsunternehmen, die Mitglied der jeweiligen IHK sind. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag veröffentlicht in seinem Bildungsbericht jähr-

lich Daten zur Anzahl der Veranstaltungen, Anzahl der Unterrichtsstunden und Anzahl der Teilnehmenden, die in → **Tabelle B2.2.2-4** dargestellt sind.

Insgesamt ist im Jahr 2009 die Anzahl der Veranstaltungen und Teilnehmenden leicht zurückgegangen, die Zahl der Unterrichtsstunden ist jedoch, dem

Trend der letzten Jahre folgend, weiter angewachsen (+4,3 % im Vergleich zu 2008) (vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.2.2). Zugenommen haben gegenüber dem Vorjahr vor allem die Maßnahmen, in denen kaufmännische Inhalte vermittelt werden, und hier wiederum die unterrichtsstundenintensiveren Lehrgänge der Aufstiegsbildung. Die Differenzierung nach den Kategorien Aufstiegsbildung und Anpassungsbildung sowie nach Themenbereichen für das Jahr 2009 zeigt → **Tabelle B2.2.2-5**.

Mehr als die Hälfte aller Unterrichtsstunden in Lehrgängen der Industrie- und Handelskammern entfielen 2009 auf den Bereich der Aufstiegsbildung (z. B. zum/zur Fachkaufmann/-frau oder zum/zur Industriemeister/-in; vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2010, S. 74 ff.; **vgl. Kapitel B1.3**). Gegenüber 2008 ist die Zahl der Veranstaltungen in allen Bereichen der Aufstiegsbildung gewachsen, mit Ausnahme des Themas IT und Medien. In der Anpassungsbildung sind die Veranstaltungen in allen Themenbereichen bis auf die kaufmännischen Lehrgänge zurückgegangen, dabei haben jedoch die Unterrichtsstunden in Lehrgängen zu Querschnittsthemen zugenommen (von 158.000 im Jahr 2008 auf 182.000 im Jahr 2009). Besonders stark sind in der Anpassungsbildung die Unterrichtsstunden im Bereich der industriell-technischen Lehrgänge gesunken, der Anteil an allen Unterrichtsstunden lag 2009 nur mehr bei 7,5 % (2008: 12,2 %). Firmenseminare, die nicht öffentlich zugänglich sind, haben im Jahresvergleich abgenommen; ihr Anteil betrug 2009 12,6 % aller Lehrgänge (2008: 15,7 %).

Insgesamt gibt es über die Angebote gewerkschafts- und arbeitgebernaher Institutionen ein breites Spektrum an Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung auf verschiedensten Niveaus und für verschiedenste Zielgruppen. Ein Teil der in diesem Kapitel dargestellten Angebote ist auch über die Förderstatistiken der Bundesagentur abgebildet (**vgl. Kapitel B3.1**). Ein anderer Teil, der mit Zertifikaten oder Fortbildungsprüfungen abschließt, findet sich in den Daten zu Prüfungsabschlüssen wieder (**vgl. Kapitel B1.3**).

Elisabeth Reichart, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)

B2.2.3 Weiterbildungsstatistik im Verbund

Seit dem Berichtsjahr 2002 werden in der Weiterbildungsstatistik im Verbund **E** jährlich Daten zu Personal, Finanzierung und Veranstaltungsprofilen der im Verbund zusammengeschlossenen Weiterbildungsorganisationen veröffentlicht, die statistische Erhebung wird vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) durchgeführt. Zu den im Verbund zusammengeschlossenen Organisationen gehören der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE). Der Deutsche Volkshochschul-Verband ist assoziiertes Mitglied im Verbund. Die Daten des Deutschen Volkshochschul-Verbandes werden in **Kapitel B2.2.1** gesondert aufgeführt, aus den folgenden Darstellungen sind sie ausgenommen.

Die im Verbund zusammengeschlossenen Einrichtungen bieten ein breites thematisches Spektrum an Weiterbildung an, die berufliche Weiterbildung stellt dabei neben der allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung einen Teilbereich dar. Die thematische Zuordnung der durchgeführten Veranstaltungen erfolgt anhand der Systematik Politik – Gesellschaft, Familie – Gender – Generationen, Religion – Ethik, Umwelt, Kultur – Gestalten, Gesundheit, Sprachen, Arbeit – Beruf, Grundbildung – Schulabschlüsse. Zwischen den einzelnen Bereichen gibt es thematische Überschneidungen, von den Teilnehmenden können auch die außerhalb des Bereichs Arbeit – Beruf durchgeführten Veranstaltungen für eine berufliche Weiterbildung genutzt werden. Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die durchgeführten Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen aus dem Themenbereich Arbeit und Beruf.



Weiterbildungsstatistik im Verbund (Verbundstatistik)

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf das jeweilige Kalenderjahr. Als Veranstaltung gezählt werden Kurse, Seminare und Lehrgänge, aber auch Studienfahrten und -reisen sowie Vorträge und andere Kurzformen mit bis zu 3 Unterrichtsstunden. Eine Unterrichtsstunde umfasst 45 Minuten. Unter einer Belegung wird ein Teilnahmefall an einer Veranstaltung verstanden. Eine Person, die mehrere Veranstaltungen belegt, wird mehrfach gezählt, die Anzahl der Belegungen ist daher höher als die Anzahl der Teilnehmenden.

Auch außerhalb des Bereichs Arbeit – Beruf findet berufliche Weiterbildung statt. Da jedoch die Veranstaltungen nach inhaltlichen Kriterien und nicht wie in der Befragung Adult Education Survey (vgl. [Kapitel B1.1.1](#)) die Motive der Teilnehmenden für Weiterbildung erfasst werden, können die dargestellten Daten als Mindestwerte für berufliche Weiterbildung interpretiert werden.

1.322 Einrichtungen bilden die Grundgesamtheit der Verbundstatistik. Die Erfassungsquoten fallen bei den an der Verbundstatistik beteiligten Verbänden unterschiedlich aus, sie variieren zwischen 38 % und 98 %. Erfasst wurden die Daten von 987 Einrichtungen. Die dargestellten Ergebnisse wurden auf Basis der Erfassungsquoten auf die Grundgesamtheit hochgerechnet (vgl. Weiß/Horn 2010).

Nicht für alle Teilnahmefälle liegen Informationen zum Geschlecht vor. Die in [Tabelle B2.2.3-2](#) dargestellten Prozentangaben beziehen sich auf die jeweils gültigen Nennungen. Für insgesamt 75 % der Belegungen in Veranstaltungen mit mehr als 3 Unterrichtsstunden im Bereich Arbeit – Beruf wurden Angaben zum Geschlecht gemacht.

Angebot beruflicher Weiterbildung

Das im Themenbereich Arbeit – Beruf abgebildete Angebot umfasst im Jahr 2008 mehr als 25.000 Veranstaltungen, die mit rund 970.000 Unterrichtsstunden durchgeführt werden und über 460.000 Belegungen verzeichnen können [→ Tabelle B2.2.3-1](#).

Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg beim Angebotsvolumen und den Teilnahmen. Die Veranstaltungen nehmen um 9 % zu, die Unterrichtsstunden um 15 %, die Teilnahmen steigen um 10 %. Trotz des Anstiegs im Angebotsvolumen und der Teilnahmen nimmt berufliche Weiterbildung bei den im Verbund zusammengeschlossenen Einrichtungen eine eher nachrangige Rolle ein. Der Bereich Arbeit – Beruf umfasst knapp 6 % der insgesamt durchgeführten Veranstaltungen, der Anteilswert der Teilnahmen liegt bei 4 %, lediglich bei den Unterrichtsstunden erreicht der Anteil am Gesamtvolumen 14 %. Dieser höhere Anteil ist erklärbar durch die im Rahmen beruflicher Weiterbildungsangebote durchgeführten Auftrags- und Vertragsmaßnahmen, die durchschnittlich länger dauern als offene Angebote.

Die berufliche Weiterbildung prägt in unterschiedlichem Ausmaß das inhaltliche Programmprofil der einzelnen Verbände. Ein Vergleich zwischen den Organisationen des Verbundes zeigt deutliche Unterschiede in der thematischen Schwerpunktsetzung. Einen relevanten Teil des Angebots stellt die berufliche Weiterbildung bei den Verbänden AdB und AL. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten bietet mehr als 4.000 Veranstaltungen mit fast 80.000 Unterrichtsstunden zu den Themen Wirtschaft, Arbeit, Management und Arbeitstechniken an. Der Anteil der Veranstaltungen mit beruflichen Themen am Gesamtprogramm liegt bei knapp 20 %, der Anteil der Unterrichtsstunden am Gesamtvolumen bei 18 %. Die Verbindung zwischen politischer und beruflicher Weiterbildung liegt im Fokus des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben. Zu den Themen Interessenvertretung, Mitbestimmung und Tarifrecht werden 4.500 Veranstaltungen und 370.000 Unterrichtsstunden durchgeführt. Der Anteil am Gesamtprogramm liegt bei 44 %, der Anteil am gesamten Unterrichtsstundenvolumen beträgt 64 %.

Bei den beiden konfessionellen Verbänden zeigt sich ein anderes Bild. Das inhaltliche Profil wird nicht durch berufliche Weiterbildung geprägt, das Angebotsvolumen an beruflicher Weiterbildung, gemessen an Unterrichtsstunden und Anzahl an Veranstaltungen, ist dennoch größer als bei den beiden anderen Verbänden. Die Katholische Bundesarbeits-

Tabelle B2.2.3-1: **Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ 2008**

Bundes- organisationen ¹	Themenbereich „Arbeit und Beruf“ (Hochrechnung)					
	Veranstaltungen	Anteil an allen Veranstaltungen in %	Unterrichtsstunden	Anteil an allen Unterrichtsstunden in %	Belegungen	Anteil an allen Belegungen in %
AdB	4.151	19,3	79.655	17,8	76.598	15,5
BAK AL	4.512	44,4	377.062	64,3	68.023	42,3
DEAE	4.780	2,8	67.586	4,2	82.628	2,1
KBE	12.231	4,9	447.612	10,7	232.927	3,9
Insgesamt	25.674	5,7	971.915	14,20	460.176	4,4

¹ In dem Verbund Weiterbildungsstatistik zusammengeschlossen sind die Organisationen Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2008

Tabelle B2.2.3-2: **Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ 2008**

Bundes- organisationen ¹	Themenbereich „Arbeit und Beruf“ (Hochrechnung)						
	Veranstaltungen	Unterrichts- stunden	Belegungen	davon Frauen	Anteil von Frauen in %	davon Männer	Anteil von Männern in %
AdB	4.076	79.343	75.306	30.601	47,2	34.244	52,8
BAK AL	4.413	376.790	66.380	23.613	35,9	42.114	64,1
DEAE	2.928	61.094	43.594	16.689	74,4	5.754	25,6
KBE	5.931	405.809	85.227	31.532	63,5	18.159	36,5
Insgesamt	17.347	923.036	270.507	102.436	50,5	100.270	49,5

¹ In dem Verbund Weiterbildungsstatistik zusammengeschlossen sind die Organisationen Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (BAK AL), die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) und die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE).

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Weiterbildungsstatistik im Verbund 2008

gemeinschaft für Erwachsenenbildung ist der nach Anzahl der Unterrichtsstunden und durchgeführter Veranstaltungen größte Verband, er stellt mit über 12.000 Veranstaltungen und fast 450.000 Unterrichtsstunden auch das größte Angebotsvolumen im Bereich Arbeit – Beruf. Die KBE versteht sich primär als Anbieterin religiöser und kultureller Weiterbildung, im Vergleich zum Gesamtangebot der KBE spielt die berufliche Weiterbildung eine nachrangige Rolle, was an dem Anteil der Veranstaltungen im Themenbereich Arbeit – Beruf von unter 5 % deutlich sichtbar wird. Bei dem anderen konfessionellen Trägerverband, der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, werden rund 5.000 Veranstaltungen mit über 67.000 Unterrichtsstunden angeboten. Die inhaltlichen Schwerpunkte der DEAE liegen auf religiöser/theologischer Bildung, auf politischer Bildung sowie auf den The-

menbereichen Lebensformen, Geschlechter- und Generationsbeziehungen, sodass auch der Anteil der Veranstaltungen im Themenbereich Arbeit – Beruf unter 5 % liegt. Der Anteil am Unterrichtsstunden-volumen liegt bei den Einrichtungen KBE bei 11 %, bei der DEAE bei 4 %.

Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung nach Geschlecht

Bundesweit beteiligen sich Männer stärker an beruflicher Weiterbildung als Frauen (vgl. Kapitel B1.1.1). Bei den Mitgliedseinrichtungen des Verbundes zeigt sich dagegen ein ausgeglichenes Verhältnis. Der Anteil an Belegungen durch Männer im Bereich Arbeit – Beruf liegt bei 49 %. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den einzelnen Verbänden. Beim Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben ist der Anteil

der männlichen Teilnehmer mit 64 % am höchsten, auch im Gesamtprogramm des Verbandes überwiegen mit einem Anteil von 58 % die männlichen Teilnehmer. Beim Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist das Geschlechterverhältnis mit 53 % männlichen Teilnehmern ausgeglichen. Im Gesamtprogramm liegt der Anteil der Belegungen durch Männer mit 46 % etwas unter dieser Quote. Während die Verbände mit einem Fokus auf politisch orientierter beruflicher Weiterbildung eher männliche Teilnehmer erreichen, überwiegt bei den konfessionellen Trägern KBE und DEAE der Anteil der Frauen. Bei der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung werden 64 % der Belegungen von beruflicher Weiterbildung durch Teilnehmerinnen gebucht. Der Frauenanteil an den Belegungen im Bereich Arbeit – Beruf liegt damit über dem durchschnittlichen Anteil weiblicher Belegungen an beruflicher Weiterbildung im Verbund. Allerdings überwiegt mit 79 % auch der Frauenanteil an den Belegungen im Gesamtprogramm der KBE. Bei der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung liegt der Anteil der Frauen an beruflichen Veranstaltungen mit 74 % sogar über dem Frauenanteil von 71 % im Gesamtprogramm. Die Verteilung der Teilnahmen nach Geschlecht zeigt → **Tabelle B2.2.3-2.**

(Christina Weiß, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

B2.3 Fernunterrichtsstatistik

Seit 1983 werden im Rahmen der Fernunterrichtsstatistik bei Anbietern staatlich zugelassener Fernlehrgänge auf freiwilliger Basis jährlich Daten zu Angebots-, Anbieter- und Teilnahmestrukturen im Bildungssegment Fernlernen erhoben. Der Berichtszeitraum umfasst dabei das jeweilige Vorjahr (1. Januar bis 31. Dezember). Bis 2007 erfolgten die Befragungen durch das Statistische Bundesamt (StBA), 2008 und 2009 durch das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE). 2010 wurde die Fernunterrichtsstatistik erstmals ausschließlich durch den Fachverband „Forum DistancE-Learning“ (FDL) **E** erstellt. Das für die Onlinebefragung eingesetzte Erhebungsinstrument entspricht laut FDL dabei dem vom StBA bzw. vom DIE verwendeten Fragebogen, sodass hinsichtlich der erhobenen Daten eine Kontinuität in der Fernunterrichtsstatistik gesichert ist.

Neben den Befragungsergebnissen des FDL wird für die vorliegende Aufbereitung der Fernunterrichtsstatistik zusätzlich ergänzendes Datenmaterial der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU) hinzugezogen. Damit steht – trotz der Diskontinuitäten im Hinblick auf die erhebende Stelle – für das Bildungssegment Fernlernen (d. h. für Bildungsangebote, die als Fernlehrgang bzw. Fernstudium absolviert werden) auch 2010 eine relativ breite empirische Datenbasis zur Verfügung.



„Forum DistancE-Learning (FDL)“

Der Fachverband Forum DistancE-Learning wurde 1969 als „Arbeitskreis Korrektes Fernlehrwesen“ gegründet. Die im Laufe der vergangenen vier Jahrzehnte erfolgten Umbenennungen (1980 in „Deutscher Fernschulverband e.V.“, 2003 in „Forum DistancE-Learning“) bringen die verschiedenen Paradigmen, die Fernlernen als didaktische Methode seither geprägt haben, zum Ausdruck. Nach eigenen Angaben gehören dem Verband derzeit knapp 100 Mitglieder (Fernlehrinstitute, [Fern-]Hochschulen und sonstige Akteure) an. Damit stellt er die größte und einflussreichste Interessenvertretung im Bildungssegment Fernlernen dar.

Seit 2000 veröffentlicht der FDL ebenfalls jährlich eine Aufbereitung der Fernunterrichtsstatistik auf seiner Webpräsenz (www.forum-distance-learning.de). Die in den vergangenen Jahren durch das StBA bzw. das DIE erhobenen Daten wurden dabei zusätzlich durch eigene erfahrungsbasierte Schätzungen ergänzt, die in den Darstellungen aber nicht explizit ausgewiesen werden. Daher finden sich in den Veröffentlichungen des FDL zum Teil beträchtliche Differenzen (z. B. in Bezug auf Teilnahmezahlen) zu den an anderer Stelle veröffentlichten Fernunterrichtsstatistiken.

Begründet wird die erfahrungsbasierte und durch eigene Markt- und Branchenkenntnisse gestützte Ergänzung der Fernunterrichtsstatistik durch Schätzungen damit, dass die jährlichen Erhebungen auf einer freiwilligen Teilnahme der Anbieter basieren. Deren Beteiligungsbereitschaft ist aber seit Jahren rückläufig, sodass die Befragungsergebnisse nach Ansicht des Verbandes die tatsächliche Marktentwicklung nur unzureichend spiegeln.

Erläuterungen zu den Begriffen „Fernunterricht“, „Fernstudium“ und „Fernlernen“ finden sich im BIBB-Datenreport 2010, Kapitel B2.3.

Teilnahme an Fernlehrgängen

2010 wurden vom FDL 316 Fernlehrinstitute angeschrieben, von denen sich 116 (36,7 %) an der Befragung beteiligten. Die einbezogenen Institute weisen insgesamt 207.489 Teilnahmen aus.

Bei den übrigen Instituten, die sich nicht an der Befragung beteiligten, schätzt der FDL weitere 45.640 Teilnehmende und kommt somit auf insgesamt 253.129 Teilnahmen an *staatlich zugelassenen* Fernlehrgängen.

Das Schätzverfahren beschreibt der Verband wie folgt: Berücksichtigt „wurden hierzu alle verfügbaren Informationen zu den Anbietern (...) Hierzu zählen insbesondere Angaben zu Anzahl, Dauer, Abschluss und Preisniveau der angebotenen Fernlehrgänge. Die auf dieser Basis ermittelten Schätzungen wurden jedem einzelnen Anbieter zur Prüfung vorgelegt. Gemeldete Bestätigungen sowie Korrekturen dieser Schätzwerte wurden in der Statistik berücksichtigt, ansonsten wurden die ermittelten Werte als Schätzungen aufgenommen. Die Schätzwerte sind sehr vorsichtig angesetzt,

was daran zu erkennen ist, dass der Durchschnitt der geschätzten Anbieter mit 228 Teilnehmenden nur bei 13 % des von den beteiligten Anbietern gemeldeten Durchschnitts von 1.789 Teilnehmenden liegt. Der Schätzanteil von 18 % an der Gesamtzahl aller Teilnehmenden ist daher als Mindestvolumen anzusehen“ (Forum DistancE-Learning 2010).

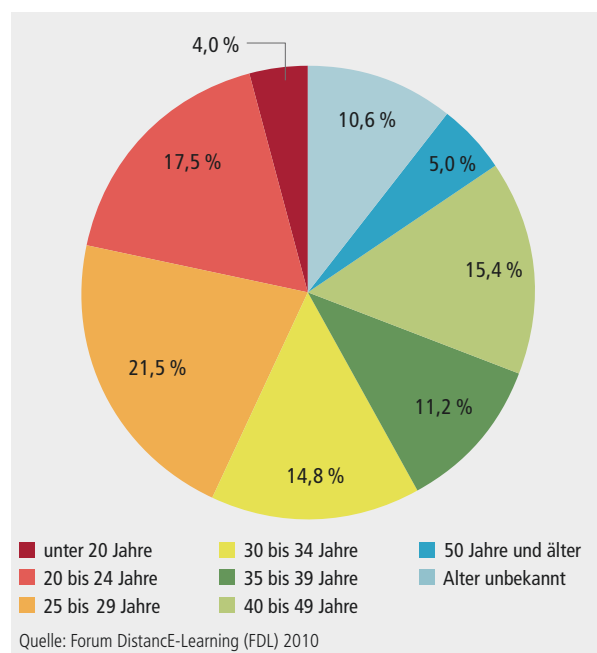
Zusätzlich werden weitere 25.235 Teilnehmende an *zulassungsfreien* Fernlehrgängen im Rahmen innerbetrieblicher Weiterbildung ausgewiesen.

In der vorliegenden Aufbereitung der Fernunterrichtsstatistik werden – sofern nicht anders ausgewiesen – ausschließlich die erhobenen Daten bei staatlich zugelassenen Fernlehrgängen (n = 207.489) als Bezugsgröße herangezogen.

Der Anteil von Frauen in Fernlehrgängen ist 2009 mit 53,1 % geringfügig höher als 2008 (52,2 %) und entspricht fast exakt dem 2007 ermittelten Anteil von 53,2 %.

Die Altersstruktur weist geringfügige Änderungen im Vergleich zum Vorjahr auf: Zunahmen gibt es bei

Schaubild B2.3-1: **Teilnehmende an Fernlehrgängen nach Altersklassen (in %)**



den unter 20-Jährigen (2008: 3,7%). Bei den übrigen Altersgruppen jedoch zeigen sich geringfügige Abnahmen, die aber im Wesentlichen darauf zurückzuführen sind, dass der Anteil der Personen, deren Alter unbekannt ist, im Vergleich zum Vorjahr (2008: 2,4%) deutlich höher ist. So betrug 2008 der Anteil der 20- bis 24-Jährigen 19,0%, der der 25- bis 29-Jährigen 23,0%. 30- bis 34-Jährige wurden 2008 mit 16,3% ausgewiesen, 35- bis 39-Jährige mit 13,6% und 40- bis 49-Jährige mit 16,8%. 5,2% waren 2008 mindestens 50 Jahre alt. Die Verteilung der Teilnehmenden nach Altersgruppen zeigt → **Schaubild B2.3-1**.

Fernlehrgänge – Angebot

Wie in den Vorjahren ist auch im aktuellen Berichtszeitraum eine Zunahme von staatlich zugelassenen Fernlehrgängen zu beobachten: Wurden in der Fernunterrichtsstatistik 2008 2.087 von der ZFU zugelassene Fernlehrgänge ausgewiesen, waren es 2009 2.264 und 2010 2.470. Ein großer Teil der Neuzulassungen entfällt dabei auf berufsbildende Angebote; so können 1.728 Fernlehrgänge (ca. 70%; im Vorjahr: 1.470) dem berufsbildenden und 742

(gegenüber 794 im Vorjahr) dem allgemeinbildenden Bereich zugeordnet werden.

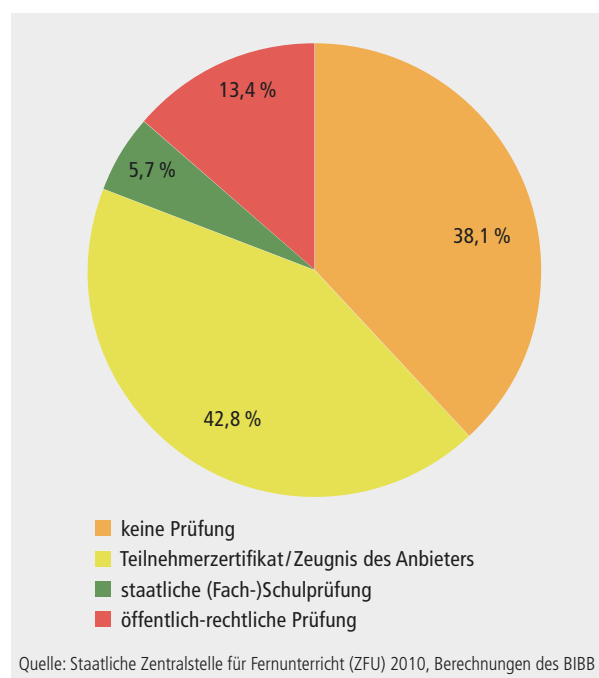
Von den 2.470 staatlich zugelassenen Lehrgängen bereiten 1.468 (59,4%) auf eine Prüfung vor; 1.002 Lehrgänge (40,6%) enden ohne Prüfung. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine deutliche Zunahme von Lehrgängen ohne Abschlussprüfung (2009: insgesamt 2.264 Lehrgänge, davon 1.442 [63,7%] mit und 822 Angebote [36,3%] ohne Prüfungsabschluss).

Einen Überblick über die Art der jeweiligen Prüfungsabschlüsse bietet → **Schaubild B2.3-2**.

Die Laufzeit der einzelnen, staatlich zugelassenen Fernlehrgänge ist sehr unterschiedlich: 23,7% dauern bis zu 6 Monate, 43,0% zwischen 6 und 12 Monate, 25,6% zwischen 12 und 24 Monate und 7,7% länger als 24 Monate. Wie auch im Vorjahr haben somit zwei Drittel eine Laufzeit bis zu 12 Monaten, und es lassen sich hier kaum Änderungen feststellen.

In 2009 waren die Themenbereiche mit den meisten Teilnahmen Wirtschaft (25,1%), Freizeit/Gesundheit (17,1%) und schulische Lehrgänge (16,7%). Die Verteilung der Teilnahmen nach Themenbereichen zeigt → **Schaubild B2.3-3**.

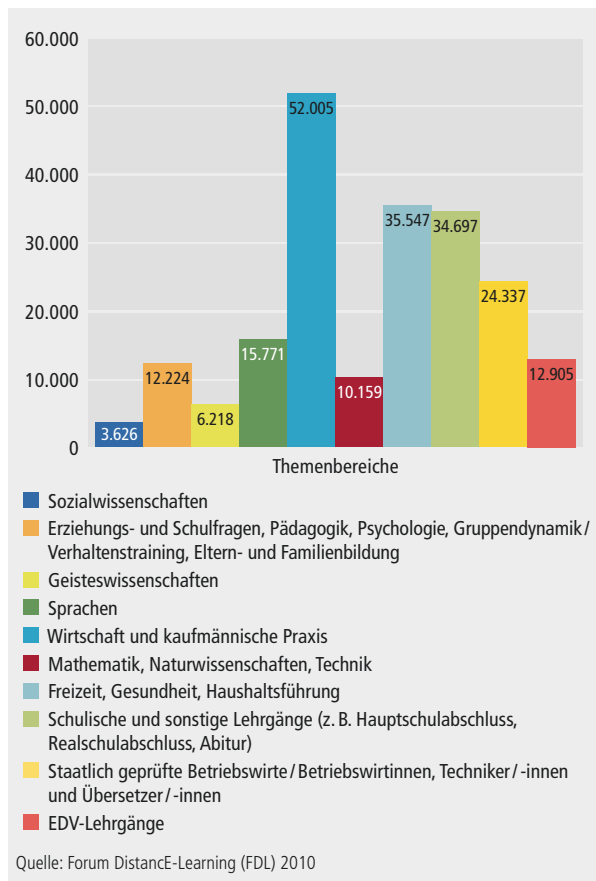
Schaubild B2.3-2: Art der Abschlüsse bei Fernlehrgängen (in %)



Im Vergleich zu 2008 lassen sich bei den prozentualen Anteilen der einzelnen Themenbereiche am Gesamtvolumen leichte Zuwächse bei den Sozialwissenschaften (+1,5%), im Bereich Wirtschaft und kaufmännische Praxis (+1,3%) sowie bei Angeboten in den Bereichen Freizeit, Gesundheit, Haushaltsführung (+0,3%) beobachten. Demgegenüber verzeichnen die anderen Themenbereiche geringfügige Einbußen gegenüber den prozentualen Anteilen des Vorjahres, hier am stärksten der Bereich Mathematik, Naturwissenschaften, Technik (-1,4%).

Bei Lehrgängen, die auf einen anerkannten Abschluss (öffentlich-rechtliche oder staatliche Prüfung) vorbereiten, ließ sich mit 80.664 Teilnehmenden (38,9%) auch 2009 eine weitere prozentuale Belegungszunahme beobachten. 2008 wurden hier 37,4%, 2007 und 2006 jeweils 35,3% ausgewiesen.

Schaubild B2.3-3: Teilnehmende an Fernlehrgängen nach Themenbereichen (absolut)



Fernlehrgänge – Anbieter

Deutlich verringert hat sich 2010 die Anzahl der bei der ZFU registrierten Anbieter: von 356 in 2009 auf 331 in 2010. Dies entspricht einem Rückgang von ca. 7 % im Vergleich zum Vorjahr → [Schaubild B2.3-4](#).

Basierend auf den erhobenen Daten der 116 einbezogenen Anbieter stellt sich die Marktsituation folgendermaßen dar:

- 10 Anbieter (8,6 %) haben jeweils mehr als 5.000 Teilnahmen und decken mit 171.074 Einschreibungen 82,4 % des Marktangebotes bei *staatlich zugelassenen* Fernlehrgängen ab.
- 11 Institute (9,5 %) haben jeweils 1.001–5.000 Teilnehmende (insgesamt 23.609 Personen bzw. 11,4 %).
- Die restlichen 95 Institute (81,9 %) decken mit 12.806 Teilnahmen 6,2 % des Marktes ab.

Im Vergleich zum Vorjahr lassen sich damit hinsichtlich der Marktstruktur kaum Änderungen erkennen. Für die bei den nicht antwortenden 200 Anbietern geschätzten Teilnahmehzahlen ($n = 45.640$) weist der FDL folgende Merkmale aus:

- 6 Anbieter (3 %) haben zwischen 1.001 und 5.000 Teilnehmende (vermutet werden 8.500 Teilnahmen, 18,6 %).
- 101 Anbieter (50,5 %) haben zwischen 101 und 1.000 Teilnehmende mit geschätzten 30.900 Teilnahmefällen (67,7 %).

Schaubild B2.3-4: Fernlehrinstitute Gesamtzahl 2001 bis 2010 (absolut)

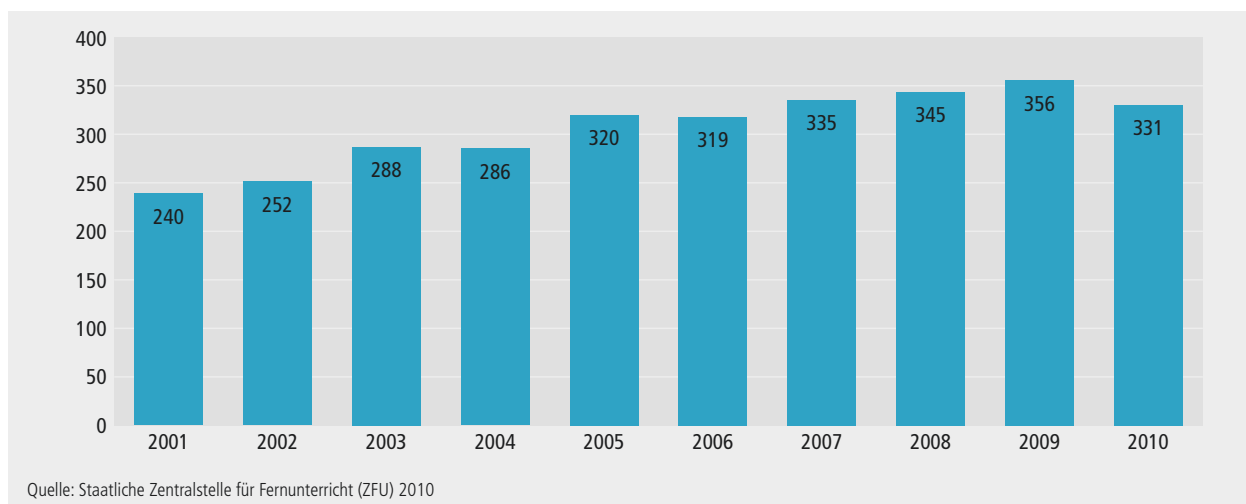
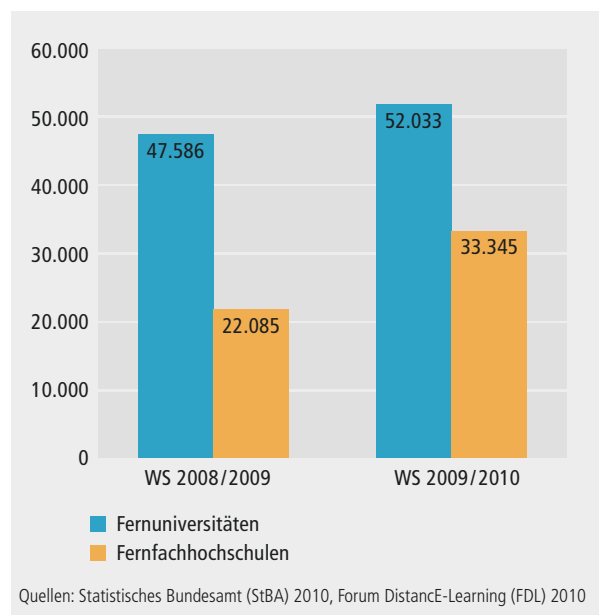


Schaubild B2.3-5: Studierende an Fernhochschulen (absolut)



- Die restlichen 6.240 der geschätzten 45.640 Teilnahmen entfallen auf 93 Institute (46,5 %) mit weniger als 100 Teilnehmenden.

Nicht in die Schätzung einbezogen wurden Institute, die jährlich mehr als 5.000 Teilnahmen verzeichnen.

Teilnehmende an Fernstudiengängen

Im Wintersemester 2009/2010 gab es insgesamt 104.750 Fernstudierende an Fernuniversitäten (52.033, 49,7 %), Fernfachhochschulen (33.345, 31,8 %) und Präsenzhochschulen (19.372, 18,5 %). Bei einem Vergleich mit dem Vorjahr müssen Fernstudierende an Präsenzhochschulen unberücksichtigt bleiben, da sie damals nicht gesondert ausgewiesen worden sind. Somit verbleiben 85.378 Studierende an Fernuniversitäten und Fernfachhochschulen. Diese Zahl bedeutet gegenüber dem Vorjahr (69.671 Fernstudierende an diesen beiden Hochschultypen) einen Anstieg um 22,5 %. Differenziert man zwischen den beiden Hochschularten, so nahm – im Vergleich zum Wintersemester 2008/2009 – die Zahl der Fernstudierenden an Fernuniversitäten um insgesamt 8.846 (18,6 %) und die der an Fernfachhochschulen Immatrikulierten um 6.861 (31,1 %) zu → **Schaubild B2.3-5**.

Leicht zugenommen hat auch der Anteil der Fernstudentinnen an Fernuniversitäten und Fernfachhochschulen; inzwischen liegt er bei 43,1 % (Wintersemester 2008/2009: 41,8 %; Wintersemester 2007/2008: 39,7 %). Mit einem Anteil von 56,9 % sind Männer bei Fernstudierenden – wie auch in den vergangenen Jahren – überrepräsentiert.

(Weiter-)Bildungsberatung im Fernlernen

Im Rahmen des laufenden BIBB-Forschungsprojektes „Personenbezogene (Weiter-)Bildungsberatung im Fernlernen“²⁶⁰ wurde Ende 2009 eine Onlineerhebung durchgeführt. 95.891 Personen aus Datenpools von 14 ausgewählten Akteuren im Bildungssegment Fernlernen wurden dazu befragt, auf welcher (Beratungs-)Basis die Auswahlentscheidung bei der Belegung eines Fernlehrgangs bzw. Fernstudiums im Rahmen von beruflicher Bildung getroffen wurde. In die Auswertung konnten 8.611 Datensätze einbezogen werden (Rücklaufquote: ca. 9 %). Einen Überblick über das methodische Vorgehen und die deskriptive statistische Auswertung gibt Fogolin 2010.

(Angela Fogolin)

²⁶⁰ Siehe <http://www.bibb.de/de/wlk51067.htm>.

B3 Öffentlich geförderte Weiterbildung

B3.1 SGB-III- und SGB-II-geförderte Weiterbildungsmaßnahmen

Zu den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die Personen in den Rechtskreisen SGB II und SGB III Qualifizierung ermöglichen, zählen die berufliche Weiterbildung, die berufliche Weiterbildung für behinderte Menschen und die ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit → [Tabelle B3.1-1](#). Die Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen sind im Jahr 2009 ausgelaufen. Das mit § 46 SGB III zum 1. Januar 2009 eingeführte Instrument der Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, das u. a. Elemente der bisherigen Trainingsmaßnahmen aufnimmt, gilt als vermittlungsunterstützende Leistung.

Neben der beruflichen Weiterbildung liegt in diesem Jahr der Schwerpunkt der Berichterstattung bei den aufgrund der Wirtschaftskrise initiierten bzw. ausgeweiteten Maßnahmen zur Förderung spezieller Zielgruppen wie z. B. Geringqualifizierte oder Personen in Kurzarbeit.

E Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit

In der Förderstatistik werden Förderungen bzw. Teilnahmen von Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung erfasst. Gezählt werden nicht Personen, sondern Förderfälle bzw. Teilnahmen; eine Person, die in einem Zeitraum oder an einem Zeitpunkt mehrere Förderleistungen erhält, wird daher mehrfach gezählt.

Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)

Die Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung nach SGB III – Arbeitsförderung – und seit 2005 auch nach SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende – ist eines der wesentlichen Elemente der aktiven Arbeitsförderung. Sie soll die individuellen Chancen von Menschen am Arbeitsmarkt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern. Dazu können Qualifikationen an geänderte Anforderungen angepasst oder bislang fehlende Berufsabschlüsse erworben werden.

In den vergangenen 10 Jahren ist die Förderung der beruflichen Weiterbildung zunächst zwischen 2000 und 2005 durch Umsteuerung des Mitteleinsatzes im Rahmen der regionalen Arbeitsmarktprogramme reduziert worden. Innerhalb der Leistungen zur Verbesserung der Qualifikation wurden zudem verstärkt Trainingsmaßnahmen nach § 48 SGB III eingesetzt. Der Rückgang von FbW-Maßnahmen setzte sich abgeschwächt bis zum Jahr 2005 fort. Ab 2006 erfolgte wieder eine verstärkte Förderung beruflicher Weiterbildung, die ihren Höhepunkt 2009 erreichte → [Schaubild B3.1-1](#) und → [Schaubild B3.1-2](#).

Im Jahr 2009 sind 618.436 Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung zu verzeichnen. Das ist ein Anstieg um 33,7 % gegenüber dem Vorjahr.

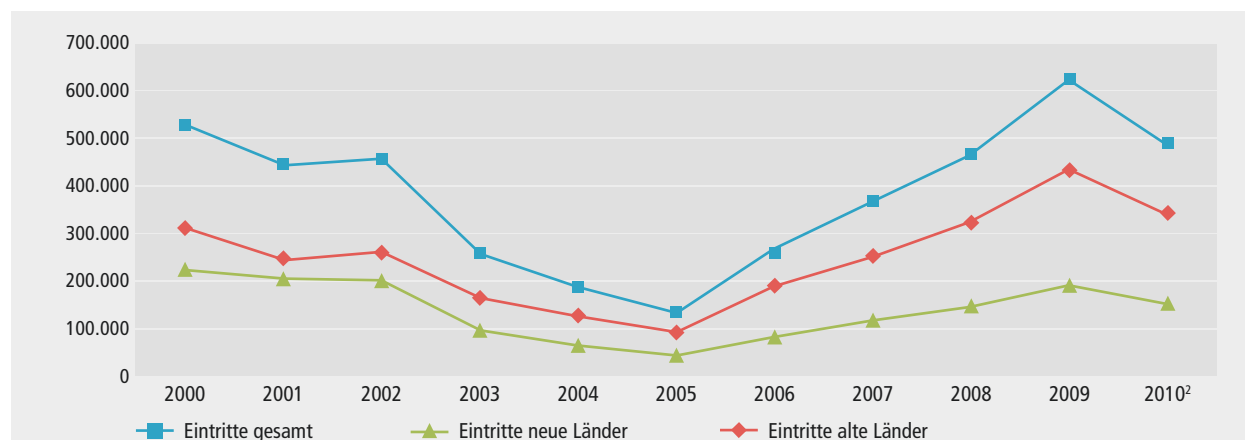
Tabelle B3.1-1: Teilnahmen an Qualifizierungsmaßnahmen in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2009

	Teilnehmerbestand (Jahresdurchschnitt)			Zugänge/Eintritte/Bewilligungen (Jahressumme)		
	insgesamt	SGB III	SGB II	insgesamt	SGB III	SGB II
Qualifizierung 2009	263.686	138.529	125.157	1.254.611	753.305	501.306
Berufliche Weiterbildung	198.104	105.802	92.302	618.436	387.094	231.342
Berufliche Weiterbildung behinderter Menschen	17.620	9.930	7.690	26.577	13.269	13.308
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (einschl. Reha) ¹	38.592	13.427	25.165	486.199	229.543	256.656
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	9.370	9.370	–	123.399	123.399	–

¹ Die individuelle Förderung der Teilnehmer mit Beginn ab 01.01.2009 erfolgt auf Grundlage des zum 01.01.2009 eingeführten § 46 SGB III Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2009. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. Sondernummer 2. Nürnberg 2010j. Datenstand: Mai 2010; alle Maßnahmen einschließlich der Daten für zugelassene kommunale Träger

Schaubild B3.1-1: **Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2000 bis 2010¹**

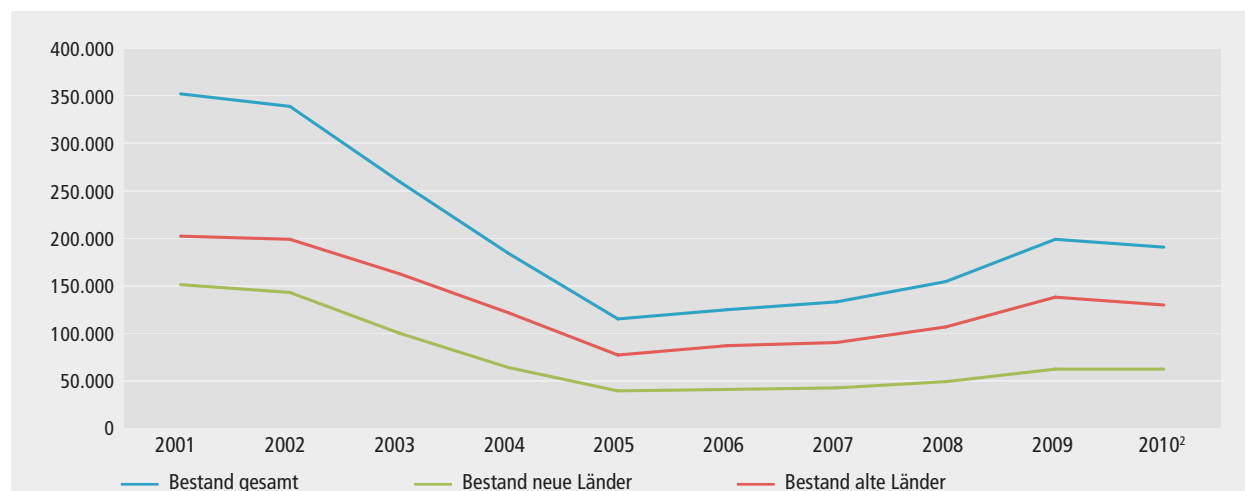


¹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Zugang und Bestand in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Datenstand Januar 2011, Erstellungsdatum 18.01.2011; mit Daten der zugelassenen kommunalen Träger (für 2010 mit Einschränkungen), ohne Reha.

² Die Daten für 2010 sind vorläufige hochgerechnete Werte (Datenstand: Januar 2011).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, Nürnberg 2011

Schaubild B3.1-2: **Durchschnittlicher Jahresbestand¹ in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2010²**



¹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Zugang und Bestand in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Datenstand Januar 2011, Erstellungsdatum 18.01.2011; mit Daten der zugelassenen kommunalen Träger (für 2010 mit Einschränkungen), ohne Reha.

² Die Daten für 2010 sind vorläufige hochgerechnete Werte (Datenstand: Januar 2011).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Förderstatistik, Nürnberg 2011

Von den 618.436 Eintritten im Jahr 2009 entfielen 45.008 auf Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (das entspricht 7,3 %; 2008: 6,9 %). Der Anteil der unter 25-Jährigen bei den Eintritten betrug 2009 12 % (2008: 13,4 %); der

Anteil der Ausländer/-innen lag bei 11 % (2008: 11,3 %). Langzeitarbeitslose waren mit einem Anteil von 7,8 % (2008: 12,5 %) an den Eintritten vertreten (Statistisches Bundesamt 2010i).

Tabelle B3.1-2: **Zugang und Jahresdurchschnittsbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB II (ab 2005) und SGB III in den Jahren 2005 bis 2010¹**

Eintritte/Zugang		2005	2006	2007	2008	2009	2010 ²
Deutschland	Gesamt	131.521	264.343	364.894	462.532	618.435	485.805
	davon Frauen	53.994	114.721	168.022	210.719	253.965	
Alte Länder	Gesamt	91.096	185.457	249.675	320.217	431.065	337.279
	davon Frauen	39.143	82.692	117.519	148.194	174.163	
Neue Länder	Gesamt	40.425	78.886	115.219	142.315	187.370	148.526
	davon Frauen	14.851	32.029	50.503	62.525	79.802	
Jahresdurchschnittsbestand		2005	2006	2007	2008	2009	2010²
Deutschland	Gesamt	114.350	124.800	131.714	154.088	198.104	189.528
	davon Frauen	59.743	60.175	63.419	73.734	89.820	
Alte Länder	Gesamt	76.157	85.535	90.056	105.508	137.049	128.970
	davon Frauen	40.792	41.756	43.845	51.168	61.199	
Neue Länder	Gesamt	38.193	39.264	41.568	48.579	61.054	60.559
	davon Frauen	18.951	18.420	19.574	22.566	28.621	

¹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Zugang und Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Datenstand Januar 2011; mit Daten der zugelassenen kommunalen Träger, ohne Reha

² Am aktuellen Rand werden die Daten aufgrund von Erfahrungswerten hochgerechnet. Dies gilt jedoch nicht für die Daten der zugelassenen kommunalen Träger (zkT), was den Vorjahresvergleich ebenso einschränkt wie die unterschiedliche Vollständigkeit der von den zkT übermittelten Daten. Endgültige Werte zur Förderung stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Eintritte von Frauen in FbW-Maßnahmen sind im Jahr 2009 geringer gestiegen als die Gesamteintritte → **Tabelle B3.1-2**. Die Wirtschaftskrise führte 2009 zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere von Männern. Nur 43 % der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III waren Frauen. Dies wirkte sich auch auf den Anteil der Frauen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen aus. Die Mindestbeteiligung von Frauen nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 SGB III entsprechend ihrer absoluten und relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit wurde jedoch übertroffen (Bundesagentur für Arbeit – Eingliederungsbilanz 2009).

Die Gesamtausgabemittel im Rechtskreis SGB III für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung betrugen 2009 2,3 Mrd. € (2008: 1,5 Mrd. €). Davon entfielen rund 1,3 Mrd. € (2008: 0,8 Mrd. €) aus dem Eingliederungstitel auf die Weiterbildungskosten (Lehrgangskosten, Fahrtkosten, Kinderbetreuungskosten, Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung). Dazu kommen

rund 1,1 Mrd. € (2008: 0,7 Mrd. €) für die Gewährung von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung (Bundesagentur für Arbeit 2010m).

Von der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die zum 1. Januar 2009 in Kraft getreten war, waren insbesondere Maßnahmen wie die Trainingsmaßnahmen betroffen, die im SGB II bis dahin stark genutzt waren und die durch die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung ersetzt werden. Die Nutzung der beruflichen Weiterbildung im Rechtskreis SGB II (ohne zugelassene kommunale Träger) stieg jedoch im Vergleich zum Vorjahr (Bundesagentur für Arbeit 2010l).

Um die Herausforderungen der Wirtschaftskrise zu bewältigen, wurden im Jahr 2009 zielgruppenspezifische FbW-Programme fortgeführt bzw. neu aufgelegt. Mit dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung wurden die Fördermöglichkeiten im Programm WeGebAU auf qualifizierte Beschäftigte ausgeweitet

Tabelle B3.1-3: Sonderprogramm „WeGebAU“ – Zugang und Bestand 2007 bis 2009¹

Zugang	Gesamt	FbW			davon: Geringqualifizierte § 77 Abs. 2 SGB III			davon: Ältere in KMU § 417 SGB III			davon: Qualifizierte § 421t Abs. 4 SGB III			Arbeitsentgelt- zuschuss (AEZ) § 235c SGB III
		Gesamt	Mit Abschluss ²	Anteil in %	Gesamt	Mit Abschluss	Anteil in %	Gesamt	Mit Abschluss	Anteil in %	Gesamt	Mit Abschluss	Anteil in %	Gesamt
2007	29.100	14.573	926	6,4	10.458	774	7,4	4.115	152	3,7				14.527
2008	66.106	33.397	1.529	4,6	23.007	1.272	5,5	10.390	257	2,5				28.571
2009	101.890	65.311	2.964	4,5	38.441	2.578	6,7	11.108	210	1,9	15.762	176	1,1	36.579
Bestand														
2007	4.138	1.960	225	11,5	1.397	202	14,5	564	23	4,1				2.178
2008	16.341	8.787	1.227	14,0	6.294	1.091	17,3	2.493	136	5,4				7.544
2009	29.077	17.347	2.492	14,4	11.573	2.257	19,5	3.495	196	5,6	2.279	39	1,7	11.730

¹ Wird die Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme sowohl mit der Übernahme der Weiterbildungskosten nach §§ 77 ff. SGB III als auch mit der Gewährung eines Arbeitsentgeltzuschusses an den Arbeitgeber nach § 235c SGB III gefördert, wird sie hier je Förderung und damit doppelt ausgewiesen.

² Mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Qualifizierungsförderung 03.2010; Daten ohne zkt

und ein Zuschuss zu den Weiterbildungskosten bei Wiedereinstellung von Leiharbeitnehmern eingeführt. Qualifizierungsangebote für nicht aus SGB-Mitteln förderbare Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld wurden darüber hinaus aus ESF-Mitteln finanziert.

WeGebAU (Förderung der Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer/-innen in Unternehmen)

Im Fokus des erstmals 2006 aufgelegten Programms steht eine Anschubfinanzierung für die Weiterbildung von Geringqualifizierten und von beschäftigten Älteren, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, um ihnen zusätzlich Qualifikationen für den Arbeitsmarkt zu verschaffen und ihre Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu erweitern. Im Rahmen des Konjunkturpakets II wurde der förderbare Personenkreis für einen befristeten Zeitraum erweitert.

Die Mittel für WeGebAU wurden im Rahmen des Konjunkturpaketes II finanziell aufgestockt, um einen Beitrag zum Ausbau der Weiterbildung Beschäftigter zu leisten. Im Jahr 2009 wurden 95.402 (2008:

61.982) Förderungen mit einem Gesamtvolumen von 332,3 Mio. € (2008: 167 Mio. €) finanziert (Bundesagentur für Arbeit 2010m).

Das Sonderprogramm WeGebAU bietet zwei Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung:

- *Zuschüsse zu Weiterbildungskosten (WK)*
Gering qualifizierten oder älteren Beschäftigten, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, erstatten die Agenturen für Arbeit bzw. die JobCenter die Lehrgangskosten und geben einen Zuschuss zu den notwendigen übrigen Weiterbildungskosten. Insbesondere Beschäftigte von kleinen und mittleren Unternehmen soll damit die Aufnahme einer Weiterbildung ermöglicht werden. Sie erhalten einen Bildungsgutschein und können damit zwischen Weiterbildungsmaßnahmen wählen, in denen Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, die über ausschließlich arbeitsplatzbezogene kurzfristige Anpassungsfortbildungen hinausgehen (Rechtsgrundlagen: § 77 Abs. 2 SGB III, § 417 SGB III).

Im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) wurden die Förderungsmöglichkeiten zum 01.02.2009 und befristet bis 31.12.2010 um die Personengruppe der Arbeitnehmer/-innen erweitert, deren Berufsabschluss mit einer Ausbildungsdauer von mindestens 2 Jahren mindestens 4 Jahre zurück liegt und die in den letzten 4 Jahren nicht an einer mit öffentlichen Mitteln geförderten beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben (Rechtsgrundlage: § 421t Abs. 4 SGB III) → **Tabelle B3.1-3**.

- **Förderung mit Arbeitsentgeltzuschuss (AEZ):** Für die Qualifizierung ungelernter oder gering qualifizierter Arbeitnehmer/-innen erhält der Arbeitgeber einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt für weiterbildungsbedingte Ausfallzeiten sowie eine Pauschale zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Die Zuschüsse können bis zur Höhe des Betrages erbracht werden, der sich als anteiliges Arbeitsentgelt einschließlich des darauf entfallenden pauschalierten Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag für weiterbildungsbedingte Zeiten ohne Arbeitsleistung errechnet. Die Höhe des AEZ kann für Zeiten ohne Arbeitsleistung bis zu 100 % betragen (Rechtsgrundlage: § 235c SGB III).

Die Förderung nach §§ 235c und 77 Abs. 2 SGB III ist nicht begrenzt auf zum anerkannten Berufsabschluss führende Weiterbildungen; es können auch Personen gefördert werden, die eine Teilqualifikation erwerben.

Aufgrund der längeren Verbleibs bei abschlussorientierten Maßnahmen ist der Anteil von Maßnahmen mit Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf mit 14,4 % im Jahr 2009 (2008: 14 %) im Bestand deutlich höher als bei den Zugängen mit 4,6 % (2008: 4,5 %). Der höchste Anteil abschlussorientierter Maßnahmen entfällt 2009 mit 19,5 % im Bestand auf die Maßnahmen zur Förderung der Weiterbildung Geringqualifizierter.

Untersuchungen des IAB haben gezeigt, dass WeGeBAU-Mittel vor allem von Betrieben mit gemischten Qualifikationsgruppen beantragt werden, während die Nachfrage sowohl von Betrieben mit einem hohen Anteil von ungelernten Beschäftigten als auch

mit nur Qualifizierten geringer ist. Auch werden Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten mit der Förderung nicht gut erreicht (vgl. Lott/Spitznagel 2010).

FbW- und ESF-geförderte Qualifizierung während der Kurzarbeit

Während einer Qualifizierung in der Kurzarbeit gab es 2009 folgende Fördermöglichkeiten → **Tabelle B3.1-4**:

- FbW-Förderung für gering qualifizierte Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld
- ESF-BA-Programm für qualifizierte Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld

Förderung beruflicher Weiterbildung während des Bezuges von Kurzarbeitergeld (KuG)

Im Programm „Fbw während KuG“ wird seit 2009 die Weiterbildung von gering qualifizierten Bezieherinnen und Beziehern von Kurzarbeitergeld gefördert. Im Jahr 2009 wurden dafür ca. 31,6 Mio € ausgeben (Bundesagentur für Arbeit 2010m).

ESF-finanzierte Qualifizierung für Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld

Der Personenkreis der förderungsfähigen Teilnehmer/-innen an Qualifizierungsmaßnahmen, die Kurzarbeitergeld (KuG) beziehen, wurde 2009 ausgeweitet. Seit 01.01.2009 sind neben den Bezieherinnen und Beziehern von Transferkurzarbeitergeld auch die von konjunkturellem und saisonalem Kurzarbeitergeld in die ESF-Förderung einbezogen. Die Förderung ist befristet bis 31.03.2011. Die Höhe der Förderung ist abhängig von der Art der Qualifizierung, der Betriebsgröße und dem förderungsfähigen Personenkreis. Die Antragstellung erfolgt durch den Arbeitgeber, die Maßnahmen müssen für das Bildungsgutscheinverfahren zertifiziert sein. Eine Förderung ist nur im KuG-Zeitraum möglich.

Laut Geschäftsbericht der BA wurden im Jahr 2009 Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung in Höhe von 3,6 Mrd. € aus dem Eingliederungs-

Tabelle B3.1-4: FbW- und ESF-geförderte Qualifizierung während der Kurzarbeit 2009

	Förderung für gering qualifizierte Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld	ESF-BA-Programm für qualifizierte Bezieher/-innen von Kurzarbeitergeld
Zugang	24.633	112.360
Bestand	3.701	8.336

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Qualifizierungsförderung, 03/2010

titel geleistet (0,7 Mrd. € mehr als 2008). Dennoch blieben fast 600 Mio. € verfügbare Mittel des Eingliederungstitels ungenutzt, weil insbesondere die Weiterbildungsförderung für Kurzarbeiter und Leiharbeiternehmer in geringerem Umfang als veranschlagt in Anspruch genommen wurde (Bundesagentur für Arbeit 2010m).

Für die Weiterbildung während Kurzarbeit werden Gründe für die geringere Nutzung sowohl in der rechtlichen Komplexität als auch in organisatorischen Herausforderungen aufseiten der Betriebe und Bildungsträger gesehen. Die Kurzfristigkeit bei der Identifizierung des Weiterbildungsbedarfs und bei der Zulassung und dem Angebot passender, AZWV-zertifizierter Maßnahmen und die Durchführung des Bildungsgutscheilverfahrens stellen Hürden für eine größere Inanspruchnahme dar.

2010 werden die Eintritte in Maßnahmen beruflicher Weiterbildung nach bisherigem Datenstand um ca. 25 % auf rund 485.800 zurückgehen → **Schaubild B3.1-1**, in den neuen Ländern geringfügiger als in den alten Ländern. Beim Jahresdurchschnittsbestand (2009: 198.104; 2010: 189.528) → **Schaubild B3.1-2** fallen die Veränderungen geringer aus. Insbesondere in den neuen Ländern wird der Bestand 2010 kaum zurückgehen. Wie sich Veränderungen bei den Eintritten auf die Bestandszahlen auswirken, hängt von der Dauer der bewilligten Maßnahmen ab.

Da auch weiterhin Geringqualifizierte schlechtere Arbeitsmarktchancen haben und gleichzeitig ein Fachkräftemangel prognostiziert wird, wird ab 2010 mit der „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels“ (IFlaS) der in einzelnen Bereichen und

Regionen erkennbare Strukturwandel durch geeignete, auch längerfristige Qualifizierungen unterstützt. IFlaS führt die Zielsetzung der Initiative zur Qualifizierung Geringqualifizierter in modifizierter Form fort. Dafür stehen 2010 350 Mio. € aus dem Eingliederungstitel zur Verfügung (Bundesagentur für Arbeit 2010a). In IFlaS sollen Maßnahmen gefördert werden, die den Erwerb von anerkannten Berufsabschlüssen bzw. von Teilqualifikationen ermöglichen.

(Katrin Gutschow)

B3.2 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Das seit 1996 existierende, von Bund und Ländern gemeinsam finanzierte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)²⁶¹ **E** – sog. „Meister-BAföG“ – begründet einen individuellen Rechtsanspruch auf Förderung von beruflichen Aufstiegsfortbildungen, d. h. von Meisterkursen oder anderen auf einen vergleichbaren Fortbildungsabschluss vorbereitenden Lehrgängen. Das AFBG unterstützt die Erweiterung und den Ausbau beruflicher Qualifizierungen. Für die berufliche Fortbildung ist das AFBG ein umfassendes Förderinstrument in grundsätzlich allen Berufsbereichen – unabhängig davon, in welcher Form die Fortbildung durchgeführt wird (Vollzeit/Teilzeit/schulisch/außerschulisch/mediengestützt/Fernunterricht). Die Förderung ist an bestimmte persönliche, qualitative und zeitliche Anforderungen geknüpft. Nicht gefördert werden Fortbildungsabschlüsse, die oberhalb der Meisterebene liegen, wie z. B. ein Hochschulabschluss.

Bereits zum 1. Januar 2002 wurden mit dem 1. AFBG-Änderungsgesetz die Leistungen deutlich verbessert; ein weiterer Ausbau erfolgte mit dem 2. AFBG-Änderungsgesetz.

E 2. Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsgesetzes

Durch das „Zweite Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsgesetzes (2. AFBGÄndG) zum 1. Juli 2009 hat das AFBG für Fortbildungswillige eine Vielzahl von weiteren Verbesserungen gebracht. Künftig werden Fortbildungen in der Altenpflege und die Aufstiegsfortbildung zum/zur Erzieher/-in finanziell vom Staat unterstützt. Fortbildungen im Bereich der ambulanten und stationären Altenpflege mit Aufstiegscharakter werden auch in dem Land gefördert, in dem keine landesrechtlichen Regelungen vorliegen, sofern bestätigt wird, dass die Fortbildung inhaltlich im Wesentlichen einer Fortbildungsregelung eines anderen Landes in diesem Bereich entspricht. Des Weiteren wird nunmehr eine und nicht mehr nur die erste Aufstiegsfortbildung gefördert. Eine selbst oder anderweitig finanzierte vorher absolvierte

Aufstiegsfortbildung ist nicht mehr förderschädlich. Das Bestehen der Prüfung wird mit einer Senkung des Darlehensanteils an Lehrgangs- und Prüfungskosten von 25 % belohnt. Auch die unmittelbare Prüfungsvorbereitungsphase kann gefördert werden. Angehörige aus Nicht-EU-Staaten werden bei einer dauerhaften Bleibeperspektive gefördert. Bei der Einstellung einer neuen Mitarbeiterin bzw. eines neuen Mitarbeiters oder einer/eines Auszubildenden erhalten Existenzgründer einen Darlehenserlass in Höhe von 33 %. Bisher mussten mindestens zwei Personen eingestellt werden, um einen Teilerlass zu erhalten. Erhöht wurden auch der Unterhaltsbetrag und der Betreuungszuschuss für Kinder.

Für beginnende Maßnahmen und Maßnahmenabschnitte ab dem 1. Juli 2010 wird – auch zur Sicherheit für Fortbildungsinteressierte – von den Trägern der Maßnahmen die Anwendung eines Qualitätssystems verlangt.

In der Regel werden Aufstiegsfortbildungen gefördert, die im Inland stattfinden. Die Teilnahme an Maßnahmen, die vollständig oder teilweise in anderen Mitgliedstaaten der EU durchgeführt werden, wird dann gefördert, wenn sie auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen zwischen den in den jeweiligen Mitgliedstaaten zuständigen Stellen durchgeführt wird.

Generell sind die Förderungsanträge schriftlich an die nach Landesrecht zuständige Behörde zu richten. Die Förderung erfolgt ab Maßnahmenbeginn, frühestens jedoch ab dem Antragsmonat. Eine rückwirkende Förderung ist nicht möglich. Die Förderungshöchstdauer bei Vollzeitmaßnahmen liegt bei 24, bei Teilzeitmaßnahmen bei 48 Monaten. Gliedert sich der Kurs oder Lehrgang in mehrere Teile (Maßnahmenabschnitte), müssen diese innerhalb eines bestimmten Zeitraums absolviert werden (bei Vollzeit innerhalb von 36 Monaten, bei Teilzeit innerhalb von 48 Monaten).

Nach der im September 2010 erschienenen AFBG-Statistik (Statistisches Bundesamt 2010) erhöhte sich im Jahr 2009 die Förderung um 12,9 % auf 157.543 Personen. Eine Vollzeitmaßnahme absolvierten 58.687 (37,3 %), eine Teilzeitmaßnahme 98.856 (62,7 %) Personen → **Schaubild B3.2-1**. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Veränderungsrate bei den geförderten Personen in Vollzeit +18,4 %, in Teilzeit +9,9 %.

261 Siehe <http://www.bmbf.de/pub/afbg.pdf> und www.meister-bafög.info.

Der Frauenanteil an den insgesamt geförderten Personen lag bei 31 % (48.907) → **Schaubild B3.2-2**. Bei den Vollzeitmaßnahmen waren 25,6 % weiblich; in Teilzeitmaßnahmen lag der Frauenanteil bei 34,3 %. 82,2 % der Geförderten waren von 20 bis unter

35 Jahre alt. Den größten Anteil stellten Teilnehmende von 25 bis unter 30 Jahren (34,5 %), danach folgten die 20- bis unter 25-Jährigen (32,8 %). Die Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen (14,8 %) lag an dritter Stelle, gefolgt von den 35- bis unter

Schaubild B3.2-1: Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2009

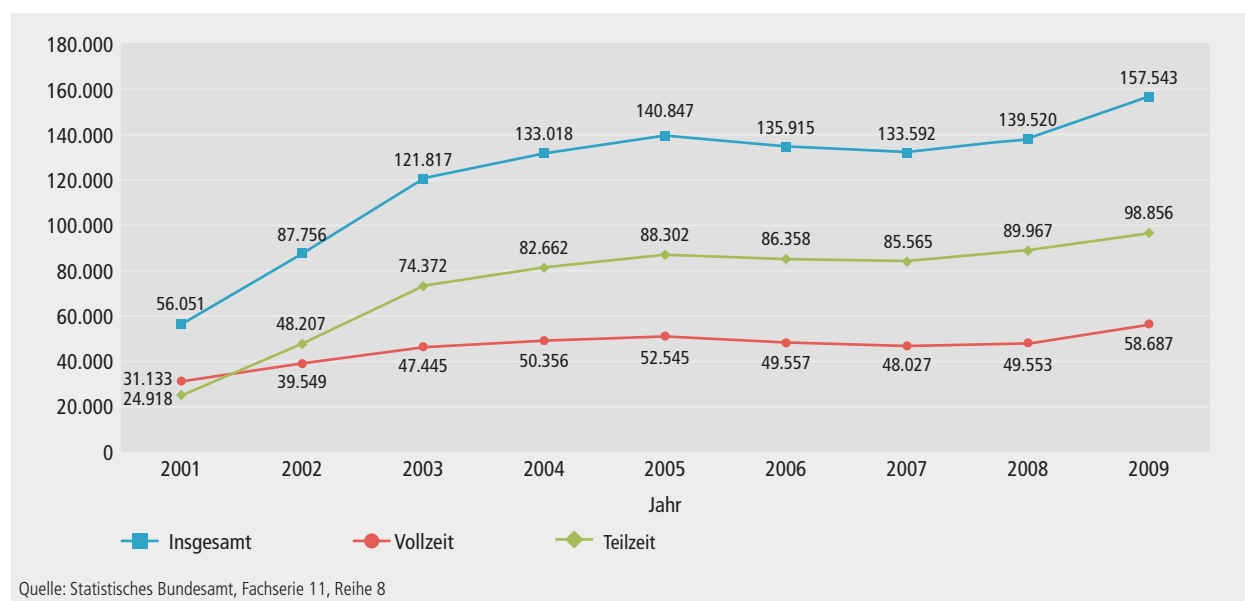
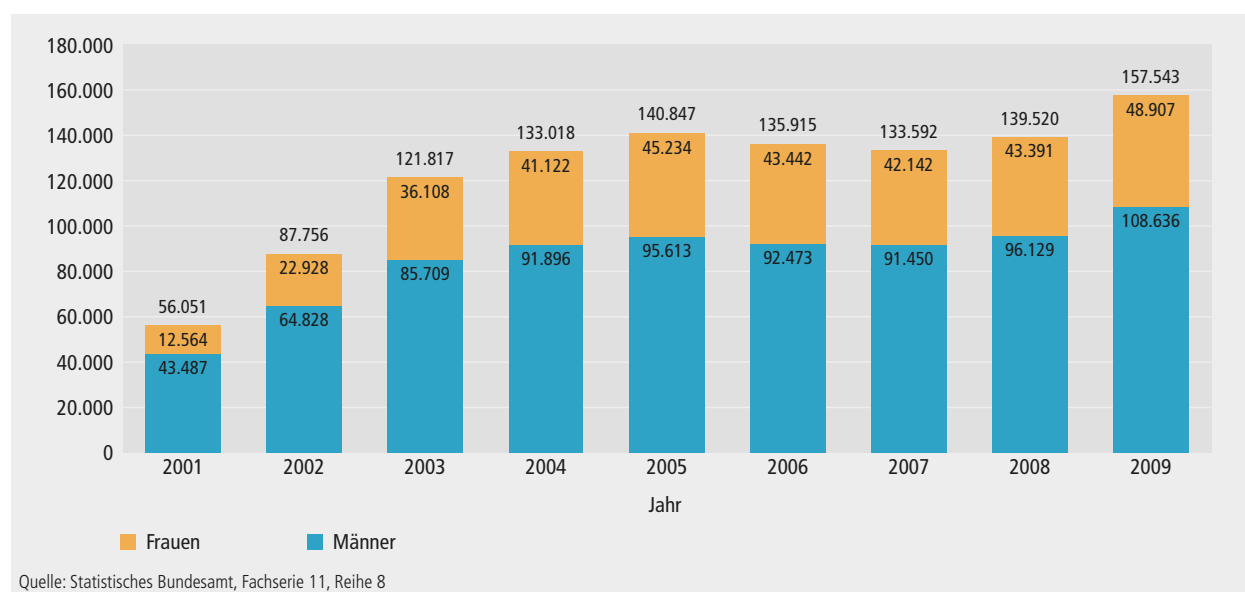


Schaubild B3.2-2: Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2001 bis 2009



40-Jährigen (8,4 %). Differenziert man nach Frauen und Männern, lag bei den Frauen die Gruppe der Teilnehmenden von 20 bis unter 25 Jahren an erster Stelle, danach folgten die 25- bis unter 30-Jährigen. Die Förderungen im Bereich Industrie und Handel nahmen mit 80.268 (50,9 %) wie im Vorjahr die Spitzenposition ein, gefolgt vom Handwerksbereich mit 46.914 Förderbewilligungen (29,8 %).

An Förderleistungen wurden im Jahr 2009 insgesamt 455.691 Mio. € bewilligt (Statistisches Bundesamt 2010, S. 31). Darin enthalten sind Zuschüsse in Höhe von 140.621 Mio. € und Darlehen mit 315.070 Mio. €. Die Veränderungsrate beim finanziellen Aufwand gegenüber dem Vorjahr betrug +19,4 %. In Anspruch genommen wurden von 152.075 Förderungswilligen insgesamt 356.751 Mio. € (Zuschüsse 134.239 Mio. €, Darlehensanteil 222.512 Mio. €). Der bewilligte durchschnittliche monatliche Förderungsbetrag pro Person im Jahr 2009 lag bei 745 €.

Im Jahr 2010 bewilligte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Rahmen des AFBG 55.921 Darlehen in Höhe von 259.763 Mio. €. Dies ist eine Steigerung von 7,2 % gegenüber dem Vorjahr mit einem Fördervolumen von 242.309.249 €. Die Ausgaben nach § 28 AFBG, einschließlich der Erstattung an die Kreditanstalt für Wiederaufbau nach § 14 Abs. 2, übernehmen der Bund zu 78 % und die Länder zu 22 %. Der Bundesanteil am AFBG wird vollständig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung getragen.

(Brigitte Seyfried)

B3.3 Begabtenförderung berufliche Bildung

Förderungsfähiger Personenkreis und förderfähige Weiterbildungen

Die Begabtenförderung berufliche Bildung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung **E** bietet seit 1991 besonders leistungsfähigen jungen Berufstätigen mit einer dualen Berufsausbildung und seit 1999 auch Absolventinnen und Absolventen bundesgesetzlich geregelter Fachberufe im Gesundheitswesen einen finanziellen Anreiz zur Weiterbildung.

Voraussetzung für eine Aufnahme in die Begabtenförderung berufliche Bildung ist der Nachweis einer überdurchschnittlichen beruflichen Qualifizierung durch

- das Ergebnis der Berufsabschlussprüfung mit mindestens 87 Punkten oder besser als „gut“ oder
- die besonders erfolgreiche Teilnahme an einem überregionalen beruflichen Leistungswettbewerb oder
- den begründeten Vorschlag eines Betriebes oder der Berufsschule.

Die Regelförderdauer beträgt 3 Kalenderjahre, der Förderhöchstbetrag beläuft sich auf 5.100 €. Förderfähig sind

- anspruchsvolle Maßnahmen zum Erwerb beruflicher Qualifikationen,
- die Vorbereitung auf Prüfungen der beruflichen Aufstiegsfortbildung,
- die Teilnahme an anspruchsvollen Bildungsmaßnahmen, die der Entwicklung fachübergreifender und allgemeiner beruflicher oder sozialer Kompetenzen oder der Persönlichkeitsbildung dienen, und seit 2008
- berufsbegleitende Studiengänge, die auf eine Ausbildung oder Berufstätigkeit der Stipendiatin/des Stipendiaten fachlich/inhaltlich aufbauen.

Die Begleitforschung zum Förderprogramm führt Adressatenanalysen (Stipendiatenstrukturanalysen) durch und kann kontinuierlich Auskunft darüber

geben, wen die Begabtenförderung erreicht und ob die sektorale, soziale sowie regionale Zusammensetzung der Geförderten mit den Zielsetzungen des Programms übereinstimmt. In einem zweiten Untersuchungsschwerpunkt werden die Lernthemen analysiert, die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Begabtenförderung berufliche Bildung in einem bestimmten Programmjahr wählen (Maßnahmenanalysen).

E Angaben zur Begabtenförderung berufliche Bildung

Grundlage für die Analysen zur Stipendiatenstruktur sind jedes Jahr die Stammbblätter von neu in die Förderung aufgenommenen Personen (2009: n = 6.111). Diese geben Auskunft über den erlernten Beruf und Ausbildungsbereich, die schulische Vorbildung, das Geschlecht, die Staatsangehörigkeit und die Länderzugehörigkeit der Neustipendiatinnen und -stipendiaten. Die Maßnahmenanalysen basieren auf den jährlichen Förderanträgen (2009: n = 11.312). Diesen sind die Themen der Kurse, für die Fördermittel beantragt werden, sowie die Kosten jeder einzelnen Maßnahme zu entnehmen.

Ausgewählte Untersuchungsergebnisse

→ Wer wird gefördert?

Im Startjahr 1991 wurden über 1.700 dual ausgebildete besonders leistungsfähige junge Menschen durch knapp 130 für die Berufsbildung zuständige Stellen in die „Begabtenförderung berufliche Bildung“ aufgenommen. Für diese Stipendiatinnen und Stipendiaten der ersten Stunde standen Fördermittel in Höhe von (umgerechnet) rd. 5,1 Mio. € für eine berufliche und persönliche Weiterbildung bereit. Knapp 20 Jahre später, im Jahr 2009, haben mehr als 6.100 talentierte berufstätige Personen von beinahe 280 Kammern und zuständigen Stellen ein Weiterbildungsstipendium erhalten. Der Haushaltsansatz dafür belief sich auf 20 Mio. €, hatte sich also gegenüber dem Anfangsbetrag vervierfacht. Rund 10 % der Neuaufnahmen 2009 haben eine Ausbildung in einem bundesgesetzlich geregelten Fachberuf des Gesundheitswesens besonders erfolgreich abgeschlossen.

Im Jahr 2009 gelangten 6.111 Stipendiatinnen und Stipendiaten aus 233 dualen Ausbildungsberufen und aus 16 bundesgesetzlich geregelten Fachberufen im Gesundheitswesen neu in die Begabtenförderung. Von allen 348 dualen Ausbildungsberufen (Stand Oktober 2008) sind damit zwar nur zwei Drittel im Förderprogramm vertreten. Allerdings haben 95,6 % der erfolgreichen Prüfungsteilnehmer/-innen des Jahres 2008 einen dieser 233 Berufe erlernt. Nur 18 der im Jahr 2009 nicht in der Begabtenförderung vorkommenden dualen Ausbildungsberufe hatten 2008 mehr als 200, 60 Ausbildungsberufe hingegen weniger als 50 Absolventinnen und Absolventen. Bei den meisten der im Jahr 2009 nicht im Förderprogramm erscheinenden Berufe handelt es sich also um sogenannte Splitterberufe. Aus 16 von 17 förderfähigen bundesgesetzlich geregelten Fachberufen im Gesundheitswesen wurden im Jahr 2009 – in unterschiedlicher Stärke – Stipendiatinnen und Stipendiaten für die Begabtenförderung rekrutiert.

Frauen waren – bezogen auf ihren Anteil bei den erfolgreichen Prüfungsteilnehmenden – in der Begabtenförderung bisher stets überrepräsentiert. Von den 2009 Aufgenommenen waren insgesamt 52,0 % weiblich, von den Absolvierenden 2008 (mit einer dualen Berufsausbildung – ohne externe Prüfungsteilnahmen – und einem Gesundheitsfachberuf zusammengefasst) jedoch nur 45,6 %. Dieses Verhältnis variiert zwischen den Ausbildungsbereichen. So ist etwa in Industrie und Handel mit 49,9 % die Hälfte der Neuaufnahmen weiblich, bei den erfolgreichen Prüfungsteilnehmenden 2008 aber nur 41,4 %; im Handwerk steht einer Frauenquote von 32,9 % bei den in 2009 erstmals Geförderten eine solche von nur 24,5 % bei den Ausbildungsabsolventen des Vorjahres gegenüber.

Die allgemeinbildenden Schulabschlüsse der 2009 in die Begabtenförderung aufgenommenen Stipendiatinnen und Stipendiaten sind kein Spiegelbild der schulischen Vorbildung aller Ausbildungsanfänger/-innen des Jahres 2008. Von den Neuaufnahmen 2009 mit einer dualen Berufsausbildung verfügten 6,5 % über einen Hauptschulabschluss, von den Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern 2008 jedoch 33,0 %. 48,8 % der Neustipendiatinnen und -stipendiaten hatten einen mittleren Bildungsab-

Schaubild B3.3-1: **Schulische Vorbildung von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Aufnahmejahrgänge 2000 bis 2009 (einschließlich bundesgesetzlich geregelter Fachberufe im Gesundheitswesen: Angaben in %)**

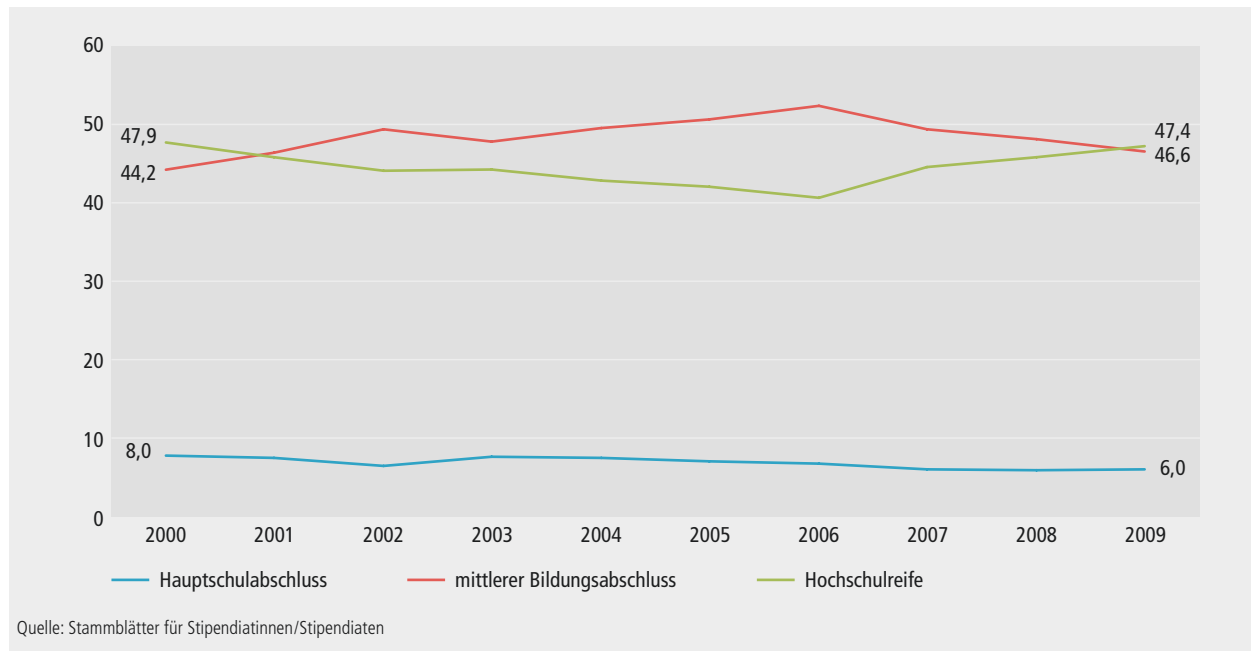
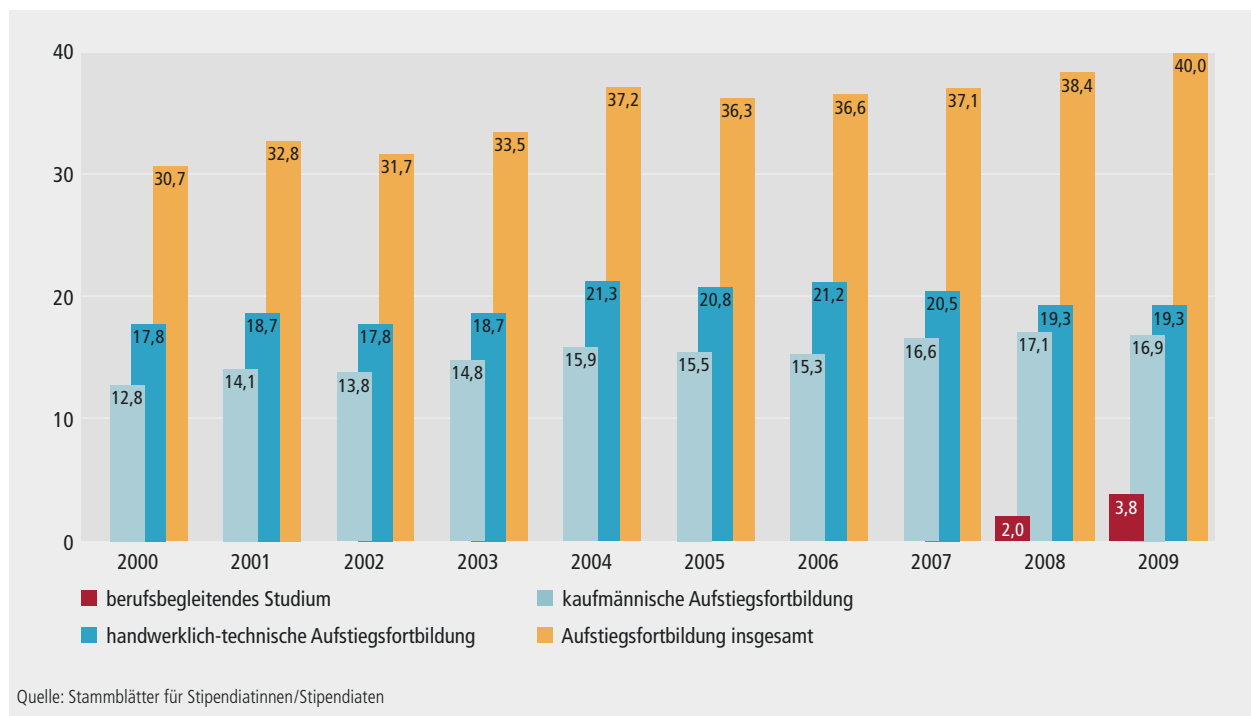


Schaubild B3.3-2: **Aufstiegsfortbildung 2000 bis 2009 und (seit 2008) berufsbegleitendes Studium (Angaben in %)**



schluss erworben, in der Bezugsgruppe 42,9 %. Über eine (Fach-)Hochschulzugangsberechtigung schließlich verfügten von den 2009 in die Förderung Aufgenommenen 44,7 %, von allen Auszubildenden im ersten Ausbildungsjahr 2008 jedoch nur 20,7 %. Hauptschulabsolventinnen und -absolventen sind in der Förderung schon immer ebenso stark unterrepräsentiert, wie die Gruppe der Hochschulzugangsberechtigten überrepräsentiert ist → **Schaubild B3.3-1**.

→ Was wird gefördert?

Fast zwei Drittel aller im Jahr 2009 beantragten Maßnahmen konzentrierten sich auf drei Themenbereiche: handwerklich-technische (24,4 %) und kaufmännische (20,7 %) Weiterbildungen sowie Lehrgänge zum Thema Gesundheit (18,9 %). Es folgten Sprachkurse (überwiegend im muttersprachlichen Ausland) mit einem Anteil von 10,3 %.

Das Weiterbildungsverhalten in der Begabtenförderung unterscheidet sich beträchtlich zwischen den Geschlechtern und Bildungsgruppen (allerdings ist auch die *Berufswahl* vom Geschlecht und der schulischen Vorbildung beeinflusst).

- *Stipendiaten* wählen häufiger Lehrgänge mit handwerklich-technischen Themen sowie zu neuen Informations- und Kommunikationstechniken; *Stipendiatinnen* wiederum sind führend bei Lernthemen aus dem Bereich des Gesundheitswesens, bei kaufmännischen Weiterbildungen und bei Sprachkursen.
- Geförderte mit Hauptschulabschluss bevorzugen Maßnahmen handwerklich-technischen Inhalts. Hochschulzugangsberechtigte Stipendiatinnen und Stipendiaten favorisieren dafür Weiterbildungsthemen aus dem kaufmännischen, fremdsprachlichen und Gesundheitsbereich.

Zur Aufstiegsfortbildung zählt im Förderprogramm die Fortbildung zu Meistern, Technikern (= handwerklich-technische Aufstiegsfortbildung), Betriebswirten, Fachkaufleuten und Fachwirten (= kaufmännische Aufstiegsfortbildung). Im Programmjahr 2009 ist der Anteil von Maßnahmen, die auf Prüfungen dieser Fortbildungsvarianten vorbereiten, mit 36,2 % praktisch ebenso hoch wie im Vorjahr → **Schaubild B3.3-2**.

Seit 2008 sind neu im Ensemble förderfähiger Maßnahmen berufsbegleitende Studiengänge. Mit 3,8 % aller Anträge war 2009 der Anteil dieser Weiterbildungsvariante bereits fast doppelt so hoch wie im Jahr davor. Ein berufsbegleitendes Studium mithilfe der Begabtenförderung berufliche Bildung wurde allerdings fast ausschließlich von Stipendiatinnen und Stipendiaten mit (Fach-)Hochschulreife nachgefragt. 9 von 10 Förderanträgen für diese Form der Fortbildung stammen von dieser Bildungsgruppe. Ein Studium ohne „klassische“ Studienberechtigung hat also auch in der Begabtenförderung berufliche Bildung, Sparte Weiterbildungsstipendium, immer noch Seltenheitswert.

(Richard Fauser, Forschungsstelle für Informationstechnische Bildung, Konstanz)

B3.4 Förderung des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses

Für den nachträglichen Erwerb von Berufsabschlüssen gibt es grundsätzlich zwei Zugangswege: Die Zulassung zur Prüfung kann im Rahmen einer Umschulung (§§ 58 ff. BBiG, § 42e–42i HwO) oder über die Zulassung zur Prüfung nach § 45 Abs. 2 BBiG oder § 37 Abs. 2 HwO (sogenannte Externenprüfung) erfolgen.

Mit **Umschulungen** werden Erwerbstätige, die ihre bisherige Tätigkeit aufgeben müssen oder wollen, auf eine neue berufliche Tätigkeit vorbereitet. Geförderte Umschulungen sind im Vergleich zur Regelausbildung im Allgemeinen mindestens um ein Drittel der Ausbildungszeit gekürzt.

Die sogenannte **Externenprüfung** richtet sich hingegen insbesondere an Personen, die für einen Beruf, in dem sie tätig sind, ein anerkanntes Zertifikat erwerben wollen. Auf die Teilnahme an der Abschlussprüfung können sich extern zugelassene Teilnehmende auf unterschiedliche Arten vorbereiten: Sie können sich die benötigten Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten parallel zu ihrer Berufstätigkeit autodidaktisch aneignen, dabei auf betriebliche Weiterbildungsangebote zurückgreifen oder sich in einem speziellen Kurs auf die Prüfungsteilnahme vorbereiten. Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Externenprüfung werden von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in der Regel in einem zeitlichen Umfang von 6 Monaten gefördert.

Weil eine große Anzahl junger Erwachsener noch keine abgeschlossene Berufsausbildung hat (**vgl. Kapitel A8**) und die Einmündungs- und Erfolgsaussichten bei – gegenüber der normalen Ausbildungszeit verkürzten – Umschulungen gering sind, wurde Mitte der 1990er-Jahre das Konzept der abschlussorientierten **Nachqualifizierung** entwickelt. Darunter werden Weiterbildungsmaßnahmen verstanden, die auf den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses vorbereiten und die sich insbesondere an Personen richten, deren berufliche Integration durch das Fehlen beruflicher Qualifikationen erschwert ist. Das Konzept der abschlussorientierten Nachqualifizierung sieht eine Qualifizierung vor, die, wie in der dualen Ausbildung, Arbeiten und Lernen verknüpft und deren Dauer sich an der Ausbildungszeit orientiert. Durch einen

modularen Aufbau soll es in der Nachqualifizierung auch möglich sein, erworbene Kompetenzen, z. B. aus Arbeitserfahrung oder absolvierten Qualifizierungen des sogenannten Übergangssystems oder aus abgebrochenen Ausbildungen, zu berücksichtigen. Der Berufsabschluss wird dabei im Allgemeinen über die Zulassung zur Prüfung nach § 45 Abs. 2 BBiG oder § 37 Abs. 2 HwO (sogenannte Externenprüfung) erreicht. Die Datenlage **E** bezüglich des nachträglichen Erwerbs eines Berufsabschlusses ist sowohl heterogen als auch unvollständig.



Datenlage zu abschlussorientierten Nachqualifizierungen

Erfasst wird die jährliche Anzahl der externen Teilnehmenden an Abschlussprüfungen in nach BBiG geordneten Berufen (**vgl. Kapitel A4.7**). Die Daten zu externen Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmern enthalten weder Angaben zur Vorbildung der extern zugelassenen Personen noch darüber, wie sie sich auf die Prüfungsteilnahme vorbereitet haben und inwieweit sie beruflich integriert sind.

Die Teilnahmestatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) (**vgl. Kapitel B3.1**) weist Zugänge und Jahresdurchschnittsbestände für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung mit Abschluss eines anerkannten Ausbildungsberufes aus. Darin sind Umschulungen und Vorbereitungen auf die Externenprüfung und abschlussbezogene Nachqualifizierungen zusammengefasst. Diese Daten liegen nach Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus und Rechtskreis differenziert vor.

Abschlussorientierte Nachqualifizierungen gemäß der oben genannten Definition stellen eine nicht näher zu quantifizierende Teilmenge der Teilnehmenden an der Externenprüfung (zzgl. Berufe nach landesrechtlichen Regelungen) und der Förderzahlen abschlussorientierter Maßnahmen der BA dar.

Ansätze zur Förderung abschlussorientierter Nachqualifizierung

Zurzeit gibt es sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Programme zur abschlussorientierten Nachqualifizierung.

- Das vom BMBF mit der Laufzeit 2008 bis 2013 in 2 Förderrunden aufgelegte Programm „**Perspektive Berufsabschluss**“ zielt in der För-

derinitiative „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“ darauf, nachhaltig geeignete Rahmenbedingungen für Nachqualifizierung zu schaffen und damit zur Verringerung des Anteils an- und ungelernter junger Erwachsener mit und ohne Beschäftigung beizutragen. Dazu werden im Zusammenwirken mit den regional tätigen Arbeitsmarktakteuren Konzepte für bedarfsge- rechte Nachqualifizierung regional angepasst implementiert, bestehende Fördermöglichkeiten transparent gemacht und gebündelt und Bera- tungs- und Unterstützungsstrukturen aufge- baut.²⁶²

- Eine frühzeitige Integration junger Menschen in die duale Berufsausbildung mittels bundes- einheitlicher Ausbildungsbausteine ist Ziel des ebenfalls vom BMBF geförderten Programms **JOBSTARTER CONNECT**.²⁶³ Der Fokus des Pro- gramms liegt auf den Teilsystemen der berufli- chen Bildung im Übergang zwischen Schule und Beruf. Mit bundeseinheitlichen Ausbildungsba- steinen sollen die unterschiedlichen Möglichkei- ten des „Übergangssystems“ stärker auf die du- ale Berufsausbildung ausgerichtet werden. Einer der vier Anwendungsbereiche zur Erprobung der Ausbildungsbausteine ist die Nachqualifizierung.
- Für gering qualifizierte Beschäftigte können Maßnahmen, die auf den nachträglichen Er- werb eines Berufsabschlusses zielen, aus dem BA-Sonderprogramm **WeGebAU** (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen) finanziert werden (vgl. **Kapitel B3.1**). Des Weiteren fördert die Bundesagentur für Arbeit den Erwerb von anerkannten Berufs- abschlüssen bzw. Teilqualifikationen ab dem Jahr 2010 im Rahmen der Initiative zur Flankie- rung des Strukturwandels, die an die Stelle der im Jahr 2009 durchgeführten Initiative zur Qua- lifizierung Geringqualifizierter getreten ist.²⁶⁴

(Katrin Gutschow)

262 Für weitere Informationen siehe <http://www.perspektive-berufsabschluss.de/de/105.php>.

263 Für weitere Informationen siehe <http://www.jobstarter.de/de/1208.php> und BIBB-Datenreport 2009, Kapitel C.

264 Siehe E-Mail-Info SGB III vom 08.12.2009/Geschäftsanweisung SGB II Nr. 45 vom 08.12.2009, http://www.arbeitsagentur.de/nn_27098/zentraler-Content/E-Mail-Infos/Dokument/E-Mail-Info-2009-12-08.html (Abrufdatum: 16.09.2010).

B3.5 Ausgaben der öffentlichen Hand für Weiterbildung

→ **Tabelle B3.5-1** dokumentiert die Ausgaben aus öffentlichen Haushalten für Weiterbildung in den Jahren 2006 bis 2010, verglichen mit dem Jahr 2001. Der größte Teil der Aufwendungen steht in Zusammenhang mit der beruflichen Weiterbildung. Teilweise sind aber auch Ausgaben für allgemeine, politische, kulturelle und wissenschaftliche Weiter- bildung erfasst, da diese nicht immer eindeutig von den Aufwendungen für die berufliche Weiterbildung getrennt werden können.

Der Bund beteiligt sich an der Weiterbildungsfinan- zierung durch die Förderprogramme verschiedener Ministerien. Die Ausgaben für diese Programme wer- den in den Haushalten zu Titeln zusammengefasst. Gemäß Funktionenplan nach § 14 Bundeshaushalts- ordnung (BHO) kennzeichnen die Funktionskennzif- fern 151, 152, 153 und 155 die Titel, welche in der Jahresrechnungsstatistik des Statistischen Bundes- amtes (StBA) dem Bereich Weiterbildungsförderung zugerechnet werden. Einige dieser Titel stehen allerdings schwerpunktmäßig in Zusammenhang mit dem allgemeinen oder tertiären Bildungswesen bzw. enthalten auch Ausgaben für Programme, die einen stärkeren Bezug zur Förderung der beruflichen Aus- bildung aufweisen (vgl. **Kapitel A9.2**). Umgekehrt gibt es Titel, die laut Funktionskennziffer eigentlich nicht den Weiterbildungsausgaben zugeordnet sind, aber dennoch eindeutig der Weiterbildungsförderung dienen. Dies betrifft etwa die „Förderung der beruf- lichen Aufstiegsfortbildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und die Leistun- gen für Menschen mit Behinderung sowie die spe- ziellen Maßnahmen für Jüngere des Bundesminis- teriums für Arbeit und Soziales (BMAS) im Bereich des SGB II. Daher greift → **Tabelle B3.5-1** nicht auf die Jahresrechnungsstatistik zurück, sondern weist die nach sachlichen Gesichtspunkten der Weiterbil- dung zuzurechnenden Haushaltstitel aus. Titel, die in bedeutendem Umfang auch Ausbildungsausgaben enthalten, sind durch ein Kreuz am Ende der Zeile gekennzeichnet.

Ähnlich wie der Bund sind auch die Länder durch Programme verschiedener Ministerien an der Weiterbildungsförderung beteiligt. Die Jahresrechnungsstatistik des StBA weist für die Förderung der Weiterbildung (Funktionskennziffer 151) einen Beitrag der Länder in Höhe von 56 Mio. € aus. Allerdings sind dort – wie zuvor beschrieben – die Länderprogramme nur dann enthalten, wenn sie per Funktionskennziffer explizit dem Bereich Weiterbildung des Funktionenplans zugeordnet sind. Viele Programme mit Weiterbildungsbezug zählen beispielsweise zum Bereich Arbeitsmarktpolitik, weswegen der tatsächliche Beitrag der Länder zur Weiterbildungsförderung vermutlich unterschätzt wird. Eine noch unveröffentlichte BIBB-Erhebung zur Höhe der Fördermittel in den entsprechenden Programmen kommt zu dem Ergebnis, dass die Ausgaben der Länder größenordnungsmäßig im Bereich von 0,5 Mrd. € liegen. Hierbei handelt es sich allerdings um eine sehr grobe Schätzung, die mit erheblichen Unsicherheiten belastet ist.

Weiterhin finanzieren die Länder – teilweise gemeinsam mit Gemeinden und Zweckverbänden – die Volkshochschulen (VHS), Einrichtungen der Lehrerfortbildung und andere Einrichtungen der Weiterbildung. Die entsprechenden Ausgaben können ebenfalls der Jahresrechnungsstatistik entnommen werden. Da die tatsächliche Belastung der öffentlichen Haushalte dargestellt werden soll, ist bei der Nutzung der Jahresrechnungsstatistik das Konzept der Grundmittel anzuwenden. Hier werden die Nettoausgaben mit den unmittelbaren Einnahmen der öffentlichen Hand – wie etwa Teilnehmergebühren bei VHS-Kursen – verrechnet. Die Ausgaben für VHS sind jedoch anhand der Jahresrechnungsstatistik nicht nach beruflicher und nicht beruflicher Weiterbildung differenzierbar. Näherungsweise wurde daher der Anteil des VHS-Programmbereichs „Arbeit – Beruf“ aus den Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden für VHS sowie dem Anteil des Programmbereichs am Gesamtvolumen der unterrichteten Stunden geschätzt. Es sei aber darauf hingewiesen, dass auch die anderen Programmbereiche „Politik – Gesellschaft – Umwelt“, „Kultur – Gestalten“, „Gesundheit“, „Sprachen“ und „Grundbildung – Schulabschlüsse“ in weiten Teilen berufsrelevante Qualifikationen vermitteln.

Darüber hinaus sind die Länder an der AFBG-Förderung beteiligt (**vgl. Kapitel B3.1**). Ihr Anteil ist gesetzlich auf 22 % festgelegt und kann aus den Angaben im Haushalt des BMBF berechnet werden, welches den gesamten Bundesanteil von 78 % trägt.

Die gesammelten Ausgaben der Hochschulen für Weiterbildung sind bei den Länderausgaben nicht berücksichtigt. Eine vom BMBF geförderte Studie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass ein großer Teil der Kosten durch Teilnahmeentgelte gedeckt wird (**vgl. Hanft/Knust 2007**).

Die Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist aufgrund einer Verschlechterung ihrer arbeitsmarktpolitischen Handlungsspielräume im Vergleich zu 2001 stark gesunken, in den letzten Jahren war jedoch wieder eine leicht steigende Tendenz zu erkennen. Zur Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) im Rechtskreis des SGB III (**vgl. Kapitel B3.1**) zählen die Kosten der Weiterbildung, Unterhaltsgeld sowie Teilunterhaltsgeld, Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung, Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung sowie Einstellungszuschüsse bei Vertretung. Arbeitslosengeld wird nach Auskunft der BA als „Arbeitslosengeld bei Weiterbildung“ ausgewiesen, sobald es während der Teilnahme an einer Weiterbildungsmaßnahme gewährt wird. In der Regel besteht aber ohnehin ein Anspruch auf Arbeitslosengeld aufgrund von Arbeitslosigkeit, sodass die Ausgaben genau genommen nicht in voller Höhe als Bildungsausgaben interpretiert werden dürfen. Da sich der Anspruch auf Arbeitslosengeld wegen Arbeitslosigkeit bei Teilnahme an einer Weiterbildung um die Hälfte der Weiterbildungsdauer erhöht, dürfte der als Bildungsausgaben anrechenbare Anteil bei mindestens 50 % liegen.

Das Sonderprogramm „Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ (WeGebAU) (**vgl. Kapitel B3.1**) sowie weiterbildungsbezogene Teile des Integrationsfortschrittsprogramms für Betreuungskunden sind in den Angaben der BA bereits erfasst. Hinzuzurechnen sind teilweise noch die Leistungen für Menschen mit Behinderung. Die genaue Zuordnung ist jedoch laut Angaben der BA le-

Tabelle B3.5-1: Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung (Teil 1)

	2001	2006	2007	2008	2009	2010	Aus- bildung ¹
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
BMBF²							
Internationaler Austausch und Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung	0,007	0,005	0,005	0,005	0,007	0,012	X
Innovationen und Strukturentwicklung der beruflichen Bildung	k.A.	0,044	0,037	0,035	0,044	0,088	X
BIBB (Betrieb und Investitionen)	0,028	0,027	0,026	0,028	0,029	0,029	X
Begabtenförderung in der beruflichen Bildung	0,014	0,015	0,016	0,019	0,024	0,035	X
Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung gemäß AFBG	0,045	0,122	0,120	0,122	0,140	0,182	
Weiterbildung und lebenslanges Lernen	k.A.	0,036	0,035	0,040	0,039	0,044	
BMWi²							
Förderung überbetrieblicher Fortbildungseinrichtungen	0,027	0,023	0,035	0,024	0,026	0,025	
BMAS²							
Leistungen für Menschen mit Behinderung im Rechtskreis SGB II ³							X
• Zuschüsse zu den Kosten beruflicher Weiterbildung für behinderte Menschen	k.A.	0,022	0,023	0,026	0,027	k.A.	
• Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	k.A.	0,076	0,076	0,077	0,082	k.A.	
Förderung der beruflichen Weiterbildung im Rechtskreis SGB II ³	k.A.	k.A.	0,504	0,670	0,802	k.A.	X
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei beruflicher Weiterbildung ungelerner und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmer (AEZ-WB)	k.A.	k.A.	0,000	0,001	0,001	k.A.	X
Länder⁴							
Fachschulen ⁵	k.A.	0,510	0,491	0,513	0,567	0,619	X
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	0,013	0,034	0,034	0,034	0,039	0,051	
Förderung der Weiterbildung ⁶	0,126	0,088	0,062	0,058	0,058	0,056	X
Andere Einrichtungen der Weiterbildung	0,306	0,187	0,184	0,179	0,205	0,233	X
Einrichtungen der Lehrerfortbildung	0,130	0,097	0,090	0,081	0,081	0,094	
Volkshochschulen	0,176	0,139	0,137	0,139	0,140	0,144	
davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf“ ⁷	0,038	0,022	0,021	0,021	0,021	k.A.	
Weiterbildungsprogramme der Länder ⁶	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
• Westdeutschland ⁸	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.		
• Ostdeutschland ⁸	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	ca. 0,5	
Gemeinden und Zweckverbände⁴							
Förderung der Weiterbildung ⁶	0,053	–	–	–	–	–	X
Volkshochschulen	0,229	0,213	0,216	0,227	0,238	0,242	
davon: Programmbereich „Arbeit – Beruf“ ⁷	0,050	0,033	0,033	0,034	0,035	k.A.	
Andere Einrichtungen der Weiterbildung	–	0,046	0,035	0,037	0,039	0,039	X

Tabelle B3.5-1: Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung (Teil 2)

	2001	2006	2007	2008	2009	2010	Aus- bildung ¹
	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	in Mrd. €	
Bundesagentur für Arbeit³							
Berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Behinderte							
• für Weiterbildungsmaßnahmen	k.A.	0,272	0,179	0,163	0,169	0,179	
• nicht auf berufliche Erstausbildung oder Weiterbildung aufteilbare Bildungsausgaben	k.A.	1,690	1,690	1,822	1,892	1,871	X
Förderung der beruflichen Weiterbildung ⁹	6,982	1,341	1,413	1,618	2,584	2,026	
davon: Weiterbildungskosten	k.A.	0,527	0,619	0,788	1,262	0,958	
Unterhaltsgeld und Teilunterhaltsgeld	k.A.	0,083	0,014	-0,001	–	–	
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung ⁶	k.A.	0,714	0,748	0,739	1,136	0,962	
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei der beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	k.A.	0,014	0,029	0,088	0,182	0,106	
Einstellungszuschüsse bei Vertretung	k.A.	0,004	0,003	0,004	0,002	–	
Beauftragung externer Weiterbildungsberater (i. R. v. WeGebAU – Projektförderung nach § 10 SGB III)	–	–	–	0,007	0,003	–	
Institutionelle Förderung ¹⁰	0,044	0,004	0,002	0,000	–	–	X
Aus Mitteln des ESF mitfinanzierte ergänzende Qualifizierungsangebote bei Bezug von Kurzarbeitergeld, Saison-Kurzarbeitergeld oder Transfer-Kurzarbeitergeld	–	–	–	0,037	0,036	0,033	

¹ Positionen, die in signifikantem Umfang auch Ausbildungsausgaben enthalten, sind mit Kreuz gekennzeichnet.

² Ist-Werte für 2001 und 2006 bis 2009. Haushaltsansätze für 2010.

³ Ist-Ausgaben für das jeweilige Haushaltsjahr.

⁴ Ist-Werte für 2001, 2006 und 2007. Vorläufige Ist-Werte für 2008 und 2009, Haushaltsansätze für 2010.

⁵ Grundlage für die Schätzung der Ausgaben in den Kalenderjahren 2001, 2006 bis 2009: Schülerzahlen der im jeweiligen Kalenderjahr endenden und beginnenden Schuljahre sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Grundlage der Schätzung für das Jahr 2010: Schülerzahlen des Schuljahres 2009/2010 sowie Ausgaben für die beruflichen Schulen. Rückwirkend für die Jahre ab 2007 wurde das Ausgabenkonzept von Nettoausgaben auf Grundmittel umgestellt, sodass sich die Angaben für die Jahre 2007 bis 2010 leicht von den Angaben im letztjährigen Datenreport unterscheiden.

⁶ Siehe Anmerkungen im Text.

⁷ Geschätzt auf Grundlage des Anteils des Programmbereichs „Arbeit – Beruf“ am Gesamtvolumen der Unterrichtsstunden (2006: 15,7 %, 2007: 15,5 %, 2008: 14,9 %, 2009: 14,9 %).

⁸ Der angegebene Wert basiert auf einer bislang nicht veröffentlichten BIBB-Studie.

⁹ Enthalten sind Teile des Integrationsfortschrittsprogramms sowie das Sonderprogramm WeGebAU.

¹⁰ Die institutionelle Förderung beinhaltet z. B. Zuschüsse für den Aufbau, die Erweiterung, den Umbau und die Ausstattung von Jugendwohnheimen sowie Zuschüsse für die Förderung von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung oder der beruflichen Rehabilitation.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundeshaushaltspläne

Bundesministerium der Finanzen, Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes

Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2 – Berufliche Schulen

Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.1 – Rechnungserg GesamtHH

Bundesagentur für Arbeit, Quartalsberichte

Bundesagentur für Arbeit, Statistiken zu Einnahmen und Ausgaben in den Rechtskreisen SGB II und SGB III

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Volkshochschulstatistik

Auskünfte des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit im Oktober 2010 und Februar 2011

diglich bei einem kleinen Volumen möglich. Der größte Teil der Leistungen für Menschen mit Behinderung kann nicht auf Erstausbildung oder Weiterbildung aufgeteilt werden. Ähnlich wie beim Arbeitslosengeld ist es durchaus fragwürdig, ob es sachgerecht ist, die Ausgaben in voller Höhe als Bildungsausgaben zu interpretieren.

Neben der Aus- und Weiterbildungsförderung im Rechtskreis des SGB III ist die BA auch für die Durchführung der durch das BMAS finanzierten Maßnahmen im Rechtskreis des SGB II zuständig. Das Kriterium für die Förderung nach SGB II ist eine Phase der Arbeitslosigkeit, die länger als ein Jahr andauert; deshalb finden sich im Rechtskreis SGB III ähnliche berufsfördernde Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung und Jüngere wie im Rechtskreis SGB II. Außer Kraft gesetzt wurde zum 1. Januar 2009 die Maßnahme zur institutionellen Förderung. Neu im Förderspektrum der BA ist hingegen die Förderung der Qualifizierung während der Kurzarbeit (**vgl. Kapitel B3.1**). Gefördert werden gering qualifizierte Arbeitnehmer, die keine berufliche Ausbildung vorweisen können oder seit mindestens 4 Jahren anstatt der gelernten Tätigkeit einer anderen an- oder ungelernten Tätigkeit nachgehen.

Die von Bundesministerien, BA und Ländern bereitgestellten Mittel werden in einigen Fällen durch EU-Mittel ergänzt. Die entsprechenden Programme werden durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert. Je nach Zielgebiet liegt der Kofinanzierungssatz bei bis zu 50 % oder 75 %. In der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen insgesamt ca. 9,4 Mrd. € für Bund und Länder zur Verfügung. Allerdings ist laut ESF derzeit keine Auskunft darüber möglich, in welcher Höhe in den einzelnen Jahren tatsächlich Ausgaben für die berufliche Aus- und Weiterbildung aus ESF-Mitteln getätigt wurden. Die unter Prioritätsachse B der Programmstruktur zu subsumierenden Ausgaben dienen fast vollständig der Weiterbildung.²⁶⁵ Über die gesamte Förderperiode stehen Bund und Ländern hierfür insgesamt 2,84 Mrd. € zur Verfügung. Aber auch die übrigen

Prioritätsachsen können Ausgaben mit Bezug zur beruflichen Aus- und Weiterbildung enthalten, sodass sich die jährlich der Aus- und Weiterbildung zugutekommenden ESF-Mittel größenordnungsmäßig zwischen 0,5 und 1 Mrd. € bewegen dürften. Die ESF-Mittel für Weiterbildung sollten den in **→ Tabelle B3.5-1** aufgeführten aber nicht in voller Höhe zugeschlagen werden, da sie in den Haushaltstiteln der Ministerien bereits berücksichtigt sein können. Nicht alle Ministerien weisen die verwendeten ESF-Mittel separat aus. Eine Aussage darüber, wie stark sich der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand durch ESF-Zuschüsse im Vergleich zur **→ Tabelle B3.5-1** noch erhöht, ist daher nicht ohne Weiteres möglich.

(Normann Müller, Miriam Schütte)

265 A: Anpassungsfähigkeit und Unternehmergeist, B: Verbesserung des Humankapitals, C: Beschäftigung und soziale Integration, D: technische Hilfe, E: transnationale Maßnahmen.

B4 Geregelte Fortbildungsabschlüsse

B4.1 Rechtsverordnungen und Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung

„Berufliche Fortbildung dient der Erhaltung und Erweiterung der beruflichen Fähigkeiten und bereitet darauf vor, den sich verändernden beruflichen Anforderungen gerecht werden zu können oder beruflich aufzusteigen. Sie setzt eine angemessene Berufspraxis sowie in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung oder stattdessen eine entsprechende einschlägige Berufspraxis voraus. Fortbildungsordnungen kommen in erster Linie für Maßnahmen der beruflichen Fortbildung in Betracht, die auf einen qualifizierten Abschluss vorbereiten“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2010).

Rechtsgrundlagen für Fortbildungs- und Umschulungsverordnungen **E** sind das Berufsbildungsgesetz (BBiG), die Handwerksordnung (HwO), das Seemannsgesetz²⁶⁶ und das Bundesbeamtengesetz. Durch die Absolvierung der darin geregelten Prüfungen werden staatlich anerkannte Fortbildungs- und Umschulungsabschlüsse erworben.



Fortbildungsordnungen

Im Gegensatz zu Ausbildungsordnungen, in denen u. a. die zu vermittelnden beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten sachlich und zeitlich gegliedert festgeschrieben werden, definieren die als Rechtsverordnungen erlassenen Fortbildungsregelungen im Wesentlichen die Prüfungsanforderungen. Nach den Regelungen des BBiG und der HwO sind darüber hinaus in den Fortbildungsordnungen festzulegen (§ 53 Abs. 2 BBiG bzw. § 42 Abs. 2 HwO):

- die Bezeichnung des Fortbildungsabschlusses,
- das Ziel, der Inhalt und die Anforderungen der Prüfung,
- die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- das Prüfungsverfahren.

Umschulungsordnungen

Bei den Umschulungsordnungen (§ 58 BBiG bzw. § 42e HwO) wird eine geordnete und einheitliche Regelung festgelegt. Bestandteil der Rechtsverordnungen sind folgende Sachverhalte:

- die Bezeichnung des Umschulungsabschlusses,
- das Ziel, der Inhalt, die Art und Dauer der Umschulung,
- die Anforderungen der Umschulungsprüfung und die Zulassungsvoraussetzungen sowie
- das Prüfungsverfahren der Umschulung.

Insgesamt gibt es 213 Rechtsverordnungen und Regelungen des Bundes für die berufliche Fortbildung und Umschulung. Es sind folgende bundesweit geltende Rechtsverordnungen bzw. Regelungen zu unterscheiden (Bundesinstitut für Berufsbildung 2010):

- 91 Rechtsverordnungen über handwerkliche Meisterprüfungen → [Tabelle B4.1-1 Internet](#)
- 14 fortgeltende Regelungen (Erlasse vor BBiG 1969) bei handwerklichen Meisterprüfungen → [Tabelle B4.1-2 Internet](#)
- 47 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in Meisterprüfungen → [Tabelle B4.1-3 Internet](#)
- 59 Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung → [Tabelle B4.1-4 Internet](#)
- 1 Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung → [Tabelle B4.1-5 Internet](#)
- 1 Rechtsverordnung über die Eignung der Ausbilder → [Tabelle B4.1-6 Internet](#)

In den Jahren 2009 und 2010 wurden insgesamt 19 Rechtsverordnungen des Bundes für die berufliche Fortbildung erlassen. 2 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung (Handwerksordnung) wurden modernisiert, eine weitere Rechtsverordnung wurde neu geschaffen. 3 Rechtsverordnungen über die Anforderungen in Meisterprüfungen (nach BBiG) wurden erlassen. 1 Rechtsverordnung über die Meisterprüfung zu einem anerkannten Fortbildungsabschluss (Landwirtschaft) wurde erlassen. 3 Verordnungen über die Prüfung zu einem anerkannten Fortbildungsabschluss wurden modernisiert. Von 8 weiteren Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung, bei denen es sich nicht um Meisterprüfungen handelt, sind 5 neu, und 3 wurden modernisiert.

266 Es liegen keine Rechtsverordnungen vor.

Darüber hinaus ist eine Rechtsverordnung über die Eignung der Ausbilder modernisiert worden.

Regelungen der zuständigen Stellen für die berufliche Fortbildung und Umschulung

Rechtsvorschriften für Fortbildungsprüfungsregelungen (§ 54 BBiG bzw. § 42a HwO) und Umschulungsprüfungsregelungen (§ 59 BBiG bzw. § 42f HwO) können von zuständigen Stellen erlassen werden. Dabei sind dieselben Sachverhalte zu regeln wie in den entsprechenden Rechtsverordnungen des Bundes. Gegenwärtig gibt es 3.125 Rechtsvorschriften zu 728 Fortbildungsberufen und 37 Rechtsvorschriften von zuständigen Stellen zu 23 Umschulungsregelungen (Bundesinstitut für Berufsbildung 2010).

Die landesrechtlichen Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen können → **Tabelle B4.1-7 Internet** entnommen werden.

(Joachim von Hagen, Andreas Stöhr)

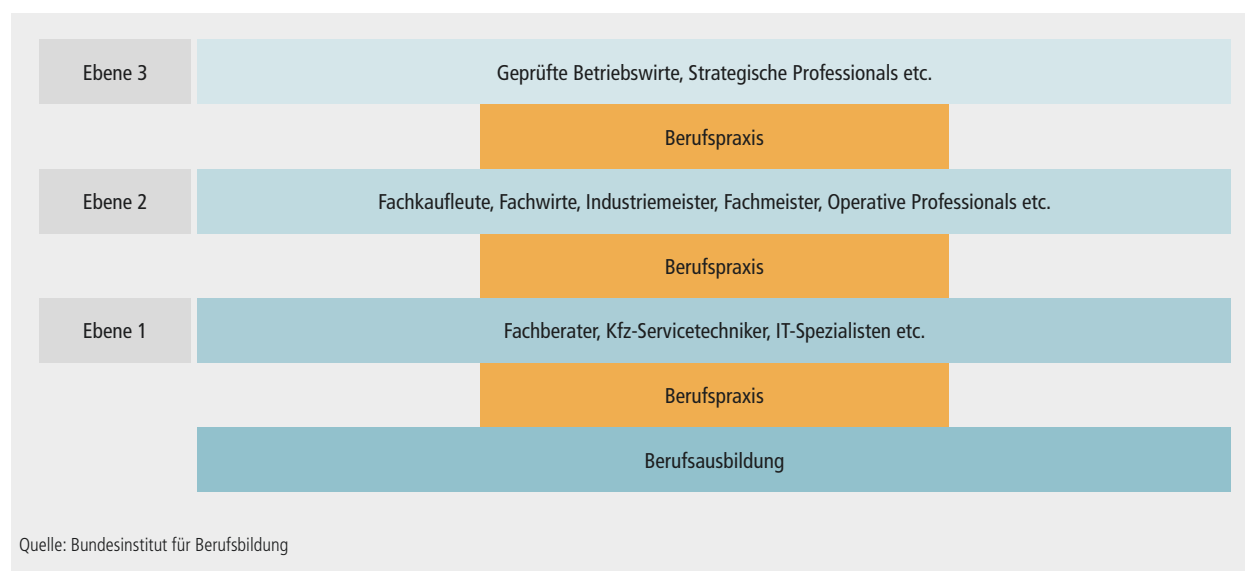
B4.2 Neuere strukturelle Entwicklungen: Weiterbildungssysteme

In der Vereinbarung zur beruflichen Fortbildung vom 20. Dezember 1996 haben sich die Spitzenorganisation der Sozial- und Wirtschaftspartner auf folgende Positionen verständigt:

- In den nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) geregelten Aufstiegsfortbildungen erfolgt eine Systematisierung der Abschlüsse in drei inhaltlich aufeinanderfolgenden Ebenen (Qualifikationsebenen),
- die Qualifikationsebenen orientieren sich an den Anforderungen des Arbeitsmarktes,
- der Schwerpunkt der geregelten Aufstiegsfortbildungen ist auf der Ebene 2 angesiedelt.

Zu den einzelnen Ebenen → **Schaubild B4.2-1**: Regelte Weiterbildungsabschlüsse der 1. Ebene folgen in der Regel nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Diese Qualifizierung wird z. B. in der IT-Weiterbildung mit einem anerkannten Zertifikat nach den internationalen Normen der Personenzertifizierung abgeschlossen. Die Abschlussbezeichnungen orientieren sich an branchen- bzw. arbeitsmarktüblichen Berufs- und Funktionsbezeichnungen.

Schaubild B4.2-1: Ebenenmodell in der beruflichen Fortbildung



Auf der 2. Ebene werden öffentlich-rechtliche Fortbildungsabschlüsse geregelt, die in erster Linie

- auf die Übernahme beruflicher Positionen zielen, die dem Nachwuchs aus der betrieblichen Praxis für die mittlere Führungsebene in den Unternehmen durch Berufspraktiker dienen, oder
- auf die Wahrnehmung von Funktionen vorbereiten, die gegenüber Qualifikationen der Ebene 1 einen deutlich erweiterten Verantwortungsbereich umfassen.

In der Regel sind auf dieser Ebene Fachwirte/Fachwirtinnen, Fachkaufmann/-frau und Meister/-innen²⁶⁷ angesiedelt.

Die 3. Ebene der Aufstiegsfortbildung stellt eine Alternative zu Hochschulabschlüssen²⁶⁸ und zur wissenschaftlichen Weiterbildung dar. Zulassungsvoraussetzung ist in der Regel der erfolgreiche Abschluss auf der 2. Ebene (Fachwirt/-in, Fachkaufmann/-frau; Meister/-in). Mit der Fortbildung können berufserfahrene Praktiker/-innen Führungskompetenzen erwerben, verbunden mit der Perspektive, Aufgaben wahrzunehmen und Funktionen auszuüben, die in erster Linie Hochschulabsolventen und -absolventinnen vorbehalten sind. Die Aufstiegsfortbildung der Ebene 3 richtet sich in erster Linie an Personen, die aus unterschiedlichen Gründen von der Möglichkeit eines akademischen Studiums nicht oder nicht mehr Gebrauch machen können oder wollen, bzw. Berufspraktiker/-innen, die eine Erweiterung ihrer Kompetenzen für die individuelle Karriereplanung anstreben.

Das 3-Ebenen-Modell kam bei der Entwicklung der Weiterbildungssysteme in den Bereichen

- IuK-Technologie (IT),
 - Elektrotechnik/Elektronik (ET),
 - Produktionstechnologie (PT) und
 - Mikrosystemtechnologie (MST)
- zur Anwendung.

²⁶⁷ Neben den klassischen Abschlüssen der 2. Ebene (Fachwirte, Fachkaufleute, Meister und andere Abschlüsse vergleichbaren Niveaus) gibt es z. B. im IT-Weiterbildungssystem die „operativen Professionals“. Bei diesem Systemkonzept gibt es keine grundlegende Unterscheidung zwischen Führungs- und Fachfunktionen. Diese sind nicht an festen Hierarchiestufen, sondern an (flexiblen) Projektstrukturen orientiert.

²⁶⁸ Dies gilt auch eingeschränkt für die Ebene 2. Der Zugang zu Fortbildungsregelungen der Ebene 3 ist in der Regel über die Ebene 2 bzw. für Quereinsteiger möglich.

Gegenwärtig sind den einzelnen Ebenen die Fortbildungsregelungen in den genannten Berufen folgendermaßen zugeordnet:

Ebene 1: 14 Spezialistenprofile IT, 4 Spezialistenprofile ET, 2 Spezialistenprofile PT und 2 Spezialistenprofile MST,

Ebene 2: 4 operative Professionals IT, jeweils ein operativer Professional ET, PT und MST,

Ebene 3: 2 strategische Professionals IT.

Beispiel: Das IT-Weiterbildungssystem

Das 3-Stufen-Weiterbildungsmodell für die IT-Berufe standardisiert die IT-Weiterbildung und regelt diese bundeseinheitlich. Mit dem Weiterbildungssystem, das inzwischen auf andere Branchen übertragen wurde, wird das Ziel einer durchgängigen Qualifizierung nach Abschluss der dualen Ausbildung über die Spezialisten und operativen Professionals bis zu den strategischen Professionals verfolgt. Für Fachkräfte und berufliche Quereinsteiger/-innen wird damit eine durchgängige und anschlussfähige Weiterbildung ermöglicht, die einerseits eine konsequente Weiterentwicklung der eigenen Kompetenzen im Arbeitsprozess vorsieht und zum anderen attraktive berufliche Beschäftigungs- und Karrierechancen eröffnet. Das Lernen in Projekten, integriert in betriebliche Arbeitsprozesse, steht im Fokus der Weiterbildungen.

In einer 1. Stufe haben Absolventen/Absolventinnen nach der Ausbildung in einem der IT-Berufe im dualen System und einer anschließenden Tätigkeit als Fachkraft die Möglichkeit, eine Qualifikation in einer der insgesamt 14 Spezialistenprofile zu erreichen. Die Qualifizierung auf der Spezialistenebene wird mit einem anerkannten Zertifikat nach den internationalen Normen der Personenzertifizierung abgeschlossen.

Auf der Ebene 2 erfolgt eine Qualifizierung zum operativen IT-Professional. Diese Qualifizierung schließt mit einer Prüfung vor der zuständigen Industrie- und Handelskammer ab. Operative Professionals

- besitzen fortgeschrittene Kompetenzen zur Lösung komplexer und nicht vorhersehbarer Probleme in einem spezialisierten Arbeitsbereich,
- sind qualifiziert für die Leitung komplexer Projekte und übernehmen Verantwortung in ihren Arbeitskontexten,

- übernehmen die Verantwortung für die berufliche Entwicklung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen (Personalverantwortung).

Auf der 3. Ebene ist die Qualifizierung zum strategischen IT-Professional angesiedelt. Die Weiterbildung wird ebenfalls mit einer IHK-Prüfung abgeschlossen. Die Weiterbildungsprofile sind so konzipiert, dass zumindest auf der Ebene der Professionals (operativ und strategisch) die Vergleichbarkeit mit Studienabschlüssen wie Bachelor oder Master gegeben ist. Dadurch soll erreicht werden, dass berufliche Kompetenzen und Weiterbildungsleistungen von Berufspraktikern auch von Fachhochschulen und Hochschulen anerkannt werden und diese z. B. nach einem Abschluss als operativer Professional ein berufsbegleitendes Masterstudium in der Informatik aufnehmen können.

Die strategischen Professionals

- besitzen (spezialisierte) Problemlösungsfertigkeiten im Bereich Innovation, um neue Verfahren zu entwickeln und um Wissen und Erfahrung aus verschiedenen Bereichen zu integrieren,
- leiten und gestalten komplexe, sich verändernde betriebliche Arbeitskontexte, die insbesondere neue strategische Ansätze erfordern,
- übernehmen Verantwortung für die Überprüfung der strategischen Leistungen von Teams.

(Herbert Tutschner)

C Schwerpunktthema: Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und akademischer Hochschulbildung – Stand und Perspektiven

Vorbemerkungen

Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen bedeutet, dass Bildungsabschlüsse eines Bereichs auch gleichzeitig Zugänge zu anderen Bildungsbereichen eröffnen, dass Leistungen und Lernergebnisse aus einem Bildungsbereich in einem anderen Sektor anerkannt und angerechnet werden können. In Deutschland sind die Bildungsgänge deutlicher als in einer Vielzahl der anderen europäischen Länder sowohl in ihren Zugangsvoraussetzungen als auch in ihren Abschlüssen voneinander abgegrenzt. Das hat Auswirkungen insbesondere für die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung, die die Bildungspolitik bereits seit den 1960er-Jahren fordert. Trotz vielfältiger Konzepte und Reformanstrengungen ist der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte erst in Ansätzen realisiert.

Im Folgenden werden die wichtigsten Reformbemühungen, Konzepte und Initiativen an der Schnittstelle Berufs- und Hochschulbildung skizziert, die damit verbundenen Herausforderungen verdeutlicht und vorliegende Ergebnisse sowie Erfahrungen in der Umsetzung der Initiativen referiert.

C1 Reformdiskussionen im Bildungswesen in Deutschland

C1.1 Bildungspolitische Reformen in den 1960er- bis 1980er-Jahren

Durchlässigkeit herzustellen bedeutet sowohl flexible Übergänge im nationalen Bildungssystem an den Schnittstellen zwischen dem beruflichen und dem hochschulischen Bildungsbereich als auch horizontale und vertikale Durchlässigkeit innerhalb dieser beiden Bereiche zu schaffen. Bereits seit den 1960er-Jahren gibt es in Deutschland Bemühungen, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen zu fördern. An-

gestoßen von den Analysen des Deutschen Bildungswesens (vgl. Picht 1964; Dahrendorf 1965; Peisert 1967), in denen die Defizite in Deutschland benannt und grundlegende Reformen eingefordert wurden, bekam 1965 der Deutsche Bildungsrat, eine von Bund und Ländern gemeinsam gegründete Institution, den Auftrag, einen Bildungsgesamtplan vorzulegen. Mit den 1974 vorgelegten weitreichenden Empfehlungen zur Reform der Sekundarstufe II und dem Konzept einer durchgängigen Verknüpfung von allgemeinem mit beruflichem Lernen wurden Eckpfeiler für ein auf Durchlässigkeit angelegtes Bildungswesen definiert (vgl. Deutscher Bildungsrat 1974). Diese sehr ambitionierten Forderungen lösten eine heftige Diskussion bei Bund und Ländern aus, eine Umsetzung auf breiter Ebene blieb indes aus. Auch die Überlegungen zur Entwicklung eines Bildungsgesamtplanes, die 1975 von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung mit dem Ziel vorgelegt wurde, die Bildungsplanung für alle Bildungsbereiche als Gemeinschaftsaufgabe anzusehen (vgl. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung 1975), wurden schließlich von einigen Kultusministern der Länder und von Finanzministern von Bund und Ländern mit dem Verweis auf die hohen Kosten abgelehnt.

C1.2 Positionen der Kultusministerkonferenz

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat 1994 in einer Erklärung „Zu Fragen der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung“ Handlungsbedarf festgestellt und nach Vorlage eines Berichtes 1997 die entsprechenden Ausschüsse beauftragt „zu prüfen und zu beschreiben, welche Abschlussqualifikationen beruflicher Bildungswege auf der Grundlage der Bildungswerte, ihres Anspruchsniveaus und ihrer Leistungsnachweise zu einer Anerkennung weitergehender Berechtigungen im Bildungswesen führen können“ (vgl. Kultusministerkonferenz 1997).

Im Juni 2002 verabschiedete die KMK den Beschluss zur „Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten auf ein Hochschulstudium“ (aktualisiert am 18. September 2008). Demnach können bis zu 50 % eines Hochschulstudiums durch außerhalb der Hochschule erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten ersetzt werden.

Mit dem Beschluss der KMK von 2009, den „Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber“ (vgl. Kultusministerkonferenz 2009) auszuweiten, wurden die Grundlagen für durchlässigere Strukturen zwischen Hochschulbildung und Berufsbildung gelegt; die Länder hatten sich auf gemeinsame Kriterien des Hochschulzugangs für beruflich qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung geeinigt. So erhalten Inhaber von Abschlüssen der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meister, Techniker, Fachwirte o. Ä.) eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Beruflich Qualifizierte ohne Abschluss einer Aufstiegsfortbildung erhalten eine fachgebundene Hochschulreife, wenn sie eine mindestens zweijährige einschlägige Berufsausbildung abgeschlossen haben sowie eine dreijährige einschlägige Berufspraxis nachweisen und ein Eignungsfeststellungsverfahren oder ein einjähriges Probestudium erfolgreich durchlaufen haben. Mit den von der KMK 2010 überarbeiteten „Ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen“ (vgl. Kultusministerkonferenz 2010) wird beruflich Qualifizierten, die bereits eine berufliche Aufstiegsfortbildung absolviert haben, der direkte Zugang zu Masterstudiengängen ermöglicht. Die Umsetzung dieser Regelungen in den einzelnen Bundesländern ist sehr unterschiedlich. Darüber hinaus entscheiden die Universitäten und Hochschulen autonom über die Zulassungsverfahren und Zulassungspraxis. Die Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf dadurch verkürzte Studiengänge ist ebenfalls noch nicht einheitlich geregelt, hier entscheiden die Universitäten und Hochschulen eigenständig.

C1.3 Empfehlungen des Innovationskreises Berufliche Bildung

In den 2007 unter Leitung der Bundesministerin für Bildung und Forschung verabschiedeten Empfeh-

lungen des „Innovationskreises Berufliche Bildung – IKBB“ wird eine umfassende Durchlässigkeit an den Schnittstellen und Übergängen zwischen Schule und Berufsausbildung, Ausbildung und Weiterbildung, Berufsbildung und Studium gefordert. Die Empfehlungen nennen wichtige Bedingungen für die strukturelle Unterstützung des lebenslangen Lernens durch mehr Durchlässigkeit. In der Leitlinie 6 „Durchlässigkeit verbessern – Anschlussfähigkeit beruflicher Abschlüsse sichern“ heißt es dazu: „Wir halten die Durchlässigkeit aus der beruflichen Bildung in die Hochschulen in Deutschland auch im internationalen Bereich für unzureichend. Dies gilt nicht nur für die Zulassung zum Studium, sondern auch für die Anrechnung von Vorqualifikationen (...) Unser Ziel ist es, hier differenzierte Übergangs- und Anrechnungsmöglichkeiten zu schaffen. (...) Wir sehen in einer transparenten und offeneren Gestaltung der Regelungen für den Hochschulzugang beruflich Qualifizierter eine wichtige Verbesserung der Aufstiegschancen. (...) Wir appellieren an die Hochschulen, Studiengänge zu entwickeln, die die Qualifikationen beruflicher Bildung einbeziehen, gemeinsam mit der Wirtschaft Eingangs-, Anerkennungs- und Anrechnungsverfahren für beruflich Qualifizierte zu entwickeln und förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen“ (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007).

C1.4 Vorschläge des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung

Der Hauptausschuss des BIBB (HA) hat in mehreren Empfehlungen zur „Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung“ das Thema Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit aufgegriffen und forderte bereits 1984, „dass durch eine Gleichstellungsregelung der Absolventen beruflicher Fortbildungsprüfungen nach Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung (...) der Zugang zum Fachhochschulbereich zu eröffnen ist“ (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 1984). Eine aktuelle Empfehlung des HA, in der die Vorschläge des IKBB aufgenommen und konkretisiert werden, geht in die gleiche Richtung. Mit Nachdruck wird 26 Jahre nach der ersten Empfehlung gefordert, durchlässigere Strukturen zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung zu schaffen: „Berufliches und hochschulisches Bildungssystem stehen in Deutschland immer noch weitgehend

unverbunden nebeneinander, und nur wenigen beruflich Qualifizierten gelingt derzeit der Übergang von der Berufsbildung bzw. aus dem Beruf in die Hochschulen. Diese Situation ist für Deutschland als Informations- und Wissensgesellschaft aus volks- und betriebswirtschaftlicher, bildungspolitischer und individueller Sicht nicht zufriedenstellend. Der Förderung von Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung kommt, vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung lebensbegleitenden Lernens, der Sicherung umfassender Bildungschancen und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels ein hoher Stellenwert zu. Dabei greift die Förderung von Durchlässigkeit auch die europäische Diskussion zur Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung auf. Neben der Frage des formalen Hochschulzugangs umfasst die Förderung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung auch die Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen und die Gestaltung bedarfsgerechter Angebote“ (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2010d).

Bund, Länder und Sozialparteien verfolgen dabei gemeinsam das Ziel, den Übergang von der beruflichen Bildung in die Hochschulen zu fördern und Anstrengungen zu unternehmen, Studienbedingungen bedarfsgerecht zu gestalten. Die geltenden föderalen Strukturen und die Autonomie der Hochschulen werden dabei allerdings nicht infrage gestellt. Der Katalog umfasst folgende Empfehlungen:

1. Den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung ausbauen.
Mit Bezugnahme auf den KMK-Beschluss von 2009 zum „Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber“, der von den meisten Bundesländern in das jeweilige Landeshochschulrecht übertragen wurde, fordert der HA, dass bei der Entscheidung über den Zugang an die Hochschulen die bereits erworbenen Kompetenzen stärker berücksichtigt werden sollten. Er spricht sich für Zugangsprüfungen aus, die konsequent auf die durch Berufsbildung und Berufspraxis erworbenen studienrelevanten Kompetenzen aufbauen.
2. Die Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge erweitern.

Unter Berücksichtigung des KMK-Beschlusses von 2002 (vgl. KMK 2002) zur „Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten auf ein Hochschulstudium“ und der vorliegenden Ergebnisse der BMBF-Initiative „Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ (ANKOM) regt der HA an, die Möglichkeiten zur pauschalen Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auszubauen und zu erweitern. Darüber hinaus wird empfohlen, die Durchlässigkeit von der hochschulischen Ausbildung zur beruflichen Aus- und Weiterbildung zu fördern durch die Anrechnung von in Hochschulen erworbenen Kompetenzen auf die berufliche Aus- und Weiterbildung.

3. Bedarfsgerechte Angebote für beruflich Qualifizierte schaffen.
Die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Ausbildung sollte durch zielgruppengerechte Vorbereitungs- und Unterstützungsprogramme und die entsprechende Ausgestaltung der Studiengänge verbessert werden. Bei der Entwicklung von Studiengängen sollte die Zielgruppe stärker berücksichtigt werden.
4. Finanzielle Fördermöglichkeiten für berufserfahrene Studierende schaffen.
Dazu wird empfohlen, die vorhandenen Förder- und Unterstützungsinstrumente einer zielgruppenspezifischen Analyse zu unterziehen mit dem Ziel, Transparenz zu schaffen und zugleich Entwicklungen anzustoßen, flexible und für die Zielgruppe anwendbare Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen.
5. Informations- und Beratungsangebote für beruflich qualifizierte Studieninteressenten schaffen.
Die Empfehlung sieht vor, die Kooperationen zwischen Trägern der beruflichen Bildung und Hochschulen weiter auszubauen mit dem Ziel, sich zukünftig verstärkt bei der Information und Beratung zu engagieren. Dabei sollten vorliegende Erfahrungen, z. B. aus der ANKOM-Initiative, genutzt werden (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2010d).

C2 Übergreifende Ansätze zur Förderung der Durchlässigkeit

Die Forderung nach einer verbesserten Durchlässigkeit begleitet die Bildungspolitik seit mehreren Dekaden. Sind systematische, rechtlich verbindliche Regelungen für alle Bildungsbereiche, im Unterschied zu anderen europäischen Ländern (vgl. **Kapitel E1**), bisher noch nicht vorhanden, so sind doch in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen worden, die Durchlässigkeit zwischen der Berufs- und Hochschulbildung substanziell zu verbessern.

Nachfolgend werden die wichtigsten Projekte skizziert und die vorliegenden Erfahrungen zusammengefasst. Im Mittelpunkt stehen dabei die Initiativen des BMBF zur Förderung von Durchlässigkeit: Mit der Initiative „Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ (ANKOM) wurde das Ziel verfolgt, pauschale Anrechnungsverfahren zu entwickeln und umzusetzen.

Anliegen der DECVET-Initiative ist es, durch die systematische Entwicklung und Erprobung eines Leistungspunktesystems zur Erfassung, Übertragung und Anrechnung von Kompetenzen von einem Teilbereich des Berufsbildungssystems in einen anderen die vertikale und horizontale Durchlässigkeit der beruflichen Bildung zu erhöhen.

Mit der Entscheidung, einen Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) zu entwickeln und bildungsbereichsübergreifend zu erproben, ist ein entscheidender Schritt zu einer verstärkten Durchlässigkeit auf horizontaler und vertikaler Ebene getan worden. Damit liegt erstmals ein Instrument vor, das bildungsbereichsübergreifend alle Qualifikationen des deutschen Bildungssystems umfasst und zugleich als nationale Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) die Besonderheiten des deutschen Bildungssystems berücksichtigt.

C2.1 Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge (ANKOM)

Zielsetzung der BMBF-Pilotinitiative ANKOM war es, in der beruflichen (Weiter-)Bildung erworbene Kompetenzen als anrechenbare Studienäquivalente für Hochschulstudiengänge zu identifizieren und entsprechende Anrechnungsmodelle zu entwickeln. Dazu wurden von Herbst 2005 bis Sommer 2008 11 Projekte gefördert, die in jeweils einem der thematischen Cluster (Ingenieurwissenschaften, Informationstechnologien, Gesundheit und Soziales sowie Wirtschaftswissenschaften) angesiedelt waren → **Tabelle C2.1-1**. Aufgabe war es, Schnittmengen bzw. Anrechnungspotenziale zwischen den ausgewählten, nach § 53 BBiG geregelten beruflichen Fortbildungen, gleichgestellten Abschlüssen der Fachschulen sowie landesrechtlich geregelten Aufstiegsfortbildungen der Gesundheitsberufe und fachlich korrespondierenden Bachelorstudiengängen zu ermitteln.

Vorrangiges Entwicklungsziel waren pauschale Anrechnungsmodelle, bei denen die jeweiligen Abschlüsse der beruflichen Bildung bewertet wurden. Dabei erwies sich speziell die Äquivalenzprüfung der Lernergebnisse aus den unterschiedlichen Bildungsbereichen als sehr aufwendig. Dennoch konnte gezeigt werden, dass die pauschale Anrechnung von beruflich erworbenen Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge möglich und sinnvoll ist. Pauschale Verfahren haben den Vorteil, dass sie den Absolventen entsprechender beruflicher Weiterbildungen verlässlich die Anrechnung ihrer erworbenen Qualifikationen auf einen entsprechenden Studiengang ermöglichen.

In mehreren ANKOM-Projekten wurden zusätzlich zu den pauschalen auch individuelle Anrechnungsverfahren entwickelt. Individuell angerechnet werden können formell erworbene und zertifizierte Qualifikationen, die bei der pauschalen Anrechnung nicht berücksichtigt wurden. Zudem besteht die Möglichkeit, auch informell erworbene Kompetenzen anzurechnen. Solche Verfahren sind generell anwendbar, da sie individuelle Kompetenzen mithilfe von Portfolios oder Assessments bewerten. Sie bieten sich besonders bei einer geringen Anzahl erwarteter

Tabelle C2.1-1: Entwicklungsprojekte der BMBF-Initiative „Anrechnung beruflicher Kenntnisse auf Hochschulstudiengänge – ANKOM“

Bildungsbereich	Zielstudiengänge
Gesundheit & Soziales	
Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin	Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf die Hochschulausbildung von Erzieher/-innen
Fachhochschule Bielefeld, Fachbereich Pflege & Gesundheit	Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen in Gesundheitsberufen auf den Bachelorstudiengang „Pflege und Gesundheit“ Teilprojekt I: Pflegeberufe Teilprojekt II: Gesundheitsfachberufe nach Berufsbildungsgesetz (BBiG)
Leuphana Universität Lüneburg	KompädenZ – Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen von Erzieherinnen und Erziehern auf den Bachelorstudiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik unter Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming-Prinzips
Ingenieurwissenschaften	
Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover	Anerkennung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge in der Fakultät Maschinenbau
Technische Universität Ilmenau	Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf universitäre ingenieurwissenschaftliche Studiengänge in Thüringen (bkus-ing)
Wirtschaftswissenschaften	
Fachhochschule Bielefeld, Fachbereich Wirtschaft	Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen aus den Fortbildungsprofilen „Technische/-r Betriebswirt/-in“, „Geprüfte/-r Industriefachwirt/-in“, „Geprüfte/-r Bilanzbuchhalter/-in“ und „Controller/-in“
Universität Duisburg-Essen	KArLos Rhein-Ruhr – Berufliche Kompetenzen zur Anrechnung auf Logistikstudiengänge in der Region RheinRuhr
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg	Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge – Qualifikationsverbund Nord-West
IHK Bildungszentrum Stralsund	Regionales Entwicklungsprojekt „REAL“ – Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen des Meisters/Technischen Betriebswirts auf den Bachelorstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen
Informationstechnologie	
Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig	ANKOM-IT – Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen aus dem IT-Sektor auf Hochschulstudiengänge
Technische Universität Darmstadt	ProIT Professionals

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Anrechnungsfälle an. Sobald pauschale und individuelle Verfahren gemeinsam angewendet werden, spricht man von kombinierten Verfahren. Mit diesen lassen sich beispielsweise neben einer absolvierten beruflichen Fortbildung, die pauschal auf den entsprechenden Zielstudiengang angerechnet werden kann, auch informell erworbene Kompetenzen, die möglicherweise im Rahmen einer adäquaten Berufstätigkeit erworben wurden, berücksichtigen.

Auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen entwickelte die wissenschaftliche Begleitung der ANKOM-Initiative eine „Leitlinie für die Qualitätssicherung von Verfahren zur Anrechnung beruflicher und

außerhochschulisch erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ (Hochschul-Informationssystem/Institut für Innovation und Technik 2010), in der alle wesentlichen Arbeitsschritte zur Anrechnung (Lernergebnisbeschreibung, Äquivalenzprüfung, Ausgestaltung von Anrechnungsverfahren und Evaluation) dargestellt werden.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die BMBF-Initiative ANKOM die Realisierbarkeit der Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge für unterschiedliche Kombinationen akademischer und beruflicher Fachrichtungen gezeigt und die dafür nötigen Verfahren

entwickelt hat. Nun gilt es, auch weiterhin für die Verbreitung und Weiterentwicklung der gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse zu sorgen und die Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen an den Hochschulen nachhaltig zu implementieren. Beratung und Unterstützung wird von der Initiative bis Mitte 2011 angeboten.

C2.2 Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung (DECVET)

In der DECVET-Pilotinitiative sollen Reformansätze untersucht und erprobt werden, die innerhalb des deutschen Berufsbildungssystems Transparenz und Durchlässigkeit (im Sinne anschlussfähiger Übergänge) fördern. Dazu werden in 10 betriebspraktisch ausgerichteten Pilotprojekten Modelle für ein Leistungspunktesystem zur Erfassung, Übertragung und Anrechnung von Lernergebnissen und Kompetenzen von einem Teilbereich des beruflichen Bildungssystems in einen anderen entwickelt und erprobt
→ **Tabelle C2.2-1.**

Über die Implementation transparenter und transferierbarer Anrechnungsmodelle wird angestrebt, die vertikale und horizontale Durchlässigkeit innerhalb der Berufsbildung zu verbessern. Wissenschaftlich begleitet wird die Initiative von einem Konsortium der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Lehrstuhl für Berufspädagogik) und der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik). Beraten wird die Gesamtinitiative von einem Beirat, in dem Beauftragte des Bundes, der Länder und der Sozialpartner vertreten sind.

In den 10 Pilotprojekten, die 2007 ihre Arbeit aufnahmen, wurden bisher branchenspezifische Übergangs- und Anrechnungsmodelle für die folgenden vier Schnittstellen innerhalb des Berufsbildungssystems entwickelt:

- zwischen der Berufsausbildungsvorbereitung und dualer Ausbildung,
- innerhalb der dualen Berufsausbildung an der Schnittstelle gemeinsamer berufsübergreifender Qualifikationen in einem Berufsfeld (z. B. Wechsel von der Ausbildung zum Verfahrensmechaniker in die Mechatronikerausbildung),
- zwischen vollzeitschulischer und dualer Berufsausbildung,
- zwischen dualer Berufsausbildung und beruflicher Fortbildung (§§ 53 und 54 BBiG).

Die Verfahren und Modelle werden gegenwärtig in Gruppen unterschiedlicher Bildungsinstitutionen, Schulen und Betriebe erprobt.

Bei der Entwicklung und Erprobung möglicher Anrechnungsmodelle ist die Orientierung an den Kriterien des „European Credit System for Vocational Education and Training (ECVET)“ zwingend.

Die für die DECVET-Anrechnungsmodelle maßgebenden ECVET-Prinzipien lassen sich wie folgt formulieren:

- Berufliche Qualifikationen werden unabhängig von Institutionen und Lernkontexten, in denen sie erworben wurden, lernergebnisorientiert beschrieben, d. h. in Form von Kompetenzen und den ihnen inhärenten Kenntnissen und Fertigkeiten, die der Lernende beherrscht und in Handlungskontexten realisieren und anwenden kann.
- Zusammengefasst werden die Lernergebnisse in Units (= Lerneinheiten im Sinne von „Einheiten von Gelerntem“), die Teile einer Qualifikation (Beruf) darstellen und in der Summe eine Gesamtqualifikation abbilden.
- Units werden Leistungspunkten zugeordnet, die ihr Verhältnis untereinander als auch zur Gesamtqualifikation quantitativ gewichten.

Für die entwickelten Anrechnungsmodelle heißt dies: Die Zu- und Übergänge in den Subsystemen der Berufsbildung sollen nicht mehr primär an formale Bildungsabschlüsse und Zertifikate gekoppelt sein, sondern an anrechenbare Kompetenzen.

Die Entwicklung der Instrumente für die schnittstellenspezifischen Anrechnungsmodelle erfolgte in allen Projekten auf der Basis eines einheitlichen Arbeitsprogramms:

- Im ersten Schritt wurden die Qualifikationen der einbezogenen Berufsprofile auf der Basis der gesetzlich vorgegebenen Ausbildungsord-

Tabelle C2.2-1: Projekte der BMBF-Pilotinitiative „Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung – DECVET“

Projektnehmer	Erprobung der Verfahren zur Erfassung, Übertragung und Anrechnung von Lernergebnissen in den Berufen:
Los 1: Schnittstelle zwischen Berufsausbildungsvorbereitung und dualer Ausbildung	
BWHW – Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e.V.; INBAS GmbH – Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	• Berufe aus dem Berufsfeld Metalltechnik, z. B. • Anlagenmechaniker/-in • Industriemechaniker/-in • Konstruktionsmechaniker/-in • Werkzeugmechaniker/-in • Metallbauer/-in
Deutsche Bahn AG, DB Training, Berlin/Frankfurt a. M.	• Kaufmännisch-serviceorientierte Berufe • Berufe der Metall- und Elektrotechnik • Verkehrsberufe
ÜAG – Überbetriebliche Ausbildungsgesellschaft Berufs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Jena gGmbH	• im Vordergrund stehende Betrachtung der Metallberufe • Industriemechaniker/-in und • Metallbauer/-in • aber auch anderer Ausbildungsberufe des Berufsfeldes Metall
Los 2: Innerhalb der dualen Berufsausbildung an der Schnittstelle gemeinsamer berufsübergreifenden Qualifikationen in einem Berufsfeld	
f-bb – Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH Nürnberg	• Maschinen- und Anlagenführer/-in • Fertigungsmechaniker/-in • Kfz-Mechatroniker/-in • Karosserie- und Fahrzeugbaumechaniker/-in • Mechatroniker/-in • Industriemechatroniker/-in • Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik • Industriemechaniker/-in • Werkzeugmechaniker/-in
SAZ – Schweriner Ausbildungszentrum e.V.	• Verfahrensmechaniker/-in für Kunststoff- und Kautschuktechnik • Werkzeugmechaniker/-in • Mechatroniker/-in
Los 3: Schnittstelle zwischen vollzeitschulischer und dualer Berufsausbildung	
AFBB – Akademie für berufliche Bildung gGmbH Dresden	• Staatlich geprüfte/-r Wirtschaftsassistent/-in Fachrichtung Informationsverarbeitung • Kaufmann/-frau für Bürokommunikation • Bürokaufmann/-frau • Internationale/-r Touristikassistent/-in • Reiseverkehrskaufmann/-frau
Arbeitsgemeinschaft des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages, des Baden-Württembergischen Handwerkstages und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg	• Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel • Anlagenmechaniker/-in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
Los 4: Schnittstelle zwischen dualer Berufsausbildung und beruflicher Fortbildung (des Bundes nach §§ 53 und 54 BBiG)	
BAQ Forschungsinstitut für Beschäftigung Arbeit Qualifikation Bremen	• Polier/-in • Facharbeiter/-in
BCM – Bremer Centrum für Mechatronik & aib – arbeitswissenschaftliches Institut Bremen, Universität Bremen	• Geprüfte/-r Industriemeister/-in (Fachrichtung Mechatronik) • Systemtechniker/-in Mechatronik • Mechatroniker/-in • Staatlich geprüfte/-r Mechatroniktechniker/-in
QFC – Qualifizierungsförderwerk Chemie GmbH, Halle; Sächsische Bildungsgesellschaft für Umweltschutz und Chemieberufe Dresden mbH (SBG); Technische Universität Dresden; Jenaer Institut für Berufsbildungsforschung & -beratung e.V. (JIBB)	• Chemikant/-in • Chemielaborant/-in • Geprüfte/-r Industriemeister/-in (Fachrichtung Chemie)
Los 5: Wissenschaftliche Begleitung der Pilotinitiative DECVET	
Friedrich-Schiller-Universität Jena, Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Lehrstuhl für Berufspädagogik	

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

nungen und Rahmenlehrpläne lernergebnisorientiert beschrieben, d. h. in Form von Kompetenzen und den mit ihnen verbundenen Kenntnissen und Fertigkeiten, die der Lernende beherrscht und in Handlungskontexten realisieren und anwenden kann. Zusammengefasst wurden die Lernergebnisse in Units, die in der Summe das gesamte Kompetenzspektrum eines Berufs abbilden.

- Anschließend wurden Überschneidungspotenziale (Äquivalenzen) zu den Lernergebnissen an den Schnittstellen ermittelt, analysiert und dokumentiert. Sie kennzeichnen die potenziell vorhandenen Anrechnungsinhalte und -mengen.
- Im folgenden Arbeitsschritt wurde eine Bemessungsgrundlage für die Zuordnung von Leistungspunkten pro Unit entwickelt. Die Punkte sollen den Leistungsgrad der Lerneinheiten und ihr Verhältnis untereinander als auch zur Gesamtqualifikation quantitativ gewichten.
- Im weiteren Schritt wurden Verfahren, Erfassungsinstrumente und Prüfungsformen entwickelt bzw. angepasst und kombiniert, die es erlauben, die in den Units als Lernergebnisse beschriebenen Kompetenzen zu überprüfen und zu bewerten. Kriterien für die Entwicklung der Prüfungsansätze waren u. a. der Wissen und Kenntnisse integrierende Kompetenzbezug der Prüfungsinstrumente, Ausführungs-, Handlungs- und Performanzorientierung der Prüfung sowie Validität des Prüfungsverfahrens. Die zu erprobenden Prüfungsmethoden und -instrumente umfassen u. a. handlungsorientierte Situationsaufgaben im beruflichen Tätigkeitsfeld, Betriebsaufträge, Projektaufgaben mit Präsentation und Fachgespräch, Simulationsaufgaben sowie Kenntnistests.

Kompetenzorientierte Prüfungen sind für das Prüfungspersonal mit veränderten Herausforderungen verbunden. Gegenwärtig werden in den Pilotprojekten Qualifizierungskonzepte entworfen und erprobt, die nach Abschluss der Evaluationsphase weiterentwickelt werden.

Ziel der derzeitigen Arbeitsphase der DECVET-Projekte ist die Ausgestaltung und Erprobung von pragmatischen und akzeptanzfähigen Anrechnungsver-

fahren. Konkret sind hier u. a. die Fragen zu klären:

- Wie wird ein Anrechnungsverfahren ausgelöst?
- Von welchen Akteuren/Institutionen wird das Verfahren aktiv gestaltet und verantwortet?
- Wer erfasst die Lernergebnisse, wer bewertet und zertifiziert sie, wer erkennt an?

Die Erprobungsergebnisse werden 2012 vorliegen. Auf ihrer Grundlage wird zu prüfen sein, ob und inwieweit sich die nach Schnittstellen und Branchen differenzierten Anrechnungsmodelle für das Gesamtsystem beruflicher Bildung generalisieren und standardisieren lassen.

C2.3 Deutscher Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen (DQR)

Im Oktober 2006 haben das BMBF und die KMK beschlossen, gemeinsam einen Deutschen Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen (DQR) zu entwickeln. Ziel des DQR ist es, einen umfassenden, bildungsbereichsübergreifenden Referenzrahmen bereitzustellen, der die Umsetzung der Idee des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) unterstützt. Damit wurde erstmals eine umfassende, bildungsbereichsübergreifende Matrix zur Einordnung sämtlicher Qualifikationen aller Bildungsbereiche vorgelegt. 2009 wurde ein erster gemeinsamer Entwurf des DQR als Diskussionsvorschlag vorgelegt, der als Grundlage für eine alle Bildungsbereiche umfassende Erprobung diente. Die Überprüfung wurde im Sommer 2010 abgeschlossen, die vorliegenden Ergebnisse wurden evaluiert und in die DQR-Matrix eingearbeitet. Seit Ende 2010 liegt der DQR vor (vgl. Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen 2010).

Mit der Entwicklung und Umsetzung des DQR werden folgenden Ziele verfolgt (vgl. Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen 2009):

- das deutsche Qualifikationssystem transparenter zu machen und Verlässlichkeit, Durchlässigkeit (insbesondere zwischen der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung) sowie Qualitätssicherung zu unterstützen und die sich dabei ergebenden Äquivalenzen und Unterschiede von Qualifikationen sichtbar zu machen,
- die Mobilität von Lernenden und Beschäftigten zwischen Deutschland und anderen europäi-

Tabelle C2.3-1: Struktur des Deutschen Qualifikationsrahmens (Stand November 2010)

Niveauindikator			
Anforderungsstruktur			
Fachkompetenz		Personale Kompetenz	
Wissen	Fertigkeiten	Sozialkompetenz	Selbstständigkeit
Tiefe und Breite	Instrumentale und systemische Fertigkeiten, Beurteilungsfähigkeit	Team/Führungsfähigkeit, Mitgestaltung und Kommunikation	Eigenständigkeit/Verantwortung, Reflexivität und Lernkompetenz

Quelle: Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen 2010

- schen Ländern sowie in Deutschland im Sinne bestmöglicher Chancen zu fördern,
- Bildungseinrichtungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Übersetzungsinstrument an die Hand zu geben, um Qualifikationen besser einordnen zu können und die Anerkennung von in Deutschland erworbenen Qualifikationen in Europa zu erleichtern,
 - die Orientierung der Qualifikationen an Lernergebnissen, d. h. an feststellbaren Kompetenzen, zu fördern,
 - Möglichkeiten der Anerkennung und Anrechnung von Ergebnissen informellen Lernens zu verbessern, um lebenslanges Lernen insgesamt zu stärken.

Mit diesem Referenzrahmen sollen die Vergleichbarkeit nationaler Qualifikationen im europäischen Bildungsraum sowie die Transparenz von Gleichwertigkeiten und Unterschieden zwischen den Qualifikationen der deutschen Bildungssektoren verbessert werden. An dem Erprobungsprozess waren Vertreter der Allgemein-, Berufs-, Hochschul- und Erwachsenenbildung beteiligt.

Der Qualifikationsrahmen beschreibt auf acht Niveaus fachliche und personale Kompetenzen, an denen sich die Einordnung der Qualifikationen orientiert, die in der allgemeinen, der beruflichen und der Hochschulbildung erworben werden. Auf den Niveaus werden zugleich die Kompetenzen formuliert, die für die Erlangung einer Qualifikation erforderlich sind. Der DQR bildet jedoch nicht individuelle Lern- und Berufsbiografien ab.

Die Kompetenzdimensionen werden in zwei Hauptkategorien unterschieden, die die Kompetenzbereiche repräsentieren. Die erste Hauptkategorie „Fachkompetenz“ wird in „Wissen“ und „Fertigkeiten“, die zweite Hauptkategorie „personale Kompetenz“ in „Sozialkompetenz“ und „Selbstkompetenz (geändert im November 2010 in Selbstständigkeit)“ untergliedert → **Tabelle C2.3-1**. Methodenkompetenz wird als Querschnittskompetenz verstanden und findet deshalb in der Matrix keine eigenständige Erwähnung.

Leitlinien für die Erarbeitung des DQR waren:

- die Struktur des DQR kompatibel zum EQR zu entwickeln,
- den Besonderheiten des deutschen Bildungssystems Rechnung zu tragen,
- einen engen Arbeitszusammenhang mit der EU-Ebene und Partnerländern herzustellen,
- den DQR unter Berücksichtigung der weiteren europäischen Transparenzinstrumente zu formulieren,
- auf den Niveaus *gleichwertige* und nicht *gleichartige* Kompetenzen abzubilden,
- dem DQR zunächst nur formale Qualifikationen des deutschen Bildungssystems zuzuordnen und in einem späteren (zweiten) Schritt auch Ergebnisse des informellen Lernens zu berücksichtigen.

Die Zuordnungen folgen grundsätzlich dem Inklusionsprinzip, d. h., Merkmale, die bereits auf einer unteren Stufe beschrieben wurden, werden auf den folgenden Stufen nur dann erwähnt, wenn sie eine Steigerung erfahren.

Bei der Zuordnung von Kompetenzen zum DQR werden alle formalen Qualifikationen des deutschen Bildungssystems einbezogen, sowohl der allgemeinen und der Hochschulbildung als auch der beruflichen Bildung. Grundsätzlich sollte jedes Bildungsniveau, das im DQR abgebildet wird, auf verschiedenen Wegen erreicht werden können.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass mit den Zuordnungen der Qualifikationen in den DQR das bestehende System der Zugangsberechtigungen nicht ersetzt wird. Der DQR und der Qualifikationsrahmen für Deutsche Hochschulabschlüsse (HQR) sind kompatibel. Darauf wurde besonders bei der Formulierung der Begrifflichkeiten geachtet. Danach entsprechen die Stufen 1 (Bachelor), 2 (Master) und 3 (Promotion) des HQR hinsichtlich der beschriebenen Anforderungen und Kompetenzen den Niveaus 6, 7 und 8 des DQR (vgl. Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen 2010).

Von Mai 2009 bis Mai 2010 wurde der von der Bund-Länder-Koordinierungsgruppe und dem Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen gemeinsam entwickelte DQR-Diskussionsvorschlag von Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Bildungspraxis in vier ausgewählten Berufs- und Tätigkeitsfeldern (Gesundheit, Handel, Metall/Elektro und IT-Bereich) exemplarisch erprobt. Ziel dieser zweiten Erarbeitungsphase des DQR war es, zu nachvollziehbaren, konsensfähigen Zuordnungen ausgewählter Qualifikationen zu kommen sowie die Handhabbarkeit der DQR-Matrix zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Auf der Grundlage der vorliegenden Ergebnisse wurde die Matrix geringfügig geändert → **Tabelle C2.3-1** und die dazugehörigen Unterlagen (Glossar) angepasst.

Die Eignung des DQR wird grundsätzlich befürwortet: „Mit dem DQR findet erstmals eine umfassende bildungsbereichsübergreifende Matrix zur Einordnung von Qualifikationen Anwendung, die die Orientierung im deutschen Bildungssystem wesentlich erleichtert“ (Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen 2010). Damit bietet der Qualifikationsrahmen die Chance, eine Durchlässigkeit in den Bildungswegen zu erreichen, Transparenz zu schaffen und dem Prinzip näherzukommen, das

lautet: „Wichtig ist, was jemand kann, und nicht, wo er es gelernt hat.“

Zur Gestaltung des weiteren DQR-Prozesses ist vorgesehen, nach einer anschließenden Beratung mit den Zuordnungsarbeiten zu beginnen. In einem weiteren Schritt ist zu klären, wie die in informellen Lernprozessen erworbenen Kompetenzen einbezogen werden können. Dabei zeichnet sich ab, dass das Thema der Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen nicht allgemein behandelt werden soll, sondern im Kontext des DQR. Abschließend sollen die Ergebnisse in eine Vereinbarung, die zwischen Bund und Ländern geschlossen werden soll, eingebracht werden.

Die Regeln der Zuordnung der in Deutschland zu erwerbenden Qualifikationen zu den Niveaus des DQR werden entwickelt und in einem Handbuch zusammengefasst.

C3 Herausforderungen bei der Gestaltung durchlässiger Strukturen

Mit dem DQR liegt ein Vorschlag vor, wie zukünftig Qualifikationen bildungsbereichsübergreifend beschrieben und eingeordnet werden können. An der Schnittstelle zwischen Berufs- und Hochschulbildung zeigen die Ergebnisse von ANKOM, welche Möglichkeiten zur Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge bestehen. Das DECVET-Projekt zielt auf die Schnittstellen innerhalb der beruflichen Bildung ab und entwickelt Instrumente und Verfahren zur Anrechnung von Kompetenzen innerhalb der beruflichen Bildung. Neben den konkreten Vorschlägen müssen bei der Schaffung von mehr Durchlässigkeit grundsätzliche Überlegungen angestellt werden, wie Übergänge an den Schnittstellen des Bildungssystems gestaltet werden können.

Im Folgenden werden ausgewählte Aspekte thematisiert, die für einen offeneren Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte von Bedeutung sind:

- Berücksichtigung der unterschiedlichen Lernkulturen der Bildungsbereiche,
- Gleichwertigkeit als Voraussetzung für die Anrechnung von Kompetenzen und
- Anerkennung von auf informellem Wege erworbenen Kompetenzen.

C3.1 Unterschiede in den Lernkulturen

Die Schaffung von mehr Transparenz und Vergleichbarkeit von Qualifikationen und Kompetenzen hat das Ziel, dass die an Bildung beteiligten Akteure besser über ihre Bildungsangebote und -leistungen kommunizieren können. Für mehr Durchlässigkeit kann dann gesorgt werden, wenn die an Bildung beteiligten Akteure verstehen, was die konkrete Leistung und das konkrete Angebot anderer Bildungsbereiche bedeutet.

Der Übergang von einem beruflichen Aus- und Weiterbildungsgang in einen hochschulischen Bildungsgang ist für die Betroffenen im Allgemeinen mit einem Wandel der Lernkultur verbunden. Während in der Berufsbildung eine problem- und kompetenzorientierte Lernkultur im Vordergrund steht, ist die Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen in erster Linie fach- und inhaltsorientiert. Erst in den letzten Jahren wandeln sich die Lernkulturen und nähern sich an, beispielsweise durch eine an der Arbeitswelt orientierten Hochschullehre oder durch die Schaffung von wissensintensiven Berufsprofilen in der beruflichen Bildung. Offen ist gegenwärtig, inwieweit die Universitäten und Hochschulen auf breiter Ebene bereit sind, sich auf die beruflich Qualifizierten einzulassen und zielgruppenspezifische Angebote und Unterstützungen zu entwickeln und anzubieten. Dieser Sachverhalt gewinnt vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ausdifferenzierung in der Ausrichtung der Universitäten und Hochschulen durch die Einführung umfangreicher Bachelor- und Masterstudiengänge an Bedeutung.

Eine Annäherung der Bildungsbereiche und eine bessere Verständigung zwischen Hochschulen und Berufsbildung können in Zukunft durch die gemeinsame Ausrichtung an der Leitidee der Kompetenzorientierung gelingen. Mit der Erprobung des DQR liegen auch für den Hochschulbereich entsprechende Vorschläge vor. In der Berufsbildung liegen für den berufsschulischen Teil der dualen Berufsausbildung mit den Lernfeldern bereits seit Ende der 1990er-Jahre kompetenzorientierte Curricula vor. Mit den kompetenzorientiert strukturierten Ausbildungsbausteinen und dem vorliegenden Konzept zur Gestaltung kompetenzbasierter Ausbildungsordnungen hat das BIBB Ideen und Instrumente vorgelegt, mit de-

nen das System der staatlich anerkannten Aus- und Fortbildungsberufe weiterentwickelt werden kann. Eine verstärkte Kompetenz- und Lernergebnisorientierung bei der Vermittlung und Dokumentation in den unterschiedlichen Bildungsbereichen kann dazu beitragen, die unterschiedlichen Lernkulturen in den Bildungsbereichen einander anzunähern.

C3.2 Gleichwertigkeit als Voraussetzung für die Anrechnung von Kompetenzen

Eine wesentliche Voraussetzung für die Anrechenbarkeit von Lernergebnissen ist, dass die unterschiedlichen Bildungsbereiche in der bildungspolitischen und vor allem in der fachlichen Diskussion ein gemeinsames Verständnis über die Interpretation und die Nutzung des Begriffs „Gleichwertigkeit“ entwickeln. Entscheidend für die Bestimmung von authentischen Anrechnungspotenzialen wird es künftig sein, einen Konsens darüber zu erzielen, dass bei der Anrechnung von Lernleistungen gleichwertige und nicht gleichartige Kompetenzen berücksichtigt werden. Gleichartigkeit setzt eine formale und inhaltliche Übereinstimmung der zu vergleichenden Qualifikationen voraus. Das heißt, eine Anrechnung könnte nur stattfinden, wenn die in den unterschiedlichen Bildungsbereichen erworbenen Kompetenzen, die Aus-, Fortbildungs- und Studienzeiten sowie die Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen deckungsgleich sind. Solche engen Vergleichbarkeits- und Bewertungskriterien würden die Chancen der Antragsteller auf Anrechnung von vorhandenen und „abrufbaren“ Kompetenzen auf ein Minimum reduzieren und damit sowohl flexible als auch funktionsfähige Übergänge im nationalen Bildungssystem innerhalb der Bildungsbereiche sowie an den unterschiedlichen Schnittstellen zwischen den Bildungsbereichen einschränken – wenn nicht gar unmöglich machen. Gleichzeitig ist eine Verständigung darüber zu erzielen, Gleichwertigkeit nicht nur als bloße Deckungsgleichheit von Curricula zu betrachten, sondern vielmehr die Ergebnisse von Lernprozessen in den Mittelpunkt zu stellen und anhand vergleichbarer Lern- bzw. Qualifikationsniveaus zu bewerten. Dabei ist es grundsätzlich nachrangig, wo und in welchen Lernkontexten die Kompetenzen erworben wurden. Die Ergebnisse von

Lernprozessen sind die entscheidende Grundlage für einen Vergleich und damit letztlich für die Überprüfung von Gleichwertigkeiten bzw. die Ermittlung von Schnittmengen und Äquivalenz-/Anrechnungspotenzialen an den Schnittstellen im Bildungssystem.

Damit sind Lernergebnisse auch die Bedingung für funktionierende und von allen Beteiligten akzeptierte Anrechnungsverfahren. Von grundlegender Bedeutung dabei ist zudem, dass sowohl die Lernergebnisbeschreibung als auch die Ermittlung der Wertigkeit nach einheitlichen Kriterien erfolgt. Diese müssen einerseits bildungsbereichsübergreifend umgesetzt werden können und andererseits für alle Beteiligten nachvollziehbar sein. Das wurde bei der Erprobung des DQR erstmals bildungsbereichsübergreifend praktiziert (vgl. **Kapitel C2.3**; Mucke 2010; Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen 2009, 2010). Um Anrechnungsverfahren an den Schnittstellen im Bildungssystem nachhaltig etablieren sowie die Vorbehalte gegenüber der Qualität der Lernergebnisbeschreibung bei den Akteuren abbauen zu können, ist es unerlässlich, definierte Qualitätsstandards für die Anrechnung von Lernergebnissen sicherzustellen (vgl. Mucke/Buhr 2008). Dazu gehören u. a. die Herstellung von Transparenz für die am Verfahren Beteiligten, die Förderung der Vertrauensbildung zwischen ihnen sowie die Nachvollziehbarkeit der Äquivalenzfeststellung der erworbenen Kompetenzen durch geeignete Dokumentation und Offenlegung der Verfahrensschritte (vgl. **Kapitel C2.1**).

C3.3 Anerkennung von informell erworbenen Kompetenzen

Die zunehmende Bedeutung der Dokumentation und Anerkennung von Ergebnissen des informellen Lernens ist eine direkte Folge der Initiativen der Europäischen Kommission zum lebenslangen Lernen. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern gibt es in Deutschland keine rechtlichen Regelungen und anerkannten Verfahren. Das ist u. a. darauf zurückzuführen, dass es bislang kaum eine Nachfrage nach der Anerkennung informell erworbener Kompetenzen gab.

Die Möglichkeit, einen dualen Berufsabschluss ohne Absolvierung des entsprechenden Bildungsgangs zu

erwerben, ist in Deutschland durch die Externenprüfung nach § 45 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz (BBiG) und § 37 Abs. 2 Handwerksordnung (HwO) gegeben. Dabei ist eine berufliche Tätigkeit über die eineinhalbfache Zeit des entsprechenden Ausbildungsgangs Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung. Für die Zulassung ist erheblich, dass die bisherigen Tätigkeiten das Profil des angestrebten Berufs weitgehend abdecken. Zeugnisse und das Glaubhaftmachen des Nachweises der beruflichen Handlungsfähigkeit können als weitere Kriterien für die Zulassung, die immer mit einer Einzelfallprüfung der zuständigen Kammer verbunden ist, herangezogen werden. Darüber hinaus sind in den Zulassungsvoraussetzungen der Fortbildungsordnungen Elemente enthalten, die eine Durchlässigkeit im Sinne einer Anerkennung nonformalen und informellen Lernens fördern. Hier wird explizit eine mehrjährige berufliche Tätigkeit als Voraussetzung festgelegt, wodurch die in dieser Zeit absolvierten betrieblichen Lern- und Arbeitsphasen anerkannt werden.

Das IT-Weiterbildungssystem ist ein weiteres Beispiel für die Anrechnung von Lernleistungen. Hier sind die im privatwirtschaftlichen Sektor angesiedelte Personenzertifizierung sowie die bundeseinheitliche Zertifizierung der Professionals sehr stark auf das Lernen im Prozess der Arbeit ausgerichtet. Dadurch gewinnen die in informellen und nonformalen Lernprozessen erworbenen Kompetenzen an Bedeutung.

Neben der beruflichen Bildung bietet auch der Bereich der Hochschulbildung Möglichkeiten, mit denen die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung durch die Anerkennung von in informellen Lernprozessen erworbenen Kompetenzen verbessert wird. Dazu zählen insbesondere die in den Hochschulgesetzen der Länder enthaltenen Möglichkeiten einer Anrechnung außerhochschulisch erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten. Entsprechende Anrechnungen sind gegenwärtig bereits in Bayern, Brandenburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen möglich. Die entsprechenden Gesetzesgrundlagen unterscheiden teilweise zwischen den Möglichkeiten der Anrechnung und der Einstufungsprüfung (vgl. Freitag 2010 sowie die entsprechenden Landeshochschulgesetze). Sie ermöglichen es den Hochschulen, in ihren Prüfungsordnungen die Vorgaben für die

Anerkennungsverfahren festzulegen. Sofern sich derartige Verfahren nicht auf die Anerkennung formalen Lernens beschränken sollen, müssen sie Elemente beinhalten, welche die Ergebnisse nonformaler und informeller Lernprozesse einer formalen Anerkennung zugänglich machen. Wie bei der Externenprüfung wird die Anrechnung unterhalb der gesetzlichen Ebene geregelt. Zur Lösung dieses Problems bieten sich prinzipiell alternative Wege an. Erstens lassen sich Instrumente nutzen, welche Kompetenzen dokumentieren. Hier sind vor allem Arbeitszeugnisse, Mitarbeiterbeurteilungen und Instrumente der Personaldiagnostik zu nennen. Die zweite Option sind Verfahren, nach denen das Individuum und die Identifizierung individueller Kompetenzen im Vordergrund stehen. Diese Verfahren sind darauf ausgerichtet, die Reflexionsfähigkeit der Individuen und ihre Fähigkeiten, die eigenen Kompetenzen zu verbalisieren, zu fördern. Hier sind beratungsbetonte Konzepte wie das ProfilPASS-System oder andere eher dialogbasierte Portfolio-Ansätze zu nennen, die in erster Linie auf die Selbstbeurteilung abstellen.

Um die Anerkennung nonformalen und informellen Lernens mit Blick auf die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu fördern, ist es wichtig, die bestehenden Instrumente und Verfahren besser zu verknüpfen. Dabei können die zuletzt vorgestellten unternehmensbezogenen sowie die beratungsorientierten Ansätze wichtige Grundlagen bereitstellen, welche innerhalb der im formalen System verankerten Ansätze genutzt werden können.

Neben diesen auf der Ebene der Verfahren ansetzenden Verknüpfungen leisten Anpassungen auf der Systemebene sowie auf der normativen Ebene einen unverzichtbaren Beitrag. Vornehmlich sind hier zwei Aspekte zu nennen: Dies ist zum einen die Gestaltung des DQR, zum anderen die Orientierung an Kompetenzen bzw. Lernergebnissen bei der Gestaltung und Umsetzung der Curricula. Hier ist eine zentrale Maßnahme die kompetenzorientierte Gestaltung von Qualifikationen, um so Bezüge zu den Ergebnissen nonformalen und informellen Lernens herstellen zu können. Insgesamt erleichtert ein einheitliches Kompetenzverständnis die Kommunikation zwischen Teilsystemen des Bildungssystems und damit auch die Durchlässigkeit zwischen diesen.

C4 Ausblick

Schaffung von Durchlässigkeit – eine drängende Zukunftsaufgabe – Perspektiven

Grundsätzlich ist Durchlässigkeit keine Frage „später“ Bildungsphasen. Durchlässigkeit kann nur erreicht werden, wenn das Bildungssystem insgesamt – vom Kindergarten bis zur tertiären Bildung – transparente und durchlässige Entwicklungspfade bietet. Das heißt, dass Übergänge an allen Schnittstellen des Bildungswesens fließender werden und nicht der Selektion, sondern dem Eröffnen vielfältiger Optionen dienen müssen. In jeder Bildungsphase müssen alle weiteren Bildungswege und -abschlüsse prinzipiell offen sein und erreichbar bleiben. Dies setzt – nach den Erfahrungen aus den internationalen Vergleichen – einerseits voraus, dass Entscheidungen über Bildungswege nach der allgemeinbildenden Schule möglichst nicht vor dem Ende der Sekundarstufe I getroffen werden sollten. Andererseits zeigen diese Untersuchungen auch, dass Durchlässigkeit und Chancengleichheit nur erreicht werden können, wenn das Prinzip der kontinuierlichen und individuellen Förderung die Leitidee der gesamten Bildung ist.

Darüber hinaus gilt insbesondere für Deutschland, dass höchste Qualifikationen und anspruchsvolle Kompetenzniveaus nicht nur über Hochschulstudiengänge erreicht werden können und sollten. Deutschland hat ein im internationalen Vergleich außerordentlich gut und systematisch ausgebautes System von Aus- und Weiterbildungsberufen bzw. beruflichen Abschlüssen. Deshalb kann aus dem im internationalen Vergleich eher geringen Anteil von Hochschulabsolventen und -absolventinnen nicht unmittelbar auf ein entsprechendes Defizit an hoch qualifizierten Fach- und Führungskräften geschlossen werden. Diese Vergleiche vernachlässigen, dass in Deutschland Qualifikationen und Kompetenzen, die andernorts an Hochschulen erworben werden, auch oder nur durch berufliche Aus- und Weiterbildung erreicht werden (vgl. Müller 2009). Vergleichsweise häufig sind hierzulande offensichtlich sowohl Absolventen und Absolventinnen von Hochschulen als auch von beruflicher Aus- und Weiterbildung auf tertiärem Niveau qualifiziert und nehmen Berufs-

tätigkeiten mit hohen Anforderungen wahr. Dies ist international gesehen eher ein Wettbewerbsvorteil als ein Wettbewerbsnachteil.

Die Bildungspolitik wäre deshalb gut beraten, das Angebot an anspruchsvollen Ausbildungsberufen und hochwertigen Zusatzqualifikationen sowie das Angebot der Fortbildungsabschlüsse in gestuften Weiterbildungssystemen, die zu den höchsten Kompetenzniveaus führen, weiter auszubauen. Für die systematische Entwicklung eines „zweiten Königswegs“ zu hohen und höchsten Kompetenzen – neben dem Hochschulstudium – spricht nicht nur, dass dieser Ansatz Höherqualifizierung in erheblich größerer Breite ermöglichen würde, sondern auch sehr gut dem Bedarf des Beschäftigungssystems entsprechen würde.

Die Philosophie der Qualifikationsrahmen weist hier den richtigen Weg: Es kommt nicht auf bestimmte Abschlüsse (Qualifikationen) an, sondern auf erworbene Kompetenzen. Deshalb haben die für die Entwicklung des DQR maßgeblichen Akteure vereinbart, dass alle Kompetenzniveaus des Rahmens auch über die berufliche Bildung erreichbar sein sollen.

(Irmgard Frank, Silvia Annen, Egon Meerten, Gisela Mettin, Franziska Kupfer, Christiane Köhlmann-Eckel, Daniel Schreiber)

D Förderung von Berufsbildungsinnovationen durch Programme, Modellinitiativen und Kompetenzzentren

Das Wichtigste in Kürze

Berufliche Bildung ist einem stetigen Veränderungs- und Modernisierungsprozess unterworfen. Dies gilt sowohl für die Übergänge zwischen Schule und Ausbildungssystem als auch zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem. Auch der Bereich der beruflichen Weiterbildung gehört in diesen Zusammenhang. Um diesen Wandel zu gestalten, werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), aber auch von zahlreichen anderen Akteuren (z. B. weitere Bundes- und Länderministerien, die Europäische Kommission, die Bundesagentur für Arbeit etc.) vielfältige Programme aufgelegt und Modellinitiativen auf den Weg gebracht. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem Ausbau von überbetrieblichen Berufsbildungszentren zu Kompetenzzentren zu.

Zunächst wird in **Kapitel D1** ein Überblick über die Programme zur Förderung der Berufsausbildung der beteiligten Bundes- und Länderministerien sowie der Bundesagentur für Arbeit und der Integrationsämter gegeben. Dabei handelt es sich sowohl um zeitlich begrenzte Programme als auch um Programme im Bereich gesetzlicher Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG). Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltsmitteln des Bundes, der Länder und der Kommunen, aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Bundesagentur für Arbeit sowie aus Eigenmitteln der Träger.

Die Übersicht zeigt, wie vielfältig die Förderlandschaft ist, wobei deutlich wird, dass an der einen oder anderen Stelle über eine verstärkte Bündelung und die Vermeidung von Redundanzen nachgedacht werden muss. Hieran arbeitet seit Mitte 2010 eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS).

Das **Kapitel D2** befasst sich mit Modellversuchen in der beruflichen Bildung. Modellversuche greifen innovative Trends auf und leiten beispielhaft praktische Schritte für bildungspolitische Neuentwicklungen sowohl in inhaltlicher als auch methodischer und struktureller Hinsicht ein. In jüngster Zeit wurde ein neues Verfahren zur Generierung von Modellversuchen entwickelt. Die Politik greift dabei innovative Themen auf, die dann diskutiert und im Dialog mit unterschiedlichen Partnern aus Praxis und Wissenschaft zu Förderschwerpunkten zusammengefasst werden. Diese werden in Form von Förderrichtlinien bekannt gegeben und die Akteure zur Antragstellung bzw. in einem zweistufigen Verfahren zunächst zur Vorlage einer Projektskizze aufgefordert.

Im Rahmen dieses Antragsverfahrens wurden im Jahr 2010 die Förderrichtlinien „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“, „Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung“ sowie „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ auf den Weg gebracht.

Im **Kapitel D3** erfolgt schließlich eine Analyse der Entwicklung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten hin zu Kompetenzzentren. Sie verfolgen Neuentwicklungen in Forschung und Technik, bewerten deren Nutzen für mittelständische Unternehmen und unterstützen die Umsetzung in die betriebliche Praxis durch passgenaue Qualifizierungsmaßnahmen. Kompetenzzentren tragen dadurch maßgeblich zur Implementierung neuer Technologien und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft etwa im Bereich Bau und Energie (Klimaschutz, Nachhaltigkeit) sowie Kraftfahrzeug und Elektromobilität bei.

(Michael Heister)

D1 Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung

Bund, Länder und Europäische Union fördern die Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die Ausbildungsfähigkeit und den Übergang von jungen Menschen in die berufliche Ausbildung sowie die Leistungsfähigkeit des Berufsbildungssystems durch eine Vielzahl von Förderprogrammen. Der Begriff „Förderprogramm“ wird dabei analog zum Haushaltsrecht des Bundes und der Länder verwendet. Demnach wird unter einem Förderprogramm eine Regelung verstanden, auf deren Grundlage finanzielle Leistungen an Stellen außerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke bzw. übergeordneter Ziele erbracht werden.²⁶⁹

Befragung zur Förderung der Berufsausbildung

Zur Erfassung und Dokumentation der Förderprogramme wurde im November und Dezember 2010 von Wolters Kluwer Deutschland im Auftrag des BIBB eine schriftliche Befragung der zuständigen Bundes- und Landesministerien bzw. -behörden durchgeführt.

Basierend auf einer begleitenden Auswertung der Förderdatenbank des Bundes im Internet²⁷⁰ sowie den Ergebnissen der Befragung zur Förderung der Berufsausbildung im Jahr 2009²⁷¹ wurden insgesamt 183 Fragebögen an 75 Adressaten ausgesandt. Die Beteiligung der Fördergeber war ausgesprochen positiv. Die Rücklaufquote betrug – bezogen auf die Zahl der Fragebögen – insgesamt rund 74 %.²⁷²

269 Vgl. § 23 Bundeshaushaltsordnung (BHO) i. V. m. VV § 23 BHO. Es muss sich um Zuwendungen zur Deckung von Ausgaben des Empfängers für einzelne abgegrenzte Vorhaben (Projektförderung) handeln. Nicht berücksichtigt werden demnach Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben des Zuwendungsempfängers (institutionelle Förderung), Sachleistungen, Transferleistungen sowie öffentliche Aufträge. In die Darstellung einbezogen wurden demgegenüber auch die gesetzlichen Förderinstrumente des SGB.

270 Mit der Förderdatenbank gibt die Bundesregierung einen umfassenden und aktuellen Überblick über die Förderprogramme des Bundes, der Länder und der Europäischen Union. Die Förderdatenbank steht im Internet unter der Adresse <http://www.foerderdatenbank.de> zur Verfügung.

271 Vgl. BIBB-Datenreport 2010, Kapitel D1.

272 Dort, wo keine Antworten aus der Befragung vorliegen, basiert die Dokumentation auf einer ergänzenden Auswertung öffentlich zugänglicher Informationsquellen (insbesondere Richtlinien und Merkblätter der Fördergeber).

Folgende Merkmale wurden im Rahmen der Befragung erhoben:

- Programmtitel,
- zuständiges Ministerium,
- zuständige Antrags- bzw. Bewilligungsstelle,
- Fördergegenstand,
- Förderberechtigte,
- Art und Höhe der Förderung,
- Art und Anzahl der Förderfälle,
- Mittelvolumen und -herkunft,
- Programmlaufzeit,
- Rechtsgrundlage.

Ziele und Zielgruppen der Förderung

Öffentliche Förderprogramme verfolgen das Ziel, Anreize zur Verwirklichung wirtschaftlich und sozial erwünschter Vorhaben zu bieten, die ohne finanzielle Unterstützung nicht bzw. nicht im gewünschten Umfang oder zum gewünschten Zeitpunkt durchgeführt würden. Die Förderung im Bereich der Berufsausbildung konzentriert sich daher auf spezifische Themen und Akteure des Berufsbildungssystems. Im Rahmen der Dokumentation wurden folgende Schwerpunkte identifiziert:

- die Schaffung und Sicherung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze,
- die Stärkung der Verbundausbildung,
- die Förderung benachteiligter und behinderter Jugendlicher,
- die Vermittlung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben in Anschlussausbildungen,
- die Vermittlung von Altbewerber/-innen und Ausbildungsabbrecher/-innen,
- die Mitfinanzierung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und -lehrgänge,
- die Mitfinanzierung außerbetrieblicher Ausbildungsangebote,
- die Stärkung der Ausbildungsberatung und -akquise,
- die Förderung der Berufsorientierung und -vorbereitung,
- die Vermittlung von Zusatzqualifikationen für Auszubildende,
- die Förderung transnationaler Ausbildung sowie
- die Förderung von Modellprojekten und innovativen Vorhaben zur Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems.

Im Rahmen der Berufsausbildungsförderung werden fast ausschließlich Zuschüsse vergeben. Begünstigte sind in erster Linie ausbildende Betriebe sowie Maßnahme- bzw. Projektträger im Bereich der Berufsausbildung. In geringem Umfang werden über die Förderbanken der Länder auch Darlehen zur Schaffung und Sicherung zusätzlicher Ausbildungsplätze an Unternehmen vergeben.

Förderschwerpunkte und -voraussetzungen sind zwischen Bund und Ländern sowie von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausgestaltet. Aufgrund der Vielzahl der dokumentierten Förderprogramme wurde auf einen Abdruck an dieser Stelle verzichtet. Die vollständige Dokumentation der Bundes- und Länderprogramme zur Förderung der Berufsausbildung kann im Internetangebot des Datenreports unter <http://datenreport.bibb.de> abgerufen werden.

(Martin Nospickel, Wolters Kluwer Deutschland)

D2 Neukonzeption außerschulischer Modellversuche

Seit mehr als drei Jahrzehnten greifen außerschulische Modellversuche auf der Grundlage des § 90 Abs. 3 Nr. 1d Berufsbildungsgesetz (BBiG) innovative Trends in der beruflichen Bildung auf und leiten beispielhaft praktische Schritte für bildungspolitische Neuentwicklungen ein. Dies gilt sowohl in inhaltlicher als auch methodischer und struktureller Hinsicht. In den letzten beiden Jahren kam es als Ergebnis einer umfassenden Diskussion zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem BIBB zu einer Neukonzeption des Förderbereichs Modellversuch. Folgende übergreifende Strukturelemente kennzeichnen die Modellversuche neuen Typs:

- „stärkere Anknüpfung an bildungspolitische Reformbestrebungen auf nationaler und europäischer Ebene,
- expliziter Wissenschaftsbezug, Bedarfs- und Bedürfnisanalyse durch vorgeschaltete Studie(n),
- stärkere inhaltliche Fokussierung mittels Förderrichtlinien zur Schärfung von Zielen und Profilen,
- zweistufiges Verfahren für die Auswahl der Projekte über Ideenskizzen und Antrag,
- eine zentrale externe wissenschaftliche Begleitung für alle Modellprojekte,
- ein Rahmenkonzept für Programmarchitektur und -design z. B. mit Arbeitsforen,
- Definition einer Evaluationspyramide (Selbst-/ Fremdevaluation, formativ-summativ, Wertpluralität), um Informationen über das Erreichen von Zielen zu gewinnen und Lerneffekte zu erzielen; qualitative Indikatoren,
- Formulierung übergreifend verbindlicher, quantitativer und qualitativer Standards (Kernthemen) für das Berichtswesen,
- Rahmenkonzept und Standards für übergreifende Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation aller Akteure,
- verbesserte Transparenz und Wissens(chäfts) transfer nach außen“ (vgl. Schemme/Groß 2011).

Im Frühjahr 2010 wurden die Förderrichtlinien für die neuen Schwerpunkte der Modellversuche auf den Weg gebracht. Im Einzelnen handelt es sich dabei um

- Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung,
- Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsausbildung sowie
- Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Die ersten Modellversuche haben im November 2010 ihre Arbeit aufgenommen. Insgesamt werden in den drei Förderschwerpunkten in den nächsten Jahren 35 Modellversuche durchgeführt und mit 15 Mio. € aus Mitteln des BMBF gefördert. Die Programmverantwortung liegt beim BIBB, das in jedem Förderschwerpunkt durch eine wissenschaftliche Begleitung unterstützt wird. Detaillierte Angaben zu den einzelnen Modellversuchen sind → [Tabelle D2-1 Internet](#) zu entnehmen.

Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung

Das Ziel dieses Förderschwerpunktes besteht darin, innovative Wege in der dualen Ausbildung zu untersuchen, zu erproben und weiterzuentwickeln, um aus der heterogen zusammengesetzten Gruppe der

Jugendlichen im ausbildungsfähigen Alter den Anteil derjenigen zu erhöhen, die eine duale Berufsausbildung absolvieren. So soll auch dem sich abzeichnenden Fachkräftebedarf gegengesteuert werden. Im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes werden sowohl die Übergänge als auch wichtige Phasen der Ausbildung analysiert und gestaltet sowie Perspektiven für eine Beschäftigung betrachtet. Um die Gesamtheit der Jugendlichen zu erreichen, müssen die individuellen Besonderheiten und das soziale Umfeld der Jugendlichen berücksichtigt werden.

Zentrale Gestaltungs- und Forschungsfelder sind:

- die Weiterentwicklung und nachhaltige Etablierung von Konzepten und Instrumenten für heterogen zusammengesetzte Gruppen, die es ermöglichen, Individualität und Gemeinsamkeit gleichermaßen zu fördern,
- die Zusammenarbeit und Vernetzung aller Akteure im Kontext dualer Ausbildung unter dem Aspekt der Integration in Unternehmen (insbesondere KMU),
- vorhandene Ansätze, Konzepte und Modelle mit dem Instrumentarium der Modellversuchsforschung auf die neuen Herausforderungen auszurichten.

Es werden 18 Modellversuche mit einer Laufzeit von bis zu 36 Monaten gefördert. Die Modellversuche bearbeiten unterschiedliche Aspekte und sind deutschlandweit verteilt. Die Förderung der ersten Projekte hat im März 2011 begonnen.²⁷³

(Gisela Westhoff, Marion Trimkowski)

Entwicklung und Sicherung der Qualität in der betrieblichen Berufsausbildung

Der demografische Wandel, Vertragslösungen (vgl. [Kapitel A4.8](#)) sowie Lern-, Leistungs- und Integrationsprobleme machen es unverzichtbar, Qualitätslücken in der Berufsbildung frühzeitig zu erkennen und zu schließen. Anknüpfend an Forschungsprojekte und frühere Modellversuche des BIBB zum Thema „Qualität beruflicher Aus- und Weiterbildung“ hat

das BIBB im November 2010 einen Förderschwerpunkt mit 10 Modellversuchen in unterschiedlichen Berufsfeldern aus Mitteln des BMBF gestartet, die bis 2013 neue Lösungen für zentrale Problemstellungen entwickeln und erproben sollen. Zur Vorbereitung hatte das Institut für Technik und Bildung (ITB) im Auftrag des BMBF Handlungsfelder zur Förderung der Qualitätsentwicklung und -sicherung identifiziert und eine Studie erstellt.²⁷⁴

Der Förderung von Instrumenten und Verfahren zur Verbesserung und Sicherung der Qualität betrieblicher Berufsausbildung wird hohe Priorität eingeräumt. Hierzu gehören neben der stetigen Aktualisierung von Ausbildungsinhalten auch Maßnahmen zur Verbesserung der Planung, Durchführung und Evaluation von Ausbildung ebenso wie die Optimierung der Zusammenarbeit der an der Berufsausbildung beteiligten Akteure. Auf die Einbeziehung von kleinen und mittleren Unternehmen wird dabei besonders Wert gelegt. Ebenso dringend ist die pädagogisch-didaktische Weiterbildung des ausbildenden Personals. Dabei werden Kriterien und Indikatoren, Instrumente und Verfahren für alle Phasen des Ausbildungsprozesses entwickelt.

Der Modellversuchsschwerpunkt ist Teil nationaler und europäischer Initiativen zur Verbesserung der Qualität beruflicher Bildung.

(Dorothea Schemme, Sigrid Bednarz)

Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BBNE)

Der Förderschwerpunkt steht in enger Beziehung zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014). Eine der zentralen Forderungen ist die Verankerung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung in die nationalen Bildungssysteme.

Die Erfahrungen, Ergebnisse und Produkte aus den vom BMBF geförderten Wirtschaftsmodellversuchen zur Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung (2001 bis 2009), dem Querschnittsprojekt zur beruf-

273 Nähere Informationen unter: www.bibb.de/heterogenitaet

274 http://www.bmbf.de/pub/band_vier_berufsbildungsforschung.pdf

lichen Bildung in der Wald- und Holzwirtschaft (2005 bis 2010) im Förderschwerpunkt „nachhaltige Waldwirtschaft“ des BMBF-Programms „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA) sowie weiteren Aktivitäten der UN-Dekade haben gezeigt, dass zur Implementation und Verstetigung beruflicher Bildung für nachhaltige Entwicklung auf den verschiedenen Ebenen des Bildungssystems noch weiterer Handlungsbedarf besteht. Eine erfolgreiche Umsetzung und Ausdifferenzierung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung zeichnete sich insbesondere dort ab, wo ein branchenspezifischer und regionaler Bezug bestand.

Der Förderschwerpunkt „Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“²⁷⁵ (Laufzeit 2010 bis 2013) nimmt diese Erfahrungen auf. Es werden vier Verbundprojekte (3 Jahre Laufzeit) und drei Einzelprojekte (2 Jahre Laufzeit) gefördert, die bei der Umsetzung ihrer Projektziele alle Ebenen des Berufsbildungssystems mit einbeziehen, um die verschiedenen Ebenen und Bereiche der beruflichen Bildung besser miteinander zu verzahnen. Die Verbundprojekte werden in den Branchen Metall/Elektro, Chemie, Bauen und Wohnen mit Schwerpunkt auf den erneuerbaren Energien sowie Ernährung durchgeführt.

Der Förderschwerpunkt nimmt sowohl Bezug auf die Vorbereitung von Fachkräften sowie auf Fachkräftegewinnung und -sicherung als auch auf berufliche Karrierewege und bezieht Schnittstellen zu anderen Bildungsbereichen mit ein. Es sollen Lösungskonzepte für die Gestaltung und Weiterentwicklung der BBNE erarbeitet werden.

Die Verbundprojekte, die einen Branchen- und Regionalbezug aufweisen, sollen über die Entwicklung einzelner Aus- und Weiterbildungsmodule deutlich hinausgehen und vor Ort implementiert werden. Die Umsetzung muss innerhalb des Vorhabens so weit geleistet werden, dass nach Abschluss des Vorhabens eine dauerhafte Fortführung der Aus- und Weiterbildungsaktivitäten durch die Projektpartner in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den Regionen sichergestellt ist.

Die Einzelprojekte untersuchen den Zusammenhang

von beruflicher Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen. Dabei werden Qualifizierungsbedarfe und -maßnahmen sowie weitere bildungsrelevante Aspekte mit eingeschlossen. Hierbei sind insbesondere Handlungsempfehlungen für die betriebliche Umsetzung zu entwickeln und zu erproben.

(Dagmar Winzier)

D3 Entwicklung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten hin zu Kompetenzzentren

Ausbildung in den Berufen des dualen Systems findet an den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule statt. Seit den 1970er-Jahren des vorigen Jahrhunderts gibt es in Deutschland einen weiteren „Lernort“, die „überbetrieblichen Berufsbildungsstätten“ (ÜBS) **E**. Die Ausbildungsabschnitte in der ÜBS ergänzen und vertiefen die fachpraktischen Aspekte. Abseits vom Zeitdruck und den Gewährleistungszwängen der betrieblichen Tätigkeit erwerben die Jugendlichen unter Anleitung von erfahrenen Ausbildungsmeisterinnen und -meistern berufliche Handlungskompetenz.



Überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS)

ÜBS haben die Aufgabe, die betriebliche Ausbildung mit ergänzenden Kursen zu unterstützen. Kleinere Betriebe sind wegen ihrer Spezialisierung oft nicht in der Lage, alle Lerninhalte der Ausbildungsordnung zu vermitteln. ÜBS sichern eine breite Ausbildung und tragen dazu bei, dass technologische Neuentwicklungen in der Ausbildung berücksichtigt werden. Sie verfügen über modern ausgestattete Werkstätten und Theorieräume, die außer für Ausbildung auch für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie für Berufsorientierung und Berufsvorbereitung genutzt werden.

Das BIBB fördert nach § 90 BBiG die Errichtung, Modernisierung und Weiterentwicklung von ÜBS aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). An der Förderung sind neben dem BMBF/BIBB (Schwerpunkt: Ausbildung) auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)/Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhr-

²⁷⁵ Siehe http://bbne.bibb.de/de/bbne_index.htm.

kontrolle (BAFA) (Schwerpunkt: Fort- und Weiterbildung) und das jeweilige Bundesland beteiligt. Einzelheiten der Förderung sind in der Gemeinsamen Richtlinie des BMBF und BMWi vom 24.06.2009 geregelt, nachzulesen unter <http://www.bibb.de/de/5260.htm>.

In Deutschland gibt es inzwischen 800 ÜBS, davon ca. 200 in den östlichen Bundesländern. Wenngleich die demografische Entwicklung – insbesondere im Osten – zu einem Rückgang an Auszubildenden führen wird, ist diese Form der ergänzenden Berufsausbildung nach wie vor notwendig. Die Flut technischer Innovationen setzt gerade kleine Unternehmen unter einen erheblichen Anpassungsdruck.

Die Kluft zwischen Innovationsdruck und Mangel an hochqualifizierten Facharbeitern stellt besonders für den Mittelstand eine Bedrohung dar. Das Handwerk wird sich gegenüber der Konkurrenz größerer Anbieter nur behaupten können, wenn es marktgerechte Produkte anbietet. Dazu müssen Markttrends beobachtet und Innovationen aufgegriffen werden, um diese gewinnbringend in neue Produkte umzusetzen. Gerade kleine Betriebe finden aufgrund geringer Personalkapazität und ihrer praxisorientierten Denkhaltung aber nur schwer Zugang zu den für sie verwertbaren Innovationen.

Im Rahmen ihrer Berufsbildungspolitik und Gewerbeförderung unterstützen BMBF und BMWi kleine und mittlere Firmen, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Dies geschieht nicht durch direkte Mittelvergabe an die Wirtschaft, sondern seit rund 10 Jahren über die Förderung fachlich herausragender ÜBS, die als „Kompetenzzentren“²⁷⁶ **E** mittels Monitoring, Demonstration und Qualifizierung dazu beitragen, neue Technologien schnell in die betriebliche Praxis zu integrieren. Seit 2009 geschieht diese Förderung durch die beiden Ministerien auf einer „Gemeinsamen Richtlinie für die Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten und ihrer Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren“. Für die Administration sind aufseiten des BMWi das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und aufseiten des BMBF das BIBB zuständig.



Kompetenzzentren

Fachlich besonders qualifizierte ÜBS können sich auf ihrem Spezialgebiet mit finanzieller Unterstützung durch BMBF und BMWi zu einem Kompetenzzentrum weiterentwickeln. Kompetenzzentren sammeln systematisch Informationen und Know-how zu neuen Technologien und Verfahren, prüfen diese auf deren Verwendbarkeit für mittelständische Unternehmen und tragen mit Beratung und Schulung dazu bei, dass Innovationen aus Forschung und Entwicklung schnell Eingang in die betriebliche Praxis finden. Die von ihnen entwickelten Qualifizierungsmaßnahmen, Lernplattformen und Blended-Learning-Kurse können preisgünstig von anderen ÜBS mit genutzt werden. BIBB und BAFA fördern und begleiten die ÜBS bei der Personal- und Organisationsentwicklung, die Voraussetzung für die Arbeitsweise eines Kompetenzzentrums sind. Aufgabe und Anforderungen an ein Kompetenzzentrum sind in der Förderkonzeption des BMBF vom Mai 2001 beschrieben, Einzelheiten siehe unter http://www.bibb.de/dokumente/pdf/uebs_foerderkonzept.pdf.

Zurzeit gibt es 27 Kompetenzzentren, insbesondere in hochtechnisierten und sich rasch verändernden Gewerken → **Tabelle D3-1 Internet**. Elektro- und Informationstechnik, Kraftfahrzeug- und Nutzfahrzeug-Technik, Hörgeräte-Akustik und Solartechnik sind nur einige Bereiche, die hier genannt werden. Im Folgenden wird die konkrete Aufgabenstellung von Kompetenzzentren anhand eines Beispiels aus dem Elektrotechnischen Handwerk näher beschrieben.

Kompetenzzentren als Innovationsmotoren für KMU

Die im Bereich der Elektro- und Informationstechnik tätigen Handwerksunternehmen stehen bereits seit Jahrzehnten einem kontinuierlichen technologischen Wandel gegenüber. In den letzten Jahren hat sich dieser Wandel weiter beschleunigt. So erfordern höhere Sicherheits- und Komfortanforderungen in der elektrischen Installationstechnik eine fortlaufende Anpassung des Kenntnisstands bei den Mitarbeitern in Handwerksunternehmen.

²⁷⁶ Siehe http://www.bibb.de/dokumente/pdf/uebs_foerderkonzept.pdf, S. 17 ff.

In der Gebäudeautomatisierung sind Bus-Systeme²⁷⁷ in gewerblichen Gebäuden zum Standard geworden und gewinnen auch im privaten Wohnungsbau zunehmend an Bedeutung. Bereiche, die sich früher unabhängig voneinander entwickelt haben wie die Elektro- und Informationstechnik, werden in der Gebäudeautomatisierung integriert. Dies führt zu komplexen Systemen, die von der Steuerung und Regelung elektrischer Geräte über den energieeffizienten Einsatz von Klimatisierung und Beleuchtung bis zur Objektüberwachung und Zugangskontrolle mittels Multimedia reichen. Vorläufiges Ziel dieser Entwicklung wird das „Smart Home“ sein, das seinen Bewohnern ein Höchstmaß an Komfort, Wirtschaftlichkeit, Flexibilität und Sicherheit bieten soll, gewährleistet durch die Vernetzung von Haustechnik, Elektrohaushaltsgeräten und Multimedia-Geräten.

Die Anwendung innovativer Steuerungs- und Regelungstechniken und deren Vermittlung in der Aus- und Weiterbildung im Elektro- und Informationstechnischen Handwerk ist angesichts politischer Zielsetzungen (Energieeffizienz, Klimaschutz) dringend erforderlich. Die Handwerksunternehmen müssen sich, wollen sie nicht von den Facility-Management-Angeboten freier Unternehmer vom Markt verdrängt werden, zum „Systembetreuer“ z. B. im Bereich der Gebäudeautomation weiterentwickeln. Sie müssen das komplette Technologieangebot beherrschen und kundengerechte innovative Lösungen verkaufen. Hierzu bedürfen sie der Beratung und Unterstützung durch die Kompetenzzentren, die Demonstrationsanlagen und passgenaue Schulungsmaßnahmen anbieten.

Das BMBF fördert die Errichtung von Demonstrationsanlagen in ausgewählten Bildungszentren, wobei das Gebäude selbst („Baukörper gleich Lehrkörper“) zum Anschauungsobjekt wird und unterstützt mit der Bezuschussung von Personal- und Sachkosten die Entwicklung sogenannter „Leitprojekte“. So wurden z. B. Lehrgänge zum Thema Gebäudeau-

tomation als Online-Kurse entwickelt, die ortsunabhängig genutzt werden können. Dieses Angebot unterstützt den Facharbeiter, der „auf Montage“ oder beim Kunden genaue Mess- und Regelungsdaten benötigt, ebenso wie die Auszubildenden. Die virtuellen Lernumgebungen ermöglichen die Visualisierung vernetzter Vorgänge und erlauben es, Funktionsweisen zu verfolgen und Eingriffe ins System ohne Schaden vorzunehmen, wodurch der Lernerfolg gesteigert werden kann.

Eine weitere Herausforderung für die elektro- und informationstechnischen Handwerke wird die Notwendigkeit, die in der Gewinnung nicht planbaren erneuerbaren Energien mit konventionellen Energieangeboten zu einem preisgünstigen und zuverlässigen Mix zu verbinden.

Dass neue Herausforderungen auch vor anderen Gewerken nicht haltmachen, zeigt die von der Bundesregierung angestoßene Entwicklung Deutschlands zu einem Leitmarkt für Elektrofahrzeuge. Die Anforderungen, die sich durch die Kombination von Elektroantrieb, Bereitstellung und Steuerung der Stromversorgung und Entwicklung eines neuen Fahrzeugtyps samt Serviceinfrastruktur an die Qualifizierung von Facharbeiterinnen und Facharbeitern stellen, sind nur durch Zusammenwirken aller Beteiligten zu erfüllen. Hierbei sind die Kompetenzzentren im Rahmen einer berufsübergreifenden Zusammenarbeit unverzichtbare Partner.

(Christine Noske)

²⁷⁷ BUS-Systeme sind Verbindungssysteme für elektronische und elektrische Komponenten bei denen die Stromversorgung der Geräte und ihre Steuerung getrennt sind. Es gibt das Stromnetz zur Stromversorgung mit 230 V Wechselspannung und das Steuerungsnetz mit maximal 30 V Gleichspannung.

E Internationale Indikatoren und Benchmarks, Systemmonitoring, Mobilität

Das Wichtigste in Kürze

Ziel des Kapitels ist es, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen deutscher Berufsbildung in einen europäischen und internationalen Bezug zu setzen und die indikatorengestützte Berichterstattung des Datenreports zum Berufsbildungsbericht unter Bezug auf internationale Indikatoren und Benchmarks zu erweitern. Insgesamt soll das Kapitel dazu beitragen, Stärken, Schwächen und Potenziale deutscher Berufsbildung durch einen Abgleich mit internationalen Entwicklungen angemessener einschätzen zu können und zugleich auf diesem Weg Impulse für Innovationen im deutschen Berufsbildungssystem zu erhalten.

Entsprechend dem Schwerpunktthema des Datenreports zum Berufsbildungsbericht 2011 wird hier Durchlässigkeit in ausgewählten europäischen Bildungssystemen betrachtet – mit Fokus auf der Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschulen. Zum Vergleich werden auch OECD-Indikatoren und EU-Benchmarks zur Bildungsbeteiligung herangezogen.

Die Forderung nach Durchlässigkeit betrifft insbesondere Länder mit stark stratifizierenden Bildungssystemen. Die Forderung zielt vor allem darauf, denjenigen, die einmal den beruflichen Bildungsweg eingeschlagen haben, den Zugang zum akademischen Weg nicht zu verbauen. Deutschland nimmt hinsichtlich der institutionellen Trennung der Bildungsbereiche international eine Sonderstellung ein; deshalb scheint **Durchlässigkeit vor allem ein deutsches Thema** zu sein.

In Ländern mit relativ starker dualer Ausbildung ist die durchschnittlich zu erwartende Hochschulbildungsdauer relativ gering (z. B. deutschsprachige Länder) und damit die Forderung nach Durchlässigkeit virulent. Zum ändern kann ein starkes – schulisch organisiertes – Berufsbildungssegment

durchaus mit hoher Hochschulbildungserwartung einhergehen (z. B. Finnland).

Andererseits ist in Ländern wie Spanien, Irland oder Frankreich mit relativ hoher Hochschulerwartung die Wahrscheinlichkeit einer inadäquaten Beschäftigung höher als z. B. in Deutschland, Österreich oder Dänemark. Das bedeutet, dass Hochschulabschlüsse im Durchschnitt auf den entsprechenden Arbeitsmärkten weniger Gewicht haben.

Beim detaillierten **Vergleich der Durchlässigkeit der Systeme** Österreichs, Dänemarks, Spaniens und Schottlands wurden drei Kriterien zugrunde gelegt: Berechtigung zum Studium, curriculare Integration und Anrechnungsmöglichkeiten. Insbesondere Doppelqualifikation aufgrund curriculärer Integration (Österreich und Spanien) wird zur Förderung von Durchlässigkeit genutzt; dagegen spielt die Anrechnung von Berufsbildung beim Übergang in die Hochschule in den betrachteten Systemen bisher kaum eine größere Rolle.

Für die **europäische Bildungszusammenarbeit** ist die Forderung nach Durchlässigkeit in zweifacher Hinsicht von grundlegender Bedeutung: nur bei offenen Grenzen zwischen den Bildungssektoren ist **lebenslanges Lernen**, das Leitkonzept europäischer Bildungspolitik, im umfassenden Sinn einzulösen; nur bei offenen Systemaußengrenzen ist auch **Mobilität** möglich.

Die Mobilität in der Berufsbildung wird insbesondere durch das Programm „Lebenslanges Lernen“ gefördert. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 14.800 Stipendiaten in 590 Projekten gefördert. Die Teilnehmerzahl im Bereich der Erstausbildung hat sich von 2005 bis 2010 verdoppelt. Dies entspricht den Empfehlungen des Innovationskreises Berufliche Bildung von 2007 (IKBB), der zudem das Ziel formuliert hat, die Dauer der geförderten Lernaufenthalte auf 6 Wochen bis 3 Monate zu verlängern. Allein im Rahmen

von LEONARDO DA VINCI Mobilität wurden im Jahr 2010 über 3.400 Auslandsaufenthalte mit einer Dauer von 6 Wochen oder länger gefördert, 2008 waren es noch 1.800.

Der Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem dualen System an den Auslandsaufenthalten entspricht ihrem Anteil an der beruflichen Erstausbildung in Deutschland.

(Georg Hanf)

E1 Durchlässigkeit in ausgewählten europäischen Bildungssystemen

Durchlässigkeit – ein deutsches Problem?

Durchlässigkeit ist vor allem ein deutsches Thema, so der Eindruck beim Blick in die internationale Literatur. Sucht man in englischsprachigen Quellen nach „permeability“, so findet man viele Beiträge von deutschen Autoren.

Mangelnde Durchlässigkeit von Bildungssystemen ist schon seit Längerem Gegenstand international vergleichender Forschung. In soziologischer Perspektive lassen sich Bildungssysteme vor allem unterscheiden nach dem Grad ihrer Standardisierung und dem Grad ihrer Stratifizierung (Allmendinger 1989). Beim Grad der *Standardisierung* geht es um die Frage, inwieweit Curricula, Prüfungen, Zertifikate national einheitlichen Standards entsprechen. Der Grad der *Stratifizierung* wird an der horizontalen und vertikalen Ausdifferenzierung von Bildungsgängen, insbesondere an der Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung, sowie an der Zugangsselektion festgemacht. Ein hoher Grad von Stratifizierung geht einher mit einer hohen Bedeutung von Bildungszertifikaten, einer frühen Einstufung auf bestimmten Hierarchieebenen und einer relativ geringen Mobilität (Allmendinger/Hinze 1997).

Die Forderung nach Durchlässigkeit zielt vor allem darauf, denjenigen, die einmal den beruflichen Bildungsweg eingeschlagen haben, den Zugang zum akademischen Weg nicht für immer zu verwehren. Die Forderung wird umso lauter, je dynamischer

sich entwickelnde gesellschaftliche Bedürfnisse und wirtschaftliche Bedarfslagen nach offenen Strukturen verlangen und je stärker das jeweilige Bildungssystem als stratifiziert gelten kann. Dass in Deutschland die Debatte um Durchlässigkeit schon lange und in jüngster Zeit besonders intensiv geführt wird, hängt mit seinem hochselektiven dreigliedrigen Schulsystem und einer stark ausdifferenzierten Berufsbildung zusammen. Hinsichtlich der institutionellen Trennung der Bildungsbereiche nimmt Deutschland im internationalen Vergleich eine Sonderstellung ein (Powell/Solga 2011).

Ein weiterer Begriff von Durchlässigkeit würde alle Schnittstellen zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung auf den verschiedenen Bildungsebenen umfassen. Die folgende Analyse konzentriert sich auf die Schnittstelle zwischen beruflicher Bildung in der Sekundarstufe II und der Hochschulbildung.

Durchlässigkeit in der europäischen Bildungspolitik

Für die europäische Bildungszusammenarbeit ist die Forderung nach Durchlässigkeit doppelt konstitutiv: Nur bei offenen Systemgrenzen ist Mobilität möglich, nur bei offenen Binnengrenzen ist lebenslanges Lernen, das Leitkonzept europäischer Bildungspolitik, im umfassenden Sinn einzulösen.

Während zu Beginn des Kopenhagen-Prozesses zunächst eher unbestimmt die Flexibilität der beruflichen Bildungssysteme im Mittelpunkt des Interesses stand²⁷⁸, postulierten die zuständigen europäischen Minister, die europäischen Sozialpartner und die Europäische Kommission im Kommuniké von Maastricht, flexible und offene Rahmenbedingungen für die Berufsbildung zu schaffen, „um die Barrieren zwischen der Berufsbildung und der allgemeinen Bildung abzubauen und die Durchlässigkeit zwischen Aus- und Weiterbildung sowie Hochschulbildung zu erhöhen“²⁷⁹. Diese Forderung wurde in allen folgenden Kommunikés zum Kopenhagen-Prozess (Helsinki, Bordeaux, Brügge) wiederholt (vgl. McCoshan

278 Vgl. Kap. 6 und 7 der sog. Maastricht Studie (Leney u. a. 2005).

279 Siehe http://ec.europa.eu/education/news/ip/docs/maastricht_com_de.pdf.

u. a. 2008); sie hat auf der anderen Seite, wenngleich weniger pointiert, auch in den Erklärungen zum Bologna-Prozess ihren Niederschlag gefunden.²⁸⁰

In Gestalt des Europäischen Qualifikationsrahmens und nationaler Qualifikationsrahmen sowie des Europäischen Credit Systems für die Berufsbildung (ECVET), das mit dem Europäischen Credit Transfer System im Hochschulbereich (ECTS) konsistent sein soll, ist Durchlässigkeit vollends zum Programm geworden: Alle Niveaus von Lernergebnissen/Kompetenzen sollen auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden können, außerdem sollen Übergänge zwischen den Bildungssektoren erleichtert werden, nicht zuletzt durch Transfer- und Anrechnungsmöglichkeiten. Beide Instrumente sollen dem lebenslangen Lernen dienen, indem sie Transparenz und Durchlässigkeit von Qualifikationen und Bildungssystemen schaffen bzw. unterstützen.

Internationale Bildungsindikatoren zur Durchlässigkeit

Von der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird Deutschland immer wieder gemahnt, den Anteil eines Altersjahrgangs, der ein Studium absolviert, zu erhöhen. In der Zwischenzeit ist dieser Indikator auch Bestandteil der europäischen Maßzahlen („Priority Benchmarks“) geworden, auf die sich der Europäische Rat im Rahmen der bildungspolitischen Zusammenarbeit geeinigt hat: 40 % der 30- bis 34-Jährigen sollen einen Abschluss auf ISCED-Niveau 5 bzw. 6 haben (Europäischer Rat 2009). Andererseits wurden erst im vergangenen Jahr die besonderen Vorteile einer stark institutionalisierten (dualen) Berufsbildung durch die OECD-Studie „Lernen für die Arbeitswelt“ (Organisation for Economic Co-operation and Development 2010b) gewürdigt, aus der Deutschland mit einem guten Ergebnis hervorging. Das folgende → **Schaubild E1-1** stellt den Zusammenhang zwischen relativem Gewicht beruflicher Bildung im Sekundarbereich und durchschnittlich zu erwartender Dauer des Hochschulbesuchs für verschiedene Länder dar. Für Länder, die sehr weit links in dem Koordinaten-

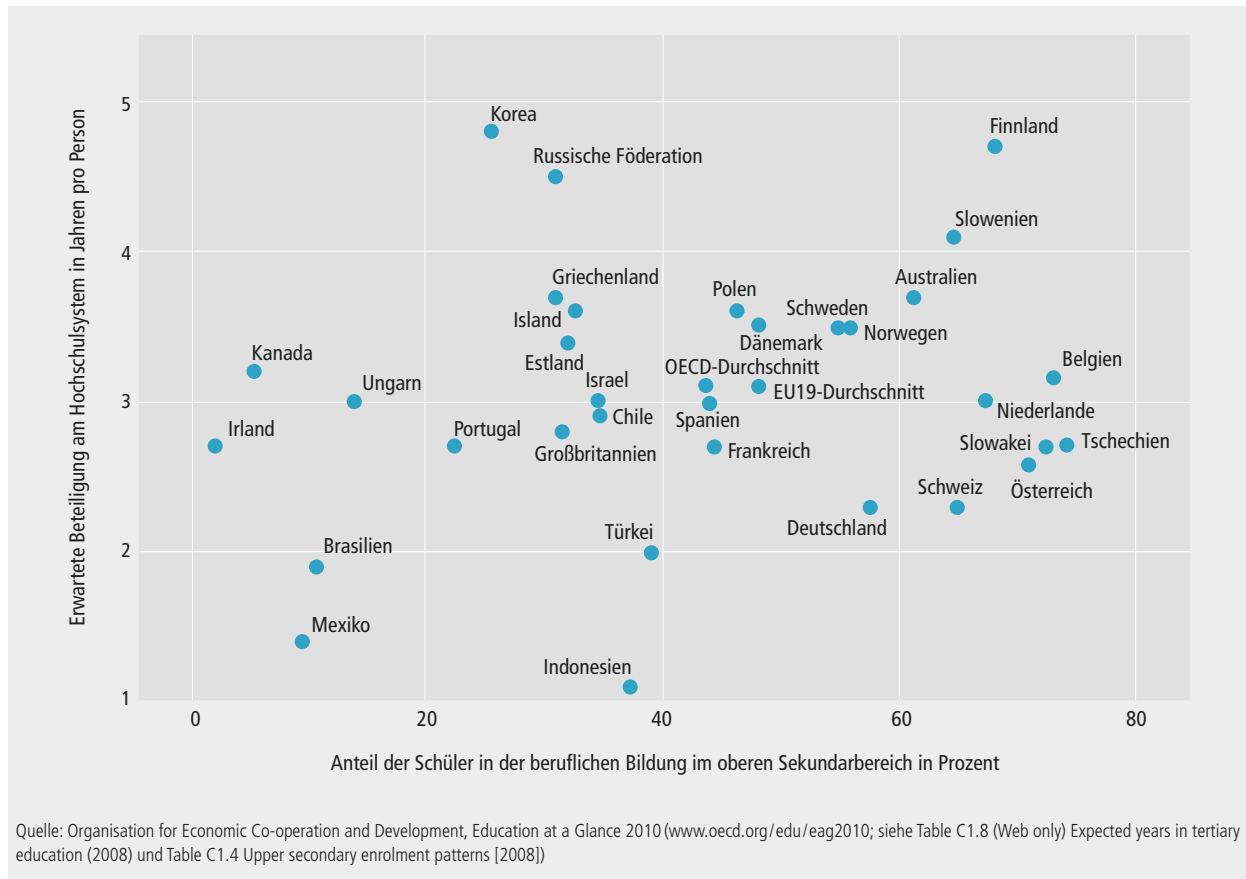
system rangieren, stellt sich die Aufgabe der Herstellung von Durchlässigkeit nicht. Im Gegensatz zu den weit rechts eingeordneten Ländern haben diese Länder keine quantitativ relevante Berufsbildung in ihrem Bildungssystem. Damit entsteht auch nicht das Problem der Schaffung von Übergängen aus einem berufsbildenden in ein allgemeinbildendes System. Länder, die sehr weit rechts eingeordnet sind, haben quantitativ starke Berufsbildungssysteme im oberen Sekundarbereich. Die, die im rechten oberen Quadranten des Koordinatensystems eingezeichnet sind, verfügen sowohl über eine quantitativ bedeutsame Berufsbildung als Teil des Bildungssystems sowie gleichzeitig über eine hohe Beteiligung am Hochschulsystem.²⁸¹ In diesen Ländern – mit Finnland an der Spitze – könnte man eine ausgeprägte Durchlässigkeit vermuten. Allerdings sagt das → **Schaubild E1-1** nichts über den Anteil einzelner Lernender an Berufsbildung und Hochschulbildung aus. Dafür müssten Individualdaten über Bildungsverläufe betrachtet werden. Ebenso wenig gibt das Schaubild Auskunft über den relativen Wert berufsbildender im Gegensatz zu allgemeinen, hochschulischen Abschlüssen.

Ein wichtiger Indikator für die relative Wertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung wären z. B. die Verdienstaussichten von Personen mit berufsbildendem Abschluss im Vergleich zu Personen mit einem Hochschulabschluss. International vergleichbare Datensätze hierzu sind spärlich, da in vielen internationalen Datensätzen, die Informationen über Löhne und Gehälter enthalten, die Variable Bildungsabschluss entweder nicht oder nicht differenziert nach Art, sondern nur nach Höhe des Bildungsganges abgebildet wird. Deutschland gehört allerdings zu den Ländern unter den Industriestaaten, in denen der durchschnittliche Unterschied zwischen Löhnen und Gehältern für Personen mit berufsbildendem im Vergleich zu Personen mit hochschulischem Abschluss eher gering ausfällt (vgl. z. B. Freeman/Schettkat 2001). Einen der wenigen Befunde über die Passung der Qualifikationen des Bildungssystems mit den auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten Qualifikationen gibt → **Schaubild E1-2** wieder. Das Schaubild

280 Siehe http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc1290_en.htm. Vgl. auch Bernhard/Graf/Powell 2010.

281 Die erwartete Beteiligung wird hier in Jahren angegeben, die ein Schüler oder eine Schülerin des jeweiligen Bildungssystems (in 2008) im Durchschnitt im Bereich „höherer Bildung“ (ISCED 5A, 5B, 6) verbringen wird.

Schaubild E1-1: Erwartete Beteiligung am Hochschulsystem in Jahren pro Person und relatives Gewicht der Berufsbildung im oberen Sekundarbereich



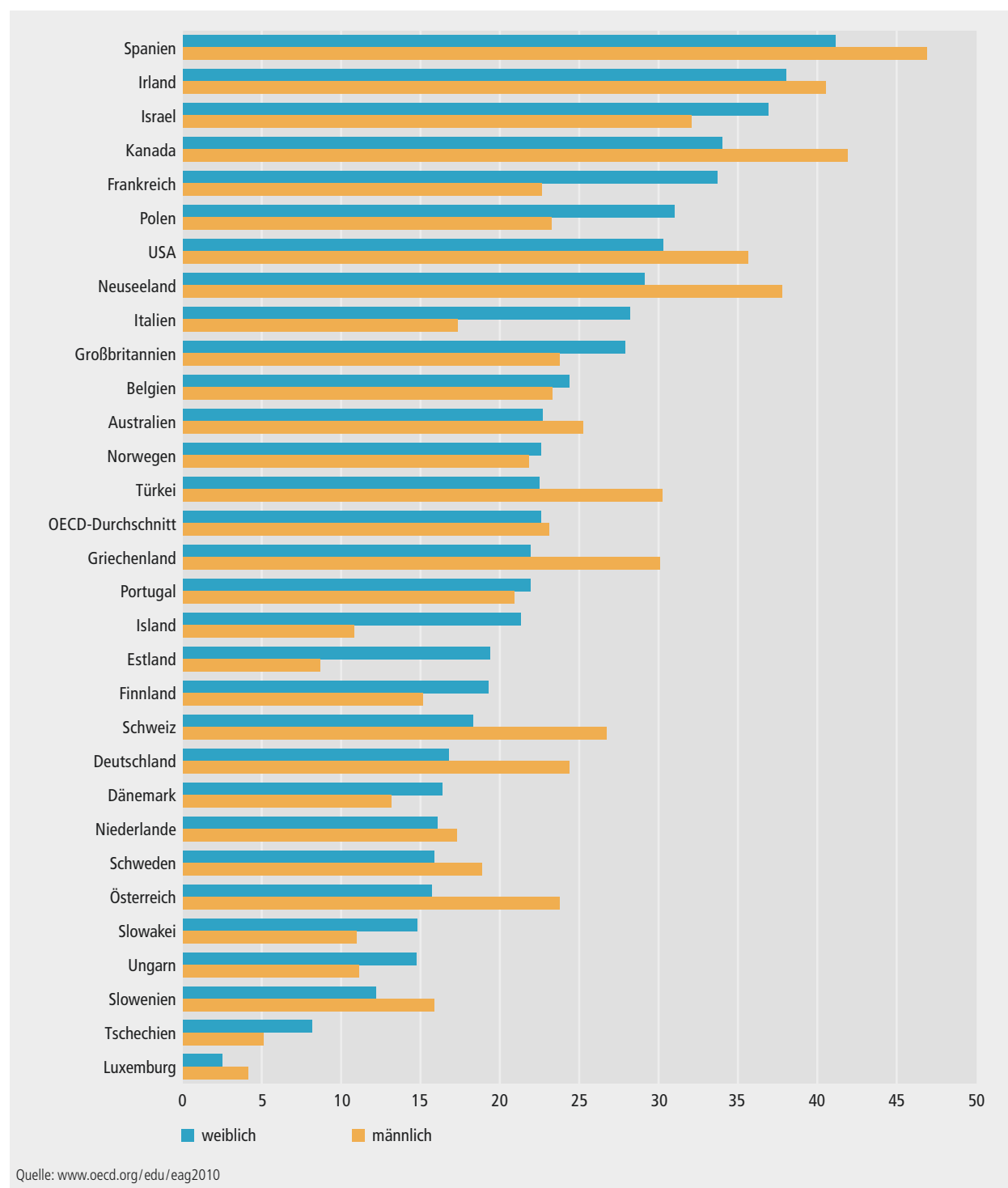
stellt den Anteil derjenigen 25- bis 29-Jährigen mit tertiärem Abschluss²⁸² dar, die auf einer Stelle mit Anforderungen arbeiten, für die nach der internationalen Standardklassifikation der Berufe (ISCO) ein niedriger bis mittlerer Bildungsabschluss ausreichen würde. Es wird deutlich, dass in Ländern wie Spanien, Irland oder Frankreich die Wahrscheinlichkeit einer inadäquaten Beschäftigung höher ist als z. B. in Deutschland, Österreich oder Dänemark.²⁸³ Man kann vermuten, dass damit Hochschulabschlüsse im Durchschnitt auf den entsprechenden Arbeitsmärkten auch weniger wert sind.

Eine generelle Steigerung der Hochschulabsolventenquote würde den Grad der ausbildungsadäquaten Beschäftigung verringern, es sei denn, die Nachfrage steigt entsprechend. Angesichts der Ungewissheit künftiger Nachfrage wählen manche Länder den Weg der Akademisierung. Länder, die die Vorteile institutionalisierter Berufsbildung und gleichzeitig die Option höherer Akademikerquoten wahren wollen, werden mit der Frage konfrontiert, welche Berechtigungen und Anrechnungsmöglichkeiten aus berufsbildenden Abschlüssen im Bildungssystem resultieren. Wie unterschiedliche Systeme diese Gewichtung ausartieren, wird am Beispiel von 4 Ländern analysiert.

282 ISCED 5A, 5B, 6.

283 Zur Frage der Passung bzw. der Überqualifizierung vgl. Müller 2010.

Schaubild E1-2: Anteil der 25- bis 29-Jährigen mit einem Abschluss auf tertiärem Niveau, die auf ISCO-Niveau 4–9 (einfache und mittlere Berufe) arbeiten (2007)



Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung in ausgewählten Ländern

Für die weitere Darstellung wurden zwei europäische Bildungssysteme ausgewählt, die dem deutschen ähnlich sind, wenngleich sie in einigen Punkten davon abweichen, Österreich und Dänemark, und zwei, die ganz andere Bildungssystemtypen verkörpern, Spanien und Schottland. Neben dieser Unterscheidung war dabei die Verfügbarkeit von entsprechenden Informationen maßgeblich.²⁸⁴

Das → **Schaubild E1-1** zeigt, dass sowohl in Dänemark wie auch in Österreich die durchschnittlich zu erwartende Studiendauer (Dänemark: 3,5 Jahre und Österreich: 2,8 Jahre) höher ist als in Deutschland, obwohl sie sich in der Bedeutung der beruflichen Bildung im oberen Sekundarbereich nur geringfügig unterscheiden. Dänemark hat im Gegensatz zu Deutschland (57,5 %) eine quantitativ etwas geringer ausgeprägte Berufsbildung mit 48 % eines Altersjahrgangs und Österreich mit 70,8 % eine höhere. In Deutschland liegt die durchschnittlich zu erwartende Hochschulstudienzeit bei 2,3 Jahren pro Person. Allen drei Systemen ist gemeinsam, dass sie zur Gruppe der Bildungssysteme gehören, die über einen starken Anteil dualer Berufsbildung verfügen.

Hinsichtlich der relativen Bedeutung dualer Bildung unterscheiden sich die Länder jedoch, wie die aktuellen Zahlen der OECD ebenfalls zeigen. In Dänemark findet Berufsbildung generell in dualer Form (allerdings unter schulischer Regie) statt. In Deutschland beträgt der Anteil der dualen Ausbildung an der Berufsbildung 75 % und in Österreich nur 50 %.

Spanien verkörpert den Typus eines stark auf Allgemeinbildung ausgerichteten Bildungssystems, das aber immerhin auch über einen nicht unerheblichen Anteil an beruflicher Bildung im Sekundarbereich verfügt (43,8 %). Dieser Anteil ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. In Spanien wird in Bezug auf den gewählten Hochschulindikator mit durchschnitt-

lich 3 erwarteten Jahren pro Person der zweithöchste Wert unter den 4 ausgewählten Ländern erreicht. Schottland ist Teil des britischen Bildungssystems, und in Großbritannien liegt der Anteil beruflicher Bildung im oberen Sekundarbereich bei 31 %. Ein Großteil der beruflichen Bildung findet allerdings im postsekundären Bereich statt, der im Fall des Vereinigten Königreichs in den entsprechenden OECD-Zahlen mit in die Berechnung des Indikators „erwartete Beteiligung am Hochschulsystem in Jahren“ eingeht und der dort bei 2,8 Jahren liegt.

Aus einer bildungspolitischen Gestaltungsperspektive ist es interessant zu betrachten, mit welchen Instrumenten Durchlässigkeit zwischen den Subsystemen hergestellt wird.

Durchlässigkeit – Verschiedene Schnittstellen und Lösungen

Beim folgenden Ländervergleich werden drei Kriterien zugrunde gelegt: Berechtigung zum Studium, Curriculare Integration, Anrechnungsmöglichkeiten **E**.

E Bildungspolitische Instrumente und Regelungen zur Herstellung von Durchlässigkeit

Berechtigungen zum Studium und Aufnahmeprüfungen

Am Ende der Sekundarstufe II können generelle Berechtigungen stehen, die einen Hochschulzugang oder einen fachgebundenen Hochschulzugang ermöglichen. Auf der anderen Seite gibt es Länder, in denen traditionell die aufnehmende Institution anhand von Zertifikaten und Abschlüssen über die Aufnahme in Studiengänge entscheidet. In der Realität gibt es viele Mischformen, wenn z. B. neben einer generalisierenden Regel auch sog. Nichtabiturientenprüfungen möglich sind.

Curriculare Integration

Auch hier gibt es verschiedene Varianten: Modelle vollständiger curricularer Integration beruflicher und allgemeiner Bildung, Modelle, in denen berufsbildende und allgemeinbildende Inhalte in zeitlicher Parallelität angeboten werden, schließlich Modelle der konsekutiven Abfolge, also der Nichtintegration. Mit der Frage nach dem Curriculum ist das Augenmerk auf die inhaltlich-qualifizierende Dimension gerichtet.

284 Für die Länder Spanien und Schottland liegen aktuelle Berichte für das Internationale Handbuch der Berufsbildung vor, das seit 2010 federführend vom BIBB herausgegeben wird. Vgl. Pilz 2011; Milolaza in Vorbereitung; für Spanien vgl. außerdem Lieberenz 2010 und für Dänemark Buske/Grollmann 2010.

Anrechnungsmöglichkeiten

Ein weiteres Instrument zur Erreichung von Durchlässigkeit sind Anrechnungsmöglichkeiten von Teilleistungen aus der Berufsbildung in der Hochschulbildung und umgekehrt von Leistungen aus der Hochschulbildung in der Berufsbildung.

Österreich

Circa 23 % der Schüler in der oberen Sekundarstufe befinden sich in einem Bildungsgang, der direkt auf ein Hochschulstudium vorbereitet. Neben einer Berufsausbildung im dualen System stehen im Berufsbildungsbereich den Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe als schulische Alternativen der Besuch einer Berufsbildenden Höheren Schule (BHS) sowie einer Berufsbildenden Mittleren Schule (BMS) offen. In den BMS werden berufliche Qualifikationen und Allgemeinbildung vermittelt. In diesen beiden vollzeitschulischen Bildungsgängen befinden sich 50 % der Lernenden in der beruflichen Bildung. Ein- bzw. zweijährige Ausbildungsgänge vermitteln eine teilweise, solche mit einer Ausbildungsdauer von 3 oder 4 Jahren mit Abschlussprüfung eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Berechtigungen zum Studium und Aufnahmeprüfungen

In den öffentlichen Diskussionen in Österreich um das dortige Hochschulsystem spielt die Frage der weiteren Öffnung dieses Ausbildungsweges für Bevölkerungsschichten, die aus bildungsfernen Haushalten stammen, eine wichtige Rolle. In Österreich nahm knapp ein Drittel (32,3 %) eines Altersjahrganges im Wintersemester 2005/2006 ein Hochschulstudium in Österreich auf; 8,4 % wählten dabei FH-Studiengänge an den Fachhochschulen und 23,9 % Studiengänge an wissenschaftlichen Universitäten (Bundesministerium für Unterricht und Kultur und Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens 2009, S. 67).

Zugang vom dualen System zum Hochschulbereich eröffnet die *Berufsmatura*. Sie wurde bereits 1997 eingeführt und eröffnet den uneingeschränkten

Zugang zur Hochschule. Zur Prüfung wird u. a. zugelassen, wer eine Lehrabschlussprüfung oder eine Meisterprüfung abgeschlossen hat oder über den Abschluss der mindestens dreijährigen Berufsbildenden Mittleren Schule (BMS) verfügt.

Für Lehrlinge im dualen System gibt es die Möglichkeit, während der Lehrzeit die Vorbereitungskurse zur Berufsreifeprüfung (BRP; oder: Berufsmatura) zu besuchen, wobei bereits drei Teilprüfungen während der Lehrzeit abgelegt werden dürfen und die letzte Teilprüfung nach Vollendung des 19. Lebensjahres. Für die Vorbereitungskurse und Prüfungen zur Berufsmatura fallen für Lehrlinge keine Kosten an.

Die *Studienberechtigungsprüfung* (§ 64a Universitätsgesetz 2002 i. d. F. vom Oktober 2010) eröffnet ebenfalls den Weg an eine Universität. Jedoch erwirbt man hiermit, im Gegensatz zu einer Reifeprüfung, nur eine fachbezogene Zulassung zur Universität, an der die Studienberechtigungsprüfung gemacht wurde. Dadurch ist auch ein späterer Studienwechsel nur schwer möglich.

Voraussetzung für die Zulassung zu einer Studienberechtigungsprüfung ist der Nachweis einer beruflichen oder außerberuflichen Vorbildung. Kann dieser Nachweis nicht erbracht werden, so kann dies durch maximal zwei Zusatzprüfungen nachgeholt werden. Neben dem Erfordernis der österreichischen Staatsbürgerschaft bzw. einer studienrechtlichen Gleichstellung ist i. d. R. ein Mindestalter von 22 Jahren vorgesehen. Die Prüfung umfasst fünf Teilprüfungen, deren Inhalt ganz von der gewünschten späteren Studienrichtung abhängt:

- einem vierstündigen Aufsatz zu einem allgemeinen Thema,
- Prüfungen aus 1–3 Pflichtfächern,
- Prüfungen aus 1–3 Wahlfächern.

Zum Teil können diese Prüfungen auch an Volkshochschulen absolviert werden. Für die Dauer der Studienberechtigungsprüfung wird ungefähr 1 Jahr veranschlagt. Ein Stipendienprogramm wird flankierend angeboten.

Eine einschlägige berufliche Qualifikation, die u. U. jedoch durch Zusatzprüfungen nachzuweisen ist, kann ebenfalls den Zugang zu einem Fachhochschul-Bachelorstudiengang oder einem Fachhochschul-Diplomstudiengang eröffnen. Den Zugang zu den *Fachhochschulen* regelt das österreichische Fachhochschul-Studiengesetz (FHStG). Hierin werden Fachhochschul-Studiengänge als Studiengänge auf Hochschulniveau definiert, die einer wissenschaftlich fundierten Berufsausbildung dienen.

Curriculare Integration

In den Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) werden eine höhere berufliche Ausbildung und eine fundierte Allgemeinbildung vermittelt. Die Ausbildungen dauern 5 Jahre und schließen mit der Reife- und Diplomprüfung ab. Dank dieser Doppelqualifikation erwerben Schüler/-innen sowohl einen Hochschulzugang (Reifeprüfung) sowie – je nach Ausbildungstyp – bestimmte berufliche Qualifikationen. Voraussetzung für den Besuch einer berufsbildenden höheren Schule ist der erfolgreiche Abschluss der 4. Klasse der Hauptschule (teilweise mit Aufnahmeprüfung), der 4. oder einer höheren Klasse der allgemeinbildenden höheren Schule oder der 9. Klasse der Polytechnischen Schule.

Von den inländischen Studienanfängern und -anfängerinnen an Universitäten verfügten immerhin 36 % über einen BHS-Abschluss, von denjenigen, die ein Studium an einer Fachhochschule begannen, verfügen bereits 53 % über eine BHS-Matura (Bundesministerium für Unterricht und Kultur und Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens 2009). Insgesamt zeigt dies eine beachtliche Bedeutung der doppelt qualifizierenden BHS als Scharnier zwischen beruflicher hochschulischer Bildung.

Anrechnungsmöglichkeiten

Hierzu liegen keine Informationen vor.

Dänemark

Dänemark verfügt über die längste Studienerwartung pro Person. Auch hinsichtlich der erwarteten Studienabschlussquote führt Dänemark in den aktu-

ellen OECD-Zahlen die Tabelle an. Gleichzeitig verfügt Dänemark über ein quantitativ starkes Berufsbildungssystem, das vollständig dual organisiert ist.

Circa 52 % der dänischen Schüler im oberen Sekundarbereich besuchen den allgemeinen höheren Sekundarunterricht (algemene gymnasiale uddannelser), der zum studentereksamen führt, oder die andere Form des höheren Sekundarunterrichts, die auch berufliche Inhalte einschließt: Dreijährige Kurse bereiten entweder auf das Höhere Handelsexamen oder das Höhere Technische Examen vor. In diesen Kursen wird auf eine berufliche Tätigkeit vorbereitet und gleichzeitig der Hochschulzugang eröffnet. Diese Bildungsgänge werden in der OECD-Statistik als „allgemeinbildend“ geführt.

Überdies gibt es genau wie in Deutschland den Fall einer additiven Doppelqualifikation. Circa 10 % der 16- bis 19-Jährigen z. B. entscheiden sich für eine *Doppelqualifikation*, deren Komponenten aufeinanderfolgend und meist auch in unterschiedlichen Bildungseinrichtungen vermittelt werden. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Schüler/-innen, die an ein berufliches Gymnasium eine berufliche Ausbildung anschließen. Auf der anderen Seite sind es lediglich 3 % einer Alterskohorte, die im Anschluss an eine Berufsausbildung ein Hochschulstudium absolvieren.

Berechtigungen zum Studium und Aufnahmeprüfungen

Neben diesen beiden Möglichkeiten des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung, also einer allgemeinen und einer beruflichen, existiert eine weitere Möglichkeit: das *Höhere Vorbereitungsexamen* (HF), das Bestandteil der Erwachsenenbildung ist. Es ermöglicht, abhängig von Fachrichtung und Niveau der Vorbildung eine Zugangsberechtigung zu zahlreichen Institutionen des tertiären Bereichs zu erwerben. 15 % derjenigen, die ein solches HF-Programm beginnen, haben den Besuch eines allgemeinbildenden Gymnasiums abgebrochen und wollen nun diesen Bildungsgang nachholen. Da diese Option auch denjenigen offensteht, die eine berufliche Ausbildung absolviert haben, wäre dies ein gangbarer Weg für beruflich Qualifizierte zur Hochschule. Jedoch verfügen

lediglich 5 % der Teilnehmer von HF-Programmen über eine solche Vorbildung. Gründe hierfür werden sowohl in der ursprünglichen Konzeption als Türöffner für Lehrer- und Pädagogikberufe gesehen als auch in dem sehr hohen Frauenanteil (über 70 %), von dem ein beachtlicher Teil dieses Programm aus persönlichen Motiven ohne Arbeitsmarktorientierung absolviert.

Curriculare Integration

Mit der Reform des dualen Systems im Jahr 2000 sind für diejenigen, die sich in Dänemark in einer Berufsbildung befinden, sog. Zusatzqualifikationen eingeführt worden. Hierzu gehört theoretisch auch die Möglichkeit, neben der beruflichen Ausbildung eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben, allerdings wird von dieser Möglichkeit bisher kein Gebrauch gemacht (vgl. Jörgensen 2010).

Das andere Beispiel für eine curriculare Integration beruflicher und allgemeiner Bildung sind die o. g. gymnasialen Teile der beruflichen Schulen. Am Endpunkt dieser Bildungsgänge steht allerdings keine berufliche Qualifikation, sondern – ähnlich den deutschen beruflichen Gymnasien – eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung, die mit einem inhaltlichen Schwerpunkt auf technische oder wirtschaftliche Fächer erreicht wurde.

Anrechnungsmöglichkeiten

In 2007 wurde das Gesetz zur Anerkennung vorangegangenen Lernens durch das dänische Parlament verabschiedet. Ziel ist es, ein kohärentes System für die Anerkennung von Lernleistungen zu entwickeln. Bereits in den davorliegenden Jahren wurden Schritt für Schritt Regelungen in Kraft gesetzt, mit denen individuelle Lernleistungen anerkannt und der individuelle Bildungsplan (Portfolio) in das Zentrum beruflicher Qualifizierung gestellt wurde. Eine Anrechnung von individuellen Lernleistungen auf ein Hochschulstudium ist allerdings nicht Regelungsgegenstand. Ziel dieser politischen Entwicklung ist in erster Linie eine erleichterte Anpassung der individuellen beruflichen Qualifizierung an sich verändernde Anforderungen des Arbeitsmarktes.

Schottland

Schottlands Bildungssystem verfügt bereits seit den 1990er-Jahren über einen Qualifikationsrahmen und eine Kreditpunkteregeung. In der Diskussion um Qualifikationsrahmen und Kreditpunktesysteme gilt der 2001 eingeführte schottische Rahmen für Qualifikationen und Kreditpunkte (Scottish Credit and Qualifications Framework, SCQF) als besonders gelungen. Dieser fasst alle schulischen, beruflichen und akademischen Qualifikationen und Abschlüsse in einem einheitlichen Rahmen mit 12 Niveaustufen zusammen. Mit dem Rahmen ist u. a. eine vereinfachte Anrechnung von Bildungsleistungen in jeweils anderen Bildungssystemteilen möglich.

Die Pflichtschulzeit in Schottland endet mit dem 16. Lebensjahr. Spätestens dann fällt eine Entscheidung, welcher weitere Bildungsweg gewählt wird. Für das Jahr 2006 gaben die Absolventen der Pflichtschulzeit den folgenden Verbleib an: 53 % fingen ein Studium in Voll- oder Teilzeit an, 5 % eine berufliche Ausbildung, 26 % nahmen direkt nach der Pflichtschulzeit eine Beschäftigung auf. Insgesamt 13 % meldeten sich arbeitslos, 2 % arbeitslos und nicht gleichzeitig arbeitssuchend.

Berechtigungen zum Studium und Aufnahmeprüfungen

Der Zugang zur Hochschule erfolgt bisher fast ausnahmslos über den zertifizierten Abschluss des oberen Sekundarbereichs. Wichtig für die Aufnahme an den schottischen Hochschulen ist allerdings der Nachweis des Erwerbs sog. „Highers“. Bei diesen handelt es sich um in der oberen Sekundarstufe absolvierte, zertifizierte Module. Je nach Universität und Studienfach werden 3 bis 5 „Highers“ als Zugangsberechtigung in spezifischen Fächern benötigt. Besonders leistungsstarke Jugendliche können daher bereits mit 17 Jahren und nach nur einem Jahr in der Oberstufe an der Universität studieren. Neben den Universitäten existieren Colleges, deren Angebote nach deutschen Verhältnissen zwischen beruflicher Aus- und Weiterbildung, Studienvorbereitung und Hochschulstudium anzusiedeln sind. Ein wichtiges Strukturelement des schottischen Bildungssystems ist damit die Tatsache, dass die Hochschule

über die Aufnahme von Studierenden entscheidet und dass die Aufnahme nicht lediglich von einer generellen Studienzugangsberechtigung abhängig ist. Jede Hochschule entscheidet selbst über Zulassungskriterien. In der Regel ist es für die Aufnahme an den schottischen Hochschulen daher aus Sicht der Lernenden günstiger, „Highers“ in allgemeinbildenden Fächern (z. B. Mathematik, Englisch etc.) zu absolvieren als in beruflichen Fächern, da diese bevorzugt werden.

Curriculare Integration

Die curriculare Integration von beruflichen und allgemeinbildenden Inhalten erfolgt im Wesentlichen durch zwei Mechanismen einzelne Module, die Higher National Units und die Higher National Certificates bzw. Higher National Diplomas als vollständige Abschlüsse.

Schüler, die nach Beendigung der Pflichtschulzeit in die Oberstufe der Sekundarschulen oder an Colleges wechseln (das entspricht den deutschen Klassenstufen 11 und 12), können Module, einzelne *Higher National Units* (HNU), mit beruflichen und allgemeinbildenden Inhalten belegen. Diese Units bilden neben dem Abschluss der oberen Sekundarstufe die Grundlage für das Higher National Certificate und Higher National Diploma. Die Units sind speziell für sehr anspruchsvolle Bereiche in Theorie und Praxis konzipiert und kompetenzorientiert angelegt. Die HNUs sind in den schottischen Rahmen für Qualifikationen und Kreditpunkte integriert und werden von der SQA zertifiziert. Sie bilden damit einen Teil der Zugangsberechtigung zu den Hochschulen.

Auch Schülern, die die Pflichtschule mit 16 Jahren beendet haben und nicht in die Oberstufe der Schulen wechseln, sondern direkt in Colleges oder andere Bildungseinrichtungen übertreten, ist eine Verknüpfung von allgemeinen und beruflichen Bildungsinhalten möglich. Bereits seit Anfang der 1990er-Jahre werden *Higher National Certificates* (HNC) und *Higher National Diplomas* (HND) angeboten. Diese bestehen aus mehreren Units. Entscheidend für die Zusammenstellung und Anzahl der Units ist seit 2003 die Eingruppierung in den

SCQF. HNCs werden der Stufe 7 zugerechnet und umfassen 96 Kreditpunkte, HNDs der Stufe 8 mit 240 Kreditpunkten. Ein kleinerer Anteil umfasst dabei jeweils Wahlbereiche und Bereiche zur Förderung von Schlüsselqualifikationen. Für HNCs ist eine bewertete Unit auf Niveau 7 zwingend vorgeschrieben, bei den HNDs analog eine bewertete Unit auf Level 8.

Die HNC- und HND-Kurse werden insbesondere an Colleges angeboten. HNCs sind bei Vollzeitunterricht einjährig, HNDs zweijährig ausgelegt, aber vielfach werden länger konzipierte Teilzeitangebote belegt. Im Jahr 2006 wurden 11.852 HNCs und 6.931 HNDs erfolgreich abgeschlossen.

Anrechnungsmöglichkeiten

Die Higher National Certificates und die Higher National Diplomas werden an diversen Hochschulen angerechnet. Sie ermöglichen den Einstieg in höhere Semester, HNCs berechtigen vielfach zum Zugang in das zweite Studienjahr, HNDs in das dritte Studienjahr. Die Integration der HNCs und HNDs in den SCQF ermöglicht dabei eine erleichterte Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen.

Spanien

Im spanischen Bildungssystem hat in den letzten Jahren die Beteiligung an der beruflichen Bildung leicht zugenommen. Aktuell stehen nach OECD-Zahlen 43,8 % der Schüler in der beruflichen Bildung 56,2 % in der allgemeinen Bildung gegenüber. Seit dem Jahr 2000 ist die quantitative Bedeutung der beruflichen Bildung um etwa 20 % gestiegen, während die Zahlen für die allgemeinbildenden Bildungsgänge um ca. 15 % zurückgegangen sind. Dieser Wandel ist die Folge einer neuen Bildungsgesetzgebung, die auch stark durch die europäische Berufsbildungspolitik beeinflusst ist. Ein besonders wichtiges Ziel der spanischen Berufsbildungspolitik ist es außerdem, einen Beitrag zum Abbau der im europäischen Vergleich sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit zu leisten.

Berufliche Bildung findet also im Anschluss an die Pflichtschulzeit (nach der 10. Klasse und regulär

dem 16. Lebensjahr) im oberen Sekundarbereich statt. Allerdings ist die Teilnahme an Modulen beruflicher Grundausbildung und Berufsorientierung für alle Schüler schon im Sekundarbereich I verbindlich. Allgemeinbildende Bildungsgänge werden mit dem „Bachillerato“ abgeschlossen. Die berufliche Bildung ist in eine Berufsbildung mittleren Grades und eine Berufsbildung höheren Grades unterteilt. Die mittlere Berufsbildung endet mit dem Abschluss *Titulo de Técnico* und qualifiziert für Bildungsgänge des *Bachillerato*, die höhere Berufsbildung führt zum Abschluss *Titulo de Técnico Superior*, der den Zugang zum Hochschulstudium ermöglicht. Insbesondere die Bildungsgänge zum *Titulo de Técnico Superior* sind aber nach deutschem Verständnis eher den postsekundären Bildungsgängen zuzuordnen.

Die Berufsbildung orientiert sich seit 2003 am Nationalen Katalog der Berufsqualifikationen. Diese werden über die für die Ausübung der Tätigkeit erforderlichen Kompetenzen beschrieben, die wiederum zertifizierbar und akkreditierbar sind. Diesen Berufsqualifikationen ist ein Modulkatalog für die Berufsbildung, strukturiert nach Kompetenzen, beigeordnet. In diesem Katalog sind die entsprechenden Ausbildungsmodule sowie die Anforderungen an die Ausbildungsstätten und das Ausbildungspersonal aufgeführt. Mit diesem Katalog sollen die in den Regionen sehr unterschiedlich ausfallenden Berufsbildungsangebote in einen gemeinsamen Rahmen eingeordnet werden.

Berechtigungen zum Studium und Aufnahmeprüfungen

Ein wesentliches Merkmal des spanischen Hochschulsystems sind drei verschiedene Studiengangsformen: kurze Studiengänge von 3 Jahren, ein Modell von entsprechenden Aufbaustudiengängen (3 + 2) und ein Modell von 5- bis 6-jährigen Langzeitstudiengängen. Auch in Spanien werden zurzeit die Bologna-Strukturen im Hochschulbereich umgesetzt. Der Umsetzungsprozess soll dieses Jahr abgeschlossen werden. Nach dem Absolvieren der 2 allgemeinbildenden Jahre in der oberen Sekundarstufe wird der *Bachillerato* erteilt. Dieser Abschluss berechtigt zum Besuch weiterführender Bildungsgänge in der höheren Bildung. Für ein Langzeit-

studium (in der Regel an den Universitäten) muss darüber hinaus eine Zulassungsprüfung absolviert werden.

Bisher waren die Universitäten verpflichtet, Studienplätze für Bewerber/-innen mit beruflichen Qualifikationen affiner Tätigkeitsbereiche zu reservieren. 15–30 % der Studienplätze waren in Kurzzeitstudiengängen und 7–15 % in Langzeitstudiengängen freizuhalten. Diese Regelungen werden mit der vollständigen Umstellung auf Bologna-Strukturen fallen gelassen. Der Anschluss der beruflichen höheren Bildung wird dann als Äquivalent zum *Bachillerato* anerkannt, es ist aber eine Zulassungsprüfung zu absolvieren.

Neben diesen allgemeinen Regelungen befinden sich zurzeit besondere Regelungen für über 40-Jährige in Vorbereitung, die über die Anerkennung von Berufs- und Arbeitserfahrung in affinen Bereichen und ohne das Ablegen einer Prüfung zu einem Studium zugelassen werden sollen.

Curriculare Integration

In den meisten Fällen findet die berufliche Bildung an denselben Institutionen statt, an denen auch allgemeinbildende Bildungsgänge auf Sekundarstufe I und II angeboten werden. Die höhere Berufsbildung könnte man als Doppelqualifikation bezeichnen: Ihr Abschluss eröffnet sowohl die Möglichkeit der Aufnahme eines Studiums an den Universitäten als auch den Zugang zum Arbeitsmarkt. Eine jüngere Studie hat ergeben, dass 67,4 % der Absolventen der mittleren Berufsbildung und 55,2 % der Absolventen der höheren Berufsausbildung innerhalb von 6 Monaten nach Ausbildungsende eine Arbeitsstelle finden. 34,7 % der Absolventen der höheren Berufsbildung und 16,8 % der Absolventen der mittleren Berufsbildung nehmen im Anschluss weitere Bildungsgänge oder ein Hochschulstudium auf (vgl. Consejo Escolar del Estado 2007/2008).

Die Arbeitsmarktorientierung der Berufsbildung ist in den letzten Jahren ausgebaut worden. So müssen 20 % der Ausbildung im Rahmen eines betrieblichen Praktikums absolviert werden. In der höheren Berufsbildung muss überdies ein Projekt-

Tabelle E1-1: Parameter der Durchlässigkeit in 5 europäischen Ländern

	Österreich	Dänemark	Schottland	Spanien	Deutschland
Berufsbildung	dual/vollzeitschulisch	schulisch-dual	schulisch/postsekundär	schulisch/postsekundär	dual
Arbeitsmarkt	hohe Passung	hohe Passung	niedrige Passung	niedrige Passung	hohe Passung
Hochschulbildung	mittel	hoch	mittel	hoch	niedrig
Berechtigung zum Studium und Aufnahmeprüfungen	Zugangsberechtigung	Zugangsberechtigung	Kriterien werden von der Hochschule gesetzt	Aufnahmeprüfung	Zugangsberechtigung
Curriculare Integration	Doppelqualifikationen	Hochschulzugangsberechtigung in beruflichem Schwerpunkt	–	Doppelqualifikationen (postsekundär)	Hochschulzugangsberechtigung in beruflichem Schwerpunkt
Anrechnungsmöglichkeiten	–	–	kaum genutzt	in der Entwicklung	–

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

modul absolviert werden, das sich an betrieblichen Aufgabenstellungen orientiert. Genau diese Arbeitsmarktorientierung führt aber auch dazu, dass eine Vielzahl von Modulen, insbesondere in der mittleren beruflichen Bildung, nicht mehr für den Bachelor anerkannt werden kann.

Anrechnungsmöglichkeiten

Die Ausbildungsgänge der höheren und mittleren Berufsbildung sind vollständig in Module unterteilt. Auszubildende, die nicht die gesamte Ausbildung absolvieren, bekommen ein Zeugnis über die erbrachten Teilleistungen. Im Rahmen der Bologna-Reform und der Einführung eines Qualifikationsrahmens soll für die Berufsausbildung höheren Grades jedes Modul mit Kreditpunkten versehen werden, um den Anschluss an Hochschulstudien zu erleichtern.

Resümee

→ **Tabelle E1-1** illustriert noch einmal wesentliche Parameter der Durchlässigkeit in fünf europäischen Ländern in der Übersicht. Es wird deutlich, dass die Forderung nach Durchlässigkeit in den verschiedenen europäischen Staaten unterschiedliche Relevanz besitzt. Das Gleiche gilt für die entsprechenden Instrumente der europäischen Berufsbildungspolitik. Bedingt durch die Strukturmerkmale ihrer Bildungssysteme weisen Schottland und Spanien hinsichtlich

der Einführung von Qualifikationsrahmen und Kreditpunktesystemen einen gewissen Vorsprung auf. Auf der anderen Seite ist aber gerade in diesen Ländern die Arbeitsmarktpassung relativ schlecht. In beiden Ländern ist es politisches Ziel, die berufliche Bildung besser auf den Arbeitsmarkt abzustimmen und sie damit auch für die Lernenden attraktiver zu machen.

Neben Doppelqualifikationen aufgrund curricularer Integration (Österreich und Spanien) spielen andere Instrumente zur Förderung der Durchlässigkeit, wie die Anrechnung von Berufsbildung beim Übergang in die Hochschule, in den betrachteten Systemen bisher kaum eine größere Rolle. Auch wenn es solche Instrumente gibt, wird es noch längere Zeit dauern, bis ihre Wirkung abschließend beurteilt werden kann. Es zeigt sich allerdings, dass systemische Strukturen und Bildungsverläufe nur langsam auf Reformen reagieren. Die untersuchten Systeme sehen sich jedoch mit einem gemeinsamen Problem konfrontiert: Wird die Ausrichtung der Sekundarstufe II auf den Bedarf der Arbeitswelt verstärkt, leidet die Möglichkeit, allgemeinbildende und studienvorbereitende Inhalte curricular zu verankern und umgekehrt. Eine Ausweitung des Hochschulsegments geht auf Kosten der Berufsbildung und umgekehrt. Die Schritte zur Erhöhung der Durchlässigkeit sind ein Weg, dieses Dilemma aufzulösen.

(Philipp Grollmann, Georg Hanf, Ute Hippach-Schneider)

E2 Mobilität

Das Programm für lebenslanges Lernen (PLL) unterstützt die bildungspolitischen Ziele der Europäischen Union. Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim BIBB ist im Rahmen des PLL verantwortlich für die Durchführung des Berufsbildungsprogramms LEONARDO DA VINCI und des Programms GRUNDTVIG im Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung. Zentrales Instrument des PLL ist die Projektförderung. LEONARDO DA VINCI fördert u. a. Mobilitätsprojekte, die Auslandsaufenthalte zu Lernzwecken von jungen Erwachsenen in der Ausbildung, Arbeitnehmern und dem Bildungspersonal ermöglichen sowie Innovationstransferprojekte und Partnerschaften.

Auslandsaufenthalte – insbesondere langfristige – bieten eine hervorragende Möglichkeit, internationale Berufskompetenz zu erwerben. Fremdsprachenkenntnisse, internationale Fachkenntnisse sowie interkulturelle Kenntnisse sind wichtige Bausteine einer international zukunftsfähigen Qualifizierung.

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 14.800 Stipendiaten in 590 Projekten gefördert → **Tabelle E2-1**. Damit setzt sich der starke Anstieg der beantragten und bewilligten Lernaufenthalte auch im Jahr 2010 weiter fort. Die Teilnehmerzahl im Bereich der Erstausbildung hat sich von 2005 bis 2010 verdoppelt → **Schaubild E2-1**. Dieser deutliche Anstieg geht u. a. auf die nationale Kofinanzierung von Mobilitätsprojekten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Zusatzpro-

gramms LEO plus zurück: Das europäische Budget im Jahr 2010 wurde insgesamt um drei Millionen Euro nationaler Fördermittel aufgestockt, wodurch mehr als 2.000 Auszubildende zusätzlich eine Förderung erhielten.

Mit dieser umfangreichen Mobilitätsförderung unterstützt das BMBF die Empfehlungen des Innovationskreises Berufliche Bildung (IKBB), der sich 2007 für eine europäische Öffnung ausgesprochen hat. Ziel ist unter anderem, die Zahl von Auslandsqualifizierungen bis 2015 zu verdoppeln. Die Zusatzmittel des BMBF kommen erfolgreichen LEONARDO-DA-VINCI-Projekten aus dem dualen Ausbildungssystem zugute. Der IKBB hat zudem das Ziel formuliert, die Dauer der geförderten Lernaufenthalte auf sechs Wochen bis drei Monate zu verlängern mit der Absicht, bis 2010 jährlich rund 5.000 solcher längerfristigen Maßnahmen in der beruflichen Ausbildung durchzuführen. Allein im Rahmen von LEONARDO DA VINCI Mobilität wurden im Jahr 2010 über 3.400 Auslandsaufenthalte mit einer Dauer von sechs Wochen oder länger gefördert, 2008 waren es noch 1.800 Aufenthalte mit dieser Dauer. Die Anzahl längerfristiger Auslandsaufenthalte konnte folglich in zwei Jahren um 1.600 erhöht werden. Der Anteil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem dualen System beträgt in der Zielgruppe der Erstausbildung über 60 % und entspricht damit in etwa dem Anteil des dualen Systems an der beruflichen Erstausbildung in Deutschland.

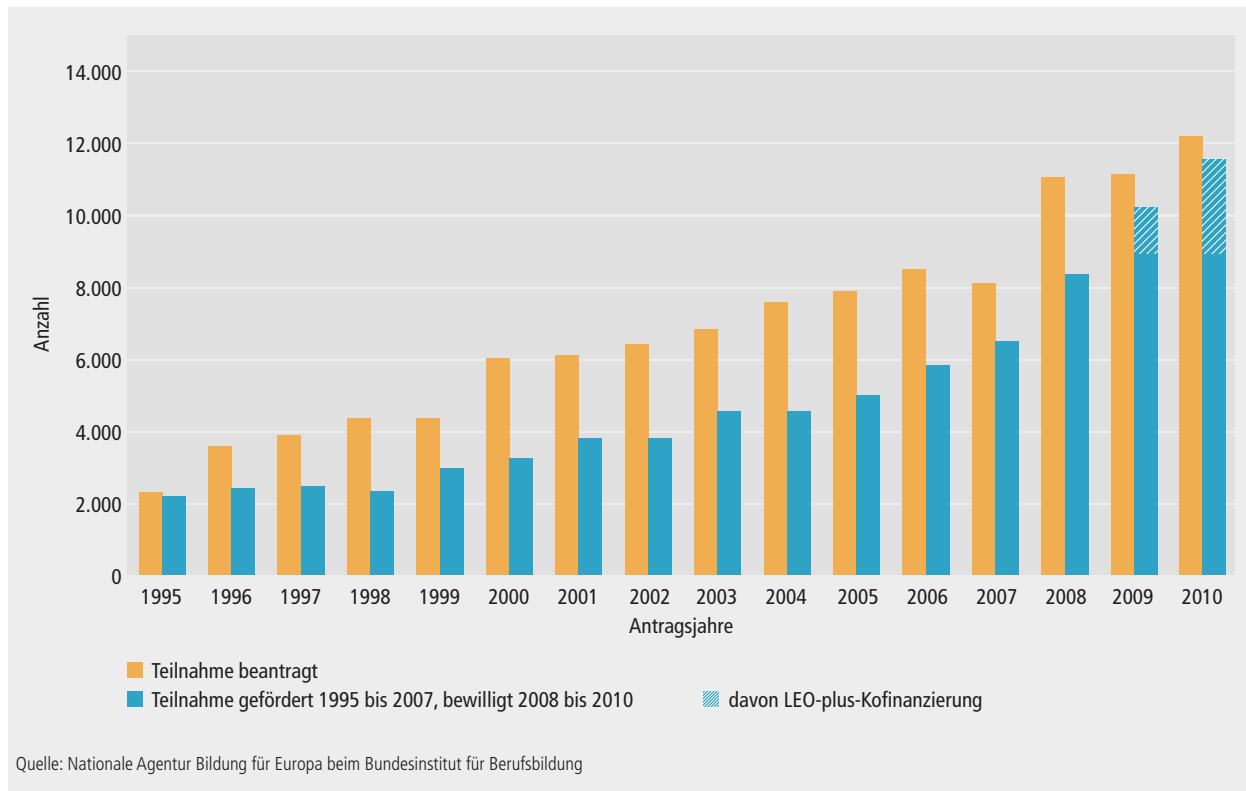
Insbesondere für Auslandsqualifizierungen in der beruflichen Ausbildung stand mit unterschiedlichen, auf die jeweiligen Ausbildungssituationen zuge-

Tabelle E2-1: Ergebnisse der Antragsrunde 2010

Antragsrunde 2010 LEONARDO DA VINCI Mobilität beantragt/bewilligt						
	Zahl der Projekte beantragt	Zahl der Projekte bewilligt	Zahl der Teilnehmer beantragt	Zahl der Teilnehmer bewilligt	Budget beantragt €	Budget bewilligt €
Erstausbildung (IVT)	484	458	12.190	11.573	19.075.618	17.669.486
Personen am Arbeitsmarkt (PLM)	80	59	2.766	1.718	10.640.353	5.972.111
Fachkräfte in der Berufsbildung (VETPRO)	99	73	2.041	1.509	2.222.432	1.667.298
Gesamt	663	590	16.997	14.800	31.938.403	25.308.895

Quelle: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung

Schaubild E2-1: LEONARDO DA VINCI Mobilität 1995–2010 – Teilnehmer Erstausbildung



schnittenen Projekttypen und Förderschwerpunkten ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung, um die Bedarfe ausbildender Betriebe und Einrichtungen abzudecken.

Als Einstieg in eine europäische Öffnung der Ausbildung konnten ausbildende Betriebe und Einrichtungen sogenannte „Kleine Projekte“ für maximal drei Auszubildende oder Fachkräfte der beruflichen Bildung nutzen. „Kleine Projekte“ sind nicht an die europäische Antragsfrist gebunden und können fortlaufend und mit reduziertem Aufwand beantragt werden.

Um auch einzelnen Auszubildenden einen Lernaufenthalt im Ausland zu ermöglichen, ohne dass der Ausbildungsbetrieb bzw. die Ausbildungseinrichtung sich als Projektträger engagiert, stehen sog. „Pool-Projekte“ zur Verfügung. Diese werden von Kammern, Bildungsträgern oder berufsbildenden Schulen angeboten und vergeben individuelle Stipendien an Auszubildende oder Lernende mit ab-

geschlossener Ausbildung. 2010 standen rund 2.500 Stipendien für Auszubildende und Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung zur Verfügung.

Für erfahrene Projektträger, die bereits erfolgreich Mobilitätsprojekte durchgeführt haben und die Projektförderung mit einer strategisch angelegten Internationalisierung verbinden, wurde im Jahr 2009 die Möglichkeit des LEONARDO-DA-VINCI-Mobilitätszertifikats geschaffen. Hier wurde eine vierjährige Förderperspektive eingeführt, die u. a. vereinfachte Antrags- und Berichtsverfahren ermöglicht. Seit Beginn der Einführung im Jahr 2009 wurden über 100 Mobilitätszertifikate vergeben.

(Berthold Hübers)

Abkürzungsverzeichnis

abH	Ausbildungsbegleitende Hilfen
AdB	Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
AES	Adult Education Survey
AEVO	Ausbilder-Eignungsverordnung
AEZ	Arbeitsentgeltzuschuss
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AFBGÄndG	Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsgesetzes
AFbM	Ausschuss für Fragen behinderter Menschen
AGH ME	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung
ANKOM	Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge
ANR	Angebots-Nachfrage-Relation
ARGEn	Arbeitsgemeinschaften
AZWV	Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung
BA	Bundesagentur für Arbeit
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BAFA	Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAK AL	Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BBNE	Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BEJ	Berufseinstiegsjahr
BerBiRefG	Berufsbildungsreformgesetz
BFS	Berufsfachschule
bfw	Berufsfortbildungswerk
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGJ	Berufsgrundbildungsjahr
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BHS	Berufsbildende Höhere Schule
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Frauen, Senioren, Familie und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BMS	Berufsbildende Mittlere Schule
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BO	Berufsordnungen
BOJ	Berufsorientierungsjahr

BRP	Berufsreifeprüfung
BSW	Berichtssystem Weiterbildung
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
BWP	Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis
CAD	Computer Aided Design
CEDEFOP	European Centre for the Development of Vocational Training (Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung)
Céreq	Centre d'études et de recherches sur les qualifications (Studien- und Forschungszentrum für Qualifikationen)
COMPAS	Computerunterstützte Ausbildungsstellenvermittlung
CVTS	Continuing Vocational Training Survey (Europäische Betriebsbefragung)
DAA	Deutsche Angestellten Akademie GmbH
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DAZUBI	Datensystem Auszubildende
DEAE	Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
DECVET	Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DQR	Deutscher Qualifikationsrahmen
DVV	Deutscher Volkshochschul-Verband
EBC*L	European Business Competence Licence
ECDL	Europäischen Computerführerschein
ECTS	Europäisches Credit Transfer System
ECVET	European Credit System for Vocational Education and Training (Europäisches Leistungspunktesystem für die Berufsbildung)
EFQM	European Foundation of Quality Management
EPZ	Europäische Prüfungszentrale
EQ	Einstiegsqualifizierung
EQI	Einmündungsquoten der ausbildungsinteressierten Jugendlichen
EQJ	Einstiegsqualifizierungsjahr
EQR	Europäischer Qualifikationsrahmen
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
FbW	Förderung der beruflichen Weiterbildung
FDL	Forum Distance-Learning
FernUSG	Gesetz zum Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht (Fernunterrichtsschutzgesetz)
FHStG	Fachhochschul-Studiengesetz
FONA	BMBF-Programm „Forschung für Nachhaltigkeit“
FOS	Fachoberschule

GPC	Good Practice Center
HA	BIBB-Hauptausschuss
HIS	Hochschul-Informations-System GmbH
HNC	Higher National Certificates
HND	Higher National Diplomas
HNU	Higher National Units
HQR	Qualifikationsrahmen für Deutsche Hochschulabschlüsse
Hw	Handwerk
HwO	Handwerksordnung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
iABE	integrierte Ausbildungsberichterstattung
IES	Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung
IFlaS	Initiative zur Flankierung des Strukturwandels
IH	Industrie- und Handel
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKBB	Innovationskreis Berufliche Bildung
ISCED	International Standard Classification of Education (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens)
ISCO	International Standard Classification of Occupations (Internationale Standardklassifikation der Berufe)
Isfol	Istituto per lo Sviluppo della Formazione Professionale dei Lavoratori (Institut zur Förderung der Berufsbildung von Arbeitnehmern)
IT	IuK-Technologie
ITB	Institut für Technik und Bildung
IW	Institut der deutschen Wirtschaft Köln
KBE	Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KldB	Klassifizierung der Berufe
KMK	Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KuG	Kurzarbeitergeld
LFS	Labour Force Survey
LQW	Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung
MST	Mikrosystemtechnologie
NA	Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung
nfQ	Nicht formal Qualifizierte
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

PAS	Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes
PLL	Programm für lebenslanges Lernen
PROSIMA	Ökonometrisches Prognose- und Simulationsmodell des Ausbildungssystems
ReferNet	Europäisches Referenznetzwerk für Fachwissen und Expertise
Reha-bMA	Ausbildung Reha – Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Eingliederung von jungen Menschen mit Behinderungen
REQ	rechnerischen Einmündungsquote
SCQF	Scottish Credit and Qualifications Framework
SGB II	Sozialgesetzbuch II
SGB III	Sozialgesetzbuch III
SGB VIII	Sozialgesetzbuch VIII
SQA	Scottish Qualifications Authority
StBA	Statistisches Bundesamt
ÜBS	Überbetriebliche Berufsbildungsstätten
VBO	Vertiefte Berufsorientierung
VerA	Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen (JOBSTARTER-Initiative)
VerBIS	Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem (Bundesagentur für Arbeit)
VHS	Volkshochschule
VWA	Wirtschafts- und Verwaltungsakademien
WeGebAU	Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen
WK	Weiterbildungskosten
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks
ZFU	Zentralstelle für Fernunterricht
zkT	zugelassene kommunale Träger

Verzeichnis der Schaubilder

Schaubild A1-1:	Zusammenhang zwischen der regionalen Arbeits- und Ausbildungs- marktlage 2007 und 2010 unter Ausschluss der „außerbetrieblichen“ (überwiegend öffentlich finanzierten) Ausbildungsplatzangebote	17
Schaubild A1-2:	Zusammenhang zwischen der regionalen Arbeits- und Ausbildungs- marktlage 2007 und 2010 unter Einschluss der „außerbetrieblichen“ (überwiegend öffentlich finanzierten) Ausbildungsplatzangebote	19
Schaubild A1-3:	Entwicklung des Ausbildungsangebots in den Dienstleistungs- und Fertigungsberufen 1994 bis 2010	20
Schaubild A1-4:	Zusammenhang zwischen dem von Bewerbern vermuteten (negativen) Image eines Berufes und dem Anteil ungenutzter Ausbildungsplätze	28
Schaubild A1.3-1:	Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation 2010 mit erweiterter Nachfrage- definition nach Arbeitsagenturen (in %).....	66
Schaubild A3.1-1:	Berufliche Pläne von Schulabgängern und Schulabgängerinnen 2004 bis 2010 jeweils im Frühjahr (in %).....	83
Schaubild A3.1-2:	Realisierte Bildungs- und Berufswege von Schulabgängern und Schul- abgängerinnen 2004 bis 2010 jeweils im Herbst (in %).....	87
Schaubild A3.1-3:	Übereinstimmung von Wunschberuf und Ausbildungsberuf 2004 bis 2010 (in %)	92
Schaubild A3.2.1-1:	Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichts- jahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010 nach Schulabschluss (in %).....	97
Schaubild A3.2.1-2:	Bewertung des Verbleibs zum Jahresende 2010 durch die Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 (in %).....	98
Schaubild A3.2.2-1:	Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010 nach Schulabschluss (in %).....	102
Schaubild A3.2.2-2:	Bewertung des Verbleibs zum Jahresende 2010 durch die Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2009/2010 (in %).....	103
Schaubild A4.1.1-1:	Struktur anerkannter Ausbildungsberufe (2001 bis 2010).....	106
Schaubild A4.1.1-2:	Anzahl der Ausbildungsberufe nach Ausbildungsdauer (2001 bis 2010).....	108
Schaubild A4.2.1-1:	Zahl der Auszubildenden, alte Länder inklusive Berlin (vor 1991 nur Berlin-West), 1977 bis 2009	115
Schaubild A4.2.3-1:	Entwicklung der Ausbildungsquoten im öffentlichen Dienst	126
Schaubild A4.3-1:	Ausbildungsanfänger unter den Neuabschlüssen, Bundesgebiet 2009	135
Schaubild A4.9-1:	Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung nach Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems – Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund (MH)	190
Schaubild A5.1-1:	Entwicklung der Schülerzahlen des schulischen Berufsgrundbildungsjahres, des Berufsvorbereitungsjahres und der Berufsfachschulen insgesamt seit 1992 ..	203
Schaubild A5.3-1:	Anzahl der Schüler/-innen in Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienst- berufen im Zeitverlauf (2002/03 bis 2009/10)	214
Schaubild A5.3-2:	Anzahl der Schüler/-innen in den am stärksten besetzten Sozial- und Gesund- heitsdienstberufen nach Geschlecht.....	215

Schaubild A6.1-1:	Maßnahmen der Berufsvorbereitung der Bundesagentur für Arbeit – Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen (Jahresdurchschnittsbestand).....	220
Schaubild A6.1-2:	Maßnahmen der Förderung der Berufsausbildung der Bundesagentur für Arbeit	223
Schaubild A6.1-3:	Teilnehmende in ausgewählten Maßnahmen – Ost-West-Unterschiede (Jahresdurchschnittsbestand)	223
Schaubild A6.2-1:	Anteil der Abschlüsse (in %)	228
Schaubild A6.3-1:	Zertifizierung von Zusatzqualifikationen von 2008 bis 2010	234
Schaubild A7.1-1:	iABE – Übersicht der Sektoren und Konten	236
Schaubild A7.1-2:	Bestände in den Sektoren der iABE nach Alter – 2008	241
Schaubild A7.1-3:	Veränderungen der Sektoren 2005 (= 100 %) bis 2009 (in %)	242
Schaubild A8-1:	Anteil Ungelernter bei jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 34 Jahren nach Migrationsstatus und Geschlecht (in v. H.).....	248
Schaubild A8-2:	Anteil Ungelernter bei jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 34 Jahren nach Migrationsstatus und Schulabschluss (in v. H.).....	248
Schaubild A9.1-1:	Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen von 1992 bis 2010 Durchschnittliche monatliche Bruttobeträge in €/Anstieg gegenüber dem Vorjahr in %.....	251
Schaubild B2.1.1-1:	Entwicklung des Geschäftsklimas 2007 bis 2010.....	314
Schaubild B2.1.1-2:	Finanzierungsquellen der Weiterbildungsanbieter 2009.....	317
Schaubild B2.1.2-1:	Verbreitung von Anerkennungen (in %, Mehrfachnennungen)	319
Schaubild B2.1.2-2:	Verbreitung von Anerkennungen in den alten und neuen Ländern (in %, Mehrfachnennungen).....	321
Schaubild B2.1.2-3:	Qualitätsmodelle von Weiterbildungsanbietern in den alten und neuen Ländern (in %, Mehrfachnennungen).....	322
Schaubild B2.1.2-4:	Auswirkungen der Anerkennung nach der AZWV (in %, Mehrfachnennungen) ...	324
Schaubild B2.1.2-5:	Auswirkungen der Anerkennung durch das BAMF für Integrationskurse (in %, Mehrfachnennungen).....	326
Schaubild B2.2.1-1:	Anteile von Männern und Frauen an den Belegungen im Programmbereich Arbeit – Beruf 2009	330
Schaubild B2.3-1:	Teilnehmende an Fernlehrgängen nach Altersklassen (in %)	340
Schaubild B2.3-2:	Art der Abschlüsse bei Fernlehrgängen (in %).....	341
Schaubild B2.3-3:	Teilnehmende an Fernlehrgängen nach Themenbereichen (absolut).....	342
Schaubild B2.3-4:	Fernlehrinstitute Gesamtzahl 2001 bis 2010 (absolut).....	342
Schaubild B2.3-5:	Studierende an Fernhochschulen (absolut).....	343
Schaubild B3.1-1:	Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2000 bis 2010	345
Schaubild B3.1-2:	Durchschnittlicher Jahresbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB II und SGB III von 2001 bis 2010	345
Schaubild B3.2-1:	Bewilligungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Vollzeit und Teilzeit von 2001 bis 2009.....	351

Schaubild B3.2-2:	Geförderte Personen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) insgesamt, Frauen und Männer von 2001 bis 2009.....	351
Schaubild B3.3-1:	Schulische Vorbildung von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Aufnahmejahrgänge 2000 bis 2009 (einschließlich bundesgesetzlich geregelter Fachberufe im Gesundheitswesen: Angaben in %)	354
Schaubild B3.3-2:	Aufstiegsfortbildung 2000 bis 2009 und (seit 2008) berufsbegleitendes Studium (Angaben in %)	354
Schaubild B4.2-1:	Ebenenmodell in der beruflichen Fortbildung	363
Schaubild E1-1:	Erwartete Beteiligung am Hochschulsystem in Jahren pro Person und relatives Gewicht der Berufsbildung im oberen Sekundarbereich	392
Schaubild E1-2:	Anteil der 25- bis 29-Jährigen mit einem Abschluss auf tertiärem Niveau, die auf ISCO-Niveau 4–9 (einfache und mittlere Berufe) arbeiten (2007)	393
Schaubild E2-1:	LEONARDO DA VINCI Mobilität 1995 bis 2010 – Teilnehmer Erstausbildung	402

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle A1-1:	Eckwerte zur Ausbildungsmarktentwicklung 2001 bis 2010	12
Tabelle A1-2:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2010	13
Tabelle A1-4:	Entwicklung der Zahl der Schulabgänger und -absolventen aus allgemein- bildenden und beruflichen Schulen sowie der Zahl der registrierten Ausbildungsstellenbewerber, welche die Schulen bereits in früheren Jahren verlassen hatten, in den Jahren 2005 bis 2010	16
Tabelle A1-5:	Entwicklung des Ausbildungsangebots von 1994 bis 2010 nach Berufsgruppen ..	22
Tabelle A1-6:	Herkunft und Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber, für die im vierten Quartal des Kalenderjahres 2010 zeitweise oder dauerhaft ein Vermittlungsauftrag für den Beginn einer Berufsausbildung bis Ende 2010 bestand	23
Tabelle A1-7:	Ausbildungsberufe mit starkem Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nach- frage im Jahr 2010	25
Tabelle A1-8:	Anteile unter den Bewerbern des Jahres 2010, die der Ansicht waren, dass der genannte Beruf ihnen zu keinem guten Image bei Bekannten verhelfen würde ...	26
Tabelle A1.1-1:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Ländern von 1992 bis 2010	31
Tabelle A1.1-2:	Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2010 und Veränderung gegenüber 2009 nach Ländern und Zuständigkeitsbereichen.....	32
Tabelle A1.1-3:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen von 1992 bis 2010 in Deutschland	33
Tabelle A1.1-4:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2010 nach strukturellen Merkmalen...	36
Tabelle A1.1-5:	Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in staatlich anerkannten Ausbildungsberufen, deren Ausbildungsordnung eine zweijährige Ausbildungsdauer vorsieht.....	40
Tabelle A1.1-6:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 2006 neuen Berufen und in den 2010 modernisierten Berufen	44
Tabelle A1.1-7:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Anschlussverträge mit Ver- änderungsrate zum Vorjahr unterteilt nach Regionen und Zuständigkeitsbereichen 2008 bis 2010.....	45
Tabelle A1.2-1:	Gemeldete Berufsausbildungsstellen in den Berichtsjahren 2009/2010, 2008/2009 und 2007/2008	48
Tabelle A1.2-2:	Geschlecht, Schulabschluss, besuchte Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der bei der BA (inkl. zugelassener kommunaler Träger) gemeldeten Bewerber/-innen der Berichtsjahre 2009/2010 und 2008/2009	49
Tabelle A1.2-3:	Entwicklung der Zahl der bei den Arbeitsagenturen und ARGen (mit zugelassenen kommunalen Trägern) gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen, welche die Schule bereits vor dem Berichtsjahr verließen	51
Tabelle A1.2-4:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2009/2010 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen nach Schul- abgangsjahr – Bundesgebiet	52

Tabelle A1.2-5:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2009/2010 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen nach Schulabgangsjahr – alte Länder	53
Tabelle A1.2-6:	Geschlecht, Schulabschluss und Verbleib der im Berichtsjahr 2009/2010 gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen nach Schulabgangsjahr – neue Länder (einschließlich Berlin)	54
Tabelle A1.2-7:	Verbleib der bei der BA und den zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten Bewerber und Bewerberinnen zum 30. September 2010	56
Tabelle A1.2-8:	Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne zkT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) der Berichtsjahre 2008/2009 und 2009/2010 nach Ländern	58
Tabelle A1.2-9:	Unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) nach Geschlecht, Schulabschluss, besuchter Schule, Staatsangehörigkeit und Alter der Berichtsjahre 2009/2010 und 2008/2009	60
Tabelle A1.2-10:	Unbesetzte Ausbildungsstellen (ohne zkT) und unvermittelte Bewerber/-innen (inkl. zkT) der Berichtsjahre 2008/2009 und 2009/2010 nach Berufsbereichen .	61
Tabelle A1.3-1:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsmarktsituation 2010 und -entwicklung gegenüber Vorjahr (in %)	67
Tabelle A2.2.1-1:	Schulabgänger und -absolventen aus allgemeinbildenden und teilqualifizierenden Schulen	72
Tabelle A2.2.1-2:	Rechnerische Quoten der ausbildungsinteressierten Schulabgänger und -absolventen aus allgemeinbildenden und teilqualifizierenden beruflichen Schulen, abgeleitet aus den Erfahrungswerten der BIBB-Schulabgängerbefragungen.....	74
Tabelle A2.2.2-1:	Geschätzte Entwicklung des Nachfragepotenzials, resultierend aus dem Kreis der Schulabgänger und -absolventen aus allgemeinbildenden und teilqualifizierenden beruflichen Schulen	76
Tabelle A2.4-1:	Einschätzung der Ausbildungsmarktentwicklung zum 30.09.2011 (Angaben in Tsd.).....	81
Tabelle A3.1-1:	Berufliche Pläne von Schulabgängern und Schulabgängerinnen im Frühjahr 2010 (in %)	84
Tabelle A3.1-2:	Realisierte Bildungs- und Berufswege und Schulabgängern und Schulabgängerinnen im Herbst 2010 (in %)	86
Tabelle A3.1-3:	Schulabgänger und Schulabgängerinnen, die im Ausbildungsjahr 2010/2011 oder zu einem späteren Zeitpunkt eine duale Ausbildung absolvieren möchten (in %)	88
Tabelle A3.1-4:	Einmündungsquote in duale Berufsausbildung der Schulabgänger/-innen, die sich jeweils im Frühjahr für eine betriebliche Ausbildung interessierten (in %)	90
Tabelle A3.1-5:	Realisierte Bildungs- und Berufswege (Herbst 2010) von Schulabgängern und Schulabgängerinnen, die sich im Frühjahr 2010 für eine betriebliche Ausbildung interessierten (in %)	91
Tabelle A3.2.1-1:	Merkmale der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010.....	95
Tabelle A3.2.1-2:	Verbleib der Altbewerber/-innen und sonstigen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010	96

Tabelle A3.2.2-1:	Merkmale der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2009/2010.....	100
Tabelle A3.2.2-2:	Verbleib der Bewerber/-innen mit und ohne Migrationshintergrund des Berichtsjahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010	101
Tabelle A3.2.3-1:	Verbleib der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010 zum Jahresende 2010	104
Tabelle A3.2.3-2:	Merkmale der offiziell unbekannt verbliebenen Bewerber/-innen des Berichtsjahrs 2009/2010.....	104
Tabelle A4.1.1-1:	Anzahl der Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit (2001 bis 2010).....	108
Tabelle A4.1.2-1:	Anzahl der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe (2001 bis 2010)	109
Tabelle A4.1.2-2:	Modernisierte Ausbildungsberufe 2010	110
Tabelle A4.2.1-1:	Auszubildende nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet sowie West- und Ostdeutschland 1992 bis 2009.....	114
Tabelle A4.2.1-2:	Frauenanteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2009 (in %).....	117
Tabelle A4.2.1-3:	Weibliche Auszubildende (Bestände) in männlich und weiblich besetzten Ausbildungsberufen, Westdeutschland 1980, 1993 und 2009, Ostdeutschland 2009.....	119
Tabelle A4.2.1-4:	Ausländeranteil an allen Auszubildenden nach Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 1992 bis 2009 (in %).....	120
Tabelle A4.2.2-1:	Zahl der Auszubildenden mit betrieblichen und außerbetrieblichen Aus- bildungsverträgen 2009.....	124
Tabelle A4.3-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach ausgewählten neuen Merk- malen der Berufsbildungsstatistik, Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2009....	129
Tabelle A4.3-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2009 mit verkürzter Dauer des Aus- bildungsvertrages nach Ländern (absolut und in % aller Neuabschlüsse).....	134
Tabelle A4.4-1:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Produktions- und Dienstleistungs- berufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2009.....	139
Tabelle A4.4-2:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in technischen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1980 und 1993 bis 2009.....	140
Tabelle A4.4-3:	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in den seit 1996 neu geschaffenen dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 1996 bis 2009	142
Tabelle A4.4-4:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in zweijährigen Aus- bildungsberufen an allen Neuabschlüssen, Westdeutschland 1980 und 1993 bis 2009, Ostdeutschland und Bundesgebiet 1993 bis 2009	145
Tabelle A4.4-5:	Anteil der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderung, Bundesgebiet, Westdeutschland und Ostdeutschland 1993 bis 2009, in % aller Neuabschlüsse.....	147
Tabelle A4.5-1:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach Alter, Bundesgebiet 2009	149
Tabelle A4.5-2:	Ausbildungsbeteiligungsquote 1998 bis 2009 nach Region (in %).....	150
Tabelle A4.5-3:	Ausbildungsbeteiligungsquoten der Jugendlichen nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, Bundesgebiet 2007 bis 2009 (in %).....	151

Tabelle A4.5-4:	Frauenanteil (in % aller Neuabschlüsse) in Berufsgruppen, Bundesgebiet 1993 bis 2009	152
Tabelle A4.5-5:	Ausländeranteil (in % aller Auszubildenden) in Berufsgruppen, Bundesgebiet 1993 bis 2009	153
Tabelle A4.6.1-1:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Bundesländern 2009 (Mehrfachnennungen möglich)	157
Tabelle A4.6.1-2:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Zuständigkeitsbereich, Bundesgebiet 2009 (Mehrfachnennungen möglich)	158
Tabelle A4.6.1-3:	Vorausgegangene Teilnahme an berufsvorbereitender Qualifizierung oder beruflicher Grundbildung nach Personengruppen, Bundesgebiet 2009 (Mehrfachnennungen möglich)	159
Tabelle A4.6.2-1:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach allgemeinbildendem Schulabschluss und Region 2009	161
Tabelle A4.6.2-2:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach allgemeinbildendem Schulabschluss und Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2009	163
Tabelle A4.6.2-3:	Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach allgemeinbildendem Schulabschluss, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Bundesgebiet 2009	163
Tabelle A4.6.2-4:	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nach allgemeinbildendem Schulabschluss und Berufsgruppen, Bundesgebiet 2009	164
Tabelle A4.6.2-5:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2009	165
Tabelle A4.6.2-6:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Hauptschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2009	166
Tabelle A4.6.2-7:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Realschulabschluss am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2009	167
Tabelle A4.6.2-8:	Die 10 von Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und Studienberechtigung am stärksten besetzten Ausbildungsberufe 2009	168
Tabelle A4.6.3-1:	Studienberechtigte mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag im Berichtsjahr 2009 nach Ausbildungsbereichen, alten und neuen Ländern und Geschlecht; Anzahl und Anteil (in %) an den Neuverträgen	170
Tabelle A4.6.3-2:	Berufsausbildungsabsicht von Studienberechtigten des Entlassjahres 2010 nach dem Schulabgang nach Geschlecht, Art der Hochschulreife und regionaler Herkunft (in %)	170
Tabelle A4.6.3-3:	Studienberechtigte des Entlassjahrgangs 2010 mit vor/beim Schulabgang abgeschlossener Berufsausbildung nach Geschlecht, Art der Hochschulreife und regionaler Herkunft (in %)	171
Tabelle A4.6.3-4:	Deutsche Studienanfänger/-innen mit abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung an Hochschulen und Fachhochschulen im Wintersemester 2009/2010 nach Geschlecht und Art der Hochschulreife (in %)	172
Tabelle A4.7-1:	Teilnahmen an Abschlussprüfungen in der beruflichen Ausbildung und Prüfungserfolg 1995 bis 2009	175

Tabelle A4.7-2:	Teilnahmen an Abschlussprüfungen 2009 und Prüfungserfolg nach Zuständigkeitsbereichen.....	176
Tabelle A4.7-3:	Erste Teilnahme an Abschlussprüfungen 2009 nach Zuständigkeitsbereichen.....	177
Tabelle A4.7-4:	Teilnahmen an Externenprüfungen 2009 nach Zuständigkeitsbereichen	178
Tabelle A4.8-1:	Vorzeitige Vertragslösungen nach Zuständigkeitsbereichen und Zeitpunkt der Lösung (absolut und in %), Bundesgebiet 2009	181
Tabelle A4.8-2:	Vertragslösungsquoten (in %) der begonnenen Ausbildungsverträge nach Zuständigkeitsbereichen und Ländern 2009.....	183
Tabelle A4.8-3:	Vertragslösungsquoten (in %) nach Personenmerkmalen und Zuständigkeitsbereichen, Bundesgebiet 2009.....	185
Tabelle A4.8-4:	Ausbildungsberufe mit den höchsten und niedrigsten Vertragslösungsquoten in %, Bundesgebiet 2009	186
Tabelle A4.8-5:	Vertragslösungsquoten (in %) in den 20 am stärksten besetzten dualen Ausbildungsberufen, Bundesgebiet 2009	187
Tabelle A4.9-1:	Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine betriebliche bzw. vollqualifizierende Berufsausbildung nach Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems – nicht studienberechtigte Frauen und Männer mit und ohne Migrationshintergrund.....	191
Tabelle A4.10.1-1:	Ausbildungsberechtigung (in %)......	195
Tabelle A4.10.1-2:	Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße (in %).....	196
Tabelle A4.10.1-4:	Ausbildungsaktivität nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	197
Tabelle A4.10.1-5:	Übernahmequote nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	197
Tabelle A4.10.2-1:	Bestandene Ausbildereignungsprüfungen 2009 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder.....	199
Tabelle A4.10.2-2:	Bestandene Meisterprüfungen 2009 nach Ausbildungsbereichen.....	200
Tabelle A4.10.2-3:	Bestandene Meisterprüfungen 2009 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht.....	200
Tabelle A4.10.2-4:	Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2009 nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder.....	200
Tabelle A4.10.2-5:	Zahl der Ausbilder/Ausbilderinnen 2009 nach Geschlecht, alte und neue Länder.....	201
Tabelle A4.10.2-6:	Alter des Ausbildungspersonals 2009 nach Geschlecht	201
Tabelle A5.2-1:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, im Zeitverlauf	206
Tabelle A5.2-2:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss gemäß BBiG/HwO vermitteln, im Zeitverlauf	207
Tabelle A5.2-3:	Am stärksten besetzte Berufe an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln – 2009/2010.....	209
Tabelle A5.2-4:	Die 10 am stärksten besetzten Berufsgruppen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss gemäß BBiG/HwO vermitteln – Schuljahr 2009/2010	210
Tabelle A5.2-5:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss gemäß BBiG/HwO vermitteln, nach Ländern – Schuljahr 2009/2010	211

Tabelle A5.2-6:	Schüler/-innen an Berufsfachschulen, die einen Abschluss außerhalb BBiG/HwO vermitteln, nach Ländern – Schuljahr 2009/2010	212
Tabelle A6.1-1:	Regelangebote der Bundesagentur für Arbeit	217
Tabelle A6.1-2:	Auswahl für den Bereich der Benachteiligtenförderung relevanter Sonder- und Modellprogramme des Bundes 2009	218
Tabelle A6.2-1:	Duale Studiengänge von 2004 bis 2010	226
Tabelle A6.2-2:	Anbieter von dualen Studiengängen von 2004 bis 2010	228
Tabelle A6.2-3:	Fachrichtungen von dualen Studiengängen von 2004 bis 2010	229
Tabelle A6.2-4:	Regionale Verteilung dualer Studiengänge von 2004 bis 2010	229
Tabelle A6.3-1:	Zusatzqualifikationen – Modelle, Anzahl der Unternehmen und Auszubildenden von 2004 bis 2010	231
Tabelle A6.3-2:	Anbieter von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2010	232
Tabelle A6.3-3:	Inhaltliche Schwerpunkte von Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2010	232
Tabelle A6.3-4:	Regionale Verteilung Zusatzqualifikationen von 2004 bis 2010	233
Tabelle A7.1-1:	Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Bundesübersicht 2005 bis 2009	237
Tabelle A7.1-3:	Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) 2009 – Anteil der Konten an jeweiligen Sektoren (in %)	239
Tabelle A7.2-1:	Demografische Entwicklung der jungen Menschen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und Nationalität 2005 bis 2009	243
Tabelle A7.2-2:	Demografische Entwicklung der jungen Menschen in den alten und neuen Ländern 2005 bis 2009	244
Tabelle A7.2-3:	Bevölkerungs(voraus)berechnung für 2005 bis 2030	244
Tabelle A8-1:	Junge Erwachsene ohne Berufsausbildung von 1996 bis 2008	245
Tabelle A8-2:	Junge Erwachsene ohne beruflichen Abschluss im Alter von 20 bis 34 Jahren 2008	247
Tabelle A9.1-1:	Nominaler und realer Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) insgesamt von 2005 bis 2009	253
Tabelle A9.1-2:	Anstieg der tariflichen Ausbildungsvergütungen (AV) im Vergleich zu den tariflichen Monatsverdiensten der Arbeitnehmer von 2005 bis 2009	253
Tabelle A9.2-1:	Öffentliche Aufwendungen für die berufliche Ausbildung	257
Tabelle A9.3-1:	Bruttokosten, Erträge und Nettokosten pro Auszubildendem und Jahr (2007)	260
Tabelle A9.3-2:	Auszug aus dem Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft – Ausgaben in Mrd. €	261
Tabelle A10.1.1-1:	Arbeitslosenzugänge nach erfolgreich beendeter dualer Ausbildung in Deutschland nach Geschlecht 2008 und 2009 (absolut und in %)	263
Tabelle A10.1.2-1:	Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 6 Jahre nach dem Abschluss – nach Geschlecht (Angaben in %)	266

Tabelle A10.1.2-2:	Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 3 Jahre nach dem Abschluss – nach Geschlecht (Angaben in %)	267
Tabelle A10.1.2-3:	Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 4 bis 6 Jahre nach Abschluss – nach Geschlecht (Angaben in %).....	268
Tabelle A10.1.2-4:	Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 6 Jahre nach dem Abschluss – Ost und West im Vergleich (Angaben in %).....	270
Tabelle A10.1.2-5:	Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 3 Jahre nach dem Abschluss – Ost und West im Vergleich (Angaben in %).....	271
Tabelle A10.1.2-6:	Entwicklung prekärer Beschäftigungsformen und Erwerbslosigkeit von Absolventen/Absolventinnen einer dualen Berufsausbildung bis einschließlich 4 bis 6 Jahre nach dem Abschluss – Ost und West im Vergleich (Angaben in %) ..	272
Tabelle A10.1.2-7:	Anteil der Absolventen/Absolventinnen, die innerhalb eines Jahres vor der Befragung den Beruf gewechselt haben – nach Region, Geschlecht und Jahr (Angaben in %)	274
Tabelle A10.2-1:	Rangliste der Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen in Deutschland 2010	277
Tabelle A10.2-2:	Mover und Stayer in den am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen 2010 nach erlerntem und ausgeübtem Beruf.....	278
Tabelle A10.2-3:	Betrachtungsebene „erlernter Beruf“ der Stayer in den 10 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen nach Alter und Geschlecht.....	279
Tabelle A10.2-4:	Betrachtungsebene „ausgeübter Beruf“ der Stayer in den 10 am häufigsten besetzten Ausbildungsberufen nach Alter und Geschlecht.....	280
Tabelle B1.1.2-1:	Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen nach Alter, Geschlecht und Jahr (Angaben in %)	290
Tabelle B1.1.2-2:	Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen nach Berufsabschluss, Geschlecht und Jahr (Angaben in %)	291
Tabelle B1.1.2-3:	Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen mit dualer Ausbildung nach Beruf, Geschlecht und Alter (Anteil an den Erwerbstätigen in Klammern dahinter) (in %)	292
Tabelle B1.1.2-4:	Beteiligung an beruflicher Weiterbildung von Erwerbstätigen mit dualer Ausbildung nach Alter, Geschlecht und Tätigkeitsschwerpunkten (Angaben in %)	294
Tabelle B1.1.2-5:	Beteiligung an beruflicher Weiterbildung (bW) von Erwerbstätigen nach Berufsabschluss, beruflicher Flexibilität, Geschlecht und Alter (Angaben in %)....	297
Tabelle B1.2.1-1:	Weiterbildungsbeteiligung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder (in %)	299
Tabelle B1.2.1-2:	Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %)	300
Tabelle B1.2.2-1:	Formen der betrieblichen Weiterbildung 2005 (in % aller Unternehmen) und Anteil der Teilnehmenden (in % der Beschäftigten aller Unternehmen).....	304
Tabelle B1.2.2-2:	Themen der betrieblichen Weiterbildung 2005 (in % der Teilnahmestunden an Kursen)	305

Tabelle B1.3-1:	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2005 bis 2009 nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht*	309
Tabelle B1.3-2:	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen 2009 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder*	310
Tabelle B1.3-3:	Teilnahmen an Fortbildungs-/Meisterprüfungen und Prüfungserfolg 2009 nach Bereich und ausgewählte Prüfungsgruppen	311
Tabelle B1.3-4:	Teilnahmen an Umschulungsprüfungen 2009 und Prüfungserfolg nach Ausbildungsbereichen, alte und neue Länder*	312
Tabelle B2.1.1-1:	Klimawert, wirtschaftliche Lage und Erwartung für ausgewählte Teilgruppen von Weiterbildungsanbietern 2010	315
Tabelle B2.2.1-1:	Kursveranstaltungen im Programmbereich Arbeit – Beruf an Volkshochschulen 1991 bis 2009	329
Tabelle B2.2.1-2:	Umfang beruflicher Weiterbildung in den alten und neuen Ländern 1991 bis 2009	330
Tabelle B2.2.2-1:	Veranstaltungen und Teilnehmende der Berufsfortbildungswerke des DGB, 2000 bis 2009	332
Tabelle B2.2.2-2:	Maßnahmen und Teilnehmende der Deutschen Angestellten Akademie GmbH (DAA) nach Themenbereichen, 2004 bis 2010	333
Tabelle B2.2.2-3:	Veranstaltungen, Teilnehmende, Standorte und Mitglieder des Wuppertaler Kreises 2000 bis 2009	334
Tabelle B2.2.2-4:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern, 1995 bis 2009	335
Tabelle B2.2.2-5:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmende der Industrie- und Handelskammern nach Themenbereichen, 2009	335
Tabelle B2.2.3-1:	Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ 2008	338
Tabelle B2.2.3-2:	Belegungen differenziert nach Geschlecht der Teilnehmenden im Themenbereich „Arbeit und Beruf“ 2008	338
Tabelle B3.1-1:	Teilnahmen an Qualifizierungsmaßnahmen in den Rechtskreisen SGB III und SGB II im Jahr 2009	344
Tabelle B3.1-2:	Zugang und Jahresdurchschnittsbestand in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach dem SGB II (ab 2005) und SGB III in den Jahren 2005 bis 2010	346
Tabelle B3.1-3:	Sonderprogramm „WeGebAU“ – Zugang und Bestand 2007 bis 2009	347
Tabelle B3.1-4:	FbW- und ESF-geförderte Qualifizierung während der Kurzarbeit 2009	349
Tabelle B3.5-1:	Öffentliche Aufwendungen für die Weiterbildung	359
Tabelle C2.1-1:	Entwicklungsprojekte der BMBF-Initiative „Anrechnung beruflicher Kenntnisse auf Hochschulstudiengänge – ANKOM“	371
Tabelle C2.2-1:	Projekte der BMBF-Pilotinitiative „Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung – DECVET“	373
Tabelle C2.3-1:	Struktur des Deutschen Qualifikationsrahmens (Stand November 2010)	375
Tabelle E1-1:	Parameter der Durchlässigkeit in 5 europäischen Ländern	400
Tabelle E2-1:	Ergebnisse der Antragsrunde 2010	401

Verzeichnis der Tabellen und des Schaubilds zum Datenreport im Internet

Tabelle A1-3 Internet:	Eckwerte zum Ausbildungsmarkt im Jahr 2009 (aktualisierte Vergleichswerte für 2010)	1
Schaubild A1.3-2 Internet:	Entwicklung der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation 2010 mit erweiterter Nachfragedefinition zwischen 2009 und 2010 nach Arbeitsagenturen (in %).....	2
Tabelle 1.3-2 Internet:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarktsituation 2010 nach Arbeitsagenturen.....	3
Tabelle A1.3-3 Internet:	Ausgewählte Indikatoren zur regionalen Bildungs-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation sowie -entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	8
Tabelle A4.10.1-3 Internet:	Ausbildungsberechtigung nach Betriebsgröße, alte und neue Länder – in %.....	9
Tabelle A5.1-1 Internet:	Schüler und Schülerinnen im Berufsgrundbildungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr 2008/2009 und 2009/2010.....	10
Tabelle A5.1-2 Internet:	Schüler und Schülerinnen in Berufsfachschulen nach Ländern und weiblichem Anteil 2007/2008 bis 2009/2010	11
Tabelle A5.3-1 Internet:	Ausbildung in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen 2009/2010 (Bestand)...	12
Tabelle A7.1-2 Internet:	Anfänger/-innen in den Sektoren und Konten der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) sowie ausgewählte Referenzgrößen – Länderübersicht 2009	13
Tabelle B1.2.1-3 Internet:	Weiterbildungsquote nach Qualifikationen, alte und neue Länder (in %).....	15
Tabelle B4.1-1 Internet:	Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung	16
Tabelle B4.1-2 Internet:	Fortgeltende Regelungen bei handwerklichen Meisterprüfungen nach § 122 HwO.....	18
Tabelle B4.1-3 Internet:	Rechtsverordnungen über die Anforderungen in der Meisterprüfung	19
Tabelle B4.1-4 Internet:	Rechtsverordnungen zur beruflichen Fortbildung	20
Tabelle B4.1-5 Internet:	Rechtsverordnung zur Regelung der beruflichen Umschulung.....	21
Tabelle B4.1-6 Internet:	Rechtsverordnung über die Eignung der Ausbilder/Ausbilderinnen	21
Tabelle B4.1-7 Internet:	Landesrechtliche Weiterbildungsregelungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen.....	22
Tabelle D2-1 Internet:	Modellversuche in den 3 neuen Förderschwerpunkten	56
Tabelle D3-1 Internet:	Kompetenzzentren (Komzet)	62

Literaturverzeichnis

- Alda, Holger; Leber, Ute: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 1998 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 1999
- Allmendinger, Jutta: Educational systems and labor market outcomes. In: *European Sociological Review* 5 (1989) 3, S. 231–250
- Allmendinger, Jutta; Hinze, Thomas: Mobilität und Lebensverlauf: Deutschland, Großbritannien und Schweden im Vergleich. In: Hradil, Stefan; Immerfall, Stefan (Hrsg.): *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*. Opladen 1997, S. 247–288
- Althoff, Heinrich: Entwicklungen der Berufsbildungsstatistik und Probleme ihrer bildungspolitischen Verwertung. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 13 (1984) 3, S. 77
- Althoff, Heinrich: Die statistische Erfassung der neuen Ausbildungsverträge und der Ausbildungsabbrecher – Zwei ungelöste Probleme der Berufsbildungsstatistik. In: *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik*, H. 4, 1997, S. 410
- Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit: Strukturelle Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung. Gemeinsame Grundlagen und Orientierungen, Beschluss vom 22.10.1999. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): *Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit. Ergebnisse der Arbeitsgruppe Aus- und Weiterbildung*, Anhang 7. Berlin 1999 – URL: <http://www.bmbf.de/pub/buendnar.pdf> (Stand: 25.10.2010)
- Arbeitskreis Deutscher Qualifikationsrahmen (AK – DQR): Vorschlag eines Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (Stand Februar 2009). – URL: www.deutscherqualifikationsrahmen.de
- AusbildungsPlus: AusbildungsPlus in Zahlen, Trends & Analysen 2008/09. Bonn 2009. – URL: http://www.ausbildungsplus.de/files/AusbPlus_inZahlen09.pdf
- AusbildungsPlus: AusbildungsPlus in Zahlen, Trends & Analysen 2009/10. Bonn 2010. – URL: http://www.ausbildungsplus.de/files/aplus_2010_web.pdf
- AusbildungsPlus: Jahresberichte 2004 bis 2007. – URL: www.ausbildungsplus.de
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): *Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I*. Bielefeld 2008
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): *Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel*. Bielefeld 2010. – URL: http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf
- Baethge, Martin: Qualifikationsentwicklungen im Dienstleistungssektor. In: Baethge, Martin; Wilkens, Ingrid (Hrsg.): *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung*. Opladen 2001, S. 85–106
- Baethge, Martin; Solga, Heike; Wieck, Markus: *Berufsbildung im Umbruch: Signale eines überfälligen Aufbruchs*. Berlin 2007
- Bamming, Ruth; Schier, Friedel: Ausbildungsberichterstattung – Mehr Transparenz durch einen integrierten Ansatz. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 39 (2010) 1, S. 39–42
- Baumann, Thomas; Schönfeld, Gudrun; Wenzelmann, Felix: Neue Erhebung zu betrieblichen Ausbildungskosten und Bildungsbudget. In: *Wirtschaft und Statistik* (2010) 3, S. 264–274
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: *Integration in Deutschland. Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring*. Berlin 2009
- Behörde für Schule und Berufsbildung: *Das Aktionsbündnis Bildung und Beschäftigung stellt Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation vor*. Pressemeldung vom 30.09.2009. Hamburg 2009
- Behringer, Friederike; Ulrich, Joachim Gerd: Die Angebotsabhängigkeit der Nachfrage nach Ausbildungsstellen als Problem bei der Vorausschätzung der zukünftigen Nachfrage. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 30 (1997) 3, S. 612–619

- Behringer, Friederike; Schönfeld, Gudrun: Betriebliche Weiterbildung in Deutschland – Ein Vergleich mit den EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage der vier Kernindikatoren aus CVTS3. Bonn 2010. – URL: <http://www.bibb.de/de/55365.htm> (Stand: 26.8.2010)
- Behringer, Friederike; Moraal, Dick; Schönfeld, Gudrun: Betriebliche Weiterbildung in Europa: Deutschland weiterhin nur im Mittelfeld. Aktuelle Ergebnisse aus CVTS3. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 37 (2008) 1, S. 9–14
- Behringer, Friederike; Descamps, Renaud: Determinants of employer-provided training: A comparative analysis of Germany and France. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik Beiheft 22 (2009), S. 93–123
- Behringer, Friederike; Käpplinger, Bernd: Arbeitsplatznahe Lernformen und Lernortvielfalt in der betrieblichen Weiterbildung. Wachsende Bedeutung in ganz Europa oder deutsches Spezifikum? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40 (2011) 1, S. 15–19
- Beicht, Ursula: Langzeitentwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütung in Deutschland. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 123. Bonn 2011
- Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd: Deutlich längere Dauer bis zum Ausbildungseinstieg: Schulabsolventen auf Lehrstellensuche. In: BIBB-REPORT 1 (2007) 2. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2007. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2007_02.pdf
- Beicht, Ursula: Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule – Berufsausbildung. In: BIBB REPORT 3 (2009) 11. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bonn 2009. – URL: <http://www.bibb.de/de/52414.htm>
- Beicht, Ursula; Friedrich, Michael; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008
- Beicht, Ursula; Granato, Mona: Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. In: Friedrich-Ebert-Stiftung: WISO Diskurs. Bonn 2009. – URL: <http://www.bibb.de/de/52287.htm>
- Beicht, Ursula; Granato, Mona: Ausbildungsplatzsuche: Geringere Chancen für junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund. BIBB-Analyse zum Einfluss der sozialen Herkunft beim Übergang in die Ausbildung unter Berücksichtigung von Geschlecht und Migrationsstatus. In: BIBB REPORT 4 (2010) 15. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2010. – URL: <http://www.bibb.de/de/56246.htm>
- Beicht, Ursula; Krewerth, Andreas: Geld spielt eine Rolle! Sind Auszubildende mit ihrer Vergütung zufrieden? BIBB REPORT 4 (2010) 14. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2010_14.pdf
- Beicht, Ursula; Krewerth, Andreas; Eberhard, Verena; Granato, Mona: Viel Licht – aber auch Schatten. Qualität dualer Berufsausbildung in Deutschland aus Sicht der Auszubildenden. BIBB REPORT 3 (2009) 9. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_09.pdf
- Beicht, Ursula; Walden, Günter: Wirtschaftlichere Durchführung der Berufsausbildung – Untersuchungsergebnisse zu den Ausbildungskosten der Betriebe. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 31 (2002) 6, S. 38–43
- Bellmann, Lutz; Hall, Anja; Janik, Florian: Abitur und dann? Gründe für eine Doppelqualifikation. LASER discussion papers 18. Erlangen 2008
- Bernhard, Nadine; Graf, Lukas; Powell, Justin J. W.: Wenn sich Bologna und Kopenhagen treffen. Erhöhte Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung? In: WZB Mitteilungen Heft 130/2010
- Berufsbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfg) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2008/2009. Berlin, Düsseldorf 2009
- Berufsbildungswerk Gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB GmbH (bfg) (Hrsg.): Geschäftsbericht 2009/2010. Berlin, Düsseldorf 2010
- Bessey, Donata; Backes-Gellner, Uschi: Warum Jugendliche eine Ausbildung abbrechen. In: Panorama: Bildung, Beratung, Arbeitsmarkt. Deutsche Ausgabe (2008) 7, Sonderheft. – URL: <http://edudoc.ch/static/panorama/pan087d20.pdf> (Stand: 23.12.2010)

- Bethscheider, Monika; Settlemeyer, Anke: Handlungskompetenz und Migrationshintergrund: Schulabsolventen und -absolventinnen mit Migrationshintergrund in der Ausbildung. Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Handlungskompetenz und Migrationshintergrund: Schulabsolvent/innen mit Migrationshintergrund in der Ausbildung“. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2011. – URL: <http://www.bibb.de/de/wlk30125.htm>
- BIBB-Datenreport 2009: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2009. – URL: http://datenreport.bibb.de/media2009/datenreport_bbb_090525_screen.pdf
- BIBB-Datenreport 2010: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2010. – URL: http://datenreport.bibb.de/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf
- Bick, Mirjam: Neuberechnung der Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten. In: Wirtschaft und Statistik 8/2009, S. 801–808
- Bohlinger, Sandra: Ausbildungsabbruch im Handwerk. Strukturen vorzeitiger Vertragslösungen nach dem ersten Ausbildungsjahr. Bielefeld 2003
- Braun, Uta; Bremser, Felix; Schöngen, Klaus; Weller, Sabrina: Erwerbsleben ohne Berufsabschluss? In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), im Erscheinen
- Brötz, Rainer; Paulini-Schlottau, Hannelore; Trappmann-Webers, Bettina: Stand und Perspektiven kaufmännisch-betriebswirtschaftlicher Dienstleistungsberufe. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007, S. 259–289
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahr 2005. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland. Erstellungsdatum: 12. September 2007. Nürnberg 2007a
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahr 2006. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland. Erstellungsdatum: 12. September 2007. Nürnberg 2007b
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahr: 2007. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland. Erstellungsdatum: 28. Mai 2008. Nürnberg 2008
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Berichtsjahr: 2008. Förderung der Berufsausbildung. Deutschland. Veröffentlichungstermin: 31. März 2009. Nürnberg 2009a
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Ausgewählte Maßnahmen. September 2009. Nürnberg 2009b
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Berichtsjahr 2008/09. Nur Agenturen für Arbeit und Arbeitsgemeinschaften, ohne zugelassene kommunale Träger. Nürnberg 2009c
- Bundesagentur für Arbeit: Drittes Buch Sozialgesetzbuch. Dreizehntes Kapitel – Sonderregelungen (§§ 408–436). Zweiter Abschnitt – Ergänzungen für übergangsweise mögliche Leistungen und zeitweilige Aufgaben (§§ 417–421t). Nürnberg 2009d
- Bundesagentur für Arbeit: Fachliche Hinweise und Empfehlungen Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach § 16d SGB II. Stand: Juli 2009. Nürnberg 2009e
- Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsanweisungen Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB) gem. § 61, 61a, 64 Abs. 2 sowie § 69 SGB III. Stand: März 2009. Nürnberg 2009f
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Arbeitsmarkt 2009. Arbeitsmarktanalyse für Deutschland, West- und Ostdeutschland. Nürnberg 2009g
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsstellenmarkt. Bewerber und Berufsausbildungsstellen. Deutschland. September 2010. Nürnberg 2010a
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Ausbildungsmarktstatistik. Bewerber für Berufsausbildungsstellen für den Ausbildungsbeginn bis Ende 2010. Dezember 2010. Nürnberg 2010b
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen – Förderstatistik – Förderung der Berufsausbildung, Berichtsjahr 2009, Ostdeutschland bzw. Westdeutschland. Nürnberg 2010c

- Bundesagentur für Arbeit: Förderung der Berufsausbildung, September 2010, Erstellungsdatum: 29.09.2010. Nürnberg 2010d
- Bundesagentur für Arbeit: Förderung der Berufsausbildung – Zeitreihen, Erstellungsdatum: 08.04.2010. Nürnberg 2010e
- Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht Mai 2010. Nürnberg 2010f
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitreihen bis 2010. Analytikreport der Statistik. Nürnberg 2010g
- Bundesagentur für Arbeit: Ausgewählte Arbeitsmarktpolitische Instrumente – mit Förderinformationen der zKT, Jahreszahlen 2009. Nürnberg 2010h
- Bundesagentur für Arbeit: Förderstatistik. Gesamtübersicht zur Förderung der beruflichen Weiterbildung. Nürnberg 2010i. – URL: http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31934/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=22506&year_month=aktuell&year_month.GROUP=1&search=Suchen, Tabelle FbW_D.pdf (Stand: 04.02.2011).
- Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2009. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit. 58. Jahrgang, Sondernummer 2. Nürnberg 2010j. – URL: <http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/11554/publicationFile/671/Arbeitsmarkt-2009.pdf> (Stand Mai 2010)
- Bundesagentur für Arbeit: Bestand von Teilnehmern in Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer (§ 421o), September 2010. Erstellungsdatum: 11.10.2010. Nürnberg 2010k
- Bundesagentur für Arbeit: Eingliederungsbilanz 2009. Veröffentlichung der Arbeitsmarktberichterstattung. Nürnberg 2010l. URL: <http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/242842/publicationFile/117564/Eingliederungsbilanz-2009.pdf>
- Bundesagentur für Arbeit: Geschäftsbericht 2009. Nürnberg 2010m. – URL: <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Intern/Geschaeftsbericht-2009.pdf> (Stand: Februar 2010)
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Qualifizierungsförderung, 03.2010. Nürnberg 2010n
- Bundesagentur für Arbeit: Zugang und Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB -Trägerschaft des Teilnehmers, September 2010. Erstellungsdatum: 08.10.2010. Nürnberg 2010o
- Bundesagentur für Arbeit: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Zugang und Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. Deutschland, Zeitreihe, Datenstand: Januar 2011. Erstellungsdatum: 18.01.2011. Nürnberg 2011
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das erste Quartal 2010. Nürnberg 2010
- Bundesgesetzblatt: Gesetz zur Reform der beruflichen Bildung (Berufsbildungsreformgesetz – BerBiRefG) vom 23. März 2005, Teil I Nr. 20 vom 31. März 2005. – URL: <http://www.bundesgesetzblatt.de/>
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge). Bielefeld
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Neue und modernisierte Ausbildungsberufe (verschiedene Jahrgänge). Bonn
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Empfehlungen des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung „Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung“. Bonn, Berlin 1984
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Referenz-Betriebs-System Information Nr. 11: Modernisierung der Ausbildung, Jg. 4/1998. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a1_rbs_info11.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Wie entstehen Ausbildungsberufe? Leitfaden zur Erarbeitung von Ausbildungsordnungen mit Glossar. Bonn 2003
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Tipps – Trends – Transparenz. Ausgabe 1. Bonn 2005. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_wb-monitor_tips-trends-transparenz_2005.pdf

- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Ausbildungsordnungen und wie sie entstehen. Bonn 2006
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung vom 27.6.2008 zur Abkürzung und Verlängerung der Ausbildungszeit/zur Teilzeitberufsausbildung (§ 8 BBiG/§ 27 HwO) sowie zur vorzeitigen Zulassung zur Abschlussprüfung (§ 45 Abs. 1 BBiG/§ 37 Abs. 1 HwO). Bundesanzeiger Nr. 129/2008 vom 27.8.2008. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ha-empfehlung_129_ausbildungszeit.pdf
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Die anerkannten Ausbildungsberufe 2010. Bonn 2010a
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Modernisierte Ausbildungsberufe 2010. Kurzbeschreibungen. Bonn 2010b
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Projekt AusbildungPlus. Bericht AusbildungPlus in Zahlen 2010. Bonn 2010c. – URL: www.ausbildungplus.de (Stand: 25. 8. 2010)
- Bundesinstitut für Berufsbildung: Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung „Zur Förderung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung“. Bonn 2010d
- Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1977. Bonn 1977
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2002. Bonn, Berlin 2002. – URL: <http://www.bmbf.de/pub/bbb2002.pdf>
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2003. Bonn, Berlin 2003a. – URL: <http://www.bmbf.de/pub/bbb2003.pdf>
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 2002. Bonn 2003b
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2005. Bonn, Berlin 2005a. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2005.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufliche Qualifizierung Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf. Bonn, Berlin 2005b. – URL: http://www.bmbf.de/pub/berufliche_qualifizierung_jugendlicher.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2006, Bonn, Berlin 2006. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2006.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2007, Bonn, Berlin 2007a. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_07.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): 10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung, Empfehlungen des Innovationskreises Berufliche Bildung. Bonn, Berlin 2007b. – URL: www.bmbf.de/pub/IKBB-Broschuere-10_Leitlinien.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2008. Bonn, Berlin 2008. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_08.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2009. Bonn, Berlin 2009. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_09.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2010. Bonn, Berlin 2010a. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2010.pdf
- Bundesministerium für Bildung und Forschung: Jahresrückblick – das Bildungsjahr 2010 in Zahlen. Pressemitteilung 225/2010 vom 28. Dezember 2010. Bonn 2010b
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2011 Bonn, Berlin 2011. – URL: http://www.bmbf.de/pub/bbb_2011.pdf
- Bundesministerium für Unterricht und Kultur und Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens: Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009, Band 1. Wien 2009
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung: Stufenplan zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung. Bonn 1975
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hrsg.): Perspektiven für die duale Bildung im tertiären Bereich. Bericht der Bund-Länder-Kommission, Heft 110. Bonn 2003

- Buske, Ramona; Grollmann, Philipp: Dänemark. In: Bundesinstitut für Berufsbildung; Otto von Guericke Universität Magdeburg, Institut für Berufs- und Betriebspädagogik (Grollmann, Philipp; Frommberger, Dietmar; Clement, Ute; Deißinger, Thomas; Lauterbach, Uwe; Pilz, Matthias; Spöttl, Georg [Hrsg.]): Internationales Handbuch der Berufsbildung. Bielefeld 2010
- CEDEFOP: Employer-provided vocational training in Europe. Evaluation and interpretation of the third European Continuing Vocational Training Survey. Luxemburg 2010. – URL: http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/5502_en.pdf (Stand: 08.04.2011)
- Consejo Escolar del Estado: Informe sobre el estado y situación del sistema educativo. Curso 2007/2008
- Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg 1965
- Derichs-Kunstmann, Karin: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Wiesbaden 2009, S. 507–513
- Deutscher Bildungsrat: Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart 1970
- Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission: Zur Neuordnung der Sekundarstufe II; Konzept für eine Verbindung von allgemeinem und beruflichem Lernen. Bonn 1974
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2007/2008 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2008
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2008/2009 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2009
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.): DIHK-Bildungsbericht 2009/2010 – Berufsbildung, Weiterbildung, Bildungspolitik. Berlin, Meckenheim 2010a
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Ausbildung 2010 – Ergebnisse einer IHK-Unternehmensbefragung. Berlin, 2010b. – URL: http://www.ihk-berlin.de/linkableblob/810602/data/Ausbildungsumfrage_2010_-_Bundesergebnisse-data.pdf (Stand: 24.11.2010)
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag: Bereich Berufliche Bildung, Bildungspolitik, Berufsbildungsstatistik. Berlin 2010c
- Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Trends der Weiterbildung – DIE-Trendanalyse 2010. Bielefeld 2010
- Diehl, Claudia; Friedrich, Michael; Hall, Anja: Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang in die Berufsausbildung: Vom Wollen, Können und Dürfen. In: Zeitschrift für Soziologie 38 (2009) 1, S. 48–68
- Dorau, Ralf; Höhns, Gabriela: Erfolg der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt als Maßstab für die Qualität der Ausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 35 (2006) 6, S. 24–27
- Ebbinghaus, Margit; Loter, Katarzyna: Besetzung von Ausbildungsstellen: Welche Betriebe finden die Wunschkandidaten – welche machen Abstriche bei der Bewerberqualifikation – bei welchen bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt? Bonn 2010. – URL: <http://www.bibb.de/de/55671.htm> (Stand: 19.11.2010)
- Eberhard, Verena; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd: Berufsbezeichnungen und ihr Einfluss auf die beruflichen Neigungen von Jugendlichen. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 24 (2010), S. 127–156
- Eberhard, Verena; Scholz, Selina; Ulrich, Joachim Gerd: Image als Berufswahlkriterium. Bedeutung für Berufe mit Nachwuchsmangel. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 38 (2009) 3, S. 9–13
- Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: Ins „Übergangssystem“ oder ersatzweise in geförderte Berufsausbildung. Regionale Unterschiede im Umgang mit Bewerberinnen und Bewerbern ohne betriebliche Lehrstelle. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 39 (2010a) 6, S. 10–14
- Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung. In: Bosch, Gerhard; Krone, Sirikit; Langer, Dirk (Hrsg.): Berufsbildungssystem in Deutschland: aktuelle Entwicklungen und Standpunkte. Wiesbaden 2010b, S. 133–148
- Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd: „Ausbildungsreif“ und dennoch ein Fall für das Übergangssystem? Institutionelle Determinanten des Verbleibs von Ausbildungsstellenbewerbern in teilqualifizierenden Bildungsgängen. In: Krekel, Elisabeth M.; Lex, Tilly (Hrsg.): Neue Jugend, neue Ausbildung? Beiträge aus der Jugend- und Bildungsforschung. Bielefeld 2011, S. 97–112

- Eckhardt, Martina: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 1997 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 1998
- Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Rates vom 12. Mai 2009 zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET 2020“). In: Amtsblatt der Europäischen Union (2009/C 119/02)
- Feller, Gisela: Weiterbildungsmonitoring und der wbmonitor Klimaindex – Steuerungsmittel oder Steinbruch? In: Böttcher, Wolfgang; Bos, Wilfried; Döbert, Hans Heinz; Holtappels, Günter (Hrsg.): Bildungsmonitoring und Bildungscontrolling in nationaler und internationaler Perspektive. Münster, New York, München, Berlin 2008, S. 69–81
- Feller, Gisela; Krewerth, Andreas; Schade, Hans-Joachim: Klima, Marktstrukturen und Handlungsfelder in der Weiterbildung – wbmonitor schafft neue Basis für wissenschaftliche Anbieterforschung. In: Kreklau, Carsten; Siegers, Josef (Hrsg.): Handbuch der Aus- und Weiterbildung. 199. Erg.-Lfg. Fundstelle 4123. Köln 2009
- Fernunterrichtsschutzgesetz (FernUSG) in der Fassung vom 23.03.2005. – URL: <http://bundesrecht.juris.de/fernusg/index.html> (Stand: 28.10.2010)
- Fest, Manfred; Freitag, Hans-Werner; Fritsch, Birgit; Skripski, Barbara: Zuordnung der beruflichen Bildungsgänge nach der ISCED auf Länderebene – Anschlussfähigkeit an die nationale und internationale Bildungsberichterstattung. In: Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Indikatorenentwicklung für die Bildungsberichterstattung in Deutschland. Grundlagen, Ergebnisse, Perspektiven. Bonn, Berlin 2010, S. 95–101
- Fischer, Gabriele; Wahse, Jürgen; Dahms, Vera; Frei, Marek; Riedmann, Arnold; Janik, Florian: Standortbedingungen und Beschäftigung in den Regionen West- und Ostdeutschlands. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels 2006. IAB-Forschungsbericht 05/2007. Nürnberg 2007
- Fischer, Gabriele; Janik, Florian; Müller, Dana; Schmucker, Alexandra: Das IAB-Betriebspanel – von der Stichprobe über die Erhebung bis zur Hochrechnung. FDZ Methodenreport 1/2008. Nürnberg 2008
- Flemming, Simone; Granath, Ralf: Die BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. Bonn 2011. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/naa309_BIBB-Erhebung_Zusammenfassung_201103.pdf (Stand: 24.03.2011)
- Fogolin, Angela: (Weiter-) Bildungsberatung im Fernlernen aus Sicht der Nachfragenden. Ergebnisse einer Onlinebefragung. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 116. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a32_org_wissenschaftliches_diskussionspapier_116.pdf
- Forum DistanE-Learning (Hrsg.): Erläuterungen zur Fernunterrichtsstatistik (unveröffentlichtes Manuskript). Hamburg 2010
- Freeman, Richard; Schettkat, Ronald: Skill Compression, wage differentials, and employment: Germany vs. the US. Oxford Economic Papers 53/2001, pp. 582–603
- Freitag, Walburga: „Recognition of Prior Learning“ – Anrechnung vorgängig erworbener Kompetenzen: EU-Bildungspolitik, Umsetzung in Deutschland und Bedeutung für die soziale und strukturelle Durchlässigkeit zur Hochschule. Reihe: Arbeitspapier, Demokratische und soziale Hochschule, Nr. 208. Düsseldorf 2010. – URL: www.boeckler.de/pdf/p_arbp_208.pdf
- Friedrich, Michael: Berufliche Pläne und realisierte Bildungs- und Berufswege nach Verlassen der Schule. Ergebnisse der BIBB-Schulabgängerbefragungen 2004 bis 2006. Bielefeld 2009
- Friedrich, Michael; Hall, Anja: Jugendliche mit Hauptschulabschluss: Weniger Wahlmöglichkeiten und geringere Chancen auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 21–22
- Fuchs, Johann; Zika, Gerd: Arbeitsmarktbilanz bis 2025. Demografie gibt die Richtung vor. In: IAB-Kurzbericht 12/2010

- Funcke, Antje; Oberschachtsiek, Dirk; Giesecke, Johannes: Keine Perspektive ohne Ausbildung – Eine Analyse junger Erwachsener ohne Berufsabschluss in Westdeutschland. Gütersloh 2010
- Gehricke, Matthias; Kahler, Angela; Kohlmann, Annette: Methodenbericht der Statistik der BA. Statistiken über den Ausbildungsstellenmarkt: Bewerber aus früheren Berichtsjahren im aktuellen Berichtsjahr. Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.). Nürnberg 2010
- Gericke, Naomi; Krupp, Thomas; Troltsch, Klaus: Unbesetzte Ausbildungsplätze – warum Betriebe erfolglos bleiben. Ergebnisse des BIBB-Ausbildungsmonitors. In: BIBB REPORT 3 (2009) 10. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_10.pdf
- Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra: Trotz steigender Ausbildungsbeteiligung ausländische Jugendliche nach wie vor unterrepräsentiert. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 39 (2010) 3, S. 4–5
- Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra; Ulrich, Joachim Gerd: Wie hoch ist die Quote der Jugendlichen, die eine duale Berufsausbildung aufnehmen? Indikatoren zur Bildungsbeteiligung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40 (2011) 1, S. 41–43. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6592>
- Gewiese, Tilo: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 1999 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2000
- Gewiese, Tilo: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2000 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2001
- Gildemeister, Regine; Robert, Günter: Probleme beruflicher Identität in professionalisierten Berufen. In: Frey, Hans-Peter; Haußer, Karl (Hrsg.): Identität. Stuttgart 1987, S. 71–87
- Gottleben, Volkmar: Randgruppen in der zertifizierten Arbeitsgesellschaft? In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 20 (1987) 1
- Granato, Mona; Degen, Ulrich (Hrsg.): Berufliche Bildung von Frauen. BIBB Berichte zur beruflichen Bildung, Heft 278. Bonn 2006
- Granato, Mona; Werner, Rudolf: Ausländische Jugendliche in Deutschland. In: Informationen für die Beratungs- und Vermittlungsdienste der Bundesagentur für Arbeit (ibv) Heft 16/1999. Nürnberg 1999
- große Deters, Fenne; Ulmer, Philipp; Ulrich, Joachim Gerd: Entwicklung des Nachfragepotenzials nach dualer Berufsausbildung. In: Ulmer, Philipp; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. Bonn 2008, S. 9–28
- Grotlüschen, Anke; Haberzeth, Erik; Krug, Peter: Rechtliche Grundlagen der Weiterbildung. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 347–366
- Gruber, Sabine; Weber, Heiko: Differenzierung der Ausbildungsangebote: Integration von Hauptschülern durch zweijährige Berufe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 2, S. 18–21
- Hall, Anja: Tätigkeiten, berufliche Anforderungen und Qualifikationsniveau in Dienstleistungsberufen – Empirische Befunde auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2006 und des Mikrozensus. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007, S. 153–208
- Hall, Anja; Krekel, Elisabeth M.: Berufliche Weiterbildung Erwerbstätiger – Zur Erklärungskraft tätigkeitsbezogener Merkmale für das Weiterbildungsverhalten. In: Report. Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 31 (2008), S. 65–77
- Hall, Anja; Schade, Hans-Joachim: Welche Ausbildung schützt besser vor Erwerbslosigkeit? Der erste Blick kann täuschen! Absolventen einer dualen Berufsausbildung und Berufsfachschulabsolventen im Vergleich. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34 (2005) 2, S. 23–27
- Hanft, Anke; Knust, Michaela (Hrsg.): Internationale Vergleichsstudie zur Struktur und Organisation der Weiterbildung an Hochschulen. Oldenburg 2007. – URL: http://www.bmbf.de/pubRD/internat_vergleichsstudie_struktur_und_organisation_hochschulweiterbildung.pdf

- Hartung, Silke: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2001 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2002
- Hartung, Silke: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2002 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2003
- Hartung, Silke: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2003 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2004
- Hartung, Silke: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2004 – Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Abschlussbericht für das Bundesinstitut für Berufsbildung, Projektgruppe IAB-Betriebspanel. Nürnberg 2005
- Hartung, Silke; Schöngen, Klaus: Zur Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung in ausgewählten Dienstleistungen. In: Dietrich, Hans; Severing, Eckart (Hrsg.): Zukunft der dualen Berufsausbildung – Wettbewerb der Bildungsgänge. Bielefeld 2007, S. 25–59
- Heine, Christoph; Quast, Heiko: Studierneigung und Berufsausbildungspläne: Studienberechtigte 2008 ein halbes Jahr vor Schulabgang. Hochschul-Informationssystem GmbH (Hrsg.), Forum Hochschule 4/2009. Hannover 2009
- Heine, Christoph; Quast, Heiko; Beuß, Mareike: Studienberechtigte 2008 ein halbes Jahr nach Schulabschluss. Übergang in Studium, Beruf und Ausbildung. Hochschul-Informationssystem GmbH (Hrsg.), Forum Hochschule 3/2010. Hannover 2010
- Heine, Christoph; Willich, Julia; Schneider, Heidrun; Sommer, Dieter: Studienanfänger im Wintersemester 2007/08 – Wege zum Studium, Studien- und Hochschulwahl, Situation bei Studienbeginn. Hochschul-Informationssystem GmbH (Hrsg.), Forum Hochschule 16/2008. Hannover 2008
- Helmrich, Robert; Krekel, Elisabeth M.: Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsabschluss – eine tickende Zeitbombe? (erscheint 2011 in einer Schriftenreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung)
- Helmrich, Robert; Zika, Gerd (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft – BBB-IAB-Modellrechnungen zu den Entwicklungen in den Berufsfeldern und Qualifikationen bis 2025. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2010
- Herget, Hermann: Berufliche Perspektiven aus Sicht von Abiturienten mit dualen Berufsabschluss. In: Beicht, Ursula; Berger, Klaus; Herget, Hermann; Krekel, Elisabeth M. (Hrsg.): Berufsperspektiven mit Lehre. Bielefeld 1997, S. 219–246
- Heublein, Ulrich; Hutzsch, Christopher; Schreiber, Jochen; Sommer, Dieter; Besuch, Georg: Ursachen des Studienabbruchs in Bachelor- und in herkömmlichen Studiengängen. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von Exmatrikulierten des Studienjahres 2007/08. Hochschul-Informationssystem GmbH (Hrsg.), Forum Hochschule 2/2010. Hannover 2010
- Hochschul-Informationssystem GmbH; Institut für Innovation und Technik der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH (Hrsg.): Wissenschaftliche Begleitung der BMBF-Initiative „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge (ANKOM)“. Leitlinie für die Qualitätssicherung von Verfahren zur Anrechnung beruflicher und außerhochschulisch erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge (aktualisierte Fassung). Hannover, Berlin 2010. – URL: http://ankom.his.de/material/dokumente/ANKOM_Leitlinie_1_2010.pdf?PHPSESSID=2a5e0c2d2ccf3ed9d87e64c6f4070631
- Hubert, Tobias; Wolf, Christof: Determinanten und Einkommenseffekte beruflicher Weiterbildung. Eine Analyse mit Daten des Mikrozensus 1993, 1998 und 2003. In: RatSWD Research Note 5. 2007. – URL: http://www.ratswd.de/download/RatSWD_RN_2007/RatSWD_RN_05.pdf (Stand: 30.09.2010)
- Huntemann, Hella; Weiß, Christina: Volkshochschul-Statistik 2009. 48. Folge, Arbeitsjahr 2009. Bonn 2010. – URL: <http://www.die-bonn.de/publikationen/recherche.aspx?schlagwort=volkshochschul-statistik+arbeitsjahr>

- Huth, Sandra: Ausbildungsabbruch in Rheinland-Pfalz – eine handlungsorientierte Studie im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz. Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. und Verein zur Innovation und Evaluation von sozialer Arbeit und Sozialpolitik. Mainz 2000
- Imdorf, Christian: Wie Ausbildungsbetriebe soziale Ungleichheit reproduzieren: Der Ausschluss von Migrant*innen bei der Lehrlingsselektion. In: Krüger, Heinz-Hermann, Rabe-Kleberg, Ursula; Kramer, Rolf-Torsten; Budde, Jürgen (Hrsg.): Bildungsungleichheit revisited. Wiesbaden 2009, S. 259–274
- Institut der Deutschen Wirtschaft Köln: Bundesländerranking 2010: Der Osten macht Tempo. In: iwd 36/2010, S. 4–5. – URL: http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/iwd_3610.pdf (Stand 02.02.2011)
- Jasper, Gerda; Richter, Ulrike A.; Haber, Isabel; Vogel, Henri: Ausbildungsabbrüche vermeiden – neue Ansätze und Lösungsstrategien. Band 6 der Reihe Berufsbildungsforschung. Bonn, Berlin 2009
- Jørgensen, Christian Helms: Hybrid Qualifications Country Report Denmark. Increasing the value of Vocational Education and Training in the context of Lifelong Learning. Roskilde 2010. – URL: <http://hq-lll.eu/presentations/reports2010/Country%20Report%20Denmark%20September%202010.pdf> (Stand: 14.04.2011)
- Kath, Folkmar: Mehr Ausbildung durch verkürzte oder gestufte Ausbildungsberufe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 34 (2005) 3, S. 5–8
- Kohaut, Susanne; Ellguth, Peter: Branchentarifvertrag. Neu gegründete Betriebe sind seltener tarifgebunden. IAB-Kurzbericht 16/2008
- Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld 2006
- Koscheck, Stefan: Weiterbildungsanbieter in Zeiten der Wirtschaftskrise: Ergebnisse der wbmonitor Umfrage 2009. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 38 (2009) 6, S. 44–48
- Kraemer, Klaus; Speidel, Frederic: Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Zum Wandel eines arbeitsweltlichen Integrationsmodus. In: Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hrsg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden 2004, S. 367–390
- Krekel, Elisabeth M.; Ulrich, Joachim Gerd: Jugendliche ohne Berufsabschluss. Handlungsempfehlungen für die berufliche Bildung. Kurzgutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2009
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Erklärung „Zu Fragen der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung“. Bonn 1994
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Erklärung „Zu Fragen der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung“. Norderney 1997
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten auf ein Hochschulstudium. Bonn 2002
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber. Bonn 2009a
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009. Berlin, Bonn 2009b. – URL: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Hochschulzugang-erfol-qualifizierte-Bewerber.pdf
- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Ländergemeinsame Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Bonn 2010

- Kultusministerkonferenz – Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Sekundarstufe II/Gymnasiale Oberstufe. Berlin, Bonn 2011 URL: <http://www.kmk.org/bildung-schule/allgemeine-bildung/sekundarstufe-ii-gymnasiale-oberstufe.html> (Stand 01.02.2011)
- Kupka, Peter; Biersack, Wolfgang: Berufsstruktur im Wandel. Veränderungen zwischen 1994 und 2004. In: Jacob, Marita; Kupka, Peter (Hrsg.): Perspektiven des Berufskonzepts. BeitrAB 297, IAB. Nürnberg 2005, S. 75–90
- Kuwan, Helmut; Bilger, Frauke; Gnahn, Dieter; Seidel, Sabine: Berichtssystem Weiterbildung. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.). Bonn, Berlin 2006
- Lakies, Thomas; Nehls, Hermann: Berufsbildungsgesetz. Basiskommentar. Frankfurt/Main 2007
- Leber, Ute; Möller, Iris: Weiterbildungsbeteiligung ausgewählter Personengruppen. In: RatSWD Research Note 8. 2007. – URL: http://www.ratswd.de/download/RatSWD_RN_2007/RatSWD_RN_08.pdf
- Leney, Tom and The Lisbon-to-Copenhagen-to-Maastricht Consortium Partners 2005: Achieving the Lisbon goal: The contribution of VET. London: QCA, London, UK; BIBB, Bonn, Germany; CEREQ, Marseille, France; CINOP, The Netherlands; ISFOL, Rome, Italy; ITB, University of Bremen, Germany; National Training Fund, Prague, Czech Republic; Navigator Consulting Group Ltd, Athens, Greece; Danish Technological Institute, Denmark. 2005
- Leszczensky, Michael; Frietsch, Rainer; Gehrke, Birgit; Helmrich, Robert: Bildung und Qualifikation als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Bericht des Konsortiums „Bildungsindikatoren und technologische Leistungsfähigkeit“. Berlin 2009. – URL: http://www.e-fi.de/fileadmin/Studien/StuDIS2009/8_2009_Bericht_Bildung.pdf
- Lieberenz, Anika: Berufliche Kompetenzentwicklung in Spanien und Deutschland. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Magdeburg. Bundesinstitut für Berufsbildung und Otto-von-Guericke-Universität. Magdeburg 2010
- Lösch, Manfred; Kau, Winand: Ein ökonometrisches Simulations- und Prognosemodell der betrieblichen Berufsausbildung. In: Greulich, Günther; Lösch, Manfred; Müller, Christian; Stier, Winfried (Hrsg.): Empirische Konjunktur- und Wachstumsforschung. Zürich 2005; S. 117–140
- Lösch, Manfred; Kau, Winand; Maier, Tobias: Bericht über die Arbeiten 2010/2011 am Prognosemodell PROSIMA11 (Stand: 23.02.2011). Bonn 2011
- Lösch, Manfred; Kau, Winand; Walden, Günter: Wie entwickelt sich der Lehrstellenmarkt? Das ökonometrische Prognose- und Simulationsmodell PROSIMA. Unveröffentlichtes Arbeitspapier. Bonn 2008
- Lott, Margit; Spitznagel, Eugen: Impulse für die berufliche Weiterbildung im Betrieb. IAB-Kurzbericht 11/2010. Nürnberg 2010
- Mayer-Ahuja, Nicole: Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen Normalarbeitsverhältnis zu prekärer Beschäftigung seit 1973. Berlin 2003
- McCoshan, Andrew; Drozd, Anna; Nelissen, Emmy u. a.: Beyond the Maastricht Communiqué: Developments in the opening up of VET pathways and the role of VET in labour market integration. Consolidated Final Report. March 2008
- Milolaza, Anita: Spanien. In: Bundesinstitut für Berufsbildung, Otto von Guericke Universität Magdeburg, Institut für Berufs- und Betriebspädagogik (Grollmann, Philipp; Frommberger, Dietmar; Clement, Ute; Deißinger, Thomas; Lauterbach, Uwe; Pilz, Matthias; Spöttl, Georg (Hrsg.)): Internationales Handbuch der Berufsbildung. Bielefeld, in Vorbereitung
- Möller, Iris; Stegmaier, Jens: Das Ausbildungsverhalten deutscher Betriebe 2006. Ergebnisse des IAB-Betriebspanels. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 99. Bonn 2008
- Moraal, Dick; Grünewald, Uwe: Moderne Weiterbildungsformen in der Arbeit und Probleme ihrer Erfassung und Bewertung in Europa. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Beiheft 18 (2004), S. 174–186
- Mucke, Kerstin: Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Bonn 2003

- Mucke, Kerstin: Durchlässigkeit und Anrechnung – Leistungen eines DQR. In: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (Hrsg.): *Mobilität steigern – Durchlässigkeit fördern. Europäische Impulse für die Berufsbildung. Reihe Wirtschaft und Bildung, Band 55.* Bielefeld 2010, S. 165–183
- Mucke, Kerstin; Buhr, Regina: Flexibilisierung durch Anrechnung – auch in der beruflichen Bildung. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 37 (2008) 4, S. 39–42
- Mucke, Kerstin; Kupfer, Franziska: *Duale Studiengänge an Fachhochschulen nach der Umstellung auf Bachelorabschlüsse.* Bonn 2009
- Müller, Normann: Akademikerausbildung in Deutschland: Blinde Flecken im internationalen OECD- Vergleich. In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 38 (2009) 2, S. 42–46
- Müller, Walter; Jacob, Marita: *Qualifications and the Returns to Training Across the Life Course.* In: Mayer, Karl Ullrich; Solga, Heike (Hrsg.): *Skill formation. Interdisciplinary and cross-national perspectives.* Cambridge: Cambridge Univ. Press. 2008, pp. 126–172
- Müller-Kohlenberg, Lothar; Schober, Karen; Hilke, Reinhard: Ausbildungsreife – Numerus clausus für Azubis? In: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis* 34 (2005) 3, S. 19–23
- Nuissl, Ekkehard (unter Mitarbeit von Liana Druckenmüller und Daniela Jung): *Ordnungsgrundsätze der Erwachsenenbildung in Deutschland.* In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung.* 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 329–346
- Organisation for Economic Co-operation and Development: *Education at a Glance.* Paris 2010a
- Organisation for Economic Co-operation and Development: *Lernen für die Arbeitswelt.* Paris 2010b
- Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (PAS) (Hrsg.): *Statistische Mitteilungen des Deutschen Volkshochschul-Verbandes.* Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. Frankfurt am Main, Jahrgänge 1991–1993
- Pehl, Klaus; Reitz, Gerhard: *Volkshochschul-Statistik.* Bielefeld, Jahrgänge 1994–2002
- Peisert, Hansgert: *Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland.* München 1967
- Picht, Georg: *Die deutsche Bildungskatastrophe.* Olten 1964
- Pilz, Matthias: Schottland. In: Bundesinstitut für Berufsbildung, Otto von Guericke Universität Magdeburg, Institut für Berufs- und Betriebspädagogik (Grollmann, Philipp; Frommberger, Dietmar; Clement, Ute u. a. [Hrsg.]): *Internationales Handbuch der Berufsbildung.* Bielefeld 2011
- Powell, Justin J. W.; Solga, Heike: Why are higher education participation rates in Germany so low? Institutional barriers to higher education expansion. In: *Journal of Education and Work* 24 (2011) 1-2, pp. 49–68
- Reinberg, Alexander; Hummel, Markus: Der Trend bleibt – Geringqualifizierte sind häufiger arbeitslos. IAB-Kurzbericht Nr. 18/2007 vom 26.09.2007
- Reinberg, Alexander; Hummel, Markus: Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 und die Einführung der Hartz-IV-Reform – Empirische Befunde und methodische Probleme. IAB-Forschungsbericht 9/2007
- Rengers, Martina: Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept. In: *Wirtschaft und Statistik* (2004) 12, S. 1369–1383
- Rosenblatt, Bernhard von; Bilger, Frauke: *Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Band 1: Berichtssystem Weiterbildung und Adult Education Survey 2007. Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung.* Bielefeld 2008
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: *Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer.* Berlin 2010
- Schemme, Dorothea; Groß, Beate: Abschlussbericht des BIBB-Forschungsprojekts „Reflexive Meta-Evaluation von Modellprogrammen zum betrieblichen Lernen“, im Erscheinen
- Schmidt, Daniel: Die neue Berufsbildungsstatistik ab 2007: Erweiterte Möglichkeiten für eine Analyse der dualen Berufsausbildung. In: *Wirtschaft und Statistik* 60 (2008) 11, S. 982–992
- Schönfeld, Gudrun; Wenzelmann, Felix; Dionisius, Regina; Pfeifer, Harald; Walden, Günter: *Kosten und Nutzen der dualen Ausbildung aus Sicht der Betriebe. Ergebnisse der vierten BIBB-Kosten-Nutzen-Erhebung.* Bielefeld 2010

- Schöngen, Klaus: Ausbildungsvertrag gelöst = Ausbildung abgebrochen? Ergebnisse einer Befragung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 32 (2003) 2, S. 35–39
- Schulenberg, Wolfgang; Loeber Heinz-Dieter; Loeber-Pautsch, Uta; Pühler, Susanne: Soziale Faktoren der Bildungsbereitschaft Erwachsener. Stuttgart 1978
- Seibert, Holger: Berufswechsel in Deutschland. Wenn der Schuster nicht bei seinem Leisten bleibt. IAB-Kurzbericht 1/2007a. – URL: <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb0107.pdf>
- Seibert, Holger: Frühe Flexibilisierung? Regionale Mobilität nach der Lehrausbildung in Deutschland zwischen 1977 und 2004. IAB-Discussion-Paper 9/2007. Nürnberg 2007b
- Settelmeyer, Anke; Erbe, Jessica: Migrationshintergrund. Zur Operationalisierung des Begriffs in der Berufsbildungsforschung. In: Bundesinstitut für Berufsbildung: Wissenschaftliches Diskussionspapier 112. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_112_migrationshintergrund.pdf
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Destatis): Qualitäts- und Ergebnisbericht – Integrierte Ausbildungsberichterstattung. Wiesbaden 2011
- Statistisches Bundesamt: Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992. Stuttgart 1992
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung, Berichtszeitraum 2007, Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2008
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Schulen, Schuljahr 2008/2009, Fachserie 11, Reihe 2. Wiesbaden 2009a
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Berichtszeitraum 2008. Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2009b
- Statistisches Bundesamt: Bildungsfinanzbericht 2009. Wiesbaden 2009c
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Allgemeinbildende Schulen. Schuljahr 2009/2010, Fachserie 11, Reihe 1. Wiesbaden 2010a
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Schulen, Schuljahr 2009/2010, Fachserie 11, Reihe 2. Wiesbaden 2010b
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Berufliche Bildung. Berichtszeitraum 2009, Fachserie 11, Reihe 3. Wiesbaden 2010c
- Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur – Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2009, Fachserie 11, Reihe 8. Wiesbaden 2010d
- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2010e
- Statistisches Bundesamt: Bildungsfinanzbericht 2010. Wiesbaden 2010f
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bildungsausgaben. Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2007/2008. Wiesbaden 2010g
- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2010h
- Statistisches Bundesamt: Weiterbildung 2010. Wiesbaden 2010i
- Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung, Genesis-Online Datenbank. Themen: Bevölkerung, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Tabelle 12411-0006. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
- Süssmuth, Rita; Sprink, Rolf: Volkshochschule. In: Tippelt, Rudolf; Hippel, Aiga von (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden 2009, S. 473–490
- Tiemann, Michael; Schade, Hans-Joachim; Helmrich, Robert; Hall, Anja; Braun, Uta; Bott, Peter: Berufsfeld-Definitionen des BIBB auf Basis der Klassifikation der Berufe 1992. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg), Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 105. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_105_berufsfeld_definitionen_des_bibb_auf_basis_der_klassifikation_der_berufe_1992.pdf

- Troltsch, Klaus: Strukturen und Entwicklung der dualen Ausbildung in Technikberufen und Trends im Fachkräfteangebot bis 2015. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem, Nr. 6-2004. Bonn 2004. – URL: http://technologische-leistungsfahigkeit.de/pub/sdi_06_04.pdf (Stand: 25.10.2010)
- Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Beschäftigungsentwicklung und Dynamik des betrieblichen Ausbildungsangebotes. Eine Analyse für den Zeitraum 1999 bis 2008. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 43 (2010) 2, S. 107–124
- Troltsch, Klaus; Walden, Günter: Beschäftigungssystem dominiert zunehmend Ausbildungsstellenmarkt. Zur Responsivität des dualen Ausbildungssystems. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 5–9
- Troltsch, Klaus; Walden, Günter; Krupp, Thomas: Angebots- und nachfragebezogene Einflussfaktoren des regionalen Ausbildungsplatzangebots. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 39 (2010) 6, S. 15–19
- Troltsch, Klaus; Walden, Günter; Zopf, Susanne: Im Osten nichts Neues? In: BIBB-REPORT 3 (2009) 12. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2009_12.pdf
- Uhly, Alexandra: Die Zukunftsfähigkeit technischer Berufe im dualen System. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 5/2005. Bonn 2005. – URL: <http://technologische-leistungsfahigkeit.de/pub/sdi-05-05.pdf>
- Uhly, Alexandra: Zur Neuberechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote ausländischer Jugendlicher. Bonn 2006a. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a22_ausweitstat_bwp-3-2006_informationsbeitrag-uhly.pdf
- Uhly, Alexandra: Weitreichende Verbesserungen der Berufsbildungsstatistik ab April 2007. Zur Aussagekraft der Berufsbildungsstatistik für die Berufsbildungsforschung und Politikberatung. In: Krekel, Elisabeth M.; Uhly, Alexandra; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Forschung im Spannungsfeld konkurrierender Interessen. Die Ausbildungsstatistik und ihr Beitrag für Praxis, Politik und Wissenschaft. Bielefeld 2006b, S. 39–63
- Uhly, Alexandra: Der berufsstrukturelle Wandel in der dualen Berufsausbildung: empirische Befunde auf Basis der Berufsbildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes. In: Walden, Günter (Hrsg.): Qualifikationsentwicklung im Dienstleistungsbereich: Herausforderungen für das duale System der Berufsausbildung. Bielefeld 2007a, S. 209–257
- Uhly, Alexandra: Strukturen und Entwicklungen im Bereich technischer Ausbildungsberufe des dualen Systems der Berufsausbildung. Empirische Analysen auf der Basis der Berufsbildungsstatistik. Gutachten im Rahmen der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 2/2007. Bonn 2007b. – URL: <http://technologische-leistungsfahigkeit.de/pub/sdi-02-07.pdf>
- Uhly, Alexandra: Jugendliche mit Hauptschulabschluss in der dualen Berufsausbildung. Bildungsvoraussetzungen im Kontext berufsstruktureller Entwicklungen. In: Euler, Dieter; Walwei, Ulrich; Weiß, Reinhold (Hrsg.): Berufsforschung für eine moderne Berufsbildung – Stand und Perspektiven. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik – Beiheft 24/2010. Stuttgart 2010, S. 175–203
- Uhly, Alexandra: Kurzexpertise zur „Variablendefinition Anschlussvertrag“ im Rahmen der Berufsbildungsstatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Bonn 2011. – URL http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_dazubi_expertise_neuabgrenzung_anschlussvertraege.pdf (Stand: 28.02.2011)
- Uhly, Alexandra; Erbe, Jessica: Auszubildende mit Hauptschulabschluss: vom Normalfall zur Randgruppe? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 4, S. 15–20
- Uhly, Alexandra; Flemming, Simone; Schmidt, Daniel; Schüller, Frank: Zwei Erhebungen zu neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Konzeptionelle Unterschiede zwischen der „Berufsbildungsstatistik zum 31.12.“ und der „BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09.“ Bonn 2009. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_methodenpapier-vergleich-BIBB-StBA-2009.pdf

- Uhly, Alexandra; Gericke, Naomi: Neuberechnung der Ausbildungsbeteiligungsquote für Personengruppen. Bonn 2010. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a21_ausweitstat_informationsbeitrag-uhly-gericke_neuberechnung-ausbildungsbeteiligungsquote.pdf (Stand: 19.11.2010)
- Uhly, Alexandra; Gericke, Naomi; Lohmüller, Lydia; Arenz, Ute M.: Schaubilder zur Berufsbildung – Strukturen und Entwicklungen in der dualen Berufsausbildung Deutschlands. Ausgabe 2008. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn 2010. – URL: <http://www.bibb.de/schaubilder> (Stand: 03.11.2010)
- Uhly, Alexandra; Troltsch, Klaus: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungs- und Wissensökonomie. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bd. 105/Heft 1/2009, S. 15–32
- Ulmer, Philipp; Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 106. Bonn 2008. – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_106_demografischer_wandel_und_seine_folgen.pdf
- Ulrich, Joachim Gerd: Benachteiligung – was ist das? Überlegungen zu Stigmatisierung und Marginalisierung im Bereich der Lehrlingsausbildung. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 67 (1998) 4, S. 370–380
- Ulrich, Joachim Gerd: Benachteiligung – was ist das? Theoretische Überlegungen zu Stigmatisierung, Marginalisierung und Selektion. In: Lappe, Lothar (Hrsg.): Fehlstart in den Beruf? Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Einstieg ins Arbeitsleben. München 2003, S. 2135
- Ulrich, Joachim Gerd: Probleme bei der Bestimmung von Ausbildungsplatznachfrage und Ausbildungsplatzangebot. Definitionen, Operationalisierungen, Messprobleme. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Der Ausbildungsmarkt und seine Einflussfaktoren. Dokumentation der Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz vom 01./02. Juli 2004. Bonn 2005, S. 5–36
- Ulrich, Joachim Gerd: Ausbildungsmarkt im Umbruch. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2010 im Spiegel der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 121. Bonn 2010a. – URL: <http://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/6524>
- Ulrich, Joachim Gerd: Auswirkungen des Wegfalls der Wehrpflicht bzw. des Wehrrersatz-/ Zivildienstes auf die Nachfrage nach Berufsausbildung. Unveröffentlichtes Arbeitspapier. Bonn 2010b
- Ulrich, Joachim Gerd; Eberhard, Verena: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in Deutschland seit der Wiedervereinigung. In: Beicht, Ursula; Friedrich, Michael, Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bielefeld 2008, S. 13–57
- Ulrich, Joachim Gerd; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf; Krekel, Elisabeth M.: Im Zeichen von Wirtschaftskrise und demografischem Einbruch: Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2009. BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September. BIBB 2009 – URL: <http://www.bibb.de/de/53060.htm>
- Ulrich, Joachim Gerd; Krekel, Elisabeth M.: Zur Situation der Altbewerber in Deutschland. Ergebnisse der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2006. BIBB REPORT 1 (2007) 1. Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.). Bielefeld 2007 – URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/BIBBreport_1_07.pdf
- Ulrich, Joachim Gerd, Krewerth, Andreas; Flemming, Simone; Granath, Ralf-Olaf: BIBB-Erhebung über neue abgeschlossene Ausbildungsverträge 2010. Trotz Rückgang des Ausbildungsplatzangebots 2010 etwas bessere Marktlage als im Vorjahr. Bonn 2010. – URL: <http://www.bibb.de/de/56774.htm>
- Venth, Angela: Gender-Kontraste: Das Lernen von Frauen und Männern. In: DIE Fakten, 3/2007. – URL: <http://www.die-bonn.de/doks/venth0701.pdf> (Stand: 30.09.2010)
- Walden, Günter: Duale Berufsausbildung in der Dienstleistungsgesellschaft? In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36 (2007) 6, S. 43–46
- Weiß, Christina; Horn, Heike: Weiterbildungsstatistik im Verbund 2008 – Kompakt. Bonn 2010. – URL: <http://www.die-bonn.de/doks/weiss1001.pdf>

- Werner, Dirk; Neumann, Michael; Erdmann, Vera: Qualifizierungsmonitor – Empiriegestütztes Monitoring zur Qualifizierungssituation in der deutschen Wirtschaft. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Köln 2010
- Werner, Rudolf: Erfolgsquoten bei Abschlussprüfungen – neue Berechnungsmethode berücksichtigt Wiederholer. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 27 (1998) 5, S. 42–45
- Werner, Rudolf: Entwicklung der Berufsbildungsstatistik – Grundlagen und Inhalte seit 1950. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 29 (2000) 4, S. 23–28
- Werner, Rudolf: Entwicklung eines Modells zur Berechnung der Quoten der Vertragslösungen unter Berücksichtigung der Datenlage der Berufsbildungsstatistik: das Schichtenmodell. In: Althoff, Heinrich; Brosi, Walter; Troltsch, Klaus; Ulrich, Joachim Gerd: Vorzeitige Lösung von Lehrverträgen und Ausbildungsabbruch – Problemaufriss und Untersuchung der methodisch-statistischen Grundlagen. Bielefeld 2003, S. 9–34
- Wirtschafts- und Sozialforschung (Hrsg.): Erhebung zur beruflichen und sozialen Lage von Lehrenden in Weiterbildungseinrichtungen. Kerpen 2005
- Wolff, Heimfrid: Das Dienstleistungswachstum – eine moderne Umwegproduktion. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23 (1990) 1, S. 63–67. – URL: http://doku.iab.de/mittab/1990/1990_1_MittAB_Wolff.pdf
- Wuppertaler Kreis (Hrsg.): Trends in der Weiterbildung – Verbandsumfrage 2010 bei den Mitgliedsinstituten des Wuppertaler Kreises. Köln 2010. – URL: <http://www.wkr-ev.de/trends10/trends2010.pdf> (Stand 07.10.2010)

Stichwortverzeichnis

Hervorgehobene Seitenzahlen verweisen auf Hauptkapitel.

- Abiturienten (Berufsbildungsstatistik) 29 f., 71, 75, 77, 80 f., 162, 168 f., 227, 394
- Absolventen, Hauptschulabschluss (Berufsbildungsstatistik) 9, 16, 26 f., 49, 52–54, 59 f., 64, 72–74, 76, 83–86, 88–93, 95, 97–100, 102, 130 f., 136, 148, 159, 160–167, 169, 185, 197, 191 f., 204 f., 219 f., 225, 247, 249, 287, 342–355
- Absolventen, Realschulabschluss (Berufsbildungsstatistik) 48 f., 52–54, 60, 64, 130 f., 148–164, 167, 185, 205, 247, 249, 342
- Adult Education Survey (AES) **286**, 301, 331, 337
- Akkreditierung, Bachelor- und Masterstudiengänge **318–321**, 325, 368
- Altbewerber (Ausbildungsstellenmarkt) 15, 51 f., 71, 73, 75, 94–100, 104 f., 382
- Anerkannte Ausbildungsberufe nach BBiG/HwO 106 f., 111, 121, 144, 147, 236 f., 240
- Anerkennung von Integrationskursen **319**, 325
- Anfänger einer dualen Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik) 15, 46, 70, 77, 84 f., 87, 90, 92, 127, 131–134, 136, 140 f., 146, 148 f., 154, 192, 235, 291, 297, 357, 384
- Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) 19, 20, 35, 63, 69, 80
- Angebotspotenzial 369, 370 f., 376
- ANKOM (Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge), BMBF-Projekt 30, 45, 127 f., 132–135, 146
- Anschlussverträge (Berufsbildungsstatistik) 132 ff., 146
- Anschlussverträge (BIBB-Erhebung 30.09.) **43–45**, 46, 133
- Arbeitsmarkt 17 f., 65, 78, 81, 137, 194, 198, 216, 225, 238, 246, 260, 262–264, 269, 271, 273, 275, 289, 298, 300, 332 f. 344, 347, 373, 389, 391 f., 397, 399–401
- Aufstiegsfortbildung 350, 354 f., 363, 368, 370
- Aufstiegsfortbildungen, Förderung **350**, 353, 355, 357, 359
- Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 285, **350 f.**, 359
- Ausbilder, betriebliche Ausbildung 111, 179, 193, 195, **198–201**, 260, 335, 362 f.
- Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) 198
- Ausbildung im öffentlichen Dienst 125
- Ausbildungsordnungen, Strukturmerkmale 46, 59 f., 106 f., 110, 400
- AusbildungsPlus **226–234**
- Ausbildungsaktivität von Betrieben 194, 196 f.
- Ausbildungsanfänger/-innen (Berufsbildungsstatistik) 19, 30, 81, 127 f., 131 f., 134–136, 150, 154, 242, 353
- Ausbildungsberechtigung von Betrieben **194–196**
- Ausbildungsberufe mit Anrechnungsmöglichkeit nach BBiG/HwO **106–108**
- Ausbildungsberufe, Image **25**, 27, 34, 39–41, 43, 46
- Ausbildungsberufe, neue und modernisierte **109–112**
- Ausbildungsbeteiligung von Betrieben **68**, 149–151, 154, 188, **194**
- Ausbildungsbeteiligungsquote, Berufsbildungsstatistik 9, 119, 136, **148**, **188 f.**
- Ausbildungsförderung **256**, 259, 383
- Ausbildungsgeschehen (Statistik, iABE) 235 f., 239, 242–243

Ausbildungsinteressierte Jugendliche (Statistik)	11–15, 17–19, 24, 28 f., 70 f., 73–75, 77
Ausbildungskosten	250 , 259 f.
Ausbildungsmarktbilanz	11, 14, 69 f., 115
Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)	11–14, 25, 46 f., 51, 71, 94 f., 99 f., 103 f.
Ausbildungspersonal	198 , 201, 399
Ausbildungsplatzangebot	11–13 , 15, 17–22, 24, 28, 116, 238, 242
Ausbildungsplatzangebot, Vorausschätzung für 2011	69, 77–81
Ausbildungsplätze, außerbetriebliche, siehe auch Ausbildungsplätze – überwiegend öffentlich geförderte (Statistik)	9, 18–21 , 24, 29
Ausbildungsplätze, betriebliche (Statistik)	9, 18–21, 24, 27–30, 42, 121 f., 125
Ausbildungsplätze, überwiegend öffentlich gefördert, siehe auch Ausbildungsplätze, außerbetrieblich (Statistik)	9, 12, 17–21, 24 f., 27–30, 41 f., 55, 58, 61, 63 f., 67–70, 79, 113, 116, 121 f., 125–127, 147, 160, 192, 195, 214, 216, 224, 257
Ausbildungsplätze, unbesetzte (Statistik)	61
Ausbildungsplatznachfrage	9, 11–15, 18–21, 24, 27, 69 f., 78, 80 f., 125
Ausbildungsplatznachfrage, Vorausschätzung für 2011	69–80
Ausbildungsplatzsuche – Dauer (BIBB-Übergangsstudie 2006)	14 f., 18, 20 f., 59, 80, 94, 149, 189 f., 219
Ausbildungsordnungen	46, 106 f., 109, 111, 133, 135, 145 f., 230 f., 362, 377
Ausbildungsquote (Statistik)	65, 68, 126
Ausbildungsregelungen für behinderte Menschen	111 f., 136, 145–147
Ausbildungsstellenangebot	42, 46, 63 f., 68, 92, 122 f.
Ausbildungsstellenbewerber	11 , 14–16, 18, 21, 23, 27, 46–48 , 50, 52–55, 59, 62, 68–70, 94, 99, 100, 102, 105, 121
Ausbildungsstellenbewerber, ehemalige	11
Ausbildungsstellenbewerber, einmündende	11
Ausbildungsstellenbewerber, gemeldete	69 f.
Ausbildungsstellenbewerber, Migrationshintergrund	94, 99 f., 102, 105, 121
Ausbildungsstellenbewerber, mit Alternative zum 30.09.	11, 14–16, 18, 21, 23, 27, 42, 47 f., 50, 52, 56
Ausbildungsstellenbewerber, noch suchende	11
Ausbildungsstellenbewerber, unversorgte	11
Ausbildungsstellenbewerber, unvermittelte	57
Ausbildungsstellenbewerber, Verbleib	11
Ausbildungsstellenmarkt	11, 41 f., 46 f., 57, 62, 63–65, 67 f., 79, 90–93, 115, 140, 150, 238, 271
Ausbildungsstellenmarkt, regional	63–69
Ausbildungsstellenmarktsituation	63–69
Ausbildungsstellennachfrage	46–62
Ausbildungsvergütung	250–255
Ausbildungsverträge, Bestand am 31.12. (Berufsbildungsstatistik)	112
Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene (Berufsbildungsstatistik)	127

Ausbildungsverträge, neu abgeschlossene (BIBB-Erhebung 30.09.)	11, 29
Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte (Berufsbildungsstatistik)	121, 129
Ausbildungsverträge, überwiegend öffentlich finanzierte (BIBB-Erhebung 30.09.)	11–15, 17 f., 22, 29–41, 43–46
Ausbildungswechsler	127–136
ausgeübter Beruf	276 f., 283
Ausländer (Statistik)	49, 60, 119–121, 135, 149–154, 159, 163, 184, 187 f., 204 f., 247–249, 346
Auszubildende (Berufsbildungsstatistik)	112–127
Auszubildende, Bestandszahlen (Berufsbildungsstatistik)	112–125
Auszubildende, höchster allgemeinbildender Schulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	155–160 , 188
BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010	94 , 96–98, 101–104
Begabtenförderung berufliche Bildung	257, 285, 352 , 355, 359
Behinderte Menschen	30, 111 f., 164, 257–259, 344, 359 f., 382
Benachteiligte Jugendliche	42, 122–125, 130, 147, 216–218 , 220, 222, 224, 257–259, 382
Benachteiligtenförderung	216–218
Benachteiligtenförderung, Förderinstrumente	216–226
Benachteiligtenförderung, Regelangebote	216–226
Berichtssystem Weiterbildung (BSW)	286
Beruf., erlernter	278 f., 281–283
Berufe für Menschen mit Behinderung	136, 146–148
Berufe für Menschen mit Behinderung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (BIBB-Erhebung 30.09.)	30, 34, 36–39 , 41
Berufe für Menschen mit Behinderung, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge (Berufsbildungsstatistik)	112 f., 117, 122 f., 125, 129 f., 136, 146 f., 152–154, 164–167
Berufliche Bildung für eine nachhaltige Entwicklung	381
Berufliche Flexibilität	274, 276 f., 281, 297
Berufliche Höherqualifizierung	350
Berufliche Schulen	202–206
Berufliche Segregation	112–121
Berufliche Weiterbildung	246, 256, 285–297 , 327–340, 344–346, 348 f.
Beruflicher Verbleib	19, 21, 23, 46 f., 52–57, 80, 82, 87, 92, 94, 96–104, 180, 235
Berufsabschlüsse (Statistik)	155, 171, 173, 176 f., 202, 205, 237, 240
Berufsausbildung, Finanzierung	256
Berufsausbildungsstellen, gemeldete	12–14, 47 f., 51, 57, 59, 62
Berufsausbildungsstellen, unbesetzte	46–62
Berufsausbildungsvorbereitung	216 f., 224, 257–259, 372 f.
Berufsbildungsstatistik	112 , 127 , 148, 155
Berufsbildungsstatistik, neue Merkmale	30, 34, 112 f., 115–122, 127–135

Berufsfachschulen	138, 160, 202–205, 210–214, 235–237, 240 f., 256–259
Berufsfachschulen außerhalb BBiG/HwO	206 f., 209 f., 212, 240
Berufsfachschulen gemäß BBiG/HwO	206 , 210 f.
Berufsfachschulen, nicht vollqualifizierende	82–93
Berufsfachschulen, vollqualifizierende	206
Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)	16, 35, 56 f., 71–74, 76, 82–88, 90 f., 96, 101, 104, 156–159, 202–204, 237, 240, 257, 259
Berufsinhaber, Image	11, 26–28
Berufsorientierung	216–219, 257 f., 382, 385, 399
Berufsstruktur (Berufsbildungsstatistik)	112, 118, 136, 138, 141, 162, 168
berufsvorbereitende Qualifizierung (Berufsbildungsstatistik)	51, 56 f., 96, 98, 101, 103 f., 155–158, 161, 164, 166
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	16, 72–74, 76, 82–91, 98, 101, 103 f., 156 f., 159, 202 f., 217, 237, 240, 257, 259
Berufswahl Jugendlicher	11, 20, 78, 82, 92, 141, 152, 163, 213, 218 f., 293, 355
Berufswünsche Jugendlicher	82, 92, 105, 118 f.
Bewerber mit Alternative zum 30.09.	11, 15, 21, 23 f., 42, 55 f., 63, 69–71
Bewerber/-innen, alternativ verblieben	46–63
Bewerber/-innen, unvermittelt	46–63
BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09.	11–14, 17, 29 f., 34 f., 41 f., 46
BIBB-Schulabgängerbefragung	71, 74 f., 76 f., 82–84, 86–93
BIBB-Übergangsstudie 2006	155, 166, 189–193 , 239
Bildung für nachhaltige Entwicklung	367
Bildungsausgaben	256, 258, 357 f., 360 f.
Bildungsberatung	339, 343, 382
Bildungsbudget	260 f.
Bildungspersonal s. a. Ausbildungspersonal	381 f., 401
Bildungsverhalten Jugendlicher	82
Blended Learning	339 , 386
Bundesagentur für Arbeit (BA)	11–46
Bundesfreiwilligendienst	77
CVTS (Continuing Vocational Training Survey)	298–305
DECVET (Entwicklung eines Leistungspunktesystems in der beruflichen Bildung)	370, 372–374, 376
Demografische Entwicklung	15, 27, 47, 51, 75, 79, 115, 179, 202, 204, 206, 242, 243 f., 288, 386
Dienstleistungsberufe (Berufsbildungsstatistik)	20–22, 27, 112, 121, 136–139 , 151–154 , 164, 167–169, 185–187
Distance Learning	339 f., 342 f.
DQR (Deutscher Qualifikationsrahmen)	370, 374–380
Duale Studiengänge	226–230
Durchlässigkeit von Qualifikationen	367–372, 374, 376–379, 389–391, 394 f., 400
Einmündung von jungen Fachkräften in Beschäftigung	262

Einmündungsquote der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (EQI)	15, 24
Einmündungsquote, rechnerische (REQ)	15
Erste Schwelle	188, 191, 193
Europäische Bildungszusammenarbeit	389f.
Fachakademien	208–210
Fachschulen der Länder	206, 213
Fernlernen	339f., 343
Fernstudium	339f., 343
Fernunterricht (Statistik)	339–342, 350
Fortbildungsordnungen	306, 362–365 , 378
Freie Berufe, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	29–46
Handwerk, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	29–46
Handwerksordnung (HwO)	29–46 , 87, 106, 112f., 121, 128, 202, 205–208, 362, 368, 278
Hauswirtschaft, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	29–46
IAB-Betriebspanel	9, 194–198, 262, 285, 298–300
Industrie und Handel, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	29–46
Informelles Lernen	367–380
Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE)	6, 235–244 , 405, 408, 415, 418
Klimaindex (Weiterbildung)	313–318 , 425
Kompetenzzentren (Ausbildungsstätten, überbetriebliche)	8, 218f., 257, 373, 381–387 , 406, 418
Konten des Ausbildungsgeschehens (Statistik, iABE)	235–244
Kosten der Ausbildung	250, 259, 260f.
Kosten der beruflichen Bildung	250–255 , 259f.
Landwirtschaft, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	11, 29–46
Lebensbegleitendes Lernen	8, 286, 313, 336, 339–343 , 359, 374f., 389f., 401
Leistungspunkte (DECVET)	8, 367–380
Lernortkooperation	381–387
Lösungsquote, Ausbildungsvertrag (Berufsbildungsstatistik)	179–187 , 414
Marktungleichgewichte (Ausbildungsstellenmarkt)	26f.
Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung	344–349
Mehrfachausbildungen	127–136
Meister-BAföG	350–352
Migrationshintergrund, Jugendliche	82–93, 94–96, 99ff., 188ff., 243, 248, 288
Mikrozenus	6, 10, 188, 243, 245–248, 262–269, 270–276, 278–280, 285, 288–297 , 301
Modellversuche	8, 225, 381–387
Modernisierte Ausbildungsberufe	5, 109–111
Nachfragedefinition (Ausbildungsstellenmarkt)	19, 63–68 , 70, 80
Nachfragepotenzial (Ausbildungsstellenmarkt)	5, 69–81
Nachqualifizierung, berufliche	217, 356–357

Nachvermittlung (Ausbildungsstellenmarkt)	11–68
Neuabschlüsse (Statistik)	5, 29–47 , 64, 68, 113–115, 118, 127–147 , 148–154, 156–158, 160, 162–167, 181–183, 187, 276–280
Neue Ausbildungsberufe	109, 136, 138, 144, 152 f.
Nicht formal Qualifizierte	245–249
Nichtakademische Berufsausbildung	169–172
Nutzen der betrieblichen Berufsausbildung	6, 260–261
Öffentlicher Dienst, Berufsausbildung	30, 32 f., 36, 38, 45, 48, 67, 110, 114, 116 f., 120 f., 125–127 , 129 f., 158, 163, 169 f., 176–178, 181, 183–187, 199 f., 308–312
Öffentlicher Dienst, neu abgeschlossene Aus- bildungsverträge	5, 22, 29–46
offiziell unbekannt verbliebene Bewerber (Ausbildungsstellenmarkt)	5, 94 , 103–105
Prekäre Beschäftigung	262 , 264
Produktionsberufe (Berufsbildungsstatistik)	121, 136–147 , 148–154 , 164–167
Prüfungen – Abschlussprüfungen (Berufsbildungs- statistik)	6, 173–178 , 179, 262, 356
Prüfungen – Ausbildereignungsprüfungen	194, 199, 414
Prüfungen – Externenprüfungen (Berufsbildungs- statistik)	112, 132, 173–178, 356, 378 f., 414
Prüfungen – Fortbildungsprüfungen	7, 112, 306–312 , 336, 363, 368
Prüfungen – Meisterprüfungen	194 , 199 f., 285, 307–311, 362, 395
Prüfungen – Umschulungsprüfungen	7, 112, 174, 306–312 , 362 f.
Qualitätsmanagement in der Weiterbildung	303, 305, 318–326
Qualitätssicherung und -entwicklung der beruflichen Bildung	381–387
Quantitative Synopse (Statistik, iABE)	235–244
Rahmenregelung für Menschen mit Behinderungen	111–112
Rahmenrichtlinien für Menschen mit Behinderungen	111–112
Schulabgänger	5, 11, 11–68 , 71–77, 82–93, 115, 125, 155–160 , 160–169 , 188–193 , 211, 239, 243
Schulabgänger und -absolventen, Entwicklung	16, 69–81
Schulabschluss, höchster allgemeinbildender (Berufsbildungsstatistik)	6, 160–169
Schulabsolventen	55 , 64, 68
Schulen des Gesundheitswesens	138, 170, 202, 208 f., 213–215, 235, 241
Seeschifffahrt, neu abgeschlossene Ausbildungs- verträge	29–46 , 67, 114, 117, 120, 163, 170, 175
Sektoren des Ausbildungsgeschehens (Statistik, iABE)	235–244
SGB II – Förderung beruflicher Weiterbildung	7, 42, 46 f., 122–124, 160, 216, 225, 257 f., 285, 332, 344–349 , 357, 359–361
SGB III – Förderung beruflicher Weiterbildung	7, 122, 160, 216, 218 f., 221 f., 224 f., 258, 285, 314, 332 f., 344–349 , 357 f., 360 f.
Sonderprogramm WeGebAU	332, 344–349, 357 f., 360
Soziale Herkunft	188–193
Sprachkenntnisse, Mehrsprachigkeit	188–193 , 233, 306
Studienanfänger	57, 81, 169–172 , 182, 242, 396

Studienberechtigte (Berufsbildungsstatistik)	6, 27, 29 f., 73, 75 f., 83–85, 89, 91 f., 130 f., 155, 160, 169–172 , 185, 191, 234, 249
Technikberufe (Berufsbildungsstatistik)	136–147, 148–154 , 164, 167
Teilzeitberufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	127–136
Tertiärisierung (Berufsbildungsstatistik)	136–147
Überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS)	219, 381–387
Übergang Schule – Arbeitswelt (Statistik, iABE)	235–244
Übergangsbereich (Statistik, iABE)	235–244
Übergangssystem	42, 48, 51– 82–93 , 96, 98, 101, 103, 149, 155–160 , 161, 164, 256, 259, 356 f.
Übernahmeverhalten von Betrieben	6, 194
Umschulungsordnungen	362–365
Unbesetzte Berufsausbildungsstellen (Ausbildungsstellenmarkt)	46–62
UN-Dekade	381–387
Unvermittelte Bewerber (Ausbildungsstellenmarkt)	57 , 62
Verbleib der Ausbildungsstellenbewerber	23, 46–62 , 410
Vergütungszufriedenheit der Auszubildenden	250–255
Verkürzung der Ausbildungsdauer (Statistik)	29–46
Vertragslösung (Berufsbildungsstatistik)	30, 133, 169, 179–187 , 222, 384
Vertragslösungsquote (Berufsbildungsstatistik)	179–187
Vorbildung der Auszubildenden, höchster allgemeinbildender Schulabschluss (Berufsbildungsstatistik)	6, 155–160, 160–169
Vorbildung der Auszubildenden, vorherige Berufsausbildung (Berufsbildungsstatistik)	6, 155
Vorbildung der Auszubildenden, vorherige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung (Berufsbildungsstatistik)	6, 71 f., 74, 76, 83–88, 90 f., 96, 98, 101, 103 f., 155–160
wbmonitor	7, 285, 313–318 , 319–326, 331
wbmonitor-Umfrage 2010	7, 313–318, 331
Wehrdienst, freiwilliger	69–81
Wehrdienstpflicht, Auswirkungen der Aussetzung	5, 69–81
Wehrersatzdienst	69–81
Weiterbildung	3, 7, 141, 194, 227, 230, 239, 246, 256, 258–260, 285–297, 298–300 , 301–306, 313–325, 327–340, 344–349, 352 f., 355–361, 363–365, 368–370, 377–381, 384–387, 390, 397
Weiterbildung Geringqualifizierter und älterer Beschäftigter	302, 332, 344–349 , 357 f., 406, 430
Weiterbildung und Erwachsenenbildung	7, 260, 286, 288, 306, 311, 313, 320, 326 f., 330 f., 336–339 , 360, 375, 396, 401
Weiterbildung, allgemein	313–318
Weiterbildung, andere Formen	300–306
Weiterbildung, Anerkennung	318–326
Weiterbildung, berufliche	7, 227, 286, 288, 296, 327 , 331, 334, 336–338, 344, 357
Weiterbildung, betriebliche	7, 260, 285, 298, 300–306 , 331, 333, 356
Weiterbildung, Finanzierung	323, 357–361

Weiterbildung, Förderung	344–349 , 357 f., 361
Weiterbildung, non-formal und formal	339–343
Weiterbildung, Themen	300–306 , 313, 327, 329, 331, 333, 335–338, 341, 355, 408, 416 f.
Weiterbildung, Zulassung	7, 318–326
Weiterbildungsanbieter	7, 313–318 , 320–323, 325, 331
Weiterbildungsberatung	339–343
Weiterbildungsbeteiligung	7, 285, 286–300
Weiterbildungsförderung	349, 357–361
Weiterbildungskosten	346 f., 357–361
Weiterbildungsquote	7, 285, 289, 293 f., 297, 298–300 , 416, 418
Weiterbildungsstrukturen	313–318
Zivildienst	5, 29, 51, 56 f., 69–81 , 83 f., 87 f., 91 f., 96, 101, 104, 246
Zugelassene kommunale Träger (zkT) (Statistik)	11–68 , 217, 344, 346
Zusatzqualifikationen zu dualen Ausbildungsberufen	6, 230–234 , 380, 382, 397
Zuständigkeitsbereiche, neu abgeschlossene Aus- bildungsverträge (BIBB-Erhebung 30.09.)	29–46 , 63, 133
Zweijährige Ausbildungsberufe (Berufsbildungs- statistik)	40, 136–147 , 148–154
Zweite Schwelle	262–276

- ▶ Forschen
- ▶ Beraten
- ▶ Zukunft gestalten



ISBN 978-3-88555-899-6

